











Portrait aus dem Jahre 1884.

Gustav von Mevissen

II.



Gustav von Mevissen

Ein rheinisches Lebensbild
1815—1899

Von

Joseph Hansen

*

Zweiter Band

Abhandlungen, Denkschriften, Reden und Briefe

Mit einem Porträt



Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1906



Inhaltsübersicht.

1837.

1838.

1838.

1840.

1842.

1843.

1844.

1845.

1847.

1848—1850.

1837.

Aus den Studien und Skizzen G. Mevissens zur neueren Literatur.

1. Goethes Natürliche Tochter. 2. Goethes Prometheus (Pandora). 3. Heinses Ardinghello. 4. Leopold Schefer und Friedrich Rückert. 5. Über Börne und Heine. 6. Jean Paul.

(Vgl. Band I, Kapitel 4.)

1. Goethes Natürliche Tochter.

Das Drama manifestiert seinen Inhalt, Individualität und Charakter, in drei verschiedenen Weisen, denen gleiche Unterschiedenheit des allgemeinen Weltzustands korrespondiert. Der Charakter in seiner ersten Äußerung erscheint als Heros, rein aus sich und seiner Eigenkraft handelnd, fest in selbsteignen Angeln ruhend, und die ganze Verantwortlichkeit seiner Tat und Gesinnung auf sich nehmend. Der heroischen Stufe nahe hebt sich der Stoiker, der sich zwar im wohlbewußten Zusammenschluß mit seiner Zeit und seinem Volke bestimmt, aber durch eisernes Festhalten an dieser Bestimmung sich ebenso so sehr zu einer absoluten Freiheit des Willens erhebt.

Die zweite Hauptstufe der Charakteristik gebührt der Genialität. Das Genie ist und war zu allen Zeiten ein Quell, der mit allgewaltiger Frische und tatkräftigem Jugendmut aus einer unergründlichen Tiefe hervorsprudelt und in dessen Strahlen sich die erquickende und belebende Sonne in buntem Farbenglanze bricht. Selbsteigen, urtümlich, beruht das Genie auf einem ewigen Maß, folgt es der unsichtbaren Lenkung eines ewigen Gesetzes, und das ist seine Größe, so daß sich an seiner Individualität und seiner Erscheinung die Ewigkeit und Unwandelbarkeit des Gesetzes zu allen Orten und Zeiten offenbart. Absichts- und Begierlosigkeit, Freiheit in sich, das ist die Göttlichkeit des Genies.

Die dritte und breiteste Stufe der Charakteristik manifestiert sich in einem Verhalten zu einem schon in feste Formen gegossenen Staate.

Dieses Verhalten ist in sich wieder mannigfaltig zu besondern. Der Charakter verhält sich zu den allgemein geltenden und herrschenden Mächten des Staates: a) als die Betätigung und Individualisierung dieser Mächte selbst, b) in einem tätigen Widerstande gegen das Waltende, c) in einem mehr oder minder passiven sich Behaben und Gebahren, was sich dennoch d) zuweilen als eine direkte Einwirkung des aktiven Geistes bekundet. Diese letztere Abstufung ist der erste Brückenbogen zur Charakterlosigkeit und Leere.

Diese dritte und letzte Stufe der Charakteristik ist das Hauptfundament des modernen Dramas, das die Wahrheit des Heroismus verloren hat und es nur noch schüchtern wagt, die Genialität als Objekt künstlerischer Darstellung zu ergreifen.

Goethes Natürliche Tochter atmet auf einem unterminierten Boden in einer gärenden Epoche, wo Gräber sich öffnen, sich schließen, wo ungeahnte Feuersäulen wirbelnd emporsteigen und mit lohender Flamme die altehrwürdigen Staatsgiebel verzehren. Parteien zerreißen das Fundament alter Aristokratie. Jede Partei hat zunächst ihr Behaupten, ihr Emporschwingen im Auge, und jede will sich des Volkes, der rohen Masse nur als des materiellen Mittels zu ihren Plänen bedienen. Es liegt aber in diesem Aufwühlen, in diesem Durcheinandergären der höheren und niederen Staatselemente zu viel Zunder, als daß sich die lang geschlossenen Kreise nicht entzünden und zu neuen Gestaltungen aus der Fülle ihrer Kraft heraus verjüngen sollten. Selbstigkeit in ihrem grausigen Überschwange treibt die Flammen hervor, um den befleckten Boden von sich selbst zu reinigen und die Fackel der ewigen Wahrheit heller erglühen zu machen. Goethes König ist ein Herrscher, der — nicht Mann genug, ganz und bis auf den letzten Tropfen dem Gehalt seines eigenen Busens zu vertrauen — von dem Heuchlergewebe seiner Umgebung in die Netze des Egoismus hineingenötigt wird; kümmerliches Bangen um die Existenz, kindische Beschaulichkeiten in einer treibenden Sturmflut sind weder zu einem kühnen Wagen tüchtig, noch tief und bewegt genug, die wilde Skala des Weltschmerzes durch die enggepferchte Brust hindurchbrausen zu lassen.

Sekretär und Weltgeistlicher sind Personifikationen des bewußt Schlechten, elende Schmarotzer, die an jeden Gehalt die Blutsauger anlegen. Sie streben, den Baum zu untergraben, um von, seinem Marke angeschwollen, sich über das niedrige Gestrüppe rings zu erheben.

Die Hofmeisterin ist ein Weib ohne inneren Halt, zu schwankend, um sittlich, zu wohl empfindend, um schlecht zu sein. Sie stellt das Schwanken, die Haltlosigkeit in seiner ganzen Miserabilität zur Schau.

Der Herzog ist von seinem eignen Wert zu sehr erfüllt, als daß er sich fest irgend einer Seite zuneigen sollte. Kriecherisch bei dem Bewußtsein und dem Glauben an sein Übergewicht, nicht entschieden genug, das Schlechte, zu dem er sich aus der Überschätzung seines Eigenwertes hinneigt, zu wollen und zu beherrschen, fällt er als Opfer seines inneren Zwiespaltes. In solchen Naturen ist kein Zeug zu etwas Tüchtigem gegeben, und alles ist Assimilation, was sich an ihnen manifestiert. Sind sie in der Wirre der Kraft, sei es der guten oder bösen, zum Lehnstuhle hingestellt, so fühlen sie sich von der Masse des Gewichts, das sie tragen, gestärkt und wissen ihrem Ausblick keine Grenze. Erheben sich die Kräfte, so springen die Stuhlfedern in die Höhe, die Füllung lockert sich, und die nackte Mittelmäßigkeit tritt hervor.

Zwei feindliche Elemente und Prinzipien sind es, die sich in der Natürlichen Tochter auseinanderbreiten. Die Aristokratie, im Innern zwiespältig, ruft die Demokratie aus dem Grabe, die sich im Hintergrunde als ein schreckendrohendes Ungetüm erhebt.

Goethen trifft bei der Natürlichen Tochter mehr als bei einem seiner übrigen Dramen der Vorwurf der Unentschiedenheit. Es sind wohl gewaltige, unheilschwangere, feindlich lauernde Mächte, wovon König und Hof sprechen, aber die Mächte sitzen auf den Lippen und sind noch nicht bis zum Herzen durchgedrungen. Inneres Bangen plagt den König, aber alle Formen des striktesten Feudalkönigtums treten noch in seiner Erscheinung hervor. Der Zwiespalt, des Feindes Drohen bleibt zu sehr äußerlich, ist nach allen seinen Weiten und Tiefen zu bewußt, als daß sich Umsturz aller Stetigkeit noch befürchten oder ahnden ließe.

Die politische Hydra ist vergleichbar einer Blume, die erst keimt, dann blüht und erst zuletzt Frucht trägt. Der Keim ist in jedem Jahrhundert in der Natur des Menschen gegeben. Einzelne Individuen durchleben einen Zwiespalt gegen das Bestehende und sinken, solange sie einzelne sind, ihrer Zerrissenheit zum Opfer. Die Zwiespältigkeit frißt tiefer und tiefer in den Kern der Nationen und schießt empor zur giftigen Blüte. Der Tag dieser Blüte ist jener mit dumpfen, dräuenden Wolken bedeckte Herbsttag, der Goethes Anschauungen zugrunde liegt. Die im Innersten zerrissene Epoche der französischen Revolution hat sein Dichterherz ergriffen, er ist widerwillig in die schäumenden Strudel hineingezogen und will sich den umkrallenden Fängen entreißen. Er objektiviert seine Anschauung, sein Erlebnis in Eugenie.

Soll Goethen, dem Dichter, ein Vorwurf der Mattherzigkeit, der Abgeschlossenheit gegen die treibenden Gefühle der Welt gemacht werden, so ist Eugenie der Boden, worauf der Kampf geführt werden muß.

Völkerinteresse, Geisteszwiespalt, morsche, kreisende Zustände waren das wahre Objekt. Das wirklich zur Darstellung gekommene ist eine Hofkabale, wie sie jede Stunde in jedem Reiche erzeugen kann. Da ist keine Gärung wilder Elemente, die tobt und braust, da sind Schachfiguren, die sich fragend ins Auge sehen und ohne Hülferuf den ganzen Weltkampf unter sich ausspielen.

Goethes dramatischer und Dichter-Grundsatz war: Aus dem Einzelnen das Allgemeine zu entwickeln, und mit den geringsten Mitteln das Höchste zu erreichen. Dieser Grundsatz ist bedeutend und angemessen, aber er hat wie jeder andere eine streng begrenzte Sphäre seiner Geltung.

Das moderne Selbstbewußtsein ist der Widerhaken, der sich an alle Goetheschen Charaktere gerne anklammert und dadurch bei hellerer Beleuchtung das Grandiose ihrer Naivetät sehr abschwächt. Selbstbewußtsein, das als Reflexion sich objektiviert, ist das Panier eines Weltzustandes, der sich in allgemeine Formen und Gesetze eingeordnet hat, in diesen Formen und Gesetzen die richtende Macht sich gegenüber vorfindet.

Das heroische Individuum hat keine Schranken, die es in jedem Augenblick zur Reflexion über die unaufhörlich sich umwälzende Gegeneinanderstellung des Individuums und der Macht aufriefe. Der Heros gibt sich erst das Bewußtsein seiner selbst in seiner Tat. Tat und Macht und Gesinnung sind ein einiges Ganze. Die moderne Reflexion ist in doppelter Weise beengt. Im eigenen Busen findet sie die allgemeinen ewigen Mächte, die sie weiß, und die als Gewissen sich unhemmbar in der Seele manifestieren. Diese Mächte findet sie zugleich im allgemeinen Weltzustande als Gesetze, Rechte usw. zu bestimmten Formen gediehen. Mit der näheren Bestimmtheit und in der ihr gemäßen Formalisierung sind die Mächte selbst in das Reich der Negation eingetreten. Das Subjekt scheidet das dem Gehalte seines Busens Wesentliche von den herrschenden Formen aus und hat von den in seiner Seele nicht individualisierten ein Bewußtsein, wodurch es entweder deren Herrschaft billigt oder verwirft.

Das gibt dem Subjekt die Stellung zum Ganzen; sein Verwerfen und Gutfinden des Herrschenden und Bestehenden gibt die Richte des Charakters. Als substanzieller Inhalt der in den Gesetzen individualisierten Mächte muß immer das Ewige, in allen Menschenbusen gleiche Unwandelbare betrachtet werden. Die Individualisierung kann aber aus sich bis zum absoluten Widerspruch mit dem wahren Gehalte fortschreiten, und dadurch das Subjekt zur Wiederherstellung des Wahren nötigend auffordern. Hier tritt der Heroismus in einer höheren Weise nochmal hervor, da wieder Wahrheit und Tat als unmittelbare Äuße-

rung der Freiheit des Subjekts erscheinen. Dies Verschwinden und Sichwiedererheben des Einzelnen und Allgemeinen ist das wesentlich Treibende und Fördernde in dem Fluß des Daseins.

Die Goethische Reflexion steht seinem Grundsatze, aus dem Einzelnen das Allgemeine zu entbären, schroff gegenüber. Reflexion ist freilich das Bindemittel, das diese widerstreitenden Reiche verknüpft, aber das Einzelne, als sich aus dem Ganzen reflektierend, gibt durch das freiwillige Anerkennen eines hohen Herrschenden seinen Charakter als Heros, sein Reinsichaussichbestimmen auf, und ist durch tausend Vor- und Rücksichten gebunden, die dem rein auf sich und seiner Eigenkraft beruhenden Heros fremd und widrig erscheinen müssen. Stellt sich das Individuum feindlich gegen die Mächte seines eigenen Gemüts, so zeigt es uns eine verkrüppelte und reizbar kränkelnde Natur, wie Tasso eine solche bei höchster Geistestiefe darstellt.

Stellt sich das Individuum feindlich gegen die Wahrheit der herrschenden Mächte, so kann das Bestreben als ein in sich nichtiges und gehaltloses einzig durch die Kraft der Freiheit gefallen, weil jede extreme Krafterscheinung zu einer Erschütterung und Vertiefung der Weltzustände führt.

Das Individuum geht endlich Hand in Hand mit den waltenden Mächten und erscheint als deren gemäßer Ausdruck, als die der Zeit angemessene, auf ihrer Höhe sich frei bewegende Individualität, wie sie sich in Iphigenie aufs herrlichste manifestiert.

Die sittlichen Mächte geben, sobald sie sich die ihrer Allgemeinheit entsprechenden Formen im Staate errungen und sich zu einer objektiven Macht erhoben haben, dieser Macht ein individuelles Dasein, dem selbst wieder die Seite der Zufälligkeit und rechtlosen Willkür anklebt. Gegen diese schwankenden Äußerlichkeiten, die stets aus sich zu neuen Schwingungen hindrängen, kämpft, wenn sie sich zu weit aus den Fugen verloren, die Masse der Subjekte, um diese Äußerlichkeit wieder zu einem dem Inhalt gemäßen Gefäß umzuschaffen.

Ein solcher Kampf war die französische Revolution.

Die Einzelheit, die das Allgemeine an sich zu manifestieren bestimmt ist, muß entweder als Subjekt die ewigen Mächte handelnd oder leidend an sich erscheinen lassen, oder als Ausdruck der wahrhaften Mächte, als ihre objektive Form sich selbst darstellen. Im ersteren Falle darf der Weltzustand sich noch nicht zu einem Reflektiertsein in sich erhoben haben, sondern muß das stetige Gesetz des Herzens und des Geistes noch in ungewissen Schwankungen suchen, wenn nicht die Freiheit des Subjekts schon als aufgehoben erscheinen soll.

Die reflektive Poesie ist wesentlich durch die Stufe des Weltzustandes bedingt. Nur an den Blüten, die der Weltzustand als allgemein geltende

Formen schon hervorgetrieben, darf die Reflexion als ihr korrespondierende Frucht, und muß sie als solche hervorbrechen. Was sich aber noch nicht objektivierte, hat nur erst unmittelbares aus der Tiefe der Seele hervorquellendes Dasein. Es ist zu allen Zeiten das wahrhaft frische, erfrischende und neubelebende: der Geist, der morschen Trümmern die lohende Lebensflamme wieder einhaucht.

Das Subjekt, ruhe es als Heros in sich oder sei es Form einer ewigen Macht, gewinnt nur Interesse durch den Inhalt, den es darstellt. Dieser Inhalt ist dem einen wie dem anderen so absolut wesentlich, daß das Interesse, sobald er mangelt, gleich erlischt oder nur durch ein künstlerisches Raketenfeuer des Witzes und Verstandes aufrecht gehalten werden kann.

In Goethes Eugenie erscheinen die Hauptfiguren: König, Herzog, Graf, sowie Sekretär, Hofmeisterin und Weltgeistlicher als Personifikationen allgemeiner Mächte oder Bestimmungen. Das Reinmenschliche könnte freilich in diesem Kreise ganz so vollbürtig und erhaben erscheinen wie in jedem anderen, aber es leuchtet nicht als solches an ihm hervor. Diese allgemeinen Mächte stellen einen Zwiespalt unter sich dar, aber nicht einen Zwiespalt ihres wesentlichen Inhalts, sondern einen Zwiespalt ihrer ganz miserabeln und zufälligen Interessen. Sekretär und Geistlicher, sowie der schattenhafte Herzogssohn fechten keineswegs wider Herzogs- und Königswürde als solche, sie fechten einzig gegen diesen Herzog, diesen König, um sich an ihre Stelle zu erheben; es ist der innere Krieg der Aristokratie, der sich ebenso in jeder Form in kritischen Momenten als Geschwür ausbildet. Ein solcher Zwiespalt darf wohl das Objekt eines Drama dargeben, aber dann müssen die Individualitäten von einer tiefen Idee durchdrungen, von einem hohen, wenn auch in sich unwahren Triebe beseelt, sie müssen mit Leib und Seele in ihrer Tat gegenwärtig sein.

Eugenie zeigt jedoch ganz das Gegenteil. Der König hat für sich kein Interesse, als das Interesse der Selbsterhaltung. Er ist weder Geist noch Held genug, um sich als Kraft zu manifestieren. Sekretär und Weltgeistlicher sind als Personifikationen des bösen Prinzips und in ihrem vollen Selbstbewußtsein interessanter, und weit größeres Interesse verspricht die Schattengestalt des Herzogssohnes, aber diese Figuren sind nicht die Träger, sondern nur die Vehikel der Handlung. Es ist das Böse, was zwar das Gute in den Abgrund zu stürzen droht, aber nicht für sich und als solches durchdringen kann.

Situation und Handlung — die Anerkennung einer, dem dabei Interessierten stets offenbaren Tochter und ihr Verlust — bieten an sich kein einziges dramatisches Motiv. Die Anerkennung eines natürlichen

Fürstenkindes als etwas dem wahren Weltgehalte ganz fremdes, gibt nicht einmal Raum, eine herrliche Individualität sich an ihm entfalten zu lassen. Eugenie ist ein herrliches Marmorbild, das durch seine Beleuchtung und Umgebung statt verklärt, verunziert und befleckt wird. Die hohen Empfindungen, die ihr die Nähe des Königs in Wange und Stirn treibt, dürfen für eine naturgemäß zum Schönen und Wahren gebildete Weiblichkeit wohl widrig und vergriffen erscheinen.

Eugenie ist die Seele des Dramas, das wahre in sich berechtigte Prinzip; sie sollte sich entfalten, und sie sinkt als Opfer hin. Der Boden wankt und zittert unter ihrem Fuß, und es zeigt sich kein Gewitter, das ihn schlüpfrig gemacht hätte.

Der wahre Inhalt des Dramas ist Empfindung und die ihr gemäße Tat. Eugenie treibt beide Ingredienzien nur matt und verkrüppelt empor, und wo das Pathos herantreten möchte, wie im Gerichtsrat, sinkt es vor lauter innerer Nichtigkeit zusammen. An der Hofmeisterin ist noch speziell psychologische Unwahrheit zu rügen.

Goethes Eugenie ist ein Zwitterwesen, das freilich den Goethischen Genius nach einer Richtung abschließt, dem aber keine Poetik die klare Präge aufdrücken kann. Zum Drama fehlt Handlung und Tatkraft, zur Lyrik die Tiefe und das Feuer der Empfindung. Am besten würde es zu didaktischen Formen des Dialoges gerechnet.

Goethe hatte bei der Schaffung seiner Eugenie die Blüteperiode seiner Naivetät, die frische und duftende Unmittelbarkeit seiner großen Natur, wie er sie in seinem Briefwechsel noch als auslöschende Blitze hervorkehrt, hinter sich; seine Weltanschauung war die heitere und bewußte der in sich beschlossenen Reflexion. Der Indifferentismus der späteren Jahre, der so oft dem Dichter zum Vorwurf gemacht worden, findet hier seine Erklärung und Würdigung. Sein Indifferentismus war die untrübbare Heiterkeit und Beschlossenheit in sich, die auf einem weitbewegten inhaltreichen Leben, das die ganze Skala der Menschenbrust durchgespielt, wie eine vollsaftige, markige Goldfrucht ruhte. Die Indifferenz war kein Schritt beschränkter Willkür, sondern die einzig mögliche Vollendung des Charakters.

Soll Goethen ein Vorwurf treffen, so ist nachzuweisen, daß er da, wo er seinen Indifferenzstandpunkt erreichte, noch nicht alle Weiten der Menschenbrust durchmessen, daß ihn noch unermeßliche Gefilde lebendurstend umgaben.

Wo die Reflexion als absolute Herrscherin sich vordrängt, ist ein Cyklus der Entwicklung der Menschheit und des Menschen geschlossen. Das Herz gibt schluchzend und tiefbewegt seinen flammenden Herrscher-

stab in die gewaltige Rechte des Geistes. Der Geist wirft zum ersten seine verzehrenden Brände, und bald sehen wir ihn alle Lebensherde des frommen Herzens, alle geheimen Winkel der Jahrhunderte durchglühen. Die Gegenwart seufzt unter dem sengenden Fittig dieses Geistes, und vergebens ringt das Herz aus seiner Tiefe zum Tag und Licht empor. Ahnend sehen wir die heilige Einheit der beiden für sich allein wesenlosen (des Herzes und des Geistes) im Flammengebilde der Schönheit am weiten Morgenhimmel aufleuchten, aber mit Schmerz taucht der düstere Abend noch das schöne Jungfrauenantlitz in seine geheimnisvollen Schatten nieder. Kommt einst der ersehnte Tag, wo Herz und Geist in berauschendem Wechselkuß sich umfangen, dann ist es da, das Reich des ewigen Tages, wo die erdenwandelnden Menschen den himmelgeborenen Göttern in die Arme sinken und vereint die selige Harmonie der Sphären eintrinken.

In dem zierlichen Kunstgarten Eugenies ist es der zermalmende Geist, der seine Schlingen bei jedem Schritt an unsere Ferse heftet und uns wider Willen in seine naßkalten Wintergärten einlockt. In Iphigenie und Tasso lodert noch die Liebe hoch empor, den Sinnen anhaftend, alle Himmel in die engbegrenzten Busen einzwängend. Die Liebe feiert in Tasso ihren letzten Triumph, und in seinem Schlusse stürzt sie sich für den Goetheschen Genius auf ewig in die schäumenden Fluten, bis sie einem neuen Beschwörer wie Leopold Schefer mit triefendem Gelock wieder emporsteigt. In Eugenie ist die Liebe nicht mehr der alles bewältigende, alles durchwaltende, in die Brust gesenkte Götterfunken, eine solche Liebe würde auch hier alle Schranken durchbrechen und im Vollgefühl des Herzens sich die harmonische Umgebung erringen, oder die heiße Stirn im tobenden Kampf an den unbezwinglichen Felsen zerstoßen haben. In Eugenie ist es die stets dem Objekte äußerlich bleibende Reflexion, die die Liebe wie einen Schatten in einem Hohlspiegel an uns vorüberführt. Nicht der Pulsschlag, nicht das Herzblut der Individuen ist in Liebe getaucht, der naschhafte Geist hat nur seine kahlen Schwingen in den ewigen Liebesbrunnen eingetunkt, um seinem nackten Gefieder Schimmer, Duft und Glanz zu verleihen. Diese Geistesliebe ist unglücklicherweise an die Urtümlichkeit der Vaterliebe angeheftet, niederdrückend schwer wie Blei. Kindesliebe ist eigenste Natur, die jedem Lebenskerne, der sich zu einem Organismus erschließt, unüberwindlich anhaftet, tief wie das Meer, überstrahlend wie die Sonne und nur mit dem Leib hineinsinkend ins Grab. Wo die Kindesliebe sich so sehr ihres Naturells entäußert, daß sie sich in die Glut der Reflexion umschmilzt, hat sie etwas unheimlich, schauerlich Widriges. Des Herzens Stern, der

Pol alles Lebens ist zu heilig, als daß er einer zerrenden Vernünftelei anheimfallen dürfte. Die Tiefe und Größe dieses Gefühls ist seine Natur, die zur Bewährung ihrer elektrischen Kraft aufgefordert, sich nur in der Weise eines elektrischen Schlags äußern soll.

Es ist ein ganz anderes, das Überschwengliche, Gräßliche eines Kindeshasses darstellen, und die Kindesliebe in bunte Fetzen zerfasern. Der Haß hat in der Kunst sein volles Recht, denn es ist der Geist und die Freiheit, die das Gesetz und die Wahrheit verleugnet und verschmäht, und die gerade durch diese starrsinnige Verleugnung, durch diese allem Wahren geschworene Feindschaft um so leuchtender die ewige Wahrheit und das ewige Recht hervortreten läßt. Freilich gehört der Haß dem Geiste, und keineswegs der Naturseite der Menschheit, aber der Haß zeigt uns die menschlichen Elemente in ihrer Zerrissenheit, in ihrer halt- und gottlosen Vereinzelung, und nicht den Sieg der Dämonen, sondern den Sieg der Göttlichkeit zeigt er in seinem Versinken in die bodenlose Tiefe der Nichtigkeit an sich auf. Der Haß ist der stumme, grausige Rächer des naturentfesselten, sich überhebenden, gotttrotzenden Geistes, und die Darstellung dieses in sich Zusammensinkens, dieser Vernichtung seiner selbst, läßt alle Tasten und Register unsers liebenden Herzens herausspringen und freudig dem Tag entgegenjubeln.

Kindesliebe darf nicht Motiv eines Dramas sein, denn im Drama ist es wesentlich das Herz in seinen geistumschließenden Empfindungen, das sich offenbaren soll. Die Kindesliebe hat ihren festen Anker in der Naturseite des Menschen; vor einer sich entwickelnden Geistigkeit sinkt sie lahm und matt darnieder. Kindesliebe gibt sich ganz unbekümmert um Standpunkt und Tat des Objekts, sie findet ihre Befriedigung, ihre Beseligung in sich und ist das sich ewig gleiche Gesetz der noch nicht zum Geiste, zum Wissen ihrer selbst erhobenen Natur. Wo sich geistige Bezüge, Anpassen und Anschmiegen, in dieses Gefühl einmischen, hat es den frischen Duft seiner Urkraft und gewaltigen Unmittelbarkeit verloren und ist zu einem farb- und duftlosen Staub zusammengeschrumpft.

Indem Goethe in seiner Eugenie den Trug eines lieb- und lebenlosen Wahnes objektivierte, hatte er mit seinem Adlerblick das Nichtige und Hohle der angeklungenen Zuständlichkeit durchschaut und sich in die höhere Region der in sich wahrhaften Reflexion emporgeschwungen. Diese gewonnene Einsicht ist der Grund, weshalb er mit richtigem Gefühl die auf eine Trilogie berechnete Eugenie unvollendet ließ und seiner höheren Weltanschauung die gemäßere Folie suchte. Im Westöstlichen Divan tritt uns im Lichte der Reflexion im buntesten Farbenschmelz, umbuhlt von schluchzenden Nachtigallchören, die Liebe, das ewige heiligste Himmels-

moment des Daseins wieder entgegen in ihrer Wahrheit und Herrlichkeit, und es gilt vom Divan vor allem dieser Zauber, den Heine dem Goetheschen Lied überhaupt vindiziert. Du fühlst von weichen Lilienarmen dich umschlungen, während der Geist dich zauberisch küßt und mit süßer Gewalt dich in seine unermessenen Weiten hineinschmeichelt.

In Goethes künstlerischer Produktion sind zwei Weisen bestimmt abzuscheiden. Dem göttlichen Jünglinge ward der Punkt zur Welt, das Einzelne zum Allgemeinen; dem Manne ward die Welt zum Punkt, das Allgemeine zum Einzelnen; und wenn nach Hegel auf dem Höhepunkt der Kunst jedes Gebilde als in sich gegliedert, die ganze Idee an sich erscheinen zu lassen, das Kunstwerk, die Idee aus tausend Augen hervorleuchten zu lassen hat, so ist die reife Goethesche Reflexion ebensosehr eine aus der Fülle genialer Jugend mit Notwendigkeit hervorgegangene, wie auch unsere in sich reflektierte Zeit auf dem Gipfel aller Vergangenheit thront und einer neuen heiligen Lebensfülle mit bangem Wonneschauer entgegenzittert.

Alle Empfindung ist Liebe, alle Liebe ist Leben. Alles Leben und alle Liebe ist wahrhafter Inhalt der Poesie, ist in sich poetisch. Die Empfindung hat zwei Extreme, die sich von ihr lossondern: die anorganische Natur, die, von strengen äußerlichen Banden zusammengehalten, sich noch nicht zu der Negativität der Empfindung in sich konzentriert hat; den Geist, der sich vermessen vom Leben loslöst und in seine eigene Hohlheit und Nichtigkeit sich versenkt. Der Geist hat auf dieser Stufe der substanzlosen, rein formellen Versenkung in sich die Form der Reflexion nicht als ausschließlich eigentümliche, sondern als notwendige Form ihrer selbst, als Rücklauf in sich. Dieser Rücklauf in sich ist sowohl das starre Tote und Marklose in der Philosophie, wie auch in der Poesie alle Blüten vor seinem giftigen Atem schrumpfen und verwelken.

Es ist eine mythische Überlieferung: die Kräfte der Titanen erschwollen bei jeder Berührung mit der Mutter Erde, und erst in die luftigen Räume sich verlierend, sanken sie der höheren Gewalt anheim. So ist's mit dem Geiste. Die Begeisterung schöpft unversiegliche Jugendkraft aus dem Borne der Empfindung und des Lebens. Wendet sie sich vermessen von diesem ihrem wahren Inhalt hinweg, so dorren ihre Säfte, und eitel und leer sinkt sie in sich zusammen.

Wenn Goethe in der Ausführung der Eugenie den Forderungen der Poesie nicht genügt, so ist dies Ungenügende bei der höchsten Virtuosität der Darstellung einzig darin zu suchen, daß Goethe die Handlung, die ihm in begeistertem Augenblick als würdiges Bild vorgeschwebt, nicht tief genug ergriffen und in sich hat lebendig werden lassen. Wenn ein

bewährter Genius in der Austiefung und Darstellung eines Vorwurfs scheitert, so ist zum voraus das Scheitern einer inneren nicht zulangenden Fülle, einem Mangel an Rezeptivitätsorganen für den aufschwellenden Gehalt zuzuschreiben. Der Genius wird in seiner Wahl nie irren. Ihm, dem die Welt in ihrer Totalität harmonisch sich entgegendrängt, kann es schwerlich geschehen, das innerlich Nichtige, Unbedeutende zu wählen als Objekt, denn gerade dies tritt nie in der Totalität, immer nur am Einzelnen und Vereinzelten hervor. Erst da, wo die Ausführung nicht des wesentlich Einen, sondern des Einzelnen beginnt, kann sich die Unzulänglichkeit des Genius nach dieser Seite erweisen. Erst da ist es Sache unbestimmter Wahl, das in sich bedeutende Moment von dem gehaltlosen zu unterscheiden.

Das verunglückte, verkrüppelt zur Welt gekommene Produkt des bewährten Genius stellt an die Kritik die gedoppelte inhaltschwere Forderung:

a) die Verirrung, Abweichung und Unzulänglichkeit an dem geschaffenen Objekt aufzuzeigen;

b) die wahre Idee des Objekts ihrer inneren Wesentlichkeit nach und in ihren Hauptmomenten aufzuzeigen.

Beide Bewegungen greifen so ineinander, daß die Kritik auf diese Weise die Pflegerin und Bewahrerin des heiligen Bodens der Kunst werden kann.

Goethes Ziel, das ihm bei Eugenie vorschwebte, war die Lösung eines herbsten Kampfes zwischen Individualisationen sittlicher Mächte, den Individuen, die nach der Seite ihrer Vergänglichkeit mit der unhemmbar und stets neu, urtümlich in ihnen hervorsprudelnden absoluten Freiheit den sittlichen Mächten als unmittelbare Einzelwesen gegenüberstehen. Die Idee der französischen Revolution sollte in ihrem letztlichen Ziele erfaßt und durch künstlerische Darstellung aus der Unmittelbarkeit und Zufälligkeit herausgestaltet und befreit werden.

Nach dieser Seite ist zu äußern, daß Goethe ganz richtig in der Epoche seiner inneren Umwandlung den Punkt ergriffen, in dem sich die zweite Seite der Wesentlichkeit des Lebens zusammenfaßt. Wie der begeisterte Jüngling in Faust den unmittelbaren Lebenskern der Menschheit von den tiefsten Tiefen bis zum lichten Tage der Reflexion des Universums in sich durcharbeitete und so die metaphysische Natur der Deutschen vollendete, sollte Eugenie diesem Faust das Gefäß schaffen, worin sich der erst auf dem Wege abstrakter Innerlichkeit in Faust erworbene Schatz auch äußerlich auseinanderfalten und ein gemäßes Erdendasein sich erringen möchte. Der neuen Religion des Bewußtseins, dem in sich beruhigten Wohlwollen, der wolkenlosen Heiterkeit mußte auch ein Reich der Freiheit und des Friedens errungen werden. Daß Goethe diese Notwendigkeit

erkannt und sie in seiner Weise zu lösen gestrebt, beweist für die ungeschwächte Vollkraft seines Genius; daß ihm die Lösung mißlungen, ist nicht allein zu entschuldigen, sondern sogar nach einem Gesetze der Notwendigkeit zu erklären, welches der Kunst nicht eher erlaubt, eine Idee zu objektivieren, als bis diese Idee sich in der Wirklichkeit das gemäße Dasein, die äußere Gestalt schon errungen.

So wie die Schöpfungen der Kunst nur im engsten Zusammenhange mit dem geistigen Leben der Nationen begriffen werden können, ist es die spezielle göttliche Sendung der Kunst, in jedem Zeitalter die Wahrheit der demselben zugrunde liegenden Idee zu gestalten.

In der Vollendung von Goethes Eugenie ist jene Seite des Faust zu suchen, die Kühne mit richtigem Sinn als die einzig der Durchbildung ermangelnde und noch fähige bezeichnete; es ist die Tat der Geschichte, die, das in sich beschlossene Individuum in sich zurücknehmend, der individuellen Totalität im Völkerleben die adäquate Gestaltung erringt. Der Geist des einzelnen drängt hinein in die Formen der Menschheit, und indem er diesen Formen seine neugewonnenen Gesetze einhaucht, ruft er einen Weltzustand hervor, der das nachgeborene Geschlecht, indem er ihm die Wahrheit der Innerlichkeit objektiviert darstellt, über die Abgründe und Tiefen sich verirrender Subjektivität zu der reinen Sonnenhöhe der Reflexion des Wahren in sich hinanhebt. Das Innere, die erkannte Wahrheit, zu veräußern, ist der stürmische Drang, der die Gegenwart treibt und erfüllt, und der nicht eher rasten kann und wird, bis er die ganze Äußerlichkeit durchdrungen und zu seinem wahrhaften Ausdruck erhoben hat.

Goethes Eugenie gibt uns die Zerrissenheit individualisierter Mächte und zeigt uns im Hintergrunde die Zerrissenheit losgebundener Individuen. In dem Ziele, das Goethe vorschwebte, waren beide Momente, die Zerrissenheit der Mächte und die Zerrissenheit der Individuen, als gleich integrant enthalten; beide hätten in ihrer Tiefe und Nacktheit gegeneinander auftreten und zugleich das in ihnen enthaltene Wahre und die ihnen anklebige Unwahrheit aufzeigen müssen. Das Unwahre der einen Seite würde gegen das Unwahre der anderen aufgehoben und in dieser Aufhebung würde auf beiden Seiten die Person vernichtet worden sein; die Wahrheit der Gegensätze hätte sich zu einer neuen höheren Einheit im Hintergrunde erheben müssen. Menschliche Leidenschaft war in ihrer abscheulichsten Verirrung zu entfalten, und das Totale der Handlung war so tragisch und vernichtend, daß die Liebe, die alles verklärende, nur wie ein letzter Sonnenblick durch dies unheimliche Zwielicht hätte hindurchblicken dürfen. Welche Subjektivität sich der höheren Ein-

heit, die aus dem Kampf der Mächte hervorzugehen bestimmt, gegenüberzustellen hatte, hat uns Goethe mit seinem tiefen Blick aufs schönste enthüllt im zweiten Teil des Faust. Die höhere Seite des Subjekts, die aus dem Kampfe sich hervorläutern mußte, hat Goethe ganz in sich durchlebt und in seinem zweiten Faust künstlerisch gestaltet, so daß uns auch jetzt noch diese Seite der Subjektivität als vollendet erscheinen darf. Umsomehr ist es die Aufgabe der Gegenwart, die Eugenie, das zum Verständnis des Ganzen unentbehrliche Mittelglied, in seiner vielfachen Stufung auszuführen. Das Völkerleben, die Geschichte muß mit philosophischem Geiste erfaßt und in ihr die Idee der Menschheit ans Licht beschworen werden. Der Kampf und der Streit der wesentlichen und berechtigten Mächte muß als solcher Objekt der modernen Poesie werden, und bis er in allen Gliedern durchgefochten, hat jedes niederstufigere, vereinzeltere Interesse unbedingt in den Hintergrund zu treten. Goethe führt uns Personen vor, die sich bekämpfen; das war ein Irrtum, sofern er dem Ringen seiner Zeit einen Ausdruck schaffen wollte. Er führt uns Personen vor nach ihren zufälligen Seiten, das war ein Mißgriff, der den Dichter trifft, und der das Bestreben nicht zum Kunstwerk hat gedeihen lassen.

---

2. Goethes Prometheus (Pandora).

Prometheus und Epimetheus sind mit der Erde gleichgeborene Genien. Die neuere Idee des Erdgeistes, in seiner Personifikation als Inbegriff aller Erdkräfte, scheint mit der Idee des Altertums von Prometheus ziemlich nahe zusammenzutreffen. Prometheus ist ebenso sehr Herr als Kind der Erde, er repräsentiert die Erde nach gedoppelter, natürlicher und geistiger Beziehung. Epimetheus, sein Bruder, ist der Gedanke der Erde, die Idee in ihrer Ursprünglichkeit und Göttlichkeit, aber ohne die Macht sinnlicher Konkretion. Prometheus bildet die Menschen aus Thon und stiehlt, um ihnen Geist, Leben und Bewegung einzuhauchen, das Feuer vom Sonnenwagen, indem er eine Rute anzündet und dieselbe heimlich und unverloschen zur Erde hinabbringt.

Prometheus als Sohn des Titanen Japetus ist vielgewaltig und zugleich geistig vielbefassend. Er ist ganz eine plastische Personifizierung allgemeiner Naturkräfte, wie sie der tiefe Sinn der Griechen, das Geistige vom Natürlichen durchaus ungetrennt anzuschauen, uns entfaltet. Das Geistige, wie es sich in Prometheus offenbart, ist aber nur die sich von innen heraus nach einem inneren Gesetz treibende Lebendigkeit, die in sich

beschlossene und in allem ihren Tun in ihrer Totalität gegenwärtige Selbstkraft. Als Geist der Natur und der Erde begreift Prometheus alles, was sich in seinem eigenen Kreise bewegt, die ganze Peripherie, die er vom Zentrum aus durchwebt. Was mit seinem Inhalt in Verbindung tritt, sei es als Opposition gegen die Selbständigkeit dieses Inhalts, sei es in einem Bezuge des gegenseitigen Sichbehauptens, fällt der Kraft und dem Geiste des Prometheus anheim. Prometheus hat wie Achill nur eine verwundbare Ferse. Er kann sich gegen alles und in allem erhalten, aber in keinem sich aufgeben. Er hat Geist, aber keine Liebe. Der Trieb, der Kern der Liebe darf Prometheus freilich keineswegs abgesprochen werden, denn das hieße ihm das einzige uns bisher bekannte, alle Natur durchwaltende Lebensprinzip absprechen, aber er hat den Trieb nur als unmittelbare Natur, ohne daß er ihm zu einem geistigen Objekt für sich geworden wäre. Dazu ist er in seinem Dasein beschränkt. Er ist kein Wesen in der Zeit, sondern zeitlos. Zu dem Inhalt, den er einmal befaßt, ist er unabänderlich bestimmt, er kann sich wohl gegen anderes mit diesem Inhalte herauskehren, aber nicht an diesem Andern sich selbst entwickelnd sich verinnerlichen. Er ist kein Werdender, sondern ein Beschlossener, dessen Bahn von ewigen Gesetzen bestimmt und geregelt wird.

Epimetheus ist ein Unsterblicher wie sein Bruder, aber der Begriff der Unsterblichkeit ist in diesem Individuum durchaus verschieden aufgefaßt. Prometheus ist der in sich aus einer Unendlichkeit zusammengedrängte und durch dieses Einschachteln seiner selbst konkrete Punkt, der sich aus innerer Fülle nach innerem Gesetz entschieden und bestimmt in eine unendliche Reihe fortentwickelt, aber in dieser Unendlichkeit selbst nichts weiteres, noch höheres erreichen kann als sich selbst. Das Erreichen und Ausfüllen des eigenen Gehalts ist freilich in bezug auf das Natursein von unbegrenztem Umfang, aber es ist das Endlose an sich, nicht die Unendlichkeit für sich. Zu der letzten Stufe konkretester Unendlichkeit leitet kein Sein an sich, kein sich entwickelndes Bewußtsein, sondern einzig ein Selbstbewußtsein, das heißt die Erhebung nicht nur des einzelnen eigenen, sondern alles fremden Wissens und Seins in die Allgemeinheit des Fürsichselbstwissens. Das Vehikel dieses Sichselbstwissens ist gegeben in der Reflexion:

Denn Epimetheus nannten mich die Zeugenden,
Vergangenem nachzusinnen, Raschgeschehenes
Zurückzuführen, mühsamen Gedankenspiels,
Zum trüben Reich gestaltenmischender Möglichkeit.
Nicht sondert mir entschieden Tag und Nacht sich ab.

Das Denken als Allgemeines umfaßt die Totalität aller Zeit. Alle Gegenwart im Denken ist ideell, und Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit haben für das Denken dann zugleich Dasein und Gegenwart, wenn sie in seinem Brennpunkt eintreffen. Die Existenz des Selbstbewußtseins ist nur die eine in ihrer Abstraktion unwahre Seite der Idee. Epimetheus ist in seiner Abstraktion unendlich unglücklich. Nicht nur senkt das Abstrakte seiner leeren Form allen Lebensgehalt nieder, er kann sogar dieser Form nicht die entsprechende Fülle unterbreiten. Das Denken hat nur die Vergangenheit als Inhalt der Vorstellung zum Objekt. Über die Vorstellung als sein notwendiges Medium kann das Denken nicht hinaus und bleibt deshalb bei einem Zustande unendlichen Wehs, unendlicher Dürre und Entbehrung stehen. Dem Denken an sich ist die Idee in ihrer Konkretion nicht eher greifbar, bis sie sich vorstellt. Ohne Vorstellung kein Denken. Dieses Nichtvordensinntreten der Idealität ist der Schmerz des Epimetheus, die Naturschranke des Prometheus. Beide würden, träte ihnen die Idee wahrhaft entgegen, aus ihren Schranken hinaustreten, sich der Idealität unbedingt hingeben und sich an diesem einzig wahren Inhalt die höhere Gewißheit und die Unendlichkeit ihrer selbst erringen müssen. Die griechische Mythologie läßt die Götter aus Neid über die Schöpfungskraft des Prometheus ein Lehmgebilde, voll formaler Schönheit und mit allen Gaben der Uranier ausgestattet, an Merkurs Hand auf die Erde niedersenken und in einer Büchse Mitgift alles Unheil und Verderben einschließen.

Goethes großer Sinn bekundet sich herrlich und tiefahnend in der Deutung dieser Mythe.

Pandora ist die ideale Gottheit, Venus Urania, die sich von den Himmeln niedersenkt, um die in sich unerfüllten formleeren Sterblichen zu erfüllen, und in dieser Erfüllung zur Idealität und Göttlichkeit zu gestalten:

> Pandora zeigt' und nannte mir die Schwebenden....
> Doch alle pflichtig, deiner Tage Lust zu sein.

Das Himmelsgeschöpf, das sich niedersenkt, ist die Liebe in all ihrer Fülle, mit allen ihren Attributen. Erst in dieser Idee, die alle Konkretion des Alls in sich befaßt, und alles wieder schöpferisch aus sich entläßt, hat sich die Form den identischen absoluten Inhalt errungen, kann sich der Geist im Bewußtsein seiner selbst hingeben, und aus dieser Einheit, wie ein Phönix neugeboren, im Bewußtsein seiner errungenen Unendlichkeit auferstehen.

Was sich feindlich trennte, was sich hassend abstieß, alles gießt die Liebe in ihren Schmelztiegel und läßt alles schön und geheiligt wieder

daraus hervorgehen. Vergangenheit und Zukunft haben sich in der Allheit der Liebe vermählt, und wem die Siegel dieser Allheit sich gelöst, dem wird in allen Momenten der Zeit das Ewige und Eine, das Erschaffende und Erschaffene, das Seiende und Erscheinende in göttlicher Harmonie entgegenstrahlen.

Dieser Strahl muß als Individualität sich konkretieren, ehe er mit dem Individuum einen Berührungspunkt finden, ehe er den Kontrapunkt einer für sich abstrakten Individualität bilden und dargeben kann.

Die Liebe gleicht dem Licht, das unser Auge nur als Farbe auffaßt. So die Liebe nur als Individualität. Im reinen Lichte verliert das Auge die Kraft seines Nervs, so in der reinen individualitätlosen Idee der Geist die Bedingung seiner Fassung und Vorstellung.

Das Unendliche kann empfunden werden, nie gedacht. In der absoluten Bestimmbarkeit der Empfindung ist Ewigkeit und Unendlichkeit einzig gegenwärtig.

Wie die gestaltete Vergangenheit in der Liebe ihr Gesetz findet und dadurch dem Geiste in ihrer Entwicklung aus sich, in ihrer Innerlichkeit und Wahrheit sich entgegendrängt, wie in der Gegenwart der Liebe als unendlicher Empfindung alle Richtung der Gegenwart sich auftut und erfüllt, so ist die Liebe auch der Blitz, der mit der Ewigkeit und Unwandelbarkeit seines Gesetzes in die Zukunft gestaltend hineinschlägt, und dem inneren Blicke Gestaltungen daraus entgegenführt. Vergangenheit und Zukunft sind vom Zentrum gleichweit entfernte, unendlich sich hinausdehnende Radien. Diesen Radien ist aber nur die schlichte Unendlichkeit im Hegelschen Sinne eigen, das heißt die Unendlichkeit der Linie; die wahre konkrete Unendlichkeit aller Richtungen ist einzig in der Gegenwart des Absoluten, in der Empfindung der Liebe gegeben. Es gelingt uns wohl, in der Erinnerung ein Bild dem einst uns körperhaft leiblich entgegengetretenen Ideal gleich nahe heraufzubeschwören; ganz es zur Erscheinung zaubern, ist uns unmöglich, denn es hieße uns mit absoluter Schöpfungskraft durchseelen.

„Jener Kranz, Pandorens Locken
Eingedrückt von Götterhänden ....
Schwebt, da sie sich längst entzogen,
Wie ein Sternbild über mir.
Doch er hält nicht mehr zusammen;
Er zerfließt, zerfällt und streuet
Über alle frischen Fluren
Reichlich seine Gaben aus.

Wer von der Schönen zu scheiden verdammt ist,
Fliehe mit abgewendetem Blick!
Wie er, sie schauend, im Tiefsten entflammt ist,
Zieht sie, ach, reißt sie ihn ewig zurück.

Auf ewig schuf da holde Liebesfülle mir
Zur süßen Lebensfabel jenen Augenblick.

Die Fackel im Reiche der Zukunft, die Himmeltoröffnerin ist die Sehnsucht der Liebe, die, wenn sie floh die wonnige Gegenwart, in süßen Schatten sich berauscht und trunken der Liebe Vollgenuß, den einen Moment, zur Ewigkeit weitet und dehnt.

.... Alles löst sich,
Einzeln schafft sich Blum' und Blume
Durch das Grüne Raum und Platz;
Pflückend geh' ich und verliere
Das Gepflückte. Schnell entschwindet's;
Rose, brech ich deine Schöne,
Lilie du, bist schon dahin!

Neigung, Erinnerung ist das Schöpfungswort der Vergangenheit. Individualisierte liebe Gestalten sind es, die uns in dem Schatten des Hades entgegenbeben und die Gestalten des eigenen Herzens anklingen lassen. Die Vergangenheit ist unserem Geiste aufgeschlossen, sofern wir ihren Inhalt selbst durchlebt haben und in uns empfinden. Je mehr sich unser eigener Lebensgehalt austieft, je scharfgeprägter treten die Bilder der Vergangenheit an uns heran, je lichter werden ihre innerlichen Bänder und Bezüge, und aus dem chaotischen Dunkel entpuppt sich ein reiches, bewegtes, schöngefiedertes Reich der Gestalt. Die Natur hat keine Vergangenheit, keine Zukunft, sie ist in sich beschlossene, unendliche Gegenwart. Der Geist hat auch diese Vollendung und Fülle seiner selbst in der alldurchwaltenden Gottseele, aber es ist zugleich das Wesen dieser, nicht als Allgemeines, sondern als konkrete Individualität, als Persönlichkeit an sich und für sich zu sein und in diesem Fürsichsein sich zu einem stets fortschreitenden Wissen ihrer selbst zu bestimmen. Die Natur, das Ansich des Geistes ist freilich gleicherweise die Krone aller Vergangenheit, aber in ihrem Ansichsein ist sie zugleich nur Gegenwart, Einheit mit sich, ohne daß sie sich zum Zwiespalt der Idee, zum Sichentwickeln des Fürsich hervorhöbe. Für uns ist freilich die Natur nicht allein ein Ansich, sondern ebenso sehr ein Fürsich, aber dieses Fürsich finden wir nicht in ihr vor, sondern legen es ihr aus unserem Geiste zu und haben darin nur uns selbst.

Das Fürsichsein und fortschreitende Fürsichwerden bestimmt eine wesentlich zweite Stufe des Daseins. Das Fürsichsein hat freilich zu seinem objektiven Inhalt das Ansich, aber nicht von einem individualisierten beschränkten Ansich, sondern von der ganzen Unendlichkeit des Ansich wird es durchfüllt. Es ist einerseits ein Auffassen, ein Einssein mit der Individualitätsschranke, andererseits aber eben so sehr ein produktives Darüberhinausgehen und zu absolutem Inhalt Sicherweitern. Die letzte Weise hebt das Ansich in ein ihm ganz äußerliches und fremdes Reich, und dies Emporheben über sich hinaus bildet die strenge Grenzscheide der beiden differenten Weisen. Der Fortschritt des Fürsichwerdens bestimmt die Stufe geistiger Individualität, bis im Bewußtsein des Absoluten der Geist mit dem All des Ansich zusammen in der Richtung des Fürsich sich beschließt, und nun mit der gewonnenen, unverlierbaren Idee im Busen frei und willkürlich die Blitze seines Gedankens auf die unendliche Masse von Vorstellungen, die er sich errungen, einwirken, trennen und wiedervereinigen läßt. Es gibt über diese Vollendung in sich hinaus keinen geistigen Begriff, vielmehr wird in ihr und erst hier in Wahrheit die absolute Freiheit des Subjekts, die sich nun zu einer wahren Individualität umzusetzen und zu bestimmen hat.

In der Goetheschen Pandora weht uns ein Doppelodem an, der einen geheimen Sinn tief verbirgt. Pandora, die Uranide, tritt zu Epimetheus im Vollschmuck innerlicher Göttlichkeit und veräußerter Innerlichkeit heran, sie ist zunächst als Seele aller Götter dem Titanensohn unendlich überlegen und müßte im Vollstrahl dieser Göttlichkeit sein irdisch Auge blenden; ihren Glanz zu mildern, sich der Erde und ihrem Sohne hinzugeben und sie zu erfüllen, hat sie ihre schrankenlose Göttlichkeit in die göttliche Person des Weibes eingehüllt, und erst so als Gottweib, als individualisierte Göttin, ist es ihr möglich, mit dem Titanen einen Liebesbezug zu eröffnen. Dem Epimetheus erscheint die Göttergestalt nicht ein fremdes, rätselhaft unheimliches Wesen, sie erscheint ihm als die einzig naturgemäße Erfüllung seiner selbst; er fühlt und ist ganz von diesem Gefühle beseelt, daß dieses Weib und nur dieses wahrhaft die Leere seines Herzens einnehmen, daß er nur in ihr und mit ihr zu einer Einheit sich zusammenschließen kann.

Pandora als Weib ist freilich die Göttin ganz als konzentrierte Innerlichkeit. Epimetheus hat in ihr den Vollgenuß aller Himmel, und alle Sterblichen nach ihm zusammen können in ihrer Totalität nichts mehr als diese göttliche Gestalt durchdringen und genießen.

Pandora als Göttin ist die alldurchwaltende Allseele. Dies ihr Walten, ihre allgemeine Allheit allegorisiert bei Goethe die geh-

volle Büchse. Aus dem wohlgestalteten Gefäß drängen sich hervor Liebesglück, Bildungslust, Geistesgewalt und anmutige Neigung und viele anderen Mächte

> Schmelzen kreisend ineinander hin,
> Dem Rauch gehorchend, wie er hin und wieder wogt,
> Doch alle pflichtig, deiner Tage Lust zu sein.

Alle wahrhaften, ewigen Mächte des Lebens gehen tiefsinnig aus dieser Büchse hervor. Alles Liebe, Reine und Göttliche, was die Menschenbrust durchwebt, tritt in deutlichem Umriß vors Auge, alles sich in niederen Geisterordnungen Entwickelnde, mehr und mehr sich vom Stamm ab Partikularisierende gehört der Dunst- und Nebelsphäre, dem Hin- und Herwogen an, und wird erst in bestimmten Lebenskreisen seine Präge erhalten.

Diese Allegorie ist dem Begriff der Pandora selbst so wichtig wie notwendig. Als Göttin darf sie ihre Allgemeinheit nicht aufgeben, sondern hat in ihrer Individualisation diese Allgemeinheit zunächst als eine innerliche Konzentration, dann auch als Abstraktion sich zu erhalten. Ihr Ziel, ihre Sendung ist zugleich die, nicht den Titanensohn Epimetheus, den Einzelnen, zu beseelen, sondern die ganze Menschheit zu erfüllen und in allen ihren Gliedern lebendig und gegenwärtig zu werden. Darum öffnet sie die verhängnisvolle Büchse, daß die allgemeinen Himmelsmächte ausströmen, die Atmosphäre der Erde schwängern und künftig jedem Erdensohn nahe und freundlich zugeneigt sein sollen. Diese allgemeinen Mächte sollen sich freilich vor wie nach an einer Individualität, an einem Gegenpol eigener Substanzialität entzünden und lebendig werden, aber sie sollen in diesem Auflohen die Individualität zugleich über sich und ihre Schranke hinaus in das Zentrum der Göttlichkeit, in den Vollgenuß der Empfindung emporheben.

Pandora, die Göttin, individualisiert sich nur einmal, nur dem Epimetheus, und ihre göttliche Individualität nimmt sie mit sich wieder hinweg in die ewigen Himmel. Ihr Inhalt, ihr Wesen soll aber der Erde verbleiben, soll in seiner vollen Wahrheit die Erde durchseelen. Diese hohe Sendung zu vollführen, entläßt sie nun aus sich die allgemeinen Mächte einzeln, die sie in ihrer Individualität in der göttlichen Einheit zusammenfaßte. Auf der Erde, dem erschaffenen Weltkörper, ist alles werdend, nichts von Ewigkeit her in sich vollendet, alles aus unermeßlicher Tiefe herauf sich erfüllend. Die irdische Individualität kann nie den Gehalt der unendlichen Göttlichkeit in sich befassen, nur ein unendlich kleiner Teil zündet in ihrem Brennpunkte. Im Gemüte ist aber die ganze Göttlichkeit ihrer unendlichen Form nach enthalten, und ist da das ewig Treibende, zum Licht Empordrängende, sich göttlich Manifestierende.

Diese formelle Unendlichkeit des Gemüts sind nun die allgemeinen Mächte bestimmt, zu sollizitieren und sich zu einer konkreten Einheit in der Empfindung mit ihr zusammenzuschließen. Wo sich nun polarische Formen begegnen und umfangen, sind die allgemeinen Mächte das Hinzutretende, das Erfüllende, unendlich Beseelende. Das Entzücken, die Wonne der ersten Liebe ist die ewige Wieder- und Niederkunft Pandoras in der Menschheit; die Tore aller Himmel sind geöffnet und unendliche selige Klänge fernster Welten durchziehen das Gemüt.

Indessen hatte sich das frische Menschenchor,
Das Chor der Neulinge, versammelt mir zum Fest.
Sie starrten froh die muntern Luftgeburten an,
Und drangen zu und haschten. Aber flüchtiger
Und irdisch ausgestreckten Händen unerreich-
bar jene, steigend jetzt empor und jetzt gesenkt,
Die Menge täuschten stets sie, die verfolgende....
Sag', ist es Pandora? Du sahst sie einmal,
Den Vätern verderblich, den Söhnen zur Qual.

Die Liebe und ihre Mächte wollen im Innersten des Busens empfunden, nicht äußerlich ergriffen sein. Empfindung regt uns die Individualität, das Gestaltende, das Regierende. Die unendliche Allgemeinheit läßt uns empfindungslos. Die Mächte der Büchse fanden in den Gemütern noch keinen Zunder, in den sie wie Blitze hätten hineinfahren können. Sie blieben dem frischen Menschenchore ein Äußerliches, zwar freundlich Angenehmes, aber seinem wahren Gehalt nach nicht Faßbares. Die allgemeinen Mächte ziehen auf mannichfach verschlungenen Wegen durch die Welt und gehen an vielen Geistern unberührt und fremd vorüber. Die Liebe ist in allen Organisationen gegenwärtig, aber nur der Liebende fühlt sie heraus. Das ganze All ist ein Hymnus, aber nur dem begeisterten Ohr tönt der göttliche Klang. In bezug auf die Erscheinung der Pandora äußert Goethe durch Phileros: sie ward den Söhnen zur Qual. Die Individualität ist der elektrische Funke, der jeden, der in sein Revier eintritt, entzündet. Die Individualität ist jedoch eine Einheit, nur einem Individuum kann sie gehören, in anderen kann sie zünden, aber nur den einen kann sie beseligen und erfüllen. Die Liebe dringt auf Gegenwart. Gegenwart und Persönlichkeit sind die Angeln, in denen sie sich bewegt. Tritt sie aus dem in sich erfüllten Kreis der Gegenwart hinaus, so wird die Liebe zur Sehnsucht, zum Schmachten und zur Qual.

Die Gegenwart der ewigen Idee in göttlicher Individualität bleibt allen Gemütern, die sie empfunden, unauslöschbar eingedrückt. An diesem

Bild zehrt das ganze Leben sich auf und erbt es dennoch gleich unverwelklich auf alle kommenden Geschlechter fort. Die Erscheinung der Pandora, wie sie Goethe aufgefaßt, ist die zweite Hauptphase der Schöpfung, die erste Erhebung des Ansich ins Fürsich. Das All ist da, aber erst durch die Liebe wird es lebendig. Was bisher bloß sich, von seiner Natur aus, lebte, ist jetzt auf ein ihm noch Fremdes, Jenseitiges mit allen Fibern seiner Sehnsucht, mit allen Trieben seines Herzens verwiesen. Es ist in Wahrheit nicht mehr an sich und in sich, sondern in dem fremden hohen Bild gegenwärtig. Das Gefühl, daß die hohe Erscheinung ihm erst den wahren Inhalt seiner selbst zu eröffnen, zu geben und zu erhalten vermag, die Vorstellung, die sich zum unauslöschlichen Trieb ihrer Realisation entgegen objektiviert, wird dem von der Göttlichkeit bewältigten Individuum, das sie als ein Jenseitiges sich gegenüber findet, zum einzigen Lebensinhalt. Alle Lebenstat, alle Offenbarung in Geist und Sinn strebt zu dem unverwelklichen Musterbild, das sich dem trunkenen Blick aufgetan, hinan, und nicht eher hat die Menschheit Ruhe und Rast, bis sie sich diesem Musterbilde von Angesicht zu Angesicht wahrhaft gegenüber sieht und auf ewig in seine heiligen Arme einsinkt.

Und wenn der Priester sich sein Lebenlang
Der unsichtbaren Gottheit niederbeugt,
Die im beglückten Augenblick vor ihm
Als höchstes Musterbild vorüberging;
So soll von deinem Dienste mich fortan,
Wie du dich auch verhüllest, nichts zerstreuen.*)

Der Akt der Schöpfung ist die Seite, die in Goethes Prometheus wesentlich festzuhalten ist. Was uns Nachgeborenen von Geburt aus inwohnt, dieses Jünglingssehnen, das unbezwingliche, einem Traumideal entgegen, die Seelenidee, die in aller Äußerlichkeit nichts Analoges findet und deren Hervortreten uns stets die unbegreiflichste Katharsis unserer Psychologie gewesen, die Kant und alle Idealisten zu der ahnenden Annahme der Ideen a priori nötigte, sehen wir hier dem Menschen anerschaffen in künstlerischer Produktion. Der Himmel senkt sich nieder und vermählt sich mit der Erde, und wir sind die wonnejubelnden Kinder der Vermählung.

Die feindlichen Elemente der Natur an sich und des in seinem Fürsich fülleloſen Geistes sind die ewigen Mächte, die sich in jedem Individuum herumtreiben, als deren Spielball Millionen Unreifer ins Grab

*) Vgl. Goethes Natürliche Tochter, Schluß (Gerichtsrat).

sinken und von einer erleuchteteren Zukunft ihre Auferstehung und Verewigung erwarten. Pandora, die Liebe, ist die himmlische Versöhnung, die die feindlichen Kräfte von ihrer Abstraktion befreit und einander in die sehnend geöffneten Arme führt.

Heines Ratcliff, diese Tragödie voll weltweiter Gedanken, hat eine plastische Versöhnung der Individuen aus dem Gehalte des eigenen Busens heraus, wie sie Goethe durch Niedersteigen einer Himmelstochter unserem Blicke vorzaubert, zum Objekte, aber Heine fühlt sich der Riesenaufgabe nicht gewachsen und bleibt bei einer mystischen Auflösung und Wiederbelebung des dem Tode Anheimgefallenen stehen. Hierher gehört der Idee nach ganz mein Jüngling am Meer.

Pandora zeugt mit dem Epimetheus zwei Kinder, Epimeleia und Elpore. Die eine ähnelt dem Vater, die andere der Mutter. Epimeleia tiefsinnend, Elpore, das wahre Kind der Liebe, der Liebenden Schutz, die Göttin der Erinnerung und Hoffnung. Die Hoffnung ist sehr zart gedacht als die Tochter des Himmels und der Erde. Sie ist nirgends heimisch, schwebet zwischen allen Welten auf und nieder, und wen sie mit dem duftigen Odem anweht, fühlt sich gelabt und erquickt. Dem Vater und den Liebenden, den Sehnsüchtigen und Schmachtenden lispelt sie ein leises süßes „Ja", und wenn sie Sehnsucht und Verlangen in wonnige Träume eingelullt, kehrt sie zum Übermaß der Güte und Neigung als Echo nochmal zurück mit dem gaukelnden Traumbild. Prometheus selbst fühlt sich diesem Gottkinde innig zu Dank verpflichtet; er fühlt, daß sie die bleierne Schwere des Lebens, ein gütiger Genius, mit leisem Wahne hebt und lindert. Seine Gebilde würden eisern erstarren, wenn nicht dieses Kind ihre Blicke an seine Sohlen heftete und zu den höchsten Himmeln erhübe.

Das Werk der göttlichen Versöhnung hat Pandora vollbracht. Der Idealtraum hat sich aller Gemüter bemächtigt. Phileros, der frischgemute Heldenjüngling der Natur, ist von dem Wunderbilde im Innersten erregt. Seine geheimsten Sinne streben ihm begeistert entgegen. Er sieht Epimeleien, die Flamme zündet, was das Herz geheimnisvoll ahnend heilig vorgefühlt, ist ins Dasein, in göttlicher Lebendigkeit dem Blicke zugestaltet. Liebe zeugt Liebe. Epimeleia ist bewegt, gerührt, ergriffen, ihr Herz hat kaum Raum für die unendliche Wonne.

Göttliche gleiche Lebendigkeit ist nicht für die Erde. Was auf der Erde erscheinen soll, muß werden. Das Werdende hat nur einen einzigen Moment seines ganz in sich erfüllten Seins. Diesen genossen, drängt es aus sich unaufhaltsam in andere Regionen hinüber. Noch vermag das süße Paar kaum die Wonne, den Rausch der ersten Liebe zu fassen, so

naht ihm schon Verderben. Das Verderben führt Goethe gleich vielgestaltig, doppelseitig heran, um desto tiefer die Bezüge und Verflechtungen des Weltzustandes aufzudecken.

Das Verderbenbringende ist zunächst ein Hirt, der sich, der Handlung fremd und äußerlich, zu Epimeleien durch die für Phileros angelehnte Gartentür hinschleicht und sich nicht versagen will noch kann, die süße Frucht, sobald er sie einmal gesehen, zu pflücken.

Ist diese Einwirkung zunächst äußerlich, so entspricht ihr innerlich das übereilt in Phileros aufbrausende Rachgefühl, der Vorwahn des Verrats, der nicht genug an sich hält, einer liebenden und freien Betrachtung Raum zu geben. Die Liebe hat noch nicht gelernt, die Heiligkeit der Person zu achten und sich vor ihr in sich zurückzuziehen. Phileros ermordet den Hirten und läßt so das Gefühl seiner Kraft mit dem Gefühle innerer Verletzung unmittelbar sich zu einer Tat umsetzen. Was noch ärger, seine Liebe hat sich in Haß und Rachsucht verwandelt, er zückt das Schwert nach der Geliebten, verfolgt sie bis zu den Füßen des Vaters, und nur die gewaltige Faust des Prometheus hält ihn von dem grausen zweiten Mord zurück. Daß diese Zurückhaltung hier, wo sich die sittlichen Mächte noch nicht zu allgemeinen Formen herausgerungen, sich durch die Naturkraft unmittelbar vollzieht, liegt sehr nahe. Von tieferer Bedeutung ist jedoch dieser Zug, sobald man erwägt, daß Prometheus nicht allein als Repräsentant der absoluten Naturmacht, sondern als Vater und erster Stifter der Gesellschaft, vielmehr als sittliche, patriarchalische Macht sich manifestiert und so das ursprünglich und in sich Feste des allgemeinen Gesetzes schon auf dieser Stufe verkündet und ausspricht. In ähnlicher Weise sehen wir ihn wenige Augenblicke nachher sich gebaren, wie der aufgeregte, feindliche Hirtenstamm die Hütten des Epimetheus sengt und verheert. Prometheus steuert auch hier der allgemeinen Verwüstung, indem er Macht durch Macht abtreibt, und so von den schon gefesteten Zuständen des Epimetheus die äußerlich eindringende Gewalt abwehrt. Schon das Gehaben und Eindringen des ersten Hirten war eine Hintansetzung der Freiheit der Person, das sich feindlich gegen gefestete Zustände hervorkehrte und so den rächenden Phileros gegen sich aufrief. Gleich frevelnd war der zweite Auftritt und sein Beginnen. Auch ihm folgt daher mit Fug die poetische Gerechtigkeit auf dem Fuß; was sich von dieser Seite erwies, waren Naturmächte, die direkte Kausalitäten gegen sich hervorriefen. Ganz andere Lichter und Verwicklungen bieten innere geistige Zerwürfnisse dar, und es ist eine ganz verschiedene Weise, wie sie vor Göttern und Menschen, so lange sie sich als Naturseiten dartun und

keine allgemein geltenden Formen in sich und sich gegenüber vorfinden, gelten und von ihnen gerichtet werden.

Der Geist ist das Belebende, das Wesentliche, er darf nicht untergehen, so lange sein innerer Stern nicht gesunken, so lange sich nicht durch Notwendigkeit ein innerer Zwiespalt, der seine Lampe löscht, in ihm auftut. Phileros hat den ungestümen Drang seiner Brust ungestüm betätigt. Prometheus hemmt seine Tat und verurteilt ihn zum Tode oder zu einem an innerer Qual sich schleichend hinzehrenden, in dem Bewußtsein der Übeltat und der Reue sich aufreibenden Leben. Ist der Drang und die Tat des Phileros in unserem Sinne unsittlich, so ist es, weil wir ihm unser Bewußtsein unterschieben. Hat er uns in einem wunderschönen Liede den Gehalt seines Busens, seine Wonne und Liebe entfaltet, so darf er jetzt wohl fragen, klagen und sagen:

So glaubtest du, Vater, nun sei es getan?
Mit starrer Gesetzlichkeit stürmst du mich an,
Und achtest für nichts die unendliche Macht,
Die mich, den Glücksel'gen, ins Elend gebracht.

Am Schlusse:

Nun ist mirs bequem, dein gestrenges Gebot;
Ich eile zu scheiden, ich suche den Tod.
Sie zog mir mein Leben ins ihre hinein;
Ich habe nichts mehr, um lebendig zu sein.

In Wahrheit hat Phileros nicht sich gerächt, sondern die Idee, die ihn beseelte, an deren Göttlichkeit er sich hingegeben. Diese Kernwahrheit der Liebe, das Sein in einem Andern, spricht er in dem Schlußverse bewußt und kräftig aus. Die Liebe gleicht darin der Hoffnung, daß sie als ein zwischen Himmel und Erde flüchtiges, beseeligendes Gefühl sich manifestiert. Alle anderen Gefühle sind rein intensiv. Die Liebe gleicht der elektrischen Kraft, sie hat einen positiv intensiven und einen negativ extensiven Pol. Das wahre Wesen liegt aber in der Mitte zwischen beiden Polen und ist den leiblichen Sinnen untastbar, nur dem tiefsten Herzen lebendig gegenwärtig. Beide Pole und auch das Mittelglied, das Band, ist zugleich in der Sehnsucht gegenwärtig. In der Liebe gibt es darum keine bewußte absolute Befriedigung, weil diese Befriedigung als totale Versöhnung des inneren Zwiespalts das Bewußtsein in eine Konzentration der Empfindung auflöst und verschmäht. Viel weniger noch ist diese Befriedigung als Intensität im sinnlichen Genuß zu erhaschen, eben weil sie sich aller sinnlichen Auffassung durchaus entzieht und über dem sinnlichen das geistige Element frei und freudeberauscht hoch in die Lüfte schwebt und mit verklärtem Auge auf das sinnliche

Sichgenießen niedersieht. Das Schmachten im Genuß, das Sichverzehren im Glutverlangen der Heineschen lyrischen Muse gehört hierher. Die Liebe ist das innere Wesen aller Dinge, und dieses Innere kann einzig im Innern als Empfindung ergriffen werden. Die Äußerlichkeit ist freilich die gemäße und integrante Gestaltung der Innerlichkeit, aber doch in der Weise, die Geltung und Wahrheit nicht in sich und für sich, sondern in einem andern zu haben. Wo die Äußerlichkeit sich nur für sich zu einem Wesentlichen verfestet, geschieht der Innerlichkeit kein Genüge, und diese wird in ihrer Selbsterhaltung genötigt, über die nicht gemäße Form hinüberzudrängen, und nach einer höheren, ihrem Gehalt identischen Gestaltung hinzustreben. In diesem über die Einheit hinausgehen wird das Moment der Versöhnung aufgehoben, die Zwiespaltigkeit tritt aus dem Erkennen der Nichtigkeit der erreichten Gestalt wieder hervor und läßt das Herz sich in die ewig frischen Strudel zurückstürzen. Die Sättigung im Genuß, Verlieren und Abstreifen der Täuschung an einem Ideale, das, nachdem der erste Wonnerausch vorüber, sich kein solches zu sein erweist, sind Qualen, die im Wesen der Menschheit begründet, nur auf der letzten Zielstufe ihr Ende finden können. Pandorens Mächte treten in Wonnemomenten als sollizitierende zum Individuum hinzu und schaffen diese unendliche Trunkenheit, die mehr ist als „Sein Selbst genießen in Himmelsglanz und Klarheit“ (Faust), die nicht zum Genuß seiner selbst allein, sondern zum Genuß eines ganzen Weltalls die Seele stimmt und heiligt. Diese Mächte können zu einem oder zugleich zu beiden polarischen Individualitäten zutreten, können als Verschmelzung und Vermählung angeborener Ideen oder als rein göttliche, weltdurchwaltende Wesen deduziert werden; wo sie sind, da blühen alle Himmel, wo sie fliehen, kehrt Schranke und Zerrissenheit zurück.

Der Gegenpol, die sittliche Geltung des Phileros ist in Epimeleia zu suchen. Nur diese hat ein Recht, ihn zu strafen, zu bändigen, zu vernichten, ihn als einen Mißbildeten von sich auszuschließen. Die Liebe ist die einzig gerechte Richterin über Idealität, Wahrheit und Erhabenheit des Charakters, und schön sagt Schiller:

„Über des Mannes Streben und Wirken
Spreche das Weib das richtende Wort.“

Epimeleia, die Sinnende, hat Tat und Gesetz erfaßt. Nicht die Liebe, nicht den Liebenden kann und mag sie verklagen; Liebe und Liebender haben sich in des Fluches Rasen, in dem Schmähen herrlich und göttlich bewährt, einzig der Himmel ists, zu dem sich der tränende Blick, die seufzende Klage wendet. „Alles, alles ist unendlich, endlich unser Glück nur.“ Die Erde ist nicht der Boden, die höchste Heiligkeit der

Liebe zu beherbergen. Diese Unzulänglichkeit, dieser irdische Makel ist die Flamme der Wehmut, die Epimeleias sinnreiche Reflexionen wie ein Zephir durchweht. Sie fühlt es tief, ihr Geliebter könne ihr auf dieser Erde nicht mehr eigen werden, sie wird ihn missen, ihn bejammern und einst — in heiligeren Auen wiedersehen. Das Urteil Epimeleias mag den modernen Gedanken verletzen, aber es hat die Wahrheit der Situation, die reine Unschuld des Phileros hell aufgedeckt. Der Mensch, der die Erde frisch geschaffen betritt, will seine innere Wahrheit in ihr offenbaren, und wenn dieser heilige Wille in der Siede der Jahrhunderte zu so lau besonnener indifferenter Brühe abgedämpft worden, ist wohl diese Abweichung ein Heil zu nennen?

Phileros, dem Befehle seines Vaters getreu, will ein zur Qual gewordenes Leben in den Fluten enden. Eine großartige Symphonie der Morgenröte ruft unsere Geister hinab zum Meer und zaubert die Situation des Jünglings in schönen Bildern uns vor. Jetzt stürzt er sich hinab. Prometheus will ihn retten, ihn wieder beleben, aber würde Prometheus den einmal entseelten Phileros wahrhaft wiederbeleben können? Nimmermehr. Sein Wahn ist eitel. Dieser Phileros hat sein Leben nicht aus Prometheus, er hat es aus Götterhänden empfangen, und das Leben, was er empfangen, ist so ewig wie die Natur und darf nicht untergehen. Die innere Göttlichkeit, das hohe Bewußtsein träuft mitten in den Fluten heiligen Lebensodem in des Jünglings Seele. Von Delphinen getragen, fühlt er sich in seiner ganzen göttlichen Herrlichkeit, weit hinaus über alle engen Schranken des Daseins. Je mehr das innere Licht in ihm steigt, und ihn mit der heiligen Empfindung, der ewigen Liebe durchfüllt, je göttlicher verklärt sich seine Gestalt, seine Blicke werden strahlend, und der Erde wird in ihm ein neuer Gott geboren. Eos, die Himmlische, ist seine Verkündigerin und von ihren Rosen umfittigt

Aus den Fluten schreitet Phileros her,
Aus den Flammen tritt Epimeleia;
Sie begegnen sich, und eins im andern
Fühlt sich ganz und fühlet ganz das andere.
So, vereint in Liebe, doppelt herrlich,
Nehmen sie die Welt auf. Gleich vom Himmel
Senket Wort und Tat sich segnend nieder;
Gabe senkt sich, ungeahnet vormals...
Fahre wohl, du Menschenvater! Merke:
Was zu wünschen ist, ihr unten fühlt es,
Was zu geben sei, die wissen's droben.
Groß beginnt ihr Titanen; aber leiten
Zu dem ewig Guten, ewig Schönen,
Ist der Götter Werk; die laßt gewähren!

Die Morgenröte muß weichen, der lichte Tag, die Göttergestalt der Kunst tritt hervor. Phileros ist der wahre Gott der Kunst, wie ihn Goethe will. Alle Schmerzen des Lebens sind durch seine Brust gezogen, und aus allen Kämpfen tritt er siegreich und versöhnt, dem Gott im Innern trauend, hervor. Erst der Schmerz des Lebens zeugt die Gestalt und das Wort, und die Herrlichkeit der Liebe wölbt darüber den ewig blauenden Himmel. Das Künstlergemüt fühlt das Wahre und Wesenhafte aus dem Strom der Erscheinungen heraus. Im dunkeln Schacht der Erinnerung schaufelt sein lichtendes Grabscheit, und mit Schöpferhauch läßt er in der Unterwelt, in dem Reich der Schatten alle Blüten des Lebens herrlicher sprießen und grünen. Sein Zauberwort und Band ist die Liebe und die Schönheit:

Sie steiget hernieder in tausend Gebilden,
Sie schwebet auf Wassern, sie schreitet auf Gefilden,
Nach heiligen Maßen erglänzt sie und schallt,
Und einzig veredelt die Form den Gehalt,
Verleiht ihm, verleiht sich die höchste Gewalt,
Mir erschien sie in Jugend-, in Frauengestalt.

Dem Geiste, der nicht die Liebe lebendig empfindet, fällt alles auseinander, und Blüten mag er wohl zusammenreihen, aber nimmer eine Individualität mit Liebe beseelen.

O, wie gerne bänd' ich wieder
Diesen Kranz! Wie gern verknüpft' ich,
Wär's zum Kranze, wär's zum Strauße,
Flora-Cypris, deine Gaben!
Doch mir bleiben Kranz und Sträuße
Nicht beisammen; alles lös't sich.
Einzeln schafft sich Blum' und Blume
Durch das Grüne Raum und Platz;
Pflückend geh' ich und verliere
Das Gepflückte. Schnell entschwindet's;
Rose, brech' ich deine Schöne,
Lilie du, bist schon dahin!

Was die Technik des Prometheus betrifft, so gehört diese zu den vollendetsten Goetheschen Produktionen, und fällt, wie ich glaube, in Tassos und Iphigeniens Phase. Epimeleias Lied „Unendlich alles" erinnert lebhaft an Bürgers Feier der Liebe. Ob Prometheus durchaus ein Produkt des Bewußtseins oder vielmehr zart und innigfühlender Naturkraft? ich möchte mich lieber für das letztere entscheiden. Einzelne Partien, die dem Ganzen nicht durchaus wesentlich und mehr wie billig

ins Einzelne ausgeführt sein mögen, geben dieser Ansicht um so eher Raum; doch ist Ausmalung ins Kleinliche Goethen so eigen, seiner Manier so wesentlich und charakteristisch, daß es dienlich sein wird, diesen Hang in einem eigenen Artikel tiefer zu zergliedern und seine Gemäßheit oder Ungehörigkeit in den verschiedenen Kunstformen und Situationen heller zu beleuchten.

---

3. Heinses Ardinghello

ist das Werk einer genialen Weltanschauung. Es entgeht keinem, daß dieses Werk wie Parny, Guerre des dieux*) das Erzeugnis einer revolutionären Geistesepoche ist. In diesen beiden Werken spiegelt sich die Revolution mit all ihrer Kraft und Wahrheit und Herrlichkeit. Es ist ein unbescheidenes Verlangen, daß in Werken einer Sturm- und Drangperiode keine verderblichen Schlingpflanzen wurzeln sollen. Ich mag keineswegs Heinses Idee in diesem Ardinghello in ihren Konsequenzen billigen, aber als reine Idee ist sie die einzig wahre, die Freiheit. Über dem Werke dunkelt eine schwüle Gewitterluft, der Äther ist nicht durchgängig rein, oft aber hebt sich aus der Nebeldecke der schöne blaue Himmel hervor, Phantasie und Geist fühlen sich mächtig erhoben. Warum mit dem Schriftsteller hart rechten, wenn er unter vielen duftenden Blüten auch manche häßliche uns bietet. Klassisch sind die Werke einer entzügelten, ihrer Freiheit genießenden Epoche nie, aber sie sprechen mit aller Kraft der Natur zu unserm Herzen, das Haltlose sinkt doch hinunter in das Grab, und nur die Goldkörner edler Gedanken retten sich und bleiben. Deren aber sind viel in diesem Ardinghello ausgestreut, freilich ohne Ordnung und ohne streng künstlerischen Plan. Heinse hat tief in seine Brust gegriffen, keine Frage, und sei sie noch so tiefschneidend, abgewiesen, und diese Kühnheit tut not zu allen Zeiten, sie bewahrt Ursprünglichkeit und Frische. Jeder Leser wird gleich auf einen Boden versetzt, wo er sieht, daß er alle seine zusammengeleimten Vernünfteleien zu Hause zu lassen und sich mit frischem Natursinn der Sache, dem Geiste hingeben muß. Freiheit des Geistes bleibt immer der Haupt- und Grundpfeiler der Kunst und des Lebens. Heinse ist keine der reinen Geistessonnen, die ganze Jahrhunderte erwärmen und erleuchten, aber er gehört zu dem Geisterbunde, der zu jenen Ewigen hinanstrebt. Eine

---

*) Das vielgelesene Epos La guerre des dieux anciens et modernes des 1814 gestorbenen Erotikers E. D. de Parny erschien zuerst im Jahre 1799.

äußerst reizbare Sinnlichkeit überdrängt oft die Reinheit des Geistes und knickt die schönsten Blüten, sie dringt aber nie in das Allerheiligste; giftig sind wohl einzelne Momente, aber rein bleibt das Herz. Heinses Herz ist groß, ein Völkerherz, wie die Gegenwart es bedarf und nicht hat. Goethe würde ihn eine Natur genannt haben. Heinse besitzt darum entschiedenen Wert, weil er es wagt, mit dem Heiligsten und Tiefsten zu ringen ohne Furcht und Zagen. Sein Wert leuchtet ein, wenn man Kosegarten und andere mit ihm vergleicht. Auch ihr Gemüt ist von Freiheitswehen durchschüttert, aber die Freiheit vermählt sich einem Geiste, der ihr nicht ebenbürtig ist, der sie bei allem Schwulst der Sprache nicht über alle Grenzen durch Einsicht und Wissen hinaushebt. Nach dem Maße, das er selbst mitbringt, muß jeder beurteilt werden.

Heinses Sprache ist originell, klar und wahres Gedankenbild, sein Stil ist ganz so losgebunden, so weltweit wie seine Gedanken. Keine Materie ist erschöpft, von jeder sind schlagende, wegweisende Gesichtspunkte aufgestellt, Ausbeutung aber und Austiefung sind dem Leser überlassen. Der Sprachstrom schwillt, die Woge schäumt, und plötzlich ist sie unserem Auge entschwunden, wir stehen wieder am Ufer und müssen von neuem in die Flut. Dieses Fahrende, Ungestüme, Schweifende ist nur da erträglich, wo ein tiefer Geist für die wilde Fahrt Entschädigung bietet. Geistlose Reflexionen in Heinsescher Form müßten zur absoluten Miserabilität werden.

---

4. Gedanken über Leopold Schefer und Friedrich Rückert.

Schefer ist, wie Rückert, einer jener Verkünder, jener begeisterten Propheten des Reichs der Geister, das da kommen soll. Vor dem göttlichen Frieden, der Demut und dem Gehorsam dieser Herzen verhallen alle Stürme und alle Schmerzen, die die Gegenwart noch in ihren Tiefen zerreißen. Der schattenschlagende Sonnenschein einer in sich beruhigten, von der ganzen Wonne des Lebens erfüllten Zukunft bricht sich wie die Blüte eines wunderschönen liebevollen Frühlings in den buntesten Farben vor ihrem Geiste. Rückert faßt wie ein Geisteskönig den Inhalt der ganzen Zukunft in einem einzigen lebendigen Organismus zusammen und klingt mit den Gedanken aller der Wesenheiten, die diesen Organismus einst erfüllen werden, an unseren Geist. Alle Tiefen, alle Irrgänge des Geistesbergwerks hat er durchdrungen, und in allen Erscheinungen hat sein feiner Sinn den Gehalt und die Wahrheit, die Lebenskraft und

Lebensweite, die Wonne und den Schmerz erfragt. Rückerts Lehrgedicht ist eine heilige Zwiesprache zwischen dem ewigen und dem endlichen Geist, wo die verborgensten Geheimnisse sich offenbaren und die wundersamsten Blumen blühen. Das Herz ist in allen Offenbarungen gegenwärtig, aber in den meisten tief und verborgen, nur in geweihten Momenten regt es die ganze Gewalt seiner Flügel und jubelt auf vor Entzücken und schließt freudetrunken den Geist in seine Arme. —

Rückerts geweihte Hand hat, nachdem Goethe in unendlich großartiger Weise im Faust uns die Herz- und Geistkamine der Nation aufgezeigt und in bedeutsamer Gliederung diesen Tempel mit dem schönsten Ge-[illegible], mit allen Farben seines Eigenwesens, verherrlicht, eine neue ver-[illegible] Bahn eingeschlagen. Mit Unrecht wird Rückerts Lehrgedicht, seine trefflichste Leistung, der Didaktik überwiesen. Es ist der frische Klang einer neuen Anschauungsweise, die in leisen Schwingungen sich verbreitet, um erst in einer fernen Zukunft ihre Goldflügel in hehrem Lichtglanz und machtvoller Herrlichkeit hoch über der Herrlichkeit der modernen Welt zu schlagen. Rückerts Lehrgedicht ist seinem tiefsten Kerne nach weit mehr als Goethes Faust ein mythisches Gebilde, die tiefe Mythe eines tiefen modernen Geistes. Soll sich das schöne Reich der Mythe, das Rückerts Morgenrote kundender Schwan zum Aufgange geleitet, mit Rückert wieder schließen?

Rückerts Lehrgedicht versetzt uns auf den innersten Boden des Geistes. Alle Stürme schweigen. Eine Brust tut sich auf und ein Herz, das Gott mit seinem Einzuge geheiligt, und die Orakel und Mysterien des Gottes werden verkündigt. Rückerts Geist feiert in dem Lehrgedicht seine Apotheose. Er hat sich ein Menschenalter hindurch mit alle dem erfüllt, was ihm aus den weiten Adern der Welt entgegengeströmt ist. Er hat in heiterer Gemütlichkeit ein durch alle Hemmnisse siegreich fortgeschrittenes Fest der Empfängnis begangen, aus Brunnen des Orients und Occidents hat er Nektar und Ambrosia sich assimiliert. Wie er nach allen Himmelsgegenden Springquellen offen und herrliche Reiche, genugend, den Rest seiner schönen Tage auszufüllen, vor sich sah, da hat er den tiefen Brunnen seines Herzens, in den alle diese Quellen zurückströmen sollten, erforscht und den Wogenschwall, der sich von jenen zu diesem herüber wälzte, in allen seinen Teilen und in allen Graden seines Selbsttriebs durchschaut. Diesen weiten Bildungsgang der keuschen Empfängnis, der naturgerechten Assimilation (bei feinem Takt und sich mählich zum höchsten verfeinerndem Sinn zur Ausscheidung des Widrigen und Ungemäßen) und des gottergebenen Einblicks — alle diese Phasen des Rückertschen Genius sind lauter Spiele hinter der

Bühne. Um das Werk in voller Lebenskraft und Herrlichkeit darzustellen, wurden bloß die bunten Blüten mit magischem Finger berührt und in einem geheimen magnetischen Rapport den Blicken der Nation erschlossen und vor sie hingestellt. Es ist ein geheimer, göttlicher Odem, der den Genius schwellt und ihm, wie der Stern zu der Hütte des Messias, durch alle Dunkel leuchtet. Ohne dieses innere in der Reinheit des Herzens entglimmende Licht vermag keiner zu leuchten. Andere mögen blitzen, aber mit dem Blitze zuckt ihr Licht vorüber und läßt uns wieder in der ratlosen düsteren Nacht. Die einzelnen Momente fallen dann auseinander, kein Hauch belebt und vereint sie, und statt der Schönheit eines Kunstwerks tritt uns Farbenreiz und Sinnreichtum einer Mosaik entgegen, wohl geeignet zu Einsicht und Lehre, aber verdorben für entzückten Genuß. In diesem Sinne darf von Rückert gesagt werden, daß er das wahre didaktische Lied in Deutschland geboren, während seine Vorgänger uns einzelne leblose Klänge gaben.

Die Bolzen der Rückertschen Gedanken sind fast alle aus ganzem Holze. Der Dichter breitet den Gehalt seines Ich in ganz anspruchsloser Form vor uns aus, und die Tiefe und Wahrheit der Gedanken wird aufs herrlichste von der Reinheit, dem Fluß der Rhythmen und von der Geschmeidigkeit der Sprache begleitet. Kein Glied ist verrenkt, alles strömt in schöner Natürlichkeit dahin. —

Auch Schefers Wesen hat der Götterodem der Versöhnung überschattet, aber bei Schefer ist es das Gemüt und das Herz, in dem der Himmel Zeugnis gibt und sich offenbart, bei Rückert ist es der Geist. Das macht bei gleichem göttlich beruhigtem Grundton die äußere Erscheinung des Lehrgedichts und des Laienbreviers so sehr verschieden. Schefers Herz saugt sich ein in alle Blüten und in alle Sterne, in alle Wonnen und in alle Schmerzen der Menschheit, und überall saugt es wie die Biene den süßen Honig bis auf den Grund aus. Alles wird von dem Atem seines Herzens lebendig und hell, der Jammer wird zum Jubel, die Klage zur Wonne der Wehmut, und in allem ist der Geist Gottes erfüllend und beseligend gegenwärtig. Die Gedanken, die bei Rückert in geistigen Lauten an den Geist tönen, tönen hier mit der Macht und der allbesiegenden Gewalt der Empfindung ans Herz. Bei Rückert ist es der Geist, den das Bewußtsein beseligt, daß er die Wahrheit und die Liebe ist. Bei Schefer ist es das Herz und die Liebe, die weiß, daß sich der Geist und das Leben in ihr offenbaren und vermählen. Rückert ist klarer, reiner, klingender, Schefer reicher, duftiger, anmutender und mit gewaltigem Eindruck überdrängender. Schefers Lieder sind die Liebesgedanken eines Vaters an seine Kinder, die Richtung

auf die Menschheit und auf das Leben waltet vor. Rückerts Gedicht ist ein inniges Gebet voll göttlicher Andacht und heller Harmonie. Bei Rückert waltet der Gedanke vor: „Der Mensch lerne den Gott in sich erkennen, und sein Leben sei ein vieltoniger Hymnus auf diese Göttlichkeit“; bei Schefer: „Der Mensch erkenne die Allgegenwart des göttlichen Reiches, er öffne der Stimme des Gottes seine Brust und opfere sein Leben auf seinem Altar“.

Bei beiden Dichtern klingen die Grundtöne aufs harmonischste ineinander, und wie sie auch ihre Individualität herausgestalten, überall schneiden sich ihre Bahnen. Um die beiden Sonnen kreisen viele Sterne, in denen sich auch das eine ewige Licht entboren, aber so lange die Sonne am Himmel glüht, verbleichen die schüchternen Sterne. Ja diese Sterne sind selbst vielleicht Sonnen, und der Tag der Zukunft führt sie in aller ihrer Glorie noch einmal herauf. Das ist der Reiz und die ewige Jugend des Lebens, daß immer neue und scheinbar immer schönere Geistessterne in ihm auftauchen und verstrahlen, und in Wahrheit ist es doch ein Glanz, der in so unendlich viele Farbentöne sich bricht, um sie alle, wenn sie ausgestrahlt, mit gleicher Liebe wieder in sich zurückzunehmen.

---

5. Über Börne und Heine.

Ich habe Börnes Briefe aus Paris gelesen.*) Diese Briefe gemahnen recht daran, wie schnell die Objekte der Interessen wechseln. Der journalistische Schriftsteller ist ein Wind, der rauschend über die Blüten des Tages hinwegfährt, sie erregt und neigt, rührt und knickt. Der Tag ist um, und der neue Morgen begrüßt ein ganzes Heer frischer Blüten. Gewiß, mir ists sauer geworden, die historische Wichtigkeit Börnes in diese Pariser Briefe hineinzulesen. Es geht mit ihr, wie mit der Wissenschaft in der Hexenküche, und doch ist Börne eine große, tiefe, ja weltweite Natur. Ja eben, was ihn als so bedeutende Angel hinstellt in den trüben Wirren der nächsten Vergangenheit und der Gegenwart, das ist die Entfernung seiner Idee von unseren wirklichen Zuständen. Börnes Gedanken sind Freiheitssonnen einer Nacht, die in den Gemütern der Gegenwart noch den leisen Kindesschlaf schläft und deren Stunden-

*) Erschienen 1832–1834. — Obige Ausführungen sind in einem Brief (vom 1. August) an einen nicht zu ermittelnden Adressaten namens Richter enthalten.

zeiger noch wohl auf ferne Jahrhunderte hindeutet. Börne ist trunken in seiner Idee, das ist schön; aber Börne hat nichts als Idee, das ist einseitig und dumm. Dieser bittere Spötter, der den weichen idealistischen Teig so geschickt knetet und zur Freude des löblichen Publikums wie eine gehaltlose Pille einschluckt, ihm ist auch ein Idealnetz der Freiheit um das berauschte Ohr geflochten, und unter diesem Netz klingelt in seinem Gehirn die tollste Symphonie.

Was die Menschen unterscheidet, ist freilich, ob sie eine Idee haben oder nicht. Dann aber ebenso sehr, ob sie die Realität der Idee aus der Wirklichkeit herauszufühlen und in höherer Potenz wieder in diese Wirklichkeit hineinzuschaffen vermögen. Eine Idee hat Börne, wie es aber mit seinem Fühlen und Schaffen aussieht, das lehren die Pariser Briefe: der innere Tag will sich nirgend zu hellen Farben, der gärende Teig nirgend zu belebten Gestalten entfalten....... Belgien, Polen, Italien, Spanien (erscheinen ihm) alle glühend in der Lohe der Freiheit, aber Deutschland, das arge Deutschland kann den hohen Ernst der Freiheitsgöttin gar nicht herunterkriegen, sein Gaumen versagt, und es geht ihm, wie Faust sagt: Es hat nun einmal die Antipathie. Deutschland ist Börnes Schmerz, denn nur in Deutschland wurzelt Börnes Idee. In Frankreich flammen die Feuer der Freiheit wohl auf, aber wüste Nebel steigen aus den Gluten und verfinstern rings, sowie der Schlund der Revolution geschlossen, die kaum erfrischte Atmosphäre. Börne wittert diesen französischen Materialismus überall heraus, das läßt ihn in Frankreich nie zu einem seligen Augenblick kommen. Deutschland müßte (in Revolution) auflodern und zusammensinken, das wäre ein Schutt, aus dem heraus die Natur der Börneschen Ideen gebären könnte.......

Die Freiheit ist ein Lichtspiegel, der den Deutschen nicht oft und nicht ernst genug vorgehalten werden kann, damit die Individuen selbständig werden und das Ganze als sich und sich als das Ganze erkennen lernen. Auf die Erkenntnis „Der Mensch ist nicht um der Menschheit willen, sondern die Menschheit um des Menschen willen da" kommt es an. Zur Verwirklichung der Freiheit ist es aber nicht nötig, die Individuen in dem Glühbad der Freiheit zu zerstören, sondern sie zu stärken, sie zu bilden. Ich will die Notwendigkeit einer Zerstörung im ganzen und großen damit gar nicht verkennen, aber Revolutionen sind nur dann heilig und notwendig, wenn alle Individualität und alles Bewußtsein der Freiheit in der Nation erloschen ist, nicht da, wo dieses Bewußtsein in immer stärkeren Zügen pulsiert. Die Freiheit der Person zu wecken und zu bilden, sehe ich zwei Wege. Man muß die Pulsschläge der Freiheit aus der Wirklichkeit herausfühlen, um das Individuum zum Bewußtsein

der Wahrheit, der Wirklichkeit zu verklären, oder man muß die Wirklichkeit in die Idee einschmelzen und mit urtümlicher Produktionskraft frische Gestaltungen aus dem Schmelztiegel hervortreiben. Zum einen gehört Tiefsinn und Ernst, zum anderen Genius und Talent. Börnes Tiefsinn ist von größtem Umfange, und aus ihm tönen die Orakelsprüche, die wie zuckende Blitze seine Werke durchschlängeln. Auch Ernst und hoher Ernst ist Börne eigen, der Ernst der lautersten, unerschütterlichsten Gesinnung. Was Börne jedoch mangelt, ist der Ernst der Objektivität: kein Objekt ist ihm heilig, alles sinkt hinab in einen grausigen Krater. Bei manchem seiner Worte wird es einem unheimlich vor diesem vernichtenden Schwerte, das in der Gegenwart nur Wunden sieht und sie alle wegschneiden will. Börne stellt sich in abstrakter Selbständigkeit außerhalb des Getriebes seiner Zeit und zürnt auf sie hinab, im Donner der Gott. Sein Wort aber ist darum so bedeutend, verletzt so tief, weil er wider Willen ein wahrhafter Jünger des Jahrhunderts ist, das sich in ihm ein wesentliches, wenn auch erst ein abstraktes Bewußtsein errungen hat. Von Börnes Mängeln gilt, was von den Mängeln aller großen Geister gesagt werden darf: sie wären Tugenden tausend niederer Geister.

Bei dieser eisernen Konsequenz, bei dieser unendlichen Tüchtigkeit des Charakters sieht man Börne mit Schmerz in der Anbetung eines Idols, das er vor andern ins Leben zu wecken berufen wäre, hinsinken. Man kann über ihn zürnen nicht des vielen wegen, das er getan, einzig wegen dessen, was er zu tun unterlassen. Wer ist mehr dazu berufen, das Gebiet der Freiheit in den Gauen des Vaterlandes abzumarken, das gärende Element zu einem neuen, festen Dom aufzubauen, und diesen Dom in die Herzen und Geister der Gegenwart unverwüstlich einzusenken, als die ideale, unbestechliche Rechtschaffenheit, die uns Börne bietet? Die Idee der Freiheit bedarf Pfeiler und Stützen, ohne die kann sie nicht bestehen. Das Philistertum ist nicht zu vermeiden, aber die ideelle Wahrheit und Wesenhaftigkeit des Philistertums muß aufgefaßt, und in diesem Begriff müssen die Philister zugleich erhalten und verschlungen werden, damit dem Geiste der Nation Fundament, Stufe und Mittelstufe des Lebens sich sinnlich vergegenwärtigen.

Der trauliche Zusammenklang, den die Namen Börne und Heine gewinnen, ist gar bedeutsam. Wenn mir als das Wesen Börnes die Idee der Freiheit als in der Gegenwart sich begreifend und als Begriff aus ihr in sich zurückkehrend erscheint, so bietet Heine ganz das entgegengesetzte ideale Moment. Heine ist Dichter, und der Dichter hat die Idee nur verschlungen, um sie in tiefen, glänzenden Produktionen aus sich heraus zu gestalten. Diese unendliche Subjektivität erschließt sich zu den

schönsten und erhabensten Blüten. Der Schmerz und die Klage schluchzt im wehmütigen Schmelze der Nachtigall und läßt uns ungewiß, sollen wir mehr in die Tiefe der Idee uns versenken oder an der Schönheit der Klage uns erfreuen. Heine ist ebenso sehr Jünger der Zeit, wie Sohn der Muse, ja der Odem der Freiheit weht versengend über die Blüten des Dichters. Des Dichters unendliches Ziel ist die Verklärung und Versöhnung der Wirklichkeit in der Liebe. Wenn sich Börne subjektiv in seine Idee einspinnt, so bringt es die Heinesche Poesie nur zu duftigen, glanzfarbigen Blüten und vermag es nicht, das echte Dichterherz an den Tag zu beschwören. Die Zerrissenheit der Zeit webt in dem tiefsten Herzen, und wenn sich die Seele harmonisch ergießen möchte, schweben die Geister der Ironie und des Schmerzes zuckend um die bleiche Lippe.

Wem aber Völkerschmerz die Seele durchschüttert, wer für Weltfreiheit lebt und dichtet, ist der wahre Geist der Zeit und zeichnet seine Züge mit eisernem Griffel in die Tafel der Geschichte.

---

6. Jean Paul

ist eine so eigennaturte, durchaus originelle Idealindividualität, daß sie sich erst allmählich von dem dunklen Grunde ablöst und klärt. So oft ich früher hineingeschaut in Jean Pauls Werke, schlug mir betäubend ein Haufen grellster Widersprüche, bizarrster Verrenkungen entgegen. In fast allen seinen Schriften liegt auf den ersten Blick so grelle Dissonanz, daß sie das Gemüt zerreiben. Das Lesen einiger Seiten aus ihnen läßt das Herz kalt, weil alles Edle und Hohe in absolutem Fluß erscheint. Der Humor hat sich aller Wesenheit und Mächte des Lebens bemächtigt und schaltet damit wie im Spiel. Gleiche Empfindung hat die Lektüre der ersten Seiten aus Hegels Phänomenologie zuerst bei mir erweckt. Beide Werke teilen die Eigentümlichkeit, daß sie zuerst abstoßend, zuletzt den Leser wie mit unsichtbaren Händen in ihrem Gehege festhalten, so innig mit allen seinen Ideen verwachsen, daß sie wahrhaft in sein Fleisch und Blut übergehen. Beide haben eine so tiefe Wirkung auf den Leser, weil sie unter kalter Decke ein warmes, allem Schönen und Wahren frei entgegenschlagendes Herz bergen. Bei Hegel tritt das schöne Herz nur auf in den Resultaten seiner Forschung; bei Jean Paul ist es oft ausgegossen über den Stil. Es gibt in seinen Werken Perioden, die Erde und Himmel in Liebesbrunst umarmen und wohl das Höchste leisten, was ein glühendes Herz mit einem philosophischen Kopf vereint leisten kann. So im Titan. Der Klangumfang in Jean Pauls Gemüte ist größer als

in irgend einem anderen deutschen Dichter, den ich bis heute kenne. Mit der tiefsten Disharmonie paart sich im selben Augenblicke die höchste Harmonie. Man fühlt es, daß in diesem unendlich reichen und weichen Herzen alle Disharmonien überwunden und gelöst sind, daß dieser Mensch eine vollkommen schöne Individualität ist. So reich wie Goethe in seiner Plastik, so reich ist Jean Paul an Geist und Empfindung. Die eckige in Antithesen sich bewegende und schleppende Periode Jean Pauls wird die Wirkung dieses Dichters einzig auf den Nachwuchs der Nation beschränken, und eine formell vollendetere Wiedergestaltung seiner Werke wird in einem künftigen Jahrhundert nötig werden. Der Dom seines Ich ist nur erst aus rauhen Blöcken gemeißelt, aber die Steine sind so grandios, daß jedem schon schwindelt bei ihrem Anblicke. C'est un vaste énigme tout spirituel. Kein Dichter vor Jean Paul hat den Himmel so auf die Erde herabgezogen und die Erde so zum Himmel hinaufgehoben, wie er. Die unendliche Harmonie des alle Extreme versöhnt umfassenden Weltalls tönt uns aus ihm entgegen. Seine Gestaltungen haben das wahrhafte Leben unserer Erde, ihr leibliches und geistiges.

1838.

Denkschrift G. Mevissens ‚Über Flachs-Handspinnerei auf dem linken Rheinufer des Regierungsbezirks Düsseldorf', der Königl. Regierung in Düsseldorf erstattet am 21. Mai 1838.

(Akten der Kgl. Regierung zu Düsseldorf I Section F 80/1a). Einen Auszug aus dieser Denkschrift veröffentlichten im August 1838 die ‚Verhandlungen des Gewerbevereins für den Regierungsbezirk Düsseldorf', 2. Heft, 1838, S. 46—49.

(Vgl. Band I, Kapitel 5.)

In den Kreisen Gladbach, Kempen und Geldern des Regierungsbezirkes Düsseldorf und in dem angrenzenden Kreise Erkelenz des Regierungsbezirkes Aachen wird seit Jahrhunderten eins der besten deutschen Flachsprodukte erzeugt, und namentlich die Orte Lobberich, Hinsbeck, Dülken, Viersen liefern eine Qualität, die sich durch seidenartige Weichheit bei kernhafter Stärke vor allen andern auszeichnet. Der Flachs wird hier mit noch weichem grünen Stengel bei ungereiftem Samen ausgerissen, ungefähr zwei Wochen lang gewässert,*) dann sechs Wochen auf ein Stück Heide ausgebreitet und aufgetrocknet in eine Scheune eingefahren, um bei guter warmer Witterung zum Reinigen (dem sogenannten Schwingen) wieder daraus hervorgezogen zu werden.

Bei der freien Teilung der Grundgüter sind die meisten Ackerwirte mit wenigen Ausnahmen auf einen Grundbesitz von 40 bis höchstens 100 Pr. Morgen eingeschränkt, von welchem jährlich 3 bis 8 Morgen zum Flachsbau bestimmt werden. Auf diese Bestimmung wirkt der höhere oder niedrigere Preis anderer Getreidearten mit einer Abweichung von zirka 25 Prozent ein. Einer etwas bedeutenderen Ausdehnung des Flachsbaues steht bis jetzt die vielleicht in ihren Gründen noch nicht hinreichend

---

*) In fließendem oder stehendem Wasser? — (Die Anmerkungen stammen von dem Steuereinnehmer Junkermann in Bielefeld, der die Aufsicht über die Spinnschulen im Regierungsbezirk Minden führte und dem die Düsseldorfer Regierung das Promemoria Mevissens zur Begutachtung übersandt hatte).

geprüfte Meinung der Ackerwirte, daß nur nach einer Frist von 6 bis 8 Jahren der Flachs auf demselben Lande mit Aussicht auf gute Ernte wiedergebaut werden kann, hemmend entgegen.*)

Der Durchschnittsertrag eines Morgens Flachs kann auf 60 Stein (den Stein zu 5 Pfd.) angenommen werden, die in den letzten Jahren durchschnittlich zu 22 Sgr. pro Stein verkauft wurden. Wird das Reinigen des Flachses zu 5 Sgr. abgerechnet, so ergibt sich ein reiner Überschuß von 34 Thlr. pro Morgen, was den Flachs gewiß in die Reihe der lohnendsten Sommergewächse stellt.

Nachdem der Flachs gereinigt worden, was an manchen Orten im Herbste, an andern auch erst im Frühling geschieht, wird er von den Ackerwirten an Spinnereiinhaber zum Verspinnen, oder an Fuhrleute zum Verfahren nach dem Oberrheine in Partien von 50 bis höchstens 300 Stein verkauft. Die Verkaufspartie wird bei den Bauern größer oder kleiner, je nachdem viel oder wenig zum eigenen Gebrauch bestimmt wird. Partien von 30 bis 100 Stein fallen am häufigsten, weil Wässerung in verschiedenen Gewässern die Farbe und die Güte des Flachses verschieden bestimmt. Auch werden Partien von verschiedener Aussaatszeit unterschieden, und liefert die früheste Aussaat (Ende März)**) das vorzüglichste Produkt. Das Gesamtquantum des Flachses, welches in den benannten Kreisen des linken Rheinufers gewonnen wird, wird von 750000 bis 1000000 Stein variieren.

Von diesem Gesamtquantum werden gegenwärtig gebraucht:

zirka 50000 Stein Flachs für Zwirnerei
„ 350000 „ „ „ Cöln und den Oberrhein
„ 150000 „ „ „ Leinwand zum Verkauf in den Rheinprovinzen
„ 200000 „ „ „ eigenen Gebrauch der Produzenten.
750000

Gegen Ende des vorigen bis zum zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, wo die Leinwandweberei auf dem linken Rheinufer am höchsten blühte, werden

zirka 400000 Stein für Leinwand zum Verkauf im Auslande
„ 100000 „ „ Cöln und Oberrhein
„ 200000 „ „ eigenen Hauskonsum der Produzenten
700000

bestimmt gewesen sein.

*) Es ist eine unbestreitbare Erfahrung, daß der eigentümlichen Nahrung wegen, deren die Flachsfaser bedarf, nur erst nach 7 Jahren wieder Lein auf denselben Boden gesät werden dürfe.

**) Muß gewiß April heißen.

Der Gesamtflachsbau hat sich in den letzten 20 Jahren vermehrt, aber die Bestimmung des Produktes hat sich geändert, mit überwiegendem Nachteil. Vor der französischen Invasion bestanden in den Hauptorten des Flachsdistrikts, namentlich in Lobberich, Süchteln, Viersen, Dülken, Gladbach, Waldniel eine Menge kleiner Leinwandfabriken, die ein ausgezeichnet schönes Fabrikat lieferten. Ein Inhaber einer Leinenfabrik damaliger Zeit beschäftigte 100 bis 200 Spinnerinnen, einige Hechlerinnen und 20 bis 50 Weber. Da im Auslande die hiesige Leinwand vorzüglich durch Dichtigkeit, Reinheit und Egalität des Gewebes Anerkennung fand und mit sehr hohen Preisen bezahlt wurde, so waren die Fabrikanten durchaus auf ein volles, reines, egales Gespinst als Grundbedingung hingewiesen. Um dieses zu erlangen, wurde nur bester Flachs gekauft zu hohen Preisen, und der Ackerwirt wurde durch sein Interesse bewogen, sich der Erzeugung eines schönen Produkts mit aller Sorgfalt zu widmen. Der Spinnlohn der Mittelsorten Garn war um die Hälfte höher, bei den feineren erreichte er das doppelte, und bei den feinsten das dreifache der jetzigen Sätze. Dies vereinigt mit dem von Natur feinen und weichen hiesigen Produkte, machte die Leinwand stets gesuchter, und die feineren Sorten wurden als Luxusartikel allen andern mehr und mehr vorgezogen. Zwischenhändler mit bedeutenderen Fonds etablierten sich zum Einkaufe der Leinwand von den Fabrikanten, und von diesen wurde dann der Export nach Holland und Frankreich betrieben. Die französische Invasion brachte den Leinwandfabriken noch höheren Aufschwung. Die Zollschranken fielen weg, und bei dem unter der Kaiserregierung in Frankreich wieder erwachten Leben in Konsum wie Produktion war die Frage nach feiner und feinster Leinwand stärker wie je, und bei drängendem Begehr erfuhren damals die Preise zuweilen einen plötzlichen Aufschlag von 20 Prozent und mehr. Zu Viersen waren 1500 Webstühle für Leinwand beschäftigt, und die übrigen Orte blieben nach Verhältnis ihrer Größe nicht zurück. Alle industriellen Kräfte waren der Leinwand umsomehr zugewandt, da diese bis gegen das Ende der Fremdherrschaft der einzige und ausschließliche Fabrikationszweig der Gegend blieb. Spinnen und Weben traten aus der Beschränktheit einer Nebenbeschäftigung des Ackerwirts, wie sie im Beginn der Fabrikation wohl gehandhabt worden, zu selbständigen Gewerben heraus, und nach und nach bildete sich aus dem Bauernstande eine Fabrikarbeiterklasse hervor, die nur höherer, größere Fertigkeit und Übung erfordernder Industriezweige bedurfte, um in ihrer Eigentümlichkeit eine festere Abscheidung und bestimmtere Ausprägung zu gewinnen. Diese Anregung wurde ihr, als von 1808 bis 1813 mehrere Inhaber von Baumwoll- und Seidenfabriken des rechten Rheinufers sich der Zollsperre

halber zu einer Übersiedelung entschlossen, und in Viersen, Gladbach, Dülken, Süchteln Etablissements gründeten. Gleichzeitig ward auch von Crefeld aus der Seidenfabrikation ein erhöhter Impuls und eine größere Ausdehnung gegeben. In Crefeld hatte diese Manufaktur schon lange geblüht, und da zu gedachter Zeit die dortige Bevölkerung nicht mehr ausreichte, so wurden in der näheren und weiteren Umgebung Weber angeworben. Durch die erstehende Seiden- und Baumwollenmanufaktur wurde aber während ihrer höchsten Blüte die Leinwandsfabrikation untergraben, und als nach 1813 die Verhältnisse der Rheinprovinz sich ganz umkehrten, mußte dieser Zweig bei verschlossenen Absatzwegen in sich zusammensinken. Das vergrößerte Inland konnte das Ausland für diesen Artikel nicht ersetzen, weil bei geringem Bedarf eingebürgerte Konkurrenz entschiedene Vorteile bot. War jene Konkurrenz von Bielefeld und Schlesien früher durch Zölle von den französischen Märkten ferngehalten worden und hatte Spinn- und Weblohn unter diesen Umständen sich außerordentlich erhöht, so hätten solche, um mit jenen Gegenden, wo alle Löhne sich niedrig notierten, zu konkurrieren, jetzt in eben dem Grade sinken müssen. Früher hatte man feinstes Garn mit 10 Talern (Brabanter Taler), feinste Leinwand mit 100 bis 120 Talern pro Stück von 50 Ellen bezahlt. Die Lagerreste mußten zu 2 bis 3 Talern und 50 bis 60 Talern verkauft werden. Vielleicht würde dennoch sich der Spinnlohn allmählich ausgeglichen und die Leinwandsfabrikation eine neue zeitgemäße Basis gewonnen haben, wenn nicht die Seiden- und Baumwollenmanufakturen dem Sinken der Löhne ein Gegengewicht gehalten und den Leinwebern eine neue vorteilhafte Erwerbsquelle eröffnet hätten. Alle müßig gewordenen oder zu gering belohnten Hände wandten sich jenen Zweigen zu, und eine genaue Aufnahme der Ausdehnung, die Baumwoll- und Seidenfabrikation in den letzten 25 Jahren in den Städten Süchteln, Viersen, Gladbach und Rheidt und endlich in Crefeld erfahren haben, würde interessante Aufschlüsse liefern. Jene Fabriken fanden sich gleich von Beginn an für das verlorene, von vieler Konkurrenz bedrängte französische Terrain überreichlich durch das konkurrenzfreiere Inland und durch die neueröffneten Seebezüge entschädigt. Das Verschwinden der Leinwandsfabrikation nahm zugleich die einzige Schranke weg, die sich dem Aufschwunge hätte entgegenstellen können.

Die Notwendigkeit in jener Blüteperiode hiesiger Leinwandsfabrikation, ein gutes, durchaus tadelloses Gespinst zu liefern, hat bis heute bei fast allen Spinnereien hiesiger Gegend die Gewohnheit, gut zu spinnen, zurückgelassen, und noch immer wird das hiesige Garn fast allen anderen vorgezogen. Schon die hier herrschende Lohnspinnerei trägt wesentlich

dazu bei, daß fortdauernd ein schönes Garn geliefert wird; der Flachs wird nach einer bestimmten Norm gehechelt und ausgegeben, und das allseitige Interesse läßt die Sorgfalt nicht so ganz erschlaffen, wie dies wohl da, wo die Familie des Ackerers für eigene Rechnung und größtenteils für eigenen Gebrauch spinnt, der Fall sein mag. Und wo selbst hier für Hauslinnen gesponnen wird, läßt die Erinnerung an das früher so gar schöne Leinen kein schlechtes Gespinst dulden. Im allgemeinen aber geht dennoch unleugbar die hiesige Leinenspinnerei einer langsamen Verschlimmerung und einer ferneren Abnahme entgegen. Schon jetzt wäre es keineswegs möglich, die früheren feinsten Leinen hier zu erzielen, weil sich für Garne von 1/2 bis 1 Loth per 2000 Ellen keine Spinnerinnen mehr finden. Maschinengespinst wird endlich ohne Zweifel das Handgespinst hier ganz verdrängen, denn Sicherung für das letztere liegt einzig in wohlfeileren Preisen. Für Köpergewebe wird bereits Maschinengarn durchaus gefordert, weil bei allen anderen Garnen ganz tadellose Egalität der Farbe und des Fadens schwer zu erzielen ist. Für feinere Leinen wird sowie für Mittelsorten Maschinengarn sich auch einführen lassen, sobald die Preise desselben gegen die Preise der billigeren handgesponnenen Garne sich ausgeglichen haben werden. Einzelne Artikel werden wohl fortdauernd dem Handgespinste vorbehalten bleiben, je nachdem die Eigentümlichkeiten desselben sich als zweckdienlich erweisen. So sind Damastgewebe und Glanzzwirne wegen der seidenartigen Weichheit und des Glanzes des Fadens auf dasselbe verwiesen.*) Für Zwirne überhaupt wird Handgespinst zunächst, weil es dem Maschinengarne stellenweise an Stärke mangelt, den Vorzug behaupten, wenn dieser Vorteil nicht in der Folge durch bedeutende Preisdifferenz aufgewogen wird.

In diesem Augenblick stellen sich:

Sekunda-Maschinengarn	per	Strang	von	2000	Ellen	27	Pfg.
Best Sekunda-	„	„	„	„ 2000	„	30—33	„
Prima-	„	„	„	„ 2000	„	40—45	„

Dagegen:

Moldgarne	nach	letzter	Notierung	p. 2000	Ellen	15	Pfg.
Vollgarn	„	„	„	„ 2000	„	18	„
Schlesische Garne	„	„	„	„ 2000	„	18	„
Elberfelder Drei Kronengarne .	„	„	„	„ 2000	„	22	„
Braunschweiger Drei Kronengarne	„	„	„	„ 2000	„	25	„
Belgisches Handgespinst . . .	„	„	„	„ 2000	„	30	„

*) Bestätigt sich auch in Bielefeld; Damaste aus Maschinengarn sind dem aus gutem Handgespinst so ähnlich, als die Farbe des Toten der eines blassen lebenden Menschen.

Bei der hiesigen Lohnspinnerei berechnen sich die verschiedenen Sorten:

Gehechelter Flachs, Spinnlohn, Länge per Pfd. Flachs, per 2000 Ellen, Spinnlohn per 2000 Ellen:

Nr. 1 per Pfd.	12 Sgr.	15,	20 000—24 000	12 Pfg.	Spinnlohn 18 Pfg.
„ 2 „ „	9—10 „	11,	16 000—18 000	13 „	„ 16½ „
„ 3 „ „	7½ „	7,	12 000—13 000	13 „	„ 14 „
„ 4 „ „	6—7 „	5,	9 000—10 000	16 „	„ 13 „

Durchschnittlich, Zinsen und Fabrikationskosten einbegriffen, per Strang von 2000 Ellen 30—32 Pfg.

Bei vorstehenden Spinnlöhnen verdient eine Spinnerin, die den ganzen Tag über ohne Nebenbeschäftigung dem Spinnen fleißig obliegt, höchstens 3½—4 Sgr., und eine Spinnerin, die das Hauswesen nebenher ordnet, nicht über 2½—3 Sgr. täglich. Da in allen Fabriken hiesiger Gegend dagegen Kinder von 7—10 Jahren mit 2 Sgr., von 10 bis 12 Jahren mit 3 Sgr., von 12—15 Jahren mit 4—5 Sgr. und höher täglich bezahlt werden, so muß fast notwendig die Spinnerei als Erwerbszweig in den Fabrikorten verschwinden. In den noch ausschließlich ackerbautreibenden, von Fabriken entblößten Landorten aber wird durch die Einführung des Maschinengespinstes einer der ursprünglichen und natürlichen Nahrungszweige versiegen. Das Spinnen schmiegt sich, da es ab und zu betrieben werden kann, ganz der Arbeit des Landmannes ohne besonderen Zeitaufwand an, und 15—20 Sgr. wöchentlich, die keineswegs zur gehörigen Ernährung dem, der das Spinnen als Gewerbe treibt, genügen, bieten dem Landmanne einen Zuschuß, dessen Wegfallen empfindlich gefühlt werden wird.

Der noch bestehende Rest der Lohnspinnerei wird gegenwärtig, mit einziger Ausnahme einer noch zu Viersen bestehenden Leinwandfabrik, von den Zwirnfabriken Dülkens beschäftigt. Vor ungefähr 40 Jahren gründete der Unterzeichnete in Dülken das erste Zwirnetablissement, dem sich seither vier andere zugesellt haben, die insgesamt 2500 Spinnerinnen beschäftigen und etwa 80 000 Pfd. Zwirn liefern.

Beim ersten Entstehen kam dem Unternehmer die Konkurrenzlosigkeit zu statten, und die Zwirne wurden gegen heute um 50—60% teuerer verkauft. Die Spinnerinnen wohnten damals in nächster Umgebung Dülkens. Nachdem Baumwoll- und Seidenmanufaktur die Nähe in Anspruch genommen, hat sich der Kreis ausgedehnt und ist jetzt bis in die noch fabrikenlosen Orte auf 4—6 Stunden Entfernung zurückgewichen. Die Zwirnfabriken haben den Fall der Leinwandfabrikation nicht geteilt, weil keine Konkurrenz mit gleich schöner Ware sich darbot und weil sich ihnen hinreichende neue Absatzquellen öffneten. In den letzten Jahren tritt

aber aller ferneren Ausbreitung dieses Zweiges die belgische Konkurrenz bei den niedrigen Zöllen entgegen, und wenn es nicht gelingt, dieser durch Einführung von Maschinengespinst entschiedener zu begegnen, wird der Spinnlohn entweder noch tiefer sinken oder die Fabrikation stocken müssen. Gefärbte Zwirne werden durch ganz Deutschland von Belgien bezogen, und wenigstens bis zu 1000000 Pfd., im Wert von 700000 Tlr., eingeführt. Dieses Fabrikat würde ganz dem Inlande verbleiben, wenn unter Begünstigung hohen Zollsatzes im Westfälischen Zwirnfabriken errichtet werden können. Best ausgewählte Voll- und Drei Kronengarne, und am besten sorgfältig gefertigte dreifache Moldgarne würden dem Zwecke entsprechen, sobald Lohnspinnereien für besser normierten Flachs und für regelmäßigere Weisung Sorge getragen haben würden. Bis jetzt steht der Anwendung der Garne Westfalens die Unegalität des Fadens, das Marklose eines nicht genug ausgehechelten Flachses und die bei jedem Strange verschiedene Länge mit untilgbarem Nachteile entgegen.*)

In den hiesigen Lohnspinnereien wird gehechelt:

	Flachs		Werg		Hechellohn	Preis pr. Stein
von Nr. 1	1 1/2	Pfd.	3 1/2	Pfd. zu	3 1/2 Sgr.	26—27 Sgr.
" " 2	2	"	3	" "	3 "	24—25 "
" " 3	2 1/2	"	2 1/2	" "	2 3/4 "	22—23 "
" " 4	2 3/4—3	"	2—2 1/4	" "	2 1/2 "	20—21 "

Das Werg wird zu 2—3—3 1/2—4—4 1/2 und 5 Sgr. nach Verschiedenheit der Sorten nach dem Oberrheine verkauft.

Bei diesen hohen Preisen und der vielen Nachfrage nach Werg hat die Wergspinnerei, die hier nie bedeutend war, in den letzten Jahren fast ganz aufgehört, da Werggarn für Leinwand nicht viel höher als das rohe Produkt bezahlt wurde. Auch die Flachsgarnmasse, die in den Städtchen Breyell, Straelen und Dahlen zum Verkauf zu kommen pflegte, hat sich Jahr um Jahr in letzter Zeit vermindert. Die Qualität dieser Garne gilt für 10—15% schlechter als Lohngespinst und wird fast ganz zu Leinwand verarbeitet. Die Leinenfabriken zahlen für diese Garne per Strang 30 Pfg. und darüber, ohne aber den Nachteil, in dem Spinnerinnen für eigene Rechnung gegen Lohnspinnerinnen sich befinden, aufzuwiegen. Erstere müssen den Flachs in kleinen Quantitäten teuerer einkaufen, mehr Hechellohn zahlen usw.

Die Einsicht in diese Nachteile wird die Eigenspinnerei allmählich ganz in Lohnspinnerei übergehen lassen. Zu der Leinwand, die gegen-

---

*) Gleiches Haspelmaß.

wärtig hier gefertigt wird, werden Garne von Nr. 3 und 4 von 10 bis 20 Sgr. per Pfd. genommen, und ausschließlich Mittelsorten werden gewoben und in den Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf verkauft. Weitere Absatzquellen werden weder gesucht noch für das Gesamtquantum erfordert. Auch ist es nicht statthaft, unter den obschwebenden Verhältnissen das Gesamtquantum der Leinwandfabrikation zu vergrößern. Da schon der hiesige Flachs sich teuerer stellt, als der Flachs fast aller anderen konkurrierenden Gegenden, so müßte bei dem gleicherweise hier sehr teueren Weblohn das Fabrikat unverhältnismäßig höher für seine bessere Qualität bezahlt werden, was für Mittelsorten alles Grundes ermangelt; zudem wenden sich fast alle heranwachsenden Weber den leichteren und lohnenderen Baumwoll- und Seidenzweigen zu. Das Maschinengarn wird vielleicht bewirken, daß die Zwirnfabriken sich heben, die Leinwandweberei wird aber nur umsomehr hier verschwinden, um sich von anderen Fabriken noch entblößten Orten zuzuwenden.

Wenn das Resultat des dargestellten Flachsbaues und der Spinnerei des linken Rheinufers in bezug auf die Einführung von Spinnschulen oder Maschinenspinnereien erwogen wird, so scheint sich als weitere Schlußfolge daraus zu ergeben:

a) daß die Spinnschulen hier ihren Zweck nicht erreichen können, weil es kein Garn zu verbessern und im Werte zu heben gibt. Selbst eine Verbesserung der Garne, wenn eine solche stattfinden könnte, wäre hier zwecklos, weil die gegenwärtig hier geltenden Preise keine Erhöhung mehr erfahren können, ohne die Artikel, wozu die Garne gebraucht werden, zu ruinieren und dadurch den Konsum aufzuheben. Auch geht wohl aus der Darstellung hervor, daß Lohnspinnerei überall füglich die Spinnschulen vertreten und dasselbe Resultat herbeiführen kann.

b) Der Maschinenspinnerei steht hier entgegen das geringe Gesamtquantum des produziert werdenden Flachses und der hohe Preis der Urstoffe. Sichere Daten über die nützliche und rentierende Gründung von Maschinenspinnereien auf dem linken Rheinufer werden nur aus einer Vergleichung mehrjähriger Durchschnittspreise des Flachses auf Englands Märkten mit den hiesigen, verbunden mit einer Gegeneinanderrechnung der in Englands Spinnereien geltenden Löhne mit dem hiesigen Lohne hervorgehen können. Daß aber die Maschinenspinnerei selbst mehr als hinreichend begründet ist, würde, hätte es der glänzende Erfolg nicht längst faktisch dargetan, notwendig aus dem Verhältnis des Spinnlohnes zu dem Preis des Flachses — etwa 60% gegen 40% — hervorgehen. Wenn die Maschinenspinnerei durch weitere Entwicklung ihren Prozeß vereinfacht und die Betriebskosten, wie wohl zu erwarten,

noch bedeutend verringert, wird Maschinengarn künftig auf 20—25 Pfg. per Strang heruntergehen und das Handgespinst fast allgemein verdrängen.

Ist es erlaubt, zum Schluß über die staatliche Begründung und über die wohltätige industrielle Entwicklung ein Wort zu sagen, so sei es über das durchaus Relative des Industriewertes. Die Industrie ist die Mitte der modernen Lebensbestimmungen. In ihren unteren Gliedern nimmt sie die Hefe des Volkes, in ihren oberen die Blüte des Bauernstandes in sich auf, um diese Elemente, nachdem sie sattsam in der Industrie pulsiert, umgestaltet an das festgegliederte Bürgertum oder an freiere und höhere Lebensrichtungen abzugeben. Die heilsamste Wirkung werden Fabrikunternehmungen da haben, wo sie dem ausschließlich herrschenden Ackerbau ein Gegengewicht geben und das lose Treiben einer Menge, die in dem Ackerbau keine Bestimmung findet, in sich aufnehmen. Von übeln sittlichen und staatlichen Folgen werden Fabriken da sein, wo sie die ganze Bevölkerung eines Ortes ihrem natürlichen Beruf entziehen und in die industriellen Strudel hineinreißen.

In diesem Sinne erscheint es als ein hohes Interesse, wenn in den auf Ackerbau beschränkten Orten der Rheinprovinz und Westfalens Lohnspinnerei und Weberei als Vermittelung künstlerischerer Fabriktätigkeit eingeführt werden könnte.

1839.

Abhandlungen und Aphorismen aus verschiedenen Gebieten.

1. Flachsausfuhr aus Deutschland nach England. 2. Holland als Handelsvermittler rheinischer Produkte. 3. Aphorismen zur Welt- und Lebensanschauung. 4. Die Liebe als Leidenschaft, als Tugend und als Idee. 5. Lamennais, Affaires de Rome.

(Vgl. Band I, Kapitel 5.)

1. Flachsausfuhr aus Deutschland nach England.

(Abgedruckt im Allgemeinen Organ für Handel und Gewerbe, herausgegeben von A. v. Binzer, Köln, 1839. S. 69, 7. Februar.)

Wem hat sich bei Durchsicht der Importlisten Englands nicht die Frage aufgedrängt, was Deutschland hindert, an der Flachsausfuhr, die Belgien, Frankreich und Rußland in Jahr um Jahr steigender Ausdehnung nach jenem Lande betreiben, teilzunehmen? Vielfach ist die Wichtigkeit dieser Frage erwogen und auf das Äquivalent, das Deutschland in ihrer günstigen Lösung für das unaufhaltsame Sinken seiner Flachs-Handspinnerei finden könnte, hingedeutet worden. Wenige Versuche aber, und bisher nur erfolglose, sind zur Realisierung einer deutschen Flachsausfuhr gemacht. Deutschlands Flachs ist auf Englands Märkten noch ein unbekannter Artikel, und dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß Deutschlands fruchtbarer Boden doppelt so viel Flachs erzeugen könnte, als es je im Falle wäre, Maschinengarne von England zu beziehen.

Am Niederrhein allein werden jährlich zirka 1000000 Stein Flachs (5000000 Pfund) im Wert von 750000 Taler gewonnen, die nach dem voraussichtlich bald eintretenden Verlust ihrer jetzigen Absatzquellen auf den englischen Markt zur günstigsten Verwertung hingewiesen sind. Von der Überzeugung ausgehend, daß binnen kurzem die Ausfuhr des rheinischen Flachses nach England zur Notwendigkeit werden wird, wenn der so ergiebige Flachsbau am Niederrhein sich erhalten soll, wurde im Jahre 1838 der Versuch zum Export des niederrheinischen Flachses in größerem Maß-

stabe als früher erneuert. Die Qualität des deutschen Flachses fand bei den englischen Spinnern Anerkennung, und die Preise des deutschen Produkts wurden bei der bedeutenden Steigerung, die Flachs im zweiten Semester 1838 in England erfahren hatte, sehr annehmlich gefunden. Verbindungen auf verschiedenen Märkten der vereinigten Königreiche waren eröffnet und alle Aussichten günstig für den Erfolg. Diese Aussichten scheiterten aber gänzlich an den Fesseln, womit Hollands Vermittlung jede Entwicklung deutschen Seehandels hemmt. In Rotterdam wurden berechnet auf 32 Ballen Flachs wiegend brutto Kilo 3148

für Deklaration und Kaution in Lobith	fl. 9, 10 c.
„ Umladespesen in Rotterdam	„ 56, 50 „
„ Hafengeld	„ 11, 15 „
Zusammen	fl. 76, 75 c.

oder per Tonne von 1000 Kilo 24,35 fl.

Wird der durchschnittliche Wert des niederrheinischen Flachses zu 600 fl. per Tonne angenommen, so stellen sich die Spesen der holländischen Vermittlung auf 4%. Diese enormen Spesen wurden auf Reklamation motiviert wie folgt:

„Allerdings würde sich diese Berechnung hoch darstellen, wenn hier in Rotterdam die Ware unmittelbar von Bord zu Bord übergeben werden könnte. Da dies aber hier in Ermangelung eines eigentlichen Freihafens oder einer eingeschlossenen Niederlage nicht gestattet ist, die Ware demnach aufs Entrepot deklariert, unter Begleitung eines zollamtlichen Wächters dahin gebracht, dann aufs neue zur Verladung deklariert und unter Aufsicht jenes Wächters nach dem Einladungsplatze transportiert werden muß, so liegt gewiß kein Grund vor zur Annahme, daß jene Spesen übersetzt seien". (!)

Wird erwogen, daß diese Spesen im Verein mit Fracht und Assekuranz auf 12% und mehr vom Werte steigen, bevor der Flachs in Englands Häfen gelöscht ist, so ist es klar, daß jeder Exportversuch scheitern muß, so lange der Preis des deutschen Produkts nicht um 10% unter dem Werte der gleichen Qualität in Holland heruntergedrückt oder die Abhängigkeit des deutschen Seehandels von Holland beseitigt sein wird. Wenn diese Abhängigkeit dauernd bleibt und je die Notwendigkeit eines Flachsexportes für den Niederrhein eintritt, wird Holland dieses einzige Produkt jährlich mit einer indirekten Auflage von 30000 Talern belasten. Zu welcher enormen Höhe steigt erst der Gesamttribut Deutschlands, wenn auf diese einzige wertvolle und der Versteuerung durch Transportspesen weniger als andere ausgesetzte Produkt eine so hohe jährliche Auflage erhoben werden kann.

Schlimmer noch als dieses höchst bedeutende bare Opfer ist der moralische Druck, den Holland durch Hemmung des direkten Seehandels dem deutschen Unternehmungsgeist entgegenstellt. Dieser Druck kann durch längere Duldung nur vergrößert, das Bewußtsein der Kraft, ihn zu vernichten, durch Gewöhnung nur mehr und mehr eingeschläfert werden. Es ist wahrlich an der Zeit, daß Deutschland nicht länger die Frucht seines Fleißes entbehre, daß es mit den Nachbarländern den Anbau der ergiebigsten Produkte teile, und in der Eigentümlichkeit seines Bodens und seines Bestrebens die einzige Schranke fernerer Unternehmungen finde.

Die Mittel, Deutschland von der Abhängigkeit Hollands zu befreien, sind in diesem Blatte vielfach besprochen. Sie fassen sich kurz zusammen in: Beförderung der Rivalität der beiden Vorländer Holland und Belgien und Schaffung einer deutschen Seefahrt.

Rivalität und Konkurrenz schaffen uns die äußere, deutsche Seefahrt die würdigere innere Unabhängigkeit unseres Handels.

Politik und Natur haben bisher gleicherweise dem deutschen Handel die Abhängigkeit von Holland aufgelegt. Wechsel der Verhältnisse hat die eine Fessel gebrochen, und das im Jahre 1838 hervorgetretene Projekt einer direkten deutschen Seefahrt hat die Kunst aufgerufen, um die andere zu besiegen. Hoffen wir, daß der Aufruf nicht vergeblich sein, daß das 19. Jahrhundert, das so viele Fesseln brach, auch dem deutschen Handel Unabhängigkeit, deren er bedarf, wiederbringen werde.

---

2. Holland als Handelsvermittler rheinischer Produkte.

Der Aufsatz war vermutlich, ebenso wie der vorhergehende, für das „Allgemeine Organ“ bestimmt, ist aber anscheinend nicht im Druck erschienen. Mevissen berechnet zunächst, daß durch die holländische Vermittlung, und zwar wesentlich durch Maklerlohn, Lagermiete und Wiegegeld der Kleesamen, ein wichtiges Produkt der rheinischen Landwirtschaft, um 9 Prozent, das Getreide um 10 Prozent des Wertes verteuert werde, und fährt dann fort:

Wie kann unter dem Drucke dieser Lasten je die rheinische Agrikultur den Aufschwung nehmen, dessen sie fähig ist? Wie sehr sie auch durch Fleiß und Verbesserung fortschreiten, welche neuen Märkte zur günstigsten Verwertung ihres Überschusses sich ihr auch öffnen mögen, sie wird stets im Frohndienste Hollands arbeiten, und einzig die Unabhängigkeit von diesem kann ihr einen natürlichen und nachhaltigen Flor sichern.

Es kann beim ersten Anblick des nackten Zahlenresultats fast unglaublich erscheinen, daß eine große Nation, im Besitze überwiegender politischer Macht, Jahrhunderte lang Bevormundung und Zinsbarkeit von einer zweiten schwächeren erträgt, die nichts hat zur Begründung irgend eines Rechts als das alte Datum eines diplomatischen Siegs. Die Rheinlande liefern ein warnendes Beispiel, wie das Bewußtsein einer großen und schönen Vergangenheit durch lange Gewöhnung an sklavische Abhängigkeit erschlafft und fast ganz aus dem Gedächtnis eines Volkes verloren werden kann. Jener alte gepriesene Flor der Rheinlande, jene Pracht der Städte und jener Reichtum der Bewohner, wie lange war er geschwunden, um die Moräste Hollands zu einem Blumengarten umzuwandeln, ohne daß nur das Gefühl des Verlustes in den Rheinanwohnern laut wurde. Deutsche Untätigkeit und holländische Klugheit brachten es dahin, daß künstlich geschmiedete Fesseln selbst in den Rheinlanden als ein natürlicher und redlicher Rechtszustand galten. Noch im Anfange dieses Jahrhunderts wurde die Befreiung von einigen Vexationen Hollands fast als eine Gnadenbewilligung angesehen, und erst der neueren Zeit war es vorbehalten, die Frage deutscher Abhängigkeit von Holland auf den unverrückbaren Standpunkt des natürlichen Rechts zurückzuführen. Das Bewußtsein dieses Rechts und der Wille, es wieder zu erringen, ist endlich wieder allgemein erwacht und hat jene vielseitig sich offenbarende Gereiztheit gegen Holland hervorgerufen, die Subjekt und Objekt zu identifizieren drohte. Gelingt es nun auch dem beharrlichen deutschen Willen, den Rhein wieder ganz zu befreien, so sind wir dennoch nicht alsobald dem künstlichen Netze entronnen, das Holland seit dem Westfälischen Frieden um unsern Handel geflochten. Die Freiheit kann mit einem Schlage wieder gewonnen, die Male aber, die die Vergangenheit in den Gemütern und Verhältnissen eingedrückt hat, können nur nach und nach verwischt, der Genuß der Freiheit kann nur Schritt vor Schritt wieder erlangt werden. Holland hat unsere Abhängigkeit in ein System geschmiedet, von dem der deutsche Handel sich vor allen andern Dingen selbständig losreißen muß, ehe er die Früchte einer äußerlichen Wiederbefreiung genießen kann. Vernichtung der holländischen Kommission ist das Nächste, was nottut. Die Kommission verdoppelt den Tribut der Spedition und hemmt jeden Verkehr mit dem wahren Käufer. Nur unter dem Schutze seiner Kommission hat Holland das Monopol des alleinigen Transports unserer Produkte und der alleinigen Lieferung der Kolonialwaren, die wir bedürfen, sich aneignen können. Wenn Deutschland so lautlos den Verlust seines eigenen Seehandels verschmerzte, so geschah es, weil dieser Verlust durch die Kommission Hollands künstlich verdeckt

war und niemanden in seiner vollen Bedeutung erschien; und einzig unter dem Schutze dieser Kommission konnte es geschehen, daß noch vor wenigen Jahrzehnten die Rheinlande das großartige Interesse einer deutschen Seefahrt verkannten. Holland wird alle seine Kräfte, Kräfte, die ihm aus deutscher Zinsbarkeit erwachsen, seine großen Kapitalien und blühenden Verbindungen aufbieten, um das kostbarste Pfand deutscher Abhängigkeit sich nicht entreißen zu lassen. Die Kommission ist die Hauptquelle seiner Bereicherung und seiner Macht. Direkte Verbindungen und direkte Seefahrt sind untrennbar; die ersten wecken den Mut und die beharrliche Ausdauer zur Wiederschaffung der letzteren durch die unbesiegbare Macht des Bedürfnisses, und umgekehrt kann nur direkte Seefahrt die direkten Verbindungen erhalten und fortbilden. Es liegt im Interesse des gesamten Deutschland, und vor allem der Rheinlande, beide Mittel zur Vernichtung der holländischen Abhängigkeit, direkte Verbindungen und direkte Schiffahrt, gleich sehr zu würdigen, und so die ungeheuren Summen, die zu lange zu einer Bereicherung weniger holländischer Herren gedient haben, wieder zu einem Medium für die Wohlfahrt und Entwicklung eines großen Volkes zu verwandeln. Ein Volk, das einem andern den Tribut seiner besten Kräfte zahlt, bleibt ewig verurteilt zur Frohne des Bedürfnisses und erfreut sich nie des freien Genusses. Materielle Abhängigkeit und geistiger Knechtsinn gehen Hand in Hand und wirken gleich verderblich bis zur tiefsten Stufe bürgerlicher Gesellschaft hinab und bis zur höchsten Spitze staatlicher Entwicklung hinauf. Nur gleichzeitige innere und äußere Befreiung durch Seefahrt und direkten Handel kann Deutschland in den vollen Genuß der Erzeugnisse seines Bodens einsetzen, und den traurigen Folgen einer längeren Zinsbarkeit vorbeugen.

---

3. Aphorismen zur Welt- und Lebensanschauung.

(Niedergeschrieben am 26. Januar und 1. Februar 1839.)

Ein neuer Lebensabschnitt heißt mich heute die seit 1837 unterbrochene niedergeschriebene geheime Offenbarung der inneren Tatsachen des Gemütes wieder aufnehmen. Die dunkle Übergangsepoche der zwei abgelaufenen Jahre mag sich durch Schlaglichter aus den Zuständen der Gegenwart erhellen. Zu einer historischen Darstellung fehlt mir die innere, zu einem fragmentarischen Porträt die Klarheit der äußeren Erinnerung.

Mehr als je drängt sich mir die Gewißheit auf, daß alles menschliche Streben einzig zielt nach Befreiung und Enthüllung. Das Offenbare ist ein Vergangenes, Durchlebtes; das Geheime drängt für und für

der Offenbarung entgegen. Wenn eine Fessel bricht, tobt im Innern der Seele ein Jubel, eine Lust, die zu neuem Sturm aufregt. Sieg und Gelingen ist die erste Bedingung der Größe. Sieg und Gelingen ist aber nicht bloß äußerlich, es gibt auch Naturen, die nur im Innern siegen. Innerlicher Sieg ist die Erfahrung einer Seelengröße und einer Gemütstiefe, die von der Außenwelt keineswegs ein Echo fordert, die mit stolzer Resignation auf diesen Widerhall verzichtet. Das Gemüt hat hier alle Schranken durchbrochen und sich dem Höchsten und Ewigen in die Arme geworfen. In dieser Region ist kein Zweifel, keine Furcht. Alles Starre und Erdhafte ist in dem Hauch einer überirdischen Begeisterung für Augenblicke geschmolzen. Solche Augenblicke geben Kraft zu neuen Erhebungen und wirken sogar tiefer als die äußerliche Erscheinung.

Die große Frage, die sich unaufhörlich aufdrängt, ist: Wo liegt das Ziel des Lebens? Durch welches Gesetz begreifen wir unsere eigene Bewegung? Zwei streitende Gewalten sind in der Seele. Das Gemüt umfaßt alles, und sein Sehnen und Umfangen schlägt lodernd zur Flamme der Leidenschaft empor. Der Geist ist ruhig und gehalten. Er wägt das Verhältnis der Dinge, aber alles läßt ihn kalt. Er gibt den Dingen keinen Wert, er verhält sich zu dem Gehalte nur wie die Form. Wann werden sich Geist und Gemüt endlich verschmelzen, begegnen? Wann wird auf Erden das Fest der inneren Seelenversöhnung gefeiert?

Nichts ist so dunkel und furchtbar wie Zweifel an dem Werte des Lebens. Die Seele gleicht dann einem lecken Schiffe, herumgetrieben auf der brandenden Woge ihrer Neigungen und ihrer Schlüsse. Der Neigung, die die frühlingsweichen Arme hervorstrecken will, ruft die schonungslose Vernunft ihr Veto. Das Herz höhnt in feindlicher Trennung der Kälte und der haltlosen Hohlheit des Geistes.

Wer wagt es zu leugnen, daß ihn die Zustände und ihr Wechsel fast beherrschen? Nur an ihnen finde ich die Meilenzeiger meiner geistigen Bewegung. Doch ist die Herrschaft der Zustände nur Schein. Der Geist entpuppt sich in diesen Hüllen, und diese Hüllen tragen die Spuren seines Werdens. Die Dinge sind nicht Geist, der Geist ist in den Dingen und wirkt auf die Dinge. Der Geist der Dinge hat einen so stäten Schwerpunkt, daß der freie Geist außer ihm nicht zerstörend auf den Gesamtorganismus dieser Dinge einwirken kann. Notwendigkeit und Freiheit sind sich ergänzende Begriffe. Nur am Notwendigen mag sich das Freie erproben, ohne es zu verwandeln.

Wo ist in meinem Herzen der Funke Liebe hingeraten, der noch vor kurzem das ganze Weltall an die enge Brust zu drücken kühn genug war? Ich fühle es schmerzlich, die Ausbildung des Geistes wie des Herzens

mangelt der Harmonie. Unaufhörlich Aktion und Reaktion, nie ein A
gehen ineinander, und dennoch rücke ich dem Zeitpunkt näher, wo
ein Aufgehen zum Bedürfnis wird. Geist und Herz müssen endlich
ein zweites sich ergeben, um sich zu erhalten und sich zurückzunehm
Die Zustände halten mir die Notwendigkeit der Einigung vor Aug
Wird die Allmacht der Zustände den inneren, entsprechenden Zust
schaffen, den der ernste freie Wille vergebens anstrebte? Wenn ni
dann wehe. Die Zweifel enden und die Stirn muß zerschmettern.

Es liegt eine Einigung von Geist und Gemüt in Gott. Darum
ewige Strebung nach dem Unsichtbaren. Mir liegt diese Einigung
geheuer fern. Die Vernunft stellt sich mit ihren Schlüssen hemmend
die Mitte. Ich müßte die Vernunft überspringen und wieder gläu
werden können.

Nie band noch Reue meine Seele, und dennoch verwerfe ich t
täglich mein Denken und Tun. Woher dieser Widerspruch? Der V
stand ist ein unbesieglicher Sophist. In die Fesseln einer Leidensch
eines sündigen Triebes geraten, heißt mit aller Freiheit und allem Fo
schritt des Geistes brechen. Ich fühle mich in den letzten zwei Jah
gehemmt, weiß meine Fessel und finde niemanden würdig, ihm diese
zu vertrauen und mich zu befreien. Werde ich je rein innerlich
Schlacken auswerfen und zu einer Befreiung gelangen? Mein G
leidet unter dem Druck der Umgebung. Keiner, der meine Gefühle te
und keiner erhaben genug und heilig, um ihm zu bekennen. Beichten k
man nur Gott. Solange die Priester Götter waren, war die Beic
motiviert. Heute, wo jeder den irdischen Menschen in ihnen nicht a
den Augen verliert, muß das Institut fallen. Große Seelen sind
Repräsentanten der Gottheit auf Erden. Stolz ist des Menschen schlimm
Makel. Schneide ihn tausendmal weg aus dem Herzen und tausendm
kommt er wieder. Er ist des Geistes Atmosphäre, und außer ihr gi
kein Leben.

Das Geistesleben hat ein gedoppeltes Zentrum, eins in der Inn
lichkeit der Seele, das andere in der Äußerlichkeit der geschichtlichen W
gestaltung. Die Größe tritt nach außen auf reformierend und neugest
tend, nach innen beharrend und sich selbst bewahrend. Dann empfind
wir auf Augenblicke des Lebens Wert, wenn das Innere sich gegen
Äußerlichkeit stemmt und von dem Gefühl der Vernünftigkeit seines Wid
standes tief überzeugt und durchdrungen ist. Dieser Widerstand g
Gewähr von einem innerlichen Besitz, dem kein Äußeres etwas anhab
kann. Größte Freude wird im Innern empfunden, weil das Inn
unendlich ist und im Siegesgefühl zugleich das Geistesgefühl inneren Fo

schritts empfindet. Ein Sieg über die Äußerlichkeit findet sich allzubald begrenzt, und greifen wir über seine Grenze unbedacht hinaus, so wird der Sieg zur Niederlage. Die äußere Lebensgestaltung verträgt nur organische Reform und Umgestaltung, alles Unorganische wirft sie fort.

Ich kann für jetzt kaum beurteilen, welchen Weg ich in den letzten Jahren zurückgelegt habe. Ich weiß nicht, ob ich in der Idee fort- oder rückgeschritten. Ich weiß nur, daß die Idee an sich und das Verhältnis ihrer Gestaltung zu mir mir gleichgültiger geworden ist als je. Wenn diese Gleichgültigkeit Dauer haben kann, muß ich tief gesunken sein, um meine Geliebte ohne Scheideruf aus den Augen verloren zu haben. Ich hoffe, die Sonne ist nur hinter dem Berge, und wenn ich den Gipfel erstiegen, tritt sie glänzend wieder hervor. Hoffnung ist die Bindekette aller Welt. —

Wann wird sich Unendliches und Endliches sichtbar verbinden? Beide sind unsichtbar ewig vereint, aber nur in feierlichen Augenblicken enthüllt sich das Geheime, selten dem forschenden Geist, öfter dem fühlenden Herzen. Den Wert der Seele in der Tiefe des Gemüts empfinden, diese Empfindung in immer weiteren Sphären, in lauteren Schwingungen zu verbreiten, ist die Aufgabe aller Erziehung und Bildung. Zweitausend Jahre hat die Menschheit gebraucht, um von der Idee des ansichseienden Ewigen zu der Idee der fürsichseienden Persönlichkeit fortzuschreiten. Heute wird auf der Spitze der Nationen die Unendlichkeit des Moments in seinem unwandelbaren Gehalt gedacht und gefühlt.

Die Philosophie in ihrem höchsten Begriff ist der Magnet des Lebens. Wir können sie auf Augenblicke wohl aus den Augen verlieren, aber ihr Sonnenbild tritt in ungetrübtem Glanze wieder hervor. —

Täglich neue Probleme schafft und herbergt die Menschenbrust, weil überall Mangel ist an Gradheit, Kühnheit und Größe. Alles soll überkleistert werden, nichts will in natürlicher Größe erscheinen. Keiner mag sich das unendlich Zwerghafte seiner Natur gestehen. Unsere Reflexionen sind mehr Reflexe der Außenwelt, als Beschauungen einer unabhängigen, frei aufgeschlossenen Innerlichkeit. Was die Menschen am meisten fürchten, ist nicht, klein zu sein, sondern klein zu scheinen. Und möchten sie noch wahrhaft groß scheinen, so wäre es verzeihlich. Aber das ist der Fluch der Halbbildung, daß sie glänzen will und in ihrem Kreise glänzen kann mit einem Lichte, das allen Kernes bar ist. Es ist eine solche Majorität des absoluten Unsinns und der Verkehrtheit in der Welt, daß es schon großen Mut fordert, das scheinen zu wollen, was man innerlich als wahr und bleibend erkannt hat. Manche bleiben mit dem edelsten Herzen verborgen, weil die Atmosphäre, in der sie atmen, nicht rein genug ist, um

ihr Gemüt ausleben zu lassen. Wenn ich aber denke, daß es auch viele Nichtigkeiten und Schlechtigkeiten in der Gesellschaft gibt, die bloß durch das Niveau dieser Gesellschaft vor den schlimmsten Abwegen sich geschützt finden, so ist dadurch die prästabilierte Vernünftigkeit und Harmonie der Gesellschaft wieder gerechtfertigt. Ich glaube unwandelbar, daß alle Wirklichkeit auf einer vernünftigen Wechselwirkung und Verbindung aller Glieder und Teile beruht. Diese Teile aber sind frei und können sich fortschreitend und sich entwickelnd neue Verbindungen schaffen, ohne dadurch das ewige Gleichgewicht aufzuheben. Die Entwicklung der Teile entwickelt auch das Ganze, wenn sie auch in unumstößlichen Grenzen und Gesetzen eingebannt ist. Jeder einzelne mag alle seine Freiheit nach Kräften ausleben. Es ist Raum genug dafür da, und es ist gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Entwicklung des Menschengeistes ist aber eine stetige, festbezielte; die Achse, um die sie dreht, d. h. die Ideen, die ihr zugrunde liegen, sind unendlich, und die Entwicklung des Geistes ist eine unendliche, stetige zur Enthüllung dieser Ideen.

---

4. Die Liebe als Leidenschaft, als Tugend und als Idee.

Gott ist die Liebe, sagt das Christentum, diese erhabenste Religion des Geistes, die Religion der Liebe. Fragen wir nach dem Wesen der Liebe und nach ihrer vielgestaltigen Offenbarung in Geschichte und Leben.

Die Religion, das Erbteil der Väter, nimmt den Säugling in ihre schützenden Arme und weiht ihn durch einen feierlichen Akt zu einem in Ewigkeit fortdauernden Bunde der Geister. Die Religion tränkt den jugendlichen Geist mit den ewigen Wahrheiten der Vorzeit, und ehe er denkend zweifelt, fühlt er die naive primitive keusche Schönheit und Glorie des Schöpfers und der Schöpfung. Nichts ist so rein, so kristallhell wie das Herz eines frei und zart entwickelten Kindes. Nur ein Gefühl glüht in dieser Brust, das Gefühl der schrankenlosen Lebensfreude. Jedes Objekt ist gleich, und niemand übt eine vollständigere Herrschaft über die Außenwelt als das Kind. Jedes Objekt wird heiter ergriffen und schmerzlos weggeworfen. Das Kind fühlt es tief, die Objekte sind nur die Stufenleiter, an der es den Gehalt seines Busens ausspielen soll. Der Gegenstand hat noch keinen Wert in sich. Sein einziger Gehalt ist die Liebe des Gemüts, die ihn ergreift. Die Liebe hantiert herum und saugt aus den Dingen den Honig wie die Biene. Ist der

Reiz erloschen, ist das Ding von Honig leer, so wirft das Kind es rasch entschlossen weg, und auf dem jugendlichen Antlitz schon zeigt sich Schmerz, wenn ihm das Ding, das für das Kind jetzt bedeutungslos, wieder nahe gebracht wird. Die Gefühle des Kindes sind anarchisch und schweifend, weil der Geist sie noch nicht mit dem Odem seiner alles verschmelzenden Einheit umfittigt.

Der erste und heiligste Besitz, der feste Anker des Kindes ist die Mutter. Die Mutter ist ihm die Gottheit, die offenbarte, selbständige und freie organische Einheit. Kein Wesen ist so rein, so erhaben und schön, wie die Mutter, widergespiegelt im Herzen des Kindes. An ihr windet sich sein Geist empor; sie ist des Kindes geistesfester Hort. Sein Gefühl wirft, wenn es sich gesättigt, die Dinge fort, aber sein Geist, der das Gefühl nicht zur Ruhe kommen läßt, sondern unaufhörlich weitertreibt, reißt es mit unwiderstehlicher Gewalt stets aufs neue zu seiner Mutter. Dem Kinde sind die Dinge vergessen, und die erste geistige Funktion, die Erinnerung, gilt der Einheit, der Liebe der Mutter. An das Kind tritt noch alles heran, ursprünglich und frisch. Sein Gemüt ist so kräftig, so stark, daß es noch keiner Vermittlung bedarf. Wie anders beim Manne! Das Gemüt hat ausgespielt und der Geist sich in seine eigene Domäne zurückgezogen. Nur in feierlichen Augenblicken, wenn es dem Geist in seinem Beinhause zu enge wird, treibt es ihn, das Gemüt zur Hilfe herbeizurufen, und wie oft antwortet seinem gellenden Notschrei nur ein leiser Widerhall. Wie glücklich die Zeit, wenn das Gemüt mit ureigentümlicher Kraft alles umfängt und, in seiner Siede zubereitet, der jubelnden Seele reicht zur Erquickung. Im Kinde ist das Gemüt, im Manne der Geist vorwiegend. Der Jüngling feiert die Vermählung der Erde, und der Greis, der göttlich verklärte Jüngling feiert die Vermählung der Himmel.

Geliebt wird nie etwas als die Liebe. So viel Freude, so viel Lebenslust das Spielwerk dem Kinde bereitet, um so viel wird es von ihm geliebt. Ist das Ding dem Kinde gleichgültig geworden, so ist es aus der Region seines Gemüts enthoben. Sein Geist wird es ergreifen und wird es einsenken zu seinen Schätzen. Die Neuheit ist immer und unbedingt auch für den Mann eine reine Freude, wenn er seine Gefühle nicht mit dem strengen Zaum des Geistes bändigt. Das Kind liefert die Eindrücke seines Gemüts als Objekte der Kenntnis an den Geist ab, und wenn es zum Knaben heranreift und zum Jünglinge, so hat es die Reihe der Außendinge durchlaufen. Alle haben ihm ihr Rätselwort verkündet, und die eben noch von tausend schönen Gestalten belebte Welt ist plötzlich still, reglos und tot. Graue Einsamkeit schlägt

die Knabenseele in Bande; kaum genügt mehr das Sonnenlicht religiöser Gefühle, das dem Kinde in seinem unendlichen Reichtum fast entbehrlich schien. Dem Knaben bestimmte die Mutter Natur das Lehramt des Geistes, die Religion spricht zum Gemüt in positiven Dogmen, ihre Ideen sind dem Herzen eingesenkt mit der ersten Muttermilch; nun kommt die Lehre und ruft auf zum Schlachtkampf der Gedanken. Zweifel regt sich auf Zweifel, und was eben noch göttlich heilig war, droht nun zu erliegen feindlicher Gewalt. Wer mißt ihre Tiefe, die Tiefe der Labyrinthe des Gedankens. Wohl, wenn ein kundiger Führer die Richtung zeigt und die Sonne, die herrlich erstrahlt am Ausgange! Dann wird der Geist durch eigene Bewegung befreit, aber das Herz bleibt gewahrt im Hinblick auf das unverrückbare Ziel. Dies Ziel hat das Christentum als Dogma aufstellen wollen, aber seine einfache Sprache reicht nicht mehr aus für die Wirren des Tages, und selbst das Christentum bedarf heute, um im Knaben lebendig zu bleiben, eines begeisterten Propheten, der mit der siegenden Gewalt innigster Überzeugung es verkündet. Nicht die Augendinge sind es mehr, die das Gemüt des Knaben bewegen, diesen ist ihre Ursprünglichkeit abgestreift, sie sind duftlos, farblos und leblos geworden in der Umarmung des Geistes. Noch klammert sich der Knabe an die objektive Einheit seiner Seele, an seine Mutter, aber mehr und mehr fällt auch der Nimbus ihrer Züge. Die Sonde des Geistes dringt auf sie ein und deckt die Widersprüche ihres Daseins mit der ewigen Idee der Welt, die nunmehr in Geist und Gemüt des Jünglings eingetreten, die sie erfüllt, auf. War die Erziehung falsch, hat sie im Werden des Jünglings die ewige Idee der Liebe nicht erweckt und zum geistigen Durchbruch gebracht, so ist es, ach, um eine Menschenexistenz geschehen. Fehler der Erziehung sind unverbesserlich. Fremde abnorme Interessen bemächtigen sich der nach Erfüllung schmachtenden Seele, und die Phantome der Leidenschaft gelten dem Wahnsinnigen als das ewig Rechte. Einzig ist es der Einwirkung des Christentums zu danken, daß die Erziehung durchweg auf richtigen Prinzipien ruht. Die Prinzipien der Religion der Liebe nötigen die Erziehung, sich ihr mehr oder minder zu bequemen, und so ist es verhütet, daß die Menschheit sich je noch einmal ganz von der Quelle der Wahrheit entfernt. Wäre kein objektiver Ausdruck der Wahrheit gegeben in der Hierarchie der Religion, in ihren Vedas und symbolischen Büchern, hätte nicht die Wissenschaft sich schon durchgerungen zum Licht, und hätte auch auf dem Gebiete des freien, forschenden Geistes die Standarte des Ewigen und Unumstößlichen aufgepflanzt, wahrlich, mit bangen Besorgnissen vor der Zukunft, wie einst Tacitus, möchte der

Seher erfüllt werden. Wo ist der Leuchtturm, die Richte im Reiche der entfesselten freien, einzelnen Gedanken! Ihre Richte, ihre Gewißheit liegt in dem Lichte, das genährt aus der Allheit der heterogensten Einzelnen hoch über sie ein Objektives daherstrahlt, wie ein Stern der Erlösung, jedem gegenwärtig zu allen Stunden des Tages und der Nacht. Jeder trägt heute etwas Christliches, etwas Philosophisches in sich als Erbteil der Geburt, als Einhauch der Atmosphäre, und so gibt jeder sein Scherflein zum stets steigenden Glanz der Religion und Philosophie.

Der Knabe hat sich umgesehen in der Wirklichkeit, und er findet kein Objekt für den Drang seines Gemüts. Es hat ihn hingetrieben zum Borne des Wissens, und von Geistern, die er heraufbeschworen aus der uralten Nacht, fühlt der Jüngling seine Schläfe umschwebt. Mit der Wirklichkeit hat er gebrochen. Sie liegt weggeworfen, seiner unwürdig, hinter ihm, und vor ihm breitet sich unabsehlich das Reich des Ideals. Sein Ideal ist kein kaltes Bild, nein, sein Gemüt hat es mit allem Zauber des Lebens angehaucht, es lebt in ihm, sein Kind, besiegelt mit dem Stempel seines Geistes. Wo soll der Jüngling hin mit dem glühenden Drang seines Busens, und wenn er ihn hintrüge bis an des Herkules Säulen, er fände keine Wirklichkeit, die hoch genug, die Brautnacht mit ihm zu feiern. Sein Enthusiasmus ächzt nach Luft und will hinaus aus dem engen Gehäuse, will eintreten lebengestaltend in die Welt, will niederreißen was ihm widerstrebt und aufbauen das neue Reich. So in den heißen lebendurchstürmten Jahren der Jugend. Ein Ideal der Phantasie wird, ach, zu oft ergriffen, weil es unwiderstehlich zur Offenbarung des reichen luftlosen Innern drängt, die schönsten Kräfte werden gesetzt an die Erreichung des hohen Ziels, und zu spät zeigt es sich, daß die Kräfte nicht zulänglich waren, den jahrtausend alten Bau der Wirklichkeit zu zertrümmern. Glücklich genug, wenn das Ziel nicht ein Phantom, nur ein Vorgriff in die unausbleibliche Zukunft war. Begriffe man doch wohl, daß der Jüngling der Menschheit nie gedacht werden kann ohne ein die äußere Wirklichkeit überfliegendes Ziel! Wie wäre ein Fortschritt zur Zukunft möglich, wenn der Geist der Gegenwart nicht seine idealere Gestaltung in sich trüge! Welche verkrüppelte, verkommene Seele muß es sein, die noch nicht angefochten von den Schmerzen des Lebens, noch nicht befähigt, teilzunehmen an der Errungenschaft des Lebens, dennoch nichts höheres kännte als die tägliche Misere. Gott behüte uns vor einer so entnervten verlorenen Jugend. Ja, ist das Ziel des modernen Jünglings manchmal irrig, was wiegt dieser Irrtum so gering in seiner Wirkung gegen das Große und Gute, das er in dem Individuum zum Durchbruch treibt, dem er

für ein ganzes kommendes Leben Achtung und Anerkennung verschafft. Wo soll der Mann die Richtschnur seiner Tat finden, wenn nicht in dem Wunsche, dem Ideal des Jünglings? Die Mittel zur Realisierung seiner Idee mögen schlecht gewählt, unzureichend sein. Die Idee selber ist gewonnen und begleitet ihn durchs ganze Leben, leiht seinem männlichen Handeln Würde, seinem Charakter unbeugsame Festigkeit und seinem Glauben der Selbstgewißheit Halt. Wofür schwärmt die moderne Jugend? Ist sie nicht mit seltenen Ausnahmen begeistert für das Wahre und Schöne, und ist die Jugend nicht fähiger, das Wahre und Schöne zu erkennen, als irgend eines der anderen trockeneren, mutloseren Alter? Was haben die Ideen, das Ideal der Jugend anders für Gehalt als die Liebe? Güte, Ehre, Ruhm, Tapferkeit und Lebensmut, sind es nicht die verschiedenen Farben eines Bildes? Wessen Herz schlägt feuriger dem Edelmut, der Heldentugend, dem Hochsinn und allem Erhabenen der Natur und des Geistes entgegen; wessen Herz ist für alle Regungen der Freundschaft, der Dankbarkeit, der Großmut so empfänglich wie das Herz des Jünglings? Mag sich die Liebe in ihren Objekten täuschen, sie selber täuscht sich nie in sich. Sie ist und bleibt ewig die einzige Wesenheit des Menschen. Ist die Großmut verwerflich, weil dem Jüngling eine schlechte Tat unter diesem göttlichen Glanz erscheint? Nimmermehr. Halte man den Satz doch fest in der Betrachtung, daß die Liebe sich selber sucht und anbetet. Nicht die schlechte Seite ist es, die der Jüngling liebt, diese ist ihm verdeckt, nein, es ist die wahrhaft gute und große, und ist die Güte, die Schönheit nicht in den Sachen selber, so legt sein freigebiges, liebebedürftiges Gemüt sie hinein, um sich an dem selbstgeschaffenen Wesen zu erfreuen, aufzurichten und der schönen Wesenheiten der eigenen Natur gewiß zu werden. Je tiefer der Geist des Jünglings sich entwickelte, umsomehr Haltpunkte bietet er seinem Gemüt. Je mehr Strahlen in den Geist eingehen, je mehr sendet er ans Gemüt zurück, und alle sind einem Zentrum, der Liebe, entboren und drängen stark und stärker zu ihrer Wiedervereinigung. Lehre, Anschauung und Erfahrung gaben dem Jüngling die Einsicht in die Erscheinungen des Lebens und in die Offenbarungen der Geschichte. Je tiefer er eindrang, je klarer wurde ihm, daß der Gang der Menschheit, der mit einem ersten willkürlichen Gegensatz gegen den Geist begann, als zum Ziel zur neuen Einheit von Satz und Gegensatz, von Geist und Welt hinstrebt. Von der einigen, aber vagen, farblosen Liebe schreitet die Menschheit fort zu den in die Liebe aufgenommenen, sie erfüllenden Ideen des Rechts, der Sittlichkeit, der Wahrheit und Schönheit. Jede dieser Ideen hat das Ganze im Keime, indem sie zu einer einseitigen,

partikularen Blüte sich entwickelte. Ohne Ganzes kein Teil und ohne Teil kein Ganzes. Nicht die Erkenntnis aller Teile des Weltgeistes ist die Sache des partikularen Geistes. So viel er aber erkennt und als in die Einheit sich ewig zurücknehmend weiß, so viele berechtigte und unentreißbare Angelpunkte hat das Gemüt; denn das ist die Herrlichkeit des Menschen, daß sein Geist, wenn er bis zu den ewigen Wesenheiten des Lebens durchgedrungen ist, sich in unbewußtem frischen Rapport mit dem Gemüte befindet. Hat das Gemüt geschwiegen, so lange der Geist im Dunkeln herumtappte, so spricht es laut den heiligen Spruch seines Segens, wenn der Geist sich auf seinem Boden findet und ihm eine seiner Wesenheiten entgegenbringt. Wahrheit und Schönheit und Liebe sind stets vereint. Es ist eine erhebende lohnende Gewißheit das Bewußtsein, daß das Wahre, Schöne, Gute alle Wesenheiten und Kräfte unserer Seele zu gleichzeitiger Lebenstätigkeit treibt. Nur der Gute genießt die Existenz ganz und voll.

Das Gemüt des Jünglings, in das die Geister des Lichts eingezogen, ist selig auf Momente, doch seine Seligkeit ist kurz. Wie der Knabe die Dinge als interesselos und fremd von sich stieß, so kann auch das Bewußtsein der Ideen nie und nimmer dem Jüngling genügen. Die Idee will nicht allein gewußt sein in ihrer bestimmungslosen Allgemeinheit, sie strebt vielmehr aus allen Kräften der Offenbarung, der Entäußerung, der Selbstanschauung entgegen. Der Geist, der sich soeben aus der Welt zurückgenommen hat, soll sich wieder hineinsenken in die Welt, so will es das ewige Gesetz des Lebens. Die Idee ist nicht abstrakt, ruhig, tot — nein, in der Entwicklung, im Forschritt tätig und lebendig. Der eine greift irre, vermißt sich zum Umsturz der ewigen Formen der Wirklichkeit; indem er diese bereit machen will zur Aufnahme seines Gottes, zerschellt er mit seinen machtlosen Kräften. Dem anderen ist ein glücklicheres Geschick beschieden. Er begegnet der Jungfrau, die seinen Jugendtraum begrüßt, und wahrlich es ist beglückt zu nennen, wer die Geliebte findet, wenn Arm um Arm und Geist um Geist sich windet und Seele in Seele sich ergießt.

Wie tief verbirgt sich der Sonde des Geistes die Notwendigkeit, und wie erfreut allüberall das Spiel der Freiheit das trunkene Auge. Überall sind ewige Gesetze der Erkenntnis verborgen. Die Wirklichkeit des Lebens stößt oft den Jüngling von sich ab. Sein ungestümer Schritt, sein begeisterter Drang ist dem feierlich ernsten Schritt der Weltgeschichte nicht genehm, sein Stürmen brandet gellend an ihre Ufer und der arme Pilot laviert fort mit gebrochenem Mast. Kein Mann, der im politischen Tagesleben ihm die Bruderhand zum Willkomm reicht. Es ist ein Jüngling —

das Wort liegt zwischen ihnen wie eine unendliche Kluft. Was hilft aller innere Drang, alles Wissen, alles erhabene Streben? Die Woge des Lebens ist taub dem Flehen. Und nun, warum bereitet die Geschichte dem hohen, wahren Streben keinen Kranz, keine Glorie? Die Geschichte gehört dem Manne, sie ist die Tat des vielprüfenden, bedächtigen Ernstes, der Sprosse nach Sprosse mählich ersteigt. Nicht ein so Allgemeines hat die Natur für die glühende Jünglingsbrust bestimmt. Sein Herz sehnt sich nach Anschauung seiner selbst in der schönen vollen Sinnlichkeit. Verkörpert will er sein Traumbild sehen, dem farblos Allgemeinen der Idee ist er feind. Zu ihr bedarf es des Durchganges durch ein bewegtes, tatenreiches, in tausend-Beziehungen verzweigtes Leben. Er steht da einsam auf höchster Erdenzinne, erhaben, feierlich, schweigend, sinnend — der Jüngling-Mann. Vor ihm ausgebreitet liegt in wirren ordnungslosen Massen die Ewigkeit des Seins der Natur und das ewig wechselnde Werden der Geschichte. Die Gebilde verschwimmen ineinander vor seinem Blick, und keines löst sich klar ab und bietet sich zur Auffassung dar. Das Herz ist eng und beklommen und fühlt sich ungewiß und zagend inmitten alles Reichtums. Die Dinge, Natur und Geschichte sind erst dem Geiste vorgetreten, er hat sich noch nicht in sie hineingelebt, noch nicht mit seinem Stempel sie geprägt, und weil sie dem Geiste noch äußerlich und fremd, haben sie keine Macht über das Herz. Der Mainacht Weben, der Blumen Glanz und Pracht, die Erhabenheit der Alpen und das Schaurige der Felskluft, alles ist ungenügend, des Herzens Sehnen zu stillen. Ein heilig tiefes Gefühl verkündet es laut und unaufhörlich, es gibt höheres unter der Sonne als Firne und Tal, als Blume und Mainacht. Der Ring der Gestaltungen ist noch nicht dem Forscherblick erschlossen: noch fehlt das teuerste Glied in der Kette.

Drückende Ungewißheit, pochendes Sehnen, geheimes Ahnen foltern wechselnd das jugendliche Herz. Die Bürde wird zu schwer, es stürzt sich hinein in den Rausch des feindlichen Tages, um sich zu retten vor der Einsamkeit. Auch hier kein Frieden, keine Versöhnung. Ach, wie viele der reichsten, edelsten Herzen reiben sich auf in dem inhaltlosen Streite mit der Welt! Jeder Tag raubt dem Gemüt eine Blüte, und ich nenne den wahrhaft beglückt, der in dieser schleichend giftigen Periode bald landet in dem weichen schützenden Arm der Liebe.

Ach, an welche unzerreißbare Kette hat der Allwaltende der Menschheit Glück gebunden! Wie sicher weist die Natur jedes Alter zu seiner rechten Bahn. Auch in das historische Dasein der Völker tritt mehr und mehr die Natur als das freie, befreiende, bestimmte und bestimmende Moment. Der Staat weist den Jüngling weg aus seinen Auen und

führt ihn entgegen durch Tatlosigkeit und Tatdrang dem Arme der Jungfrau. In des Lebens Schein hat sich das mutige Herz getäuscht, und aus dem empfindungslosen Schein strahlt bald herrlich des Lebens Wesen, der schönste Kern der Welt entgegen. Arm in Arm, und Herz an Herz schließt sich die Jugend, und aus der Liebenden Bund blickt vollbewußt und reif der Mann dem Sternenchor entgegen. Wie verborgen sind des Lebens gewaltigste Kräfte. Ein Augenblick weckt sie und zeitigt den Jüngling zum Mann. Die Unbestimmtheit schwindet, das Ideal ist gefunden in Körpergestalt, und Herz und Geist senden ihm ewigen Wonnejubel entgegen. Ach, wer am Ende der Geschichte stände und die Wahrheit dieses Traumes sähe, der leider nur noch wenigen zum Leben erblüht, der unendlichen Mehrheit zum fahlen winterlichen Traumbild verblaßt. Wahrheit aber muß er werden allen, und die da heimgegangen in Ungewißheit und Dunkel, die nur einen süßen Augenblick geträumt zu haben glaubten, sie ruft einst die Posaune zur bewußten Auferstehung. Wie erhebend und erschütternd und doch auch wie beseligend und kräftigend ist ein Blick in der Ewigkeit enthüllte Fülle, in des Herzens schattenlose Liebe. Nicht ein Gott zog einen Schleier über das verlorene Eden, nein, des Menschen wahnumfangener Wille lenkt seinen Blick hinweg von jenen Reichen, die Erfüllung bietend, dem Suchenden unverloren, harren in des Busens Tiefe und mit jedem umwandeln unzertrennlich durch alle seine Tage. Aus ihnen leuchtet ihm das ewige Licht der Hoffnung, das auch die dunkelste seiner Nächte noch erhellt.

Das Leben auf der Erde ist das Reich kämpfender Gewalten. Aus dem Kampfe seiner Erscheinungen erst tritt der Geist hervor, und der Geist des Lebens, Geist der Geschichte und Weltgeist, alle sind es Benennungen einer einzigen Wesenheit Gottes, von dem alle Erscheinungen aus-, und in den alle Erscheinungen zurückfließen:

> Ein wechselnd Weben,
> Ein glühend Leben,
> So schaff' ich am sausenden Webstuhl der Zeit,
> Und wirke der Gottheit lebendiges Kleid.

Wo der Mensch im Leben das Göttliche gewahrt, da bildet sich am Baum seiner Lebensgeschichte ein Knoten, ein fester Haltpunkt dem Auge. Eine absolute Höhe ist erstiegen, höher als alle die Welten des Firmaments, die in der Sternnacht flammen.

So viel es solcher Knoten und Früchte am Horizont der Geschichte gibt, ebenso viele muß das Individuum in sich erleben.

Mein blödes Auge glaubt erst eine Sonne in der Entwicklung der Menschheit zu gewahren. Die ganze alte Welt war eine unvollkommene,

vom Urgeist abgefallene und getrennte, weil sie ihren Nexus mit der Gottheit nur empfand, nicht wußte. Die Erscheinung war der Empfindung nicht adäquat, nicht mit Allgewalt das Subjekt in sich zu höherer Weihe untertauchend. Die schönen griechischen Götter waren in ihrer Einzelheit auseinanderfallende leblose Gestalten. Das Band, was sie mit dem Geiste verknüpfte, war kein äußerliches, sondern nur ein inneres. In der Erscheinung (Verkörperung) einer einzelnen Gottheit lag nichts, was den allgemeinen Zusammenhang der Himmelsbewohner aufgedeckt hätte. Die Sterblichen aber empfanden höher, als sie dachten. In ihrer Empfindung war Venus nicht allein die Göttin der Liebe, sondern als Venus Urania auch die Grundmacht des Himmels. Die anschauliche Begriffseinheit, in die das Altertum seine Götter eindrängte, war das Chaos, die Geburtsstätte der Götter und Menschen. Eben in dieser Verkörperung ist die ganze Bewußtlosigkeit und Sehnsucht des Altertums ausgeprägt. Das Chaos und das gleich gestaltenlose, aber allmächtige Schicksal war das dunkle, unbewußte, ungelöste Rätsel der Menschenbrust, die ihrer Empfindung, da sie ihr selbst nicht klar war, auch nur eine unklar verschwimmende Symbolik geben konnte. Was in die Geschichte der Menschheit hinausgetreten war als Tat oder Idee, hatte seine Gestalten in den Göttern sich errungen. Die Erscheinungen der menschlichen Seele waren festgehalten in Bildern, aber nicht so der Menschengeist selber. In seinem wahren Wesen war er noch gar nicht in die Geschichte aufgegangen. Alle Versuche seiner Manifestierung waren im Altertum gescheitert, darum blieb er das umgestaltbare fremde Chaotische. Auch begreifts sichs hier leicht, warum die Griechen nicht die Träger der höheren Weltgestaltung und höheren Offenbarung werden konnten.

Alles, was ins Leben hinaustritt, treibt zum Extrem, bis es sich verknöchert und als Verknöcherung erstarrt. Alle Wesenheiten des Menschengeistes, Schönheit, Liebe, Ruhm, Gemüt und Geist, bilden ihre Richtung bis ins Extrem bei einzelnen Völkern, die als Träger solcher Wesenheiten in der Geschichte erscheinen, fort, und diese Völker können nicht von dem Extrem zurück, sie bleiben mit ihren geistigen Kräften darin gefangen. Der natürliche Fluß ihres Geistes und ihres Herzens ist durch die stets vorschwebende Gestalt des zur Gestalt ausgebildeten Extrems erstarrt und gehemmt. Die Nationen können so wenig wie die Individuen ihre Vergangenheit vernichten. Je tiefer sie einem Extrem sich genähert, je höher tritt die Gestalt desselben an ihren Horizont und senkt ihre Klauen in das Gemüt. Sind die Widerstandskräfte, die die Nationen den Extremen ihrer Vergangenheit entgegenzusetzen haben, nicht mehr kräftig genug, so geht die Nation im Weltgeist unter. Die Ge-

schichte vernichtet im Leben ihre versteinerte Form, und Klio schreibt sie mit ihrem Griffel in ihre Tafel. Die Geschichte ist bisher nichts als eine Reihe von Versteinerungen menschheitlicher Ideen. In der niederen Naturgestaltung ist es nicht anders. Die Natur läßt aus eigener Fülle, aus innerem Vernunfttrieb die extremen Gestaltungen, die sie erzeugt hat, wieder fallen und verschwinden. Wie der Mensch, so hat auch die Natur ihre Geschichte, und die Geschichte beider läuft ab an dem Faden desselben ewigen Gesetzes. Die Natur kann widernatürliche, vernunftwidrige Gestaltungen hervorbringen, aber nicht erhalten. Sie erprobt in solchen ihre Kräfte und sucht nach regelmäßigen Formen.

Die Geschichte der Natur ist älter als die Geschichte des Geistes. In jener ist schon vergangen, was in dieser erst die Zukunft bringt. Darum birgt die Natur den Schlüssel aller Ideen, darum lernen wir sie selbst erst begreifen, allmählich wie wir an der Leiter der Ideen mehr und mehr emporsteigen und aus immer höherer Höhe eine Sprosse nach der andern als überstiegen, vergangen übersehen. Erst an den Erscheinungen finden wir ihr Gesetz, erst in ihnen ihre Idee.

Die Natur hat den Gott ganz in sich ausgeboren, sie ist in sich beruhigt und darum selig. Der Kreis ihrer Erscheinungen ist ein stetig wiederkehrender, in sich gerundeter und vollendeter. In Wahrheit aber ist die Natur nicht die ewige unveränderliche, mit Seligkeit erfüllte, wie sie uns erscheint. Das Wesen des Geistes ist ein stetes Setzen und Aufheben des Gesetzes, ein Aus- und Einströmen, und dennoch zu gleicher Zeit inmitten der Strömung als freitätige, göttliche Persönlichkeit sich wissend. Das ist das Wissen Gottes von sich selber, daß er in seinen Schöpfungen ist und zu gleicher Zeit sich in ihnen fortschaffend, d. h. seine ewige göttliche Wesenheit ewig vollführend weiß. Absolut beruhigt kann der Geist, der in die Natur sich eingesenkt, nicht sein, denn er ist nicht bei sich selber, sondern in einem Fremden. Bei sich selber ist er nur im geschaffenen Geist. In der Natur ist er nur als stets schaffender und in seiner Schöpfungstätigkeit sich erhaltender Geist. Wenn ich nun vorhin sagte, der in die Natur gesenkte Geist sei von einer höheren Geisterordnung, als wir bis jetzt im Laufe unserer geschichtlichen Entwicklung erstiegen haben, so scheint dies ein Widerspruch. Aber es scheint nur. Jener Geist ist in Wahrheit höher als der Geist, zu dessen Wissen wir uns bis jetzt erhoben haben, aber er ist nicht so hoch, wie der Geist, zu dessen Wissen wir einst uns erheben werden. In unserem Geiste erst hat der die Natur schaffende Geist seine Wahrheit, seinen Höhepunkt, nur in uns ist er bei sich selber. Die Natur hat er als eine seiner Taten, Schöpfungen entlassen, uns aber frei und selbst-

schaffend, d. h. uns, unser Wissen um ihn und um uns selbst erobernd. Zweierlei Klippen liegen hier nahe. Eine, die die Natur als aus dem absoluten Geist hervorgegangen als absolut faßt, die andere, die dem endlichen Geist in Gegenwart oder Zukunft das absolute Sein vindiziert. Beides ist gleich falsch, und dieser Fehlschluß wie alle einzig darin begründet, daß wir von der Einzelheit, dem Punkt unserer Erde, unseres Ichs die unendliche Kette des Weltalls in Materie und Geist abbrechen und diesen Punkt in einem isolierten Verhältnis zum Schöpfer denken wollen. Sobald wir uns als Glied der unendlichen Geisterkette, die über das Weltall ausgegossen, denken, fällt die Binde von unseren Augen.

Wir mögen dann wohl noch den Punkt, den wir im Ganzen bilden, eitel zu bestimmen, vor dem Blicke festzuhalten suchen, es wird uns aber kein Zweifel darüber befahren, daß jener Punkt, daß unser Ich nicht der absolute Schlußpunkt der Wesenkette des Alls ist.

Töricht aber ist es überhaupt, unsere Stufe als eine feststehende, unverrückbare zu denken, weil wir ewig fort- und einem Unendlichen zuschreiten. Dieselbe Bewegung, die sich an unserem Geiste manifestiert, ist auch das Gesetz der Natur, der Welt, die diesen endlichen Geist zur Erscheinung gebracht hat. Die Weise, wie unser Fortschritt und der Fortschritt der Natur sich dokumentiert, ist jedoch verschieden. Wir schreiten innerlich in unserem Bewußtsein unserem Schöpfer entgegen, indem wir denselben als freie Geister mit ihm von gleicher Wesenheit mehr und mehr in uns aufnehmen, mehr und mehr uns von den Banden, mit denen uns seine Welt umflicht, befreien, indem wir mehr und mehr in dieser Welt seine Offenbarung sehen. Unser Fortschritt ist seine Offenbarung in uns, verbunden mit der Einsicht seiner Offenbarung in die fremde Wesenheit der Natur. Den Geist, der sich entäußert, der in das Äußere eingegangen ist, um sich darin zu verherrlichen, nehmen wir wissend in uns zurück. Die Natur offenbart nicht als Geist sich selber, ein göttlicher Geist ist in ihr stets tätig (nicht so im freien Menschen, wo sehr oft ein gottwidriger Geist seine Tätigkeit bekundet). Der Gott, der unsere Natur geschaffen, ist aber in dem ganzen Weltall ununterbrochen schaffend. Unsere Welt ist (wie oben von unserem Geiste dargetan wurde) als ein Punkt in diesem ewigen Schaffungsprozeß zu fassen, als ein Punkt, dem durch das Ganze, und näher durch das in diesem Ganzen tätige Band, sein Gesetz gegeben wird. Wir fassen daher die Gesetze der Natur nicht alle an und in ihr selber, sondern viele allgemeinere Gesetze erst an ihrer Verbindung mit anderen Weltkörpern, so ihrer Bewegung um die Sonne und um sich selbst. Fortschreiten aber muß in allen ihren Gestaltungen die Natur, weil sie nach einer Seite

hin freilich nur als ein Glied des Alls zu begreifen ist, das den allgemeineren Gesetzen dieses Alls unbedingt Folge leisten muß; nach der anderen Seite hin aber ist der in die Natur eingesenkte Geist ebenso sehr ein aus sich fortschaffender, zu höherer Organisation weiter treibender.

Seine Freiheit ist teilweise und eben dadurch sein Schöpfungsvermögen in die Natur eingesenkt, und sind in der Natur zwei Beziehungen zu scheiden. Die Beziehung zu der höheren Weltordnung, worin sie als Glied mit Notwendigkeit wirkt, und die Beziehung zu sich selber, wo der in sie eingesenkte Geist frei aus sich wirkt. An diesem letzteren Wirken ist der Fortschritt unserer Welt aufzufassen, weil unserem Blick bis jetzt nur die Einsicht in diesen Teil gestattet, jener andere Teil aber, in dem die Natur nur ein Glied des Alls ist, fast noch ganz verschlossen ist, so daß wir nur durch Analogie des einen Teils auf den anderen schließen können. Der Schluß ist aber nichtsdestoweniger richtig. In dem ewigen Ratschlusse Gottes wird die eine Ordnung in die andere nie störend eingreifen können. Der Fortschritt der Natur, der da bedingt ist durch den Fortschritt des Teils des Weltsystems, dem sie angehört, wird nicht eher stattfinden dürfen, als bis alle Grade der in sie eingelegten Fortschrittsfähigkeit und der Fortschrittsfähigkeit des aus ihr geborenen endlichen Geistes erschöpft, oder bis zu einer solchen Höhe gestiegen sind, daß sie sich den unteren Stufen einer höheren zweiten Welt durch Attraktion einverleiben können, bis die Materie der Erde von der Sonnenmaterie angezogen, bis der Menschengeist mit dem Sonnengeist sich verbinden wird. Dann ist es um die Erde als Erde geschehen, sie tritt integrierend ein in eine höhere Ordnung, der sie jetzt noch als selbständig gegenübersteht. Dieser Zeitpunkt muß notwendig mit dem zusammenfallen, wo das Gesetz der bis dahin zwischen den beiden getrennten Körpern bestandenen Verbindung sich löst, wo der Bewegung der Erde, die sich bis dahin dem Ziel nur genähert, ihr Ziel erreicht hat und darum in ihrer Selbständigkeit aufhört. Ein solches Aufhören einer selbständigen Bewegung ist eine im Urgeiste liegende Phase des Weltalls, durch die eine Änderung wird eine Änderung der Verhältnisse aller Weltkörper notwendig ohne irgend eine Ausnahme. Die Sonne, vermehrt durch das Gewicht der Erde, nimmt eine andere Bahn, und diese andere Bahn nötigt in ihrer Repulsion alle anderen Weltkörper zu neuen Bahnen. Je näher die Ordnungen der Weltkörper dem Weltsystem liegen, auf dem eine radikale Änderung stattfindet, je heftiger die Schwingung, die sie vom veränderten Anstoß erleiden.

Indem ich dieses schreibe, sehe ich, daß in dieser Deduktion wie in fast allen anderen nur der Endpunkt einer Reihe aufgefaßt und dar-

gestellt, die Mittelteile dagegen verwischt sind. Ich setze daher, um jene Mittelteile hervortreten zu lassen, noch Folgendes hinzu. Der Akt der Verschmelzung eines Weltkörpers mit einem anderen ist zwar das Werk eines Augenblicks, aber durch tausende Schritte vorbereitet. Die Erde, die der Sonne sich einen soll, hat vielleicht Jahrtausende der Sonne zugestrebt und sich ihr genähert, bis endlich die Entfernung zu klein wird, und jene sie in sich aufnimmt. Dieser Akt wird aber gar keinen Stoß im Weltall verursachen, weil die Neigung der Erde zur Sonne selbst eine durch Gesetze geregelte, ihre Annäherung vielleicht eine nach festen Gesetzen steigende ist. Eine solche Einigung bringt also keine Schütterung ins Weltgebäude, sie ist vielmehr eine von Urbeginn vorgesehenen Gesetzen unterworfene und eine in jedem Augenblick der Zeit sich vollbringende. Das ist der Fortschritt des Weltalls, daß die niederen Ordnungen der Weltkörper stets in die höheren eingehen und alle in die absolut höchste münden, um aus ihr wieder entlassen zu werden. Beim Übergange aus der vorletzten in die höchste Weltordnung hat der Geist sich aller Bande entledigt und ist der Materie Herr geworden. Naturgeist und endlicher Geist streben hin zu ihrem gemeinsamen Urquell, zu Gott, der die Materie, von der die Geister [sich trennten], die in ihr geboren worden, wieder zu neuen Schöpfungen verwendet, und so stets schaffend und erhaltend bleibt.

Die Grenze des Endlichen ist das Unendliche. Der endliche Geist geht am Ziele seiner Bahn ein und über in den unendlichen Geist. Aus niederen Organen des Weltalls aber muß der Geist erst in höhere eingehen, er kann nicht mit Überspringung aller Instanzen sich direkt in Gott, in den unendlichen Geist einsenken. Dann wäre ja der Zweck seiner Emanation nicht erfüllt, seine Bahn nicht vollendet, nicht gewußt. Das Herz und der Geist des Menschen haben hiernach eine gedoppelte Perspektive, eine zum Absoluten, zu Gott, in der Religion, eine zur nächsterreichbaren höheren Ordnung, also der fortgeschritteneren Zukunft entgegen, in der Geschichte. Beide Zielpunkte dem Bewußtsein stets klar vorzuhalten, ist Aufgabe der Religion und der Philosophie, jener als Trägerin des Ewigen, dieser als Vertreterin des dem Göttlichen im Wissen seiner selbst zustrebenden Endlichen.

Die Nationen gehen unter, sobald sie ihre Nationalität zu einem Extrem ausgebildet haben, das stark genug ist, um die in der Tiefe der Nation zurückgebliebene Freiheit nicht mehr an das Licht treten zu lassen. Die Nationen gehen unter, weil die Schnelligkeit ihrer Bewegungen und Entäußerungen zu klein ist, weil ihre Gestaltungen nicht Fluß genug haben, weil der Geist der Freiheit in ihnen nicht genug entwickelt ist,

um seine Entäußerungen als die seinigen und deshalb stets aufhebbare, wandelbare zu wissen. Nicht alles aber im Leben der Nationen ist fließend. Der Geist der Freiheit hat ewige Grundmächte, Pfeiler der sittlichen Weltordnung, die über den Wechsel der Erscheinungen stets erhaben emporragen, ewige Mächte in der Zeit. Diese Mächte sind das Grundelement des freien Geistes, der in ihnen keine Schranken, sondern sich empfindet und weiß. Die extremen Richtungen der Nationen sind stets Verleugner dieser ewigen Mächte, und in ihrem Untergange gehen jene siegreich wieder auf am Horizont der Geschichte. Einst, wenn die Entwicklung der Menschheit eine höhere Stufe erstiegen haben wird, werden den Völkern die ewigen sittlichen Mächte, wie die Sonne am Pol, stets leuchten ohne Untergang und sie in immer schnellerer Schwingung ihrem Ziele entgegenführen. Es gibt ein Gesetz in der Geschichte, das bisher noch wenig erforscht ist. Die Fortschritte des Geistes steigen mit seiner Entwicklung, ähnlich dem Gesetz des Falles. Die Kraft zum Fortschritte steigt mit jedem Jahrhunderte, und die empirische Beobachtung lehrt schon die schnellere Kreisung in das bisher noch gar dunkle Zentrum. Je reicher der Geist an Fülle, je freier er in seinen Bewegungen sich weiß, umsomehr wird er das Extrem vermeiden, sich aus sich selber verjüngen und seine Schlacken aus sich auswerfen. Ein vergleichender Blick auf die Lebensdauer der modernen und auf die der alten Nationen liefert schon den Beweis. Rom, die an Fülle reichste Macht des Altertums, lebte tausend Jahre und erlosch. Deutschland und England, die lebenskräftigsten Mächte der Neuzeit, leben zweitausend Jahre, und wer will behaupten, daß sie ihren Zenith schon erreichten. Aus wie vielen Umgestaltungen sind diese Völker schon unversehrt und mit verstärkter Kraft hervorgegangen? Gewiß erst spät werden ihre organischen Grundübel sie zertrümmern. Wer weiß auch, ob wir nicht schon auf jener Höhe der Geschichte stehen, wo mit jedem Siege über ein Extrem die Kraft des Siegers wächst und ihn dem Zentrum näher führt? Haben wir in unserer geschichtlichen Vergangenheit das äußerste Extrem schon als ein vergangenes, oder ist unsere Natur noch so sündhaft, daß sie zu einem an Tiefe alle bisherigen schrecklich übertreffenden Bruch mit der Gottheit noch einmal führen muß? Ist das Christentum die erste Phase des Geistes, ist der Gott des Christentums in Empfindung und Wesen der Völker aufgegangen, dann liegt die Gewähr ihres unaufhaltsamen Progresses schon in den Worten des Stifters: „Mein Wort ist von Gott; die Welt wird untergehen, aber mein Wort nicht.“ Mögen die Schwankungen der Völker noch so gewaltig sein, bis heute hat keines das Christentum en masse verleugnet. Mag es in einem Augenblick von der Oberfläche des

Volkslebens verschwunden, in geistwidrige Formen geknechtet erscheinen, Reformation und Revolution liefern den Beweis, daß die modernen Völker aus eigener innerer Kraft ihre Schäden heilen, ehe sie unrettbar sind. Reformation und Revolution sind zwei große Schritte den ewigen Mächten des Lebens, der Freiheit und somit dem Christentum entgegen.

Liebe ist die einzige Wesenheit der Gottheit.

Im Kindesalter des Menschen ist der Geist bewußtlos in der Masse seines Körpers verloren; seine Empfindung aber treibt ihn mit Allgewalt aus sich hinaus. Er geht aus innerlichem Instinkt aus sich hinaus in fremde Dinge, um sich in ihnen zu suchen und zu finden. Das Kind sucht in seinen Objekten Spiel, freie Bewegung als die erste Äußerungsweise des Geistes. Nichts Starres wird das Kind ergötzen. Aber auch keine Bewegung wird es nachhaltig befriedigen; es kehrt einzig zurück zu dem höheren Pole seiner Empfindung, zu seiner Mutter, zu seiner geistigen Umgebung. Aus dem Mutterauge strahlt dem Kinde der Geist der Liebe und ruft in seiner Brust das Echo wach. Die Mutter gibt dem Menschen die erste Weihe fürs Leben; der Geist gibt ihm die zweite, die er nur frei, absolut frei vom Freien empfangen kann. Der freie Mann weiht den freien Jüngling ein in die Geheimnisse von Eleusis. O wie schön war diese zweite Stufe verkörpert im Ritter und Universitätslehrer des Mittelalters! Meister und Lernender war ein einzig Ich, ungetrennt in Freiheit, Gehorsam und Liebe!

Dem Kindesalter des Menschen entspricht das Kindesalter der Menschheit von Adam bis Christus. Die erste Erlösung war eine äußerliche, einer für alle, die da kamen und gewesen waren. Die zweite Erlösung wird sich im Geiste der einzelnen vollziehen, Mann gegen Mann, Geist gegen Geist wird einst die Stunde der Vollendung schlagen.

Die Geschichte der Menschheit kann nicht über den Mann hinaus, weil der Geist in ihr unsterblich und ewig jung bei sich ist. Nur im freien Manne kann sich dieser Geist manifestieren. Der Mensch aber wandelt in der Zeit in wechselnden Geschlechtern an der von Urbeginn an vollendeten Geschichte der Menschheit hinauf. Sein späteres Mannes-, sein Greisenalter ist das Symbol der noch unerfüllten Zeit, die ihn von der Wirklichkeit seines Ideales trennt. Nicht wie im Jüngling und Mann hat die göttliche Idee auch im Greise noch Wirklichkeit; in ihm ist Resignation, Wissen nur und Sehnen nach der Idee, aber keine Verwirklichung. Das Diesseits treibt aus sich selber hinüber zum Jenseits.

Der Untergang des Lebens ist der Aufgang einer höheren Welt. Was die Individualität aufhebt und untergehen heißt, ist, daß sie unädaquat dem absoluten Begriffe den Geist in sich nicht weiter zur Er-

scheinung zu bringen vermag. Je höher die Geisterordnungen steigen, je ferner von ihnen der Tod, je länger die Dauer ihrer Geschlechter.

Im Menschengreise tritt die zweite Welt ein in den Geist, aber der Geist erschaut erst prophetisch ihre Verwirklichung in der Zukunft. Daher schon im Altertum die Propheten, die Vorverkündiger des Schicksals, Leute waren, die dem Tode ins Auge, die über Grabesrand hinübersahen. Ein sicherer Instinkt bereitete hier, wie überall, die Harmonie der geschichtlichen Tat mit der ideellen Erkenntnis der Bedingungen, unter denen sie entboren werden konnte. Die geschichtliche Parallele zeigt klar, daß die Menschheit im Aufgange des Christentums ihr Jünglingsalter angetreten, daß sie ihr Ideal objektiv sich herausgebildet und in ihm volle Selbstgewißheit sich errungen hat. Der Jüngling hat die Liebe als Leidenschaft, der geliebte Gegenstand ist objektiv, nicht das, als was er ihn trunken empfindet. So auch im Leben der Völker. Die christlichen Nationen haben die ganze Fülle ihrer Empfindung über das Christentum ausgegossen. Der christliche Gott war im Mittelalter der Geliebte, dessen Attribute so verschiedenfarbig wie die Nationen, die ihn anbeteten. Und heute noch, welch ein Unterschied in den verschiedenen Völkern und auf den verschiedenen Stufen desselben Volkes in der Vorstellung von Gott. Im Gefühl der Masse ist noch heute der christliche Gott der Gott der Macht, bei den gebildeteren der Gott der Zweckmäßigkeit und nur bei wenigen der Gott der Liebe. Wie der leidenschaftliche Jüngling der Geliebten, so dichten die Völker ihrem Gotte Eigenschaften an, die die göttliche Natur in ihrer Extremität von sich ausschließt — bei den Juden der donnernde, in die Räder des Schicksals willkürlich eingreifende Jehovah, im Christentum der Wunderverrichtende. Beiden Begriffen liegt die Übermacht des Geistes über die Natur zum Grunde, aber eine Übermacht, wie sie in Gott, dem in Geist und Natur allgegenwärtigen, nicht existieren kann.

Im Völkerleben ist der offenbarte Geist der Menschheit verschiedengliedrig. Während die höchsten Geister der Nation schon die Zukunft in der Gegenwart antizipieren, sind diese höheren Geister für die mittleren schon nur als zukünftige, nicht in der Gegenwart im Bewußtsein da, und so die mittleren für die niederen. Der Geist der Menschheit gliedert sich in sich selber gleich dem Berge, den, wenn die Sonne über seinen Gipfel flammt, am Fuße tiefe Nacht noch bedeckt.

Die Leidenschaft des Jünglings hebt den Gegenstand in sich auf, und erzeugt dadurch die zwiespaltlose Einheit, die in sich ununterschiedene Einheit der Empfindung. Der Jüngling ist selig, wenn er liebt, er lebt eine Unendlichkeit durch in einem einzigen, erhabenen Moment. Erde und Himmel verschwinden und sinken mit Freudentränen hinein in seine Menschen-

brust. Die ganze Welt ist ein Hymnus auf den Gott, der da im Herzen thront und im Herzen sich empfindet. Und dennoch ist die Leidenschaft der ersten Liebe dem Untergang geweiht, und ein Gott höhlte ihr das Grab. Die Liebe gibt sich den Tod, um verklärter wieder aufzustehen. In der Leidenschaft hat sie sich als Empfindung rein in sich ohne Unterscheidung. Die Leidenschaft der Liebe hat keine wahre Gewißheit ihrer selbst, und damit keine Dauer:

Die Leidenschaft flieht, die Liebe muß bleiben,
Die Blume verblüht, die Frucht muß treiben.

Die Empfindung hat ihre Gewißheit einzig an sich selber. Sie selbst aber ist als solche keine freie Tätigkeit, sie ist die Lebenstätigkeit des Organismus, mit diesem an organischen Lebensprozeß gebunden, keiner Dauer fähig. Der Augenblick, der sie geboren, sieht oft schon ihr Grab, und vielleicht stets. Denn die Empfindung hat ihren Höhepunkt, in dem sie alle Blutgefäße des Herzens gefüllt hat und sprengt. Der Augenblick kehrt ihr nie wieder. Dauer hat sie nur scheinbar, denn ihre Aufeinanderfolge ist keine; sie erneuert sich mit jedem Moment und ist mit jedem Moment eine andere. Schon ihre Ausströmung mildert ihre Kraft, die Wiederkehr ähnlicher oder verwandter Empfindungen erscheint irrig als Dauer, und so sehen wir in der Empirie so oft die Leidenschaft der Liebe umschlagen in die Leidenschaft des Hasses. Dennoch ist kein absoluter Sprung vorhanden, er ist nur eine schnelle, aber unsichtbare Aufeinanderfolge von Empfindungen, die sich steigern und in ihrem Höhepunkte sich entladen. Der Prozeß geht verdeckt im Gemüte vor, und wir stehen überrascht still mit erstauntem Geist vor der Tatsache.

Auch hier liegt ein Gesetz verborgen. Die Mächte des Gemütes steigern mit jedem Schritte ihre Kraft, bis sie ihren Kulminationspunkt erreicht haben, und stürzen dann mit derselben Gewalt jählings hinab. Sie reiben das Herz auf und vernichten den Organismus. Dasselbe Gesetz gilt vom Geiste. Auch die Kräfte des Forschers steigern sich, bis er das Ziel erreicht hat, was er sich vorgesetzt. Gewöhnlich ist aber dies Ziel ein Extremes, und dann bleibt der Geist gefangen in seiner eigenen Schlinge und kann nicht hinaus, versteinert und täuscht sich. Das sind die Krebsschäden aller großen, wahren Ideen, daß sie in ein Gehäuse falscher eingeschachtelt sind, woran die Nachwelt lange nagt, ehe sie es zerkaut und den Kern in seiner reinen Wahrheit schaut. So Goethe in der Farbenlehre.

Auch die Empfindung, die ins Extrem gegangen, versteinert. Sie lähmt die Kraft, zu empfinden, ja zuweilen macht sie gefühllos und kalt. Die Empfindung hat den Geist beherrscht und er kann seine Herrschaft über sie nicht wiedergewinnen. Beglückt, wessen Empfindung und Ge-

danke stets arbeitet im Dienste und unter dem Schutze allüberwachender Freiheit. Irrtum um Irrtum, Vorurteil um Vorurteil streift er ab, und mit jedem Schritte mehrt sich die Fülle seines Gemüts und seines Geistes, und mit stets höherer Zeugungskraft erschafft er in sich wieder die höheren Sonnen. Beglückt auch der Jüngling, dessen Leidenschaft von Wahrheit erfüllt war, eine objektive; dann ist das objektiv Schöne und mit ihm der Geist der Befriedigung, der Seligkeit, in ihn eingezogen und geleitet seine Tage. Wen aber das herbe Schicksal scheiternd an die Küste warf bei der ersten Seefahrt ins Leben, den sehen wir trauernd und gebeugt untergehen, und kein Frühling blüht ihm mehr. Die Schläge seines Herzens stocken, seine Geister sind erloschen, und er legt todesmüde das noch junge Haupt ins Grab.

Der Geist der Menschheit ist höher in allen seinen Erscheinungen als der Geist des Menschen. Seine Jünglingsleidenschaft schuf keine Götzen, seine Liebe ist in Christus wahrhaft und für alle Zeit objektiv hinausgetreten in die Geschichte, und alle Zukunft hat ein unverrückbares Ziel, wohin sie das abgeirrte Auge zurückwendet und neue Kräftigung sich ertrinkt. Das Unangemessene fällt nicht mehr in das Objekt, wie die Jünglingsliebe. Der Geist der Menschheit hat sich verkörpert in vollem Glanz. Das Unangemessene fällt in das Subjekt. Das Verhalten des Subjekts zu ihm, dem Erlösenden, Fesselbefreienden ist der Inhalt der christlichen Weltgeschichte. Die Phasen dieser Geschichte sind die Offenbarungen des erschienenen Gottes in Nationen und einzelnen Geistern, nicht mehr Offenbarung des Gottes selbst.

Die Geschichte des Altertums ist umgekehrt gegen die christliche ein Verhalten des Objekts zum Subjekt. Das Objekt tritt klar und klarer endlich in Menschen- und Gottesgestalt dem Subjekt gegenüber.

In der christlichen Welt ist das Objekt ewig und eins: der Christus, der da ein- für allemal erschienen; dieser Christus tritt in der nachfolgenden, geschichtlichen Entwicklung mehr und mehr hinein in das Bewußtsein der Einzelnen und Nationen, und erfüllt sie mit sich. So viel sich im Subjekt der Gott offenbart hat, so viel erkennt und besitzt es ihn unentreißbar. —

Hier brechen die Ausführungen, die den leitenden Gedanken erst bis zur Mannesstufe entwickelt haben, ab. Im Januar 1840 begann Mevissen die Fortsetzung, führte aber das Ganze nicht zu Ende. Nur der Abschluß der Fortsetzung sei hier angefügt:

Nur der kann an dem Erdenleben hangen, dessen Geist noch nicht genug befreit ist, um seiner selbst gewiß geworden zu sein; dann der, der die Idee des Lebens im Zentrum ergriffen hat, in dessen Zustand ein

[illegible] der [illegible]. der das All in seiner [illegible] So lange [illegible] das Leben lieben. [illegible] Hoffnung auf Zukunft. [illegible] werden kann, ist Wieder- [illegible] Verführung der Gegen- [illegible]. Weil das moderne Leben [illegible]. Gebt den Völkern eine [illegible] Idee der Freiheit wieder, [illegible] der Gegenwart vergessen, alle [illegible] Gegenwart finden und [illegible] des Geistes gebrochen scheint, [illegible]

[illegible] Zukunft finden? Nur An- [illegible] Notwendigkeit bezeichnen. [illegible] muß mit den ursprünglichen [illegible] muß selber ursprünglich [illegible] Industriegröße, Völker- [illegible] Gemüt kalt und bringt die [illegible] Wort ist heraufgestiegen am Horizont dieses Jahrhunderts das Wort der Freiheit und der Gleichheit, aber es brachte Ketten und Tyrannen. Die Völker haben den Glauben an das Wort verloren, weil schlimme Hüter das ewige Licht verlöscht und das selbstische Erdenlicht als Leuchtturm aufgepflanzt hatten. Dennoch liegt ein Zauber noch heute in dem Worte Freiheit. Ist die Idee falsch, weil der erste Schritt zu ihrer Verwirklichung ein falscher war? Der Geist will sich ein adäquateres Gehäuse schaffen. Da geht unabwendbar sein hallender Schritt durch der Freiheit Sonnenreich. Und Gleichheit! Wo gibt es Freiheit ohne diese? Nicht ein materiell besseres Gehäuse will der Geist schaffen, nein, eine geistig höhere Gemeinschaft aller Geister. Der Geist lebt nicht im Wohnhaus der Erde, sondern an der Brust seiner Liebe. Weil die Liebe so weit weg war aus den Individuen, weil die Zustände verknöchert, seelenlos waren, darum wurden sie vom befreienden Geist zertrümmert. Seitdem hat der Geist neu seinen Tron in den Individuen aufgebaut. Die Liebe ist wieder eingezogen in ihren Tempel, die Menschen leben heute mehr der Menschheit als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Und sind die Menschen besser geworden, durchdringt sie alle das Bedürfnis einer neuen Ausgleichung, Aussöhnung, Emanzipation, einer allgemeinen Verbrüderung, wie kann der Staat dieser Durchdringung fremd bleiben? Wenn die Erkenntnis wuchert, daß alles Große auf Erden

und auf den Sternen bedingt ist durch Assoziation und Durchdringung der Geister, ist dann diese Assoziation, diese Durchdringung nicht auch die Mutter der Staaten? So lange noch ein einziger Mensch auf dieser Erde unfrei und gedrückt ist, können alle andern sich keiner Freiheit erfreuen. Hier gilts, wenn irgendwo: Einer für Alle und Alle für Einen.

---

5. Lamennais, Affaires de Rome.*)

Es gibt kein zweizüngiges Herz auf Erden, und je weiter die Intelligenz ihre Kreise zieht, um so mehr wird Geradheit und Offenheit zum unverbrüchlichen Gesetz. Wie stürmend ist der Schritt der Neuzeit, und wie gleicht die Entwicklung der Menschheit dem Fall einer Kugel, deren Geschwindigkeit steigt, je mehr sie sich dem Ziele nähert. Die vergangenen, langsameren Schritts dahergewandelten Jahrhunderte zeigten uns nur einzelne Seiten eines Menschenherzens, und nur ausnahmsweise waren die Geistesmünzen beiderseitig geprägt. Nicht der Mensch in seinen Neigungen und Ideen war ein Proteus, nein, es war Stetigkeit in ihm, und die Bewegungen des Geschlechts treten nur massenhaft und in durch lange Räume voneinander geschiedenen Epochen vor das forschende Auge. Wie anders heute! Vergleicht den Lamennais des ‚Essais‘,**) den Lamennais des ‚Avenir‘***) und den Lamennais der ‚Affaires‘, so zeigt ein und derselbe Grundcharakter schon drei verschiedene Schattierungen, jedoch so verschieden und fest in sich gegliedert, daß sich auch dem arglosesten Leser der Unterschied gleich aufdrängt. Alle drei sind Variationen eines Themas, geradlinige Evolutionen, aber different wie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Wie kurz sind die geistigen Umlaufsperioden geworden! Kaum bedarf es heute noch der Olympiade, um Aktion und Reaktion in Welt und Gemüt zu scheiden. Mit den großen Phasen der Vergangenheit werden wir aufgenährt und großgezogen. Die Erziehung senkt sie in uns ein, sie sind die Mitgift unserer

---

*) Der Aufsatz ist am 4. Juni 1839 niedergeschrieben. Lamennais' Buch ist im Jahre 1836 erschienen; durch dasselbe vollzog er seinen Bruch mit Rom endgültig.

**) Essai sur l'indifférence en matière de religion (1817—20); es ist eine Apologie des Katholizismus.

***) Lamennais' Zeitschrift ‚L'Avenir‘ erschien 1830—32; infolge einer Enzyklika Papst Gregors XVI., die ihre Richtung verdammte, gab L. ihre Weiterführung auf.

geistigen Natur, das Fundament, auf dem wir weiterbauen. Je tiefer und breiter die Fundamente gelegt werden, um so höher streben die kühnen schlanken Spitztürme des Geistes hinein in den unendlichen Äther. Darum kommen wir nach jedem Fluge ermattet zurück, und ähnlich wie jener Antäus des Altertums schöpfen wir aus der Berührung der Erde neue Kräfte zu höherem Schwung. Die Fundamente genügen nicht mehr, ihr Bau, ihre Tragkraft wird untersucht und dann siegesgewiß wieder weiter gebaut am ewigen Werk der Entwicklung. So die einzelnen, so die Nationen.

Wenn in den Nationen das Bedürfnis sich regt, ihre Vergangenheit zu erforschen, so sind die Geister nicht heimisch in der Gegenwart und suchen einen Zufluchtsort, um darin ihre Gedanken und Gefühle einzusenken und Schätze für die Wirklichkeit der Zukunft zu häufen. Das Bedürfnis tieferen geschichtlichen Erforschens der Vergangenheit ist das Omen einer neuen Weltgestaltung. Nationen und Individuen entpuppen sich in ewiger Wechselwirkung. Der Einzelne ist stets vom Ganzen getragen und trägt als Teil das Ganze wieder. Nie und zu keiner Zeit ist in einem Geiste etwas aufgestanden, was nicht in seiner Nation dunkel schlummerte. Großenteils lassen sich die Ariadnefäden der gegenseitigen Durchdringung entwirren, und wo dies nicht gelingt, liegt es an der Begrenztheit menschlicher Kräfte, nimmer an einem Wanken des ewigen Gesetzes. Wie könnte etwas im Einzelnen vorgehen, das nicht im Ganzen der Anlage nach schon enthalten wäre! Die Einheit ist die Allheit des Geistes, und die Weltgeschichte ist nichts als die Evolution des Geistes in der Zeit.

Lamennais und Thiers, welche Ähnlichkeit in der Entwicklung und doch welch verschiedene Gestaltung, welch kontrastischer Durchgangspunkt der einen Idee! Lamennais ist ein wahrer Jünger des Geistes. Sein Geist wird reicher und reicher, wie er sich entwickelt, und erst am Schlusse seiner Bahn geht ihm alle Herrlichkeit des Geistes, alle Freude zweifelloser Selbstgewißheit auf. Was er am Anfange in der Äußerlichkeit sucht, in der positiven Religionsform, findet er zuletzt in der absoluten Innerlichkeit, im Christentum. Er hat anfangs ein Objekt, die Papauté, in die sein feuriger Geist alles Große und Herrliche hineinschaut, die er mit Riesenmacht als den adäquaten Ausdruck seiner ideellen Weltgestaltung darzulegen und aufzustellen strebt. Um sein Ideal zu verherrlichen, entwickelt er alle Tiefen und Schönheiten seiner Idee, und wie er seinen Geist bis ins tiefste erforscht, drängt sich ihm urplötzlich seine eigene Schöpfung als ein Feindliches auf, feindlich dem Abgotte, dem er 25 Jahre lang Treue, unbedingte Treue geschworen hat. Der

Geist zeugt Leben, dafür liefert Lamennais' Entwicklung ein herrliches Beispiel. Der Geist sollte dienen zum Flitterstaat, zum Leucht- und Rauchwerk des Papsttums, aber von Moment zu Moment wird er größer, urplötzlich ist die starre Masse von ihm durchdrungen und umgeschaffen zu einem lebendigen Organismus, der in frischer Glorie dem Götzenbilde siegreich entgegentritt. Der Geist duldet keinen Mißbrauch — er begreift das Papsttum als sein Geschöpf und hebt es in freier Allgewalt in sich auf.

Die Freiheit des Jahrhunderts bricht überall durch, die Geister wollen sich nicht mehr knechten lassen. Nichts bezeichnet treffender die heutige Stellung der päpstlichen Macht als der Ausdruck Gregors XVI.: ‚C'est un délire, la liberté des consciences'. In diesem Ausdruck liegt die unübersteigliche Schranke zwischen geistigem Fortschritt und kirchlichem Gehorsam. Freilich gibt es keine ‚liberté des consciences' — in dem Sinne nämlich, daß die Vernunft, als das ewig Notwendige, das alle conscience Erschaffende und Erfüllende ist. Es gibt also nur eine liberté des consciences, soweit diese liberté zugleich der (notwendigerweise sich stets gleichbleibenden) Vernunft adäquat ist. Ist sie dies nicht, so ist eine äußere, aber keine innere Freiheit vorhanden. Die Vernunft bricht zuletzt siegend durch und zertrümmert die ihr fremden und feindlichen Gestaltungen. Die ewige Umgestaltung der Menschheit ist nichts als die immer und immer adäquatere Verwirklichung der Vernunft.

Das Christentum trägt, wie Lamennais schön sagt, an seiner Stirne den Stempel der Ewigkeit, denn seine Lehre ist ewige Liebe und ewige Vervollkommnung. Es ist nur insofern positive Religion, als es die beiden Grenzpunkte der in sich unendlichen Lebenskräfte des Gemüts zu seiner positiven Unterlage macht und es der Geschichte überläßt, die dazwischenliegende Endlichkeit auszufüllen. Indem es die Unendlichkeit zu seinem Prinzip macht, ist es allen Evolutionen des endlichen, in der Zeit und ihren äußeren Gestaltungen befangenen Geistes entrückt. Die Evangelisten waren die ersten, die ein positives Christentum zu stiften bemüht waren. Ihre Aussprüche nähern sich schon dem Dogma, und die Hierarchie des Katholizismus vollendete das Gebäude und setzte ihm die Krone auf, indem sie neben den der Vernunft entgegen sich evolvierenden Weltgeist eine aus dem Urquell der Vernunft sich göttlich evolvierende Kirche setzte. Die Pfeiler des Gebäudes waren im Geiste der ewigen Idee errichtet, zum größten Teil notwendige Folgerungen der Idee selbst, und somit ihrer Wahrheit teilhaft. Die Evangelien sind vom heiligen Geist in Wahrheit durchdrungen. Nur selten zeigt sich eine Inkonsequenz, eine Abweichung von dem erhabenen Schöpfer des Christentums. Als eine

leuchtende Sonne flammte das Evangelium den Völkern. Das ganze Wesen der großen, römischen Zeit war begriffen und gelöst, und Pfeiler, ewiger Dauer fähig, waren den Gemütern geboten. Weitere Staatenentwicklung machte eine weitere Anwendung evangelischer Prinzipien unvermeidlich. Die Kirche wie der Staat gipfelten sich zu einer Monarchie, die, anfangs aristokratisch beschränkt, nach und nach ihre Schranken mehr und mehr von sich wies und als alleinige Führerin der Geister sich konstituierte.

Die ersten Jahrhunderte der Kirche blieben dem Geiste des Christentums am treuesten. Reine Geister, die frei waren von aller Weltlichkeit, hatten die Religion des Geistes geschaffen, und so lange die Kirche rein spirituell blieb, blieb sie vom heiligen Geiste der Evangelien durchdrungen. Wie die Kirche aber mehr und mehr in die Außenwelt sich verlor, trennte sie sich auch in der Lehre mehr und mehr von ihrem Prinzip. Die fürstlichen Päpste waren nicht mehr die erleuchteten Propheten und gottbegnadeten Erklärer göttlicher Gesetze. Wie die Kirche sich nach außen verlor, so überwuchs sie der stets nach innen gekehrte Weltgeist, und andere Geister wurden seine Offenbarer. Die Vernunft hatte die Kirche überflügelt, und als der Riß tief genug war, kam die Reformation. Die Reformation ging notgedrungen — ein Exempel allen künftigen Neuerungen — zu den ewigen, unverrückbaren Quellen des Christentums zurück und prüfte, was von der weiteren Evolution der Kirche dem christlichen Geiste adäquat war, und was nicht. Ihr Werk, gleich im Beginn zu Irrwegen abgeleitet, harrt noch heute seiner Vollendung und hat diese sowie die Wiedervereinigung zu einer allgemein christlichen Kirche erst dann zu erwarten, wenn die hinter dem religiösen Aufschwung zu weit zurückgebliebenen Staatsformen eine zur Aufnahme des Geistes geeignetere Gestalt errungen haben werden. Die Gegenwart baut den staatlichen Tempel, in den dann der Gott einzieht.

Das römische Papsttum erleidet dann einen unheilbaren Bruch mit dem Geiste des Individuums, wenn in den Evolutionen seiner Vergangenheit oder Gegenwart sich etwas offenbart, was die leidenschaftslose Vernunft des Individuums als unvereinbar mit sich unwiderstehlich abweist. Lamennais gibt das Beispiel eines solchen notwendigen, unvermeidlichen Bruchs. Kein Mensch steht höher als seine Überzeugung. Ihm den Glauben an die Wahrheit dieser Überzeugung rauben, heißt ihm die Pfeiler seiner Selbstgewißheit entreißen. Die Kirche hat nichts, wie das Lehramt, und die Lehre des Geistes ist die lieblichste Milch, die er trinkt. Diese Lehre sei ferne von Gewalt und Zwang, nur durch milde Überzeugung ist sie die Meisterin und Lenkerin der Herzen. Je reiner, je

evangelischer das Dogma, je unwiderstehlicher seine Gewalt. Das ist die Natur des Geistes, daß die Wahrheit in ihm siegt, daß er von ihr als von seinem eignen Wesen nicht lassen kann. Auf dieser Notwendigkeit beruht die Gewißheit des geistigen Fortschritts und die Gewißheit aller Wahrheit.

Man könnte hier einwerfen: Wissen ist nicht Glauben. Prüfen wir den Begriff Glauben. Glauben beruht auf dem Gemüt, auf Instinkt, Ahnung und Gefühl, zum Unterschied vom Wissen, das sich auf geistige Einsicht gründet. Wissen und Glauben sind Teile einer Einheit, der Vernunft. Beide sind notwendig stets zu gleicher Zeit im Menschengeist gegeben. Das erste Wissen war das Bewußtsein eines Einzelnen als Gegensatz eines Unendlichen, wie die Logik beweist. Das Unendliche wurde als seiend nicht gewußt, aber es war in der Empfindung und somit im Glauben. Je mehr die Vernunft sich ausbildete, je erhabener und göttlicher wurde der Geist, und erst als das Christentum göttliche Positivität, Wissen vom positiv Göttlichen in die Welt brachte, erblühte der wahrhaft göttliche Glaube. Wo das Wissen des Göttlichen groß, ist der Glaube an Gott stark. Beide als Teile einer Einheit sind untrennbar und können nie voneinander lassen. Wo der Geist das Göttliche weiß, ist auch das Gemüt gottdurchdrungen, und unwiderstehlich verweist es den Glauben an wahrhafte göttliche Wesenheit. Das Gemüt steht zum Geist, zum Wissen gleichsam in elektrischem Rapport. Das Gemüt fühlt bei den meisten Eindrücken, die es empfängt, aus nicht zu sehr komplizierten Gedankenreihen, ob sie dem Gehalte seines Wissens entsprechen oder nicht. Das seinem Geiste Fremde weist es gleich entschieden weg, und diese Repulsion wiederum erlaubt die bündigsten Rückschlüsse auf den Standpunkt des einzelnen Geistes, weil sie den Seelenzustand der Individuen, ihnen unbewußt, aufs klarste enthüllt. Wo das Wissen irregeleitet, ist auch der Glaube falsch, denn der Glaube ist nie etwas anderes als das auf gleichem Boden ruhende notwendige Komplement des Wissens. Jede Wandlung des Glaubens findet erst den Weg durch Wissen. Es ist gleichgültig, ob der Geist durch Eindrücke auf sein Gemüt oder durch ihm sich darbietende Schlüsse zur Reflexion, zum Insichgehen gezogen wird, erst aus der Vertiefung des Geistes in sich gebiert sich geistiger Fortschritt. Mag das Gemüt noch so tiefe und herrliche Eindrücke empfangen, alle bleiben sie wirkungslos und tot, so lange der Geist sie nicht ergreift und durchdringt und belebt.

Glauben kann ich nichts, was der Instinkt meines Gemüts oder das Urteil meines Geistes mich absolut zu verwerfen nötigt. Hier beginnt die Freiheit der conscience, und die Einwirkung der Kirche hört

auf. Die Kirche erzieht und lehrt den Menschen, bis er reif ist zur geistigen Selbstbestimmung. Dann ist ihre Aufgabe gelöst, und es ist Sache seines Gewissens, ob und was er von den eingesogenen Lehren billigt und glaubt, und was nicht. Von da an ist sein Geist in den Strudel der unendlichen Entwicklung, der Entfaltung seiner selbst hineingerissen; von da beginnt der beengende Zweifel. Da ist jeder berufen, jeder genötigt, sich die Rätsel des stets weitereilenden Lebens selbst zu lösen, und nur der Irrtum führt zur Wahrheit. Die Kirche darf und soll als Lehre nicht mehr geben, als das im Laufe der Jahrhunderte als unumstößliches Eigentum der ewigen Vernunft Errungene, die ewigen Prinzipien, in denen der Geist der Vorzeit sich offenbarte. Die Anwendung dieser Prinzipien im Leben ist Sache des Individuums. Ob sie ausreichen im Leben, ist ungewiß, und hängt größtenteils von der Stellung ab, die das Individuum im Leben einnimmt.

In niedrigen Lebensstufen ist wenig Geist und viel Glaube. Das Wissen vom Geiste, was die erhabenen Männer der Vorzeit erworben, ist hier vielleicht mehr als hinreichend, um alle Zweifel im Leben zu besiegen. Hier genügt und ist erforderlich die einfachste und klarste christliche Moral, diese lenkt am sichersten und glücklichsten. Die Umrisse sind groß, leicht erkennbar und leicht anzuwenden in den einzelnen Fällen. Die Religion verbannt Zweifel und Unentschiedenheit und beglückt und beruhigt das Gemüt.

Anders ist es da, wo das Individuum auf dem Höhepunkt seiner Zeit steht. Die Prinzipien der positiven und überlieferten Religion reichen hier nicht aus. Diese Religion, diese Prinzipien selbst harren ihrer Weiterbildung, ihrer Anwendung auf die stets neuen Verhältnisse von jenen Männern des Geistes. Auf ihre Schultern hat der Weltgeist seine Offenbarung in der Zeit geladen, und sie sind es sich schuldig, durch die gewissenhafteste Prüfung ihr Scherflein zum Fortschritt und zum Wohl aller beizutragen. Diese Geister sollen aber immer dankend der ungeheuern Vorteile, die ihnen die Religion als die Bewahrerin der geistigen Schätze der Vorzeit bietet, sich erinnern. Auf den Fundamenten, die die Religion ihnen bietet, haben sie weiter zu bauen. Das Wissen göttlicher Wahrheiten schirmt ihr Gefäß vor der dem Geiste fremden Täuschung, und wenn man auf diesem Gipfelpunkte die Unfehlbarkeit des Katholizismus der Geisterversammlung einer jeden Gegenwart zu vindizieren auch Bedenken tragen mag, so wird man doch gewiß mit Staunen und Ehrfurcht erfüllt werden für ein System, das seine Krone in die Mitte des Himmels zu erheben groß und schön genug dachte. Auch wird dieser Gedanke der Unfehlbarkeit gewiß als der stetige Geist

der Gegenwart fortleben, und selbst die zweifelnde und umwälzende Neuzeit denkt nicht ernstlich an seinen Umsturz, sondern ist nur bedacht, die Freiheit des Geistes ihm gegenüber zu retten und zu einer natürlichen Stellung zurückzuführen.

Diese Stellung des Geistes zur Kirche ist die: Wem nicht sein Wissen und Fühlen eine mit dem Dogma der Kirche unvereinbare Aversion aufdrängt, der muß glauben. Wen seine Überzeugung, sei es die des Wissens oder des Gefühls, am Glauben hindert, der muß prüfen und ist verantwortlich für sein Heil, wenn er Leidenschaften auf sich einwirken läßt. Kein einzelner hat das Recht, den Glauben der Gesamtheit mit Gewalt anzutasten, und wenn sich sein Gemüt noch so sehr dagegen empört. Die Macht, ihren Glauben zu reformieren, wohnt einzig der Gesamtheit bei, und diese übt jene Macht entweder durch den äußerlichen Ausdruck ihrer Vernunft, die Kirche, oder durch die innere und allgemeine Überzeugung, die die Kirche als ein ihr äußerlich Gewordenes, nicht mehr Adäquates weiß und ihre Form entweder für sich oder für alle aufhebt und in einer adäquaten Gestalt neu erschafft.

1840.

1. Politische und wirtschaftliche Tagesfragen. 2. Gedanken über politische und soziale Entwicklung.

(Vgl. Band I, Kapitel 5.)

1. Politische und wirtschaftliche Tagesfragen.

1840 August 26. Unterhaltung auf dem Rheinschiff, von Ürdingen abwärts fahrend. Mevissen befand sich auf einer Reise nach England; er traf auf dem Schiffe einen Herrn v. Stieglitz, Legationssekretär der russischen Gesandtschaft in München, und einen pensionierten Steuerrat aus der Gegend von Emmerich, mit denen er eine längere Erörterung über die augenblickliche politische Lage und über die Lage von Handel und Industrie in Deutschland führte. Diese Erörterung schrieb er in den nächsten Tagen nieder.

„Die Unterhaltung drehte sich zunächst um die politische Gestaltung der Gegenwart. Der Julitraktat war geschlossen. Frankreich hatte seine isolierte Stellung eingenommen, deren Zukunft noch heute ein mystisches Dunkel umschwebt.*) Wie schon bei früheren Anlässen war Thiers bei den einen Gegenstand des Staunens und großer Erwartung, bei den anderen Symbol der Gesinnungslosigkeit und des Leichtsinns.

Stieglitz mit seinen strengen Grundsätzen betrachtete Thiers als Typus seiner Nation, die er aus ganzem Herzen verdammte und zu gleicher Zeit nicht wenig fürchtete. Mevissen: Thiers gehört zu den meistbesaiteten Charakteren der Neuzeit. Es ist wahrlich nicht leicht, aus diesem personifizierten Proteus den Grundakkord herauszufühlen. Thiers teilt mit den meisten vielseitigen Menschen den Mangel an Tiefe. Sein Blick reicht nicht weit, alle Fäden seiner Gefühle sind in das Heute eingesponnen, die Zukunft tritt nur als unklarer Traum zuweilen ernst gemahnend an

*) Es war die Zeit, wo Thiers, der seit dem 1. März gegen den Willen des Königs ans Ruder gekommen, rüstete, und die französischen Blätter fast alle Tag für Tag die Kriegslust anfachten (Treitschke, Deutsche Geschichte V, 76 ff.).

ihn heran. Aber Thiers fühlt mit einer bewundernswerten Feinheit den Puls des Moments. Sein Takt leitete ihn bisher so sicher, daß er stets allem wahrhaft Lebendigen in Frankreich das Losungswort geben, das dunkle Rätsel der Gedanken und Empfindungen lösen konnte. An Thiers sind alle guten und alle schlechten Zeichen dieser Zeit zu studieren. Thiers steht auf den Stufen der Vergangenheit, aber sein Kopf reicht darüber hinaus und gehört wie sein Herz ganz der Gegenwart. Der französische Charakter bietet in der Vergangenheit mehrere mit Thiers auf gleichem Fundamente ruhende Charaktere, und dennoch wird Thiers in seinen Taten allen ein Dementi geben. Wie Talleyrand ist er die Personifikation der Habilité. Sein Egoismus ist das leuchtende Sternbild seines Charakters, aber dieser Egoismus ist bedingt durch den Gehalt seines Ich. Die Männer der Habilité vor ihm lebten in einer Zeit, die alles Heilige und Wahre aus dem Gemüte herausgerissen, alle Empfindung durch Spott und Persiflage geknickt und den Geist zu einer Maschine herabgewürdigt hatten, auf der der Wille seine Variationen nach Belieben spielt. Die Gegenwart ist nicht mehr von jener absoluten Hohlheit angefressen, die allen Charakter aufhebt. Zwei Revolutionen haben ernste, zukunftschwangere Ideen in Umlauf gebracht, und diese Ideen sind, durch Widerstand erstarkt, in die Herzen gedrungen. Die Jugend hat sie mit der Muttermilch eingesogen, und wie auch der Verstand wolle, das Herz bleibt ihnen getreu, weil es von nichts lassen kann, was es einmal ernst ergriffen. Talleyrand, der kein Herz hatte, ist die absolute Blüte der Aufklärung und der wahre, wenn auch verspätete Ausdruck des 18. Jahrhunderts." —

Nach den Mitteilungen von Stieglitz beabsichtigte Kaiser Nikolaus nur den Frieden und die friedliche Entwicklung seines weiten Reichs. Das russische Reich sei weit entfernt, durch den Traktat eine Gebietsvergrößerung zu erstreben, und alle Furcht vor einem überragenden Einfluß Rußlands auf deutsche Interessen sei ein inhaltloser Schatten.... Wenn es Krieg gebe, so werde Frankreich ganz Europa gegen sich haben.

Mevissen: „Auch ich bin dieser Meinung. Wenn Frankreich so töricht sein sollte, den Krieg gegen Europa unter den jetzigen Umständen zu wagen, jetzt ist nicht der Augenblick da für Frankreich, um die Brandfackel in die friedlichen Zustände zu werfen. Der günstige Zeitpunkt ist vorüber, und nur ein Gott weiß, wann er wiederkehrt. 1832 mußte nicht allein Frankreich, da mußte auch Preußen in seinem wohlverstandenen Interesse ganz anders verfahren, als es getan. Polen durfte nicht untergehen. Diese Schutzmauer gegen Rußland mußte im konservativen Sinne wieder errichtet werden. Deutschland mußte freie ständische Formen, nicht

die Frankreichs, aber die der deutschen Nation geschichtlich eigentümlichen erhalten, dann würden die kleinen deutschen Staaten Sympathien für Frankreich empfunden haben, weil Frankreich ihr wirkliches Wohl gefördert hatte. Die Zeit der Kabinetspolitik, der Laune und Zufälle ist in Europa vorüber. Die Völker sind nüchtern und verständig geworden, und nur dem, der ihnen materielle oder geistige Güter schafft, wenden sie ihre Neigung zu. Was hat aber Frankreich getan? Polen, Deutschland und Italien in ihrem berechtigten und lebenskräftigen Aufschwung nicht unterstützt und in seinem Innern das Bild einer gesetzlosen und chaotischen Verwirrung geliefert. Diese stets folgenden Kammern mit beschränktem Geiste, der kleinliche gegenwärtige Interessen wahrt und die großen Interessen der Zukunft nicht zu würdigen weiß, welche Garantie haben sie Europa für eine berechtigte Präponderanz Frankreichs gegeben? Nicht die formellen Institutionen tun den Völkern not, nein, der lebendige christliche und in der Wissenschaft zur Erkenntnis seiner selbst gelangte Geist will sich überall befreien und betätigen. Frankreich hat aber jetzt zehn Jahre lang dargetan, daß es nicht an der Spitze der Zivilisation wandeln kann, weil der Höhepunkt des modernen Geistes nicht bei ihm, sondern in Deutschland und England zu suchen ist. Auf diesen zwei Staaten ruht nach meiner Ansicht die Zukunft. England steht obenan zunächst durch seine günstige und keinen feindlichen Einflüssen ausgesetzte Lage, dann durch den nur aus ruhigem Besitz hervorgehenden Geist der Freiheit, der sich in den höheren Klassen seiner Gesellschaft bahngebrochen und zum großen Teil seine Institutionen schon durchdrungen hat. Ist Frankreich töricht genug, aus einem Gefühl der Unruhe und Unbefriedigung im Innern nach außen die Kriegsfackel zu schleudern, um sich eine Präponderanz in Europa, die durch Krieg gar nicht mehr erworben werden kann, zu sichern, so kann das Resultat nach meiner Meinung nicht zweifelhaft sein.

Frankreich hat bei der gegenwärtigen Lage Europas nur in einem einzigen Falle Chancen für sich. Wenn es, wie 1830, eine neue Ära der Freiheit und des Fortschritts wirklich eröffnet oder auch nur zu eröffnen scheint, wenn es aber an eine unbezweifelte Geistesübermacht über die Völker glauben machen kann. Welches Volk glaubt aber heute nach den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre an die Geistesmacht Frankreichs? Wer erwartet noch von dort sein Heil? Was Frankreich nach 1830 als ein neues Geschenk bieten konnte, verbesserte Gesetzgebung, ständische Institutionen, ist den meisten deutschen Staaten nach dem Maß ihrer Bedürfnisse geworden, und der österreichische Teil Italiens ist in eine materielle Bahn hineingeworfen, die sich erst ausleben muß, um

geistige Elemente aus sich erzeugen. Will Frankreich seine reelle Macht wiedererlangen in Europa, so muß es im Innern reformieren und eine soziale Revolution mit gewissenhafter und edler Hand vorbereiten, die früh oder spät eintreten muß. Da liegt ein wirkliches Bedürfnis Europas, und auf den, der es am ersten und glücklichsten löst, werden sich die Augen der Völker gläubig und vertrauend richten. Die Emanzipation des Völkerlebens hat einen Sprung getan und ist der Emanzipation des Ständelebens vorausgerückt. Nicht mehr in den allgemeinen Ideen, nicht in den höheren Kreisen, sondern in den beschränkten Ideen der tieferen, dienenden Klassen liegen die gärenden Elemente. Der Glaube ist gesunken, und tagtäglich faulen seine alten Wurzeln mehr. Eine neue Reformation wird weit mehr nottun als eine neue Revolution. Die Vernunft ist nicht mehr dem religiösen Symbol adäquat, sie muß sich ein neues schaffen." —

Die Industrie gab mir als Fabrikant Veranlassung, meine Ansicht über die Gegenwart und Zukunft der deutschen Bestrebungen auf diesem Felde mitzuteilen:

„Die deutsche Industrie wurde in den Reformationskämpfen vernichtet, nachdem sie im Mittelalter die Blüte der damaligen Zunftrichtung erreicht hatte. Das Mittelalter arbeitete für naheliegende Bedürfnisse, die in ihrer Beschränkung keine Entfaltung großer Kräfte erfordern. Durch seine Lage, seine politische Wichtigkeit und durch den Unternehmungsgeist der Hansa wurde Deutschland am Schlusse des Mittelalters ein europäischer Handelsstaat, aber nicht ein Fabrikstaat. Nur die gestiegenen Bedürfnisse, tausendfach vermehrt, haben in der Neuzeit die Selbständigkeit der Fabrikbestrebungen geschaffen in einem Sinne, wie die Vergangenheit sie nicht kannte. Freilich ist auch die Bedeutung des Handels eine unendlich erhöhte geworden durch die Entdeckung Amerikas, aber dennoch war der Handel des Mittelalters, der auf Landwegen die Produkte Asiens gegen diejenigen Europas austauschte, der Gegenwart näherliegend. Der Handel des Mittelalters war mehr ein Austausch von Produkten gegen Produkte, der der Neuzeit ist ein Austausch von Produkten gegen Fabrikate. Bei dem letzteren ist der Handel durch die Manufakturen bedingt, bei dem ersten steht er frei da und kann an allen Orten, die günstig liegen, unter günstigen Umständen gedeihen. Ich glaube, diese Differenz in der Geschichte des Handels ist noch nicht genug beachtet. Vielleicht begründet sie ebenso sehr wie der Wechsel der Verbindungswege das schnelle Sinken der im Mittelalter durch ihren Handel blühenden Städte. Die Neuzeit fordert eine Vereinigung der handeltreibenden und manufakturbesitzenden Nation. Nur in Nordamerika mag ein dem mittelalterlichen näherliegendes Verhältnis noch bestehen.

Als Deutschland nach den Freiheitskriegen zuerst wieder seit der Reformation als ein freies einiges Land dastand und die politischen Elemente künftiger Entwicklung neugeschaffen waren, da begann auch die Industrie sich neu zu erheben. In den Rheinprovinzen hatte das Kaiserreich mit seiner großartigen Zentralisation vorgearbeitet. In anderen Ländern machten die gestiegenen Bedürfnisse mit Allgewalt auf die Notwendigkeit, neue Wege zur Befriedigung derselben einzuschlagen, aufmerksam.

Preußen gebührt das große Verdienst, das tiefste Bedürfnis deutscher Lande zuerst gewürdigt und erkannt zu haben. Preußen schuf den Zollverein, dem wir heute schon eine politische Kraft Deutschlands danken, wie sie vor einem Jahrzehnt kaum jemand zu denken gewagt hätte. Der Zollverein schützte die deutsche Industrie gegen das Ausland und gab ihr Mittel, in dem befreiten Inland ruhig und ungestört zu gedeihen und zu erstarken. Erst ein Jahrzehnt ist seit der Schaffnng des Zollvereins verflossen, und schon heute sind seine Wirkungen unberechenbar. Die Industrie ist zur selbständigen Macht inmitten des deutschen Lebens erstarkt, und nicht eine vergängliche Handelsindustrie, sondern eine weit bleibendere, dem Inland zugekehrte Fabrikindustrie. Die glückliche Dreiheit der Stände (Bauern, Industrielle und Kapitalisten) ist gegründet, und noch ein Jahrzehnt und sie wird Stärke genug haben, jeden feindlichen Angriff abzuweisen. Deutschland geht durch die Schaffung dieser neuen sozialen Macht in seinem Innern unleugbar einer neuen Ära auch politisch entgegen, denn wo die Industrie als Macht stark ist, da ist auch politische Kraft und Freiheit. Beide bedingen sich gegenseitig. Der Manufakturist ist unabhängig von der Scholle, und sein Gewerbe treibt ihn zum Nachdenken, so wie es ihm einen Ideentausch in Nähe und Ferne schafft. Die Eisenbahnen werden das Ihrige tun, dieser Richtung zu schneller Blüte zu verhelfen, und bei Fortdauer des Friedens hege ich die besten Aussichten für die Zukunft.

Tief durchdrungen, wie ich es bin, von dem Werte einer nationalen Manufaktur, darf ich um so weniger gegen ihre Schattenseite blind sein. Deutschland ist in der glücklichen Lage, die Erfahrungen, die England und Frankreich im industriellen Leben gemacht haben, für sich benutzen zu können. Noch ist überall tabula rasa. Die Theorie kann hier — ein seltener Fall — der Praxis das Gesetz diktieren, die Einsicht der Verwirklichung vorangehen. Es ist aber wohl mehr als je an der Zeit, das industrielle Leben näher zu beleuchten und vor seinen Abgründen zu warnen. Wer die Extreme der Zustände der englischen Manufakturdistrikte mit Schaudern gesehen, wird gewiß eine Nation nicht beneiden, die ihre Größe nach außen mit einem solchen inneren Elend, einem so

weitverzweigten Sklaventum erkauft hat. Der Grund des enormen Elends in England ist klar: die Anhäufung der Manufakturen an einem Zentralpunkt.

Die Staatswissenschaft hat es anerkannt, daß in Staaten, die eine aus Bauern, Industriellen und Kapitalisten bestehende Bevölkerung haben, die Staatsmaschine die sichersten Elemente der Größe und Dauer hat. Was liegt näher, als diese glückliche Mischung der Stände auch auf kleineren Gebieten hervorzurufen! In dem Wesen eines jeden menschlichen Bestrebens liegt es, bis zum Extrem fortzuschreiten. So liegt es auch im Wesen der Manufakturen, die Vorteile, die ein Sammelpunkt ihnen bietet, zu benutzen. Die Arbeiter sind dort geschickter, allgemein industrielle Berührungen näher und leichter, kurz alles trägt dazu bei, dem einzelnen Interessenten einer solchen Sammelpunkt wünschenswert zu machen. Das Interesse des Staates ist aber nicht das Interesse des einzelnen, sofern dieses auf Partikulierung hinstrebt. Der Staat hat gleiche Vorteile für alle anzustreben. Einen ungeheuern Mißgriff machen die Regierungen in neuerer Zeit auch in Preußen dadurch, daß sie eine schon groß gewordene industrielle Gemeinschaft mehr und mehr zu heben suchen. Freilich ist es bequemer, etwas schon Fertiges zu erweitern, als etwas Neues zu schaffen. Aber nicht Erweiterung ins Maßlose, sondern Eindämmung in gehörige Grenzen ist die Aufgabe einer erleuchteten Regierung. Die Industrie muß da hervorgerufen werden, wo der bloße Ackerbau herrscht. Dadurch wird zugleich das erreicht, daß ihrer zu weiten Ausdehnung da, wo sie selbständig geworden, Grenzen gesteckt werden. Die neue Industrie wird der alten eine Absatzquelle stopfen und bald auch an anderen Orten konkurrierend mit ihr auftreten und dadurch dem zu üppigen Emporschießen der ersteren Grenzen stecken.

Die Frage, auf welchem Wege wird die Industrie eines Landes aufs schnellste zu einer Emanzipation dem Auslande gegenüber hingeführt, wird freilich ganz anders zu beantworten sein, aber Deutschland steht glücklicherweise auf einer Stufe, wo die geistigen Interessen die materiellen leiten, nicht diesen untergeordnet sein sollen. Dem Auslande gegenüber ist für die deutsche Industrie durch Schutzzölle gesorgt, sie hat also im Innern freies Feld. Hier ist es die Aufgabe der Regierung, überall Zweige zumeist zu befördern, die mit dem Ackerbau im nächsten Rapport stehen und die die geringste individuelle Fertigkeit erfordern, also am leichtesten dem Agrikulturleben sich anschmiegen. Die Leinenweberei ist ein solcher Industriezweig, die gröbere Wollenweberei desgleichen. Von Sachsen, wo der billige Arbeitslohn viele Hände der Industrie zugeführt hat, wird in dieser Beziehung zu lernen sein.

Durch diese richtige Gliederung der Tätigkeitsorganisation wird dem Ganzen ein gesunder Schwung mitgeteilt werden. Worin besteht das Elend von Manchester? Die großen Spinnereien haben eine Unmasse Arbeiter um sich versammelt, die alle im Zustand der drückendsten Bedürftigkeit und Abhängigkeit leben und bei dem kleinsten Schwanken eines so sehr empfindlichen, aufs Ausland berechneten Marktes keine Existenz haben. Eine Spinnerei überbietet an Geist die andere. Es werden Riesenkräfte gehäuft in den Händen eines einzelnen Despoten, des Fabrikanten. Nichts kann einen Staat entschädigen für die eingebüßte Selbständigkeit seiner Bewohner. Selbständigkeit der Individuen in möglichst weiten Kreisen zu schaffen, ist die Aufgabe der Staatswissenschaft. Jedes neue Bedürfnis bringt zunächst die Selbständigkeit in Gefahr, indem es die Zahl der zu seiner Befriedigung Arbeitenden vermehrt. Zuletzt wird aber ein Teil dieser Arbeitenden mit dem allgemeinen Umsichgreifen des Bedürfnisses wieder selbständig, und es ist und bleibt die stete Aufgabe, die Befriedigung der Bedürfnisse auf möglichst viele Schultern mit abgesonderten Wirkungskreisen zu laden. Da wo sich dem Ackerbauer zur Seite ein nicht zu ausgedehnter selbständiger Manufakturist erhebt, sind die Interessen beider vertreten, weil keiner untergeordnet ist. Die zu große Industrie aber drückt alles Entgegenstehende nieder durch die Macht ihrer Mittel und die Macht ihrer Intelligenz. Aus den vielen mäßig großen Selbständigen werden sich von selbst größere Einzelne hervortun, die aus der Industrie bis zu den höheren Kreisen des freien Lebens hinaufreichen. Gewiß werden diese zur Wahrung der wahrhaften Interessen der Menschheit am meisten befähigt, gewiß nicht weniger sein, wenn sie aus einer zahlreichen Mittelklasse hervorgehen, als wenn sie als Extreme öde auf dem Gipfelpunkt ohne Zusammenhang mit den ihnen zugrunde liegenden niederen Bestrebungen dastehen.

Die Aufgabe des Staats, aus dem höchsten Gesichtspunkt der Zivilisation gefaßt, ist die: möglichst viele, vollkommen unabhängige, den geistigen Interessen sei es ausschließlich, sei es in Verbindung mit materiellen Interessen zugewandte Männer in seiner Mitte zu besitzen. Diese Aufgabe muß aber im Interesse der Zivilisation selbst nicht als eine solche gedacht werden, deren Lösung in einem gegebenen Augenblick notwendig, sondern als eine solche, zu deren Lösung allmählich in rastlosem Fortschritt die meisten Mittel herbeigeschafft werden sollen.

Je zahlreicher die Mittelklasse, je reicher kann sich die höchste Klasse ergänzen. Die Mittelklasse hat noch den unschätzbaren Vorteil, daß sie, die mit einem Fuß im Reich des Bedürfnisses, mit dem anderen im Reich der Freiheit wurzelt, nie Gefahr leidet, ihre Aufgabe ganz zu

verkennen, weil sie durch die ewigen, durch keine menschliche Bestrebung wegzubannenden Bedürfnisse stets an ihren wahren Zweck erinnert wird und sich nie sehr weit davon entfernen kann. Die höhere Klasse kann, wie die französierende Sucht des 17. Jahrhunderts es erwiesen hat, in eine absolute Selbstverkennung ihrer Zwecke fallen, und in solchen Fällen kann sie einzig an der gesund gebliebenen Mittelklasse sich erholen. Die Freiheit hat den Abgrund der Willkür vor sich, und deshalb hat der weise Schöpfer die Unwandelbarkeit des Fortschritts des menschlichen Geistes an das stetige Bedürfnis gebunden. Nur der erstere Kreis bietet Wechsel, Fallen und Sinken in der Geschichte. Der letztere weist bei allen Nationen einen steten Fortschritt auf, der nur mit ihrem gänzlichen Untergang endet und dann wieder ein Erbgut der Menschheit ist, nur seine Träger wechselt. Wo Ackerbau und Industrie sich gleich gegenüberstehen und sich gegenseitig dienen, da findet keine Hyperkultur statt, die Atmosphäre bleibt gesund und zwingt den einzelnen, ihr gemäß zu bleiben. Nur da, wo das Urteil über das Sittliche nicht laut und offen genug ist, wo der einzelne glauben kann, einer Verurteilung seiner Nebenmenschen zu entgehen, tritt Unsittlichkeit und Verschrobenheit in den Massen auf, und nur da kann sie Geltung erlangen. Dies ist überall der Fall, wo eine Anzahl durch Besitz Freier, unabhängig Lebender vereint ist mit einer ausschließlich dienenden Masse, ohne daß die ersteren durch das Gegengewicht vieler durch Stellung und Wissenschaft Freier beschränkt wären. Die Unsittlichkeit und mit ihr der Verderb der Staaten wird daher am grellsten in den Fabrikherren exklusiver Fabrikstädte und in den Kapitalisten und Gutsbesitzern exklusiv ackerbautreibender Staaten hervortreten. Beide Einseitigkeiten sind die schlimmsten und gefährlichsten".

---

2. Gedanken über politische und soziale Entwicklung.*)

Ist es Ziel und Inhalt der Entwicklung der Menschheit, Bildung in immer neuen Gestalten und Geistigkeit in immer weiteren Schwingungen zu verbreiten, durch die Geschichte eine stets wachsende Masse zum Genusse des Lebens, zur freien Selbstbestimmung zu berufen, so leuchtet es auf den ersten Blick ein, daß in dem äußeren Gliederwerke des Staates, der Familie und des Individuums eine jener inneren entsprechende und

*) Das Folgende ist ein Fragment. Mevissen hatte die Absicht, eine Untersuchung über Steuersysteme abzufassen; er schrieb aber nur die einleitenden Gedanken nieder.

sie harmonisch begleitende Wandlung vorgehen muß. Die äußeren Zustände müssen sich den inneren anbequemen und ihnen Raum zur Entfaltung bieten. Wo beide nicht harmonisch gegliedert sind, leidet das Ganze an einem tiefen Unbehagen, das um so mehr die Kräfte ermattet und schwächt, weil es sich oft erst spät dem Blick offenbart und durch seine inwohnende Zähigkeit manchen Reformversuch vereitelt. Es wäre gewiß von Interesse, den jeweiligen Standpunkt der beiden Faktoren, ihre Beziehung aufeinander, und die sich zu ihrer Ausgleichung im Leben durch Reform darbietenden Mittel zum Gegenstande einer stets wiederkehrenden Preisaufgabe zu machen, sowie der Besprechung der an den Tag tretenden gegensätzlichen Erscheinungen eine feste Rubrik in den Tagesblättern zu widmen.

Die Entwicklung des Geistes hat in den letzten Jahrhunderten in allen Staaten und namentlich in Deutschland die Entwicklung der den Besitz regelnden Staatsformen bei weitem überflügelt. Die Revolution war ein grandioser Versuch, dem geistigen Besitz Anerkennung und Organe zum Ausleben seines Gehalts zu schaffen. Die geistige Errungenschaft warf das alte Staatsgebäude, was sie nicht beherbergen konnte, um und ist seit fünfzig Jahren in unaufhörlichem Ringen nach einer neuen, ihrem gegenwärtigen Standpunkte entsprechenden Staatsform begriffen. An dem Staate und im Staate hat der Geist seinen Gehalt als allgemeines Gesetz und als Regierungsform zu setzen. Während jener Periode, wo der Geist wie ein Maulwurf in die tiefste Innerlichkeit des Individuums heruntergestiegen war, unbekümmert darum, ob die Schätze, die er emporförderte, in der ihn umgebenden Außenwelt eine Stätte zu ihrer Aufnahme finden würden, hatte sich folgerichtig der Lebensstrom aus den engeren Kreisen des Staatslebens mehr und mehr zurückgezogen in die weiteren allgemeineren, so daß zuletzt sich fast das ganze Leben des Staates im absoluten Monarchen konzentrierte. Diese Erscheinung wird sich im ganzen Lauf der Geschichte als ein Entwicklungsgesetz stets wiederkehrend aufweisen lassen. Ein neues geistiges Prinzip entspringt früh im Kopfe einzelner und bricht sich allmählich Bahn, je mehr das alte geltende Prinzip sich auslebt und dem neuen eben dadurch den Boden bereitet. So tritt es allmählich aus dem Kreise einzelner hinüber in größere Vereine, und wenn es endlich seinen Sieg vollendet, hinüber in die Massen. Der Augenblick des völligen Sieges ist zugleich der Augenblick der ersten noch unsichtbaren Niederlage, denn in jeder Zeit der Geschichte sind zwei entgegengesetzte Prinzipien wirksam, die ihre Ausgleichung vergebens anstreben und alternativ herrschen und sich stürzen. Ödipus löst das Rätsel, und die Sphinx stürzt sich hinab.

Das Zeichen der grünen Lebendigkeit, des noch jungen Sieges oder auch des Siegesmutes und der Siegesgewißheit eines Prinzips ist das unaufhaltsame Bestreben, alle Formen des Staates zu erfüllen, sich so viel wie immer möglich zu individualisieren. Erst wenn es durch die Staatsformen in die Individuen gedrungen und diese ihren lebendigen Zusammenhang mit jenen fühlen und erkennen, ist das Leben der Staaten freudig und schön, weil seiner selbst gewiß. So war das Christentum bei seiner Gründung das Eigentum weniger, dann das Eigentum von Vereinen, und selbst als Constantin es zur Staatsreligion erhob, war sein Sieg in den Massen noch keineswegs entschieden, ja es ist wohl wahrscheinlich, daß es noch damals in numerischem Mißverhältnis stand. Im Mittelalter trat es, nachdem es die Staatsreform ganz mit sich durchdrungen, hinüber ins Volk, und darum erscheint das Mittelalter so schön und ganz, weil sein Leben als eine Einheit sich darstellt und durch seine Kraft und durch sein Selbstvertrauen imponiert. Freilich ist diese Einheit nur scheinbar, denn in der Tiefe schlummerte damals wie heute eine junge Zeit, deren leises Rauschen und Pulsschläge nur dem Hochbegabten verständlich waren.

Die Einheit des Mittelalters wurde zertrümmert durch die Reaktion des Geistes gegen sich selbst und gegen seine äußere Gestaltung. Die erstere Reaktion feierte ihren innern Triumph in der Reformation und hat ihrem Prinzip getreu in der Revolution die alte Staatsform zertrümmert. Die Reaktion des Geistes gegen sich selbst evolvierte sich in einem kleinen Kreise Auserwählter, d. h. in denjenigen Individuen, die sich bis zur Selbständigkeit, bis zum freien Denken erhoben hatten. Die Aristokratie des Geistes schuf die Revolution und hat seitdem rastlos gerungen, sich in vollen Besitz des Schlachtfeldes zu setzen und Boden für ihre Enthaltung zu gewinnen. Das war der erste, durch das Interesse der handelnden Personen gebotene Schritt. Nicht die Massen, sondern die hervorragenden Einzelnen haben die Revolution gemacht, und bis jetzt ist sie auch fast nur, oder doch gewiß hauptsächlich, jenen Einzelnen zugute gekommen. Die bestehenden Zustände wurden durch die Revolution zertrümmert, weniger noch durch die Mitwirkung der Massen, als durch den Mangel an Widerstand, durch das passive Verhalten der Massen.

Die Reaktion des Geistes gegen sich selbst scheint durch die neuere Philosophie für längere Zeit beendet. Ein neues Prinzip ist da, das mit Riesenmacht ins Leben dringt und mit frischer Jugendkraft alles niederzuwerfen strebt, was sich ihm entgegendrängt, aus jeder Niederlage stärker hervortretend. Die politische Entwicklung des neuen Prinzips scheint gesichert, und sie verfolgt, mag sie auch noch so viele Kämpfe zu bestehen haben,

mit Notwendigkeit ihren Lauf. Die Aufgabe des Tages wendet sich nunmehr von der politischen Entwicklung ab zu der sozialen.

Fragen wir zunächst, worin liegt der Unterschied zwischen staatlicher und sozialer Entwicklung? Der Staat und die Staatsform bringt den allgemeinen Inhalt der Subjekte als Einheit und Allgemeinheit zur Erscheinung. Das soziale Element liefern dagegen die Subjekte in ihrer individuellen Entfaltung. Das staatliche und soziale Leben berühren sich im Gesetze und vermitteln sich durch das Gesetz. Der Staat und seine Form liefert den Boden, worin das Gesetz ruht, die Staatsmaschine in ihrer weiteren Gliederung liefert die Organe zur Aufrechthaltung, Verkündigung und Verbreitung und Vollstreckung des Gesetzes. Das nächste Interesse des Geistes war natürlich, beim Leben des Staates mittätig zu sein. Diese Mittätigkeit soll die aus der Subjektivität der einzelnen versammelten Individuen sich evolvierende Vernunft fixieren und ihre stetige Entwicklung sichern. Dies gehört alles zunächst der formellen Seite noch an und trifft auch nur die Staatsform. Die Forderung der Denkfreiheit für die einzelnen Subjekte ließ notwendig bald auch die Forderung, vernünftige Gedankenbestimmungen als Gesetze zu setzen, erstehen. Die freien Bestimmungen des Geistes sind allgemein und vernünftig, und ist erst eine Form für solche allgemeinen und vernünftigen Bestimmungen gewonnen, so wird sich bald das Bedürfnis regen, dieselben mit einem adäquaten Inhalt zu erfüllen. Im Staate tritt die Freiheit in formeller Weise als Macht, sich zu bestimmen und ihre Bestimmungen zu setzen, hervor; in der Sozietät tritt die Freiheit ihrem Gehalte nach hervor in den Lebensäußerungen, in den Handlungen sämtlicher Individuen. Die staatliche Entwicklung wird stets eine angemessene soziale Entwicklung hervorrufen, und umgekehrt, denn es ist dieselbe Einheit Staat und Sozietät, nur von verschiedener Seite aufgefaßt und für die Reflexion in ihren hervortretenden Spitzen unterschieden. Im Leben des Gesetzes sind beide Gegensätze vereint vorhanden.

Das Christentum bewirkte zunächst eine Regeneration des inneren Menschen, indem es ihn Demut und Liebe lehrte. Das Sklaventum der alten Welt sank vor den Erstlingen christlicher Lehre in Staub, denn diese Lehre lehrte Freiheit und Gleichheit. Die letztere wurde von der Hierarchie durch die Lehre von dem freiwilligen, christlichen Gehorsam untergraben, und das Mittelalter hatte für Staat wie für Gesellschaft überall religiöse Bande, mittels deren Päpste und Könige die Völker regierten. Sobald sich der Geist in sich tiefer erfaßte, brach in den Städten das reformierende und protestierende Streben hervor, das vom 10. Jahrhundert an immer weiter um sich greift, bis es in der Reformation

sich mit historischer Kraft betätigt. Die Reformation und ihre Fortsetzung, die Revolution, lösten zunächst das Vasallentum und die übrigen Reste der feudalen und kirchlichen Leibeigenschaft auf, und da sich diese soziale Erweiterung der Freiheit dem an sich fortgeschrittenen Geiste noch nicht adäquat zeigt, so wird das Bedürfnis weiterer sozialer Befreiung überall empfunden. Der große Grundsatz der Freiheit und Gleichheit aller stößt in seiner lebendigen Gestalt, in Gesetz und Besitz, auf zwei Feinde, auf die Vergangenheit und die in ihr erworbenen Rechte, und auf das größere oder geringere Maß der körperlichen und geistigen Kraft der einzelnen Individuen.

1842.

1. Karl Gutzkow und Georg Herwegh in Köln. 2. Zur rheinischen Kommunalordnung.
(Vgl. Band I, Kapitel 7.)

1. Karl Gutzkow und Georg Herwegh in Köln.

Am 29. September 1842 trafen Gutzkow und Herwegh in Köln ein; Gutzkow befand sich auf dem Wege nach Hamburg, Herwegh kam von Mainz und trat am 2. Oktober den bekannten Triumphzug durch Norddeutschland an (vgl. Band I, Kap. 7). Der Kreis der „Rheinischen Zeitung“ veranstaltete am 30. September ein Festmahl zu Ehren beider im Königlichen Hofe; an den Gesprächen mit den beiden Gefeierten, die Mevissen am 1. Oktober aufzeichnete, beteiligten sich Dag. Oppenheim, G. Fay, M. Heß und Mevissen.

Zunächst bildete die „Rheinische Zeitung“ das Hauptthema. Gutzkow äußerte: „Ich habe Ihre (die Rheinische) Zeitung in Frankreich mit aller Kraft vertreten, trotzdem daß Sie mich darin so hart angegriffen haben. Wenn Guizot und Thiers mich fragten: ‚Eh bien M. Gutzkow, qu'est ce qu'il y a donc en Allemagne? L'Allemagne n'est pas encore changée, elle est toujours tranquille‘, habe ich sie mit gerechtem Stolz auf die ‚Deutschen Jahrbücher‘ und auf die ‚Rheinische Zeitung‘ verwiesen, um sich über den deutschen Geist der Gegenwart zu belehren. Arbeiten Sie rüstig fort, es muß und wird das Blatt aufkommen. So schlecht und tief kann unser Volk nicht stehen, um Ihre Bestrebungen nicht zu würdigen....“ Das Gespräch berührte dann einen in der „Rheinischen Zeitung“ auf Gutzkow erfolgten Angriff, den er vor allem im Interesse der Einigkeit der noch so kleinen Bewegungspartei für unrichtig hielt. Er dachte an Florencourt oder Wille (Hamburg) als Verfasser, erfuhr aber, daß Lüders (ein Nachbeter Willes, wie Gutzkow meinte) den betreffenden Artikel geschrieben hatte. Er erkundigte sich nach weiteren Korrespondenten der „Rheinischen Zeitung“ und erfuhr, daß Carové in Frankfurt a. M. mitarbeitete. Dazu meinte Gutzkow:

„Carové ist der Totengräber eines jeden Blattes, woran er mitarbeitet: alle Blätter ersticken an seinem unendlichen Enthusiasmus, seiner weinerlich wässerigen Idealistik ohne Fleisch und Bein. Kein neues Blatt kann in Deutschland aufkommen, das Carové nicht gleich mit seinen Korrespondenzen überschwemmte. Hüten Sie sich davor! Haben Sie nicht auch Karl Buchner in Darmstadt? Der ist auch überall dabei, wo es viele Worte zu machen gilt. Auch er hat kein entschiedenes Talent. Buchner ist ein Vielschreiber, der sich an alles anklammert und nichts urkräftig schafft. Ihre besten Korrespondenzen sind die Berliner. Die sind gut, hin und wieder bei minutiösen Dingen etwas breit, aber im ganzen gut.

Was mir am wenigsten an der ‚Rheinischen Zeitung' gefällt, ist die Beilage. Die ist viel zu philosophisch systematisch. Solche Abhandlungen werden nicht gelesen. Den literarischen Blättern muß doch auch etwas übrig bleiben. Das Beste in Ihrem Blatte sind die Artikel auf der ersten Seite ‚Aus Deutschland'. Im ganzen habe ich eine gewisse Einseitigkeit zu tadeln. Sie tun nichts für Ihre Provinz, Sie halten sich zu sehr an allgemeine Prinzipien, deren Aufstellung und Durchführung doch nur Sache der Wissenschaft ist."

Mevissen: „Auch ich bin der Ansicht, daß die Richtung der ‚Rheinischen Zeitung' viel zu negativ ist. Das Positive sollte überall die Grundlage des Negativen sein, denn die absolute Negation ist nichts als absolute Leere."

M. Heß: „Nein, Negation ist die Hauptsache. Man muß niederreißen, um die Dinge alle in Bewegung zu bringen. Das Negative schließt ja auch das Positive schon in sich."

Mevissen: „Das Negative schließt nur dann das wahrhaft Positive in sich, wenn es das individualisierte Positive gründlich negiert. Dann allerdings ist die Negation zugleich Position, denn sie baut wieder auf, was sie niederreißt. Die Negation durch allgemeine Prinzipien ist aber etwas ganz anderes, denn sie negiert nur das Allgemeine und hat gar keinen konkreten Gehalt. Sie bleibt beim Abstrakten stehen und kann nicht darüber hinaus. Die Formenlehre der Logik hat die ‚Rheinische Zeitung' lang genug gepredigt; das muß endlich aufhören, denn daran kann das Volk nicht teilnehmen, weil nicht jeder auf die dürre Heide der Logik hinverwiesen sein will. Geht tief in die Gliederung der wirklichen Zustände ein, deckt das Tote und Abnorme, das Unfreie und Geistwidrige in ihnen auf, und die Zustände werden vor der Gewalt eurer Schläge zusammenbrechen."

Gutzkow: „Gewiß, das Positive ist das einzig Wahre, und die Negation hat nur dann Wert, wenn sie zum Positiven hinleitet. In Deutschland müssen die alten Zustände bald untergehen, denn die neue

Zeit gärt an allen Orten und in allen Köpfen. Wenn Ihre Zeitung sich in Köln nicht halten kann, wohlan, so seid Ihr es dem deutschen Liberalismus schuldig, an ihn zu appellieren. Erlaßt einen Aufruf zur Aktienzeichnung oder zur Erweckung regerer Teilnahme an alle Gleichgesinnten in allen deutschen Städten, die Eure Richtung zu würdigen wissen. Da wird sichs zeigen, was an den Deutschen ist, wie weit wir sind, wie es um unsere Einheit, um unsere gerühmten politischen Fortschritte steht. Ihr Blatt aber, ich bin davon überzeugt, muß aufkommen; halten Sie es nur aus bis März. Um Neujahr kommen Abonnenten genug."

Dann wurde die Zensur und ihr augenblicklicher Druck weit und breit besprochen, und wie recht und billig diese Köpfmaschine im Geisterreiche entschieden gebrandmarkt.

Gutzkow: „Die Zeit ist weiter vorgeschritten, als man glaubt. Der Schriftsteller ist nur noch in den wenigsten Fällen Lenker der Gemüter, in den meisten Fällen tritt er dem scharf prüfenden Verstand gegenüber. Der Unabhängigen im Lande sind viele, und jeder bleibt bei der Überzeugung, die sich bei ihm entwickelt hat. Ja, wir sind so weit gekommen, daß der Schriftsteller sich vor der öffentlichen Meinung fürchten muß, und das ist gut. Die allgemeinen negativen Richtungen reichen nicht mehr aus. Wir vom Jungen Deutschland, wo man mich mit Mundt und Laube einst zusammenwürfelte, wir haben ja an uns den Übergang erlebt. Auch wir haben jugendfreudig damals geirrt, haben uns später zusammengenommen und etwas Wahreres zu schaffen versucht. Sie schließen in der ‚Rheinischen Zeitung' sich an Hegel an, das ist recht gut; aber es gibt viele treffliche Leute in Deutschland, die von Hegel nichts verstehen, die dürfen Sie darum nicht ausschließen. Jedes tüchtige Streben werde anerkannt. Das Leben ist zu reich, die Strebungen zu mannigfaltig, um die Menschen unter einem Prinzip einzuschachteln."

Mevissen: „Mir will es ganz und gar nicht gefallen, daß unsere Liberalen und Radikalen so wenig das Echte vom Falschen zu scheiden wissen. So war Hoffmann von Fallersleben hier, und man gab ihm Feste.*) Wozu? Ehrte man in ihm den bedeutenden Dichter, den großen Charakter? Er ist keins von beiden. Bloß die Laune des Zufalls hat ihn an die Oberfläche der politischen Strömung gespült, wo

*) Er war am 22.—24. September in Köln gewesen und hatte viel mit dem Kreise der „Rheinischen Zeitung", besonders mit D. Oppenheim, H. Bürgers und den Redakteuren Karl Marx, Rutenberg und Rabe verkehrt (vgl. Hoffmann v. Fallersleben, Mein Leben III (1868), 324). Im Oktober 1843 verweilte er wiederum einige Tage in Köln und trat damals auch Mevissen persönlich näher (ebd. IV, 96 ff.).

er gar nicht hingehört, und dem absoluten Oppositionsgeist zu lieb will man das kleine Talent zum großen Manne aufstopfen. Das ist eine Lüge, die dem Liberalismus nur Verachtung zuzieht und ihm starke Blößen gibt, weil das Gewebe der erborgten Größe gar zu leicht zerreißt. Der Liberalismus sollte vor allen Dingen offen, unbedingt und rücksichtslos wahr gegen jeden sein, und sich nicht durch Leidenschaft blenden lassen."

Gutzkow: „Hoffmann von Fallersleben ist als Dichter Epigrammatist. Er spitzt alle seine Anschauungen zu zum Epigramm, und es ist eine wahre Misère, daß ihm nun die Politik den Stoff zu seinen Epigrammen hat liefern müssen. Er hätte eben so gut jeden andern Stoff wählen können. Seine Epigramme können dem Liberalismus nur schaden. Aber wo er einen Stoff sieht, ist er wie eine Fliegenklappe gleich dahinter. Wollte man ihn zum Manne des Augenblickes machen, so hätte man die rechtliche Seite seiner Suspension hervorheben sollen. Da hätte er doch wie ein Märtyrer, wie ein Held im Leiden ausgesehen. Ein Held im Tun ist nicht in ihm geboren."

Fay: „Ja, das ist wahr, man mußte ihn hier an der Tafel sehen, wie er alles dominierte, wie er siegsgewiß umherschaute, wenn er eine Mine seines Witzes hatte springen lassen. Wie ein Jupiter sah er hernieder auf die Umgebung, und aus jedem Munde hätte er das Lachen, das seinem Epigramme folgen mußte, heraussaugen mögen. Dabei hätten Sie mal hören sollen, wie sehr er gegen alle materiellen Fortschritte der neueren Zeit, gegen Industrie und alles eiferte. Haben Sie ihn wohl gesehen?"

Gutzkow: „Gesehen wohl, aber nie gesprochen. Er ist mir übrigens hinreichend klar...."

... Beim Mahle wurden wiederholte Angriffe auf die politische Poesie laut. Gutzkow äußerte, das politische Lied sei Sache des Moments, und die politische Begeisterung sei keiner Dauer fähig. Über zehn Jahre würde die ganze politische Poesie des Augenblicks vergessen und begraben sein. Auch ich äußerte mich in einem ähnlichen Sinne und sagte, daß unter allen politischen Versemachern der Gegenwart mir einzig Herwegh und Prutz von einiger Bedeutung zu sein schienen. Bei den meisten übrigen sei der Enthusiasmus erlogen und durch den Verstand mit Gewalt in das Gemüt hineingezwängt; die negative Richtung in der Politik sei eine Mode wie jede andere, und wie der Weltschmerz, an dem jeder Dichter noch vor wenigen Jahren gelitten habe, so schnell verstummt sei, so werde eben so schnell und nachhaltig die forcierte politische Negativität zugrunde gehen. Schaffen und Aufbauen sei Hauptsache, und die wahre Negation gehe mit der neuen Schöpfung Hand in Hand. Darauf erwiderte Herwegh:

„Ich begreife nicht, wie Sie das poetische Produkt darstellen als eine Mischung aus diesen und jenen Ingredienzien; das ist es nicht. Ich schreibe politische Lieder, weil ich nicht anders kann. Die Fragen des Völkerlebens ergreifen mich aufs tiefste, und wenn ich sie lange genug mit mir herumgetragen, dann sind sie in meinem Innern schon zum Liede fertig gestaltet. Ich schreibe nicht, wann ich will, sondern wann ich muß. Die Dichtung muß aus dem tiefen, warmen Herzen kommen und auf den Flügeln der Begeisterung in die Welt hineindringen und an die empfänglichen Seelen anklopfen; das ist ihre Aufgabe. Nicht der Gegenstand macht die Dichtung, sondern die Begeisterung erhebt den Gegenstand zum Dichterischen." *)

---

*) Im Zusammenhang hiermit sei auch ein Urteil Mevissens über Freiligrath hier angeführt, das er etwas später in einem Brief an seine Schwester Maria, Köln, 5. Dezember 1844, niederschrieb:

.. Ich glaube nicht, daß Freiligrath wie Herwegh den Beruf hat, das ungestüme Freiheitssehnen der menschlichen Brust auszusprechen. Freiligraths erste Gedichte waren Geburten einer großartigen harmonischen Phantasie, die aus dem weiten Kreise des Naturlebens mit fester Hand Gebilde schuf und dem Auge vorüberführte, die mächtig an die Schöpfungskraft des Menschengeistes gemahnten. Es war recht schön, mit Freiligrath in Wildnissen und Wüsten zu irren, auf dem Nacken eines Tigers zu reiten und bei alledem seiner inneren, geistigen Überlegenheit stets bewußt zu bleiben. Das äußere Naturleben hatte Freiligrath wie kein anderer zu Gebote. Die äußere Natur gehorcht der unbewußt mit ihr harmonischen Phantasie des Naturmenschen. Das innere Geistesleben ist nur das Produkt einer durch unendliche Gegensätze erworbenen Bildung und beruht auf dem klarsten Bewußtsein. Wo der naive Freiligrath nur zu schaffen brauchte, da muß der subjektive denken und wissen. Freiligraths Bildung hat hier sehr schwer ausfüllbare Lücken. Manches Jahr, das seit 1830 die neue Zeit Schritt um Schritt weiter gefördert hat, ist mit allen seinen Kämpfen an Freiligrath spurlos vorübergegangen, und nun, wo er plötzlich die Augen aufschlägt und rings um sich eine geistige Welt keimen, weben und schaffen sieht, deren Dasein er früher kaum geahnet, jetzt möchte er sich mit seiner schöpferischen Lust auch dieser Gestalten bemächtigen, jetzt möchte er statt Naturgebilde Gedanken schaffen. Die allgemeinen, naheliegenden Gedanken der absoluten Freiheit, der stolzen männlichen Unabhängigkeit hat er auf der Oberfläche des neuen Reiches vorgefunden und sich ihrer leicht bemächtigt. Aber wie sehr er auch seine Begeisterung dafür heraufschraubt, diese Begeisterung ist noch nicht echt; ihr fehlt noch der höhere, sittliche Halt, der dieser Freiheit erst Wesen, diesem Streben erst Berechtigung gibt. Daß der Geist ein ewiges Werden ist, daß er ein unveräußerliches Recht auf ungehemmte Fortentwicklung hat, und daß diese seine innerste Natur alle Schranken, die sie als Gestalten aus sich herausgeboren und sich zur Prüfung

2. Zur rheinischen Kommunalordnung.

Geschrieben im Oktober 1842.

Der Artikel „Kommunalwesen" in Nr. 287 der Kölnischen Zeitung*) stellt die kühne Behauptung auf, daß der vierte Rheinische Landtag**) in seiner Gesamtheit und die die Städte vertretenden Mitglieder insbesondere die Interessen und Wünsche ihrer Kommittenten gänzlich verkannt hätten. Zur Sache erklärt der Verfasser jenes Artikels die Anforderung einer gleichen Gesetzgebung für Stadt und Land für einen schönen theoretischen, aber durchaus unpraktischen Traum. In Nr. 291 der Köln. Zeitung***) wird noch die fernere Behauptung niedergelegt, daß die von den Bürgern der Stadt Köln ausgegangene Adresse eine rein lokale und nicht provinzielle Sache, und nur in ersterem Sinne von ihren Konzipienten gedacht sei. An den Konzipienten der Kölner Adresse ist es nun, den Grund oder Ungrund jener Behauptung öffentlich zu erhärten.

Wir für unsern Teil protestieren laut gegen jene Auffassung der Kölner Adresse und glauben, daß die Mehrzahl der Unterzeichner den Inhalt derselben in ganz entgegengesetztem Sinne aufgefaßt haben wird. Wir glauben zur Ehre der Stadt und ihrer Bewohner nicht an jene Engherzigkeit, nicht an jenen kümmerlichen Egoismus, der aus der engen Sphäre seiner eigenen Interessen nicht heraus, sich bis zur Auffassung der höheren Interessen der Gesamtheit nicht aufschwingen kann; wir glauben vielmehr, daß eine ausgesprochene Vertretung des Gesamtinteresses in der Provinz in der Kölner Adresse einzig unterblieben ist in der tief empfundenen Übereinstimmung der Interessen des gesamten Landes, in der klaren Gewißheit, daß diese Übereinstimmung, wie es auch geschehen, Adressen gleichen Inhalts in allen bedeutenden Städten der Provinz hervorrufen werde. Dies ist unsere Auffassung der Kölner Adresse,†) der

---

und Bewährung gegenübergestellt hat, auch wieder beseitigen muß, daß jede Schöpfung der Geschichte nur entsteht, um wieder zu vergehen und im Vergehen einer höheren Entfaltung des Geistes Platz zu machen, das ist Freiligrath noch verborgen geblieben, und darum kann er nicht in die Tiefen des Geisterreiches dringen. Er besitzt die Geister nicht, er hat sie geborgt. Entweder muß er nun weiter in seiner Entwicklung oder wieder zu seiner früheren Phase zurück. Ich werde mit großem Interesse seinem Laufe folgen.

*) Vom 14. Oktober 1842. Verfasser war der Kölner Notar Dubyen.

**) 1833 November 10—Dezember 31.

***) Vom 18. Oktober 1842.

†) Diese Auffassung war zutreffend, vgl. die Erklärung der Stadtverwaltung vom 1. November (abgedruckt Kölnische Zeitung Nr. 306).

wir allerdings einen präziseren Ausdruck und ein tieferes Eingehen in die Sache gewünscht hätten, um solchen Divergenzen, wie sie jetzt zu Tage kommen, zu entgehen. Wenn der Herr Verfasser des quäst. Artikels auch sogar in die Petitionen der übrigen rheinischen Städte seine Auffassungsweise hineinliest, so haben wir darauf nichts zu entgegnen, sondern nur Durchlesung der fraglichen Aktenstücke zu empfehlen. Absichtliche Selbsttäuschung, begründet in der Vorliebe für vorgefaßte Meinung, halten wir für incurabel. Die Erörterungen, die uns bisher zu Gesicht gekommen sind, beschränken sich auf entgegengesetzte Behauptungen, deren Berechtigung nur durch schwache und in buntem Wirrwarr aufgehäufte Gründe dargetan wird. Wir möchten die, welche die Notwendigkeit einer im Prinzip verschiedenen Verfassung für Stadt und Land behaupten, zunächst auffordern, sich darüber zu erklären, worin diese Verschiedenheit bestehen soll. Erst dann läßt sich dagegen streiten.

Vorläufig wollen wir es versuchen, diejenigen Verschiedenheiten, die bisher laut geworden, näher zu beleuchten. Die Städte fordern selbständige Wahl ihrer Repräsentanten, selbständige Wahl ihrer Bürgermeister durch ihre Repräsentanten und Selbständigkeit in der Verwaltung ihres inneren Haushaltes. Sie fordern dies, weil sie glauben, daß sie der Bevormundung entwachsen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen imstande sind. Warum sollen die Landgemeinden nicht das Recht haben, dieselben Forderungen zu stellen? Weil die Landbewohner an Ausübung politischer Rechte nicht gewöhnt sind, weil die Sorge für das nächste Bedürfnis ihnen nicht die nötige Freiheit erlaubt, die erforderlich, um sich allgemeinen Interessen zu widmen, weil in kleineren Kreisen es gar zu leicht möglich ist, durch Einfluß aller Art ein entschiedenes Übergewicht zu erlangen und das Eigeninteresse an die Stelle des Gemeindeinteresses zu setzen. Sind diese Befürchtungen gegründet? Dem ersten Einwurf steht in unserm Rheinlande eine mehr als vierzigjährige Praxis entgegen. Unsere Landgemeinden teilten während dieser langen Periode gleiche Rechte mit den Städten, in jeder Gemeinde bestand ein — freilich auf durchaus ungenügende Weise gebildeter — Gemeinderat, eine große Zahl von Bürgern war zur Teilnahme an den Gemeindeangelegenheiten berufen und hat sich, soweit es die Umstände gestatten, Kenntnis der Verwaltungsgrundsätze erworben und an der Ausübung politischer Rechte teilgenommen.

Daß die Intelligenz auf dem Lande niedriger steht als in den Städten, wird häufig behauptet aber nicht dargetan. Unter dem Einfluß der Gesetzgebung und Verfassung der letzten Dezennien hat sich die Bildung über das ganze Land verbreitet und darf nicht mehr als ein Monopol einzelner großen Städte angesehen werden. Wenn eine gleiche Bevölkerung aus

den kleineren Städten und aus den Landgemeinden mit der Bevölkerung einer unserer größeren Städte verglichen wird, so sind wir sehr zweifelhaft, wo der meiste Sinn und die meiste praktische Bildung für Gemeindeangelegenheiten sich manifestieren würde. Man verwirrt gewöhnlich das Urteil dadurch, daß man, wo es sich ausschließlich um ein gesundes, entschiedenes Urteil in Angelegenheiten der Gemeinde handelt, den Maßstab der höchsten wissenschaftlichen Ausbildung anlegt. Eine solche ist auf diesem Standpunkte durchaus nicht nötig. Die Landbewohner können den Bewohnern der größeren Städte ohne Neid die größere Vorbildung für allgemeine Staatsfragen, für Fragen der Wissenschaft und Kunst zugestehen. Die Landbewohner sind, wenn an der einen Seite sich ihnen die Mittel zur Erreichung und Fortentwicklung einer solchen Bildung nicht so leicht darbieten, an der andern Seite durch die Eigentümlichkeit ihrer Zustände gar nicht dazu berufen, jene Ausbildung praktisch anwenden zu können. Wer will es den kleinen Gemeinden zumuten, in den die Zeit bewegenden Staatsfragen die Initiative zu ergreifen, Anstalten für höhere Wissenschaft und Kunst zu gründen, der Industrie durch großartige Unternehmungen neue Bahnen zu eröffnen. Eine solche Zumutung wäre, gelinde gesagt, unpraktisch, und so bewährt es sich auch hier wieder, daß die Reaktionäre, die die praktische Seite stets im Munde führen, sich als durchaus unpraktisch ausweisen, sobald ihre Träume mit dem wirklichen Gehalt der Gegenwart zusammenstoßen. Wenn die Landgemeinde Repräsentanten wählt, so wählt sie Repräsentanten zur Wahrnehmung ihrer beschränkten Interessen, und diesen Repräsentanten wird die nötige Bildung zur Wahrnehmung jener Interessen ebensowenig fehlen, wie den höher gebildeten Repräsentanten der Großstädte zur Lösung ihrer Aufgabe. Die Repräsentation der Landgemeinde wird, wenn durch Wahl kreiert, die Elite der Gemeinde in sich enthalten, und jene Elite, die durch die vielfachsten Bande noch mit ihren Mitbürgern zusammenhängt, ist weit mehr dazu geeignet, die allmähliche und organische Weiterentwicklung der Gemeindezustände zu fördern, als es durch eine aus dem höheren Standpunkte der Regierung stattfindende Leitung je geschehen kann. Eine solche Leitung leidet an dem Grundübel, daß sie die Selbständigkeit der Landbewohner in dem Kreise der Tätigkeit, den sie selbständig auszufüllen ein Recht haben, lähmt und oft vernichtet. Zwang erzeugt Mißtrauen und Knechtssinn. Knechtssinn lähmt alle Energie und gebiert den engherzigsten Egoismus.

Der Einwurf, daß eine begabte Persönlichkeit in den Landgemeinden eine zu große Präponderanz gar zu leicht gewinne, hat nur dann einen Sinn, wenn zugleich bei dieser Persönlichkeit schlechte, dem Gemeinwohl

schädliche Zwecke vorausgesetzt werden. Denn ist das Streben ein gerechtes, so ist auch die Präponderanz gerechtfertigt. Zu dem Einwurf selbst ist zunächst zu sagen, daß derselbe Stadt und Land in gleichem Maß trifft. Gerade in den Städten tritt die Präponderanz einzelner Persönlichkeiten am schärfsten hervor, weil hohe Anerkennung der Personen ein Attribut, eine geistige Errungenschaft der höheren Bildung ist, eifersüchtige Überwachung und Nichtanerkennung des wahrhaft Tüchtigen dagegen der niederen Bildungsstufe eignet. Gegen die Vorherrschaft der schlechten Persönlichkeit gibt es für Stadt und Land die gleichen Mittel, Berufung aller selbständigen Individuen zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten direkt oder durch Repräsentation und absolute Öffentlichkeit der öffentlichen Handlungen. Auf dem Lande, wo die Präponderanz der Bildung als solche selten, ist die Präponderanz einer gewissen Kette von Interessen, die in einer Person ihren Ausdruck finden, desto häufiger. Diese Interessen, wenn sie die öffentliche Gewalt einmal an sich gerissen, begraben ihr nächtiges Werk in tiefe Heimlichkeit und leiten die Macht, die aus ihrer Kombination entsprungen, blitzartig gegen ihre Gegner, die eine individuelle Selbständigkeit anstreben, der Bevormundung sich entziehen, oder über Mißbrauch der Amtsgewalt zu Partei-Nutzen und -Frommen ihren Mitbürgern die Augen öffnen. Eine in Dunkel gehüllte Gewalt ist weit furchtbarer, als eine Gewalt, deren Federn und Schranken jedem Auge bloß liegen. Die Öffentlichkeit wird auch auf dem Lande die Häupter der Verwaltung ihres opiumartig, idyllisch und patriarchalisch einschläfernden Nimbus berauben, Interessen werden Interessen gegenüber treten und dadurch das notwendige Gleichgewicht herstellen. Zugegeben, daß dennoch für Augenblicke die Präponderanz einer schlechten Persönlichkeit möglich, so fragen wir, ist es denn ein besseres Gegenmittel, die Überwachung einer solchen Persönlichkeit der Regierung, die ihr ferne, als den Mitbürgern, die ihr nahe steht, anzuvertrauen? Man dehne nur die Gewalt der Beamten in der Gemeinde nicht so sehr aus, binde die Exekutivgewalt, soweit es ohne Lähmung ihrer Wirksamkeit möglich ist, an die Teilnahme der Repräsentanten des Volkes, und die Behörde wird in stetem lebendigen Zusammenhange mit dem Volke erhalten werden, und nicht allzu weit von dem rechten Wege abweichen können.

Daß auch die öffentliche Meinung zuweilen auf Irrwegen wandeln kann, wer wollte das bestreiten? Aber der Weg der menschlichen Entwicklung führt durch Irrtümer zur Wahrheit. Irrtümer sind notwendig, und die Frage ist nur, ob einzelne sie für die Gesamtheit ausüben, oder ob die Gesamtheit auch den Irrtum als eine notwendige Konsequenz ihrer Tätigkeit hinnehmen will. Wir glauben, die bevorrechteten Einzelnen

haben lange und schwer genug geirrt, um bei dem Volke das Verlangen zu wecken, künftig seine Irrtümer und Mißgriffe selbst zu machen.

Was endlich den Einwurf betrifft, daß auf dem Lande nicht unabhängige Persönlichkeiten genug daseien zur Wahrnehmung der öffentlichen Interessen, so ist eben dieser Einwurf wieder vollkommen so unwahr und unpraktisch, als er dem flachen Beobachter gegründet und praktisch erscheint.

Zunächst ist eine unabhängige Stellung im Leben nicht absolut durch einen gewissen Besitz, sondern im gleichen Grade durch das Maß der individuellen Bedürfnisse bedingt. Ist auf dem Lande der Besitz geringer, so ist das Bedürfnis auch kleiner, und die Masse der Zeit, die die notabeln Landbewohner erübrigen, also den öffentlichen Angelegenheiten ohne Schaden für ihre eigenen widmen können, ist gewiß größer, als die Zeitmasse, die der Elite der Städte zur freien Disposition bleibt.

Alle Vorwürfe gegen die Gleichheit der Verfassungsprinzipien für Stadt und Land in bezug auf die Wahl der Repräsentanten werden fallen, sobald nur klar die Verschiedenheit des Wirkungskreises und die darin notwendig begründete Verschiedenheit des intellektuellen Standpunktes aufgefaßt wird. Es ist wahrhaft komisch um die Herren Reaktionäre, sie wollen durch Einschwärzen von Verschiedenheiten, wo sie der freien Selbständigkeit widerstreben, die wahren, im Wesen der Zustände begründeten Verschiedenheiten aufheben. Die Landverwaltung soll durch das Medium der Regierung mit der Bildungsstufe der Großstädte beglückt werden, während jene Bildungsstufe zu den Interessen, die zur Verhandlung kommen, gar nicht hinpaßt und den Menschen und den Dingen fremd und feindlich gegenübersteht. Man prüfe doch z. B., welche Resultate die Verpflanzung bureaukratisch gebildeter Bürgermeister in Landgemeinden, denen man jetzt so häufig begegnet, geliefert hat. Das fremdartige Element hat nur in seltenen Fällen und mit Hilfe langer Zeit sich amalgamiert, Vertrauen erweckt und die Gesamtheit zur Förderung der Interessen der Gesamtheit angeregt. In den meisten Fällen war frostiges, jedes schöne, gemeinsame Streben tötendes Mißtrauen die schlimme Folge. Die Teilnahme an den Interessen der Gesamtheit erlosch, und der Mann der Bureaukratie blähte sich, weil er auf seinem Standpunkte einzig dastand, auf zum hartdrückenden Autokraten. Die Weisheit des Amtes steht bei solchen unglücklichen Zuständen dem Leben und Wirken des Volkes schroff gegenüber und, ohne alle Berührungspunkte mit diesem, hemmt sie seinen natürlichen Aufschwung.

Der Verfasser der Aufsätze in Nr. 287 und 291 behauptet, auf dem Lande sei das Bedürfnis einer größeren Selbständigkeit nicht vorhanden,

[illegible] Beleg zu dieser Behauptung an, daß keine einzige Land-[illegible] einem dahingehenden Gesuche, selbst nicht bei der jetzigen [illegible] Bewegung, hervorgetreten sei. Dieser Beweis ist aber nichts [illegible] zutreffend, denn es liegt darin jene gänzliche Verkennung [illegible] der Landgemeinden, den wir schon oben rügten. Die [illegible] können sich nicht zu Vertretern allgemeiner Ansichten [illegible] der hohen Staatsregierung aufwerfen, sie können auch nicht wie [illegible] Stadt Köln darauf antragen, daß die Staatsregierung ihre Ent-[illegible] städtischen Komitee zur Prüfung und zu einer den eigentüm-[illegible] Urkunden der Stadt entsprechenden Ummodelung zufertige. Die [illegible] Landgemeinden werden sich nicht direkt an den Gesetzgeber um Emanation [illegible] Wege wenden, weil ihr Blick in der Regel nicht so weit hinauf-[illegible] und weil sie die Ohnmacht ihrer Bestrebungen in dieser Sphäre zu [illegible] empfinden müssen, um nicht von Wiederholung fruchtloser Ver-[illegible] abgeschreckt zu sein. Man frage aber die Aktenrepositorien der [illegible], ob nicht bei den Landgemeinden die Mängel der bestehenden [illegible] aufs schärfste hervorgetreten sind, ob nicht die Landgemeinde [illegible] Kollegien mit aller Energie auf Abhülfe dieser Mängel an-[illegible] haben? Es dürfte sich darin vielleicht ausweisen, daß es gerade [illegible] größeren Städte sind, die in eine gänzliche Lethargie den bestehenden Zu-[illegible] gegenüber versunken waren, weil die Verfassung der Gemeinde in [illegible] größeren Städten nicht so direkt und sichtbar auf die Interessen der [illegible] einwirkt wie in den Landgemeinden. Die Bitten und [illegible] der letzteren sind gar oft durch die stolze Ruhe des Schweigens [illegible] den Regierungen beantwortet worden, und eine so volle Gewißheit [illegible] Erfolglosigkeit aller Schritte hat sich vieler Gemüter bemächtigt, daß [illegible] die Zeit die Vorurteile heben und die Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten neu beleben kann.

Wenn Stadt und Land eine vielgegliederte, wohlgehegte Einheit bilden, so darf das Land wohl von den Städten erwarten, daß sie die allgemeinen Fragen für das Ganze, nicht für einen beschränkten Teil anregen werden. Das Land hat bei der jetzigen Bewegung auf die Städte vertraut, und wir hoffen es zur Ehre der Städte sagen zu können, es hat mit Recht vertraut.

Oder wären alle historischen Erfahrungen für unsere Städte so ganz und gar verloren, daß sie noch einmal töricht genug sein könnten, in einer privilegierten Verfassung ihr Heil zu suchen, wo nur in dem allgemeinen Rechtsbegriff Boden und Stütze einer brauchbaren Verfassung zu finden ist? In unserm Rheinlande, das allen Privilegien und Abscheidungen so gründlich zuwider, sollen neue Städteprivilegien wieder auftauchen, sollen

die alten Reichsstädte mit ihren besonderen Rechten wieder aufleben? Die reichsstädtischen Verfassungen und Rechte sind untergegangen, weil sie besondere Verfassungen und besondere Rechte waren, ohne Halt im Bewußtsein des Volkes. Sie sind, obschon höherer Ordnung, als besondere zugrunde gegangen in dem allgemeinen Rechtsbegriff. Wollen sie sich jetzt aus ihrem Grabe wieder erheben? Wo liegt denn die Garantie für ihre Dauer? Entweder ist die Selbständigkeit der Gemeinde eine gerechte Anforderung des heutigen Standpunktes unserer Intelligenz, eine gerechte Forderung unserer Menschenwürde — und dann muß sie durch das Gesetz als ein allgemeines Recht anerkannt und ins Leben gerufen werden, oder die Forderung ist das Ergebnis einer augenblicklichen Laune — und dann ist sie gleich ungerechtfertigt für die Stadt wie für das Land.

Nur dann wenn Rechtsbegriffe und Verfassungsgrundsätze die ganze Masse des Volkes durchdrungen haben und in jedem Einzelnen an jedem Fleck des Landes ins Bewußtsein treten können, ist die Fortdauer und Weiterbildung dieser Begriffe und Grundsätze gesichert. Aus der einigen Gesamtheit entquillt ein immer frisches Leben, weil Fuß und Kopf der nötigen Verbindung sich erfreuen. Der Blutumlauf ist regelmäßig durch alle Teile des Körpers, und der einige Staatskörper entwickelt sich als ein organisches Ganze nach innen und nach außen. Von dem Staate, als einem einzigen Rechtssubjekt, darf in Wahrheit gesagt werden: so lange noch ein Glied an der Sklaverei der Zustände leidet, sind alle Glieder noch in Sklavenbanden. Allerdings gibt es manche Verschiedenheiten in den Formen der inneren Verwaltung der Stadt- und Landgemeinde, die aus wahrem Verständnis und aus tiefer Einsicht in die Gleichheit der Prinzipien resultieren. Wenn die Stadtgemeinde z. B. 30 Repräsentanten und die Landgemeinde 20 Repräsentanten wählt, so resultiert eine solche Wahl nicht aus dem Prinzip der Gleichheit, sondern aus der größten Ungleichheit. In den Städten würden viele — nur wenige, in den Landgemeinden wenige — sehr viele wählen. Schon die Ungleichheit heißt hier nach ergänzenden und die Gleichheit herstellenden Formen suchen. Deshalb ist man fast allseitig darauf geraten, zur Herstellung eines direktern Rapports einen weiteren Bürgerausschuß den Stadtverordneten in den Städten zur Seite zu setzen und demselben einen gewissen Kreis der Tätigkeit anzuweisen. In den Landgemeinden ist eine solche Einrichtung unstatthaft, weil ihr Zweck, den direkten Zusammenhang mit dem Volke herzustellen, ohnehin schon erreicht ist. Die wohlverstandene Gleichheit ist überall nur mit offenen Augen anzuwenden, um etwas wahrhaft Praktisches zu schaffen. In einem Staate, wo Privilegien für Orte gegeben sind, können Privilegien für Personen nicht lange ausbleiben.

Beide stehen im innersten Rapport, und so zeigt es sich, daß überall, wo Privilegien der Personen, auch abgetrennte Städteordnung, wo Rechts-gleichheit, auch Gleichheit der Verwaltungsform als Norm gilt. Soll eine Städteordnung im Sinne der alten Provinzen eingeführt werden, so müssen die Kommunalverbände auseinander gerissen, das Land muß von den Städten geschieden werden. Die Bedingung des gemeinsamen Fortschrittes, die stete Berührung hört auf mit den aufhörenden gleichen Interessen, der Bauer wird dem Bürger entfremdet und bei seiner untergeordneten Stellung durch seine Isolierung in immer tiefere Barbarei zurückgestoßen. So bietet die Trennung überall Schatten, nirgends Licht.

Wie soll in der Rheinprovinz die natürliche Trennung gesucht werden? Die Landgemeinden sollen doch wohl vorzugsweise oder ausschließlich ackerbautreibend, die Städte vorzugsweise industriell sein. Dieses Verhältnis ist aber keineswegs in unserem Rheinlande vorhanden. Ein sehr großer Teil der Landgemeinden übertrifft an industrieller Entfaltung bedeutende alte Städte. Fast überall haben sich unter dem glücklichen System der Gleichheit die verschiedenen Stände an allen Orten zugleich ausgebildet. Ja, der größte Vorteil, der einzige Schutz gegen die Fatalität Englands liegt darin, daß die Industrie und mit ihr die hohe Intelligenz sich über das ganze Land verbreite, jeden Fleck durchdringe und sich nirgend konzentriere. Der Geist und die materielle Bewegung durchdringt dann harmonisch alle Kreise und sichert den gleichmäßigen Fortschritt des Ganzen. Wo Städte sich zum Mittelpunkt heben, zu einzigen Spendern der Intelligenz, da gibt es Sklaven und Herren. Von den Privilegien der Städte zu den Privilegien der Personen ist nur ein Schritt.

Wie kann die Industrie sich übers ganze Land ausdehnen, wenn der Kaufmann, der doch die Bildungshöhe der Städte haben muß, wenn er ihrer Konkurrenz soll begegnen können, nicht die gleichen politischen Rechte ausüben darf, wenn er, der Gebildete, den Druck des Beamtenstaats aufs härteste empfinden muß! Er wird dann die Stadt, die seinem geistigen Standpunkt entspricht, vorziehen, und das Land wird das einzige Medium seiner Fortentwicklung für immer entbehren. Und ist es nicht jetzt allgemein anerkannt, daß Freiheit und persönliche Selbständigkeit die Hebel aller großartigen, nationalen Entwicklung sind? Soll denn das Land diese Hebel entbehren, soll es durch die Gesetzgebung zum Stillstande gezwungen werden?

1843.

Verhältnis des Staates zur fortschreitenden Geistesbildung.

Geschrieben im Juli 1843.

(Vgl. Band I, Kapitel 8.)

Ist es die Aufgabe des Staates, die allzu rasche Entwicklung des Geistes zu hemmen, wenn die neuen Ideen in das Bestehende vernichtend einzugreifen scheinen, oder ist es vielmehr die Aufgabe des Staates, den neuen Ideen Boden zu bereiten und ihre Entwicklung möglichst dadurch zu leiten, daß er das Tote wegräumt?

Die Junghegelianer drohen, so heißt es tagtäglich, dem Christentum Vernichtung, sie glauben an keinen persönlichen Gott, an keine individuelle Fortdauer. Auch wir, ruft der Philister, jene feige, vor jeder Entschiedenheit mit scheuer Ehrfurcht erfüllte Halbheit, ja auch wir teilen jene Ansicht, und wir wollen und verlangen, daß der Staat jede Meinung dulde. Aber etwas anderes ist es, eine Meinung dulden, und etwas anderes ist es, erlauben, daß eine den bestehenden Einrichtungen des Staates widersprechende Meinung auf alle mögliche Weise ins Volk gebracht werde. Die wissenschaftliche Erörterung mag frei sein, denn sie wirkt nicht auf die Massen, aber die Entwicklung staatsfeindlicher Grundsätze in Flugschriften und politischen Blättern ist unbedingt zu mißbilligen. Wo soll es hinaus, wenn das Volk seine Götter, an die es glaubt, zertrümmert sieht und ihm keine anderen Götter aufgestellt werden, an die es glauben kann? Einen Glauben muß das Volk doch haben, denn auf dem Glauben beruht seine Sittlichkeit, beruht die ganze Existenz der Gesellschaft. Nehmt dem Volke seinen Glauben, nehmt ihm seinen Lohn und seine Strafe in Himmel und Hölle, und ihr werdet alle seine Leidenschaften entfesseln und die Auflösung des Staates herbeiführen.

So ungefähr lautet das Programm der Superklugen, die da praktisch zu sein glauben und mit einer Mischung von Hohn und Furcht auf alle Theorie herabsehen. Wohl wird es ihnen etwas unheimlich zu Mut,

wenn sie sehen, wie sich die neue Idee mehr und mehr Bahn bricht, und sie ahnen bereits, daß ihr Reich wohl von dieser Welt sein dürfte.

Was enthält nun jenes Programm zunächst? Die nackte Behauptung: Es gab stets und es wird stets geben eine unendliche Mehrzahl von Menschen, die nicht bis zur Wahrheit emporgebildet werden können, die verdammt sind, als Unfreie zu leben und zu sterben, im Dienste weniger Bevorrechteter. Emanzipiert ihr diese Sklaven äußerlich, ohne sie zugleich geistig zu euch heranbilden zu können, so werden sie eure ganze jetzige soziale Ordnung zertrümmern und werden sich und euch unter den Trümmern begraben.

Darauf ist zu erwidern, daß der Geist nur dann wahrhaft frei ist, wenn er alle Geister frei weiß, daß die Geschichte stets strebt, die Aufgabe zu lösen, die Bildung in immer weitere Kreise zu verbreiten, womit dann das Ausschließen irgend einer Klasse der Gesellschaft ganz unverträglich ist. Der moderne Staat (der Begriffsstaat) hat die unbestrittene Aufgabe, das eben erwähnte Ziel aller Geschichte zu seinem eignen Ziel zu machen, sich in den Dienst dieser Idee zu begeben und aufs kräftigste ihre Verwirklichung vorzubereiten. Es ist falsch, wenn da behauptet wird, die neue Lehre stürze das alte Gebäude um, ohne irgend etwas Positives an die Stelle zu setzen; nein, die ganze Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten Negatives und Positives sich ganz gleichbedeutend gegenüberstehen. Wenn eine historische Gestaltung untergeht, erhebt sich auf ihren Trümmern notwendig eine neue, mag auch dem blöden Auge, das nur den alten Bau sieht, der schon verborgen gegenwärtige neue Bau nicht erscheinen. Reißt nur kühn die alten Pfeiler weg, wenn ihr euch überzeugt habt, daß sie wirklich morsch und faul sind, an neuen wird es in der Stunde der Not nicht fehlen. Ihr behauptet, das Sittengesetz geht unter mit dem Sturze jener positiven Religionen, die bisher seine Träger waren. Ist denn das Sittengesetz untergegangen in den eximierten gebildeten Personen, die sich von jenen positiven Religionen losgesagt haben? Hat nicht das Sittengesetz dieselbe Quelle wie die Religion, den Geist, und sind beide nicht ebenbürtig? Daraus, daß die positiven Religionen die Träger der Sittlichkeit waren, folgt keineswegs, daß sie dies auch bleiben müssen. Ihre Macht ist untergegangen, sie kehren zurück in den Geist, der sie geboren, weil ihre Mission vollendet ist. So lange diese Mission nicht vollendet war, sind sie nicht untergegangen, und alle Angriffe haben nichts über sie vermocht. Auch die Sittlichkeit in ihren jetzigen Bestimmungen wird einst nach Jahrtausenden untergehen, wenn sie ihre Mission auf Erden vollendet haben wird. Wenn alle Geister Freiheit, Liebe und Wohlwollen durchdringt, dann fallen die

Bestimmungen, die für unentwickeltere Zustände notwendig waren, zurück, weil sie in das Wesen des Geistes selbst aufgenommen, in das Naturleben des Menschen übergegangen sind. Wenn der Kampf zwischen Freiheit und Trieb zugunsten der ersteren sich mehr entscheidet, werden die sittlichen Bestimmungen weiter und weiter werden.

Ist aber Anarchie und Leidenschaft, Auflösung der bestehenden Staatsform mit Recht von der neuen philosophischen Lehre zu fürchten? Ihre Gegner weisen hin auf die Geschichte, die sie falsch interpretieren und deren feste Tatsachen sie nach Belieben ummodeln. Athen und Rom, heißt es, sind untergegangen, weil sie ihre Götter verloren, weil jedes Band der Sitte aus dem Volke verschwunden war. Ja, jene Staaten sind untergegangen, aber nicht weil sie der neuen Lehre den Boden bereitet, sondern weil sie die neue Lehre von sich abgestoßen haben. Das griechische Bürger- und römische Kaisertum hat sich dem Prinzipienkampfe passiv oder gar feindlich gegenübergestellt und hat es nie versucht, den Staat zu den neu in die Welt gekommenen Prinzipien heraufzuheben. Das Christentum ist, wie alle Religion, aus dem Widerstande geboren und im Kampfe groß geworden. Die alte Welt konnte sich erhalten, wenn sie die neue höhere Lehre zu erkennen vermochte. Sie mußte untergehen, weil ihr Sittengesetz vor der höheren Sittlichkeit des Christentums nicht bestehen konnte. Der Irrtum hat der Wahrheit gegenüber, wenn diese einmal ins Reich der Begriffe getreten ist, keine Macht, die niedere Gesittung muß stets der höheren weichen. Schaut hinaus auf das weite Feld der Geschichte, was hat Spanien entnervt, was hat Frankreich dem Abgrunde der Revolution zugeführt? Wahrlich nichts anderes, als das starre Festhalten am alten Glauben, an den alten Formen, deren Geist längst vor dem Licht einer erblühten Wissenschaft geschwunden war. Die Reformation ist erschienen und hat mit gewaltiger Hand an der religiösen Lehre gerüttelt; Huß, Calvin und andere haben mit mächtiger Hand das morsche Gebäude untergraben. Ist das Christentum in seinen reinen, einfachen Grundbestimmungen dadurch gefallen, sind die Staaten aufgelöst, sind die Leidenschaften entfesselt worden? Jawohl sind die Staaten, die der reineren Lehre sich verschlossen haben, an den Rand des Verderbens gebracht worden, und die sittlichen Bestimmungen sind im Dreißigjährigen Kriege auf Augenblicke geschwächt worden. Dies aber nur darum, weil die alte Lehre sich kämpfend gegenüberstellte, weil es in der Hitze des Gefechtes nur dem Streite galt, und das Objekt desselben eine Zeitlang aus den Augen gesetzt wurde. Die Staaten aber, die die neue Lehre adoptiert und ihre reine Fortbildung gefördert haben, sind zu historischen Mächten geworden, denn sie haben sich an die Spitze des

Fortschritts gestellt und sind selbst mit fortgeschritten. Ist nicht Preußen heute der Staat der Intelligenz und der Bildung, und eine der Großmächte Europas? Wem anders verdankt es seine Entwicklung, als dem Prinzip des Protestantismus, dem Prinzip des freien Fortschritts? Kann es für Preußens Größe schlimmere Feinde geben als die, die seinen Fortschritt hemmen, das Prinzip, auf dem seine Größe beruht, zum Stillstand bringen wollen? Der Protestantismus hat den Katholizismus in seinen ausgelebten Formen über den Haufen geworfen, hat Ohrenbeichte, Zölibat und den Glauben an die Unfehlbarkeit des kirchlichen Oberhauptes abgeschafft. Ist darum das Christentum untergegangen, ist dadurch die Sittlichkeit unter den Bekennern der neuen Lehre erschlafft? Nein, das Christentum und die Sittlichkeit sind verjüngt und reiner aus dem Kampf gegangen, und eben im Kampfe hat sich die Wahrheit ihrer Prinzipien erprobt. Wie viele haben im Jahre 1520 die Auflösung aller Ordnung durch die Abschaffung der Ohrenbeichte prophezeit, wie mancher gläubige Katholik wird eine solche Auflösung noch 1843 prophezeien? Der Protestantismus ist mitten in seiner Bewegung gehemmt worden, weil das 16. Jahrhundert zur völligen Entfaltung seiner Prinzipien noch nicht herangereift war. Das 19. Jahrhundert nimmt die Entwicklung da auf, wo sie stehen geblieben, und die konsequente Weiterbildung des Gedankens legt ihre vernichtende Hand an manche früher noch unangetastet gebliebene Form. Der persönliche Gott, wie ihn das Mittelalter als außerhalb der Welt stehend gedacht, wird zurückgenommen in den Geist, wird aus einem äußeren zu einem inneren. Der Geist erkennt das Göttliche in sich und besitzt es jetzt als bewußtes Eigentum. Nicht der persönliche Gott ist aufgehoben, sondern nur die Vorstellung von demselben wird eine höhere und reinere. Die Sittlichkeit verliert ihre Basis, insofern solche in Lohn und Strafe jenseits bestanden, dafür wird aber auch sie desto tiefer und kräftiger ins Innere des Geistes aufgenommen. Die Notwendigkeit und Vernünftigkeit der sittlichen Bestimmungen wird erkannt und gelehrt, der Geist fühlt sich in der sittlichen Weltordnung bei sich; nicht mehr bedarf es der Furcht und des Lohnes zur Sittlichkeit, die Freiheit führt fortan zu ihr hin.

Das Volk soll an etwas Positives glauben, sagen die Philister! Wohlan, dann greife der Staat der neuen geistigen Lehre unter die Arme, bereite ihren Boden und sorge dafür, daß sie bald das Eigentum vieler werde; ist der Kreis der Gebildeten erweitert und ist in diesem Kreise das neue Sittengesetz positiv geworden, dann wird es auch dem Volke als eine starke positive Macht erscheinen, dann wird das Volk lieber und sicherer an den lebendigen höheren Geist als an den fernen jenseitigen glauben.

Ist denn der Begriff der sittlichen Weltordnung so schwer zu fassen, ist er nicht einfach klar und unendlich erhabener als die Hinweisung auf eine dunkle, geheime Macht, die nur die Phantasie ängstigen, den Geist aber nie befriedigen kann? Auch die Philosophie wird einst ihren Kultus haben, aber ihre Priester werden lehren und ihre Gläubigen werden in Taten ihre Andacht an die Gottheit feiern. Soll die Lehre von der Göttlichkeit des Geistes in seinem ewigen Fortschritt nicht auf das Volk wirken? Das Volk muß und wird diese Lehre fassen, weil sie einfach und natürlich ist, weil sie auch dem kindlichsten Verstande als wahr einleuchtet. War schon im Mittelalter der einzige Begriff der Ehre vermögend, so große Erscheinungen im Rittertum hervorzurufen, wie mächtig wird dieser Begriff sich erst entfalten, wenn die Ehre eine einzige, überall über den Erdboden anerkannte sein wird. Es ist wahrlich Frevel, noch daran zu zweifeln, daß das neue Prinzip nicht Kraft genug haben soll, die sittliche Weltordnung aufrecht zu erhalten.

Die Stürme aber, jene Auflösung der sozialen Bande, die die Herren prophezeien, wenn der Staat der neuen Lehre seine Ohren schließt, seine mächtigen Organe zur Aufrechthaltung eines Glaubens verwendet, dessen Sturz keine menschliche Macht verhindern kann! Die Wissenschaft dringt allgemach auf tausend Wegen ins Volk, und das ist der Fluch, daß sie, unnatürlich gehemmt, nicht ihre vollen Strahlen ausgießen, nicht positiv schaffen, sondern sich nur negativ und vernichtend verhalten kann. Räumen doch selbst die Gegner ein, daß die wahre Wissenschaft Kraft genug besitze, den Geist zu erfüllen, zu halten und zu tragen. Also nicht in der ganzen, sondern in der trüben halben, durch tausend falsche Kanäle gebrochenen Wissenschaft liegt die Gefahr. Und man will dennoch die neue Lehre nicht offen zum Volke reden lassen. Wohlan, dann wird sie dem Volke auf Schleichwegen zugehen, das Gift des Mißverständnisses wird sich ansetzen, und kein Licht wird da sein, die gewitterschwüle Luft davon zu reinigen.

Die Wahrheit ist allmächtig, und wenn ihr sie von den Fesseln befreit, wenn ihr mit zarter, weiser Hand die Vorurteile löst, die Pulsschläge des Geistes fühlt und dem Fortschritte eine freundliche Stätte bereitet, darin wird die Wahrheit im vollen Glanze sich erheben und den Irrtum verscheuchen. Kämpft ihr aber gegen die Wahrheit und den Fortschritt an, so werdet ihr den Sturm über euere Häupter herbeiziehen, und der Kampf wird entwickeln, was der friedlichen Vernunft nicht zu entwickeln vergönnt wurde. Die alten Formen werden ihr Leben, ihren Inhalt, das Volk wird seinen Glauben daran verloren haben, und in trostloser Stunde werdet ihr euch ratlos nach neuen Basen der Sitt-

lichkeit im Geiste des Volkes umsehen, und zu spät euch gestehen müssen, daß ihr es durch eigene Schuld versäumt habt, diese neuen Basen heranzubilden und großzuziehen, um im Augenblicke der Gefahr zu neuer Stütze zu dienen. Dann wird es wie 1789 vergebens sein, wenn die in kleinen Kreisen so lange eingedämmte Bildung sich urplötzlich Luft macht und in voller Glorie sich aufrichtet, dann wird das Volk nicht mündig, nicht zu ihrem Verständnisse allmählich herangebildet sein, und statt seiner Einsicht werden seine Leidenschaften walten. Indem ihr euch an die Spitze der Bildung stellt, haltet ihr die Fäden der Zukunft in eurer Hand; indem ihr euch von der Bildung lossagt, schlägt das Netz der Zukunft über euern Häuptern vernichtend zusammen. Benutzt die Zeit der Ruhe zum Fortschritt, zur Aussaat neuer Ideen und erwartet nicht den Sturm. In ruhigen Perioden ist der Geist frei und das Extrem prallt ab am gesunden Sinne des Volkes, im stürmischen Augenblick wird das Extrem als Rettungsanker ergriffen, und die Stimme der Vernunft tönt nicht laut genug, um den Irrtum aufzudecken. Im Frieden stumpft sogar die erhabenste neue Idee sich ab und dringt nur allmählich und befruchtend ins Leben. Im Kampfe weckt sie alle Leidenschaften auf, und der Fanatismus entzündet sich an ihrem Dunkel und an ihrer geheimnisvollen Macht.

1844.

Rheinische Eisenbahn, Tarifkontroverse mit D. Hansemann (7. Oktober 1844).

Mevissens Darlegungen wurden im Namen der Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft als Extrabeilage zur Kölnischen Zeitung publiziert, mit drei Anlagen, die hier nicht aufgenommen worden sind.

(Vgl. Band I, Kapitel 9.)

Über den neuen Gütertransport-Tarifentwurf für die Rheinisch-Belgische Eisenbahn.

In einer Extrabeilage zu Nr. 272 der „Aachener Zeitung“ eröffnet Herr Hansemann eine Kritik des neuen Tarifentwurfs für die Rheinische Eisenbahn mit den Worten:

„Der allgemeine Grundsatz, welcher bei Festsetzung des Tarifs die Direktion, so wie solche bis zum Anfange dieses Jahres bestand, geleitet hat, war: das Interesse der Gesellschaft, welches auf die Erzielung des höchstmöglichen Reinertrages gerichtet sein muß, mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Eisenbahn, so viel es angeht, zu verbinden.“

Diese Worte aus dem Munde des Herrn Hansemann sind um so erfreulicher, als dadurch feststeht, daß derselbe allgemein als richtig anerkannte Grundsatz die alte Direktion bei Entwurf des jetzigen Tarifs geleitet hat, der für die jetzige Direktion bei dem neuen Entwurf maßgebend gewesen ist. Die Verschiedenheit der Ansichten beruht darin, daß die jetzige Direktion glaubt, der bestehende Tarif sei mit jenem Grundsatze durchaus unverträglich, und eine totale Abänderung desselben sei gleicher Weise zur Erzielung des höchstmöglichen Reinertrages wie durch das volkswirtschaftliche Interesse geboten, während Herr Hansemann gerade das Gegenteil behauptet. Herr Hansemann wendet sich mit seiner Kritik gegen den neuen Entwurf und rechtfertigt den bestehenden Tarif. Wir verhalten uns kritisch zu dem bestehenden und werden im Folgenden die Notwendigkeit einer totalen Abänderung nachzuweisen suchen.

I. Über den belgischen und rheinischen Frachtanteil.

Ehe wir zur Tariffrage selbst übergehen, wenige Worte über den belgischen und rheinischen Frachtanteil und über das Verhältnis beider zueinander.

Bei dem bestehenden Tarife sind folgende Sätze bei Normierung der Fracht zugrunde gelegt:

Bezeichnung der Klasse.	Auf der belgischen Bahnstrecke.	Auf der rheinischen Bahnstrecke.	Differenz.
1.	4½ Cs.	5 Cs.	10 %
2.	5 „	6½ „	23 %
3.	6 „	7½ „	20 %
	15½ Cs.	19 Cs.	
4a	8 Cs.	8 Cs.	—
4b	10 „	10 „	—
4c	20 „	20 „	—

Wir erlauben uns, auf dieses Anteilverhältnis Herrn Hansemanns Worte als besonders treffend anzuwenden:

„Harmonie der Grundsätze werden die Verfasser dieses Tarifes für denselben wohl nicht beanspruchen wollen";

denn den obigen Bestimmungen über den belgischen und rheinischen Anteil mangelt es so offenbar daran, daß Herr Hansemann uns verbinden würde durch Aufdeckung der unserem blöden Auge verborgenen Grundsätze, wonach die obigen Sätze für jede Warenklasse different normiert worden. Herr Hansemann ist so gütig, uns zu belehren, daß die für das Interesse der Aktionäre der Rheinischen Bahn wichtigste Bestimmung über den respektiven Frachtanteil die Basis der Verhandlungen hätte sein, nicht aber zur nachträglichen Verhandlung hätte ausgesetzt werden müssen. Wir sind erstaunt über die genaue Kenntnis des im Schoße der jetzigen Direktion Vorgegangenen, die Herr Hansemann hier wie an so vielen andern Stellen seiner kritischen Betrachtungen entwickelt, und es gereicht uns zum Vergnügen, die obige Belehrung des Herrn Hansemann dadurch erwidern zu können, daß wir die Behauptung, die Bestimmungen über den gegenseitigen Frachtanteil seien zur nachträglichen Verhandlung ausgesetzt, für falsch erklären. Wir haben im Geiste der uns gewordenen Belehrung jene Verhandlungen den übrigen vorausgehen lassen, haben uns auch bemüht, durch Feststellung einer auf soliden Gründen ruhenden, für den ganzen Gütertransport gleichen Basis für die beiderseitigen Frachtanteile diejenige Harmonie und Stetigkeit herbeizuführen, die wir in dem willkürlichen Belieben, das der bestehenden Verteilung zugrunde gelegen zu haben scheint, zu unserm Bedauern vermißten.

Die Verhandlungen über diesen Punkt schienen und scheinen uns noch heute bei der Entwicklung von Motiven zur Abänderung des internationalen Tarifs nicht am Ort. Beide Fragen halten wir für wesentlich different und glauben, daß die unbefangene Prüfung der letzteren durch eine unzeitige Einmischung der ersteren nur erschwert werden kann. Wir halten ein System der Willkür überall für verwerflich und glauben, daß ein gegenseitiger Vertrag nur dann auf gesunden Füßen steht, wenn derselbe auf gründlicher, vorurteilsfreier Prüfung der Verhältnisse mit Fernhaltung jeder Sucht, sich durch persönliche Gewandtheit und Taktik besondere, nicht mit der Natur der Verhältnisse übereinstimmende Vorteile zu stipulieren, basiert.

Was die Nachteile einer etwaigen Gleichstellung der Frachtanteile auf der Rheinisch-Belgischen Bahn betrifft, so mag sich Herr Hansemann beruhigen, da im gegebenen Falle die Natur der Verhältnisse einer solchen Gleichstellung total widerspricht. Viel eher dürfte sich die Frage erheben lassen, ob nicht aus den willkürlich gegriffenen Bestimmungen über die beiderseitigen Frachtanteile eine nachteiligere Stellung der Interessen der Rheinischen Bahn resultiert, als aus einer Berechnung des Anlagekapitals, der Unterhaltungs- und der Betriebskosten der beiden Bahnstrecken je hätte hervorgehen können?

Vielleicht haben wir indessen nur die höheren Motive des Herrn Hansemann aus jenen Bestimmungen nicht herauszulesen vermocht, denn es ist ja Herr Hansemann, der in seiner Kritik sagt:

> „Der Grundsatz der gleichverteilenden Gerechtigkeit ist nicht nur von der Moral, sondern auch durch volkswirtschaftliche Rücksichten jeder Eisenbahnverwaltung geboten."

II. Ungehörige Einmischung von Persönlichkeiten stört die unbefangene Prüfung der Zustände.

Herr Hansemann hat sich zu unserm Bedauern bemüht, durch Randbemerkungen und versteckte Andeutungen 2c. die jetzige Direktion der Rheinischen Eisenbahn in zwei Lager zu trennen und da, wo es sich einzig um Interessen der Eisenbahn und des Publikums handelt, die verschiedenartigen Interessen zweier Städte als maßgebend erscheinen zu lassen. Indem wir es entschieden ablehnen, die Prüfung sachlicher Verhältnisse durch Beimischungen dieser Art zu verdunkeln, hat es uns gefreut, den Herrn Hansemann so wohl von Dingen unterrichtet zu sehen, die sich im Schoße der jetzigen Direktion der Rheinischen Eisenbahn nicht zugetragen haben. Über die Notwendigkeit einer totalen Abänderung des

bestehenden Tarifs, namentlich über die Verwerflichkeit des Systems der vollen Ladung, hat bei der jetzigen Direktion stets Einstimmigkeit der Meinungen geherrscht. Wenn Herr Hansemann sagt:

„Die Anregung zur Abschaffung der vollen Ladungen ist von kölnischen Mitgliedern der Rheinischen Eisenbahndirektion ausgegangen. Diese sollen, dem Vernehmen nach — ob namens der Direktion und infolge eines von derselben gefaßten Beschlusses, oder ob individuell, ist mir nicht bekannt —, vor mehreren Monaten nach Antwerpen geschrieben haben, daß die Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft darüber einverstanden sei, das System der vollen Wagenladungen, wenigstens in Beziehung auf die Transporte zwischen Antwerpen und Köln, nicht beizubehalten. Der Zweck dieses Schreibens, daß man auch in Antwerpen bei der Belgischen Eisenbahnverwaltung für das Aufhören des Systems der vollen Wagenladungen sich verwende, ist erreicht worden. Wahrscheinlich nur hierdurch hat die Belgische Eisenbahnverwaltung sich veranlaßt gefunden, sich den desfallsigen Tendenzen der kölnischen Direktionsmitglieder in Beziehung auf die Transporte zwischen Antwerpen und Köln anzuschließen",

so haben wir auf diese unter den Schutz eines perfiden On dit gestellten Insinuationen nur zu erwidern, daß dieselben in jeder Beziehung falsch sind.

Um die Wahrheit dieser Behauptung zu beweisen und dem sonst so starken Gedächtnisse des Herrn Hansemann diesmal in etwa nachzuhelfen, teilen wir in den Anlagen A und B zwei Schreiben der Handelskammern von Antwerpen und Köln mit, die im Oktober und November 1843, also zu einer Zeit, als Herr Hansemann noch an der Spitze der Verwaltung stand, eingelaufen sind, und die Herrn Hansemann nicht unbekannt geblieben sein können. Diese Schreiben rügen bereits alle Mängel, deren Beseitigung der neue Tarifentwurf bezweckt.

Mit innigem Bedauern haben wir uns zu dieser Abschweifung auf das Gebiet der Persönlichkeit gezwungen gesehen. Wir werden in folgendem nur die Sache reden lassen.

III. Beabsichtigte Veränderungen im Tarif für den Rheinisch-Belgischen Gütertransport.

Die unter diesem Titel von Herrn Hansemann gelieferte spezielle Darstellung der beabsichtigten Abänderungen des bestehenden Tarifsystems ist in mehreren Beziehungen ungenau. Der bestehende Tarif umfaßt drei Qualitätsklassen gewisser bezeichneter Waren in vollen Ladungen und vier Quantitätsklassen, nämlich:

4. Klasse a) alle Waren ohne Unterschied von 500 bis unter 4500 Kilogr.;
4. Klasse b) alle Waren ohne Unterschied von 50 bis 500 Kilogr.;
4. Klasse c) alle Waren ohne Unterschied von 5 bis 50 Kilgr.;
4. Klasse d) alle Waren ohne Unterschied von 1 bis 5 Kilogr.

Der neue Tarif umfaßt dagegen nur fünf Klassen, nämlich: drei Qualitätsklassen für Quantitäten von 500 bis 4500 Kilogr.; eine gemischte Qualitäts- und Quantitätsklasse für alle Quantitäten von 100 bis 500 Kilogr., und außerdem für gewisse Waren jeder Quantität eine Quantitätsklasse von 1 bis 100 Kilogramm.

Es ist irrig, wenn Herr Hansemann die drei ersten Klassen dadurch zu verdoppeln sucht, daß er aus einer einfachen reglementarischen Bestimmung der Bewilligung eines Rabatts von 10% für volle Ladungen von Waren der drei ersten Klassen drei verschiedene neue Klassen herleitet.

Bei der Angabe, daß die unter
aa) bezeichneten Waren aus der ersten in die zweite und die unter
bb) bezeichneten Waren aus der zweiten Klasse in die dritte
versetzt werden sollen, ist übersehen worden, daß die Preise der projektierten zweiten Klasse für die meisten Entfernungen denen der bestehenden ersten, und gleicherweise die Preise der beabsichtigten dritten Klasse denen der bestehenden zweiten Klasse entsprechen, somit eine wirkliche Abänderung in dem Frachtsatze dieser Gegenstände nicht beabsichtigt wird. Es ist einzig die Stellung dieser Gegenstände im System, die eine andere werden soll. In dem neuen Tarifentwurf ist für sämtliche Klassen und für sämtliche Stationen ein Unterschied in der Berechnung nach der Entfernung gemacht worden. Es ist in hohem Grade auffallend, daß es dem Herrn Hansemann entgangen sein sollte, daß dieses Prinzip ebensowohl auf den Transport von Antwerpen nach Köln wie auf alle andern Transporte Anwendung gefunden hat. Die Behauptung des Herrn Hansemann, es sei für diese Transporte ein exzeptioneller Satz angenommen, ist falsch. Für den Transport zwischen Antwerpen und Köln ist einzig ausnahmsweise der im allgemeinen für volle Wagenladungen festgesetzte Rabatt von 10% auf alle Quantitäten über 500 Kilogr. ausgedehnt worden; dies aus dem einfachen Grunde, weil das Motiv, den Rabatt an volle Ladungen zu knüpfen, für die Häfen von Antwerpen und Köln, wo sich stets hinreichende Warenladungen vorfinden, ganz wegfällt. Köln genießt also keinen exzeptionellen Vorteil. Im Interesse der Eisenbahn fällt nur eine Beschränkung, die man nach dem Quantum der Warenbewegung für die übrigen Stationen einstweilen noch hat beibehalten zu müssen geglaubt, für Köln weg, weil diese Beschränkung hier ganz sinn- und zwecklos sein würde. Oder soll, um der falschen Abstraktion der Gleichheit zu fröhnen,

ein Zwang auch da noch bestehen bleiben, wo seiner Aufhebung durchaus kein anderes Interesse widerstrebt?

IV. Vollständigkeit des Tarifs, Einfachheit in der Ausführung, Harmonie der Grundsätze.

Herr Hansemann sagt:

„Die vorerwähnten Vorzüge können mit vollem Rechte von einer so totalen Veränderung gefordert werden, wie die Direktion sie beabsichtigt; denn das Bestehende verwirft man vernünftigerweise nicht, um Mangelhafteres an die Stelle zu setzen."

Ist dieser Satz nicht eben so sehr auf jeden Tarifentwurf anwendbar? Warum sollen die vorerwähnten Vorzüge nur von einer totalen Veränderung, nicht von einem Tarif überhaupt gefordert werden?

Ob der bestehende Tarif sich durch diese Vorzüge auszeichnet, wird sich bei der speziellen Prüfung desselben ergeben. Es ist irrig, wenn Herr Hansemann sagt, daß in dem neuen Entwurf für diejenigen Waren, die in den drei ersten Klassen nicht namentlich bezeichnet sind, ein Tarifsatz für Quantitäten von 500 bis 4500 Kilogr. fehle. Diese Waren zahlen für alle Quantitäten über 100 Kilogr. den Tarifsatz der vierten Klasse.

Wenn es ferner heißt, die namentliche Bezeichnung derjenigen Waren, die zur dritten Klasse gehören, sei kein Fortschritt in Vollständigkeit, so hat keine absolute Vollständigkeit, sondern nur ein Fortschritt in Vollständigkeit durch die spezielle Bezeichnung erreicht werden sollen, und dieser Fortschritt ist unserem Dafürhalten nach allerdings erreicht worden. Absolute Vollständigkeit ist nirgends beansprucht, vielmehr sind ausdrücklich sämtliche in den drei ersten Klassen nicht bezeichnete Waren der vierten Klasse zugeteilt worden. Daß es ratsamer und einfacher sein möchte, anstatt durch Bezeichnung bestimmter Waren durch den vagen Ausdruck „analoge Gegenstände" die Klasse zu vervollständigen, wird schwerlich jemand im Ernst behaupten. Die bisherige Erfahrung hat hinreichend dargetan, daß diese Bezeichnung eine höchst unglücklich gewählte, zu endlosen Mißverständnissen Veranlassung gebende ist. Der Mangel einer bestimmten Klassifikation ist einer der vielen Mängel, deren längere Aufrechterhaltung selbst durch die von Herrn Hansemann so nachdrückliche ausgesprochene Ehrfurcht für das einmal Bestehende schwerlich gerechtfertigt werden kann.

Die Wahrheit der Behauptung, daß die Einfachheit in der Ausführung bei dem projektierten Tarif geringer als bei dem bestehenden sein müsse, soll sich aus der Übersicht der beabsichtigten Veränderungen ergeben.

Wir bemerken dagegen nur, daß nach den bisherigen Erörterungen die Fixierung gleicher proportioneller Frachtanteile für die belgische und rheinische Strecke die jetzt sehr weitläufigen gegenseitigen Berechnungen zu vereinfachen in hohem Grade geeignet erscheint; — daß die speziellere Klassifikation der Waren nichts als die Abhülfe eines vielseitig gerügten Mangels ist, und daß der neue Tarifentwurf durch fünf Klassen die sieben Klassen des bestehenden Tarifs ersetzt. Wir sind nicht so glücklich, in allem diesem Nachteile für die Einfachheit in der Ausführung zu erkennen. Die Harmonie der Grundsätze wird bei der ferneren Prüfung der beiden Systeme sich ergeben.

V. Die totale Veränderung der Grundsätze.

Freilich beruht der neue Tarifentwurf auf einer totalen Veränderung der Grundsätze; freilich hat sich die jetzige Direktion bestrebt, darin alle willkürlichen, nicht durch das Interesse der Gesellschaft gebotenen Beschränkungen und Vexationen des Handels wegfallen zu lassen und allen die gleiche, möglichst freie Benutzung des neuen Transportmittels zu gestatten. Sie erwartet dafür keinen Vorwurf!

Die einzige Frage, die sich hier aufdrängen könnte, deren Prüfung sie ruhig entgegensieht, lautet: Können die Beschränkungen des bestehenden Tarifs unbeschadet des finanziellen Interesses der Gesellschaft wegfallen?

Wenn Herr Hansemann sagt:

> „Ein großer Kaufmann oder Fabrikant wird die Grundsätze seiner Geschäftsführung nicht über den Haufen werfen, solange deren Anwendung bedeutende Erfolge herbeiführt, oder solange nicht eine totale Veränderung jener Grundsätze, mit einem an moralische Gewißheit grenzenden Grade von Wahrscheinlichkeit, eine bedeutende Verbesserung des Geschäfts verspricht,"

so scheint diese allbekannte alte Maxime in diesem Falle nur angeführt, um einem trägen Sichberuhigen bei dem einmal Bestehenden das Wort zu reden und der prüfenden Kritik und Reform den Weg zu sperren. Wir erlauben uns dagegen zu sagen: Ein jeder tüchtige Kaufmann wird von Zeit zu Zeit die Grundsätze seiner Geschäftsführung prüfen, wird erforschen, ob dieselben noch stets den Zuständen entsprechen oder überhaupt je entsprochen haben. Der blendende, aber täuschende Schein eines augenblicklichen Erfolges wird ihn nicht bestimmen, das prinzipiell Falsche fortbestehen zu lassen, damit sein Geschäft nicht über Nacht untergraben werde.

Wenn Herr Hansemann sich weiter ergeht und bemerkt, daß die Verwaltung eines großen Instituts bei Umwälzung der bestehenden Verhält-

nisse um so vorsichtiger sein müsse, als etwaige Wagstücke nicht mit eigenem, sondern mit fremdem Gelde gemacht werden, und als sie außerdem auf die Interessen und Gewohnheiten des großen Publikums Rücksicht zu nehmen habe, so werden solche triviale Wahrheiten von niemand bestritten. Die daraus im betreffenden Falle gezogenen Schlüsse sind jedoch abermals falsch. Herr Hansemann sagt zwar: Über Erfolglosigkeit des bestehenden Tarifs sei nicht zu klagen; es hängt die Richtigkeit dieser Behauptung jedoch einzig von der Größe der Erwartungen ab, die zu hegen man berechtigt war. Wir gestehen gern, daß unserm Dafürhalten nach der internationale Gütertransport unter den bestehenden Verhältnissen ungenügend, und daß es unter dem bestehenden Tarif noch durchaus nicht gelungen ist, den großen Transittransport vom Rheine ab auf die Eisenbahn zu lenken. Daß dies geschehen, daß die Eisenbahn mit Schiffahrt und Dampfschleppschiffahrt mit Glück konkurrieren könne, haben wir nie bezweifelt, und wenn Herr Hansemann das Gegenteil zu behaupten Miene macht, so ist er den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben.

Zur bessern Würdigung dessen, was bisher auf der Eisenbahn erreicht worden, und dessen, was künftig noch zu erreichen übrig bleibt, sind in der Anlage C die Gesamtquanta der auf dem Rheine transportierten Güter und einige besonders wesentliche einzelne Warengattungen mit den auf der Eisenbahn transportierten zum Vergleiche gegenübergestellt worden. Es geht aus dieser Zusammenstellung klar hervor, daß die Zukunft des internationalen Güterverkehrs durch die Heranziehung des Transitguts bedingt ist, sowohl weil dieses an Quantität die innere internationale Güterbewegung bei weitem übertrifft, als auch, weil nur für das Transitgut eine starke Konkurrenz zu besiegen ist, die für jene innere Versendung gar nicht existiert.

Wie sich die Worte des Herrn Hansemann:

> „Namentlich hat Antwerpen in Beziehung auf Gütertransport schon eine Wichtigkeit erlangt, welche man dort gar nicht von der Eisenbahn zu erwarten wagte“,

der Tatsache gegenüber verhalten, daß die ganze Bewegung von Köln nach Antwerpen sich auf circa 20000 Ztr. per Jahr, von Antwerpen nach Köln auf circa 450000 Ztr. beschränkt, während rheinabwärts über Holland circa 600000 Ztr., rheinaufwärts über Holland circa 2500000 Ztr. versandt werden, und daß bis zu diesem Augenblick über die Hälfte der Haupttransitgegenstände, Zucker, Häute, Eisen, über Rotterdam geht, wollen wir dem unparteiischen Urteil anheimgeben. Allgemeine Maximen sind, wie es sich zeigt, da schlecht am Orte, wo es sich um Feststellung ganz spezieller Zahlenverhältnisse handelt. Wir gestehen, daß es uns überrascht

hat, daß es dem Herrn Hansemann nicht hat gefallen wollen, seine Behauptungen durch Zahlen zu belegen. Er würde sich in diesem Falle gewiß von der völligen Haltlosigkeit derselben überzeugt haben. Es würde ihm dann auch nicht zweifelhaft geblieben sein, worauf unter den bestehenden Verhältnissen jede Direktion der Rheinischen Eisenbahn ihr Hauptaugenmerk zu richten hat, nämlich auf die Überleitung und Entwicklung der Transitbewegung.

VI. Die beabsichtigte teilweise Aufhebung, resp. die Beschränkung des Systems der vollen Wagenladungen.

Diesen Abschnitt leitet Herr Hansemann mit den Worten ein:

> „Wenn über irgend etwas, so sind alle im Eisenbahnbetriebe erfahrenen Personen darüber einverstanden, daß mit vollen Wagenladungen die Transporte auf der Eisenbahn am wohlfeilsten bewirkt werden können, daß dieselben also mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, welches die möglich niedrigsten Transportpreise erheischt, übereinstimmen."

Indem wir uns mit dieser wohltönenden Redensart abermals einverstanden erklären, haben wir dieselbe dahin zu ergänzen, daß das volkswirtschaftliche Interesse nicht allein die möglich niedrigsten Transportpreise erheischt, sondern eben so sehr fordert, daß diese niedrigsten Transportpreise nicht zu einem Monopol einzelner Spediteure, sonder allen Versendern möglichst gleich zugänglich gemacht werden.

Bleibt der letztere Satz unberücksichtigt, so ergibt es sich, daß der niedrigste Preis nur von einzelnen zum Nachteil des Ganzen ausgebeutet, und dadurch eben so sehr das volkswirtschaftliche wie das finanzielle Interesse der Eisenbahngesellschaft gefährdet wird.

Wie sich ein System der vollen Wagenladungen, das den Versender großer Quantitäten um etwa 40 Prozent gegen den Versender geringerer Quantitäten in Vorteil stellt, mit der in der Kritik des Herrn Hansemann wiederholt angerufenen „gleichverteilenden Gerechtigkeit" verträgt, vermögen wir nicht einzusehen. Das System der vollen Ladung erzeugt zugunsten größerer Bequemlichkeit in der Eisenbahnverwaltung:

a) Ein Monopol weniger Spediteure in Antwerpen und Köln, und eine allgemeine Vermehrung der Transportpreise um wenigstens 20 Centimes pr. 100 Kilogramm.

b) Der Vorteil der Schnelligkeit, den die Eisenbahnen bieten, wird unter der Herrschaft des Systems der vollen Ladung rein illusorisch. Die Versendung erleidet zum Zweck der Sammlung der Waren einen

willkürlichen Verzug, der jede Regelmäßigkeit und Sicherheit, diese Grundbedingungen des Gütertransports, für den Warenempfänger wie für die Eisenbahnverwaltung gänzlich aufhebt.

c) Den monopolisierenden Spediteuren ist der möglichst weite Spielraum für willkürliche Frachtberechnungen gegeben, und tagtäglich werden Güter der drei ersten Klassen zum Tarifsatze der vierten Klasse den Empfängern berechnet. Die Frachtdifferenz wird in diesen Fällen künstlich der Einnahme der Eisenbahn entzogen und in die Tasche des Spediteurs geleitet, während der Warenbezieher noch obendrein alle Nachteile des Sammelsystems zu tragen hat.

d) Die volle Ladung erzeugt das abnorme Verhältnis, daß Sendungen von Antwerpen aus, für Kölner Handlungshäuser bestimmt, an Spediteure in Köln adressiert werden, die dann die Überlieferung derselben gegen hohe Spesen bewirken und zudem eine oft sehr unerwünschte Einsicht in die geschäftlichen Beziehungen der Empfänger erlangen.

e) Die einzelnen Wagen werden schwerer als normal beladen, und ganze Züge durch Brechen der Federn der größten Gefahr ausgesetzt.

Die hier kurz angedeuteten Nachteile des Systems der vollen Ladung sind von den Handelskammern zu Antwerpen und Köln, die zu einem kompetenten Urteil gewiß befugt sind, gleich beim Erscheinen des bestehenden Tarifs gerügt und bis heute von keiner Seite in Abrede gestellt worden.

In dieser Rüge des Handelsstandes hätte unserem Dafürhalten nach für Herrn Hansemann die ernste Aufforderung liegen sollen, die Haltbarkeit seines Systems in volkswirtschaftlicher Hinsicht und in Hinsicht auf das finanzielle Interesse der Eisenbahn zu prüfen.

Herr Hansemann ist indessen noch jetzt von der Vortrefflichkeit seines Systems so sehr überzeugt, daß er behauptet:

„Selbst wenn in einem Orte die Quantität der Waren in so reichlichem Maße zuströmt, daß die Eisenbahnverwaltung in der Regel Vorrat genug zur Vervollständigung der Ladungen hat, so ist es für sie doch viel vorteilhafter, wenn diese Vervollständigung nicht von ihr, sondern von andern Gütertransportunternehmern erfolgt, und zwar deshalb, weil die Expeditionsarbeiten der Eisenbahnverwaltung außerordentlich dadurch vermehrt werden, wenn sie, anstatt von einem und demselben Absender eine Menge Kolli mit Einem Frachtbriefe zu empfangen und abzuliefern, von einer mehr oder weniger großen Zahl Absender viele Kolli an verschiedene Adressaten zu besorgen hat. Denn beim Eisenbahnbetriebe ist die Einfachheit des Verfahrens eine

wesentliche Bedingung des Gewinns bei niedrigen Transportpreisen; nicht nur, weil durch die vermehrten Expeditionsarbeiten auch eine Kostenvermehrung eintritt, sondern auch weil dadurch die Komplikationen zunehmen, die Verantwortlichkeit wächst und die Gefahr, in nachteilige Prozesse und in Schaden zu geraten, bedenklich wird. Eine Eisenbahngesellschaft muß sich, so viel es nur irgend angeht, vor Detailgeschäften hüten; denn sie ist, ihrer Natur und Organisation nach, niemals geeignet, solche Geschäfte so einfach und vorteilhaft zu betreiben, wie ein Handlungshaus."

Anstatt dieser vielen nichts beweisenden Worte scheint es uns einzig angemessen, zu untersuchen:

a) Wie groß ist der Vorteil, welcher der Eisenbahn im Betriebe durch das System der vollen Ladungen erwächst?

b) Wie hoch sind die bei dem System der vollen Ladungen unvermeidlichen Nachteile ad a bis e zu berechnen, und wie hoch ist das Warenquantum anzuschlagen, das durch diese centimes additionnels, durch Verzögerung und Unregelmäßigkeit des Versandes der Eisenbahn künstlich entzogen wird?

Zur Prüfung der ersten Frage geben wir die nötigen Momente in der Anlage D. Die zweite wird sich jeder durch Prüfung der Anlage C beantworten können. Der in der Anlage D sich ergebende Vorteil von höchstens 3 Cent. pr. 50 Kilogr. ist wahrlich nicht bedeutend genug, um volle Ladungen künstlich zu erzwingen, da, wo solche nicht aus der Natur des Verkehrs von selbst sich ergeben.

Die vorstehenden Bemerkungen werden genügen, um darzutun, daß die jetzige Direktion der Rheinischen Eisenbahn das System der vollen Ladungen für eine Beschränkung der gleichen Rechte aller ansieht, deren Beibehaltung nur da gerechtfertigt werden kann, wo ein gänzliches Aufgeben desselben die in der Beilage D berechnete Erhöhung der Betriebskosten herbeiführen würde. Auch in diesem Falle muß indessen die Frachtdifferenz zwischen voller und unvoller Ladung in angemessenem Verhältnisse zu den höheren Betriebskosten stehen, und wenn eine Überschreitung etwa stattfinden soll, so ist dieselbe so zu greifen, daß die dadurch entstehende Mehreinnahme wirklich der Eisenbahn und nicht dem Spediteur zufließt.

In dem Tarifentwurf ist für die Bewegung zwischen Antwerpen und Köln das System der vollen Ladung ganz aufgegeben, weil sich für die Beibehaltung desselben durchaus keine stichhaltigen Gründe gezeigt haben. Eine Beschränkung auch da beizubehalten, wo die Natur des Verkehrs ohnehin die Vorteile, die durch die Beschränkung erreicht werden sollen, schon darbietet, bloß um dem Grundsatze der abstrakten absoluten

Gleichheit zu huldigen — liegt nicht in unserer Absicht. Wir wünschen, so viel wie möglich auf alle gleichmäßig die Vorteile, die der Transport auf Eisenbahnen etwa bieten kann, auszudehnen, wenn das finanzielle Interesse der Gesellschaft, die wir vertreten, nicht Abweichungen gebietet; aber wir sind weit entfernt, Beschränkungen des Verkehrs für alle fortbestehen zu lassen, bloß weil ihrer Aufhebung für alle zurzeit noch Hindernisse entgegenstehen.

Herr Hansemann sagt, indem er sich dafür ausspricht, niedrige Frachtsätze für alle Sendungen nach Belgien eintreten zu lassen,

> „weil es schon Gewinn für die Eisenbahnverwaltung ist, wenn sie die Transportkosten verdient und auf diese Weise die Kosten der Rücksendung der leeren Wagen erspart. Jedoch erachte ich aus den unter III. angegebenen Gründen bei so sehr niedrigen Frachtsätzen die Festhaltung des Systems der vollen Wagenladungen unerläßlich, wenn die Eisenbahnverwaltung dabei gewinnen soll."

Wir vermögen nicht einzusehen, wie sich diese beiden Sätze zusammenreimen. Wenn leere Wagen zurückgeschafft werden müssen, fällt der Hauptvorteil der vollen Ladung ganz weg, und die Annahme kleinerer Quantitäten verursacht einzig die Mühe, einige Frachtbriefe mehr anzunehmen. Es ist daher gewiß nicht das Interesse der Rheinischen Eisenbahngesellschaft, was die Beibehaltung der vollen Ladung für Versendungen nach Belgien motiviert; diese Beibehaltung liegt vielmehr ausschließlich im belgischen Interesse, und selbst dieses dürfte wohl über kurz oder lang für nicht wesentlich genug erachtet werden, um diese Beibehaltung zu fordern.

Herr Hansemann behauptet ferner:

> „Die Aufhebung der vollen Ladung wird durch den von der Direktion angeführten Umstand nicht gerechtfertigt, daß man dem Publikum die Kosten der Gütersammler (Spediteure) ersparen wolle. Diese Kosten werden durch die Konkurrenz auf ein Minimum gebracht, welches mit der Übernahme von Risiko und Mühewaltung im Verhältnis steht. Ohne Zweifel hat die Eisenbahndirektion, wenn sie sich an die Stelle der Spediteure setzt, mehr Unkosten als diese; sie muß also, wenn sie Ersparungen für das Publikum machen will, zum Nachteile der Aktionäre sich in eine kompliziertere, kostspieligere und gefährlichere Verwaltung einlassen."

Wie es um die Haltbarkeit dieser Behauptung steht, geht teilweise aus der in der Anlage C gelieferten Übersicht des unter dem bestehenden Tarif der Eisenbahn zugefallenen Transportes und aus den Schreiben der Handelskammern von Antwerpen und Köln hervor. Für die Behauptung, daß die Eisenbahndirektion mehr Unkosten haben würde als

die Spediteure, wenn sie sich an die Stelle derselben setzen wollte, ist Herr Hansemann den Beweis gänzlich schuldig geblieben. Wir erlauben uns daher, zunächst dieser Behauptung die entgegengesetzte gegenüber zustellen.

Wir halten dafür, daß die Eisenbahnverwaltung die Sammlung der Güter weit billiger als der Spediteur, und jedenfalls billiger als für die heute dem Spediteur zufallende Vergütung von 20 Cs., bewirken kann. Zudem erwächst daraus, daß die Gütersammlung direkt stattfindet, den Versendern der große Vorteil, daß die Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten im Versande aufhören; denn es ist evident, daß die Eisenbahnverwaltung, bei der sich alle Güter konzentrieren, weit eher imstande ist, Wagenladungen zu kompletieren, als der einzelne Spediteur, bei dem nur ein gewisser Teil der zu transportierenden Gütermasse sich sammelt. Die jetzige Direktion ist, wie aus dem Gesagten deutlich genug hervorgeht, weit davon entfernt, die Richtigkeit der Ansichten des Herrn Hansemann über die Zweckmäßigkeit der Gütersammlungen anzuerkennen, und der desfallsige Schluß des Herrn Hansemann erscheint mindestens voreilig.

Die in dem Tarifentwurf angenommene geringe Frachtdifferenz von 10 Prozent soll keine Sammlung der Güter durch Spediteure erzielen, sondern ist absichtlich nicht höher gegriffen, um dem Verkehr nicht da, wo es seiner Natur widerstrebt, die Fessel der vollen Ladung anzulegen.

Die Behauptung des Herrn Hansemann:

> „Daß die Spediteure einen großen Teil des Güterverkehrs zwischen Aachen und Köln der Eisenbahn zu gleichem Frachtpreise entrissen haben, zeigt deutlich genug, daß das Publikum im allgemeinen die Vermittelung der Gütersammler bequem und nützlich findet",

beweist deshalb nichts, weil das Faktum, worauf der Schluß beruht, mit dem wirklichen Tatbestande im Widerspruch steht. Die in der „Aachener Zeitung" enthaltene Bekanntmachung" der Wollhändler Aachens vom 16. April beweist vielmehr, daß vor Abänderung des inneren Güterreglements Frachtfuhrwerk zwischen Aachen und Köln ins Leben gerufen wurde. Dieser Frachtfuhrwerkbetrieb ist außer allem Zusammenhang mit der Abschaffung des Systems der vollen Ladung einzig darin begründet, daß bei direkten Verladungen von Leipzig oder Frankfurt nach Aachen und vice versa die Waren mehr geschont und die Kosten einer Umladung in Köln vermieden werden. Die Fortexistenz dieses Frachtfuhrwerks dürfte sehr problematisch werden, sobald die in diesem Augenblick schwebenden Unterhandlungen wegen direkter Überladung der Güter von der Eisenbahn ins Schiff zu Ende geführt sein werden. Die in der Anlage C vorliegende Übersicht der Einnahmen aus dem inneren Verkehr

für die ersten neun Monate des Jahres 1844, und speziell der drei letzten Monate, verglichen mit den Einnahmen der entsprechenden Monate des Jahres 1843, wird es jedem klar machen, daß das von Herrn Hansemann so sehr getadelte Reglement vom 20. Juni die finanzielle Probe glänzend besteht, und daß alle Einwürfe gegen dasselbe eben so sehr an den praktischen Resultaten wie an den von uns angenommenen allgemeinen Prinzipien scheitern.

VII. Die Tarifsätze.

Bei Entwerfung eines internationalen Tarifs ist unserm Dafürhalten nach das Hauptaugenmerk auf die bestehenden Verkehrsverhältnisse und auf die zurzeit vorhandene Konkurrenz zu richten.

Nach Anlage C zerfällt die Güterbewegung, wie sie unter dem bestehenden Tarif sich entwickelt hat, in zwei Teile:

a) Transitbewegung in Produkten und Manufakten zwischen den Häfen von Antwerpen und Köln, die ungefähre Hälfte des internationalen Transportes im Quantum und zwei Drittel der Einnahme aus demselben für die rheinische Strecke darstellend.

b) Eisen- und Schienensendungen von Lüttich nach den verschiedenen rheinischen Stationen, die ungefähre Hälfte des Quantums und ein Viertel der Einnahme für die rheinische Strecke liefernd.

Der von allen übrigen belgischen Stationen nach allen rheinischen Stationen stattgefundene Transport ergibt 35278 Zentner mit einer Einnahme von Thlr. 3682 Sgr. 25, oder zirka 1/13 des Quantums und 1/12 der Einnahme. Die Eisen- und Schienensendungen Lüttichs sind der Eisenbahn unter dem bestehenden Tarif sämtlich zuteil geworden, und die Unmöglichkeit einer Konkurrenz des Frachtfuhrwerks für diese Warengattungen ist durch die bisherige Erfahrung hinreichend dargetan. Eine Vermehrung der Eisen- und Schienensendungen ist durch eine Änderung des bestehenden Tarifs nicht zu erzielen. Die Zu- und Abnahme dieser Transporte ist durch Handelskonjunkturen und durch Zollverträge, nicht durch den Tarif der Eisenbahn bedingt.

So wenig wie für die Versendungen Lüttichs ist für die Versendungen der übrigen belgischen Stationen ein wesentlicher Zuwachs von einer Abänderung resp. Ermäßigung des Tarifs zu erwarten. Das Gesamtquantum, welches diese Stationen bisher aufgeliefert haben, ist durchaus unbedeutend, und ebenso unbedeutend darf das genannt werden, was allenfalls noch durch Frachtfuhrwerk der Eisenbahn entzogen worden sein mag. Eine Vermehrung dieser Bewegung ist einesteils durch Zollverträge, die einen vermehrten Manufaktenaustausch gestatten, anderenteils

durch den künftigen Anschluß der französischen Eisenbahn bedingt. Für jetzt kann ein Tarif der Rheinischen Eisenbahn auf diese Transporte nur in sehr geringem Grade einwirken.

Ganz anders verhält es sich mit der Transitbewegung zwischen Antwerpen und Köln. Vergleicht man mit den bisherigen Resultaten die in der Anlage C gegebene Übersicht der Güterbewegung auf dem Rheine im Jahre 1842, so wird man gestehen müssen, daß erst ein sehr kleiner Teil dieser Bewegung dem Rheine entzogen worden und auf die Eisenbahn übergegangen ist. Das bisherige Resultat repräsentiert kaum ein Drittel dessen, was vom Rhein ab der Eisenbahn zugeleitet werden kann, wenn ein die bestehenden Verhältnisse berücksichtigender Tarif es der Eisenbahn ermöglicht, mit der konkurrierenden Rheinschiffahrt in den Preisen gleichen Schritt zu halten und in der Schnelligkeit Vorteile gegen dieselbe zu bieten. Wie sehr die Ableitung der Transitbewegung von Holland nach Antwerpen Lebensfrage für das finanzielle Interesse der Rheinischen Eisenbahn ist, wird für jeden daraus klar hervorgehen, daß das bisherige sehr geringe Resultat dennoch bereits zwei Drittel der Gesamteinnahme aus dem internationalen Transport aufliefert. Diese Lebensfrage machte es zur Notwendigkeit, bei einem neuen Tarifentwurf auf die Rheinkonkurrenz im finanziellen Interesse der Eisenbahn vorzugsweise Rücksicht zu nehmen und die Mängel des bestehenden Tarifs in dieser Beziehung zu verbessern. Sollte dieser Zweck erreicht werden, so mußten für den Transport zwischen Antwerpen und Köln und vice versa solche Frachtsätze normiert werden, die mit den Rheinfrachten nahezu übereinstimmen. Die 20 centimes additionnels der Gütersammler mußten wegfallen, und die unter dem System der vollen Ladung unvermeidliche Unsicherheit und Unregelmäßigkeit in den Beziehungen mußte aufhören, wenn nicht der Transport noch ferner auf künstliche Weise beschränkt bleiben sollte.

Da die Notwendigkeit, im finanziellen Interesse der Rheinischen Eisenbahngesellschaft Modifikationen des bestehenden Tarifs in angedeuteter Weise eintreten zu lassen, aus den bisherigen Resultaten sich unbestreitbar ergibt, so blieb nur die Frage zu erörtern, ob die Preisermäßigungen (die Aufhebung der vollen Ladung ist auch nichts als eine Preisermäßigung, mit dem einzigen Unterschied, daß diese Ermäßigung nicht die Eisenbahn, sondern die Gütersammler trifft) auf die Bewegung zwischen Köln und Antwerpen zu beschränken oder gleichmäßig auf alle belgischen und rheinischen Stationen auszudehnen sei. Für die Versendungen von Belgien mußte die Notwendigkeit dieser Ermäßigung in Abrede gestellt werden, weil dieselbe eine Aufopferung der finanziellen Interessen ohne Aussicht auf eine dadurch zu bezweckende, nur in etwa erhebliche Ver-

mehrung des Transportes sein würde. Für die Versendungen nach Belgien, mit Ausnahme der Sendungen nach Antwerpen, wurde die Notwendigkeit einer Ermäßigung der bestehenden Preise ebenfalls verneint, und auch für die Sendungen nach Antwerpen belgischerseits nur Köln eine exzeptionelle Ermäßigung zugestanden, während wir diese Ermäßigung für alle rheinischen Stationen gleichmäßig beanspruchten und dieselben Gründe, die Herr Hansemann in seiner Kritik entwickelt, dafür anführten.

Nach den vorstehend entwickelten Gründen für eine exzeptionelle Behandlung des Transportes zwischen Antwerpen und Köln mußte bei Entwerfung des neuen Tarifs bei den Sätzen für Köln und Antwerpen entweder alle prinzipielle Verbindung mit den generellen Frachtsätzen aufgegeben oder ein solches Prinzip angenommen werden, dessen Resultate ungezwungen mit den vorhandenen und allseitig anerkannten Bedürfnissen übereinstimmten. Dieses Prinzip wurde in dem nach der Größe der Entfernung steigenden Rabatte gefunden. Das System des Rabatts für größere Strecken wurde angenommen:

a) Weil es prinzipiell überall durch jene Gründe gerechtfertigt erscheinen muß, welche Herr Hansemann selbst dafür anführt und die von niemanden bestritten werden können.

b) Weil dasselbe bei fast allen Transportsystemen Anwendung gefunden, resp. die Anwendung desselben ganz ungesucht aus den Verhältnissen selbst sich entwickelt hat. Wir führen nur an, daß per Fuhre sehr häufig ebenso billig auf längere wie auf kürzere Strecken verladen wird, und daß für die Rheinstädte unterhalb Köln die Schiffsfracht wenigstens ebenso hoch wie für Köln steht.

c) Das Rabattsystem empfiehlt sich für den internationalen Tarif noch besonders dadurch, daß es einzig geeignet ist, durch die prinzipiell niedrigen Preise, die es für die entfernteren Handelsstädte Antwerpen, Brüssel, Gent, Ostende, Courtray darbietet, die Konkurrenz mit der Wasserstraße zu ermöglichen.

Herr Hansemann, der gegen die prinzipielle Richtigkeit dieses Systems nichts einzuwenden vermag, sucht dasselbe dennoch im gegebenen Falle als unzweckmäßig darzustellen, indem er sagt:

> „Das beabsichtigte System der Rabatte ist auf die Frachtsätze nach Verhältnis der Entfernungen, im allgemeinen betrachtet, gewiß für die Rheinische Eisenbahngesellschaft nachteilig. Wahrscheinlich ist die Erfindung dieses Systems auch nur dem besondern Umstande zuzuschreiben, daß den Erfindern die Konkurrenz des Wassertransportes zwischen Köln und Rotterdam mit dem Eisenbahntransporte zwischen Köln und Antwerpen lebhaft vorgeschwebt hat.“

Wir räumen dem Herrn Hansemann gern ein, daß bei dem neuen Entwurf die Rücksicht auf die Konkurrenz des Rheines vorgeherrscht hat, weil, wie wir durch Zahlen dargetan zu haben hoffen, der größte Mangel des jetzigen Tarifs darin besteht, daß dieser Konkurrenz nicht die gebührende Berücksichtigung zuteil geworden ist. Die Frachtsätze für die kleineren Entfernungen sind mit wenigen Ausnahmen nicht höher als bisher normiert. Herr Hansemann mag sich daher beruhigen, wenn er fürchtet, daß der neue Tarifentwurf etwa das Frachtfuhrwerk für die kleineren Entfernungen wieder hervorrufen würde. Unter dem jetzigen Tarif ist keine irgend erhebliche Konkurrenz des Frachtfuhrwerks im internationalen Verkehr zum Vorschein gekommen, wie soll eine solche Konkurrenz nun durch den neuen Entwurf hervorgerufen werden? Ein Blick auf die Frachten, die laut Anlage C die einzelnen rheinischen Stationen aufbringen, genügt, um darzutun, daß die Rheinische Eisenbahndirektion nur in sehr geringem Grade bei den für die Zwischenstationen differierenden Frachtsätzen beteiligt ist, und daß die Tariffrage in bezug auf diese Stationen fast ausschließlich das belgische Interesse berührt.

Wenn auch unter den obwaltenden Umständen eine im diesseitigen Interesse nicht unerwünschte Gleichstellung an dem entgegengesetzten belgischen Interesse scheitert, so wird die Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft im Interesse derselben doch genötigt sein, diejenigen Ermäßigungen und Abänderungen, die im gleichen Grade durch das beiderseitige Interesse geboten werden, eintreten zu lassen.

VIII. Volkswirtschaftliche Rücksichten.

Nachdem Herr Hansemann die spezielle Kritik des neuen Tarifentwurfs beendigt hat, resumiert er dieselbe unter obiger Rubrik in den Worten:

> „Das neue Tarifprojekt, in Verbindung mit den im innern Güterverkehr durch das Reglement vom 20. Juni 1844 eingeführten oben gerügten Veränderungen, ist für die Eisenbahngesellschaft nachteilig, weil es ein einfaches System durch ein komplizierteres und kostspieligeres ersetzt, weil es die vollen Wagenladungen aufhebt oder nicht gehörig begünstigt, weil die Klassifikation weniger gut als die bestehende ist, und weil die projektierten Rabatte auf die Tarifsätze nach Maßgabe der Entfernungen unnötig den Gewinn schmälern. Nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen ist das Tarifprojekt verwerflich, weil es auf die Abnahme und den Ruin der Produktion und der Gewerbe der Zwischenorte gerichtet ist, und mit dem Grundsatze der gleichverteilenden Gerechtigkeit in hohem Grade streitet.“

Wir fragen: wie verhalten sich diese erhabenen, schönklingenden Phrasen zu dem nackten Tatbestande, den wir aufgedeckt haben?

Also die gleichverteilende Gerechtigkeit hat das System der vollen Ladungen geschaffen, um alle gleich ungerecht und vexatorisch zu behandeln. Das volkswirtschaftliche Interesse hat geboten, die mit dem finanziellen Interesse nicht allein vereinbaren, sondern durch dieses Interesse gebotenen exzeptionell niedrigen Tarifsätze für die Bewegung zwischen Köln und Antwerpen nicht eintreten zu lassen, weil das finanzielle Interesse keine gleiche Ermäßigung für alle Stationen zuläßt. Dem Grundsatz der abstrakten Gleichheit zu gefallen, muß in volkswirtschaftlichem Interesse die gänzliche Verschiedenheit der Verkehrsverhältnisse unberücksichtigt bleiben.

Wir glauben, daß es kaum möglich ist, grellere Widersprüche zwischen Grundsatz und Anwendung aufzustellen. Daß für die inneren rheinischen und belgischen Stationen in volkswirtschaftlicher Beziehung der bestehende Tarif schlecht gewesen, ist noch von keiner Seite behauptet worden, und doch wird die Beibehaltung und in den meisten Fällen sogar die Ermäßigung der bestehenden Tarifsätze nunmehr als verderblich dargestellt, weil in dem neuen Tarif exzeptionelle Verhältnisse die ihnen gebührende exzeptionelle Beachtung gefunden haben. Wie wären die Verhältnisse, wenn für einen Augenblick die Rheinische Eisenbahn als nicht vorhanden gedacht wird? Köln würde zu denselben Preisen, die der neue Tarif ihm bieten wird, seine Waren beziehen, und Düren, Eschweiler und Aachen hätten für ihre Beziehungen noch die Spesen der Spedition und die Fracht von Köln ab zuzulegen. Durch die Erbauung der Rheinischen Eisenbahn hat sich das Verhältnis wesentlich zugunsten dieser Städte geändert. Dieselben werden auch bei dem neuen Tarif imstande sein, ihre Waren nicht allein zu gleichen, sondern zu noch niedrigern Preisen als Köln zu beziehen, und wenn der Export der Waren von Köln aus in dem Entwurfe besonders begünstigt erscheint, so hat es gewiß nicht an den Bestrebungen der Direktion der Rheinischen Eisenbahn gelegen, wenn die exzeptionellen, im finanziellen Interesse gebotenen Ermäßigungen für Köln nicht gleicherweise den übrigen rheinischen Stationen zuteil geworden sind.

Wir überlassen es nach dieser Darstellung ruhig der unbefangenen Prüfung, zu beurteilen, ob bei dem neuen Tarifentwurf, der bei einer allgemeinen Ermäßigung der Frachtpreise für alle eine Erhöhung der Einnahmen mit Grund hoffen läßt, oder bei dem bestehenden Tarif, der auf Kosten der Einnahme durch das Monopol einzelner die allgemeine Benutzung verteuert und beschränkt, die gleichverteilende Gerechtigkeit und die Berücksichtigung der wirklich vorhandenen volkswirtschaftlichen Interessen vorgewaltet hat.

1845.

1. Über den Allgemeinen Hülfs- und Bildungsverein.
2. Schutzzoll und Freihandel. 3. Briefe von der italienischen Reise.

1. Über den Allgemeinen Hülfs- und Bildungsverein.

Geschrieben am 15. März 1845.

(Vgl. Band I, Kapitel 10.)

Die unbestreitbare Tatsache, daß unsere heutigen sozialen Zustände, unsere Sitten, unsere Gesetzgebung und unsere religiösen Anschauungen als Reflexe der inneren, geistigen Bestimmungen nicht imstande sind, zu verhüten, daß die Zahl der Proletarier in allen Staaten der Gegenwart in einer höchst beunruhigenden Progression steigt, daß der Besitz sich mehr und mehr in den Händen Weniger konzentriert, denen eine besitz- und rechtlose Masse feindlich gegenübersteht —, hat als authentische Beurkundung ihrer Wahrheit die Idee von Vereinen für das Wohl der arbeitenden Klassen ins Leben gerufen. Daß ein tiefes Übel im Schoße der heutigen Gesellschaft vorhanden sei, ist durch die königliche Kabinetsordre vom 25. Oktober 1844 von höchster Stelle aus anerkannt. Diese Kabinetsordre hat den quatrième état in Preußen nicht geschaffen, wohl aber zum erstenmal sein Dasein, seine Bedeutung anerkannt. Durch die Anerkennung der Tatsache, daß inmitten der Gesellschaft eine von allen Genüssen der Gesellschaft, von mit dem Wesen des Menschen übereinstimmenden äußeren Zuständen ausgeschlossene Majorität vorhanden ist, ist es ausgesprochen, daß die heutigen Zustände an einem tiefen organischen Gebrechen leiden, das durch keine Palliativmittel geheilt werden kann. Diese Anerkennung des Vorhandenseins eines in seinen Gründen noch nicht, oder erst ungenügend, erkannten organischen Gebrechens ist der Vorbote einer geschichtlichen Krise, und heute, wie zu allen ähnlichen historischen Epochen, ist der Grund der Krise einzig in der Inkongruenz der Bildung des Jahrhunderts mit der Sitte, den Lebensformen und Zuständen desselben zu suchen. Ob die Krisis eine äußere, durch

revolutionäre Umwälzungen sich vollziehende sein wird, oder ob der Geist der Menschheit mächtig genug geworden, um durch die Macht der Erkenntnis von innen heraus die Zustände freitätig umzugestalten, und dadurch den äußeren Erschütterungen vorzubeugen, wird zunächst davon abhängen, ob es beizeiten gelingt, die Wurzel des Übels zu erkennen, und ob es dem heutigen Geschlecht nicht an dem nötigen sittlichen Mut, nicht an der Kraft der Selbstaufopferung gebricht, um die Axt an die Wurzel des Übels zu legen.

Es ist ein erfreuliches hoffnungsvolles Zeichen der Zeit, daß aus dem Schoße der Bildung, des Besitzes, vom Throne herab sich die Stimmen für Heilung der vorhandenen Gebrechen erheben, daß der Besitz geistig frei genug geworden ist, um zu erkennen, daß seine wahre Berechtigung, die Möglichkeit seiner Dauer nur darin beruht, daß er nicht weiter exklusiv die Gleichberechtigung anderer an eine gemeinsame menschliche Entwicklung beschränke, daß er bereit ist, zu diesem Zwecke sich seiner für ihn so gefährlichen Privilegien bei Zeiten zu entäußeren. Eine Umbildung der Fundamentalgesetze der Gesellschaft ist, durch die Wissenschaft angebahnt, von den Männern der Tat mit Wärme aufgefaßt worden. Der Ruf nach politischer Gleichstellung geht als Schiboleth durch das Land, manche schmachvollen Überlieferungen der Vergangenheit, vor allem die Male jahrtausendlanger religiöser Unduldsamkeit, sind von der öffentlichen Meinung aller Klassen übereinstimmend geächtet. Aber bis heute sind die Zustände, die Gesetze, die Sitten gegen die geheiligten lauten Anforderungen der öffentlichen Meinung, der klar erkannten Vernunft zurückgeblieben. Noch hat der Geist der Freiheit nicht die Macht gehabt, auch nur die schreiendsten Ungerechtigkeiten, die Jahrtausende alten Fundamentalübel der Gesellschaft zu beseitigen. Und doch wälzt sich die drohende Woge der rächenden Zukunft näher und näher auf das lebende Geschlecht, dem es an Kraft und Mut gebricht, seine Überzeugungen, seine unbesiegliche geistige Errungenschaft in Staatsformen, in gesellschaftliche Zustände auszuprägen.

Daß die Kraft der Volksvernunft gestählt, daß die Energie der durch die analysierende Forschung der Wissenschaft vom Geiste überflügelten Herzen gestärkt werden, daß die Zeit des beschaulichen Versenkens in theoretisches Erkennen, die Zeit des alles zersetzenden Verstandes einer neu organisierenden, mit jugendlicher Tatkraft ausgerüsteten Zeit des Willens Platz machen müsse —, darüber sind alle Meinungen einig. Darüber aber herrscht Zwiespalt, wie das gemeinsame Ziel am schnellsten erreicht, von welchem Standpunkte aus die nächsten Angriffe gegen die träge Beharrlichkeit des Bestehenden, geistig zum Untergang Verurteilten gerichtet werden sollen.

Die zwecks Begründung von Vereinen zur Hebung der so grell dissonierenden sozialen Ungleichheiten der Lage und der geistigen Entwicklung in fast allen größeren Städten der Monarchie veranstalteten beratenden Volksversammlungen haben durch ihre Diskussionen klar dargetan, daß fast überall zwei verschiedene Wege von den zu dem gemeinsamen Ziel Hinstrebenden in Aussicht genommen worden sind. Eine Ansicht will an das Gegebene anknüpfen und dasselbe Schritt um Schritt allmählich reformieren; sie faßt bestimmte, grell hervorgetretene Spitzen geselliger Übelstände ins Auge und wendet ihre Kräfte an zur Beseitigung derselben. So löblich ein solches Streben, so hat es doch zunächst den großen Nachteil, daß es eine Divergenz der Ansichten über das, was als Schaden der Gesellschaft anzusehen ist und was nicht, und bis zu welchem Umfange dieser Schaden geheilt werden kann in Gegenwart und Zukunft, zuläßt, ohne daß die Lösung einer solchen Divergenz von diesem Standpunkte aus möglich wäre. Das Einzelne kann wahrhaft nur im Zusammenhang, nur in seiner Rückbeziehung zum Prinzip, woraus es entsprungen, erkannt werden. Das Einzelne als getrennte Einzelheit bleibt auf der Stufe der Vorstellung stehen, kann nicht dem Begriffe zur Erkenntnis, zur Aneignung, zur Auflösung überliefert werden. Wird dies zugegeben werden müssen, so kann es nicht schwer werden, die Prinzipien, worauf die heutigen kranken Zustände der Gesellschaft ruhen, sowie die Prinzipien, denen die Zukunft zur Heilung dieser Gebrechen entgegenschreitet, zu erkennen. Das Prinzip, was noch heute das Beiwerk der Gesetzgebung in diesem Reflex der geistigen Errungenschaft der Völker vielfach durchdringt und sie durch die noch nicht besiegten Reste älterer Geistesform als ein wahrhaft chaotisches Ganze erscheinen läßt, ist das Prinzip des Vorrechts, der Ungleichheit. Wenn auch das Prinzip der Neuzeit die Rechtsgleichheit abstrakt ausgesprochen hat, so sind wir doch noch weit davon entfernt, in den heutigen Gesetzgebungen die konsequente Durchbildung dieses Prinzips zu finden. Die Völker sind vielmehr inmitten ihres Strebens, die geistigen Errungenschaften in Gesetz und Staatsleben zu verwirklichen, stehen geblieben, erschlafft von den blutigen Kämpfen, in denen es ihnen erst gelungen, die abstrakte Anerkennung ihres Prinzips der Vergangenheit abzuringen und als Siegesfahne in die in die vergangenen Formen geschossenen Breschen aufzupflanzen. Die Revolution hat die Idee der individuellen Freiheit im Gesetze ausgeprägt; an der Gegenwart ist es, die Idee der Gleichheit, für die die Freiheit nichts ist, als ein Kampf der aufs Vorrecht gestützten Einzelfreiheit Weniger mit der rechtlosen Unfreiheit der Massen, ins Leben einzuführen.

Nur dann, wenn das fortschreitende Bedürfnis nach Gleichheit Aller in den staatlichen und sozialen Formen angemessene Befriedigung findet, wenn die Bande gelockert, die Vorrechte mehr und mehr zertrümmert, die engen Grenzen der Erkenntnis erweitert werden, ist eine friedliche Entwicklung der heutigen Gesellschaft, ein geistiger Fortschritt derselben möglich. Tritt rohe Gewalt den berechtigten, zum Bewußtsein gelangten Forderungen der Masse entgegen, so ist der Kampf der Gewalt gegen die Gewalt unvermeidlich und der Ausgang nicht zweifelhaft. Möge unser Vaterland vor solchem Durchbruch der öffentlichen Meinung stets bewahrt bleiben, ruft der begeisterte Vertreter der Volksrechte aus.

Wenn ein ewiges Prinzip der menschlichen Entwicklung klar erkannt ist, warum soll es dann nicht an die Spitze der Bestrebungen nach Reform der sozialen Zustände treten. Die Reform will ja nichts als Verwirklichung dieses Prinzips! Wenn die Bedächtigen und Halbklaren sagen: Ja auch wir wollen den allmählichen Fortschritt der Geschichte zur Verminderung der schreienden Disparität der Zustände, aber wir wollen nicht mit einem einzigen Schlage die jetzige Weltordnung vernichten, wir wollen Schritt um Schritt in das Bestehende das Neue einführen und dem neuen Bau langsam durch Abbruch des alten Platz machen — so sind solche Redensarten zwar recht schön, aber sie zeugen von einer mangelhaften Erkenntnis der Mittel, wodurch die Reform bewirkt werden wird. Wie wollen sie Reformen ermöglichen für die selbsttätige Mitwirkung der Massen, deren Zustände reformiert werden sollen? Die Erfahrung der Jahrhunderte hat ja gezeigt, daß der alte Satz „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“ nicht imstande gewesen ist, das Rätsel zu lösen. Der Mensch ist Geist, nicht Mechanismus; was er nicht selbst schafft, was er sich nicht freitätig aneignet, besitzt er nicht. Wollt ihr den tätigen Geist der Massen für euer Werk entflammen, so ist vor allem Not, daß die Massen sich des Prinzips, aus dem sie handeln, des Ziels, dem sie entgegenstreben, klar bewußt werden. Ein klares Bewußtsein ist der einzige dauernde Anker der Bestrebungen zum Fortschritt, der Damm, der der Erschlaffung und Reaktion sich mit unbesieglicher Stärke entgegenstellt. Glaubt ihr, daß es euch möglich sein werde, die schlummernden Kräfte der Nation für vereinzelte Bestrebungen zur Hebung einzelner Mängel der Gegenwart, für Spar- und Prämienkassen zu wecken, für Palliativmittel, eher geeignet durch den Wert, den ihnen absichtliche oder bewußtlose Täuschung irrig beilegt, den Fortschritt zu hemmen, als zu fördern? Alle diese einzelnen Institute haben nur vorübergehenden, nicht dauernden Wert. Sie entspringen aus einzelnen der Gegenwart, dieser bestimmten historischen Kulturstufe angehörigen Wunden, eine andere

Kulturstufe wird ihrer nicht bedürfen, weil die Wunden der Gegenwart geheilt sein werden. Wollt ihr den wahren unendlichen Fortschritt, der die Macht hat zu schaffen, weil er den Mut hat zu zerstören, wollt ihr die moralische Energie nicht lähmen, dann laßt alle jene vereinzelten Bestrebungen zum Volkswohl in dem gemeinsamen Brennpunkt, in der Idee der Gleichheit sich sammeln, bringt es dem Volke zum klaren Bewußtsein, daß die Schöpfungen, die ihr projektiert, notwendige, in den Zuständen der Gegenwart begründete Durchgangspunkte zu der Idee sind, zu der ihr hinstrebt. Ist das Bewußtsein, daß alle Klassen zu gemeinsamem Ziel streben, ins Volk gedrungen, hat die schöne Überzeugung, daß die Bildung und der Besitz nicht in der Unterdrückung, sondern nur in der Emporhebung der Massen Befriedigung finden können, neue Wurzel geschlagen, dann werden die feindlichen Mächte des Mißtrauens, die heute euer Streben hemmen, weichen, dann wird in freudiger Einheit und Kraft Großes geleistet werden können, weil alle einander verstehen und sich gegenseitig unterstützen. Man will es gefährlich finden, die Prinzipien der Gleichheit und Gegenseitigkeit an die Spitze eines Statuts der Reform zu stellen, weil die noch rohen Massen diese Begriffe mißverstehen und auf ihre sofortige Realisation losstürmen. Die Massen, meine Herren, haben dieselbe Vernunftanlage, die ihr habt. Entwickelt ihren Geist durch das Licht der einfachen evangelischen Wahrheit, die so schnell Eingang findet, weil sie dem ewigen Glauben der Herzen entspricht, und ihr werdet sehen, daß im Geiste der Massen ebensoviel Besonnenheit, ein ebenso vernünftiges Maß, eine ebenso große, ja, eine größere Behutsamkeit als bei euch obwaltet, die Zustände der Gegenwart nicht eher zu zerstören, bis der umbildende Neubau, der längst geistig vollendet ist, vorhanden ist. Wo sollte da die spezifische Differenz liegen zwischen dem Geiste des Volkes und dem Geiste des Privilegiums? Wenn etwas Gefahr drohen kann, so ist es wahrlich nicht der noch rein dem Eindruck der Wahrheit zugängliche, vom Vorurteil freie Volksgeist, nein, so ist es der Egoismus des in Selbstsucht befangenen Vorrechts. Studiert alle Zeiten der Geschichte, und ihr werdet finden, nicht das Bewußtsein der Massen hat die Revolutionen erzeugt, sondern das selbstische Streben der egoistischen Unkultur hat die berechtigten Triebe der Massen benutzt, um mittelst ihrer die ihnen entgegenstehenden, zur Vernichtung reifen, aber in wahnsinniger Verblendung beharrlich verteidigten Zustände und Rechte zu zerstören. Der Egoismus hat selbst unberechtigt mit den Waffen des freien Geistes gekämpft, hat für sich zu kämpfen geglaubt, aber der Geist der Geschichte hat ihm den Sieg aus den Händen gerungen. Klärt die Massen beizeiten auf über ihre wahren Interessen, zeigt ihnen

die Möglichkeit einer freien, vernunftgemäßen, von der Zustimmung eines vorgeschrittenen Geistes getragenen Umbildung und Entwicklung der Zustände, und die Massen werden der maßvollen Vernunft, der Freiheit, nicht dem Triebe des Egoismus folgen. Wenn ihr aber die Massen scheut, wenn ihr sie fürchtet, wenn ihr sie in dumpfer Unwissenheit verewigen wollt, dann werden sich die wilden, ungebändigten Triebe der Massen, die ihr nicht zu ruinieren vermögt, furchtbar an euch rächen. Die Massen werden in der Zeit des Sturms das gefährliche Werkzeug Weniger, das Werkzeug der Egoisten unter euch Menschen der sogenannten Bildung werden, und sie werden eure Zustände in blinder Wut zertrümmern.

Warum aber scheut ihr sogar euch selbst, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen? Bedürft auch ihr einer Binde, um ihr strahlendes Licht zu ertragen? Fürchtet ihr etwa, weil ihr ein erhabenes ewiges Prinzip an die Spitze eures Kampfes für Reform stellt, dieses Prinzip werde euch so absolut beherrschen, daß die Kraft der Trägheit, bis heute so widerstandsmächtig in euch, ihm nicht mehr widerstehen könnte, daß ihr selber über dem hellen Glanz der Wahrheit das rechte vernünftige Maß verlieren würdet? In Wahrheit, euch mangelt dann alles Selbstvertrauen, euch mangelt die Kraft, die große Aufgabe der Geschichte würdig zu lösen, wenn ihr nicht einmal den Mut habt, der Wahrheit rücksichtslos ins Auge zu sehen. Nur von der Höhe des selbstbewußten Geistes vermögt ihr die vereinzelten Erscheinungen des Lebens richtig aufzufassen, und doch sträubt ihr euch gegen diesen Standpunkt und behauptet, er mache euch blind gegen die Einzelheiten, er raffe euch hinweg über die engen Grenzen des Gegebenen. Also eine solche Macht traut ihr der Idee zu, daß sie euren Willen mit sich fortreiße! O, wäre dem so, dann wären wir bald einen großen Schritt weiter. Aber dem ist nicht so, ihr fürchtet die großen Ideen, weil sie euch unklar vorschweben, weil ihr nicht den Mut habt, sie in euch aufzunehmen, bis zu ihrem Begriffe wahrhaft durchzudringen. Die Idee, deren Kern ihr erfaßt habt, hat nicht euch, ihr habt sie; sie hindert euch nicht mehr, weil sie euch als eine fremde drohende Macht gegenübersteht; ihr Rätsel ist gelöst, sie ist euer Eigentum geworden, das Mittel, wodurch ihr wirkt, das Prinzip, woraus ihr nach selbstgewählten, durch die ruhige Erwägung der Vernunft gegebenem Maße schafft. Die Idee kann euch nicht die Augen über die Zustände der Gegenwart blenden, sie kann euer Streben nicht einem unklaren Ideal entgegendrängen —, sie soll ja eben in die Zustände der Gegenwart eingebildet, im Leben verwirklicht werden. Je mehr ihr von der Idee durchdrungen, je klarer euer Blick den Standpunkt

der Gegenwart erkennt, um so befähigter werdet ihr sein, die rechte Form für die nächste Umpuppung der Gegenwart zu finden.

Der Geist hat seinen Blick in dem Drang des Strebens wechselnd nach oben, zur idealen Höhe des freien Geistes, und wechselnd nach unten auf die unfreien Zustände zu wenden. Seine Aufgabe ist es, beide Punkte unaufhörlich fortschreitend zu vermitteln.

Ist das Prinzip der Gleichheit und der Gegenseitigkeit anerkannt, handelt es sich nicht mehr um eine partikuläre, sondern um eine allgemeine, alle umfassende Hülfe und Bildung, so tritt derselbe Kampf, der von einem untergeordneten Standpunkt dagegen geführt worden, daß die absolute, nicht irgend eine bestimmte Gleichheit und Gegenseitigkeit als Prinzipien an die Spitze der Reformbestrebungen gestellt worden sind, sogleich wieder hervor und dringt auf eine Umgrenzung, auf eine mehr oder minder dunkle Beschränkung des Begriffs der Bildung. Da soll abermals nicht die allgemeine Bildung, die Freiheit des Geistes, sondern irgend eine spezielle, eine sittliche, eine religiöse Bildung das Ziel sein. Die Bildung, meine Herren, ist der allgemeinste Begriff des sämtlichen, zu einer gegebenen Zeit errungenen Gehaltes des Geistes. Sie dehnt sich mit jedem Schritte weiter der Zukunft entgegen aus und bildet sich angemessen um. Sie ist also nichts Festes, Abgeschlossenes, sondern dem ewigen Flusse, dem unendlichen Läuterungsprozesse der Geschichte anheimgegeben. Die Sitte, die Religion in ihrem allgemeinen Begriff bilden einen Teil des Gehaltes der Bildung, aber eben darum, weil sie der Bildung inhärieren, brauchen sie nicht als Begriffsbestimmung in derselben gefaßt zu werden. Denn nur zu leicht würde dem Mißverständnisse, dem Wahn hier Tür und Tor geöffnet, nur zu leicht würde eine gewisse Partei der allgemeinen Idee der Sittlichkeit, der allgemeinen Idee der Religion eine bestimmte begrenzte Sitte, eine bestimmte Religiosität unterschieben und dadurch der Freiheit des Geistes, dem Urquell und dem Ziel der Geschichte, gefährlich werden. Die jedesmalige Form der Sitte, die jedesmalige Form der Religion bestimmt die jedesmalige Bildung der Zeit, sie wird nicht von ihr bestimmt, ja, in dem Begriff des Geistes, also auch im Begriff der Bildung, sind Sitte und Religion als divergente Einzelheiten gänzlich aufgehoben. Wenn aber die bestimmte Sitte und die bestimmte Religion heute noch selbständig dastehen im Kampfe mit der fortschreitenden Bildung, wie soll denn diese Bildung durch jene Mächte reguliert und bestimmt werden? Wir würden durch die Annahme dieser Bestimmung auf ein Gebiet herniedersteigen, von dem fernzubleiben unsere erste Sorge sein muß.

Wir dürfen das von uns aufgestellte Prinzip in seiner abstrakten Allgemeinheit durch nichts beschränken, seine Schranke darf nur in den

gegebenen Zuständen, bei deren Umbildung es sich betätigen soll, liegen. Wir aber dürfen, wenn wir allen helfen, wenn wir ein neues Band der Einheit um alle Menschen schlingen, wenn wir die evangelische Bruderliebe in den Herzen neu begründen wollen, nicht auf den Kampfplatz der Parteien als Partei herniedersteigen. Wir müssen über alle Parteien erhaben und frei dastehen, wenn wir auf alle einwirken wollen.

Von einigen Seiten ist die Frage aufgeworfen worden, wie die in den Statuten vorgeschlagenen, winzigen Palliativmittel mit dem an die Spitze desselben gestellten allumfassenden Prinzip in Einklang zu bringen sind. Sollen diese Einrichtungen getroffen werden, so tue ein praktischer Blick in das Gegebene, nicht ideelle Schwärmerei in luftige Regionen not.

Diese Frage, soweit sie nicht bereits ihre Beantwortung gefunden, findet dieselbe darin, daß sich der Verein zwar die Aufgabe gestellt hat, mit geringen, dem augenblicklichen Bedürfnis wie dem augenblicklichen Bewußtsein der Massen entsprechenden Einrichtungen zu beginnen, daß er aber nichts, was aus einem fortschreitenden gereiften Wissen als notwendig erscheinen mag, ausgeschlossen erachtet, vielmehr seine Hauptaufgabe darin sieht, den Geist in den Massen zu beleben, sie zur selbsttätigen Umbildung ihrer Zustände zu veranlassen.

Keine religiöse Meinung, keine divergente Sitte sei vom Wirken für den gemeinsamen Zweck ausgeschlossen. Wieder ertöne, wie bei jeder historischen Epoche, der Ruf der Einheit, der Verbrüderung durch die Welt, wieder erstehe die Einsicht, daß das Glück des Einen durch das Wohl des Andern bedingt ist; in dieser Gegenseitigkeit der Liebe liegt die ganze Macht der Zivilisation. Der Egoismus nach oben, die Beschränktheit, Indifferenz und Ratlosigkeit nach unten sollen zum Besten des Ganzen in Fluß gebracht werden.

Was die Vorstellung der Religion für den beschaulichen, andächtigen Menschen ist, soll die Bildung für den schaffenden, strebenden Menschen werden. Sie soll in einem erhabenen Ziel alle seine Bestrebungen konzentrieren und seine Tatkraft durch das Bewußtsein seiner unendlichen Aufgabe nähren und stärken.

Als Hauptmittel zur Erreichung seines Zwecks hat der Verein die Ausbildung des Volksbewußtseins durch öftere Besprechung, durch das Licht der Diskussion ins Auge gefaßt. Schneidet man die General- und Bezirksversammlungen aus dem Statute heraus, so nimmt man dem Ganzen seinen Lebensnerv. Wie soll es möglich sein, in die einzelnen Gebrechen der Gesellschaft einzudringen, die zu ihrer Heilung vorzugsweise geeigneten Mittel ausfindig zu machen, wenn ein freies Zusammenwirken zum schönen Zweck an der Klippe polizeilicher Bedenken scheitert?

Im Beginn, wo das ganze große, zu bearbeitende Feld noch brach liegt, wo die wahren Umrisse der Zustände der Gegenwart erst in ihren Spitzen dem Auge entgegentreten, wo die Täler, die stagnierenden Flächen noch dem Auge verborgen sind, jetzt tut es am meisten not, in weitesten Kreisen die Diskussion anzuregen, jeden zu veranlassen, die Einsicht in seine bestimmte Sphäre allen mitzuteilen. Und wie soll durch das Volk gewirkt, wie sollen aus dem Schoße des Volkes die Kräfte zur Hebung seiner Zustände hervorgehen, wenn es der Bildung nicht einmal gestattet ist, zum Volke zu reden, ihnen ihre Resultate, ihre Einsichten zugänglich zu machen?

Täusche man sich nicht! Mit dem Verwerfen, mit furchtsamem und mißtrauischem Beschränken der öffentlichen Diskussion ist der Stab über den schönen Zweck gebrochen, ist dem Staate die Hülfe, die er für seine Kulturbestrebungen aus der Bildung der Vereine hat erzielen wollen, illusorisch gemacht, ist ein immer trägeres Verschlammen, eine steigende Dissonanz der Zustände herbeigeführt, die sich dann einst, wenn sie zu schreiend geworden, nicht durch die friedlichen Laute der Diskussion, sondern durch die brausenden Stürme revolutionärer Umwälzung Luft machen wird.

---

2. Schutzzoll und Freihandel.

Kontroverse mit L. Camphausen.

(Vgl. Band I, Kapitel 11.)

Am 8. Juli 1845 hatten Camphausen und Mevissen in der Sitzung der Kölner Handelskammer ihre abweichende Auffassung über Schutzzoll und Freihandel und die Aufgaben des Zollvereins nach dieser Richtung mündlich eingehend erörtert. Am 18. Juli veröffentlichte Camphausen seine Ausführungen (als Manuskript gedruckt), worauf auch Mevissen am 28. August denselben Weg einschlug.

Fast alle größeren Städte des Rheinlandes haben in der letzten Zeit Petitionen an Seine Majestät abgesandt, dahin gerichtet, daß Preußen bei dem bevorstehenden Zollkongresse in Karlsruhe eine weitere Ausdehnung des bestehenden Schutzzollsystems bevorworten und dahin wirken möge, daß durch die Entscheidung jenes Kongresses der deutschen Industrie Selbständigkeit im Innern und dem Auslande gegenüber die schmerzlich entbehrte Reziprozität zuteil werde.

Ist diese energische Manifestation der öffentlichen Meinung im Rheinlande auch teilweise durch das weitverbreitete Gerücht, daß der Handels-

rat beschlossen habe, jede Zollerhöhung, mit Ausnahme eines Zolles auf leinene Garne, zu verwerfen, hervorgerufen, so ist sie doch gleichzeitig der Ausdruck eines Bedürfnisses, das sich in unsern Nachbarstädten im Laufe der Jahre mehr und mehr entwickelt, das sich fast in der ganzen deutschen Presse kräftig ausgesprochen hat.

Köln hat bisher in den anderweitig ertönten Ruf für Weiterentwicklung der deutschen Industrie durch Schutzzölle nicht eingestimmt. Kölns Handelskammer hat sich zu den Anforderungen der Nachbarstädte wenn nicht feindselig, doch in den meisten Fällen indifferent verhalten. Weitverbreitet ist der Glaube in der Provinz, daß Köln im egoistischen Interesse als Handelsstadt den Bestrebungen der Manufakturdistrikte entgegentrete, daß Kölns Handelskammer der Theorie der absoluten Handelsfreiheit, wie sie auf dem Landtage von einem der Vertreter Kölns entwickelt worden, huldige.

Es ist leider Tatsache, daß dieser Glaube an den einseitigen Egoismus Kölns eine kalte Stimmung, einen unnatürlichen Gegensatz der Interessen in den Schwesterstädten der Provinz hervorgerufen hat. Diese Tatsache ist eine ernste, eine höchst betrübende, in einem Momente, wo die Provinz die Einheit aller ihrer Kräfte unzersplittert erhalten muß zur Lösung der gemeinsamen höheren Fragen des Staatslebens. Der als existent angenommene Gegensatz der Manufaktur- und Handelsinteressen droht mehr und mehr in fremdartige Gebiete hinüberzugreifen, die Geister durch den einseitigen Kampf für materielle Interessen zu absorbieren, und von dem geistig politischen Fortschritt, der einzig dauernden Gewähr der materiellen Interessen, abzulenken.

Die aus untergeordneten Motiven, aus irriger Auffassung der Verhältnisse und Interessen entsprungene, jedoch nicht wegzuleugnende Mißstimmung der Nachbarstädte gegen Köln muß bei der augenblicklichen, entschiedenen Manifestation derselben zur ernsten Prüfung der Frage anregen, ob denn wirklich eine Divergenz der Interessen besteht, ob Köln als Handelsstadt bei der Blüte der deutschen Manufaktur nicht ebenso beteiligt ist, wie die Manufakturstädte? und — wenn diese Frage bejahend entschieden werden müßte — ob Köln nicht auch seine Stimme erheben soll, damit der Zollverein die zur steigenden Blüte der deutschen Industrie nötigen Mittel ergreife.

Ein Votum der Handelskammer Kölns für weitere Ausbildung des Schutzzollsystems dürfte um so schwerer in die Wageschale fallen bei der Vorneigung für Handelsfreiheit, die derselben nach den jahrelang von ihr vertretenen Ansichten auch höheren Orts beigemessen wird.

In vielen Punkten herrscht, glaube ich, vollkommene Einstimmigkeit in diesem Saale: allseitig wird anerkannt, daß die Industrie ein wesent-

liches Element der Staaten, daß mit der Entwicklung der Industrie das Bedürfnis freierer Bewegung, lebendigerer Teilnahme am staatlichen Leben mächtig hervortritt und daß nur auf der Grundlage materieller Unabhängigkeit die geistige Kultur und Freiheit der Menschheit emporsteigt.

Einstimmig wird ferner zugegeben werden, daß in einer ideellen Welt vollkommene Handelsfreiheit herrschen würde. Die ideale Welt hat aber ihre Existenz nur im Reiche der alles in harmonischer Einheit und Freiheit anschauenden Idee. Die Befreiung der Menschheit von dem Zwange der Natur bis zur freien Idealität des Geistes ist der in unendlichem Fortschritt sich entwickelnde Inhalt der Geschichte. Die wirklichen Zustände der Gegenwart sind das Produkt der historischen Vergangenheit, — jener Entwicklungsepoche der Menschheit, in der die nationalen Verschiedenheiten sich an der Hand des nationalen Egoismus scharf individualisiert haben. Handelsfreiheit ist die notwendige Voraussetzung einer freien Einheit, in der alle Völker der Erde gleiche Interessen erstreben; bei ausgeprägten Völker-Individuen ist der ideale und ursprüngliche Zustand durch die historische Tat modifiziert. Hat *ein* Volk die natürliche Rechtsgleichheit aller Völker angetastet durch einseitige Einführung von Schutzzöllen, so kann die natürliche Gleichheit nur künstlich durch Annahme desselben Systems wieder hergestellt, so kann das Unrecht nicht durch das Recht, sondern nur durch die Strafe versöhnt werden.

Mag es noch so schön klingen, das Wort Handelsfreiheit, es wird nicht wirklich werden, so lange die Völker nicht erkennen, daß sie alle in Wahrheit dieselben Interessen haben, daß das Wohl jedes einzelnen das Wohl aller bedingt. Wenn ein einzelnes Volk in dieser Erkenntnis vorausgeeilt, großmütig genug ist, danach zu handeln, so wird es dieses Verkennen der wirklichen Zustände durch den Verlust seines Wohlstandes bald und schwer büßen.

Schutzzoll ist heute Notwehr gegen fremdes Unrecht, Repressalie. Wären nicht auf der einen Seite die Verhältnisse künstlich geschaffen, wären noch heute überall die natürlichen Verhältnisse maßgebend, so würde ohne Schutzzoll die Entwicklung der Industrie bei allen Völkern mit der geistigen Entwicklung, mit der staatlichen Freiheit derselben gleichen Schritt halten. Manufaktur und Handel sind darin einig, daß beide Handelsfreiheit für ein Gut halten, dessen möglichst weite Ausdehnung das gemeinsame Interesse erheischt. Über den Begriff, der mit dem Worte Handelsfreiheit zu verbinden, über die Mittel, wodurch die als Grundlage einer höheren Kulturstufe gebotene allgemeine Handelsfreiheit am schnellsten zu erreichen, herrscht in beiden Lagern Widerspruch. Das gemeinsame Interesse des Handels und der Manufaktur fordert Freiheit

des Handels zunächst in einem möglichst ausgedehnten, zu einer Einheit verschmolzenen Staate oder Zollverein. Für eine solche Einheit sind die natürlichen Verhältnisse hergestellt, alle Glieder haben gleiche Rechte, und bei gleicher Entwicklungsstufe werden nur die ungleichen natürlichen Verhältnisse eine industrielle Ungleichheit begründen. Diese natürlichen Ungleichheiten mehr und mehr aufzuheben, ist in einer solchen Einheit die Aufgabe der fortschreitenden Kultur. Überall, wo nicht ganz verschiedenartige Entwicklungsstufen sich zu einem Zollvereine verbunden haben, ernten alle Teile die größtmöglichen Vorteile aus der hergestellten idealen Einheit, und die weitere Ausdehnung dieser Einheit unter der angedeuteten Einschränkung würde diese Vorteile für alle Glieder mehr und mehr steigern. Handelsfreiheit in einem großen Staate oder Staatenbunde ist die erste Bedingung jeder großartigen Industrie, weil die Industrie vor allem einen freien großen Markt für ihre Produkte, freien Binnenhandel zur Erweckung der Bedürfnisse, freie Konkurrenz zum Schutze gegen Monopol und Erschlaffung bedarf. Nur in einem Lande von beträchtlichem Umfange und ansehnlicher Bevölkerung, in dem die verschiedenartigen Produkte der Industrie in großen Massen konsumiert werden, können sich durch Anregung und Wechselwirkung die verschiedenen Zweige der Industrie harmonisch ausbilden, und nur unter solchen Verhältnissen ist die innere Konkurrenz aller Kräfte bei freien staatlichen Institutionen und gewecktem Volksgeiste mächtig genug, um die einmal ausgebildeten Industriezweige in fortschreitender Bewegung zu erhalten und vor Erschlaffung und Stagnation zu bewahren. Je größer das der Handelsfreiheit aufgeschlossene Gebiet, je größer der Markt, um so größer ist der Vorteil für die Manufaktur wie für den Handel. Grenzen und Grenzzölle, wie Schranken aller Art, verteuern durch Hemmnisse den Preis der Produkte, ohne den Wert derselben zu erhöhen; sie sind an und für sich kein Gut sondern ein Übel, was nur da gerechtfertigt erscheint, wo es größere Übel abwendet. Ebenso unbedingt wie die Handelsfreiheit unter verschiedenen zu einem Zollverein verbundenen Volksstämmen, würde Handelsfreiheit unter verschiedenen Nationen dem Interesse aller entsprechen, sobald sie von Völkern gleicher Kulturstufe gegenseitig eingeräumt würde.

Einseitig eingeräumte Handelsfreiheit in einem Lande, während das andere seine Tore hermetisch verschließt, ist nur die Freiheit für andere, denjenigen Staat, der die Freiheit bewilligt, in einseitigem Interesse auszubeuten. Die wahre Freiheit ist nicht allein passiv, sondern eben so sehr aktiv. Ist für eine Handelsstadt die Freiheit, nach dem Auslande zu handeln, zu exportieren, durch Schutz- oder Prohibitivzölle dieses Aus-

landes vernichtet, so kann die Freiheit, aus einem solchen Auslande zu importieren, dem Handel dieser Stadt nicht genügen. Der Handel derselben hat dann ein bedeutendes Interesse daran, daß durch Schutzzölle der innere Markt der einheimischen Industrie gesichert und daß die Weiterentwicklung aller Zweige der einheimischen Industrie dem Handel die Eroberung fremder neutraler Märkte ermögliche. Die Schutzzölle auf Manufakte haben keinen anderen Zweck, als die noch in der Kindheit befindliche Industrie einer Nation gegen Erdrückung durch einen übermächtigen Gegner zu sichern und bis zu einer solchen Selbständigkeit zu entwickeln, daß dieselbe auf dem Weltmarkte mit der Industrie anderer Länder konkurrieren kann. Dieser Zweck kann nur für solche Industriezweige erreicht werden, für deren Produktion andere in der industriellen Entwicklung vorausgeschrittene Länder keine erheblichen natürlichen, sondern nur künstlich errungene Vorzüge besitzen, und nur auf solche Industriezweige können Schutzzölle mit Nutzen Anwendung finden, die in einer nicht allzufernen Zukunft im Inlande ebenso billig wie im Auslande hergestellt, also zur freien Konkurrenz auf dem Weltmarkte befähigt werden können.

Das Interesse der Handelsstädte eines Landes ist für solche Industriezweige mit dem Interesse der Fabrikstädte eines Landes ganz identisch, wo nicht eigentümliche Verhältnisse, z. B. Küstenlage, allzu geringes Binnenland, einen unnatürlichen Konflikt begründen. Wie gering sind die Bedürfnisse des Agrikulturstaats? Erst mit der Entwicklung der Industrie steigert sich der Konsum, bilden sich volkreiche Städte, tritt die Kunst bildend und verschönernd in das Leben, emanzipiert der Mensch sich und seine Bedürfnisse von der Scholle. In einem Agrikulturstaate kann sich ein großartiger Handel nur in kurzen ungewissen Perioden entfalten, wenn er durch höhere Kultur oder Gunst der Umstände den Konsum anderer Länder vermittelt. Wie prekär ist eine solche Handelstätigkeit gegen die organisch ins Ganze eingreifende Handelstätigkeit eines Landes, in dem eine ebenbürtige Industrie der Agrikultur zur Seite steht, wo ein hochgestiegener innerer Konsum einen unter allen Umständen sicheren Markt darbietet? Wird dennoch vielseitig behauptet, daß das Schutzzollsystem dem Interesse der Industrie zwar entspreche, jedoch dem Interesse des Handels widerstrebe, so wird bei dieser Behauptung unterstellt, daß der Zoll den Konsum der zollpflichtigen Ware beschränke. Diese Behauptung ist teilweise richtig, wenn sie auf Produkte der Agrikultur, ganz falsch wenn sie auf Manufakte angewandt wird. Wenn Produkte, die ein bestimmtes Land seinem Klima und seiner Kulturhöhe nach gar nicht oder nicht mit Vorteil erzeugen kann, mit einem hohen Verbrauchszolle belegt

werden, so wird der Konsum dieser Produkte künstlich beschränkt; wird dagegen durch Schutzzölle die Manufakturkraft eines Landes ausgebildet, so wird der Preis der Manufakte nur auf kurze Zeit teurer, dauernd aber niedriger als bei Beziehung vom Auslande. Schutzzölle bewirken daher, weil keine dauernde Verteurung, auch keine Beschränkung des Konsums, keine Beschränkung des Handels. Die Objekte des Handels werden durch Schutzzölle nicht vermindert, sondern vermehrt, weil mit der Entwicklung der Industrie Konsum und Bevölkerung steigen und eine erhöhte Tätigkeit das ganze Leben eines Volkes durchdringt.

Werden durch Schutzzölle ausländische Manufakte vom innern Markte zurückgedrängt, so werden dagegen ausländische Rohstoffe demselben zugeführt. Das Gebiet des Handels wird durch die Entwicklung der Industrie erweitert. Während eine Nation, bei der die Manufakturkraft nicht entwickelt ist, nur ausländische Fabrikate importiert, importiert die zu einer ausgebildeten Manufakturkraft gelangte Nation ausländische Rohstoffe im Tausche gegen inländische Fabrikate. Der internationale Handel erlangt einen erweiterten Wirkungskreis, während der innere Handel, der den internationalen bei allen kultivierten Nationen an Wichtigkeit und Umfang weit überragt, mit der Ausbildung der Manufakturkraft, mit dem dadurch gesteigerten innern Konsum in gleichem Grade fortschreitet. Wird im allgemeinen nicht bestritten werden können, daß bei einem kultivierten Volke Handel und Manufaktur in der innigsten Wechselwirkung stehen und sich gegenseitig bedingen, so tritt die Gemeinschaftlichkeit der Interessen um so stärker da hervor, wo wie in Köln, der Handelstätigkeit eine ausgebreitete Fabriktätigkeit zur Seite steht. Besitzt nicht Köln die bedeutendsten Raffinerien des Zollvereins, besitzt es nicht Fabriken aller Art, die wohl geeignet sind, seinem Handel ebenbürtig zur Seite zu stehen?

Das besondere Interesse Kölns als Handelsstadt kann es nicht erheischen, daß die Handelskammer eine den Wünschen der Provinz entgegengesetzte Richtung verfolge. In unserer Mitte sowohl wie außerhalb hat nur eine ganz falsche Auffassung da einen Gegensatz der Interessen voraussetzen können, wo die Natur der Verhältnisse die innigste, unzertrennbarste Verbindung begründet.

Wenn von Köln, wenn aus Ihrer Mitte sich Stimmen gegen eine weitere Ausdehnung des Schutzzollsystems erhoben haben, so sind dieselben gewiß einzig der Ansicht entsprungen, die durch die Schutzzölle eine gefährliche Treibhausindustrie zu augenblicklicher Blüte und zu dauerndem Nachteil der Manufakturkraft des Landes herbeizuführen fürchtet.

Erlauben Sie mir zur Begründung der entgegengesetzten Ansicht einen Blick auf die Geschichte der Schutzzölle. Einfuhrverbote und Schutzzölle

treten frühzeitig in der Geschichte auf, zuerst als Privilegien des nationalen Handels (Handelsschutzzölle), dann als Privilegien der nationalen Manufaktur (Manufakturschutzzölle). Schon die italienischen Städte im Mittelalter führten hohe Schiffahrtsdifferenzialzölle ein, um den Handel mit eignen Schiffen zu heben. Manufakturschutzzölle kommen im Mittelalter seltener und weniger systematisch ausgebildet vor, weil der Konsum in Manufakten noch verhältnismäßig gering, die Kommunikationen schwierig, die Manufakturkräfte selbst wenig ausgebildet waren. Das Medium der Manufaktur des Mittelalters, die Handarbeit, stand allen Staaten gleichmäßig zu Gebote; die Handwerke waren gleichmäßiger als die heutigen Fabriken über die Länder verbreitet und die Teilung der Arbeit, die die Produktion so bedeutend erhöht, weniger eingeführt. Der Export in Manufakten war auf wenige Zweige beschränkt. Als nach der Entdeckung Amerikas Konsum und Handel in Europa stiegen, der Export zu Meer zu hoher Bedeutung gelangte, die Produktionskraft durch Teilung der Arbeit und Erfindung von Maschinen in ungeahntem Grade größer, die Kommunikation schneller und leichter wurden, da traten in verschiedenen Staaten, hauptsächlich in England und Frankreich, neben den Handelsschutzzöllen auch die Manufakturschutzzölle in systematischer Durchbildung auf. Als ausschließliche Privilegien zugunsten einer Nation im Gegensatz zu andern Nationen sind diese Zölle, vom idealen Standpunkt aus betrachtet, eine der vielen Formen, in denen die Macht des Stärkeren, der Egoismus der nationalen Individualität, sich historisch geltend gemacht hat. Das heutige Europa hat eine Form dieser Macht, die kriegerische Eroberungslust, durch den bewaffneten Frieden, durch das System des politischen Gleichgewichts paralysiert. Der Krieg der Waffen weicht mehr und mehr der Einsicht der Völker in die Gemeinschädlichkeit desselben, dem allgemeinern raschen Steigen der produktiven und konsumtiven Kräfte der Völker; an seine Stelle ist heute der Krieg der Industrie, der Krieg der Produktivkräfte der Nationen getreten. Weniger blutig, ist diese neue Form des Krieges darum nicht weniger gefährlich, und nur ein bewaffneter Frieden, ein System des industriellen Gleichgewichtes kann die Völker vor der Übermacht der Einzelnen schützen, so lange sie nicht gemeinsam die Gemeinschädlichkeit der Kraftvergeudung einsehen, so lange nicht auf einer höheren Kulturstufe die freiwillige Heilighaltung allgemeiner Völkerrechte den kampfgerüsteten Defensivzustand des bewaffneten Friedens überflüssig macht.

England hat durch das mehr als ein Jahrhundert lange ununterbrochene Fortbestehen des Prohibitiv- und Schutzzollprivilegiums, verbunden mit andern Hebeln der Nationalökonomie, eine treibhausartige Industrie geschaffen, die, nachdem ihr der innere Markt in weiten Gebieten

[illegible] gesteigert [illegible] und mehr fremde Märkte [illegible] kämpfende [illegible]

[illegible] Europas, die den [illegible] und Deutschland [illegible] Beleg.

[illegible] gegenüber [illegible] Privilegium [illegible] Staaten [illegible] wollten, eine [illegible] waren [illegible] durch Englands [illegible]

[illegible] die ver- [illegible] gleiche treib- [illegible] war und ist noch [illegible] Staaten voraus, [illegible] durchgeführt [illegible] Nationen in [illegible] ursprüngliche Un- [illegible] Das frühere [illegible] gegenüber habe ich eben [illegible] durch die vereinigte Übermacht [illegible] frischem Andenken, und die [illegible] Beziehung dauert noch in so hohem Grade fort, daß es darüber keiner Worte bedarf.

Frankreich, welches unter Colbert bereits ein dem englischen gleiches Schutzzollsystem für seinen Handel und für seine Manufaktur eingeführt hatte, sah dieselben durch zeitweiliges Verlassen jenes Systems, verbunden mit gänzlicher Vernachlässigung aller anderen Hebel seiner Nationalkraft, zu Ende des vorigen Jahrhunderts durch Englands Übermacht zugrunde gerichtet, und erst die durch die Kriege der Revolution bewirkte Sperre gegen außen, der mächtige Geist der Freiheit, der alle Kräfte der Nation weckte und steigerte, errangen dem französischen Handel und der französischen Manufaktur die nationale Selbständigkeit wieder. Was die tatenreichen großartigen Revolutionskriege für Frankreich, bewirkte Napoleons Kontinentalsystem für die übrigen abhängigen Staaten Europas. Das Kontinentalsystem schuf, soweit seine Herrschaft sich ausdehnte, die Grundlagen einer von England unabhängigen Manufaktur. Auch für

Deutschland wurde durch dasselbe die Basis einer selbständigen nationalen Industrie neugelegt, und nach der Vernichtung der napoleonischen Weltherrschaft hatte Deutschland nur die Wahl, entweder durch einseitig eingeräumte Handelsfreiheit seine neu keimende Industrie der Vernichtung preiszugeben oder durch Schutzzölle die überlegene Konkurrenz Englands zu beschränken. Preußen wählte den letztern Weg durch das Zollgesetz vom Jahr 1818, und seinen Prinzipien schlossen sich durch Bildung des deutschen Zollvereins die meisten andern deutschen Staaten an.

Das preußische Zollgesetz vom Jahr 1818 etablierte einen Manufakturschutzzoll, der bei Fabrik- und Manufakturwaaren des Auslandes zehn vom hundert des Durchschnittswertes in der Regel nicht übersteigen, jedoch nur da geringer sein soll, wo es unbeschadet der inländischen Gewerbsamkeit geschehen kann. Das Prinzip jenes Gesetzes, ein in allen Zweigen ausgebildetes Schutzzollsystem bis zu zehn Prozent vom Werte, wurde sowohl in jenem ersten Gesetze wie in den späteren Gesetzen des Zollvereins nur teilweise durchgeführt. Preußen hatte auf diesem wie auf anderen Gebieten das Prinzip in voller Schärfe ausgesprochen, sich jedoch die Verwirklichung desselben nach Maßgabe des fortschreitenden Bedürfnisses vorbehalten.

Im Jahre 1818 war die erste Aufgabe Preußens, diejenigen Industriezweige, die infolge der Kontinentalsperre in den alten und neuerworbenen Provinzen emporgekeimt waren, vor plötzlichem Untergange zu bewahren. Mit hohen Schutzzöllen wurden namentlich Gewebe belegt, und dadurch die emporstrebende, durch freiere geistige Bewegung gestärkte Manufakturkraft zunächst auf diese Zweige hingeleitet. Wie unter dem seit 1818 konsequent festgehaltenen Schutzsystem die deutsche Baumwollen- und Wollenweberei emporgeblüht ist, wie sie den innern Markt fast ganz erobert und schon zu höchst bedeutendem Export sich emporgeschwungen hat, ist allbekannt. Zahlen beweisen, daß das System Preußens sich praktisch bewährt, daß heute der Zollverein in den hinreichend beschützten Hauptmanufakturzweigen seine Unabhängigkeit von England wieder errungen hat und in denselben auf dem Weltmarkte der englischen Konkurrenz ebenbürtig und oft siegend entgegentritt. Daß die betreffenden Manufakte heute dem Zollverein nicht teurer sondern billiger zu stehen kommen, als solche von England aus bezogen werden können, geht daraus unwiderleglich hervor, daß sie die Konkurrenz auf fremden Märkten zu halten vermögen.

Das Zollgesetz von 1818 genügte den Bedürfnissen jener Zeit; selbst eine Reihe von Jahren später fand die deutsche Industrie durch die allmähliche Ausbreitung des Zollvereins, durch die erweiterte innere Handels-

freiheit und durch den gestiegenen Konsum im Inlande ein Feld zur organischen Weiterentwicklung. Ich bin weit entfernt, das von Preußen von 1818 bis 1840 befolgte System in allen seinen Konsequenzen gutzuheißen. War doch neben dem etablierten Manufakturschutzzoll der für die gedeihliche Entwicklung der Nation so hochwichtige Handelsschutzzoll vergessen, waren doch die Haupthebel aller Industrie, freie Institutionen und mit ihnen Selbständigkeit und Kraft nach außen, verbesserte Kommunikationen im Innern, vor einer traurigen Reaktion in den Hintergrund getreten, fehlte doch ein den Handel unterstützendes, über alle Teile des Landes netzartig verbreitetes Kreditsystem. Preußen hatte sich losgesagt von dem erhabenen Geiste, der in den Jahren 1807 bis 1812 an der Wiege seiner Wiedergeburt gestanden, und nur wenige kümmerliche Zweige des starken Baumes der Nationalwohlfahrt wurden weiter ausgebaut. Deutschland, was, wenn der Geist jener Gesetzgebung lebendig geblieben wäre, heute an der Spitze der Nationen des Kontinents stehen würde, erwartet noch immer das Zauberwort, das seine Geister lösen, alle seine Kräfte zu freier Bewegung aufrufen soll.

Wenn trotz der traurigen Reaktion die Nation sich dennoch materiell und geistig fortentwickelte, so geschah es, weil die durch den Geist jener frühern Gesetzgebung und durch die unabwendbaren Konsequenzen desselben geöffneten Kanäle weit genug waren, um dem Unternehmungsgeist der Nation auf zwei Jahrzehnte Raum zu geben. Seit 1840 ist der Geist jener Gesetzgebung mit stärkerer Kraft wieder erwacht in unserm Vaterlande, und die Rheinprovinz steht mit dem fernsten Osten an der Spitze in dem gesetzlichen Kampfe für politische Freiheit und Selbständigkeit. Die geistigen und materiellen Interessen der Nation sind unzertrennbar. Der geweckte freie Geist der Kritik und der Schaffungstrieb bemächtigt sich zu gleicher Zeit des Gebietes der staatlichen Institutionen und der produktiven materiellen Kräfte. Erst seit 1840 haben sich wie für politische Weiterentwicklung so auch für die Weiterentwicklung der Manufaktur und des Handels zahlreiche Stimmen erhoben; seit 1840 ergeht unabläßig aus immer weiteren Kreisen die Mahnung an den Staat, das schöne Werk von 1807 bis 1812 zu vollenden, die Lücken auszufüllen. Die Einsicht in die Mängel der gegenwärtigen Zustände ist tief ins Volksbewußtsein eingedrungen, und die Macht, die die öffentliche Meinung in den industriellen Fragen des Tages gewonnen, ist Bürge, daß sie auch auf dem politischen Gebiete bald Erhörung finden wird. Soll Köln nur in dem Streben um geistige Selbständigkeit und nicht auch in dem Streben um materielle Selbständigkeit der Rheinprovinz die Fahne vorantragen? Die Gesetzgebung von 1818 hat mehrere der wesentlichsten Zweige der Industrie

ohne Schutz gelassen, für andere hat der Staat bisher versäumt, die notwendige Grundlage durch Anwendung von Staatsmitteln zu schaffen, sollen diese Lücken nicht endlich ausgefüllt, soll die langsam fortschreitende Bewegung der Nationalwohlfahrt nicht durch die Einwirkung des Staates beschleunigt werden?

Wenn heute die öffentliche Meinung mit Macht auf materielle Reformen hindrängt, so ist dieses Drängen ja nur ein Resultat der freieren Bewegung in Presse und Leben, deren wir uns seit 1840 erfreuen.

Das 1818 teilweise eingeführte deutsche Schutzzollsystem hat seine Wirkungen heute erschöpft; die Manufakturkraft des Landes hat sich in den ihr angewiesenen Schranken entwickelt, Bevölkerung, Bodenwert und Nationalreichtum haben sich vermehrt, und die gestiegene Bevölkerung, verbunden mit der durch die Resultate der Schutzzölle in weiten Kreisen geweckten Einsicht und der durch Anwendung von Maschinen in einzelnen Zweigen neuerdings eingetretenen Übermacht Englands, fordert eine weitere Durchbildung des in seinen Resultaten so glänzend bewährten Systems.

Diese Forderung ist in dem materiellen und intellektuellen Standpunkte Deutschlands begründet. Die zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangte deutsche Nation will nicht länger in schmählicher Abhängigkeit vom Auslande in bezug auf mehrere der wesentlichsten Zweige der Industrie verharren.

Die Furcht, daß der Zollverein durch weitere Ausbildung seines Schutzzollsystems eine Treibhausindustrie erzeuge, wird verschwinden müssen, wenn Sie erwägen, daß es sich für den Zollverein zunächst nur um gänzliche Wiedereroberung seines inneren Marktes handeln kann, daß die auswärtigen Märkte größtenteils von England und Frankreich bereits in Besitz genommen sind und daß einer deutschen Kolonisation sich nur noch ein sehr geschmälertes Feld bieten wird. In englischen Kolonien genießt die englische Industrie ein Privilegium, in selbständigen Staaten bietet sie den deutschen Manufakten freie Konkurrenz; wie soll sich da in Deutschland eine Treibhausindustrie, die die Eroberung großer fremder Märkte, einen gegen den eigenen inneren unverhältnismäßig großen fremden Konsum voraussetzt, ausbilden können? Deutschland wird noch langer Zeit bedürfen, um nur in angemessenem Verhältnisse an der Aufgabe Europas, die Kolonialwaren des heißen Klimas gegen Manufakte auszutauschen, teilzunehmen. Eine Vergleichung des Kolonialwarenkonsums Englands und Deutschlands zeigt auf den ersten Blick, welche große Entwicklung hier noch bevorsteht.

An England rächt sich heute der Mißbrauch der Macht, der historische Egoismus. Die durch einseitige Privilegien treibhausartig emporgetriebene

zu den übrigen Zweigen der Nationalökonomie ganz außer Verhältnis stehende Manufakturkraft droht heute durch Überproduktion mit den gefährlichsten Krisen. Teilung der Arbeit und freie zügellose Konkurrenz haben neben ungeheurem Reichtum einzelner in jenem Inselreiche ein zahlloses Proletariat geschaffen, das lauter und lauter Gerechtigkeit von der Weltgeschichte, gleichmäßigere Verteilung der so hoch gestiegenen Produktion fordert. Deutschland hat die Klippen einer widernatürlich erzwungenen einseitigen industriellen Entwicklung vor Augen. Diese Klippen durch künstliche Beschränkung des durch die Natur der Verhältnisse gebotenen industriellen Fortschritts vermeiden wollen, hieße, das kleinere Übel durch ein größeres abwenden. Fortschritt ist das unwiderstehliche Losungswort der Zeit, und die Aufgabe des wahren Staatsmannes ist nicht, den Fortschritt zu hemmen, sondern denselben weise und besonnen zum besten aller zu lenken.

Von vielen, die den hohen Wert der entwickelten Manufakturkraft eines Landes vollkommen würdigen, wird die Wirksamkeit und Notwendigkeit der Schutzzölle zur Heranbildung derselben in Abrede gestellt und darauf hingewiesen, daß die Ausbildung der Transportmittel, die Ausbildung freier Institutionen, eines wohlgeordneten Kreditsystems, und der dadurch geweckte Unternehmungsgeist weit wirksamere Mittel zur Entwicklung der Industrie, als Schutzzölle darbieten.

Fern sei es von mir, den hohen Wert dieser Elemente des Staatsreichtums zu verkennen oder gering zu schätzen. Ich lebe vielmehr der Überzeugung, daß freie Institutionen die Haupthebel der Industrie, daß die geistigen mit den materiellen Interessen der Völker aufs innigste zusammenhängen, und daß nie ein Volk materielle Reichtümer erwerben und dauernd bewahren kann, was zu schwach ist, um seine politische Freiheit zu erwerben und zu bewahren. Entwicklung der Industrie und politische Freiheit bedingen sich gegenseitig, sie sind Glieder desselben Stammes, und die Geschichte bietet kein Beispiel eines bei unentwickelter Industrie frei gewordenen Volkes und umgekehrt. Auch die politischen Bestrebungen des Vaterlandes in der letzten Zeit geben mit den industriellen Hand in Hand und liefern gemeinschaftlich mit diesen den Beweis, daß das Bedürfnis einer allseitig freien Bewegung alle Klassen des Volkes lebendig durchdringt.

Sollen wir ruhig abwarten, bis uns das eine von zweien sich gegenseitig bedingenden Gütern geworden, um das andere auszubilden? Ich glaube, der Fortschritt im staatlichen Leben, dessen dringende Notwendigkeit wir alle anerkennen, wird nur dann sicher erreicht werden, wenn wir beide Güter mit gleicher Liebe und Hingebung pflegen.

So mächtig freie Institutionen, gute Transportmittel, wohlgeordnete Kreditsysteme und viele andere Faktoren der Nationalwohlfahrt, die heute außerhalb des Kreises unserer Verhandlungen liegen, zur Blüte der Industrie mitwirken, so wird doch nicht geleugnet werden können, daß in den vorzugsweise industriellen und freien Staaten England und Frankreich zu diesen Kräften noch das Privilegium der Schutzzölle hinzutritt und die Wirkung derselben erhöht.

Um den Wert und die Wirksamkeit eines durchgebildeten Schutzzollsystems zu bemessen, wird ein Blick auf die in den Ländern, die dasselbe angewendet haben, errungenen Resultate genügen. Deshalb über dessen Wirkungen nur wenige Worte.

Schutzzölle schaffen einen Markt, der in der Regel dem Produzenten gesichert ist, und auf welchem derselbe vernichtende Fluktuationen nur in geringerem Maße zu fürchten hat.

Bricht z. B. eine Handelskrise ein, leidet die englische Industrie an Überproduktion, so wirft sie sich zunächst auf das offene unbeschützte Land, und die Krise, die dem englischen Fabrikanten nur momentane Opfer auferlegt, ruiniert dauernd die Industrie jenes Landes. Schutzzölle führen in einem Lande, dessen Handel und Manufaktur noch unentwickelt ist, ausländisches Kapital und Fertigkeit den beschützten Zweigen zu durch die vorübergehend höhere Rente, die sie dem Fabrikanten so lange gewähren, als der innere Konsum durch die vorhandenen Fabrikanlagen noch nicht hinreichend gedeckt ist. Durch die Aussicht auf schnellen Gewinn steigern sie den Unternehmungsgeist und wecken die schlummernden Kräfte der Nation. Mit der Manufaktur steigt gleichmäßig der Handel, und die produktiven Kräfte werden durch die Wechselwirkung harmonisch ausgebildet.

Daß in einem Lande, was dem Auslande einseitige Handelsfreiheit gewährt, Manufaktur und Handel nicht aufkommen, lehrt die Geschichte fast aller Staaten. Wenn dagegen angeführt wird, daß z. B. die Schweiz bei voller Handelsfreiheit eine blühende Manufakturkraft ausgebildet hat, so ist dieses Beispiel nur eine Ausnahme von der Regel. Solche Ausnahmen werden sich überall da wiederholen, wo einzelne Faktoren des Nationalreichtums, z. B. freie Institutionen, allgemeine Volksbildung, weise Gesetze 2c. im Verhältnis zu der gleichzeitigen Stufe anderer Völker besonders hoch kultiviert worden sind, oder wo natürliche zufällige Umstände, Lage 2c. eine periodische Blüte des Handels begründen. Das Ziel der modernen Entwicklung ist, die zufälligen natürlichen Vorteile, die eine Nation der anderen gegenüber besitzt, durch die fortschreitende Macht des Geistes über die Natur mehr und mehr auszugleichen, und die

Aufgabe der heutigen Staaten ist nicht die vorzugsweise Ausbildung einzelner produktiven Kräfte, sondern die harmonische Ausbildung der gesamten Produktivkraft einer Nation. Zu dieser Gesamtproduktivkraft gehören Handel und Manufaktur zu den wesentlichsten Elementen.

Überall, wo ein Volk den der Entwicklungsstufe desselben entsprechenden Bedarf an Manufakturen vom Auslande regelmäßig oder in häufig wiederkehrenden Momenten entnimmt, ist eine Hauptquelle des Nationalreichtums noch unaufgeschlossen.

Habe ich die Forderung einer weiteren Durchbildung des dem Zollverein zugrunde liegenden Schutzzollsystems als historisch berechtigt, als begründet in den seit 30 Friedensjahren gemachten industriellen Fortschritten nachgewiesen, so sei es mir erlaubt, bevor ich speziell auf die dem augenblicklichen Bedürfnisse entsprechende Ausbildung des Systems eingehe, einigen Einwürfen, die dem Schutzzollsystem von seinen Gegnern gemacht zu werden pflegen, zu begegnen.

Darin bin ich ganz mit den Gegnern einverstanden, daß der Schutzzoll im allgemeinen eine Beschränkung der Freiheit ist, und als solche ist die Einführung desselben an und für sich ein Übel, was nur durch Notwendigkeit gerechtfertigt werden kann.

Vielseitig wird behauptet, eine solche Notwendigkeit sei in Deutschland nicht vorhanden, vielmehr sei die deutsche Industrie seit 30 Jahren ganz erstaunlich gestiegen. Dies Steigen selbst ist aber, wie ich historisch dargetan, eine Folge der teilweisen Einführung des Schutzzollsystems, der Herstellung eines freien inneren Handelsgebietes und des lange dauernden Friedens. Wird untersucht, ob in den letzten Friedensjahren die deutsche Industrie im Verhältnis mehr als die englische gestiegen sei, so dürfte sich die Wagschale schwerlich zum Vorteile Deutschlands neigen. Die deutsche Industrie ist noch heute ein Kind gegen den englischen Riesen, sie ist noch weit davon entfernt, den eigenen inneren Markt ganz erobert zu haben.

Die gemachten Fortschritte aber, wenn auch noch unerheblich, erregen naturgemäß das Bedürfnis, weiter fortzuschreiten; denn stillstehen heißt zurückgehen. Das Dasein der Notwendigkeit weitern industriellen Fortschrittes ist durch die fast einstimmige öffentliche Meinung dokumentiert; es ist dokumentiert durch den verhältnismäßig niedrigen Preis der Arbeit und der Ackerbauprodukte, durch den Notschrei der schlesischen Weber und der Bewohner der uns geistig so nahestehenden Provinz Preußen. Die geistige Energie der Individuen ist für sich allein nicht mächtig genug, diesen Fortschritt zu bewirken, weil Englands Energie, unterstützt durch

Kapital, Fertigkeit und Schutzzoll überlegen konkurriert. Der Staat muß daher in Deutschland die weiteren Fortschritte der Industrie unterstützen: durch verbesserte Transportmittel, freiere Institutionen &c. und Schutzzölle.

Die Notwendigkeit und Wirksamkeit erweiterter Schutzzölle für Deutschland wird ferner bestritten, weil dadurch das Kapital und die Tätigkeit nur in andere Kanäle gelenkt werde. Was das Kapital anbetrifft, dessen die Industrie bedarf, so wird sich dasselbe, wenn es im Inlande mangeln sollte, vom Auslande herüberziehen, sobald dasselbe in Deutschland höher verwertet werden kann; dem Kapitale werden ausländische Fertigkeiten auf dem Fuße folgen.

An Arbeitern hat Deutschland in diesem Augenblick Überfluß. Dieser Überfluß geht aus tausend drohenden Zeichen der Zeit, wie aus dem in vielen Gegenden Deutschlands zu keiner menschlichen Existenz der Arbeiter hinreichenden Arbeitslohne hervor. Werden durch Schutzzölle bestehende Industriezweige erweitert und neue geschaffen, so ist dieser Überfluß an Arbeitern, verbunden mit einer erhöhten, weil lohnenden, Tätigkeit derselben mehr als hinreichend, dem erweiterten Bedürfnis zu genügen, ohne daß ein Aufgeben oder Beschränken bestehender Industriezweige durch erweiterten Schutz herbeigeführt werden könnte.

Der deutsche Arbeiter ist von den Zuständen des englischen noch himmelweit entfernt. Das Elend der englischen Arbeiter erscheint nur deshalb in Krisen oder in Perioden der Überproduktion greller, weil die Bedürfnisse des englischen Arbeiters die des deutschen vielleicht dreifach übersteigen, und weil der englische Arbeiter längst zu ahnen begonnen hat, welchen Lohn für seine Arbeit er mit Recht von der Gesellschaft fordern darf. Das Elend des deutschen Arbeiters in vielen Gegenden Deutschlands, in Westphalen, Schlesien, Sachsen, ist größer als das Elend des englischen; zudem ist dasselbe in Deutschland ein dauernder Zustand, bei den Engländern ein augenblicklicher. Der Deutsche schweigt, weil er an sein Elend gewohnt ist, weil das Elend seinen Geist erschlafft hat; der Engländer murrt, weil es seiner ausgebildeteren, bewußtern Natur widerstrebt.

Wird durch erweiterten Schutz die deutsche Industrie gehoben, so ist die notwendige Folge erhöhte Nachfrage nach Arbeit und dadurch erhöhter Lohn. Das Geld, was augenblicklich dem Auslande für Arbeit vergütet wird, verbleibt dem Inlande und fließt in die Taschen des Fabrikanten und des Arbeiters. Die Blüte der Industrie hebt das jetzt nur ackerbauende Dorf zum Städtchen empor, und bildet einen kräftigen Mittelstand neben einer zahlreichen, mäßig bezahlten Arbeiterklasse. Die Gegner der Schutzzölle können gegen diese Darstellung einwenden, daß der Lohn

der Arbeiter nur so lange steigt, als die Arbeit sich vermehrt, als die Industrie noch auf eigenem und fremdem Markte neue Eroberungen machen kann. Steht der Fortschritt der Industrie nicht mehr im Verhältnisse zu der vermehrten Bevölkerung, zu der durch Anwendung von Maschinen oder durch erhöhte Tätigkeit der Einzelnen vermehrten Arbeitskraft der Nation, so wird der Wert der Arbeit, der Lohn, durch die Konkurrenz bis auf ein Minimum herabgedrückt, und der Arbeiter muß in Zeiten der Krise seine ausgebildeten Bedürfnisse mit dem verminderten Lohne durch Einschränkung in Einklang zu bringen suchen. Das Elend des Arbeiters ist dann größer als früher, wo seine Bedürfnisse noch unentwickelt waren.

Diese Behauptungen sind vollkommen richtig, sie deuten auf einen tiefen Mangel im Prinzip der heutigen Gesellschaft, sie zeigen, daß die schrankenlose Konkurrenz unter den heutigen Verhältnissen überall unermeßliche Reichtümer in die Hände Weniger häufen und Tausende dagegen zu Proletariern machen wird. Diese Aussicht ist unerfreulich, aber bei dem Gange, den die europäische Entwicklung genommen hat, kann dieser Durchgangspunkt voll Elend, voll gänzlicher Verkennung der gemeinschaftlichen Interessen aller, den Völkern schwerlich erspart werden. Das Übel wird durch sein Übermaß sein Heilmittel herbeiführen müssen.

Will man die Entwicklung der deutschen Industrie in übelangewandter Sentimentalität hemmen, will man den deutschen Arbeiter auf der tiefsten Stufe materieller Kultur stecken lassen, um ihn vor dem Schmerz des unbefriedigten Bedürfnisses zu bewahren? Eine solche krankhafte Sentimentalität widerspricht dem Geiste der Weltgeschichte, der über tiefen Abgründen zu lichten Höhen unaufhaltsam fortschreitet.

In Deutschland kann und muß bei der gereiften Einsicht viel geschehen, um die Segnungen einer entwickelten Manufaktur ohne die Nachteile derselben zu erringen. Das Beispiel Englands wird für uns nicht verloren sein: Korngesetze und Unteilbarkeit des Bodens werden in deutschen Landen keinen Eingang finden.

Heute haben die deutschen Regierungen noch mächtige Mittel in der Hand, die Segnungen der Industrie in gleichem Maße über das ganze Land zu verbreiten und dadurch den Nachteil allzugroßer Zentralisation abzuwenden, selbst wenn es in etwa auf Kosten der Fertigkeit geschehen müßte. Die Aufgabe der Regierungen ist möglichst gleichmäßige Verbreitung des Handels und der Manufaktur über das ganze Land und Organisation der Arbeit. Hier bietet sich zugleich Gelegenheit, einen andern Einwurf gegen das Schutzzollsystem zu beseitigen. Falsche Auffassung hat den Glauben an einen Gegensatz der Interessen des Handels

und der Manufaktur begründet; falsche Auffassung begründet in gleicher Weise einen Gegensatz der Interessen zwischen den vorzugsweise ackerbautreibenden östlichen und den mehr industriellen westlichen Provinzen unseres Staates. In Wahrheit sind die Interessen derselben ganz identisch. Wenn die Rheinprovinz Schutzzölle für ihre Manufaktur fordert, fordert sie nicht auch Schutzzölle für den Handel der Provinz Preußen, fordern nicht der Westen und der Osten gemeinsam Belebung des Volksgeistes durch freie Institutionen, Belebung des Unternehmungsgeistes durch ein überall den Verhältnissen angepaßtes Kreditsystem zc., würde nicht die Rheinprovinz mit Freude sehen, wenn die Staatsmittel zum Bau von Eisenbahnen und Chausseen in den östlichen Provinzen vorzugsweise verwandt, wenn in diesen Provinzen eine Manufaktur durch direkte Beihülfe des Staates begründet, in der Rheinprovinz dagegen dem geweckteren Unternehmungsgeist mehr freier Lauf gelassen würde? Niemand hat ein Recht, der Rheinprovinz egoistische Motive unterzuschieben, wenn sie laut das fordert, was dem Wohle aller frommt, und ich bin Ihrer vollen Zustimmung gewiß, wenn ich es unbedenklich ausspreche, daß der Staat die Aufgabe hat, grade in den östlichen Provinzen die Manufakturkraft besonders zu pflegen und dadurch der gemeinschädlichen Zentralisation, dem Anschwellen des Proletariats nach Kräften vorzubeugen. Möglichst gleichmäßige Verteilung ist die Forderung der Gerechtigkeit und ebenso sehr, ja noch mehr die Forderung des wohlverstandenen Interesses, wenn das Auge sich nicht einzig der Gegenwart sondern auch der Zukunft zuwendet. Die Behauptung, daß die Agrikulturprodukte der östlichen Provinzen durch die Erweiterung des Schutzzollsystems an Absatz verlieren und im Preise sinken, daß der Bodenwert fallen würde, ist in letzter Zeit so oft widerlegt worden, daß es einer nochmaligen Widerlegung kaum bedarf. Welche Absatzquellen sind es, die versiegen sollen? Bezieht etwa England mehr Getreide aus den östlichen Provinzen als es bedarf, hat es sich etwa bereit gezeigt, seine Kornzölle abzuschaffen? oder fürchtet man, daß es das Getreide Preußens mit einem höheren Zolle als das Getreide anderer Länder besteuern würde? Die augenblickliche Lage der Provinz Preußen zeigt das Gefährliche der Abhängigkeit von einem fremden Markte in seiner ganzen Blöße. Wie schnell würde der Notschrei des Elends, der von dorther ertönt, verstummen, wenn die Staatsregierung den Handel, die Schiffahrt der Provinz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gehoben, wenn sie Chausseen und Eisenbahnen angelegt, durch ein weises Kreditsystem die stockenden Fonds flüssig gemacht und die Unternehmungslust geweckt hätte? Durch Pflege des Handels und der Manufaktur würde Bevölkerung und

Konsum im Innern jener Provinzen gestiegen, durch verbesserte Kommunikationen würde es denselben möglich geworden sein, für ihren Überfluß an Getreide in dem mit ihnen zu einer materiellen Einheit verbundenen Vaterlande einen bleibenden sichern Markt zu finden. Der angstvolle Hinblick auf die zufälligen Bedürfnisse des Auslandes würde aufhören, und die nach innen geleiteten materiellen Interessen würden das Nationalgefühl gegen außen beleben und erhöhen. Lange Jahre sind verloren, weil die Nation ihre wahren Interessen nicht klar erkannt und durch den Impuls der öffentlichen Meinung das Staatsschiff in die richtige Strömung geleitet hat. Die Kräfte des Volkes waren durch die Gewohnheit, alles von einem besserwissenden bevormundenden Beamtentum zu erwarten, erschlafft; in einzelnen Distrikten Deutschlands haben endlich die klaffenden Wunden die Blicke auf sich gezogen und gezeigt, welches Elend über Nacht hereingebrochen. Durch die klare Erkenntnis der Zustände ist das Hauptmittel zu ihrer Reform gewonnen. Es gilt jetzt, die öffentliche Meinung in allen Teilen des Landes zu vereinigen und nicht durch eingebildete Gegensätze zu zersplittern.

Den Schutzzöllen wird von den Gegnern ferner vorgeworfen, daß sie durch die Sicherheit des Absatzes, die sie bieten, die Tätigkeit erschlaffen und eine der Nationalwohlfahrt gefährliche Indolenz erzeugen. Diese Bemerkung mag ihre Richtigkeit haben da, wo das Gebiet zu einem Wettkampf der Konkurrenz zu klein, oder wo — wie in Rußland — die Knechtschaft des Volkes den Unternehmungsgeist in Banden hält. Das Gebiet des Zollvereins ist groß genug, um in seinem Innern durch Konkurrenz frisches Leben in allen Zweigen der Industrie zu erhalten, und die Intelligenz des deutschen Volkes ist so hoch gestiegen, daß ihr die entsprechenden äußern Institutionen nicht lange mehr vorenthalten bleiben können. Das Schutzzollsystem und die dadurch gesteigerte Handels- und Manufakturkraft setzen, wenn sie die Nationalwohlfahrt wahrhaft fördern sollen, allerdings ein handelsfreies Gebiet von beträchtlichem Umfange und großer Bevölkerung, eine bereits ausgebildete Agrikulturproduktion und ein Volk voraus, was geistig weit genug entwickelt ist, um das Ungenügende einer einseitigen Agrikulturproduktion, eines auf die Einfuhr fremder Manufakte beschränkten Handels lebhaft zu empfinden. Da wo der Boden noch unbebaut, wo Majorate rc. die Teilbarkeit und den Anbau künstlich erschweren, wo der Leibeigene noch in stumpfem Blödsinn an der Scholle klebt, da fehlen die natürlichen Grundlagen einer Manufakturkraft, eines bedeutenden Eigenhandels. In Deutschland sind die Grundpfeiler des Handels und der Manufaktur längst und in so reichlichem Maße vorhanden wie in irgend einem andern Lande Europas.

Schutzzölle werden den deutschen Geist nicht zur Indolenz verleiten, wenn das staatliche Leben nur vom Geiste der Freiheit durchdrungen ist. Haben die Schutzzölle in England und Frankreich Indolenz herbeigeführt?

An diesen Vorwurf reiht sich der fernere, daß die Schutzzölle dem Konsumenten die Manufakte verteuern und der Gesamtheit Opfer zugunsten einzelner auferlegen.

Erlauben Sie mir, dieses Hauptargument der Gegner der Schutzzölle etwas näher zu erläutern.

Wenn in einem Lande ein bis dahin unbeschützter Industriezweig plötzlich mit einem hohen Schutzzoll belegt wird, so ist die notwendige Folge, daß in der ersten Zeit, so lange die inländischen Fabriken den Bedarf des Landes noch nicht decken, der Betrag des Schutzzolles zum größern Teile in die Tasche der Fabrikanten und Arbeiter fließt; ein Teil wird als Steuer von der Regierung erhoben, größer oder kleiner, je nachdem die Produktion des Inlandes noch mehr oder minder erhebliche Zufuhr vom Auslande erheischt. Der betreffende Industriezweig wird in den ersten Jahren einen verhältnismäßig großen Gewinn abwerfen. Dadurch strömen ihm Kapital und Fertigkeit von allen Seiten zu, und im Laufe weniger Jahre deckt das Inland ausschließlich seinen Bedarf. Dann beginnt die Wirksamkeit der Konkurrenz und stellt in den meisten Fällen im Laufe weniger Jahre die Artikel billiger dar, als das Ausland dieselben früher geliefert hat. Ist das augenblickliche Opfer, was die Gesamtheit zugunsten einzelner aus ihrer Mitte für eine kurze Zeit bringt, so erheblich, daß es die Vorteile einer dauernd errungenen Industrie aufwiegen könnte?

In den meisten Fällen gleicht sich das Opfer in späterer Zeit durch die niedrigeren Preise der im Inlande gefertigten Manufakte gänzlich wieder aus. Wenn dies aber auch nicht der Fall, so kann der scheinbare unmittelbare Nachteil gegen die großen mittelbaren Vorteile, die eine kräftige Industrie durch nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit, Erhöhung des Bodenwertes und Arbeitslohnes einem Lande schafft, kaum ernstlich in Betracht kommen. Die Phasen, die ein Industriezweig in seiner Ausbildung durchläuft, durchlaufen alle Industriezweige, zu deren eigener Erzeugung die natürlichen Bedingungen bei einem Volke vorhanden sind. Dennoch würde es keineswegs den wohlverstandenen Interessen eines Volkes entsprechen, plötzlich eine gleichzeitige Ausbildung sämtlicher Industriezweige durch Schutz- oder Prohibitivzölle zu erzwingen. Nur eine allmähliche organische Entwicklung, die das erreichte Produkt früherer Zustände bewahrt und erhöht und demselben neue Kräfte zufügt,

ist reeller Gewinn. Eine dauernde Verteuerung gewisser Manufakte wäre in Deutschland freilich dann zu fürchten, wenn statt einer organischen Entfaltung der nationalen Manufakturkraft ein System gänzlicher Handelsfreiheit auf einen Schlag durch ein durchgreifendes Schutzzollsystem ersetzt werden sollte. Dann würden freilich auf lange hin die disponibeln Kräfte und Fertigkeiten nicht genügen, um das breite Bett des plötzlich eröffneten Stromes auszufüllen; manche Zweige der Industrie würden durch staatlichen Zwang eingepflanzt, und das Kapital der Nation würde dem Ackerbau rc. entzogen, um in neue und unsichere Kanäle abgeleitet zu werden. Nichts ist aber in den gegenwärtigen deutschen Zuständen weniger begründet, als diese Perspektive. Der Zollverein ist seit 25 Jahren in der Entwicklung des Prinzips, durch Schutz seinen innern Markt zu befreien, weiter und weiter vorgeschritten, eine in vielen Zweigen gänzlich ausgebildete Manufakturkraft ist heute vorhanden, und alle Anträge der Industriellen bezwecken nicht die Annahme eines ganz neuen, sondern nur die Entwicklung eines bestehenden Systems auf Grund erreichter Resultate.

Die deutsche Industrie hat die ihr eröffneten Kanäle ausgefüllt, und sie fordert heute nichts als eine in natürlichen Verhältnissen fortschreitende Entwicklung. Um diese Entwicklung zu sichern, um den eigenen Kräften nicht zu viel, nicht mehr zuzutrauen, als irgend ein fremdes Volk geleistet hat, wird die Ausdehnung des Schutzsystems auf bisher nicht oder zu gering beschützte Zweige gefordert.

Dem Schutzzollsystem wird vorgeworfen, daß es den Konsumenten Steuern, ausschließlich zugunsten einer kleinen Zahl von Fabrikanten aufbürde. Von der Steuer, die Schutzzölle einem Lande auflegen, fließt ein Teil, der, so lange im Inlande noch nicht Fabriken genug zur Deckung des Bedarfs hergestellt sind, von den vom Auslande eingeführten Manufakten erhoben wird, in die Staatskassen, und es hängt einzig von der Verwendung ab, ob dieser Teil nicht gleichmäßig das Wohl aller jener Konsumenten fördert, die denselben zahlen. Schutzzölle haben für diesen Teil die Natur der Verbrauchsteuer, und so lange die Überzeugung, daß indirekte Steuern überhaupt der gleich verteilenden Gerechtigkeit nicht entsprechen, die allgemeine Abschaffung derselben nicht herbeiführt, ist der Schutzzoll auf Manufakte eine indirekte Steuer, nicht ungerechter, den Konsumenten gegenüber, als alle anderen. Niedrige Steuern sind an und für sich noch kein Gut für ein Volk. Einzig die Verwendung der Steuern entscheidet darüber, ob dieselben die Produktivkräfte und somit den Reichtum einer Nation vermehren oder vermindern. Staaten mit freien Institutionen, deren Bürger die Steuern frei bewilligen, erhöhen

bekanntlich in der Regel ihre Budgets, statt sie zu erniedrigen, weil sie im Einklange mit ihrer höheren geistigen Entwicklung den Kreis der Verwendung der Staatsgelder erweitern).

Ein Teil der Schutzzölle repartiert sich allerdings, so lange die Fabriken den innern Konsum noch nicht decken, auf die Fabrikanten und Arbeiter, und dieser Teil bildet gerade das nötige Reizmittel, um Kapital und Fertigkeit zur Ausbildung der beschützten Zweige heranzuziehen. Die Konsumenten haben kein Recht, sich über ungleiche Verteilung dieses Teiles zu beklagen, weil der höhere Staatszweck die Heranbildung einer selbständigen Manufakturkraft, die durch eine vorübergehende Bereicherung derjenigen, die die Ausbildung derselben übernehmen, bedingt ist, gebieterisch fordert. Die Konsumenten haben nur das Recht zu fordern, daß der Staat es allen seinen Gliedern nach Kräften ermögliche, an der Entwicklung der beschützten Industriezweige teilzunehmen, mit andern Worten, daß der Staat die Hindernisse, die einzelne Orte oder Provinzen von einer solchen Beteiligung abhalten, hebe.

Von vielen, die anerkennen, daß der Staat die Weiterentwicklung der Industrie kräftig zu unterstützen hat, wird dem Schutzzollsystem ein System der direkten Unterstützung von seiten des Staates, z. B. die Bewilligung von Prämien für die Anlage von Fabriken, vorgezogen.

Ich vermag die Vorzüge dieses Systems nicht zu entdecken. Dasselbe soll nach der Ansicht seiner Vertreter die Last der Prämie auf das ganze Land fallen lassen, die Produktion wohlfeiler statt teurer machen, den Ausfuhrhandel befördern und der Regierung die Übersicht über die Mittel, die sie zur Hebung eines Fabrikzweiges verwendet, und die Prüfung, ob die erreichten Resultate den aufgewandten Mitteln entsprechen, erleichtern.

Die Ansicht, daß die Bewilligung eines Teiles der Staatseinnahmen in der Gestalt von Prämien an einzelne Fabrikunternehmer das ganze Land gleichförmiger belaste, als ein Schutzzoll auf den betreffenden Industriezweig, unterstellt, daß die übrigen indirekten Steuern richtiger und gleichmäßiger auf alle Staatsbürger verteilt wären als die Verbrauchsteuer auf Manufakte. Ein Blick auf das ganze Finanzsteuersystem Preußens wird genügen, um einzusehen, daß die bestehenden indirekten Steuern auf Fleisch und Getreide und auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse viel weniger dem Prinzip der gleichverteilenden Gerechtigkeit entsprechen, als ein Schutzzoll auf Manufakte. Von ersteren Artikeln gebraucht der besitzlose Teil der Bevölkerung, von letzteren der besitzende mehr.

Daß durch Prämien die Preise der Manufakte wohlfeiler werden, ist unrichtig, weil die Preise der Manufakte, so lange die inländische Fabrikation den Bedarf nicht deckt, durch ausländische Fabrikanten und durch die Konkurrenz unter denselben gestellt werden. Die Prämie ist nur eine andere Form der den Konsumenten zur Heranbildung eines Industriezweiges aufzulegenden Steuer.

Diese Form hat jedoch den großen Nachteil, daß sie den Zweck, der durch sie erreicht werden soll, gar nicht oder wenigstens nicht vollständig erreicht. Denn wenn Prämien das ausschließliche Mittel zur Hebung der Industrie sein sollen, so ist die ganze Aufgabe in die Hände der bevormundenden Regierung gelegt. Die Regierung würde, um den vorgesteckten Zweck zu erreichen, in jedem einzelnen Fall ein genaues Examen über die Qualifikation desjenigen, der die Prämie empfangen soll, einleiten müssen. Die Bewilligung der Prämie würde dem einzelnen von seiten der Regierung das Zeugnis ausstellen, daß er die zu einem tüchtigen Fabrikanten erforderlichen Eigenschaften besitze. Ist es nicht mehr wie wahrscheinlich, daß dieses Examen sehr häufig zu Trugschlüssen verleiten, daß statt der wirklichen praktischen Tüchtigkeit die Indolenz, daß statt freier, kräftiger und eigenwilliger, unfreie, nachgiebige und charakterlose Geister mit Prämien betraut würden? Es ist in der Tat auffallend, daß tüchtige Männer, die auf anderen Gebieten der Bevormundung so entschieden entgegengetreten sind, die Industrie der Bevormundung der Regierung überantworten wollen.

Der Schutzzoll kann nur dem Tüchtigen zugute kommen, der dauernd produziert. Die Kapitalprämie, die auf einmal den mutmaßlichen Betrag des Schutzzolles vieler Jahre in die Tasche des privilegierten, von der Regierung ausgewählten Einzelnen wirft, ist für den Staat gänzlich verloren, wenn der Einzelne durch seine Untüchtigkeit vielleicht im ersten Jahre bereits fremdes und eigenes Kapital verliert, ohne eine dauernde Industrie dadurch zu begründen.

Die Konkurrenz der Unternehmer soll bewirken, daß bei Bewilligung von Prämien das Land für die Einführung gewisser Industriezweige nichts mehr, wie streng notwendig, ausgebe. Genau dasselbe Resultat, nur weit sicherer, weil nicht von dem Urteile einer Regierung, sondern weil von der zwingenden Natur der Verhältnisse abhängig, wird durch den Schutzzoll erreicht. Die Einfuhr fällt, so wie die Fabriken im Inlande sich vermehren; mit dem Fallen der Einfuhr fällt durch die Konkurrenz der Preis, somit auch die Steuer, die der teurere Preis dem Konsumenten aufgelegt hatte. Sobald die eigene Fabrikation den inneren Bedarf ganz deckt, wird durch den Zwang der Konkurrenz der Preis des

Manufaktes dem Preise im Auslande gleichgestellt, weil die Konkurrenz auf Ausfuhr hindrängt, die nur bei Gleichheit der Preise möglich ist. Dann hört die Steuer des Schutzzolles für die Konsumenten zu existieren auf. Wo soll der Staat die Kenntnisse hernehmen, deren er bedarf, um zu rechter Zeit eine Verminderung der Prämie eintreten und dieselbe zu rechter Zeit ganz aufhören zu lassen? Eine so spezielle Überwachung der Fortschritte der einzelnen Industriezweige liegt außer der Macht einer Regierung.

Kapitalprämien werden von den Anhängern derselben hauptsächlich empfohlen, weil sie die Handelsfreiheit forterhalten und das verhaßte Schutzzollsystem umgehen. Die Regierungen übernehmen durch Kapitalprämie keine Verpflichtungen für die Zukunft, sie befriedigen vertragsmäßig einmal für immer die Ansprüche derjenigen Kapitalisten, welche sich zu Anlage von Spinnereien bereit erklären, und begegnen damit Anträgen auf weitere Zollerhöhung. Diese Sätze würden durchaus richtig sein, wenn es sich um die der Regierung abgezwungene Befriedigung des Egoismus einzelner handelte, und wenn es die Aufgabe des Staates wäre, diese einzelnen auf dem billigsten Wege durch eine Aversionalsumme zu befriedigen. Das Schutzzollsystem wird jedoch von dem Staate durchaus nicht des lauten Geschreis einzelner Interessenten, sondern seiner Notwendigkeit für das Gesamtwohl aller wegen eingeführt, um eine Manufakturkraft wirksam auszubilden. Was würde es dem Staate nutzen, wenn er die einzelnen Interessenten durch Prämien befriedigt, die schmerzlich entbehrte Manufakturkraft jedoch nicht ausgebildet hätte? Die Volksvernunft würde von neuem, durch andere Individuen vertreten, die Einwirkung des Staates fordern und die in unzweckmäßiger Weise geopferten Prämien wären teilweise rein verloren.

Die Anhänger der Prämien setzen ferner voraus, daß der Schutzzoll, sobald sein Zweck, die Industrie eines Landes zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu befähigen, erreicht wäre, gänzlich aufgehoben werden könnte. Die Aufhebung desselben wird jedoch, außer an der gewonnenen inneren Kraft, zu konkurrieren, noch an die Bedingung geknüpft werden müssen, daß die übrigen industriell entwickelten Staaten ihre Schutzzölle gleichzeitig aufheben; denn bei einseitiger Aufhebung würde sofort die eine Nation der andern gegenüber wieder im Nachteile stehen und von derselben bei jeder Krise ausgebeutet werden. Absoluter Schutz gegen außergewöhnliche Handelskonjunkturen wird durch das Schutzzollsystem nicht geboten, wohl aber dem Markte eine den Unternehmungsgeist anregende und dem Handel förderliche Stabilität gegeben. Schutzzölle werden, einmal etabliert, in der Regel nur durch Handelsverträge oder bei Evidenz

einer in einzelnen Zweigen errungenen industriellen Übermacht wieder aufgehoben werden können.

So wenig die Beförderung einzelner industrieller Zweige durch Prämien im allgemeinen geeignet erscheint, den vorgesteckten Zweck sicher zu erreichen und das errungene Resultat dauernd zu bewahren, so sehr sind die Prämien geeignet, um neben einem Schutzzollsystem die Segnungen der Industrie möglichst gleichmäßig über alle Teile eines Landes zu verbreiten, um Ungleichheiten natürlicher oder historischer Zustände und Verhältnisse in einzelnen Provinzen auszugleichen. Wenn z. B. auf der Entwicklungsstufe der Rheinprovinz ein erhöhter Schutzzoll genügen würde, um Spinnereien hervorzurufen, so wird eine weise Staatsregierung in den östlichen fabrikarmen Provinzen die Anlage von Spinnereien und Webereien noch durch Prämien, durch weise Beihülfe aus Staatsmitteln befördern und dadurch die Entwicklung der nationalen Manufakturkraft beschleunigen.

Habe ich versucht, die Hauptvorwürfe, die dem Schutzzollsystem gemacht werden, der Reihe nach zu widerlegen, so habe ich noch einige Worte über den bedingten Wert der Schutzzölle zuzufügen. Das Schutzzollsystem ist in den Staaten, die dasselbe heute etablieren, ein Ausgleichungsmittel gegen Privilegien fremder Staaten. Bei jedem einzelnen Industriezweige ist, bevor die Einfuhr desselben durch einen Schutzzoll erschwert wird, zu prüfen, ob das Land die natürlichen Vorbedingungen zur Erzeugung desselben, ob nicht das Ausland neben künstlichen auch erhebliche natürliche Vorzüge besitzt. In letzterem Falle würde die Ausbildung eines solchen Industriezweiges auf Kosten der Nationalwohlfahrt künstlich erzwungen, da die Richtigkeit der allgemeinen Regel nicht zu bestreiten ist, daß eine Nation da kaufen soll, wo sie dauernd am billigsten kaufen kann, und diejenigen Produkte exportieren soll, die sie billiger als andere Nationen erzeugt. Nur höhere Staatszwecke dürfen zugunsten einzelner Zweige, die zur Nationalverteidigung rc. absolut erforderlich sind, eine Ausnahme von dieser Regel begründen.

Der Schutzzoll darf ferner, da er nur zur Ausgleichung derjenigen künstlich errungenen Vorteile, die das Ausland zur Erzeugung gewisser Industriezweige besitzt, bestimmt ist, den zu ermittelnden Wert dieser Vorteile nicht übersteigen. Dieser Wert ist auf verschiedenen Entwicklungsstufen der Industrie verschieden. Die Schutzzölle müssen daher mit der Weiterentwicklung der nationalen Industrie successiv fallen, denn die successive harmonische Ausbildung aller Produktivkräfte einer Nation erhöht das Produkt eines jeden einzelnen durch Anregung, Wechselwirkung und Rückwirkung.

Werden Handels- und Manufakturschutzzölle in einem Lande eingeführt, deren Höhe den Wert der Vorzüge, den das Ausland etwa besitzt, ansehnlich übersteigt, so entspringen dieselben nicht mehr dem Schutzzoll-, sondern dem Prohibitivzollsysteme, was das Heil der Produktivkräfte eines Landes in einer gänzlichen Abgeschlossenheit vom Auslande sucht. Auf Prohibitivzölle findet ein Teil der Vorwürfe, die dem Schutzzollsystem mit Unrecht gemacht werden, volle Anwendung. Prohibitivzölle erzeugen bei einem freien Volke eine Treibhausindustrie, die zu den übrigen Elementen des Nationalreichtums nicht mehr im richtigen Verhältnisse steht, sondern dieselben überwuchert; bei einem unfreien Volke erzeugen Prohibitivzölle durch die gänzliche Sicherheit des Erwerbes Erschlaffung und Indolenz; sie stören überall die organische und natürliche Entwicklung der Produktivkräfte, und die Kontrebande sucht durch List und Gewalt die gestörten natürlichen Verhältnisse unablässig wieder herzustellen.

Prohibitivzölle vermindern künstlich die Objekte des Handels und den Konsum, indem sie die Produkte verteuern, sie heben die internationale Handelsbewegung zwischen Völkern gleicher Kulturstufe gänzlich auf, und bewahren im günstigsten Falle einen Verkehr mit Völkern von niedriger Kulturstufe. Daß dadurch die freie Entwicklung des Volksgeistes empfindlich gelähmt, daß mit dem Geiste der Freiheit der Hauptthebel alles Nationalreichtums verloren geht, bedarf nach dem früher Gesagten keines Beweises. Leider ist es nicht zu leugnen, daß von seiten der Industriellen die Gebiete des Prohibitiv- und des Schutzzollsystems in letzter Zeit, und namentlich auch bei den Verhandlungen in Berlin, nicht ängstlich genug geschieden worden, und daß hin und wieder im Zollvereine Privatinteressen unbekümmert um die höheren Forderungen des Gemeinwohls laut ihre Stimmen erhoben haben.

Ihrer verderblichen Einseitigkeit jetzt und stets offen und kräftig entgegenzutreten, ist die Pflicht eines jeden, der es mit der Entwicklung des Vaterlandes aufrichtig wohlmeint. Der verderbliche Einfluß der Privatinteressen auf die zur Entwicklung der Industrie zielenden staatlichen Maßregeln ist jedoch nicht zu beseitigen, wenn die Berechtigung der Privatinteressen, so weit sie wirklich existiert, geleugnet, sondern nur wenn diese Berechtigung anerkannt, jedoch in die Schranken der Vernunft zurückgewiesen wird.

Die Partei, die, sei es aus Mangel an Einsicht oder aus egoistischem Privatinteresse, den Zollverein zu einem Prohibitivsystem hindrängt, ist nicht durch die dem Gemeinwohl widerstrebende einseitige Handelsfreiheit, sondern nur durch rechtzeitige weitere Ausbildung des Schutzzollsystems zu besiegen.

Der augenblickliche Standpunkt der deutschen Industrie wird vielseitig überschätzt, indem man auf die erhebliche Ausfuhr an Geweben hinweist und durch diese Ausfuhr die Blüte der Manufaktur begründet. Die Ausfuhr eines Landes in einzelnen Zweigen der Manufaktur ist indessen nicht der allein richtige Maßstab zur Schätzung der Produktivkräfte desselben. Einzelne Industriezweige können zum Nachteil der übrigen künstlich in die Höhe getrieben sein und zu einer bedeutenden Ausfuhr gelangen, während zu gleicher Zeit andere in noch größerer Masse eingeführt werden. Die industrielle Entwicklung eines Landes fordert eine harmonische Ausbildung aller Industriezweige, in deren Produktion dasselbe nicht gegen das Ausland in bedeutendem natürlichem Nachteil steht. Der Zollverein ist von diesem Ziele noch weit entfernt, so lange so enorme Massen von Garnen aller Art, von Eisen ꝛc. noch in denselben eingeführt werden. Der schlagendste Beweis, daß der innere Konsum und mit demselben der innere Handel noch auf einer verhältnismäßig tiefen Stufe stehen, ist der niedrige Preis der Arbeit, der in allen Ländern mit der steigenden Produktion und Konsumtion verhältnismäßig steigt; ferner der Umstand, daß der Zollverein den Saldo seiner Handelsbilanz dem Auslande noch stets durch Agrikulturprodukte statt durch Manufakte deckt. Daß es für Deutschland vorteilhafter sein würde, die Produkte seines Bodens im Innern zu konsumieren, daß diese Produkte dann einen höheren Wert repräsentieren würden als heute, bedarf keines Beweises. Wenn nicht bestritten werden kann, daß die Spinnerei in Deutschland ohne nachteilige Einwirkung auf die bestehenden Industriezweige einer weiteren Ausbildung fähig ist, so muß notwendig dadurch die Arbeit im Zollvereine vermehrt, der Lohn der Hände, die die Arbeit verrichten, gesteigert werden.

Von den Gegnern des Schutzzollsystems wird mit Recht behauptet, daß der durch Schutzzoll gesteigerte Arbeitslohn bei weitem nicht hinreicht, um die gerechten Anforderungen des Arbeiters an die Gesellschaft zu befriedigen. Die Konkurrenz drückt den Lohn im Laufe der Zeit auf ein Minimum herab, und wiederkehrende Krisen erzeugen periodisch ein Elend unter den arbeitenden Klassen, das von anderen Mitteln als von Schutzzöllen Abhülfe erwartet. Schutzzölle sind für die Arbeiter nur Palliativmittel auf kurze Zeit. Die Gesellschaft bedarf zur Steuerung des Pauperismus tiefere Reformen. Freie Volksbildung auf Staatskosten, Steuerfreiheit, gleichmäßige Festsetzung eines bestimmten Maßes der Arbeitszeit und eines Minimums des Arbeitslohnes, und zu diesem Minimum Arbeit für den Staat in Zeiten der Krise, und die gemeinsame Aufnahme solcher Grundsätze in das europäische Völkerrecht, das dürfte das endliche Resultat des heutigen Arbeiterelends sein.

Der Zweck des Schutzzollsystems, Retorsion gegen das Ausland, Wiederherstellung der natürlichen Verhältnisse, ist hin und wieder in der Form der Reziprozität falsch aufgefaßt und zum Kampfe gegen dasselbe benutzt worden. Die Gegenseitigkeit in der Weise auffassen, daß ein Volk diejenigen Artikel mit einem Schutzzolle belegen soll, die es dem Auslande liefert, bloß weil das Ausland die Einfuhr derselben mit einem Schutzzoll belegt hat, heißt eine scheinbare, inhaltlose Gegenseitigkeit an die Stelle der wahren setzen, um den Gegner besser zu bekämpfen. Gerechte Gegenseitigkeit auch auf dem Gebiete der Industrie fordert mit Recht der erwachte Nationalstolz, aber diese Forderung findet weder auf solche Zweige Anwendung, bei denen sie gänzlich zwecklos sein würde, wie z. B. im Zollvereine ein Zoll auf Eau de Cologne, noch auf solche Zweige, wo die Anwendung derselben dem Gemeinwohl schädlich sein würde, nämlich auf solche Industriezweige, in deren Produktion das Ausland überwiegende natürliche Vorteile besitzt. Daß auch auf dem industriellen Gebiete kein Krieg um der Lust am Kriege willen und ausschließlich zu dem Zwecke, dem Gegner zu schaden, sondern vielmehr ausschließlich zu dem Zwecke, sich zu schützen und frei zu entwickeln, geführt werden darf, wird von niemanden bestritten werden.

Wird im allgemeinen die Berechtigung des Schutzzollsystems unter den dasselbe gegenwärtig bedingenden internationalen Handelsverhältnissen des Zollvereins anerkannt, so kann die Frage, ob in diesem Augenblick eine Entwicklung dieses Systems von seiten der Handelskammer Kölns bevorwortet werden muß, bei den eingangs angedeuteten wichtigen Motiven nicht zweifelhaft sein, und es kann sich nur darum handeln, die divergierenden Meinungen in bezug auf die dem Schutze zu empfehlenden Zweige der Industrie zu vereinigen.

Das Zollgesetz des Zollvereins entbehrt bisher fast ganz des Handelsschutzzolles. Der internationale Handel ist das wesentlichste Bildungselement einer Nation, und ein Handelsschutzzoll als Schiffahrtsdifferenzialzoll und als Prämie oder Steuerrabatt bei direktem Import in den Häfen des Zollvereins für die Bodenprodukte Amerikas ist das dringendste Bedürfnis des Augenblicks. Bei dem Handelsschutzzolle ist Handel und Manufaktur gleich beteiligt, weil der direkte Import unmittelbar und mittelbar auf den direkten Export zurückwirkt. Ist den Engländern die Spedition, die die Produkte ferner Länder nur verteuert ohne den Wert derselben zu erhöhen, entrissen, holt die Handelsflotte des Zollvereins die Kolonialprodukte direkt aus Amerika, so tritt der deutsche Kaufmann in ein näheres Verhältnis zu jenem Weltteile, lernt die Bedürfnisse desselben kennen und seine Manufakturproduktion dem fremden Geschmacke an-

eignen. Durch Schiffahrtsdifferenzialzölle und direkte Einfuhr würden in Deutschland eigene Märkte für die Rohprodukte, deren die Manufaktur bedarf, geschaffen, ein Anschluß der Hansestädte und der übrigen Nordseeküstenländer an den Zollverein vorbereitet, dadurch ein weiterer Markt für die Erzeugnisse der inneren Fabrikstaaten erworben, die politische Einheit Deutschlands wesentlich gefördert und gekräftigt, die Handhabung einer gemeinsamen Handels- und Schiffahrtspolitik dem Auslande gegenüber begründet und das Mittel erworben, fremde Staaten, welche eine den deutschen Interessen nachteilige Handelspolitik befolgen, zu angemessenen Zugeständnissen zu bewegen.

Wer kann bei einem Blick auf die Geschichte des Handels die großartige und nachhaltige Wirkung der englischen Navigationsakte, den Wert einer eigenen Flotte, eigener Kolonien verkennen? Bis jetzt ist vom Zollverein fast gar nichts geschehen, diesen wichtigsten Teil seiner Aufgabe zu lösen.

Soll Deutschland ruhig zusehen, wie aller Theorie zum Trotz fast alle Staaten Europas, Belgien und Rußland noch in neuester Zeit, Schiffahrtsdifferenzialzölle bei sich eingeführt haben, soll es die Annahme eines gleichen Systems des Handelsschutzzolles beharrlich zurückweisen, weil dasselbe der idealen Theorie nicht entspricht? Von den Theoretikern wird freilich entgegengesetzt, daß es noch andere wirksamere Mittel gibt, als die ich so eben berührt habe, um die eigene Rhederei, den eigenen auswärtigen Handel zu heben, Mittel, viel wirksamer als Differenzialzölle. Aber haben die Herren sich in deutschen Ländern wohl mal umgeschaut? Ist es mit jenen Mitteln, deren sie gedenken, so herrlich bei uns bestellt, daß wir darin allen anderen Nationen Europas den Rang ablaufen, oder werden uns dieselben über Nacht geschenkt werden? Wo soll die Nation die Kraft hernehmen, sich diese weiteren Mittel, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Produktivkräfte bedarf, zu erringen, wenn nicht aus materiellen Fortschritten? Das kleine Nachbarland Belgien kann uns in bezug auf Handelsschutzzölle füglich zum Muster dienen. Niemand wird demselben Mangel an Liebe für freie Bewegung in allen Gebieten des Staatslebens absprechen können, und doch hat gerade dort der Geist der Freiheit zum Schutz der nationalen Selbständigkeit und Kraft die Unterscheidungszölle eingeführt. Mögen dem dauernden Handelsschutzzoll Prämien zur schnelleren Entwicklung der deutschen Schiffahrt hinzutreten, nur glaube man nicht, die Frage ausschließlich mit Bewilligung von Prämien lösen zu können.

Es erregt gerechtes Erstaunen, daß im Zollverein nur die Interessen der Manufaktur in letzter Zeit so laute und beredte Vertreter gefunden

haben, daß dagegen die wesentlichsten Interessen des Handels noch fast unbeachtet schlummern. Es liegt darin der Beweis, daß die Handelsstädte noch nicht zum klaren Bewußtsein ihrer Zustände und ihrer Interessen gelangt sind, und daß der Blick derselben noch zu enge, nur auf die nächste Nähe, nicht in die Ferne gerichtet ist. Es ist hoch an der Zeit, daß Handels- und Manufakturstädte sich vereinigen, um gemeinschaftlich die Weiterbildung des nationalen Schutzzollsystems zu fördern, daß sie sich mit dem Bewußtsein durchdringen, daß ihre Interessen untrennbar sind und daß nur einiges Streben dieselben zum allgemeinen Wohle zu erreichen vermag.

Die Gegner der Schutzzölle haben bisher den Blick nur auf den Manufakturschutzzoll hingelenkt und des Handelsschutzzolles, ohne welchen der Manufakturschutzzoll stets nur eine halbe und vereinzelte Maßregel bleiben wird, absichtlich oder unabsichtlich fast gar nicht gedacht. Bedürfte es noch eines Beweises, daß beide Gattungen des Schutzzolles sich gegenseitig bedingen und aufs innigste ineinandergreifen, so wird ein Blick auf die Geschichte der Handelsnationen Europas genügen, um zu zeigen, daß diese Wahrheit fast überall anerkannt worden ist.

Die zweckentsprechende Höhe eines Schiffahrts-Differenzialzolles in seiner doppelten Form als Flaggenzoll und Zollrabatt bei direkter Einfuhr zu bestimmen, ist schwierig, und dem Handelsamte stehen in dieser Beziehung statistische Data zu Gebote, die der Handelskammer mangeln. Es wird genügen, wenn diesseits vorläufig nur das Prinzip in Anregung gebracht und die spezielle Verwirklichung desselben von der Weisheit der Staatsregierung erwartet wird. Die deutsche Rhederei wird nur dann aufblühen, wenn den darauf zu verwendenden Kapitalien eine der Durchschnittsrente der deutschen Fabrikunternehmungen entsprechende Rentabilität gesichert wird.

Die Manufakturzweige, die die öffentliche Meinung mit Entschiedenheit als einer Weiterentwicklung auf dem augenblicklichen Standpunkt der deutschen Industrie fähig und bedürftig bezeichnet, sind im wesentlichen die sogenannten Halbfabrikate, baumwollene, leinene und wollene Garne.

Von baumwollenen Garnen wurden im Jahre 1843 im Zollvereine eingeführt 457426 Zentner, an roher Baumwolle 306731 Zentner.

Es wird also noch weit mehr Baumwollengarn als rohe Baumwolle im Zollverein eingeführt.

Forscht man nach den Ursachen, weshalb es der deutschen Industrie in den letzten 25 Jahren nicht gelungen ist, bei dem auf Baumwollengarn bestehenden Schutzzoll von 2 Thlr. pr. Zentner oder circa 5 Prozent

des Wertes den inneren Markt gänzlich zu erobern, so zeigt sich in diesem Zeitraume zwar eine langsam und fast in gleichem Verhältnisse mit dem Steigen des Konsums fortschreitende Produktion, aber der Fortschritt ist nicht bedeutend genug, um die Lücke auszufüllen. Würde der Fortschritt im bisherigen Verhältnisse fortdauern, so wird Deutschland noch 50 Jahre und mehr gebrauchen, ehe es seinen Bedarf an Baumwollengarn in eigenen Spinnereien produziert.

Die Schutzprämie von 5 Prozent ist nicht genügend, um die dem englischen Spinner zu Gebote stehenden Vorteile des unermeßlichen Welthandels, des hoch entwickelten inneren Verkehrs, des dadurch häufiger umgesetzten und billigeren Kapitals, der größeren Fertigkeit der Arbeiter, des größeren und sicherern Absatzes, und der leichtern Aneignung jeder neuen Verbesserung im Maschinenwesen aufzuwiegen. Es fehlt in Deutschland der Sporn, das Interesse der Individuen, sich mit ihrem Kapital und ihrer Fertigkeit auf die Produktion baumwollener Garne zu werfen, so lange Spinnereien im Zollvereine nur bei durchaus umsichtiger Leitung und umsichtiger Benutzung aller dem Vaterlande eigentümlichen Vorteile einen sehr mäßigen und unsichern Gewinn aufliefern. Die einzelnen können sich um so weniger dazu bewogen finden, so lange das Schutzsystem der vaterländischen Industrie nicht als eine unabweislich gebotene Ausgleichung in das Bewußtsein des Volkes und der Regierung eingedrungen, so lange die erste Bedingung großer industrieller Anlagen, relative Sicherheit des angelegten Kapitals der deutschen Industrie fehlt, so lange die Ansichten der Herren am grünen Tische über die Fortexistenz eines Systems, das die Rentabilität des angelegten Kapitals bedingt, ohne Zuziehung der Interessenten willkürlich entscheiden.

Wenn die Zollvereinsstaaten in einer schnellern Progression als bisher in der Entwicklung ihrer Baumwollenspinnereien fortschreiten wollen, so bedarf es einer größern Aussicht auf Gewinn neben größerer Sicherheit des angelegten Kapitals, als die bisherigen Zustände darbieten, um Kapital und Fertigkeit auf diesen Zweig zu leiten.

Die Baumwollspinnerei steht mit Recht heute unter den zu fördernden Industriezweigen obenan, weil baumwollene Garne bei weitem den Hauptteil der Einfuhr an Manufakten bilden, dessen Spinnlohn nach glaubwürdigen Schätzungen allein 9 Millionen Thaler jährlich beträgt, die von gegenwärtig halbbeschäftigten oder arbeitslosen deutschen Fabrikanten und Arbeitern mehr erworben, und für Lebensbedürfnisse der verschiedensten Art sofort im Inlande selbst mehr konsumiert werden können. Rohe Baumwolle ist der Rohstoff transatlantischen Ursprungs, den der Zollverein in größter Menge verbraucht. Wird der gegenwärtige Konsum

desselben im Zollverein durch Anlage neuer Spinnereien noch mehr wie verdoppelt, so wird der Zollverein für Amerika zum bedeutendsten Markte des Kontinents. Mit der Bedeutung des Marktes steigt das Ansehen des Zollvereins im Auslande, und wird durch Schiffahrtsdifferenzialzölle die direkte Einfuhr der Baumwolle aus den Produktionsländern herbeigeführt, so ist eine Vermehrung der deutschen Ausfuhr an Manufakten aller Art die notwendige Folge. Bei der Baumwolle und den daraus gesponnenen Garnen tritt es abermals evident hervor, daß Handel und Manufaktur in der innigsten Wechselwirkung stehn, daß die Tätigkeit des Handels mit der Entwicklung der Manufaktur steigt, und daß nur direkte Einfuhr, direkter Handel der Manufaktur die Rohstoffe durch Vermeidung aller Zwischenspesen aufs billigste schaffen und die Produkte derselben aufs teuerste verwerten kann. Die Hebung der Baumwollenspinnereien wird eben so vorteilhaft wie auf den Handel, auf die Ausbildung der übrigen Manufakturzweige im Inlande zurückwirken; sie bildet ein notwendiges Glied in der Kette. Durch den Bedarf an Spinnmaschinen wird die Anlage und Ausbildung der Maschinenfabriken befördert, durch den größeren Konsum an Steinkohlen wird die Anforderung an den Staat, die billige Produktion der Steinkohlen durch Aufhebung des Zehnten, Freigebung des Bergbaues, Verbesserung der Kommunikationsmittel zu fördern, an Gewicht und Berechtigung gewinnen. In der Kette der Manufakturzweige wirkt so das neue Hinzutreten irgend eines Gliedes und die weitere Ausbildung desselben belebend und fördernd auf alle anderen zurück. Mit dem Wachsen der Interessen steigt gleichzeitig bei den Nationen die Einsicht in die Mittel, diese Interessen in zweckmäßigster Weise zu fördern und auszubilden. Das Interesse des Handels und der Manufaktur fordert freie Bewegung, und die Rückwirkung dieser Forderung auf das politische Bewußtsein der Nation ist die natürliche Folge.

Die Leinenspinnerei und -Weberei bildeten jahrhundertelang Deutschlands vorzüglichste Industrie, und erst seit kurzer Zeit hat England durch seine Maschinenspinnerei und -Weberei Deutschland in diesem Zweige überflügelt. Die natürliche Superiorität war auf seiten Deutschlands, so lange Handarbeit vorherrschte; der Vorteil wandte sich zugunsten Englands gleich mit der Einführung der Maschinen. Die Überzeugung, daß Handspinnerei gegen Maschinenspinnerei die Konkurrenz nicht zu halten vermag, hat sich fast allgemein festgestellt. Der Umschwung schreitet unaufhaltsam vorwärts, und der Zollverein ist genötigt, sich die fremde Erfindung anzueignen oder seine Leinwandindustrie ganz zugrunde gehen zu lassen.

Die Einfuhr von Garn und Leinen in Deutschland ist in den letzten Jahren ansehnlich gestiegen, trotzdem daß der Lohn der Handspinnerei schon längst auf ein solches Minimum heruntergedrückt ist, daß selbst der notdürftigste Lebensunterhalt nicht mehr damit gewonnen wird. Was soll nun aus der Masse der Spinner und Weber werden, die plötzlich ihre Nahrungsquelle versiegen sehen?

Die Gegner der Schutzzölle werfen den Anhängern derselben vor, daß sie das Kapital und die Fertigkeit nur künstlich aus dem einen Kanal in den andern lenken. Bei der altangestammten Leinenindustrie liegen die Verhältnisse, wie sie sich historisch gestaltet haben und ferner gestalten werden, klar zutage. Kapital und Fertigkeit für diesen Industriezweig waren und sind noch heute in Deutschland vorhanden. Bleibt aber der englischen Konkurrenz, die augenblicklich durch leichteren Bezug des rohen Materials, durch billigeres Kapital, durch größere Fertigkeit, vollkommnere Maschinen und durch bereits eroberte weite Märkte der deutschen Leinen-Industrie einen ungleichen Kampf bietet, der deutsche Markt offen, so wird binnen wenigen Jahren die deutsche Leinenindustrie ruiniert sein, und nur mit schweren Opfern wird dieselbe später dem Lande wieder gewonnen werden können. Wohin werden sich in ersterem Falle die jetzt der Leinenindustrie zugewandten Kapitalien und Arbeitskräfte wenden?

Die heute noch mit diesem Zweige beschäftigten Hunderttausende werden sich auf andere Zweige werfen, wenn solche sich darbieten; wenn nicht, so erreicht die Verarmung in den betreffenden Gegenden den höchsten Grad, und allmählig muß infolge derselben die Population in demselben Maße fallen, wie sie bei steigendem Nationalreichtum wächst. Ist der Prozeß der Vernichtung der Leinenindustrie vollzogen, sind die Hunderttausende im Elend verkümmert und verdorben oder ausgewandert, dann werden nach Verlauf von einem Jahrzehnt, wenn die Staatsregierung diesen Zweig künstlich neu zu pflanzen sucht, die Nationalökonomen der Smithschen Schule kommen und gegen die unnatürliche Ableitung des Kapitals protestieren. Daß durch den mangelnden Schutz des Staates zuerst das Kapital, was stets sich dahin wendet, wo sich ihm die Aussicht auf höchste Rentabilität eröffnet, unnatürlich abgeleitet und verloren worden ist, davon steht in den Lehrbüchern der Schule nichts geschrieben.

In einem wohlgeordneten Staate bedingen sich Ackerbau, Handel, Manufaktur und Kapital gegenseitig, und es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß keines dieser Elemente der Staatsökonomie sich allzu extrem auf Kosten des andern sich entwickele.

Durch den in der Leinenindustrie erst kürzlich vollzogenen Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit werden in Westfalen und

Schlesien hunderttausend Hände müßig. Wird durch einen Schutzzoll die Anlage von Maschinenspinnereien im Zollverein hervorgerufen, so wird dadurch vielleicht ein Zehntel dieser Hände wieder beschäftigt, die übrigen neun Zehntel bleiben für andere Zweige disponibel.

Die Leinwandindustrie zeigt also bis zur Evidenz, daß, um den Ausfall der Handarbeit zu decken, der innere Markt noch für neue Zweige wiedergewonnen werden muß.

Forscht man im allgemeinen nach den Resultaten solcher Übergänge, die durch neue Erfindungen hunderttausende von Menschen überflüssig zu machen scheinen, so zeigt es sich, daß mit der erhöhten Produktionskraft in demselben Maße der Konsum der Völker steigt und so die Ausgleichung wieder herbeiführt. Ist die Ausgleichung jedoch, wie es in allen Staaten Europas der Fall, keine völlige, ist die Produktion der Manufakturkraft dem Konsum vorausgeeilt, so ist die Industrie genötigt, fremde Märkte zu erobern. Ich habe früher schon bemerkt, daß ich diese Eroberung fremder Märkte, den Austausch von Manufakten gegen Kolonialwaren noch auf lange Zeit hin für die gemeinsame Aufgabe der europäischen Staaten halte.

In wollenen Garnen ist die Einfuhr Englands in den Zollverein in den letzten Jahren ansehnlich gestiegen und beträgt pro 1844 circa 40000 Zentner, dagegen 1843 26196 Zentner.

Der größere Teil dieser Garne besteht aus Hard Worsted Garnen, aus englischer Schafwolle gesponnen. Wenn auch für diesen Teil des Wollgarngespinnstes England den Urstoff selbst erzeugt, so liegt darin doch kein Grund, um das Verspinnen der englischen Schafwolle nicht in Deutschland zu betreiben, abgesehen davon, daß die sogenannte deutsche Landwolle die englische in vielen Fällen ersetzen kann.

In der Kammgarnspinnerei stehen dem englischen Spinner alle dieselben Vorteile zur Seite, die ich bereits bei der Baumwoll- und Leinenspinnerei bezeichnet habe.

Will der Zollverein der rasch vordringenden englischen Konkurrenz in wollenen Garnen begegnen, so kann ein Finanzzoll von 15 Sgr. nicht genügen. Ein Schutzzoll ist für diesen Zweig eben so sehr erforderlich, wie für die beiden andern, selbst dann, wenn nur die bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten werden und die Wollengarnspinnereien nicht einem langsamen Verkümmern entgegengehen sollen. Daß ein erhöhter Schutzzoll auf Garne entsprechende Zollerhöhungen auf Zwirn und auf einzelne bisher nicht hinreichend geschützte Gewebe bedingt, brauche ich wohl nicht näher zu erörtern, da ich es nicht für die Aufgabe der Handelskammer Kölns halte, in diesem Augenblick in die Details der einzelnen Fabrikzweige einzugehen.

Von den Hauptzweigen der Industrie, für welche eine Zollerhöhung vielfach in Anspruch genommen worden, bleibt nur noch das Roheisen zu erwähnen übrig. Der gegenwärtige Zoll auf Roheisen beträgt 10 Sgr. pro Zentner oder circa 15 bis 20 % vom Wert. Eine Erhöhung dieses Zolls erscheint im allgemeinen bedenklich, weil derselbe sich der Grenze des Schutzzolles bereits nähert, besonders bedenklich aber, weil die Wirkung desselben höchst zweifelhaft sein würde. Roheisen, ein Material, was zu allen Zweigen der Agrikultur und der Industrie gleich erforderlich, darf nicht ohne dringende Not verteuert werden. Eine Zollerhöhung auf Roheisen würde dasselbe auf lange Jahre hinaus verteuern und um den Betrag des Zolls den Gewinn der Eisenhüttenbesitzer erhöhen. So lange dem Zollverein noch die Grundlagen der Roheisenproduktion, freier Bergbau und dadurch erzielte billige Steinkohlen, Eisenbahnen, die die Steinkohlen der Eisenhütte nahe bringen, sowie Eisenbahnen, die den Versand auf weite Strecken landwärts ermöglichen, fehlen, darf derselbe nicht hoffen, durch die Wirkung des Zollschutzes den Bedarf an Roheisen zu gleichen Preisen mit England und Belgien zu produzieren. Die Eisenproduktion verdient jedoch die größte Aufmerksamkeit von Seiten des Zollvereins, und die direkte Einwirkung des Staates durch Herstellung guter Verbindungen wird, selbst wenn sie mit ansehnlichen Opfern verbunden sein sollte, durch die allgemeine Anwendung und Wichtigkeit dieses Zweiges gerechtfertigt erscheinen. Aber erst nachdem dies geschehen, wird der Augenblick da sein, wo der Zollverein hoffen darf, auch in bezug auf seinen Bedarf von Roheisen vom Auslande unabhängig zu werden. Der jetzt bestehende Schutzzoll dürfte, nachdem die übrigen Verhältnisse denen des Auslandes analog sich gestaltet haben, hinreichen, um rasche Entwicklung in der Produktion des Roheisens hervorzurufen.

Die Frage der Zollerhöhung auf Roheisen leitet in ein Gebiet hinüber, das ich als eines der wesentlichsten im Gebiete der Industrie betrachte, in das Gebiet des Bergbaues. Deutschland besitzt in der Tiefe der Erde noch unermeßliche Schätze an Mineralien aller Art, aber diese Schätze sind noch zum Teile totes Kapital, das Leben und Bewegung von direkter Einwirkung des Staates erwartet. Der Eisenstein findet sich in Deutschland nicht wie in England in demselben Revier mit der Steinkohle, sondern meilenweit getrennt. Die Aufgabe des Staates ist es nun, die Ungunst der Natur durch die Kunst auszugleichen, die Weite und Kostspieligkeit der Entfernung durch Schnelligkeit und Billigkeit der Transportmittel aufzuheben. Wird erwogen, wie wenig zu diesem Zwecke bisher geschehen, wie sehr man sogar noch Bedenken trägt, dem geweckten Unternehmungsgeist und der Assoziation der Einzelnen die Herstellung von

Eisenbahnen in Distrikten, wo das Interesse des Bergbaues solche gebieterisch fordert, zu überlassen, wie die Produktion der Steinkohlen durch Zehnten und durch ein den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechendes, in das Gebiet berechtigter Privattätigkeit und Energie durch lähmende Bevormundung hemmend eingreifendes Bergwerkgesetz verteuert und beschränkt wird, dann wird man gestehen müssen, daß die Haupthebel der Manufaktur im Zollverein noch nicht die gebührende und richtige Würdigung gefunden haben. Es wird jedem einleuchten, daß auch hier die Macht der ausgebildeten, über ihre wahren Interessen wohlverständigten öffentlichen Meinung dem guten Willen wie dem Wissen der Beamten anregend und ergänzend zur Seite treten muß, um endlich dem Vaterland diejenige Harmonie der produktiven Kräfte zu erringen, die den Fortschritt und die Dauer der Nationalwohlfahrt verbürgt und die gerechte Furcht, daß einzelne Zweige der Industrie sich zu einem künstlichen Extrem ausbilden würden, beseitigt. Nur in der gleichmäßigen Kultur aller Faktoren liegt die Gewähr gegen das Übergewicht der einzelnen und gegen die von solchem Übergewicht unzertrennlichen Krisen.

Nachdem ich die Hauptzweige der Industrie, die die öffentliche Meinung in diesem Augenblick dem Schutze des Staates empfiehlt, in ihrer Vereinzelung betrachtet, sei es mir erlaubt, einen Blick auf die Gesamtwirkung der Ausdehnung des Schutzsystems auf den Handel und auf die Baumwollen-, Wollen- und Leinenmanufaktur zu werfen.

Die Ausdehnung des Schutzsystems hat den Zweck, die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Auslande zu heben, den Nationalreichtum und mit diesem die materielle und geistige Lebenskraft der Nation, den Wert des Bodens, der Agrikulturprodukte und der Arbeit zu steigern. Daß durch die Entwicklung der nationalen Manufakturkraft der Handel nicht beschränkt, sondern erweitert wird, wurde bereits angedeutet. Die Ausbildung der Baumwollspinnerei wird den direkten Bezug der rohen Baumwolle von Amerika auf Schiffen des Zollvereins herbeiführen; während der Zollverein jetzt die englischen Garne größtenteils in Geld bezahlt, wird die amerikanische Baumwolle künftig gegen deutsche Manufakte ausgetauscht werden. Die direkte Einfuhr roher Baumwolle wird eine allgemeine Steigerung in baumwollenen und wollenen Geweben herbeiführen, und eins der wirksamsten Mittel sein, um der deutschen Leinenindustrie die Wiedereroberung verlorener fremder Märkte möglich zu machen. Die drei Industriezweige sind daher in gleichem Maße beim Schutze der Baumwollgarnspinnerei beteiligt. Der durch vermehrte Arbeit gesteigerte Arbeitslohn wird den Konsum an Kolonialwaren, und durch den

Austausch derselben gegen deutsche Manufakte mittelbar wieder den Aufschwung der deutschen Industrie steigern.

Mit der direkten Einfuhr der rohen Baumwolle steht ferner die Bildung einer deutschen Handelsflotte und einer Kriegsmarine des Zollvereins in innigster Verbindung. Nur dann, wenn der Zollverein die den Aufschwung seiner Seeschiffahrt hindernde englische Vermittlung für die Rohprodukte, deren es bedarf, beseitigt hat, kann eine deutsche Seemacht entstehen. Zur Beseitigung dieser kostspieligen, den Unternehmungsgeist der Deutschen beschränkenden Vermittelung wird es erforderlich sein, nicht allein durch erhöhten Konsum amerikanischer Rohprodukte den deutschen Schiffen Ladung, sondern auch durch Flaggen-Differenzialzölle und durch Handelsverträge mit Süd- und Nordamerika der deutschen Schiffahrt einen erhöhten Impuls zu geben. Wollte der Zollverein abwarten, bis die einzig auf sich beschränkte Energie des Volkes die Deutschland seit Jahrhunderten entrissene Seeschiffahrt wieder erobert, so wird der erste europäische Krieg nicht allein die schwachen Anfänge der Schiffahrt, sondern auch die gesamte Manufakturkraft des Landes mit Vernichtung bedrohen. Nur dann ist die industrielle Selbständigkeit gesichert, wenn bei ausbrechendem Kriege eine deutsche Seeflotte den deutschen Handel und die deutsche Industrie zu beschützen vermag. Differenzialzölle zugunsten der deutschen Schiffahrt stehen im engsten Zusammenhange mit Schutzzöllen für die deutsche Manufaktur und sind für die Entwicklung einer kräftigen, dem Auslande Achtung gebietenden deutschen Nationalität ebenso wesentlich wie jene.

Auch direkt ist die Manufaktur wesentlich beteiligt bei der Entwicklung der deutschen Schiffahrt. Die Spedition Englands verteuert dem deutschen Fabrikanten den Rohstoff nicht allein durch die Speditions- und doppelten Frachtspesen, sondern noch mehr durch den bei Umladung unvermeidlichen Verlust am Rohstoffe selbst, und es ist zu bezweifeln, ob z. B. der jetzige Zoll auf Twist, circa 5 Prozent vom Werte, hinreicht, um diese Nachteile der Spedition &c. aufzuwiegen.

Durchgreifender Handelsschutzzoll, wie ich denselben näher bezeichnet, und Manufakturschutzzoll auf baumwollene, leinene und wollene Garne und auf einzelne daraus gefertigte noch unbeschützte Fabrikate ist, wie ich dargetan zu haben glaube, die gerechte Forderung der öffentlichen Meinung in Deutschland; ebenso gerecht ist die Forderung, daß der Staat den Bergbau durch direkte Beihülfe aus Staatsmitteln und durch weise Gesetze befähige, um die der Industrie wie dem Ackerbau gemeinsame Grundlage zu schaffen. Eine direkte Verwendung der Staatskräfte auf die noch rentlos daliegenden Reichtümer der deutschen Erde ist um so mehr gerecht-

fertigt, als alle produktiven Kräfte des Landes derselben gleichmäßig bedürfen, somit der so beliebte Unterschied von Produzenten und Konsumenten für dieselben fast gänzlich wegfällt. Prüfen wir jetzt, ob die durch die öffentliche Meinung dem Schutze empfohlenen Industriezweige den Bedingungen entsprechen, die ich bei Entwicklung eines Schutzzollsystems als geeignet, den Nationalwohlstand zu fördern, aufgestellt habe. Ist der Zollverein inbezug auf eigne Schiffahrt etwa durch die Natur in Nachteil gegen England und Frankreich? Die Geschichte der Hansa mag antworten.

Künstliche egoistische Mittel haben Deutschlands Schiffahrt ruiniert; werden diese künstlichen Hindernisse paralysiert, so wird die deutsche Flotte wiedererstehen und mit England sich in die Herrschaft der Meere teilen. Niemand wird behaupten wollen, daß es den deutschen Küstenprovinzen an tüchtigen Seeleuten, daß es dem deutschen Geiste, der im fremden Lande sich oft so siegreich des Handels bemächtigt, an Intelligenz und Unternehmungslust fehlen wird.

Der Zollverein bedarf nur Vertrauen zu der Macht des deutschen Geistes, und sein Machtbewußtsein wird die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit vom Auslande, die der erwachte Nationalstolz gebieterisch fordert, schnell und sicher erreichen, zum Besten der europäischen Kultur.

Stehen der Größe des deutschen Handels nur künstlich errungene Vorteile des Auslandes entgegen, so bedarf es noch der Prüfung, ob gleiche Verhältnisse für die Ausbildung der Spinnereien existieren.

Daß eine weitere Ausbildung der Manufakturkraft im Zollverein durch den augenblicklichen Standpunkt der Arbeit und des Lohnes in Deutschland vollkommen begründet ist, habe ich bereits nachgewiesen. Es fragt sich hier nur, ob die Vorteile Englands, die bei den einzelnen Zweigen speziell aufgezählt worden, natürliche oder künstlich errungene zu nennen sind.

Der große Welthandel, der große innere Konsum, billige Kapitalien, größere Fertigkeiten, billige Mineralien, sind ebensoviele Kräfte, die England durch eine kluge Handelspolitik, durch freie Teilnahme seiner Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten errungen und mit Umsicht und Beharrlichkeit jahrhundertelang ausgebildet hat. Deutschland besitzt das Fundament dieser Kräfte, Mineralien, Reichtum des Bodens, Intelligenz und Gebietsumfang, in vollkommen so hohem Maße wie England. Es besitzt außerdem noch den großen Vorzug der freien Teilbarkeit des Bodens, der noch gleichmäßigeren Teilung des Besitzes, der Freiheit von starren religiösen Begriffen, deren Nichtbesitz die Entwicklung Englands durch gefahrvolle Krisen zu unterbrechen drohen.

Soll der Zollverein noch länger anstehen, einer abstrakten Theorie zuliebe die harmonische Ausbildung seiner Produktivkräfte auszusetzen, dem lauter und lauter mahnenden Ruf der öffentlichen Meinung zu widerstehen?

Die Forderung eines Manufakturschutzzolles auf Gespinnste rc., erscheint ebenso berechtigt, wie die Forderung des Handelsschutzzolles, und es wird sich nur darum handeln, die zweckmäßige Höhe desselben richtig zu bemessen, um die Vorteile, deren England sich augenblicklich erfreut, auszugleichen. Der Twistzoll von zwei Talern hat sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen, zu einer Zeit, wo in England die rohe Baumwolle noch mit einem Eingangszolle von etwa einem Taler belegt war.

Ein Zoll von vier Taler auf Twist würde circa 10 Prozent vom Werte repräsentieren, dem Prinzip des Zollvereins entsprechen und ohne Zweifel zur Hebung der Baumwollspinnerei ausreichen. Der Wert der leinenen und wollenen Garne ist verhältnismäßig größer wie der Wert der baumwollenen. Indessen besitzt der Zollverein selbst den Urstoff zu diesen Zweigen, und dieselben bedürfen also eines geringeren Schutzes. Meinem Dafürhalten nach würden vier Taler per Ztr. auch für leinene und wollene Garne vollkommen ausreichen.

Eine gerechte Forderung der deutschen Industrie ist es, wenn sie inbezug auf eine gewisse Dauer des Schutzzolles Sicherheit verlangt. Diese Sicherheit vermag es einzig und allein, das nötige Kapital den auszubildenden Zweigen zuzuwenden. Es erscheint daher notwendig, daß der erwähnte Schutzzoll auf Gespinnste auf eine genügende Reihe von Jahren, etwa auf zehn Jahre, fixiert werde. Die Ausbildung der betreffenden Zweige wird dadurch um so mehr beschleunigt, und um so eher der Augenblick herbeigeführt, wo das deutsche Gespinnst auf dem Weltmarkt die Konkurrenz Englands bestehen kann. Soll der zu erbittende Schutzzoll sein Ziel, die Produktivkräfte Deutschlands zu erhöhen, vollständig erreichen, so kann dies nur dann geschehen, wenn gleichzeitig die bestehenden Industriezweige vor Schaden bewahrt und in ihrer organischen Weiterentwicklung nicht gehemmt werden. Daß denselben bei dem Überfluß an Arbeitern in Deutschland keine Gefahr durch Entziehung derselben droht, besonders wenn der Staat seine Aufgabe, die Anlagen von Fabriken in denjenigen Landesteilen, die derselben noch gänzlich entbehren, durch Prämien zu beförden, würdig löst, wird unbedenklich zugegeben werden.

Dagegen ist es klar, daß der für den Export arbeitenden Weberei durch Erhöhung der Garnzölle ein empfindlicher Schlag versetzt werden würde, wenn mit dieser Zollerhöhung auf Garne nicht ein Rückzoll auf Gewebe verbunden wird. Der Rückzoll wird weniger Schwierigkeiten in

der Anwendung und weniger dem Mißbrauch von seiten der Fabrikanten unterworfen sein, wenn er in Steuer-Bons bei der Ausfuhr der Gewebe bewilligt wird und diese Bons bei der Einfuhr der betreffenden Garne in Zahlung genommen werden. In dieser, die Komptabilität und Sicherheit erleichternden Weise der Anwendung glaube ich, daß Rückzölle auf Gewebe bis zur vollen Höhe des Betrages der Steuer auf Garne bewilligt werden können. Sobald die inländischen Fabriken den Bedarf des Zollvereins decken, die Garneinfuhr aufgehört hat oder zu einem höchst geringen Quantum herabgesunken ist, oder wenn gar ein bedeutender Export auf neutralen Märkten an die Stelle der Einfuhr getreten ist, dann ist es Zeit, die Schutzzölle herabzusetzen und durch Handelsverträge die gänzliche Aufhebung derselben vorzubereiten.

Die Intelligenz des deutschen Volkes bürgt dafür, daß es einseitigen Privatinteressen weder gelingen wird, das Schutzzollsystem in ein Prohibitivzollsystem zu verwandeln, noch der Ermäßigung und Aufhebung der Schutzzölle hindernd entgegenzutreten, wenn der Augenblick dazu gekommen sein wird; die deutsche Intelligenz ist zu mächtig, um durch Partikularinteressen besiegt zu werden. Mögen heute, wo der Schutzzollruf der Fabrikanten zum Ruf der öffentlichen Meinung geworden, sich die bewußten Anhänger der Handelsfreiheit mit denselben vereinigen, um das zu erreichen, was das Gesamtinteresse fordert. Sie werden um so kräftiger dem künftigen Geschrei der Partikularinteressen begegnen können, wenn sie bewiesen haben, daß ihre Überzeugungen nicht in der abstrakten Idealität der Theorie, sondern im wirklichen Leben wurzeln.

Mein Antrag geht dahin, daß die Handelskammer sich in einer Eingabe an den Finanzminister für eine weitere Ausbildung des Handels- und Manufaktur-Schutzzollsystems, für Einführung von Differenzialzöllen und für Erhöhung der Zölle auf Baumwollen-, Leinen- und Wollengarne bis zu den angedeuteten Sätzen ausspreche, und dadurch die Identität der Interessen Kölns mit den Interessen der Manufakturstädte der Provinz bekunde.

---

3. Briefe von der italienischen Reise.

(Vgl. Band I, Kapitel 10.)

a) G. Mevissen an seine Schwester Maria. Baden-Baden 1845 Juli 31—August 2.

Kurze Zeit vor seiner Reise nach Italien war Mevissen einige Tage in Baden-Baden, wo er ein Jahr vorher mit seiner Schwester Maria (Frau Specken in Dülken) einige Zeit zugebracht hatte. Seine Briefe an Eltern

und Geschwister enthalten häufig allgemeine Reflexionen. Aus ihrer Fülle wird hier der folgende Brief herausgehoben.

31. Juli. Ich stehe heute wieder an demselben Fleck, wo wir vor einem Jahre zusammenstanden. Ich möchte Dir gerne einen freundlichen Gruß hinübersenden und Dich bitten, mit mir im Geiste nochmals diese Thäler und Hügel, diese Burgen der Vergangenheit und diese Natur- und Kunstgebilde der Gegenwart zu durchwandeln. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind überall an allen Punkten der Erde zu gleicher Zeit ganz. Das Leben der Welt spiegelt sich in der kleinsten Scholle, und wie das Leben des Alls, so spiegelt sich auch das Leben des Einzelnen in jedem Moment. Laß Deine Erinnerung nur einen einzigen Moment aus einem Menschenleben mit allen seinen Beziehungen nach innen und nach außen Dir vorzaubern, so hast Du den ganzen Menschen, und in diesem den ganzen ewigen unendlichen Geist. Du stehst urplötzlich inmitten der Schöpfung Gott gegenüber.

Die Leichtigkeit, zu jeder Minute im Einzelnen das Ganze, im Endlichen das Unendliche, im Wirklichen das Ideelle zu erkennen, zu achten und zu lieben — diese Allgegenwart der Idee, des tiefsten Kernes des Geistes — diese Leichtigkeit der Verwandlung und Schöpfung geht zu leicht im Getriebe des Tages verloren. Das Auge wird verwirrt durch die Masse von bunten Einzelheiten, die ihm entgegentreten, und weil diese einzelnen Erscheinungen ihn auf Sekunden, auf die Dauer eines Gedankens ganz beschäftigen, weil sie oft in immer wiederholten Schlägen auf ihn eindringen und durch Wiederholung Dauer erlangen, darum läuft er Gefahr, sich im Einzelnen festzufahren, dabei zu verharren und so über die schlechte inhaltlose Endlichkeit seine Idealität zwar nicht zu verlieren, wohl aber so in den Hintergrund zu drängen, daß sie nicht mehr mahnend, richtend, zerstörend ins Bewußtsein tritt. Ist das Licht der Idee auf geraume Zeit verdunkelt, haben die Scheinmächte des Lebens, die Werktags-Erscheinungen und Werktags-Tatsachen Dauer und Gestalt gewonnen, dann beherrschen sie durch ihre ordnungslose Masse den Geist und ziehen den ewigen, unendlichen und freien immer tiefer in den Kot leblosen Strebens, gemeinen Handelns.

Darum ist es so sehr Not, von Zeit zu Zeit sich abzuschließen, mit seinem Bewußtsein allein zu sein und das Erlebte einer Prüfung, einem Gerichte zu unterwerfen, damit die Tagesgespenster entlarvt, das Ideal wieder in seinem vollen Glanz in die Seele eingeboren werde. Die Wege zur Wiedergeburt des Ideals sind verschieden. Wo noch Jugendfülle, Schöpferlust und ursprüngliche Freiheit das Herz durchwallt, da wird das Ideal wieder gewonnen auf einen Schlag, in einem einzigen

Augenblick, in der Liebe. Die Liebe hebt die gespensterhafte Vielheit auf in eine lebenerfüllte ganz hingebende Einheit. Vor ihr verliert die Werktags-Tat ihren Wert, sie erhebt sich kühn, ihrer göttlichen Schöpfermacht bewußt, über alle Verhältnisse. Nichts Äußeres bleibt bestehen, alles wird im Innern, im Gemüte besiegt und zerstört. Aber die Liebe selbst ist nur eine innere Einheit, ein Wollen, ein Traum des Geistes. Sie hat die Macht, im Herzen die Teufel zu besiegen — aber auch nur im Herzen, sie kann sie aus den äußeren Gestaltungen des Lebens nicht entfernen. Die äußeren Lebensmächte treten ihr früh oder spät wieder als Macht, als Zwang und Schranke gegenüber, und selten hat die Liebe Intensivität und Fülle genug, um aus dem Herzen hinaus durch die Empfindung in jedem Augenblick die Schlacht gegen die äußeren Mächte des Lebens siegreich zu bestehen. Unterliegt sie ein einziges mal, so ist es mit dem idealen Menschen vorbei. Der Philister, der gott- und ideelose, tritt mit seiner nackten Inhaltlosigkeit an ihre Stelle. Was die Liebe dauernd selten, vielleicht nie, vermag, das vermag der Geist im Erkennen. Das Erkennen, das Bewußtsein des idealen Gehaltes im Leben tritt nicht, wie die Liebe, auf einen Schlag urplötzlich ins Herz, sondern tritt nach und nach, vermittelt durch ernste andauernde Studien, in den Geist. Zum Erkennen bedarf es der geistigen Freiheit, der gänzlichen Hingebung an die Idee, der Vernichtung des aufs liebe Ich beschränkten Egoismus. Hat die Erkenntnis sich durchgerungen, hat das Ewige den Geist erfüllt, so verhält es sich als Macht gegen die Außendinge, und wie weit auch der Strom des thätigen Lebens von dem idealen Gebiete ablenken mag, die Brücke ist im Geiste gebaut, die das kleinste, unbedeutendste Streben im Tagesleben an das Ideale anknüpft, das Endliche in seiner Einzelheit vernichtet und es in den Geist verklärt. Was als endliche vereinzelte Erscheinung oder Tat die Seele drückte, was im Ungewissen ließ über sein Ziel, gestaltet sich nun als Sprosse zu einem lebenvollen im Geiste ruhenden Ganzen. Das Einzelleben hat seine Schranke durchbrochen und sich als Teil im Leben der Gattung erkannt. Die Vergangenheit zeigt sich als befruchteter Schooß der Gegenwart, die Gegenwart als Keim einer unendlichen Zukunft. Und im Geiste ist Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in demselben Momente enthalten und aufgehoben.

Hat sich der Geist durch Arbeit, durch Geistesthat wieder gestärkt, ist er seiner selbst, seiner ewigen Sendung wieder gewiß geworden, dann kann er mit neuem Lebensmut in das Tagesgewirre eingreifen und mit höherer Hand die bunten Fäden zum Gewebe flechten. Er hat dann die Macht über die Dinge.

Bei der Nymphe Egeria holte einst im alten Rom Numa sich Rat. Ich bin hinausgewandert zum Murgtal, zu diesem Spiegel der schönen Natur, um mich selbst wiederzufinden, um aus der Harmonie der Berge die Harmonie der Seele herauszufühlen. Wie Du siehst, zwischen heute und heute vor einem Jahre liegt nur ein Augenblick, liegt nur die Spanne des Gedankens. Wird es mir gelingen, fort und fort im Wechsel, im buntesten, stets derselbe zu bleiben?

1. August. Gestern sprach ich mit Dir über die Macht des Geistes, sich als Ideal stets seiner Allmacht über die äußeren Erscheinungen des Lebens bewußt zu sein. Heute möchte ich Dir einige Worte über die Poesie des Ideals sagen, Worte von denen ich wünsche, daß Du sie nachempfindest, damit die Einheit des Geistes zwischen uns sich stets erhalte, sich stets verjünge nnd kräftige.

Alle Poesie hat keinen andern Inhalt wie das Ideal. Ihre ganze Aufgabe ist nicht, die Erde sondern den Himmel, nicht den Menschen sondern den Gott im Menschen darzustellen. Aber sie hat zur Darstellung keine anderen Farben, keine anderen Töne, als diejenigen, die sie aus der Wirklichkeit, die sie umgiebt, entnimmt. Die Poesie ist Gedanke in Gestalten. Der Künstler will nicht begreifen, er will schaffen, und um zu schaffen taucht er seinen Pinsel ins innerste Herz des Menschen und der Natur, und mit beider Herzblut tränkt er seine Gemälde. Je tiefere Seelenstimmungen er dem Gemüte ablauscht, je schönere Naturformen er begeistigt, desto lebenvoller und wahrer sind seine Gebilde. Er darf hinuntersteigen, der Dichter, in die geheimsten Winkel des Geistes, in die Winkel voll nächtiger Schrecken, er darf das Ungeheure, das Böse darstellen — unter seinen Händen entwirrt sich alles zu einer Hymne auf die Herrlichkeit des Geistes. Er hat die Macht, in der verworfensten Empfindung, in der geistlosesten Tat, in der dürftigsten Naturform noch das tiefe unzerstörbare Walten des ewigen Geistes aufzuzeigen. Aber nicht immer liebt es der Dichter, die Schreckensgestalten der Abgründe heraufzubeschwören, am Gegensatze die Gottheit darzustellen — weit lieber steigt er hinab in die sonnigen Tiefen seiner Brust, weit lieber jubelt er innig wie die Lerche bei der Schönheit des Liebefrühlings, und sein Lied ist duftig durchweht vom Hauch der Wonne. Ach, die Wonne, das Glück, sind so selten in voller Reinheit! Der Geist will und darf nicht wollen Ruhe und Seligkeit, sondern sein Wesen ist Tat, Streben und Kampf. Wenn auch der Dichter auf Augenblicke rastet und sich labt am Genuß der Schönheit, der lebensvollen Freude, mit Allgewalt treibt es ihn wieder hinaus aus dem Reiche des seligen Friedens in die Welt des Kampfes. Darin aber liegt die Weihe seines Berufs, daß er im Kampfe nicht ver-

sinkt, daß er auf den erhabenen Schwingen der Ahnung, auf den sanften Flügeln der Hoffnung empordringt aus dem Reiche des Kampfes in die Region der Freiheit und der Liebe. Die Poesie versöhnt alle Gegensätze, und auf dem Grabe der Zeit pflanzt sie die hohe Standarte der Ewigkeit, der Freiheit, der Liebe. Im Gegenwärtigen das Zukünftige, im Menschlichen das Göttliche, im Vielen das Eine, im Haß die Liebe erschauen und empfinden — das ist Dichtung. Wo die Macht der Dichtung im Gemüte, da ist das Leben mit all seinen Kämpfen besiegt, da erscheint im Innern nach jedem Sturme der sanfte Regenbogen als Engel des Friedens. Darum habe ich mich so oft, wenn die rauhe Hand der Wirklichkeit mich unsanft berührte, wenn Hoffnungen, Träume unerfüllt blieben, wenn das Herz auf Augenblicke kalt und verödet war, hinübergeflüchtet in das trauliche Reich der Dichtung, wo die Blumen der Hoffnung, die Träume des Herzens ewig blühen und nie verwelken. Aus diesem Reiche habe ich Blume um Blume gebrochen und als Marksteine am Lebenspfade aufgestellt, als Schlaglicht einer dahingegangenen inneren Welt. Auch hier in Baden möchte ich gerne die letzten Träume, die schönsten Hoffnungen einsenken zu den heiligen Toten im Reiche der Dichtung. Was dargestellt, entäußert ist, dessen Last ist vom Busen abgewälzt, und hemmt nicht fürder mehr den Lebenslauf. Neue Kraft, neuer Strebemut, neue Lebenslust wird gewonnen, und die Niederlage verwandelt die zaubernde Dichterhand in Sieg. Was das Leben zu hemmen, die Hoffnung zu knicken, das Ideal zu verdunkeln drohte, daraus schafft die Dichtung die Stufe eines höhern Lebens, einer schönern Hoffnung, eines reichern Ideals. Und wie schön ist es, einst bei großen Toten ruhen! rings auf allen Schlachtfeldern der Empfindung liebe Tote, die mit ihren hellen Augen grüßen und weinend stumm an die Brust sinken und mit stiller Wehmut und Sehnsucht auf die Täuschungen der Vergangenheit niederschauen! Es gibt ja nichts Liebeloses unter der Sonne. Was liebelos erscheint, ist unerleuchtet von der seligen Erkenntnis des Herzens.

Alles Schlechte, alles Widerwärtige im Leben ist nichts wie Mangel an Bildung, Mangel an Erkennen, und das Unglück trifft nie mit seiner ganzen Schwere den Erkennenden, sondern den, dem das Erkennen fehlt. Auf dem Boden dieser Einsicht blüht die schönste Blume des Herzens, die weiße Rose des Wohlwollens gegen Alle und zu aller Zeit. Das Wohlwollen kann in dem Herzen nie untergehen, das in aller bösen Erscheinung den Irrtum, den Mangel an Erkenntnis, das in dem gesunkensten Menschen noch den einstigen Gott erkennt. In diesem Gedanken liegt die Versöhnung, die absolute Einheit mit der Welt. Wohlwollen ist der Magnet des Herzens, der alles zu sich heranzieht und in allem sich

selbst genießt. Wie auch die Gestalten und die Schicksale wechseln, dieser Kompaß ist untrüglich auf dem Meere des Lebens. Auch das Wohlwollen ist die Gabe, das Eigentum des Dichters; denn der Dichter nur dichtet in die verworfenste Erscheinung hinein das ewige Wesen der Gottheit. Weitverbreitet zwar ist der sonderbare Wahn, der Dichter habe es nicht mit wahren Wesenheiten, sondern nur mit Scheingestalten zu thun. Nichts ist aber sinnloser als dieser Glaube. Der Dichter fühlt aus jeder Erscheinung das wahre Wesen, den eigensten Inhalt heraus und streift die trügerische Hülle ab. Wer möchte behaupten, der wahre Inhalt des Lebens läge in den tausend vereinzelten Bestrebungen für Selbsterhaltung und Genuß, und nicht in dem Ringen nach einer ideellen Zukunft, nach einer mehr und mehr fortschreitenden Entwickelung des Geistes und des Herzens? Wer ist noch so versunken in die lügenhafte Existenz des Tages, daß er sich nicht schäme zu bekennen, alle seine Taten seien nur dem beschränkten Ich, der geistverlassenen Materie gewidmet? Nein, diese Auffassung ist durch eine höhere vernichtet. Der Einzelne fühlt sich mit Freude und Stolz als Glied einer unendlichen Kette, als Teil einer Idee, die das All erhält und durchdringt. Ob der Einzelne das Gegenbild seines idealen Inhalts, seines Dichtungsvermögens, seiner errungenen Geistesstufe hier findet, wer mag es wissen? Die Schicksalswechsel des Einen lauten auf die Gegenwart, die des Andern auf die Zukunft. Keiner hat ein Recht, sich zu beklagen. Jeder strebe muthig, sein Ziel zu erringen, denn nur dem Strebenden und Kämpfenden kommt das Glück hold entgegen.

2. August. Erinnerung und Gegenwart wirken an diesem Platze so mächtig auf mich ein, daß es mich drängt, die Ansichten und Empfindungen des Momentes, die Resultate des Lebens auszusprechen. Diese Aussprüche sind schriftliche Fortsetzungen unserer vorigjährigen mündlichen Unterhaltungen. Wem sollte ich dieselben besser zueignen als Dir? bin ich doch überzeugt, daß Du Dich liebevoll bemühen wirst, mich zu verstehen, mir auf den nicht immer klaren Pfaden der Forschung zu folgen!

Wie oft drängt sich im Leben dem Einzelnen der Gedanke auf: Wozu die Thätigkeit, das rastlose Streben, das Ringen und Kämpfen? Verschwinden doch die Thaten der Individuen im Leben der Gattung, in der Geschichte der kleinen Erde wie die Tropfen im Meer!

Diese Ansichtsweise, diese Kette von Betrachtungen ist unerfreulich und entnervt den Geist, der nur in der Gewißheit, etwas zu sein, etwas zu gelten, sich wohl fühlt. Gegen diese Zweifel hilft kein Mäkeln, kein Accommodieren; sie kehren immer wieder, so lange sie nicht ein für allemal besiegt sind.

Haben die verneinenden Mächte denn Recht, hat das Menschenleben wirklich keinen Inhalt, verschwindet es wie die Woge im Flusse, um nimmer wiederzukehren? O nein. Diese trostlose Weltansicht, diese Ausgeburt der an sich selbst irregewordenen Schwäche ist grundfalsch. Freilich hat das Einzelleben, das vereinzelte Bestreben keinen Wert; in der Vereinzelung ist der Mensch der geistlose Knecht der Materie, der nur für sich, für seine kleinlichen Bedürfnisse schafft, der den Gott, die geistige Einheit des Weltalls, nicht in sich, sondern außer sich als ein ihm Fremdes sich vorstellt und empfindet. So lange der Mensch nicht über dieses abgeschlossene Für-Sich-Sein hinausgekommen, so lange er nicht den Muth hat, sich der Entwickelung der Gattung ganz hinzugeben, um sich mit erhöhten Kräften neugeboren aus ihr zurückzunehmen, so lange hat er kein Bewußtsein über sich und seinen eigenen Inhalt, so lange ist er nur Form, nicht Geist. Erst wenn die Einsicht tagt, daß der Einzelne als solcher null und nur insofern von Bedeutung ist, als er seine Kräfte mit reiner Hingebung dem Ganzen, dem Dienste der unendlichen Zukunft, der Freiheit des Geistes weiht, erst dann hat der Geist siegend die Schranke der Natürlichkeit durchbrochen, erst dann fühlt sich der Einzelne im Ganzen groß und erhaben. Er lebt im Ganzen und das Ganze lebt in ihm, oder er ist in Gott und Gott in ihm. Die Menschen haben Jahrtausende lang so wunderlich tolle, inhaltlose Vorstellungen mit dem Worte Gott verbunden, daß es endlich an der Zeit ist, die Gespenster einer wüsten Einbildungskraft zu vertreiben, und das klare Licht der Erkenntnis weiter und weiter zu verbreiten.

Was allen Vorstellungen von Gott, selbst den abgeschmacktesten, zu Grunde liegt, ist der Begriff des freien unendlichen Geistes, des von unendlicher Liebe erfüllten Herzens. Auf diese beiden Vorstellungen reduziert sich der letzte Inhalt aller Religion. Den Frommen aber ist ihr Gott etwas äußerliches, dem sie wie einer Naturmacht unterworfen sind, ohne zu wissen warum. Aus mangelnder Erkenntnis werfen sie den Gott hinaus aus dem Weltall und bringen es nicht hinaus über die nackte, kahle, inhaltlose Vorstellung einer jenseitigen überirdischen Macht. Es liegt allem Glauben die ganz irrige Vorstellung zu Grunde, als ob für den Menschen etwas außer ihm Seiendes, etwas Jenseitiges, Unsinnliches, über seine Vernunft Erhabenes existiren könne. Für den Menschen existirt nichts, was nicht in dem Menschen existirt. Wie sollte etwas für den Geist sein, was nicht aus dem Geiste geboren, nicht in dem Geiste gegenwärtig wäre! Der Begriff, die Vorstellung Gott ist gar nichts anderes, als der Begriff und die Vorstellung Geist — aber freilich nicht der einzelne Menschengeist in seinen einzelnen Äußerungen — sondern der Geist der

Menschheit in seiner Unendlichkeit. Je höher die Bildung der Einzelnen steigt, je inniger sie ihres Zusammenhangs mit dem Ganzen bewußt, je mehr ihre Herzen von allumfassender Liebe und von Wohlwollen durchdrungen werden, um so höher reiner und inhaltvoller werden ihre Begriffe von Gott und Ewigkeit.

Ewig, unsterblich ist nicht der einzelne, nicht die sinnliche wertlose Erscheinung, sondern der unendliche Geist, von dem der einzelne ein Bruchstück zur Erscheinung bringt. Priester und Könige haben Jahrtausendlang die Völker am Gängelband der Phantasie herumgeführt, haben die Hoffnung und das Streben statt auf ein werktätiges Diesseits, auf ein totes leeres Jenseits hingeleitet. In diesem Jenseits, dem christlichen Himmel, suchte das Volk, das arme betrogene, die Wahrheit seines Daseins, während sein wirklicher Inhalt, seine Arbeit, sein Streben im Diesseits, einzig den Priestern und Königen zu ihren egoistischen Gelüsten diente. Die Geschichte mußte die Menschheit durch diese rauhe Schule der Kultur hindurchleiten. Nur auf diesem Wege konnten Fürst und Priester, die geistigen Machthaber der Völker, zu der Einsicht gelangen, daß auch ihre Existenz eine hohle, auf den thierischen Genuß beschränkte sein müsse, solange der Geist in den Völkern nicht selbständig, nicht frei werde. Die Fürsten und Priester wurden gemartert von allen Qualen des Überdrusses. Sie, die Wissenden, standen einsam und allein, waren unglücklich und in sich zerfallen auf der öden Höhe der Throne. Diese innere Friedelosigkeit, dieser unvertilgbare Drang des Menschengeistes, sich in Anderen zu wissen, zu verstehen und verstanden zu werden, bewog die gebildeten, von der Natur harmonisch organisierten unter den Gewalthabern, die Völker zu bilden, zu sich heranzuheben, Kunst und Wissenschaft zu pflegen und zu schützen. Dieser Bildungsprozeß der Völker ist der Inhalt der Geschichte. Heute ist die Kultur so weit fortgeschritten, daß die Völker des schützenden Gängelbandes nicht mehr bedürfen, daß der Trieb nach Bildung, nach Entwicklung das freie Eigentum der Massen geworden. Die Zahl der geistig Freien hat sich in allen Staaten Europas wunderbar vermehrt; schon seit Jahrhunderten vermag kein Fürst, kein Priester mehr, den Geist der Menschheit scheinbar zu beherrschen. Dieser Geist hat ein anderes Heer von Trägern, weit mächtiger als die Bajonette, aber nur dem ernsten keuschen Forschen sichtbar.

Der Fürst, der sein Jahrhundert versteht, kann nichts anderes mehr thun, als jeder einzelne für sich; er kann und muß sich aufrichtig und ganz dem Dienste der Menschheit weihen. Dann, aber auch nur dann, wirkt er Großes im Verein mit andern. Die Größe des Individuums ist nicht mehr so sehr wie früher abhängig von dem Zufall der Geburt, von den

äußeren Verhältnissen. Goethe ist größer, tiefer wirkend, als Napoleon, Hegel größer als Luther. Nicht jedem einzelnen ist es vergönnt, mitwirkend bis in die Spitze der Gegenwart einzudringen, am Webstuhl der Geschichte mitzuschaffen, aber jeder kann, ja jeder soll seinen Geist so weit ausbilden, daß er das Große im Völkerleben überall, wo es in noch so wirren Erscheinungen zu Tage kommt, erkenne und achte. In Erkenntnis und Achtung, in Anregung und Neigung lebt dann der Einzelne auch im beschränkten Wirkungskreise das ganze Leben der Gattung mit — nichts Schönes, Großes geht ihm verloren — alle erhabenen Erscheinungen bereichern seinen Geist, und er mag am Ende einer Laufbahn dann mit Schiller ausrufen: „Ich habe gelebt mit den Edelsten und Besten meiner Zeit, darum habe ich für alle Zeit gelebt."

In der offenen freien Empfänglichkeit des Gemütes für alles Edle und Erhabene liegt der schützende Anker gegen jede gemeine, kleinliche Richtung der Seele. Wer seinen Blick festheftet auf die großen Gestaltungen im Völkerleben, wird sich auch im einsamen Dorfe als integrierender Teil des Ganzen, als Glied der Menschheit empfinden, wird seine jugendliche Frische, seine unverwüstliche geistige Gesundheit bewahren und nicht an der gefährlichen Zersplitterung, an Kleinlichkeitskrämerei und Weltsinn, Sinn für die schlechte Äußerlichkeit, scheitern. In seiner Erscheinung schon wird sich fort und fort die edle Ruhe in der Bewegung, die Selbstgewißheit im Kampfe ausprägen. Er stellt seinen Kindern in sich das Bild der Menschheit dar! Wie leicht wird diesen dann das Begreifen und Erkennen, über wie viele Abgründe, Irrtümer der Geschichte gleiten sie hinweg, und wie tüchtig werden sie werden zur Fortsetzung des schönen Werkes der Menschwerdung des Geistes, wenn schon die Mutter den Geist der Menschheit an sich ihnen darstellt. Werde, sei Deinen Kindern eine solche Mutter!

b) An seine Mutter. Mailand 1845 September 9.

Am 3. September ist er mit Franz Leiden (seinem spätern Schwager) zusammen von Köln aufgebrochen, dann über Mainz, Straßburg, Basel, Luzern, Flüelen, den S. Gotthardpaß und Lugano nach Como gefahren, „wo wir Sonntag (7. September) morgens um 12 Uhr eintrafen. Die Tour von Köln nach Como, der ersten, herrlich gelegenen Stadt am Comersee in der österreichischen Lombardei, haben wir also in 4½ Tag gemacht, bequem und billig. In Como blieben wir den Sonntag und fuhren auf dem Comersee nach der Villa Sommariva, dem Landsitze der Prinzeß Albrecht von Preußen, wo die bedeutendsten plastischen Kunst-

werke, Thorwaldsens Alexanderzug, Canovas Venus und Amor, Palamedes' Venus und Mars und eine Menge trefflicher Gemälde in der üppigsten Natur das Auge fesseln. Von Como sind wir gestern Morgen früh hierher nach der alten Hauptstadt der Lombardei gefahren, haben gestern den Dom mit all seiner Fülle von Steingebilden und den Palast Brera mit seinem immensen Reichtum an Kunstschätzen, gestern Abend das Leben Mailands am Corso und an der Porta orientale gesehen und werden heute unsere Wanderung durch Mailand fortsetzen.

Dies ist der kurze Abriß unserer bisherigen Wanderung. Sie ersehen daraus, daß wir statt das frühere Project, über Südfrankreich nach Marseille und Neapel zu gehen, auszuführen, es vorgezogen haben, den Weg über die Lombardei zu nehmen, weil uns erstere Tour gar zu lange aufgehalten haben würde. Von hier fahren wir Donnerstag Mittag nach Genua, von Genua Freitag Abend nach Livorno, von Livorno Samstag nach Florenz und von Florenz nach einem mehrtägigen Aufenthalt nach Rom. Unsere Tour wird also gerade umgekehrt. Wir werden statt zuerst, zuletzt nach Neapel und Palermo gehen, wenn nicht abermalige Änderungen, die bei dem hier bereits ganz unregelmäßigen Postenlauf leicht eintreten können, es anders mit sich bringen. Die Straßen sind bis hierher schön, die Posteinrichtungen hier jedoch bereits herzlich schlecht. Wir wären sehr gerne schon morgen nach Genua oder Florenz gefahren, können aber vor Donnerstag keine Postplätze finden, und ziehen es daher vor, einen Tag länger hier zu bleiben. Von Monza bis hier, von Pisa nach Livorno, und von Mestre nach Venedig sind auf kurze Strecken Eisenbahnen, bis jetzt die einzigen in Italien.

Um Mailand ist die Gegend eine große Ebene, die von der Höhe des Domturmes aus gesehen von den Tiroler und Schweizer Alpen einerseits, von den Savoyer Alpen andrerseits, und dann vom adriatischen und mittelländischen Meer begrenzt wird, eine Ebene, wie ich an Ausdehnung noch keine gleiche gesehen habe. Das Klima ist hier bereits südlich. Feigen, Mais und ähnliche Stauden wachsen im Freien, und Platanen, Ahorn und Akazien bilden die Waldbepflanzung. Das Wetter ist mild und heiter, warm genug, um Nachts ohne Decken auf dem Bett auszuruhen. Das Leben der Mailänder bewegt sich schon sehr viel im Freien. Alles geschieht auf der Straße. Die Häuser sind schön und groß, die Straßen breit, und manches erinnert schon an den Glanz des alten Italiens.

Meine Reiseberichte werde ich von 8—10 Tagen zu 8—10 Tagen fortsetzen und Sie mit meinen Erlebnissen unterhalten, damit wir, wenn auch durch Ferne geschieden, doch geistig stets nahe bleiben."

c) An seine Schwester Wilhelmine. Florenz 1845 September 15.

Mein letzter Bericht war aus Mailand. Wir verweilten dort vorige Woche Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag bis 1 Uhr, fuhren um 1 Uhr nach Genua, trafen dort Freitag Morgen um 7 Uhr ein, blieben Freitag und Samstag in Genua und fuhren Samstag Abend um 6 Uhr nach Livorno, wo wir gestern gegen 8 Uhr morgens nach ziemlich angenehmer Seefahrt mit dem Dampfboot eintrafen. Von Livorno fuhren wir gestern Mittag 2 Uhr nach Pisa, und gestern Abend 8 Uhr von Pisa nach Florenz, dem Sitze der Mediceer, wo wir heute morgen um 6 Uhr eintrafen. Das ist das äußere Gerippe meiner italienischen Tour, überreich an neuen und bedeutenden Anschauungen. Der interessanteste Teil Italiens, das Volk, macht durch seine heutige Erscheinung keinen angenehmen Eindruck. In Mailand ist es die behagliche, in beschränktem Geiste festgehaltene Ordnung des materiellen Österreich, die vor der Hand die äußere Seite des Lebens auf Kosten der innern entwickelt. In Genua hat die kaufmännische, dem Momente zugewandte Begierde die edleren Richtungen des Lebens von der Oberfläche zurückgedrängt; in Livorno herrscht Gott Merkur mit absoluter Gewalt; über Florenz habe ich mir noch kein Urteil gebildet. Nach Pavia und Pisa, jene Städte, in denen man das Gras wachsen hört, hat sich die tote Wissenschaft der Gegenwart geflüchtet; dort unter Steinhaufen, die als große, stumme Zeugen der Vergangenheit in die Gegenwart hineinragen, bewegt sich der Geist des modernen Italiens, kalt, ohnmächtig, wie die Trümmer, die so beredt auf die große Vergangenheit, auf das Grab der Geschichte hindeuten.

Italien und Griechenland waren einst die Wiege der Kultur, und in ihren Gefilden bildeten sich die Barbaren des Nordens. Heute sind die Barbaren die Träger der Bildung geworden, und der freie nordische Geist schreitet siegreich und seiner großen Zukunft bewußt über die Gräber der Scipionen. Rom eröffnete den Reigen; mit seinem Sturze war die politische Größe Italiens hin, aber der römische Geist vererbte sich aufs Papsttum. Was einst die Legionen des Cäsar, wurden nun die Apostel der alleinseligmachenden Kirche. Noch einmal schlug der Geist der Römer die Völker der Erde in Fesseln, und gewaltiger als der Purpur herrschte die Tiara. Das Papsttum herrschte Jahrhundertelang über die Barbaren Germaniens, die den Tron der römischen Kaiser zertrümmert hatten, und bekleidete in höchster Machtvollkommenheit deutsche Könige mit römischem Purpur. So wurden die politischen Sieger die Besiegten der Kirche, die ihnen gegenüber den freien Geist repräsentirte. Aber noch einmal raffte sich der Norden empor, und der freie Heidengeist

brach die römischen Fesseln. Luther ist der Schöpfer der politischen wie der kirchlichen Freiheit Deutschlands.

Höchst interessant ist es, in den einzelnen Staaten zu sehen, wie sich das heutige Italien zu seinem Kern und Mittelpunkt, zu Roms geistiger Weltmacht verhält. Wie überall, so hatte auch in Italien von jeher das Papsttum seine Gegner, aber sie waren nie mächtig genug zum Siege. Die Versuche, die geistige Sclaverei abzuwerfen, von Rienzi, Savonarola und andern unternommen, blieben ohne Erfolg. Die Herrschaft der Kirche über die Geister war in Italien milder und schonender, weil mehr gesichert. Die Kirche war zufrieden mit dem äußeren Menschen, und die Freiheit des innern wurde selten und fast nie ohne dringende Not gekränkt. Inmitten der milden Herrschaft der Kirche etablirte sich als befreundete, nicht wie im Norden als feindliche, Macht der Geist der freien Forschung, der Genius der Kunst. An den Überlieferungen der Griechen und Römer blühte die christliche Kunst, nachdem die ersten rauhen Kämpfe der Kirche beseitigt waren, empor und vermählte den freien heidnischen, dem Leben zugewandten Geist mit der dem Jenseits zugewandten religiösen Reflexion. Die christliche Kunst reagirte als höhere Stufe des Geistes mächtig auf das Papsttum, und ein Leo X. war kühn genug, die Versöhnung der Kirche mit dem freien Geiste der Kunst anzustreben. In der schönen Persönlichkeit Leos ist die Allmacht der Kirche sich ihrer Harmonie mit dem Erdenleben bewußt. Das Jenseits ist in ein Diesseits verwandelt. Der Papst repräsentirte nicht allein Christus sondern auch Apoll. Mit dem genannten Leo gleichzeitig, und teilweise durch ihn hervorgerufen, ergriff der Geist der Kunst die italienischen Fürstengeschlechter. Leo, das Haupt der die Versöhnung von Geist und Fleisch anstrebenden Bewegung des fünfzehnten Jahrhunderts, fand seinen höchsten, harmonischen Ausdruck in Raphael, und Raphael, der Römer, bildet abermals den Knotenpunkt einer weltgeschichtlichen Kunstform. In Raphael ist der Geist der Griechen, die Harmonie der Schönheit neu geboren in höherer Gestaltung. Was Raphael und Leo für Rom, wurde das mediceische Fürstengeschlecht für Florenz, und ein edler Wettkampf entspann sich zwischen den Mediceern und dem Papsttum um die Heroen der Kunst. Florenz wurde die Wiege Macchiavells, jenes Ausdruckes des politischen Geistes des fünfzehnten Jahrhunderts, und neben Macchiavell blühten Correggio, Guido Reni, Guercino, Sassoferrato, Carlo Dolci, Andrea del Sarto, Perugino. Die Bewegung dieser Geister in ihrer Erscheinung als Kunstgebilde findet ihren Mittelpunkt gänzlich in Raphael, und nichts von allem, was sie producirten, weist über Raphael hinaus. Desto tiefer weisen die Leistungen der Einzelnen in die jedesmalige

geistige Stellung derselben der Kirche gegenüber zurück. Während Raphael, ein schaffender Gott, das Kunstgebilde frei neben sich hinstellt und Götter und Helden in gleicher Virtuosität wie Päpste und Madonnen hervorzaubert, hat schon in Correggio und Domenichino eine specifisch christliche Weltanschauung tiefere Wurzel geschlagen. Correggios Madonnen haben mehr Geist als die Madonnen Raphaels, aber weniger Fleisch. Correggio würde es nie erreicht haben, eine Fornarina zu malen. Del Sarto ist der Maler der christlichen Wehmut und Liebe, seine Madonnen und die Madonnen Sassoferratos sind unendlich sanft und herzgewinnend, aber sie ruhen. Sie weisen nicht handelnd, sondern nur beschauend aufs Leben hin.

Florenz ist vorzugsweise Stadt der Kunst. Die Straßen sind nicht breit, und hohe Häuser schauen hernieder. Die Paläste gleichen mit ihren eisenumgitterten Fenstern kleinen Festungen, in die sich die Ritter des Mittelalters vor den feindlichen bürgerlichen Elementen geflüchtet haben. Die Umgebung von Florenz ist sehr schön; die Stadt liegt in einem Gebirgskessel, den der Arno in schräger Richtung durchfließt. Wir sind am frühen Morgen hinausgeritten nach San Miniato und nach Fiesole. Von letzterm Punkt aus ist eine herrliche Aussicht aufs Arnothal rings umher und auf die Bergkette der Apenninen. Der Eindruck wird erhöht und geschwächt durch braunhaarige Franziskanermönche, ein Bettelpack in braunen Kapuzen, mit einer Schnur in der Mitte zusammengegürtet, schlecht gewaschen und trotz der feurigen Augen voller Stupidität. Diese Franciskaner haben die schönsten Punkte Italiens inne; überall wo die Natur ihre üppigsten Träume geträumt, haben diese Leute sich angekittet. Ganz am Abhange des Hügels, nahe bei dem herrlichen Tal Vallombrosa, dem Lieblingsaufenthalt Ariostos und Tassos, liegt der Flecken Camaldoli, die Heimat der Camaldolenser. Wo das Auge hinblickt, überall ist eine großartige Geschichte, eine Vergangenheit, die den Geist gewaltsam anzieht und mit sich fortreißt. In Florenz ist einer der herrlichsten Punkte die Loggia dei lanzi, die Loge der deutschen Landsknechte, der Söldner der Republik. Über die Piazza vecchia ragt das Stammhaus der Mediceer mit schönem Campanile. Auf dem Platze ist ein Springbrunnen mit einem kolossalen Neptun und die Statue Cosimos von Medici. In der Loge ist die herrliche Bronzestatue des Perseus von Giovanni da Bologna, der Sabinerraub in Marmor von demselben, und Ajax und Patroclos nebst der Statue der Gerechtigkeit. In den Nischen antike Frauenstatuen, wovon eine angeblich Thusnelda, die Gemahlin Hermanns. Vor dem Palaste steht Herkules mit der Keule von Giovanni da Bologna und Bandinelli und Apollo von Michel Angelo. Im Innern

des Palastes ist die Marmorgruppe Tugend und Laster von Giovanni da Bologna, höchst bedeutend. Überall der ungeheuerste Reichtum an den schönsten Werken der Kunst, so daß das Auge fast ermüdet und der Geist kaum mehr zu fassen vermag. Was Jahrhunderte geschaffen, ist hier concentrirt auf einem engen Raume. Ich vermag die Masse der empfangenen großartigen Eindrücke nur anzudeuten, nicht auszuarbeiten.

d) An seine Mutter. Neapel 1845 September 23.

In Florenz trafen wir am Montag, den 15. September, morgens 6 Uhr früh ein, blieben dort Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag bis abends 7 Uhr, wo wir zurück nach Livorno fuhren. In Livorno morgens 6 Uhr am Freitag, den 19. September, eingetroffen, bestiegen wir um 10 Uhr das Dampfboot Polyphemos und schifften uns ein nach Neapel. Das Meer war ruhig, fast spiegelglatt. Wir dinierten an Bord wie auf einem Rheinschiffe und schliefen abends auf Deck mit mehreren Fremden gemeinschaftlich auf Matratzen. Früh am Morgen gegen 5 Uhr fuhren wir an dem Hafen Civitavecchia vorbei, ohne anzulegen, gegen 9 Uhr gelangten wir zum Ausfluß des Tiber, wo uns das herrliche Albanergebirge begrüßte, und fern ins Land hinein, dem sinnlichen Auge verborgen aber dem geistigen Auge erschlossen, lag das ewige Rom. Die Ausläufer des Albanergebirges sind schön, und man fährt stets an dem üppig grünenden Ufer vorbei. Hin und wieder tauchen Inseln auf aus dem Meer, und der Dampfer fährt an Portoferrago auf der Insel Elba, wo einst die Götter den Titanen unsers Jahrhunderts an Felsen geschmiedet, schnaubend vorbei. In der Ferne, über Elba hinaus, am Rand der Atmosphäre, liegt Corsica, die Geburtsstätte des Länder und Meere erschütternden Helden. Das Feuerroß eilt weiter und weiter. Am Albanergebirge landeinwärts liegt vom schönsten Sonnenstrahl beschienen, am Abhange der Abruzzen zwischen felsigen Klippen, Terracina, der gefürchtete Herd der Räuber des Kirchenstaates. Das Städtchen lag so schön da, im Glanze der Sonne, daß es fast unmöglich schien, sich den Schauplatz so vieler Schrecknisse in dieses holde Bild einzurahmen. Das Schiff streicht an Terracina vorbei, stets am Ufer, bis in der Ferne sich die Insel Ischia zeigt, die dem Meerbusen von Neapel wie ein kolossaler Fels den Mund verschließt. Wir saßen beim fröhlichen Dejeuner, als gegen 2 Uhr Ischia aus den Wogen hervortauchte. Die See war anhaltend spiegelglatt, freundliche Delphine begleiteten das Schiff, aus dem Schlote wirbelte eine dicke, schwarze Rauchsäule, und auf dem Decke saßen fröhliche Deutsche und tranken

Lacrimæ christi und trällerten dazu von Daheim am Rheine. Viele Nationalitäten waren an Bord vertreten, aber nur der Deutsche war laut, froh und lebendig geworden, sowie das Dejeuner erschienen war. Wir schauten, froher Erwartung voll, hin auf Ischia, das schöne; es schien so nahe — aber wir fuhren mit dem Dampfroß Stunde auf Stunde. Schon sank die Sonne in Purpur und Feuerglut, verklärte Ufer und Insel, aber das näher scheinende Ischia blieb noch ferne. Es wurde Abend. Der Mond in voller Pracht und das Heer der Sterne in nie gesehenem Glanz tauchten wie Lichtdiamanten hervor aus dem tiefblaugetränkten Himmel. Wir segelten weiter und weiter — endlich gegen 9 Uhr lautes Freudengeschrei an Bord. Lichter auf Lichter flimmerten hervor am Uferrande; eine halbzirkelförmige Bucht, in deren Mitte der Vesuv mit seinem ewigen Schlot, aus dem von fünf zu fünf Minuten irrlichterartige Feuersäulen emporwirbelten, wurde sichtbar. Noch wenige Minuten, und wir waren im Hafen von Neapel. Stürmische Bewegung an Bord, Haschen nach Effekten, Rufen, Fluchen in allen Mundarten Europas. Dann schmerzlich getäuschte Erwartung. Ein Polizist kam an Bord mit der unerfreulichen Nachricht, die Schiffsequipage dürfe nicht an Land, sondern müsse am Schiffsbord bleiben bis zum andern Morgen, der Paß- und Sanitätspolizei halber. Rings mißvergnügte, schlaftrunkene Gesichter. Der eine wollte noch zu Nacht essen und rief nach frischem Brot und Früchten, der andere wollte schlafen und breitete Matratzen auf dem Decke aus. Allmählich wards ruhiger, die Nacht war wunderschön, der Vesuv warf von Zeit zu Zeit lichte Feuergarben am Horizont empor, und gegen Mitternacht war alles in ruhigen Schlummer versunken. Gegen 2 Uhr weckte mich ein unheimliches Geräusch, ich fühlte nasse Tropfen über Stirn und Wangen rinnen. Das schöne Wetter hatte plötzlich einem heftigen Schlagregen Platz gemacht. Nun raffte sich alles in lärmender Unordnung auf und suchte Schutz in der Kajüte, kehrte aber bald aus dem überfüllten Raume wieder aufs Deck zurück. Das Spektakel, die Unordnung war grenzenlos. Der Schlagregen dauerte eine halbe Stunde, und nachdem er aufgehört, sickerten dicke Tropfen durch das Zeltdach noch unaufhörlich herunter.

An Schlaf war nicht mehr zu denken. Wir erwarteten mit Sehnsucht den Morgen und sahen mit Wonne gegen 5½ Uhr die Sonne den schönsten Golf Europas entflammen. Wir wurden durch das wunderschöne Schauspiel, das sich jetzt darbot, vollkommen entschädigt für alle Unannehmlichkeiten der nassen und durchwachten Nacht. Um 6 Uhr kam die Douane an Bord und untersuchte das Gepäck. Wir blieben

von der Untersuchung verschont, fuhren gegen 8 Uhr in Neapel ein und spähten bis 12 Uhr nach einem hübschen Quartier, das wir endlich am Seeufer an der Riviera Chiaja, Hotel de Bellevue, ganz nach Wunsch fanden.

Schon von Genua aus hatten wir die Tour mit zwei jungen deutschen Professoren, Fallati und Wunderlich, beide aus Tübingen, gemeinschaftlich gemacht, und hier wohnen wir zu vier und verschönen einander das Leben. Außer den beiden bereits nahe angeschlossenen Freunden haben wir zur weiteren Gesellschaft noch einen Dr. Steffanitz nebst Frau und Tochter aus Petersburg und einen Baron von Rugenberg aus Berlin nebst Frau, einer Tochter des Feldmarschalls von Krauseneck; ferner noch einen Dr. Reyd aus Darmstadt und einen Grafen Arnim, Studiosus aus Bonn. In Neapel begünstigt uns das Glück bis jetzt auf alle Weise. Schon in Mailand hörte ich, daß am 20. September in Neapel ein europäischer wissenschaftlicher Kongreß, in specie für Naturwissenschaften, abgehalten werde. In Genua teilte man uns ferner mit, daß durch eine besondere Kabinetsordre für die Scienziati (Männer der Wissenschaften), die sich zum Kongreß begäben, alle Paß-, Zoll- und anderen Formalitäten, die sonst so überaus lästig, im Königreich Neapel gänzlich suspendirt seien. Meine wissenschaftliche Miene kam mir diesmal vortrefflich zu statten. In Florenz hatte ich die ‚Augsburger Zeitung‘, und in dem Blatte derselben vom 12. September einen anerkennenden Artikel über meine die Zollfrage betreffende Broschüre gefunden.*) Außerdem hatte ich bereits vor zwei Jahren an einem deutschen naturwissenschaftlichen Congresse teilgenommen, in Mainz. Auf diese Fakta, auf meinen Titel und auf meine Dreistigkeit bei ähnlichen Anlässen gestützt, machte ich an Bord des Dampfbootes der hohen Polizei deutlich, daß ich nebst meinem jugendlichen Freunde von Preußen zu dem Zwecke nach Neapel abgereist sei, um den europäischen Kongreß durch den Klang meines Namens zu verherrlichen. Die Männer der Polizei machten komische Gesichter und konnten es nicht begreifen, wie jemand, der der Sprache nicht mächtig, an einem italienischen Kongresse Teil nehmen wolle. Ich spielte indessen meine Rolle mit großer Ruhe weiter, und die hohe Polizei fand sich endlich bewogen, meine volle Berechtigung anzuerkennen. So sind denn auf durchaus zufällige, höchst komische Weise Franz Leiden und ich zwei Vertreter der deutschen Wissenschaft, mitten unter den besten Namen Italiens. Auf dem Schiffe waren fast ausschließlich

---

*) Gemeint ist die oben S. 137 abgedruckte Broschüre über Schutzzoll und Freihandel.

Personen, die dem Kongreß zuströmten.*) In die Listen sind bis jetzt etwa 2000 Namen von gutem Klang aus den verschiedensten Staaten Europas eingetragen. Jeder hat bei der Aufnahme eine Karte erhalten, die ihm durch das ganze Königreich Neapel auf allen Gütern der Krone und Communen freien Eingang verschafft und ihn während der ganzen Dauer seines Aufenthaltes von allen lästigen Formalitäten befreit.

Über den weitern Verlauf unseres hiesigen bis jetzt durchaus erfreulichen Aufenthaltes gebe ich in meinem nächsten Briefe Bericht. Ich war heute bei Rothschild und habe zu meinem lebhaften Bedauern noch keine Nachrichten von dort vorgefunden, die ich sehnlichst erwarte. Nach dem jetzigen Plan bleiben wir bis zum 6. Oktober hier, sind am 8. Oktober in Rom, bleiben dort bis zum 20. und reisen ohne Aufenthalt dann direkt zurück nach Köln, wo wir gegen Ende Oktober eintreffen.

e) An seine Schwester Maria.
Neapel 1845 September 30/Oktober 1.

Italien bietet für mich so viel Neues, Ungewohntes, daß ich nicht dazu komme, schriftlich mich aus der Gegenwart, die mich umgiebt, loszureißen. Es ist mir Bedürfnis, die Eindrücke, die ich successive aufgenommen, in Worten festzuhalten. Erlaube daher, daß ich auch Dir diesmal eine matte Schilderung meiner Reiseerlebnisse mitteile und die Coloratur der mündlichen Rede überlasse. Wie ich in meinem Briefe an Mutter mitgeteilt, trafen wir eben bei Eröffnung des siebenten italienischen Gelehrtencongresses hier ein. Meine Aufnahme in denselben fand keine Schwierigkeit, die meines Gefährten wurde auf einem Umwege durchgeführt. Wir hätten Neapel unmöglich zu einer schöneren Epoche, unmöglich unter günstigeren Verhältnissen sehen können.

Der Minister des Innern ist Präsident des Congresses**) und eröffnete die erste feierliche Sitzung desselben. Nach ihm erhob sich der König und hielt nach dem Beispiele Friedrich Wilhelms IV. eine Bewillkommungsrede an die anwesenden Gelehrten. Abends war Soirée beim Präsidenten Herzog von Sant' Angelo; die Munificenz Neapels und des Hofes den Gelehrten gegenüber trägt noch lebhafte Spuren jenes Geistes der Mediceer, der einst Kunst und Wissenschaft nach jahrtausendlangem Verfall wieder

*) Der Kongreß dauerte vom 20. September bis 5. Oktober, vgl. Diario del settimo congresso degli scienziati Italiani in Napoli dal 20. di Settembre al 5. di Ottobre dell' anno 1845.

**) Es war der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Nicola Herzog von Sant' Angelo.

ins Leben rief. Vor der Karte der Kongreßmitglieder öffnen sich alle Thore des Königreiches Neapel, soweit Regierung und Municipalität Einfluß ausüben. Deputirte aus den ersten Geschlechtern sind ernannt speciell zum Empfange und zur Unterhaltung der Fremden. Quartiere werden durch eine zu diesem Zweck niedergesetzte Kommission angewiesen, und in jedem größeren Hotel hat der Kongreß bestimmte Vereinbarungen über die Preise mit den Wirten getroffen, und ein besonderer Beamter wacht sowohl in den Hotels wie in den königlichen Schlössern und öffentlichen Gebäuden darüber, daß die Gelehrten mit Zuvorkommenheit behandelt und von jeder Prellerei, von jedem störenden Eindrucke fern gehalten werden. Mittags ist in einem der schönsten Schlösser Neapels, mit einer wunderschönen Aussicht auf den Vesuv und auf Ischia und den Meerbusen, ein gemeinschaftliches Diner bereitet, wo abermals Deputirte der Stadt das Ganze leiten und die Ordnung handhaben. An diesen Diners sowie an den Soireen, die abends ebenfalls im Schlosse Cellamare stattfinden, nehmen auch Damen Teil und verherrlichen durch ihre Gegenwart das Ganze. Beim Diner sind durchschnittlich 400 Couverts. Außerdem sind in dem Palaste Spielzimmer für Billard und Whist, Gemäldegallerie, Lesekabinet und zwei Terrassen, die unübertreffliche Aussichten darbieten. Musikchöre führen in kurzen Intervallen ausgezeichnete Piècen auf und sind, sowie die Dienerschaft, erstere aus den Regimentern, letztere aus den Palais des Königs entnommen. Diese Anstalten sind für alle Tage während der ganzen Dauer des Kongresses getroffen. Außerdem gibt es noch Feste aller Art in Stadt und Umgegend, und alles dies zu Ehren der Scientiati unentgeltlich, ein Factum, das man sich in unserm kalten Norden nicht einmal träumen kann, viel weniger als wirklich vorstellen. Der König und der Hof sind bei den Bällen und Generalversammlungen zugegen und mischen sich recht lebhaft in die Conversation.

Nach diesen äußeren Umrissen hiesiger augenblicklicher Zustände gebe ich noch eine kurze Schilderung unserer bisherigen Excursionen. Sehr schön, vielleicht einzig durch seine Lage ist der Campo santo mit den Denkmälern der Toten, mit Aussichten auf den Vesuv, die Apenninen und das Meer. Eine Promenade zum Schlosse Sant' Elmo und zum Kloster San Martino bietet zu Füßen das schönste Panorama von Neapel. Eine Fahrt nach dem Posilippo zur See, nach dem Grabe Virgils und nach den Grotten, in denen einst Roms Größen gebadet, führt die Gegenwart mit Allgewalt hinüber in die Vergangenheit. Schaurig wird der Eindruck in Bajae, Pozzuoli und an dem Cap Miseno, Punkten, die griechische und römische Dichter einst besangen, wo aller Luxus des

Augusteischen Zeitalters sich entfaltet hat, und die heute von ärmlichen halbnackten Nachkommen der großen Alten bewohnt werden. Alle Wehmut der Erinnerung ersteigt ihren Gipfelpunkt in den Straßen von Herculanum und Pompeji. Von Pompeji liegt circa 1/8 zu Tage; in Herculanum muß man 80 Fuß tief hinuntersteigen. Überall wo wir wandeln, wandeln wir auf Gräbern der Vergangenheit, aber dennoch ist der Eindruck einzig in seiner Art, den diese Stadt der Toten im Gemüte zurückläßt, in der heute kein lebendiges Wesen mehr haust, deren Tore von Soldaten geschlossen und bewacht sind. Diese Häuser, diese Gassen liegen noch ganz so da wie vor 1800 Jahren. Totengerippe zeigen, daß der Ausbruch des Vesuvs die Bewohner überraschte und ihnen sogar nicht Zeit ließ, mit dem nackten Leben davonzufliehen. Die Einrichtung der Häuser ist wohnlich, in den meisten sogar verschwenderisch luxuriös. Ein Comfort, der selbst den Comfort Englands übertrifft, hat hier einst gewaltet. Über diese Kluft der Vergangenheit schweift der Blick betrachtend und vergleichend hinüber in die Gegenwart und findet andere Städte voll Menschen, die das Leben auf einer niedrigern Kulturstufe genießen. Der Gedanke, daß die Kultur der Unkultur Platz machen kann, ist unerfreulich und kann einen Augenblick Zweifel an dem ewigen Fortschritt der Geschichte erregen. Doch diese Zweifel müssen schwinden, sobald andere Völker, die heutigen Träger der Kultur, mit in die Betrachtung hineingezogen werden. Dieselbe Eruption, die Pompeji verschüttete, verschüttete auch Herculanum. Dieselbe Zeit fand es wieder auf und grub es aus. Heute ist von den Ausgrabungen nur wenig mehr zu sehen, weil dieselben wieder zugeworfen wurden, um das Städtchen Resina vor dem Einsturz zu bewahren. Zu den Wohnungen des alten Herculanum steigt man 80 Fuß tief hinunter, und drüber liegen heute bunt ausgesät Villen und Paläste.

1. Oktober. Sonntag, den 29. September, bestiegen wir den Vesuv. Morgens 10 Uhr wurde ein Observatorium am Fuße desselben eingeweiht, und nach vollzogener Einweihung und trefflichem Dejeuner zogen die Scientiati hinauf, um die ewigen Mächte der Erdbildung in der Nähe zu betrachten. Der Vesuv ist die fürchterlich grandioseste Erscheinung, die ich bisher gesehen. Über heiße Asche wandelt der Fuß empor, von Zeit zu Zeit schuhtief einsinkend, bis in die Nähe des Kraters an einer der augenblicklichen Windrichtung entgegengesetzten Seite des Bergkegels. Von da sieht man unaufhörlich glühende Feuermassen und Asche dem Krater entsteigen. Nach einer Weile unschlüssigen Bedenkens faßt man sich ein Herz und wandelt, von einem Führer an einem ledernen Riemen gezogen, hinauf bis an den Mund des Kraters und schaut hin-

unter in das ewige Meer von Feuer und Dampf. Glühende Lava sinkt zu den Füßen nieder, und man gräbt eine Denkmünze in die noch heiße Masse ein, um sie erkaltet mit nach Hause zu nehmen. Ich bringe ein solches selbstgeschaffenes Exemplar mit. Der Eindruck des Vesuvs im ganzen ist zu großartig, um ihn in wenigen Worten wiederzugeben. Beim Hinuntersteigen steigt man auf den Rand des alten Kegels, der einst die Städte verschüttet und von dem ein langer Felsrücken sich schräg nach Pompeji hinüberzieht. Der Himmel war uns auf dem Vesuv ganz besonders günstig, wolkenlos und heiter; vor uns zwei Damen aus Leipzig, die ebenfalls den Mut hatten, das Wagnis zu bestehen. Meine Anschauungen sind um ein großartiges Bild reicher geworden.

Die Luft ist hier wollüstig angenehm, so warm wie bei uns im August, aber gemäßigt temperiert durch den fortwährend von der See aus zuströmenden Zugwind. Trauben und Feigen sind reif, Apfelsinen hängen, reife und unreife in schöner Mischung, durcheinander. Der Brotbaum spendet seine balsamische Frucht, und der Mensch lebt unbesorgt und heiter in diesem verschwenderischen Klima. Das Volk ist nur mit einem Hemd und einer Schwimmhose bekleidet; viele schlafen jahraus, jahrein in Hosen vor den Toren der Kirche ꝛc. Die Handwerke werden öffentlich auf der Straße betrieben, und dabei ist es ein Lärmen und Spektakeln, als wenn zehntausend Hunde bellen. Abends dauern die brillantesten Feuerwerke zur Belustigung des Volkes unaufhörlich fort. Die Religion ist hier mit dem Volke ganz verwachsen, jedoch nur dem Namen nach katholisch, in der Tat noch immer echt heidnisch. Wunder folgt auf Wunder, und jedes Wunder fordert sein Fest. Die Zahl der Mönche und Nonnen ist Legion. Bunt wie die Papageien ziehen sie in allen Farben dahin und genießen die Früchte des Aberglaubens. Für Fremde sind sie ein harmloses, williges Geschlecht, das lebt und leben läßt.

f) An seine Mutter. Neapel 1845 Oktober 4.

Ich war recht herzlich froh, gestern Abend bei meiner Rückkehr von einem dreitägigen Ausfluge in die Umgebung Neapels Ihre lieben Nachrichten von dort vom 15. September zu empfangen. Sind dieselben auch alten Datums, so sind sie doch das erste Lebenszeichen aus der Heimat, die mich, wenn auch noch so fern, doch unsichtbar stets begleitet und in deren magischem Liebeskreis ich denke und atme. Je inniger die Bande der Neigung geschlungen sind, um so mehr wird die Ferne zur Nähe, um so mehr bleibt das Bewußtsein des unzertrennlichen Zusammengehörens lebendig. Ich bewege mich in diesem Sinne in Neapel, als

ob ich höchstens ein paar Stunden von Hause wäre. Viel trägt zu dieser Stimmung mein liebenswürdiger Reisegefährte bei, der mit seiner heitern Lebensluft die Zustände und Verhältnisse Kölns stets dem Auge wach erhält. Daß dort alles wohl und in schöner Harmonie fortschreitet, ist die einzige Gewißheit, deren ich hier bedarf, um die üppigen Reize der Natur des Südens, verbunden mit den geistigen Bewegungen der Menschen hier ganz zu genießen. Diese Gewißheit habe ich mit Freuden in den Zeilen von dort, in den hieher entsandten Liebesgrüßen neu bestätigt gefunden. Ich für meinen Teil befinde mich vollkommer heiter und wohl und genieße, von aller gewöhnlichen Sorge für eine Weile entbunden, den Augenblick im süßen Dolce far niente. Die Augenblicke und Tage schwinden unbemerkt. Ich bin jetzt einen Monat von Hause, und mir ists, als ob ich gestern erst abgereist wäre, so nahe ist mir noch alles geblieben. Italien entspricht dem Jugendtraum von seiner Schönheit vollkommen. Die Schweiz, die ich im vorigen Jahre mit Marie sah, ist eine Perle Europas, Italien ist die zweite. Land und Menschen sind von unserm Mitteleuropa gänzlich verschieden. Der Mensch ist hier noch ein wahrhaftes Kind der Natur und hängt mit dem Naturleben aufs Innigste zusammen. Kein Zwiespalt, kein kümmerliches Bedürfnis, keine drückende Nahrungssorge macht sich hier geltend. Bettler gibts in Unzahl, aber der Bettler lacht hier, er ist seines Daseins noch froh, er genießt noch des gutmütigen Scherzes.

Neapel ist die Krone von Italien, soweit ich das Land bis jetzt gesehen. Die Umgebung Neapels, Salerno, Paestum, Amalfi (Mühlenthal und Ravello), Capri, Sorrent, Vietri, Castellamare, die wir im Laufe dieser Woche sahen, sind sämtlich Punkte von unbeschreiblicher Schönheit. Und an jeder einzelnen Stelle gibts zahlreiche Nebenpunkte, die immer neue Herrlichkeit der Natur aufschließen. Baden-Baden ist in der Nähe ein schwacher Abglanz dieser Scenen des Südens. Wir haben den Golf von Neapel jetzt ganz durchwandelt, zu Fuß, per Eisenbahn, zu Pferd und zu Maulesel, wie es eben Gelegenheit und Neigung mit sich brachte. Heute wohnen wir noch einer Sitzung des Kongresses bei, dann heute Abend einer zu Ehren der Kongreßmitglieder gegebenen Festoper in San Carlo. Morgen früh um 10 Uhr wird der Kongreß durch den König feierlich geschlossen. Nach der Schlußscene fährt ein königliches Dampfbot nach der Insel Ischia und morgen Abend ist im Palaste Concert in großer Gala, und nachher Ball und Souper. Zu dieser Galascene bedarf es eines Kostüms, das ich nur teilweise in meinem Reisekoffer besitze und heute in der Eile noch von allen Seiten zusammen suchen muß. Mit dem morgigen Abend schließen die Feste des Kongresses. Übermorgen

13*

stiebt alles auseinander, und auch wir haben vor, um den schönen Eindruck des Kongresses uns rein zu bewahren, Dienstag morgen per Wagen oder per Dampfbot nach Rom aufzubrechen. Jedenfalls treffen wir am 8. Abends in Rom ein, bleiben dort mutmaßlich bis zum 22. und reisen am 22. zurück, um Ende dieses Monats wieder in Kölns Mauern einzutreffen. Briefe von dort, nach Empfang dieser Zeilen geschrieben, werden mich nicht mehr in Italien erreichen, weil die Briefe nach Rom zehn Tage von dort aus brauchen. Dagegen werde ich vor meiner Abreise aus Rom noch einmal schreiben und berichten, welchen Eindruck die ewige Stadt auf mich macht. Bis jetzt entspricht die Reise meinen Erwartungen. Die großen Eindrücke eines ganz anderen Klimas reißen mich hinaus aus einer Gedankenwelt, die mir in letzter Zeit beengend nnd drückend geworden. Das Herz schlägt wieder freier und leichter und sammelt neue Kräfte zu neuem, frischem Empfinden. Ob ich das erhoffte Ziel einer gänzlichen inneren Verjüngung ganz erreichen werde, steht dahin, aber jedenfalls sind die freien Tage nicht verloren. Der Geist wirkt kräftiger nach genossener Ruhe, und das Herz entledigt sich des Alps, der es bedrückt.

Die Frauen Italiens, die Ariost so schön besungen, finde ich nicht schön im Durchschnitt; in einzelnen Orten sind die Profile schön geschnitten, und das Edle und Geistige waltet vor, aber die Frauen des Nordens mit der schneeweißen Haut und dem sanfteren Auge sind liebeatmender und reizender.

An Bekannten aus dem Rheinlande habe ich bisher nur den Advocaten Windscheid aus Düsseldorf gefunden. Wir reisen übrigens fortwährend gemeinschaftlich mit den Professoren Fallati und Wunderlich aus Tübingen; beide sind ganz erwünschte Reisegesellschafter. Außerdem haben wir hier noch einige deutsche Familien besucht. Ich lerne auf dieser Tour nebenbei soviel italienisch, um damit bei einer Wiederholung auszureichen.

g) An seine Mutter. Rom 1845 October 15.

Meine letzten Zeilen waren von Neapel, der Stadt des ewig heitern Himmels, des sorglos dahingleitenden Lebens. Meine heutigen datire ich aus Rom, der Stadt der Kaiser und der Päpste, dem Schlußpunkt der alten, der Wiege der modernen Geschichte. Die letzten Tage unseres Aufenthaltes in Neapel waren ebenso erfreulich wie die ersten. Freitag abend den 3. d. M. waren wir von unseren Ausflügen zurückgekehrt. Der Samstag wurde dem Kongresse und Besuchen gewidmet, am Abend dem glänzenden königlichen Concert und Ball im Hofkostüm beigewohnt, Samstags der feierlichen Schlußsitzung des Kongresses, Montag zu einem

Ausfluge nach dem Kloster Camaldoli, dem herrlichsten Punkte nach so vielen herrlichen, benutzt und Dienstag den 7. nachmittags 4 Uhr das Dampfbot bestiegen zur Fahrt nach Civitavecchia. Zum erstenmal seit unserm Aufenthalte in Neapel war der Himmel getrübt, und kaum waren wir an Bord des Schiffes, so goß der Regen in Strömen, und hoch wogte das Meer. Ein herrliches Gewitter zog am Himmel auf und begleitete uns auf unserer Fahrt bis Terracina. Ich habe manches schöne Gewitter gesehen, aber ein Gewitter bei durchblinkendem Mond, bei flammendem Vesuv im Golfe von Neapel übertrifft an Naturschönheit alles. Gegen Abend legte sich der Sturm, das Meer wurde ruhig; wir schliefen an Deck unter freiem Himmel und liefen Mittwoch morgen gegen 10 Uhr in Civitavecchia ein, fuhren von dort mit einem Vetturino gegen 2 Uhr ab, gelangten am Abend bis Palo und am folgenden Donnerstag den 9. sahen wir in früher Stunde die Kuppel von St. Peter vor unseren Augen emporsteigen. Die Fahrt von Civitavecchia nach Rom geht 16 Stunden lang durch eine einzige ununterbrochene Einöde, und erst eine halbe Stunde vor Rom, am Abhange der Rom umgebenden Berge beginnt die Vegetation wieder. Aber welch ein greller Contrast gegen Neapel! Am Dienstag war es in Neapel noch so warm wie bei uns im August. Die Fischmenschen, die Meerbuben Neapels schwammen nackt wie immer in ihrem Elemente, dem Wasser, fröhlich daher. Am Donnerstag morgen war es in der römischen Campagna kühl und fröstelnd, fast wie bei uns an einem Oktobertage. Einzelne Regentropfen fielen hin und wieder, der Himmel war bewölkt, die Vegetation arm und einförmig, und wir hatten Mühe uns zu überreden, dies sei Rom, Rom, die Stadt des ewig blauen Himmels, einer der Glanzpunkte Italiens. Schon in der Lage fanden wir uns hart getäuscht. Ich hatte mir Rom stets als eine Stadt von der Ausdehnung Londons gedacht, auf hohen Hügeln liegend und siegestrotzig nach dem Meer hinüberschauend. Von allen diesen Gebilden der Phantasie bot die Wirklichkeit das nackte Gegenteil. Das neue Rom ist kaum von dem Umfange Kölns und liegt in einer weiten, rings von Hügeln begrenzten Fläche. Selbst die Peterskirche, obschon auf dem höchsten Punkte der Fläche gelegen, tritt nicht grandios hervor. Die Straßen sind ziemlich eng und tragen ganz das Gepräge einer Stadt des 17. oder 18. Jahrhunderts. Das heutige Rom hat nur ca. 130000 Einwohner. Der Tiber streicht in gelblicher Färbung lässig und todesmüde durch die Stadt umher — sein Rücken trägt heute keine stolzen Seeschiffe mehr — er hat nur die Breite der Erft. Der erste Eindruck, den Rom auf uns machte, war, wie ich geschildert, kein günstiger; wer nach Italien reist mit einem für die Schönheit der Natur

empfänglichen Gemüte, soll zuerst nach Rom und dann nach Neapel, nicht umgekehrt gehen.

Der ungünstige Eindruck Roms verwandelte sich aber am ersten Tage bereits in einen günstigeren und erfreulichen. Die Menschen sind hier von schöneren, edleren Formen wie in Neapel. Die Stimmung ist ernst und gemessen, nichts stört die sinnende Betrachtung! Wir hatten erwartet, eine große Zahl von Geistlichen und Mönchen hier zu finden, aber gerade das Gegenteil bot sich uns dar. Auf den Straßen bemerkt man diesen Teil der Gesellschaft kaum, obschon wir uns hier am Herde der großartigsten Religion befinden, und wo Geistliche sichtbar werden, ist ihre Erscheinung hier angenehm durch ihre geistigen Züge, durch ihre sichere, bequeme und schöne Haltung. Der Contrast der Ruhe, der geistigen Concentration gegen den tobenden, schrillenden Lärm der Straßen Neapels ist äußerst wohltätig. Wir wanderten bald nach unserer Ankunft zur Peterskirche und zum Vatikan, jenem größten Palaste der Erde mit 11 000 Zimmern und Sälen. Die Peterskirche ist im Innern reich und schön, jedoch in ihrer Totalität weit weniger erhaben als der Kölner Dom. Dem byzantinischen Kuppelstil, in dem die Peterskirche erbaut ist, fehlt die beseelende, zum Himmel anstrebende, in Blüten und Ästen verzweigte Säule des gotischen Stils. Die runden Kuppeln sind kolossal aber einförmig. Die Peterskirche ist sehr reich an Kunstschätzen. In ihr liegt in der Confession der Apostel Petrus und liegen dann zahlreiche Päpste vom 12. Jahrhundert an begraben. Die Grabmäler der Päpste sind mit den herrlichsten Werken der Sculptur geschmückt — man sieht, daß mit Vorliebe diese Stätten gepflegt worden sind. An den Altären der Peterskirche finden sich die großartigsten Mosaikbilder, die es gibt, meist nach Zeichnungen von Raphael. Was beim ersten Anblick sehr auffällt, ist, daß der ganze ungeheure Tempel fast gänzlich leer von Stühlen und allem ähnlichen Füllwerke ist. Selbst Orgeln und Kanzeln sind so zwischen Pfeilern eingeklemmt, daß man sie nicht bemerkt. An mehreren Altären in den Seitenkapellen wurde eben Messe gelesen. Wenig fromme Gläubige hatten sich ihre Stühle dorthin geschleppt; die Zahl der Betenden war aber äußerst gering. Überhaupt ist mir an den ersten Tagen fast in allen Kirchen die äußerst geringe Zahl der Betenden aufgefallen. Das Phänomen wird aber erklärlich, sobald man bedenkt, daß Rom 130000 Einwohner und etwa 500 Kirchen hat. Bei diesem Verhältnisse ist es fast unmöglich, daß sich in einer einzigen Kirche viele Gläubige zusammenfinden.

Ferner ist mir durch ganz Italien, und namentlich hier, die ungeheure Selbstgewißheit und Toleranz des Katholizismus aufgefallen. Der Fremde kann zu jeder Zeit in den Kirchen frei herum wandeln, und es erregt

durchaus kein Aufsehen, wenn Jemand die Bilder eines Altars betrachtet, selbst in einem Augenblick, wo der Priester Messe liest. Auch kann man allen Schmuck der Kirchen ohne Mühe in der Nähe besehen. Von der Kuppel der Peterskirche aus hat man die schönste Aussicht auf das zu Füßen liegende Rom und auf die weiter gelegene Campagna. Von jenem Höhepunkt ist das Bild durch die scharfmarkirten Formen des Albaner- und Sabinergebirges schön umgrenzt, und auch die Vegetation tritt aus der Ferne gesehen üppiger und voller hervor.

Von der Peterskirche wandten wir uns zu dem daran stoßenden Vatikan, dessen Kunstschätze wöchentlich nur am Donnerstage dem Publikum geöffnet sind. Die Sammlung antiker und moderner Statuen im Vatikan ist die reichste der Welt. Seit Leo X., dem kunstsinnigen Gönner Raphaels, haben alle Päpste ohne Ausnahme es als eine Lebensaufgabe angesehen, die Säle des Vatikan mit unvergänglichen Kunstwerken zu schmücken. Jeder Papst hat eine eigene Zimmerreihe im Vatikan hinterlassen, auf deren Eingängen überall sein Name in goldenen Buchstaben prangt. An die Sammlung von Statuen im Vatikan schließen sich die von Raphael al fresco ausgemalten Loggien, einst die Festsäle Leo X., jetzt als weite Hallen dem Publikum zum Kunstgenusse zugänglich. Nachdem wir Donnerstags Peterskirche und Vatikan gesehen, sahen wir am Freitag die Paläste Borghese, Sciarra, Chigi und Doria nebst der Porta del popolo; Samstags den Quirinal, die Villa Albani, das Forum und das antike Rom, was noch mit tausend Armen in die Gegenwart hineinragt. Sonntags sahen wir die verschiedenen Kirchen und Volksspiele in der Villa Borghese, Abends vortreffliche Oper nebst Ballet (in Neapel sind alle Theater, sowie alle Läden am Sonntage geschlossen, hier in Rom ist alles offen!). Montag sahen wir abermals die Sammlungen im Vatikan und dann das Capitolium, die zweite der drei von den Päpsten angelegten Sammlungen von Kunstschätzen, Abends das Forum und die Engelsburg im Mondschein und später im Theater ein italienisches Lustspiel von der besten Schauspielerin Italiens, Rispori.

Der Papst wohnt vom 1. April bis 1. November im Quirinal. In diesem schönen Palaste hatten wir am Samstag die Ehre, durch den Hauskaplan des Kardinals Mezzofanti Seiner Heiligkeit vorgestellt zu werden. Ich gestehe, daß keiner der Fürsten Europas, die ich gesehen, mit einem so geistreichen, gutmütigen und einnehmenden Äußern begabt ist wie der 73 jährige Gregor XVI. Die Haltung ist durchaus edel und graciös, das Aussehen sehr gesund und behäbig, die Figur wohl genährt. Ich würde bei einer Schätzung dem Papste nicht mehr als höchstens 60 Jahre geben. Von der Grazie, dem feinen Lächeln, das alle Worte und alle Bewegungen

des Papstes begleitet, findet sich auf den meisten Fürstengesichtern keine Spur, höchstens hin und wieder angelernte Nachäffung. Die feinste Sitte, der freiste geistige Ausdruck ist bei dem Papste Gabe der Natur, dabei waltet über der ganzen Erscheinung eine schöne, edle Ruhe, eine Allen zugängliche Gutmütigkeit. Nach der ziemlichen kurzen Audienz erteilte Se. Heiligkeit den sämtlichen anwesenden Männern den päpstlichen Segen und erteilte darauf den Damen Audienz, die in einem Gartenzimmer warteten und den Palast selbst nicht betreten dürfen .... Das religiöse Leben zeigt sich hier in Rom in der schönsten Gestalt und deutet noch auf eine große Zukunft.

In die Einzelheiten der Erlebnisse und Anschauungen der letzten vierzehn Tage darf ich des beschränkten Raums wegen nicht eingehen. Ich kann Ihnen nur ein flüchtiges Bild der empfangenen Eindrücke wiedergeben. Gestern waren wir in Tivoli und in der Villa des Kaisers Hadrian, heute setzen wir unsere Wandrung durch Roms Paläste und Altertümer fort und nehmen heute Abend Teil an einem Festessen hier lebender Künstler zu Ehren des Geburtstages Friedrich Wilhelms IV., auf den manche, trotz so vieler gesunkener Hoffnungen, noch immerfort mit Hoffnung und Erwartung blicken. Samstag treten wir die Rückreise an und treffen plangemäß Ende dieses Monats wieder in Köln ein. —

Heute haben wir hier in Rom mit den anwesenden Deutschen den Geburtstag Friedrich Wilhelms IV. festlich begangen. Cornelius aus Berlin war mit dabei, eine höchst erfreuliche Erscheinung, und läßt mich bedauern, daß mir nicht Zeit bleibt, mit diesem älteren Bekannten länger zu verkehren.

Wir haben soeben Plätze nach Civitavecchia genommen und fahren von dort Samstag nach Livorno, Sonntag per Dampfbot nach Genua. Ob wir von Genua über Turin, Genf oder über Nizza, Marseille und Lyon nach Deutschland zurückkehren, wird sich in Genua nach der Postgelegenheit richten, die sich gerade vorfindet.

1847.

Erster Vereinigter Landtag.

(Vgl. Band I, Kapitel 13.)

a) Vorbereitung.

1. Zur preußischen Verfassungsfrage.

Bald nach der Publikation des Patents vom 3. Febr. 1847 entschloß sich Mevissen, die durch dieselbe geschaffene Situation in einer Reihe von Artikeln zu beleuchten. Diese Artikel sind ohne Namensnennung des Verfassers in der Kölnischen Zeitung Nr. 57—75 (26. Februar bis 16. März) erschienen; der letzte (achte) Artikel wurde durch die Zensur nicht zum Drucke zugelassen, die auch im siebenten Artikel einen Passus strich.*)

I. Das Patent vom 3. Februar 1847.

Die Würfel sind gefallen, der Rubikon ist überschritten, Preußen ist in die Reihe der konstitutionellen Staaten Europas eingetreten. Das Patent vom 3. Febr. 1847 rollt zum ersten Male den Vorhang, der seit mehr denn 25 Jahren die geistig am höchsten ausgebildete Großmacht Europas verschleiert gehalten, auf; zum ersten Male tritt neben der preußischen Krone das preußische Volk mit anerkannter Berechtigung selbstständig hervor auf die Bühne der Weltgeschichte.

Forschen wir nach den Quellen, denen dieses neueste Produkt historischer Staatsformbildung entstammt, so ist es diesmal, unterscheidend von der Vergangenheit aller übrigen Monarchien, der seines Zieles wohlbewußte Wille des Monarchen, der, erkennend, daß die wahre Größe und Kraft des Staates nur in der Freiheit und Selbständigkeit des Volkes ruhe, mit großartigem, vertrauendem Sinne der freien Volkstätigkeit eine Arena zur Erprobung ihrer Kräfte eröffnete. Der König hat aus freiem, eigenem

---

***) Zensor war damals der Kölner Regierungsrat Wenzel. Er wußte, wie sich aus einem vorliegenden Briefe ergibt, daß der Abgeordnete Mevissen Verfasser der Artikel war.**

Willen seiner Herschermacht die Schranken gezogen, die ihm die Erreichung des Staatszweckes zurzeit am sichersten zu verbürgen schienen.

Das Patent vom 3. Febr. 1847 ist ein feierliches Zeugnis, abgelegt vor einem ganzen Volke, von der Macht der Kultur, ein Zeugnis, daß die Krone in ihrer eigenen individuellen Entwicklung die Selbstsucht bezwungen hat, daß sie sich und ihren Beruf als den Diener einer höheren Idee betrachtet. Schon Friedrich II., der ruhmvolle Vorfahr Friedrich Wilhelms IV., der unumschränkteste Monarch seiner Zeit, in dessen einziger Person sein ganzes Volk Leben und Wahrheit hatte, sprach es aus, daß er sich selbstbewußt einem höheren Zwecke unterordne in dem klaren, keiner Mißdeutung fähigen Satze: „Der König ist der erste Diener des Staates", d. h. er hat die Aufgabe, der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit auf der jeweiligen Stufe eines besondern Staates zum Brennpunkte zu dienen, er ist der Repräsentant der Idee des Staates, der Bewahrer und Hüter der Rechte und der höchste Gerant der Freiheit des Volkes.

Friedrich Wilhelm IV. erklärte im feierlichsten Momente den huldigenden Ständen der Provinzen Preußen und Posen: „Bei uns ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im großen und ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände, aller Volksstämme, aller Bekenntnisse nach einem schönen Ziele — nach dem allgemeinen Wohle in heiliger Treue und wahrer Ehre." Er erklärte den Ständen der übrigen Provinzen: „Ich weiß und bekenne es vor Ihnen allen, daß Ich Meine Krone zu Lehn trage von dem allerhöchsten Herrn, und daß Ich ihm Rechenschaft schuldig bin von jedem Tage und jeder Stunde Meiner Regierung. Ich gelobe, Meine Regierung in der Furcht Gottes und in der Liebe der Menschen zu führen, mit offenen Augen, wenn es die Bedürfnisse meiner Völker und meiner Zeit gilt". Der König hat durch diesen feierlichen Schwur das Bewußtsein einer schwer auf ihm lastenden Pflicht dem Volke verkündigt, der Pflicht, als Diener und Repräsentant der Idee des Staates mit offenen Augen die Bedürfnisse seines Volkes zu überwachen, die wahre Stimme des Volkes aus dem bunten Gewirre der Meinungen herauszuhören und zu rechter Zeit der unaufhaltsamen Umbildung des Staates die rechte Form zu verleihen. Der König erklärt aus diesem Bewußtsein heraus im Landtagsabschiede für die rheinischen Stände im Jahre 1843: „Den Weg, welchen Wir in diesem Gebiete zu gehen entschlossen sind, haben Wir mehrfach kundgetan, auf diesem Wege werden Wir Uns durch keinerlei Bestrebungen hemmen noch fortdrängen lassen". Der König war bei Abfassung jenes Landtagsabschiedes von der Überzeugung durchdrungen, daß der rechte Augenblick, sein Volk zur selbsttätigen Mitentscheidung der höheren Staatsfragen zu berufen, noch

nicht gekommen sei, daß die bis dahin aus eigenem Antriebe entwickelte Teilnahme des Volkes an allgemeinen Angelegenheiten des Staates dem Gehalte und der Zahl der Teilnehmenden nach noch zu beschränkt sei, um demselben ohne Gefahr jene Mitwirkung anzuvertrauen.

Die Landtage von 1845 bewiesen der Krone, daß die Teilnahme des Volkes an den allgemeinen Angelegenheiten des Staates in ein höheres Stadium eingetreten sei, daß demselben diese Teilnahme ohne Gefahr für die Macht des Staates nach außen, für die Sicherheit desselben nach innen nicht länger vorenthalten werden könne. Die Verhandlungen der Landtage von 1845 waren die faktische Mündigkeitserklärung des preußischen Volkes. Der König hat, seinem Schwure getreu, mit offenen Augen diesen Bildungsprozeß betrachtet, und als er den rechten Moment gekommen glaubte, hat er mit wahrhaft königlichem Vertrauen der aus dem Volke selbst hervorgegangenen, von dem Volke selbst vollzogenen Mündigkeitserklärung die allerhöchste Sanktion erteilt.

Der scheinbare Widerspruch, in dem sich die erhabenen Intentionen des Monarchen mit den Wünschen des Volkes zeitweilig befanden, ist gelöst; vor allen Augen ist der Beweis geliefert, daß der König aus freier, eigener Überzeugung mit den erweiterten Bedürfnissen seines Volkes gleichen Schritt zu halten entschlossen ist. Fortan ist sein Volk mit berufen zur Weiterbildung jener Gesetze, die als das erste offizielle Dokument seiner Mündigkeit dastehen. Es ist jetzt die heilige Pflicht des Volkes, dem Vertrauen der Krone mit einem zweifachen Vertrauen entgegenzukommen: mit Vertrauen auf den Monarchen, der unausgesetzt über die Entwicklung des Volkes wacht, mit Vertrauen zu der eigenen Kraft, Tüchtigkeit und Ursprünglichkeit, die diese Weiterentwicklung gewährleisten und einer höheren Phase unaufhaltsam entgegenführen muß.

II. Das Repräsentativsystem und die Stände.

Stände sind die Vertreter bestimmter Interessen. In der ständischen Monarchie erhalten diese Interessen durch die ständische Vertretung eine eigene abgegrenzte Rechtssphäre, in der sie selbständig und berechtigt neben den allgemeinen Interessen erscheinen. In der älteren ständischen Verfassung beruhte in der Vertretung jener besonderen Rechte der Schwerpunkt derselben; in der modernen Repräsentativverfassung liegt dagegen der Schwerpunkt des Systems in der Vertretung der allen gemeinsamen Interessen. In bezug auf die Rechte der Vertretung ist es durchaus ohne Einfluß, ob diese auf dem ständischen oder auf dem repräsentativen System basiert.

Im allgemeinen betrachtet, wird die ständische Verfassung die Wirkung haben, daß die individuellen Interessen der Vertretenden und ihrer Kaste sich in den Vordergrund zu drängen und geltend zu machen suchen, wobei dann namentlich da, wo die allgemeine Bildung des Volkes noch auf einer niedrigen Stufe steht, und wo die Neigung zur Geltendmachung besonderer Interessen noch durch die Existenz von Vorrechten und Privilegien einzelner Stände unterstützt wird, die höheren allgemeinen Interessen leicht Gefahr laufen können.

Faßt man die Aufgabe der Volksvertretung überhaupt aus dem Gesichtspunkte, daß dadurch vorzüglich eine lebendige Einheit des Staates, eine allgemeine Geltung gleicher Rechtsprinzipien und Verwaltungsnormen in weit auseinander gelegenen Teilen einer Monarchie angebahnt und vermittelt werden soll, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Besonderung in Stände dieser einheitlichen Tendenz der Vertretung hemmend in den Weg tritt. Die Einheit, die in der ständischen Verfassung nur im günstigen Falle als das Produkt einer organischen Gliederung erscheint, bildet das Zentrum der Repräsentativverfassung. Während die erstere in der Regel geneigt ist, bestehende Unterschiede überall mit Vorliebe hervorzuheben und oft neue künstlich zu schaffen, während sie das Wahlrecht verschiedenen Ständen nach ihrer relativen Bedeutung beilegt und die Wahlfähigkeit lokalen Beschränkungen unterwirft, sind in der letzteren die Unterschiede von Stand und Ort in die Einheit von Zahl und Reich aufgehoben. Das Wahlrecht ist an eine gewisse, unter sich gleichberechtigte Zahl von Köpfen, die Wahlfähigkeit an keine örtlichen Schranken gebunden.

Droht das ständische System den allgemeinen und höchsten Interessen durch Ableitung und Zersplitterung der Kräfte, so droht das rein durchgeführte Repräsentativsystem durch Unkunde dem besonderen und individuellen Leben der Nation Gefahr. Indem es alle Glieder des Staates nötigt, ihre Blicke und Studien vorzugsweise den allen gemeinsamen Interessen zuzuwenden, wird es sie leicht verleiten, den hohen Wert, die Unentbehrlichkeit der individuellen Tätigkeitsformen und die verschiedenartigen Bedingungen derselben zu verkennen. Dem ausschließlich nach oben gekehrten Blicke geht leicht der Boden unter dem Fuße und mit diesem, nach der griechischen Mythe, die lebenschaffende Kraft der Erde verloren.

In der heute bestehenden Staatsverfassung Europas ist eine verschiedenartige Mischung der beiden Systeme nachzuweisen. Noch in keinem Staate der Welt ist der Mensch mit seinem idealen Gehalt pure als solcher zur Geltung gekommen, überall hat man geglaubt, seine politi-

schen Rechte an beschränkende Kategorien, an Selbständigkeit und Eigentum, also mindestens an zwei ständische Voraussetzungen, knüpfen zu müssen; ja, überall in Europa ist noch heute das Weib als solches, in Rücksicht auf die ihm offenstehende, aber ihm keineswegs garantierte Vertretung eines Ehemannes, der politischen Rechte beraubt. So wenig wie der ideale bildet der ausschließlich ständische Mensch das Fundament irgend einer bestehenden Staatsform, weil der ständische Mensch außer seinen besonderen Interessen noch die allgemeinen seines individuellen Kulturstandpunktes in sich trägt. Da nicht ein einzelner Teil dieses Menschen, sondern der ganze Mensch, auch da, wo er zunächst ständische Interessen vertritt, in die Wagschale fällt, so ist die ganze allgemeine Bildung des Menschen, die als solche dem Repräsentativsysteme angehört, auch unter der Form der Standschaft als mitvertreten zu betrachten. Der Wert der ständischen sowie der Wert der Repräsentativverfassung wird lediglich bestimmt durch die größere oder geringere Angemessenheit dieser Formen zur Vergangenheit und Gegenwart eines bestimmten Volkes.

Auf das System der Stände wie auf das Repräsentativsystem finden jedoch gewisse Ansprüche der Vernunft gleiche Anwendung, die, wenn sie je ganz realisiert werden könnten, die Verschiedenheit gänzlich aufheben würden. Das ständische System muß seinem Wesen nach alle besonderen Interessen aller Staatsbürger umfassen, das Repräsentativsystem alle gemeinen Interessen. Ist in dem einen Systeme irgend ein besonderes Interesse, irgend ein besonderer Stand ohne Vertretung, oder ist in dem andern Systeme irgend ein Staatsbürger von der Vertretung der allen gemeinsamen Interessen ausgeschlossen, so muß dieser Ausschluß in den beiden Fällen als eine Abweichung vom Prinzip betrachtet und durch den jeweiligen Kulturzustand des Volkes, durch die historische Entwicklung desselben gerechtfertigt werden. Außer der formalen Vertretung aller ist auch die reale Vertretung aller, nämlich die gleiche Berechtigung aller, eine apodiktische Forderung der Vernunft, auf das eine wie auf das andere System gleich anwendbar. Wird statt der gleichmäßigen Vertretung eine ungleichmäßige angeordnet, werden die einzelnen Stände nicht nach ihrer inneren wesentlichen Bedeutung, sondern nach einer vom Gesetzgeber fixierten Bedeutung vertreten, so muß die Abweichung vom Vernunftgesetze der Gleichheit in jedem besonderen Falle durch den jederzeitigen Standpunkt der Entwicklung eines Volkes gerechtfertigt werden. Dasselbe gilt von dem Repräsentativsysteme, wenn dasselbe nicht allen gleiche, sondern nach dem Besitze verschieden abgestufte Rechte einräumt.

Die Idealität der Menschheit gehört ins Gebiet der Spekulation. Die Politik hat die Aufgabe, die Gegenwart zu begreifen und eine der

jeweiligen Kulturstufe eines Volkes angemessene Mischung des ständischen und des Repräsentativsystems in der Verfassung zu verwirklichen. Sie bedient sich der Spekulation zur Erhellung des dunklen Pfades, worauf die Gegenwart wandelt; sie prüft und zerlegt mit vorsichtigem, forschendem Auge die charakteristischen Umrisse dieser Gegenwart, sie erforscht, wie lange die Formen dieser Gegenwart noch den zu ewiger Fortbildung tätigen Elementen der Zerstörung Widerstand zu leisten vermögen; sie hat das demnächst Werdende, als nebulose Gestalt bereits unkörperlich der Gegenwart Innwohnende dem Blicke der Zeitgenossen zu enthüllen, damit das Notwendige im friedlichen Fortschritte ohne gewaltsame Zuckungen ins Leben trete. — Wie weit durch die neue ständische Gesetzgebung in Preußen die idealen Anforderungen der Vernunft befriedigt werden, und welche positive Abweichungen für jetzt noch für notwendig erachtet werden, werden wir im nächsten Artikel prüfen.

III. Die Stände in Preußen.

Das achtzehnte Jahrhundert hatte in Preußen eine absolute Monarchie hinterlassen, in der alle Glieder durch eine mechanisch vortrefflich ineinander greifende Staatsmaschine in Bewegung gesetzt und aufs strengste bevormundet wurden. Die Katastrophe des Jahres 1806 deckte das innerlich Tote und Machtlose dieser Staatsmaschine vor den Augen Europas auf und mahnte ernst, die Wiedergeburt des Staates auf festere Fundamente, nicht auf eine wohlgeregelte Bureaukratie, sondern auf ein freies, selbständiges, mitratendes und mittatendes Volk zu gründen.

Stein und Hardenberg legten durch die Gesetzgebung von 1807 bis 1810 den Grund zu einem neuen Staatsgebäude, das allen Kräften freie Bahn und gleiches Recht zur Entwicklung verhieß.

Stein war in seinem Rundschreiben vom Jahre 1808 von den modernen nivellierenden Grundsätzen so sehr durchdrungen, daß er jedem aktiven Staatsbürger, er besitze hundert Hufen oder eine, er betreibe Landwirtschaft oder Fabrikation und Handel, er habe ein bürgerliches Gewerbe oder er sei durch geistige Bande an den Staat geknüpft, ein Recht zur Repräsentation einräumen wollte. Stein beabsichtigte die Gründung einer neuen Repräsentativmonarchie mit möglichst universalem Stimmrechte. Dem Ausbau der preußischen Verfassung nach den Grundsätzen Steins trat zuerst die Notwendigkeit, vorab auf dem Wege der Gesetzgebung noch manchen Schutt der alten feudalen Institutionen wegzuräumen, auffallend entgegen. Dann, als durch Befreiung der Personen, der Gewerbe und des Eigentums von hemmenden Fesseln die Grund-

lagen der künftigen Verfassung gelegt waren, mußte das Verfassungswerk vor dem Kampfe um höhere Güter, um Freiheit und Unabhängigkeit der Nation nach außen, eine Zeitlang in den Hintergrund treten. Erst nachdem die Freiheitskriege geschlagen, die Freiheit und Selbständigkeit der Nation nach außen in ewig denkwürdigen Siegen durch die beispiellose Aufopferung des Volkes wieder errungen waren, trat die durch den Krieg zurückgedrängte Verfassungsfrage wieder hervor. Nach dem Siege und hergestellten Frieden hoben jedoch auch die Besitzer aller Privilegien und Gewalt, Adel und Bureaukratie, ihr Haupt und waren bemüht, den Einfluß, den sie durch die Gesetzgebung von 1807 bis 1812 verloren hatten, allmählich wieder zu gewinnen. Diese Partei wollte für sich besondere Rechte; sie verwarf deshalb das von Stein beabsichtigte, auf Gleichberechtigung aller fußende Repräsentativsystem und forderte Rückkehr zu dem älteren, auf Vorrechte von Personen und Eigentum gegründeten Systeme der Stände.

Bis zu Hardenbergs Tode dauerte jener Kampf um Repräsentation oder Stände innerhalb der preußischen Bureaukratie ununterbrochen fort, und erst das provinzialständische Gesetz vom 5. Juni 1823 zeigte der Nation, welche Partei aus dem Kampfe siegreich hervorgegangen war.

Durch jenes Gesetz wurden Stände zur Grundlage der neuen preußischen Staatsform erhoben.

Über die Frage, aus welchem Gesichtspunkte diese Entscheidung getroffen wurde, gibt der Landtagsabschied für die Provinz Preußen vom 9. September 1840 authentischen Aufschluß, indem es darin heißt: „daß Friedrich Wilhelm III. nach reiflicher Erwägung sein Wort zu erfüllen beschloß, indem er, von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung um des wahren Heiles seines ihm anvertrauten Volkes willen sich fern haltend, mit ganzem Ernste und mit innerster Überzeugung den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volkstümlichkeit entsprechenden Weg einschlug. Das Ergebnis seiner weisen Fürsorge ist die allen Teilen der Monarchie verliehene provinziale und kreisständische Verfassung; sie hat eine auf deutschem Boden wurzelnde geschichtliche Grundlage, die Grundlage ständischer Gliederung. Wie diese durch die überall berücksichtigten Veränderungen der Zeit gestaltet wurden, ist ein die freie organische Entwicklung hinderndes Abschließen der natürlichen Stände des Volkes auf der einen, ein Zusammenwerfen derselben auf der anderen Seite vermieden worden“.

Das hier in Bezug genommene Wort Friedrich Wilhelms III., die berühmte Verordnung vom 22. Mai 1815, betreffend die zu bildende

Repräsentation des Volkes, die als die bedeutendste offizielle Überlieferung der Stein-Hardenbergschen Richtung betrachtet werden kann, lautet wörtlich:

§ 1. „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden“.

§ 2. „Zu diesem Zwecke sind a) die Provinzialstände, wo sie mit mehr oder minder Wirksamkeit noch vorhanden sind, wieder herzustellen und dem Bedürfnisse der Zeit gemäß einzurichten; b) wo gegenwärtig keine Provinzialstände vorhanden, sind sie anzuordnen“.

§ 3. „Aus den Provinzialständen wird die Versammlung der Landesrepräsentanten gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll“.

§ 4. „Die Wirksamkeit der Landesrepräsentanten erstreckt sich auf die Beratung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und eigentümlichen Rechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen“.

Dem Wortlaute nach ist in dieser Verordnung kein Widerspruch gegen eine auf ständischer Gliederung beruhende Verfassung zu erkennen; vielmehr könnte dieselbe, aus ihrem Zusammenhange mit der Entstehungszeit, mit der Gesetzgebung von 1807 bis 1812, und aus der Erklärung Preußens beim Wiener Kongresse herausgerissen, für ein ständisches System günstig interpretiert werden, da sie ausdrücklich von Wiederherstellung alter und Einrichtung neuer Provinzialstände spricht und bestimmt, daß aus diesen die Reichsstände, also nicht aus direkten Volkswahlen, hervorgehen sollen. Der Landtagsabschied vom 9. September 1840 für die Provinz Preußen und der Landtagsabschied vom 12. März 1843 für die Provinz Posen schließen jedoch diese Interpretation gänzlich aus, indem sie, in lebendigem Andenken an jene Zeit und an die langen Entwicklungskämpfe von 1815 bis 1823, den innern Gegensatz zwischen der Verfassung, die Stein für Preußen gründen wollte, und zwischen der durch das Gesetz vom 5. Juni 1823 wirklich begründeten schroff hervorheben und es verschmähen, diesen innern Widerspruch durch die scheinbare Übereinstimmung der Verordnung vom 22. Mai 1815 zu übertünchen.

Seit dem Gesetze vom 5. Juni 1823, also in einem Zeitraume von 24 Jahren, hat die nach den im Jahre 1823 vorhandenen ständischen Elementen bemessene Vertretung keine Fortbildung irgend einer Art erfahren. Die Grundbestimmungen jenes Gesetzes sind gegen alle abweichenden Anträge einzelner Provinzialstände stets kräftig in Schutz genommen und streng aufrecht erhalten worden. Auch durch das neueste, die so lang ersehnten Reichsstände endlich schaffende Patent vom 3. Februar 1847 ist in den Basen der 1823 begründeten ständischen Verfassung Preußens durchaus nichts geändert worden. Die Gesetzgebung hat formell,

in bezug auf die ständischen Verhältnisse, eine durchaus konsequente Fortbildung erfahren. Dieselbe ist durch das Patent vom 3. Februar 1847 in sich zu einem gewissen Abschlusse gelangt, und wenn es mit der „Allgemeinen Preuß. Zeitung" darauf ankommt, zunächst einen festen Ruhepunkt inmitten der Bewegung zu finden, um von da auf der Grundlage des Gegebenen fortzubauen, so wird man die ständische Gliederung im Gegensatze gegen die allgemeine Volksrepräsentation als den Kern des bisher Geschaffenen ansehen müssen. Wir bleiben bei diesem Ruhepunkte stehen, betrachten die Gliederung in Stände für Preußen als neu geschaffen, und von größerer Bedeutung als abstrakte Opposition gegen das ständische System überhaupt erscheint uns auf dem heutigen Standpunkte der preußischen Verfassungsfrage die Prüfung, inwiefern dieses System unter den eigentümlichen Verhältnissen Preußens wirkliche Lebenskraft und inwiefern auf die preußischen Stände die Grundsätze des ständischen Systems nach historischer oder moderner Auffassung Anwendung gefunden haben, und welche Rechte diesen Ständen zugestanden worden sind.

Das ständische System fordert die Vertretung besonderer, voneinander charakteristisch geschiedener Interessen. In den historisch untergegangenen Ständen standen den besonderen Interessen charakteristische Merkmale besonderer ausschließender Privilegien und Rechte zur Seite. Das ständische System an sich fordert zwar nicht absolut diese, wohl aber als Unterlage die Fortexistenz selbständiger Korporationen, Innungen 2c.

In Preußen sind diese historische Bedingungen wahrhaft lebendiger Stände in den älteren Provinzen durch die Gesetzgebung von 1807 bis 1810, in den neueren Provinzen durch die französische Invasion größtenteils zugrunde gegangen. Wenige kümmerliche Reste haben sich erhalten, die Wiederherstellungsversuche der neueren Zeit haben noch keinen Boden gewonnen, und es dürfte schwer sein, auf dem nivellierten Boden der heutigen Gesellschaft neuerdings ständische Schranken zu errichten, die der Bewegung des konsequent fortschreitenden Zeitgeistes Widerstand zu leisten vermöchten.

Die preußische ständische Verfassung, so wie sie heute abgeschlossen uns vorliegt, ist in Anerkennung des historisch Gewordenen und Entwickelten nicht bis auf die mittelalterlichen Elemente der Stände zurückgegangen; sie beruft nicht die einzelnen Stände, wie Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute, Gelehrte, Künstler, Beamte, Rentner, Geistliche zur Vertretung, sondern hat alle diese verschiedenen Stände in zwei Einheiten aufgelöst: in die Einheit des Standes der Grundbesitzer und in die Einheit des Gewerbestandes.

Das provinzialständische Gesetz vom 5. Juni 1823 definiert nicht den Beruf einzelner Stände, sondern das Grundeigentum als Fundament der Verfassung, indem es darin ad II heißt: „Das Grundeigentum ist Bedingung der Standschaft". Das Grundeigentum als solches ist eine Gattung des Besitzes, die mit jedem möglichen Stande vereinbar erscheint. Das Hauptfundament der preußischen Verfassung ist demnach nicht Standschaft, sondern Besitz und in specie Grundbesitz. Die weitere Besonderung, die diese Verfassung in den Reihen der Grundbesitzer vornimmt, indem sie zwischen ländlichen Grundbesitzern, städtischen Grundbesitzern und Rittergutsbesitzern unterscheidet, könnte bei den zwei erstgenannten Ständen ebensowohl als eine gesetzliche Abmarkung von Wahlbezirken, wie als Fixierung von Ständen betrachtet werden, wenn nicht die Wahlfähigkeit innerhalb dieser zwei Stände an die persönliche Bewirtschaftung eines Gutes und an die Ausübung eines bürgerlichen Gewerbes geknüpft wäre. Für den Ritterstand ist die allgemeine Kategorie des Gesetzes: „Grundbesitz", die allein geltende geblieben. Die preußische ständische Verfassung hat mit allen Repräsentativverfassungen das Gemeinsame, daß sie den Besitz zur Vertretung beruft; sie unterscheidet sich von jenen nur dadurch, daß sie nur den unbeweglichen, den Grundbesitz, berechtigt, den beweglichen Besitz dagegen prinzipiell ausschließt und außerdem noch neben dem Besitze einen bestimmten Beruf fordert.

Diese Forderung erscheint als ziemlich unwesentlich, da sie nicht konsequent durchgeführt, sondern bei den großen Grundbesitzern, den Rittergutsbesitzern, welche fast die Hälfte der gesamten Stände bilden, ohne alle Anwendung geblieben ist. Selbst die Ausschließung des beweglichen Besitzes ist nicht konsequent durchgeführt. Dadurch, daß in den Städten die Stadtverordneten das Wahlrecht ausüben, ist der bewegliche Besitz wahlberechtigt geworden, weil er zur Wahl jener Stadtverordneten nach Maßgabe der Städteordnung mitwirkt. Für die Wählbarkeit ist der prinzipielle Ausschluß des beweglichen Besitzes absolut festgehalten, und nur in bezug auf die weitere Teilung der Stände in Agrikultur- und Gewerbestand durch die Wahlfähigkeit der Magistrate eine Bresche eröffnet. Von den älteren Ständen sind demnach in die neuere Verfassung hinübergenommen, resp. auferweckt worden:

A. in bezug auf Wählbarkeit a) der Stand der Rittergutsbesitzer, b) der Stand der Bauern und Gutsbesitzer, c) der Gewerbestand,

B. in bezug auf Wahlrechte a) der Stand der Bauern und Gutsbesitzer, b) der Stand der gesamten Bürger, c) der Stand der Rittergutsbesitzer.

Diese einfache Zusammenstellung zeigt hinlänglich, daß nirgend eine konsequente Durchführung des ständischen Systems nach Beschäftigung

und Lebensweise der Personen erreicht worden ist, daß also auch die Wohltaten der ständischen Gliederung von der heutigen preußischen Verfassung nicht erwartet werden dürfen.

Wird die Wählbarkeit auf das Fundament der preußischen ständischen Gesetzgebung, auf den Grundbesitz, zurückgeführt, und wird in den Ackerbau treibenden Distrikten nach Erlaß einer Landgemeindeordnung das Wahlrecht in die Hände der Dorfverordneten gelegt, so hat die oben ausgesprochene Ansicht, daß in Preußen die scheinbar ständische Besonderung in der Tat füglich als eine Abgrenzung von Wahlbezirken betrachtet werden kann, in bezug auf das Wahlrecht ihre Verwirklichung erhalten. Die eine Hälfte der Nation, die Grundbesitzer, hätte dann noch das Privilegium der ausschließlichen Wählbarkeit. Der mittelalterliche Begriff der nach der Beschäftigungsweise getrennten Standschaft hätte dann für Preußen zu existieren gänzlich aufgehört, und die wesentlichste Scheidemauer zwischen der ständischen und der Repräsentativverfassung wäre gefallen.

IV. Die Provinzialstände.

Die ständische Verfassung in Preußen beruht, außer auf dem allgemeinen Gesetze über Anordnung der Provinzialstände vom 5. Juni 1823, auf acht verschiedenen Gesetzen für die acht Provinzen des Staates; vom 1. Juli 1823 für die Provinzen Preußen, Brandenburg und Pommern, und vom 27. März 1824 für die übrigen Provinzen.

Schon die für jede Provinz selbständige Form dieser Gesetze deutet darauf hin, daß zur Zeit der Abfassung der Gedanke leitend war, so viel wie möglich provinzielle Verschiedenheiten wieder herzustellen und anzuerkennen. Dieses Bestreben fand aber schon damals in den Zuständen der einzelnen Provinzen nur geringen Halt, und trotz der selbständigen Form jener Gesetze ist der Inhalt derselben in den wesentlichsten Punkten gleich. Die der Wiedererweckung der untergegangenen Verschiedenheiten auf dem Boden der Staatsgesellschaft geneigte Partei, welcher die römische Maxime: divide et impera durchaus geläufig war, hat sich nach Kräften bemüht, eine Saat von Drachenzähnen in jenen Gesetzen auszustreuen, und nur dem nicht nach Trennung, sondern nach Vereinigung mit Allgewalt drängenden Zeitgeiste ist es zuzuschreiben, wenn diese Saat nicht aufgegangen ist.

So lange die Provinzialstände selbständig und getrennt dastanden und nie zu einer Einheit zusammentraten, konnten nur die im Gesetze liegenden Unterschiede in der Berechtigung einzelner Stände in den verschiedenen Provinzen zu Tage kommen. Erst von dem Augenblicke an, wo die sämt-

lichen Provinzialstände zum Vereinigten Landtage zusammentreten, tritt die relative Bedeutung der den einzelnen Provinzen bewilligten Vertretung ins Leben.

Zusammenstellung der acht preußischen provinzialständischen Versammlungen.

Provinz	□ Meilen	Einwohnerzahl	Kreise	Städte	I. Standesherren	II. Ritter	III. Städter	IV. Bauern	Summa	Verhältnis von I und II zu III und IV	Ständische Ausschüsse
Brandenburg	730	1900000	33	150	5	30	23	12	70	35 zu 35	13
Preußen	1178	2360000	57	125	—	45	28	22	95	45 „ 50	13
Pommern	574	1100000	26	72	1	24	16	8	49	25 „ 24	13
Schlesien	741	2950000	56	150	10	36	30	16	92	46 „ 46	12
Posen...........	536	1280000	26	149	3	22	16	8	49	25 „ 24	12
Sachsen	460	1700000	41	150	6	29	24	13	72	35 „ 37	13
Westfalen	376	1430000	37	135	11	20	20	20	71	31 „ 40	14
Rheinprovinz	447	2700000	61	136	5	25	25	24	80	30 „ 50	14
Summa	5042	15420000	337	1067	41	231	182	124	578	272 zu 306	104

Die vorstehende Zusammenstellung ergibt, wenn die Standesherren unberücksichtigt bleiben,

für Brandenburg	1	Abgeordneten	auf	etwa	30000	Einwohner,
„ Preußen	1	„	„	„	25000	„
„ Pommern	1	„	„	„	23000	„
„ Schlesien	1	„	„	„	36000	„
„ Posen	1	„	„	„	28000	„
„ Sachsen	1	„	„	„	25000	„
„ Westfalen	1	„	„	„	24000	„
„ die Rheinprovinz	1	„	„	„	36000	„

Nimmt man an, daß in Preußen etwa 4000 Rittergüter vorhanden sind, 4½ Millionen Einwohner in den Städten und 10½ Millionen Einwohner auf dem Lande leben, so fällt auf etwa 17 Rittergutsbesitzer 1 Stimme, auf 25000 Einwohner der Städte 1 Stimme und auf 85000 Einwohner der Landgemeinden 1 Stimme. Rechnet man die Rittergüter, weil dieselben meist zu den Landgemeinden gehören, mit diesen zusammen, so fallen auf 10½ Millionen Bewohner der Landgemeinden 353 Stimmen, oder auf etwa 30000 Einwohner 1 Stimme.

So wenig ein einfaches Prinzip bei Regulierung der Vertretung der einzelnen Provinzen gegeneinander leitend gewesen, so wenig sind die Be-

stimmungsgründe für die Vertretung der einzelnen Stände innerhalb der Provinzen aus dem Gesetze zu erkennen. Nach obiger Aufstellung sind die Provinzen Pommern und Sachsen bei dem Vereinigten Landtage um die Hälfte stärker vertreten, als die Rheinlande und Schlesien, wenn die Bevölkerung als Maßstab angenommen wird. Auf den Provinziallandtagen der älteren Provinzen haben die Standesherren und Rittergutsbesitzer die Hälfte, in Westfalen und der Rheinprovinz zwei Fünftel der sämtlichen Stimmen. Der dritte Stand hat in Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Posen doppelt so viele, in Westfalen und im Rheinlande gleich viele Stimmen wie der vierte Stand.

Wie sich die Zahl der stimmberechtigten Rittergüter in den einzelnen Provinzen zur Zahl der Stimmen, die dieselben auf den Landtagen führen, verhält, ist nicht angegeben, da die Matrikel der Rittergüter der einzelnen Provinzen gar nicht zur Publizität gelangt ist; indessen ist anzunehmen, daß auch in diesem Stande nicht Rücksicht auf die noch vorhandene Zahl und Bedeutung der Rittergüter, sondern die historische Vergangenheit derselben entscheidend war; wenigstens hat die seit 1823 stattgefundene Aufnahme neuer Güter in die Matrikel sowie das Erlöschen der Rittergutsqualität anderer keinen Einfluß auf die Vertretung überhaupt geäußert. Bei dem Dunkel, in das die Rittergutsmatrikel der einzelnen Provinzen gehüllt ist, ist es nicht möglich, über den Wert der einzelnen Rittergüter und über das Wertverhältnis derselben zu dem übrigen städtischen und ländlichen Eigentume der Provinzen genaue Aufschlüsse zu geben; doch unterliegt es keinem Zweifel, daß auch dieses Verhältnis in den einzelnen Provinzen sehr verschieden sein wird. In der Rheinprovinz sollen die vorhandenen Rittergüter etwa 4 %, in einigen östlichen Provinzen etwa 15 % des Wertes des vorhandenen Grundeigentums repräsentieren. In der Rheinprovinz haben demnach die Rittergüter eine relativ viel größere Berechtigung als in den übrigen Provinzen; ohne Zweifel in Anerkennung der nicht ungeschehen zu machenden Tatsache, daß in der Rheinprovinz seit 40 Jahren eine ganz freie Parzellierung des Bodens stattgefunden und nur wenig Güterkomplexe, denen füglich Rittergutsqualität beigelegt werden konnte, zurückgelassen hat.

So wenig, wie die Regulierung der drei Stände unter sich, ebenso wenig beruht die Berechtigung innerhalb eines einzelnen Standes auf einem durchgreifenden Prinzip.

Die Zahl der Rittergüter in verschiedenen Wahldistrikten, die zu gleicher Stimmenzahl berechtigt sind, ist sehr ungleich. Im Stande der Städte ist diese Ungleichheit der Berechtigung innerhalb der Standschaft grell in die Augen fallend, wenn in der Rheinprovinz Trier mit 20000

und Aachen mit 50000 Einwohnern, in der Provinz Brandenburg Potsdam mit 50000 und Perleberg mit 5500 Einwohnern im Besitze einer Virilstimme sich befinden, also gesetzlich für gleichbedeutend erachtet worden sind. Auch in dem vierten Stande steht die Verteilung der Stimmenzahl auf die einzelnen Wahlbezirke mit der heutigen Bevölkerung und Bedeutung dieser Wahlbezirke nicht im Einklange.

Nirgends hat es uns gelingen wollen, die Bestimmungsgründe für die relative Vertretung der einzelnen Provinzen sowie für die Vertretung der verschiedenen Stände gegeneinander und in sich zu entdecken, und wir müssen daher schließen, daß kein auf der gegenwärtigen Bedeutung beruhendes, erkennbares und durchgreifendes Prinzip bei dieser Verteilung, sondern historische Erinnerung oder zufälliges Belieben vorgewaltet hat.

Wird erwogen, daß wir uns von diesem Fundamente der Vertretung immer weiter entfernen und daß die bei Erlaß des Gesetzes vom 5. Juni 1823 maßgebend gewesenen Verhältnisse sich seit jener Zeit, in einem Zeitraume von 24 Jahren, notwendig ganz anders gestaltet haben, so ist die Notwendigkeit nicht zu verkennen, eine Lücke in der ständischen Gesetzgebung durch Annahme eines durchgreifenden Prinzips für die Vertretung der verschiedenen Provinzen auszufüllen.

Die Annahme eines einfachen Prinzips wird um so notwendiger erscheinen, wenn an das bestehende Gesetz die Anforderung gestellt wird, die Abweichungen von dem Grundsatze der Gleichberechtigung aller durch die eigentümlichen Verhältnisse des Landes in allen Fällen zu rechtfertigen. Wir wollen hier die Frage unerörtert lassen, ob für diese Verhältnisse das ständische System überhaupt paßt und geboten war, da wir die ständische Gliederung, als einmal gesetzlich gegeben, zur Grundlage näherer Besprechung gewählt haben. Wird aber die ständische Gliederung als Grundlage der Verfassung anerkannt, so darf mit um so mehr Grund gefordert werden, daß sie den auf das ständische System wie auf das Repräsentativsystem gleich anwendbaren Forderungen der Vernunft entspreche durch eine Vertretung der einzelnen Stände nach ihrer wahren heutigen Bedeutung und durch eine gleichmäßige Vertretung innerhalb der Standschaft. Die gleichmäßige Vertretung innerhalb der Standschaft ist es vor allem, die wir in der ständischen Gesetzgebung Preußens vermissen. Dieser Gesetzgebung fehlt jedes charakteristische Merkmal, wonach die Vertretung innerhalb der Standschaft bemessen werden könnte, und schon oft ist ihr das Vorherrschen des Zufälligen und Willkürlichen vor dem Notwendigen und Bleibenden vorgeworfen worden. Will man das Element des Zufälligen nicht auf einmal gänzlich ausscheiden, sondern noch eine gewisse Sphäre der Krone zur Einwirkung vorbehalten, so kann doch die

zeitgemäße Fortbildung und Entwicklung der Verfassung nur dadurch gesichert werden, daß sie elastisch gemacht und durch ihre innere Organisation befähigt wird, den naturgemäßen Wechsel der Verhältnisse in sich aufzunehmen. Um diesen Zweck zu erreichen, scheint es uns erforderlich, ein einfaches, gleiches, durchgreifendes Prinzip für die Vertretung der Provinzen im allgemeinen zu adoptieren, ferner klar zu bestimmen, auf welchen Grundsätzen die Vertretung der einzelnen Stände beruhen soll.

Wird es aus konservativen Rücksichten für geboten erachtet, den Grundbesitz als Bedingung der Standschaft überall fortbestehen und dem großen Grundbesitze eine sehr starke Vertretung zuteil werden zu lassen, so muß wenigstens das Prinzip gleichmäßiger Berechtigung zur Standschaft und gleichmäßiger Berechtigung innerhalb der Standschaft gerechte Anerkennung finden. Der Ritterstand aber, so wie er heute dasteht, beruht mehr auf der Grundlage einer dahingeschwundenen Vergangenheit einzelner Schlösser und Burgen, als auf der noch fortdauernden lebenskräftigen Grundlage des großen Grundbesitzes. War es die Absicht der Krone, durch die neue Gesetzgebung Stände im wahren Sinne des Wortes wieder herzustellen, so mußte die Standschaft nicht als ein zufälliger Vorzug, womit die Krone diesen oder jenen Fleck Erde begaben konnte, sondern als das notwendige Attribut eines gewissen, fest und normal bestimmten Zustandes oder Besitzes hingestellt werden. Das Gesetz mußte diese Bedingungen der Standschaft klar aussprechen, jeder mußte das Recht erhalten, für einen Grundbesitz von gewissem Umfang, nach einer mäßigen Dauer des Besitzes dem Ritterstande zuzutreten, ohne daß es dazu einer Verleihung der Krone bedürfte. Dadurch, daß die Krone sich fortdauernd einen Spielraum für ihre Zu- oder Abneigung durch Verleihung der Rittergutsqualität vorbehalten hat, wird jene Berechtigung, Würde und Ansehen des Ritterstandes in den Augen des Volkes erschüttert, die der Rat der Krone mehr als ein anderes Mitglied der Staatsgesellschaft bedarf. Das den großen Grundbesitzern beigelegte Recht, auf Verleihung der Rittergutsqualität für ihre Besitzungen anzutragen, nötigt sie, auf dem Wege der Gnade ein Vorrecht zu suchen, was nicht aus der Gnade, sondern einzig aus einem allgemeinen Prinzipe, dem Wohle aller, gerechtfertigt werden kann.

Wird die Frage erwogen, warum die Krone eine übermäßig starke Vertretung des großen Grundbesitzes für zweckmäßig erachtet hat, so wird man, je nach dem Standpunkte des Fragenden, entweder in der Vorliebe für Gestaltungen der Vergangenheit oder in einer gerechten Anerkennung bleibender, eigentümlicher Elemente der Staatsgesellschaft die Antwort finden. Wir für unseren Teil wollen es nicht verkennen, daß mit dem

großen Grundbesitze bei angemessener Dauer desselben in der Regel Festigkeit und Selbständigkeit des Charakters und ein ziemlich hoher Grad der Kultur sich verbinden mag; wir wollen gern dem großen Grundbesitze die Mission zuteilen, bei konservativer Vorliebe für das Bestehende das Werdende dennoch im rechten Augenblicke als berechtigt anzuerkennen und der hin und wieder vielleicht zu sehr hervortretenden Neigung des großen Gewerbestandes, die Blicke einseitig auf die Verhältnisse des Staates nach außen zu kehren, durch eine größere Würdigung der inneren und provinziellen Verhältnisse entgegenzutreten. Soll aber der große Grundbesitz als Standschaft befähigt werden, diese hohe Aufgabe zu lösen, so ist es vor allen Dingen nötig, daß sein Recht bestimmt festgestellt, daß seine weitere Entwicklung nach festen Normen dem naturgemäßen Fortschritte der Nation anheimgegeben werde.

Wie es heute infolge einer nivellierenden Revolution fast jedem Bürger deutscher Staaten möglich geworden ist, Besitz und Beschäftigung nach eigenem Ermessen zu erwerben und zu wählen, wie dieses Recht nur an das Maß des vorhandenen Besitzes, der bestehenden Beschäftigungsarten überhaupt gebunden ist, so muß es auch jedem Staatsbürger gesetzlich frei stehen, in den Stand der großen Grundbesitzer vollberechtigt einzutreten, sobald er die Bedingungen dieser Standschaft erfüllt. Diese Bedingungen aber kann die Gegenwart nicht in der historischen Vergangenheit einer leblosen Scholle, sondern einzig in dem Umfange und der Dauer des Besitzes selbst finden.

Wir halten es daher für nötig, daß in allen Provinzen das gesetzliche Streben der Stände sich dahin richte, durch Vervollständigung der Rittergutsmatrikel, durch Einverleibung sämtlicher größerer Grundbesitzungen in dieselbe den Mängeln des Gesetzes vom 5. Juni 1823 abzuhelfen. Sodann wird darauf zu dringen sein, daß eine gerechte Verteilung der Stimmberechtigung innerhalb der Standschaft erwirkt werde. Dadurch, daß das Gesetz die Gleichberechtigung innerhalb der Standschaft, sowie die Verhältnismäßigkeit in der Vertretung der einzelnen Stände je nach ihrer wirklichen Bedeutung nicht ausdrücklich anerkennt und feststellt, ist eine für das Wohl des Landes verderbliche Tendenz zur Erwerbung besonderer Privilegien neben Zwietracht und Hader geweckt worden. Diesem Fehler der Gesetzgebung ist es zuzuschreiben, wenn die Stände — im einzelnen wie im ganzen — fortdauernd über das ihnen angewiesene Rechtsgebiet sowohl gegeneinander, als der Krone gegenüber hinauszugreifen drohen. Mag der Gedanke mit diesem Mangel der Gesetzgebung einigermaßen versöhnen, daß Kampf an sich, wenn er eine gewisse Grenze nicht überschreitet, ein Gut ist, daß die Geister in dem Kampfe um besondere

Rechte gestählt und geschmeidigt werden zu dem Kampfe für allgemeine Interessen.

Außer dem Stande der Rittergutsbesitzer erscheint auf den Landtagen der Stand der Städte und der Stand der Landgemeinden. In ersterem ist die Wählbarkeit außer an den gesetzlichen Grundbesitz an die Betreibung eines bürgerlichen Gewerbes, in letzterem an die persönliche Bewirtschaftung eines Ackergutes geknüpft. Diese Beschränkungen scheinen uns mit dem Wesen der preußischen ständischen Gesetzgebung gänzlich unvereinbar, da dadurch die den Gesetzen zugrunde liegende ständische Abscheidung in Rittergutsbesitzer und in Stadt und Land sich in den beiden letzteren Ständen zu einer weiteren Abscheidung nach Beruf der Individuen erweitert. Diese Scheidung nach Beruf schließt einzelne Stände, z. B. Rentner, Gelehrte, Künstler, Doktoren, Advokaten, gänzlich von der Vertretung aus, sofern sich dieselben nicht zufällig im Besitze von Rittergütern befinden. Den allgemeinen Ständen wird durch diesen gänzlichen Ausschluß einzelner Berufsarten eine Masse von Spezialkenntnissen entzogen, deren sie zur vollständigen Lösung ihrer Aufgabe notwendig bedürfen. Der gänzliche Ausschluß einzelner Stände widerspricht zudem dem Prinzip des ständischen Systems überhaupt, da dieses eine Vertretung aller Stände nach ihrer relativen Bedeutung erstrebt. Es ist kaum anzunehmen, daß der Gesetzgeber im Jahre 1823 diese Konsequenzen des provinzialständischen Gesetzes scharf ins Auge gefaßt habe, da sonst schwerlich die grundsätzliche Notwendigkeit, den jetzt gänzlich ausgeschlossenen Ständen im ständischen Systeme überhaupt den ihnen gebührenden Platz und die entsprechende Vertretung zu gewähren, verkannt worden wäre.

Dadurch, daß in den Städten alle nicht gewerbetreibenden, auf dem Lande alle nicht ackerbautreibenden Staatsbürger von der Wählbarkeit gänzlich ausgeschlossen sind, wird die Zahl der Ausgeschlossenen noch durch alle diejenigen vergrößert, die in den ländlichen Distrikten irgend ein Gewerbe treiben. Außerdem sind noch alle nichtchristlichen Staatsbürger nicht wählbar. Diese verschiedenen ausgeschlossenen Stände und Konfessionen repräsentieren in ihrer Gesamtheit einen Bruchteil der Staatsgesellschaft, der durch Besitz und Intelligenz von hoher Bedeutung ist. Die Kräfte dieses ausgeschlossenen Bruchteils sind für die Vertretung der Nation verloren; ja, es ist zu fürchten, daß dieselben sich gegen eine Verfassung, die ihre angeborenen Rechte nicht anerkennt, feindlich verhalten und dadurch dem Geiste der Unzufriedenheit mit den bestehenden Institutionen in weiteren Kreisen fortdauernd neue Nahrung geben werden.

Der Gesetzgeber von 1823 hat, außer auf den großen Grundbesitz, auf die Agrikultur- und Industrieinteressen das neue ständische System

zu stützen gesucht und geglaubt, daß es bevormundender Bestimmungen bedürfe, um jenen Interessen die ihnen gebührende Geltung zu sichern. Das Gesetz setzt das wirkliche Dasein dieser Interessen voraus. Sind aber jene Interessen wirklich und in derjenigen Bedeutung vorhanden, die der Gesetzgeber voraussetzt, so werden dieselben auch ohne allen äußeren Einfluß die ihnen zustehende Geltung sich verschaffen. Sind dieselben aber nicht vorhanden, oder nicht in der Bedeutung vorhanden, wie das Gesetz solche voraussetzt, so wird die Vertretung der Interessen verfälscht, wie es z. B. in manchen Landdistrikten der Rheinprovinz, wo trotz der entgegengesetzten Fiktion des Gesetzgebers die Industrie vorherrscht, der Fall ist, so lange diese Industrie bloß deshalb, weil ihre Etablissements in einem ländlichen Distrikte liegen, von dem Rechte der Vertretung gänzlich ausgeschlossen ist. Eine Aufhebung der die Wählbarkeit in Stadt und Land durch besondere Berufsarten beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen halten wir für absolut geboten, wenn das ständische System in Preußen eine Wahrheit werden soll.

Die ständische Gesetzgebung des Jahres 1823 beschränkt die Wählbarkeit in Stadt und Land im allgemeinen noch ferner dadurch, daß sie dieselbe an einen bestimmten Wohnsitz innerhalb des zu vertretenden Distriktes und an zehnjährige ununterbrochene Dauer des erforderlichen Grundbesitzes bindet. Gegen die letztere Bestimmung ist bereits von mehreren Landtagen als mit der gestiegenen Beweglichkeit des Grundbesitzes unvereinbar Einspruch geschehen, und es ist nicht wohl einzusehen, warum eine kürzere Dauer des Besitzes nicht genügende Garantien gegen Neuerungssucht bieten sollte, da die Interessen eines Besitzers nach fünfjährigem Besitze eines Grundgutes eben so eng mit demselben verknüpft sind, wie nach zehnjährigem.

Mehr jedoch, als die zehnjährige Besitzzeit an sich, widerspricht dem Wesen des Gesetzes die durch Praxis etablierte Bestimmung, daß das gesetzlich erforderliche Grundeigentum innerhalb des zu vertretenden Wahlbezirkes gelegen sein muß. Für diese Bestimmung vermögen wir in dem Gesetze, das nur einen gewissen Grundbesitz überhaupt zur Bedingung der Wählbarkeit macht, nirgend den Beleg zu finden, und wir können aus allgemeinen Gründen die Bestimmung um so weniger für gerechtfertigt halten, als wir gar nicht einzusehen vermögen, warum der Grundbesitzer X, dessen Grundeigentum in dem Kreise A liegt, weniger Garantie für seine Tüchtigkeit bietet, als der Grundbesitzer Y, dessen Grundeigentum im Kreise B liegt. Diese Beschränkung erscheint um so weniger geboten, so lange die Wählbarkeit noch an den Wohnsitz gebunden und durch dieses ein inniges Verwachsensein mit den Interessen des Wahlbezirkes schon gesichert ist.

Von dem zusammentretenden Vereinigten Landtage erwarten wir, daß derselbe eine konsequente Durchführung des ständischen Systems durch Aufhebung der in diesem Systeme durchaus nicht begründeten Beschränkungen der Wählbarkeit befürworten werde, auch wenn derselbe für jetzt den Augenblick zu einer allgemeinen Revision der ständischen Fundamentalbestimmungen noch nicht gekommen glauben sollte.

V. Die veränderte Stellung des Adels nach dem Patente vom 3. Februar 1847.

Die Gesetzgebung von 1807—1810 hat dadurch, daß sie in Preußen die den Erwerb adeliger Güter hindernden mittelalterlichen Schranken aufhob, in den älteren Provinzen den Übergang des größeren Teiles dieser Güter in bürgerliche Hände vermittelt und die auf Grundbesitz basierte Bedeutung des preußischen Adels gebrochen. Die Gesetzgebung von 1820—1840 hat vergebens der steigenden Beweglichkeit des adeligen Grundbesitzes Einhalt zu tun, vergebens die Lebensfrist der noch nicht abgeschafften Privilegien des Adels künstlich zu verlängern gesucht. Schon im Jahre 1823, bei Erlassung des provinzialständischen Gesetzes vom 5. Juni, waren die damaligen Ratgeber der Krone genötigt, das mächtig gewordene bürgerliche Element im Grundbesitze anzuerkennen; denn jenes Gesetz knüpft besondere Privilegien nicht an die Namen und an die geschichtliche Bedeutung adeliger Geschlechter, sondern an die geschichtliche Bedeutung des adeligen Grundeigentums.

Es ist eine der am schwersten zu erklärenden Eigentümlichkeiten dieses Gesetzes, daß es Privilegien nicht an Personen, sondern an Sachen gebunden und dennoch diese Sachen nicht ihrer innern Bedeutung, sondern der persönlichen Bedeutung längst verstorbener Besitzer nach berechtigt hat.

Der Vorliebe für das leblos Geschichtliche ist es beizumessen, wenn heute viele Rittergüter landtagsfähig sind, deren Areal und Wert durchaus ohne Umfang und Bedeutung ist. Die historische Bedeutung dieser preußischen Rittergüter ohne Land und Wert geht fast ganz verloren, wenn dieselben, wie es häufig der Fall, dem allerneusten Produkte des Tages, etwa einem Glücksritter der Börse, zur Vertretung anheimfallen. Kommenden Geschlechtern wird es unbegreiflich erscheinen, daß in Preußen im neunzehnten Jahrhundert, nachdem durch eine revolutionäre Gesetzgebung alle persönlichen Privilegien des Geburtsadels aufgehoben worden, die aller Bedeutung ermangelnden adeligen Güter mit neuen Privilegien versehen worden sind. Ein Eigentum, welches jeder erwerben kann, muß

[illegible] zu einem Privilegium in sich, nicht in einer ihm fremden [illegible] liegen.

Wollte das Gesetz vom Jahre 1823 den Geburtsadel wahrhaft [illegible] herstellen, so mußte die Erwerbung von Rittergütern ausschließlich [illegible] diesen Geburtsadel beschränkt bleiben; wollte jenes Gesetz dagegen [illegible] neuen auf Grundeigentum basierenden Besitzadel gründen, so mußte [illegible]weise an eine gleichmäßige Größe dieses Besitzes die Berechtigung [illegible] Standschaft und die gleichzeitige Erwerbung des adeligen Titels geknüpft werden. Die Versuche, welche die reaktionäre Gesetzgebung der Jahre 1820–1840 zu dem Zwecke gemacht hat, dem Geburtsadel neue Privilegien zuzuwenden, sind durch den in anderer Richtung tätigen nivellierenden Zeitgeist überflügelt, ja, wirkungslos gemacht worden. Die große Masse der grundbesitzenden Adeligen in den älteren Provinzen hat es nicht vermocht, diesen Besitz zu erhalten und zu vermehren: vielmehr hat sich der Übergang desselben in bürgerliche Hände in steigendem Grade verwirklicht.

Dennoch bildete bis zum 3. Februar 1847 der Adel als solcher den ersten Stand der Nation, wenn auch zu großem Teile besitzlos, ohne besondere Rechte und ohne wirkliche Bedeutung. Die alte Tradition und der in den Ministerien lange vorwaltende Geist erhielt den Geburtsadel in der Nähe des Thrones und hüllte ihn, namentlich in den älteren Provinzen, in einen Nimbus, den er im Rheinlande trotz dem Gesetze von 1826 nicht hat wieder gewinnen können. An Bemühungen, die verlorene Bedeutung der Geschlechter wieder herzustellen, hat es hier wie dort nicht gefehlt; auf mehreren Provinziallandtagen hat eine Trennung der bürgerlichen und der adeligen Rittergutsbesitzer stattgefunden; auch haben die letzteren konsequenterweise die Wiederherstellung ihrer untergegangenen Privilegien zu erwirken und sich zu diesem Zwecke als die eifrigen Verfechter der Rechte und die Stütze des Thrones dem nach den zeitgemäßen Fortschritten sich sehnenden Volke gegenüber darzustellen bestrebt.

Das Patent vom 3. Februar 1847 hat der Titularbedeutung des alten Adels für diejenigen Mitglieder desselben, die nicht in die Herrenkammer übergegangen sind oder nicht durch einen sehr großen Grundbesitz die Hoffnung hegen können, noch nachträglich in die erste Kammer einzutreten, die wirkliche Bedeutung einer großen und mächtigen Pairie, gegründet auf großen Besitz und auf hohe geschichtliche Bedeutung, entgegengestellt. Fortan ist nicht mehr der Titularadel schon als solcher der erste Stand des Landes, sondern zwischen ihm und dem ersten Stande liegt eine tiefe Kluft, die nur durch einen Akt der Gesetzgebung, wodurch neue Mitglieder zur Pairskammer berufen werden, ausgefüllt werden kann. Fortan, wo

der Krone 537 vom Volke erwählte gleichberechtigte Abgeordnete zur Seite stehen, bleibt für einen bedeutungslosen Hofadel kein Raum mehr; die Trennung zwischen Fürst und Volk, diese Hoffnung und Zuflucht aller nach exklusiven Privilegien Strebenden, ist gehoben, wo Fürst und Volk, in Einheit stark, nur das gleiche Ziel, das Wohl der Gesamtheit, erstreben. Der Geburtsadel sowohl wie die bevorrechtigten bürgerlichen Rittergutsbesitzer, die von einem Streben nach Absonderung von den übrigen Ständen sich bisher nicht immer frei erhalten haben, sind dem Volke zurückgegeben und bilden in unterschiedsloser Einheit die Volkskammer. Jetzt, wo der besitzlose Geburtsadel einen durch Besitz und politische Stellung mächtigen Stand über sich erblicken muß, darf von ihm erwartet werden, daß er nicht länger zaudern wird, die durch die Gesetzgebung angebahnte Wiedervereinigung mit den übrigen Ständen gänzlich zu verwirklichen, verrostete Vorurteile von sich abzustreifen und mehr als bisher einer zeitgemäßen, industriellen Tätigkeit sich zu widmen. Das Junkertum, als solches, mit seinen noblen Passionen ist zu Grabe gegangen, — ein Resultat, von dem wir als durch die Bildung einer selbständigen ersten Kammer auf anderem Fundamente dokumentiert und von höchster Stelle sanktioniert gern Akt nehmen.

Jetzt, wo der letzte Rest des künstlichen Gegensatzes zwischen adeligen und bürgerlichen Grundbesitzern gefallen, werden dieselben gemeinsam mit den übrigen Ständen ihren Stolz und ihre Freude darin finden, des Volkes Wohl und des Volkes Freiheit nach Kräften zu fördern und zu erhalten. Die geträumte Wiedererlangung der alten Privilegien wird hoffentlich den Geburtsadel nicht länger abhalten, mit offenem Auge die Bedürfnisse des Volkes zu erkennen und durch mutige Vertretung derselben sich eine wahre Bedeutung, einen besseren Anspruch auf Achtung, als ein exklusives Privilegium zu bieten vermag, zu sichern*).

VI. Stände und Majorate.

Die französische Revolution und nach ihr die revolutionäre Gesetzgebung in Preußen von 1807 bis 1810 haben mit unerbittlicher Hand das Todesurteil der feudalen Institutionen vollzogen. In Preußen sind durchgängig, in den übrigen deutschen Staaten größtenteils jene Schranken weggefallen, die durch ausschließende Rechte und Privilegien zugunsten einzelner das Recht der Gesamtheit beeinträchtigten. Fähigkeit, zu ver-

*) Vgl. mit diesen Darlegungen die etwas jüngere Schrift: Der Herrenstand gegenüber dem niederen Adel nach dem Patent vom 3. Februar 1847 (Leipzig, O. Wiegand, 1847).

kaufen und zu erwerben, allgemeine Berechtigung und Verpflichtung zur Verteidigung des Staates sind eben so viele Rechte, die, in Deutschland fast überall zum Staatsrechte bereits geworden, bald die Grundlage eines europäischen Staatsrechtes bilden werden.

Die unverkennbare Neigung der Zeitgenossen, die nivellierenden Prinzipien des neuen Zustandes konsequent fortzubilden, hat hin und wieder Veranlassung gegeben, das Kind mit dem Bade auszuschütten, die Wegräumung ständischer Schranken der Wegräumung der Stände selbst gleich zu achten. Ein Blick auf das heutige Leben zeigt jedoch, daß auch in der heutigen Gesellschaft die Unterschiede in bezug auf Beruf und Besitz keineswegs aufgehoben sind, vielmehr zu einer größeren Scheidung, zu einer größeren Ungleichmäßigkeit als früher je sich fortgebildet haben. Das Unterscheidende des heutigen und des früheren Zustandes liegt einzig darin, daß nicht mehr der äußere Zwang der Zustände, sondern die freie Wahl und freie Tätigkeit bei Bildung der Stände entscheiden. Die abstrakte Opposition gegen alles, was irgendwie an untergegangene ständische Schranken, an Absonderung einzelner Teile der Staatsgesellschaft erinnert, ist nicht allein der künstlichen Scheidung der Stände, sondern auch der freien Entwicklung des Assoziationsgeistes innerhalb derselben hindernd entgegengetreten. Die Assoziationsfreiheit darf im Interesse des Ganzen keinem Mitgliede der Staatsgesellschaft verkümmert werden. Sollen namentlich die unteren Volksklassen ein heilsames Gegengewicht gegen den Egoismus der höheren Stände in die Wagschale legen, so bedürfen dieselben einer Gliederung und Organisation, um ihre Rechte zu vertreten. Diese Organisation kann jedoch weder vom Staate befohlen, noch mit Erfolg erzwungen werden; sie muß aus der entwickelten Einsicht jener Stände frei hervorgehen, und sie kann nur den Zweck haben, die vorurteilsfreie Erkenntnis ihrer Interessen bei allen Standesgenossen zu entwickeln und auf dem Wege der Assoziation solche Anstalten ins Leben zu rufen, zu deren Begründung die Kräfte des einzelnen nicht ausreichen. Die Gesetzgebung darf ohne Gefahr den heute bestehenden, aus freier Wahl hervorgegangenen und in gleicher Weise sich um- und fortbildenden Ständen die Assoziationsfreiheit in weitestem Umfange gewähren. Wir vermögen darin keine Rückkehr zu Feudalinstitutionen zu erkennen, so lange die Gesetzgebung die eben erwähnten Grundgesetze der heutigen Ständebildung nicht selbst alteriert und weder einem ganzen Stande noch einer Assoziation einzelner Mitglieder eines solchen gestattet, die Wirksamkeit der allgemeinen und für alle gleichen Rechtsbestimmungen durch Spezialstatute zu beschränken.

Ganz anders aber verhält es sich mit den Versuchen der Gesetzgebung und einzelner Stände, welche an die Stelle der freien Umbildung der

Stände eine für immer verurteilte, vom Geiste der Geschichte bezwungene Stetigkeit derselben künstlich zu begründen streben. Wenn z. B. dem großen Grundbesitze eine besonders starke Vertretung auf den Landtagen gewährt wird, so wird dieses zum besten der Gesamtheit einstweilen noch für nötig erachtete Privilegium in seiner Wirkung dadurch gemildert, daß jedem, ohne irgend einen Unterschied des Standes, der Erwerb dieses Rechtes zusteht. Die Grundlage dieses Rechtes, das Grundeigentum selbst, ist durch die ihm beiwohnende Qualität der Stimmberechtigung nicht einen Augenblick dem allgemeinen Verkehre entzogen. Wird dieses Grundeigentum jedoch durch Verwandlung in ein Majorat oder durch ein Fideikommiß aus dem allgemeinen Verkehre entnommen, so ist dadurch die allgemeine Erwerbsfreiheit wesentlich geschmälert. Die majoratstiftende Familie hat für eines ihrer Glieder auf lange Zeit hinaus ein Vorrecht, nicht allein zum Nachteile ihrer übrigen Glieder, sondern zum Nachteile der ganzen Staatsgesellschaft geschaffen.

Die Bürgschaften, die der große Grundbesitzer durch Festigkeit und Selbständigkeit des Charakters, durch eine genaue Kenntnis der ihn umgebenden Agrikulturzustände dem Staate bietet, welche einzig und allein die ihm zugestandene größere Berechtigung motivieren können, sind bei dem Enkel des ersten Besitzers nicht stärker, sondern schwächer geworden. Bei dem Erwerber und ersten dauernden Besitzer großen Grundeigentums darf mit Recht eine große Tätigkeit, eine richtige Auffassung der ihn umgebenden Verhältnisse vorausgesetzt werden; nicht so bei dem Enkel, der ohne eigenes Zutun, durch bloße Geburt ein Gut erworben, das zu erhalten er durch zwingende Gesetze genötigt ist. Die Tätigkeit des Erwerbes und die freie Verfügung, zwei Bestimmungen, ohne welche die Tüchtigkeit der Individuen nicht gedacht werden kann, gehen dem erbenden Majoratsbesitzer verloren; er wird durch die Gesetzgebung fast genötigt, sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Die naturgemäße Tendenz, den Ertrag seines Eigentums zu steigern, wird bei ihm geschwächt durch die ihm mangelnde freie Verfügung über die Substanz. Wie sollte der Majoratsherr alle seine Fähigkeiten entwickeln können, da der Gesetzgeber seine natürliche Freiheit, zu handeln, künstlich beschränkt? Und diese Majoratsherren sollen vorzugsweise zu Gesetzgebern dieser Gesellschaft erhoben werden?

Wirkungslos ist das Bemühen, untergegangene, vom Geiste der Geschichte überwundene Schranken wieder herzustellen. Keine Macht vermag es, das Vergangene zu neuem Leben aufzuwecken! Die, denen es um die Größe des Vaterlandes ernst ist, mögen daher ihren Kampf nicht gegen die lebendigen Stände der Gegenwart, sondern gegen jene Bestim-

mungen richten, die dem seiner Natur nach Wandelbaren eine künstliche ewige Dauer zu sichern suchen. Die Besitzer der Majorate und Fideikommisse mögen in sich gehen und aus eigener Bewegung den Wert ihrer Privilegien prüfen, bevor die Gesamtheit der Gefühle der ihr widerfahrenen Rechtsverletzung sie an die Pflichtverletzung mahnt.

VII. Der Herrenstand.

Das preußische Patent vom 3. Februar 1847 ruft, abweichend von der bisherigen, zu einer ungeteilten Einheit verbundenen Organisation der Provinzialstände, einen Stand der Prinzen, Fürsten, Grafen und Herren zu einer selbständigen Einheit ins Leben und erteilt diesem privilegierten Stande gleiche Rechte mit der aus den Vertretern der Bauern, Bürger und Ritter zusammengesetzten Wahlkammer. Zu Mitgliedern des Herrenstandes sind dem erwähnten Patente nach zunächst die Prinzen des königlichen Hauses, die zu den Provinziallandtagen berufenen vormaligen deutschen Reichsstände, die schlesischen Fürsten und Standesherren und alle mit Virilstimmen begabten oder an Kollektivstimmen beteiligten Stifter, Fürsten, Grafen und Herren der acht Provinziallandtage ernannt, und es ist denselben gestattet worden, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Die Organisation und Verstärkung des Herrenstandes hat sich die Krone ausdrücklich vorbehalten.

Fragen wir: auf welchen Fundamenten beruht dieser mit großer Macht begabte, zur Teilnahme an der Gesetzgebung berufene Körper in seiner Gesamtheit und in den einzelnen Personen seiner Mitglieder? so scheint bei der Bildung desselben, nach Anleitung der englischen Verfassung, der große Grundbesitz neben historischer Bedeutung der Geschlechter leitend gewesen zu sein. Die Gesetzgebung des deutschen Bundes hat den mediatisierten Standesherren bedeutende Rechte vorbehalten, und der Gedanke lag daher nahe, diese durch die Bundesgesetzgebung bereits mit großen persönlichen Privilegien ausgerüsteten, im Innern durch Majoratsrechte geregelten Standesherren in eine selbständige Kammer zu vereinigen. Die Krone hat indessen die Gefahr, welche in der Vereinigung eines solchen, eigenem, von dem gemeinen abweichendem Rechte unterworfenen Körpers liegt, erkannt und das Gewicht desselben teilweise durch Einmischung fremder Elemente, teilweise durch die ausdrücklich vorbehaltene Verstärkung desselben zu paralysieren gesucht.

Wird auch zugegeben, daß die Krone sich nach dieser Seite hin hinreichend gesichert hat, so tritt dagegen die in bezug auf das Fundamentale des Herrenstandes der Krone vorbehaltene Willkür dem Ansehen und der

Würde dieses Herrenstandes im Volke gefährdend entgegen. Die erste Bedingung eines politisch bedeutenden Körpers, Abgeschlossenheit und Gesetzmäßigkeit der Ergänzung, geht dem Herrenstande ab; ja, Mißtrauen scheint an seiner Wiege gestanden und ihm absichtlich eine unsichere Rechtssphäre bereitet zu haben, eine Rechtssphäre, die um so unsicherer ist, da die Krone bei der vorbehaltenen Verstärkung durchaus an kein Kriterium, weder des Besitzes noch der Geschichte, sich gebunden hat. Diese Unsicherheit in der Rechtssphäre des Herrenstandes wird vielleicht den Zweck erreichen, daß sich die Krone vor dem gewaltigen Einflusse, den ein auf Geschichte und auf großem Grundbesitz basierender ständischer Körper unter Umständen hätte ausüben können, sichert; ja, sie wird die stolzen Fürsten und Herren nötigen, ihre Blicke unverwandt nach oben zu kehren, weil sie unausgesetzt den Kurszettel ihrer relativen Bedeutung aus der Hand des Regenten entgegenzunehmen haben.

Ist die Bedeutung der einzelnen Glieder des Herrenstandes so schwankend und so unsicher, sind sie so sehr an den Willen einer fremden Macht gebunden, so erhebt sich um so mehr die Frage, ob ein solcher wenig zahlreicher Herrenstand geeignet und befähigt erscheinen kann, den Zweck der preußischen Verfassung zu erreichen. In dem Systeme dieser Verfassung wird der Zweck der ersten Kammer als selbständigen Organes nur so aufgefaßt werden können, daß dieselbe den Gesetzen eine reife Prüfung vom höchsten Standpunkte der Bildung der Zeit aus widmen, daß dieselbe die vielleicht zuzeiten allzu rasche und jugendmutige Bewegung der Volkskammer zügeln soll. Wie überall, so wird auch in Preußen die Pairskammer als ein retardierendes Gewicht am Wagen der Staatsverfassung betrachtet werden müssen. Den einen und den anderen Zweck — reife, durch hohe Intelligenz und durch den freiesten persönlichen Standpunkt unterstützte Prüfung der Gesetze, sowie die vermittelnde Mäßigung einer möglichen Neuerungssucht gegenüber — kann der Herrenstand nur dann erreichen, wenn er in den Augen des Volkes groß, geachtet und unabhängig dasteht. So wie der Herrenstand heute zusammengesetzt, nach den Bestimmungen, denen er künftig unterworfen ist, können wir ihn nicht unbedingt befähigt erachten, diejenige Stellung, die er im Volksinteresse der Krone gegenüber, sowie die Stellung, die er im Interesse der Krone dem Volke gegenüber einnehmen müßte, auszufüllen. Bei der heutigen Organisation kann derselbe gezwungen sein, statt einzig auf seine eigene freie Überzeugung mit auf die Neigungen und Stimmungen der Krone Rücksicht zu nehmen. Diese mögliche Abhängigkeit wird notwendig seine Bedeutung in den Augen des Volkes schwächen. Dies um so mehr, je ungebundener die Krone bei Ausübung ihrer Prärogative verfährt, je

weniger sie bei künftiger Verstärkung an dem wirklichen Fundamente des Herrenstandes, an dem großen Grundbesitze, festhalten wird. Ist aber die Bedeutung des Herrenstandes einmal gesunken und vernichtet, wie soll dann dieser Herrenstand noch imstande sein, seinen zweiten Zweck durchzuführen und die allzu rasche Bewegung zu zügeln?

Nehmen wir an, daß es dem Einflusse der Krone gelänge, alle ihr mißliebigen Anträge des Volkes dadurch von sich abzuhalten, daß sie ihren Einfluß auf den Herrenstand geltend machte, so würde sofort der Blick des Volkes über den Herrenstand, der in seiner wahren Bedeutung einen heilsamen Blitzableiter bei abweichender Ansicht der Krone und des Volkes bilden könnte, hinüberschweifen und direkt bis zur Krone hinaufreichen. Das so wohltätige und mäßigende Spiel zweier selbständigen Verfassungsorgane wäre durch eine solche Lenkung aufgehoben, und*) jener gefährliche Zustand würde sich erneuern, wo das Volk, nachdem es die Befriedigung seiner Wünsche innerhalb der gesetzlichen Schranken lange vergebens anstrebte, diese Schranken gewaltsam zu durchbrechen droht. Die für jetzt so glücklich besiegte Mißstimmung im Volke würde sich stärker erneuern und die geschenkte Verfassung selbst würde in ihrer Ohnmacht noch dazu beitragen, den Sieg des Volkes zu erleichtern. Die Krone hätte den entscheidenden Kampf dann nicht beseitigt, sondern nur vertagt, und das Land, das sich einem friedlichen und geordneten Fortschritte nach innen und nach außen entgegensehnt, würde wider Willen in das verderbliche Gebiet der Parteikämpfe abermals hineingezogen. †

Vergebens wird man sich auf das Beispiel Englands berufen und anführen, daß dort das der Krone vorbehaltene absolute Ergänzungsrecht der Bedeutung des Oberhauses in den Augen des Volkes keinen Eintrag getan habe. In England besteht das Oberhaus aus 473 Mitgliedern, welche mehr als die Hälfte des gesamten Grundeigentums besitzen und welchen außerdem die ruhmvolle, mit der Nation innig verwachsene Geschichte der Geschlechter seit mehreren Jahrhunderten zur Seite steht. Ähnliche Elemente zur Bildung eines Oberhauses waren in Preußen gar nicht vorhanden und konnten auch durch einen Akt der Gesetzgebung nicht ins Leben gerufen werden. Das Patent vom 3. Februar 1847 hat fast alle wahrhaft vorhandenen Elemente in sich aufgenommen und doch die Gesamtzahl der Mitglieder der preußischen Pairie nicht über siebzig hinausgebracht. So wenig wie die Zahl, so wenig erlaubt der Besitz dieses Herrenstandes eine Vergleichung mit England.

*) Von hier bis zu dem Zeichen † fehlt in der Köln. Ztg., offenbar infolge eines Zensurstriches. Hier ist der Passus aus dem Manuskript entnommen.

Volk und Krone haben ein gleiches Interesse an der wohlbefestigten Macht und Stärke des Oberhauses, an seiner völligen Unabhängigkeit nach oben und nach unten.

Die Kraft, die in Preußen durch Besitz und Geschichte der Mitglieder zurzeit nicht zu erreichen war, konnte durch Heranziehung hoher Intelligenz aus dem Beamten- und Gelehrtenstande, namentlich durch gewählte Vertreter der Universitäten und anderer noch bestehender Korporationen, erhöht und so durch Vergrößerung der Zahl der Mitglieder der der Krone fortdauernd notwendige Einfluß auf die Zusammensetzung der ersten Kammer angemessen beschränkt werden; denn niemand wird verkennen, daß das Recht der steten Verstärkung eines ständischen Körpers von fünfhundert Mitgliedern eine weit engere Grenze hat, als das gleiche Recht bei einem Körper von siebzig Mitgliedern. Bei der geringen Zahl der Mitglieder kann die Krone in Preußen nur dadurch den Herrenstand zur gänzlichen Lösung seiner Aufgabe im Interesse des Thrones und des Landes befähigen, daß sie freiwillig darauf verzichtet, ihren Einfluß auf die Überzeugungen des Herrenstandes geltend zu machen, daß sie bei einer künftigen Verstärkung auf das wahre Fundament des Standes, auf den mit der größten Intelligenz verbundenen größten Besitz, die strengste Rücksicht nimmt. Nur dann, wenn die Krone die Selbständigkeit des Herrenstandes achtet und heilig hält, darf gleiche Achtung vom Volke erwartet werden.

Eine weitere gefährliche Seite ist dadurch in der Zusammensetzung des preußischen Herrenstandes unverkennbar gegeben, daß die einzelnen Mitglieder desselben sich durch die Bundesgesetzgebung im Besitze von Privilegien befinden, die dem gemeinen Rechte widerstreiten, daß daher nicht allein der große Grundbesitz und die hohe Bildung, sondern auch persönliche Privilegien und Rechte im Herrenstande zur Vertretung gelangen, Rechte, die als Überbleibsel der Geschichte zu betrachten sind und dem heutigen Bewußtsein der Rechtsgleichheit aller widersprechen.

Sollte es sich zeigen, daß der Herrenstand, statt die großen und allgemeinen ihm anvertrauten Interessen gebührend zu wahren, mehr darauf bedacht sein würde, seine besonderen Vorrechte und Privilegien zu mehren, so hätte derselbe seinen Bruch mit der öffentlichen Meinung selbst herbeigeführt und dadurch seine Unfähigkeit, seine Aufgabe in seiner zeitigen Organisation zu lösen, bekundet. Die Krone hätte dann nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, dem alten Stamme neue, frische Reiser einzuimpfen und durch die Vernichtung der zeitigen Bedeutung der einzelnen Mitglieder die Bedeutung der ganzen Ritterschaft zu retten und in den Augen des Volkes wieder herzustellen.

VIII. Die Kompetenz des Vereinigten Landtages.*)

Die erste Frage, die dem auf dem 11. April zusammenberufenen Vereinigten Landtage sich aufdrängen wird, eine Frage, die bereits von vielen Seiten her beleuchtet wurde, lautet dahin: Ist der Vereinigte Landtag rechtlich als die Vereinigung der in den Gesetzen vom 22. Mai 1815, 17. Januar 1820 und 5. Juni 1823 vorgesehenen Reichsstände der Form und dem Wesen nach zu betrachten? Bei Beurteilung der formellen Rechtsbeständigkeit wird anerkannt werden müssen, daß die Verfügungen der älteren Gesetzgebung in dem Patente vom 3. Februar 1847 mit Ausnahme eines einzigen Punktes ihre Erledigung gefunden haben. Die älteren Grundgesetze Preußens haben die Krone verpflichtet, eine Repräsentation des Volkes zu bilden, die durch Wahl aus den Provinzialständen hervorgehen und in Berlin ihren Sitz haben soll.

Wenn das Patent vom 3. Februar es vorgezogen, Reichsstände, statt durch Wahl aus einzelnen provinzialständischen Körpern, durch Vereinigung der sämtlichen Provinzialstände der Monarchie zu bilden, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Provinzialstände, die befugt waren, durch einzelne aus ihrer Mitte die Reichsstände Preußens zu konstituieren, wohl noch mehr in ihrer Gesamtheit zur Ausübung der reichsständischen Befugnisse berechtigt sind. Vielseitig ist behauptet worden, daß neue Wahlen hätten ausgeschrieben werden müssen, um vollberechtigte Reichsstände ins Leben zu rufen. Diese Behauptung hat jedoch, wie motiviert sie auch durch die große Verschiedenheit reichsständischer und provinzialständischer Funktionen erscheinen mag, in der älteren Gesetzgebung keinen Halt. Die einzige formelle Divergenz zwischen den eingangs erwähnten Grundgesetzen und zwischen dem Patent vom 3. Februar vermögen wir nur darin zu finden, daß die ersteren Berlin als den permanenten Sitz der Reichsstände bezeichnen, letzteres die jedesmalige Ortsbestimmung der Krone vorbehält. Die formelle Rechtsbeständigkeit des Vereinigten Landtags allein kann jedoch noch nicht genügen, demselben den Charakter der Reichsstände zu geben, wenn nicht auch die materielle Rechtssphäre der Reichsstände in das neue Institut ihrem vollen Umfange nach aufgenommen worden ist.

Reichsstände sind nur da vorhanden, wo die ganze Rechtssphäre, die durch ältere Gesetze den Reichsständen zugeteilt worden, anerkannte Verwirklichung und Wirksamkeit gefunden hat. Reichsstände treten wie jede andere Organisation erst durch die Einheit der materiellen und formellen Be-

*) Bestimmt für die Köln. Ztg. vom 19. März, aber von der Zensur nicht zum Drucke zugelassen; hier nach dem Manuskript abgedruckt.

stimmungen ins Leben. Die Form, innerhalb deren sie existieren, bildet die eine, die Rechte, die in ihnen existieren, bilden die andere Seite ihrer Existenz.

So wenig wie die Verleihung reichsständischer Rechte an einen nicht aus der gesetzlichen Form der Reichsstände hervorgegangenen Körper diesen Körper zu Reichsständen erheben könnte, ebenso wenig vermag die formelle Rechtsbeständigkeit die Kompetenz von Reichsständen zu begründen, so lange die von dem Wesen derselben untrennbaren Rechte noch keine Anerkennung gefunden haben.

Das Gesetz vom 17. Januar 1820 sichert den künftigen preußischen Reichsständen eine periodische alljährliche Berufung. Es sichert denselben ferner die Zustimmung und Mitgarantie bei allen Anleihen des Staates ohne Ausnahme, mögen sie im Kriege oder Frieden abgeschlossen werden, mögen sie das gesamte Staatsvermögen oder nur einen Teil desselben bestricken; es sichert denselben die Kontrolle über Substanz und Einkommen von den Domänen des Staates. Das Besitzergreifungspatent für die Rheinlande vom 5. April 1815 sichert den Rheinländern zu, daß die Steuern mit ihrer Zuziehung reguliert und festgestellt werden sollen nach einem allgemeinen auch für die übrigen Provinzen zu entwerfenden Plane. Nach dem Gesetze vom 5. Juni 1823 sollen alle Gesetze, welche Veränderungen in Personen und Eigentumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, den Reichsständen zur Beratung vorgelegt werden. In gleicher Weise sichert das Gesetz vom 22. Mai 1815 den Landesrepräsentanten das Recht der Beratung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigentumsrechte betreffen, mit Einschluß der Besteuerungsrechte, zu.

Das Recht der Bitte kann seiner Natur nach und als das geringste der Rechte, die den nach Art. 13 der Bundesakte in allen Bundesstaaten einzurichtenden Landständen einzuräumen sind, nicht auf die inneren Angelegenheiten des Landes beschränkt werden. Nach dem Landrechte steht jedem das Petitionsrecht an die gesetzgebende und vollziehende Gewalt im Staate, also auch an die Reichsstände des Landes, zu.

Die Rechtssphäre der Reichsstände, so wie sie durch die angeführten Bestimmungen der älteren Grundgesetze festgestellt worden ist, ist in dem Patente vom 3. Februar nicht zur vollen Anerkennung gelangt. Der Vereinigte Landtag wird daher genötigt sein, an dem Tage, wo er seine formelle Qualifikation als Reichsstände anerkennt, zugleich den für seine Kompetenz unentbehrlichen materiellen Rechtsboden in Anspruch zu nehmen und diesen materiellen Rechtsboden der Krone gegenüber, so weit er durch das Patent vom 3. Februar keine Anerkennung gefunden, ehrerbietigst zu verwahren resp. diese Anerkennung und Verwirklichung auf dem Wege

der gegenseitigen Vereinbarung zu erwirken haben. Nur dann, wenn diese Rechtssphäre unumschränkte Geltung sich verschafft hat, oder wenn dieselbe auf dem Wege des Vertrags nach zuvoriger Anerkennung ihrer ungeschmälerten Rechtsbeständigkeit näher bestimmt und abgeändert worden ist, wird der Vereinigte Landtag in den Augen des Landes befugt erscheinen, die ihm durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 beigelegten Funktionen auszuüben.

Nur dadurch, daß er die erworbenen älteren Landesrechte gebührend wahrt, kann er seine heilige Achtung vor dem Rechte kundtun und seinen Bestrebungen jenes Fundament sichern.

---

2. Zur Eröffnung des Vereinigten Landtags.

Der Aufsatz ist, ohne Angabe des Verfassers, zum größten Teil gedruckt in der „Gegenwart, eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände“ II (Leipzig, Brockhaus, 1849) S. 163. Es wird dort gesagt: „Kurze Zeit nach dem Schluß des Landtags erhielten wir von hochgeehrter Hand eine Notiz über das Patent, über den Eindruck, den es gemacht hatte und über jene vorberatenden Versammlungen der Stände, die dem Landtag vorausgingen... Sie darf als das Programm betrachtet werden, mit welchem die rheinische Opposition in den Landtag eintrat.“ — Hier erfolgt der Abdruck der, wie der Inhalt zeigt, nach dem Schluß des Landtags niedergeschriebenen Abhandlung auf Grund von Mevissens Manuskript.

Das Verfassungspatent vom 3. Februar nebst den Verordnungen vom gleichen Tage erschien allen Parteien gleich unerwartet. Wenige Tage vorher hatte noch ein anerkanntes Organ der Regierung die Hoffnungen der Verfassungsfreunde in Preußen in das Reich müßiger Träume gerückt. Die seit zwei Jahren von Tag zu Tag gespannte Erwartung des Volkes, die glaubwürdigen Berichte, die den Erlaß der Verfassungsurkunden an irgend einem Tag historischer Erinnerung mit der größten Bestimmtheit vorherverkündeten und selbst ihren Weg in die Augsburger Zeitung gefunden hatten, waren so oft getäuscht und durch die Wirklichkeit Lügen gestraft worden, daß die Lust zum Hoffen, die frohe Erwartung dem Volke gänzlich verloren war.

Diese abgespannte Erwartung, der mangelnde Reiz der Neuheit erklären am einfachsten die Ruhe und Teilnahmlosigkeit, mit der das Volk die neue Verfassung begrüßte. Die preußische Konstitution war zwei Jahre hindurch durch die Retorte der Presse hindurchgetrieben, das Interesse an ihr war abgekühlt, ehe sie noch das Licht der Welt erblickte. Von seiten des Gouvernements war alles geschehen, um das große Werk,

was da entstehen sollte, nicht der begeisterten und schwärmenden, die nackte Wirklichkeit zum Ideal verklärenden Phantasie, sondern dem kalten, berechnenden Verstande, der nüchternen Kritik zu empfehlen. Nirgends loderten die Freudenfeuer, die nur der jugendliche, in seinem Ziel noch ungewisse, in der Unendlichkeit der Zukunft sich wiegende Enthusiasmus anzünden kann. Überall zahme, reflektierende Prosa, wie sie der preußische Beamtenstaat, jedem Hauche freier Begeisterung seit so langer Zeit feind, in den Jahren der Reaktion von 1820—40 großgezogen.

Es ist begreiflich, daß der geistreiche König in seinem Schlosse in Berlin mit einigem Staunen, mit einigem Unmut diese tiefe Stille weit und breit in seinem Reiche empfunden haben mag. Wenige Menschen an seinem Hofe mögen der Herrschaft des kleinlichen, nüchternen, wägenden Verstandes, die die preußische Vergangenheit der Gegenwart überliefert hat, im tiefsten Innern so gram sein, als der romantische Friedrich Wilhelm IV., dessen Herz nach Poesie, dessen Geist nach lebendiger Erfüllung dürstet. Weil die Gegenwart für die Träume seiner Phantasie so wenig Boden bietet, versenkt er seinen Geist in jene große Epoche, aus der noch die Märchen zu uns herüberklingen, aus der die himmelanstrebenden gotischen Säulen uns kühn und fragend anschauen.

War die Aufnahme des Verfassungspatents vom 3. Februar im Volke eine gleichgültige und kalte (einzig in Halle und Elbing war ein Strahl momentaner Begeisterung durchgebrochen), so zeigte sich auch der Reflex der allgemeinen Stimmung in der Presse. Auch in dieser kaum ein begeistertes Wort, kaum ein vereinzeltes, freies Aufatmen aus einem lange empfundenen Druck zu einem erhebenden Gefühle der Freiheit. Die Presse begrüßte das Patent mit wohlmeinender Verständigkeit, sie erkannte in der großen Mehrzahl ihrer Organe an, daß ein Schritt geschehen, daß ein Punkt gegeben sei, von wo aus die Nation, unter übrigens guten Sternen, vielleicht in später Zukunft zu einer freien Staatsverfassung gelangen könne. Wenige der periodischen Blätter Deutschlands gingen tiefer auf das Wesen der neuen Verfassung ein. Die Blätter der Hauptstadt blieben farblos wie vorher; nur die rheinischen Blätter, und unter diesen vor allen die Kölnische Zeitung, versuchten es, das neue Geschenk zu zergliedern und der Nation zum Verständnis zu bringen. Die Kölnische Zeitung brachte zwei Reihenfolgen von Artikeln, die einen aus der Feder ihres gemäßigt liberalen, überall Vermittlung und Verständigung anstrebenden Redakteurs Brüggemann,*) die andern aus der Feder des in den

*) Die Aufsätze von Brüggemann (mit dem Zeichen ***) beginnen am 3. März (Nr. 62), nachdem ein Rückblick bis 1840 in Nr. 56 begonnen hatte.

späteren Verhandlungen des Vereinigten Landtages bekannt gewordenen Abgeordneten Mevissen.*)

Diese Artikel, so klar und unumwunden in ihrer Sprache, als dies bei königlich preußischer Zensur möglich, entfalten das Programm der sogenannten preußischen Opposition, d. h. jener großen Majorität des preußischen Volkes, die seit Jahren erkannt oder empfunden hat, daß der Organismus des Staates einer Kur dringend bedürfe, und deren Tendenz vorzugsweise eine negative gegenüber so manchen Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung auf dem Felde der Religion und der Politik genannt werden muß.

Von außerpreußischen, norddeutschen Blättern ist der zurzeit in Preußen verbotenen beiden Bremer Zeitungen zu gedenken, von süddeutschen fast ausschließlich der Augsburger Allgemeinen Zeitung, die mit ihrer bekannten Vorsicht und Diplomatie ihr Urteil so lange hinausschob, bis die Verhandlungen des Landtages bereits begonnen und die Presse überhaupt bereits einen festen Standpunkt gewonnen hatte.

Dem Patente vom 3. Februar folgte das Konvokationspatent vom 8. Februar auf dem Fuße. Die zwischen dem 8. Februar und dem 11. April liegende Frist von zwei Monaten wurde mehr als von den periodischen Blättern von der Broschürenliteratur ausgebeutet. Schon wenige Wochen nach Erscheinen des Patents waren Simons' „Annehmen oder Ablehnen", die „Vier Fragen", das „Votum eines Süddeutschen", „Die neue Lage Preußens" in allen Händen und in tausenden von Exemplaren verbreitet.

Das erste Buch vor allem muß als das Produkt jener negierenden Verstandesrichtung bezeichnet werden, die mit juridischem Scharfsinn sich an die positiven Rechtsbestimmungen der Vergangenheit anklammert, um mittels derselben die Gegenwart zu bestreiten. Die Kritik kommt hier zu dem Schlusse, daß die neue Verfassung der früheren Verheißung nicht entspreche und daher von den Vertretern der Nation abgelehnt werden müsse. Die Sorge für die weitere Entwicklung der Staatsform wird in die Hände der Krone, die soeben erst ihrerseits einen Versuch zur Erledigung der Frage gemacht hat, zurückverlegt.

Positiver und der Stimmung des Volkes mehr entsprechend waren die „Vier Fragen", welche den Widerspruch der gegebenen Verfassung mit den älteren Grundgesetzen zwar konstatierten, aber mit eindringenden Worten zugleich empfahlen, auf dem Boden des Gegebenen die Lösung des Widerspruchs zu versuchen, bei dem bevorstehenden Werke der Entwicklung die

*) Vgl. oben S. 201 ff.

Regierung nicht in einer isolierten Stellung zu lassen, sondern sie durch die ins Leben gerufene Volksvertretung dabei aufs kräftigste zu unterstützen.

In einem Punkte war fast die ganze Presse aus Nord und Süd, Ost und West übereinstimmend. Niemand fand den materiellen Gehalt der neuen Verfassung mit den älteren Gesetzen im Einklange oder dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechend. Diese Unanimität der Presse lieferte den Beweis, daß die Regierung bei Erlaß jener Edikte sich auf einem isolierten, vom Leben der Nation verlassenen Standpunkt befunden, daß der Pulsschlag der öffentlichen Meinung ihr fremd geblieben, und daß sie im Unklaren und in Ungewißheit war über diese Divergenz ihrer Richtung und der Richtung des nationalen Geistes.

Der innere Riß zwischen Regierung und Volk, der seit Jahren in einer Reihe unvolkstümlicher Gesetze teils sich ausgeprägt, teils in am Widerspruche des Volkes vor der Geburt erstickten Gesetzentwürfen sich dokumentiert hatte, fand seinen vollen historischen Ausdruck in der neuen Verfassung, und man darf wohl sagen, daß kaum je einem Volke mit größerer Offenheit, festerer Überzeugung von ihrer Güte eine mit seiner Kulturstufe im grellsten Widerspruch stehende Verfassung geboten worden ist. Zum Glück für Preußens Zukunft wird durch diese Verfassung, wie wenig sie auch bot, auf wie schwankendem Fundamente sie auch ruhte, doch die Divergenz der Standpunkte in ihrer vollen Nacktheit aufgedeckt, eine klare Erkenntnis des schon so tief eingefressenen Übels hervorgerufen und in der Volksvertretung eine allmähliche Heilung des vorhandenen Bruches möglich gemacht.

Während die Schriftsteller die neue Verfassung zergliederten, während die Ministerialbureaus in Berlin Tag und Nacht arbeiteten, um die den Ständen vorzulegenden Propositionen auszuarbeiten, während die Tagespresse mit stummem Schweigen die Dinge geschehen und teilnahmlos der Regierung und den Ständen die Lösung der großen Streitfragen überließ, versammelten sich in verschiedenen Provinzen die urplötzlich in Reichsstände umgewandelten Provinzialstände, um über ihre Haltung gegenüber den neuen Zuständen in Beratung zu treten.

In der Provinz Preußen, seit 1840 der Hauptsitz der preußischen Opposition, schwankten die Meinungen zwischen Simon und den „Vier Fragen". Die Schale neigte sich zugunsten des ersteren.

In Schlesien hatte man sich in einer in Breslau stattgefundenen, von 26 Mitgliedern besuchten Versammlung der Abgeordneten der Städte und Landgemeinden gänzlich für Simon entschieden.

In Sachsen war eine freisinnige Minorität von etwa 20 Personen der gleichen Ansicht zugetan.

Pommern und Brandenburg warteten ohne alle Vorbereitung ruhig die Dinge ab, die von außen, von dem geistig erregten und politisch fortgeschritteneren Osten und Westen der Monarchie an sie herankommen würden.

In Westfalen hatte eine Versammlung der Ritterschaft stattgefunden, in welcher durch von Vincke, von Velz-Jungken, von Bockum-Dolffs die später durch den ersteren zur Verhandlung gekommene Deklaration der Rechte erfolglos angeregt wurde. Die Majorität der Ritterschaft Westfalens bekundete schon in jener Versammlung jenen katholisch-monarchischen, dem Streben der Zeit entfremdeten Geist, der dieselbe später in den Verhandlungen des Vereinigten Landtages auszeichnete.

Die Vertreter des Rheinlandes waren die einzigen, welche gleich nach Erscheinen des Patents über die demselben gegenüber einzunehmende Haltung unter sich einig und klar waren. Die Rheinländer hatten in zwei Versammlungen in Cöln jeden einzelnen Punkt des Widerspruchs zwischen der älteren und neueren Gesetzgebung gründlich erwogen und festgestellt und beschlossen, die in den älteren Grundgesetzen von 1815, 1820 und 1823 dem Lande verbrieften Rechte womöglich in einer Adresse zu verwahren, sich jedoch gleichzeitig als die verheißene reichsständische Versammlung zu erklären und als solche sich dem Lande gegenüber zu konstituieren.

Ein Teil der Abgeordneten der Provinz Preußen war zuerst auf dem Kampfplatze in Berlin. Der Marschall von Brünneck, von Auerswald, Graf zu Dohna, von Bardeleben und andere waren schon in den ersten Tagen des April in Berlin eingetroffen. Wenige Tage nachher fanden auch die Rheinländer Camphausen, Mevissen, von Beckerath, von der Heydt sich ein; Hansemann hatte sich zuerst von allen, etwa vierzehn Tage vorher, in Berlin häuslich eingerichtet und nach allen Seiten hin Verbindungen eröffnet.

Am 7. April fand bei dem Marschall von Brünneck die erste Besprechung zwischen Preußen und Rheinländern statt. Jede Provinz entfaltete ihr Panier. Von Auerswald, von Bardeleben, Graf zu Dohna waren für eine Inkompetenzerklärung; Hansemann und Mevissen entwickelten das Programm der Rheinländer. Die Diskussion war lebhaft und lang; keine Partei wollte ihre Ansicht modifizieren, da gab der Abgeordnete von Cöln, Camphausen, durch eine Improvisation voll Feuer den Ausschlag. von Auerswald erklärte sich zwar noch nicht völlig überzeugt, aber hingerissen und geneigt, das Programm der Rheinländer zu acceptieren. Die Vorberatungen wurden von da an Tag um Tag fortgesetzt, zunächst jedoch nur zwischen Preußen und Rheinländern. Eine Adresse wurde beschlossen und mehrere Entwürfe von von Auerswald, Camphausen und von Beckerath in Erwägung genommen.

---

b) Briefe,*) Reden und Anträge.

1. Berlin 1847 April 13.

Die gestrige Sitzung des Landtags wurde nach Verlesung der Propositionen eröffnet durch Graf Schwerin mit dem Antrage auf eine Adresse (nicht auf eine Dankadresse, wie die Staatszeitung in ihrem ganz unzuverlässigen Bericht sagt), eine Adresse, worin ein Dank für die Berufung von Reichsständen und eine Verwahrung der denselben vorenthaltenen, nach den älteren Landesgesetzen ihnen zustehenden Rechte niedergelegt werden soll. Eine Adresse in diesem Sinne, und nur in diesem, wurde mit großer Majorität beschlossen. Selbst die königlichen Prinzen, mit Ausnahme des Prinzen von Preußen und des Prinzen Karl, stimmten dafür. Ersterer soll nach einer anderen Version dennoch einen Augenblick sich erhoben, dann aber sofort sich wieder gesetzt haben. Hansemanns Antrag auf Ernennung einer Kommission zur Prüfung der Geschäftsordnung war unreif der Form und dem Gedanken nach, und der Marschall hatte leichtes Spiel dagegen. Nichtsdestoweniger wurde die vorläufige Debatte über seinen Antrag durch einen Polen v. Zakrzewski kräftig eröffnet und ein entschiedener Protest gegen mehrere Bestimmungen der Geschäftsordnung, namentlich gegen die eventuelle Zensur des Kommissars ausgesprochen. Der königliche Kommissar Bodelschwingh wollte sich der Debatte über den Antrag widersetzen, wurde aber durch von Auerswald daran erinnert, daß nicht er, sondern nur der Marschall das Recht habe, die Tagesordnung zu bestimmen. Die eigentliche Debatte über die Adresse wird übermorgen beginnen, nachdem die Adreßkommission ihre Arbeit vorgelegt haben wird. Pure das Patent vom 3. Februar annehmen ohne alle Verwahrung will, glaube ich, niemand in der ganzen Kammer. Die eine Partei, die in aller Weise vom Hofe unterstützt wird, will eine allgemeine Rechtsverwahrung, die andere eine spezielle, — auf diesem Terrain wird sich der Kampf bewegen. Eine Vordebatte wird über die mangelhafte Veröffentlichung durch die Staatszeitung, über den Hansemannschen Antrag und über die Nichteinberufung des Grafen Reichenbach in Schlesien stattfinden.

Gestern Nachmittag 2 Uhr war große Vorstellung sämtlicher Mitglieder des Vereinigten Landtages im Schlosse. Der König hat das Gewicht seiner höchst bedeutenden und gewinnenden Persönlichkeit schwer in

---

*) Die Briefe sind fast sämtlich an Mevissens Frau, einige an andere Familienmitglieder gerichtet. Wo andere Personen die Adressaten sind, ist dies ausdrücklich angegeben worden.

die Wagschale geworfen und außer verbindlichen Worten an die einzelnen auch an die Provinzialstände einer jeden Provinz Reden gerichtet (jede Provinz war in einem besonderen Zimmer). So viel wie ich erfahren, lauten die Anreden an die einzelnen Provinzen im Kern wie folgt (für die wortgetreue Richtigkeit kann ich nicht einstehen).

Preußen: Ihre Provinz trägt in doppelter Beziehung den Namen Preußen. Ihr seid die Stammlande der Monarchie, die Lande, in denen meine Väter stets Treue und Liebe gefunden haben. Euer Wirken auf dem Vereinigten Landtage wird den anderen ein Vorbild sein. Was ihr tut, ist von doppelter Bedeutung. Wenn ihr die Krone stützt, so ist sie unerschütterlich, wenn ihr an dem Trone rüttelt, so ist er gefährdet. Auf euch fällt alle Verantwortlichkeit. Mein Vertrauen zu euch ist ungeschwächt, ihr werdet es bewähren.*)

Pommern: Die Pommern haben stets mit rühmenswerter Treue an ihrem Herzog gehangen und gehalten. Auch jetzt in diesem entscheidenden Augenblicke werdet ihr der alten Sitte treu bleiben. Wenn ihr guten Rat bedürft, wenn ihr unschlüssig seid, so verweise ich euch auf meinen lieben Freund und Bruder, euern Herzog und Statthalter, den Prinzen von Preußen.

Posen: Eure Provinz hat mir und euch viel Schmerz bereitet, viel Weh, was ich nicht habe abwenden können. Größeres Leid steht noch bevor. Von euch wird es abhängen, mir die Möglichkeit zu gewähren, die Tränen so vieler der Eurigen zu trocknen.

Brandenburg: Eure Provinz ist das Herz der Monarchie; sie steht auch meinem Herzen nahe. Zwischen uns ist das althergestammte Verhältnis noch nie getrübt worden. Ihr waret stets meine lieben, guten Landeskinder. Ich bin gewiß, ihr seid auch diesmal die alten.

Schlesien: Eure Provinz ist eine Perle, ein kostbares Kleinod in meiner Krone. Eure Provinz ist größer und reicher als manches Königreich. Ihr legt ein schweres Gewicht in die Wagschale. Ich vertraue, ihr werdet den rechten Weg wählen.

Sachsen: Ihr Sachsen habt mir noch nie Kummer gemacht; ihr waret stets treu und ergeben, ihr werdet auch diesmal euch so beweisen.

Westfalen: Eure Provinz ist stolz darauf, die reinsten und edelsten der deutschen Stämme zu bilden. Die edelste Ureigenheit der Deutschen ist die Treue. Ich hoffe, ihr werdet mir beweisen, daß ihr die echten Kinder eurer Väter seid.

---

*) Vgl. dazu den Brief des Abgeordneten Saucken vom 13. April (Westermanns Monatshefte 1902, Oktober, S. 148).

Rheinland: Nun zu euch, meine lieben Rheinländer, ein herzliches Wort. Ihr wißt es lange, ich bin gerne unter euch, ihr steht meinem Herzen am nächsten. Auf euch rechne ich ganz besonders bei dem bevorstehenden großen Werke. Alle eure bisherigen Verhandlungen zeugen von eurem parlamentarischen Takt, von eurem hohen, unbestechlichen Gefühl für Schicklichkeit. Ihr seid in der politischen Bildung meinen übrigen Staaten vorausgeeilt. Ich rechne fest auf euch; ihr werdet ihnen mit gutem Beispiele den rechten Weg zeigen. Mein ganzes Herz hängt am Rhein, bei euch bin ich zu Hause. Ich bin fest überzeugt, ihr werdet meinem Vertrauen entsprechen.*)

Diese gestrigen Reden des Königs wirken auf den Gang der Beratungen sehr störend ein. Es gibt gar zu viele Personen, die die Person nicht von der Sache zu trennen wissen. Ich fürchte sehr, der König wird die Schlacht durch seine Worte gewinnen, das Königtum wird sie verloren haben. Wenn es je notgetan, die ganze und volle Wahrheit zu sagen, so jetzt. Wir Rheinländer sind bisher von dem Kölner Programm um keinen Schritt gewichen, wir werden auch dabei fest und unerschütterlich verbleiben, aber noch acht Tage wie gestern, und unsere Reihen sind wahrscheinlich sehr gelichtet.

2. Rede aus der Adreßdebatte. 1847 April 15.**)

Jeder hier in der Versammlung hat die Pflicht, seine Überzeugung vor König und Volk offen und ganz auszusprechen. Dieser Pflicht werde ich durch meine Worte zu entsprechen suchen. Die Redner, die mir vorangegangen sind, haben zum Teil den Modus, die Zweckmäßigkeit des Adreßentwurfs in Frage gestellt, teils hat sich eine Differenz in bezug auf die rechtliche Begründung der in dem Adreßentwurf niedergelegten speziellen Verwahrung entwickelt. Was den Modus betrifft und die Zweckmäßigkeit, so, glaube ich, sind wir es dem Lande schuldig, nichts zu verschweigen und gleich beim Beginn dieser Verhandlungen uns klar und bestimmt auszusprechen. Wir sind Offenheit und Wahrheit der Krone schuldig, die uns berufen hat, um durch uns den Willen des Landes zu erfahren. Nur durch offene, rücksichtslose Wahrheit kann das große Ziel dieser Versammlung, die gänzliche Wiederherstellung der im Jahre 1813 so schön bewährten, in der neuesten Zeit, wie wir aus hohem Munde vernommen

*) Vgl. Köln. Ztg. 107, Beilage.

**) Der Abdruck der Reden erfolgt hier nach den stenographischen Berichten, welche in dem Werke von E. Bleich, Der erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847 (Berlin, R. Reimarus, 1847) veröffentlicht worden sind.

werden, und in dem Augenblicke, wo Reichsstände zusammenberufen werden, sind sie in den Besitz dieses Rechtes eingetreten. Wenn auch andere ständische Organe vernommen werden möchten, so bleibt ihnen doch stets das Recht, neben diesen Organen gehört zu werden.

Das ist der Sinn des Adreßentwurfs, wie ich ihn aufgefaßt habe.

Ein weiterer Punkt des Widerspruchs hat sich darin ergeben, daß der königliche Herr Kommissar uns erklärt hat, das in den Verordnungen vom 3. Februar dem Vereinigten Landtage eingeräumte Steuerbewilligungsrecht gehe weit über die früheren Verheißungen hinaus.

Wir Rheinländer können dies nicht anerkennen. In dem Besitzergreifungspatent vom 5. April 1815, welches für unsere Provinz die Grundlage unserer Rechte bildet, ist den Rheinländern das Recht der Zuziehung bei Regulierung und Feststellung aller Steuern zugesichert. Wenn auch über die Deutung dieser Worte Zweifel obwalten, wenn es fraglich sein könnte, ob dadurch ein Recht der Zustimmung feststehe, Zweifel, die ich für nicht begründet erachte, so steht doch das Recht der ständischen Mitwirkung bei allen Steuern ohne irgend eine Ausnahme fest. Das, meine Herren, sind die Punkte des Widerspruchs, die sich in der bisherigen Diskussion dargeboten haben.

Es bleibt mir nur noch ein Differenzpunkt zu erwähnen übrig. Dieser Punkt betrifft das unbeschränkte Recht der Petition. Ich bin durchaus einverstanden mit den Ansichten, die in bezug auf diesen Punkt der verehrte Herr Referent vorher entwickelt hat, dahingehend, daß, als im Jahre 1815 auf dem Wiener Kongresse den sämtlichen deutschen Staaten eine ständische Verfassung zugesichert wurde, das unbeschränkte Petitionsrecht als von einer jeden ständischen Verfassung unzertrennlich gedacht und in offiziellen Erklärungen anerkannt worden ist. Wenn in Preußen das ständische Organ der Einheit, was bisher fehlte, ernstlich neu begründet werden soll, so glaube ich, daß dann das Minimum aller ständischen Rechte, das Recht der Petition, nicht in Frage gestellt, nicht durch kleinliche Beschränkungen verkümmert werden darf. Siebenundzwanzig Jahre hat das Volk die Erfüllung des Gesetzes vom Jahre 1820, zweiunddreißig Jahre die Erfüllung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 mit Zuversicht, mit Vertrauen erwartet. Se. Majestät der König haben erklärt, daß unabwendbare Hindernisse die frühere Erfüllung dieser Verheißungen verhindert haben; das Volk hat durch sein Vertrauen, durch seine Ruhe diese Hindernisse gewürdigt, aber heute, heute sind sie gehoben, heute ist eine reichsständische Verfassung endlich begründet, heute stellt das Volk mit Recht die Forderung an seine Vertreter, daß diese Versammlung dazu beitrage, daß eine starke Verfassung dauernd begründet werde. Eine solche kann

aber nur dann begründet werden, wenn König und Volk in der Ansicht über die wesentlichen Elemente einer solchen Verfassung vollkommen einig sind. Diese Versammlung hat die schöne Aufgabe, die getrübte Unmittelbarkeit zwischen dem Könige und seinem Volke wiederherzustellen. Es wird daher zu untersuchen sein, was nach dem Rechtsbewußtsein des Volkes als unentbehrlich für die reichsständische Verfassung dieses Landes betrachtet wird.

Wenn ich in meinem bisherigen Vortrage die Rechtsansicht, so weit sie sich auf Gesetze begründet, hervorgehoben habe, so finde ich noch einen anderen, noch einen stärkeren Grund zur Rechtfertigung der in der Adresse niedergelegten Verwahrung darin, daß nach dem allgemeinen Volksbewußtsein diese Rechte, die uns in älteren Gesetzen gegeben sind, das Minimum der Rechte bilden, die Landstände überall haben, ohne die Reichsstände als wahrhaft lebendig gar nicht gedacht werden können. Das Rechtsbewußtsein im Volke hat sich jahrelang an diese in den älteren Gesetzen begründeten Rechte angeklammert, es hat vertrauensvoll dem Augenblicke entgegengesehen, wo die Rechte verwirklicht werden würden, weil das Volk wußte, daß bei ungeschwächter Rechtsbeständigkeit des Gesetzes vom 17. Januar 1820 dieser Augenblick endlich, wenn auch spät, kommen müßte. Ich will in den tiefen Abgrund nicht hineinsehen, der sich eröffnet, wenn diese Rechte jetzt von den Vertretern des Volkes nicht gewahrt, von den Räten der Krone nicht in ihrem ganzen Umfange anerkannt werden.

Stellen Sie sich die Frage, meine Herren, ob dann, wenn alle diese Rechte, die wir in Anspruch nehmen, uns eingeräumt werden, die Verfassung Preußens mit der Verfassung anderer konstitutioneller Länder auf gleicher Stufe stehen wird! Täuschen wir uns darüber nicht, es bestehen auch dann noch die allererheblichsten Unterschiede, die, ich gebe es zu, zum Teil durch die eigentümliche Lage unseres Landes gerechtfertigt sein mögen. Ich will für jetzt nicht in das Gebiet der Wünsche, die durch diese Differenz begründet werden können, hinüberschweifen, weil ich für eine Adresse das Wort genommen habe, die nicht Bitten an den Stufen des Thrones niederlegen will, sondern für eine Adresse, die sich darauf beschränkt, bestehendes Recht ehrfurchtsvoll zu wahren.

In der bisherigen Diskussion ist hin und wieder die Ansicht laut geworden, als ob durch das Inanspruchnehmen eines Minimums ständischer Rechte bereits der Macht und dem Ansehen der Krone Abbruch geschehen, als ob das monarchische Prinzip in Gefahr geraten könne? Ich glaube, jeder von uns wird gern der Verpflichtung nachkommen, seine Überzeugung dahin auszusprechen, daß er die Monarchie, und zwar eine

starke und kräftige Monarchie, will, die Überzeugung, daß ohne ein mächtiges Zentrum die gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes nicht gesichert erscheint. Aber eine Divergenz der Meinungen besteht darin, wie diese Einheit der Monarchie, das Königtum, für alle Zukunft stark und mächtig zu erhalten sei.

Werfen Sie mit mir einen Blick auf die Geschichte! Die Krone Preußen hat sich so lange, als Preußen historisch existiert, auf die im Staate vorhandene Intelligenz gestützt. So lange als diese Intelligenz hauptsächlich in dem Beamtentum konzentriert und repräsentiert war, hat die Krone keine Stände berufen, so lange hat sie ohne alle ständische Mitwirkung nach bester Einsicht mit dem Beamtentum das unumschränkte Regiment im Lande geführt; aber die Zeiten sind fortgeschritten, die Intelligenz, die sich früher vorzugsweise in dem Beamtentum fand, sie findet sich heute außerhalb desselben, das Beamtentum repräsentiert heute nur einen Teil dieser Intelligenz, die längst nicht mehr ausschließlich in ihm, sondern vorzugsweise im Volke wurzelte. Das selbständig gewordene Volk ringt nach einem Organe, nach einer Arena, in welcher es seine Kräfte zum Wohle der Gesamtheit erproben, in welcher es vereint mit seinem Fürsten sein Ziel erstreben kann. In Anerkennung dieser veränderten Lage haben des hochseligen und des regierenden Königs Majestät die Stände des Landes neu zu begründen für die wichtigste Aufgabe der Krone erachtet. Das Patent vom 3. Februar und die Verordnungen, die in dessen Folge erlassen sind, sollen den längst beabsichtigten Ausbau ständischer Freiheit zum Abschluß bringen. Wenn aber dieser Bau wahrhaft zu einem Abschluß gebracht werden soll, so muß er alles enthalten, was das Volk, seinem heutigen Rechtsbewußtsein nach, für unumgänglich notwendig erachtet. Soll die lebensvolle Einheit zwischen Fürst und Volk wieder hergestellt werden, so dürfen in dem Bau der ständischen Verfassung keine dem heutigen Rechtsbewußtsein des Volkes widersprechende Lücken bleiben. Ich glaube, daß, wie weit auch die Meinungen in diesem Saale auseinandergehen, Sie darin alle übereinstimmen, daß ohne Periodizität, ohne feste jährliche Zusammenberufung diese Versammlung nur ein Kind des Zufalls ist, was die ihm zugedachte Stelle im Staatsleben nun und nimmermehr einnehmen kann. Das Volk verlangt für seine Stände einen gesicherten, festbegründeten Rechtsboden; es kann nicht zugeben, daß diese wichtigste aller Institutionen des Staates noch dem Zufalle anheimgegeben bleibe. Es ist freilich in den Verordnungen vom 3. Februar d. J. die Kontrahierung von Anleihen und die Bewilligung von Steuern an die Zustimmung der Reichsstände geknüpft, aber bei der Lage unseres Landes dürfen wir uns kühn der Hoffnung hingeben, daß derartige Fälle, die

nach den Verordnungen vom 3. Februar einzig und allein der Krone die Verpflichtung auferlegen, die Reichsstände zu berufen, in geraumer Zeit gar nicht eintreten werden.

Von diesen beiden Fällen abgesehen, ist keine Bestimmung in dem Gesetze enthalten, welche irgend eine Verpflichtung in sich schlösse, den Vereinigten Landtag zu berufen. Das Fundament des Vereinigten Landtags ist ein durchaus schwankendes, ein gänzlich unsicheres, so lange die periodische Berufung nicht durch das Gesetz fest und bestimmt, ganz frei von allem Belieben, vorgesehen ist. Es wird mir zugegeben werden müssen, daß es die höchste Aufgabe der Staatsmänner Preußens sein muß, Mißtrauen und Schwanken aus unseren staatsrechtlichen Institutionen zu entfernen, damit ein gesicherter Rechtszustand herbeigeführt werde, damit das Streben aller Parteien sich innerhalb gesetzlicher Schranken zum Heil des Staates frei entwickeln könne. Ein fester Rechtszustand in der Verfassungsfrage ist für die Krone ebenso dringend, ja noch dringender geboten, als für das Volk. Er kann nur herbeigeführt werden, wenn die gerechten Forderungen anerkannt werden, die in dem verbrieften Rechte wie in dem Bedürfnisse des Landes aufs tiefste begründet sind.

Was ich für den einen Punkt, die periodische Berufung, angeführt habe, läßt sich in demselben Maße auch für die übrigen in den Adreßentwurf aufgenommenen Punkte anführen. Der Größe und Macht unseres Vaterlandes droht Gefahr, wenn die Bürger mit Neid auf unsere Nachbarstaaten hinsehen müssen, es droht Gefahr, wenn es sich für uns bei einem Vergleich mit freien Staaten nur von einem Mehr, nicht von einem Minder, das wir an Rechten des Volkes dort finden, handelt. Weil ich diese Gefahr von unserem Vaterlande abwenden möchte, weil ich die in der Adresse aufgeführten einzelnen Punkte durch ältere Rechte verbürgt, durch innere Zweckmäßigkeit und durch das Bedürfnis des Volkes absolut bedingt erachte, weil ich endlich glaube, daß das Volk ein Recht hat, zu fordern, daß seine hierher gesandten Vertreter von seinen wenigen bis jetzt gesetzlich zur Anerkennung gelangten Rechten nichts vergeben, so halte ich es für meine heilige Gewissenspflicht, diese Rechte nachdrücklich vor Beginn unserer ständischen Wirksamkeit zu verwahren. Ich erfülle diese Gewissenspflicht, indem ich erkläre, daß ich der Adresse meine volle Zustimmung gebe, und nur noch im Namen der Rheinländer die Erklärung hinzufüge, daß nach dem Besitzergreifungspatent vom 5. April 1815 bei allen Steuern den Ständen ein Recht der Mitwirkung zusteht. Ich erfülle diese Pflicht um so lieber, als ich glaube, daß die Versammlung dem Willen eines hochsinnigen Königs nur dann entsprechen wird, wenn sie überall ohne Rückhalt die ganze Wahrheit sagt und von dieser

Wahrheit, die sie beseelt, in ihrem ersten Akt ein feierliches Zeugnis ablegt.

3. Berlin 1847 April 17.

Unsere Hauptschlacht ist heute geschlagen. Das Erfochtene ist kein vollständiger Sieg, aber es ist ein Resultat, aus dem, wie ich hoffe, dem Volke reiche Früchte ersprießen werden. Die Verhandlungen werden vor ganz Europa den Beweis liefern, daß das preußische Volk mündig und entschlossen ist, seine Verfassung auszubilden. Der König wird diese Stimmung seines Volkes gebührend würdigen und ihr rechtzeitig entgegenkommen. Die hiesigen Verhandlungen haben in ganz Deutschland die Sympathien für sich. Aus Schleswig-Holstein waren sechs Abgeordnete gestern und heute bei mir, unter ihnen Beseler, Tiedemann, Claussen, Namen, die überall einen guten Klang haben. Aus England und Frankreich sind Korrespondenten hier, die von allem, was vorgeht, sofort berichten. In nächster Woche werden wir nun die Ansichten der Regierung als Antwort auf die Adresse kennen lernen. Hoffentlich wird die periodische Wiederberufung gewährt, dann ist dem Lande ein fester Rechtsboden gesichert und das für jetzt Mögliche erreicht.

4. Berlin 1847 April 22.

Uber die Aufnahme, die die Adresse beim König gefunden, verlautet noch immer nichts bestimmtes. Wahrscheinlich erfolgt keine oder eine ausweichende Antwort. Allem Anschein nach wird sich der Landtag sehr in die Länge ziehen und bis Ende Juni dauern. Wesentliche Resultate werden in den Hauptfragen zwar schwerlich sofort erreicht, aber jedenfalls zur Lösung vorbereitet. Preußen muß, das stellt sich klar heraus, auf dem jetzt betretenen Wege vorwärts und kann gar nicht zurück. Wie auch die Dinge sich wenden, die Zukunft des Volkes kann nicht mehr zweifelhaft sein. v. Beckerath hat in der Adreßdebatte den Sieg davongetragen und seine alte Meisterschaft in der Form glänzend bekundet. Camphausen ist diesmal schwächer als sonst und scheint seine Stärke noch in petto zu behalten.

Gestern abend war ich beim Justizminister v. Savigny und sah dort Bettina v. Arnim nebst ihren drei Töchtern, wovon eine recht schön, und alle drei sind recht interessant. Jeden Abend ist abwechselnd bei einem der Prinzen oder bei einem der Staatsminister Soiree, wozu sämtliche Mitglieder der Stände eingeladen sind. Überhaupt sind letztere, und unter diesen namentlich die durch die Adreßdebatte bereits einigermaßen

bekannt gewordenen, die Löwen des Tages und werden gehätschelt und verzogen — das alles, um sie für gewisse Zwecke geschmeidig zu machen. Indessen bemerke ich zu meiner Freude, daß die Einflüsse der Salons hier bis jetzt weit weniger nachteilig wirken, als ich erwartete, und daß bei der großen Mehrzahl eine feste politische Richtung sich allmählich ausbilden wird. Freilich bedarf es noch der Zeit und sehr günstiger Umstände, aber das Zeug dazu ist doch vorhanden... Die Weihe der Geschichte bleibt, und die Tage von heute sind einst noch unseren Kindern ein ehrendes Vermächtnis. —

Die Regierung hat ein Judengesetz vorgeschlagen, das diese Frage um mehrere Jahrhunderte zurückzuwerfen droht. Ich werde an A. Oppenheim schreiben, damit die Juden energisch gegen jenen Vorschlag einkommen.

5. Berlin 1847 April 26.

... Die Adreßdebatten sind jetzt in allen Händen. Du wirst daraus ersehen, daß die mir zugedachte Rolle nicht unausgefüllt geblieben ist. Die maiden speach in einer ihm unbekannten Versammlung macht jedem Redner mehr oder weniger zu schaffen. Bei einer so entscheidenden Frage wie die Adresse steigert sich die innere und äußere Aufregung um so mehr. Mit dem Resultate bin ich bei den obwaltenden Umständen zufrieden.

Seit jenen großen Schlachttagen der Adreßdebatte ist vor der Hand eine gewisse Ruhe eingetreten. In den Abteilungen werden Gesetzentwürfe beraten und zu den Plenarsitzungen vorbereitet. Auch ich bin zu einer Abteilung*) verwiesen und habe in dieser, wo außer Beckerath und mir noch Auerswald und im übrigen eine Masse unbedeutender Persönlichkeiten sitzen, die Hände übervoll, da uns, der Natur der Sache nach, die Hauptarbeiten zufallen. Vieles von dem in dieser Abteilung zur Sprache kommende berührt Handelsinteressen, was für mich recht erwünscht ist.

Die gestrige Antwort auf die Adresse ist sehr würdig gehalten und insofern nachgebend, als es unbeschadet der Würde der Krone sein kann. Die wichtigste Zusicherung ist die baldige Wiederberufung des Vereinigten Landtages.**) Die Stände wollen jetzt ihre Rechte nochmals durch eine Erklärung zu Protokoll verwahren und sodann ruhig zu den laufenden Arbeiten übergehen. Ich hoffe, daß Mäßigung von beiden Seiten zum

*) Und zwar der sechsten Abteilung für Petitionen.

**) In einem andern Brief von demselben Datum schrieb er: „Auch wird die Kammer meiner Überzeugung nach in längstens drei Jahren wieder einberufen werden müssen."

ersehnten Ziel, Wiederherstellung der Einheit zwischen Krone und Volk, führen wird.

Bodelschwingh entwickelt eine ganz außerordentliche Tätigkeit und nötigt dadurch, sowie durch ein offenes gerades Benehmen zu einer gewissen Achtung. In einer gestrigen Ausschußsitzung haben wir beide die zur Abhilfe des augenblicklichen Notstandes erforderlichen Maßnahmen erwogen und uns ganz gut dabei zurechtgefunden. Überhaupt hoffe ich, daß die falsche Voraussetzung, als seien die Rheinländer de jure Revolutionäre, die alles über den Haufen werfen wollen, sich hier bei täglicher persönlicher Berührung bald verlieren wird. In bezug auf das zu erreichende Ziel herrscht hier zwischen allen Parteien eine wunderbare Übereinstimmung, nur in bezug auf die Mittel gehen Ansichten und Meinungen auseinander.

Es ist mir lieb, daß A. Oppenheim herkommt. Dieses Judengesetz ist scheußlich in seiner jetzigen Gestalt und wird dennoch von der Regierung mit der allergrößten Entschiedenheit vertreten, vielleicht von allen Gesetzen am heftigsten. Dieses Gesetz empört mich in tiefster Seele, und das wäre freilich ein Punkt, wo ich dem Gouvernement gegenüber meine sonstige Mäßigung verlieren könnte.

6. Rede zum Bescholtenheitsgesetz. 1847 April 30.

Der Gesetzentwurf, der Ihnen heute zur Beratung vorliegt, hat, wie ich glaube, bei der Mehrzahl dieser Versammlung gemischte Gefühle, ein Gefühl der Befriedigung und ein Gefühl getäuschter Erwartung, erweckt. Ein Gefühl der Befriedigung, weil er zuerst offiziell den richtigen Grundsatz, daß die ständische Versammlung in ihren inneren Angelegenheiten selbst zu entscheiden habe, anerkennt. Wir haben nur zu wünschen, daß die Staatsregierung recht bald die Initiative ergreifen und die weiteren Konsequenzen dieses Prinzips ziehen möge. Ein Gefühl getäuschter Erwartung, weil ich glaube, daß nach Verlauf dieser Diskussion, die sich eben zu entwickeln beginnt, die materiellen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs, als der öffentlichen Meinung und der Achtung vor dem Rechte der Personen widersprechend, bei der großen Mehrzahl dieser Versammlung keinen Eingang finden werden.

Was zunächst die Frage betrifft, ob dieser Gesetzentwurf ein Bedürfnis sei, so glaube ich nach der Lage der bisherigen Gesetzgebung, daß dieses Bedürfnis zwar nicht aus der Lage der Gesetzgebung an sich, wohl aber aus der Entwicklung, welche die Gesetzgebung praktisch, seit Bestehen dieser Gesetzgebung, genommen hat, bejahend beantwortet werden

muß. Das Gesetz vom 5. Juni 1823, das Grundgesetz unserer ständischen Verfassung, fordert die Unbescholtenheit des Rufes für alle Mitglieder. Dieses Gesetz stellte kein Verfahren fest, wonach diese Unbescholtenheit des Rufes erkannt werde, es stellte keine festen Kriterien für diesen Ruf fest; es stellte nicht fest, von wem die Unbescholtenheit ermittelt werden sollte. Natürlich würde es gewesen sein und einer unbefangenen Auffassung entsprechend, wenn das Gouvernement diese Lücke der Gesetzgebung zugunsten der persönlichen Rechte interpretiert, wenn es gesagt hätte, nur der ist bescholtenen Rufes, der durch irgend ein Kriminalgericht zu einer entehrenden Strafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Ich glaube, wenn Sie sich fragen, wie Sie die betreffende Lücke der Gesetzgebung praktisch aufgefaßt haben, so würde dies die Antwort gewesen sein. Die Antwort, die aus der Anwendung des Gesetzes von seiten des Gouvernements hervorgegangen ist, ist eine andere, eine abweichende, sowohl in bezug auf die Form, als in bezug auf den materiellen Inhalt. In bezug auf die Form stellt das Gesetz nicht fest, wer dies Urteil über den Ruf fällen soll. Das Gouvernement hat diese Lücke so interpretiert, daß das Gouvernement dieses Urteil fällen soll. In bezug auf den materiellen Inhalt stellt das Gesetz nicht fest, welche Kriterien vorhanden und wie sie festgestellt werden müssen, um jemand für bescholten zu erklären. Wie es scheint, wird erst jetzt der Versuch gemacht, solche Kriterien aufzufinden. Die Regierung aber, die bis dahin ausschließlich für sich das Urteil über den Ruf der ständischen Mitglieder, das Urteil über den Ruf derjenigen Körperschaft, die berechtigt ist, die Staatsregierung zu kontrollieren, die mit der Staatsregierung gleichberechtigt zur Gesetzgebung konkurrieren soll, in Anspruch nahm, hat bisher die Bescholtenheit des Rufes genügend dargetan erachtet, auch wenn kein rechtskräftiges Urteil ergangen, sondern wenn nur eine Kriminaluntersuchung eingeleitet war. Sie hat das letztere Kriterium für genügend erachtet, und nur darin, daß verschiedene provinzialständische Versammlungen mit dieser Auffassung der Regierung nicht einverstanden waren, weil sie dagegen nachdrücklich remonstriert, weil sie geglaubt haben, das Gesetz müsse durchaus eine andere Basis haben, darin haben Sie die Bedürfnisfrage für die Entstehung dieses Gesetzes zu erkennen. Ich bin, wie gesagt, der Ansicht, daß bei dem heutigen Zustand der Dinge das Gesetz ein dringendes Bedürfnis geworden ist, damit wir endlich aus dem Zustand des Schwankens, des Verwaltungsurteils über den unbescholtenen Ruf herauskommen.

Wird das Bedürfnis anerkannt, so wird die weitere Frage zu erheben sein, wie der gute Ruf eines Menschen zu definieren ist? Der

gute Ruf beruht auf der unbestrittenen Ehrenhaftigkeit der Person. Diese Ehrenhaftigkeit ist eine doppelte, eine innere, eine äußere. Die innere Ehre beruht auf dem Selbstgefühl, auf dem Gefühl der inneren sittlichen Freiheit, der inneren Würde, auf dem Bewußtsein, daß die einzelne Persönlichkeit in keinem Akte ihres Lebens sich selber, ihren Überzeugungen ungetreu geworden. Diese innere Überzeugung ist jedem äußeren Eingriff unantastbar. Sie kann auch dann noch fest bestehen, wenn alle anderen sie nicht anerkennen, sie hat in der Geschichte fortbestanden bei historischen Personen, die mit der ganzen Anschauungsweise, mit dem Rechtsbewußtsein und der Sitte ihrer Zeit in Konflikt geraten waren, sie hat bei Sokrates, Christus, Huß fortbestanden, inmitten solcher Konflikte, und kein Gericht der Welt hat sie erschüttern können. Das ist die eine Seite, die innere Ehre der Person.

Die zweite Seite ist die äußere Ehre. Die äußere Ehre der Person wird dargestellt durch die Achtung, die die Person in ihrer näheren und weiteren Umgebung, in der menschlichen Gesellschaft, in der sie lebt, genießt. Diese Achtung beruht auf der Ansicht der Gesellschaft, daß die einzelne Person in ihrem Rechtsbewußtsein, in ihren Handlungen mit dem Rechtsbewußtsein, mit den Sitten dieser Gesellschaft in ungetrübtem Einklang stehe. Auf dieser vorausgesetzten Übereinstimmung beruht die äußere Anerkennung der Ehre einer Person. Wo, wie bei uns, diese Ehrenhaftigkeit zur Unterlage der wichtigsten politischen Rechte gemacht ist, da, glaube ich, wird der Geist dieser Versammlung dafür bürgen, daß sie Bedenken tragen wird, diese Ehrenhaftigkeit zu bezweifeln, an diesen Rechten zu rühren ohne die dringendste, unabweisbarste Veranlassung. Sie wird nicht geneigt sein, das Gesetz lax zu interpretieren, sondern strikte. Die Verletzung des allgemeinen Rechtsbewußtseins durch Handlungen bestraft das Strafgesetz, und nur dann, wenn das Strafgericht festgestellt hat, daß der einzelne von dem Rechtsbewußtsein der Gesamtheit abgewichen ist, nur dann kann mit Sicherheit sein Ruf als bescholten erachtet werden. Ein jeder Versuch, andere Kriterien aufzufinden, ist mißlich und gefährlich. Am gefährlichsten ist der Versuch, eine spezielle ständische Ehrenhaftigkeit der allgemeinen bürgerlichen Ehrenhaftigkeit zu substituieren. Im Lauf der Geschichte ist jene Entwicklung vor sich gegangen, die das besondere Rechtsbewußtsein, die besondere Sitte zum Allgemeinen entwickelt hat. Der Pfahlbürger hat sich zum Staatsbürger, der nur mit Privatrechten versehene Mensch hat sich zu dem mit allgemeinen politischen Rechten versehenen Menschen erhoben. Sollen wir nun heute von jener Entwicklung zurückschreiten, sollen wir zum Einzelrechte zurückkehren und die allgemeinen Rechtsbestimmungen aufgeben?

Sollen wir heute die Ehre eines Menschen für gekränkt erachten, weil er etwa mit den speziellen Ansichten einer Kaste, eines Standes in Konflikt geraten ist, während er dem allgemeinen Rechtsbewußtsein vollkommen getreu geblieben ist? Ich glaube nicht, daß ein solcher Geist in dieser hohen Versammlung vorherrschen wird.

Mit der hohen Achtung, die, wie ich glaube, jeder von uns für die politischen Rechte aller haben muß, mit dieser hohen Achtung scheint es mir unvereinbar, wenn diese politischen Rechte einem Urteil, was sich auf keine bestimmte Tatsache stützt, auf keine bestimmte Handlung, sondern nur auf die Überzeugung einer bestimmten ständischen Versammlung, unterworfen werden sollen. Ich gehe von der Ansicht aus und hoffe, daß sie bei der Versammlung Anklang finden wird, daß die höchsten Rechte, die der Mensch hat, diejenigen Rechte, die ihn erst zum Menschen machen, seine politischen Rechte, daß das nicht äußere, zufällige Rechte, sondern wesentliche Rechte seiner menschlichen Natur sind; daß er, wenn diese Rechte ihm durch ein Urteil seiner Standesgenossen genommen werden, zu den Parias der heutigen Gesellschaft hinausgestoßen wird. Mit dieser hohen Achtung, die ich für das politische Recht des Volkes in allen seinen Gliedern empfinde, trete ich an die Kritik des Gesetzentwurfs.

Ich komme, wie gesagt, jetzt zur Kritik des Entwurfs. Der § 1 des Gesetzentwurfs sub 2 sagt:

> „Als bescholten sind diejenigen Personen zu erachten, welche durch ein militärisches Ehrengericht zu einer der im § 4 Lit. b—e der Allerhöchsten Verordnung vom 20. Juli 1843 über die Ehrengerichte aufgeführten Strafen verurteilt worden sind."

Der ganze Paragraph beruht, und ich bitte, sich das zu vergegenwärtigen, auf der Unterscheidung einer bestimmten Standesehre von der allgemeinen Ehre des Volkes, und ich frage Sie: Kann es genügen, daß irgend eine bestimmte Standesehre einzelner Standesgenossen gekränkt erscheine, damit der Mensch sein Menschenrecht verliere, daß ihm sein höchstes politisches Gut entzogen werde? Verfolgen Sie den Entwicklungsgang, den der Begriff Standesehre im Laufe der Geschichte genommen hat. Die Standesehre war eine ganz andere im Mittelalter, als sie es heute ist. Sehen Sie, wie damals die verschiedenen Klassen der Gesellschaft ohne Scheu sich Dinge erlaubten, die heute dem Rechtsbewußtsein zivilisierter Nationen widersprechen. Welche Standesehre ist heute noch mit dem Raubrittertume verträglich? Sehen Sie, wie noch im vorigen Jahrhundert die Standesehre bei einem gewissen Stande gewisse noble Passionen für ehrenwert erachtete, und wie noch im heutigen Jahrhundert die Begriffe von Standesehre und die Begriffe von allge-

meiner bürgerlicher Ehre streng geschieden sind. Noch heute gibt es einen Stand, bei dem das Duell Ehrensache ist, während der größere Teil der heutigen Gesellschaft das Duell zur kriminalgerichtlichen Strafe geeignet hält. Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um Ihnen darzutun, daß keineswegs die Standesehre notwendig mit der allgemeinen Ehre übereinstimmt, daß vielmehr noch heute ein unlösbarer Konflikt zwischen Standesehre und bürgerlicher Ehre besteht. Wollen Sie nach diesen Erläuterungen die Standesehre noch für maßgebend erachten, um ihrer etwaigen Verletzung wegen einem Ihrer Mitbürger die höchsten Rechte zu entziehen? Ich glaube, Sie werden einen solchen Grundsatz nicht anerkennen, sondern diesen Passus des Gesetzentwurfs einstimmig verwerfen. Ich brauche Sie nicht zum Überfluß an neueste Vorfälle in unserm eigenen Vaterlande zu erinnern, die Vorfälle sind nur zu bekannt, und ich glaube, daß die große Majorität in diesem Saale den Personen, denen die Standesehre durch militärische Ehrengerichte abgesprochen worden ist, das Zeugnis unversehrter bürgerlicher Unbescholtenheit nicht versagen, daß sie dieselben mit Freude in ihrer Mitte sehen würde. Ich halte es für durchaus unmöglich, den Konflikt der Standesehre und der bürgerlichen Ehre zurzeit in unserem Staate zu lösen.

Die zweite Bestimmung des Gesetzentwurfs ad 3 lautet:

„Als bescholten sind diejenigen Personen zu erachten, welche im gesetzlichen Wege vom Bürger- oder Gemeinderecht ausgeschlossen sind."

Erwägen Sie wohl den Umfang dieser Bestimmung, erwägen Sie wohl, was Sie tun würden, wenn Sie diese Bestimmung annähmen. Sie würden ein kriminalrechtliches Urteil, welches dem Menschen alles entzieht, was sein höchstes Gut ist, welches keine Rehabilitation im Laufe der Jahre zuläßt ohne Dazwischenkunft anderer, ein solches Urteil würden Sie einer jeden Gemeindekorporation mit einer geringen Anzahl von Mitgliedern in die Hände legen. Das Kriminalgericht erkennt nur dann, wenn es zu Zuchthausstrafe oder zu einer anderen entehrenden Strafe verurteilt, und nicht einmal in allen diesen Fällen, auf Verlust der bürgerlichen Rechte. Das Strafgesetz betrachtet also das bürgerliche Recht als ein so heiliges Gut, daß es selbst dann nicht unbedingt verloren werden soll, wenn auch das Strafgesetz eine entehrende Strafe verhängt. Nach diesem Paragraphen des Entwurfs aber soll das Urteil über dieses hohe Gut nicht dem Strafrichter, sondern dem zu einem solchen Urteile gar nicht qualifizierten Gemeinderate überlassen werden. Einer Korporation, die in ihren Mitgliedern wechselt und gar keine Garantien bietet, soll das Urteil über das höchste Recht des Menschen zustehen, und dieses Urteil soll nur auf die innere Überzeugung, ganz abgesehen von allein rechtlich

festzustellenden Tatsachen, begründet werden. Erwägen Sie die Frage in ihrer praktischen Bedeutung; erwägen Sie, daß in vielen unserer Gemeinden nur sechs, acht, zehn Mitglieder den Gemeinderat bilden und es nur der Übereinstimmung von vier oder sechs Personen bedarf, einem Mitbürger seine heiligsten politischen Rechte zu nehmen. Die Gefahr, die in diesem Paragraphen liegt, wird um so klarer hervortreten, wenn ich an die einzelnen Bestimmungen der bestehenden Gemeindeordnung erinnere. Die rheinische Gemeindeordnung sagt: „Das Gemeinderecht kann durch Beschluß des Gemeinderates auch demjenigen entzogen werden, welcher

1. zu irgend einer Kriminalstrafe verurteilt oder in irgend einer Kriminaluntersuchung nur vorläufig freigesprochen ist;
2. sich durch seine Lebensweise oder durch einzelne Handlungen die öffentliche Verachtung zugezogen hat."

Ich frage Sie, wie vag ist der Begriff Verachtung, welcher weiten Interpretation ist dieses Wort fähig? Wir legen, wenn wir den Gesetzentwurf annehmen, in die Hände weniger nicht qualifizierter Mitglieder der Gemeinderäte das Urteil über die höchsten Rechte eines jeden von uns. Wir haben vom königlichen Kommissarius gehört, wie es im Geiste des Gesetzentwurfs liege, daß derjenige, dem die Ausübung untergeordneter politischer Rechte entzogen sei, auch keine höheren politischen Rechte ausüben dürfe. Freilich folgt das ganz konsequent aus dem Geiste des Entwurfs, der mit Recht für die Ehre gewählter Mitglieder ständischer Versammlungen besorgt ist, aber darin zu weit geht, daß er keine Bedenken trägt, den leisesten Makel, den irgend eine Korporation des Landes an der Ehre eines Menschen entdeckt hat, für genügend zu erachten, diesem Menschen seine Rechte zu entziehen.

Von Ihnen aber, meine Herren, erwarte ich ein anderes Urteil. Erwägen Sie wohl, daß Ihre Mitbürger Sie hierher gesandt haben, um ihre Rechte zu schützen, nicht um dazu beizutragen, die bisherigen Normen, die sich keiner Billigung zu erfreuen gehabt haben, durch Ihr Votum zu festen, gesetzlichen und bleibenden Bestimmungen zu erheben. Erwägen Sie, daß in dem Gesetzentwurf die Entziehung der politischen Rechte an keine bestimmte Dauer geknüpft ist, daß ein Individuum durch einen Spruch, der es für bescholten erklärt, für immer durchaus rechtlos, aller staatlichen Rechte beraubt, hingestellt wird. Ich glaube, wenn Sie sich die tiefe Bedeutung eines solchen Urteils vergegenwärtigen, werden Sie davon abstehen, ein solches Urteil in die Hände der Gemeinderäte zu legen.

Es bleibt mir nur noch übrig, einige Worte über Abschnitt 4 des § 1 zu sagen, wonach den Standesgenossen ein absolutes Urteil über die Bescholtenheit anvertraut werden soll, ohne daß sie an irgend ein Kriterium

durch das Gesetz gebunden werden. Auch das scheint mir mit einer hohen Achtung vor den Rechten der Person, die die Gesamtheit nur dann entziehen kann, wenn bestimmt charakterisierende Handlungen diese Entziehung rechtfertigen, nicht vereinbar. Das Strafgesetz fordert bestimmte Tatsachen, um ein Urteil zu begründen. Jedes Gericht der Geschworenen urteilt nach innerster Überzeugung über eine bestimmte Tat. Wollen Sie weiter gehen als das Strafrecht, wollen Sie sich zu einem höheren exzeptionellen Gerichtshof konstituieren, wollen Sie Ihr Urteil pure von Ihrer Überzeugung abhängig machen, ohne denjenigen, den Sie verurteilen wollen, mit irgend einer schützenden Form zu umgeben? Freilich entspricht das dem Geiste des Gesetzentwurfs, der Ihnen vorliegt, dieser geht sogar noch weiter. Er gewährt nicht allein dem Angeklagten keine schützenden Formen, nein, er hebt ausdrücklich die schützenden Formen, die das gewöhnliche Recht bietet, auf. Ich frage Sie, wird in irgend einem geselligen Verein der Ausschluß einer Person nicht an die Bedingung geknüpft, daß eine große Majorität, daß zwei Drittel oder drei Viertel der Anwesenden sich dafür erklären müssen? Im Gesetzentwurf finden Sie gerade das Gegenteil. Der Gesetzentwurf ist so zärtlich besorgt für den guten Ruf der Mitglieder, daß er es genügend findet, wenn ein Drittel der anwesenden Standesgenossen erklärt, daß der gute Ruf bescholten sei. Der Gesetzentwurf knüpft ferner das Urteil über die Bescholtenheit nicht an das Urteil einer ganzen ständischen Versammlung, sondern an das Urteil eines Teils einer solchen Versammlung. Er geht dabei von dem wenigstens konsequenten Grundsatz aus, daß die spezielle ständische Ehre eines Standes den guten Ruf bedingt und nicht die allgemeine bürgerliche Ehrenhaftigkeit, deshalb knüpft er auch die Bescholtenheit an die spezielle Beurteilung eines Standes, nicht an das Urteil der Einheit der verschiedenen Stände. Wenn Sie meiner Ansicht beitreten, so können Sie nie und nimmer einen Stand für berufen erachten, ein solches Urteil auszusprechen; denn ein Urteil über Rechte, die die Grundlage der menschlichen Gesellschaft bilden, kann nur von der mit der Ausübung dieser Rechte betrauten Gesamtheit ausgesprochen werden. Diesen Grundsatz können Sie auch dann noch aufrecht halten, wenn Sie selbst geneigt sein möchten, die subjektive Überzeugung eines solchen ständischen Körpers zum Richter über die Ehre Ihrer Mitbürger zu machen.

Ich habe nun noch den Passus zu besprechen, welcher lautet:

„Die Wiederzulassung zur Ausübung ständischer Rechte werden wir nur auf den Antrag der Versammlung, welche die Anklage beschlossen hat, genehmigen. Ein solcher Antrag darf nicht vor Ab-

lauf von fünf Jahren nach der Ausschließung gemacht und nur dann zu unserer Kenntnis gebracht werden, wenn zwei Drittel der Versammlung sich dafür erklären."

Ich frage, wozu eine solche Beschränkung, selbst wenn Sie das Prinzip, welches ich bestritten, genehmigen? Warum werden die Konsequenzen dieses Prinzips nicht gezogen? Weshalb wird nicht bestimmt, daß, wenn eine ständische Versammlung über kurz oder lang von ihrem ersten Urteile über eine Person zurückkommen, wenn sie einsehen sollte, daß sie sich geirrt hätte in der Unterlage ihres Urteils, daß sie dann zu jeder Zeit wieder auf Rehabilitierung der ungerecht bescholtenen Person antragen dürfe? Weshalb sollten dieser Remedur des Urteils Schranken entgegentreten, weshalb wollen Sie diese Strafe, diese harte Strafe, die im Gesetzentwurf ausgesprochen ist, die Strafe, die die Person inmitten der Gesellschaft moralisch tötet, nicht je eher je lieber aufheben, wenn diejenigen, die das Urteil gesprochen, die Ungerechtigkeit desselben anerkennen? Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs würde der Mensch, den Sie für bescholten erklären, für immer bescholten sein, so lange er auf Erden wandelt; der in jedem Kriminalrecht der neueren Zeit anerkannte Satz, daß im Innern der Person durch die Zeit eine Umwandlung stattfinden könne, eine innere Rehabilitierung, hat in dem Gesetzentwurfe keine Aufnahme gefunden. Der Gesetzentwurf verdammt jeden, derselbe zu bleiben, der er einmal war.

Der § 6 sagt:

„Die ständischen Rechte ruhen:

1) in allen Fällen, in welchen das Bürgerrecht oder Gemeinderecht ruhen;
2) wenn eine Kuratel- oder Kriminaluntersuchung eingeleitet ist;
3) wenn eine ständische Versammlung nach Nr. III den Beschluß gefaßt hat, das Verfahren eintreten zu lassen, bis ein rechtskräftiger Ausspruch ergangen ist."

Der Redner, der vor mir gesprochen, hat ausgeführt, welche Gefahren es in sich schließt, wenn schon die Einleitung einer Kriminaluntersuchung hinreichen könnte, jemanden von ständischen Versammlungen auszuschließen. Die Einleitung einer Kriminaluntersuchung beruht auf dem noch unbegründeten Verdacht eines Verbrechens. Ob ein solches Verbrechen wirklich vorliegt, darüber entscheidet erst das Urteil des kompetenten Gerichtes. So lange der Ausspruch des Gerichtshofes nicht erfolgt ist, steht wohl der Verdacht einer Tat, aber keine Tat fest. Es ist allerdings möglich, und diese Möglichkeit ist recht wohl selbst mit dem größten Vertrauen, das man zu den augenblicklichen Inhabern der Staats-

gewalt haben mag, vereinbar, daß man sich eine Regierung denke, die von einem solchen vaguen Paragraphen den allergrößten Mißbrauch machen würde. Es ist eine solche Möglichkeit ganz besonders vorhanden in einer so bewegten Zeit, wie der unsrigen. Menschen sind immer Menschen; die Gesetze sollen nicht nur auf die zufällige Gegenwart Rücksicht nehmen, sie sollen bleibende Bestimmungen treffen, die die persönlichen Rechte des einzelnen unter allen Umständen, so weit es möglich und mit dem Staatszweck vereinbar, sichern. Diese Rechte aber sind durch jenen § 6 aufs tiefste bedroht. Ich enthalte mich des näheren Eingehens auf denselben, weil der vorige Redner ihn hinreichend beleuchtet hat, aber das muß ich doch noch zufügen, daß meines Wissens in keinem zivilisierten Staate der Verdacht eines Verbrechens allein hinreicht, einer Person ihre Rechte, wenn auch nur einstweilen, zu entziehen. Vor wenigen Tagen, bei der Diskussion über die Adresse, sagte ein Redner auf dieser Tribüne, das Rechtsgefühl wecke und stähle die Kräfte der Völker und stütze die Macht der Krone. Das Rechtsgefühl, meine Herren, wird da am stärksten sein, wo die Personenrechte sich des größten Schutzes der Gesetze erfreuen. Die Achtung der Bürger vor dem Gesetz steht im genauen Verhältnis zu der Achtung, welche das Gesetz vor dem Rechte, vor der Freiheit der Person selbst hat. Seien wir daher nicht leichtfertig, wo es sich um die heiligsten Rechte unserer Mitbürger handelt. Bedenken wir, daß die gewählten ständischen Vertreter schon durch einen Akt des Vertrauens zur höchsten Stufe der bürgerlichen Ehre emporgehoben sind, und daß wir durch unser Urteil diesen Akt des Vertrauens wieder vernichten würden; achten wir das Urteil der Wähler, und erwägen wir wohl unsere eigene Berechtigung, damit kein eigenes, kein fremdes Recht gekränkt werde. Mein Antrag geht dahin, an die Stelle des Gesetzentwurfs einen einzigen Paragraphen zu adoptieren, dahin lautend: „Als bescholten sind die Personen zu betrachten, welche durch ein Kriminalgericht zu einer entehrenden Strafe rechtskräftig verurteilt sind, und welchen ihre Standesgenossen die Anerkenntnis unbescholtener Ehrenhaftigkeit versagen.“ Der Gesetzentwurf geht von dem Grundsatze aus, jeden leisen Makel, der eine ständische Ehre betroffen, für genügend zu erachten, um jemandem seine politischen Rechte zu entziehen. Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß ein Urteil von so peinlicher Bedeutung, wie das Urteil über die Ehre eines Mannes, nur auf vollkommen festgestellten Tatbestand begründet werden darf. Ich halte selbst das Urteil des Kriminalgerichts, was eine entehrende Strafe verhängt, nicht in allen Fällen für genügend, um einen Makel auf die Ehre zu werfen. Ich fordere noch weitere Garantie, daß die Standesgenossen ein solches Urteil

bestätigen. Darin allein sehe ich eine genügende Garantie, denn selbst ein rechtskräftiges Urteil kann bei den schwankenden Rechtsbegriffen in bezug auf Duell und politische Vergehen eine Strafe diktieren, die nach dem Rechtsbewußtsein der Nation keine Ehrlosigkeit im Gefolge hat.

7. Fünf Anträge von G. Mevissen bei der Kurie der drei Stände des Vereinigten Landtags.*) 1847 April 30.

a) Antrag auf 1. Preßfreiheit, 2. ein Preßgesetz, 3. eine Richterjury aus dem Volke für Preßvergehen.

Freiheit der Presse, — die Freiheit, den Gedanken ohne alle Präventivzensur auszusprechen, die Freiheit, die Errungenschaft des einzelnen zum Gemeingut aller zu machen, — ist ein Ruf, der vom Rhein bis zur Ostsee auf den Wogen des Zeitgeistes an jeden herangerauscht ist, eine Forderung, die unabweisbar erscheint, sobald ein großes Volk seine sittliche Würde, seine Mündigkeit erkennend, kühn dem in ihm schaffenden Genius, nicht fürder einem außer ihm stehenden, nur zu oft vom Geiste verlassenen Regulator zu vertrauen beschließt. Glaubens- und Gewissensfreiheit waren in Deutschland das Erbe blutiger Kämpfe, sie bilden heute unumstößliche Grundsätze des deutschen Staatsrechtes. Die bloß innere Freiheit des Glaubens und Wissens bedurfte nicht so harter Kämpfe; sie war zu allen Zeiten, auch unter dem finstersten Despotismus, vorhanden, so lange der einzelne seinen Glauben, sein Erkenntnis in seiner Brust verschloß. Das innere Heiligtum des Individuums war und ist jeder äußern Macht unerreichbar. Die Reformation wollte, daß das, was im Innern frei sei, auch frei hinaustreten solle in alle Welt, daß es die Herzen durchdringe, erwärme und überzeuge. Die Reformation hat ihr Werk nur halb vollendet, so lange noch eine Präventivzensur dem Gedanken Fesseln anlegen, das Kind des Geistes im Mutterleibe töten darf. Glaubens- und Gedankenfreiheit sind erst dann wahrhaft vorhanden, wenn es jedem unbenommen ist, das Geglaubte und Erkannte frei zu verkünden, für seine Überzeugung Jünger zu werben, und ihre Wahrheit im freien Kampfe zu erproben.

Längst sind alle Kulturvölker Europas in der Erkenntnis vorangegangen, daß die Zensur, zu ohnmächtig, Irrlehren und Extreme abzu-

*) Vgl. Bleich, Der erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847, I (Berlin 1847). Die Anträge Mevissens tragen die Nummern: a) 99, b) 125, c) 173, d) 71, e) 73 und 80 der Liste S. 585 ff. Sie beruhen im Archiv des Vereinigten Landtags, das sich heute im Archiv des Abgeordnetenhauses zu Berlin befindet.

wenden, die Geister zu einem entwürdigenden System der Heuchelei, der Verstellung nötigt. England, Frankreich, Belgien, ja selbst Spanien haben jene dem finstern Geist der Inquisition entstammende Fessel des Geistes von sich abgeworfen und das lebensvolle Wehen einer neuen Zeit unbesorgt über sich ergehen lassen; sie haben fest vertraut, daß kein flüchtiges Wort die ewigen Grundfesten der sittlichen Weltordnung zu zerstören vermöge, daß die Wahrheit siegend aus dem Kampfe der Geister hervorgehen werde. Nur Deutschland ist zurückgeblieben, und nach zweiunddreißig Jahren ist noch heute der Art. 18 der Bundesakte, der allen Deutschen die Preßfreiheit feierlich verheißt, unerfüllt. Das deutsche Volk steht keinem andern an Treue, an Sittlichkeit, an Mäßigkeit und Intelligenz nach, und längst empfindet es mit Unwillen das Mißtrauen, was ihm die freie Bewegung der Geister, die zu fordern es ein Recht hat, vorenthält. Das deutsche Volk fühlt sich entwürdigt durch dieses Mißtrauen, und sieht mit Neid die Nachbarvölker im Besitze eines Gutes, das das erwachte Rechtsbewußtsein als unverjährbare Freiheit des Geistes reklamiert.

Zu allen Zeiten war es gefährlich, wenn die Lenker der Staaten dem Bedürfnisse, dem Wunsche der Völker nicht rechtzeitig entgegenkamen, wenn in weiten Kreisen sich Mißtrauen ausbreitete, wenn auch nur auf Augenblicke die Ansicht Wurzel schlagen konnte, das Interesse und der Wille der Regierung und das Interesse und der Wille des Volkes ständen einander entgegen. Alle Regierungen haben stets auf die Forderungen der öffentlichen Meinung, auf den durch die Intelligenz im Volke vertretenen Standpunkt Rücksicht nehmen müssen. Der Wille des deutschen Volkes ist heute bei keiner anderen Frage so entschieden, so unabweislich hervorgetreten, als bei der Frage der Preßfreiheit. Die edelsten Geister der Nation haben über diese Frage gerichtet, königliche Gesetzgeber haben wiederholt anerkannt, daß nur die Freiheit der Presse etwaige Mißbräuche der Verwaltung aufzudecken, auf Gebrechen der Gesellschaft rechtzeitig aufmerksam zu machen vermag.

Ich verzichte darauf, diese Aussprüche hier zu wiederholen; ich wende mich zu den besonderen Zuständen unseres Vaterlandes und frage: Was hat das preußische Volk verbrochen, daß es nicht für würdig erachtet werden sollte, mit den Kulturvölkern Europas auf gleicher Stufe zu stehen? Hat es nicht im Völkerkampfe mit seinem Blute den Thron seiner Fürsten neu begründet, hat es seit jenem Kampfe auch nur einen Augenblick in seiner angestammten Treue geschwankt, hat es nicht inmitten der Bewegung der Julirevolution neue Proben seiner Vaterlandsliebe, seiner Anhänglichkeit an das Königtum, seines tiefen sittlichen Ernstes

geliefert? Einem solchen Volke fortdauernd die Hände zu binden, damit es sich nicht frei bewege, seine Geister unter eine Vormundschaft stellen, die, weil sie vielleicht die großen und erhabenen Gedanken des Volkes nicht zu fassen vermag, sie aus lichtscheuer Vorsorge lieber in der Geburt erstickt — das ist ein Zustand, der nicht fortdauern darf, wenn nicht die moralische Würde des Volkes, sein Selbstvertrauen, seine Kraft, sein freier Wille gänzlich untergraben werden sollen.

Hat denn die Präventivzensur in unserm Vaterlande ihren Zweck erfüllt, hat sie irgend eine extreme Richtung des Geistes gehindert, laut zu werden, hat nicht trotz aller Präventivzensur die Lehre des ausschweifendsten Kommunismus sich bahngebrochen, und haben die Bücherverbote nicht mächtig dazu beigetragen, die Verbreitung der verbotenen Bücher durch alle Kreise der Gesellschaft rascher zu befördern? Die Zensur hat überall ihre Ohnmacht gegenüber dem unwiderstehlich herandringenden Volksgeiste, der auf tausend verborgenen Wegen sich Bahn bricht, dargetan. Noch nirgend hat sie vermocht, ein Volk vor gemeingefährlichen, nur zu oft in der gerechten Auflehnung gegen ungerechtfertigten Geisteszwang begründeten Irrlehren zu bewahren; wohl aber vermag sie es, die Heilmittel gegen falsche Richtungen der Zeit wirkungslos zu machen, denn sie verhindert die freie, allseitige Erforschung der Wahrheit, sie verurteilt die Edelsten und Besten zu einem gefährlichen Schweigen, weil sie verschmähen müssen, unter dem Schutze dieser Zensur mit ungleicher Waffe gegen ihre Gegner zu kämpfen. Männer wie Dahlmann haben ihre Mitwirkung einer zensierten Presse versagen müssen, weil sie wußten, daß das Wort der Mahnung, der freien Überzeugung, auf diesen Boden nieder gelegt, keinen Eingang in die Herzen des Volkes gefunden haben würde.

Vergebens ist der Versuch gemacht worden, die Willkür der Individualität — das in jedem Individuum sich verschieden gestaltende Urteil über das Maß des Schicklichen und Erlaubten — unter ein gemeinschaftliches Maß, unter ein Oberzensurgericht zu stellen. Die Worte „Zensur" und „Gericht" enthalten einen unlösbaren Widerspruch. Gericht ist die Unterordnung einer bestimmten und für jeden gleich erkennbaren Tat unter ein bestimmtes Gesetz. Der Richter richtet nicht den Willen, die Absicht, sondern das bestimmte Faktum. Zensur ist die subjektive Überzeugung eines einzelnen, daß etwas wahr oder schicklich sei, bekleidet mit der Autorität des Staates, die entgegenstehende Überzeugung, bevor sie noch ins Leben getreten, zu unterdrücken. Die subjektive Überzeugung des Zensors wurzelt nicht in allgemeingültigen Gesetzen, sondern in seiner Meinung, in seiner Auffassung der jeweiligen Instruktion der exekutiven Gewalt.

Es ist noch niemandem gelungen, für diese subjektive Überzeugung allgemeine Grundsätze aufzustellen, klar zu bezeichnen, was nicht anständig, nicht wohlmeinend, nicht gemeingefährlich sei. Das Oberzensurgericht ist nicht, wie jeder andere Richter, auf die bestimmt charakterisierte Tat, sondern auf den, jedem richterlichen Erkenntnis entzogenen Boden des Gewissens, der subjektiven Motive, der Tendenzen angewiesen. Die kurze Zeit seines Bestehens hat die praktischen und theoretischen Mängel dieser Institution so entschieden hervortreten lassen, daß auch dieser letzte Notanker der Freunde der Präventivzensur in den Augen des Volkes gänzlich unhaltbar geworden ist.

Das alte Sprichwort „Volkes Stimme ist Gottes Stimme“ soll sich, wie verlautet, neu bewähren. Schon wird auf Anträge Preußens beim Deutschen Bunde als Vorboten eines schönern Frühlings für die vaterländische Presse hingewiesen, und, wie es scheint, ist bei den Regenten wie bei den Regierten die Einsicht durchgedrungen, daß die Zeit der Erziehung, der Kindheit für das deutsche Volk vorüber sei, daß dem Mündiggewordenen der freie Gebrauch seiner Glieder, somit der Preßfreiheit als eines der edelsten Glieder seines Geistes, nicht länger vorenthalten bleiben könne. Die Kultur hat ihren Kreislauf vollbracht, wenn sie, die den Wilden gebändigt, die dem allzu feurigen Jugendmut die Zügel der Bildung und Erziehung angelegt, die wachsam den rohen Ausbrüchen der wilden Naturkraft gewehrt hat, den Menschen sich selber zurückgibt, und die Leitung, die sie ihm zeitweilig entzog, um ihn zu bilden, wieder in seine eigene Hand legt; sie ist vom freien Naturmenschen ausgegangen und beim freien Kulturmenschen angekommen. Die Anerkennung der aus der Kultur wiedergeborenen Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen wie der Völker muß erfolgen, wenn das Bewußtsein ihrer sittlichen Notwendigkeit bei der Mehrzahl der Gebildeten lebendig geworden ist. Wird die Anerkennung über einen solchen Zeitpunkt hinaus verzögert, so brechen die verborgenen Kräfte unwiderstehlich sich Bahn und der Kampf der Geister richtet sich mit verdoppelter Kraft gegen die Schranken, die widerrechtlich das Gebiet seiner Freiheit einengen. Der Kampf, durch Zensurzwang vom Gebiete des Staatslebens verbannt, hat bereits die Grundsäule der bestehenden Einrichtungen, die soziale Ordnung, ergriffen, und destruktive soziale Tendenzen breiten notwendig weiter und weiter sich aus, wenn dem Drange nach freier politischer Bewegung nicht Raum gegeben wird.

Das ist die Lage, in der Preußen und Deutschland heute sich befinden. Im Interesse des Thrones und des Volkes darf kein Augenblick länger versäumt werden, um der unheilvollen Halbheit der Gegenwart ein Ende zu machen, damit die edelsten Geister der Nation nicht länger

ihre Kräfte in unfruchtbarem Kampfe gegen veraltete Anschauungen vergeuden, sondern zum wahren Wohle der Gesamtheit verwenden.

Preßfreiheit aber gewinnt erst dann Leben und Bedeutung, wenn sie mit dem zu erlassenden Preßgesetze, mit dem zu etablierenden Preßgerichte in Zusammenhang gebracht wird. In manchen Kreisen scheint man in neuerer Zeit die Freiheit der Presse zu befürworten, weil man glaubt, durch ein strenges Repressivgesetz den Gebrauch dieser Freiheit zurückdrängen, durch ein abhängiges Gericht die Anwendung eines solchen strengen Repressivgesetzes erzwingen zu können. Diese Ansicht erwartet von der Furcht vor vernichtenden Strafgesetzen eine strengere Selbstzensur der Schriftsteller, als sie heute durch besoldete Zensoren herbeigeführt werden kann. Die Hoffnungen der Völker würden arg getäuscht werden, wenn diese Ansicht im Rate der Könige zur Geltung gelangen könnte. Das Volksbewußtsein fordert Gedankenfreiheit, voll und ganz, nicht verkümmert durch Schranken, die Mißtrauen oder eingewurzelte Vorliebe für die alte Bevormundung diktieren. Darum soll jedoch das wahrhaft Strafwürdige nicht frei ausgehen. Die Ausartung der Freiheit in Frechheit und Zügellosigkeit soll dem Gesetze anheimfallen; aber das Strafgesetz darf nicht über das im Volke lebende Rechtsbewußtsein hinausgehen, es darf nicht das als Zügellosigkeit und Frechheit deklarieren, was von dem Gebrauche vernünftiger Freiheit unzertrennlich ist.

Es ist nicht meine Aufgabe, an dieser Stelle ein Preßgesetz zu entwerfen, wohl aber bemerke ich, daß ein Preßgesetz, das nicht aus dem Geiste der Freiheit, sondern aus Anschauungen, denen die freie geistige Bewegung der Gegenwart ein Dorn im Auge ist, hervorgehen würde, nur geeignet wäre, die Übel noch zu verschlimmern und über kurz oder lang eine höchst gefährliche Krise herbeizuführen. Jedes Gesetz findet nur dann Achtung, wenn es auf dem unzerstörbaren Fundament der Sitte, der Anschauungen und Überzeugungen eines Volkes ruht. Einzig in dem Beirat ständischer Organe finde ich die Gewähr, daß ein zu erlassendes Preßgesetz die vorerwähnten Elemente des Volkslebens in sich aufnehmen wird. Auch das beste Preßgesetz kann jedoch nur allgemeine Rechtsbestimmungen enthalten, die auf dem Gebiete der geistigen Bewegung, wo jeder Gedanke sein eigenes Maß in sich trägt, notwendig von viel geringerer Präzision und Schärfe sein müssen als da, wo das Gesetz über materielle Tatsachen entscheidet. Die Bestimmungen des Preßgesetzes werden mehr als alle anderen Rechtsbestimmungen in jedem Augenblick aus dem lebendigen Quell alles Rechts ergänzt und interpretiert werden müssen. Der nackte Buchstabe des Gesetzes kann da nicht richten, sondern nur allgemeine Normen geben — die subjektive Auffassung des Richters

wird in den meisten Fällen entscheiden. Überall ist daher längst die Wichtigkeit und Notwendigkeit erkannt worden, die Preßvergehen, eher als alle anderen, einem aus dem Volke selbst hervorgehenden, mit der jeweiligen Rechtsansicht im Volke in unmittelbarster Berührung stehenden Gerichtshofe anzuvertrauen. Nur Geschwornengerichte bieten die wahrhafte Gewähr, daß niemanden die Strafe ereile, bevor seine Tat von den Rechtsbegriffen des Volkes abgewichen ist. Der Zivilrichter wird stets vorzugsweise an den Buchstaben des Gesetzes sich halten, er wird sich in Verlegenheit und Ungewißheit befinden, wenn er die Kriterien der Tat in dem Buchstaben des Gesetzes vermißt und dieselben aus seiner eigenen Überzeugung erst feststellen soll. Wie soll er das seiner Natur nach so flüchtige, so vielgestaltige Leben und Wogen des Geistes in seinem Fluge ereilen, wie soll er, dem die Interessen des Volkes fernstehen, der nur mittelbar von der Bewegung der Geister berührt wird, in jedem Augenblicke das rechte Maß geben? Er wird sich nur zu leicht unbewußt in die Konsequenzen einer einmal gefaßten Ansicht verstocken, weil er vom freien Hauche des Volkslebens unberührt bleibt. Auch bei der größten Gewissenhaftigkeit wird es ihm nur schwer gelingen, das wahre Kriterium des Preßvergehens, die Verletzung des zur Zeit des Vergehens im Volke vorhandenen Rechtsbegriffs, unmittelbar bei seinen Entscheidungen anzuwenden. Die große Gefahr, die der Freiheit der Presse dadurch droht, daß besoldete Richter zu allen Zeiten mehr oder minder auf die bestehende Gewalt im Staate, von der sie Beförderung und Ehren oder Hintansetzung und Tadel zu erwarten und zu befürchten haben, Rücksicht zu nehmen geneigt sein werden, wird niemanden entgehen. Diese Gefahr wird um so größer, je lebendiger die politische Bewegung, je leidenschaftlicher der Kampf der politischen Meinungen, je weniger eine Staatsregierung sich von jeder Parteistellung frei zu erhalten gewußt hat. In unserm Vaterlande kann, so lange das Gesetz vom 29. März 1844 noch Geltung hat, die Freiheit des Wortes nur dann wahrhaft gesichert erscheinen, wenn die Beurteilung über das Vorhandensein von Preßvergehen einer aus dem Volke zusammentretenden Richterjury anheimgegeben wird.

Mein gehorsamster Antrag an die zum Vereinigten Landtage versammelte hohe Kurie der drei Stände geht dahin:

> daß es Hochderselben gefallen wolle, die Bitte an Se. Majestät den König zu richten: I. bei dem Hohen Deutschen Bunde die Verwirklichung der im Art. 18 der Deutschen Bundesakte zugesicherten Preßfreiheit zu beantragen; II. mit dem Beirat der Stände

ein dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechendes Preßgesetz zu erlassen; III. das Urteil über Preßvergehen einer aus dem Volke hervorgehenden Richterjury anzuvertrauen.*)

b) Antrag auf 1. Sicherheit der persönlichen Freiheit, 2. Unabhängigkeit der Richter, sonach Aufhebung a) der Kabinetsordres vom 6. März 1821 und vom 25. April 1835; b) der nicht gesetzlich publizierten Kabinetsordre vom 21. August 1819; c) der Gesetze vom 29. März 1844, soweit sie die Richter betreffen.

Sicherheit der persönlichen Freiheit und Unabhängikeit der Richter sind Güter von so unschätzbarem Werte, daß sie in den meisten konstitutionellen Staaten Europas wesentliche Bestandteile der Verfassungsurkunde bilden. Ihre relative Anerkennung oder Nichtanerkennung ist eins der untrüglichsten Kriterien für die politische Bildung eines Volkes. Je mehr das politische Leben sich entwickelt, je tiefer die Idee des Staates und der daraus entspringenden Rechte und Pflichten den Bürger durchdringt, je mehr treten jene Forderungen in den Vordergrund, je verletzender wird jede Gefahr, die ihnen droht, von den Staatsangehörigen empfunden.

In fast allen provinzialständischen Versammlungen Preußens sind Anträge auf Aufhebung des die Unabhängigkeit der Richter bedrohenden Gesetzes vom 29. März 1844, in mehreren derselben Anträge auf gesetzliche Sicherstellung der persönlichen Freiheit durch Entfernung der dieselbe bedrohenden älteren gesetzlichen Bestimmungen zur Sprache gekommen. Die darauf begründeten Bitten haben zurzeit noch keine Erhörung gefunden, vielmehr kann in dem Gesetze vom 17. Juli 1846 eine weitere Gefährdung der Gerechtigkeit richterlichen Urteils erblickt werden.**)

*) Dieser Antrag Mevissens, wurde, wie sich aus seinem Briefe vom 14. Mai ergibt, ohne sein Zutun in der Mannheimer Abendzeitung veröffentlicht. Zur Verhandlung im Plenum gelangte er nicht (vgl. Kölnische Zeitung Nr. 168, erste Beilage). Er wurde zusammen mit dem Antrag b und c der fünften Abteilung überwiesen. Am 20. Juni 1847 schrieb der Vorsitzende dieser Abteilung, Regierungspräsident v. Bodelschwingh-Velmede, an Mevissen, die Abteilung habe sich zwar für den Druck von Antrag b, nicht aber für den von Antrag a entschieden. Demgemäß habe der Landtagsmarschall die Druckerlaubnis nur für b erteilt. Der Druck erfolgte dann aber doch nicht mehr, weil der Landtag geschlossen wurde; Mevissen gab infolgedessen die drei Anträge am 24. Juni zu den Akten zurück.

**) Vgl. zu den Ausführungen Mevissens in diesem Antrage die beiden Schriften von Heinrich Simon: 1. Die preußischen Richter und die Gesetze

Die Sicherstellung der persönlichen Freiheit und die Unabhängigkeit der Richter ist für alle Provinzen des Staates von gemeinsamem und gleich hohem Interesse und gehört deshalb vorzugsweise zum Geschäftskreise des Vereinigten Landtages. Die Verschiedenheit des bestehenden materiellen und formellen Rechts macht es nötig, den nachfolgenden Antrag sowohl nach rheinischer, als nach altländischer Gesetzgebung zu begründen.

So lange das Rheinland zu Frankreich gehörte, lebten dessen Bewohner unter dem Schutze der Staatsverfassungen dieses Reiches, welche sämtlich den schon von der Nationalversammlung aufgestellten ersten Grundsatz einer wahren Gerechtigkeit bestätigen:

> daß niemand seinem ordentlichen und gesetzmäßigen Richter entzogen und besonderen Kommissionen überwiesen werden dürfe, gleichviel unter welchem Vorwand und unter welchem Namen.

Diese ordentlichen und gesetzmäßigen Richter eines jeden waren seine Mitbürger im Geschwornengericht.

Da die damaligen Geschwornengerichte nicht so viel Angeklagte verurteilten, als die Staatsregierung wünschte, so wurden durch das Gesetz vom 18. Pluviose des Jahres IX (7. Febr. 1801) besondere Verurteilungskommissionen unter dem Namen „Spezialgerichtshöfe" für eine gewisse Klasse von Menschen und eine Reihe Beschuldigungen errichtet. Diese Gerichte waren gebildet aus dem Präsidenten und zwei Richtern des ordentlichen Kriminalgerichts, drei Offizieren mindestens vom Hauptmannsrange und zwei zum Richteramte bestätigten Bürgern. Sie sollten in allen Departements eingeführt werden, für welche die Staatsregierung es notwendig fände, und sie sind wirklich in etwa dreißig eingeführt worden, darunter im Roer-Departement. Diese Spezialgerichte haben ihre Aufgabe erfüllt, und ihre furchtbare Strenge lebt noch in aller Andenken. Solche Veränderungen in der Gerichtsbarkeit, wo sie den verfassungsmäßigen Gerichten entzogen und besonderen Kommissionen übertragen wird, geschehen nicht im Interesse des Angeklagten, etwa um seine Verteidigung zu begünstigen, den Prozeß und seine Verhaftung abzukürzen, um die Ermittelung der Wahrheit und des Rechtes zu erleichtern. Im Gegenteil ist der geheime Sinn und die Absicht der Staatsregierung allemal, mehr Verurteilungen zu erzielen, als von den gesetzmäßigen Richtern zu hoffen wären. Sowie die Deutschen die linke Rheinseite wieder erobert hatten, wurden die Spezialgerichtshöfe sogleich aus dem Gebrauch gesetzt. Zwei oder drei Jahre später würden sie nach dem Art. 31 des Gesetzes vom

---

vom 29. März 1844 (Leipzig 1845), und 2. Das Verhältnis des Gesetzes vom 17. Juli 1846 zu den Gesetzen vom 29. März 1844 (Leipzig 1847).

18. Pluviose des Jahres IX von selbst aufgehört haben, indem sie zwei Jahre nach dem allgemeinen Frieden von Rechts wegen als widerrufen angesehen werden sollten. So verdankten die Rheinländer den Siegen der Deutschen ihre Befreiung von der Herrschaft der Franzosen und deren Verurteilungskommissionen.

Die staatsrechtlichen Grundsätze des Königreichs Preußen, dem die Rheinprovinz seit 1815 angehört, sichern gleichfalls jedem Bürger zu, daß er nur der Gerichtsbarkeit der verfassungsmäßigen Gerichte unterworfen sei. Da Preußen einer Verfassungsurkunde entbehrt, so müssen die Grundsätze seines Staatsrechts aus den einzelnen Gesetzen zusammengestellt werden. Nun gehört die Gerichtsverfassung eines Landes unzweifelhaft zum Staatsrecht. Als der über alle Erwartung unglückliche Ausgang des Krieges gegen Frankreich in den Jahren 1806 und 1807 den König Friedrich Wilhelm III. überzeugt hatte, daß zum Heil eines Staates, zum Aufblühen eines Volkes und zur Entfaltung aller seiner Kraft landesväterliche Gesinnungen des Königs und eine wohlmontierte Staatsmaschine allein nicht ausreichen, da wurde das Werk der Wiedergeburt des Staates mit Herstellung oder besser mit Gründung der bürgerlichen Freiheit begonnen. Auch die Staatsverfassung wurde geordnet. In der Verordnung über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden vom 27. Oktober 1810 (G.S. v. 1810 S. 18) heißt es:

> Der Justizminister hat zum Geschäftskreise alles ohne Ausnahme, was die Oberaufsicht auf die eigentliche Rechtspflege betrifft. Diese selbst ist, wie es sich versteht, den Gerichten überlassen.

Schon die Kriminalordnung von 1805 bestimmt § 1:

> Die Bestrafung eines Verbrechens kann nur nach gesetzmäßiger Untersuchung und Erkenntnis des zuständigen Richters erfolgen.

Der zuständige Richter ist nach § 77 das Kriminalgericht des Wohnorts des Beschuldigten, oder das des Orts des verübten Verbrechens, oder das des Orts der Ergreifung. Andere Gerichtsbarkeiten als diese drei Gerichte kennt das Gesetz nicht. Auch der § 81 verfügt:

> Der ordentliche Kriminalgerichtsstand der Eximierten ist das Obergericht der Provinz.

Also ist auch in dem Staatsrecht des Königreichs Preußen die Zusicherung gegeben, daß jeder in allen peinlichen Anklagen nur den ordentlichen verfassungsmäßigen Gerichten unterworfen sei, und kein einziges Gesetz enthält den Vorbehalt der Krone, einen Beschuldigten seinen gesetzmäßigen Richtern zu entziehen und Kommissarien nach beliebiger Auswahl zu überweisen.

Diese jedem zivilisierten Staate wesentlichen staatsrechtlichen Grundsätze blieben, nachdem das Rheinland dadurch von den unter dem Namen

der „Spezialgerichtshöfe" bestandenen Verurteilungskommissionen befreit war, kaum sieben Jahre in Geltung. Die Zeit der Reaktion, an die jeder Deutsche mit Schmerz und Trauer zurückdenkt, brachte die Kabinetsordre vom 6. März 1821, welche Nr. 2 bestimmt:

> daß alle Einwohner der Rheinprovinzen und die darin sich aufhaltenden Individuen, welche wegen Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat oder dessen Oberhaupt zur Untersuchung gezogen werden, in den Fällen, in welchen Ich zu deren Untersuchung oder Entscheidung eine eigene Behörde niedergesetzt habe, lediglich vor dieselbe gestellt und zur Untersuchung oder Bestrafung gezogen werden sollen.

Die Verordnung wegen Einführung des Staatsrats vom 20. März 1817 (G.S. v. 1817 S. 67) ist eins der organischen Gesetze des Königreichs Preußen und bestimmt § 2:

> Zu seinem Wirkungskreise gehören alle Gesetze und Verfassungsnormen, dergestalt, daß sämtliche Vorschläge zu neuen oder zur Aufhebung, Abänderung und authentischen Deklaration von bestehenden Gesetzen und Einrichtungen durch ihn an Uns zur Sanktion gelangen müssen. Die Einwirkung der künftigen Landesrepräsentanten bei der Gesetzgebung wird durch die infolge Unserer Verordnung vom 22. Mai 1815 auszuarbeitende Verfassungsurkunde näher bestimmt werden.

Die Kabinetsordre vom 6. März 1821 ist an eine Ministerialkommission gerichtet, deren Mitglieder man nicht kennt. Obgleich einer der ersten staatsrechtlichen Grundsätze jedes Staates darin geändert, obgleich die bisherige Gerichtsverfassung damit umgestaltet, obgleich das erworbene Recht jedes Bürgers, nach den zur Zeit der Tat geltenden Gesetzen gerichtet zu werden, damit verletzt ist, so wurde dies neue Gesetz doch nicht im Staatsrat beraten, sondern als Antwort auf einen Bericht der Ministerialkommission gegeben. Dieser Teil der Kabinetsordre ist in der Verordnung vom 18. Februar 1842 für die Rheinlande nicht zurückgenommen; er kann also früher oder später einmal als geltendes Gesetz wieder hervorgesucht und zur Anwendung gebracht werden. Eine solche Möglichkeit kann, weil sie geeignet ist, das Vertrauen zu erschüttern, aus der Gesetzgebung nicht früh genug entfernt werden.

Infolge der am 3. April 1833 versuchten hochverräterischen Unternehmung in Frankfurt, und in der Erwartung, daß die Verzweigungen einer über ganz Deutschland verbreiteten Verbindung wider die bestehende gesellschaftliche Ordnung würden entdeckt werden, verfügte die Kabinetsordre vom 25. April 1835 (G.S. von 1835 S. 47):

das Kammergericht in Berlin für den ganzen Umfang der Monarchie zum ausschließlichen Gerichtshof wegen aller und jeder Verbrechen und Vergehungen wider die Verfassung und die öffentliche Ruhe bis auf weiteres zu bestellen und demselben mit Aufhebung des anderweitigen persönlichen Gerichtsstandes der Beschuldigten sowohl die Untersuchungen als auch die Abfassung der Erkenntnisse zu überweisen.

Auch diese Kabinetsordre ist nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege als Gesetz erlassen, sondern eine Antwort auf einen Bericht der Minister. Sie berührt ebenso wesentlich die Rechte der Bürger, enthält eine ebenso wesentliche Abänderung der Gerichtsverfassung des Landes, wie die vom 6. März 1821, und ist gleichwohl ebensowenig im Staatsrat beraten. Es war inzwischen das Gesetz vom 5. Juni 1823 wegen Anordnung der Provinzialstände (G.S. von 1823 S. 129) erlassen, nach dessen Artikel 3 den Provinzialständen die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze zur Beratung vorgelegt werden sollten, welche Veränderungen in Personen- und Eigentumsrechten zum Gegenstande haben. Auch dies ist nicht geschehen. Die Kabinetsordre besteht noch bis auf den heutigen Tag, obgleich sie nach ihrem klaren Inhalt nur auf Veranlassung außerordentlicher, jetzt aber längst vorübergegangener Umstände gegeben ist, und nur einstweilige Maßregel sein sollte. Die Bitte des achten rheinischen Landtages um Widerruf ist abgewiesen.

Die seitdem erfolgten Veränderungen in der Gesetzgebung berechtigen zur Erneuerung dieser Bitte, weil bürgerliche Freiheit und persönliche Sicherheit gegenwärtig in viel stärkerem Grade gefährdet sind. An und für sich schon ist die Kabinetsordre vom 25. April 1835 ein hartes und drückendes Gesetz für die Staatsbürger. Mit der ersten polizeilichen Vermutung eines Vergehens gegen den Staat tritt die Verhaftung ein, und dieser folgt sogleich der Transport nach Berlin. Fern von seiner Heimat, seinem Eigentum und seinen Geschäften, fern von der Teilnahme und dem Troste seiner Familie und seiner Freunde, sitzt der Beschuldigte in der Gefangenschaft unter fremden Menschen, und soll von Richtern gerichtet werden, die er nicht kennt, die ihn nicht kennen, die von der Denkart, den Sitten nnd der Ausdrucksweise des Volks nichts wissen. Wie irrig es ist, gegen die Freiheit der Personen gefährdende Gesetze Garantien in der Humanität der Verwaltungsbehörden finden zu wollen, davon liefert die Vergangenheit unwidersprechliche Beweise. Infolge einer Kabinetsordre vom 21. August 1819, die nicht als Gesetz erlassen, niemals als Gesetz verkündet und darum niemals Gesetz geworden ist, sind Personen drei auch vier Monate lang von der Polizei in Verhaft,

sogar im einsamsten Gefängnis — der härtesten Tortur — gehalten worden, ohne den Gerichten überwiesen zu werden, bis am Ende nach einer so langen ungerechtfertigten Gefangenschaft das Kammergericht erklärte, es sei kein Grund zur Untersuchung und Verhaftung vorhanden. Noch heute ist, da die erwähnte Kabinetsordre vom 21. August 1819 ebensogut noch jetzt wie früher als rechtsgültig von den Verwaltungsbehörden betrachtet werden kann, jedermann der Gefahr bloßgestellt, auf mündlichen Befehl irgend eines Polizeikommissars monatelang, vielleicht auch jahrelang im einsamen Gefängnis gehalten zu werden und dort die Erklärung des Kammergerichts abzuwarten, daß kein Grund zu seiner Verhaftung vorhanden gewesen sei. Sicherstellung der persönlichen Freiheit ist eine Anforderung, die von dem heutigen Rechtsbewußtsein der Völker an jede Gesetzgebung gestellt wird. Auf ihrer Anerkennung beruht das Vertrauen und die Achtung vor dem Gesetze. Wollte man auch einräumen, daß schwerlich künftig noch ein Gebrauch von jener Kabinetsordre vom 21. August 1819 bei der großen Aufmerksamkeit, mit der das ganze Volk alle Eingriffe in die persönliche Freiheit verfolgt, gemacht werden wird, so sind doch die Fakta der Vergangenheit nicht ungeschehen zu machen, vielmehr machen dieselben eine ausdrückliche Erklärung der Gesetzgebung, daß jene Kabinetsordre rechtsungültig, zur völligen Beruhigung der Staatsbürger notwendig.

Ohne die Ausnahmegesetze vom 6. März 1821 und vom 25. April 1835 würde jeder Preuße auch in Anklagen wegen politischer Vergehen unter dem Gerichte seiner Mitbürger stehen, der Rheinländer würde sich des so tief in seine Sitten und Rechtsbegriffe eingewurzelten Geschworenengerichts erfreuen, dieser höchsten unter Menschen möglichen Gewähr für Sicherung der bürgerlichen Freiheit, für Recht und Gerechtigkeit. Jene beiden Ausnahmegesetze, welche ihm diese Sicherung seiner Rechte und seiner bürgerlichen Freiheit nahmen, gaben ihm dafür zurzeit eine andere, nämlich diejenige, welche in der Beweistheorie des Kriminalprozesses liegt. Wenn er sich unschuldig wußte, so konnte er im voraus versichert sein, daß die notwendigen Erfordernisse zu seiner Verurteilung nicht gefunden werden konnten, und diese sind entweder zwei glaubwürdige Zeugen oder eine Reihe wichtiger und ineinandergreifender Indizien. So unvollkommen dieser Schutz im Vergleich gegen das Geschwornengericht ist — es war doch wenigstens irgend ein Schutz, irgend etwas, worauf die Schuldlosigkeit noch vertrauen konnte, denn jene Beweistheorie ist nicht zur Erleichterung, sondern zur Erschwerung der Verurteilung, nicht zugunsten der Anklage, sondern zugunsten des Angeklagten erfunden, um diesen vor leichtfertigen Überzeugungen des Richters und daraus

erfolgenden ebenso leichtfertigen Verurteilungen zu schützen. Unter der Herrschaft dieser Beweistheorie konnte der Richter von der Schuld des Angeklagten immerhin völlig überzeugt sein, er durfte ihn nicht zur vollen Strafe verurteilen, sobald das gesetzliche Maß des Beweises nicht erfüllt war. Im Mittelalter, wo das urdeutsche Gericht vor den Genossen unterging und der Inquisitionsprozeß eingeführt wurde, wurde der Angeklagte nicht einzig und allein dem Gewissen und der Überzeugung der bestellten Richter überlassen, sondern man band deren Willkür durch stete Regeln. So lange irgendwo das Gericht vor den Genossen nicht in seine alten Rechte wieder eingesetzt ist, muß in der Beweistheorie ein notwendiger Schutz gegen die subjektive Überzeugung des bestellten Richters erblickt werden. In Preußen ist dieser Schutz durch das Gesetz vom 17. Juli 1846 gefallen. Dies Gesetz führt nämlich den am Rhein bestehenden mündlichen und öffentlichen Anklageprozeß beim Kammergericht in Berlin ein, ohne aber das Institut mit herüberzunehmen, was den Angeklagten gegen leichtfertige Verurteilung schützen soll. Der § 19 bestimmt:

> Dagegen treten die bisherigen positiven Regeln über die Wirkungen der Beweise außer Anwendung. Der erkennende Richter hat fortan nach genauer Prüfung aller Beweise für die Anklage und Verteidigung nach seiner freien, aus dem Inbegriff der vor ihm erfolgten Verhandlungen geschöpften Überzeugung zu entscheiden, ob der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig oder ob derselbe von der Anklage zu entbinden sei. Er ist aber verpflichtet, die Gründe, welche ihn dabei geleitet haben, in dem Urteil anzugeben.

So hat also das Gesetz dem Angeklagten, der sich unschuldig weiß, den letzten Schutz und Schirm genommen, unter dem er noch mit Sicherheit seine Freisprechung gegen die scheinbaren Beweise der Anklage hoffen konnte. Die dem Urteil angehängten Gründe sind kein Ersatz für solche Verluste, denn sie haben ihre Wirkung (die Verurteilung) bereits getan, wenn sie aufgeschrieben werden, und wenn ein Angeklagter einmal unschuldig verurteilt worden ist, so wird das kein Trost für ihn sein, daß er sich hinterher überzeugen kann, welche vorgefaßten Meinungen, welche Einbildungen, welche falschen Schlüsse und falschen Zeugnisse den Richter möglicherweise zur Verurteilung bestimmt haben.

Wenn die Idee der Gerechtigkeit in ihrer ganzen Vollkommenheit erfüllt werden sollte, so müßten die Richter rein wie die Tugend und allwissend wie Gott sein. Sie sind aber schwache und gebrechliche Wesen, menschlich beschränkt an Geisteskraft, an absoluter Lauterkeit der Gesinnungen. Eben wegen dieser menschlichen Unvollkommenheit ist in allen

Staaten ohne Ausnahme, in denen Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit zu gründen der ernstlich gemeinte Wille war, die Notwendigkeit erkannt worden, den Angeklagten mit schützenden Formen zu umgeben und die besten Richter für ihn zu erwählen. Diese erste Bedingung eines gerechten Urteils ist allemal die Unabhängigkeit, das ist die Freiheit, des Richters von allen Einwirkungen auf ihn. Der Bürger im Geschwornengericht ist der unabhängigste Richter. Der bestellte Richter dagegen ist mehr oder minder abhängig von eben der Regierung, in deren Namen die Anklage erhoben wird. Um die aus der Abhängigkeit seiner Stellung entspringenden Motive zur Parteilichkeit wenigstens insoweit wegzuräumen, als die Natur dieser Stellung erlaubt, ist ihm die Unabsetzbarkeit von seinem Amte zugesichert, so daß er aus keiner seiner Entscheidungen den Verlust seines Amtes zu befürchten hat. Diese erste Bedingung der Gerechtigkeit, dieser Grund zum Vertrauen des Volkes in den Richter ist durch die beiden Gesetze vom 29. März 1844 tief erschüttert. Die früher unabsetzbaren Richter sind in absetzbare Verwaltungsbeamte verwandelt, denn wenn die Regierung mit den Leistungen eines Richters, mit seinen Gesinnungen und seinen Urteilen nicht mehr zufrieden ist, so stehen ihr vermöge jener beiden Gesetze die Mittel und Wege zu Gebote, um diesen Richter im Verwaltungswege aus seinem Amte zu entfernen, entweder durch jede beliebige Versetzung, oder durch Absetzung im Disziplinarverfahren, oder durch Entlassung mit Pension im Pensionierungsverfahren.

Für die schwersten und schwierigsten Anklagen, nämlich die wegen Eingriffen in die Rechte der Krone oder Angriffen auf den Staat, werden die Angeklagten in anderen Ländern mit noch mehr schützenden Formen umgeben, als sie sonst haben, und die Gewähr für ein unparteiisches, gerechtes Urteil ist noch mehr erhöht. In Preußen ist sie vermindert. Der Rheinländer, welcher nach der Gerichtsverfassung seines Landes unter dem Gerichte seiner Mitbürger stehen soll und sieben Jahre lang wirklich stand, ist jetzt einem Richter unterworfen, der beinahe hundert Meilen von ihm entfernt wohnt und dem er durch Gendarmen zugeführt wird. Er soll dem Gewissen dieses Richters vertrauen, der im Dienste der anklagenden Regierung steht und nach deren Wohlgefallen aus seinem Amte entfernt werden kann. Und die bloße subjektive Meinung eines solchen abhängigen Richters oder (wie es das Gesetz ausdrückt) dessen Überzeugung soll die Stelle der Wahrheit und des Rechtes vertreten! Eine solche Staatseinrichtung wird schwerlich Vertrauen erwerben! Die Gesetze vom 29. März 1844 sind ohne den verfassungsmäßigen Beirat der Stände erlassen.

Die auf diesen formellen Mangel sowie in den materiellen Bestimmungen jener Gesetze begründete Bitte des achten rheinischen Landtages um Widerruf der Gesetze vom 29. März 1844 ist in dem Landtagsabschiede vom 27. Dezember 1845 Nr. 67 mit folgenden Worten abgewiesen:

> Der Antrag Unserer getreuen Stände auf Zurücknahme der Gesetze vom 29. März 1844 soll eine Rechtfertigung vorzüglich darin finden, daß diese Gesetze in der Rheinprovinz durch kein Bedürfnis hervorgerufen, und, obgleich die Personen- und Eigentumsrechte wesentlich tangierend, erlassen worden seien, ohne vorher den rheinischen Gerichten und den rheinischen Ständen zur Begutachtung vorgelegt zu sein.
>
> Wir müssen, was diese Gründe anbetrifft, Unsern getreuen Ständen vor allem bemerklich machen, daß die Bedürfnisfrage um so weniger ein Gegenstand ständischer Beratung sein konnte, als die Mitglieder des Landtages nicht im Besitze der zur Entscheidung unentbehrlichen Materialien sind. Wenn aber Unsere getreuen Stände sogar die Ansicht aussprechen, als sei ihre Begutachtung nach dem Gesetz vom 5. Juni 1823 deshalb notwendig gewesen, weil jene Gesetze Personen und Eigentumsrechte berühren, so scheint ihnen entgangen zu sein, daß diese Gesetze bloß das Verhältnis Unserer Behörden zu Uns, folglich einen Gegenstand regulieren, der zum innern Staatsrecht gehört und auf den das Gesetz von 1823 keine Anwendung finden kann.*)

Wie unzertrennlich die Organisation der Gerichte mit den materiellen Rechtsbestimmungen zusammenhängt, wie geeignet sie ist, aufs allertiefste in die Personenrechte einzugreifen, sei mir erlaubt, an einem historischen Beispiel zu erläutern.

Der Herzog von Enghien wurde am 29. Ventose des Jahres XII (1804 März 20) von einem ganz inkompetenten Militärgericht zum Tode verurteilt, und diese Verurteilung ist überall und von jeher als Justizmord angesehen worden, denn auf Beweise gründete sie sich nicht; an Zeugnissen fehlte es, weil keine Zeugen verhört waren, Überführungsstücke waren nicht vorgelegt, und nicht ein einziges Blatt schriftlicher Beweisurkunden war vorhanden. Die Richter, bestehend aus einem General, fünf Obersten und einem Major, verurteilten den Herzog, weil sie zum Verurteilen kommandiert waren. Wäre er vor einen Spezialgerichtshof gestellt worden, so

*) Vgl. zu dieser Auffassung A. Arndt, Der Anteil der Stände an der Gesetzgebung in Preußen 1823—1848 (Archiv für öffentliches Recht XVII (1902), S. [illegible]).

war seine Freisprechung möglich, vielleicht auch wahrscheinlich, weil die Offiziere bei einem Spezialgerichtshofe nach der zu jener Zeit gesetzlichen Besetzung desselben in der Minorität von drei zu fünf gewesen sein würden. Stand er vor einem Geschwornengericht, so war seine Freisprechung ebenso gewiß, wie seine Verurteilung vor jedem andern Militärgericht.

Was sich in diesem Prozesse im höchsten und schlimmsten Grade gezeigt hat, das wiederholt sich in verkleinertem Maßstabe überall, wo den Richtern keine unabhängige Stellung zugesichert ist. Wenn sich die Grade der Abhängigkeit in Zahlen angeben ließen, und man diese Grade bei den einzelnen Richtern eines Gerichts kennte, so könnte man im voraus nach Prozenten berechnen, wie viel mehr Verurteilungen aus abhängigen Gerichten im Vergleich gegen die Urteile völlig unabhängiger hervorgehen. Das Recht und das Gesetz erscheinen zwischen zwei Parteien nicht in ihrer abstrakten Gestalt, sondern es bedarf dazu eines Organs, welches entscheidet, was jedesmal Recht ist. Dies Organ ist der Richter. Dessen Unabhängigkeit ist die Grundbedingung der Gerechtigkeit seines Urteils. Die Bürger müssen sich in ihren Streitigkeiten unter sich und in ihrer Verteidigung gegen peinliche Anklagen ohne Wahl und ohne Widerreden den Gerichten unterwerfen, welche die Staatsverfassung ihnen angewiesen hat, und sie haben daher das höchste Interesse daran, daß die reine Quelle des Rechts nicht durch trübe Kanäle ihnen trübe zufließe. Viel wichtiger für sie als das materielle Recht ist die Gerichtsverfassung und die Form des Verfahrens, denn die Kriminalgesetze kann jeder vermeiden, aber kein Unschuldiger ist darum, weil er unschuldig ist, auch vor peinlichen Anklagen gesichert. Gerade dem Unschuldigen soll die Form des Verfahrens und die Unabhängigkeit der Richter seine Freisprechung sichern, für die er um ebensoviel mehr zu fürchten hat, als die Richter abhängiger sind. Wenn unter den allgemeinen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen- und Eigentumsrechten zum Gegenstande haben (Gesetz vom 5. Juni 1823), bloß das materielle allgemeine Recht gemeint sein sollte, nicht aber die Organe, durch welche, und die Formen, in welchen das besondere Recht aus dem allgemeinen hervorgeht, so hätte der Gesetzgeber den Rat der Stände in den dem Volke wichtigsten Dingen für entbehrlich erklärt und nur in minder wichtigen verlangt. Dies ist mit dem Geiste der preußischen ständischen Gesetzgebung schwerlich vereinbar.

Die Fehler und Mängel, zu denen der Keim in einer Gesetzgebung liegt, entwickeln sich unfehlbar im Laufe der Zeit, sobald die Umstände diese Entwicklung begünstigen. Es wäre Torheit, in dem Vertrauen in den guten Willen der Menschen eine Beruhigung zu suchen, während die

Mangelhaftigkeit der Sache zu Mißtrauen berechtigt. Man macht sich keiner Beleidigung gegen den Stand der Richter schuldig, wenn man von ihnen sagt, daß sie immer Menschen und mit menschlichen Unvollkommenheiten behaftet bleiben, daß auch sie der Furcht und Hoffnung zugänglich sind, und daß die Furcht vor den Folgen der Abhängigkeit ihrer Stellung am Ende die Lauterkeit ihrer Gesinnungen beugen kann. Noch gefährlicher kann es in seinen Folgen werden, daß die Staatsregierung es durch das Mittel einer beliebigen Versetzung in ihrer Gewalt hat, gewisse Grundsätze des Rechts und der bürgerlichen Freiheit ganz aus einem Gerichtshofe zu verbannen und andere wieder einheimisch darin zu machen. Damit wird ein ganz neues Recht in den Gerichtshof verpflanzt, denn im Kriminalprozeß sind es allemal die Begriffe, Grundsätze und Ideen des Richters, welche seinem Urteile als Grundlage dienen und die Verurteilung oder Freisprechung des Angeklagten begründen. Gesetzt, es sei jemand der Verletzung der Religionsfreiheit angeklagt. Was ist Religionsfreiheit? Das Gesetz sagt es nicht, und der Richter nimmt den Begriff aus sich selber. Ebenso bei Majestätsbeleidigungen. Kein Gesetz sagt, was eine Injurie sei, der Richter beantwortet die Frage aus seinen Ansichten von Ehre und deren Verletzung. Daraus erklärt sich die täglich wiederkehrende Erscheinung, daß der Richter erster Instanz die Tat des Angeklagten als Verbrechen, der Richter zweiter Instanz als ganz schuldlos erklärt, obgleich beide dieselbe Tat, dieselben Beweise und dieselben Gesetze vor sich hatten. Mit Hülfe der Versetzungen wäre es eine leichte Arbeit, Recht in Unrecht und Unrecht in Recht zu verwandeln. Ihres hohen persönlichen Interesses wegen haben alle Bürger in allen Staaten Recht und Forderung darauf, die Unabhängigkeit der Richter gesichert zu sehen. Es ist für den ganzen Staat dringend notwendig, daß diese Unabhängigkeit wiederhergestellt werde, und für die Rheinländer insbesondere, daß sie ihren verfassungsmäßigen Gerichten zurückgegeben werden, und die Ausnahmegesetze aufhören.

Nur zu oft im Laufe der Geschichte haben Regierungen zeitweilig ihre Gewalt statt auf das durch hohe Leistungen für das Gemeinwohl erworbene unerschütterliche Vertrauen des Volkes auf peinliche Anklage, auf Unterdrückung aller Überzeugungen, die von denen des augenblicklich herrschenden Regimes abweichen, gestützt. Bin ich auch weit davon entfernt, für unser Vaterland die Möglichkeit der Rückkehr solcher Zustände zu fürchten, so drängt sich doch wider Willen jedem die Wahrnehmung auf, daß unter uns die Anklagen wegen Majestätsbeleidigung, wegen Erregung von Unzufriedenheit, wegen unehrerbietigen Tadels auf eine schreckenerregende Weise in letzter Zeit überhand nehmen.

Diese Wahrnehmung ist ein trauriges Zeichen der Zeit und wohl geeignet, den tiefinnersten Wunsch zu motivieren, daß ein großartiges Vertrauen von oben herab, durch alle Gebiete des Staatslebens hindurch das Vertrauen des Volkes neu kräftige und allen die freudige Begeisterung, für große gemeinsame Zwecke in freier Bewegung mitzuwirken, wieder einflöße.

Mein Antrag an die zum Vereinigten Landtag versammelte hohe Kurie der drei Stände geht dahin:

> Daß es derselben gefallen wolle, Sr. Majestät dem Könige die Bitte um Aufhebung a) der Kabinetsordres vom 6. März 1821 und vom 25. April 1835; b) der nicht gesetzlich publizierten Kabinetsordre vom 21. August 1819; c) der Gesetze vom 29. März 1844, soweit sie die Richter betreffen, vortragen zu wollen.*)

c) Antrag an die zum Vereinigten Landtag versammelte hohe Kurie der drei Stände, S. M. den König ehrfurchtsvoll zu bitten, beim Bundestage dahin zu wirken, daß die im Jahre 1824 beschlossene Heimlichkeit der Bundesverhandlungen aufgehoben, daß der Deutsche Bund durch die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen wieder fortan, wie früher, unter die schützende Kontrolle des deutschen Geistes gestellt werde.

In einem Augenblicke, wo zum ersten Male vom Volke gewählte Vertreter des größten deutschen Staates sich um ihren Fürsten scharen, um einig und gemeinsam für des Landes Wohl und Größe zu wirken, in einem solchen Augenblicke vor allem geziemt es sich, den Blick über die enge Grenze Preußens hinaus zu dem gemeinsamen großen deutschen Vaterlande zu erheben.

Das Resultat der in den Freiheitskriegen gewonnenen Erkenntnis, daß nur die innige Verbindung aller Glieder des großen deutschen Volkes seine Ehre und Sicherheit nach außen, seine friedliche Kultur und Entwicklung im Innern gewährleisten könne, rief den Deutschen Bund ins Leben. Seit jener verheißungsvollen Schöpfung des Deutschen Bundes im Jahre 1815 sind 32 wechselvolle Jahre vergangen, und wohl geziemt heute die ernste Frage: Wie hat dieser Bund während seines Bestehens gewirkt; welche segensreichen Spuren seiner Tätigkeit sind der lebenden Generation überliefert, mit welchen großen Taten ist er fest in das Bewußtsein der Nation hineingewachsen?

Wer vermag der tiefen Trauer sich zu erwehren, wenn er noch heute jeden Volksstamm für seine großen innern und äußern Angelegenheiten

---

*) Über das Schicksal dieses Antrags vgl. oben S. 261 Anm. 1.

nicht Hilfe und Rat beim Bunde suchen, ja, wenn er zur Erreichung des Bundeszweckes vom Bunde losgetrennte selbständige Vereinigungen vorzugsweise wirksam sieht? Wer vermag der tiefen Trauer sich zu erwehren, wenn heute, nach 32 Jahren, die Verheißungen der Bundesakte: volle Freiheit des Verkehrs, freie Presse, Freiheit des Glaubens, Gleichheit von Münze, Maß und Gewicht, noch nicht zu ebenso vielen Wirklichkeiten geworden sind! — Wie ernst der Vereinigte Landtag auch seine Aufgabe erfassen, welches große Ziel in Einheit zwischen Fürst und Volk er erstreben mag, so lange fehlt dem deutschen Elemente seine volle Entwicklung, seine welthistorische Bedeutung, so lange die Idee des Deutschen Bundes eine ohnmächtige geblieben, so lange der Erbfeind der deutschen Nation, die Teilung und Trennung in Stände und Stämme, nicht einer mächtigen lebensvollen Einheit Platz gemacht hat. Ein großer Schritt dieser Einheit entgegen ist durch die Tapferkeit unsers hochsinnigen Königs geschehen: die Verschiedenheit der Verfassung, die den mächtigsten der deutschen Staaten, Preußen, so lange von den Bundesstaaten trennte, ist gehoben. Die Krone hat das Ihrige getan; an uns, den Vertretern des preußischen Volkes, ist es jetzt, ein feierliches Zeugnis abzulegen, daß sie mit Seele und Leib nicht der getrennten preußischen Entwicklung, sondern dem großen deutschen Gesamtvaterlande angehören, daß sie bereit sind, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der im Volke lebendige Geist der Einheit sich in angemessenen Institutionen auch äußerlich manifestiere, daß der Deutsche Bund ebensowohl ein Bund der Völker als ein Bund der Fürsten werde.

Weshalb sind die Resultate des Deutschen Bundes so ungenügend, weshalb ist er nicht innig mit allen großen Zwecken der Nation verwachsen? Ich glaube nicht zu irren, wenn ich antworte: Die Trennung von der öffentlichen Meinung, von dem öffentlichen Leben der Nation, das Einhüllen in geheimnisvolles Dunkel ist es, was die Kraft des Bundes moralisch gelähmt hat. Unsere Zeit ist zu der Einsicht vorgeschritten, daß die großen Zwecke der Völker nicht vorübergehender Natur, sondern bleibende Kulturzwecke der Menschheit sind. Für diese fordert sie mit Recht die volle Öffentlichkeit, die uneingeschränkte Allgemeinheit. Wie könnte da ein Heil von der Heimlichkeit erwartet werden, wo es sich nur um gemeinsame, für eine ganze Staatenfamilie gleiche Zwecke handelt? Ein Areopag, zu hochstehend für das Privatrecht, berufen, in unerschüttert fester Hand das Völkerrecht zu hegen, er kann, er darf nicht heimlich sein. Heimlichkeit ist Untreue gegen sich selbst, ist Unglaube an seinen erhabenen Beruf, ist ein vermessenes Hinuntersteigen von der Höhe, die Geschichte und Nationalwille erheischen. Durchblättern wir

das Buch unserer neuesten Geschichte, so sehen wir, wie die Heimlichkeit des Bundes an dem edelsten Marke des deutschen Geistes zehrt. Die Heimlichkeit des Bundes war die unselige Frucht des Mangels an Vertrauen zwischen Fürst und Volk, die Frucht der Karlsbader Beschlüsse. Mit jener Heimlichkeit wurde nur zu oft da furchtsames Mißtrauen vorherrschend, wo unerschütterliches Vertrauen auf die Wahrheit und Tüchtigkeit der Nation nie hätte untergehen sollen.*)

Ich lasse die in der innern Einrichtung des Bundeskörpers etwa nötigen Reformen für jetzt unerörtert.**) Für mich genügt es für jetzt, die Wiederherstellung des ersten Lebenselementes zu fordern, sie zu fordern als ein Pfand des Vertrauens, das der erste preußische Vereinigte Landtag den deutschen Stammesgenossen bietet.

Zwei weitere Anträge Mevissens, ebenfalls vom 30. April 1847 datiert, gehen dahin, daß

d) die Landtagsmarschälle fernerhin nicht durch die Krone ernannt, sondern durch die Stände gewählt werden sollen (Bleich l. c. Nr. 71),

e) unbedingte Öffentlichkeit aller ständischen Verhandlungen stattfinden,***) desgleichen unbedingte Veröffentlichung dieser Verhandlungen mit Nennung der Namen der Redner erfolgen, endlich ein Ständehaus

---

*) Das Konzept Mevissens enthält hier noch folgenden Zusatz: „Gesetze, erlassen unter jenem heimlichen Dunkel, Gesetze wie die vom 8. Juni 1832 trafen wie vergiftete Pfeile ins Herz der Nation. Das deutsche Volk hatte mit ihnen nichts gemein, sie waren und blieben seinem Wesen fremd. Die Zeit der volksfeindlichen Bundesgesetzgebung ist vorüber, aber Tatlosigkeit und Erschlaffung sind die Früchte der unheilvollen Verirrung der Vergangenheit. Nur die Tapferkeit und Großmut des Volkes vermag es, diese Scharte auszuwetzen. Wie hart auch die Probe war, wie verzweifelnd auch die Edelsten sich abgewandt haben, das deutsche Volk darf nicht zagen, es muß in sich den Mut finden, die von ihm nicht verschuldeten Irrtümer der Vergangenheit wieder gut zu machen, der großen Institution des Bundes, deren Panier noch mit einem Trauerflor umhängt ist, durch sein Vertrauen, durch seine tatkräftige Hingebung neues Leben, neue Tatkraft einzuhauchen."

**) Ebenso: „ich habe das Vertrauen für die Krone, daß sie jene Reformen bewirken, daß sie zur Vertretung einen Mann abordnen wird, der ein deutsches Herz in der Brust trägt und dem die deutsche Ehre und Größe über alles geht."

***) Dieser Antrag, der sich im Einklang mit vielfachen Bemühungen der rheinischen Provinziallandtage von 1843 und 1845 befand, wurde unterstützt durch eine besondere Petition der Bürger von Dülken. Auf dem Vereinigten Landtag wurde der Gegenstand am 8. Mai gestreift (Bleich II S. 454 ff.).

in Berlin für die Versammlungen des Vereinigten Landtags erbaut werden solle (Bleich l. c. Nr. 73, 80).

Beide Anträge wurden der 4. Abteilung überwiesen, kamen aber nicht mehr zur Verhandlung.

8. Berlin, 1847 April 30.

Beim Empfang der Antwort des Königs auf die Adresse war die Stimmung der Deputierten eine sehr zweifelhafte. Ein Teil fand darin ein Einlenken der Krone, fand angemessene Konzessionen, die durch zu stellende Anträge erweitert werden möchten — ein anderer Teil nicht. Die Rheinländer sind in ihrer Auffassung dieser Antwort sehr different und haben sich nicht verständigen können; vor allen Dingen besteht zwischen Camphausen und allen übrigen Deputierten derselben Farbe eine erhebliche Differenz, in geringerem Grade auch zwischen von Beckerath, Hansemann und mir an einer und zwischen Aldenhoven, Lensing und der großen Masse an der anderen Seite.

Das unselige Erbteil der Deutschen, innere Spaltung, Differenz in bezug auf die anzuwendenden Mittel bei gleichem Zweck, ist sehr schwer zu besiegen. Camphausen wollte die königliche Antwort ganz unerwidert lassen und sich auf den Weg der Anträge beschränken. von Beckerath, Hansemann und ich wollen eine Gegenerklärung und spezielle Rechtsverwahrung in möglichst schonenden Formen. Vincke proponiert eine sehr scharfe Erklärung, eine Bill of rights zu Protokoll durch Beschluß der Kammer. Die letztere Ansicht hat in einer zahlreichen Versammlung von liberalen Deputierten den Sieg davongetragen. Namentlich haben alle liberalen Rheinländer mit Ausnahme der vorgenannten vier sich für die Vinckesche Erklärung entschieden. Hansemann und ich haben es unter diesen Umständen angemessen gefunden, der Majorität beizutreten, von Beckerath hat sich noch nicht entschlossen, Camphausen hat seine Zustimmung von der Debatte abhängig gemacht. Die Vinckesche Erklärung, von der ich noch eine Kopie dem Gegenwärtigen beifügen zu können hoffe, ist bis jetzt von 150 bis 160 Personen unterschrieben, und wenn nicht alles täuscht, wird sich eine Majorität in der Kurie der drei Stände für dieselbe finden. Morgen wird dieselbe dem Marschall überreicht zur Überweisung an eine Abteilung. Geht diese Erklärung durch, so sind die Rechte des Landes gerettet, und es wird dann von seiten der Krone die Anerkennung schwerlich auf lange Dauer versagt werden. Geht diese Erklärung oder eine in milderer Form zu gleichem Zwecke vom Grafen Schwerin eingebrachte nicht durch, so ist der Vereinigte Landtag moralisch tot.

Die Veröffentlichung der Verhandlungen ist bisher im wesentlichen unverkürzt erfolgt, und es liegt bis jetzt keine Veranlassung zu außergewöhnlichen Publikationen vor.*) Das Hauptübel ist nur, daß die Stenographen nicht die nötige Bildung zur Auffassung der Reden besitzen und deshalb eine Nachkorrektur ihrer Notizen fast unumgänglich ist. Nimmt man sich zu einer solchen keine Zeit, so läßt dieses Völkchen den allerschönsten Unsinn drucken. Mir ist es wenigstens gestern mit ein paar sehr unschuldigen Bemerkungen in einer Debatte über Kartoffelausfuhr und Brennereiverbot so gegangen, die ich in ihrer gedruckten Gestalt nur für das Eigentum der Stenographen halten kann.

Die gestrige Debatte über Hilfskassen war durch zwei gute Reden von Camphausen und von Beckerath interessant und insofern für den Geist der Versammlung in gutem Sinne bezeichnend, als eine itio in partes fast einstimmig verworfen wurde. Heute stand das höchst wichtige Gesetz über den guten Ruf ständischer Mitglieder zur Beratung, ein Entwurf, in dem die ganze trostlose Reaktion der letzten dreißig Jahre begraben liegt. Fast alle bedeutenderen Talente der Kammer haben in einer sechs-

*) Das Schreiben ist an die politischen Freunde Mevissens in Köln gerichtet. Dieselben hatten Ende März ein besonderes Komitee von 40 Mitgliedern unter der Leitung von Dr. Claessen, Dag. Oppenheim und G. Küchen gebildet, das für regen Meinungsaustausch sowie schnelle und sichere Veröffentlichung der Verhandlungen des Landtags sorgen sollte, falls die offiziellen Veröffentlichungen, wie man befürchtete, unzureichend ausfallen würden. Das Komitee brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, da die „Preußische Staatszeitung" die Reden publizierte. Mevissen selbst bemühte sich sehr um die Publizität der Berliner Verhandlungen. In die „Kölnische Zeitung" brachte er vom 11. April (No. 101) ab manche Notizen. Außerdem ließ er durch Dr. Th. Mügge, den Berliner Korrespondenten der „Bremer Zeitung", einen der früheren Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung" vom Jahre 1842, manches in die „Bremer Zeitung" gelangen, deren Redakteur Dr. André, früher bei der „Kölnischen Zeitung" beschäftigt, Mevissen gut bekannt war. Sie durfte vieles drucken, was den preußischen Zeitungen versagt war. Ferner stand er mit dem Kölner Vertreter der Brüsseler „Indépendance Belge", de Wolffers, und mit Emil Frensdorff, dem Berliner Vertreter des Blattes, der kurz vorher ein Buch „L'Allemagne moderne" herausgegeben hatte, in Verbindung; sie brachten wiederholt gute Nachrichten über den Landtag (z. B. 7. April, 16. April, 18. April Spalte 4, 19. April Spalte 2, 22. April). De Wolffers, der gleichzeitig auch Korrespondent der „Times" in London war, brachte auch in dieses Blatt einzelne von Mevissen inspirierte Artikel. Die Artikel in diesen Blättern erschienen mehrfach, z. B. bei der Adreßdebatte, früher als in der „Preußischen Staatszeitung".

stündigen Debatte das Wort genommen — fast ohne Ausnahme gegen den Entwurf. Die Verteidigung des Gouvernements war nach Umständen stark und brachte alle Kräfte: Bodelschwingh, Uhden, Thiele, Düsberg, Manteuffel, Massow 2c. ins Gefecht. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt und, wie ich hoffe, mit einer totalen Verwerfung des Gesetzvorschlages enden.

Das Schicksal dieses Gesetzentwurfs wird mit ziemlicher Gewißheit auf das Schicksal der anderen schließen lassen, denn fast alle Vorlagen sind Kinder desselben Systems. Die heutige Debatte hat übrigens diese ganze Misere unserer Zustände ganz nackt aufgedeckt. Wie es scheint, können sich nach dem jetzigen Geschäftsgang die Verhandlungen noch monatelang hinziehen.

9. Berlin, 1847 April 30.

Heute hatten wir ein großes Thema, ein Thema, das mir näher liegt als viele andere. Die Beratung galt heute dem Gesetzentwurf der Regierung über die Bescholtenheit der Mitglieder ständischer Versammlungen. Dieser Entwurf ist ein wahres horreur. Mit einem solchen Gesetze in der Hand könnte die Regierung jeden Menschen nach Belieben von dem Ständesaale fernhalten .... Die heutige Frage war für mich wie geschaffen, die heiligsten Rechte der Person standen auf dem Spiel. Die Schlacht ist durch die heutige Debatte halb gewonnen, morgen wird sie definitiv entschieden durch die Abstimmung. Hansemann, v. Beckerath, Auerswald, Milde und andere haben heute ebenfalls sich mit Ruhm bedeckt; schwerlich haben königliche Minister je ähnliche Urteile über die Handlungsweise eines Gouvernements gehört. Eine lehrreiche Schule für Staatsmänner ist diese Versammlung.

Mai 2. Meine vorgestrige Rede erscheint übermorgen in der Staatszeitung.*) Die militärischen Ehrengerichte sind gestern mit 265 gegen 203 Stimmen verworfen worden. Trotz aller angewandten Taktik hat also das Ministerium die Schlacht verloren.

Mai 5. Wenigen Menschen ist es vergönnt, für die Geschichte bleibend zu wirken. Wir stehen hier an einem geschichtlichen Wendepunkte und von diesen Tagen datiert für Deutschland eine neue Epoche.

10. Berlin, 1847 Mai 11.

... Samstag (Mai 8) abend waren wir mit Bassermann und den Berliner Notabilitäten zu einem Souper vereinigt, bei dem es sehr laut

*) In ihr hat er „so recht mit Lust die Rechte des Volkes vertreten.“

und bewegt herging. Bassermann ist ein vortrefflicher Redner, der uns Männern des preußischen Parlaments für jetzt noch überlegen ist. Seine Auffassungsweise unserer und der süddeutschen Zustände war für mich höchst interessant. Gestern hatten wir ein großes ständisches Diner von 500 Personen im Krollschen Saal. Zum erstenmal fanden sich dort die Deputierten fast aller Provinzen zu einem gemeinschaftlichen Zweckessen zusammen. Die Marschälle präsidierten. Auffallenderweise war alles bis zum Schluß des Diners mausstill. Kein Toast. Endlich erhob sich Grunau von Elbing, ein ganz schlichter Mann, und frug verwundert, ob denn niemand hier etwas zu sagen hätte, wer denn die Herren hier zusammenberufen? Eine Stimme antwortete: Der König. Nun, dann lebe der König! Einen komischern Toast habe ich nie gehört. Kein Redner konnte mehr zu Worte kommen, so stürmisch ging gleich nachher alles durcheinander.

Dieses gestrige Diner hat den sonnenklaren Beweis geliefert, daß die Zeit der Zweckessen bei uns vorüber, daß politische Parteien sich scharf sondern und keine Gemeinschaftlichkeit weiter möglich ist. Die liberale Weltansicht hat in der Kammer eine sehr entschiedene Majorität, und diese wird sich untereinander im Laufe dieses Landtages eng verbinden. Bassermann war nicht wenig erstaunt über dies klägliche Resultat des großartigen Festessens. Auch Oppenheim, den ich nebst v. Rönne eingeladen hatte, war wenig erbaut.

11. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln.*)

Berlin, 1847 Mai 12.

Es hat seine Richtigkeit, daß Vincke, Auerswald und ich das Kommissorium übernommen hatten, eine Erklärung zur Ergänzung der Adresse auszuarbeiten. Über die Form dieser Deklaration konnten wir uns nicht verständigen und beantragten deshalb eine Verstärkung des Komitees bis zu 12 Personen. Die Majorität dieses verstärkten Komitees entschied

*) Am 2. Mai 1847 hatte G. Mallinckrodt, einer der Direktoren der Rheinischen Eisenbahn, zugleich einer der nächsten politischen Freunde Mevissens in Köln, an ihn geschrieben: „Wir haben in verschiedenen Blättern gelesen, daß eine Anzahl Abgeordnete der Opposition sich vereinigt und eine aus Ihnen, Auerswald und Vincke bestehende Kommission gewählt habe zur Beleuchtung der Verordnungen vom 3. Februar im Gegensatz zu den früheren Gesetzen und zur Entwerfung eines Protestes gegen dieselben. Weiter haben die Blätter darüber nichts gebracht, Privatnachrichten ebenso wenig". Am 6. Mai hatte er Mevissen zu seiner Rede zum Bescholtenheitsgesetz beglückwünscht: „Wenn Sie auch nicht durchdringen, desto schlimmer für die Versammlung, deren Zu-

sich für die von Vinckesche Form, die Sie in mehreren öffentlichen Blättern abgedruckt finden. Diese Vinckesche Erklärung wurde von 138 Personen, worunter circa 35 Rheinländer und unter anderen auch Hansemann und ich, unterzeichnet. Camphausen und v. Beckerath haben nicht unterzeichnet, weil ihnen die Form nicht zusagte. Mit dem Inhalt sind auch diese Freunde einverstanden; die von v. Beckerath und mir gemeinschaftlich im Komitee vertretene Form weicht nur darin von der Vinckeschen ab, daß sie direkt eine Bitte um Anerkennung unserer Rechte an die Erklärung anreiht, und dadurch die Verhandlung der ersteren erzwungen haben würde.

Wie sehr gerechtfertigt die letztere Form gewesen wäre, zeigt sich jetzt dadurch, daß der Marschall hartnäckig jede Diskussion über die Vinckesche Erklärung abschneidet und so dieselbe förmlich erstickt, was er nach der Fassung des geltenden Geschäftsreglements kann. Ohne Zweifel werden wir genötigt sein, auf die v. Beckerathsche Form zurückzukommen.

Die Verhandlungen schreiten einstweilen noch sehr langsam vorwärts. Die Opposition hat 240—260 Stimmen, also genug um jeden Gesetzvorschlag der Regierung zu verwerfen, jedoch nicht genug um irgend eine Petition mit der erforderlichen Majorität von zwei Drittel durchzubringen. Unser Kollege A. Oppenheim bemüht sich hier nicht ohne Erfolg für die Emanzipation. Sein von uns anerkanntes Unterhandlungstalent verfehlt nicht seine Wirkung.

Unsere Verhandlungen wurden bisher ganz getreu veröffentlicht, so daß zu Privatmitteilungen kein Anlaß sich darbietet. Die erreichte Öffentlichkeit ist der größte Fortschritt, den unsere staatlichen Institutionen gemacht haben. Das Koteriewesen hört dadurch allmählich auf, und bestimmte Parteien gruppieren sich. Sobald etwas bedeutendes vorgeht, was auf keine Veröffentlichung rechnen darf, werde ich sofort Mitteilung machen.

12. Berlin, 1847 Mai 14.

. . . Von der Tribüne herunter verkünde ich nach Herzenslust jene heiligen Grundsätze, zu denen Natur und Neigung mich früh getrieben,

---

sammensetzung, wie wir schon mehrfach gesehen, doch viel mehr zu wünschen läßt, als ich früher geglaubt habe. Über das Ihnen, Vincke und Auerswald gewordene Kommissorium kursieren hier merkwürdige Gerüchte. Namentlich wird erzählt, auch Camphausen sei von der Berliner Luft angesteckt, resp. habe sein Bruder (Otto) auf ihn eingewirkt, derartig, daß er abtrünnig geworden. Dr. Claessen (Camphausens Freund) gab mir zu, daß C. nicht für nachträglichen Protest gestimmt habe, wollte aber sonst nicht mit der Sprache heraus". Auch das politische Komitee (Vgl. oben S. 276, Anm.) komme selten zusammen.

und wie auch auf Augenblicke das Urteil im Ständesaal schwankt, ich habe im ganzen über Mangel an Anerkennung mich nicht zu beklagen, viel eher werde ich hier über Wert taxiert.

In den letzten Tagen hatten wir Diskussion des Geschäftsreglements, ein trockenes nüchternes Thema, worüber ich wenig oder gar nichts zu sagen gehabt habe. Nachher hatten wir ein gleichgültiges Gesetz über Taxen ländlicher Güter, was mich auch nicht interessierte, was indessen von seiten der Deputierten der Landgemeinden heftige Diskussionen hervorgerufen hat. Heute haben wir mit der Diskussion eines Gesetzes über Rentenbanken begonnen, welche morgen fortgesetzt wird, und die mich wieder in Anspruch genommen hat und noch weiter nehmen wird.*) Leider muß ich dir sagen, daß selbst bei den vielen recht langweiligen Gegenständen, bei denen wir die stummen Zuhörer machen, die Zeit hier nach Sekunden gemessen werden kann. Keine Minute am Tage ist frei, vielmehr drängt sich Arbeit auf Arbeit, und dennoch muß viel liegen bleiben, weil es an Arbeitskraft fehlt.

Meinen recht kräftig stilisierten Antrag auf Preßfreiheit und Geschwornengerichte**) finde ich heute abgedruckt in der Mannheimer Abendzeitung, einem Blatt, das ich nicht sehr liebe. Wie es scheint, hat irgend ein guter Freund so recht zur Unzeit und am unrechten Orte dieses Opus publiziert. Auch Camphausens Antrag auf zweijährige Berufung der Reichsstände läuft durch die Presse. Dieser Antrag ist wie alles aus Camphausens Feder vortrefflich geschrieben und nicht ohne feine Diplomatie. Er wird zu sehr interessanten Verhandlungen führen.

13. Berlin, 1847 Mai 20.

.... v. Beckerath, mein sehr lieber Freund, sympathisiert auch in dieser Richtung mit mir. Auch er sehnt sich innig und tief nach Frau und Kind inmitten der Bewegung, die einem Jahrhundert den Stempel aufzudrücken bestimmt ist. Unser Landtag erhebt sich zu einer wahren Größe. Die Verhandlungen werden würdig und erhaben. Es wird weniger gesprochen und doch viel mehr als in den ersten Tagen. Die Verhandlung über Rentenbanken war von europäischer Bedeutung. Sämtliche hier anwesende Gesandte haben sofort nach dem Schlusse jener in den Annalen Preußens denkwürdigen Sitzung Kuriere an ihre Höfe abgesandt. Jeder hat empfunden, daß eine entscheidende Schlacht geschlagen

---

*) Zwei kurze Reden Mevissens zur Frage der Rentenbanken sind gedruckt bei Bleich l. c. II, 622, 657. Vgl. dazu Bd. I, Kapitel 13.

**) Vgl. oben S. 255.

wurde. Die Kammer hat gewissenhaft das ihr zustehende Rechtsgebiet gewahrt und ist keinen Schritt darüber hinausgegangen.

Unsere Verhandlungen werden jetzt so rasch und so vollständig gedruckt, daß ich denselben gar nichts zuzusetzen vermag. Nur fehlt beim Lesen der mächtige Eindruck des lebendigen Wortes — die Bedeutung einer Rede wird oft eine ganz andere.

Vorgestern wurde das unbeschränkte Petitionsrecht beraten und fast einstimmig angenommen. Gestern und heute stand eine der größten Fragen der Gegenwart, die Trennung zwischen Kirche und Staat, zur Beratung. Die Kammer ist jedoch für diese Frage noch nicht reif und hat mit 308 gegen 159 Stimmen diesen großen Grundsatz verworfen. Ein schlimmes Prognostikon für die Judenfrage. Die Aussichten auf eine Vertagung des Landtages treten in die Ferne seit der letzten Erklärung von Bodelschwingh. Man hofft jetzt vielseitig auf eine Verständigung.

14. Berlin, 1847 Mai 21.

. . . Ich bin in der letzten Zeit hauptsächlich in Ausschüssen mit verdrießlichen Industriefragen beschäftigt, so daß ich in den Plenarsitzungen nicht zu Worte komme. Diese Fragen sind mir im höchsten Grade widerwärtig und hängen wie Blei an meinen Füßen zu einer Zeit, wo die Grundfesten des Staates wankend geworden sind. v. Beckerath ist auch darin mein treuer Schicksalsgefährte. Wir beide haben gemeinschaftlich das Referat über sämtliche industrielle Fragen. Sage dies denen, deren kleiner Geist die Zukunft an irgend eine Maschine gebunden erachten mag, zur Beruhigung. Wir werden auch diese Fragen nach Wunsch lösen, nur muß man nicht verlangen, daß wir Zwerge für Riesen ansehen sollen. Mein Wahldistrikt ist ganz respektabel, aber ein neuer Simson würde doch manches Eselskinnbacken darin finden für die unsterbliche Meute der Philister.

15. Berlin, 1847 Mai 24.

Er benutzt die Pfingsttage zur Ausarbeitung eines Referats über Handelssachen (vgl. Nr. 16). „Wenn Du hier bei mir wärst, so wäre ich doppelt so selbstvertrauend, doppelt so kampfesmutig gegen Philister aller Art in den höheren wie in den niedrigeren Regionen. So gleiche ich jetzt zuweilen einem gehetzten Wild, das sich mit ingrimmiger Wut gegen seine Jäger aufrichtet. Es gibt noch gar wenige Menschen, die den Mut haben, über ihre eigenen engen Interessen hinaus den Blick auf das freie und schöne Ideal der [illegible] heben, wenige, die es wagen, ganz wahr zu

sein, und wie allenthalben, so ist auch hier in Berlin die Wahrheit nicht stets ein willkommener Gast. Mich kann aber diese erneute Wahrnehmung weder in meinem Glauben, noch in meinem Hoffen irre machen. Was heute nicht ist, kann morgen werden, und wird es morgen nicht — dann übermorgen. Für den einzelnen ist die Frage nur, wie viel Ausdauer, wie viel Lebenskraft er besitzt. Wer, jahrelang der Zukunft vorausgeeilt, ruhig auf seiner Warte ausharrt, dem werden allmählich Jüngere nachfolgen. Was heute noch Ketzerei und Wahn, wird über zehn Jahre schon Wahrheit und Weisheit sein. Am meisten tut not, daß jeder sich selber treu bleibt, daß niemand über die eigene Überzeugung hinausgehe. Die Juden haben einstweilen die Schlacht verloren. Die Kammer hat die politische Berechtigung aller ohne Ansehen der Konfession am Donnerstag (Mai 20) verworfen mit 312 gegen 159. Also sind noch zwei Drittel der Kammer für jetzt religiös unmündig, und das deutsche Volk wollte sich beklagen, daß die Fürsten es für politisch unmündig erachten!

So lange die Deutschen das rein Menschliche und die darin begründeten Rechte nicht in jedem anzuerkennen vermögen, sind sie der Freiheit nicht würdig. So lange kämpfen Privilegierte nur für ihre Privilegien, nicht für alle, nicht für eine unendliche und allgemeine Idee. Diesen tiefen mir innewohnenden Idealismus möchte ich um keinen Preis lassen, er ist der Schwerpunkt meiner ganzen Persönlichkeit, die archimedische Schraube, mittels deren ich in jeder bisherigen Entpuppung des Lebens stets derselbe geblieben bin.

Diesen Idealismus, diesen Feuereifer und unerschütterten Glauben an alles, was groß und heilig je war, ist und sein wird, diesen Mut der Selbstverleugnung für ideale Zwecke — dieses Gut lege ich vertrauensvoll in deinen Schoß. Hilf mir es bewahren, und wenn es je mir zu entweichen droht, wenn du mich diesem Glauben untreu werden siehst, dann rufe aus der tiefsten Tiefe des weiblichen Gemütes mir zu ein donnerndes Halt! Das ist die Aufgabe des Weibes, daß es die Errungenschaft des Mannes sich zu eigen mache, daß es sie in sich aufnehme und wie einen heimlichen Schatz bewahre, damit in der Stunde der Gefahr das liebende Herz da Gewähr biete, wo der prüfende Verstand straucheln könnte. Das Weib ist der Hort und Hüter alles Edeln und Großen nicht allein für den Mann, sondern auch für die Kinder, die dereinst die Geschichte der Zukunft leben. Nur was ins Herz des Weibes eingedrungen, was aus einem Begriffe des Verstandes zu einer unmittelbaren Anschauung und Empfindung geworden — nur das ist wahrhaft der Menschheit erworben und kann nie mehr verloren gehen. Der Geist kann wechseln in seinen Schlüssen, die Magnetnadel des

Herzens zeigt unwandelbar fest auf das Zentrum der Geschichte. Diese Anschauung möchte ich tief bei dir begründen, meine teure Elise. Ich gebe sie dir als Pfand, als feierliches Pfand zum Dank für alles Schöne, das du mir bereitest, zum Dank für alles, was du mir bist und stets bleiben wirst. Es sind das Ideen, die sich mir beim frohen Rückblick auf 32 zurückgelegte Jahre aufdrängen und die ich als Resultat derselben zu bezeichnen wage. Vorwärts ohne Umsehen rechts und links! Nur der Mutige wird siegen und wenn er im Kampfe fällt, mit Ehren fallen."

16. 1847 Mai 26. Verhandlung der Drei-Ständekurie über die Frage der Errichtung eines Handelsministeriums. Mevissens Vorschlag, den seit Hardenbergs Tode vakanten Posten eines Premierministers wieder zu besetzen.

(Die sechste Abteilung hatte Mevissen mit der Abfassung des Gutachtens über die zu ersterer Frage eingelaufenen Anträge betraut. Sein Gutachten war in der Abteilung am 18. Mai geprüft und gebilligt worden. Am 26. Mai trug Mevissen es im Plenum vor und erläuterte es durch die anschließende Rede.)

a) Gutachten vom 18. Mai.

Der sechsten Abteilung des Vereinigten Landtages sind zur Begutachtung überwiesen:

I. die Petition des Abgeordneten Wächter um Errichtung eines Handelsministeriums;
II. die Petition des Abgeordneten Ritter um Errichtung eines Ministeriums für Handel und Gewerbe;
III. die Petition des Abgeordneten Milde um Errichtung eines Handelsministeriums;
IV. die Petition des Abgeordneten Schauß um Errichtung eines Handelsministeriums und um Errichtung von Handelskammern;
V. die Petition der Abgeordneten von Danzig: Abegg, Jebens, Frantzius, um Bildung eines Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Wir haben die Prüfung dieser Petitionen zusammengefaßt in das nachstehende Referat, was wir einer hohen Versammlung zu erstatten uns beehren.

Schon im Jahre 1817 wurde es von der Gesetzgebung anerkannt, daß Ackerbau, Handel und Industrie, als die wichtigsten Träger der materiellen Nationalwohlfahrt, einer besonderen Pflege bedürfen, und durch die Kabinetsordre vom 2. Dezember 1817 eine selbständige Vertretung dieser Interessen durch ein Handelsministerium angeordnet. Durch

Kabinetsordre vom 8. Juni 1825 wurde dieses Handelsministerium aufgelöst, und die Geschäftszweige desselben dem Ministerium des Innern überwiesen. Die Kabinetsordre vom 12. Januar 1835 rief abermals ein selbständiges Ministerium für Gewerbeangelegenheiten ins Leben. Die Kabinetsordre vom 11. Januar 1838 hob jenes Zentralorgan wieder auf, und ordnete eine Verteilung der demselben zugestandenen Geschäftszweige unter die Ministerien des Innern und der Finanzen an. Nach dieser bis heute unverändert fortbestehenden Regulierung der Kabinetsordre vom 11. Januar 1838 gehören zum Ressort des Ministeriums des Innern:

alle Anstalten zur Beförderung der Landwirtschaft;

die Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Kreditanstalten, der Geldinstitute, der Korporationen und Gemeinen, der westfälischen Hilfskasse, der Kreis- und Kommunalsparkassen und dergleichen;

zum Ressort des Ministeriums der Finanzen:

die Verwaltung für Handel, Fabrikation und Bauwesen, einschließlich für das Chausseebauwesen (Kabinetsordre vom 4. April 1837);

das Bergwerk-, Hütten- und Salinenwesen (Kabinetsordre vom 28. April 1834);

zum gemeinschaftlichen Ressort des Ministeriums des Innern und der Finanzen gehören:

die Angelegenheiten der pommerschen ritterschaftlichen Privatbank;

die Angelegenheiten, welche den allgemeinen Marktverkehr betreffen;

die Gewerbepolizei.

Der häufige Wechsel in der Verteilung der Geschäfte von 1817 bis 1838 läßt vermuten, daß Rücksichten auf die den einzelnen Departements zurzeit vorstehenden Persönlichkeiten dabei von großem Einflusse gewesen sind.

Mehrere provinzialständische Versammlungen haben seit dem Jahre 1838 ihre Überzeugung dahin ausgesprochen, daß eine Zersplitterung der Interessen des Ackerbaus, des Handels und der Industrie in untergeordnete Nebenzweige zweier Ministerien der hohen und stets steigenden Bedeutung dieser Haupthebel der Nationalwohlfahrt nicht entspreche, vielmehr einzig die Herstellung der frühern selbständigen Vertretung für eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Berücksichtigung derselben Gewähr biete. Kurz nach der Aufhebung des Ministeriums für Gewerbeangelegenheiten (1838) trugen im Jahre 1841 die Provinzialstände der Provinz Pommern auf Wiederherstellung eines selbständigen Zentralorgans für Handel, Gewerbe und Industrie an. Gleiche Anträge erfolgten im Jahre 1843 von den Provinzialständen der Provinz Preußen und der Rheinprovinz, im Jahre 1845 von den Provinzialständen der Provinz Schle-

sien und der Rheinprovinz. Diese wiederholten Anträge der Provinzialstände lassen um so mehr auf das Vorhandensein eines dringend gefühlten Bedürfnisses schließen, da dieselben gleichzeitig von Provinzen ausgegangen sind, deren Interesse in bezug auf Ackerbau, Handel und Industrie häufig als kollidierend dargestellt wird. Die dem Vereinigten Landtage eingereichten, von Deputierten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Preußen, Schlesien ausgegangenen Anträge bekunden, daß das Interesse an jener Frage noch fortdauernd in fast allen Provinzen des Staates lebhaft empfunden, daß das Bedürfnis einer Änderung der bestehenden Einrichtung für ein sehr dringendes gehalten wird.

Die von den Antragstellern vorgebrachten oder in der Diskussion der Abteilung zum Vortrag gekommenen Gründe, die dem Antrage zur Seite stehen, sind im wesentlichen folgende:

Ackerbau, Handel und Gewerbe sind mit der steigenden Kultur des Volkes, mit der hohen Ausbildung technischer Kräfte und Fertigkeiten in den letzten fünfzig Jahren zu einer Entwicklung vorgeschritten, von der vergangene Zeiten kaum eine Ahnung gehabt haben; die Produktion ist in unglaublichem Maße gesteigert; der Verkehr der Personen und Produkte ist durch Dampfschiffe und Eisenbahnen unendlich erleichtert; mit der Produktion sind in fast gleichem Maße die Bedürfnisse der Völker gestiegen; der Krieg der Waffen ist zu einem Kriege der Industrie zwischen den industriellen Nationen Europas geworden, und die ausgebildeten Verhältnisse haben tausendfache Verzweigungen, die nur der geübteste Blick zu erkennen und zu fördern vermag.

In allen europäischen Staaten sind Ackerbau, Handel und Industrie längst als die wichtigsten Hebel der Nationalökonomie anerkannt. Die Beförderung dieser Interessen bildet eine der höchsten Aufgaben der Staatsmänner, und in den meisten Staaten sind an den Zentralstellen der Verwaltung selbständige Organe zur Wahrnehmung derselben angeordnet. In Preußen sind die in dem Boden, dem Handel und der Industrie liegenden Kräfte zur Hebung des Nationalwohlstandes zum großen Teil noch natürlich und künstlich gefesselt. Die Entfesselung derselben kann nur einer Hand gelingen, welche diese Quellen des Nationalreichtums in allen ihren besonderen Verhältnissen ins Auge faßt, dabei von einer praktischen, sachkundigen Umgebung unterstützt wird und nicht durch anderweitige widerstreitende Pflichten gebunden ist. Ein selbständiges Handelsministerium erscheint für Preußen um so nötiger, da Preußen politisch wie kommerziell berufen ist, an der Spitze des großen deutschen Staatenbundes die Interessen aller deutschen Stämme dem Auslande gegenüber zu vertreten. Durch den Zollverein sind die Interessen unseres engeren Vaterlandes

durch die sämtlicher Zollvereinsstaaten bedingt; eine unausgesetzte Ausgleichung divergierender Ansichten und Wünsche im Innern, eine unausgesetzte Vertretung neu hervortretender oder veränderter Beziehungen zum Auslande ist die notwendige Konsequenz dieses Bundes.

Ein preußisches Handelsministerium wird als seine Hauptaufgabe es zu betrachten haben, die noch unentwickelten Kräfte des Landes anzuregen und zu fördern, den Produkten und Manufakten des Landes neue Absatzquellen zu eröffnen, die Bedürfnisse des Ackerbaues, der Industrie und des Handels allerorten im einzelnen zu erforschen und die zur Befriedigung derselben etwa notwendige Mitwirkung des Staates zu beantragen und vorzubereiten. Dieses Ziel scheint bei der bestehenden Organisation, wo die Branchen des Handelsministeriums, in verschiedene Nebenzweige zersplittert, den Ministerien des Innern und der Finanzen zugeteilt sind, durchaus unerreichbar, ja die feste Verfolgung desselben scheint mit dem anderweitigen Geschäftskreise jener Ministerien unverträglich. Gegen diese Behandlungsweise streitet die hohe Wichtigkeit und der Umfang der Materie, die in allen ihren Beziehungen nur von einem Manne übersehen und fest im Auge gehalten werden kann, der ihr seine ganze Tätigkeit widmet. Die volle Tatkraft eines Mannes reicht kaum aus, dieses Gebiet, was die Hauptquellen des Nationalreichtums umfaßt, zu bewältigen, es fordert eine Vorbildung, die nach dem Gange menschlicher Entwicklung (die bei dem größeren Reichtum an Stoff mehr und mehr der Fachbildung sich zuneigt) nur bei Individuen gefunden werden wird, die diesem Zweige ein ganzes Leben widmen und gewidmet haben. Der Finanzminister hat in seinem Geschäftskreise die Finanzquellen des Staates vorzugsweise aus dem Gesichtspunkte des zeitigen Staatsbedürfnisses aufzufassen, er hat für den regelmäßigen Unterhalt der Staatsverwaltung die Mittel bereitzuhalten und die Verteilung der Steuern so zu bewirken, daß durch eine gerechte Verteilung die sittliche und materielle Kraft des Volkes gehoben werde. Der in seinen einzelnen Positionen feststehende Bedarf des Staatshaushaltes muß gedeckt werden: hierüber zu wachen, Ausfälle unmöglich zu machen, die Einnahme möglichst zu steigern, dies sind die nächsten Pflichten des Finanzministers, welche denselben oft nötigen, dem Handel, der Industrie und den Gewerben nur insoweit Berücksichtigung angedeihen zu lassen, als dieselben als Mittel zu augenblicklichen finanziellen Zwecken betrachtet werden können. Der Handelsminister, als solcher, hat nur eine indirekte Beziehung zu den Steuern als Staatseinnahme, er hat nicht die augenblickliche Ergiebigkeit des Ackerbaues, des Handels und der Industrie für die Staatsbedürfnisse, sondern den Weg ins Auge zu fassen, auf welchem

diese drei großen Faktoren des Nationalreichtums dauernd gekräftigt und gehoben werden können. Dieser Weg wird in sehr vielen Fällen, namentlich bei Begründung neuer Erwerbszweige, finanzielle Opfer des Staates erfordern, Opfer von vorübergehender, verhältnismäßig geringfügiger Natur, die durch den erhöhten Wohlstand, durch die dadurch erhöhte Leistungsfähigkeit der Staatsbürger sich rasch wieder ausgleichen und dauernd sichere Stützen der Staatseinnahme verschaffen. Aus dem Standpunkte des Handelsministers betrachtet, sind die in sein Ressort fallenden Steuern vorzugsweise ein Mittel, den Ackerbau, den Handel und die Industrie des Landes gegen übermächtige Konkurrenz des Auslandes zu schützen, ihnen einen stetigen Markt zu sichern, und es ist nur Nebensache, daß dieselben zu der Staatskasse beitragen.

Wem es zweifelhaft sein könnte, daß die auf industriellen Erzeugnissen lastenden Zölle vorzugsweise zugunsten der Industrie etabliert sind, der hat nur das in der Steuergesetzgebung vom Jahre 1818 ausgesprochene Prinzip des Zollschutzes zur Beförderung der Industrie und das von einer andern Richtung befürwortete Prinzip der Handelsfreiheit scharf ins Auge zu fassen. Beide Systeme führen in bezug auf die von industriellen Erzeugnissen der Staatskasse zufließende Einnahme zu gleichem Resultate, beide tun auf verschiedenem Wege die Notwendigkeit dar, von diesen Einnahmen zu abstrahieren, um dem Lande die schlummernden Kräfte zur Erhöhung seines Wohlstandes zu erschließen. Die Gesamteinnahme aus den Abgaben auf Industrieerzeugnisse beträgt im Zollverein pro 1845 5796872 Taler, also für Preußen p. p. 3175000 Taler. Die Geringfügigkeit dieser Summe gegenüber der hohen Bedeutung, die dieselbe indirekt für die ganze materielle Wohlfahrt der Nation in sich trägt, beweist, daß auf dem Gebiete des Handels der finanzielle Standpunkt nicht maßgebend sein kann. Die Übelstände, die von einer Vereinigung der notwendig kollidierenden Standpunkte, der Finanzzölle, als Quellen der Staatseinnahme, und der Industriezölle, als Hebel einer nationalen Industrie, in einer Hand unzertrennlich erscheinen, sind zum Nachteile der Industrie mehrfach grell hervorgetreten, und noch die letztbeschlossene Erhöhung des Twistzolles von 2 auf 3 Taler, die ihrer Tendenz nach einen größeren Schutz inländischer Baumwollenspinnereien bezweckt, in der Tat jedoch bloß als eine Steigerung der Einnahme aus finanziellem Standpunkte anerkannt werden kann, liefert dafür einen neuen Beleg. Es liegt so nahe, daß eine Verwaltung, die die Finanzen des Staates zum Hauptgegenstande hat und haben muß, diesen Gesichtspunkt festhält, daß es gegen die Natur der Verhältnisse zu streiten scheint, wenn dieselbe zugleich sich auf einen ihr an sich ganz fremden Standpunkt der Beurteilung stellen soll.

Ebensosehr wie der in der Natur der Sache liegende Konflikt zwischen den Finanzzöllen und den Industriezöllen, ebensosehr ist die Unmöglichkeit, zu gleicher Zeit das weite Gebiet des Ackerbaues, des Handels und der Industrie und das der Staatsfinanzen zu übersehen, praktisch hervorgetreten. Bekannte neuere Ereignisse bieten dafür schlagende Beweise. Daß sie möglich gewesen, wenn die Interessen des Handels und der Industrie ihr eigenes Organ unter den Ratgebern der Krone gehabt, ist kaum denkbar. Weitere Belege dafür liegen in dem Abschlusse fast sämtlicher Handelstraktate mit dem Auslande, die in der Regel gleich nach dem Abschlusse vom Volke, als seinem Interesse zuwiderlaufend, erkannt wurden, und nach Ablauf der gesetzlichen Frist gekündigt werden mußten. Es wird überflüssig sein, daran zu erinnern, daß der Beitritt der Nordseeküste zum Zollverein und in dessen Folge die Annahme eines nationalen Schiffahrtsgesetzes bis jetzt gänzlich ohne Erfolg angestrebt worden ist. Ein Haupthindernis dieses Anschlusses ist stets in einer mit dem Seeverkehr gänzlich unvereinbaren peinlichen Kontrolle bei der Versteuerung, in einem hemmenden und zeitraubenden Formenwesen bei der Abfertigung gefunden worden, was nur durch fiskalische Rücksichten motiviert erscheinen kann.

In unserem Vaterlande werden die Klagen der Industrie sowie des Ackerbaues lauter und lauter, und die Ansicht ist weit verbreitet, daß diese Klagen zu großem Teile darin begründet sind, daß diese Zweige der Vertretung eines Zentralorgans ermangeln, was ihre Interessen selbständig wahrnimmt und bei etwaigem Konflikte mit den finanziellen Interessen des Staates nicht unbedingt unterliegt. In der Organisation eines Handelsamtes kann dieses selbständige Organ nicht erkannt werden. In dieser Institution liegt die Anerkennung, aber nicht die Befriedigung des Bedürfnisses. Das Handelsamt hat eine rein theoretische Stellung und kann durch die Einsicht seines Chefs und durch die unter seinem Vorsitz stattgefundenen Beratungen das Dasein eines Konflikts zwischen dem finanziellen und industriellen Standpunkte wohl konstatieren, es kann aber diesen Konflikt nicht heben. Die Theorie wird für die Nationalinteressen erst dann fruchtbar, wenn ihr die Praxis auf dem Fuße folgt. Dem Präsidenten des Handelsamtes steht nach § 3 des Gesetzes vom 7. Juni 1844 eine Teilnahme an der Verwaltung des Handels- und Gewerbewesens nicht zu, derselbe ist nicht Mitglied des Staatsministeriums, sondern hat nur in bestimmten Fällen eine beratende Stimme. An dieser Klippe ist bis jetzt die Wirksamkeit des Handelsamtes gescheitert. Seine Vorschläge haben keine Ausführung erlangen können, weil sie auf eine in den meisten Fällen unübersteigliche Schranke, auf die entgegengesetzte Überzeugung des Finanzministeriums, gestoßen sind.

Es wird keiner weitern Ausführung bedürfen, um die Überzeugung zu begründen, daß ein solches selbständiges Nebeneinanderstehen abweichender Ansichten, wovon die eine auf eigener Kenntnisnahme von den industriellen Zuständen des Landes und auf Mitteilungen und Beratungen von Gewerbeverständigen beruht und mit den Wünschen des Landes im wesentlichen übereinstimmt, die andere aber die Anwendung der praktischen Handhabe, wodurch eine Ansicht erst Leben und Bedeutung erlangen kann, konsequent verweigert, zu einer segensvollen Entwicklung der Nationalwohlfahrt nicht führen kann.

Ein Handelsministerium erscheint deshalb geboten, um die öffentliche Meinung in bezug auf die Wahrnehmung der wesentlichsten Interessen des Staates zu beruhigen; es scheint geboten, um den in letzter Zeit schroff hervorgetretenen Konflikt zwischen den finanziellen und industriellen Interessen des Staates zu vermitteln; geboten, um mit fester Hand die Handelspolitik des Zollvereins fortzubilden und dem Auslande gegenüber dem Zollvereine diejenige Achtung und Bedeutung zu verschaffen, die der wach gewordene Nationalgeist im Bunde mit der Volkswirtschaft fordert; es scheint endlich am dringendsten geboten, um die Einheit herzustellen und der Zersplitterung von Geschäftszweigen, die ihrem Wesen nach zusammengehören, ein Ende zu machen. Die letzteren Motive namentlich sind es, die in Preußen ein Ministerium für Ackerbau, Handel und Industrie wünschenswert machen. Die Wechselwirkung dieser Tätigkeitsformen ist überall vorhanden; am innigsten aber da, wo noch keine Vergangenheit einen dieser drei Zweige auf Kosten der beiden andern künstlich und treibhausartig emporgetrieben hat. Preußen muß, die Lehren der Geschichte der Nachbarvölker benutzend, diese drei Hebel des Nationalreichtums gleichzeitig entwickeln, und damit keine einseitige Entwicklung des einen auf Kosten des andern eintrete, erscheint es notwendig, daß die Vertretung derselben einer Hand anvertraut werde.

Die sechste Abteilung trägt, gestützt auf die hier entwickelten Motive, darauf an:

> An Seine Majestät den König die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, die Umwandlung des zurzeit bestehenden Handelsamtes in ein selbständiges Ministerium für Ackerbau, Handel und Industrie Allergnädigst anordnen zu wollen.

b) Rede Mevissens vom 26. Mai zur Erläuterung des Gutachtens vom 18. Mai.

Meine Herren! Erlauben Sie mir, wenige Worte dem soeben verlesenen Referate, das, nach meinem Dafürhalten, einen Gegenstand von

der höchsten Bedeutung für das Land behandelt, hinzuzufügen. Die Hauptfrage, die sich bei der Beurteilung des zur Verhandlung stehenden Antrages aufdrängt, ist die: Tut uns im einzelnen eine andere Organisation der Verwaltung der Handelsinteressen, tut uns im allgemeinen eine größere Zentralisation der Verwaltung not? Wenn Sie die Motive des Gutachtens erwägen, so werden Sie diese Frage mit Ja beantworten; weit mehr aber noch, wenn Sie die gegenwärtige Lage des Landes, den in allen Provinzen gedrückten Zustand der Industrie erwägen; ich frage Sie, meine Herren, und bitte Sie, sich selbst zu fragen, ob Preußen in den letzten sieben Jahren in seiner kommerziellen und industriellen Entwicklung so fortgeschritten ist, wie es hätte fortschreiten sollen? Ich frage Sie: Welche großen Resultate werden diese verflossenen sieben Jahre der Zukunft überliefern, mit welchen großen unvergeßlichen Taten werden sie in das Buch der Geschichte einzutragen sein? Meine Herren! Ich will nicht behaupten, daß Preußen in dieser Zeit gar nicht fortgeschritten sei, aber ich behaupte, es ist nicht in der naturgemäßen Progression fortgeschritten, es ist nicht in gleichem Verhältnis fortgeschritten, wie andere Völker. Leider fehlen in unserm Staate so genaue statistische Nachweisungen über alle Zweige der Staatsverwaltung und der nationalen Tätigkeit, wie andere Staaten solche besitzen. Es muß bei uns noch viel, noch sehr viel geschehen, um die Statistik, die vergleichende Finanzwissenschaft, dem Volke so zugänglich zu machen, wie das im Auslande geschieht. Aber ich bitte, vergleichen Sie die statistischen Resultate der auf dieser Bühne so oft genannten Länder; vergleichen Sie die gewerblichen Zustände in Belgien, Frankreich und England mit den unsrigen, Sie werden dort ein ganz anderes Steigen der Nationalwohlfahrt und der Gewerbe entdecken, als bei uns. Freilich gibt es dort, wie hier, ein stets steigendes Proletariat; der Unterschied in dieser Beziehung liegt nur darin, daß wir ein Proletariat des Ackerbaues haben, die genannten Staaten ein Proletariat der Industrie. Welche von beiden Erscheinungen die traurigere sei, mögen Sie beurteilen, wenn Sie den Standpunkt Englands gegen den Irlands, den Zustand des englischen gegen den des irländischen Arbeiters vergleichen. Man wird dem Antrag auf Errichtung eines selbständigen Handelsministeriums vielleicht entgegenhalten, daß gerade in der gegenwärtigen Organisation eine heilsame Vermittlung divergenter Standpunkte liege, weil fast jede industrielle Frage zugleich eine Finanzfrage sei und gerade der Herr Finanzminister am besten in der Lage sein müsse, gleichzeitig beide Standpunkte zu beurteilen, zu ermessen, inwieweit die Finanzen des Staates Opfer zugunsten der Industrie erlauben. Meine Herren! Es scheint mir hierbei wesentlich

darauf anzukommen, welcher der kombinierten Zweige in den Vordergrund gestellt ist; ich glaube, daß bei der gegenwärtigen Organisation für den Finanzminister die Handelsinteressen in der zweiten Linie liegen. Wäre die Sache umgekehrt, wäre das Finanzministerium ein Zweig des Handelsministeriums, so würden die Handelsinteressen wohl genügende Beachtung finden, aber es stände dann zu befürchten, daß auf die Bedürfnisse des Staates aus dem finanziellen Standpunkt nicht die erforderliche Rücksicht genommen würde.

Die Ausgleichung, meine Herren, welche in unserem Staate dadurch herbeigeführt werden soll, daß heterogene Interessen, welche in anderen Staaten sich einer selbständigen Vertretung erfreuen, bei uns in einer Hand kombiniert sind, diese Ausgleichung, die ich für notwendig erachte, findet in anderen Staaten auch statt, aber nicht dadurch, daß man Zweige, die eine selbständige Verwaltung ihrer hohen Wichtigkeit, ihres großen Umfanges, ihrer großen Spezialität wegen erfordern, in eine Hand vereinigt, nein, die Ausgleichung der Divergenzen dieser selbständigen Verwaltungszweige, meine Herren, findet dadurch statt, daß alle diese Adern des Staatsorganismus in dem Kopfe eines einzigen Menschen, in dem Kopfe eines Premierministers organisch zusammenlaufen. In den Ländern, wo die Industrie am weitesten vorgeschritten ist, hat der Ministerpräsident stets ein festes politisches und ein festes industrielles System, dieses System ist dem Gesamtministerium aufgedrückt, an dessen Spitze er steht. Heterogene Elemente finden sich nicht an der Spitze von Ministerien, heterogene Elemente, die dem augenblicklichen System widersprechen, stehen in der Opposition der Kammer. Meine Herren! Ich werde mit Freuden den Tag begrüßen, wo wir auch in unserem Lande eine solche Zentralisation, jene Einheit, die seit dem Tode Hardenbergs fehlt, wieder in unserer Verwaltung erblicken werden, den Tag, wo nicht mehr, wie es leider seit Jahren nur zu oft der Fall gewesen sein mag, ganz heterogene Richtungen sich selbständig an der Spitze verschiedener Verwaltungszweige befinden. Ich habe die tiefe Überzeugung, daß nur ein Premierminister die notwendige Ausgleichung zwischen den einzelnen Departements herbeizuführen, den Geschäftsgang überall zu beschleunigen, mit einem Adlerblick die tausendfachen komplizierten Verhältnisse und Interessen des Landes auf einen Schlag zu übersehen vermag. Nur auf diesem Standpunkte ist eine Ausgleichung divergierender Ansichten leicht, weil die Grundbasis, das System, das zum Wohle des Volkes nach reiflichster Prüfung, in Übereinstimmung mit den Vertretern des Volkes und verantwortlich den Vertretern des Volkes gegenüber, befolgt werden soll, unerschütterlich feststeht, weil die Abweichung von diesem System nur

einzelne untergeordnete Momente der Ausführung, nie aber das Ganze betreffen kann. Der Premierminister hat zu ermessen, wie weit der Chef eines jeden einzelnen Ministeriums selbständig vorschreiten darf, ohne den Gang, welcher der ganzen Staatsverwaltung streng vorgezeichnet ist, zu hemmen, ohne sanktionierte Prinzipien zu verletzen. Es wird ihm dies um so leichter werden, da in der Regel in diesen Staaten kein spezieller Verwaltungszweig zu seinem Ressort gehört, da es eben seine Aufgabe ist, die sämtlichen Verwaltungszweige aus einem generellen Standpunkte zu übersehen und zu leiten. Es sei fern von mir, durch meine Bemerkungen über die Mangelhaftigkeit der augenblicklich bei uns bestehenden Einrichtungen irgendwie den Persönlichkeiten, welche augenblicklich an der Spitze unserer verschiedenen Departements stehen, zu nahe treten zu wollen. Das Übel liegt meiner Überzeugung nach nicht in den Personen; wir werden vielmehr den Personen einräumen können, daß sie, was sie von ihrem vereinzelten Standpunkte zum Besten des Landes für dienlich erachten, redlich ins Werk zu setzen bemüht sind. Das Übel liegt, wie ich glaube, tiefer, es liegt bei uns in dem Organismus der Zentralbehörden, es liegt in dem Mangel an Einheit, in dem Mangel der konsequenten Durchführung eines großen Prinzips. Wir haben in unserem Staate gegenwärtig sechs selbständige Departements für die Finanzen des Staates, wir haben ein Departement für die Staatsschulden, eins für die Bank, eins für die Seehandlung, eins für die Post, eins für den Schatz, eins für die Domänen. Während wir auf der einen Seite in diese sechs verschiedenen Departements, die ein Ganzes bilden, die notwendig zusammengehören, die gar nicht zu trennenden Zweige der Finanzverwaltung geteilt und zersplittert finden, finden wir auf der anderen Seite, daß die so sehr wichtigen Interessen des Handelsministeriums sich gar keiner selbständigen Vertretung erfreuen, sondern vielmehr als untergeordnete Nebenzweige dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern zugeteilt sind. Uns fehlt also die Einheit des seinem Wesen nach Zusammengehörigen in den einzelnen Departements, uns fehlt für das Ganze ein Premierminister, der die getrennten selbständigen Organismen zu einer höheren Einheit segensvoll verbindet, damit aus einem Zentrum heraus die Staatsverwaltung durch ihre organische Tätigkeit alle Poren des Staatslebens durchdringe, belebe und befruchte. Auf dieser Einheit beruht die Größe, die Macht und das Wohl des Staates. Ich halte dafür, daß der unheilvollen Zersplitterung ein Ende gemacht werden muß, wenn wir aus jener mechanisch künstlich gegliederten Verwaltungsmaschine, die für unsere Zustände nicht länger ausreicht, die ihr Werk der mechanischen Leitung und Bevormundung nur zu lange vollbracht hat,

hinauskommen, wenn wir zu jener freieren Bewegung, jener großartigen Staatslenkung, wenn wir zu dem Standpunkte gelangen wollen, den unsere Intelligenz wie unsere ausgebildeteren Verhältnisse gebieterisch erheischen; zu jenem Standpunkte, welcher Preußen zu einer Stufe erheben soll, auf der andere vorgeschrittene Völker in politischer wie industrieller Beziehung uns vorausgeeilt sind, auf der sie heute schon stehen.

17. Berlin, 1847 Mai 27.

... In der Kammer ist, wie du aus den bisherigen Verhandlungen schon entnommen haben wirst, eine Majorität von ca. 300, und eine Minorität von ca. 200 Stimmen. Die Majorität ist liberal; zu ihr gehöre ich. Die Minorität ist teils aristokratisch feudal, teils pure gouvernemental. Diese Minorität, bestehend hauptsächlich zu fünf Sechsteln aus der Ritterschaft der Provinzen Brandenburg, Sachsen, Schlesien und Westfalen, ist trotz ihrer bei weitem geringeren Zahl dadurch sehr im Vorteile gegen die Majorität, daß sie der Rednerbühne gegenübersitzt, den Redner gut versteht, bis in alle Details folgen und durch ihre Privatmanöver mehr oder weniger auf ihn einwirken kann. Dieses zufälligen Vorteils bedient sich diese Minorität in vollem Maße. Sobald ein liberales Mitglied (mit einziger Ausnahme von Beckeraths, welcher allen Parteien recht ist), die Bühne betritt, fängt das Volk an zu scharren und zu spektakeln und versucht, durch den Lärm seiner Füße den Redner irre zu machen.

Hansemann und ich, die beiden äußersten Linken der Kammer, wir haben in der Regel das Glück, so lärmend apostrophiert zu werden, und haben für jetzt bei der Verteilung der Plätze noch kein Gegenmittel finden können. Heute ist indessen die Partei der Lärmenden nicht zu ihrem Zwecke gelangt.

Zur Beratung stand eine große industrielle Frage, die Errichtung eines selbständigen Handelsministeriums. Ich hatte das Referat über diesen Gegenstand und hatte mich bemüht, in diesem Referat alle Motive ziemlich erschöpfend zu behandeln. Wie es scheint, muß mir diese Arbeit besser gelungen sein, als ich es selbst geglaubt habe, oder dieselbe macht deshalb einen größeren Eindruck, weil das Thema den meisten Deputierten noch ein fremdes ist. Genug, schon vor der Sitzung empfing ich von allen Seiten Komplimente über die gute Behandlung der Frage, meines Erachtens sehr unverdiente, da ich nicht weiß, daß irgend etwas Tiefes oder Bedeutendes in dem Referate steht. Die Herren Ritter versuchten nichtsdestoweniger auch gestern ihr gewohntes Manöver und lärmten nach Kräften und verlangten, daß ich das Referat lauter lesen solle. Mit dieser Auf-

forderung wies ich sie zurück und begann die Lektüre. Wie ich nun in dieser weiter und weiter fortschritt, und die Hauptstellen, worauf der geistige Nachdruck zu legen war, scharf betonte, wurde die Kammer mausstill, selbst die leiseste Stimme hätte ausgereicht für dieses feierliche Schweigen.

Alle Redner, die nach mir das Wort nahmen, fanden sich zu einer ganz besonderen Anerkennung der Gediegenheit der Arbeit bewogen, und unsere Lärmmacher par excellence haben zum größten Teile nach einer lebhaften Debatte mit für den Antrag gestimmt. Es waren im ganzen kaum 30 Stimmen dagegen.

Binnen wenigen Tagen wirst du die sehr interessante Debatte lesen, welcher ich hier durch meine Mitteilungen vorgreife.

Die Schutzzollfrage hat von Beckerath zum Referat. Wir bearbeiten dieselbe gemeinschaftlich, haben aber wenig Aussicht, damit so gut wie mit dem Handelsministerium durchzukommen. Die östlichen Provinzen des Staates sind fast sämtlich dagegen. Übermorgen verhandeln wir die politischen Fragen, die vorzugsweise alle Kräfte in Anspruch nehmen. Wenn die Arbeiten fortschreiten, wie in der letzten Zeit, sind wir in etwa drei Wochen fertig.

Ich bin recht froh, daß du dich in Dülken wohl und heimisch fühlst, und daß jener Geist des Friedens und der Anerkennung unserer Zustände auch in deiner Brust dauernd seine Wohnung aufgeschlagen hat. Es ist dies in Wahrheit der Genius des Glücks, der, wenn er dem einzelnen zu aller Zeit treu bleibt, mit jeder Wendung des Geschicks versöhnt. Alles übrige ist dem Wandel der Einwirkung von außen unterworfen — der innere Friede, die Überzeugung, seine Pflicht getan zu haben, nicht. Für meinen Teil mache ich hier die Erfahrung, daß jetzt, wo ich auf die große Bühne der Politik hinausgetreten bin, wie ich es stets gewünscht, ich fast ganz jenen brennenden Ehrgeiz verloren habe, der mich früher nur zu oft verzehrte. Ich betrachte Erfolge und Niederlagen mit gleicher beschaulicher Ruhe und arbeite unverdrossen und unbekümmert um alle Urteile von rechts und von links weiter zu jenem Ziele, was meiner Überzeugung nach früher oder später erreicht werden muß, und dem entgegen schon große Schritte geschehen sind. Eins möchte ich wie Vincke den Nachkommen unversehrt vererben, den Feuereifer für das Recht und den unerschütterlichen Mut für die Wahrheit.

Inmitten dieser großartigen Tätigkeit fehlst du mir mehr als je. Ich fühle, wenn du hier wärst bei mir, würde ich noch freudiger, noch siegesgewisser auf den Kampfplatz treten. Meine Worte würden noch edler und wirkungsvoller sein. Sehnsucht nach Weib und Kind ist oft, sehr oft mächtiger als das Gebot der Stunde.

18. 1847 Mai 31. Rede aus der Periodizitätsdebatte.

Den Standpunkt, den ich zu der heute vorliegenden wichtigen Frage einnehme, glaube ich bei der Debatte der Adresse hinreichend klar und bestimmt bezeichnet zu haben; ich habe jenem Votum auf Veranlassung der Aufklärungen, die uns mittlerweile und namentlich vorgestern durch den Herrn Justizminister geworden sind, nichts zuzusetzen. Jene Aufklärungen haben mich in meiner Auffassung der Rechte des Landes nicht eines anderen belehrt, sie haben meine frühere Überzeugung nur bestärkt. Der Herr Justizminister erkennt an, daß aus dem Gesetze vom 17. Januar 1820 ein Rechtsanspruch auf die jährliche Einberufung irgend einer reichsständischen Versammlung hervorgehe. Er sucht aber den Beweis zu führen, daß diese reichsständische Versammlung ebensogut die Deputation nach der Verordnung vom 3. Februar d. J. als auch der Vereinigte Landtag sein könne; er sagt, daß jene Behörde, die nach dem Gesetze vom Jahre 1820 zur Empfangnahme und Prüfung der Rechnungen geschaffen werden sollte, füglicher durch jene Deputation, als durch den Vereinigten Landtag dargestellt würde. Zunächst möchte ich dagegen reklamieren, daß das Wort Behörde für diejenige Versammlung passe, die in dem Gesetze vom Jahre 1820 erwähnt ist. Ich kann die reichsständische Versammlung eines Landes nicht als eine Behörde, nicht als ein Glied einer Verwaltungsmaschine, sondern nur als ein Organ zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung, direkt aus dem Volke hervorgegangen, ohne allen verwaltenden Charakter betrachten. Ich vermag gar nicht einzusehen, daß zu gleicher Zeit mehrere reichsständische Versammlungen kreiert werden können. Auf dieser Voraussetzung beruht offenbar die Äußerung des Herrn Justizministers, daß es jederzeit der Krone freigestanden, mehrere reichsständische Versammlungen zu schaffen. Sie habe von diesem Rechte Gebrauch gemacht, erstens durch die Kreierung des Vereinigten Landtages, zweitens der Ausschüsse und drittens der Deputation. Das Wesen einer jeden reichsständischen Versammlung besteht darin, daß sie die Interessen des gesamten Landes in sich repräsentiert, und daß sie die gesamten Volksrechte gegenüber den Rechten und Prärogativen der Krone vertritt. Eine solche Vertretung kann bei *einem* Volke nur *einmal* vorhanden sein, und wäre es möglich, in einem und demselben Lande zwei reichsständische Versammlungen zu haben, so müßte es ebenso möglich sein, diese zu gleicher Zeit zu berufen, also zwei ganz verschiedene Vota eines und desselben Volkes zu gleicher Zeit von seinen Vertretern entgegenzunehmen. Es wäre dann die Vertretung des Volkes in zwei oder mehrere Teile geteilt; es würden dann Teile, aber kein Ganzes existieren.

Diese Teilung widerspricht durchaus dem innersten Wesen einer reichsständischen Versammlung, und ich muß daher glauben, daß in dem Gesetz vom Jahre 1820 nur an eine reichsständische Versammlung gedacht werden konnte und gedacht worden ist, an eine unteilbare Vertretung einer Einheit, die ihrem Wesen nach nicht in mehrere Teile zerfallen kann.

Der Herr Justizminister hat sich ferner darauf berufen, daß bei der Prüfung des Buchstabens des Gesetzes vom Jahre 1820 der Geist, der in jenem Gesetze maßgebend gewesen, zu Rate gezogen werden müsse. Niemand kann mehr als ich mit diesem Argumente einig sein; ich habe nur zu wünschen, daß diese Prüfung mit Geist, mit dem Geiste geschehe, der damals in Preußen vorgeherrscht hat. Wenn der Geist heraufbeschworen werden soll, so muß es der Geist jener Zeit sein, der Geist, der das Gesetz vom Jahre 1820 diktiert hat; derselbe, der in einer ganzen Reihe ruhmwürdiger Gesetze durch unsere ganze Geschichte hindurch sich betätigte, der Geist, der im Jahre 1808 schon für die in jenem Jahre berufenen ostpreußischen Stände die jährliche Zusammenkunft für notwendig erachtete; derselbe Geist, der während einer Periode von zehn Jahren dem preußischen Volke fortdauernd regelmäßige ständische Zentralversammlungen in Aussicht stellte; derselbe, der im Jahre 1811 eine interimistische Nationalrepräsentation berief; derselbe, der 1814 durch den Mund der preußischen Gesandten auf dem Wiener Kongresse erklären ließ, daß dieselben Rechte, die heute hier reklamiert werden, als das Minimum der ständischen Rechte zu betrachten seien, die dem deutschen Volke zugestanden werden müßten; es ist endlich derselbe Geist, aus dem am 22. Mai 1815, wenige Tage vor einem zu eröffnenden großen Kampfe mit dem Feinde, dem Volke die schöne Verheißung des Gesetzes von gleichem Tage entstammt. Diese Reihe von Gesetzen, deren ich bisher gedacht, welche sämtlich ein zentralständisches Organ mit allen von seiner Existenz untrennbaren Attributen in das Staatsleben aufnehmen wollen, hat in dem Gesetze vom 17. Januar 1820 einen weiteren Knotenpunkt gefunden. Das Gesetz vom 22. Mai 1815 kündigt sich an als ein Pfand, was dem Volke gegeben werden soll dafür, daß die Grundsätze der Regierung, die in den letzten Jahren das Gouvernement geleitet hatten, es auch dauernd und für alle Zukunft leiten würden. Ein gleiches unwiderrufliches Pfand des Vertrauens auf die zu berufende Vertretung des Volkes wurde in dem Gesetze vom 17. Januar 1820 einerseits den Gläubigern des Staates und andererseits dem Volke gegeben. Soll nun in jenen Verheißungen, in jenem Pfand eine Änderung eintreten, sollte es sich herausstellen, daß eine Abänderung der damals gegebenen Verheißung notwendig geworden, so würde das doch stets nur auf gesetzlichem

Wege bewirkt werden können. Der Teil würde darüber gehört werden müssen, der die Rechte empfangen hat, nicht aber ausschließlich der, der das Recht gegeben, der durch das gegebene in eine heilsame Beschränkung seines Rechtes eingewilligt hat. Meine Herren! Ich glaube, daß wir an dem Tage stehen, wo es sich definitiv entscheiden muß, ob Rechtsgefühl und welches Rechtsgefühl in unserm Volke lebt. Das Rechtsbewußtsein, was in der langen Zeit, die seit jenem Gesetze vom 22. Mai 1815 vergangen, im Volke mehr und mehr, und zuletzt fast in allen Mitgliedern des Volkes sich ausgebildet hat, es muß heute hier zu Tage kommen; ich glaube, daß es heute vor allem darauf ankommt, das Rechtsgefühl, das in dem Volke lebt, auszusprechen, es klar und unumwunden zu sagen, daß das preußische Volk ein Subjekt vom Rechte ist und sich als dieses Rechtssubjekt weiß und betrachtet. Dieses Bewußtsein des Volkes kann ihm durch keine Macht der Erde genommen werden; einmal erworben, wird es dasselbe bewahren und heilig halten, und in Institutionen auszuprägen suchen.

Von vielen Seiten wird dargestellt, daß das Königtum, was wir alle hochhalten wollen, dessen Macht und Würde bei jener denkwürdigen Diskussion der Adresse so erhaben und schön aufgefaßt, als für das Wohl des Vaterlandes so notwendig wie wohltätig dargestellt wurde, daß dieses Königtum in seiner Machtfülle geschmälert erscheine, wenn die Rechte des Volkes gewahrt, durch diese Rechte die Rechte der Krone begrenzt werden. Meine Herren! Mir scheint diese Auffassung einer wesentlichen Berichtigung zu bedürfen. Ich kann das hohe Interesse, was das Königtum daran haben soll, daß das Volk nicht bestimmte Rechte besitze, nicht anerkennen. Da scheint mir der Gegensatz zwischen Vergangenheit und Gegenwart nicht zu liegen. König und Volk bilden eine untrennbare Einheit zur gemeinschaftlichen Erstrebung desselben Zweckes, der Macht und Würde der kulturhistorischen Entwicklung einer Nation. Das Königtum wird in seiner Machtfülle durch die Rechte einer reichsständischen Versammlung nicht geschwächt, sondern gestärkt, wie dies der Gesandte des mächtigsten Souveräns der Erde, des Königs von England, auf dem Wiener Kongresse von 1814 ausdrücklich erklärte. Die Änderung in der Form des Staates, die aus der Berufung von Reichsständen hervorgeht, ist für das Königtum von nur geringer Bedeutung; von höchster Bedeutung aber für das Beamtentum, für diejenige Klasse, die in dem Staate, welcher keine ständische Institution besitzt, das Volk ohne Kontrolle leitet und verwaltet. Meine Herren! Das Königtum ist in den letztgedachten Staaten überall an die Mitwirkung des Beamtentums gebunden, es kann ohne dieses Organ keinen irgend erheblichen Regierungsakt ins Leben

treten lassen, es kann nur mittelst der Beamten die Vollziehung seines Willens sichern. Es wäre aber gewiß eine ganz irrige Auffassung, wenn geglaubt würde, daß das Königtum diesen Beamten gegenüber eine ganz unbeschränkte Macht besitze und geltend zu machen vermöchte. Die innere Geschichte der Kabinette Europas könnte darüber heilsame Lehren geben; es würde nicht schwer sein, den Beweis zu liefern, daß das Beamtentum die Macht der Krone in mehreren dieser Kabinette mehr beschränkt, als es irgend eine Ständeversammlung je vermag. Ich glaube, daß in vielen dieser Kabinette der Wille des Königs sich gar nicht geltend zu machen vermag, wenn der Wille des Beamtentums dem königlichen Willen entgegentritt. Wenn auch gegen diese praktische Auffassung des Bestehenden gesagt werden kann und gesagt werden wird, daß es ja dem Regenten freistehe, die Personen zu ändern, sich andere Räte zu wählen, so ist doch diese Freiheit eine sehr relative. Woher will das Königtum diese Räte nehmen in einem Volke, das keine ständischen Institutionen besitzt, dessen schlummernde Talente keine Gelegenheit haben, auf der Bühne des Staates hervorzutreten und sich geltend zu machen! Wenn das Königtum in einem bureaukratischen Staate seine Räte ändern will, wird es auf den Kreis hingewiesen sein, der sich seinem Blicke zeigt. Das Beamtentum wird sich immer aus sich selbst ergänzen; andere Räte werden kommen, aber derselbe Geist wird die neuen beseelen, der in den alten herrschte. Gegen diese Macht der Verhältnisse, glaube ich, kann keine noch so entschiedene Persönlichkeit ankämpfen; diese Verhältnisse sind mächtiger als die mächtigste Persönlichkeit! Und deshalb ist in keiner Zeit der Geschichte das Königtum ganz unbeschränkt gewesen. Die Entwicklung der Geschichte aber ist die, daß das Volk über diese Schranken des Beamtentums hinausdringt, sobald es sich seines unverjährbaren Rechtes, für seine höchsten Interessen selbständig mitzuwirken, bewußt wird, sobald das Beamtentum nicht mehr alle seine Verhältnisse und Interessen allein zu erkennen und zu vertreten vermag. In der Unzulänglichkeit des Beamtentums, in dem erwähnten Rechtsbewußtsein des Volkes liegt die tiefe Notwendigkeit, die tiefe sittliche Bedeutung aller ständischen Institutionen, und ich glaube, daß niemand die Stände mit größerer Liebe berufen hat, niemand mehr von ihrer Notwendigkeit durchdrungen gewesen ist, als gerade unser erhabener König. Wir können und wollen es uns nicht verhehlen, daß wir seinem freien Entschlusse die Berufung der Stände verdanken, seiner Einsicht und Überzeugung, daß die Interessen des Landes durch unabhängigere und selbständigere Organe, als das Beamtentum, vertreten werden müßten. Seien wir gerecht, in der Würdigung dieses hochsinnigen Entschlusses, der in der

Berufung des Vereinigten Landtages keine Beschränkung der Rechte der Krone sah.

Ein weiteres Motiv, ebenfalls in der Ansicht wurzelnd, daß durch ständische Institutionen die Rechte der Krone geschmälert würden, ward daher entwickelt, daß die Stellung des preußischen Staates nach außen wesentlich geändert würde, wenn ein Rechtsanspruch des preußischen Volkes zur Anerkennung gelange, ein Rechtsanspruch auf ständische Verfassung mit allen derselben wesentlichen Attributen. Meine Herren, ich glaube nicht, daß dem so ist, ich glaube nicht, daß das Ausland unsere Verhältnisse so falsch auffaßt, ich glaube, daß in Preußen seit vielen Jahren niemand daran zweifelt, daß es oft genug ausgesprochen, daß es oft genug seit fünfzig Jahren und länger von unseren Fürsten anerkannt worden ist, daß wir nicht in einem absoluten Staate, sondern in einem Rechtsstaate leben, und daß es sich in diesem Augenblicke nicht von Umbildung des Wesens dieses Staates, sondern nur von Ausbildung der für ihn zeitgemäßen Formen handelt. Sollte das Ausland die irrige Ansicht gehabt haben, daß wir in einem absoluten Staate lebten, so wäre es am dringendsten an der Zeit, daß das preußische Volk den Rang unter den Völkern Europas, der ihm gebührt, zur Anerkennung bringe dadurch, daß es diese falsche Ansicht berichtigt und vernichtet. Es wird zur Verstärkung der aus dem von mir bestrittenen Standpunkte entnommenen Bedenken noch angeführt, daß mit der Auffassung Preußens als absoluten Staats wichtige Beziehungen zu dem Auslande zusammenhängen, daß bei einer veränderten Auffassung unsere ganze politische Stellung, unsere Bündnisse und Verbindungen in Europa in Frage kommen können. Auf diese nach meiner Ansicht mit der Würde unseres Volkes nicht verträglichen Bedenken erlaube ich mir zu entgegnen: wohlan denn, sind wir nicht mehr das Volk von 1756, nicht mehr das Volk, welches ein Heldenkönig gegen ganz Europa zu führen vermochte, nicht mehr das Volk von 1813, was seine eigenen Verhältnisse selbst zu ordnen den Mut hatte? welches auf die Ansichten des Auslandes und die Verbindungen mit demselben nur insoweit Wert legen will, als sie mit seiner Würde vereinbar erscheinen? Es scheint mir auch mit diesem Standpunkte vereinbar, ja dafür wesentlich, daß das Volk seine Rechte klar auffasse und daß die Stände diese Rechte der Krone gegenüber vertreten. Ich weiß nicht, inwiefern die Worte des Herrn königlichen Kommissars, die wir soeben vernommen haben, geeignet sind, auf diese Vertretung beschränkend einzuwirken; ich vermag das in diesem Augenblicke nicht zu beurteilen, behalte mir aber vor, darauf näher einzugehen, wenn sich in dem Laufe unserer Verhandlungen ergeben sollte, daß der Standpunkt

des Rechtes, so wie ich ihn auffasse, in diesem Saale nicht zu einer erwünschten Feststellung gebracht werden könnte. Das preußische Volk wird mit ganz anderem Gewicht in die Wagschale Europas fallen, wenn es seinen inneren Rechtszustand geordnet, seine Institutionen ausgebildet hat, als heute, wo die Ungewißheit, die in unserem Volke vorhanden ist, das Schwanken unserer staatsrechtlichen Formen sich dem Blicke Europas nicht ganz zu verbergen vermag. Wir werden einen weiteren höchst bedeutenden Schritt zu jener Einheit mit dem gesamten deutschen Vaterlande, die von uns so lebhaft angestrebt wird, tun, wenn wir unsere Institutionen auf dieselben Rechtsbegriffe stützen, die in den übrigen konstitutionellen Staaten Deutschlands seit langen Jahren zur Anerkennung gelangt sind und fortdauernd gelten. Ich frage, wird die Macht und das Ansehen unseres Königs geschwächt werden, wenn er über 16 Millionen freier Menschen, die ihrer Freiheit sich bewußt geworden sind, die sich der Anerkennung derselben in einer bewährten Verfassung erfreuen, herrscht? Wenn es auch die fernste Ferne weiß, daß er seinen Stolz, seine Macht und seinen Ruhm darin findet, in der gegenseitigen Anerkennung der Rechte, in der vollen Übereinstimmung seines Rechtes und der Rechte dieser 16 Millionen? Unser großer König Friedrich II. sagte am Abend seines tatenreichen Lebens, was er mit Flammenzügen in das Buch der Geschichte eingetragen, daß er müde sei, über ein Volk von Sklaven zu herrschen, und sprach dadurch, vielleicht in Anwandlung augenlichen bitteren Unmuts, aus, daß sein Volk, wie redlich es auch gekämpft und gestrebt, dem erhabenen Genius seines Königs nicht ganz zu folgen vermocht hatte! Unser hochsinniger König, glücklicher in dieser Beziehung als sein großer Vorfahr, wird mit Stolz und Freude es anerkennen, daß sein Volk reif geworden, daß sein Volk, mit tief sittlichem Bewußtsein, mit offenen Augen mit ihm wandelnd, mündig geworden ist und auf seiner königlichen Bahn ihn begleiten will! Gibt es denn eine höhere, schönere Aufgabe für Fürsten als die, an der Spitze freier Völker zu stehen, freie Völker auf ihren Wegen zu leiten und zu begleiten? Eine ganz andere Kraft wird dargestellt durch die germanischen Stämme, wenn 40 Millionen Deutsche, die alle an dem Geschicke des Vaterlandes auf das innigste teilnehmen, weil sein Geschick ihr eigenes Geschick ist, mitwirken zur Begründung seiner Macht und Würde nach innen und nach außen, als wenn sie stumpfsinnig schlummern.

Meine Herren, dem Rechtsbewußtsein im Volke, dem ich das Wort zu reden mich bemühte, würde es nicht entsprechen, wenn durch irgend eine Bitte, ohne klare Hinweisung auf das Recht, fortan jährlich als Reichsstände zusammenzutreten, welches ich dargetan zu haben glaube,

dieses Recht in Frage gestellt würde. Jede Bitte um Verleihung dieses Rechtes ohne bestimmt formulierten Rechtsanspruch würde sagen, daß diese Rechte dem Volke gewährt, aber auch, daß sie dem Volke abgesprochen werden können. Ich gebe gerne zu, daß die Ausübung unserer Rechte zur Zeit der freien königlichen Entscheidung unterworfen ist, daß wir Se. Majestät zu bitten haben, unsere Rechte anzuerkennen, uns ihre Ausübung zu gestatten. Aber ein Recht, was ich besitze, mag es auch noch so lange dauern, bis es anerkannt wird, das kann ich nicht durch eine Bitte um neue Verleihung in Frage stellen. Ich glaube es mir und meinen Kommittenten schuldig zu sein, dieses Recht in seinem vollen Umfange zu verwahren, dasselbe meinen Kindern zu vererben dadurch, daß ich die Überzeugung seines ungeschmälerten Fortbestehens, auch wenn es einstweilen nicht zur Ausübung gelangen sollte, in ihnen fortpflanze und ungeschwächt lebendig erhalte. Ein Volk, was seiner Rechte bewußt ist, wird dieselben, ich bin davon fest überzeugt, früher oder später anerkannt sehen. Von diesem Standpunkte aus schließe ich mich dem Amendement an, was ein verehrter Redner der Ritterschaft aus Westfalen gestellt hat, dahin zielend, daß Se. Majestät gebeten werde, das in dem Gesetze vom 17. Januar 1820 dem Volke verbriefte Recht jährlich wiederkehrender reichsständischer Versammlungen anerkennen und die Ausübung desselben gestatten zu wollen.

19. Berlin, 1847 Juni 3.

Heute ist hier Feiertag (Fronleichnamstag) und Ruhetag nach heißem Kampfe. Die große politische Schlacht Preußens ist ehrenvoll geschlagen, ehrenvoll für die Krone und ehrenvoll für das Volk. Nach dreitägiger Debatte, in der nahe an hundert Redner, einige sogar mehrmals, das Wort genommen, um das Verhältnis des Patents vom 3. Februar zu den älteren Gesetzen von 1815 und 1820 festzustellen, hat eine Majorität von 327 gegen 171 Stimmen beschlossen, den König um Anerkennung des auf Grund der älteren Gesetze bestehenden Rechtes auf jährliche Einberufung der Reichsstände zu bitten. Da nach dem gegenwärtigen Gesetze eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist, um eine Bitte an den König im Namen des Landtags zu bringen, so konnte trotz jener eminenten Majorität der Beschluß keine Folge haben. Ich halte diesmal die Erfolglosigkeit für ein Glück, denn offenbar wäre durch jenen Beschluß dem Könige eine schwierige Position bereitet worden, die ich im Interesse der Würde der Krone nicht wünsche.

Die Kammer hat zuletzt fast einstimmig beschlossen, den König um zweijährige Berufung der Reichsstände zu bitten, gestützt auf das Recht,

auf die Nützlichkeit und auf die Notwendigkeit. Ich bin mit diesem Resultate sehr zufrieden und hoffe, daß dadurch der Weg zu einer friedlichen und organischen Lösung der schwebenden Differenzen angebahnt sein wird*)

Die achtwöchentliche Frist läuft Samstag zu Ende. Da nun verschiedene königliche Propositionen von großem Umfange noch gar nicht zur Beratung gelangt sind, so ist der Landtag gestern um 14 Tage, also vorläufig bis zum 20. Juni verlängert worden.

Die Arbeiten schreiten diese Woche nur sehr langsam vorwärts, und wenn nach dem Gange der letzten Tage geurteilt werden darf, so ist es durchaus unmöglich, bis zum 20. Juni auch nur die notwendigsten Fragen zu erledigen. Ob nun eine längere Verhandlung jetzt stattfinden, oder ob doch zuletzt auf eine Vertagung von seiten der Regierung eingegangen werden wird, steht dahin.

Mit von Beckerath lebe ich fast den ganzen Tag zusammen. Wir haben uns so recht enge aneinander geschlossen und sind in allen irgend wesentlichen Punkten einig. Indessen bleiben unsere äußeren Formen streng geschieden. Von Beckerath ist sanft, milde wie ein Lamm und verliert fast nie diese Ruhe, um die ich ihn so oft beneide. Mir geht es dagegen umgekehrt: ich werde hier im Laufe der Debatten steigend schroffer, meiner bemächtigt sich leicht eine tiefe, innere Empörung, die dann dem ganzen Wesen etwas Herbes und Schneidendes gibt. Viel Anteil an dieser Stimmung, den allermeisten, hat deine Abwesenheit. Du hast mich in dem letzten Jahre verwöhnt. Ich war schon früh durch die häusliche Umgebung Dülkens daran gewöhnt, mich in liebender Umgebung zu befinden und vielleicht zu schonend aufgefaßt und behandelt zu werden. Hier ist das anders, hier treten alle Gegensätze schroff hervor, und es gilt hier

*) In einem zweiten Briefe von demselben Tage führt Mevissen aus: Mit diesem Votum ist der wichtigste und folgenreichste Schritt des ersten Vereinigten Landtages geschehen. So viel steht nach der stattgefundenen Abstimmung ganz unzweifelhaft fest, dieser Landtag wird nicht eher die reichsständischen Befugnisse, die ihm zugewiesen worden sind, ausüben, bis seine Rechte Anerkennung gefunden haben. Ist die Majorität auch klein, so ist sie doch groß genug, um jede Anleihe und jede neue Steuer so lange zurückzuweisen, bis die Rechte des Landes Geltung finden. Der Erklärung der 138 haben durch das in Rede stehende gestrige Votum sich ferner 122 Personen angeschlossen, und ich glaube, daß dies alles ist, was nach der Zusammensetzung der Kammer selbst die liberalsten Mitglieder nur haben erwarten können. Ich für meinen Teil habe am 11. April nicht auf diese Majorität für eine so [illegible] Frage gerechnet.

für jeden, seinen Mann zu stehen. Mein Wesen, von Hause aus durchaus gutmütig, wird im Laufe der Debatte fortgerissen und wird dann bitter und schneidend, jedoch glücklicherweise nicht gegen Personen sondern nur gegen Grundsätze. Zu ändern vermag ich für jetzt in dieser Beziehung nichts, weil ich sonst auf alle Tätigkeit verzichten müßte. Und dazu habe ich in dem Stück Geschichte, was hier gespielt wird, weder Lust noch Beruf. Wenn ich für den Augenblick mich vielleicht à la tête der äußersten Linken gegen meine innere Natur durch die Macht der Verhältnisse gedrängt finde, so liegt doch in eben diesen Verhältnissen zugleich die wohlbegründete Hoffnung, daß diese äußerste Linke von heute, die doch zuletzt nichts will als die Freiheit, die Größe und die Macht der Krone und des Volkes — daß diese sehr bald in ihrem wahren Lichte aufgefaßt werden wird.

Unglücklicherweise hat das Journal des Débats sich meine Reden vorzugsweise ausgewählt. Dies veranlaßt hier manchen zu dem ganz grundfalschen Wahn, als sei es eine Constitution française, eine Kopie der Charte vérité der Grande nation, was ich wolle, während, wie ich glaube, kaum einer von den 600 Leuten, die hier sind, einen ernstern Willen hat, eine selbständig deutsche Entwicklung unserer Zustände zu befördern. Ich bin so wenig Franzosenliebhaber, daß ich dem Journal des Débats für seine freundlichen Worte gar keinen Dank weiß.

20. Berlin, 1847 Juni 7.

In der jetzt abgelaufenen Woche ist das Schicksal des preußischen Staates auf lange hin festgestellt und entschieden worden, mit einem Takt und einem strengen Maß, was, wie ich glaube, einst die ersten preußischen Reichsstände groß, weil fest und bewußt, in den Annalen der Geschichte hinstellen wird. Mich wirst du diesmal wieder in den vordersten Reihen der Kämpfer finden. Das nächste Blatt bringt dir von mir eine Replik auf Bodelschwinghs heftigen Angriff,*) welche den Minister nötigte, seine Behauptung zurückzunehmen. Samstag (Juni 5) sind wir endlich mit den politischen Fragen gänzlich fertig geworden, und sämtliche Fragen sind günstig entschieden.

21. Berlin, 1847 Juni 8.

Die Kammerdebatten erreichen dich so schnell und so vollständig, daß ich durch meine Briefe nicht vorgreifen kann. Heute und gestern steht die Eisenbahnanleihe für die Bahn von hier nach Königsberg zur

*) Bleich l. c. S. 1308, 1355.

Beratung und wird beim Schluß der Debatte fast einstimmig verworfen werden.

22. Berlin, 1847 Juni 9.

Wir diskutieren seit drei Tagen über die Eisenbahn von Berlin nach Königsberg und haben endlich heute mit 360 gegen 179 Stimmen die von uns verlangte Anleihe verweigert. Mit diesem Votum ist die politische Tätigkeit des Landtages beschlossen, alle Fragen, die jetzt noch kommen können, sind dagegen von untergeordneter Bedeutung.

Morgen beraten wir über die Einkommensteuer. Von Vertagung oder Auflösung der Kammer ist noch alles still. Vielleicht tritt eine zweite Verlängerung um acht Tage ein.

23. 1847 Juni 11. Zur Frage der Einkommensteuer.

Am 10. Juni hatte die Debatte über die Einkommensteuer begonnen, in der besonders L. Camphausen mit einer glänzenden Rede für deren Einführung eintrat. Dagegen waren besonders die Gutsbesitzer der östlichen Provinzen. (Gegen einen Vorschlag des Grafen Renard, vgl. Bleich III. 1615) wollte Mevissen am 12. Juni sich wenden, kam aber nicht zu Wort.*) Der Entwurf seiner Rede hatte folgenden Wortlaut:

Ein geehrtes Mitglied der schlesischen Ritterschaft hat gestern die Abgeordneten der Ritterschaft, die in früheren Sitzungen für den politischen Fortschritt das Wort genommen, aufgefordert, zu zeigen, daß es ihnen mit ihrem [illegible] Ernst, daß sie auf dem politischen Gebiete Freiheit, auf dem sozialen Gerechtigkeit erstreben. Ich komme dieser Aufforderung nach, indem ich zunächst erkläre, daß ich den [illegible] zur [illegible] vorliegenden Gesetzentwurf mit Freude begrüßt habe und mich zu meiner Befriedigung in der Lage befinde, diese Vorlage der hohen Staatsregierung mit rückhaltlosem Dank anzuerkennen.

Am Rhein, wie in anderen Provinzen, [illegible] der [illegible] und [illegible] Stimmen der Ruf nach Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer. Viele Kommunen begründen die [illegible] Klage gegen dieses Gesetz; ich beschränke mich auf [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] zu [illegible] zufügen, daß die, [illegible] [illegible] [illegible] in [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] der Handels- und [illegible] [illegible] die Abschaffung dieser Steuer kommen müssen, [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] im [illegible]

*) [illegible]

unseres Landes, die den freien Austausch, den freien Verkehr hemmen. Ehe wir das Ideal internationaler Handelsfreiheit zum Schibboleth erheben, könnte füglich die innere vorangehen.

Ein weiterer Grund liegt in der erzwungenen Absperrung der Städte, die die freie Entwicklung derselben hemmt und oft eine Masse unproduktiver Kosten im Gefolge hat, die in vielen Fällen den Gesamtbetrag der Steuer erreichen oder übersteigen. Die Städte verlangen Gleichheit in der Besteuerung mit dem Lande; die Bewohner der Städte wollen nach denselben Grundsätzen wie die Bewohner des Landes zu den Staatslasten beitragen. Zugleich herrscht die Ansicht vor, daß die auf dem Lande bestehende Klassensteuer die ärmere Volksklasse in geringerem Grade trifft, als in den Städten die Schlacht- und Mahlsteuer.

Ich will die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Ansicht nicht untersuchen, ohne jedoch der Ansicht des Mitgliedes der schlesischen Ritterschaft, daß alle Steuer den Arbeitgeber, nie den Arbeitnehmer treffe, beizupflichten. Diese Ansicht würde nur da richtig sein, wo keine Konkurrenz oder eine unter ganz gleichen Verhältnissen sich bewegende Konkurrenz in dem Angebot der Arbeit bestände.

Genug, die Ansicht, daß Schlacht- und Mahlsteuer drückend, ungerecht und kostspielig, und demoralisierend in der Erhebungsweise ist, besteht, und sie wird dadurch nicht entkräftet, daß die Magistrate vieler Städte die Steuer deshalb beizubehalten wünschen, weil sie durch Beischläge zu derselben in bequemster Weise die Kommunalbedürfnisse zu decken vermögen. Diese Magistrate sind nicht das Volk, was vom Steuerdruck erleichtert werden soll, ihr Standpunkt ist nicht der der Besitzlosen, sondern der der Besitzenden.

Ich frage aber hier nicht um das Urteil der Besitzenden, die künftig zahlen sollen, sondern um das Urteil der Besitzlosen, die heute zahlen. Ich weiß recht wohl, daß das Bewußtsein der Besitzlosen nicht ausgebildet ist, daß sie keine bezahlte Presse, keine selbstgewählten Vertreter in diesem Saale haben; ich weiß recht wohl, daß vielleicht noch lange Jahre die Besitzenden die Steuerlast in so heimlicher, verdeckter Form, in so kleinen Raten den Besitzlosen aufbürden können, daß dieselben den Druck zwar im ganzen empfinden, aber die Ursache desselben nicht zu bezeichnen vermögen. Aber, meine Herren, einen ebenso guten Advokaten, als in einer bezahlten Presse, in einem gewählten Vertreter haben heute die Besitzlosen in der Bildung, in dem unabweislichen Gerechtigkeitsgefühle der Besitzenden. Es ist glücklicherweise in unserm Staate in diesem Augenblick kein äußerer Zwang, der die Gebildeten und Besitzenden nötigt, die Privilegien, die ihnen die Vergangenheit überliefert hat, zu reformieren. Erst am

fernen Horizonte des Tages schweben die leichten Wolken des Kommunismus. Aber darum, weil noch der Zustand fest und geordnet, darum lassen Sie uns beizeiten an eine naturgemäße Fortbildung desselben denken. Die Regierung hat durch die Gesetzesvorlage den ernsten Willen manifestiert, der unbestreitbaren Tendenz der heutigen Gesellschaft, dem Besitzlosen gerecht zu werden, einen großen Schritt entgegen zu tun.

Ich nenne diesen Schritt groß, weil ich darin den Anfang zu einer allmählichen Reform unserer Steuergesetzgebung erblicke, parceque c'est le premier pas qui coûte; ich nenne den Schritt groß, weil er auf die Mitwirkung des Volkes sich vertrauensvoll stützt, weil er an die Hochherzigkeit der Besitzenden appelliert.

Die meisten Bedenken sind gestern gegen den Modus, wie die Regierung die neue Steuer einführen will und einzig einführen zu können glaubt, erhoben worden. Ich kann diese Bedenken nicht teilen, ich kann auch in dieser Beziehung dem Entwurfe nur beipflichten. Was ist es denn, was so gefährlich, so fiskalisch, so zwingend in dem Gesetzentwurf gefunden wird? Die Selbstschätzung des Einkommens nach Prinzipien, die zur Richtschnur eines jeden im Gesetze aufgestellt sind. Über diese Selbstschätzung soll eine versiegelte Deklaration eingereicht werden an eine aus Mitbürgern bestehende Kommission. Nur wenn diese Kommission an der Richtigkeit der Deklaration zweifelt, und wenn ihre Zweifel von einer Appellkommission bestätigt werden, sieht das Gesetz ein tieferes Eindringen, eine genauere Prüfung der Verhältnisse des einzelnen vor. Überall ist das Urteil, die Möglichkeit der Kenntnisnahme von den Verhältnissen des einzelnen seinen Mitbürgern überwiesen. Ich finde darin eine für mich durchaus genügende Garantie, daß das Gesetz in der Ausführung sich nicht vexatorisch erweisen, sondern sehr bald sich einbürgern wird. Eine Kommission gewählter Mitbürger wird ihr Gewissen wohl prüfen und, wie jeder Richter aus dem Volke, lieber in zweifelhaften Fällen der milderen Deutung sich zuwenden.

Die Selbstschätzung aber hebt, wie Ihnen gestern mit beredten Worten von dem Abgeordneten von Köln gesagt wurde, das politische Selbstbewußtsein des Volkes, sie stärkt sein Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, sie weckt seine Teilnahme am Staatsleben, nötigt dasselbe zur steten Kontrolle des Staatshaushaltes und heißt es vom Staate für seine Leistungen Gegenleistungen fordern.

Ich stimme für das Gesetz und für die Selbstschätzung, behalte mir aber vor, über die Prinzipien der Deklaration und über die Verwendung der Einnahme der neuen Steuer bei den betreffenden Paragraphen des Gesetzes weitere Anträge zu stellen.

24. Berlin, 1847 Juni 12, 13.

. . . Ich gestehe, daß ich recht herzlich wünsche, der Landtag möge Ende nächster Woche geschlossen werden. Seine Aufgabe ist mit der Diskussion der Verfassungsfrage gelöst, und es zieht mich mächtig heimwärts zu dir, so daß ich nur mit Mühe die Sehnsucht in gebührende Schranken halte. Wie mir, so geht es auch von Beckerath. Wie es scheint, existiert zwischen unserer Stimmung eine gewisse Sympathie der Seele. Bis heute wissen wir nur noch gar nicht, ob die Session am 20. geschlossen, oder ob sie abermals verlängert wird.

Ich wünsche den Schluß aus mehr als einem Grunde, namentlich auch, damit die Industriefrage nicht vorkomme. Es zeigt sich nämlich eine solche Abneigung gegen alle Schutzzölle bei unsern politischen Freunden aus den östlichen Provinzen, daß meine Ansicht bei dieser Frage in der allerentschiedensten Minorität sich befinden würde. Camphausen, der dies weiß, dringt nach Kräften darauf, daß die Frage zur Verhandlung komme, von Beckerath und ich halten dieselbe so lange wie möglich hin. Schlimm wäre es schon an und für sich, wenn diese Frage nicht nach dem Wunsche der Rheinlande entschieden wird; am schlimmsten aber wird dieselbe dadurch wirken, daß sie unfehlbar eine schroffe Spaltung der Parteien, die bisher in Eintracht zusammengewirkt haben, herbeiführt.

(13. Juni). Die Kammer hat mit der Diskussion der politischen Frage ihren Höhepunkt erreicht. Noch steht sie groß, würdig, ja fast einzig da in strengem Maße, in großem Streben. Würde die Session verlängert, so fürchte ich sehr, daß sie zum Teil von ihrer Größe heruntersteigt. Das darf dem ersten preußischen Landtage nicht passieren. Es gereicht zum Wohl des Landes, wenn er zu rechter Zeit schließt und so als ein in sich vollendetes und einiges Ganze dasteht.

In den letzten Tagen wurde die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und die Einführung einer Einkommensteuer diskutiert. Die Kammer hat den betreffenden Gesetzentwurf verworfen. Ich hätte sehr gern dafür das Wort genommen, hatte eine Rede dafür ausgearbeitet — und bin gar nicht zu Wort gekommen, weil mehrere Dutzend Brandenburger Junker sich vordrängten und später die ermüdete Kammer die Abstimmung verlangte. Es tat mir dies um so mehr leid, da gerade in dieser großen Frage mein Votum mit schwerem Gewicht in die Wagschale gefallen sein würde. Camphausen hat eine wunderschöne Rede über dieses Thema gehalten, die ich in meinem Vortrage weiter ausgeführt haben würde.

Morgen wird das Judengesetz beraten, wo ich vielleicht noch einmal das Wort nehmen werde. Damit wird höchst wahrscheinlich meine diesmalige

parlamentarische Tätigkeit geschlossen, da ich bisher den Vorsatz streng befolge, nicht oft, aber im entscheidenden Momente bei großen Fragen in großer Weise zu reden. Ich glaube auf diese Art meinen Standpunkt inmitten verschiedener Parteien am richtigsten bezeichnen zu können.

25. Zwei Reden zur Judengesetzvorlage. 1847 Juni 14, 17.

Wenn ich es wage, nach so viel beredten Worten, die für die völlige Gleichstellung der Juden heute von dieser Rednerbühne ertönten, auch meine Stimme noch dafür zu erheben, so geschieht es, weil ich in einem Punkte von manchem der Redner, die gesprochen haben, wesentlich abweiche. Manche Redner haben die Gleichstellung der Juden um der Juden halber verlangt, ich will aber vorzugsweise diese Gleichstellung um der Christen halber, ich wünsche von einem anderen Standpunkte aus, daß wir Christen befreit werden von der Schuld, die die Vergangenheit auf uns übertragen, von der Sünde, womit wir durch den fortgesetzten Druck der fortdauernden Ungerechtigkeit der Gegenwart uns belasten. Ich fordere, daß der deutsche, der christliche Geist endlich in seiner vollen Reinheit und Wahrheit zur Erscheinung komme.

Meine Herren! Wenn ich den Blick zurückwerfe in die Geschichte und nach den Gründen forsche, weshalb der jüdische Stamm das Prinzip der Trennung und Absonderung so vorwiegend in sich ausgebildet, weshalb er sich seit nahezu 2000 Jahren unversehrt und unvermischt inmitten der christlichen Völker Europas erhalten hat, so kann ich nicht den von der Ministerbank her gehörten Ansichten beistimmen, welche dahin gehen, das mosaische Gesetz enthalte die Grundlage dieser Trennung. Ich finde den tiefen Grund dieser mit Recht auffallenden nationalen Zähigkeit und Widerstandskraft vielmehr in dem unnatürlichen, widerrechtlichen Zwange, der jahrhundertelang auf diesem Volke gelastet hat. Nachdem jahrhundertelang die Juden gezwungen waren, verachtet, entwürdigt, vereinzelt und zersplittert unter den Christen zu leben, wäre es ein Wunder, wenn in diesen Juden nicht der Geist des Hasses, der Trennung und Feindschaft gegen die Christen sich ausgebildet haben sollte. Er hat sich aber ausgebildet, er hat sich in solchem Grade ausgebildet, daß er im Laufe der Geschichte dem christlichen Elemente vielfach gefährlich geworden ist, daß er ihm heute, wo das erhöhte Rechtsbewußtsein mehr als je gegen jeden Druck, jede Knechtschaft streitet, gefährlicher noch als früher zu werden droht.

Forschen wir danach, auf welches Gebiet geistiger und materieller Tätigkeit der Druck des Christentums das Judentum eingeengt hat, so sehen wir zunächst, daß ein Gebiet nicht genommen worden, weil es nicht

genommen werden konnte; dies ist das Gebiet des Geistes, der geistigen Freiheit, der geistigen Forschung. Auf dies uneinnehmbare, keiner menschlichen Willkür unterworfene, innere Gebiet waren die Juden sowohl durch eigene Neigung wie durch fremde Einwirkung hingedrängt, und es sind auf diesem Gebiete eine Reihe der edelsten Geister aus diesem kleinen Stamme, der auf der ganzen Erde zersplittert dasteht, hervorgegangen. Kaum ein Gebiet des Wissens gibt es, auf welchem wir nicht Juden begegnen, welche unbestritten den größten Namen beizuzählen sein werden. Können wir uns die deutsche Philosophie ohne Baruch Spinoza, können wir uns die Bestrebungen auf dem Gebiete der Humanität am Schlusse des vorigen Jahrhunderts ohne Moses Mendelssohn denken? Und ist nicht mit allen Bestrebungen der Gegenwart der jüdische Geist mit tausend Adern verwachsen? Wenn wir anerkennen müssen, daß im Laufe der Geschichte dieses kleine Volk den Acker des Geistes so wacker gepflügt, wenn es, im Verhältnis zu seiner geringen Zahl, die großartigsten Erfolge errungen hat, so haben wir Grund, diese Erscheinung zum Teil in der Naturanlage, vornehmlich aber darin zu suchen, daß man ihm die Gebiete des staatlichen Wirkens versperrt hat. Bei dieser Hinneigung für das geistige Schaffen und Forschen hat sich des Judentums durch den Druck, den es empfunden, ein Geist des Hasses, des bitteren Spottes bemächtigt, welcher namentlich in neuester Zeit seine meisten Ergüsse durchdringt und auf die Anschauungsweise der Gegenwart ätzend und vergiftend einwirkt. Sehen wir uns um in der Geschichte der Literatur der letzten dreißig Jahre, so finden wir mehr und mehr die Journalistik in den Händen der Juden; wir finden, daß die Literatur der Verzweiflung, die Literatur des Weltschmerzes vorzugsweise durch die Juden unter uns sich ausgebildet hat. Wer könnte heute unter uns behaupten, daß er von diesem notwendigen Ausflusse des von bitterem Haß gewürzten jüdischen Geistes unberührt geblieben sei, daß er nichts von diesem Geiste des Spottes und der Verwirrung in sich aufgenommen habe? Jenes negierende Element würde auf den deutschen Geist nicht so übermächtig eingedrungen, die Nation würde freier davon geblieben sein, wenn nicht der Druck der Vergangenheit noch fortdauernd auf dem Geschlecht der Juden lastete. Ich frage nun, ist es mehr im Interesse der Christen, mehr im Interesse des deutschen Volkes oder mehr im Interesse des jüdischen Stammes geboten, daß jener unselige Zustand verschwinde? Neben der Domäne des Geistes, die den Juden nicht zu nehmen war, hat ihnen das Christentum noch eine andere materielle Domäne gelassen, welche einige Redner vor mir schon hervorgehoben haben, die Domäne des Handels, der Finanzen. Auch auf diesem Gebiete hat das Judentum sich siegreich erwiesen, auch da hat es das

Christentum weit überholt, und wider Willen ist heute mancher stolze Christ genötigt, dem mächtigen Einflusse des Judentums auf den Geldmarkt volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die einseitige Ausbildung der geistigen und materiellen Fähigkeiten der Juden ist gar nicht denkbar ohne den christlichen Druck; nur dieser Druck hat ihre Nationalität ungeschwächt erhalten. Ein solcher Zustand aber, der zum Schaden aller den Geist der Ironie und des Spottes ausgebildet hat, der einen Teil des Volkes von dem anderen trennt, ein solcher Zustand, der mitten in der deutschen Nationalität einen fremden Stamm selbständig hinstellt, ist ein trauriger, ein unheilbringender Zustand. Der hier vorliegende Gesetzentwurf strebt, jenen Zustand zu einem bleibenden zu machen, welcher zum Heil unseres Staats nicht länger fortdauern darf. Wir alle haben das größte Interesse daran, daß die nationale Einheit in unserem Vaterlande eine vollkommene werde, daß alle Trennung und Sonderung verschwinde; diese Trennung und Sonderung kann aber nur dann verschwinden, wenn gleiche Rechte und gleiche Pflichten allen Staatsbürgern zuteil geworden sind, wenn das Bewußtsein der Freiheit und Rechtsgleichheit in allen die Liebe zum Vaterlande begründet und erhält. Wir verlangen von dem Judentum und müssen es von ihm verlangen, daß es preußisch, daß es deutsch werde; wir können nicht zugeben, daß der Jude von dem Vaterland sich ausschließe, daß er sich nicht als unser gleichberechtigter Mitbürger, sondern als ein verachteter, rechtloser Fremdling betrachte; wir können, wir dürfen es nicht in unserem eigenen Interesse. Damit der unter uns lebende Jude preußisch werde, damit er unserem Staate mit Leib und Seele angehöre, müssen wir ihm die Rechte, die der Mensch in dem Juden reklamiert, die Rechte, die er als das unveräußerliche Eigentum seiner menschlichen Natur fordert, gewähren. Lassen Sie uns dartun durch unser Votum, daß in unserer Nation die Bildung hoch genug gestiegen ist, um den christlichen Geist in höherer Weise zu begreifen, als zu jener Zeit, wo er in konfessioneller Starrheit feindlich sich gegen Andersgläubige stemmte; lassen Sie uns dartun, daß der christliche Geist der Liebe und Gerechtigkeit gegen alle wahrhaft in uns ist, daß wir diesem christlichen Geiste die Macht zutrauen, auch die Andersgläubigen unter uns mit wahrhaft christlicher Liebe, mit christlicher Gerechtigkeit zu erfüllen, daß wir ihm die Macht zutrauen, im ganzen Gebiete des Staatslebens sich geltend zu machen, weil er Geist vom Geiste, weil er die Wahrheit ist, der der Sieg nicht genommen werden kann. Meine Herren! Der denkt nicht groß von dem Christentum, der da glaubt, daß es möglich gewesen wäre, daß der christliche Geist 18 Jahrhunderte lang auf das Judentum hätte einwirken können, ohne in das Innere des Judentums eingedrungen zu sein. Das heißt, meine Herren,

an dem christlichen Geist, an der Wahrheit verzweifeln. Ich teile diesen Glauben, diese Furcht nicht! Mögen im mosaischen Gesetze einzelne Lehrsätze da sein, die nicht mit dem Christentum übereinstimmen, so glaube ich, daß sie ihrem Wesen nach längst aus dem Bewußtsein der Gegenwart entschwunden sind; ich glaube, daß die Gegenwart, bewußt und unbewußt, in allen Gliedern, sei ihre Konfession, welche sie wolle, von dem Geiste des Christentums durchdrungen ist. Ich bitte Sie, geben Sie dem Votum für völlige Gleichstellung der Juden Ihre Zustimmung und beweisen Sie dadurch, daß das Christentum zu einem höheren Begriffe seiner selbst gekommen ist, daß der christliche Geist von den Banden des Vorurteils sich befreit hat.

(Juni 17). M. H. Ich glaube, daß es dem verehrten ritterschaftlichen Abgeordneten von Westfalen vollkommen gelungen ist, vor Ihnen darzutun, daß die Rechte, welche den Juden bereits durch das Gesetz von 1812 in bezug auf akademische Lehrämter gewährt worden sind, heute nicht in beschränktem Sinne interpretiert werden dürfen, daß diese Rechte in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten werden müssen. Wenn diesem Edikte ältere statutarische Bestimmungen einzelner Universitäten aus dem 16. Jahrhundert entgegenstehen, so glaube ich, daß jene Bestimmungen im Laufe der Zeit wesentliche Modifikationen erlitten haben, daß sie noch in neuerer Zeit gerade durch jenes Edikt von 1812 modifiziert worden sind, und daß sie heute nicht mehr gelten.

Es wird aber wesentlich darauf ankommen, außer dem rechtlichen Standpunkte, der für die Juden aus dem Edikt von 1812 hervorgeht, noch auf den Standpunkt aufmerksam zu machen, den die Ausführung des königlichen Kommissars der freien Wissenschaft gegenüber einnimmt. Wenn derselbe darzutun versucht hat, daß zu den akademischen Lehrämtern vorzugsweise ein wesentlich christlicher Geist notwendig sei, so kommt es vor allen Dingen darauf an, zu untersuchen, worin der christliche Geist besteht, und wie er jedem einzelnen anschaulich und sichtbar gemacht werden kann. Um ihn zu begreifen, muß vor allem das mystische Dunkel, worin er eingehüllt ist, zerstreut werden.

Meine Herren, wenn wir einige Jahrhunderte in die Geschichte zurückgehen und uns über das Wesen des christlichen Geistes Klarheit zu verschaffen suchen, so finden wir, daß die Auffassung dieses Geistes am Schlusse des 14. Jahrhunderts eine andere war, als am Schlusse des 15. Jahrhunderts, am Schlusse des 15. Jahrhunderts eine andere, als am Schlusse des 16. Jahrhunderts. Aus dem Munde des Herrn Regierungskommissars haben wir gehört, daß eines der Statute, welche er anführte, das Statut der Universität zu Greifswalde, vom Jahre 1462 datiere, insofern die Notiz, welche ich mir gemacht habe, richtig ist ....

Christentum weit überholt, und wider Willen ist heute mancher stolze Christ genötigt, dem mächtigen Einflusse des Judentums auf den Geldmarkt volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die einseitige Ausbildung der geistigen und materiellen Fähigkeiten der Juden ist gar nicht denkbar ohne den christlichen Druck; nur dieser Druck hat ihre Nationalität ungeschwächt erhalten. Ein solcher Zustand aber, der zum Schaden aller den Geist der Ironie und des Spottes ausgebildet hat, der einen Teil des Volkes von dem anderen trennt, ein solcher Zustand, der mitten in der deutschen Nationalität einen fremden Stamm selbständig hinstellt, ist ein trauriger, ein unheilbringender Zustand. Der hier vorliegende Gesetzentwurf strebt, jenen Zustand zu einem bleibenden zu machen, welcher zum Heil unseres Staats nicht länger fortdauern darf. Wir alle haben das größte Interesse daran, daß die nationale Einheit in unserem Vaterlande eine vollkommene werde, daß alle Trennung und Sonderung verschwinde; diese Trennung und Sonderung kann aber nur dann verschwinden, wenn gleiche Rechte und gleiche Pflichten allen Staatsbürgern zuteil geworden sind, wenn das Bewußtsein der Freiheit und Rechtsgleichheit in allen die Liebe zum Vaterlande begründet und erhält. Wir verlangen von dem Judentum und müssen es von ihm verlangen, daß es preußisch, daß es deutsch werde; wir können nicht zugeben, daß der Jude von dem Vaterland sich ausschließe, daß er sich nicht als unser gleichberechtigter Mitbürger, sondern als ein verachteter, rechtloser Fremdling betrachte; wir können, wir dürfen es nicht in unserem eigenen Interesse. Damit der unter uns lebende Jude preußisch werde, damit er unserem Staate mit Leib und Seele angehöre, müssen wir ihm die Rechte, die der Mensch in dem Juden reklamiert, die Rechte, die er als das unveräußerliche Eigentum seiner menschlichen Natur fordert, gewähren. Lassen Sie uns dartun durch unser Votum, daß in unserer Nation die Bildung hoch genug gestiegen ist, um den christlichen Geist in höherer Weise zu begreifen, als zu jener Zeit, wo er in konfessioneller Starrheit feindlich sich gegen Andersgläubige stemmte; lassen Sie uns dartun, daß der christliche Geist der Liebe und Gerechtigkeit gegen alle wahrhaft in uns ist, daß wir diesem christlichen Geiste die Macht zutrauen, auch die Andersgläubigen unter uns mit wahrhaft christlicher Liebe, mit christlicher Gerechtigkeit zu erfüllen, daß wir ihm die Macht zutrauen, im ganzen Gebiete des Staatslebens sich geltend zu machen, weil er Geist vom Geiste, weil er die Wahrheit ist, der der Sieg nicht genommen werden kann. Meine Herren! Der denkt nicht groß von dem Christentum, der da glaubt, daß es möglich gewesen wäre, daß der christliche Geist 18 Jahrhunderte lang auf das Judentum hätte einwirken können, ohne in das Innere des Judentums eingedrungen zu sein. Das heißt, meine Herren,

an dem christlichen Geist, an der Wahrheit verzweifeln. Ich teile diesen Glauben, diese Furcht nicht! Mögen im mosaischen Gesetze einzelne Lehrsätze da sein, die nicht mit dem Christentum übereinstimmen, so glaube ich, daß sie ihrem Wesen nach längst aus dem Bewußtsein der Gegenwart entschwunden sind; ich glaube, daß die Gegenwart, bewußt und unbewußt, in allen Gliedern, sei ihre Konfession, welche sie wolle, von dem Geiste des Christentums durchdrungen ist. Ich bitte Sie, geben Sie dem Votum für völlige Gleichstellung der Juden Ihre Zustimmung und beweisen Sie dadurch, daß das Christentum zu einem höheren Begriffe seiner selbst gekommen ist, daß der christliche Geist von den Banden des Vorurteils sich befreit hat.

(Juni 17). M. H. Ich glaube, daß es dem verehrten ritterschaftlichen Abgeordneten von Westfalen vollkommen gelungen ist, vor Ihnen darzutun, daß die Rechte, welche den Juden bereits durch das Gesetz von 1812 in bezug auf akademische Lehrämter gewährt worden sind, heute nicht in beschränktem Sinne interpretiert werden dürfen, daß diese Rechte in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten werden müssen. Wenn diesem Edikte ältere statutarische Bestimmungen einzelner Universitäten aus dem 16. Jahrhundert entgegenstehen, so glaube ich, daß jene Bestimmungen im Laufe der Zeit wesentliche Modifikationen erlitten haben, daß sie noch in neuerer Zeit gerade durch jenes Edikt von 1812 modifiziert worden sind, und daß sie heute nicht mehr gelten.

Es wird aber wesentlich darauf ankommen, außer dem rechtlichen Standpunkte, der für die Juden aus dem Edikt von 1812 hervorgeht, noch auf den Standpunkt aufmerksam zu machen, den die Ausführung des königlichen Kommissars der freien Wissenschaft gegenüber einnimmt. Wenn derselbe darzutun versucht hat, daß zu den akademischen Lehrämtern vorzugsweise ein wesentlich christlicher Geist notwendig sei, so kommt es vor allen Dingen darauf an, zu untersuchen, worin der christliche Geist besteht, und wie er jedem einzelnen anschaulich und sichtbar gemacht werden kann. Um ihn zu begreifen, muß vor allem das mystische Dunkel, worin er eingehüllt ist, zerstreut werden.

Meine Herren, wenn wir einige Jahrhunderte in die Geschichte zurückgehen und uns über das Wesen des christlichen Geistes Klarheit zu verschaffen suchen, so finden wir, daß die Auffassung dieses Geistes am Schlusse des 14. Jahrhunderts eine andere war, als am Schlusse des 15. Jahrhunderts, am Schlusse des 15. Jahrhunderts eine andere, als am Schlusse des 16. Jahrhunderts. Aus dem Munde des Herrn Regierungskommissars haben wir gehört, daß eines der Statute, welche er anführte, das Statut der Universität zu Greifswalde, vom Jahre 1462 datiere, insofern die Notiz, welche ich mir gemacht habe, richtig ist ....

Regierungskommissar Brüggemann: Vom Jahre 1549.

So ist meine Notiz falsch. Ich glaubte gehört zu haben, daß es vom Jahre 1462 sei. Ist es von 1549, so stößt das allerdings die Folgerung um, die ich darauf zu gründen gedacht hatte. Ich wollte nämlich darauf aufmerksam machen, daß vor der Reformation nur eine Auffassung des christlichen Geistes für die ganze christliche Welt — die katholische — bestand. Die Reformation zersprengte die Einheit und begründete eine neue, eine andere Auffassung; es wäre aber durchaus irrig, ganz der Geschichte widersprechend, wenn man annehmen wollte, daß der Katholizismus diese neue Auffassung des christlichen Geistes sofort als eine wahre angenommen hätte. Im Gegenteil, der Katholizismus behauptete Jahrhunderte hindurch, daß jene Auffassung des Protestantismus keine christliche sei, und erst nach langen blutigen Kriegen gelangten wir im Westfälischen Frieden zu dem Waffenstillstande, welcher die protestantische Auffassung des christlichen Geistes als eine im staatlichen Leben mit der katholischen gleichberechtigte, als eine christliche anerkannte. Heute befinden wir uns in derselben Lage, wie zur Zeit der Reformation. Es gehen abermals reformierende Bewegungen auf dem Gebiete der christlichen Kirche vor; abermals sind Tausende aus den im Westfälischen Frieden anerkannten Kirchen ausgetreten, und es fragt sich, woher wollen wir das Urteil nehmen, ob die Ausgetretenen auf dem Boden des Christentums stehen oder nicht? Wer soll darüber entscheiden? Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß der Herr Kultusminister meinte, eine der drei anerkannten Konfessionen müßte darüber entscheiden, ob die Ausgetretenen noch auf dem christlichen Boden ständen, ob sie vom christlichen Geiste noch durchdrungen wären. Meine Herren! So wenig der Katholizismus geneigt war, bei dem Beginn der Reformation diese als eine christliche anzuerkennen, ebensowenig werden heute die vom Staate anerkannten Konfessionen geneigt sein, den wahren christlichen Geist, das Wesen dieses Geistes in den neu sich bildenden Konfessionen anzuerkennen. Es liegt in dem Wesen jeder Religion, daß sie einzig und allein die Wahrheit zu besitzen glaubt; sie muß daran festhalten, sie darf von diesem Glauben nicht lassen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Die religiöse Wahrheit kann für den Gläubigen nur eine sein. Für zwei verschiedene Auffassungen dieser Wahrheit hat der Geist keinen Raum. Darum haben wir gesehen, daß in Deutschland zu der Zeit, als die christliche Religion sich in mehrere Konfessionen trennte, als aus der einen katholischen Kirche mehrere christliche Kirchen wurden, daß zu der Zeit, sage ich, ein anderes, ein drittes erstand, das Bewußtsein, daß auch in verschiedenen konfessionellen Formen derselbe unendliche und ewige Geist geglaubt werden könne, die freie Wissenschaft, die sich unter und neben die kirchlichen Konfessionen

frei und selbständig hinstellte. Die beiden christlichen Konfessionen enthielten und enthalten noch heute unversöhnliche Gegensätze, beide behaupteten und behaupten, im ausschließlichen Besitze der Wahrheit zu sein; die deutsche freie Wissenschaft übernahm die Vermittelung zwischen diesen feindlichen Konfessionen, sie übernahm die Begründung einer wahren und aufrichtigen Toleranz, sie übernahm es, die verlorene Einheit und Freiheit, die von dem konfessionellen Standpunkte aus nicht zu begreifen, nicht herzustellen war, der Nation wiederzuerobern; sie übernahm es, das wahre Wesen aller Religionen zu begreifen und dem Volksbewußtsein zu vermitteln. Wir sehen seit den drei Jahrhunderten, die seit der Reformation hingegangen sind, die deutsche Wissenschaft sich freier und freier entwickeln, wir sehen sie mehr und mehr die Freiheit des Geistes neben die konfessionellen Unterschiede der Kirche selbständig hinstellen, wir sehen endlich die gänzliche Lossagung der Wissenschaft von bestimmten Religionsformen vor sich gehen. Ich glaube, meine Herren, daß es einer der größten Akte der neueren Weltgeschichte gewesen ist, als in Deutschland zuerst die Sichtung und Trennung der Begriffe von Religion und Religionsformen, von Kirche und Wissenschaft stattgefunden, als sich die deutsche Wissenschaft selbst und aus eigenem Rechte für absolut frei erklärt hat. Diese Freiheitserklärung war die Tat der größten, der edelsten Geister unseres Volkes. Meines Wissens ist die Zeit in unserem Vaterlande noch nicht lange her, wo das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten und des Unterrichts diese Freiheit der deutschen Wissenschaft anerkannte, wo es gerade in der Anerkennung dieser Freiheit seinen Ruhm und seine Ehre suchte. Leider ist man in den letzten Jahren von jener Auffassung zurückgegangen, man ist heute sogar im Begriff, wieder zu dem in blutigen Schlachten überwundenen konfessionellen Standpunkte vergangener Jahrhunderte überzugehen. Es zeigen sich auch sofort Bewegungen und Spaltungen in allen Religionen auf dem konfessionellen Gebiete. Diese Spaltungen sind nur die notwendigen Früchte des Geistes, der neuerdings in den höheren Regionen des Staatslebens zur Herrschaft gelangt ist. Ich glaube nicht, daß wir es, nachdem wir das konfessionelle Element überwunden hatten, als einen Fortschritt bezeichnen dürfen, wenn dieses Element in der Schärfe, in der Starrheit wiederkehrt, wie es jetzt geschieht, ich glaube vielmehr, daß diese Erscheinung die unerfreulichste und beklagenswerteste, die der nationalen Entwicklung feindlichste ist. Es ist vorher von dem Kommissar der Regierung entwickelt worden, daß sich mehrere akademische Disziplinen, namentlich die Lehre von dem Rechte, die Lehre der Philosophie und die Lehre der Geschichte, nicht vereinigen lassen mit unchristlichem Geiste, daß es wesentlich sei, daß der christliche Geist in ihnen vorwalte, sie durchdringe und beherrsche.

Meine Herren, ich bitte Sie, lassen Sie uns wohl die Konsequenzen dieses Satzes erwägen, denn er gehört zu den tiefsten, wirkungsvollsten und gefährlichsten, die wir von dieser Stelle aus vernommen haben. Wenn zugegeben werden könnte, auch nur einen Moment lang, daß ein bestimmter Geist als christlicher Geist vom Staate deklariert werden könnte, im Gegensatz zu dem wahrhaft freien christlichen Geist, der in keinem Jahrhundert in seiner Form, stets aber in seinem Wesen derselbe, der in jedem Momente sich selbst bestimmt und im Laufe der Zeit noch unendlich weiter bestimmen wird — wenn, sage ich, zugegeben würde, daß ein solcher Geist statutarisch durch den Staat festgestellt werden könnte, so wäre es mit der freien Wissenschaft zu Ende. Könnten wir wohl noch da Freiheit der Wissenschaft, Freiheit der Forschung und der Lehre anerkennen, wo eine Regierung den Vertretern der Wissenschaft die Notwendigkeit auferlegt, zu einem bestimmten Resultate, zu einer von der Regierung fixierten Auffassung des christlichen Geistes hinzukommen? Wir haben gehört, daß die Philosophie zwar nicht notwendig von dem Christentum ausgehe, die Voraussetzungslosigkeit der philosophischen Forschung wurde uns zugegeben. Wir haben aber auch gehört, daß in dem christlichen Staate die Philosophie sich notwendig in Übereinstimmung mit dem christlichen Geiste befinde, daß diese Übereinstimmung in ihren Schlüssen sich manifestieren müsse. Ich frage aber, wie können wir frei forschen, wenn ein bestimmtes Ziel uns vorgesteckt, wenn das Wesen des Geistes, die Freiheit und Unendlichkeit, uns vom Staate bestritten und genommen ist? Die freie Wissenschaft existiert nur dadurch, daß sie alle Bande, alle Voraussetzungen bei ihrem Forschen von sich wirft, daß sie nur dasjenige als richtig und wahr anerkennt, was sie auf dem Wege freier Forschung gefunden hat.

Wollen Sie die Voraussetzung des christlichen Staates, der den christlichen Geist selbst nicht zu definieren vermag, und welcher dennoch von uns verlangt, daß wir nur diejenigen Offenbarungen des christlichen Geistes, die ihm genehm sind, für wahr halten, daß wir andere Offenbarungen desselben Geistes, die das weite Feld der Geschichte birgt, verwerfen, daß wir also auf die unendliche und freie Selbstbestimmung unseres Geistes verzichten sollen, wollen Sie diese Voraussetzungen zugeben, so ist es mit der weiteren Entwicklung unseres Volkes, ja der ganzen christlichen Menschheit zu Ende. — Ich würde den Augenblick für den traurigsten Augenblick meines Lebens halten, wenn ich erkennen müßte, daß jene höchste Errungenschaft der Geschichte, jene absolute Freiheit der Wissenschaft, die jahrhundertelang sich in dem deutschen Geiste so herrlich, so glänzend manifestiert hat, die der Ruhm und der Stolz unserer Nation gewesen ist, uns und der Welt verloren gehen könnte.

Deshalb bitte, deshalb beschwöre ich Sie, meine Herren! Lassen Sie uns alle konfessionellen Trennungen von uns fernhalten, lassen Sie uns dem freien Geiste der deutschen Wissenschaft huldigen, lassen Sie uns anerkennen, daß unser Volk in seiner Bildung hoch genug gestiegen ist, um keiner konfessionellen Unduldsamkeit, keinem ungerechtfertigten Geisteszwange mehr Raum zu geben.

26. Berlin, 1847 Juni 17.

In dieser Woche haben wir jetzt vier Tage hintereinander das Judengesetz beraten und werden dasselbe erst morgen beendigen. Eine völlige Emanzipation der Juden wird schwerlich durchgehen, aber in allen wesentlichen Punkten ist die Entscheidung der Kammer günstig. Meine besten Wünsche begleiten diese Frage der Menschheit, und ich habe heute in der Kammer eine zwar sehr kurze, aber, wenn ich mich nicht täusche, eine wirksame Rede für die Freiheit der deutschen Wissenschaft und des deutschen Glaubens gehalten, eine Rede, die gewaltsam durch ihre wahre innere Begeisterung alle Hörer mit sich fortgerissen hat. Ich denke, daß diese Rede den Schlußpunkt meiner diesmaligen Bestrebungen bilden wird, wenn nicht die große Frage der Preßfreiheit mich künftigen Montag (Juni 21) noch einmal nötigt, das Wort zu ergreifen. Mit meinem Wirken hier bin ich zufrieden, und ich nehme jedenfalls das ungetrübte Bewußtsein mit nach Hause, nach besten Kräften und mit bestem Willen an der Entwicklung des Vaterlandes in dem größten geschichtlichen Moment dieses Jahrhunderts in den vordersten Reihen mitgekämpft zu haben. Gegen diesen ersten Vereinigten Landtag werden alle künftigen in den Schatten treten, denn das Fundament eines großen nationalen Baues kann nur einmal gelegt werden.

27. Berlin, 1847 Juni 19, 20.

Wir haben jetzt fünf Tage bereits das Judengesetz beraten und kommen erst heute mit diesem hochwichtigen Gegenstand zu Ende. Wie der definitive Ausgang der Beratung sein wird, weiß ich in diesem Augenblick noch nicht. Ich hoffe, ein guter! (Juni 20.) Gestern wurde die Beratung des Judengesetzes zu Ende gebracht, und schließlich die gänzliche Gleichstellung mit 215 gegen 185 Stimmen verworfen. Es sind übrigens so wesentliche Zugeständnisse beschlossen, daß zur vollen Gleichstellung im wesentlichen nichts fehlt als ständische Rechte. In der Kammer will man also zunächst noch keinen Juden haben.

Mein Zimmer wird kaum leer von Schutzzolleuten aus allen Weltgegenden — dem langweiligsten Volk der Erde. Ich hätte nach dem

Wunsche dieser Rasse nichts anderes und bedeutenderes hier zu tun, als ihre Weisheit anzuhören. Eine verdrießliche Geschichte, die mir zuweilen einen recht tiefen Groll beibringt.

28. Berlin, 1847 Juni 24.

Am 26. Juni ist bestimmt Schluß des Landtages. Die letzten Tage hier sind nicht ohne heißen Kampf gewesen, und namentlich ich habe mit einem kleinen Häuflein Getreuer, mit 31 gegen 418, mich gestern auf der Bresche gefunden. Morgen sollen Wahlen vollzogen werden, welche höchstwahrscheinlich die größere Mehrzahl der Rheinländer ablehnen wird. Meine Mission hier ist ihrem ganzen Umfange nach vollendet.

1848—1850.

Zur Geschichte der politischen Bewegung.

a) Bis zum Schlusse des zweiten Vereinigten Landtags April 1848.

1. Anton Freiherr von Doblhoff*) an G. Mevissen. Wien, 1847 Dezember 16.

Da ich den Tag nach unserer mir unvergeßlichen Fahrt von Kiel nicht mehr so glücklich war, Sie anzutreffen, so gestatten Sie mir, durch briefliche Verständigung den Faden einer Bekanntschaft wieder anzuknüpfen, die für mich von hohem Werte ist. Ihr brüderliches Wohlwollen und Vertrauen ermutigen mich zu diesem Versuche, der tiefe Schmerz aber, der mich neuerdings bei Vergleichung der Kulturzustände Norddeutschlands und seiner geistigen Erhebung mit der Lage meines Vaterlandes erfüllte, drängt mich zu demselben. Diese Kluft, welche sich durch die Erhebung einerseits und durch die Erniedrigung andererseits gebildet hat, erschreckte mich, und — dennoch kann ich an der Ausfüllung noch immer nicht verzweifeln, sollte sie auch nur mit den Leichen der Vorkämpfer für eine edlere Zukunft bewerkstelligt werden können. Der gegenwärtige Zustand in Österreich ist seinem Ende nahe, — wohl heißt es, daß die Vorsehung die Schicksale der Völker leitet, allein was vermag sie ohne ihre Kinder — die Gedanken der Menschen —, welche sie erraten und verstehen müssen, und ohne Menschenhände, die ihren Winken gemäß das Ruder bewegen. Indem der Boden unter uns schwankt, blicken wir nach diesen Himmelszeichen — bis jetzt aber haben wir die gebotene Richtung nicht deutlich genug erkennen können. Soll

---

*) Doblhoff war einer der Vorkämpfer der liberalen Ideen in Österreich. Er wurde im Mai 1848 Handelsminister, im Juli 1848 Minister des Innern. Er suchte dann bis zum Herbst eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben, legte aber im Oktober der beginnenden Reaktion gegenüber sein Amt nieder. Mevissen war im Dezember 1847 gelegentlich der Versammlung des Eisenbahnvereins in Hamburg mit ihm zusammengetroffen.

ein neues Österreich erstehen aus eigener alleiniger Kraft und durch die vereinten Anstrengungen seiner vielgegliederten Elemente? oder soll Österreichs deutscher Stamm, der Stimme der Natur, dem Nationalgefühle und dem Rufe seiner der deutschen Geschichte angehörigen Ahnen folgend, an Deutschland sich ergänzend schmiegen, das selbst zerrissen, zum Teil vornehm, zum Teil ängstlich auf dasselbe zurückblickt. Sie sehen, ich spreche offen, — ich spreche im innigsten Vertrauen, das Ihr Wesen, das der Ton und Gehalt Ihrer Worte mir eingeflößt hat. Die Regungen eines politischen Bewußtseins, einer Befreiung aus der Knechtung des Geistes und eine Erhebung desselben zu moralischen und materiellen Fortschritten durchzucken mehr oder weniger alle österreichischen Provinzen, sie gewinnen von Tag zu Tag größeren Umfang, sie treten immer entschiedener auf, und sie kräftigen sich durch Einigung. Ungarn und Böhmen bieten uns die Hand — nur Deutschland scheint uns aufgegeben zu haben, scheint unsere Schicksale mit Gleichgültigkeit aus der Ferne zu beobachten. Deutschlands Presse hat über uns abgesprochen, sie verschmäht es, unsere Verhältnisse und unsere Kämpfe nach Recht, Licht und Wahrheit zu erforschen und zu einer deutschen Angelegenheit zu erheben — sie unterscheidet daher auch nicht zwischen Volk und Regierung und formuliert in der öffentlichen Meinung und in den Herzen der deutschen Völkerstämme ein Deutschland mit Ausschluß von Österreich und den darin befindlichen Genossen.

Wie ist dieser widernatürlichen Spaltung entgegenzuwirken? Die Wurzel der Isolierung lag und liegt fortwährend in den übel beratenen Interessen zweier großer Regierungsmächte; wer unterstützt und nährt sie aber? Täusche ich mich nicht, so ist es die gesamte High-Aristocracy und Bureaukratie, welche in dem System der österreichischen Regierung den Stützpunkt und das Asyl ihrer Herrschaft erblicken und vergegenwärtigt erhalten wünschen. Sie stehen im geheimen Bunde, sie unterdrücken jede bessere Meinung über das österreichische Volk und seine innersten Bedürfnisse, sie verwirren jede klare Vorstellung über uns und unsere Sympathie. Gegen diesen Bund ist anzukämpfen, vor allem aber die betrogene deutsche Presse aufzuklären und zu vermögen, die deutsche Sache in ihrer Gesamtheit aufzufassen und zu fördern.

So weit, verehrter Freund, in kurzen Zügen meine Ansicht; ich will sie nicht weiter auseinandersetzen, bevor ich nicht Ihre Meinung darüber kenne. Sind Sie geneigt, auf diesen Austausch einzugehen, so erfreuen Sie mich mit einigen Zeilen; um aber keine der Sache schuldige Vorsicht außer acht zu lassen, so bitte ich, Ihren an mich adressierten Brief mit einem zweiten Umschlag und der äußeren Adresse an meinen Beamten

(Herrn Ernst Boehme, Ökonomieinspektor der Herrschaft Weickersdorf zu Baden bei Wien) zu versehen.

Mögen Sie aber auch aus was für Gründen sich nicht veranlaßt finden, auf einen Rapport mit mir sich einzulassen, so nehmen Sie jedenfalls die Versicherung hin, daß mir selbst der kurze Verkehr mit Ihnen sehr wertvoll bleiben wird, und daß meine Erinnerungen stets nur von hoher Achtung für Sie begleitet sein werden.

2. G. Mevissen an Anton Freiherrn von Doblhoff in Wien. Köln, 1848 Januar 10.

Die inhaltsschweren Zeilen, die Sie die Güte hatten, mir zugehen zu lassen, rufen mir auf die schönste Weise die Fahrt nach Kiel und den Aufenthalt in Hamburg zurück und eröffnen die erfreuliche Aussicht, den dort begonnenen Gedankenaustausch weiter fortzubilden. Auf der Einheit aller deutschen Stämme beruht die geistige und materielle Wohlfahrt des Vaterlandes. Die Einheit der deutschen Stämme ist nicht vorhanden, so lange Preußen und die kleinen süddeutschen Staaten in ihrer politischen Richtung auseinandergehen, aber sie ist ebensowenig vorhanden, so lange die politischen Richtungen Preußens und Österreichs entschieden divergieren. Preußen im Verein mit den süddeutschen Staaten würde eine zusammengewürfelte, jedem Angriffe ausgesetzte Großmacht von 30 Millionen Einwohnern bilden, umgeben von zwei übermächtigen, schon durch die größere Zentralisation stärkeren Nachbarn, Frankreich und Rußland. Ein solches Preußen kann möglicherweise durch Geschick, Glück und Besonnenheit seine Stellung konservieren, aber nie ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale der europäischen Politik werfen, nie die unabweisliche historische Mission der deutschen Nation erfüllen. Die Überzeugung, daß kein Glied vom Ganzen ausgeschlossen werden, kein Stamm sich isolieren darf, wenn die Hoffnungen der Vaterlandsfreunde auf eine würdige und machtvolle Entfaltung des deutschen Elementes sich verwirklichen sollen, ist in den denkenden Köpfen der Nation durchaus lebendig, und auch in der deutschen Presse hat diese Auffassung sich Bahn gebrochen. Die Deutsche Zeitung von Heidelberg hat in einer Reihe von trefflichen Artikeln über die Stellung Österreichs zu Deutschland diesen Standpunkt vertreten; die Kölner Zeitung, das verbreitetste Organ der öffentlichen Meinung Preußens, hat mit Wärme und Takt in leitenden Artikeln diese Frage behandelt, und wenn noch eine Gewähr für die noch lebenswarme, tiefe Sympathie für die innere Entwicklung Österreichs in den süddeutschen Staaten nottut, so mögen die in Heppenheim

im September v. J. gepflogenen Beratungen von Deputierten dieser Staaten sie bieten. In Heppenheim wurde aufs entschiedenste anerkannt, daß ohne den Beitritt Österreichs auf die Dauer keine wahrhaft deutsche Politik ins Leben treten, ja selbst die innere Organisation der einzelnen deutschen Staaten nicht gesichert erscheinen kann. So lange Österreich nicht in die Reihe der Verfassungsstaaten mit zeitgemäßen Institutionen eingetreten sein wird, so lange lagert eine fremde, von abweichenden Lebensanschauungen getragene, nach abweichendem Ziele strebende Macht im Allerheiligsten des deutschen Volkes, in seinem, wenn auch zurzeit nicht populären, doch den Keim großartiger Entwickelung in sich tragenden Zentralorgan, dem Deutschen Bunde.

Die vorstehenden Zeilen mögen dartun, wie sicher ich durchdrungen bin von der Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens, einer möglichst gleichmäßigen politischen Entwickelung sämtlicher deutschen Stämme. Wenn auch Österreichs Gegenwart dunkel umwölkt, wenn auch seine Staatsmänner in diesem Augenblick des Willens wie der Einsicht ermangeln, so vertraue ich doch fest darauf, daß in der Geschichte eine höhere Macht waltet, die das Notwendige ins Dasein ruft, und der im rechten Augenblick die tüchtigen Werkzeuge nicht fehlen werden. Die Völkerindividuen sind im 19. Jahrhundert so weit in der Entwickelung vorangeschritten, daß ihr naturgemäßer Gang wohl noch eine Weile gehemmt, aber nicht dauernd zurückgedrängt werden kann. Nur in der Jugendepoche der Völker sind ihre Umrisse so weich und unbestimmt, ihre Interessen und ihr Bedürfnis noch so wenig entwickelt, daß die Machthaber bestimmend in das vorgefundene Räderwerk eingreifen, den Nationalcharakter beugen und modifizieren können. Ich fürchte nicht, daß Österreichs Regierung sich dauernd von der Entwickelung der übrigen Staaten trennen und lossagen wird, weil die Interessen des Kaiserstaates und die Interessen des in ihm noch herrschenden deutschen Stammes gebieterisch das Gegenteil fordern. Die preußische Entwickelung vor allem wird auf Österreich zurückwirken, die drohende Miene der fremden magyarischen und italienischen Elemente wird Besonnenheit und Fortschritt empfehlen. Der Drang nach großer nationaler Selbständigkeit und nach freieren Institutionen wird in Ungarn und in der Lombardei täglich mächtiger und läßt sich nur beschwichtigen durch Nachgeben. Wo anders aber als aus seinen deutschen Erblanden will Österreich die Kraft hernehmen, den für die Monarchie gefährlichen Übergreifen der fremden nationalen Elemente zu begegnen? Nur mit diesen Erblanden ist sein Fürstenhaus fest verwachsen und diese tragen die unzerstörbare Erinnerung des deutschen Kaisertums in sich. Magyaren und Lombarden werden, wenn nicht

durch die Übermacht des deutschen Geistes festgehalten, in tollem Zorn das Band der Monarchie zersprengen und unter eigenem Herrscher ihr Heil versuchen. Das deutsche Element der österreichischen Erblande bedarf heute mehr als je der Stärke und der freien geistigen und materiellen Entwickelung. Der Riß zwischen Österreich und Preußen und den süddeutschen Staaten einerseits und der Riß zwischen dem deutschen Österreich und zwischen dem ungarischen und italienischen darf nicht größer werden. Jede auch noch so kurzsichtige und schwache Regierung muß auf die Ausfüllung desselben Bedacht nehmen.

Was kann von seiten des Volkes in den österreichisch-deutschen Provinzen geschehen, um die Regierung an diese Pflicht zu mahnen, sie auf gesetzlichem Wege zur Erfüllung derselben zu veranlassen?

Das erste, was, wie es mir scheint, nottut, ist eine enge Verbindung der deutschen Stämme inklusive Böhmens unter sich. Böhmen kann das Ergebnis der Geschichte, die Bewältigung des Slavismus durch die Germanen, nicht rückgängig machen — es ist mit tausend Adern dem deutschen Geiste verwachsen. Diese innige Zusammengehörigkeit muß in dem Bewußtsein der Böhmen fortdauernd wach erhalten werden, auf dem Wege der Presse und auf dem Wege mündlicher Verständigung und Überzeugung. Bei der strengen, zurzeit bei Ihnen herrschenden Zensur muß die persönliche Rührigkeit und Vermittelung der einzelnen das Amt der Presse so viel wie möglich übernehmen und vor allem eine Verständigung unter ständischen Mitgliedern der verschiedenen deutschen Landesteile herbeizuführen suchen. Gleiche Anträge, gemäßigt in Inhalt und Form, müssen dem Gouvernement aus allen ständischen Körpern entgegentreten. Materielle Fragen sind zuweilen vortreffliche Vorläufer der geistigen. Die Masse des Volks begreift schneller seine materiellen als seine geistigen Interessen. Anschluß an den Deutschen Zollverein für die Erblande, Einführung eines mit den übrigen deutschen Staaten gemeinsamen Gesetzbuches, Gleichheit in den Posteinrichtungen und in Münze, Maß und Gewicht — alles das sind Fragen, worin Stände und Regierung leicht Hand in Hand gehen und welche, ins Leben getreten, der künftigen Verfassungsentwickelung den Boden bereiten werden.

Das Bewußtsein der Einheit und Gemeinsamkeit der Interessen der sämtlichen deutschen Stämme wird sehr geweckt durch Einsicht und Vergleichung der Institutionen der verschiedenen Gebiete. Einer scharfen kritischen Verarbeitung des Materials wird die Zensur entgegentreten, aber die strengste Zensur kann nicht verhindern, daß z. B. in einer populären Darstellung die Grundzüge der preußischen und österreichischen Gemeinde- und ständischen Verfassung, sowie der Agrargesetzgebung beider

Länder gegeneinander gestellt und in ihrer Verschiedenheit dem Volke zur Anschauung gebracht werden. Sie haben, um den Volksgeist zu erwecken, Komitees nötig zur Verbreitung gemeinnütziger Schriften. Die offiziellen Blätter derjenigen deutschen Regierungen, welche bereits die Öffentlichkeit des Staatslebens bei sich eingeführt haben, verdienen Verbreitung in weiten Kreisen, weil sie das Spiel der politischen Institutionen in den Nachbarlanden in voller Tätigkeit zeigen und das Verlangen nach gleichen Institutionen bei den Massen anregen. Da die liberale deutsche Presse in Österreich keinen Eingang findet, so müssen die Regierungsorgane ihre Stelle vertreten.

So sehr es nötig erscheint, das deutsche Österreich mit der Entwickelung der übrigen deutschen Staaten unausgesetzt au courant zu halten, so not tut diesen eine genauere Kenntnis und tiefere Einsicht in die Zustände Österreichs. Die Deutsche und die Kölnische Zeitung, heute die bei weitem einflußreichsten Organe, werden gerne alles aufnehmen, was ihnen über diese Zustände mitgeteilt wird. Mitteilung ständischer Verhandlungen oder sonstiger Vorgänge durch diese Blätter wird die österreichische Regierung am schnellsten veranlassen, die Zensurschranken im Innern zu mildern. Daß die österreichisch-deutschen Erblande zu einer ständischen Vereinigung, zu einem Vereinigten Landtage in Wien hinstreben müssen, scheint mir eine unabweisliche Forderung der Gegenwart, die nicht oft und nicht laut genug ausgesprochen werden kann. Hat diese Konsolidierung des deutschen Elements als des geistig-mächtigsten stattgefunden, so kann ohne Gefahr für das Ganze einer ferneren und selbständigeren Entwickelung Ungarns und der Lombardei nachgegeben, dieselbe sogar durch die deutschen Stämme kräftigst befürwortet werden.

Die verschiedenen Nationalitäten, die heute in dem Staatskörper Österreichs vereint sind, lassen mir für den Kaiserstaat nur eine Föderativmonarchie als auf die Dauer haltbar erscheinen, eine Föderation, wie sie für Deutschland durch den Deutschen Bund in den Anfängen existiert. Die drei in ihrer inneren Verwaltung und Gesetzgebung möglichst selbstständigen Nationalitäten, die Erblande, Ungarn und die Lombardei, bildeten dann nach außen eine starke Einheit, welche sich fortwährend durch das vorwiegende deutsche Element dem großen Gesamtkörper der deutschen Nation vermitteln und der kulturhistorischen Entwickelung dieser mit teilhaftig würde. Österreich, gestützt auf Deutschland und im steten Bunde mit Deutschland, würde noch einmal den Glanz des alten Kaisertums erneuern und in der Mitte Europas die Wage der Entscheidung in fester Hand halten. Eine Föderation, wie die gedachte, ist jedoch nur möglich, wenn dieselbe auf Neigung und Einsicht aller Teile beruht. Das

deutsch-österreichische Volk muß, um diese Neigung zu begründen, die berechtigten Bestrebungen der Lombardei nach freieren Institutionen unterstützen und zugleich die Vorteile einer Vereinigung mit Österreich den Lombarden zur Anschauung bringen. Leider hat die Regierung alles getan, die keimende Einsicht und Neigung Italiens zu töten; hier, wie in unzähligen anderen Fällen, ist es die schwere Aufgabe des Volkes, die Fehler der eigenen Regierung wieder gutzumachen. Dieses Gutmachen ist jedoch nur dann möglich, wenn der heutige Gegensatz zwischen Regierung und öffentlicher Meinung jenen Nationalitäten recht klar gemacht wird. So lange keine Tribüne da ist, auf welcher Vertreter des Volkes vor ganz Europa ihre Überzeugungen aussprechen können, ist nur vermittelst der Presse, und zwar der Presse der außerösterreichischen Staaten, zu dieser Öffentlichkeit zu gelangen. Sehr gerne erkläre ich mich bereit, alles, was zur Aufklärung der inneren Zustände Österreichs führen kann, der deutschen Presse zu vermitteln, wenn das erforderliche Material mir zugeht.

Es bleibt mir noch übrig, ein Wort über die Stellung Galiziens im Ganzen des österreichischen Staatskörpers zu sagen. So weit sich die innere Entwickelungsstufe jenes Landesteiles aus der Ferne beurteilen läßt, erscheinen dort die Verhältnisse noch so roh und ungeordnet, daß dieselben nur auf dem Wege des Zwanges einer höheren Kulturstufe entgegengeführt werden können. Ich vindiziere daher der Regierung das Recht und die Pflicht, die Vormundschaft und mit ihr das daraus entspringende absolute Bestimmungsrecht in jenen Landesteilen so lange auszuüben, bis durch die absolute Monarchie eine höhere Stufe der Entwickelung und der Selbständigkeit vorbereitet sein wird. Galizien steht, wie ich glaube, noch heute auf dem Standpunkte Europas im 16. Jahrhundert. Jetzt wie damals ist der Durchgang durch die absolute Monarchie unerläßlich; nur diese vermag den Schutt der Jahrhunderte aus dem Wege zu räumen, so lange die Partikularinteressen nicht gebildet genug sind, um freiwillig ihre Privilegien zu opfern.

Jetzt habe ich recht sehr um Entschuldigung zu bitten, daß ich mich so weitläufig über Themata ausgelassen, die Ihnen so viel näher liegen als mir, und inbezug auf welche nur die Belehrung, die ich mir von Ihnen erbitte, mich zu einem gerechten Urteile befähigen kann. Ich werde stets stolz sein, so weit meine Kräfte es erlauben, mitzuwirken dazu, daß alle Deutschen sich als gleichberechtigte Glieder eines großen und mächtigen Vaterlandes mehr und mehr erkennen und fühlen, und ich darf es aussprechen, daß die edle Wärme, womit Ihre Zeilen Ihre Sympathien bekunden, mir unendlich wohlgetan hat.

3. G. Mevissen an den Abgeordneten C. A. Milde in Breslau. Köln, 1848 Januar 17.

Sie haben mir zweimal freundliche Worte zugesandt, deren Erwiderung ich längst verschulde. Wenn ich dieselbe bis jetzt aufgeschoben habe, so bitte ich die Ursache einzig darin zu sehen, daß ich Ihnen gerne etwas bestimmtes und klares über die politische Stellung der Rheinlande habe mitteilen wollen. Durch den unseligen Schlußakt des Vereinigten Landtages war ein tiefer Riß in die früher einige Gesinnung dieser Provinz gekommen. Die öffentliche Meinung der vielköpfigen Masse schwankte in ihren Sympathien zwischen den Wahlweigernden und zwischen den Vorbehaltsmännern. Mit beiden Parteien wollte man es nicht verderben und schwankte daher in seinem Urteile. Jeder suchte sich Gründe, um die Handlungsweise der Persönlichkeiten, die ihm nahe standen, so gut es anging, zu rechtfertigen. So zersplitterte sich die öffentliche Meinung der Provinz in Lokalansichten der einzelnen Städte. Dazu eine starke Abspannung der politischen Stimmung, wie ich glaube im ganzen Lande, nach der starken Erregung, die der Vereinigte Landtag produziert hatte. Ich erinnere mich seit Jahren keiner so farblosen reaktionären Periode in der Volksstimmung, als der letzten sechs Monate des Jahres 1847.

Endlich kam durch die Einberufung der Ausschüsse im Dezember in etwa neues Leben. von Beckerath, tief bekümmert über den Gang der vaterländischen Politik nach innen und nach außen seit dem Schlusse des Landtags, mußte seinem Gewissen Luft machen und aus der Halbheit seiner Stellung heraustreten. Er stellte in einer Versammlung der Mitglieder des Rheinischen Ausschusses in Düsseldorf diesen die Notwendigkeit vor, dem Lande die Klarheit und Selbstgewißheit in politischen Dingen zurückzugeben und der Doppelstellung der liberalen Partei, die so demoralisierend auf die öffentliche Meinung gewirkt hat, ein Ende zu machen. Sein Vorschlag, die Teilnahme an den Ausschüssen abzulehnen, als mit dem f. 3. gestellten Vorbehalte unverträglich, fand bei Camphausen, Hüffer, Graf Hompesch und von Mylius keinen Anklang. von Beckerath veröffentlichte darauf einseitig seine bekannte Erklärung, Camphausen seine Gegenerklärung. An von Beckerath schlossen sich von den rheinischen Vorbehaltsmännern Müller, vom Rath, Scheidt, de Galhan, Kyllmann, Schöller, Haeger. Bei Camphausen blieben ca. zehn Mitglieder — eine sehr kleine Fraktion, die sich schwerlich eine selbständige Stellung in der Provinz zu bewahren vermag.

Camphausen hat die Teilnahme an den Vorberatungen abgelehnt, um ganz freie Hand zu behalten. Am 6. ds. hat in Bonn eine Ver-

sammlung sämtlicher rheinischen liberalen Ständemitglieder stattgefunden, in welcher nach längeren Debatten die oben genannten Herren Müller usw. erklärten: Sie schlössen sich der Ansicht des Herrn von Beckerath an, lehnten jede Teilnahme an den Verhandlungen der Ausschüsse ab, revozierten ihr desfallsiges Mandat und erachteten den Ausschuß für inkompetent zur Beratung irgend eines allgemeinen Gesetzes einschließlich des Strafgesetzentwurfes. Am Rheine hat sich überall die Ansicht festgestellt, daß die Krone nach erlassenem Patent vom 3. Februar kein allgemeines Gesetz mehr auf Grund älterer ständischer Beratungen promulgieren kann, sondern daß die von den Provinziallandtagen beratenen, jedoch bis zum 3. Februar nicht promulgierten Gesetze den Beirat des Vereinigten Landtages erfordern. Camphausen wird in Berlin eine sehr schwere Aufgabe zu lösen haben. Auf ihn sind alle Blicke vom Rhein aus gerichtet, und man erwartet von ihm ein um so energischeres Auftreten, je mehr sein bisheriges Verfahren über seine Tendenz im unklaren gelassen hat.

Wenn die Ausschüsse den Strafgesetzentwurf beraten und die Staatsregierung denselben auf Grund dieser Beratung in der Rheinprovinz einführt, so werden urplötzlich alle politischen Leidenschaften wieder wach werden, und die Bewegung wird die des Jahres 1843 nicht hinter sich zurücklassen. Der nächste Rheinische Provinziallandtag wird wohl unter allen Umständen gegen die Einführung eines Strafgesetzbuches, wie des jetzt vorliegenden, protestieren, und sich bei diesem Protest auf die Inkompetenz der Ausschüsse und auf die der Rheinprovinz wiederholt und feierlichst gegebene Zusicherung, die Rechtsinstitutionen aufrecht erhalten zu wollen, stützen.

Außerdem wird der nächste Rheinische Provinziallandtag Anträge stellen auf:

1. Baldige Wiedereinberufung des Vereinigten Landtages zur Vereinbarung mit der Krone über das Patent vom 3. Februar 1847.

2. Abänderung des Provinzialständischen Gesetzes vom Juni 1823, namentlich Modifikation der Dauer des Grundbesitzes, Wegfall der Erfordernis, in den Städten ein Gewerbe zu treiben, um Wahlrecht auszuüben, und auf dem Lande ein Gut selbst zu bewirtschaften, um wählbar zu sein. Der letztere Antrag wird dahin lauten, die Staatsregierung möge dem nächsten Vereinigten Landtage ein Gesetz zu diesem Zwecke vorlegen. Diese Formel wird überhaupt für alle Anträge auf allgemeine Gesetze stereotyp sein. Die liberale Partei ist in allen ihren Gliedern darüber einverstanden, daß die Provinziallandtage keine allgemeinen Gesetze in Beratung ziehen dürfen. Sollte die Regierung allgemeine Gesetze vor-

legen, so würde die Beratung derselben am Rhein abgelehnt werden auf die Gefahr hin, daß die Regierung auch ohne den Beirat der rheinischen Stände die Publikation verfügen würde.

Die nächsten Provinzialstände werden ihrerseits vielfache Anträge auf Erlaß allgemeiner Gesetze stellen, aber ihre Bitte dahin formulieren, die Regierung möge diese Gesetze an den nächsten, recht bald einzuberufenden Vereinigten Landtag zur Begutachtung gelangen lassen.

Da es höchst zweckmäßig erscheint, daß in sämtlichen Provinzen des Staates die gleichen Anträge gestellt und in gleicher Weise formuliert werden, so hoffe ich, daß meine vorhergehenden Mitteilungen über das Verfahren der rheinischen Stände nicht ganz ohne Interesse sein werden.

Infolge Ihres letzten Briefes habe ich mit unserem Freunde Diergardt über etwaige Schritte auf dem Gebiete der Handelspolitik Rücksprache genommen. In einer zu Düsseldorf stattgefundenen Versammlung rheinischer Industriellen hat sich ein Komitee konstituiert, um für Schutzzölle gegen den Berliner Freihandelsverein in die Schranken zu treten. Am nächsten Sonntag wird abermals eine Sitzung in Düsseldorf stattfinden, in welcher zur Bildung von Filialkomitees geschritten werden soll. Etwa 1500 Taler Beiträge für die Zwecke des Komitees sind auf drei Jahre gesichert. Direkten Anteil an diesen Bewegungen habe ich nicht genommen, weil ich nicht, wie die Herren von Kersten zu Elberfeld, in Schutzzöllen und nur in Schutzzöllen das Heil des Landes quand même erblicken kann, sondern glaube, daß zur ewigen und auch zur zeitlichen Seligkeit noch ganz andere Dinge nötig sind, als unsere gutmütigen, für ihre eigenen Taschen zärtlich besorgten Schutzzollfreunde sich träumen lassen. Dann aber auch hauptsächlich, weil ich die ständische Stellung und Vertretung mit der Teilnahme an einem solchen Vereine nicht vereinbar halte. Meiner Auffassung nach würde dadurch der Ruf einer voreingenommenen Meinung in handelspolitischen Fragen begründet und eine Verständigung auf diesem Gebiete mit den Vertretern der übrigen Provinzen erschwert werden.

Die Breslauer Denkschrift über Differenzialzölle habe ich mit hohem Interesse gelesen. Die Kölner Handelskammer hat dasselbe Thema in einem Berichte, den ich mich beehren werde, Ihnen nächstens mitzuteilen, behandelt — aus abweichendem Standpunkte.

Sehr lieb wäre es mir, von Ihnen zu erfahren, wie es dem wackeren Vorkämpfer der freien Verfassung, dem Stadtgerichtsrate Simon, dort ergeht. Bei meiner Rückkehr von Berlin fand ich hier den Aufruf eines Breslauer Komitees, zu einem Geschenk für S. Sammlungen im Rheinlande zu veranlassen. Aachener Freunde haben damals auf diesen Auf-

ruf hin zu sammeln begonnen.*) Für Köln wurde die Sache bis zum Winter verschoben. Mittlerweile habe ich nun von dem Polizeipräsidenten Herrn Abegg, den ich in Hamburg sah, gehört, daß die Verhältnisse S. ganz bequem und jene Sammlungen daher ziemlich zwecklos seien. Ich möchte, bevor ich nun in der Sache weitere Schritte tue, gerne von Ihnen näheres erfahren.

Mit großer Spannung sehe ich den Resultaten des heutigen Tages entgegen. Hier wird allgemein eine gänzliche Verwerfung des Strafgesetzbuches erwartet. Die Überzeugung von der Schwäche und Fehlerhaftigkeit des Entwurfs ist so allgemein verbreitet, daß dadurch eine gewisse Ruhe in der Auffassung desselben sich geltend macht. Die Zensur tut redlich das Ihrige, um die Presse zum Schweigen zu bringen. Sogar die gewiß gemäßigte Kölner Zeitung hat mit ihren Artikeln über den Entwurf das Oberzensurgericht anrufen müssen und wird dieselben dadurch jedenfalls zu spät bringen.

Werden Ihre ritterlichen Herren mit den Eisenstirnen bis zum nächsten Vereinigten Landtag andere Saiten aufspannen, oder wird die absolute Trennung zwischen Stadt und Land und Ritterschaft bei Ihnen fortdauern?

4. H. v. Beckerath an D. Hansemann und G. Mevissen in Köln. Krefeld, 1848 Januar 29.

Ich kann an der morgen in Bonn stattfindenden Versammlung nicht teilnehmen. Eine Erkältung, die ich mir vorigen Mittwoch auf einer Reise nach Düsseldorf zugezogen habe, würde ich allenfalls unbeachtet lassen; aber eine Kumulation von geschäftlichen Obliegenheiten aller Art macht mir eine Tour, die in jetziger Jahreszeit drei Tage erfordert, vollends unmöglich. Ich bedaure dieses um so mehr, als Sie, Freund Mevissen, uns am Vorabend in Ihrem gastlichen Hause ein Zusammensein in kleinerem Kreise in Aussicht stellen, bei welchem ich mich jetzt nur durch diese Zeilen vertreten lassen kann; aber auch die schriftliche Meinungsäußerung Ihres Kollegen werden Sie, ich bin des gewiß, freundlich aufnehmen.

Ich bin nicht der Ansicht, daß es wohlgetan sei, unsrerseits ein offizielles Schreiben an die rheinischen Ausschußmitglieder zu richten. Wo Deputierte als solche mit Erfolg auftreten sollen, müssen sie einen gesetzlichen Boden unter den Füßen haben; dieser fehlt aber unserm gemeinsamen Handeln, solange der Landtag nicht einberufen ist, gänzlich, und nur ein

*) Am 4. Januar hatte Mevissen 157 Taler als Ertrag der Sammlung in Aachen nach Breslau geschickt.

äußerster Zustand, wie er zurzeit in der Provinz nicht vorhanden ist, könnte über diese Schwierigkeit hinüberführen. Eine zweite bietet sich dar, wenn wir von uns hinweg auf unsere Kollegen in Berlin sehen. Es wäre ganz unvermeidlich, ihnen in dem Schreiben zu sagen, daß wir die Stellung, in der sie sich dort befinden, mißbilligen, daß wir zwar in dem mannhaften Auftreten Camphausens mit Stolz die furchtlose Seele unseres Freundes erkennen, daß wir aber mit Schmerz sehen, wie dennoch unter seiner Mitwirkung dasjenige geschieht, was wir für eine Beeinträchtigung unserer Rechte zu halten nicht aufhören können. In welche Stellung geraten dadurch die rheinischen Ausschußmitglieder? Zurücktreten aus den Ausschüssen können sie einmal nicht mehr; es kommt aber vieles darauf an, daß sie zu uns zurücktreten, am nächsten Provinziallandtag mit uns sich wieder vereinigen können, gerade dieses würde aber durch eine mit einer Kritik verbundene offizielle Mahnung in hohem Grade gefährdet werden. Dieselbe würde aber auch an einiger Inkonsequenz leiden, denn wie rechtfertigt es sich, daß wir in demselben Augenblick, wo wir ihnen über ihre Stellung in den Ausschüssen unsere Mißbilligung vor dem Lande zu erkennen geben — und diese im Fall eines öffentlichen Auftretens zu verschweigen, würde ich für sehr gefährlich halten —, wie rechtfertigt es sich, sage ich, daß wir von ihnen in dieser von uns mißbilligten Stellung ein energisches Handeln verlangen?

Überlassen wir also die Ausschüsse ihrem Schicksale oder schreiben doch nur privatim unsern Kollegen, was wir von ihnen erwarten; bewahren wir uns aber den vollen ungeschwächten Nachdruck unseres offiziellen Wirkens auf dem nächsten Provinziallandtag und lassen mittlerweile die Provinz handeln. Sie scheint diesmal lässig, und ich bedaure es sehr daß die Presse so gut wie gar nichts für die Anregung des öffentlichen Geistes tut; ist es Ihnen noch nicht möglich gewesen, in dieser Beziehung gemäß der in Bonn stattgefundenen Verabredung zweckmäßige Veranstaltungen zu treffen? Ich habe nichts davon wahrgenommen; hier ist nicht einmal auf dem Wege des Buchhandels die Leue'sche, leider durch den unzeitigen Bauerbandschen Angriff etwas geschwächte Broschüre verbreitet. Das Interesse muß notwendig durch öffentliche Besprechungen einige Wochen hindurch geweckt werden: Hansemanns klare, prägnante Sätze müssen Licht in die für den Laien verworrene Materie bringen; Mevissens unwiderstehliche Schlußfolgerungen die Selbsttätigkeit der Geister wecken; ich selbst will mit dem wenigen, was Zeit und Kraft zu bringen mir gestatten, nicht zurückbleiben: auch werden die ferneren Ausschußverhandlungen mit ihren, nach meiner Voraussicht für das Rheinland nicht günstigen, Resultaten das ihrige wirken, und so wird dann — wohl

noch vor dem Schluß der Ausschußsitzungen — der Moment eintreten, wo die Petitionsbewegung, die, jetzt von uns unmittelbar hervorgerufen, als etwas Gemachtes erscheinen müßte, sich aus dem Drang der öffentlichen Stimmung entwickeln wird. Befriedigender ist es freilich, sofort zu handeln, wo große Zwecke zu erreichen sind; aber der politische Mann muß vor allem auch zu warten verstehn, wenn die Sterne des Augenblicks sich nicht günstig zeigen. Ängstigen wir uns übrigens nicht mit dem Gedanken, daß die Regierung über Nacht das Strafgesetz publizieren und so das darin ausgeprägte System auf immer feststellen werde. Abgesehen von der äußeren Unmöglichkeit, die schließliche Umarbeitung und Feststellung eines so umfangreichen Gesetzes in kurzer Zeit zu vollenden, wird die Regierung auch nicht unmittelbar vor Eröffnung des rheinischen Landtages einen Akt vornehmen wollen, durch welchen die öffentliche Stimmung der Provinz auf eine bedenkliche Weise erregt und dem Landtag eine unberechenbare Kraft verliehen werden würde; tut sie es dennoch, wohlan so wird sich zeigen, ob ihr System dabei gewinnt oder verliert.

Fürst Salm, Leven von Benrath und ich waren am Mittwoch in Düsseldorf als auf dem 7. Landtag gewählte Mitglieder einer Kommission zur Einrichtung des neuerbauten Ständelokals. Der Oberpräsident führte den Vorsitz, und nach seinen freilich nicht ganz bestimmten Äußerungen wird der Landtag in Düsseldorf anfangs April stattfinden; auch haben die technischen Beamten versprochen, bis dahin die Einrichtung, das Ameublement 2c. vollständig fertigzustellen. Zeitige vorherige Verabredungen über unser Verfahren in dieser überaus wichtigen Session werden erforderlich sein.

5. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1848 Januar 31.

Heute möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die treffliche Eingabe der Elbinger (in den beiden letzten Nummern der Deutschen Zeitung[1]) lenken und den Wunsch äußern, daß diese meisterhafte Kritik des Strafgesetzes besonders abgedruckt und im Rheinlande verbreitet werde.

In dem wichtigen Moment der Ausschußverhandlungen (gestrige Allgemeine Preußische Zeitung), als das erste Novum, die Konfiskation, vorkam, hätte ich Camphausen — namentlich der rückhaltlosen, alles ständische Recht vernichtenden Erklärung Bodelschwinghs gegenüber — entschiedener gewünscht. Eine energische Verwahrung zu Protokoll hätte jedenfalls stattfinden müssen. Niemand unterstützte ihn. Auch der ihm

[1]) Vgl. Deutsche Zeitung Nr. 28 Beilage und Nr. 29 (vom 28. und 29. Januar 1848).

unmittelbar folgende beredte Auerswald hatte keine Silbe für diese große Frage des öffentlichen Rechts: die Sachen stehen schlecht!

6. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 Februar 11.

Wird die Broschüre von Walter und die Denkschrift der Elbinger betr. das Strafgesetz verteilen. Camphausen kämpft einen vergeblichen und darum schädlichen Kampf gegen das Strafgesetz in den Ausschüssen. Das Volk ist stumpf und sieht der Umwandlung seines Rechts gelassen zu, so daß die Regierung politisch recht hat, wenn sie erklärt, das Volk sei mit dem Entwurf des Strafgesetzbuchs einverstanden.

7. G. Mevissen an H. von Beckerath. Köln, 1848 Februar 19.

Erst heute komme ich dazu, Ihnen Exemplare der Elbinger Denkschrift einzusenden, um einen letzten Versuch zu machen, ob vor Schluß des Vereinigten Ausschusses die Provinz zum klaren Ausspruche ihrer Stimmung und ihrer Wünsche zu bringen ist. Hier wird vielleicht in den nächsten Tagen von seiten des Stadtrates ein Schritt in diesem Sinne geschehen. Die öffentliche Meinung ist zwar nach wie vor apathisch, aber doch in letzter Zeit nicht mehr so ganz in sich versunken, wie vor einigen Wochen. Wenn in diesem Augenblicke eine der größeren Städte in der Rheinprovinz mit einer Immediateingabe an den König hervortritt, und in derselben klar und bündig die Inkompetenz der Ausschüsse und die zahlreichen Mängel des Entwurfs neben den ungenügenden Resultaten der Beratung darstellt, so wird dieser Schritt sehr rasch in allen übrigen größeren Städten und auch in vielen kleineren Nachahmung finden. Mein Wunsch geht in diesem Augenblicke dahin, daß Sie, lieber Freund, in Krefeld einen solchen Ausspruch veranlassen und der Stilisierung desselben sich unterziehen. Ich glaube bestimmt zusichern zu können, daß Köln, wenn es nicht bereits früher selbständig gehandelt haben wird, jedenfalls sofort der Krefelder Manifestation folgt. — In Berlin gehen die Verhandlungen schlechter und schlechter. Die ganze Summe mittelalterlicher Fleischesverbrechen bleibt nach den Beschlüssen bestehen. Das Recht, in Versammlungen zu beraten, ist zwar scheinbar aufrecht erhalten, in der Tat jedoch aufgegeben, weil der Regierung das Recht, jede Versammlung besonders zu verbieten, zugestanden worden. — Nach der Haltung des „Rheinischen Beobachters“ ist zu schließen, daß die Regierung die Periodizität vor der Hand nicht bewilligen, sondern es vorziehen wird, den Gang der auswärtigen Ereignisse noch weiter abzuwarten. — Was sagen Sie zu Bassermanns vortrefflichem Antrag auf Repräsentation

beim Bunde? Diese Auffassung sagt mir weit mehr zu, als die von Hansemann vertretene Ansicht, daß es praktischer wäre, sich auf den Zollverein zu stützen. Ich hoffe, daß Bassermanns Beispiel in den anderen Kammern sehr bald Nachahmung finden wird.

8. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 Februar 27.

Lieber Freund! Den Ereignissen in Frankreich gegenüber scheint mir eine Besprechung in einem kleinen Kreise ständischer Kollegen dringend wünschenswert. Ich habe soeben an von Beckerath die Bitte gerichtet, Mittwoch (März 1) Morgen um 11 Uhr zu einer Besprechung im Königlichen Hofe sich hier einfinden zu wollen, und habe ihm zugleich gesagt, daß ich Ihnen unverzüglich diesen Vorschlag mitteilen und Sie bitten würde, wenn irgend möglich, ebenfalls an diesem Tage hierher zu kommen. Sagen Sie mir gütigst umgehend, ob Ihnen mein Vorschlag recht ist, ob Sie Mittwoch hierher kommen wollen, oder ob Sie es vorziehen, an einem anderen Tage eine Versammlung zu berufen. In letzterem Falle bitte ich den Tag zu bestimmen und Aldenhoven und von Beckerath, welche beide ich auf Mittwoch einstweilen einlade, zu prävenieren.

9. D. Hansemann an G. Mevissen. Aachen, 1848 Februar 27.

... Die Pariser Ereignisse werden Ihnen wie mir unerwartet gekommen sein; für jetzt enthalte ich mich jeder Äußerung über ihre Folgen, die für den politischen Fortschritt in Deutschland, und namentlich in der Rheinprovinz, günstig, aber auch ungünstig wirken können. Auf nächsten Sonnabend (März 4) denke ich, wenn Sie damit einverstanden sind, die bewußten neun Kollegen*) in Köln zu versammeln; sagen Sie gefälligst doch gleich, ob Ihnen dies recht ist.

Ich besorge, daß ein großer Teil der Besitzenden aus den Pariser Ereignissen nicht die Lehre ziehen werde, daß man zeitig nachgeben müsse, sondern sich vielmehr dem Absolutismus überantworte.

10. Aug. v. d. Heydt an G. Mevissen. Elberfeld, 1848 Februar 27.

Wertester Freund! ... Die Umstände in Paris sind sehr beunruhigend. Wir werden alles aufzubieten haben, um auf gemäßigtem, gesetzmäßigem Wege die jetzt nicht mehr zweifelhaften Erfolge zu erringen und nicht Anlaß zu geben zu einem engeren Schutz- und Trutzbündnis

*) Außer Hansemann und Mevissen: v. Beckerath, von der Heydt, Stedmann, Aldenhoven, Herbertz, Lensing, Uellenberg.

der h. Allianz. Auf jenem Wege kommen wir bei freimütiger Festigkeit doch sicher vorwärts. Jede illegale Demonstration aber würde die Besitzenden gegen sich haben. Es ist eine ernste, bedeutungsvolle Zeit. Es scheint mir von großer Wichtigkeit, daß sie mit Ruhe und Umsicht benutzt werde.

[illegible]. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1848 Februar 27.

Mein Freund! Sie haben mir unterm 19. und 25. d. M. Mitteilungen gemacht, die ich mit der Aufmerksamkeit, welche sie verdienen, heute beantworten würde, wenn nicht der ungeheure Umschwung der Dinge in Paris alle anderen Interessen in den Hintergrund gedrängt hätte. Eine neue Wendung der Geschichte der europäischen Menschheit ist auf eine unerwartete und unheimliche Weise eingetreten. Abgesehen von der [illegible] eines [illegible], kaum noch für möglich gehaltenen Durchbruchs der rohesten Elemente, befürchte ich von diesem Ereignis bedenkliche Folgen für die freie Staatsentwickelung, zunächst für die unsrige. Wird die [illegible] nicht dem Könige sagen, dies ist der Abgrund, in welchen [illegible] Weise und alles, was ihm, wenn auch nur halbwegs [illegible] unvermeidlich hineinführe? Wird ihm nicht [illegible] nachdrücklich [illegible], und [illegible] nicht auch [illegible] gemacht werden durch die [illegible] einleuchtende Notwendigkeit, gegenüber [illegible] das Vaterland mit allen [illegible] auszurüsten, da [illegible] nach den [illegible] auf diese [illegible] gebietet, [illegible] dabei im [illegible] handeln, die [illegible] über der [illegible] Augenblick [illegible] nicht erhoben [illegible] wäre es, wenn [illegible] werden, [illegible] und 1815 [illegible] Reiche [illegible] die [illegible] Formen [illegible] wenn sie

als eine letzte Konsequenz freier Verfassungen bezeichnen und sich der so nahe liegenden Überzeugung verschließen, daß die schauderhafte Entfesselung der Volksleidenschaften nicht möglich gewesen wäre, wenn die Fortbildung der französischen, in mancher Beziehung unfreien Verfassung, die Beseitigung ihrer Unlauterkeit nicht hartnäckig verweigert, wenn nicht das französische Nationalgefühl und Nationalinteresse einer eigensüchtigen, dynastischen Politik in der Schweiz, in Italien, vor allem aber durch die spanische Heirat geopfert, wenn nicht durch offizielle Duldung der Korruption in der höheren Verwaltung das sittliche Bewußtsein des Volks verletzt worden wäre. Und so befürchte ich, daß im Kabinet der bessere staatsmännische Rat, die Gewährung dessen, was billig und notwendig ist, nicht durch Verzögerung unwirksam zu machen, keinen Eingang finden, daß die, wie man versichert, beschlossene Periodizität des Vereinigten Landtages nicht proklamiert werden wird. Möge ich mich getäuscht haben! — In Erwartung aller dieser äußeren und inneren Entwickelungen müssen wir uns bereit halten, dahin zu folgen, wohin die Pflicht uns rufen könnte; erfolgt nicht eine Einberufung zum Vereinigten Landtag, wozu man sich schwerlich entschließen wird, so müssen wir, meiner Meinung nach, nicht nach Berlin gehen, wozu Sie sich meinem Bruder L. gegenüber geneigt gezeigt hatten; unser Platz ist dann in der Provinz, wo es im Hinblick auf die hereindrohenden Gefahren große Bürgerpflichten zu erfüllen geben wird und wo wir vielleicht manchem patriotischen Unternehmen, wenn auch nicht als Deputierte, denn das sind wir ja nur im versammelten Landtag, aber als Bürger einen nützlichen Beistand gewähren können.

Unsere Pariser Nachrichten kommen nur von dort; schreiben Sie mir doch, wenn Sie etwas erfahren, was nicht auch die dasige Zeitung gleich bringt. Leid wäre es mir um Guizot, wenn sein gräßliches Ende sich bestätigte; er war ein großer Charakter, den freilich Starrsinn und Ehrgeiz verdunkelten.

Wie würde Preußen, wenn es sich an die Spitze Deutschlands als dessen größter, freier Staat stellen wollte, Österreichs durch die italienischen Verwickelungen ohnehin geschwächte Stellung überflügeln, Rußland trotzen, Frankreich (auch wenn die Republik durchdringt, was ich gestern noch für einen wahnwitzigen Traum gehalten hätte) Achtung gebieten können!

12. Abgeordneter Aldenhóven an G. Mevissen. Zons, 1848 Februar 28.

... Mich hat die Wendung der Dinge in Paris nicht überrascht, obgleich ich die extremsten Schritte nicht vermutete. Wenn die Majorität

einer durch schlechte Wahlgesetze komponierten Kammer sich so weit hinreißen läßt, durch Beschlüsse die Minorität zu vernichten, dann läßt sich leicht voraussehen, daß diese Minorität an das nicht vertretene Volk appellieren wird, und wehe dem Staate, wo das unberechtigte Volk die Gewalt, wenn auch nur auf wenige Tage, in die Hand bekommt. Nationalgarden sind das sicherste Bollwerk gegen jede gewaltsame Störung der gesetzlichen Ordnung, und wenn das Militär ganz bei Seite gelassen wird, so ist die Revolution unmöglich. — Mit banger Spannung sehe ich nach der Lombardei, denn es ist kein Ende abzusehen, wenn es dort losgeht. Ich bin begierig, zu erfahren, ob jetzt auch der Staatsschatz aushelfen kann und wird, und ich hoffe, daß, wie aus allem Übel etwas Gutes entsteht, so auch uns die jetzige Revolution manches Gute herbeiführen wird.

13. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 Februar 28.

Ihre Zeilen von gestern haben sich mit den meinigen gekreuzt. Die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Beratung scheint uns gleich einleuchtend. Ich gebe es nun gänzlich Ihrem Ermessen anheim, welchen Tag Sie dazu wählen wollen, ob Mittwoch oder Sonnabend, oder ob Mittwoch die wenigen, Sonnabend die bewußten neun. Wenn Sie Mittwoch nicht hierherkommen, so bitte ich Sie, jedenfalls gleich bei Empfang dieser Zeilen die Einladung auf Sonnabend ergehen zu lassen. Sehr lieb wäre es mir jedenfalls, Sie Mittwoch zu sehen und das Thema vorzuberaten. Hier ist die Stimmung der niederen Volksklassen derart, daß ich glaube, daß innerhalb weniger Tage die Stände der Rheinlande der Regierung ihre volle Unterstützung anbieten müssen, wenn zeitig den Wühlereien der Kommunistenkliquen vorgebeugt werden soll.

14. Abgeordneter F. Willich an G. Mevissen (ebenso an D. Hansemann). Frankenthal, 1848 Februar 28.

Mehrere Vaterlandsfreunde halten es bei den höchst wichtigen Tagesbegebenheiten für ebenso dringend wie zweckmäßig, daß eine Besprechung mehrerer württembergischer, badischer, hessischer, rheinpfälzischer und rheinpreußischer Abgeordneter stattfinde, und haben hierzu den nächsten Sonntag (März 5) Vormittag im Badischen Hofe zu Heidelberg bestimmt, wozu ich auch Sie, als einen bewährten Vaterlandsfreund, einladen soll und hiermit höflichst einlade.

15. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 März 1.

Gleichzeitig mit Ihrem geehrten Gestrigen empfange ich heute morgen von Willich aus Frankenthal eine Einladung auf Sonntag nach Heidel-

berg zu einer Besprechung mit den Deputierten Rheinhessens, Rheinbayerns, Württembergs, Badens und Nassaus. Gestern Nachmittag sind Mitteilungen aus Mannheim und Mainz hier eingelaufen, wonach dort die größte Gärung herrscht. Äußerst extreme Petitionen sollen, durch tausende Menschen begleitet, in die Kammern nach Karlsruhe und Heidelberg heute gebracht werden. Wohin wird dies führen? Was werden wir tun? Ich halte es für sehr dringend, daß einer von uns nach Heidelberg geht und den Herren Maß und Besonnenheit predigt, die, wie es scheint, dort gänzlich bei Seite gesetzt werden. Ich hoffe, daß Sie, verehrter Freund, diese Aufgabe als die wichtigste des Moments übernehmen werden.

16. D. Hansemann an G. Mevissen. Aachen, 1848 März 1.

Ich mache nach Ihrem heutigen Briefe die Einladung auf Freitag (März 3) Abend 6 Uhr im Königlichen Hof. Auch ich empfange eben eine Einladung nach Heidelberg. In Süddeutschland ist die Stimmung freilich sehr entschieden. Unserm König könnte alles zum Segen werden; ich schreibe dies heute klar an Herrn von Bodelschwingh unter Angabe des Wie.*)

17. Stadtrat M. J. Caspers an G. Mevissen. Koblenz, 1848 März 2.

... Ich habe gestern im Stadtrat in Vorschlag gebracht, den vielleicht unheilschwangeren Ereignissen in Frankreich gegenüber den König zu bitten, gesetzgebende Kammern, auf ein liberales Wahlsystem gestützt, vollständige Preßfreiheit und Sicherung der persönlichen Freiheit zu verordnen. Dieser Vorschlag hat allgemeinen Anklang gefunden und wird gewiß von der besten Wirkung sein, wenn alle Städte der Rheinprovinz diesen Schritt gleichzeitig tun. Es wäre nun die Frage, ob es zweckmäßiger ist, diese Petition jetzt schon an S. Majestät zu richten, oder abzuwarten, bis die übrigen Städte gleiches zu tun beabsichtigen. Es wäre mir sehr angenehm, zu hören, ob Sie meine Ansicht teilen, und ob Sie glauben, daß der Stadtrat von Köln gleicher Meinung ist. Doppelt angenehm wäre mir Ihre Antwort, wenn sie vor der Sitzung am Samstag Abend hier eintreffen könnte.

18. Abgeordneter L. Buhl an G. Mevissen. Karlsruhe, 1848 März 2.

Ich habe mit Beantwortung Ihrer Briefe lange gewartet, ich will mich nicht entschuldigen, sondern zum Zwecke übergehen, Ihnen ein Bild

*) Vgl. dazu David Hansemann, Das preußische und deutsche Verfassungsrecht (1850) S. 78.

unserer Zustände entwerfen. Unsere Regierung ist nun entschlossen, mit der liberalen Seite der Kammer Hand in Hand zu gehen: sie sagt sich förmlich los von der reaktionären Richtung: sie stellt sich an die Spitze der Mittelklassen des Volkes und erfüllt die früher gegebenen Versprechungen, trägt Rechnung den Wünschen, die durch das Organ der Zweiten Kammer ihr vorgetragen werden. Hochgestellte Personen erklären, daß die Haltung und die Erhaltung der Zweiten Kammer entscheidend für ganz Deutschland sei. Es besteht eine große Partei, welche viel weiter geht als Welcker, aber wir hoffen, daß es uns gelingen werde, im Interesse des Landes uns an der Spitze zu erhalten, was natürlich nur geschehen kann, wenn wir das Volk für uns haben. Wir hatten harte Kämpfe und Angriffe zu bestehen, unsere Sitzungen waren sehr stürmisch, nicht allein der Saal von Zuhörern überfüllt, sondern auch der [illegible] von Minute zu Minute Nachricht gegeben wurde über das, was im Innern vorging. — Welcker ist mit bewunderungswertem Mute den Radikalen offen entgegengetreten, und sein Antrag hat die Mehrheit der Stimmen erhalten: er betraf den Antrag von acht Abgeordneten, Wünsche des Volkes vor den Thron zu bringen, ohne bei der Beratung der [illegible] [illegible]; die Kammer ist von ihren [illegible] nicht abgewichen.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

ich nicht unterlassen, den Landräten wie deren untergebenen Bürgermeistern sofort die größte Aufmerksamkeit, besonders zur Verhütung unbesonnener Reden und Handlungen zu empfehlen, und als nächstes Mittel ihnen das Zusammenwirken mit der überwiegend größeren Majorität der wohlgesinnten ruhigen Bewohner an die Hand zu geben. Mich dann weiter von der Stimmung in den größeren Städten des Regierungsbezirkes, soviel es geschehen konnte, in steter Kenntnis erhaltend, bemerke ich in dieser Beziehung, daß die Pariser Ereignisse einen großen Eindruck gemacht, und dieser fortschreitend in allen Klassen der Bevölkerung sich verbreitet, besonders nachdem die aus Süddeutschland herüberkommenden Zeitungsnachrichten über Vorgänge, welche dort bereits im allgemeinen Interesse Deutschlands stattgehabt haben sollen, die Aufmerksamkeit mehr und mehr erregen und leicht möglich nicht ohne Folgen auch bei uns bleiben dürften. Es werden daher Petitionen entworfen und eingereicht werden. Dies zu verhindern, würde nicht zu effektuieren sein, ohne die gegründetsten Besorgnisse für die bis dahin ungestörte Ruhe und Ordnung hervorzurufen, und es scheint mir ratsamer, auf diesem Wege die ersten Eindrücke auf dem Papier sich ausströmen, als vielleicht durch ungehörige anderweite Demonstrationen sich Luft machen zu lassen.

Dies ist in einem allgemeinen Umrisse die momentane Lage der Dinge, im übrigen die Stimmung bis jetzt noch gut.

20. Professor J. Fallati*) an G. Mevissen. Tübingen, 1848 März 3.

Sendet ihm einen Abdruck der von L. Uhland verfaßten Adresse an den Ausschuß der Ständekammer in Stuttgart, welche am 2. März in einer Versammlung von tausend Bürgern, Professoren und Studenten zu Tübingen beschlossen worden ist (Forderung des Bundesstats mit Volksvertretung, der allgemeinen Volksbewaffnung, der Preßfreiheit u. a.). „Welch eine Woche, diese letzte! Wohin wird der unberechenbare Gang der Ereignisse uns führen? Bei aller Hoffnung, die ich für eine Hebung Deutschlands hege, bin ich doch auch keineswegs frei von Besorgnissen. Die Zeit der Opfer naht für den einzelnen, der jetzt für das Ganze zu leben sich gedrungen und verpflichtet fühlt ... Indem ich mit vorantrete, für die Reform zu wirken, bangt mir innerlich vor all den Forde-

---

*) Mevissen war mit dem Tübinger Professor der Staatswissenschaften Fallati seit 1845, seit der italienischen Reise befreundet (vgl. oben S. 190 und Bd. I Kap. 11). Fallati wurde im August 1848, wie Mevissen, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Handels.

ungen, die sich an diejenigen anschließen werden, die ich jetzt selbst unterstütze, und vor den Exzessen und Roheiten, die meiner innersten Natur zuwider sind ... Am 1. März ist durch königliche Verordnung für Württemberg die Zensur aufgehoben worden."

21. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1848 März 5.

Lieber Freund! Soeben bringt mir ein Freund den inliegenden, von ihm verfaßten Bericht über die gestern Abend hier abgehaltene Bürgerversammlung, die von einem lautern, konstitutionellen Geiste beseelt, zu meiner großen Befriedigung gereicht hat. Heute drängt man sich zur Unterzeichnung der Adresse. Suchen Sie nun Bericht und Adresse, um jenen guten Geist in der Provinz zu fördern, wenn möglich ganz oder sonst auszugsweise in die dasige Zeitung zu bringen*), und senden Sie, wenn es nicht vollständig gelingt, das Manuskript sofort an Gervinus (für die Deutsche Zeitung). Preßfreiheit vom Bundestag!!!

22. Aug. von der Heydt an G. Mevissen. Elberfeld, 1848 März 5.

Werter Freund! Einliegend die Beschlüsse unseres Gemeinderats. Die Minorität versucht eine reaktionäre Bewegung. Ihr zu begegnen, ist von anderer Seite eine Bürgerversammlung eingeleitet, um der Majorität einen Dank zu votieren.

23. Desgl. Elberfeld, 1848 März 8.

Werter Freund! Einliegend sende ich Ihnen Abschrift der Adresse unseres Gemeinderats, von dem Oberbürgermeister und allen Mitgliedern vollzogen.**) Die Minorität war eingeschüchtert durch eine Bürgerversammlung, die ihre Zustimmung in einer Adresse an den Gemeinderat votiert und sich zur Beratung weiterer Schritte auf morgen vertagt hat. Eben verbreitet sich das Gerücht, daß weitere Versammlungen verboten werden sollen, was einen mißlichen Eindruck machen würde. — Unsere Erklärungen an den Oberpräsidenten***) scheinen auf die Thronrede (vom 6. März) influiert zu haben.

24. G. Mevissen an seine Familie in Dülken. Köln, 1848 März 9.

Die Ereignisse um uns entwickeln sich so fürchterlich rasch, daß es sehr schwer hält, ihnen geistig auch nur zu folgen. Die Republik hier

*) Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 70 vom 10. März.

**) Vom 7. März datiert.

***) Am 3. März abends in Köln (vgl. Bd. I Kap. 14).

nach den Akten der provisorischen Regierung gar keine Gewähr für Dauer. Dort werden Konvulsionen auf Konvulsionen folgen und höchstwahrscheinlich mit einem Kriege nach außen enden. Ich sehe schwarz in die Zukunft und glaube, daß es geraten ist, seine Kräfte zu überschlagen und zu sehen, ob man dem kommenden Sturme gegenüber gerüstet ist. Die Revolution wirft den Kurs aller industriellen Papiere auf die unerhörteste Weise, und der Wert auch anderer industrieller Anlagen ist für den Augenblick schwankend. Ein europäischer Krieg, wenn ein solches so lange für unmöglich gehaltenes Ereignis dennoch einmal eintreten sollte, würde für alle Werte von ganz unberechenbaren Folgen sein.

In Deutschland folgt diesmal die Rückwirkung der französischen Umgestaltung in nie geahnter Raschheit. Alles um uns her eignet sich die konstitutionellen Formen an. Preußen bleibt einstweilen allein noch unberührt von dem Sturm der Zeit, aber wenn im Süd und Nord die Bewegung sich konsolidiert, wird es auch hier nicht möglich sein, allein und isoliert ihr entgegenzutreten.

Daß am Samstag (4. März) sich hier Spuren einer kommunistischen Bewegung sehr drohend und unverhüllt gezeigt haben, hast Du bereits aus der Zeitung ersehen. Diese Bewegungen in der Tiefe der Gesellschaft sind vor der Hand noch nicht gefährlich, aber sie können sehr bald gefährlich werden, wenn nicht rasch der Weg der Reformen eingeschlagen wird. Die Mittelklassen fangen an, sich zu beunruhigen — alles drängt, treibt und möchte um jeden Preis sich eine Befriedigung schaffen, die vor der Hand niemand zu gewähren imstande ist.

Die Besorgnis vor Unruhen hier hat mich abgehalten, mit Hansemann nach Heidelberg zu gehen. Eine baldige Einberufung der Stände nach Berlin ist nach der Abschiedsrede des Königs nicht wahrscheinlich, und so wird denn das Staatsschiff fort und fort der Unsicherheit und dem Sturme preisgegeben sein. Die Rede des Königs hat hier einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht.

Auf Samstag (11. März) ist eine Versammlung der rheinischen Stände nach Bonn berufen, um zu beraten, was unter den jetzigen kritischen Umständen zu tun sei. Camphausen ist seit vorgestern zurück. Sein Bericht über die Ansichten in Berlin lautet sehr trostlos und läßt wenig Gutes hoffen. Wünschenswert ist es, daß jetzt Immediatpetitionen auch aus den kleineren Städten der Rheinlande an den König gerichtet werden. Sage mir, wie die politische Stimmung in den dortigen Kreisen*) ist. Wahr-

*) Der Gladbacher Industriebezirk ist gemeint. Die Bürgerschaft von Gladbach hatte schon am 6. März eine Adresse an den König gerichtet, deren Wortlaut Mevissen am 9. März übersandt wurde.

scheinlich sind die Leute durch die materiellen Interessen ganz in Anspruch genommen. Doch tun Äußerungen der öffentlichen Meinung sehr not, damit das Gouvernement nicht vom rechten Wege auch nach außen abweicht.

25. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 März 14.

v. d. Heydt habe, ohne daß die Gründe bekannt seien, seine Unterschrift zu der Adresse der rheinischen Stände vom 11. März verweigert. Am 15. März werde der Prinz von Preußen als Gouverneur der Rheinlande in Köln eintreffen.*) Ihm müsse der engere Ausschuß sich vorstellen und ihm die Beförderung der Adresse empfehlen.

26. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1848 März 14.

Meine Befürchtungen sind seit meinem letzten Schreiben um nichts vermindert, vielmehr geht in Paris alles von Tag zu Tag toller. Die größten Häuser fallen, aller Kredit stockt. Die Rückwirkung auf unsere Zustände kann nicht ausbleiben ...... Morgen kommt der Prinz von Preußen als Gouverneur hierher. Von Konzessionen von Berlin aus ist noch immer keine Spur vorhanden.

27. Regierungspräsident v. Spiegel an den Minister v. Bodelschwingh. Düsseldorf, 1848 März 15.

Die allgemeine Unruhe und Spannung ist noch in Zunahme, so daß der jetzige Zustand nicht lange dauern kann. Auf der einen Seite vermehrt sich die Agitation, wird dringender und tritt entschiedener auf — auf der andern wächst die Besorgnis, daß es bald zu spät sein könnte, den Sturm von oben herunter noch zu beschwichtigen, und es ist daher der allgemeine Wunsch, daß ohne allen weiteren Verzug dasjenige erfolge, was mit Rücksicht auf die eingetretene beispiellose Weltlage in unserem Vaterlande geschehen müsse, um nicht größeres Unglück von außen hereinbrechen und Deutschlands Ehre und Ruhm zugleich mit den Glorien Preußens aus ihren Höhen herabsinken zu sehen. Ew. Exzellenz kann ich daher nicht dringend genug bitten, von diesen Gefühlen, die fast jedermanns Brust erfüllen, Sr. Majestät

*) Das Gerücht war schon am 13. März in Köln verbreitet (Köln. Zeitung Nr. 74); der Prinz von Preußen selbst erklärte der Kölner Deputation am 18. März, er sei ernannt und werde sofort in die Rheinlande kommen (Deutsche Monatsschrift, hrsg. von Ad. Kolatschek I (1850), S. 408).

Kenntnis geben, und solche als die am ganzen Rhein herrschende Stimmung bezeichnen zu wollen.*)

Gestern ist hier bereits wieder eine auf Herbeiführung einer Allerhöchsten Entscheidung drängende Petition zur Unterzeichnung aufgelegt und demnächst in aller Stille durch drei Personen dem Gemeinderate übergeben worden, worauf dann von diesem die Absendung einer entsprechenden Eingabe an des Königs Majestät beschlossen und, wie ich glaube, bereits geschehen ist. Die Ruhe und Ordnung ist übrigens bei Unterschrift der Petition in keiner Weise gestört worden, daher habe ich die Polizei sich auch nur beobachtend verhalten lassen. Ein ernsteres Einschreiten, so lange das Eigentum oder die öffentliche Ruhe nicht bedroht werden, würde übrigens auch nichts helfen, vielmehr nur den Funken ins Pulverfaß werfen und eine Explosion herbeiführen, deren Folgen sich nicht absehen lassen.

Es werden hier bereits einzelne Personen mit deutschen Kokarden bemerkt, und wird wahrscheinlich dies Zeichen bald allgemeiner getragen werden. Ich habe deshalb schon gestern mit dem Oberprokurator gesprochen, was zu tun sei. Seine Antwort war: Anzeige beim Polizeigericht. Dies wird denn auch geschehen, aber gewiß keinen Erfolg haben, indem unsere Gesetze und Verordnungen für Fälle wie derjenige, worin wir uns befinden, keine Vorschriften enthalten, durch welche es gelingen könnte, einen solchen Sturm zu beschwichtigen. Dies kann nur durch ganz andere, in den höhern Regionen liegende Mittel geschehen, deren Nichtanwendung bis jetzt sehr zu beklagen ist.

28. Adresse des Gemeinderats an den König (verfaßt von L. Camphausen). Köln, 1848 März 15 (nachmittags).

Die Zeit schreitet in Sturmeseile voran; kaum sind wenige Tage verflossen, seitdem die treugehorsamst Unterzeichneten Eurer Königlichen Majestät ihre aus innerem Drange und äußerer Notwendigkeit hervorgegangenen Wünsche darlegten, und schon heute sehen wir uns gezwungen, im Angesichte hereinbrechenden unsäglichen Unglückes in anderer Form, mit anderen Bitten Eurer Majestät, als dem Rettungsanker für das zerfallende Deutschland, für die Rheinprovinz uns ehrfurchtsvoll zu nahen. Die Bewegungen in Süddeutschland müssen bei einem fortgesetzten Widerstande gegen die Nationalwünsche zu einer Auflösung des Bundes führen,

*) In Barmen waren schon am 13. März aufrührerische Proklamationen verbreitet worden. Am 16. und 17. März fanden Exzesse in Mülheim a. d. Ruhr, Solingen, Burg a. d. Wupper, Ruhrort, Elberfeld statt, über die v. Spiegel am 17. März telegraphisch nach Berlin berichtete.

als dessen nächste Gefahr wir leider die Isolierung und die Abtrennung der Rheinprovinz bezeichnen müssen. In ihr, in unserer Stadt steigt die Aufregung, die ängstliche Spannung, die Furcht vor der Erschütterung aller Zustände, und mit ihr die Stockung der Gewerbe von Stunde zu Stunde, und schon zu ihrer Beschwichtigung haben wir uns gedrungen sehen müssen, persönlich nach der Hauptstadt uns zu begeben, damit die Bevölkerung mit Hoffnung der Verkündung verheißungsvoller Worte entgegensehen dürfe.

Ein Wort geht jetzt in Deutschland von Mund zu Mund, so auch hier, es ist die Einheit des deutschen Volkes. Vielleicht ist bald der Augenblick vorüber, wo, sie zu erzielen, die Vorsehung in die Hände Eurer Königlichen Majestät gelegt hat; andere Gewalten treten an die Spitze, und der Augenblick hat ihnen die Macht gegeben. Wir beschwören Eure Majestät:

die Fürsten Deutschlands nach Frankfurt zum Zwecke der Umgestaltung des deutschen Bundes zu berufen und zugleich die Verhältniszahl der Vertreter zu bestimmen, welche jeder Bundesstaat kurz nach dem Zusammentritte der Fürsten nach Frankfurt, zum Beirate und zur Mitwirkung an den Grundzügen der künftigen Verfassung des deutschen Reiches, zu entsenden hat. Von diesem Schritte hoffen wir die segensreichste Wirkung, den Stillstand aller partikularen Bestrebungen und die Konzentrierung aller durcheinander wogenden Kräfte und Anstrengungen zu einem einzigen Punkte.

Was aber die Hoffnungen und Wünsche in Preußen, die Befürchtungen in dem übrigen Deutschland hinsichtlich der Ausbildung unserer inneren Landesverfassung betrifft, so geben wir uns der Überzeugung hin, daß im ganzen Lande die Verzögerung der Einberufung des Vereinigten Landtages mit Beruhigung aufgenommen werden wird, wenn Eure Majestät geruhen wollen, zugleich mit der Anordnung des Reichstages in Frankfurt eine klare und feste Zusicherung im Sinne der in den letzten Tagen im ganzen Lande laut gewordenen Wünsche zu geben.

Das Vertrauen auf Preußens König wird in Deutschland erwachen, im Inlande wird das Vertrauen auf das königliche Wort unseres Monarchen alle Gemüter beruhigen, und wir werden hoffen dürfen, aus diesem Sturme Deutschland stark, Preußen groß und unsern König für alle kommenden Geschlechter als ein Muster des Mutes und der entschlossenen Tatkraft im entscheidenden Augenblicke glorreich hervorgehen zu sehen. Wir werden hoffen dürfen, daß die Rheinprovinz und unsere Stadt von der drohenden Vernichtung zum hoch-

herzigsten Aufschwunge und zur Wiederherstellung ihrer langjährigen Blüte kräftig und tätig hinüberschreite.*)

29. Professor J. Fallati an G. Mevissen. Tübingen, 1848 März 16.

Sendet ihm eine von F. verfaßte Adresse an die Ständeversammlung in Stuttgart d. d. Tübingen März 9, in der um schleunige, offene und umfassende Gewährung der Anträge vom 2. März ersucht wird, nachdem inzwischen Baden und Hessen den Volkswünschen schon so weit entgegengekommen seien. „Aber nun voran, voran in Preußen! Wir harren sehnlichst darauf, und dazu ist der Druck der Rheinprovinz vor allem nötig. Daß Sie das Ihrige tun, bin ich überzeugt — möge es Ihnen an Hülfe nicht fehlen!“

30. D. Hansemann an G. Mevissen. Aachen, 1848 März 16.

Werter Freund! Nachdem ich gestern Abend das Produkt von Samstag gedruckt gelesen**), finde ich, daß wir uns blamiert haben, denn

*) Am 17. März wandte sich der Regierungs- und Medizinalrat Dr. Merrem in Köln privatim an Bodelschwingh, um ihm „seine innige Überzeugung auszusprechen, daß Se. Majestät sofort den Vereinigten Landtag zusammenberufen und sich an die Spitze der Bewegung in Deutschland stellen muß. Tut er es, so ist ihm der Ruhm gewiß, das Vaterland gerettet und zu einer einigen, festen Macht gehoben zu haben, welche innere wie äußere Feinde zittern läßt und die Aussicht gewährt, alle deutsche Zungen wieder zu einem großen Ganzen zu vereinigen. Nie ist im deutschen Volke die Stimmung patriotischer, begeisterter, nie das Selbstvertrauen größer gewesen. Bleibt der König hinter seinem Volke zurück, läßt er den vielleicht nie wiederkehrenden günstigen Augenblick unbenutzt vorübergehen, so verfällt Deutschland in Anarchie und wird die Beute seiner Feinde, oder es steht zu seiner Rettung ein großer Mann aus dem Volke auf, und seine verblendeten Fürsten haben für immer aufgehört, zu regieren. Vertrauensvoll beschwöre ich Ew. Exzellenz, lassen Sie den besten der Könige, auf den noch die Blicke aller Wohlmeinenden wie auf den Retter aus der Not gerichtet sind, nicht in dem Augenblicke schmählich untergehen, wo er vom Schicksal auserseheu zu sein scheint, wie ein guter Genius über Deutschland zu walten. Hier ist das Volk sehr bewegt, doch wünscht niemand, französisch zu werden, und die seit den letzten Ereignissen in Frankreich wieder sichtlich zunehmende Annäherung zwischen Zivil und Militär läßt wenigstens im äußersten Fall einen Bürgerkrieg nicht befürchten“.

**) Die Adresse vom 11. März an den König.

es bleibt hinter dem Bewußtsein des Volkes weit zurück. So urteilen auch einige andere, die es gelesen. Das ist das Resultat auf die Camphausensche Politik, die da glaubt, durch Verhüllen erreiche man etwas. Ich verbreite das Opus nicht.

Der Auflauf vom 13. in Berlin hat den Erlaß vom 14. und die Erklärungen der Allg. Preußischen Zeitung zur Reife gebracht. Das Gewährte genügt nicht, es sind nur allgemeine Redensarten.

Die Versammlung der Fürsten und ihrer Minister muß nicht in Dresden, sondern in Frankfurt a. M. sein; ich denke, das werden die Süddeutschen fühlen, die nicht Lust haben können, sich so nahe den östreichischen nnd preußischen Bajonetten zu vereinen.

Mit Östreich die Initiative! wie töricht! Keine Zusage einer freien Verfassung für uns ist gegeben, noch nichts von den freiheitstötenden Maßregeln zurückgenommen. Der Landtag auf den 27. April, der Kongreß auf den 25. März berufen —, wir sollen also keinen Einfluß haben auf den letzteren. Alles das ist das alte System der preußischen Pfiffigkeit, was niemals klug war, jetzt aber sehr dumm ist. Die Konservativen drängen jetzt selbst auf energische Eingaben; eine solche wird unverzüglich vom Gewerbstande ausgehen.

Der Prinz von Preußen kommt nun ja doch noch nicht.

31. Oberpräsidium (i. V. Massenbach) an Minister von Bodelschwingh. Koblenz, 1848 März 17.

In Vertretung des Herrn Oberpräsidenten Eichmann beehre ich mich Ew. Exzellenz über die Zustände der Provinz, soweit mir darüber Nachrichten vorliegen, in folgendem zu berichten.

Nach den Berichten des Herrn Regierungspräsidenten von Auerswald ist die Ruhe in Trier am 15. d. Mts. nicht wieder gestört worden. Dagegen beginnen sehr bedauerliche Bewegungen unter den Einsassen des fürstlichen Standesgebietes zu Solms-Braunfels .... (Näheres, dsgl. über Unruhen im Wiedischen, in Wildenburg und Kreuznach).

Der allerhöchste Erlaß wegen Einberufung des Vereinigten Landtags hat, soweit ich darüber bis jetzt Mitteilungen habe, in hiesiger Stadt im ganzen einen guten Eindruck gemacht, jedoch wird allgemein der für die Eröffnung des Landtags anberaumte Termin, insbesondere im Hinblick auf die süddeutschen Verhältnisse, als ein zu später erachtet, und fortdauernd allgemein darüber geklagt, daß nicht die Preßfreiheit schon jetzt durch ein provisorisches Gesetz bewilligt worden sei. Im übrigen erlaube ich mir auf den von dem Oberbürgermeister Bachem hierselbst unter dem 15. d. Mts. unmittelbar erstatteten Bericht Bezug zu nehmen.

32. Landtagsabgeordneter Reichardt an G. Mevissen. Neuwied, 1848 März 17.

Das Patent vom 14. cr. beruhigt nicht, es regt aufs neue auf; dies ist der Eindruck, welchen es hier und allerwärts gemacht hat. Der Fürstenkongreß in Dresden ist noch bedrohlicher für die Entwicklung deutscher Einheit und Freiheit; das ganze Vaterland sehe ich der höchsten Gefahr ausgesetzt. Die Augen der Provinz sind auf ihre freisinnigen Deputierten gerichtet, es muß abermals gehandelt werden; rufen Sie die treuen Kollegen zusammen, jetzt oder nie wird etwas errungen werden.

33. Bericht des Oberpräsidiums (i. V. Massenbach) an Minister v. Bodelschwingh. Koblenz, 1848 März 19.

In Trier ist die Ruhe bis zum 17. d. Mts. 9 Uhr nicht weiter gestört worden. Dagegen ist von den dortigen Gemeindeverordneten eine Einladung an die bedeutenderen Städte ergangen, Deputierte nach Köln zu senden, um sich dort gemeinschaftlich über die Mittel zu beraten, die zur Aufhilfe des ganz darniederliegenden gewerblichen und kommerziellen Verkehrs erforderlich seien, und dieselben demnächst persönlich Sr. Majestät dem König zur Ergreifung zu empfehlen. Die betreffenden Deputierten der Stadt Trier, Gutsbesitzer und Kaufmann Cetto und der Advokatanwalt Zell, sind bereits heute hier durchgereist. Von hier aus werden der Landtagsdeputierte Kaufmann Caspers und Kaufmann Raffauf zu gleichem Zwecke nach Köln gehen. Die Deputierten der Stadt Trier haben sich dem Vernehmen nach an einer hiesigen Wirtshaustafel offen dahin ausgesprochen, daß der Vereinigte Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung durchaus nicht als eine genügende Vertretung des Landes anzusehen sei, daß des Königs Majestät vielmehr eine Nationalversammlung auf breiter Grundlage berufen und mit dieser über die zu gebende Verfassung sich einigen möge.

Die hier auf gestern Abend 8 Uhr in dem Wirtshause der Witwe Carbach angesagte Bürgerversammlung ist, nachdem sie auf Veranlassung der Gemeindeverordneten auf heute Vormittag 11 Uhr vertagt worden war, zu dieser Zeit abgehalten worden, ohne daß eine Störung der öffentlichen Ruhe daraus gefolgt ist; es sind darin dem Vernehmen nach die von dem Gemeinderat gestern beschlossene und bereits von der königlichen Regierung genehmigte Bildung eines unbewaffneten Bürger-Sicherheitsvereins und die Absendung der oben erwähnten Deputation nach Köln besprochen worden. Im allgemeinen wird die Stimmung hierselbst mit jedem Tage bedenklicher, und, was das betrübendste ist, überall von

seiten der Bürger die Überzeugung ausgesprochen, das Militär werde im Falle eines etwaigen Kampfes mit dem sich auflehnenden Volke den Gehorsam versagen (folgen Mitteilungen über Aufregung in Braunfels).

34. Oberpräsident Eichmann an den Ministerpräsidenten Graf v. Arnim. Köln, 1848 März 20, nachts 1 Uhr (d. i. in der Nacht vom 19. auf den 20. März), präs. 24. 3. 48.*)

Wir sind erst gegen 11 Uhr gestern (19. März) hier angekommen. Die Proklamation des Königs, welche wir unterwegs und hier sogleich verbreiteten, hat die freudigste Stimmung hervorgerufen. Die Unruhen in Berlin am 18. durften wir nicht verschweigen, konnten aber übertriebene Gerüchte nach dem, was wir gesehen und gehört, widerlegen. Eine telegraphische Depesche über den Zustand Berlins am gestrigen Tage ist nicht angelangt.

Ich hoffe, hier wird sich die Ruhe nunmehr erhalten lassen, die Rückkehr der Ratsdeputation wirkt sehr gut. In Hannover sind gestern Unruhen gewesen, aber von keiner großen Bedeutung. Der König hat nachgeben müssen und vergebens versucht, die Zugeständnisse zu widerrufen. Dort traf ich den Bürgermeister Smidt von Bremen. Derselbe teilte mir (seine Ansicht) über die Zusammenkunft der Fürsten in Potsdam mit; meinte, die freien Städte dürften aus Russophobie und -phagie dahin nicht kommen, sie hätten sonst Unruhen der Bürger zu besorgen. Allein auch die Süddeutschen würden nicht kommen. Er bat dringend, man möchte in Frankfurt, aber auch nur durch Bevollmächtigte, zusammenkommen, dies allein würde Eindruck machen und helfen. Man sei dort so sicher, wie an anderen Orten. Leider nur zu wahr! Euer Exzellenz bitte ich auch meinerseits, dahin zu wirken, daß die Versammlung nirgends anders als in Frankfurt stattfinde. Ich habe die Herren Grafen Canitz und v. Raumer**) gesprochen. Heut früh verteilt DuMont durch seine Zeitung die offiziellen Aktenstücke.

35. Oberpräsident Eichmann an den Ministerpräsidenten Graf v. Arnim. Köln, 1848 März 20, abends 6 Uhr, präs. 23. 3. 48.

Ew. Exzellenz brauche ich nicht zu sagen, daß die Aufregung in Köln sehr groß und für jeden Augenblick ein Ausbruch zu besorgen ist.

*) Der Präsentatumvermerk ist für diese stürmischen Tage bedeutungslos. Offenbar sind die Schriftstücke in Berlin mehrere Tage hindurch erst nachträglich eingetragen und mit dem betreffenden Vermerk versehen worden.

**) Gouverneur und Regierungspräsident von Köln.

Erhalten wir gute Nachrichten aus Berlin, so wird auch hier die Ruhe zurückkehren. Die Freude über das Patent vom 18. ist durch die Berliner Unruhen gestört. Die Versammlungen der Bürger häufen sich; heut mittag ist mir die Anlage*) mit Bitte um telegraphische Beförderung zugestellt; um nicht für den Augenblick aufzubringen, habe ich mit Darstellung der Schwierigkeiten die Beförderung zugesagt und mit Schonung der übrigen Arbeiten des Telegraphen heut mittag angeordnet. Es ließe sich aber wesentlich auf die Beruhigung einwirken, wenn aus der Bonner Petition die Petita als Proponenda des Landtags aufgestellt würden.**) Man ist hier (wie es scheint, auch die Partei Hansemann-Mevissen) sehr dafür, daß Se. Majestät der König sein Vertrauen dem v. Auerswald (Generallandschaftsrat) und Camphausen schenken möge; letzterer will morgen nach Berlin abreisen. Wir erwarten heute abend die Nachrichten von gestern und die neun Kölner Deputierten.

Die Augenblicke drängen sich, ich suche diese Depesche durch einen Extrazug zu befördern. Um Nachricht bitte ich dringendst.

36. G. Mevissen an D. Hansemann. Köln, 1848 März 21.

Abermals hat der Berg eine Maus geboren. Arnim Premierminister in einem Augenblick, wo Preußen sich an die Spitze Deutschlands stellen will und muß! Arnim, der Ausweiser Itzsteins und Heckers! Zu dem Mann soll Süddeutschland Vertrauen fassen. Nimmermehr! Wir wandeln auf dorniger Bahn, die Verwicklung und die Dunkelheit in den Geistern wird immer größer. Als schöne Beigabe des deutschen Arnim noch den konsequenten und zuverlässigen Grafen Schwerin. Ein herrliches Duett!

Uns und unseren Freunden fällt jetzt die Rolle einer kühnen und siegesgewissen Opposition zu. Ich denke, unsere Kollegen, die ich sämtlich auf Donnerstag (23. März) hierher eingeladen, werden sofort sich über die Unhaltbarkeit des neuen Ministeriums der Krone gegenüber aussprechen.

---

*) Vgl. die Adresse vom 20. März, abgedruckt in der Köln. Zeitg. Nr. 81 (vom 21. März).

**) Die Bonner Petition ist die Nr. 25 und 30 erwähnte der Landtagsdeputierten vom 11. März, mit der eine von Dahlmann am 9. März entworfene und von fast sämtlichen Bonner Professoren unterschriebene Adresse an den König im wesentlichen übereinstimmte, welche im Hinblick auf die Vorgänge in Süddeutschland und Preußens Beruf, jetzt an die Spitze von Deutschland zu treten, schleunige Berufung des Vereinigten Landtags, Preßfreiheit, größere Ausdehnung der Vertretung des Volks beim Landtage und eine volkstümliche Entwicklung des Deutschen Bundes erbat (Springer, F. Ch. Dahlman II, 207).

Ich rechne fest darauf, daß Sie kommen werden und bitte, diejenigen Mitglieder, die Ihnen nahe wohnen, noch besonders zum Kommen zu veranlassen. Am Donnerstag treffen Deputationen der Gemeinderäte der größeren Städte der Provinz hier ein. Mit einzelnen Zugeständnissen ist in Preußen nichts mehr getan. Wir müssen jetzt den Augenblick ergreifen und eine Konstitution mit der Krone vereinbaren, worin alle Freiheiten des Volkes Garantie finden. Camphausen ist nach Berlin berufen. Ich hoffe, daß er sich weigern wird, in ein Ministerium Arnim einzutreten.

37. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1848 März 22.

Deine Zeilen von heute kann ich nicht beantworten, weil es mir an Ruhe, an einem einzigen ruhigen Moment fehlt. Auf morgen habe ich sämtliche Landtagsdeputierten hierher berufen, um einen letzten entscheidenden Schritt zu tun. Kein Arnim, kein Schwerin! Wir bedürfen jetzt anderer, entschlossener Menschen: Hansemann, Vincke usw. Wahrscheinlich reise ich Samstag oder Sonntag (März 25, 26) nach Berlin ab, denn kein Augenblick ist mehr zu verlieren. Jeder Ehrenmann muß an seinen Posten. Seit gestern ist hier alles bewaffnet, bis jetzt die Ordnung nirgends gestört. Heute ist das Aussehen friedlicher, aber wie es heißt, will eine kleine Fraktion heute nachmittag die Republik proklamieren. Dann gibts tollen Spektakel.

38. Landtagsabgeordneter F. W. Diergardt an G. Mevissen. Viersen, 1848 März 22.

Kann der Einladung zu der Versammlung am 23. März nicht folgen, da „wir im hiesigen Kreise mit der wichtigen Arbeiterfrage beschäftigt sind. Am Samstag und Montag (März 18, 20) hatten wir deshalb Sitzung in Gladbach, und morgen findet eine dritte statt, wozu Mitglieder des Gewerbegerichts, der Handelskammer u. a. eingeladen sind. Ich werde kein Opfer scheuen, um meine zahlreichen Arbeiter zu beschäftigen, obgleich mit jeder Post Briefe einlaufen, keine Waren abzusenden. Diejenigen Fabriken, welche den Kredit der Banken haben in Anspruch nehmen müssen, können mit dem besten Willen ihre Arbeiter nicht beschäftigen; es muß daher auf die eine oder andere Weise geholfen werden. Man wird sich immer mehr überzeugen, daß man im allgemeinen der Arbeiterfrage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, wofür jetzt viel gebüßt werden muß. Ich habe die Beruhigung, ehrlich getan zu haben, was in meiner geringen Kraft lag, und sehe daher getrost der Zukunft entgegen, die Angelegenheiten mögen sich gestalten, wie sie wollen“.

39. Landtagsabgeordneter P. L. Mohr an G. Mevissen. Trier, 1848 März 22.

Kann wegen Krankheit nicht zu der Versammlung kommen, „was mir um so mehr leid tut, als es sich diesmal gewiß von sehr entschiedenen Schritten handelt, denen ich mich überaus gern angeschlossen haben würde".

40. Landtagsabgeordneter A. W. Hüffer an G. Mevissen. Eupen, 1848 März 22.

Kann wegen der Aufregung unter den Arbeitern in Eupen nicht zur Versammlung kommen. „Nach dem, was durch die letzten Ereignisse in Berlin erreicht worden, ist jeder Forderung einer vernünftigen Freiheit die Gewähr gegeben, und ich glaube, daß es nun unsere Aufgabe vor allem ist, die Ruhe überall herzustellen, damit nicht Anarchie die Früchte des Sieges vernichte."

41. Landtagsabgeordneter Graf Hompesch G. an Mevissen. Rurich, 1848 März 24.

Gestern abend von Paris zurück, finde ich die Einladung, bedaure schmerzlich, der Verhandlung nicht beigewohnt zu haben, erkläre aber, mich dem Beschluß meiner Gesinnungs[genossen] vollkommen anzuschließen. Ich erkenne, daß der privilegierte Landtag das Volk nicht repräsentieren kann und mithin inkompetent ist. Da aber eine neue Wahl nur infolge eines Wahlgesetzes stattfinden kann, glaube ich, daß wir zur Entwerfung eines solchen im freiesten Sinne beitragen müssen und damit unseren Wirkungskreis schließen. Ich bitte dringend, mich mit dem gefaßten Beschluß umgehend bekannt zu machen.

42. Oberpräsident Eichmann an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn v. Arnim. Köln (irrtümlich Koblenz), 1848 März 24, abends 7½ Uhr.

Ew. Exzellenz wird dieser Bericht zugleich mit Herrn Hansemann zugehen, mit dem ich heute eine ausführliche Unterredung gehabt habe. Über den Zustand der Provinz wird derselbe die beste Auskunft geben. Die Deputierten der 18 Städte haben heute ihre Petition redigiert und sind ungeachtet der Anträge der Stollwerckschen Versammlung bei ihrer Petition geblieben. Die Landtagsabgeordneten haben an der Abstimmung (wobei ich nach der Erzählung des Herrn Hansemann meine gestrige Angabe*) berichtigen muß) nicht teilgenommen, wohl an der Diskussion.

*) Liegt nicht vor (vgl. Hansemann a. a. O. S. 90). Die Adresse der

Die Stollwerckſche Verſammlung will nicht drei, wie geſtern, ſondern fünf Deputierte nach Berlin ſenden. Herr Juſtizrat Eſſer II und Dr. Schneider gehen nicht, ſtatt ihrer Advokatanwalt Borchardt (ein großer Radikaler), Aſſeſſor Bohl und Rentier Bauendahl oder der Referendar Wachter. Auch dieſe Verſammlung iſt bei ihrem Antrage geblieben, welchen ſie in 2000 Exemplaren drucken und in allen Städten der Provinz verteilen läßt.

Die Verſammlung auf dem Gürzenich dauert noch fort. Die Abſicht iſt, daß ſämtliche ſtädtiſche und ländliche Gemeinden der Provinz der Petition der Stollwerckſchen Verſammlung beitreten ſollen.

43. Oberpräſident Eichmann an den Miniſterpräſidenten Graf v. Arnim. Köln, 1848 März 24, abends 7½ Uhr, präſ. 27. 3. 48.

Ew. Exzellenz werden die Berichte vorliegen, welche ich geſtern dem Herrn Miniſter Freiherrn v. Arnim über die hieſigen Bewegungen in Verfaſſungsangelegenheiten erſtattet*) und ſoeben (Nr. 42) vervollſtändigt habe. Herr Hanſemann, der heute nachmittag nach Hamm abgereiſt iſt, um morgen zeitig in Hannover, übermorgen in Berlin einzutreffen, wird über die hieſigen ſchwierigen Verhältniſſe Auskunft geben. Ew. Exzellenz ſind auch durch Herrn Camphauſen unterrichtet, ſowie einen Tag früher durch den Landrat v. Möller. Ich vermag nicht ſo viel zu ſchreiben, als dieſe Männer ſagen können. In Aachen iſt es unruhig, doch hoffe ich, die Bürgerwehr im Verein mit dem Militär, angeführt von dem verſtändigen und beſonnenen Oberſt Kaiſer, wird die Ruhe nicht durch grobe Exzeſſe ſtören laſſen. Von Trier ſind heute üble (nichtamtliche) Nachrichten eingegangen, nach welchen die Erbitterung gegen das Militär dort einen ſehr hohen Grad erreicht hat und ſtündlich ein Ausbruch zu befürchten iſt. Der Herr Generalleutnant Holleben hat den Haß der Bürger auf ſich gezogen, indem ihm Schuld gegeben wird, er habe Feuer kommandiert, wodurch dann ein Bürger (wie Ew. Exzellenz ſchon wiſſen) erſchoſſen worden iſt. Es iſt möglich, daß der kommandierende General ſeine anderweite Verwendung beſchließt. —

Soeben höre ich, daß ein Trierer Stadtrat heute abend einen Brief erhalten hat, nach welchem in Trier Ruhe herrſcht, und daß jenes Gerücht falſch iſt.

Städtedeputierten vom 24. März iſt in der Köln. Ztg. Nr. 85 (vom 25. März) abgedruckt.

*) Liegen nicht vor.

44. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1848 März 25.

Deine Zeilen von gestern morgen empfange ich soeben; deinen früheren Brief fand ich gestern abend vor. Peters mündliche Berichte hatten mich Schlimmes für Dülken befürchten lassen, und ich atme erst wieder freier, seitdem ich weiß, daß es zu keinen Exzessen gekommen. Hier ist die Stimmung wie dort eine ungeheuer erregte — seit meiner Rückkunft den Tag über Volksversammlungen, abends Bürgerwache. Die Ruhe wird hier, dank der kräftigen Leitung der Bürgerwache von seiten Wittgensteins, erhalten werden. Gestern und vorgestern haben sich die hierher eingeladenen Deputierten und Gemeinderäte zu gemeinschaftlicher Sitzung vereinigt. Das Resultat ist die in der heutigen Kölner Zeitung abgedruckte Petition. Die Ereignisse drängen sich so unaufhaltsam, daß es sehr schwer ist, den Kopf oben zu behalten. Wenn die älteren Provinzen sich aussprechen, wie die Volksversammlungen der Rheinprovinz, so wird sich der ruhige Staatsmann genötigt sehen, wie ungern auch, das allgemeine Stimmrecht zu bewilligen. Der Landtag wird förmlich ekrasiert durch die vielen gegen ihn gerichteten Anträge. Ich glaube, daß nur ein stark komponiertes Ministerium, ein sofortiger Krieg mit Rußland, sofortige Auflösung des Landtages und Berufung eines neuen, auf der umfassendsten Wahlbasis zur Entwerfung der Verfassung, der Lage des Augenblicks entspricht. Vor allen Dingen ist es not, daß die Staatsregierung in dieser Sturmperiode an der Spitze der Bewegung bleibt.

Mein Vorhaben, schon heute abzureisen, ist durch diese Beratungen hier hinausgeschoben. Ich habe jetzt mit von Beckerath verabredet, daß wir am Montag Morgen (27. März) von hier abreisen. In dieser entscheidenden Epoche fühle ich, daß für v. Beckerath und für mich der Platz nur in Berlin ist. Der Landtag dauert jedenfalls nicht lange. Ob wir dann nach Frankfurt gehen — wer kann es heute wissen? Am wahrscheinlichsten ist, daß wir mit unserem Antrage durchdringen werden, den Landtag ganz fallen zu lassen, nur ein festes Kabinet zu konstituieren und das Wahlgesetz so zu erlassen, daß die Wühlereien der Demagogen keinen Stoff darin finden. Selbst das allgemeine Stimmrecht ist nicht gefährlich, sobald die Wahlen durch Wahlmänner, und in jeder Gemeinde abgesondert vollzogen werden.

Euch allen das herzlichste Lebewohl! Für Dülken insbesondere aber erscheint es mir angemessen, daß ihr für die nächste Zeit zur Nachtwache eine Bürgergarde von etwa 20 Mann gut bewaffnet und bezahlt, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Ruhestörer, die zu zerstören oder das Eigentum zu vernichten drohen, sind glücklicherweise nur wenige im Lande, so daß es keiner starken Gegenmacht bedarf.

44. [illegible]
1848 März 24.

[illegible]

45. J. Fallati an G. Mevissen. Tübingen, 1848 März 26.

Schreiben Sie mir doch ein paar Worte, namentlich über die jetzt ganz in den Vordergrund getretene Frage der Hegemonie Preußens.

Sie wissen, daß ich immer von der Notwendigkeit dieser Hegemonie überzeugt gewesen bin, aber nun, da der König von Preußen sich wirklich als Leiter Deutschlands aufgeworfen hat, bin ich in großer Besorgnis, wohin das führen wird, nachdem es so geschehen, wie es geschehen ist. Um es rund herauszubringen, ich fürchte, daß nach der Nacht vom 18. bis 19. d. Mts. eine Hegemonie Preußens unter Friedrich Wilhelm IV. unmöglich ist. Allerdings haben die Berliner schon wieder dem König entgegengejubelt — aber wird das halten? Was wird man im übrigen Lande zu diesen Harlekinaden auf blutgetränktem Boden sagen? Zunächst ist es allerdings Sache der Preußen, ob sie mit diesem König zufrieden sein wollen; allein wenn er an Deutschlands Spitze treten will, muß auch das übrige Deutschland sein Wort dabei haben. Und dies Wort fängt an, laut zu werden. Wir haben früher über Ihren König gesprochen — ich habe Ihnen damals gesagt, daß ich viel günstiger über ihn urteile als die allgemeine Stimmung in unseren Gegenden . . . (F. führt im folgenden in sehr scharfen Wendungen aus, daß er besonders durch den Umzug des Königs durch Berlin und dessen begleitende Umstände alles Vertrauen zum König verloren habe.)

Ich sehe es kommen, es wird ein Ruf durch ganz Süddeutschland gehen — schon hat die Presse ihn zu erheben angefangen, die Versamm-
gen werden folgen — daß man den blutigen Komödianten in diesem
blicke nicht an der Spitze von Deutschland sehen wolle. Mit
Leidwesen sehe ich es kommen, denn ich weiß nicht, wie zu helfen

ist. Ich halte es für ein Unglück, wenn Preußen wieder hinter Österreich zurückgedrängt wird, das jetzt im Glanze seiner früheren und reineren Erhebung strahlt und die Katholiken Süddeutschlands immer für sich haben wird. Preußen selbst aber — wird es voranstehen können, selbst wenn (wie die Deutsche Zeitung anträgt) der König und der Prinz von Preußen resignierte? Unter einem unmündigen König? Nur dann, wenn unter den preußischen Prinzen ein Regent zu finden wäre, der Deutschlands Forderungen wenigstens einigermaßen entspräche. Wo ist der? Sie müssen es besser wissen als ich, müssen besser wissen, wie ein Bruch in Deutschland selbst zu vermeiden, den unter obwaltenden Umständen die Anmaßung Friedrich Wilhelms IV. hervorrufen könnte, von Preußen aus zu vermeiden wäre. Denn es ist sehr möglich, daß er nur von Preußen aus sich wird vermeiden lassen — weil Süddeutschland, wenn es gegen Friedrich Wilhelm IV. protestiert, die öffentliche Moral und zugleich das moralische Gewicht, den Anstoß in Deutschland selbst zu unserem ganzen Aufschwung gegeben zu haben, für sich hat. Es ist sehr möglich, daß er sich nur dadurch wird vermeiden lassen, daß die Preußen selbst, um Preußen in Deutschland den Vortritt zu retten, ihren eigenen König zum Abtreten werden bewegen müssen.*)

47. Oberpräsident Eichmann an den Minister des Innern v. Auerswald. Koblenz, 1848 März 27.

...In Aachen, in Trier steht es noch zum Aufstand der unteren Klassen, die von Demagogen stets gestachelt werden. Hier ist es ebenso, in Köln nicht anders. Die Soldaten wohnen den Volksversammlungen bei, und man gibt sich alle Mühe, sie zu verführen. Handelte es sich darum, unser Leben zu opfern, mit Freuden gäben wir es daran, um mit Ehren zu enden. Allein fließt an einem Orte der Provinz Blut, so flammt die ganze Provinz, und wir sind keiner rheinischen Truppe gegen ihre Landsleute sicher.

48. Regierungspräsident von Raumer an den Minister des Innern von Auerswald. Köln, 1848 März 27.

Ew. Exzellenz werden durch die dort anwesenden Rheinländer von der Lage der hiesigen Provinz hinlänglich in Kenntnis gesetzt sein. Bei der Wichtigkeit der Sachlage halte ich es jedoch für Pflicht, auch meiner-

*) Am 26. April 1848 schrieb Fallati, unter eingehendem Bericht über die politische Lage in Württemberg, an Mevissen über die etwaige Möglichkeit, daß er (F.) in einem preußischen Wahlkreis für Frankfurt aufgestellt werde.

seits auszusprechen, was ich für unbedingt nötig halte. Hier schwankt alles; alle Verhältnisse, der Zusammenhang der Provinz mit Preußen sind nahe daran, sich aufzulösen. Hilfe kann nur vielleicht geschafft werden, wenn das Ministerium sich unverzüglich konsolidiert und durch bestimmtes Handeln Vertrauen gewinnt. Für die Rheinprovinz aber kann beides nicht geschehen, so lange Graf Arnim und Graf Schwerin im Ministerium bleiben. Graf Arnim steht im Rufe des Aristokratismus, Graf Schwerin in dem des Katholikenhasses. Ein Ministerium, das sie in sich schließt, kann hier keinen Boden gewinnen. Dagegen muß notwendig Camphausen oder Hansemann, am besten beiden, im Ministerium ein Platz angewiesen werden. Täglich hoffte man auf die Nachricht davon, sie kommt aber nicht. Ohne Camphausen ist das Ministerium für die Rheinprovinz unmöglich.

Der Vereinigte Landtag in seiner gegenwärtigen Gestalt wird sich kaum eine Stellung halten können. Vielleicht geht es, — wenn nicht noch ein großer Petitionssturm kommt — doch nur soweit, daß er in einem oder zwei Tagen ein Wahlgesetz mit allgemeinem Wahlrecht annimmt und populäre Wahlen für Frankfurt vollzieht. Die Änderung jener Mitglieder des Ministeriums tut dringend not, noch vor dem Landtage, sonst ist hier alles zu fürchten. Die Republik, die Trennung steht vor der Tür. Ew. Exzellenz wollen diese Zeilen entschuldigen. Sie wissen, daß ich den Gang der Dinge anders gewünscht hätte. Jetzt gilt es aber, ohne Rücksicht auf sonstige Meinungen dem Vaterlande zu helfen, wenn es noch geht. —

Ew. Exzellenz lege ich, nachdem ich anliegenden Brief soeben geschlossen habe, noch folgenden Gegenstand ans Herz, der soeben zu meiner Kenntnis kommt. Die hiesige Bank hat heute Anweisung erhalten, ihre Geschäfte auf jede Weise einzuschränken. Die Nachricht davon hat das enormste Aufsehen gemacht. Der Handelsstand, der bisher noch am meisten Lust hatte, sich der Ordnung anzuschließen, würde wanken, wenn es bei dieser Anordnung bliebe, und an dem jetzigen Zustande verzagen. Die Bedürfnisse der Berliner Bank werden allerdings groß sein. Bei der Wichtigkeit aber, die die Sache in politischer Beziehung für Köln und für die ganze Provinz hat, erlaube ich mir, die Anträge, die von hier aus baldigst nach Berlin gehen werden, Ew. Exzellenz zur geneigten Befürwortung dringend zu empfehlen.

49. Regierungspräsident von Spiegel an den Minister des Innern v. Auerswald. Düsseldorf, 1848 März 28.

Die große Bewegung der Zeit hat hier Stadt- wie Landbewohner ergriffen und dauert noch immer fort. In den Industriebezirken Solingen,

Elberfeld, Krefeld sind bedauerliche Angriffe auf das Eigentum geschehen. Größtenteils war vermeintliche Bedrückung einzelner Gewerbetreibenden die Veranlassung. Gerichtliche Untersuchungen sind eingeleitet. Von seiten der Königlichen Regierung ist so schleunig als möglich dahin gewirkt worden, durch Absendung eines rundreisenden Kommissars die Arbeiterverhältnisse auf dem Wege der Verständigung zwischen Fabrikanten und Arbeitern einer besseren Gestaltung entgegenzuführen, und hat das Kollegium in verschiedenen dringenden Berichten dasjenige bezeichnet, was von seiten des Staates dazu wird geschehen müssen. Ew. Exzellenz kann ich nur gehorsamst bitten, die betreffenden Berichte, die zugleich mit an das Finanzministerium gerichtet sind, schleunigst sich vorlegen zu lassen und möglichst baldige Entscheidung zu vermitteln.

Auf dem Felde der politischen Bewegung sind die größeren Städte an der Spitze. Die Versammlung in Frankfurt am 30. März wird von ihnen durch Deputierte beschickt werden. Bürger- und Arbeiterversammlungen werden überall ohne erhebliche Ruhestörungen gehalten. Als Resultat der Wünsche der Majorität kann konstitutionelle Monarchie mit einem Wahlgesetze auf breitester Grundlage bezeichnet werden. Man hofft in der Mehrheit, daß dies der Vereinigte Landtag beraten und sich dann auflösen werde, während eine energische Minorität dem Zusammentritt des Landtages entgegenstrebt.

Bürgergarden oder Sicherheitsvereine sind überall gebildet, oder man ist damit beschäftigt; fast allgemein werden Waffen aus den Depots der Landwehrzeughäuser verlangt. Die Regierung hat bereits vor mehreren Tagen an den Herrn Oberpräsidenten berichtet und um Vermittlung höherer Entscheidung gebeten, indem die königlichen Militärbehörden erklärten, nur eine geringe Zahl von Exerziergewehren zur Disposition stellen zu können, die bereits abgegeben und verteilt worden sind, indes bei weitem nicht ausreichen.

In manchen Landgemeinden treten Bewegungen gegen weniger beliebte Beamte hervor, einzelne der letzteren sind bei der Königlichen Regierung um Entlassung eingekommen, die ihnen gewährt wurde, nachdem für den Fortgang des Dienstes gesorgt war. Überhaupt aber ist die Lage der Dinge eine solche, daß fast jedermann nach einer baldigen Wendung sich sehnt, ohne angeben zu können, wie dies zu bewirken. Man glaubt, daß, wäre nur erst wieder Ruhe eingetreten, auch wieder Hoffnung zu schöpfen sein dürfte. Augenblicklich aber ist die Bewegung noch zu allgemein, und steht obendrein zu befürchten, daß die immer näher rückenden industriellen und finanziellen Kalamitäten wie allgemeine Kredit- und Arbeitslosigkeit uns noch größere Schwierigkeiten bringen werden.

Unter diesen Umständen können die Bestrebungen der Provinzialbehörden nur dahin gehen, Exzesse zu verhüten und das Eigentum schützen zu lassen. Was weiter geschehen muß, liegt außerhalb ihres Ressorts, und werden auf das Allgemeine nur politische und finanzielle Maßregeln großartigster Natur noch Einfluß ausüben können. Daß daher alles Kleinliche vermieden, dagegen was not tut im Großen unverweilt geschehe und öffentlich bekannt werde, damit die Bevölkerung daraus wieder Vertrauen schöpfe und hierin wieder Ruhe finde, dies scheint mir der Weg zum Ziele zu sein, den im allgemeinen anzudeuten ich mich verpflichtet erachte, und bezeichne ich wiederholt als dringendstes Erfordernis, daß, was zu tun, ohne allen Verzug geschehen und die obere Verwaltungsinstanz in einem kräftigen öffentlichen Wirken dem Volke gegenüber sich zeigen muß.

50. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 März 29, morgens.

Gestern abend gegen 6 Uhr sind von Beckerath und ich im Hotel de Russie hier eingetroffen. Fürst Chartorisky und vier andere polnische Minister und Generäle waren unsere Reisegefährten und wohnen mit uns hier zusammen. Camphausen wohnt neben uns. Er hat es abgelehnt, in das Ministerium Arnim einzutreten. Hansemann, dem nach Camphausen das Ministerium der Finanzen angeboten worden, hat gleichfalls den Eintritt unter Arnim verweigert.*)

Hier ist alles noch ratlos und blickt mit Spannung auf die Provinzen. Berlin ist jedoch ruhig, und die gemäßigte Ansicht hat hier entschieden die Oberhand. In der Mark und in Pommern droht das Landvolk, den Landsturm zu organisieren und seinem bedrängten König gegen die Bevölkerung Berlins zu Hilfe zu ziehen. Die Bürgergarde versieht für jetzt noch mit großem Eifer den Dienst.

Das entschiedene Auftreten des Baron Arnim in der Schleswig-Holsteinschen und in der Posenschen Frage bringen die Zeitungen. Das Ministerium wechselt fast alle höheren Verwaltungsbeamten und ersetzt sie durch Männer des Volkes.

von Auerswald in Trier ist zum Oberpräsidenten der Provinz Preußen ernannt, Graf Yorck für Schlesien. Ich habe gestern abend geraten, Wittgenstein zum Präsidenten für Köln zu ernennen. Es fehlt ein tüchtiger Mensch als Oberpräsident der Rheinprovinz. Ich weiß keinen zu bezeichnen.

*) Danach ist Bergengrün l. c. S. 421 zu ergänzen.

Im Äußeren Berlins keine Änderung, nur sind Truppen und hoher Adel weg, und auf dem Palais des Prinzen von Preußen steht „Eigentum der Nation“ angeschrieben. Das ist fast das einzige äußere Zeichen der in ihren Folgen so unberechenbaren Revolution. Vorgestern hat die Deputation der Städte beim Könige Audienz gehabt. Die Entlassung der Grafen Arnim und Schwerin ist für jetzt nicht zugestanden, sondern vom Ausspruch der Stände abhängig gemacht. Die übrigen Forderungen sollen, soweit sie nicht durch die Antwort an die Breslauer erledigt sind, in Erwägung gezogen werden.

Die Deputation von Stollwerck hat noch keine Audienz gehabt, jedoch gestern abend in den Mielenzschen Saal eine Volksversammlung berufen und darin den Beschluß fassen lassen, daß zum 2. April sich Deputationen aus allen Städten der Provinzen hier einfinden sollen, um die öffentliche Meinung beim Landtage zu unterstützen.

Das Wahlgesetz soll morgen im Entwurf publiziert werden. Es wird nach Camphausens Andeutung einen mäßigen Census, aber nicht das verlangte allgemeine Stimmrecht zur Basis haben. Dahlmann ist Gesandter beim Bundestage.

Wir gehen heute morgen zu Arnim und werden ihn zu bewegen suchen, freiwillig zurückzutreten. Tut er das, so treten sofort Camphausen und Hansemann als Minister des Handels und der Finanzen ein, und es ist dann ein kompaktes und energisches Ministerium da, das dem Sturme eine entschlossene Stirn zu bieten vermag.

Die Finanzen des Staates liegen gut, ein großes Glück in diesem kritischen Moment. Krieg mit Rußland wird nicht lange auf sich warten lassen. Preußen wird jedoch womöglich nur indirekt dabei mitwirken.

51. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 März 29, abends.*)

Nach sechsstündiger schwerer Geburt ist soeben ein Ministerium Camphausen ins Leben getreten: Camphausen, Premierminister ohne Portefeuille; Hansemann, Minister der Finanzen; v. Auerswald, Inneres; Baron v. Arnim, Auswärtiges; Bornemann, Justiz; Graf Schwerin (?),

*) Der Brief hat irrtümlich das Datum 30. März. — Aus einer Notiz in Mevissens Papieren ergibt sich, daß eine Zeitlang folgende Kombination ins Auge gefaßt war: Camphausen, Premier und Inneres; Hansemann, Finanzen; Simon, Justiz; Auerswald, Kultus; Baron v. Arnim, Auswärtiges; Vincke, Krieg; Graf Schwerin, Minister des Königlichen Hauses. Beckerath war als Gesandter beim Bundestag in Aussicht genommen.

Kultus. Diese Bildung ist noch sehr weich und noch sehr schwankend. Eine Einigung über ein Programm hat noch nicht stattgefunden, und es ist noch ungewiß, ob die Kombination reussiert oder nicht. Schwerin will zurücktreten nebst Auerswald, wenn nicht von vornherein ein Zweikammersystem sanktioniert wird. Camphausen und Hansemann wollen eine Konstituante berufen und dieser die Entscheidung über das System gänzlich überlassen, sie wollen also einen gänzlichen und entschiedenen Bruch mit allen Traditionen, während Schwerin und Auerswald eine organische Fortbildung auf gesetzlichem Wege anstreben. Morgen wird diese erste und Hauptfrage definitiv entschieden (vgl. Nr. 53), und wahrscheinlich bringt die nächste Preußische Staatszeitung das Programm der neuen Minister.

Camphausen ist bereits gestern sehr entschieden der Deputation der Kölner Volksversammlung entgegengetreten und hat den Herren erklärt, der König, von den wichtigsten Geschäften aller Art bedrängt, habe keine Zeit, sie zu empfangen. In der Tat ist der König gestern abend nach Potsdam abgereist. Die Hauptforderung der Volksversammlung, allgemeines Stimmrecht, wird bewilligt werden. Nach langen und reiflichen Beratungen haben wir uns gestern sämtlich für diesen so dringend verlangten Modus entschieden. Für die erste Kammer wird ein Census für die Wählbarkeit angenommen werden. Berlin ist ruhig. Indessen finden tagtäglich mehrere Volksversammlungen statt, und wie es heißt, wird am Sonntag ein Coup de main versucht werden, um das Zusammentreten der Kammer zu verhindern. Gestern ist das erste Militär hierher zurückgekommen. Nach Schleswig sind 6000 Mann preußische Truppen entsandt. Posen wird reorganisiert und zum Herde einer Bewegung gegen Rußland.

Die Kölner Deputation reist erst heute abend ab, hoffentlich mit dem Programm der neuen Minister zu gleicher Zeit. Ich erwarte mit großer Spannung Nachrichten von dort. Wenn noch acht Tage die Ruhe erhalten bleibt, so ist Raum für eine friedliche Entwicklung gewonnen. Der König hält sich sehr brav und ist de bon coeur für die neue Gestaltung der Dinge. Dagegen droht der Adel der Mark und Pommerns, sowie die Gutsbesitzer Sachsens, Berlin mit ihren Bauern zu überziehen und dem Boden gleichzumachen. Überhaupt ist von dieser Seite eine reaktionäre Bewegung sehr möglich, wenn nicht bald die Fragen sich entscheiden.

52. Oberpräsident Eichmann an den Minister des Innern von Auerswald. Koblenz, 1848 März 30, nachmittags 5½ Uhr.

Nach reiflicher Erwägung und Rücksprache mit mir hat sich der Herr General von Thile entschlossen, die Reserven des 8. und 7. Armee-

korps zu entlassen. Leider sind die Bande der Disziplin beim Militär gelockert. Gerade die Reserven sind der Verführung der Demagogen und die Zeitbewegung am meisten ausgesetzt. Für den äußeren Feind sind sie immer zu haben, für die innere Ruhe sind sie mehr schädlich als nützlich geworden. Die Maßregel ist im Laufe des heutigen Tages ausgeführt.

Der Gedanke, welcher die Provinz durchdringt, auch die bessern bewegt, ist der der Selbstregierung im ausgedehntesten Maße, wobei Belgien als Muster und als ein in den letzten Wochen sehr bewährtes Muster vorschwebt. Von Preußen will man sich nicht losreißen, in der sicheren Zuversicht, in Ausführung dieses Planes nicht gestört zu werden. Die Sympathien für das königliche Haus waren nie stark und sind es jetzt am wenigsten. Selbstregierung versteht man für alle Verwaltung, für Militär, für die Kirche. Auf die übrigen Formen der Regierung, ob monarchisch-konstitutionell ob republikanisch, legt man keinen solchen Wert, ja die Republik hat noch Andenken des Schreckens neuer und alter Zeit genug.

Die Häupter der Provinz sind jetzt in Frankfurt, und der dortigen Versammlung muß ich großes, vielleicht entscheidendes Gewicht beilegen. Mehrere meiner vertrauten Freunde sind auch dort. Es ist aber sehr fraglich, ob die politische Revolution oder Evolution nicht einer sozialen Platz machen muß. Die Arbeiten der Fabriken und alle Arbeiten, wo bares Geld gezahlt werden muß, könnten bald ganz ins Stocken kommen, und dann steht ein Kampf mit brodlosen Arbeitern bevor.

Gestern nachmittag hat das alte Haus Schaaffhausen in Köln seine Zahlungen eingestellt, mit einer Passivmasse von sechs Millionen Taler, Aktivmasse von acht. Herr Camphausen und Herr Hansemann übersehen die Folgen dieses Ereignisses.

53. G. Mevissen an den Finanzminister D. Hansemann. 1848 März 30.

Übersendet einen von Kühlwetter ausgearbeiteten Gesetzentwurf betr. die rheinische Rechtsgleichheit.*) Nach längerer reiflicher Erwägung seien er und Beckerath zur Überzeugung gelangt, daß ohne größte Gefahr eine aus zwei Kammern bestehende Konstituante (vgl. Nr. 51) nicht be-

*) Der oben erwähnte Entwurf enthält die Beseitigung des Gesetzes vom 21. Januar 1837 betr. die autonome Successionsbefugnis der Rheinischen Ritterschaft und der Kabinetsordre vom 25. April 1835 betr. das Kammergericht als ausschließlichen Gerichtshof für politische Vergehen.

rufen werden könne. In einer Konstituante könne eine erste Kammer nicht zur Geltung kommen.

54. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 März 31.

In Begleitung von Beckerath Dienstag Abend (28. März) hier angekommen, haben wir uns jetzt zwei Tage lang bemüht, unsern vermittelnden Einfluß zur Bildung eines kompakten Ministeriums aufzubieten. Das Resultat hast Du bei Empfang dieses bereits durch die Kölner Zeitung erfahren. Heute abend erscheint das Programm der neuen Minister, das hoffentlich den erregten Gemütern Beruhigung bringen wird. Das Land will, davon bin ich überzeugt, vor allem Taten statt Worte.

Hier ist die Stimmung in den Bürgerklassen für Gesetz und Ordnung, in den Arbeiterklassen jedoch unbestimmt und schwankend. Die kleine kommunistische Fraktion droht, mit einem Coup de main am Sonntag die Zusammenkunft der Stände zu verhindern. Die Ständemitglieder der verschiedenen Provinzen treffen allmählich ein. Bei einer gestern Abend bei mir stattgefundenen Vorberatung erklärten sich alle früher radikalliberalen Mitglieder jetzt in ganz konservativem Sinne. Wenn es gelingt, noch acht Tage lang die Ruhe im Lande zu erhalten, so bin ich fest überzeugt, daß wir dem Schrecken der Anarchie entgehen werden. Camphausen wird mit großer Festigkeit auftreten, und seine Entschiedenheit wird bald die schlaff gewordenen Bande in den Provinzen wieder kräftigen.

Bis jetzt ist noch nicht bestimmt, ob und wie nach Frankfurt gegangen werden soll. Diese wichtigste deutsche Frage muß heute oder morgen im Kabinet zur Entscheidung kommen.

Ein Wahlgesetz mit allgemeinem Stimmrecht und indirekter Wahl wird den Ständen am Sonntag (2. April) vorgelegt werden. Die weitesten Anforderungen des Volkes werden also ihre Befriedigung erlangen.

Geht die Krise gut vorüber, so wird eine große und schöne Zukunft sich vor uns auftun, und uns für die Sorgen dieser Zeit entschädigen.

Ich bin sehr gespannt auf Nachrichten von dort. Wenn ich nach Deinem letzten Briefe auch hoffen darf, daß die Ruhe aufrecht erhalten worden sein wird, so bin ich doch nicht ohne Sorge, weil überall im Lande sich die anarchischen Elemente regen.

So viel an mir ist, erfülle ich diesmal meinen Beruf, nicht für die außer Frage stehenden freien Institutionen, sondern für die Ordnung zu wirken. Die Stände werden hoffentlich nur einen Tag über das Wahlgesetz beraten und dann aufgelöst werden.

55. G. Mevissen an den Finanzminister D. Hansemann. Berlin, 1848 April 1.

Macht folgende Finanzvorschläge:

Die dem Bankkontor in Köln zur Verfügung gestellten 3 Millionen Taler reichen nicht aus; noch 2 Millionen nötig. — 500 000 Taler müssen für Aktienankäufe, um die Kurse zu heben, verfügbar gemacht werden. Die Eisenbahnaktien sind entsetzlich gefallen. Außer den 1847 bestimmten 2 500 000 Taler zur Ausstattung neuer Provinzialzettelbanken sind noch 2½ Millionen Taler für diesen Zweck zu bewilligen. In Berlin sofort 5 Millionen Banknoten auszugeben! Schnelles Handeln erforderlich!*)

---

*) Im Anschluß an diesen Brief machte Mevissen dem Finanzminister Hansemann folgende zusammenfassende Finanzvorschläge:

1. Sofortige Hergabe von 5 Millionen Taler aus dem Staatsschatz zur Verstärkung des Bankfonds in hartem Kurant. Dieses Darlehn kann in dem sub 7 angegebenen Fall (also bei eintretender Gefahr) sofort zurückgenommen werden.

2. Vermehrung der Notenausgabe der Bank um 5 Millionen Taler durch ein Gesetz zu autorisieren.

3. Verwendung des Eisenbahnfonds pro 1848 bis zum Betrage von 1 000 000 Taler zum Ankauf von Stammaktien zu folgenden Kursen und in folgenden Devisen:

Köln-Minden . .	60	Stargard-Posen. .	45
Rheinische. . . .	45	Bergisch-Märkische.	42

4. Errichtung von Diskontokassen in Berlin, Breslau, Königsberg, Danzig und Köln, durch anonyme Gesellschaften, beaufsichtigt in ihren Operationen durch einen Kommissarius des Staates, dem ein statutengemäß beschränktes Veto zuzugestehen. Beteiligung des Staates bei jeder Kasse mit 1 Million Taler in Staatsschuldscheinen, welche dem Tilgungsfonds mit 5 Millionen Taler entnommen werden. Dieser Beteiligung steht eine mindestens gleiche Einlage von Privaten in baar zur Seite. Die Einlage des Staates garantiert bis zu ihrem vollen Betrage gegen alle Verluste der Privaten und bezieht erst einen Anteil am Gewinn, nachdem die Privaten 6% von ihrem Kapital bezogen haben werden.

5. Errichtung von Hypothekenbanken im Rheinlande und Ausgabe von Pfandscheinen unter solidarischer Haftung sämtlicher teilnehmenden Personen und Güter.

6. Ausgabe von Noten in Appoints von 1 bis 100 Taler, rückforderbar zu einer auf denselben auszudrückenden Frist von 3, 6, 12 Monaten. Die Notenausgabe erfolgt durch die Bank und bleibt unter steter Kontrole derselben. Die Diskontokassen werden autorisiert, Noten bis zum Betrage ihres von Privaten beigebrachten Kapitals in Zirkulation zu setzen.

7. Wenn alle Stricke reißen: Einstellung der Versilberung der Banknoten,

56. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 April 2.

Gestern erhielt ich Briefe aus Köln, die mir ein Ereignis melden, das ich noch vor kurzem für durchaus unmöglich gehalten habe, die Zahlungseinstellung Schaaffhausens mit einem Aktivüberschuß von 1 3/4 Millionen. Dieses furchtbare Ereignis muß notwendig Schrecken und Mißtrauen in der ganzen Provinz verbreiten und wird den Fall vieler Häuser, die Arbeitslosigkeit in manchen Distrikten nach sich ziehen. Ich bin jetzt schon seit zwei Tagen in fortdauernder Verhandlung mit Hansemann über die Maßregeln, die zur Hebung des Kredits ergriffen werden können. Nun kommt dieses Evenement und durchkreuzt alle unsere Pläne. Das mögliche soll jedoch geschehen. Geht es dann zuletzt doch nicht, so haben wir doch unsere Pflicht getan.

Hier ist alles äußerlich ruhig. Heute wird die Kammer eröffnet. Die Sitzung wird sehr kurz sein. Wahrscheinlich werden schon morgen die Verhandlungen geschlossen werden, damit jeder an seinen Herd zurückkehren kann. Es fehlt für mich nicht an Versuchung, in ehrenvoller Weise hier zu bleiben. Ich habe bis heute jeden Antrag von der Hand gewiesen. Ich sehe zu wenig Bestand in dem, was augenblicklich sich konstituiert. Die Adresse ist bereits vorberaten und wird heute hoffentlich durch Akklamation angenommen werden. Sie wird gut wirken, ist fest und entschieden, von Beckerath, mir und einigen anderen Freunden entworfen.

Die Finanzangelegenheiten drängen die Politik in den Hintergrund. Kann der Kredit nicht wiederhergestellt werden, so ist die bestehende Ordnung rettungslos verloren. Das Ministerium hat guten Willen, es fehlt aber außer bei Hansemann und Camphausen an Einsicht. Leute wie Auerswald und Schwerin sind nicht die Männer des Augenblicks.

57. Desgl. Berlin, 1848 April 2.

Hier folgt eine Aufregung auf die andere; nirgends ein Ruhepunkt. In diesem Moment ist es 9 Uhr, im Laufe des Vormittags soll die Kammer eröffnet werden; ich weiß noch nicht die Stunde, habe keine Karte, und buchstäblich, weder ich noch einer der Minister hat nur daran gedacht. So geht es zu in diesem anarchischen Gewirr.

Heute wird das Wahlgesetz und einige andere Gesetze über Unabhängigkeit der Richter, Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes, Auf-

---

Zwangskurs derselben in allen öffentlichen Kassen und im Privatverkehr. General-Moratorium für alle diejenigen Handlungshäuser, welche es gerichtlich nachsuchen und welche den Beweis beibringen, daß sie vollkommen hinreichende Werte zur Deckung ihrer Passiva besitzen.

hebung der Kautionen für die Presse, Herstellung des rheinischen Rechtes vorgelegt werden.

Die Adresse von v. Beckerath im Verein mit mir, Lichnowsky, Grabow, Kühlwetter, Bardeleben, Graf Dyhrn entworfen, ist in einer vorläufigen Sitzung gestern Abend beraten, von Vincke sehr heftig angegriffen, von mir ebenso heftig verteidigt worden und zum Schluß mit großer Majorität durchgegangen. Heute wird sie durch Lichnowsky proponiert, sofort durch Beckerath verlesen und durch Akklamation, womöglich ohne alle Diskussion, angenommen werden. Um jede Steigerung der Aufregung zu vermeiden, werden wir uns von Diskussionen in öffentlicher Sitzung so fern wie möglich halten und nur das unumgänglich Notwendige zur Sprache bringen. Ich hoffe, daß nach der morgigen Sitzung oder doch längstens am Dienstag der Landtag wird geschlossen werden. Ob wir dann direkt nach Frankfurt gehen, hängt von den Nachrichten ab, die uns von dort aus zugehen werden.

58. Desgl. Berlin, 1848 April 2.

Soeben komme ich aus der ersten Sitzung des Vereinigten Landtages. Berlin war und ist ganz ruhig. Die gestern beschlossene Adresse ist durch Akklamation angenommen worden. Das Wahlgesetz ist vorgelegt, wird aber nicht genügen, weil es die dienenden Klassen ausschließt. Die Agitation im Lande wird meiner Überzeugung nach nur dann aufhören, wenn das allgemeine Stimmrecht ohne Einschränkung zugestanden wird. Von Beckerath und ich werden gemeinsam für diese Modifikation sein, und dieselbe wird ohne Zweifel beschlossen werden.

Heute Abend ist Minister-Conseil, in welchem Hansemann die gestern beredeten Finanzpläne zur Entscheidung bringen wird. Werden unsere Vorschläge im ganzen Umfange angenommen, dann wird das Vertrauen neu gekräftigt und der steigenden Geschäftsstockung vorgebeugt werden. Die anarchische Clique hier hat sich heute durch die Haltung Berlins überzeugt, daß sie gar keine Aussicht mehr hat, die Ruhe und die Ordnung ungefährdet zu stören.

Camphausen hat heute sehr liberale Gesetzvorschläge gemacht, die die heutige Staatszeitung noch enthalten wird. Ich hoffe, daß dieselben dnrch Akklamation werden angenommen werden. Die nächste Sitzung ist Dienstag (4. April), und wahrscheinlich wird auch am Dienstag oder längstens am Mittwoch der Landtag geschlossen werden. Dann kehre ich bereits Donnerstag zurück, falls nicht unverschiebbare Fragen meine Gegenwart noch länger erfordern.

Heute ist hier die Nachricht verbreitet, Kaiser Nikolaus wolle Polen wiederherstellen und entweder seinen Sohn Konstantin oder den Prinzen von Leuchtenberg zum Vizekönig ernennen. Dies wäre für uns ein sehr erfreuliches Ereignis.

59. Desgl. Berlin, 1848 April 5, morgens.

Den heutigen Nachrichten nach droht in der Ferne ein europäischer Krieg. Sardinien und Österreich stehen einander bereits in Italien gegenüber. Unsere eigenen Truppen marschieren nach Schleswig gegen Dänemark. Wir können nur hoffen, daß es in Frankfurt am 1. Mai gelingen wird, die deutsche Einheit lebenskräftig zu gestalten, dann sind wir jedem Angriffe von außen gewachsen. Gestern hat die zweite Sitzung der Stände stattgefunden. Nach lebhaften Diskussionen sind die Grundlagen der künftigen Verfassung, wie sie die Regierung vorgeschlagen hatte, angenommen worden. Die Verhandlungen der Stände wirken auf Berlin und auf die näheren Provinzen sehr beruhigend, und ich verspreche mir davon auch für die Rheinprovinz nur gutes.

Leider ist Camphausen nicht so sehr Mann der Tat, wie der Augenblick es erheischt. Camphausen hat aus lauter Bedächtigkeit die Ernennung von Wittgensteins zum Regierungspräsidenten um eine ganze Woche verschoben. Jetzt kommt die Petition des Stadtrats und zwingt, das zu tun, was vor wenigen Tagen freiwillig hätte geschehen sollen. Wilhelm Joest und Oppenheim sind, ersterer vorgestern, letzterer gestern hier angekommen und für ihre Zwecke nach Kräften tätig.*) Eine direkte Unterstützung des Hauses Schaaffhausen aus Staatsmitteln ist in der jetzigen Lage des Hauses unmöglich, aber die Bank dort wird mit Fonds verstärkt und in den Stand gesetzt, zunächst wieder der Nachfrage zu begegnen. Auch sollen übereinstimmend mit meinen Vorschlägen Effekten gekauft und die Diskontokassen errichtet werden. Die Ausführung des letzteren Planes erfordert jedoch Zeit.

Das Ministerium hat gestern von den Ständen die Autorisation begehrt, Steuern zu ändern oder zu erhöhen und Anleihen zu kontrahieren unter Verantwortlichkeit der künftigen Volksvertretung gegenüber. Die Verhandlungen über dieses Votum werden noch einige Tage in Anspruch nehmen, so daß die Sitzungen sich wohl jedenfalls bis Ende dieser Woche hinziehen werden. Auch werden Wahlen für die in Frankfurt am 1. Mai zusammentretende Versammlung vollzogen werden. Heute wird das Wahlgesetz beraten und hoffentlich zu Ende gebracht.

*) Es handelt sich um die Katastrophe des Bankhauses Schaaffhausen, vgl. Nr. 56 und Band I. Kap. 14.

60. Desgl. Berlin, 1848 April 8.

Donnerstag (April 6) haben wir die Wahlen zum Parlamente vorgenommen. Gestern und heute sind die Sitzungen unterbrochen, weil die Abteilung mit ihrem Berichte über die Finanzvorlage noch nicht fertig ist. Wahrscheinlich kommen wir erst am Montag zur Verhandlung dieser Lebensfrage, die über Wohl und Weh des Landes mehr als alle anderen entscheidet. Das Ministerium verlangt die Ermächtigung:

1. Bei ausbrechendem Kriege sofort 15 Millionen Taler durch Zwangsanleihe oder Steuererhöhung sich beschaffen zu dürfen,

2. bis zum Betrage von 25 Millionen Taler Staatsgarantieen für diejenigen Institute, die derselben bedürfen und deren Fortexistenz sonst in Frage stehen würde, übernehmen zu können,

3. 3½ Millionen Taler aus dem Staatsschatz zur Verstärkung der Fonds der Bank, außer den bereits zu diesem Zweck überwiesenen zwei Millionen Taler, bestimmen zu dürfen. Wahrscheinlich werden nach langer und heftiger Debatte diese Forderungen von der Kammer bewilligt werden, da man sich jetzt nach offengelegtem, geringem Bestande des Staatsschatzes überzeugt, daß sonst die Regierung des Landes nicht weiter geführt werden kann. Diese Bewilligungen sind indessen, wie umfassend auch immer, nicht hinreichend, um das vorgesteckte Ziel zu erreichen. Das Ministerium schreckt vor der einzig durchgreifenden Maßregel, die Realisation der Banknoten zu suspendieren, die Notenausgabe um 10 Millionen Taler zu vermehren und den Noten einen gesetzlichen Zwangskurs beizulegen, kleinmütig zurück und wird wahrscheinlich erst zu dieser Maßregel übergehen, wenn es wieder zu spät ist.

Hansemann hat Oppenheim, der noch fortwährend hier weilt, für den Fall, daß die Kammer das geforderte Zutrauensvotum geben wird, beruhigende Zusicherung gemacht. Ich bin fest überzeugt, daß Hansemann diese Zusicherung nicht zu erfüllen imstande sein wird, wenn keine anderen, als die bis jetzt gemachten Vorlagen erscheinen, es sei denn, daß größeres Vertrauen im Lande von selber wiederkehre. Mein Rat an die Kölner Bankhäuser geht dahin, sich nicht zu sehr auf Berlin zu verlassen.

Die älteren Provinzen überwachen eifersüchtig alle Geldverwendungen für die Rheinprovinz, und selbst beim besten Willen wird es kaum möglich sein, das Zweckmäßige und Notwendige auszuführen.

Zum deutschen Parlament sind gewählt:

Arndt-Bonn	von Beckerath
Leue-Köln	Lensing
Zell-Trier	Mevissen

Hesse-Saarbrücken	Kühlwetter
Adams-Koblenz	Stedmann
Grabow-Kreuznach	Aldenhoven
Wiedemann-Düsseldorf	Camphausen
Arntz-Kleve	Hansemann
Hecker-Elberfeld	von Mylius
Raveaux-Köln	Graf Hompesch
Venedey-Köln	Mohr
Ritz-Aachen	Zünderer.
Jungbluth-Aachen.	

61. Desgl. Berlin, 1848 April 9.

Die Tage vergehen hier ungenutzt, und der Landtag zieht sich wider Wunsch und Verlangen hinaus. Heute ist endlich das Gutachten der Abteilungen fertig geworden. Morgen früh um 10 Uhr ist Sitzung anberaumt, welche hoffentlich die Schlußsitzung sein wird. Zu meinem Bedauern kann ich nur schweigend und durch meine guten Freunde für das Ministerium wirken, da eine Erkältung mir seit einigen Tagen die Stimme fast ganz geraubt hat. Ich habe bis jetzt vergebens versucht, dieses gerade in diesem Augenblick so fatale Übel zu beseitigen. . . . Ich bleibe bei meinem früheren Entschluß, morgen abend hier abzureisen, wenn die Verhandlungen der Kammer morgen zu Ende kommen. Die Zeit gestaltet sich so ernst und bewegt, daß mir wohl nur wenige Wochen der Ruhe am heimischen Herd vergönnt sein werden. Ich scheide dieses Mal wie das vorige Mal von hier mit dem Bewußtsein, in den kritischen Stunden meine Pflicht getan und redlich das Meinige dazu beigetragen zu haben, das Staatsschiff wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

62. Desgl. Berlin, 1848 April 10.

Trotz des heute erfolgten Schlusses der Kammersitzung muß ich meine Abreise noch um einen vielleicht auch zwei Tage verschieben, weil es noch einiges durchaus notwendiges zu bereden und zu beraten gibt. Das verlangte Vertrauensvotum ist dem Ministerium bewilligt worden, mit großer Majorität. Die Wahlen für das deutsche Parlament sind annulliert und sollen direkt vom Volke vollzogen werden. Ich sehe die Zukunft schwarz, namentlich die nächsten vier bis fünf Wochen, denn alle die Anstalten, deren Gründung heute beabsichtigt wird, erfordern mindestens noch diese Zeit, um ins Leben zu treten. Inzwischen fallen

Häuser auf Häuser, das Vertrauen schwindet mehr und mehr, und alle Werte sinken. Freilich will die Regierung kräftig eingreifen. Wie weit diese Hilfe aber reichen wird, ist sehr problematisch, wenn das Vertrauen einmal in seinen Grundvesten erschüttert ist.

63. Fabrikant W. Prinzen an G. Mevissen. M.-Gladbach, 1848 April 10.

Bei meiner Rückkehr von Frankfurt a. M., wohin Dr. Bähren und ich vom hiesigen Gemeinderate zur ersten deutschen Volksversammlung deputiert waren,*) empfing ich Ihr Schreiben vom 31 v. Mts. erst am 6. d. Mts. Man war hier der festen Meinung, daß der Vereinigte Landtag zu Berlin nach Beratung des Wahlgesetzes (für dessen Vornahme sich auch hier ein Jeder, der Stollwerckschen Versammlung in Köln entgegen, entschieden ausgesprochen hatte) sich sofort auflösen, daß demnach eine Antwort von mir Sie nicht mehr in Berlin antreffen werde. Heute lese ich nun in der Köln. Zeitung, daß der Landtag seine nächste Sitzung heute Montag, den 10. halten würde.

Das Propositionsdekret vom 3. d. Mts. haben wir bei seiner Kundwerdung hier allein dadurch gerechtfertigt, daß zurzeit die Beschlüsse des Frankfurter Vorparlaments in betreff der Prinzipien und des Modus der Wahlen in Berlin noch nicht bekannt gewesen seien. Daß aber weiter der Landtag noch am 6. d. Mts. diese Wahlen selbständig vorgenommen hat, ist — bei aller Hochachtung vor den gewählten würdigen Personen — eine der Unbegreiflichkeiten, von welchen wir nichts Gutes erwarten. Der Landtag mag seine guten Gründe dafür gehabt haben, die Rheinprovinz mag sich auch darüber beruhigen, wie wir uns gerne darüber zufrieden erklären möchten, aber wir, die wir in Frankfurt gewesen sind, wir wissen, die Süddeutschen werden nicht allein die also Gewählten aus Preußen nicht anerkennen, sie werden ihr gewaltiges Mißtrauen gegen Berlin in neuen vermehrten Haß und Bitterkeit verkehren. Die, welche einen Welcker, Gagern, Jordan zu verdächtigen gewagt haben als gewesene Männer des Vertrauens, die Partei des Umsturzes um jeden Preis, wird sie nicht gegen einen Minister, gegen einen Deputierten von Berlin offen in schamloser Weise hervortreten? Wird sie dadurch ihren Anhang schwächen oder verstärken?

Sie glauben gar nicht, wie bitter man von Mainz ab aufwärts in allen Schichten gegen Preußens König und Regierung gestimmt ist!

*) Vgl. den offiziellen Bericht über die Verhandlungen zur Gründung eines deutschen Parlamentes, 1848 März 31 bis April 3, S. 89.

Die Versammlung in Frankfurt hat das einzige Heil in einem einigen Deutschland erblickt, und auch wir glauben, daß Ruhe, Friede und Ordnung ohne ein solches dauernd unmöglich ist. Wir hoffen, daß man von den getroffenen Wahlen Umgang nehmen und Urwahlen mit Vorwahlen von Wählern anordnen wird. —

Die Frage, wie der stockenden Industrie unter die Arme gegriffen werden kann, diese große Frage zu lösen, übersteigt in dem gegenwärtigen Augenblicke die Kräfte und die Voraussichten unserer Geschichtskundigen. Der Industrie ist nur zu helfen durch Herstellung der Rechtssicherheit und des Vertrauens; die Furcht, daß wir alle darüber zugrunde gehen werden, bemächtigt sich der Gemüter vieler sonst verständigen Leute. Mit den dem Kreise Gladbach vom Finanzministerium zur Gründung einer Diskonto- und Belehnungskasse zugewiesenen 25000 Talern wird wenig geholfen sein; es wird diese Summe für 8 bis 14 Tage Arbeitslöhne vielleicht ausreichen, damit aber auch die Unterstützungskasse, welche durch nichts alimentiert wird, geschlossen sein. Die kleinen Fabrikanten werden ihre letzte Habe versetzen, um Geld zu bekommen und damit ihre ärgsten Dränger zu befriedigen. Diese kleinen Fabrikanten haben ohnehin schon aufhören müssen oder werden doch aufhören müssen, da sie kein Geld haben und ohne Geld weder Twiste kaufen, noch die Arbeiter bezahlen können. Selbstredend werden die 25000 Taler dankbar acceptiert; ob sie auch eine Wohltat sein werden, weiß ich nicht. Drei Mitglieder der Handelskammer sind diesetwegen nach Düsseldorf zu dem Kommissar Regierungsrat Quentin. In unserer Beratung hielten wir noch fürs beste, daß die Summe den Kommunen überwiesen würde, und daß diese dann öffentliche Arbeiten, Wegebauten oder Kulturen vornehmen, es würde dann wenigstens die volle Summe ausschließlich zu Arbeitslöhnen verwandt.

Die vermögenden Fabrikanten haben bis jetzt noch ohne wesentliche Beschränkungen fortarbeiten lassen, der eine aus hochherzigem Pflichtgefühl, der andere aus Angst. Dieses aber auf eine längere Dauer als vielleicht noch eine bis zwei Wochen auszuhalten, vermag keiner. Aufträge hat niemand, und alles hat seine Grenzen. Unsere Arbeiter bewähren sich vollkommen als diejenigen, von denen der Prinz Friedrich sagte, daß man den Hut vor ihnen abnehmen müsse; sie erkennen es vollkommen, daß ihr Interesse mit dem ihrer Arbeitgeber Hand in Hand geht. Mögen wir mit ihnen nicht auf eine gar zu harte Probe gesetzt werden! Man hat mich bei meiner Rückkehr von Frankfurt gefragt, ob es wahr sei, daß republikanische Emissäre auch nach Gladbach kämen, und man hat mir dabei erklärt, wenn einer der Republikaner hierher

käme, so wollten sie ihn totschlagen. So ist hier die Stimmung im Volke.

Unsere, der Frankfurter Deputierten, Sache ist es jetzt, den Bürgern in größeren Versammlungen Bericht zu erstatten und über den Stand der Parteien Aufklärung zu geben. Die des D'Ester und Konsorten hat sich bereits unmöglich gemacht. Die Baumwollspinnereien, welche hier in Gladbach eine Masse Menschen beschäftigen, haben die Arbeitszeit auf vier Tage die Woche beschränkt und zahlen 4½ Tag. Ein von einer Kommission beratenes und festgestelltes Fabrikstatut lege ich hier bei.

64. G. Mevissen an F. W. Koenigs. Köln, 1848 April 14.

Dein Urteil über die Wahlen des Landtags ist nach dem Ausgange dieses politischen Mißgriffes gerechtfertigt, nicht aber nach den Motiven. Hätte der Landtag die Wahl verweigern, dadurch das kaum begründete Ministerium stürzen und das Land der Anarchie ohne irgend einen Zügel überliefern sollen? Diese Betrachtung und ähnliche haben die Handlungsweise des Landtags bestimmt, verbunden mit der Erklärung der Minister, daß jedenfalls die Gewählten durch Männer der Volkswahl ersetzt werden würden, sobald die letzteren zustande gekommen.

Die Wahlen des Landtags konnten und sollten nichts anderes sein als ein Notbehelf, um dem Drange des Augenblickes zu genügen.

Wie auch die aufgeregte öffentliche Meinung über diesen Schritt heute urteilt, dauernd wird dem zweiten Vereinigten Landtage so wenig wie dem ersten die Anerkennung versagt werden können.

---

b) Nationalversammlung in Frankfurt.

65. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Mai 18 (am Tage der Eröffnung des deutschen Parlaments).

Montag morgen fand ich von Beckerath in Bonn, Bürgers in Koblenz. Zu drei fuhren wir bis Mainz, konnten jedoch am Abend nicht weiter. Dienstag morgen (Mai 16) kamen wir hierher. Sehr wenige Freunde waren bis dahin erst eingetroffen. Wir wohnten vorgestern und gestern im Römischen Kaiser, haben aber gestern abend ein Privatquartier bezogen, Paulsgasse Nr. 2. Von Beckerath und ich wohnen wieder wie in Berlin zusammen, Schroer (Mevissens Sekretär) hat daneben gemeinschaftlich mit einem Dr. Basse, den Beckerath als Sekretär angenommen hat, sein Bureau eingerichtet und wohnt in einem Nebenhause, so daß er in jedem Augenblick zur Hand sein kann. Wenige Schritte nur von uns entfernt ist die

Paulskirche, der Schauplatz der nächsten Kämpfe. Bis jetzt läßt sich noch gar nicht übersehen, wohin die Dinge gehen werden. In den meisten Köpfen spukt noch totale Wirrnis. Die Massen müssen erst zusammenstoßen in der Debatte, ehe die Parteien sich scheiden und gliedern. Vorgestern und gestern haben wir uns den ganzen Tag über in Vorversammlungen bewegt, ohne sonderlichen Nutzen. Erst seit gestern Abend kommen allmählich einzelne alte Kollegen an, so daß sich ein fester Kern jetzt bilden kann. Die Frage des Tages ist die Wahl des Präsidenten. Unser Kandidat ist Heinrich von Gagern, der Kandidat der Gegenpartei Robert Blum. Wir werden in diesem Kampfe siegen.

Zu Vizepräsidenten sind in Vorschlag Dahlmann, v. Beckerath, v. Soiron, v. Mühlfeld (der letztere aus Wien).

Mein Wiener Freund Doblhoff ist zum Handelsminister ernannt (vgl. unten Nr. 89). Sein Bruder kommt hierher.

Der preußische Bundestagsgesandte erwartete Camphausen schon am Montag abend. Bis jetzt ist er nicht eingetroffen, und wie ich gestern von einem alten Kollegen v. Hagenow, der Berlin vorgestern Morgen verlassen hat, hörte, ist es noch ungewiß, ob Camphausen bei der bedrohlichen Wendung der Dinge in Berlin überhaupt hierher kommen wird. Seine Anwesenheit hier wie dort ist gleich notwendig. Wir laufen große Gefahr, daß der Geist des Separatismus die Wiedergeburt eines einigen Deutschlands verhindert, wenn Preußen sich nicht mit großartig hingebendem Vertrauen an die Spitze stellt. Es ist ein wahres Glück, daß das Ministerium in Berlin noch mit heiler Haut aus dem Sturm hervorgegangen ist. Die Rückberufung des Prinzen und die Einberufung der Nationalversammlung sind von politischem Standpunkte aus zwei große Fehler, die eine unabsehbare Reihe von Gefahren in ihrem Schoße bergen.

Heute nachmittag um 3 Uhr wird in feierlichem Aufzuge der Reichstag eröffnet. Es werden aber noch einige Tage vergehen, bevor die Verhandlungen ernstlich beginnen. Zunächst nämlich werden die Wahlen legitimiert, dann Präsident, Vizepräsident und Sekretäre gewählt, und erst nachdem dies geschehen, einzelne Anträge an die Abteilungen verwiesen. Ich bin bis jetzt noch nicht klar über den Gang, der eingehalten werden muß, und werde mich deshalb in nächster Zeit durchaus passiv verhalten, bis die ärgsten Leidenschaften sich ausgetobt und die Reihen der Kämpfer sich gelichtet haben. Es gibt eine große Masse Unberufener, die sich gleich im Anfange in den Vordergrund drängen, jedoch im Fortgange der Debatten verschwinden. Vincke wird heute erwartet und tut sehr not, um die süddeutsche Ungebundenheit an Regel und Gesetz zu gewöhnen. Jeden Schritt stößt man auf berühmte, große Namen: Dahlmann, Gervinus, Gagern,

Uhland, Pfizer, Claussen, v. Lindenau und andere. Trotzdem fühlt man bis jetzt noch nicht heraus, daß die Versammlung vom Geiste der Weltgeschichte durchweht ist. Es fehlt zur Zeit noch an der höheren Lenkung.

66. Desgl. Frankfurt, 1848 Mai 18.

Seit Dienstag morgen bin ich hier in der alten Kaiserstadt, um mitzuwirken bei dem Verfassungswerke, zu dem mich diesmal nicht die Heimat, sondern ein fremder Wahlkreis entsandt hat. Diesem wie jener werde ich alle Kräfte widmen, die mir zu Gebote stehen.

Hier ist noch alles ungeordnet. Heute mittag um 3 Uhr wird der Reichstag zwar feierlich eröffnet; es vergehen aber jedenfalls noch mehrere Tage, ehe die Vollmachten geprüft, Präsidenten ernannt, kurz, die ersten Schritte der Versammlung erledigt sind. Erst nach und nach treffen die Deputierten hier ein. Vor Mitte künftiger Woche kommt es schwerlich zu entscheidenden Debatten.

Die Parteien werden schroff einander gegenüberstehen. Die Republik hat im Parlamente sehr leidenschaftliche Anhänger, die alles zu verwirren drohen. Camphausen, der hier schon seit Montag erwartet wird, wird wahrscheinlich durch die aufgeregte Stimmung in Berlin zurückgehalten. Es ist bis jetzt noch gar keine leitende Seele für die bevorstehenden Verhandlungen aus der Masse aufgetaucht. Alles ist noch unklar und verschwommen. Ob die Verhandlungen zur Einheit und Größe Deutschlands führen können, liegt noch im dunkeln Schoß der Zukunft. Der einzelne kann zu dem großen Werke nichts mitbringen als den festen Willen, seine Pflicht zu tun. An Stürmen und Kämpfen wird es nicht fehlen. Wiedenmann, mein siegreicher Gladbacher Gegner, ist bereits hier eingetroffen.

67. Desgl. Frankfurt, 1848 Mai 20.

Heute schreibe ich dir mitten im Gewühl der politischen Streitfragen, umwogt von tausend Erregungen, die alle Kräfte der Seele anspannen. Gestern hat der erste, der bedeutendste Akt des Reichstages stattgefunden. Das deutsche Parlament hat seine Weihe und sein Symbol empfangen in der Person seines Führers. Gewählt wurde gestern zum Präsidenten mit großer Stimmenmehrheit H. v. Gagern. Ich sehe darin ein gutes Omen für unsere Zukunft. Bleibt der Geist, der diese Wahl diktierte, sich selber treu, so sind wir auf dem rechten Pfade. Die Wühler lassen übrigens kein ihnen günstiges Moment ungenutzt, um Aufregung und Sturm herbeizubeschwören. Gestern sollte gleich aus dem Stegreife ein Protest gegen die Berliner Versammlung beschlossen werden. Mit einiger

Mühe wurde dieser Coup pariert und die Verhandlung dieser Frage auf morgen ausgesetzt.

Die Stimmung der großen Mehrheit ist im ganzen gut und Garantie für Aufrechterhaltung der Ordnung bietend. Aber es wird nicht zu vermeiden sein, daß unaufhörlich neue Anträge der Gegenseite zum Vorschein kommen. Ich werde auch in der nächsten Zeit so wenig wie möglich mich an der Debatte beteiligen und andere reden lassen. von Beckerath und andere Freunde werden dasselbe System befolgen.

68. Desgl. Frankfurt, 1848 Mai 22.

Hier geht alles im Sturm. Die hiesigen Verhandlungen bringen dir die Blätter. Redner auf Redner drängt sich zur Tribüne, und vor allzugroßer Kapazität der vielen können nur wenige zu Worte kommen. Die konservative Richtung hat entschieden die Majorität. Die Anhänger der Republik sind heute mit dem Antrage von Raveaux, Preußen betreffend, in großer Minorität geblieben. Alles giebt hier die Hoffnung, daß von hier aus die Ordnung kräftig wird unterstützt werden. Gespannt bin ich auf die ersten Nachrichten von Berlin, wo für Preußen jetzt die Verfassung festgestellt werden soll.

Die interessanteste Seite des hiesigen Aufenhaltes sind die zahlreichen Notabilitäten Deutschlands, die hier erscheinen. Das Parlament ist in Wahrheit eine Sammlung alles dessen, was die Nation großes und tiefes hat. Mein Platz in der Paulskirche ist zwischen v. Beckerath, Dahlmann, Gervinus, G. Beseler, vier seltenen Menschen. Wir denken und stimmen im wesentlichen gleich. Ein Bruder von Gagern sitzt in meiner Nähe. Von früheren Berliner Notabilitäten ist Vincke vorgestern eingetroffen und wird wohl hier wie in Berlin den ersten Platz in der Debatte künftig einnehmen.

Wesendonck aus Düsseldorf imponiert sehr durch sein schönes Organ und urkräftiges Wesen. Schade, daß er zur äußersten Linken gehört; er erinnert mich und andere sehr an Hecker. Körperlich geht es mir wohl; geistig in fortdauernder Erregung, doch besser wie in Berlin.

69. Die Abgeordneten H. von Auerswald, von Beckerath und Mevissen an die Staatsminister Camphausen, A. von Auerswald und Hansemann in Berlin. Frankfurt a. M., 1848 Mai 22, 1½ Uhr nachts (d. h. vom 21. auf 22. Mai).

Die Unterzeichneten halten sich verpflichtet, Ihnen, verehrte Freunde, in den folgenden Zeilen auf vertraulichem Wege dasjenige vorzutragen,

was in den letztverflossenen Tagen in der Hauptsache sich hier in den öffentlichen und privativen Versammlungen der in der Mehrzahl bereits angelangten Abgeordneten ereignet hat, wie, nach Ansicht der Unterzeichneten, sich in gewissen Hauptfragen die Meinung bisher herausgestellt hat, und was wahrscheinlich das Resultat der nächsten Tage in diesen Fragen sein dürfte.

Der gänzliche Mangel einer Vertretung seitens der betreffenden Regierungen hat bei der Versammlung zunächst das Bedürfnis hervorgerufen, sich über ihre Stellung den verschiedenen einzelnen Staaten gegenüber klar zu werden. Die teilweise unerwartet früh eingetretene Einberufung der preußischen Nationalversammlung in Berlin (22. Mai) hat dies Bedürfnis noch dringender gemacht, vielfach Mißtrauen erweckt, und bei Gelegenheit eines durch die Deputierten von Köln (Raveaux) vorgestern (19. Mai) gestellten unbedeutenden Antrages

> „das Ministerium möge die Mandate nach Berlin und Frankfurt zusammen bestehen lassen"

sofort eine Diskussion erweckt, infolge deren die Souveränitätsfrage der hiesigen Versammlung gegenüber den Regierungen und Versammlungen aller einzelnen deutschen Staaten zur anhaltendsten und lebhaftesten Erörterung gebracht, die von vorgestern mittag an bis heute nacht ununterbrochen und sehr scharf ventiliert worden. Ungeachtet alle Gemäßigten, und darunter sehr bedeutende Kapazitäten, die Frage gern durch die Tagesordnung beseitigt sehen, so ist doch mit großer Wahrscheinlichkeit — wenn nicht mit Gewißheit — vorauszusehen, daß entweder schon morgen, oder bei dem nächsten ähnlichen Anlaß sie zur Entscheidung gebracht werden wird. Ob diese Entscheidung dann durch die Bemühungen der Gemäßigten — worunter vorzugsweise die Österreicher zu nennen — wenigstens in milder Form erfolgen wird, ist zwar zu hoffen, jedoch nicht zu verbürgen.

Es ist hiernach und bei der ganzen gegenwärtigen Sachlage — die wir bei der Kürze und dem Drang der Zeit nicht vollständig schildern, jedoch bestimmt versichern können, daß es der größten Aufmerksamkeit und Anstrengung bedürfen wird, um gefährliche ultraradikale Bemühungen zu paralysieren — die wohlüberlegte und feste Überzeugung der Unterzeichneten, daß die richtigste Politik der preußischen Regierung — teils um Mißtrauen zu heben, teils um die bereits vielfach vorhandenen Sympathien für Preußen zu verstärken und den Bestrebungen der klerikalen römischen Partei für eine österreichische Suprematie zu begegnen — darin bestehen würde: Durch eine öffentliche, aufrichtige und unumwundene Erklärung den Standpunkt der Berliner Nationalversammlung

dahin festzustellen, daß dieselbe in keinem ihrer Beschlüsse das eben bevorstehende Verfassungswerk der Frankfurter Versammlung beeinträchtigen dürfe, vielmehr die letztere (die Frankfurter) in allen Hauptfragen die entscheidende Stimme habe und behalte.

Die Erklärung, wenn sie den beabsichtigten und ganz gewiß für das preußische und deutsche Interesse, und namentlich für das preußische Königshaus, wichtigen Erfolg haben soll, muß nach unserer Überzeugung sofort erlassen und in schnellmöglichster Frist hergestellt werden, so daß sie spätestens etwa am Freitag, den 26., mittags hier eintrifft.

Es wäre wohl wünschenswert, wenn in ähnlicher Weise gleichzeitig der preußischen Nationalversammlung in Berlin seitens der preußischen Regierung eine Mitteilung zuginge.

70. Ministerpräsident Ludolf Camphausen an die Abgeordneten v. Auerswald, v. Beckerath und Mevissen in Frankfurt. Antwort auf Nr. 69. Berlin, 1848 Mai 23.

Liebe Freunde! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Mitteilungen von gestern, und ich glaube, nicht besser darauf antworten zu können, als indem ich Ihnen Abschrift dessen übersende, was ich auf eine ähnliche Mitteilung gestern dem Herrn Minister Flottwell geantwortet habe.*)

---

*) Dieser Brief Camphausens an den (gleichfalls als Abgeordneter in Frankfurt weilenden) Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, früheren preußischen Minister Flottwell, d. d. Berlin 1848 Mai 22, hat folgenden Wortlaut: Ew. Exzellenz verehrtes Schreiben vom 20. d. Mts. war, wie ich in der angenehmen Lage bin zu antworten, bereits vor dessen Eingang durch die Regierung ganz den ausgedrückten Wünschen entsprechend erledigt. Den Artikel des Staatsanzeigers bei Gelegenheit der Zusammenberufung der preußischen Versammlung werden Ew. Exzellenz kennen. Die heutige Thronrede gibt ein ein neues Zeugnis der Gesinnungen Sr. Majestät. Auf eine völlig unzweideutige und bindende Weise endlich spricht sich § 79 des heute vorgelegten Verfassungsentwurfes aus, wonach die preußischen Kammern auf ein Zustimmungsrecht keinen Anspruch zu machen haben würden. Wird dieser Paragraph hier angenommen, so stehen unsere Abgeordneten in Frankfurt viel freier da, als diejenigen anderer deutschen Länder, in welchen eine ähnliche Verzichtleistung von den Kammern oder Ständeversammlungen nicht ausgesprochen ist. Damit er aber angenommen werde, ist dringend zu wünschen, daß die Frankfurter Versammlung der hiesigen nicht Mißtrauen sondern Vertrauen zeige. Sie wird dadurch die Einigung befördern, und sie kann es mit Überzeugung. Möchte auch nach den Bewegungen im Anfange der letzten Dekade noch ein Unparteiischer leugnen wollen, daß Preußen die Kräftigung seines inneren

Sie sehen daraus, daß dem, was die dortige Versammlung von uns erwartet, dem, was sie von uns fordern will, schon im voraus entsprochen war, und zwar schon lange vorher, denn begreiflich ist der Art. 79 des Verfassungsentwurfs zwar erst gestern bekannt, aber schon viel früher beschlossen worden. Die preußischen Abgeordneten werden hiernach mit Recht fragen können, ob denn auch die anderen so gestellt sind, wie sie es nach Annahme des § 79 sein werden.

Wenn die dortige Versammlung in den ersten zehn Tagen den sich überstürzenden Anträgen wegen einer idealen Allmacht entgeht, so bin ich überzeugt, sie wird zu der Einsicht gelangen, daß sie sich erst selbst zu einer einheitlichen Versammlung machen muß. Sie ist nicht beschlußfähig, bevor jedes Mitglied erklärt hat, daß es die Beschlüsse der Majorität als bindend anerkenne. Wollen dies die Preußen, die Österreicher, die Bayern nicht in Beziehung auf alles und jedes, so müssen sie damit beginnen, einzelnes auszusondern, worin alle sich der Majorität unterwerfen wollen. Offenbar könnt aber ihr Preußen nicht hinsichtlich der ersteren Beschlüsse die Majorität anerkennen, wenn ihr keine Garantieen dafür habt, daß hinsichtlich der folgenden Beschlüsse die andern auch die Majorität anerkennen.

71. Entwurf für eine Rede Mevissens in der Verhandlung über den Raveauxschen Antrag. 1848 Mai 27.

Die preußische Regierung hat durch den § 79 des Verfassungsentwurfes es klar ausgesprochen, daß sie dem Reichsgesetze unbedingte Geltung einräumt und diese Geltung von keinem Beschluß ihrer Kammer

---

Rechtszustandes beeilen muß, und daß die Furcht vor Mißdeutung uns von der Berufung unserer Abgeordneten nicht abhalten durfte?

Ich habe sehr beklagt, daß meine Absicht, vor dem 18. Mai in Frankfurt zu sein, durchkreuzt wurde; aber ich glaube, daß § 79 unseres Verfassungsentwurfes wirksamer spricht, als alles, was ich hätte sagen können. Die dortige Versammlung kann übrigens meines Erachtens erst von dem Augenblicke an einen großen Einfluß erwerben und ausüben, wo jeder Abgeordnete erklärt haben wird, daß oder in welchen Punkten er sich unbedingt der Majorität unterwerfe. Bis heute stellt die Versammlung noch nicht die Delegation eines einzigen großen Reiches dar, sondern die Delegation vieler Stämme, die sich zu vereinigen Sehnsucht haben. Sie existiert überhaupt erst, wenn sie einstimmig darüber ist, durch Majorität die Minorität zu binden. Wenn die preußischen Abgeordneten hierzu bereit sind, sind es auch die Abgeordneten Österreichs und Bayerns? Ich wünsche, Ew. Exzellenz sprechen über diesen Punkt mit unserm Gesandten und teilen mir später Ihre Wahrnehmungen mit.

abhängig macht. Die preußische Kammer soll nur prüfen, inwiefern durch die Anordnungen der Exekutivgewalt die Übereinstimmung wirklich erreicht worden ist. Preußen hat sich nicht darüber erklärt, wie die künftige Reichsverfassung zustande kommen soll. Ganz im Einklange mit der vor uns liegenden Verfassung kann das Reichsgrundgesetz ein von dieser hohen Versammlung gegebenes, oder ein durch Vertrag mit den Fürsten zustande gekommenes sein. In beiden Fällen sind Anordnungen der exekutiven Gewalt in Preußen unerläßlich. Wie hoch mir auch die Autorität der Nationalversammlung steht, so kann ich doch darüber mich nicht täuschen, daß das Verfassungsgesetz derselben nur von dem Augenblick an für die Einzelstaaten bindend sein wird, in welchem es von der exekutiven Gewalt dieser Staaten als rechtsverbindlich ist publiziert worden.

Wie ich glaube, werden vielfach zwei verschiedene Fragen nicht scharf genug auseinander gehalten, die Frage nämlich nach dem Recht der Nationalversammlung und die Frage in bezug auf den Modus, dieses Recht ins Leben zu führen. Das Recht, die Verfassung in letzter Instanz festzustellen, ist, wie ich glaube, durch das Mandat des deutschen Volkes dieser hier anwesenden Versammlung erworben. Dieses Recht begründet für Fürsten und Völker aller einzelnen deutschen Staaten die Pflicht, die hier beschlossene Verfassung anzunehmen und anzuerkennen. Sie werden dieser Pflicht nachkommen, indem sie dieselbe als rechtsverbindlich in ihren Staaten verkündigen. Würden sie die Erfüllung dieser Pflicht weigern, dann wird der traurige Fall eintreten, daß der Wille eines Einzelstaates sich dem Willen des gesamten deutschen Volkes widersetzt. Ich halte mich fest überzeugt, daß dieser Fall nicht eintreten wird. Sollte er aber dennoch eintreten, so vertraue ich darauf, daß dann die unendliche Mehrheit der Nation hinter dem Parlamente stehen, daß die unwiderstehliche Gewalt der öffentlichen Meinung in Deutschland die Vollziehung unserer Beschlüsse sichern wird. Wenn das deutsche Parlament der wahre Ausdruck des Willens des gesamten deutschen Volkes ist, wo wäre dann die Macht, die Widerstand zu leisten vermöchte?

Es ist der Würde dieser hohen Versammlung nicht entsprechend, zur Tagesordnung überzugehen und bloß ihr Vertrauen in die Übereinstimmung aller deutschen Stämme auszusprechen.

Auch ich vertraue durchaus den Versammlungen, die in Berlin und in Wien zusammengetreten sind. Sie wollen mit uns dasselbe Ziel, die Einheit, die Macht des Vaterlandes. Aber weil ich ihnen vertraue, weil ich ihrer hingebenden Mitwirkung an dem gemeinsamen großen Werke gewiß bin, darum bin ich überzeugt, daß sie nicht verletzt sein können, nicht

verletzt sein werden, wenn diese hohe Versammlung der Nation gegenüber sich über die Stellung, die ihr gewiß von niemanden bestritten werden wird, klar und feierlich ausspricht. Es entspricht ihrer Würde, gleich bei Beginn ihres großes Werkes den Umfang der ihr gewordenen Mandate zu prüfen und festzustellen. Indem sie sich erklärt, legt sie die Geltendmachung ihrer Erklärung in die Hände des deutschen Volkes, sich wohl bewußt, daß diese Erklärung von dem allgemeinen Willen der Nation gefordert und getragen wird. Sie tritt durch ihre Erklärung in keine direkte Beziehung zu den Versammlungen der Einzelstaaten, sie mischt sich nicht in den Rechtskreis derselben ein. Sie erklärt nur ihre Stellung, ihre Aufgaben. Die erste Nationalversammlung hat zwei Klippen gleich sehr zu vermeiden. Sie darf in ihren Beschlüssen nicht unter der Höhe der ihr gestellten Aufgabe zurückbleiben; sie darf in denselben nicht über das, was im Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes sich entwickelt und formiert hat, hinausgehen. Ich glaube, das deutsche Volk will seine Verfassung aus den Händen seines Parlamentes, und nur aus diesen Händen, empfangen. Ich stimme für die Erklärung der sieben, welche diesem Willen das Wort gibt (Antrag Römer-v. Beckerath, vgl. Sten. Berichte I, 124, 129). —

Ich stimme gegen einen Antrag, der in die innere Entwicklung des preußischen Verfassungslebens eingreift. Ich stimme dagegen, weil ich Vertrauen habe in die Männer, die heute an der Spitze der preußischen Regierung stehen; ich stimme dagegen, weil ich dem deutschen Geiste des preußischen Volkes vertraue, weil ich ich fest überzeugt bin, daß dieser Geist derselbe ist in den Vertretern Preußens beim deutschen Parlamente und bei der konstituierenden Versammlung in Berlin. Ich stimme dagegen, weil ich den Augenblick nicht gekommen glaube, in welchem das deutsche Parlament seine Macht gegenüber den einzelnen Stämmeu des deutschen Vaterlandes geltend zu machen berufen ist.

Was tun wir, wenn wir den Antrag annehmen? Wir greifen in ein Gebiet, was, wie ich glaube, nicht allein für jetzt, sondern auch für die Zukunft dem freien Ermessen des preußischen Stammes vorbehalten bleiben muß. Nur die preußische Regierung kann und wird ermessen, wann ihre Vertreter zu berufen sind. Finden sich unter diesen Vertretern einige, die für Frankfurt und Berlin zu gleicher Zeit gewählt sind, so müssen sie auf ein Mandat verzichten. Es ist dies bei jedem Föderativstaate der Fall. In Nordamerika kann jemand nicht gleichzeitig im Kongresse und in der gesetzgebenden Versammlung seines Staates sitzen. Preußen hat Männer genug, um auch an beiden Orten das Wohl des Vaterlandes zu fördern. Greifen wir durch unsere Beschlüsse ein in die

freie Selbständigkeit der preußischen Vertretung, so werden wir auf uns die Verantwortlichkeit laden, zuerst den Anlaß zu Mißtrauen, zu Eifersucht gegeben zu haben; wir werden dann auf eine Macht fußen, die durch uns in der Weise erstehen soll, daß wir den wahren Geist des deutschen Volkes in unseren Reden und Beschlüssen zum Ausdruck bringen. Diese Macht wird unter unseren Füßen schwinden, wenn wir nicht dem edeln deutschen Geiste, der in allen Gauen unseres Vaterlandes lebendig ist, vertrauen, sondern unseren eigenen Willen, unsere subjektive Meinung zur Darstellung bringen. Das deutsche Parlament ist allmächtig, wenn es mit wahrer Besonnenheit der Einheit der Nation die Institutionen schaffen wird, die das deutsche Volk aus seinen Händen erwartet; es ist ohnmächtig, wenn es, statt selbst zu schaffen, der freien Entwicklung der einzelnen Stämme hindernd in den Weg tritt.

Lassen Sie uns ohne Zeitverlust beginnen mit dem großen Werke, das die Nation uns aufgetragen hat. Benutzen wir den günstigen Moment, beraten wir eine Verfassung Deutschlands, wie sie das Selbstgefühl des Volkes, sein Wille, würdig und groß dazustehen in der Mitte Europas, erheischt. Dieser Verfassung werden mit Freuden alle deutschen Stämme sich beugen; keiner wird zaudern, ein Opfer zu bringen, was der Geist dieser großen Zeit, was äußere Gefahr und innere Notwendigkeit ihm auferlegt. Unsere Macht wird wachsen in dem Maße, als wir der Lösung unserer Aufgabe entgegenschreiten. Darin liegt die stärkste Gegenwehr gegen alle partikulären Bestrebungen, daß wir dem Ganzen, dem in allen Deutschen so mächtig pulsierenden Drang nach Einheit, Form und Gestalt geben. Ich stimme gegen jeden Antrag, der uns von unserem Werke zu entfernen droht.

72. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Mai 28.

Das Parlament hat bis gestern nur die Stärke der Parteien gemessen und absichtlich seine Zeit in Plänkeleien verbracht. Nach mehrmaligem Versuche der äußersten Linken, die parlamentarische Ordnung gewaltsam zu durchbrechen und die Versammlung zu veranlassen, auf dem durch Absendung einer die Exekutivgewalt kontrollierenden Kommission nach Mainz eingeschlagenen falschen Wege weiter vorzugehen, kam vorgestern die erste Schlacht zur Entscheidung. Nach einer sehr heftigen, mehrstündigen Debatte wurde mit 400 gegen 100 Stimmen über die Mainzer Angelegenheit hinweg zur Tagesordnung übergegangen. Diese Niederlage der Linken war um so bedeutungsvoller, als kein Mittel unbenutzt geblieben war, um ein anderes Resultat zu erwirken. Die Tribünen waren mit unheimlichen Gestalten gefüllt, in den Straßen

Arbeiterhaufen, Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch — alles das hat die Majorität nicht einen Augenblick lang abgehalten, die Situation richtig zu würdigen und sich vor einem Übergriffe in das exekutive Gebiet zu hüten, welcher den Charakter des Parlaments sofort umgeformt haben würde.

Gestern stand der Antrag von Raveaux, das Verhältnis der Verfassungen der Einzelstaaten zur Gesamtverfassung betreffend, zur Beratung. Die Diskussion war die bedeutendste, die ich bis jetzt gehört habe. Von 10 bis 3 und von 5 bis 8½ Uhr folgte Redner auf Redner — jeder Gesichtspunkt wurde klar und scharf entwickelt. Das Resultat war im wesentlichen die Annahme des Antrages. Das Parlament erklärte durch diesen ersten Beschluß alle Bestimmungen der Verfassungen einzelner Staaten für ungültig, die mit der hier zu beratenden Verfassung in Widerspruch stehen werden. Dieser Ausspruch entscheidet implizite die sehr delikate Souveränitätsfrage und vindiziert dem Parlamente überall und über alle die Entscheidung in letzter Instanz. Nach diesem Beschluß ist für die weiteren Verhandlungen ein fester Boden gegeben, welcher nicht mehr verlassen werden darf, nicht mehr verlassen werden kann.

Gegen den Beschluß stimmte nur die äußerste Rechte, von Vincke, Lichnowsky, Graf Arnim, Sommaruga und mit diesem die Hälfte der anwesenden Österreicher. Die Linke und die beiden Zentren bildeten gemeinschaftlich die Majorität.

Morgen wird die Beratung der Geschäftsordnung beginnen, nachdem diese beraten und festgestellt sein wird, findet gegen Mitte der Woche die feierliche Konstituierung und die definitive Präsidentenwahl statt. Daß Gagern mit enormer Majorität wiedergewählt wird, unterliegt gar keinem Zweifel. Wahrscheinlich wird gleich nach erfolgter definitiver Konstituierung die Nationalversammlung ihre Sitzung für so lange permanent erklären, bis die von ihr dem gesamten deutschen Lande zu gebende Verfassung beraten, festgestellt und in allen Einzelstaaten eingeführt sein wird. Wird dieser Beschluß, wie ich nicht zweifle, gefaßt, so werden die Verhandlungen nach Umständen 6, 12 Monate und länger dauern.

Den neuesten Nachrichten gemäß droht der Krieg mit Rußland in den nächsten Wochen auszubrechen. Ein solches Ereignis würde auf die schwebenden Verhandlungen entscheidend wirken.

Der Geist des Parlamentes ist in seiner weit überwiegenden Mehrheit ein guter, der Reaktion wie der Revolution gleich feindlicher. Die Linke besteht aus höchstens 80, die äußerste Rechte aus 40 bis 50 Mitgliedern. von Beckerath und ich sind nebst anderen Freunden schon seit mehreren Tagen beschäftigt, ein Comité directeur aus 20 bis 30 Personen zu bilden, um den Verhandlungen eine bestimmte, voraus festge-

stellte Richtung zu geben. Wir denken, Bassermann, Mathy, Welcker, Soiron, Max Gagern, Hergenhahn, Römer, Pfizer, von Auerswald, von Bardeleben, Droysen, Gervinus, Beseler, Dahlmann, Compes, von Hagenow, Keller, von Saucken und einige andere zum Eintritte zu veranlassen. Die Namen der Personen werden dir dartun, daß die Basis der Partei, deren Bildung angestrebt wird, eine sehr breite ist und überall durchschlägt, wo sie das ganze Gewicht ihres Einflusses in die Wagschale werfen will. Hier in Frankfurt sind wir im umgekehrten Falle wie beim ersten Vereinigten Landtag in Berlin. Dort Mangel an Talent und Spezialkenntnis, hier eine solche Fülle, daß selbst bedeutende Kräfte gänzlich unbenutzt bleiben. Gestern ist Polizeidirektor Müller mit Frau hier eingetroffen. Noch täglich kommt neuer Zuzug und bringt hin und wieder noch bedeutende Menschen.

Die Verhandlungen (und namentlich die vorbereitende Taktik) nehmen mich so dringend in Anspruch, daß ich in der jetzigen Lage der Dinge es unverantwortlich finden würde, wenn ich zur Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahn nach Köln gehen und dadurch meine hiesige Tätigkeit um 4 bis 5 Tage unterbrechen wollte. Dies geht erst an, wenn die Hauptfragen bestimmt formuliert und zwischen den Parteien vereinbart sind. Weder v. Beckerath noch ich werden diesmal Glück auf der Tribüne machen. Die Paulskirche ist akustisch noch schlechter als der Weiße Saal. Wir werden beide mit unserem Organe nicht durchdringen. Es ist übrigens eine solche Masse bedeutender Redner mit vortrefflichen Lungen da, daß der Ausfall der Sache nicht schaden wird. Ich freue mich, dich im Laufe der Woche bei deiner Tour ins Rheingau hier zu sehen und bitte, dich so einzurichten, daß du wenigstens ein paar Tage lang bleiben und die Dinge etwas in der Nähe ansehen kannst. Das Parlament in seiner Totalität ist, wie ich glaube, die bedeutendste Erscheinung, welche Deutschland zu bieten vermag. Auch dem, welcher die Wogen der Geschichte ruhig auf sich einwirken läßt, werden bedeutende Eindrücke zurückbleiben.

73. Von J. G. Droysen formulierter Beschluß über Gründung einer parlamentarischen Partei (der spätern Kasinopartei). Frankfurt, 1848 c. Mai 29.*)

Man vereinigt sich, im engeren Kreise die gemeinsame Tätigkeit zu verabreden, zu organisieren, durch konzentrische Bemühung möglichst wirksam zu machen.

*) Vgl. Mevissens Brief vom 28. Mai. — Über die Anfänge der Parteibildung in Frankfurt vgl. Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche S. 4 ff.

Drei Mitglieder des Vereins (etwa Gagern, Mevissen und noch ein dritter) sind mit der Leitung, Vorbereitung, Berufung usw. vertraut. Sie haben insonderheit für die Kontinuität der gemeinsamen Operationen, für die stete Gelegenheit zu der anregenden und sich gegenseitig regulierenden Wechselwirkung der Genossen des Vereins zu sorgen. Die Zwecke des Vereins fordern folgende wesentliche Richtungen:

1. Die Presse angehend, bestimmen die Leiter die jedesmal zu besprechenden Fragen, veranlassen die betreffenden Mitglieder, zu schreiben, sorgen für Blätter unserer Tendenz usw.

2. Die parlamentarische Taktik angehend, veranlassen sie bei jeder irgend wichtigen Verhandlung Zusammenkunft, Meinungsaustausch, Verständigung, gemeinsames Operieren.

3. Die parlamentarische Strategie betreffend, bilden sie das Hauptquartier, in dem alle Projekte niedergelegt und vorberaten werden. Besonders sorgen sie, daß die Vereinten nicht durch den Zufall oder die Operationen des Gegners allein sich ihre Bestrebungen diktieren lassen, sondern positiv und selbständig vorbedenkend nach dem sicheren Ziele zustreben.

Offen bleibt die eine oder andere Frage über die künftige Form der deutschen Verfassung, denn nicht darin liegen die Parteigegensätze, die uns zunächst angehen, die wir die Freiheit, Einheit und Macht Deutschlands wollen, — im Gegensatz gegen den steierischen resp. bayerischen Partikularismus. Der für uns zunächst üblere Gegensatz ist der der Anarchisten und Pessimisten. Wir wollen nicht Zerrüttung aller territorialen Ordnung und Regierung, um zur Einheit und Freiheit zu gelangen; wir wollen nicht den Einzelregierungen die Schwierigkeiten häufen und durch Mißtrauen zwingen, daß sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben, — sondern wir, bisher Opposition, jetzt Sieger, wollen auferbauen und mit dem guten Willen der Regierenden und Regierten, mit deren möglichst guter Haltung und Ordnung ein überwölbendes neues Werk schaffen.

Unser Ziel ist die deutsche Verfassung, und diese in so starker Einheitlichkeit und Machtfülle, als bei dem Bestande der gesunden territorialen Berechtigungen irgend möglich, — ist die deutsche Regierung und zwar deren sofortiges Beginnen mit dem beistimmenden guten Willen der Fürsten und Völker.

Zu diesen Zwecken und diesen Mitteln zum Zwecke sich zu vereinigen, werden folgende Vertreter eingeladen:

Mevissen, Beckerath, Francke, Jürgens, Wippermann, Hergenhahn, Mathy, Bassermann, Compes, Würth, Gagern, Langenfeldt, Briegleb,

Zachariae (von Göttingen), Rüder, Dahlmann, Gervinus, Römer, Beseler, Soiron, Pfizer, Saucken, Bardeleben, Oberst Auerswald, Hagenow, Gottberg, Droysen, Vincke (durchstrichen), Bürgers, Müller. Und etwa: Wurm, Andrian (Wien), Engel (von Holstein), Hollandt (Braunschweig), Roß (Hamburg), Auersperg (Anastasius Grün), Pagenstecher (?), Albrecht, Gevekoht, Giesebrecht (Stettin), Veit (Berlin), Duncker (Halle ?), Kierulf (Rostock), Adams.

74. H. von Beckerath an den preußischen Minister D. Hansemann in Berlin. Frankfurt, 1848 Mai 30.

Vor nicht langer Zeit noch konnte man vielleicht den Gedanken eines Preußens ohne Deutschland als nicht ganz unausführbar betrachten, jetzt aber haben die Ereignisse die innere einheitliche Kraft unseres Staates dermaßen gebrochen, daß er nur als Glied eines großen einigen Deutschlands seine Bedeutung bewahren kann. Je rückhaltloser Preußen diese Tatsache anerkennt, je aufrichtiger es seine Bereitwilligkeit, die mit der Einheit unverträgliche Besonderheit zu opfern, kundgibt, desto sicherer wird ihm die Stellung in dem künftigen Bundesstaate werden, die ihm nach seinen intellektuellen und materiellen Kräften gebührt. Ja diese Stellung wird ihm, nachdem das bezeichnete großartige Verfahren die vorhandenen Abneigungen überwunden hat, von selbst entgegengetragen werden, denn nur gereizte Leidenschaftlichkeit der anderen deutschen Staaten würde es verkennen können, daß ohne Preußen auch kein Deutschland möglich ist. In diesem Sinne haben Mevissen, ich und unsere Meinungsgenossen aus dem engeren Vaterlande die Aufgabe aufgefaßt, die wir hier bisher weniger auf der Tribüne als in kleineren Kreisen zu lösen uns bemühen, und es gereicht uns zu nicht geringer Befriedigung, daß auch Sie und Ihre uns befreundete Kollegen, wie der § 79 des Verfassungsentwurfs beweist, denselben Standpunkt eingenommen haben. Ich kann nur raten, denselben bei allen Gelegenheiten zu manifestieren: eine entschieden deutsche Politik ist jetzt die wahre preußische Politik!

In der hiesigen Versammlung sind eminente Kräfte, die sich allmählich mehr entwickeln werden: die Gesinnung der großen Majorität ist gut, und Deutschlands Zukunft, wie auch von Gefahren umgeben, nicht verloren. Eine ungeheure, gewiß durch Mangel an Einigkeit unter den Regierungen entstandene Lücke ist es, daß die deutschen Fürsten gegenüber der Versammlung ohne alle Vertretung sind. Hierin lag eine große Gefahr. Wäre nicht in der Versammlung das edlere konservative Element gegenüber dem radikalen durchaus überwiegend, so würde letzteres zu

Souveränitätserklärungen und anderen Schritten, die die Flamme des Bürgerkriegs in Deutschland entzündet hätten, mit Erfolg hingedrängt haben. Jetzt aber hat sich eine zwar entschiedene, aber gemäßigte Haltung des Parlaments herausgestellt; es betrachtet sich nicht als ein Aggregat einzelner erst durch Paktierung miteinander organisch zu verbindender Teile, sondern als die Darstellung der staatsrechtlichen Einheit Deutschlands, deren dauernde Begründung seine Aufgabe ist. Bei Lösung dieser Aufgabe wird es den Weg der Vermittlung, der Verständigung mit den einzelnen Staaten gewiß nicht verschmähen, es wird nicht leicht zu imperativen Aussprüchen übergehen, aber in letzter Instanz über Differenzen, deren Lösung die Einheit gebieterisch erheischt, beschließen. Der Beschluß vom 27. d. Mts. über den Raveauxschen Antrag beruht auf dieser Ansicht, die diejenige der ungeheuren Mehrheit der Versammlung ist, und die in der Tat nicht aufgegeben werden darf, wenn man gegenüber den separatistischen Tendenzen der Bayerischen, Hannoverschen Regierung usw. noch an die Herstellung eines deutschen Bundesstaates denken will. Sie verbinden mich, wenn Sie unserem Freunde Camphausen, den ich nicht mit einem besonderen Schreiben behelligen will, diesen hiesigen Stand der Dinge mitteilen.

Eine wichtige Frage, die demnächst hier zur Verhandlung kommt, ist die Aufstellung einer Exekutivgewalt: ich drücke wiederholt das Bedauern aus, daß die Regierungen nicht die Initiative genommen! An revolutionären Anträgen, daß diese Gewalt aus dem Parlamente hervorgehen möge, fehlt es nicht. Wir sind ihnen entgegengetreten mit der Motion, daß die Regierungen um deren schleunige Bildung in der Form eines dem Bundestag und dem Parlament verantwortlichen Reichsministeriums zu ersuchen seien: möge das preußische Ministerium tun, was es kann, damit etwas tüchtiges, wie die verhängnisvolle Lage es erheischt, bald zustande komme.

75. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Juni 2.

Ein großes Volk ist in schmerzvollen Geburtswehen begriffen, jeder Teil des großen Ganzen wird von diesen Wehen durchzuckt, der jüngst noch kräftige Organismus scheint in anarchische Teile auseinanderzufallen; doch nein, den schweren Wehen entwindet sich ein Riesenkind, das noch Jahrhunderte auf seinen starken Armen tragen, das eine Zukunft in seinem Busen bergen wird, die die kühnen Träume der Gegenwart verwirklicht.

Über so vielen und so großen geistigen Kräften und reinbesaiteten Menschen, wie sie hier sich zusammenfinden, kehrt allmählich Glauben

und Vertrauen wieder*). Diese Versammlung, oder keine, wird ein starkes einiges Deutschland schaffen. Jeder Tag führt neue Menschen von Bedeutung hierher. Unter den letztangekommenen nenne ich dir Anastasius Grün, Moritz Hartmann, Jakob Grimm, v. Radowitz. Wie es scheint, wird alles, was die Nation nur aufzubieten vermag, sich hier Rendezvous geben. Die wichtigsten Fragen sind in den letzten Tagen vorbereitet worden. Samstag wird die Bildung eines Reichsministeriums beraten werden, wofür leider, trotz aller anwesenden Notabilitäten, noch die wahren Menschen fehlen. Vielleicht wird Gagern die Leitung übernehmen und für eine Zeitlang auf das Präsidium verzichten müssen. Für diesen Fall habe ich bereits an (Wilhelm) Beseler aus Schleswig, welcher heute hier eingetroffen ist, als Ersatzmann gedacht.

Die Tribünen füllen sich allmählich an einer Seite mit den Frauen der Deputierten, an der andern Seite mit Abgesandten der verschiedenen Völker Europas. Ungarn hat die Reihe eröffnet und zwei seiner edelsten Menschen mit unbeschränkter Vollmacht in den Schoß der Nationalversammlung entsandt. Heute ist ein Gesandter aus Mailand eingetroffen, um über den Frieden mit Italien zu unterhandeln. Ganz Europa scheint zu fühlen, daß der Schwerpunkt seiner Zukunft in der Paulskirche liegt, und daß das deutsche Volk dasjenige sein wird, welches der tief eingewurzelte Sinn für Gerechtigkeit zum Schiedsrichter beruft.

Einzelne Mitglieder der Nationalversammlung beginnen an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenwirkens mit der Pariser Versammlung für die Interessen der Zivilisation in Europa zu denken. Du siehst aus diesen wenigen Andeutungen, welcher ungeheure Gesichtskreis sich eröffnet, und welche Fragen sich zur Lösung drängen. Du fragst mich, wie lange wohl die Versammlung dauern wird. Diese Frage vermag ich nicht zu beantworten. Indessen glaube ich an eine Dauer von 6 bis 8 Monaten als kürzester Frist. Wahrscheinlich wird jedoch die Sache sich weit länger hinausziehen.

76. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 6.

Für jetzt befinden wir uns noch ganz inmitten jenes großen Gärungsprozesses, ohne den keine bedeutende neue Schöpfung möglich ist. Mein

*) Noch am 31. Mai hatte Mevissen in einem Briefe an seine Gattin seine Bedenken ausgesprochen: „Ich wünschte, daß ich Dir mit gutem Gewissen sagen könnte wie im vergangenen Jahre in Berlin, ich sei ganz bei der Sache, Geist und Herz seien dem großen Zweck, der erreicht werden soll, mit Hingebung gewidmet. Dem ist jedoch nicht so. Bis heute will es mir noch nicht gelingen, so mit meiner ganzen Natur in dem Staatsleben aufzugehen, wie der Augenblick es gebieterisch fordert".

Vertrauen ist noch ungeschwächt. Zur deutschen Verfassung aber bedürfen wir gleich sehr Verstand wie Glück, denn die Schwierigkeiten sind allerdings zahllos, und wir rücken nur langsam, ja sehr langsam vor. Bis jetzt kann man kaum behaupten, daß etwas geschehen sei. Über lauter Worten kommt es nicht zu Taten, und doch tun diese mehr Not wie jene ... Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war sehr stürmisch, man konnte so recht ein Bild der Parteileidenschaften in sich aufnehmen. Die äußerste Linke wollte eine Diskussion der Polenfrage erzwingen, die Rechte solche nicht gestatten.

In Berlin geht es noch stürmischer her, als hier. Indessen scheint das Ministerium doch zuletzt der wirren Elemente Herr zu werden. Erst wenn in Berlin und hier ein fester Grund zur künftigen Verfassung gelegt sein wird, werden wir mit mehr Vertrauen der Zukunft entgegensehen können . . . In den letzten Tagen habe ich viel mit dem Grafen Auersperg (Anastasius Grün) verkehrt und mich an dieser gutmütigen, tief blickenden Natur erfreut. Die Österreicher machen überhaupt mit ihrer stillseligen Gemütlichkeit auf mich einen sehr wohltuenden Eindruck.

77. G. Mevissen an den Fabrikanten J. Berger in Viersen. Frankfurt, 1848 Juni 8.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung schreiten nur sehr langsam vor. Der Industrieausschuß laboriert an einem durchaus unfähigen Präsidenten (von Roenne) und wird es trotz vieler tüchtiger Kräfte in seiner Mitte schwerlich zu einer schnellen Lösung der schwebenden Fragen bringen. Alle Hoffnungen wenden sich mehr und mehr einer zu bildenden Exekutivgewalt nebst einem Reichsministerium zu, worüber gleich nach den Pfingsttagen verhandelt werden soll. Einer solchen kompakten Gewalt bedarf es in Handelsfragen durchaus, um das Widerstreben der einzelnen kleinen Staaten zu beseitigen.

Der Geist der Nationalversammlung in seiner überwiegenden Färbung ist ein sehr guter, mit Ernst und Ausdauer der großen Sache gewidmeter. Eine große Zahl im deutschen Lande bekannter Männer haben sich das Wort gegeben, nicht eher von Frankfurt wegzugehen, bis die deutsche Einheit zur Wahrheit geworden sein wird. Die Dauer der hiesigen Versammlung wird sich, wie ich Ihnen s. Z. schon andeutete, höchstwahrscheinlich auf sehr lange Zeit erstrecken, und es ist alle Aussicht da, daß über Jahr und Tag die Verhandlungen noch ebenso sehr fortschreiten, wie heute.

78. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Juni 17.*)

... Auch hier fanden wir alles durchaus ruhig trotz einer Versammlung der wütenden Demokraten. Leider waren die Ausschüsse nicht so weit fertig geworden, wie ich es gehofft hatte, und so mußte denn gestern und vorgestern die öffentliche Sitzung ausfallen. Heute hatten wir eine sehr lange, jedoch farblose Verhandlung, die uns dem ersehnten Ziel nicht näher führt. Montag (Juni 19) endlich steht auf der Tagesordnung die Beratung der provisorischen Zentralgewalt, eine der Kapitalfragen, die hoffentlich nach Wunsch in einer oder in zwei Sitzungen erledigt werden wird. Mittwoch oder Donnerstag werden wir dann mit der Beratung der Rechte des deutschen Volkes beginnen. Von da ab wird eine Entscheidung die andere drängen. Leider sind die Berichte aus Italien, aus Prag und Berlin sehr unerfreulich, ja auch aus Paris Besorgnis erregend. Ich hoffe, daß bald eine günstigere Wendung in den äußeren Angelegenheiten eintreten wird, sonst fürchte ich sehr einen nahenden Sturm von außen.

79. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 21.

Seit zwei Tagen steht endlich die Nationalversammlung auf dem großen Kampfplatz, sie diskutiert über die Bildung einer Exekutivgewalt. 24 Redner, worunter kein schlechter, haben das Wort genommen. 116 sind noch zum Worte eingeschrieben. Auch ich habe mich diesmal gemeldet und stehe Nr. 71, werde also schwerlich meinen Zweck erreichen**), denn, wie ich glaube, wird die Kammer, wenn sie heute noch 12 Redner gehört haben wird, die Debatte schließen und dann am Freitag zur Abstimmung schreiten. Jede Minute ist jetzt kostbar. Die eine Vorbesprechung drängt die andere. Jeder fühlt, daß es sich um die wichtigste Entscheidung handelt. Gestern morgen wurde in einem erhebenden einstimmigen Akt der Krieg Deutschlands gegen Italien beschlossen, sofern Sardinien nicht vom Angriff auf Triest absteht. Außerdem kriegerische Aussichten nach allen Seiten, namentlich drohend von Rußland her. Die östlichen Festungen werden in höchster Eile armiert und verproviantiert.

Das Ministerium in Berlin wird sich neu bilden: Auerswald wird Kultusminister, Schwerin, Arnim, Graf Kanitz, Patow gehen ab: Pinder, Milde, Schreckenstein treten ein. Die neue Kombination gibt allgemeinem Urteile nach dem Ministerium endlich die Kraft, die es so nötig braucht. In einer weiteren Umbildung wird Camphausen wohl als Premier austreten und hier in Frankfurt im Reichsministerium eine Stellung einnehmen.

*) Die Pfingsttage (Juni 11 ff.) hatte Mevissen in Köln und Dülken verbracht.
**) Vgl. die folgende Nummer.

Das Direktorium hier wird nach dem Vorschlage Dahlmanns gebildet werden. Die Beratungen werden von jetzt an ununterbrochen höchst bedeutend bleiben, da Stoff die Hülle und Fülle vorliegt und sich täglich mehr häuft. Mein Vertrauen in die endliche gute Lösung der Dinge ist noch dasselbe wie seither. Die Verhandlungen sind großartig und würdig und müssen zu einem guten Ziele führen.

80. Entwurf für eine Rede G. Mevissens in der Verhandlung über die Zentralgewalt. 1848 Juni 22.

Die erste Frage, die heute wie bei dem Antrage von Raveaux sich neu erhebt, ist die Frage, wo liegt die absolute Souveränität der deutschen Nation? Liegt sie in der Nationalversammlung? Nein. Werfen wir einen Blick auf die nächste Vergangenheit, einen Blick auf unser Mandat, und wir werden uns überzeugen, daß sie nicht ungeteilt in uns liegt, nicht ungeteilt in uns liegen kann.*)

Als die Februarrevolution in fast allen europäischen Staaten ihren Wiederhall fand, als in den Tagen des März, der Geist einer neuen Zeit auch in Deutschland auf den Barrikaden von Wien und Berlin sich geltend machte, da ist die deutsche Bewegung wie von einem höheren Geist geleitet vor der Monarchie zurückgewichen. Sie hat die Formen der alten absoluten Monarchie, die mit dem Geiste der Zeit nicht mehr im Einklang stehende Alleinherrschaft, sie hat die Bureaukratie und den Träger des stummen Gehorsams, den Militärstaat, vernichtet, aber sie hat zu gleicher Zeit das noch Lebenskräftige in dem Bestehenden geschont; sie hat die konstitutionelle Monarchie als die Staatsform der deutschen Zukunft proklamiert unter Zustimmung der ungeheuern Majorität der Nation. Die konstitutionelle Monarchie war für die Einzelstaaten das Ziel der deutschen Bewegung im März. Nach kurzem Kampfe der bestehenden Gewalten gegen den auf sie eindrängenden Geist der neuen Zeit haben Fürsten und Völker sich die Hand gereicht und sich in ernster Stunde gelobt, gemeinsam das vorgesteckte neue Ziel in Frieden und Freudigkeit zu erstreben. Das Bewußtsein des deutschen Volkes stellte in allen deutschen Staaten dieselben Forderungen. Dieselben sind acceptiert, und ihre Verwirklichung hat in den meisten Staaten begonnen.

Das deutsche Volk erhob, indem es in Übereinstimmung aller seiner Stämme die konstitutionelle Monarchie als die Staatsform seiner Einzelstaaten bestimmte, zugleich ebenso laut, ebenso dringend, ebenso

*) Vgl. zu Mevissens Ausführungen über diesen Punkt die Bemerkung R. v. Mohls, Lebenserinnerungen II (1902) S. 89.

einstimmig den Anspruch, aus dem Zustande schmählicher Zerrissenheit erlöst zu werden, sich fortzubilden von machtloser Vielköpfigkeit zu mächtiger und würdiger Einheit. Die Form des Staatenbundes, wie sie im Deutschen Bunde sich darstellte, wurde von den Fürsten wie von den Stämmen als morsch und faul erkannt. Der Bundesstaat wurde mit größerer oder geringerer Bestimmung seines Inhalts als die künftige Form der deutschen Einheit von Fürsten und Völkern proklamiert. Über das Ziel, was erstrebt werden soll, ist also volle Einheit aller Teile vorhanden. Die Nationalversammlung ist auf Anregung des Vorparlamentes durch Beschluß der Fürsten berufen, die Verfassung des künftigen Bundesstaates ins Leben zu führen. Sie ist berufen, diese Verfassung zu vereinbaren, zu vereinbaren nicht mit den Fürsten als Vertreter eigener persönlicher Rechte, sondern mit den deutschen Regierungen als Vertretern der Einzelstaaten, die den künftigen Bundesstaat bilden werden.

In allen deutschen Staaten bürgen heute verantwortliche Minister dafür, daß die Regierungshandlungen mit dem Willen der Volksvertretung übereinstimmen. Die auf die Bildung des Bundesstaates bezüglichen Handlungen und Beschlüsse werden der Ausdruck des Gesamtwillens der Einzelstaaten sein. Dieser Gesamtwille ist nicht in der Nationalversammlung als selbständiger Wille repräsentiert. Die Nationalversammlung ist nur das Organ der deutschen Einheit, nicht zugleich das Organ der Selbständigkeit der Einzelstaaten. So lange diese Selbständigkeit nicht durch eine Staatenkammer gewahrt ist, muß eine Mitwirkung der deutschen Regierungen eintreten. Sie muß ferner eintreten, weil in dem Provisorium, was da geschaffen werden soll, der Boden der konstitutionellen Monarchie nicht verlassen werden darf. Die Zentralgewalt darf in keinem Falle geringere Rechte haben gegenüber der Nationalversammlung, als die künftige Reichsgewalt gegenüber den künftigen beiden Häusern des deutschen Parlamentes. Wie weit nun auch die Meinungen über den Umfang der der Regierungsgewalt in der konstitutionellen Monarchie zustehenden Rechte auseinandergehen, — niemand wird behaupten, daß dieselbe ohne alle Einwirkung als pure Vollstreckerin der Beschlüsse der Volksvertretung gedacht werden kann. Selbst in Nordamerika hat die Weisheit der Gesetzgeber der Regierungsgewalt das suspensive Veto eingeräumt. Der Präsident Nordamerikas hat das Recht der Genehmigung aller Beschlüsse des Kongresses, und wir, m. H., wir wollen einen Reichsverweser bestellen, der nichts sein sollte als die ausführende Gewalt unserer Versammlung? Würden die Einzelstaaten bei einem solchen Reichsverweser sich beruhigen können, würden sie nicht fürchten müssen, daß in notwendiger Fortentwicklung die in uns ge-

gebene Einheit des deutschen Volkes die Selbständigkeit seiner Stämme gänzlich verschlänge?

Die Herren von der Linken wollen die Souveränität des Volkes bewahren, sie wollen kein Jota davon verkümmert wissen. Sie betrachten mit Ausnahme des Herrn Trützschler, der jedem einzelnen die Souveränität vindiziert,*) die nationale Versammlung als die einzige Trägerin des Volkswillens.

Wenn das deutsche Volk die Souveränität in dem Sinne, wie Sie ihm solche beilegen, in sich zurücknehmen wollte, so durfte in den Tagen des März keine deutsche Regierung und noch weniger ein deutscher Fürstenthron stehen bleiben. Sie sind aber stehen geblieben, und stehen heute fester, als in jenem Momente der Erregung. Das deutsche Volk hat nicht ganz tabula rasa gemacht, es ist instinktiv vor dem noch lebenskräftigen, vor dem noch durch den Willen der unendlichen Mehrheit geschützten monarchischen Elemente zurückgewichen; es hat nicht ganz mit seiner Vergangenheit gebrochen, sondern nur die morsch gewordenen Stützen der Throne weggerissen, um sie durch neue zu ersetzen.

Das deutsche Volk hat einen Teil seiner Souveränität, und nur einen Teil, Ihnen, m. H., übertragen, und übertragen zu weisem Gebrauche. Ich sage nur einen Teil, denn Ihr Mandat ist beschränkt; Sie sollen hier die Einheit des deutschen Volkes vertreten; Sie sind zu diesem Zwecke aus allen Stämmen frei gewählt, Sie sollen eine Bundesverfassung beraten und zustande bringen. Ihr Mandat, m. H., ist beschränkt durch den Begriff des Bundesstaates. Nur die einheitliche Tätigkeit der Nation ist Ihnen zur Konstituierung überwiesen. In dieser Einheit wollen die Einzelstaaten ihre Selbständigkeit nicht verlieren, sondern sie erhalten. Ich frage Sie, m. H., ist die volksvertretende Versammlung in Berlin etwa nicht ein Teil der Souveränität des preußischen Volkes? Wenn Sie hier absolut souverän sind, wie einzelne Redner es dargestellt haben, so können Sie mit einem ihrer Beschlüsse jene Souveränität aufheben; Sie können mit einem Beschlusse das Königreich Preußen aus der Reihe der selbständigen Staaten löschen. Das aber können Sie nicht, so weit reicht Ihr Mandat nicht. Das deutsche Volk hat Sie hierhergesandt, um seine künftige Bundesverfassung zu beraten, nicht um eine Republik une et indivisible zu begründen. An der Selbständigkeit der Einzelstaaten haben Sie die materielle Schranke Ihrer Souveränität.

Sie sind auch ferner nicht unumschränkt in dem Gebrauche der Ihnen anvertrauten Souveränität des Volkes. Sie haben die Schranke des

*) Vgl. Stenographische Berichte, I S. 414.

Gebrauches in sich, in Ihrer eigenen Besonnenheit, in Ihrer Einsicht, in Ihrer Beachtung der gegebenen Verhältnisse. Man sagt Ihnen, Sie dürften kein Jota von Ihrer Souveränität abgeben. Das ist falsch, m. H., das widerspricht Ihrem Mandat. Sie sollen die Souveränität des Volkes im Bundesstaate konstituieren; Sie sollen Sie gestalten, und so gestalten, daß sie Leben und Dauer habe. Das deutsche Volk hängt nicht an Worten, es will die großen Zwecke seiner Bewegung, es will die Freiheit und die Ordnung erreichen; es will sie erreichen auf dem Wege, den Theorie und Erfahrung gleich sehr an die Hand geben. Theorie und Erfahrung lehren aber, daß die souveräne Gewalt nicht gesichert ist, so lange sie in einer Hand ruhend dem Spiel der Leidenschaft, der augenblicklichen Erregung anheimgegeben ist.

Fragen wir uns selbst, m. H., ob nicht fast jeden von uns schon im Laufe der letztverflossenen Tage ein unheimliches Bangen angewandelt hat, als das Haus nach kürzester Diskussion über die wichtigsten Fragen entschied, ein Bangen ob der Ungewißheit der Entscheidung.

Ich bin überzeugt, m. H., für die meisten unter Ihnen würde es ein beruhigendes Gefühl sein, bei Entscheidungen über Krieg und Frieden eine Staatenkammer, eine selbständige, unverantwortliche Exekutivgewalt zur Seite zu haben. Schon gestern, m. H., ist Ihnen gesagt worden, daß wir uns davor zu hüten haben, daß nicht auch auf uns der Ausspruch gerechte Anwendung finde: „sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“. Schon gestern ist das Schreckbild des Konvents vor ihren Augen heraufbeschworen worden.*) Der Konvent war die notwendige Frucht der ungeteilten einigen Souveränität. Die Einheit strebte naturgemäß zur Teilung hin, und Sie wissen, m. H., welches Teil dieser Einheit erst Robespierre, dann Napoleon gefiel. Es ist nicht der Willen des deutschen Volkes, daß seine Souveränität einem Robespierre, einem Napoleon dem zweiten aus der Mitte der Paulskirche anheimfalle.

Die Fürsten, m. H., hat seit Jahrhunderten mit Recht der Vorwurf getroffen, daß sie, einmal im Besitze der Gewalt, nur gezwungen einem Teile derselben wieder entsagt haben.

Lassen Sie uns das schlechte Beispiel der Fürsten nicht nachahmen. Lassen Sie uns mit Weisheit und Besonnenheit die Gewalten so teilen, daß sie sich ihre Dauer und ihre Begrenzung gegenseitig garantieren. Die absolute Monarchie ist wahrlich nicht zugrunde gegangen, damit ein absolutes Parlament ihr folge. Das Parlament ist dem Volke verantwortlich für die Ausübung der ihm anvertrauten Macht. Mißbraucht das

---

*) Durch v. Beckerath (vgl. Stenogr. Berichte I, 416).

Parlament diese Macht, zögert es, dieselbe gesetzlich zu konstituieren, betrachtet es die Macht des Volkes als seine Macht, will es in seinem Interesse sie konstituieren, dann wird das Volk sich vom Parlamente abwenden, es wird daran verzweifeln, auf parlamentarischem Wege seiner Freiheit sich zu erfreuen; es wird der Reaktion sich zuwenden und den Druck des Absolutismus der Verachtung der Wühler und Anarchisten vorziehen. Diejenigen, die über das Maß der gegebenen Zustände hinausgreifen, die ihr falsches Ideal mit Gewalt in die Wirklichkeit hineintragen wollen, sie arbeiten der Reaktion in die Hände; sie und nur sie sind die Helden der Kontrerevolution, wenn ihr Geschick sie nicht vielleicht vorher zu Helden eines Schreckensregimentes macht.

81. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Juni 25.

Der sechstägige große Kampf ist beendet, die Diskussion geschlossen, die Abstimmung steht bevor. Die Redner haben nacheinander ihre Kräfte erprobt, jeder von Bedeutung, jeder selbständig. Morgen wird endlich über die Bildung der Exekutive zur Abstimmung geschritten. Erzherzog Johann wird definitiv zum Reichsverweser ernannt, der Bundestag aufgelöst, die gesetzgebende Gewalt für Deutschland ausschließlich der Nationalversammlung vindiziert werden.

Das sind die Resultate des parlamentarischen Kampfes, der sich würdig den größten parlamentarischen Schlachten der ersten Revolution zur Seite stellen kann. Die äußerste Linke ist geschlagen, die Republik für die nächste Zeit definitiv besiegt. Selbst die Ultrademokraten verzichten für den Augenblick auf die Verwirklichung ihrer unreifen Träume. Sie sind bewältigt von der geistigen Macht, die ihnen entgegengetreten. Gagern hat gestern in einer schönen Schlußrede dem besiegten Feinde ein goldene Brücke gebaut. Er ist mit einem Fuße in das Lager der Gegner hineingetreten und hat ihnen im Vollgefühl der Macht ihre Standarten entrissen. Ein kühner Griff, vielleicht für den Geist der erschöpften Versammlung zu kühn. Gagern will mit der Linken direkte und einseitige Wahl durch die Nationalversammlung. Er will Feststellung eines suspensiven Vetos. Die alte Monarchie ist durch ihn feierlich zu Grabe getragen. Fortan hat nur die demokratische Monarchie, in der der Monarch nicht mehr über dem Volke, sondern als ein vom Volke bestellter Teil der gesetzgebenden Gewalt im Volke steht, noch Zukunft. Der Grundsatz der belgischen Verfassung: „Alle Gewalt geht vom Volke aus“, ist fortan auch der Grundsatz Deutschlands. Heute lastet noch auf allen Gemütern ein Alp, weil niemand mit Bestimmtheit voraussagen kann, welches das Resultat der morgigen Abstimmung sein wird. Noch schwankt

vielfach das Zünglein an der Wage. Ich hoffe, es wird sich zum guten neigen. Ist diese große Frage morgen beseitigt, so beginnt gleich die Verhandlung über die Grundrechte des deutschen Volkes, eine Verhandlung, welche an Bedeutung der eben stattgefundenen kaum nachsteht, jedoch in vielen Beziehungen schon durch die bisherige Debatte mit beleuchtet worden ist.

Allmählich beginnen die Parteien sich schärfer zu sondern. Drei Hauptfraktionen, Linke, Zentrum und Rechte teilen die Kammer. Ein Versuch, ein linkes Zentrum dem rechten entgegenzustellen, ist gestern definitiv gescheitert. Anhänger dieser Fraktion haben sich teils, wie Schoder, Claussen und andere, mit der Linken, teils, wie Compes und Widemann, mit dem rechten Zentrum vereinigt. Die Rechte ist vertreten durch Vincke, Lichnowsky, Radowitz und einige altpreußische Deputierte. Die österreichischen Abgeordneten gehören sämtlich entweder zum Zentrum oder zur äußersten Linken, zum Zentrum vor allem 1. von Schmerling, der jetzige Bundestagsgesandte, ein Mann von scharfem Blick und entschlossenem Mut unter einer weichen, gemütlichen Außenseite, mit großer Anlage zum Vermitteln, und nicht ohne Takt zum Auffinden des rechten Moments. Er leitet sehr geschickt von dem alten Österreich zum neuen hinüber und steht mit mehr Offenheit und Gradheit in der neuen Zeit, als viele unserer preußischen Mitglieder. Er hat vom engeren Kreise aus bedeutende Einwirkung auf die Beschlüsse des Hauses. 2. v. Andrian, im wesentlichen von gleicher Färbung wie Schmerling, jedoch weniger biegsam und geschmeidig, ein aufrichtiger Anhänger der konstitutionellen Monarchie, mehr Idealist als jener, weniger Diplomat, der deutschen Sache entschieden zugetan, selbst wo es sein muß auf Kosten der österreichischen. 3. von Sommaruga, ein feiner, kluger, kleiner Mann, dessen Klugheit seine Wirksamkeit in der Versammlung schwächt, ja fast vernichtet. Er hat das Unglück, wie manche andere, durch seine Physiognomie, durch seine Haltung und sein allzubiegsames Wesen fast überall Mißtrauen zu erregen. So weit ich bis jetzt zu beurteilen vermag, folgt er nur ungern der deutschen Bewegung. Seinem Ehrgeiz würde ein starkes Österreich mehr Aussicht auf Erfolg geboten haben. In Wien wäre er der mögliche Führer einer aus Beamten und Mitgliedern der alten Aristokratie gemischten Fraktion, hier steht er allein und ohne bedeutende Wirkung. 4. Möring aus Wien, ein schöner Mann in den Vierzigern, von mächtiger Gestalt, eisenfestem Willen, beschränktem aber in seiner Beschränkung harmonisch abgerundetem Wissen, vorzugsweise praktisch. Ein längerer Aufenthalt in Nordamerika, gründliche Studien über die amerikanische Verfassung, geben seinem hiesigen Auftreten eine

gesunde Unterlage. Unter den österreichischen Abgeordneten, die zum Zentrum gehören, sind die vorstehenden vier für die politische Debatte die bedeutendsten. Außer Schmerling tritt jedoch keiner als gewandter, schwer in die Wagschale fallender Redner hervor. Auch ihr geistiger Blick hat nicht die Tragweite eines Dahlmann, Beseler und anderer. Ihr Element ist mehr die gemütliche, verständige Liebenswürdigkeit, die frische natürliche Auffassung des Gegebenen. Andrian neigt, wahrscheinlich infolge herber Lebensschicksale, am meisten zur nordischen Reflexion.

Außer den politischen Männern des Zentrums aus Österreich sind noch zwei Abgeordnete aus Triest, von Bruck und Burger, als in handelspolitischen Fragen von Gewicht zu nennen. Die Hälfte sämtlicher hier anwesender Österreicher neigt sich allmählich zur Linken. Als ein auffallendes Faktum ist zu bezeichnen, daß das Zentrum unter den wenigen selbständigen österreichischen Mitgliedern bis jetzt fast gar keine Eroberung gemacht, sondern fast nur Einbuße erlitten hat. Ich erkenne in dieser Tatsache ein notwendiges Resultat der bisherigen österreichischen Zustände. Aus Mangel an klarer Einsicht und politischer Durchbildung verlieren sich die schwächeren Köpfe ins Extreme und Nebulose. Unter den noch ungewiß wie Herkules am Scheidewege Stehenden ragt eine jugendliche, vielversprechende Gestalt, Giskra aus Böhmen, von der Mutter Natur mit einer schönen Figur, einem scharfen Takt, kecker Entschlossenheit und sonorer Stimme ausgerüstet, hervor. Wenn ich nicht irre, wird er sich nach vollendetem inneren Kampfe dem Zentrum anschließen und durch die Überzeugungskraft, Derbheit und Schlagfertigkeit der Jugend eine starke Stütze desselben werden.

Auf der Linken stehen von österreichischen Abgeordneten Wiesner aus Wien, ein ganz konfuser, von wässerigem Kosmopolitismus angefüllter Kopf, Schriftsteller seines Handwerks, wahrscheinlich als solcher früher verfolgt, dadurch wohl radikal und gereizt — im ganzen ein unbedeutender Mensch. Hartmann aus Böhmen, ein bekannter und guter Dichter, Mann von schöner Gestalt und von festem entschlossenem Sinn, entschiedener und begeisterter Anhänger der Republik. Bei seinem klaren Verstande, bei klarer Auffassung des Gegebenen wird derselbe früher oder später dem Zentrum anheimfallen, sobald er sich überzeugt haben wird, daß seine Ideale zurzeit nicht verwirklicht werden können. Roeßler aus Prag und Roesler aus Öls, beide mit sonoren Stimmen begabt, Feinde aller monarchischen Staatsform aus Haß der österreichischen Vergangenheit, ohne allgemeine politische Durchbildung. Schuselka, der bekannte politische Schriftsteller, verhält sich bis jetzt durchaus schweigend, stimmt jedoch stets mit der Linken und wünscht auf schnellstem Wege

die Republik. Berger aus Wien, ein junger Student von unbedeutender Entschlossenheit ohne weitreichende Kenntnisse. Auch sein Ideal ist die Republik.

Dem Zentrum gehören als bekannte Namen noch an: Graf von Auersperg (Anastasius Grün), zu gemütlich und zu weich für die Politik, ein edler Mensch, und Kuranda, Redakteur der Grenzboten, als Schriftsteller für die Gegenwart nicht ohne Bedeutung, als Mitglied der Kammer durch das widrige Jüdische seiner Persönlichkeit, durch Unklarheit seines Vortrages ohne alle Einwirkung.

Fasse ich schließlich die Gesamtheit der österreichischen Abgeordneten ins Auge, so ist solche keine der hohen Bedeutung des Kaiserreiches würdige. Sie sind geteilt in verschiedene Fraktionen und ohne einen ganz bedeutenden Menschen, der sie leitet. Die Interessen Österreichs sind jedoch in der gegenwärtigen Lage der deutschen Verhältnisse durch diese relativ wenig bedeutenden Persönlichkeiten vortrefflich vertreten. Das gemütliche Wesen, die offene Liebenswürdigkeit ist gewinnend, keine Partei wird tief verletzt, keine Eigenliebe schwer gekränkt. Alles wird den Herren entgegengetragen und in den Schoß geworfen, weil sie bescheiden und gutmütig nichts verlangen. Der Erzherzog Johann ist von preußischen Abgeordneten vorgeschlagen, von österreichischer Seite dankend acceptiert worden. Auch die Eigentümlichkeiten Österreichs werden, vertreten wie sie sind, größere Beachtung finden als die der übrigen deutschen Staaten, weil man in den Personen schon den Reflex der Zustände vor sich hat und sich desto leichter von der Notwendigkeit einer Übergangsperiode überzeugt.

Schwieriger wird die Stellung werden, wenn Erzherzog Johann wirklich selbständig die Zügel des Reichsregiments hier würde ergreifen wollen. Dies würde die Freunde der österreichischen Schmiegsamkeit und Bildungsfähigkeit sehr rasch in Gegner der österreichischen Selbständigkeit verwandeln. So wie mir der Charakter des Erzherzogs Johann geschildert wird, ist diese Gefahr nicht drohend. Er soll weichen, nachgiebigen Charakters sein. Dies macht ihn zum Reichsverweser, mit dem kräftigen Ministerpräsidenten von Gagern zur Seite, vorzugsweise geeignet. Eine selbständige Natur auf diesem Posten würde sofortige unheilvolle Reibungen erzeugen. Dem Erzherzog werden noch reiche Kenntnisse, volkstümliche Formen und vielumfassende Rezeptibilität des Geistes zugeschrieben. Ist das von ihm entworfene Bild richtig, so ist er der Mann des Moments, ganz geeignet, die Vergangenheit friedlich mit der Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. Soweit für heute über die Abgeordneten Österreichs; nächstens eine Charakteristik anderer Fraktionen der Kammer.

82. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 26, abends.

Soeben komme ich aus einer sehr stürmischen Sitzung. Der Spektakel wurde so arg, daß der Präsident genötigt war, die Sitzung aufzuheben. Wahrscheinlich läuft diese Nachricht morgen entstellt durch alle Blätter. Ich schreibe diese Zeilen zu deiner Beruhigung. Die Leidenschaften sind zwar sehr aufgeregt, aber der ganze Sturm ist dennoch nichts als ein Parteimanöver der äußersten Linken, welche der Niederlage, die sie bei der Abstimmung über die Bildung der Zentralgewalt unfehlbar erleiden wird, durch einschüchternden Tribünenlärm zu entgehen sucht. Wäre nur endlich in Berlin ein festes Ministerium! In Paris die Regierung gestürzt, und Cavaignac Diktator — das deutet auf ärgere Stürme, als die bis jetzt erlebten. Zu einer Emeute wird es auch in Süddeutschland früh oder spät unfehlbar kommen. Dieselbe kann aber nur dann gefährlich werden, wenn vorher die Anarchie in Berlin siegen sollte.

83. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 28, mittags 1 Uhr.

Soeben ist unter feierlichem Schweigen das Gesetz der Begründung der provisorischen Zentralgewalt mit 450 gegen 100 Stimmen beschlossen worden. Morgen wird die Wahl des Erzherzogs Johann mit gleicher Stimmenzahl stattfinden. Die 100 bestehen aus 90 Mitgliedern der äußersten Linken und aus 10 Mitgliedern der äußersten Rechten.

Preußen hat bereits durch seinen Gesandten von Usedom seine Zustimmung zur Wahl des Erzherzogs erklären lassen. Übermorgen wird eine Deputation nach Wien abgeordnet werden.

Von heute an kann ein einiges Deutschland als existent angesehen werden. Der Beschluß macht ungeheure Sensation. Der künftige Reichsverweser hat eine durchaus konstitutionell monarchische Stellung. Er ist unverantwortlich erklärt mit 377 gegen 171 Stimmen und hat ein Veto gegen alle Beschlüsse der Nationalversammlung, die nicht das Verfassungswerk betreffen; letzteres ist mit 277 Stimmen gegen 261 beschlossen worden.

84. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 29, vormittags.

Nach heftiger achttägiger Debatte ist endlich das Gesetz über eine Zentralgewalt gestern mit 450 gegen 100 Stimmen angenommen worden. Es wird ein Reichsverweser ernannt, welcher unverantwortlich ist und das Genehmigungsrecht für die nicht die Verfassung betreffenden Beschlüsse der Nationalversammlung hat, und welchem Gesandte sämtlicher

deutschen Einzelstaaten ratgebend zur Seite stehen. Heute ist Wahltag. Gewählt wird mit sehr großer Majorität Erzherzog Johann von Österreich. Morgen oder übermorgen wird eine Deputation nach Wien abgehen.

Der erste und wichtigste Akt des Reichstags ist somit vollendet. Es ist, mit unumschränkter Macht in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation ausgerüstet für Krieg und Frieden, eine einheitliche Kaisergewalt geschaffen, welche durch der Nationalversammlung verantwortliche Minister handelt. Das Gesetz in seiner definitiven Fassung entspricht allen gerechten Anforderungen. Preußen hat seinen Gesandten bereits instruiert, dasselbe zu genehmigen. Die übrigen Staaten müssen und werden diesem Beispiele folgen. Würden sie es in unheilvoller Verblendung nicht, dann wäre die Nationalversammlung in der Lage, ihr Gesetz um jeden Preis aufrecht zu erhalten, Gagern zum Diktator zu ernennen, und das deutsche Volk gegen die widerstrebenden Regierungen aufzurufen. Ich fürchte durchaus nicht, daß es zu diesem Extrem kommen wird, sondern rechne umso fester auf die Weisheit der deutschen Stämme, als die Nationalversammlung ihnen ein großes Beispiel freiwilliger Mäßigung, staatsmännischer Besonnenheit gegeben hat. Gagern wird zum Premierminister ernannt werden müssen, um den jetzt endlich existierenden deutschen Bundesstaat zu organisieren. Von seinen großen Talenten erwarte ich das Beste. Wenn ich mich nicht sehr täusche, so muß der gestrige Beschluß dem schwankenden Provisorium ein Ende machen und in allen Kreisen das Vertrauen auf die Macht und Würde des großen gemeinsamen Vaterlandes neu beleben.

Die Nachrichten aus Paris sind entsetzlich. Dieser erste Kampf zwischen Kommunismus und Eigentum ist, wie ich sehr fürchte, in Frankreich nur der Vorläufer eines an vielen Orten zugleich ausbrechenden Bürgerkrieges. Das neue Berliner Ministerium ist tatkräftiger, als der allzu ideale Camphausen, und wird dadurch hoffentlich imstande sein, sich, wenn auch nur zwei Monate lang, zu behaupten. Innerhalb zwei bis drei Monaten werden wir hier mit Feststellung der Grundrechte und der wesentlichen Formen aller deutschen Verfassungen fertig sein, und dann wird es möglich, in allen Einzelstaaten auf gemeinsamer Basis neu zu organisieren. Behalten wir bis zum Winter Frieden, so habe ich alle Hoffnung, daß wir im künftigen Frühjahr gegen ganz Europa einheitlich gerüstet und stark dastehen werden, und stehen wir dann auf starkem, bewaffnetem Friedensfuße da, so wird niemand den Mut haben, uns anzugreifen. Wir werden dann Zeit haben, unsere innere Umbildung friedlich zu vollenden. Bis dahin sind Heer und Marine zum Schutz von Land und Küsten gegen jeden Angriff gerüstet. Das Aus-

land sieht bisher mißtrauisch auf Frankfurt und glaubt an Märchen und Wunder, wenn es über die hiesigen Vorgänge berichtet. Ich hoffe aber, daß den Herren bald die Augen auf- und übergehen werden.

Daß Hansemann den Mut hat, gerade jetzt den Bau der Ostbahn zu dekretieren, macht ihm alle Ehre. Selbstvertrauen an der Spitze der Regierung schafft auch Vertrauen im Volke. Zugleich wird seine Ankündigung, daß von jetzt an die Zügel straffer sollen angezogen werden, gut wirken. Ich erwarte, daß gegen den Herbst hin das so sehr erschütterte Vertrauen wieder aufleben, und daß der innere Bedarf im Winter die Hände unserer Fabrikarbeiter beschäftigen wird. Der Sommer wird in allen Städten große Opfer fordern und noch große Gefahren in seinem Schoß bergen. Gelingt es in Frankreich der Gewalt, die kommunistischen Gelüste niederzuhalten, so werden wir in Deutschland von Ausbrüchen dieser Art ziemlich verschont bleiben. Gelingt es nicht, so wird auch in unseren größeren Städten überall dieser Dämon wüten. Am besten wird es sein, wenn die Regierung durch großartige produktive, öffentliche Arbeiten den Massen Beschäftigung verschafft. An unseren Festungen könnte manche Hand mit Nutzen verwandt werden.

85. Desgl. Frankfurt, 1848 Juni 29, mittags 3 Uhr.

Noch läuten die Glocken, noch donnern die Kanonen, wir stehen in einem weltgeschichtlichen Momente, ein allgewaltiger Riese wacht auf aus jahrhundertelangem Schlummer, der Kyffhäuser hat seine märchenhafte Tore aufgesprengt, aus dem Grabe steigt Friedrich, der große Hohenstaufe, der Apostel einer neuen, großen Zeit. Die deutsche Nationalversammlung hat mit 436 Stimmen das untergegangene Kaisertum neu geschaffen. Erzherzog Johann steigt auf den erledigten Thron seiner Väter. Es war da keiner von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, den nicht die Bedeutung des großen Momentes bewältigte. Lautlose, andächtige Stille im Tempel, stummes Harren auf den Tribünen. Als endlich der berechtigte Verkünder der neuen Zeit, der edle Gagern, sich erhob, als seine Mark und Bein durchzitternde Stimme verkündete:

> „Im Namen des souveränen deutschen Volkes. Ich proklamiere feierlich im Angesichte Europas die Wiedergeburt eines einigen Deutschlands, eines Deutschlands, das da will die Freiheit, das Recht und den Frieden. Ich proklamiere zum Verweser des deutschen Reiches Johann von Österreich,"

da wurde es allen offenbar, daß des Dichters Wort zur Wahrheit geworden: „Vorbei ist sie, die arge, die kaiserlose Zeit". Da kehrte Vertrauen in die Zukunft zurück, da fühlte jeder sich stolz als gleichberech-

tigter Bürger des mächtigsten Reiches der Erde. Ich freue mich der Teilnahme an diesem welthistorischen Akt und bin gewiß, der Schlund der Revolution ist durch diese große Tat für lange Zeit geschlossen.

Noch heute reisen Raveaux, von Saucken, Heckscher, Franke, v. Andrian, v. Rotenhan, Jucho nach Wien ab, dem Erzherzoge seine Ernennung zu verkünden. Von 109 Stimmen der äußersten Linken sind 52 auf Gagern, 26 auf Itzstein gefallen: 25 haben sich des Abstimmens enthalten.

86. Ludolf Camphausen an G. Mevissen.*) Rüngsdorf bei Godesberg 1848 Juli 5.

Der Besuch, den ich erwartete, verspätet sich, und ich muß daher für diese Woche auf den Ausflug nach Frankfurt verzichten. Ich will dabei nicht bergen, daß die Gründe für die Nichtunterbrechung einer Zurückgezogenheit, die erst sechs Tage alt ist, sehr leichten Eingang bei mir finden, unter anderen auch der, daß nach dem, was man sich schon jetzt in Köln erzählt, meine Reise nach Frankfurt a. M. gegenwärtig Deutungen unterliegen würde, denen ich keinen Vorschub leisten möchte.**) Empfehlen Sie mich Herrn v. Gagern, ich sage nicht unbekannter Weise,

*) Am 2. Juli war Mevissen von Frankfurt nach Köln gekommen und am 3. Juli nachmittags zu Camphausen nach Rüngsdorf gefahren, um im Auftrage seiner Partei mit ihm über den Plan, daß Camphausen das Präsidium im Reichsministerium übernehme, zu verhandeln.

**) Der Redakteur der Kölnischen Zeitung, K. H. Brüggemann, stand Camphausen persönlich nahe. Vermutlich hat er auch von diesem Mitteilungen über die Stimmung in Köln erhalten. Wie dieser dachte, äußerte er kurz vorher, am 20. Juni (also zu einer Zeit, wo Camphausen noch Ministerpräsident war) in einem Briefe an G. Mevissen: ... „Es will mich bedünken, unter dem Scheine zu unterliegen und nachzugeben, siegt bei Ihnen die Linke fort und fort, und wenn das so fortgeht, so werden eines schönen Tages die Regierungen Nein sagen, und dann haben wir wahrscheinlich wieder einen kleinen Bürgerkrieg, der zum größten Teile auf Rechnung unserer Vermittler wird zu setzen sein .... Bis jetzt scheint mir Raveaux entschieden der Beherrscher der ganzen Versammlung, der Vermittler, der weiß was er will und der erreicht was er will, während die Vermittler des Zentrums, wenn sie anders, wie sie sagen, die Monarchie erhalten wollen, sicher nur dem entgegensteuern, was sie nicht wollen, der Republik.... Mit dem auch von Compes, Wiedenmann usw. unterzeichneten Vorschlag wegen der provisorischen Zentralgewalt (vgl. Stenographische Berichte I, S. 360) weiß ich nicht fertig zu werden. Denke ich mich an Camphausens Stelle, ich würde sehr geneigt sein, einer solchen provisorischen Reichsgewalt sofort aus formellen Gründen jeden Ge-

denn ich habe ihn in den letzten Tagen bei Durchsicht der stenographischen Mitteilungen über die dortigen Verhandlungen näher kennen lernen und mich dieser Bekanntschaft sehr gefreut. Herzliche Grüße an alle Freunde.

87. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Juli 8.

Vorigen Sonntag (Juli 2) war im Fluge in Köln, um mit Camphausen über das Präsidium eines künftigen Reichsministeriums zu reden. Hier schreiten wir sicher, aber langsam vorwärts in Beratung der Grundrechte, viel langsamer, als mir und andern lieb ist. Der Stoff häuft sich unter den Händen, und wenn in der Weise der letzten 10 Tage fortgefahren wird, so gehören Jahre dazu, um ihn zu bewältigen. Ich hoffe, daß die nächste Woche bessere Resultate liefern wird. Bis jetzt sind noch stets zehnmal so viel Redner als nötig da. So lange das fortdauert, werde ich zu schweigen konsequent fortfahren.

Das Gesetz über die Exekutivgewalt hat, soviel ich zu übersehen vermag, vortrefflich gewirkt. Es wird jetzt nur darauf ankommen, diesem Gesetze die Ausführung auf dem Fuße folgen zu lassen.

Die heute wahrscheinliche Ministerliste ist folgende: Camphausen, Präsident und Auswärtige Angelegenheiten; General Peucker, Krieg; Schmerling, Inneres; Duckwitz von Bremen, Handel; Mathy, Finanzen; irgend ein (bis jetzt noch namenloser) Bayer, Justiz.

Das wird höchstwahrscheinlich der definitiven Komposition nahekommen. Zu Ministerposten fehlt es hier, wie in Berlin, an praktischen Kapazitäten. Das Berliner Kabinet scheint schon in seiner Geburt stark zu schwanken und wird schwerlich lange leben. Von dort sind überhaupt die Nachrichten nicht erfreulich.

Gestern war hier in Sachsenhausen ein Pöbelauflauf, der mit einigen Verwundungen endete. Die Versuche, die Ordnung zu stören, werden sich noch wohl hier und da erneuern, jedoch, wie ich fest überzeugt bin, ohne alle Aussicht auf Erfolg.

Nach einem Antrag des Militärausschusses sollen die deutschen Armeen um 340000 Mann vermehrt werden. Diese Vermehrung trifft alle deutschen Staaten mit Ausnahme Preußens. Geht der Antrag, wie ich hoffe, durch, so werden uns, dessen bin ich gewiß, Russen wie Fran-

horsam zu verweigern und nicht erst weitere materielle, aus dem Inhalte ihrer Befehle hergenommene Gründe abzuwarten; denn ich glaube, Verschieben des Bruchs, der unvermeidlich geworden ist, wird denselben nur größer und gefährlicher machen".

zeigen ungeschoren lassen, und das Vertrauen im Inlande wird sehr rasch wiederkehren. Nichts weckt mehr Vertrauen als das Bewußtsein, gegen jeden Angriff von außen gerüstet zu sein.

88. Desgl. Frankfurt. 1848 Juli 8.

Hier hat es gestern abend in Sachsenhausen einen kleinen Krawall gegeben, dessen Anlaß und Verlauf du aus den heutigen Blättern sehen wirst. Gefährlich war derselbe in keiner Weise, und soweit ich die Lage der Dinge beurteilen kann, droht auch [illegible] nicht die mindeste ernste Gefahr. Die einmal vorhandene Aufregung wird sich jedoch wohl noch in [illegible] Luft machen.

Die Verhandlungen im Laufe dieser Woche sind das Vorspiel zum [illegible] der Beratung; sie sind sehr gründlich, jedoch viel zu lange geführt und bedürfen einer [illegible]. Dies Bedürfnis wird [illegible] und ich hoffe, daß wir in kommender Woche [illegible] werden.

[illegible] alle Nachrichten [illegible] werden.

[illegible] mehr und mehr [illegible]

[illegible]

[illegible] angenommen [illegible] Die kleinen [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] Wenn Sie glauben, [illegible] was ich bezweifle,

[illegible]

und wenn Sie von der Überzeugung durchdrungen sind, daß er, ohne bisher an den Verhandlungen teilgenommen zu haben, den durch Gagern besetzten Präsidentenstuhl einzunehmen vorzugsweise berufen sei, so will ich gerne alles aufbieten, damit er in Böhmen, wo sich vielleicht über eine erneuerte Aufforderung des deutschen Parlaments noch einige Wahlen durchführen lassen, gewählt werde. Demnach erwarte ich unter letztgedachter Voraussetzung Ihre weitere Weisung; verbergen kann ich Ihnen jedoch nicht, daß der slavistische Widerstand gegen die Beschickung des deutschen Parlamentes noch immer sehr kräftig ist.

Wir senden Euch Erzherzog Johann, den Volksfürsten, allein wir erwarten mit Zuversicht, daß Ihr ihn uns zur Eröffnung des österreichischen Reichstages wieder überlasset, denn sonst wären wir übel daran! Wir wollen ihn wie unser Schicksal mit Euch redlich teilen, darum sorget, daß wir ihn am 18. wieder haben, oder kommt alle nach Wien, was schon das Beste wäre. Leben Sie recht wohl und schenken Sie auch in Zukunft Ihre freundschaftliche Erinnerung Ihrem Freunde Doblhoff.

90. Gustav Mevissen an Ludolf Camphausen. Frankfurt, 1848 Juli 10.*)

Nach eben eingelaufenen Berichten trifft der Reichsverweser Erzherzog Johann bereits morgen früh gegen 11 Uhr hier ein. Übermorgen soll in der Paulskirche die feierliche Acceptation stattfinden.

In einer bei H. v. Gagern eben stattgefundenen Beratung, an welcher Dahlmann, Beseler, Droysen, Auerswald, Bassermann, Mathy, Heinrich und Max v. Gagern und ich teilgenommen haben, ist beschlossen worden, heute gleich nach Ankunft des Erzherzogs demselben durch Gagern den Rat zu erteilen, folgendes Ministerium zur Leitung der Geschäfte zu berufen:

Camphausen Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Schmerling, Inneres; Duckwitz, Handel; Mathy, Finanzen.

Die Besetzung des Kriegsministeriums soll dem Ministerpräsidenten überlassen bleiben und zur Leitung des Justizministeriums womöglich ein Bayer herangezogen werden. Schmerling erklärt, daß, wie er glaube, von Seiten des Erzherzogs der Annahme dieser Vorschläge nichts entgegenstehen würde, und daß er die Zukunft des Vaterlandes gesichert glaube, wenn die Geschicke desselben in Ihre Hand gelegt werden.

In dieser Überzeugung begegnen sich Österreicher und Preußen.

Mir ist der Auftrag geworden, Ihnen von dem Beratenen Kenntniß zu geben und damit die dringendste Bitte zu verbinden, sofort bei Empfang

*) Vgl. A. Caspary, L. Camphausen S. 232 ff. Die Reihenfolge der Briefe Camphausens ist dort verwirrt.

dieser Zeilen hierher abreisen zu wollen. Wir hoffen, daß es Ihnen möglich sein wird, übermorgen mittag bereits hier einzutreffen. Die schnellste Ordnung dieser wichtigsten Angelegenheit wird wohltätig auf das Land wirken. Dieselbe ist um so dringender geboten, da der Erzherzog nach wenigen Tagen wieder nach Wien zurückkehren will, um dort den österreichischen Reichstag zu eröffnen.

91. Ludolf Camphausen an G. Mevissen. Rüngsdorf, 1848 Juli 11.

Wenngleich ich vorgezogen hätte, auf einen Ruf des Reichsverwesers zu warten, so will ich doch morgen abend nach Frankfurt reisen, um wenigstens raten zu können; denn so wie ich einerseits der Meinung bleibe, daß Herr v. Gagern das Präsidium übernehmen müsse, so erregt andererseits die doppelte Stellung des Erzherzogs mir große Bedenken, Bedenken, die meinen Eintritt unmöglich machen können. Aus dem ersten Grunde habe ich Herrn v. Gagern auch selbst geschrieben und bitte Sie, ihm den offen beigelegten Brief zu übergeben.*

92. G. Mevissen Familienbrief an E. Leiden. Frankfurt, 1848 Juli 11.

Gestern habe ich die ersten [illegible] durch meinen Sekretär machen lassen, [illegible] keine Minute [illegible] folgen.

[illegible] Eine aus [illegible], wird,

* [illegible] Wortlaut: [illegible] förmlich [illegible] dem Gange [illegible] Kaiserliche Hoheit [illegible] Ew. Exz. [illegible] Mit [illegible] Kombination [illegible] ergebenste [illegible] Österreich mit [illegible] würde [illegible] meine [illegible] überhaupt [illegible] können, [illegible] über- [illegible] L. Camphausen a. a. O. [illegible]

Gagern an der Spitze, denselben in seiner Wohnung, dem Russischen Hofe, begrüßen und die Stunde verabreden, wann er morgen in der Nationalversammlung erscheinen wird. Gagern wird dort im Namen des Hauses eine Anrede halten und der Erzherzog eine Erklärung an Eidesstatt abgeben, daß er die Regierung des Reiches aus der Hand und unterworfen dem Willen der souveränen Nation übernehme. Gestern bis spät in die Nacht haben Dahlmann, Beseler, Droysen, Bassermann, Mathy, Auerswald, Hergenhahn, Heinrich und Max Gagern und ich die Bildung des Reichsministeriums beraten. Das Resultat der Beratungen, welches heute gleich nach Ankunft dem Erzherzog zur Bestätigung vorgelegt werden soll, ist folgendes:

L. Camphausen, Präsident des Reichsministeriums und Minister des Auswärtigen; Schmerling, Minister des Innern; Duckwitz, Handel; Mathy, Finanzen. Der Kriegsminister soll auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt werden. Für den Justizminister werden Heckscher und Molitor (aus Bayern) in Aussicht genommen. Derselbe wird jedoch vorläufig in petto behalten.

Heute morgen habe ich Schroer (Mevissens Sekretär) abgesandt als Kurier an Camphausen, um denselben einzuladen, sofort hierher zu kommen, damit morgen abend bereits die definitive Ernennung des Reichsministeriums veröffentlicht werden kann. Der Erzherzog hat uns durch seine Schnelligkeit überrascht. Wir dürfen nun unsererseits nicht hinter diesem guten Beispiele zurückbleiben.

An den Berliner Nachrichten der Rheinischen Zeitung ist kein wahres Wort.*) Gestern noch habe ich Mitteilungen von Hansemann und Milde empfangen, wonach für die nächsten acht Tage die Stürme des Berliner Kammerpöbels beschwichtigt erscheinen. Nach Berlin zu gehen, werde ich mich nur dann entschließen, wenn die dortige Kammer aufgelöst und erst nach Beendigung der hiesigen Beratungen neu einberufen wird.

Die Bildung des vorstehenden Kabinets darf ich zu gutem Teile als mein Werk bezeichnen, und ich glaube diesmal noch eine Weile dem Vaterlande durch die stumme Rolle des überall im entscheidenden Momente eingreifenden, von allem persönlichen Ergeize freien Beschauers besser als auf irgend eine andere Weise dienen zu können.

*) Die Neue Rheinische Zeitung in Köln hatte am 8. Juli durch ein Extrablatt (zu Nr. 38) die Nachricht verbreitet, das neue Ministerium Auerswald-Hansemann sei bereits gestürzt (vgl. oben Nr. 87, 88) und Vincke, Pinder und Mevissen (eine ganz unmögliche Kombination) seien nach Berlin zum König berufen worden, um ein Ministerium der Kontrerevolution zu bilden.

Das Ministerium Camphausen hat hier wahrscheinlich eine Dauer von 4 bis 6 Monaten vor sich, wenn nicht auswärtige Verwicklungen eintreten. Der nächste Ministerpräsident ist Gagern, in dessen Ministerium dann gleichzeitig von Beckerath eintreten wird. Meine Zeit liegt, wenn mich überhaupt einmal die Neigung, ein Portefeuille zu übernehmen, die ich für jetzt noch keineswegs spüre, treiben sollte, noch in weiter Zukunft. Ich hoffe, daß es gelingen wird, in die deutsche Bewegung ein strenges Maß hineinzutragen und von einem ganz freien Standpunkt aus die wilden Wogen der in sich unklaren öffentlichen Meinung zu einem großen ruhigen Strom zu vereinigen. Der Reichsverweser wird gleich nach Ernennung seines Ministeriums

1. allgemein den Frieden gebieten und dem bestehenden Gesetze überall mit Hilfe der Reichsgewalt Achtung verschaffen.

2. Das deutsche Heer um 500000 Mann verstärken, sofort den Oberbefehl übernehmen und die Oberbefehlshaber der einzelnen deutschen Armeekorps ernennen.

3. Die Bildung eines Staatenhauses neben der Nationalversammlung beantragen.

Energie tut not in der ersten, noch hoffnungsvollen Periode. Binnen sechs Wochen muß der Zollverein bis an die Nordsee und bis an das adriatische Meer ausgedehnt sein, und jeder Deutsche bis zum Manne in der Hütte muß es materiell empfinden, daß inmitten Europas das mächtigste Reich der Erde kühn und groß sich gestaltet.

Ich hoffe, Camphausen wird diesmal den rechten Mut mitbringen. Hier steht er frei von allem königlichen Einflusse — hier oder nie muß die Größe und Hoheit seiner Seele in die Außenwelt hinaustreten. Zagt er, kann er das Ruder nicht führen, so fällt er, um nie mehr aufzustehen. Ich hoffe, daß er meinen guten Glauben rechtfertigen wird.

93. Desgl. (an seine Gattin). Frankfurt, 1848 Juli 11.

Ich fühle mich gehoben und getragen von dem Bewußtsein, mit den Edelsten und Besten unseres Volkes, und mehr und entscheidender wie einer, ganz frei von allem persönlichen Ehrgeiz dahin gewirkt zu haben, daß die Ungewißheit aufhöre und die festen Umrisse einer großen nationalen Zukunft hervortreten. Die Bildung des Reichsministeriums beschließt die schwierigste, gefahrvollste Periode der Nationalversammlung. Von jetzt an tritt das deutsche Volk dem Auslande als Einheit sinnlich entgegen, und wenn die Nationalversammlung, wie ich fest erwarte, in einer der nächsten Sitzungen beschließt, die deutsche Heeresmacht um 500000 Mann zu vermehren und in einer feierlichen Erklärung die bewaffnete Neutralität

des deutschen Bundesstaates zu proklamieren, dann, glaube ich, wird das Ausland nicht länger verächtlich auf uns herabsehen.

Frankfurt ist heute festlich geschmückt. Die Bürgergarde ist nach Hanau, dem Erzherzog entgegen. Die Straßen sind belebt vom feiernden Volke. Aus allen Teilen Deutschlands, mit Ausnahme Hannovers, laufen günstige Berichte ein. Ich hoffe, daß Sicherheit und Frieden bald wieder in die Herzen des frei gewordenen deutschen Volkes sich einsenken werden.

Auch du wirst einst diese stürmischen Tage, die so rauh daherkommen, segnen. Uns und unseren Kindern wird die Freiheit werden, die unser Volk drei Jahrhunderte lang mit aller Kraft angestrebt hat. Jetzt gelangen Keime zur Blüte, die nicht gestern erst dem Boden anvertraut wurden, sondern die sich durch die ganze deutsche Geschichte hindurchziehen. Adieu, die Glocken läuten, ich eile zum Empfang des neuen deutschen Kaisers.

94. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Juli 14.

Erzherzog Johann ist angekommen und festlich eingezogen, an Camphausen der Ruf zum Ministerpräsidenten ergangen —, schon glaubte ich die größten Schwierigkeiten der Lage glücklich überwunden.

Leider zeigt es sich jetzt im entscheidenden Momente, daß der großen Zeit die großen Menschen fehlen. Camphausen ist gestern mittag hier angekommen mit seinem Bruder (Otto), dem bösen Geiste, der ihn, wie es scheint, gar nicht verläßt. Nach längeren Verhandlungen hat er Gagern, dem Erzherzog und mir erklärt, er könne weder das Präsidium noch ein Portefeuille in einem Reichsministerium übernehmen; er könne nicht dazu mitwirken, Preußen zu mediatisieren. Also Preußen und Preußens Dynastie über Deutschland! So klein habe ich mir den Mann nicht gedacht. Camphausen sieht klar die möglichen Folgen seines Entschlusses, den vielleicht blutigen Kampf zwischen dem Militärstaat und der Volksfreiheit vor sich und tritt auf die Seite partikulärer Interessen! Heute noch geht er nach Köln zurück. Die Lage ist durch sein Hiersein nur schlimmer und schwieriger geworden. Jetzt müssen neue Kombinationen versucht werden, die keine Vergangenheit, kein Zutrauen eines edlen Volkes hinter sich haben.

Wir müssen heute mit Cäsar sagen: „Siegen oder sterben“. Jetzt oder nie muß und wird ein einiges Deutschland aus dem Kampfe hervorgehen, und wenn noch so viele seiner Söhne ihre Mitwirkung zu dem großen Werke versagen. Vielleicht muß Beckerath jetzt ins Ministerium eintreten und mit kühnem Mut die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen.

95. Desgl. Frankfurt, 1848 Juli 16.

Wie ich dir zuletzt schrieb, ist Camphausen nicht auf die ihm gemachten Anträge eingegangen. Vorläufig sind Schmerling, Peucker, Heckscher zu Reichsministern ernannt. Der Generaladjutant des Königs, Below, Schwager von Saucken, ist nach Berlin gesandt, um dort zu erfragen, wen Preußen nach Camphausens Refus zum Ministerpräsidenten vorzuschlagen hat. Wie ich glaube, sind nur zwei Möglichkeiten da, Gagern oder v. Beckerath. Die nächsten acht bis zehn Tage werden diese Frage zur Entscheidung bringen. Der Erzherzog ist heute morgen nach Wien abgereist, um den Reichstag dort am 18. zu eröffnen und dann dauernd hierher zurückzukehren. Heckscher begleitet ihn als verantwortlicher Minister.

Von Berlin geht eben ein Brief von Hansemann ein,*) wonach man dort sehr geneigt ist, sich auf Preußen allein zu stützen und der deutschen Sache untreu zu werden. Camphausen und seine Freunde würden unter solchen Umständen das größte Elend über das Land heraufbeschwören, wenn sie in Berlin zur Herrschaft gelangen sollten. Ich hoffe, daß das Volk wach bleiben und Verrat, von welcher Seite er auch kommen möge, mit Entschiedenheit zurückweisen wird. Hier ist jeder Augenblick von ungeheuerer Bedeutung, jede Minute kostbar.

96. Desgl. Frankfurt, 1848 Juli 16.

Heute wird mir nach einer Woche inhaltschwerer, leider nicht befriedigender Verhandlungen zuerst ein freier Augenblick. Gestern vor acht Tagen hieß es urplötzlich, der Erzherzog trifft in den nächsten Tagen ein; bald darauf, er kommt bereits am Dienstag. Jetzt begannen Ministerkombinationen, Schröer wurde als Kurier an Camphausen gesandt. Camphausen traf Donnerstag den 13. d., mittags, erst ein. Nach langer Verhandlung lehnte er die Bildung des Ministeriums ab, weil er der deutschen Einheit nicht vertraut, sondern seine Kräfte dem partikularen Preußentum aufbewahren will. Er ladet durch seine Erklärung eine schwere Verantwortlichkeit auf sein Haupt. Er verleugnet sein Volk in einem Augenblick, wo es seiner am dringendsten bedarf.

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß in den älteren Provinzen Preußens sich der Partikularismus gewaltig regt. Camphausens Persönlichkeit wäre ganz geeignet gewesen, um diese Richtung zu brechen, um den aufdämmernden Bürgerkrieg im Keime zu ersticken. Ihm hat

*) Hansemann korrespondierte regelmäßig mit Haym (vgl. Bergengrün l. c. S. 560).

im großen Momente die Selbstverleugnung und Hingebung des großen Menschen gefehlt! Es liegt in dieser Tatsache ein böses Omen für die deutsche Einheit, die da werden soll.

Jetzt ist nach Berlin die Bitte gerichtet worden, einen Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Ich hoffe, daß die Wahl auf Gagern oder von Beckerath fallen wird. Eine dritte Persönlichkeit ist gar nicht da.

Die Nationalversammlung fährt fort, wichtige und tiefgreifende Beschlüsse zu fassen. Gestern hat sie die allgemeine Wehrpflicht und die Aushebung von ferneren 480000 Mann dekretiert. Dieser Beschluß ist von der schwersten Bedeutung für alle deutschen Staaten, mit Ausnahme von Bayern und Preußen, deren bisheriges System auch dem jetzt hier angenommenen genügt. Der Reichsverweser ist heute nach Wien abgereist, um dort den Reichstag zu eröffnen und dann dauernd hierher zurückzukehren. An großen Schwierigkeiten wird es in der nächsten Zeit nicht fehlen. Wir müssen auf unser gutes Glück rechnen, das uns bisher schon an mancher Klippe vorbeigesteuert hat.

Leider ist der Gedanke der Einheit, der Macht und Größe nach außen nur in den höheren Schichten des Volkes lebendig. Die Massen sind passiv und teils reagierend.

97. Desgl. Frankfurt, 1848 Juli 17.

Das Thema der Camphausenschen Ablehnung habe ich in zwei Briefen behandelt. Der Stoff gehört nicht zu den erfreulichen, und ich halte ihn heute meiner Feder absichtlich fern, weil er mich in gereizte Stimmung versetzt. Wer jetzt zum Premier ernannt wird, kann sich erst nach der Rückkehr des Erzherzogs entscheiden, also in circa acht Tagen. Das Berliner Kabinet ist von hier aus offiziell um Vorschläge angegangen und wird wahrscheinlich noch einmal auf Camphausen zurückkommen. Wo nicht, so ist v. Beckerath wahrscheinlich.

Die Stimmung in Berlin am Hofe, in der Aristokratie und im Ministerium erregt für die friedliche Fortentwicklung der deutschen Einheit gerechte Besorgnisse. Man möchte dort gerne die früheren Zusagen zurücknehmen und lieber ein starkes Preußen als ein starkes Deutschland herstellen. Näheres über diese Frage, sowie über die Erlebnisse der letzten vierzehn Tage mündlich. Ich komme Samstag nach Köln.*)

Ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist noch nicht ernannt und noch nicht festgestellt, ob Preußen während des Provisoriums seine Gesandten und Konsulate behält oder einzieht. Diese Frage muß ent-

*) Vom 20. Juli bis 1. August verweilte Mevissen in Köln.

der Regierung und im Volke durch ein Zusammentreffen mehrerer Umstände neu hervorgerufen worden.

Als einen solchen nenne ich zuerst den Erlaß des Reichskriegsministers v. Peucker, durch welchen den Landeskriegsministerien befohlen wird, an einem bestimmten Tage (in welchem man noch dazu den Jahrestag erkannt hat, an dem s. Z. das Haus Österreich die deutsche Kaiserwürde niederlegte) die Truppen ausrücken und dem Reichsverweser durch dreimaligen Hurraruf die Huldigung leisten zu lassen. Hierin erblickt man eine Mediatisierung des Landesherrn, eine Aufhebung der preußischen Armee als solcher; die öffentlichen Blätter bringen ernste, mitunter heftige Artikel gegen diese Maßregel, an den Straßenecken häufen sich die in ähnlichem Sinne abgefaßten Plakate, selbst die gemäßigten und die aufrichtigen Freunde der deutschen Einheit teilen diese Opposition, und bei dem besten Willen der Regierung, eine dem Inhalt jenes Erlasses entsprechende Feierlichkeit anzuordnen, wird ihr eine formelle buchstäbliche Vollziehung desselben bei der allgemeinen Aufregung, die sich bei den Truppen leicht bis zur Widersetzlichkeit steigern könnte, ganz unmöglich sein.

Sodann hat es befremdet, daß die Notifikation S. K. H. des Reichsverwesers von dem Antritt seiner Funktionen nicht an die Regierung, sondern an das Ministerium gerichtet war, und sonach zwischen dem letzteren und der Zentralgewalt ein unmittelbares, zurzeit noch nicht anzuerkennendes Verhältnis vorausgesetzt wird.

Endlich ist der von Dahlmann, Beseler und Mittermaier in Auftrag des Verfassungsausschusses als Leitfaden für die Verhandlungen über die Reichsgewalt abgefaßte, allerdings sehr tief in die Rechte der einzelnen Staaten einschneidende Entwurf*) durch die öffentlichen Blätter mitgeteilt und hier, wie in ganz Norddeutschland, wo man überall eine vorläufige Feststellung dieses Teils der Verfassung darin erblickt, höchst ungünstig aufgenommen worden.

Nehmen Sie nun noch dazu, daß die in der Nationalversammlung vorgekommenen häufigen Angriffe gegen Preußen nicht ohne bittere Empfindung hingenommen und als eine schlechte Anerkennung der Opfer, die Preußen der deutschen Sache gebracht hat, betrachtet worden sind, so werden Sie sich die herrschende Verstimmung denken können.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß ich alles aufgeboten habe, Mißverständnisse aufzuklären, und namentlich die in Frankfurt maßgebenden Ab-

*) Vgl. Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung (1849) S. 387; die Verhandlungen des Ausschusses über diesen Entwurf hatten am 8. Juli begonnen (ebd. S. 59).

sichten, sowie den Standpunkt unserer Versammlung vor jeder Verkennung zu schützen. Was ich in dieser Beziehung, nach meiner Kenntnis der Personen und ihrer Gesinnungen, aus innigster Überzeugung sagen konnte, ist nicht ohne Eindruck geblieben, und ich darf versichern, daß die Regierung aufrichtig ein gutes Einvernehmen mit Frankfurt, in welchem auch sie die einzige Rettung aus gefahrvollen Verwicklungen erblickt, aufrecht zu halten bemüht sein wird. Sie wird über eine mit den Truppen vorzunehmende Feierlichkeit beraten.

Die Vorschläge, welche ich dem Herrn Ministerpräsidenten nach Verabredung mit Ihnen in betreff der auswärtigen Gesandtschaften gemacht habe, wurden mit Beifall aufgenommen, und es soll darüber wahrscheinlich noch heute abend weiter verhandelt werden.

Das Wichtigste aber ist, daß die Regierung den Herrn Camphausen, der sich gegenwärtig hier befindet und mit welchem ich die schwebenden Fragen ebenfalls verhandelte, zu ihrem Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannt und Camphausen diesen Posten angenommen hat.

Die Besetzung des Auswärtigen im Reichsministerium ist im allgemeinen, jedoch noch nicht so besprochen worden, daß ich darüber eine Mitteilung zu machen schon heute imstande wäre. Ich beeile mich, Ihnen diese, wegen Kürze der Zeit nur fragmentarischen Nachrichten zu erteilen.

100. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Berlin, 1848 Juli 27.

Meinen Dank für Ihre von mir bestens beherzigte Mitteilung. In der Unmöglichkeit, Ihnen vor Abgang der Post noch ausführlich zu schreiben, wage ich es, Ihnen den freilich kaum leserlichen Entwurf meines gestrigen Berichtes an Schmerling*) einzusenden. Was ich seit dem Abgange dieses Schreibens gesehen und gehört habe, zeugt von einer steigenden Hinneigung der Berliner zum exklusiven Preußentum, und die Stimmung, welche sich in inliegendem**) wie in vielen anderen Straßenplakaten kundgibt, kann ich mit Überzeugung eine fast allgemeine, selbst in die höheren Schichten mehr oder weniger hinaufreichende nennen. Doch versichern mich die intelligentesten Mitglieder der konstituierenden Versammlung, daß im Fall einer Alternative die deutsche Sache die

*) Vgl. oben Nr. 99.

**) Ein gedrucktes Plakat vom 22. Juli, in welchem „die Urwähler" sich an „eine hohe preußische Nationalversammlung" mit einem scharfen Proteste dagegen wenden, daß die von dem „sogenannten deutschen Reichskriegsministerium zu Frankfurt a. M." geforderte Huldigung der preußischen Truppen geleistet werde; eine solche Huldigung sei ein Verrat am preußischen Volke.

Mehrheit haben werde, vorausgesetzt, daß die Frankfurter Nationalversammlung Preußen schone und achte. Auch die Minister sind, wie wenig auch dem Frankfurter Geiste befreundet, doch bereit, alles zur Verhütung eines Bruches aufzubieten. Den härtesten Kampf habe ich in einer mehr als zweistündigen Unterredung mit Hansemann gehabt und seinem wirklich niedrigen, mit früherem Wirken für die deutsche Sache unvereinbaren Standpunkte gegenüber alle Schärfe angewendet, die mir zu Gebote steht. Camphausen, mit dem ich ebenfalls ausführlich verhandelte, geht mit dem guten Mute nach Frankfurt, daß ihm die Ausgleichung gelingen werde, er rechnet auf unsere Unterstützung, die ich natürlich davon abhängig gemacht habe, daß er neben den Ansprüchen Preußens auf billige Berücksichtigung auch dessen aufrichtige Hingebung für die deutsche Sache vertreten werde.

Nun zur Ministerialfrage: Der Ministerpräsident v. Auerswald eröffnete mir, daß man für das Auswärtige im Reichsministerium an mich denke; auch Camphausen kam darauf zurück. War aber der Eintritt eines Preußen in jene Stellung schon durch die Weigerung Camphausens in hohem Grade erschwert, so ist er jetzt, nachdem zwischen hier und Frankfurt ein schroffer Gegensatz eingetreten, vollends unmöglich geworden. Ein solcher Reichsminister würde, wenn er in den epinösen Verhandlungen, die stattfinden werden (zunächst in der aufs neue verwickelten schleswig-holsteinischen Frage), den preußischen Ansprüchen nachgäbe, bald mit seinen Kollegen und der Nationalversammlung zerfallen; im umgekehrten Fall aber in Preußen, seiner engeren Heimat, als eine Art von Landesverräter behandelt, auf beiden Wegen aber einer baldigen, die politische Stellung mehr oder weniger vernichtenden Niederlage entgegengeführt werden. Ich habe zwar dem Herrn v. Auerswald, als er diese Gründe, die ich ihm nebst den Ihnen bekannten persönlichen Hindernissen darlegte, zu bekämpfen suchte, auf seinen Wunsch versprochen, nicht eher etwas Bestimmtes darüber nach Frankfurt zu schreiben, bis wir den Gegenstand noch einmal verhandelt, doch sehe ich nicht ein, was meinen Entschluß, dem auch Sie gewiß Ihre Zustimmung nicht versagen werden, zu ändern imstande wäre.

Unsere hiesigen Freunde, Herbertz, Lensing, Aldenhoven, Grabow usw. lassen Sie herzlich grüßen. Hansemann trägt sich mit dem Gedanken, Sie als Leiter des großartig zu organisierenden Bankwesens ins Finanzministerium zu berufen; nur hält ihn die Rücksicht auf die Eifersucht der Altpreußen, denen ohnehin schon zu viel Rheinländer im Ministerium sind, davon ab. Ich denke nun, morgen abend, wenn kein Zwischenfall eintritt, hier abzureisen, Sonntag in Krefeld zuzubringen und Montag

abend in Köln zur Weiterreise nach Frankfurt einzutreffen; machen wir diese dann vielleicht Dienstag zusammen? Ein paar Worte darüber nach Krefeld würden mir angenehm sein. Treffen Sie aber früher in Frankfurt ein als ich, so bieten Sie doch im Verein mit unseren Freunden alles auf, daß die gefährliche Krisis, die zwischen Berlin und Frankfurt eingetreten ist, nicht durch Interpellationen, dringliche Anträge usw. verschlimmert werde.

101. Abgeordneter General H. v. Auerswald (vgl. Nr. 69) an G. Mevissen. Breslau, 1848 Juli 28.

Auf die Gefahr hin, daß bei Eingang dieser Zeilen Sie durch Beckerath und Camphausen schon genau und ausführlich unterrichtet sind über das hier Folgende, will ich meinen verheißenen Bericht doch absenden, besonders da ich Ihnen noch einiges über hiesige Zustände sagen kann. Bei meiner Ankunft in Berlin (den 25. früh 1 Uhr) fand ich alles, bis auf die Bürgerwehr und die Tumultuanten Unter den Linden, in bedenklicher Aufregung und Gärung über die Erlasse des Frankfurter Reichsministeriums an die preußischen Ministerien, in denen man die rücksichtsloseste Herabsetzung der preußischen Regierung erblickte. Ich lasse mich nicht auf Details ein, kann Ihnen aber die bestimmte Versicherung geben, daß das preußische Ministerium von allen Seiten (hoch und niedrig) gedrängt ward, eine schnöde Erklärung gegen Frankfurt in die Welt zu schleudern, auf alle Gefahr hin. Wenn schon das preußische Ministerium entschlossen war, einen Bruch mit der Reichsexekutivgewalt wenn irgend möglich zu vermeiden, so hat doch meine Ankunft gerade in diesem Moment und meine Schilderung der Frankfurter Zustände und Absichten im Verein mit Camphausens Bemühungen wahrscheinlich einiges dazu beigetragen, an geeignetem Ort mildere und friedfertigere Gesinnungen hervorzurufen und auch in weiteren Kreisen beruhigend auf die Stimmung zu wirken. Ich gebe der Hoffnung Raum, daß die nun in Berlin verabredeten Schritte und Camphausens persönliches Auftreten in Frankfurt die augenblickliche Differenz lösen werden, wenn man seitens des Reichsministeriums und der Nationalversammlung die Sache nicht aufs äußerste treibt; es würde dies ein blindes Verkennen der gegenwärtigen Zustände sein und wahrscheinlich unberechenbares Unheil über unser Vaterland herbeiführen.

Es ist möglich, daß Peucker hierbei als Opfer fällt, was sein überaus ungeschicktes und fast zweifelhaftes Betragen indes wohl verdient. — Unbegreiflich ist mir folgendes: Als Schreckenstein per Telegraphen am 10. abgelehnt hatte, ward von seiten des Erzherzogs in Berlin angefragt,

und sofort von dort aus der General Aster als Kriegsminister und Peucker als Departementschef bezeichnet. Diese Antwort traf in Frankfurt ein, zwei Stunden nachdem man dort Peucker ernannt hatte. Warum in Berlin anfragen, wenn man die Antwort nicht abwarten wollte? Dies habe ich erst in Berlin erfahren, sowie dort erst Kenntnis von den Erlassen und Befehlen erhalten, die Peucker und auch Schmerling direkt, mit Umgehung des Königs, an die Berliner Ministerien, gewissermaßen als ihnen direkt untergebene Behörden gerichtet hatten. Hiervon haben die preußischen Ministerien weiter nichts im Publikum verlauten lassen, um die durch die Peuckerschen Zeitungserlasse überaus gereizte öffentliche Stimmung nicht noch mehr aufzubringen.

Die Besetzung der Stelle des Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers betreffend, so habe ich unsere Regierung ziemlich entschlossen verlassen, auf einen von Frankfurt ausgehenden Vorschlag für Beckerath zu antworten: „Sehr gern“; dagegen neigt man in Berlin zu der Meinung hin, einen Vorschlag von Berlin aus dieserhalb nicht mehr zu machen. Da die Hauptgegenstände bis vorgestern in Berlin in Gang gebracht waren, Camphausen und Beckerath dort anwesend in demselben Sinn wie ich wirkten, so habe ich einige Tage für meine eigenen Angelegenheiten benutzen wollen, bin vorgestern gegen Abend hier angelangt und habe soviel ermittelt, daß die Stimmung in bezug auf das neue Reichsministerium und die Nationalversammlung hier sich noch schärfer ausspricht, als in Berlin.

Um es kurz zu machen: ich bin überzeugt, daß die Stimmung in den alten Provinzen (inklusive Sachsen) es für die preußische Regierung unmöglich macht, den Anforderungen Peuckers, den Bedingungen des Pseudoentwurfs der Reichsgewalt (wie Robert Blum ihn als Machwerk von Dahlmann, Beseler usw. abgedruckt hat), pure nachzugeben; geschieht dies mit Zustimmung des Königs, so ist geradezu sein Thron gefährdet.

Nachmittags, eben im Begriff, diesen Brief zu schließen und abzuschicken, erhielt ich einen Besuch vom Herrn v. Below, der von Berlin nach Wien geht, und eine Stunde bei mir war. Seine Sendung ist vermittelnder Art*), und ich wünsche ihm den besten Erfolg. Über die Rückkunft des Erzherzogs nach Frankfurt hatte man in Berlin bis gestern nicht die leiseste Mitteilung erhalten, und ich glaube fast, es wäre unter den jetzigen Verhältnissen besser, er ginge nicht über Berlin, doch wage ich nicht, hierüber an Heckscher zu schreiben.

Ich kehre in einigen Tagen über Berlin zurück, wollen Sie mir

---

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leop. v. Gerlachs I (1891), 179.

:hin irgend eine Mitteilung machen, so bitte ich zu adressieren: „abzu-
ben bei dem Ministerpräsident v. A.“. Bis zum 3. August würde mich
ı Brief dort antreffen.

Gern teilte ich Ihnen noch mehr mit, aber teils fehlt mir die Zeit,
ils eignet es sich nicht für das Papier. Wir gehen, wie ich besorge,
ıer schweren Zukunft entgegen, möge Weisheit und Besonnenheit
ıerall am rechten Fleck sein. Der Himmel sei mit Ihnen!

)2. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 August 3.*)

Die Bildung des Ministeriums, die mich hier beschäftigt, ist noch
ımer nicht zustande gekommen. Heute morgen findet die definitive
chlußkonferenz bei Schmerling statt. Camphausen ist gestern hier ein-
:troffen. Für das Ministerium des Auswärtigen haben wir jetzt
Stockmar in Aussicht genommen. Die neue Kombination kann sich
ohl so wenden, daß ich es nicht werde verweigern können, als Unter-
aatssekretär, sei es des Auswärtigen oder der Finanzen, an derselben
ilzunehmen.

Entschiedene Charaktere tun not, und der Moment, wo energisch
:handelt werden muß, steht vor der Tür. Ich werde nur im strengen
iefühle einer zu erfüllenden Pflicht in das Rad der Geschichte mit ein-
:eifen und ohne jeden persönlichen Ehrgeiz nur durch das Wohl der
iesamtheit mich bestimmen lassen.

)3. Desgl. Frankfurt, 1848 August 4.

Soeben ist das Reichsministerium definitiv gebildet:

1. Fürst von Leiningen (Bruder der Königin-Mutter von England), Minister des Auswärtigen; Max v. Gagern, Unterstaatssekretär; G. Mevissen, desgl.
2. Schmerling, Minister des Innern; Bassermann, Unterstaatssekretär; v. Würth, desgl.
3. v. Beckerath, Minister der Finanzen; Mathy, Unterstaatssekretär.
4. Duckwitz, Minister des Handels.
5. Peucker, „ „ Krieges.
6. Heckscher, „ der Justiz.

Du siehst aus dieser Liste, daß ich einem höheren Gebote der Vater-
ındsliebe gehorcht und dem neuen Ministerium meine Mitwirkung zu-
esichert habe. Die Lage der Politik ist so verwickelt, daß jeder, wer
:ähigkeit in sich fühlt, sich der Sache aufopfern muß.

*) Am 1. August abends kehrte Mevissen von Köln nach Frankfurt zurück.

104. Desgl. Frankfurt, 1848 August 9.

Gestern nachmittag um 4 Uhr hier eingetroffen, fand ich den Ministerrat in völliger Deroute.*) Die früheren Kombinationen hatten sich teilweise zerschlagen, teilweise sich als unhaltbar ausgewiesen. Nach keiner Seite hin war eine Verständigung gelungen.

Heute ist nun endlich nach längeren Verhandlungen ein definitives Kabinet gebildet:

1. Fürst v. Leiningen, Präsident ohne Portefeuille.
2. Heckscher, Minister des Auswärtigen; Max v. Gagern, Unterstaatssekretär; v. Biegeleben, desgl.
3. v. Beckerath, Finanzminister; Mathy, Unterstaatssekretär.
4. Duckwitz, Handelsminister; Mevissen, Unterstaatssekretär; Fallati desgl.
5. Robert Mohl, Justizminister; Wiedenmann, Unterstaatssekretär.
6. Peucker, Kriegsminister.
7. Schmerling, Minister des Innern; v. Würth, Unterstaatssekretär; Bassermann, desgl.

Morgen werden die Ernennungen der Kammer verkündigt werden. Die letzten Sitzungen der Nationalversammlung waren sehr stürmisch und lassen noch weitere heftige Kämpfe voraussehen.

Es ist heute festgestellt worden, daß der Erzherzog Reichsverweser am Sonntage (13. August) nach Köln geht. Schmerling, v. Beckerath, ich und vielleicht noch ein Mitglied des Kabinets werden ihn begleiten. Gagern und sehr viele Mitglieder der Nationalversammlung werden wahrscheinlich auch den Erzherzog begleiten und dem Feste bedeutungsvollen Charakter geben.

105. Desgl. Frankfurt 1848 August 19.

... Ich bin erst Donnerstag (17. August) morgen hier eingetroffen**) und seitdem vom frühen Morgen bis zum späten Abend in gespannter

*) Am 5. August war Mevissen wieder für einige Tage nach Köln gefahren. Über die Schwierigkeiten, welche die Bildung des Reichsministeriums in den Tagen vom 5. bis 9. August zu überwinden hatte, berichtet eingehend Fallatis handschriftliches Tagebuch, Bl. 9 ff. (Tübinger Universitätsbibliothek). Vgl. auch L. Mathy, Aus dem Nachlaß von Karl Mathy (1898) S. 347 ff.

**) Vom 13. bis 16. August war Mevissen mit dem Reichsverweser Erzherzog Johann, mehreren Mitgliedern des Reichsministeriums und einer Abordnung der Nationalversammlung unter Gagerns Führung in Köln gewesen, um am Domfest teilzunehmen.

Tätigkeit. Arbeit gibt es die Hülle und Fülle, und eine solche Masse von Stoff drängt sich zu, daß derselbe schwer zu bewältigen ist.

Der letzte Tag des Kölner Festes war ein wohlgelungener und hat die vielfach störenden Eindrücke der ersten Tage bei den meisten Teilnehmern wieder verwischt.*)

106. Desgl. Frankfurt, 1848 August 20.

... Seit 14 Tagen Unterstaatssekretär im Ministerium des Handels, bin ich zunächst bemüht gewesen, das riesenhafte Material nur einigermaßen zu ordnen und zu durchdringen. Zum Handeln selbst wird es in nächster Zeit noch gar nicht kommen. Das Parlament schreitet inzwischen langsam fort, und die Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgabe treten immer mehr hervor. Mein Glaube an eine glückliche Lösung, wenn auch nach sehr langer Erörterung, ist jedoch ungeschwächt, und ich hoffe, daß das deutsche Sprichwort sich bewährt: „Was lange währt, wird gut".

Aller Wahrscheinlichkeit nach dauern die Parlamentssitzungen noch ein volles Jahr, und wenn auch, wie wahrscheinlich, das erste Ministerium recht bald gestürzt wird, so bleibt doch der Deputierte übrig.

Die augenblickliche politische Lage nach außen ist sehr ernst, jedoch weniger gefahrdrohend als vor vier Wochen. Wenn in Frankreich die gemäßigte Partei am Ruder bleibt, wird es gelingen, den allgemeinen Krieg zu vermeiden.

Von seiten des Reichsministeriums wird die auswärtige Politik mit großer Mäßigung und mit friedliebender Gesinnung behandelt.

Bis jetzt sind die schweren Gewitterwolken des Jahres 1848 glücklich genug von unserem Herde abgeleitet worden. Ich hoffe, daß es gelingen wird, sie dauernd zu entfernen. In meiner gegenwärtigen Stellung fühle ich zum ersten Mal, daß die Weltgeschichte nahe tritt, und daß auch der einzelne einen Griff in die Speichen ihrer Räder wagen darf. Ich rechne auf kurze Amtsdauer, werde aber während derselben nach Kräften dazu mitwirken, den Grundstein einer großen deutschen Zukunft zu legen.

107. Desgl. Frankfurt, 1848 August 23.

... Was die Deichmannsche Angelegenheit**) betrifft, so denke ich darüber noch ganz, wie ich dir mündlich es sagte. Ich bin fest ent-

*) Über die Vorfälle in Köln vgl. besonders die Mitteilungen aus J. Fallatis Tagebuch (Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte VIII (1885, 17 ff.).

**) Es handelt sich um die Umwandlung des Schaaffhausenschen Bankgeschäfts in Köln (dessen Inhaber W. L. Deichmann gewesen) in ein Aktienunternehmen und Mevissens Eintritt in die Direktion.

schlossen, eine Wahl als Direktor der neuen Bank, wenn eine solche auf mich gelenkt werden kann, anzunehmen und selbst auf meine augenblickliche hiesige Stellung zu verzichten, wenn es absolut erforderlich sein sollte. Ich habe nicht vor, mich dauernd der Politik in die Arme zu werfen, da darunter unser Zusammenleben zu viel leiden und das Schöne der Existenz zu sehr ruiniert werden müßte. Ich betrachte meine augenblickliche Tätigkeit lediglich als ein dem Lande gebrachtes Opfer, von dem ich baldmöglichst wieder befreit zu werden wünsche. Ich habe nicht die entfernteste Lust, einen Augenblick länger als bis zur Lösung der dringendsten Fragen im Kabinette zu bleiben. Bis zur schließlichen Regulierung der Deichmannschen Angelegenheit wird es jedenfalls wohl noch vier bis sechs Wochen dauern. Längere Zeit denke ich keinesfalls im Reichsministerium zu bleiben. Bis dahin kann das Bedeutendste entschieden sein.

Die Zukunft liegt noch fortdauernd nicht ganz hell vor meinen Augen. Die wieder eingetretene ruhigere Periode wird es möglich machen, sich gegen etwa kommende Stürme vorsichtiger noch als früher zu sichern. Das Zusammenleben mit dir und ein Wirken im beschränkteren Kreise wird meinen Neigungen und Wünschen am meisten entsprechen, und vielleicht dir ebenso Bedürfnis des Gemütes sein wie mir.

108. G. Mevissen an den Vorstand des Bürgervereins zu Laasphe (abgedruckt im Intelligenzblatt für die Kreise Siegen, Wittgenstein und Altenkirchen 1848, September 19, Nr. 60). Frankfurt, 1848 August 24.

Die freundlichen Worte, womit Sie, meine Herren, in Ihrer Zuschrift vom 12. d. meinen Eintritt in das erste Ministerium der Zentralgewalt begrüßen, haben mich innig gefreut und werden dazu beitragen, mich den Druck der übernommenen schweren Pflicht leichter empfinden und mit gestärkter Zuversicht dem großen Ziele der Einheit und Freiheit des Vaterlandes entgegenstreben zu lassen. So wenig ich persönlich den Wunsch hegte, direkt in die Leitung der Angelegenheiten des Landes mit einzugreifen, so habe ich dennoch dem an mich ergangenen Rufe des hohen Reichsverwesers mich nicht entziehen wollen in einem Augenblicke, wo nach neu befestigter Ordnung das unselige Erbteil unserer deutschen Geschichte, Zwiespalt und Mißverständnis im Innern unter einzelnen Staaten und Stämmen, neu hervorzubrechen und das begonnene Werk der Einigung in seiner gedeihlichen Entwicklung zu gefährden droht.

Preußens Volk vor allem hat heute die Entscheidung der deutschen Zukunft in der Hand. Auf Preußen sind alle Blicke gerichtet, und nur

wenn Preußen aufrichtig und ganz festhält an den vom König und Volk in den Tagen des März feierlich gegebenen Zusicherungen, wird Deutschland den Platz inmitten Europas einnehmen, welcher einer Nation von 45 Millionen gebührt. Das alte Preußen wird, wie alle anderen deutschen Stämme, dem neu zu gründenden Bundesstaate Opfer zu bringen haben, aber diese Opfer, weit entfernt seine staatliche Selbständigkeit zu schwächen, werden vielmehr die Macht und die Sicherheit des Staates stärken und kräftigen. Daß den gerechten Ansprüchen Preußens gebührende Rechnung werde getragen werden, dafür bürgt die Weisheit und das Maß in den Beschlüssen der Nationalversammlung, welche bis jetzt der Welt vorliegen, dafür bürgt die Teilnahme von nahezu 200 Abgeordneten Preußens, dafür endlich bürgt der Eintritt preußischer Abgeordneten in das Reichsministerium.

Die Nationalversammlung wie die Zentralgewalt bedürfen der unausgesetzten kräftigen Unterstützung des gesamten deutschen Volkes. Soll der Partikularismus der einzelnen Staaten in die Grenzen des Möglichen und Vernünftigen eingebannt, sollen reaktionäre wie revolutionäre Bestrebungen selbstsüchtiger Einzelner zurückgewiesen werden, so muß die moralische Macht der öffentlichen Meinung die noch junge, noch von keiner Armee, keinem Beamtenheer umgebene deutsche Einheit stützen und tragen. Sie, geehrte Herren, arbeiten neben anderen, in allen Teilen des Vaterlandes erstandenen Bürgervereinen kräftig mit zur Erreichung des großen Zieles. Seien Sie fest überzeugt, daß die Nationalversammlung wie die Zentralgewalt in Frankfurt aufs tiefste von der Überzeugung durchdrungen sind, daß ihre Macht ausschließlich im Volke beruht, und daß sie nur dann ihre hohe Aufgabe zu lösen vermögen, wenn sie die wahren Bedürfnisse der Zeit, die Resultate der bisherigen Entwicklung zum Ausspruche und zur Geltung bringen. Wie auf dem ersten Vereinigten Landtage werden meine Kräfte beim ersten deutschen Parlamente ungeteilt dem einen Ziele gewidmet sein, dem einzelnen das größtmögliche Maß vernünftiger Freiheit, dem Ganzen das höchste Maß der Kraft und Selbständigkeit zu sichern. Ich rechne dabei auf Ihre Unterstützung und bitte um die Fortdauer Ihres Wohlwollens und Ihres Vertrauens.

109. Denkschrift von G. Mevissen über das zu begründende Verhältnis der Reichsgewalt zum Bankwesen und Papiergeld der Einzelstaaten. Frankfurt, 1848 August 25.

Der am 8. Juli 1848 von seiten der Vorkommission im Verfassungsausschuß vorgelegte Entwurf desjenigen Teiles der Verfassungsurkunde, der von der Reichsgewalt handelt, enthielt als § 20 die beiden Bestimmungen: „a) Das

Reich hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bankwesen in Deutschland. b) Ohne Zustimmung des Reichs darf die Summe des umlaufenden Papiergeldes nicht vermehrt werden". Über diese Bestimmungen verhandelte am 25. August zunächst der Volkswirtschaftliche Ausschuß*) auf Grund der von seinem Mitglied Mevissen verfaßten Denkschrift, die die Billigung des Ausschusses fand und von diesem an den Verfassungsausschuß weitergegeben wurde. Der letztere verhandelte am 11. und 12. September über die Frage (vgl. J. G. Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, S. 299, wo auch S. 411 die Denkschrift Mevissens mitgeteilt ist, sowie S. 420 § 46 und S. 448).

a) Die Notwendigkeit, das Kreditsystem großer Länder einer einheitlichen Leitung und Oberaufsicht zu unterwerfen, ist fast in allen Staaten Europas zur Anerkennung gelangt. Frankreich, Österreich, Rußland haben in ihren Hauptstädten Banken mit ausschließlichen Privilegien, England ist von der eine Zeitlang gestatteten freieren Bewegung durch die Akte Peels von 1844 zu festeren Schranken zurückgekehrt, und die Bank von England vermittelt heute fast ausschließlich den Geldumlauf des Landes. Nordamerika hat durch wiederholte Handelskrisen den Mangel fester Normen, die unbeschränkte Berechtigung seiner einzelnen Staaten zur Errichtung von Banken gebüßt.

Deutschland hat es nur dem im allgemeinen noch wenig ausgebildeten Bankwesen, dem noch schwachen und großartiger Auffassung ermangelnden Unternehmungsgeiste, der bisherigen Trennung in viele selbständige Staaten, der Verschiedenheit des Münzfußes (wodurch eine gleichzeitige leichte Einwirkung durch Banknoten auf verschiedene Börsenplätze sehr erschwert, wenn nicht unmöglich wurde) zuzuschreiben, daß bisher weder die Nachteile zügelloseren Bankkredits, noch die Vorteile einer den Unternehmungsgeist belebenden zweckmäßigen Regelung des Geldumlaufs hervorgetreten sind.

Allgemein wird anerkannt werden, daß der Staat berechtigt ist, von zu errichtenden Banken Garantien für ihre Solidität zu fordern und eine unausgesetzte Aufsicht über ihre Notenausgabe auszuüben. Daß dies am zweckmäßigsten durch für alle Einzelstaaten gleichmäßige Grundbestimmungen und von einem Punkte aus geschehe, wird schwerlich bestritten werden. Von einer Zentralstelle aus wird die Bewegung der gesamten Produktion, der Aus- und Einfuhr, und das Verhältnis der Umlaufsmittel zu derselben am besten übersehen werden, nur von einer Zentralstelle aus kann der Bewegnng des großen Ganzen die

---

*) Das Datum ergibt sich aus dem handschriftlichen Tagebuch Fallatis Bl. 13a (Tübinger Universitätsbibliothek).

nötige Richtung gegeben, nach Umständen der Unternehmungsgeist der Nation stärker angeregt oder gefährlichem Schwindel eine Schranke gezogen werden.

Würde den einzelnen Staaten das Recht der Gesetzgebung über das Bankwesen belassen, so würden nach hergestellter Münz- und Zolleinheit sehr bald in jedem kleinen Staate Banken mit dem Rechte der Notenausgabe begründet, der Kredit auf eine schwindelnde Höhe hinaufgeschraubt, das Reich mit einer Flut von Noten von zweifelhafter Solidität überschwemmt werden. Die Dessauer Bank, deren Begründung schwerlich aus dem Standpunkte des Reiches gerechtfertigt erscheinen wird, wäre die Vorläuferin einer Reihe von Spekulationen, dazu bestimmt, das Recht der Notenausgabe bis aufs äußerste auszubeuten. Die einzelnen Staaten würden gar kein Mittel haben, sich des Notenschwindels zu erwehren, wenn z. B. Hessen-Homburg wie die Errichtung der Spielbank, so die Errichtung einer Aktienbank auf unsolider Grundlage seinen Interessen angemessen erachten sollte.

Die vorgeschlagene Fassung vindiziert dem Reiche das Recht der Gesetzgebung und der Oberaufsicht über das Bankwesen im allgemeinen im weitesten Umfange, sie ermöglicht eine gleichmäßige Regulierung des Immobiliarkredits durch Gesetze über Hypothekenbanken, wie eine Regulierung des beweglichen Kredits durch Gesetzgebung über Giro-, Deposit-, Renten- und Aktienbanken. Die Entwicklung der Gesetzgebung vermag bei Annahme der vorgeschlagenen Fassung der Entwicklung der Produktion auf dem Fuße zu folgen und neu sich bildenden Zuständen stets gerecht zu werden.

Über die in den einzelnen Staaten bereits bestehenden Banken erhält das Reich die Oberaufsicht, sowie das Recht, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Abänderung ihrer Statuten zu erwirken. Die Frage, ob eine solche Abänderung in einzelnen Fällen mit oder ohne Entschädigung der beteiligten Aktionäre der einzelnen Banken gesetzlich verfügt werden kann, wird sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen im einzelnen Falle entscheiden. Die vorgeschlagene Fassung schließt eine direkte Einwirkung der Reichsgewalt auf das Bankwesen durch Errichtuug einer Nationalbank oder eines Notenausgabedepartements nicht aus; sie läßt die Frage, ob es zweckmäßiger sei, von einem Zentrum aus das Kreditwesen direkt zu ordnen, oder ob der freien Tätigkeit der einzelnen diese Ordnung in bestimmten Schranken besser überlassen werde, ohne Lösung, von der Ansicht ausgehend, daß wechselnde, volkswirtschaftliche und politische, Zustände bald diesen, bald jenen Weg als zweckmäßig erscheinen lassen können.

b) Die buntscheckige Masse von Papiergeld, welche heute in Deutschland umläuft, ist eine der üblen Folgen der bisherigen Zersplitterung. Die Fortdauer dieses Zustandes wird niemandem wünschenswert erscheinen. Der sofortigen Aufhebung desselben steht der Mangel an den dazu nötigen Geldmitteln entgegen. Die einzelnen Staaten sowohl wie das Reich werden schwerlich in nächster Zukunft imstande sein, die Einlösung des Papiergeldes zu bewirken. Die Umwandlung desselben in Reichspapiergeld ist schneller und leichter ausführbar und schafft ohne Opfer eine erhebliche Verbesserung des bestehenden.

Die Fassung des ersten Absatzes des § 20 behält es der Reichsgesetzgebung vor, sowohl künftig in einem günstigen Augenblick den einzelnen Staaten die Verpflichtung aufzulegen, ihr Papiergeld einzulösen, als durch Umwandlung desselben in Reichspapiergeld schneller eine äußere Einheit zu erwirken. Welcher von beiden Wegen zu betreten sein wird, wird von der Gestaltung der finanziellen Verhältnisse der einzelnen Staaten wie des Reiches bedingt.

Eine Vermehrung des umlaufenden Papiergeldes von der Zustimmung des Reiches abhängig zu machen, wird unbedenklich erscheinen. Bei der vorgeschlagenen Fassung kann das Reich sowohl ausschließlich sich die Ausgabe von Papiergeld für die Zukunft vorbehalten, als auch die größeren Einzelstaaten zur Ausgabe von Papiergeld ermächtigen. Die künftige politische Gestalt des deutschen Bundesstaates wird dabei für das Reich maßgebend sein. Daß dem Reiche die Ausgabe oder die Zustimmung zur Ausgabe von Papiergeld fortan ausschließlich zustehe, rechtfertigt sich dadurch, daß der Umlauf eines Papiergeldes fortan nicht mehr auf einen Einzelstaat beschränkt werden kann, daß vielmehr das Papiergeld im ganzen Umfange des Bundesgebietes Kurs gewinnt, also Interessen der Gesamtheit und nicht Interessen des Einzelstaates sich daran knüpfen; es rechtfertigt sich diese Bestimmung ferner dadurch, daß die Zwecke, zu deren Erreichung die Ausgabe von Papiergeld als Mittel erscheint, Regulierung des Kredits, Unverzinslichkeit der Staatsschuld, Eröffnung außerordentlicher Hilfsquellen im Kriegsfalle, im Bundesstaate Reichszwecke werden.

Die Ansicht, daß überhaupt eine Ausgabe von Papiergeld für die Zukunft auch dem Reiche zu untersagen sei, unterliegt erheblichen Bedenken. Jeder Staat kann durch Krieg usw. in eine Lage geraten, in welcher er zu seiner Selbsterhaltung genötigt ist, zu außergewöhnlichen Hilfsmitteln seine Zuflucht zu nehmen. Dem deutschen Reiche für solche gefahrvolle Momente das wirksamste Hilfsmittel, die Vermehrung des Papierumlaufs, durch die Verfassung abzuschneiden, hieße seine Hilfs-

quellen und seine politische Macht schwächen. Auch in Friedenszeiten bringt ein zu den vorhandenen Umlaufsmitteln überhaupt in richtigem Verhältnis stehender Papierumlauf dem Reiche einen gefahrlosen Zinsgewinn und ist bei eintretenden Handelskrisen von vorteilhafter Einwirkung auf den Geldmarkt. Finden sich in solchen Augenblicken statt eines durch den Staatskredit getragenen Papiergeldes zu viele der Einlösung unterworfene Banknoten auf dem Geldmarkte, so wird der Ausbruch der hereindrohenden Krise beschleunigt und verstärkt, weil die Banken große Barmittel zur Einlösnng ihrer Noten an sich ziehen und um die so herangezogene Summe ihre laufenden Kredite beschränken müssen.

Der Schlußsatz des § 20, wonach in den Einzelstaaten keine andere Währung als Gold- und Silbermünze gesetzlich eingeführt werden soll, wird nach der über das österreichische Goldausfuhrverbot und seine Wirkungen geführten Verhandlung keiner weiteren Begründung bedürfen, um so weniger, da die aus der Selbsterhaltung hergenommenen Gründe, die jetzt noch Zwangskurse wenn nicht rechtfertigen doch entschuldigen, künftig den Einzelstaaten nicht mehr zur Seite stehen.

110. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 August 29.

.... Arbeit gibts übrigens die Hülle und Fülle, und wir werden in nächster Zeit stets von einer Agitation zur andern übergehen. Die Verhandlungen in der Paulskirche schreiten leider langsam vorwärts, und die Grundrechte können leicht der deutschen Einheit gründlich gefährlich werden. Im ersten Reichsministerium fehlt der entschiedene leitende Gedanke; es fehlt die feste und großartige Auffassung der Verhältnisse, die einzig und allein einer so großen Epoche der Umbildung entspricht. Die Menschen sind meistens unberufen und pfuschen der alten Diplomatie ins Handwerk. Schon jetzt halte ich eine Umbildung des Kabinets für dringend notwendig, wenn wir vorwärts kommen sollen.

111. Desgl. Frankfurt, 1848 August 30.

Wir stoßen im Handelsministerium bei jedem Schritte auf das Hindernis der provisorischen Einrichtung der jetzigen Gewalt. Soll irgend ein Gesetz entworfen werden, so antworten die Vertreter der Einzelstaaten sofort: ja mit dem Gesetze sind wir einverstanden, aber nicht jetzt, sondern nach festgestellter Verfassung.

Unter diesen Umständen ist trotz allen Arbeitens nicht vorwärts zu kommen. Daher meine nicht eben rosenfarbene Stimmung. Dazu die noch stets nicht helle Aussicht in die Zukunft und das unvermeidliche innere Schwanken in bezug auf den in jeder großen Frage einzuschlagenden

Weg. Ich kann dir versichern, daß die Mitglieder des ersten Reichsministeriums nicht auf Rosen gebettet sind, und daß nur die Aussicht, mit Erfolg mitzuwirken an einem großen Werke, über die vielen Bedenken der Lage hinweghelfen kann.

Wird diese Aussicht getrübt, den einzelnen oder mehreren, so ist es für die Sache besser, wenn andere frische Kräfte an die Stelle treten.

112. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1848 August 30.

(Verabredung einer gemeinsamen Reise in Mevissens Wahlbezirk, das Siegenerland). Die Verhandlungen in der Paulskirche über die Grundrechte ziehen sich ungebührlich in die Länge und drohen durch Zeitverlust dem großen Werke, das geschaffen werden soll, Gefahr. Die Entscheidung der Fragen ist zwar gründlich und tief, aber das Volk wird, wie ich fürchte, ungeduldig werden, wenn man ihm statt materieller nur geistige Resultate bietet. Die Zusammensetzung des ersten Reichsministeriums war ein Werk der Not des Augenblickes und wird sich über kurz oder lang als innerlich unhaltbar zeigen. Das Departement der Auswärtigen namentlich ist nicht in einer Weise vertreten, welche große Garantien bietet. Camphausens Weigerung, diesen Zweig der Geschäfte zu übernehmen, wird, wie ich fürchte, schlechte Früchte tragen. Die Verhältnisse zum Auslande gestalten sich noch immer nicht befriedigend. Frankreich, England und Rußland stehen uns in der schleswigschen Sache feindlich gegenüber; in der italienischen suchen die beiden ersten uns zu umgehen, und an der Donau hofft Rußland im trüben zu fischen. Es will mir nicht gelingen, die Zustände und die Menschen des Augenblicks in rosenfarbigem Lichte zu sehen. Vielleicht sehe ich jedoch etwas zu viel Schatten, weil mir die Dinge zu nahe treten. Sagen Sie mir doch, wie Ihnen die augenblickliche Lage erscheint und namentlich, was Sie vom Winter fürchten und hoffen? Ein Aufschwung der Industrie ist bei fortdauernder Blockade von Elbe und Weser kaum zu erwarten, selbst dann kaum, wenn auch die inneren Verhältnisse sich ruhiger und günstiger gestalten, als bis jetzt erwartet werden darf.

113. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 September 3.

.... Auch mir war es im Laufe dieser Woche trübe zu Mut. Die vielen sich türmenden Schwierigkeiten der Lage, die Gefahren nach innen und nach außen drückten auf meine Seele. Heute ist mir wohler; wir haben den ganzen Tag beraten und befinden uns am Vorabend der

ernstesten Entscheidung. Der Mensch gewöhnt sich bald an das Große wie an das Kleine und lernt selbst die Frage des europäischen Krieges und des bürgerlichen Zwiespaltes mit Gleichmut betrachten.

Ich bin in bezug auf die Annahme des fraglichen Postens gar nicht schwankend, wenn die Ernennung eine dauernde ist. Für eine jeder ministeriellen Laune unterworfene muß ich natürlich danken*). Ich wünsche, daß sich dieses Projekt realisiere. Die Wirksamkeit ist eine meinen Neigungen gemäße und erlaubt mir, dir und der Familie mehr zu leben, als dies je auf dem bewegten Ozean der Politik der Fall sein wird.

Vielleicht überrasche ich dich auf einer Reise nach Berlin auf einige Stunden. Es ist nicht unmöglich, daß ich als Vertreter des Kabinets eine außerordentliche Sendung nach Berlin übernehme. Die Stellung der Reichsgewalt zu Preußen ist so verschroben, daß eine Verständigung sehr not tut.

114. Darlegung Mevissens im Reichsministerium zur Frage des Waffenstillstandes von Malmoe.**) Frankfurt, 1848 September 3.

Bei Prüfung des Ihnen vorliegenden Waffenstillstandes wird es vor allem darauf ankommen, den richtigen Standpunkt zur Beurteilung zu gewinnen. Wir dürfen diesen Standpunkt nicht suchen in der lebhaften Sympathie für unsere Brüder in Schleswig-Holstein, nicht in der erhabenen

*) Am 31. August hatte Finanzminister Hansemann bei Mevissen angefragt, ob derselbe, wie er von einem Bekannten gehört habe, „wohl geneigt sei, Ihre jetzige Stellung als Unterstaatssekretär im Reichsministerium gegen die Direktorstelle des Schaaffhausenschen Aktien-Bankgeschäfts zu vertauschen. Da mir dies sehr angenehm sein würde, so bitte ich, mich umgehend von Ihren Absichten in Kenntniß zu setzen. Sehr lieb wäre es mir, wenn Sie auf einige Tage nach Berlin kommen könnten; ich hätte manches mit Ihnen zu besprechen und sehe leider vor der Hand keine Möglichkeit einer Reise nach dorten." Am 3. September erwiderte Mevissen in dem Sinne obiger Bemerkung und fügte hinzu: „Bei der hohen Bedeutung der gegenwärtig schwebenden politischen Fragen ist es mir schwerlich in nächster Zeit möglich, nach Berlin zu kommen und einen Gedankenaustausch, dessen dringende Notwendigkeit ich lebhaft fühle, herbeizuführen. Ich werde aber die erste Gelegenheit, die sich mir zu einer Reise darbietet, ergreifen. Vielleicht finde ich eine solche doch schon in den nächsten Tagen in der schwebenden Schleswigschen Frage, die der Vermittlung und Verständigung dringend bedarf."

**) Über die Verhandlungen des Reichsministeriums in dieser Sache unterrichtet eingehend das Tagebuch von Fallati (l. c. fol. 14 ff.); ein dürftiger Auszug daraus Württemb. Vierteljahreshefte VIII (1885) S. 20.

Begeisterung für die Ehre und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes; wir müssen als Staatsmänner, als Männer, berufen zur Lenkung der Geschicke einer großen Nation, die wirkliche Sachlage, das Erreichbare und Mögliche mit Ruhe zu erkennen suchen. Sehen wir zunächst dem Tatbestande vor Ausbruch der Feindseligkeiten ins Auge. Dänemark inkorporiert durch den offenen Brief das Herzogtum Schleswig in Dänemark und alteriert das Recht der Erbfolge. Deutschland, berufen zur Wahrung der Rechte Holsteins, tritt für das Recht von Holstein, mit Schleswig unauflöslich verbunden zu sein in gleicher Verwaltung, gleicher Gesetzgebung, gleicher Erbfolge, in die Schranken. Deutschland will mit bewaffneter Hand das Recht seines Herzogtums Holstein schützen, aber es verwahrt sich dagegen, als ob es auch das Regierungsrecht des Königs von Dänemark angreifen wolle.

Die Herzogtümer treten selbständig für ihr gutes Recht in die Schranken. Eine provisorische Regierung ersteht gegenüber den Eingriffen Dänemarks. Diese provisorische Regierung proklamiert, daß sie wie Deutschland nur Herstellung des alten Rechtszustandes, nicht Aufhebung der Regierungsrechte des Königs von Dänemark will. Sie erklärt sich bereit, jeden Augenblick zurückzutreten, sobald das Wohl des Landes dies erfordere. Diese Regierung wird vom Deutschen Bunde anerkannt. Zu gleicher Zeit beginnen die offenen Feindseligkeiten zwischen Dänemark und Deutschland. Ein blutiger Krieg zieht sich vier Monate lang hin; keine Partei erringt entschiedene Vorteile. Dann wird ein Waffenstillstand abgeschlossen, ein Waffenstillstand, welchem die Friedensverhandlungen auf dem Fuße folgen sollen.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, und fragen wir: Ist in denselben das Objekt der deutschen Ansprüche gewahrt?

Die Einheit der Herzogtümer, ihr Recht, unter einer Verwaltung, einer Gesetzgebung zu stehen, ist tatsächlich festgestellt. Nur die Armee der beiden Herzogtümer soll getrennt bleiben; die Truppen sollen da bleiben, woher sie ausgehoben sind. Durch diese Bestimmung ist zwar die Selbständigkeit der beiden Herzogtümer, das Recht eines jeden zu einer gesonderten staatsrechtlichen Existenz scheinbar aufrecht erhalten, aber diese Bestimmung allein kann die Einheit in Verwaltung, Gesetzgebung und Erbfolge nicht aufwiegen, nicht entkräften. Diese Bestimmung entspricht nur dem unklaren völkerrechtlichen Verhältnisse, worin der Wiener Kongreß das Herzogtum Schleswig gelassen, indem es nicht in den Deutschen Bund aufgenommen wurde. Schleswig ist untrennbar verbunden mit Holstein, aber es steht nicht mit Holstein in gleichem Verhältnisse zu

Deutschland. Die Verwaltung und Gesetzgebung für beide Herzogtümer muß die gleiche sein; also die Gesetze des Deutschen Bundes, sofern sie für Holstein verbindlich sind, sind mittelbar verbindlich für Schleswig, aber Schleswig bleibt bei einem Kriege, in den Holstein für Deutschland verwickelt werden kann, neutral. Niemand wird das Unnatürliche, Geschrobene eines solchen Verhältnisses verkennen. Dasselbe wird um so unnatürlicher, schwieriger, ja fast unhaltbar, je mehr Deutschland in der Ausbildung einheitlicher Regierung fortschreitet, je mehr die deutschen Einzelstaaten von ihren Rechten zu Gunsten der Einheit aufgeben.

In Würdigung dieser Verhältnisse nahm der Deutsche Bund die Aufnahme von Schleswig in Aussicht. Schleswigs Deputierte mußten und müssen mitwirken bei Gründung einer neuen deutschen Verfassung, die ja auf die Verwaltung und Gesetzgebung der Herzogtümer tief einwirken wird; Schleswigs Deputierte sitzen, auf dieses Recht der Mitwirkung gestützt, im deutschen Parlamente.

Der Waffenstillstand ändert hierin nichts. Aufgehoben werden durch den Waffenstillstand diejenigen Akte der Herzogtümer und des Deutschen Bundes, welche aus dem Kriegszustande entsprungen sind. Dänemark konnte und kann nicht die provisorische Regierung als eine legitime anerkennen, und ebensowenig will es die von ihr erlassenen Gesetze als rechtsgültig gelten lassen. Dänemark gegenüber ist die provisorische Regierung eine, wenn auch zum Schutze guter Rechte entstandene, doch revolutionäre Gewalt. Dieser Charakter der provisorischen Regierung wird durch die Anerkennung von Seiten Deutschlands nicht geändert. Ihre Entstehung und Anerkennung ist begründet in der Notwendigkeit, in dem Drange der Umstände. Indem der Waffenstillstand die Einheit der Herzogtümer feststellt, das während des Krieges stattgefundene Provisorium und seine Ausflüsse als mit der Ehre Dänemarks unvereinbar beseitigt, wird er den Rechtsansprüchen der Herzogtümer und Deutschlands gerecht. Ein Recht auf Einsetzung einer Regierung in den Herzogtümern, ein Recht auf Partikulargesetzgebung in denselben hatte Deutschland nicht, es hat es nur in Anspruch genommen. Ein solches Recht konnte während des Krieges ausgeübt und durch Gewalt gewahrt, es muß aber bei einem Frieden, welchem die früheren Rechtsverhältnisse zur Unterlage dienen sollen, wieder aufgegeben werden.

115. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 September 6.

Soeben ist die Sistierung der Ausführung des Waffenstillstands beschlossen worden. Das gesamte Kabinet hat abgedankt, seine Entlassung ist angenommen, Dahlmann mit der Bildung eines neuen beauftragt. Nach

meiner innigsten Überzeugung kann der Beschluß der Nationalversammlung von keinem Kabinet ohne eine durch ganz Deutschland durchgreifende Revolution vollzogen werden. Ich glaube daher, daß das Haus genötigt sein wird, seine leidenschaftliche Übereilung wieder gut zu machen und seinem Votum zum Trotz den Waffenstillstand dennoch zu ratifizieren.

Ein anderes Kabinet als das bisherige halte ich nach Lage der Verhältnisse für gänzlich unhaltbar. Es ist demnach anzunehmen, daß innerhalb 14 Tagen das jetzige Kabinet wieder zur Leitung der Geschäfte berufen wird. Mehrere Mitglieder, und unter diesen auch ich, werden jedoch keine Lust haben, sich einer so innerlich unklaren und haltlosen Majorität noch einmal anzuvertrauen.

Für mich kommt zu den allgemeinen Motiven noch das besondere, daß Hansemann mich nach Berlin berufen hat*), um über eventuelle Übernahme der Direktorstelle der Schaaffhausenschen Bank zu verhandeln. Gleichzeitig (seltsames Zusammentreffen) läßt Auerswald mir das Finanzministerium in Berlin anbieten für den Fall, daß Hansemann in den Steuerfragen die Majorität der Kammer nicht haben sollte. Ich habe vor der Hand der Ministerialtätigkeit genug und bin fest entschlossen, die Offerte Auerswalds von der Hand zu weisen, dagegen das Anerbieten Hansemanns anzunehmen, wenn die Ernennung definitiv auf gewisse Frist und nicht auf stete Revokation erfolgen kann. Um hierüber zu verhandeln, gehe ich morgen früh nach Köln, und Freitag von dort nach Berlin.

Die deutsche Sache steht schlecht, und wir befinden uns in einem kritischen Moment. In Berlin werde ich jetzt am meisten zur Verständigung wirken können. Preußen muß jetzt zeigen, daß es Maß zu halten weiß und der Übereilung von der einen Seite nicht die Übereilung seinerseits entgegensetzen will. Alles ist hier in gewaltiger Aufregung. Die Kurse sind um 4 % gefallen, und dennoch wird, wie ich hoffe, das schlimme Ereignis zum Guten ausschlagen. Die Kammer konnte auf dem bisherigen Wege unmöglich weiter. Die vielen Reden hätten die deutsche Einheit maustot geschlagen. Das wird hoffentlich jetzt anders werden. Entweder wird jetzt bis Neujahr die deutsche Verfassung fertig oder nie.

116. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1848 September 6.

Das gestrige Votum der Nationalversammlung, die Sistierung des Waffenstillstandes betreffend, hat die unmittelbare Abdankung des gesamten

*) Vgl. oben S. 425 Anm. Mevissen reiste am 7. September nach Köln, am 8. von dort nach Berlin.

Kabinets zur ersten Folge gehabt und wird voraussichtlich so schwer und nachhaltig auf die Entwicklung unserer Zustände einwirken, wie kein anderes der bisherigen Ereignisse. Ich habe mich in dieser kritischen Lage zu einer Reise nach Berlin entschlossen, um das preußische Ministerium über die hiesigen Zustände besser aufzuklären, als dies Camphausen zu tun vermag. Verliert man in Berlin den Kopf, wie die Nationalversammlung hier, so gehen wir mit Riesenschritten der Revolution entgegen. Mittwoch oder Donnerstag (Sept. 13, 14) in künftiger Woche hoffe ich wieder hier zu sein und mich dann mit Ihrem gütigen Geleit sofort in den Wahlkreis zu begeben, und über das bisherige Wirken Rechenschaft abzulegen. Die Nationalversammlung hat das instinktive Gefühl, daß in der bisherigen Weise der Beratung nicht fortgefahren werden darf. Aus diesem dunkeln Gefühle entspringt ihr gestriger voreiliger Beschluß. So drohend in diesem Augenblick die Dinge aussehen, ich habe doch die Hoffnung, daß sie sich zum Guten wenden. Die Kammer wird einsehen, daß die Verfassung ohne weitere Verschwendung unnützer Reden fertig gemacht werden muß, wenn nicht das Redefieber die deutsche Einheit töten soll.

117. H. v. Beckerath an G. Mevissen (in Berlin). Frankfurt, 1848 September 10.

Dahlmann hat, wie zu erwarten war, kein Ministerium zustande gebracht, Hermann von München ist nun zum Reichsverweser berufen worden; wird er glücklicher sein? — Dienstag (Sept. 12) wird die Waffenstillstandsfrage zur Verhandlung kommen, und ein gestern Abend bei Gagern versammelter kleinerer Kreis von Deputierten war einstimmig in der Ansicht, daß vor ihrer Entscheidung keine Kombination möglich sei. Im übrigen sind die Dinge hier in der nämlichen Lage, wie bei Ihrer Abreise, und die Aufmerksamkeit wird durch die von Berlin einlaufenden Nachrichten geteilt. Am 7. sind ja dort auch die Würfel gefallen!

118. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 September 12.

Hier wie in Frankfurt ein gestürztes Ministerium. Beckerath ist auf meinen Antrag berufen zur Bildung eines neuen Kabinets.*) Die Dinge stehen hier so ungewiß und gefährlich wie möglich. Wenn Beckerath kommt, wie ich hoffe, so werde ich mit ihm eine Kombination versuchen,

*) Am 12. September früh traf der Kurier in Frankfurt ein (Kopstadt, H. v. Beckerath S. 92). Am 13. Sept. schrieb Ministerpräsident Auerswald an Mevissen, nach einer Depesche aus Köln werde B. am 14. Nachm. 4 Uhr in Berlin eintreffen. — (Zur Sache s. Denkwürdigkeiten Leop. v. Gerlachs I, 195).

jedoch ohne mich persönlich dabei zu beteiligen. Ich habe von der Wirksamkeit im Ministerium genug und werde mich freuen, als Direktor der Schaaffhausenschen Bank auf einige Zeit der Politik den Rücken zu wenden. Meine Ernennung von Staatswegen soll Ende dieser Woche ausgefertigt werden. Meine Bedenken in bezug auf die ausschließliche Tätigkeit werden von Hansemann nicht geteilt.

119. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Berlin, 1848 September 12.

Abermals finde ich mich in der Notwendigkeit, unsere Reise nach Siegen aufschieben zu müssen. Das hiesige Ministerium ist, wie Sie wissen, gestürzt, Beckerath zur Bildung eines neuen berufen. Diesen erwarte ich seit gestern Abend vergebens. Wenn er noch heute eintrifft und wir die mögliche Kombination bereden können, so reise ich morgen noch ab. Kommt aber Beckerath heute nicht, so muß ich auf Wunsch der Minister und im Interesse der Sache seine Ankunft hier abwarten und darf nicht vorher abreisen. Hier hängt alles von der nächsten Ministerkombination ab. Mißlingt diese, so folgt die Reaktion oder die Revolution auf dem Fuße.

120. G. Mevissen, Familienbrief. Berlin, 1848 September 16.

Mein hiesiger Aufenthalt verlängert sich wider Willen. Beckerath ist seit vorgestern Abend hier. Wir projektieren gemeinschaftlich die Bildung eines neuen Kabinets, das das Land der gefahrvollen Ungewißheit entreißen soll, und können bis heute noch mit keiner Ministerliste zustande kommen! Ich bin noch heute, wie früher, fest entschlossen, in das neue Ministerium nicht einzutreten, und nur die unabweisliche Notwendigkeit könnte mich zur Übernahme eines Portefeuilles bestimmen. Jedenfalls werde ich aber noch mehrere Tage, und zwar bis zu beendigter Ministerkrise, hier verweilen.

Die Politik Preußens und Deutschlands ist an einen Wendepunkt angelangt. Ich habe soeben ein Programm für das zu bildende Ministerium aufgestellt, welches Beckerath heute Nachmittag in Potsdam dem Könige vorlegen wird. Ich glaube nicht, daß der König auf die ihm vorgeschlagene entschiedene Politik eingehen wird. Dann reisen Beckerath und ich in den nächsten Tagen wieder ab, gezwungen, das Schiff des Staates seinem Schicksal im Sturm zu überlassen. Es fehlt durchaus an tüchtigen Persönlichkeiten zur Bildung einer Ministerliste. Berufen sind vom alten Ministerium zu eventueller Auswahl: Otto Camphausen, Schnaase, Oberprokurator in Düsseldorf, Pinder, Oberpräsident in Breslau, Graf Dönhoff.

Noch haben wir keinem der Angekommenen Eröffnungen gemacht. Scheitert, wie ich es erwarte, das Programm am Willen des Königs, so ist natürlich für uns jeder weitere Versuch überflüssig. Mit Spannung erwarten wir Nachrichten von Frankfurt.

Meine Ernennung zum Direktor der Schaaffhausenschen Bank wird heute vollzogen.*) Ich werde mich freuen, mit Dir in dieser bescheidenen Sphäre des Lebens Glück zu genießen und die schweren Sorgen der Politik für einige Zeit an den Nagel zu hängen.**)

121. Desgl. Köln, 1848 September 21.

Gestern Abend von Berlin zurückgekehrt, erfahre ich hier zuerst die Frankfurter Greuelszenen, die es mich als ein Glück des Zufalls betrachten lassen, daß ich dabei nicht gegenwärtig war.

In Berlin stehen die Dinge schlecht. Auch dort werden, wenn mich nicht alles täuscht, in den nächsten Tagen Bewegungen ernster Art ausbrechen. Der König hat das Programm, das von Beckerath und ich vorlegten, nicht angenommen und den General von Pfuel mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Ich bin für meine Person froh, daß ich auf diese Weise mit Ehren die schwere Ministermission habe ablehnen können. Leider fürchte ich, daß aus dieser Ablehnung und aus den Beschlüssen des Hofes für unser Land sehr traurige Folgen hervorgehen werden. Ich sehe im Geiste einen lange dauernden Bürgerkrieg mit all seinen Schrecknissen uns nahen.***)

*) Die vom Finanzminister Hansemann und vom Handelsminister Milde ausgefertigte Urkunde war am 15. September vollzogen worden.

**) Mevissen schrieb an demselben Tage seinem Schwager Koenigs: Beckerath ist vorgestern gekommen und mit mir seitdem tätig. Unsere Aussichten sind schlecht und führen wahrscheinlich zu keinem Resultat. Ich habe inzwischen die Ernennung zum Direktor der Schaaffhausenschen Bank angenommen. Der Politik habe ich nachgerade fast genug. Ich arbeite mit allen meinen Kräften und sehe in der letzten Zeit kein Resultat. Die revolutionäre Woge steigt Tag um Tag höher, vergebens wird Damm auf Damm getürmt, die Flut überspringt alle Schranken. Kommt ein Ministerium Beckerath zustande, so werde ich es zuletzt nicht weigern können, eine Rolle mitzuspielen. Ich werde mir in diesem Falle aber die Stellung des Bankdirektors offen zu halten suchen. Die hiesigen Zustände sind nichts weniger als erfreulich. Gänzliche Unklarheit und totaler Mangel an aller politischen Einsicht bei allen Parteien. Das ist das Resultat des zugrunde gegangenen Polizeistaates.

***) An demselben Tage schrieb auf Grund von Mevissens mündlichen Mitteilungen sein Freund G. Mallinckrodt in einem Briefe: Beckerath ist

Ich habe in Berlin definitiv die Stelle eines Direktors des Schaaffhausenschen Bankvereins übernommen und bin dadurch in der Lage, von der tätigen Mitwirkung bei der Leitung der Politik unseres Vaterlandes zurückzutreten. Mitglied der Nationalversammlung in Franfurt werde ich bleiben, weil ich glaube, daß meine Ehre das Ausharren auf diesem Posten erfordert. Ich werde daher auch, nachdem ich ein paar Tage hier verweilt, auf meinen Posten nach Frankfurt zurückkehren und dazu mitwirken, daß energische Beschlüsse gefaßt werden, um die Ordnung und die Freiheit gegen die Angriffe eines irre geleiteten Fanatismus aufrecht zu erhalten. Ich hoffe, daß die bösen Geister des Aufruhrs noch gebannt werden können, sehe aber mit großen Sorgen der nächsten Zukunft entgegen. Das kaum wieder auflebende Vertrauen wird durch die neuesten Vorgänge mächtig erschüttert werden. Wie es scheint, werden auch wir die Freiheit nur nach blutigen Kämpfen erringen.

122. Desgl. Frankfurt, 1848 September 27.

Meine Reise hierher hat durch den auf dem Rhein liegenden Nebel sich so sehr verzögert, daß ich erst heute morgen von Mainz hier einge-

---

von Berlin nach Frankfurt zurück, Mevissen ist hier und malt ein trostloses Bild von den Berliner Zuständen, Es wird auch dort zum Schlagen kommen und vielleicht ein bedeutendes Blutbad geben. Beckerath und Mevissen haben nur unter gewissen Bedingungen übernehmen wollen, ein Ministerium zu bilden, verlangten namentlich Anerkennung der Zentralgewalt, Reorganisation der Armee usw. Von allen Bedingungen hat der König, den sie nie ohne den Prinzen von Preußen haben sprechen können (vgl. Gerlach l. c. 198), auch nicht eine acceptieren wollen. So sind sie denn nach acht Tagen fruchtloser Unterhandlung abgereist, und der König hat Pfuel den Auftrag gegeben, ein Ministerium zu bilden, worin Bonin, Dönhoff, Kühne, Eichmann eintreten werden. Mevissen fürchtet, daß, sobald das bekannt werde, es in Berlin losgehen werde. Schon als sich das Gerücht verbreitete, daß B. und er abreisen würden, hatte es sich Unter den Linden so dicht gesammelt, daß sie Mühe hatten, mit ihrem Wagen von Meinhardts Hotel nach der Eisenbahn durchzukommen. Es soll nun der Plan des Königs und der Camarilla sein, à tout prix zu siegen. Bleibt die Nationalversammlung in Opposition, so soll sie aufgelöst werden; wird sie zahm, soll sie von Berlin nach Brandenburg oder Schwedt verlegt werden. Einen Barrikadenkampf will man nicht versuchen, vielmehr nur die Linden und einige Hauptstraßen innebehalten und dann Berlin umzingeln und aushungern, respektive die Bürger den Anarchisten preisgeben. Wir gehen trüber Zeit entgegen. Mit der Einigkeit Deutschlands steht es schlecht aus. Aber auch in den preußischen Provinzen kann der Kampf ausbrechen, namentlich in Schlesien und der Rheinprovinz.

troffen bin. Soeben empfange ich nun von dort (Köln) den Bericht über die errichteten Barrikaden und den verkündigten Belagerungszustand. Meine Befürchtungen sind also nur zu schnell wahr geworden. Glücklicherweise ist die Militärmacht in Köln stark genug, um nach einmal weggeräumten Barrikaden jeden Versuch zur Emeute zu unterdrücken...... Hier sieht noch alles einem Feldlager ähnlich. Soldaten kampieren auf den Straßen, Reiterei auf dem Roßmarkt. Alle Maßregeln sind getroffen, um jede Ruhestörung unmöglich zu machen. Die wieder eingetretenen Minister wollen energisch gegen jede extravagante Richtung einschreiten.

123. Desgl. Frankfurt, 1848 September 30.

Die Sicherheit und Behäbigkeit ist unter dem Belagerungszustand wieder in die Gemüter eingezogen, und wer hier oberflächlich die Zustände und die Menschen ansieht, kann glauben, es sei gar nichts vorgefallen. Unter der Decke glüht aber desto heftiger der Zorn und Unwillen. Die Linke knirscht vor Wut wegen des mißlungenen Handstreiches und der abermals vereitelten Aussicht auf Herrschaft. Das rechte Zentrum hat die Achtung vor seinem Gegner verloren und sieht auf die Linke mit Hohn hinab. Diese Stimmung der Gemüter ist dem Werke der Einheit, das da gegründet werden soll, um so weniger förderlich, als die Rechte sich zwar zur Verachtung des Gegners, aber nicht zur entschiedenen Benutzung der Umstände willig zeigt. Es fehlt der Kammer der feste Führer, der mit anerkannter Autorität die Zügel lenkt.

Das Reichsministerium, in das ich nicht wieder eingetreten bin, weil mir der Eintritt unvereinbar mit meiner in Berlin gegebenen Zusage erscheint, zeigt sich auch der Lage nicht gewachsen; ihm fehlt in diesem großen Momente der sichere Takt, um durch die Wogen durchzusteuern. Seit acht Tagen sind bereits mehr Fehler begangen, als in den letzten sechs Wochen vorher. Von allen Seiten werde ich angegangen mit der Bitte, wieder einzutreten. Ich werde dies aber um so weniger, da, wie die Dinge liegen, mir ein Bruch mit Berlin kaum zu vermeiden scheint und ich zu einem solchen unter keinen Umständen mitwirken will. Wahrscheinlich fällt binnen den nächsten Wochen in Berlin das Ministerium Pfuel, dann muß dort Beckerath, hier Gagern an die Spitze treten, und dann ist noch eine letzte Möglichkeit, die deutsche Bewegung in den sichern Hafen zu leiten, wenn Berlin und Frankfurt von gleichem Geiste geleitet werden.

124. Desgl. Frankfurt, 1848 Oktober 2.

Soeben lege ich Deine Zeilen vom Samstag aus den Händen. Mein Sinn schweift zwischen diesen Zeilen hin und ist bemüht, die Lücken aus-

zufüllen, die der Buchstabe gelassen. Es finden sich dann Anklänge an eine Zeit der Sehnsucht des Glaubens, der Poesie, die mit weichem Flügel die ganze Welt umfaßt. Auch ich flüchte gerne hinaus aus der Wirrnis dieser Zeit in das Land der Kindheit, in die Zeit des ersten Strebens, des ersten Hoffens, wo alles, alles noch so nahe, so ideal, so leicht erreichbar schien. Je tiefer wir hinausschreiten ins Leben, je mehr wir mitstreben und mitwirken zur Gestaltung unserer Träume, je mehr drängt, wie Goethe so schön sagt, „fremd und fremder Stoff sich an". Die Jugend schwelgt im Reiche des Geistes, im Blumengarten des Gemüts. Die Wolkengebilde des Geistes sind so schnell erschaffen und sehen der Wirklichkeit da unten so täuschend ähnlich, daß die Jugend gar nicht wahrnimmt, daß sie nur Traum und Schaum, keine Wirklichkeit besitzen. Und doch hat die Jugend Recht, und doch werden die Träume wirklich werden —, wenn auch für den Einzelnen, der da vorüberwandelt über diese Erde ein Prophet der Zukunft, zu spät. Alle Träume, auch die kühnsten, sehen wir sofort im Geiste verwirklicht, wenn wir nur die menschheitliche Entwicklung im großen und ganzen, im Flusse ihres Werdens, und nicht in der starren Zuständlichkeit des Augenblicks auffassen. Der Mantel der Poesie breitet sich dann über alles aus, und das Künftige tritt gestaltet und lebendig in die Gegenwart hinein. Hier gilts manchmal, diesen Glauben unerschütterlich festzuhalten und sich zu seinem heimlichen Asyl zu flüchten, wenn die Dinge sich so gar nicht gestalten, so gar nicht von der Stelle rücken wollen.

Übersehe ich, was wir hier in Frankfurt vom 15. Mai bis 10. Oktober getan haben, so läuft der materielle Gehalt fast auf nichts hinaus, aber wir haben den Strom der Bewegung, der alle Ufer zu überfluten drohte, eingedämmt und der Bewegung feste Grenzen gesteckt. Jeder Paragraph der Grundrechte, welche wir beraten, ist ein Grenzpfahl der neuen Zeit, an welchen in den Einzelstaaten eine ganze Gesetzgebung sich bildend anlehnen wird. Sind erst die Grundrechte festgestellt, dann steht die neue Zeit von der alten sichtbar und scharf geschieden da, und der gesetzgeberischen Tätigkeit ist dann der rechte Weg gewiesen. Das Volk und die Regierungen gewinnen mittlerweile Zeit, die neuen Ideen auf sich einwirken zu lassen und sich dieselben anzueignen. Die innere Umbildung folgt notwendig der äußeren. Du siehst aus diesen Zeilen, wie ich bemüht bin, mich geistig mit einem Gange der Beratung, den ich nicht gutzuheißen vermag, zu versöhnen und der düsteren Gegenwart eine helle Seite abzugewinnen. Auffallend ist es mir, wie allgemein frisch der Mut bei den Deputierten sich erhält, und wie bis jetzt nichts vermocht hat, den Glauben an die Zukunft zu erschüttern. Das blutige Drama, das hier

gespielt, hat sogar die Geister zum Kampfe neu gestählt und mit noch festerer Zuversicht als früher erfüllt; ja, ich möchte sagen, jeder trägt das Gefühl in sich, eine Sache, der so große Opfer gefallen, kann nicht untergehen!

In Berlin scheinen sich die Dinge auch besser zu gestalten, als ich zu hoffen gewagt. Ich sehe zwar auch jetzt noch keine Garantie für das neue Ministerium, hoffe aber, daß es demselben gelingen wird, wenigstens einige der dringendsten Gesetze durchzuführen. Heute wurde Riesser, ein Jude, zum zweiten Vizepräsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt, kaum 1 1/2 Jahr nach Bodelschwinghs Judengesetz. Welch schwindelnder Fortschritt liegt in dieser Tatsache!

125. Desgl. Frankfurt, 1848 Oktober 3.

Wir beraten hier unausgesetzt die unergründlichen Grundrechte des deutschen Volkes, unbekümmert um die Dinge, die da draußen geschehen, und die das ganze Staatsgebäude mitsamt den Grundrechten umzustürzen drohen. Bisher begleitet das Glück die Nationalversammlung auf ihrem Wege, und selbst das scheinbar Fatale, wie die Katastrophe vom 18. September, schlägt zum Guten um. Wenn wir aber zu einer einheitlichen Verfassung kommen sollen, muß das Glück noch mindestens bis zum 1. Juli 1849 hold bleiben, und unausgesetzt uns begleiten, eine Treue und Stetigkeit, die ich der wankelmütigen Göttin kaum zuzutrauen wage.

Meine und meiner Freunde Anstrengungen sind unablässig dahin gerichtet, einen schnelleren Gang der Beratungen herbeizuführen und den neuen gesetzmäßigen Verfassungszustand der Nation in kürzester Frist zu schaffen. Bis jetzt haben unsere Bemühungen wenig Erfolg. Die Beredsamkeit der Professoren ist unermüdlich, und ich fürchte sehr, daß die deutsche Einheit an der deutschen Gründlichkeit scheitern wird. Zu meinem nicht geringen Erstaunen bleibt in Berlin alles ruhig. Mir schien dort ein Ausbruch so unvermeidlich, daß ich demselben mit Zuversicht entgegensah. Gelingt es dem Ministerium Pfuel, sich noch sechs Wochen zu halten, so ist für eine geordnete Weiterentwicklung unserer Zustände viel gewonnen. Die Beratung der Verfassung wird freilich in Berlin so wenig wie hier schnelle Fortschritte machen, aber manches unentbehrliche Gesetz wird erlassen, mancher alte Wust gründlich beseitigt sein. Der Belagerungszustand unserer Stadt wird hier bezeichnet als 'liberté temperée par l'état de siège', und Frankfurts Einwohner finden diese Temperatur zurzeit ganz angenehm. An diesem Urteil der öffentlichen Meinung haben wir übrigens einen Maßstab, wie weit wir schon ins Extreme hineingeschritten sein müssen, um jede Aufhebung gesetzlicher

Freiheit angenehm, ja wohltuend zu finden. Ich hoffe, daß unsere Zustände und Stimmungen bald eine bessere Wendung nehmen. Bunsen wird wahrscheinlich als Minister der auswärtigen Angelegenheiten hierher berufen.

126. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1848 Oktober 5.

Bis Mitte dieses Monats sind wir hier, wie ich hoffe, mit der ersten Lesung der Grundrechte endlich fertig. Das Haus wird dann zur ersten Beratung der Befugnisse der Reichsgewalt übergehen, eines Kapitels, das hoffentlich schneller und leichter als die Grundrechte zum Abschluß gebracht werden wird. Die Verschiedenheit der Ansichten über das Maß jener Befugnisse ist, mit Ausnahme der stets exzentrischen äußersten Linken, im Hause nicht groß. Der Entwurf entspricht dem vernünftigen Bedürfnisse, und so glaube ich, daß seine Annahme keine wesentliche Schwierigkeit finden wird. Die Kölnische Zeitung wird denselben in einer der nächsten Nummern bringen. Wir treten den entscheidenden Bestimmungen über Parlament und Reichsoberhaupt langsam und geräuschlos näher. Wird der Gang der letzten Wochen festgehalten, so kann bis Neujahr die Verfassung des deutschen Bundesstaates definitiv beschlossen und festgestellt sein. In kleinerem Kreise finden täglich Vorberatungen statt, um diesen beschleunigten Gang herbeizuführen. Wird, wie ich hoffe, auch in Berlin vorwärts gegangen, so dürfen wir hoffen, mit einem blauen Auge über die Krise hinwegzukommen. Auffallend ist es mir, daß man dort nicht daran denkt, Camphausen an Raveaux' Stelle für hier zu wählen.

Ich habe allerdings die Ernennung zum Direktor der Schaaffhausenschen Bank definitiv angenommen, denke aber, daß diese Annahme meine Tätigkeit als Deputierter nicht beeinträchtigen wird. Für die Dauer des Parlaments wird die Stille im Bankverkehr wohl fortdauern und die Tätigkeit der zwei noch zu wählenden Direktoren zur Ordnung der laufenden Geschäfte ausreichen. Um das Geschäft im ganzen zu übersehen und wichtigere Operationen zu besprechen, werde ich ab und zu, wie es die hiesigen Verhandlungen erlauben, auf einige Tage nach Köln gehen. Ich hoffe, daß bis zum Frühjahr wieder ein reges Geschäftsleben eintreten und es erlauben wird, dann auf dem Wege der Vereinigung noch mehrere Institute ins Leben zu rufen, die ich für die Wohlfahrt der Provinz für unentbehrlich erachte. Der Bau der Köln-Mainzer, Köln-Gladbach-Venloer und Köln-Barmener Eisenbahnen gehört auch zu diesen Wünschen. Sind unsere politischen Zustände geordnet, so muß gleich mit aller Kraft an der materiellen Weiterentwicklung gearbeitet werden. Der Belagerungs-

zustand dauert hier noch fort mit voller Zustimmung des Parlamentes. Es würde mich nicht wundern, denselben in Köln bald wieder proklamiert zu sehen.

127. Desgl. Frankfurt, 1848 Oktober 7.

Gestern und vorgestern herrschte wieder Sturm in der Paulskirche. Vorgestern wurde ein Antrag des Kriminalgerichts auf Verhaftung von Simon, Zitz und Schlöffel und auf Untersuchung gegen Blum und Günther verhandelt. Die linke Seite des Hauses suchte diesmal, wie schon früher, durch terroristische Heftigkeit den Mangel guter Gründe und eines guten Gewissens zu ersetzen. Ein Antrag zweier Mitglieder, Wiesner und Schmidt, zeugt von einer Unverschämtheit, wie sie bisher in den Annalen europäischer Parlamente gänzlich ohne Beispiel ist. Gagern ließ sich durch diese Ungebühr zu weit hinreißen, und infolge seiner leidenschaftlichen Apostrophe stehen in nächster Zeit wiederholt Sitzungen in Aussicht, in welchen die Parteien den Bannfluch gegeneinander schleudern und die Dialektik der Sache zu einem Kampfe der Personen umgestalten werden. Gagerns sittliche Entrüstung hat in einem Ausschusse, niedergesetzt, das schamlose Betragen der beiden Mitglieder zu untersuchen, ihr getreues Echo gefunden. Dieser Ausschuß trägt darauf an, die Herren so lange vom Parlament auszuschließen, bis sie ihren Antrag zurückgezogen haben werden. Die berüchtigte Exklusion des Manuel, die einst den Thron der Bourbonen zittern machte*), soll also im ersten deutschen Parlamente sich wiederholen. Ein trauriges Zeichen der Zeit. —

Gestern zeigte sich abermals die Erregtheit der Gemüter. Vincke beleidigte in seiner vom Vereinigten Landtag her bekannten scharfen Manier ein Mitglied des linken Zentrums Schoder. Dieser wälzte den Angriff mit der Verachtung eines Volkstribuns auf das Haupt des Freiherrn zurück. Die ganze linke Seite tobte und lärmte, als hätte sofort die Demonstratio ad oculos mit den Fäusten beginnen sollen. Gagern rief vergebens zur Ordnung. Aus dem wirren Knäuel der Linken wurden wüste Beleidigungen gegen den Präsidenten laut. Auch diese sollen nun Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung werden. Diese Untersuchungen werden doppelten Nachteil haben, sie werden Zeitverlust herbeiführen und den ohnehin so starken Haß der Parteien immer mehr entflammen. Wahrlich, es gehört ein guter Glauben dazu, um bei

*) Die tumultuarische Austreibung J. A. Manuels aus der französischen Kammer war am 4. März 1823 erfolgt.

solchen Szenen nicht an dem Gelingen des großen Werkes zu verzweifeln. Bis jetzt hatte das Parlament ungewöhnliches Glück. Mögen die guten Sterne auch künftig über Deutschland walten.

Die Politik wird mir gänzlich verleidet, wenn Roheiten, wie die der letzten Tage noch lange fortdauern. Der Belagerungszustand besteht hier noch ungeschwächt. Militär kampiert bei lustigen Wachtfeuern auf offener Straße. Der Roßmarkt sieht einem Feldlager ähnlich. Wird aus solchen Zuständen die wahre, sittliche Freiheit hervorgehen?

In Berlin gehen die Dinge gut. Vielleicht kommt von da der gute Geist zu einer Zeit, wo niemand ihn mehr von dort erwartet. Die letzte Sitzung macht der Berliner Kammer alle Ehre.

128. Desgl. Köln 1848, Oktober 15.

In den nächsten Tagen werde ich hier die nötigsten Vorbereitungen treffen, um das Schaaffhausensche Bankgeschäft mit dem 1. November wieder eröffnen zu können.... Ich bin geistig schon halb in diese Verhältnisse eingetreten und habe den Kampf zwischen Politik und Finanzen für die nächsten zehn Jahre in mir zum Abschluß gebracht. Ich werde nun nach Kräften die letzteren zu kultivieren suchen.

Die Frankfurter Versammlung schreitet in den letzten Tagen im Sturmschritt voran. Geht das in nächster Zeit so fort, so ist die deutsche Verfassung am 31. Dezember fertig und kann bis zum Frühjahr eingeführt sein. Die Wiener Ereignisse liegen noch gänzlich im dunkeln. Ich wünsche dem deutschen Elemente den Sieg, selbst auf die Gefahr hin, daß Savoyen und Nizza an Frankreich abgetreten werden müssen. Ein Deutschland von Triest bis zur Nordsee kann neidlos seinen Nachbarn einen Zuwachs gönnen. Es ist und bleibt mächtig genug, um im Herzen Europas die Wage der Geschicke in fester Hand zu halten. Ungarn und Italien mögen in selbständiger Entwicklung ihr Heil versuchen*).

Eine sehr bedeutende Erhöhung der Garnzölle infolge eines neuen Tarifs steht in keinem Falle in Aussicht. Duckwitz'**) Vorschläge werden, auch wenn sie (was ich nicht glaube) schon in dieser Sitzung des Parlaments zum Beschluß erhoben werden sollten, schwerlich drei Taler für Leinengarn übersteigen.

---

*) In bezug auf die revolutionäre Spannung schrieb er am 19. Oktober: „Alles deutet darauf hin, daß die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hat, wenn sie nicht künstlich wieder aufgestachelt wird."

**) Der Reichsminister des Handels.

129. D. Hansemann an G. Mevissen. Frankfurt, 1848 Okt. 17.

Es wäre mir lieb und wohl für die gute Sache nicht schädlich, wenn ich hier jetzt ins Parlament eintreten könnte. Obgleich dieserhalb schon Schritte geschehen sind, so ist der Erfolg doch zweifelhaft, deshalb stelle ich Ihnen anheim, ob Sie mich nicht an die Stelle des ausgetretenen Herrn Compes (wenn ich nicht irre Wahlkreis Siegburg) durch Ihre Bemühungen und Verwendungen wählen lassen können. Ein Glaubensbekenntnis brauche ich wohl nicht zu machen, da ich ein bekannter Mensch bin*).

130. Abgeordneter F. Chr. H. Kühlwetter an G. Mevissen. Berlin (in der Nationalversammlung), 1848 Okt. 18.

...... Die Arbeiterrevolution ist beendigt. Heute morgen soll die Petitionskommission über die gestern von den Arbeitern eingegebene Bittschrift Bericht erstatten. Die Anträge der Arbeiter bestehen teils in Anforderungen, über welche zur Tagesordnung übergegangen werden wird, teils in solchen, welche zur Entscheidung des Magistrats oder zur gerichtlichen Kognition gehören.

In diesem Augenblick nahet die Diskussion über die Aufhebung der Laudemialpflicht ihrem Ende. Zahllose Amendements werden fallen, und es wird wahrscheinlich der mit dem Regierungsentwurf übereinstimmende Abteilungsentwurf zur Annahme kommen. Nach demselben werden Laudemien bei Veränderung in der herrschenden Hand ohne Entschädigung aufgehoben; dasselbe Schicksal trifft die Laudemien bei Veränderungen in der dienenden Hand, wenn es sich von Vererbungen oder Übertragungen unter Aszendenten und Deszendenten, Ehegatten oder Verlobten handelt. Sie sehen, daß die preußische Regierung liberaler ist als die Frankfurter Versammlung, welche mit Ausnahme der Jagd in allen Fällen die Ablösbarkeit beliebt hat. Nun, ich denke, daß hieraus keine Kollision entsteht.

Morgen droht uns die Polendebatte, welche durch den Entwurf über die Reichsgewalt meines Erachtens in eine besondere Lage gekommen ist. Die Polen scheinen selbst noch nicht recht zu wissen, ob sie eine besondere Verfassung beanspruchen oder die preußische Verfassung als die für Posen gültige betrachten wollen. Das erstere entspricht dem Wunsche der speziellen Nationalität, läßt sich aber ohne Festhaltung der den Polen verhaßten Demarkationslinie nicht aussprechen. Letzteres läßt die Scheidung des Großherzogtums Posen vorläufig unberührt, entspricht

*) Am 17. November reiste Hansemann nach Berlin zurück (vgl. Bergengrün a. a. O. S. 572 ff.).

aber nicht der Personalunion, welche der Entwurf des Gesetzes über die Reichsgewalt für die einzig statthafte Form erklärt. Oder wollen die Polen im deutschen Reich aufgehen und können die Deutschen dieses annehmen? Würde eine solche Aufnahme den Begriffen der Nationalitätsrechte entsprechen, welche jetzt zur Geltung gekommen sind? Die Ansichten sind hier sehr verschieden.

131. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 20. Oktober 1848.

Seit jenem verhängnisvollen 24. Februar folgt in Europa eine revolutionäre Bewegung der anderen. Die streitenden Elemente der Gesellschaft, Nationalität und Freiheit, Partikularismus und Einheit, leben in wildem Kampfe, und nirgend ist noch ein fester Niederschlag, ein neues Land aus der Flut der Bewegung sichtbar. In Österreich vor allem folgt Schlacht auf Schlacht. Ich folge der dortigen Bewegung mit gespanntem Interesse, von der Überzeugung durchdrungen, daß diesmal in Österreich die Geschicke Deutschlands sich entscheiden. Siegt in der österreichischen Entwicklung das deutsche Element und besitzt dies Selbstverleugnung genug, um die bisher unter der Kaiserkrone vereinigten fremden Elemente, Ungarn, Italien, Galizien, selbständig sich gestalten zu lassen, so dürfen wir als Endpunkt der gewaltigen Bewegung ein großes einiges Deutschland in Aussicht nehmen, ein einiges Deutschland von Triest bis Königsberg und Aachen. Dieses Deutschland wäre stark genug, um unblutig den Frieden der Welt zu erzwingen und in der Mitte Europas die Fahne der Zivilisation hoch empor zu halten. An dieses Deutschland würden Ungarn, Italien und Polen sich als Schutzverwandte anlehnen mit gleichen Interessen, und den Magyaren würde die Mission zuteil werden, die Kultur nach Osten zu tragen.

Diese Aussicht ist groß und schön — aber leider zu poetisch für die widerstrebende Wirklichkeit. Abgesehen von den inneren Kämpfen, die dieselbe zur Voraussetzung hat, ist es gar nicht wahrscheinlich, daß Frankreich und Rußland dieser Entwicklung eines einigen mächtigen Deutschland ruhig zusehen werden. Frankreich ist seit zwei Jahrhunderten die erste Großmacht des Festlandes, es wird diese Rolle nicht friedlich auf Deutschland übertragen sehen. Frankreichs Politik wünscht als Nachbar kein neutrales, einiges, auf eigenen Füßen stehendes Italien; Rußland will an seiner Grenze kein neuerstehendes Polen, kein seinen Eroberungsplänen im Orient mächtig entgegentretendes Ungarn. Von Polen und Ungarn gleichzeitig angegriffen, würde sich die innere Schwäche des russischen Kolosses bald enthüllen. Die klugen Lenker der russischen Politik werden dieser gefahrvollen Eventualität nach Kräften entgegen

arbeiten und so lange wie möglich durch Geld und indirekte Einwirkung den Bürgerkrieg zu verlängern suchen.

Siegt statt des deutschen Elementes die Idee des Gesamtstaates, so wird die durch Revolutionen errungene, vielleicht für das in politischen Dingen noch wenig erfahrene Volk Österreichs gefahrvolle Freiheit zugunsten des Kaisertums enger beschränkt werden müssen. Die Selbständigkeit Italiens, Ungarns und Polens wird dann vertagt, aber nicht gänzlich beseitigt. Wie klug auch die Staatsmänner sein mögen, die in diesem Falle zur Lenkung der Geschichte der Gesamtmonarchie berufen werden, die Macht der Verhältnisse ist stärker, als alle politische Weisheit. Völker, denen einmal der Ruf zur Selbständigkeit nahe getreten, kann die Politik eines großen Ganzen wohl eine Zeitlang in ihrer Entwicklung hemmen, sie zu einer tieferen und gehaltvolleren Auffassung ihrer Aufgabe nötigen, aber nicht dauernd zurückhalten. Der Gesamtstaat Österreich, wenn er in seinen alten Grenzen wieder ersteht, hat nur noch kurze Dauer. Die erste neue Bewegung wirft ihn über den Haufen und nötigt die verschiedenen Elemente, woraus er besteht, sich zu ihren Stammesgenossen zu wenden. Die deutsche Zukunft Österreichs ist nur eine Frage der Zeit, die, wenn nicht heute, dann morgen gelöst werden wird und gelöst werden muß. Je tiefer in der jetzigen gewaltigen Bewegung dieses Bewußtsein sich durchdrängt, daß für die deutschen Erblande nur in einem innigen Bündnisse mit Deutschland Heil zu hoffen ist, je mehr wird die Aufgabe der Zukunft erleichtert werden.

Die deutsche Zentralgewalt kann für jetzt unter den gegebenen Umständen sich zu den Ereignissen in Österreich nur passiv teilnehmend verhalten. Einen lauteren Wiederholl werden dieselben im Parlamente in Frankfurt finden. Die Rücksicht auf das Ausland und die noch unvollendete Verfassung Deutschlands nötigt jedoch zur Vorsicht*).

132. Desgl. Köln, 1848 November 2.

... Die Nachrichten aus Wien und Berlin lauten heute gleich unerfreulich. Wem soll man den Sieg wünschen? Im Streite zwischen Reaktion und Anarchie bin ich fast geneigt, für eine Zeitlang der letzteren freies Feld zu geben, damit aus der Auflösung die neue feste Ordnung entstehe. Die Reaktion kann uns nur einer zweiten Revolution entgegenführen. In den nächsten Tagen müssen sich viele Rätsel lösen.

*) Vom 21.—24. Oktober besuchte Mevissen seinen Wahlkreis Siegen, am 1. November eröffnete der Schaaffhausensche Bankverein in Köln seine Tätigkeit, Mevissen war infolgedessen bis zum 16. November von Frankfurt abwesend.

133. Abgeordneter Landrat Ed. v. Moeller (von 1849 ab Regierungspräsident in Köln) an G. Mevissen. Berlin, 1848 November 11.

Je mehr ich über unsere Zustände nachdenke, desto mehr überzeuge ich mich, daß eine Vermittelung zwischen Krone und Versammlung auf der Basis des Rückkehrens hierher eine Chimäre ist. Die Krone würde zu sehr dadurch degradiert werden. Es bleibt nach Lage der Sache nichts übrig, als dem Staatsstreich seinen Lauf zu lassen, wenn die Versammlung am 17. nicht nach Brandenburg kommt, und dann eine Verfassung zu oktroyieren.

Hier ist äußerlich noch immer vollkommene Ruhe. Gestern sind 15000 Mann Truppen unter Wrangel eingerückt und haben alle Wachen durch einfache Ablösung besetzt. Die Versammlung im Konzertsaale ist unter Androhung der Cernierung zum Auseinandergehen aufgefordert worden und hat sich bis heute vertagt, wo sie, als sie den Konzertsaal geschlossen fand, nach dem Hôtel de Russie zog. Sie verhandelt, bloß um die Zeit hinzubringen, da die Fraktion des Hôtel de Russie gegen Konventsmaßregeln mit dem Präjudiz ihrer Entfernung auftritt. Das Ministerium verfährt sehr schrittweise; es hat sich wohl kaum gedacht, daß es ohne Straßenkampf und ohne Belagerungszustand abgehen werde, und ist vielleicht in Verlegenheit darüber. Jedenfalls wäre es dringend wünschenswert, wenn Beckerath herkäme.

134. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1848 November 13.

Jeder Tag bringt so neue, so inhaltschwere Ereignisse, daß der Blick auch in die nächste Zukunft getrübt wird. Kaum ist die Katastrophe in Wien blutig entschieden, so droht ein ähnliches Schicksal in Berlin. Unsere Gesamtentwicklung nimmt einen unerfreulichen Gang, welcher mir große Besorgnisse für die Zukunft einflößt. Sind erst die Nationalversammlungen in Wien und Berlin beseitigt, so fürchte ich sehr, daß auch die Reihe an das Frankfurter Parlament kommen wird. Zündstoff zu Konflikten ist auch dort in reichem Maß vorhanden, und die Regierungen werden, wenn sie durch Militärmacht siegen, in reaktionärem Laufe weiter getrieben, als sie heute gehen wollen. Schon tauchen allerorts die gesunkenen alten Größen wieder auf, schon wird der Strom der Freiheit gewaltsam eingedämmt, und der Augenblick dürfte nicht mehr fern sein, wo auch ich im Parlamente zu meinem alten Platze, zur Opposition, zurückzukehren mich genötigt sehe. In Berlin würde ich, soweit ich die Lage von hier aus zu beurteilen vermag, mit der Nationalversammlung gehen und nicht feige das Feld räumen.

135. Desgl. Frankfurt, 1848 November 17.

Vorgestern abend gegen 8 Uhr bin ich in Mainz, und gestern morgen hier wohlbehalten eingetroffen, in einem Augenblick, wo in der Reichsversammlung ein energischer Protest gegen Wien beschlossen wurde wegen der Verhaftung und Tötung Blums. Die Stimmung ist im ganzen ernst und gehalten, und ich bin insofern zur rechten Stunde eingetroffen, als gerade gestern Abend bei Gagern eine Zusammenkunft im kleinsten Kreise anberaumt war, um über die Geschicke der Zukunft zu beraten.

In Berlin ist nach den neuesten Berichten fortdauernd alles ruhig, und weder Soldaten noch Volk treten offensiv auf. Ich bin sehr gespannt, wie diese Wirren sich lösen werden. Hier ist die Stimmung der Kammer dem Könige hold und gegen die Berliner Versammlung, jedoch nicht aus rechtlichen, sondern aus einheitlichen Motiven.

In den nächsten Tagen muß es sich entscheiden, ob, wie Gagern glaubt, die Nationalversammlung auf das Königtum in Preußen sich noch stützen kann oder nicht. Ich glaube nicht an die Aufrichtigkeit der Berliner, auch dann nicht, wenn sie in schönen Worten alles versprechen. In einer der nächsten Sitzungen wird die Leipziger Wechselordnung definitiv als Gesetz für Deutschland angenommen werden. Beckerath ist sehr leidend und seine Konstitution nicht ausreichend für die stürmische Zeit.

136. Abgeordneter Ed. v. Moeller an G. Mevissen. Berlin, 1848 November 19.

Warum lassen Sie gar nichts von sich hören und sehen, ebensowenig wie unsere übrigen Frankfurter? Die Gefahr des Vaterlandes ist doch wohl groß genug, daß jeder, der noch zur Rettung beitragen könnte, sich damit beeilen und uns andere, die wir hier gegen die bösen Elemente kämpfen, helfen sollte. — Durch die Frankfurter Beschlüsse haben sich die Sachen wesentlich anders gestellt; ob sie nicht noch etwas modifiziert sein würden, wenn man die extremsten Maßregeln der Fraktion der Nationalversammlung schon gekannt hätte, lasse ich dahingestellt sein. Jedenfalls scheint es jetzt durchaus nötig, mit der Versammlung, und zwar zunächst jedenfalls in Brandenburg, noch den Versuch zu machen, eventuell durch Ergänzungswahlen. Ob es dann mit der Vereinbarung gehen wird, muß sich finden. Die Krone darf sich diesem Prinzip auf keinen Fall selbst zum Opfer bringen; wenn alle Mittel vergeblich versucht sind, so wird das Land ohne Zweifel ebenso wie Frankfurt eine in milder Form oktroyierte (aber nicht als Geschenk, sondern als Recht gegebene) Verfassung anerkennen. Was das Ministerium betrifft, so wird der König dasselbe unter den jetzigen Umständen, glaube ich, nicht

entlassen, sondern erst den von der unbefugten Nationalversammlung gebrochenen Landfrieden wieder herstellen lassen.

Bei vielen Mitgliedern der zurückgebliebenen Versammlung regt sich offenbar das böse Gewissen, daß sie sich von den Feinden jeder Staatsordnung so weit haben treiben lassen. Die jetzige Aufregung im Lande wird sich meines Erachtens nach und nach legen. Die Freunde der Ruhe à tout prix werden sich im Hinblick auf die vorhandene Alternative wohl regen, und die wirklich Konstitutionellen werden sich doch wohl sagen, daß das Recht unbedingt auf seiten der Krone ist. Aufruhr muß mit der äußersten Energie unterdrückt werden. Um dazu beizutragen, gehe ich vielleicht nach Köln zurück, da ich hier vermöge meiner geringen Zuneigung zum jetzigen Ministerium nicht viel Gutes wirken kann.

137. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 November 19.

Die Aufregung steigt hier wie in Berlin, und nirgend zeigt sich noch ein sicherer Ausweg aus dem wirren Labyrinthe der Politik. Gestern bin ich mit genauer Not der Mission als Reichskommissar nach Berlin entgangen. Simson und Hergenhahn haben diese schwere Aufgabe übernommen. Morgen wird abermals die preußische Frage zur Verhandlung kommen. Das Parlament steht auf seiten der preußischen Regierung, wagt jedoch nicht, sich offen zu dieser Stellung zu bekennen. Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkte, und keiner sieht klar in die Gebilde der Zukunft. Binnen vierzehn Tagen ist, hoffe ich, die deutsche Verfassung definitiv festgestellt; die Beratung wird jetzt Hals über Kopf beschleunigt. Nur schnelles Handeln kann noch zum glücklichen Ziele führen, darin sind alle Parteien einig. Ich baue auf die Gunst des Geschicks, die uns seit dem März noch immer aus der Schlinge gezogen hat.

138. G. Mevissen an den nach Berlin entsandten Vizepräsidenten der Frankfurter Nationalversammlung E. Simson.*) Frankfurt, 1848 November 21.

Lieber Freund! Den gestrigen Beschluß der Nationalversammlung kennen Sie bereits bei Empfang dieser Zeilen. Der ursprüngliche Antrag des Ausschusses, wonach noch erklärt wurde, daß die Krone bei Verlegung der Versammlung im Rechte gewesen und daß nach den erhaltenen Aufschlüssen von dieser Verlegung für jetzt noch nicht abgesehen werden könne, wurde, nachdem die Gewißheit seiner Verwerfung in den Klubs

*) Vgl. B. v. Simson, Eduard v. Simson (1900) S. 133ff.

sich herausgestellt hatte, nach den Wünschen der Majorität umgeformt und dadurch die überraschend große Mehrheit erzielt.

Die Nationalversammlung hat, indem sie einen bestimmten Akt der Berliner Versammlung kassierte, sich diesmal so wenig wie früher über den Rechtspunkt in dem schwebenden Konflikt überhaupt ausgesprochen. Der Vermittelung und Verständigung ist der weiteste Spielraum geblieben. Der König kann noch heute auf Ihren Rat, wenn Sie diesen dahin abzugeben für gut finden, die Verlegung in Betracht der nunmehr hergestellten Sicherheit in Berlin zurücknehmen und die Versammlung auf den 27. nach Berlin statt nach Brandenburg berufen. Er wird dies um so mehr dann tun können, wenn, wie ich hoffe, infolge des gestrigen Beschlusses der forttagende Teil der Berliner Versammlung zu größerer Mäßigung und leidenschaftloserer Auffassung der Verhältnisse sich versteht. Ich glaube, daß noch heute eine Verständigung möglich und notwendig ist. Weist die Krone eine solche zurück, will sie, eigenmächtig die Kammer auflösend, dem Lande eine Verfassung oktroyieren, so schweift sie, wie ich glaube, tollkühn hinaus über das Mögliche und Ausführbare. Eine oktroyierte Verfassung, und sei es buchstäblich die von der Kommission der Berliner Versammlung entworfene, wird die Aufregung im Lande steigern statt beschwichtigen und in der hiesigen Nationalversammlung schwerlich gutgeheißen werden. Würde sie, wie dies sehr wohl möglich, von hier aus als ungesetzlich erlassen angegriffen, so ist das Ansehen der Krone Preußens gänzlich dahin.

Sind die Gemüter auf beiden Seiten jedoch so leidenschaftlich erregt, daß keine friedliche Verständigung mehr möglich, wie Bassermann dies annimmt, so ist, glaube ich, Krone und Land nur durch einen großartigen Coup zu retten. Die Krone mag dann die Kammer auflösen, aber zu gleicher Zeit die Verfassung, wie die Kommission sie entworfen, dem Lande als provisorisches Gesetz verkünden, die Truppen auf diese Verfassung vereiden lassen und feierlich erklären, daß dieses Grundgesetz dem Lande nicht zwangsweise aufgelegt, sondern Annahme, Verwerfung oder Vereinbarung über etwaige Modifikationen dem Beschlusse der neu zu berufenden Volksvertretung unterworfen werden soll. Die Krone muß diese Verfassung als für sich definitiv bindend erklären in bezug auf die dem Volke darin zugesicherten Rechte, und dadurch den Beweis liefern, daß es ihr Ernst ist mit der Gründung der demokratischen konstitutionellen Monarchie; sie darf in dieser Form ans Land appellieren, weil das Land aus der Unsicherheit, aus den ungewissen Rechtszuständen hinaus will, und der Berliner Versammlung mit Recht der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie nichts dazu getan, die Verfassung rechtzeitig ins Leben zu rufen.

Gleichzeitig mit der Verkündigung der provisorischen Verfassung muß die Krone die Berufung der Wahlkollegien verheißen, sobald das deutsche Verfassungswerk zustande gebracht sein wird, allenfalls auch auf den 15. Januar die Wahlkollegien wirklich berufen, in der Unterstellung, daß die Gesamtverfassung Deutschlands bis dahin zum Abschluß gebracht sein wird.

Außer Berufung der Wahlkollegien erscheint mir zur Beruhigung der materiellen Interessen erforderlich:

1. die sofortige Verkündigung eines Gesetzes über Aufhebung verschiedener bürgerlicher Lasten und über Ablösung anderer zu einem niedrigen Prozentsatze;

2. eines Gesetzes über Einführung von Geschwornengerichten, Civilstandsregistern und andere dringende einschlägige Materien.

Diese Gesetze wären sämtlich nur als provisorisch gültig zu bezeichnen und so wie das Verfassungsgesetz der Beschlußnahme der nächsten Kammer zu unterwerfen. Ob in gleicher Weise die so dringend nötige Gemeindeordnung nach dem der Kammer vorgelegten Entwurfe erlassen werden dürfte, wage ich nicht zu entscheiden. Vor allem muß die Krone sich in diesem inhaltschweren Augenblick unumwunden und ohne Rückhalt über ihre Stellung zu der Deutschen Nationalversammlung und zu dem deutschen Verfassungswerke aussprechen, damit auch in dieser Beziehung jeder Zweifel schwinde. Eine völlige und freie Unterordnung ist hier unerläßlich und vielleicht nur noch jetzt von dem Könige zu erlangen.

Meine vorstehend entwickelte Ansicht über das, was zu tun, habe ich Herrn von Moeller gestern kurz angedeutet. Ich werde mich freuen, wenn von einer oder anderer Seite bessere Ratschläge gefunden werden.

139. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Dezember 2.

Seit drei Wochen weile ich nun wieder in Frankfurt, mittätig zur Gründung einer Verfassung, welcher von allen Seiten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Körperlich befinde ich mich wohl, geistig bin ich mit der Resultatlosigkeit der Beratungen unzufrieden und oft geneigt, der politischen Tätigkeit auf längere Zeit Adieu zu sagen. Die Nationalversammlung ist trotz der vielen trefflichen und bedeutenden Menschen in ihrer Mitte nicht zu bewegen, den praktischen Weg konsequent festzuhalten und mit Vermeidung alles unnötigen Geredes die deutsche Verfassung endlich festzustellen. Wenn diesmal die deutsche Einheit Schiffbruch leidet, so wird sie durch die vielen unnützen Reden buchstäblich totgesprochen.

Abermals ist eine ganze Woche unnütz vertrödelt und noch keine Aussicht auf durchgreifende Besserung. Mein einziges Streben, schon

seit längerer Zeit, geht dahin, den Parteien die Überzeugung beizubringen, daß wir mit Beseitigung aller Diskussion die Reichsverfassung beschließen müssen. Kaum habe ich die Schafe und die Böcke für einige Sitzungen unter einen Hut gebracht, so kommt irgendwo wieder ein Querkopf auf und verdirbt das Spiel für eine ganze Woche.

Und doch hängt am raschen Zustandekommen des hiesigen Werkes die Sicherheit, Größe, ja Existenz des Vaterlandes. Die Vorschläge, wie sie aus dem Verfassungsausschuß kommen, haben bisher durch die Diskussion nicht nur durchgängig keine Verbesserung, sondern vielmehr eine Verschlechterung erfahren. Das Einmischen der Nationalversammlung in Regierungshandlungen hat uns Österreich bereits entfremdet und droht jetzt auch noch den Bruch mit Preußen herbeizuführen. Hoffentlich liefert die nächste Woche bessere Resultate als die vergangene... Während anscheinend die politischen Krisen sich häufen, scheint das Vertrauen im Geschäftsleben nach und nach sich wieder mehr zu beleben. Die Börse ist entweder diesmal ein sehr schlechter Barometer, oder ich sehe sehr unklar, denn ich vermag noch immer kein Zutrauen zu einer friedlichen Entwicklung der vielen geschürzten Knoten zu fassen.

140. Desgl. Frankfurt, 1848 Dezember 6.

Gagern ist seit vorgestern zurück,*) nur mittelmäßig befriedigt von seiner Mission. In Berlin türmen sich große Schwierigkeiten gegen die schöne Idee der deutschen Einheit auf, und es gehört viel Glück dazu, wenn die Verfassung wirklich ins Leben treten soll. Wir schreiten jedoch rüstig vorwärts, und ich habe noch Hoffnung, daß wir unser Ziel erreichen, wenn wir im Sturme die feindlichen Positionen überflügeln. Österreich ist für die nächste Zukunft für uns verloren, vielleicht müssen wir auch Bayern noch aufgeben, aber selbst der Rest ist als Kern noch mächtig genug, um das einstweilen Verlorene künftig wieder zu sich heranzuziehen. Das Leben der Nationen ist zähe. Gestern und heute hatten wir wieder Beratungen bei Gagern im kleinen Komitee. Der Gang der Beratung soll jetzt auf jede mögliche Weise beschleunigt und die erste Lesung bis Weihnachten zu Ende gebracht werden.

141. Desgl. Frankfurt, 1848 Dezember 8.

Noch vorgestern Abend stand der Entschluß bei mir fest, heute auf ein paar Tage nach Köln zu eilen, da kommt gestern Morgen die preußische

---

*) Heinrich v. Gagern war vom 25. November bis zum 2. Dezember in Berlin gewesen.

Verfassung und die Abdankung in Österreich. Ich bin mit beidem zufrieden, muß aber in diesem entscheidenden Moment meinen Platz im Parlamente behaupten, damit die Vernunft im Kampfe der Parteien oben bleibt. Gestern war bis in die tiefe Nacht Beratung des Committee select bei Beckerath.*) Beschluß: die preußische Verfassung ist als gültig anzuerkennen; die Nationalversammlung findet keinen Anlaß zum Einschreiten. Wenn jetzt das Land ruhig bleibt und die inneren Zustände mit Verstand auffaßt, so ist abermals die Aussicht da, daß wir friedlich über die Krise hinüberkommen. Jetzt oder nie müssen alle besseren Elemente sich um die Regierung scharen und dafür sorgen, daß die nächsten Wahlen ein gutes Resultat liefern.

142. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1848 Dezember 8.

Die gestrigen Nachrichten aus Wien und Berlin halten mich hier fest, und ich werde erst gegen Weihnachten einige Tage Urlaub nehmen können. Der kühne Griff des Königs entspricht meinen Wünschen und findet hoffentlich die Zustimmung des Landes und der hiesigen Nationalversammlung. Die letztere ist durch die erstere mehr oder minder bedingt; ich halte den Augenblick für gekommen, wo alle Männer von politischem Einfluß und von politischem Mut sich auf den neugeschaffenen Rechtsboden stellen und die hereindräuende Anarchie kräftig bekämpfen müssen. Ohne allen Zweifel wird von seiten der Wühler im Lande in diesem entscheidenden Augenblicke alles aufgeboten werden, um die formelle Ungültigkeit der neuen Verfassung durchzusetzen. Es wird sich jetzt zeigen, ob noch gesunder Sinn und politische Einsicht genug im Lande ist, um zu erkennen, daß es dieser Partei nur um Erreichung ihrer Parteiinteressen, keineswegs um eine festere Begründung des Rechtsbodens zu tun ist. Ich bitte Sie, mir zu sagen, wie Sie die Frage beurteilen und wie die Stimmung der Kölner Bevölkerung sich ausspricht.

Acceptiert das Land, wie ich es zuversichtlich hoffe, die ihm dargebotene, gerechten Ansprüchen ganz entsprechende Verfassung, so ist damit auch die Lösung des deutschen Verfassungswerkes definitiv angebahnt. Hier stehen die Dinge so, daß, wenn die königliche Würde in Preußen nicht durch einen neuen blutigen Konflikt mit dem Volke untergraben wird, binnen längstens vier Wochen, vielleicht noch vor Neujahr, Friedrich Wilhelm Kaiser von Deutschland ist. Allseitig wird die absolute

*) Vgl. für diese Versammlung Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes 1848—49 (1850) S. 443 ff.

Notwendigkeit, die preußische Krone nach dem jetzt feststehenden Ausscheiden Österreichs aus den Bundesstaaten an die Spitze Deutschlands zu berufen, anerkannt, und selbst der Widerspruch der bayerischen Deputierten wird nach dieser Notwendigkeit weichen. Die Zugeständnisse zugunsten der katholischen Kirche in der preußischen Verfassung werden den bayerischen Partikularismus lähmen. Die Majorität der Nationalversammlung ist fest entschlossen, auf raschestem Wege dem Ziele, Vollendung der Verfassung, zuzueilen, und nach Gagerns Rückkehr von Berlin fühlt jeder, daß der letzte entscheidende Wurf nicht länger verschoben werden kann. Ich hoffe, Ihnen schon um Weihnachten die erste Lesung des letzten Abschnittes mitteilen zu können.

Die Kohlensache (Kölner Bergwerksverein) lasse ich bis dahin beruhen. Konsolidieren sich die politischen Stellungen, so gehen wir einem raschen industriellen Aufschwung entgegen und werden dann leicht die Mittel finden, das Kapital bis auf die erforderliche Höhe zu ergänzen.

143. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1848 Dezember 16.

Heute ist mir zum zweiten Male mein Vorhaben, zu Dir zu eilen, vereitelt worden, weil man mir in diesem Augenblick die Abreise nicht gestatten will. Schmerling ist gestern nach längeren Verhandlungen aus dem Ministerium ausgetreten, Gagern als Präsident eingetreten. Gagern wird nun Montag wohl mit seinem Programm hervortreten. Um ihn, wenn es etwa erforderlich, nach Kräften zu unterstützen, bleibe ich bis Dienstag oder Mittwoch hier.

Ich sehne mich übrigens längst herzlich zu Dir zurück und zu unserem gemütlichen Stillleben. Die politische Bewegung und in ihrer Folge unsere Trennung dauert mir und wohl auch Dir zu lange. So schön das Wirken und Streben für die Gesamtheit ist, so darf es doch nicht so lange währen, daß die dauernden Lebensverhältnisse über eine gewisse Frist hinaus in den Hintergrund gedrängt werden. Ich habe die Hoffnung, daß wir bald den Gipfel des Berges erstiegen haben und das gelobte Land, die deutsche Einheit und Freiheit, vor uns sehen werden.

Mit Gagern spielt die Nationalversammlung ihren letzten Trumpf aus. Gelingt es jetzt nicht, mit rascher und kühner Hand das Werk zu vollenden, so gelingt es überhaupt nicht. Die Aussichten auf Erfolg sind in diesem Augenblick günstig, wenn sie geschickt benutzt werden.

144. Desgl. Frankfurt, 1848 Dezember 17.

Trotz meines Vorhabens, nach Köln zu gehen und die Schaaffhausensche Bank zu leiten, halten mich die inhaltschweren Fragen der Politik noch

hier fest. Seit acht Tagen bin ich Tag für Tag zur Abreise gerüstet und entschließe mich am Abend zum Hierbleiben.

Die Dinge gehen hier mit schnellem Schritt ihrer Entscheidung entgegen. Entweder haben wir noch vor Neujahr die deutsche Verfassung fertig, oder dem ganzen Werke droht die größte Gefahr. Gagern tritt heute zum erstenmal als Ministerpräsident in die Kammer und wird dem Hause die möglichste Beschleunigung ans Herz legen. Die Wahl Napoleons in Paris erfordert diese mehr als je. Das Leben, abgesehen von der Politik, ist hier einförmig und geht den gewohnten Gang. Die Frankfurter Bevölkerung lebt, wie die Kölner, ihr Winterleben in Salons, Tees usw. Die Deputierten nehmen an diesen rauschenden Festlichkeiten, obschon vielseitig eingeladen, nur höchst geringen Anteil. — Die Hauptfrage, die schon lange alle Köpfe beschäftigt, ist die, wer an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werden soll. Alle möglichen Einflüsse, Ansichten und Grillen werden geltend gemacht, um eine Entscheidung dieser Frage, je nach dem Standpunkt der Parteien, herbeizuführen. Ich glaube und hoffe noch immer, daß Friedrich Wilhelm IV. definitiv an die Spitze gestellt werden wird. Ich halte dies für den einzig möglichen Weg, um friedlich über unsere Krise hinwegzukommen.

145. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 5.

Das Programm des Ministeriums kommt erst künftigen Montag (Jan. 8) zur Verhandlung, weil der Bericht des Ausschusses nicht eher fertig werden wird. Dann folgt diesem gleich die Oberhauptsfrage auf dem Fuße, und so hoffe ich, daß die nächsten vierzehn Tage uns die Entscheidung bringen werden. Der Ausgang läßt sich bei dem fortdauernden Umbilden aller Parteien gar nicht voraus berechnen und wird sehr vom Zufalle abhängen.

Schmerling ist seit vorgestern zurück und vertritt mit Gewandtheit und Schärfe die österreichische Politik. Österreich erklärt jetzt im Widerspruche mit dem Olmützer Programm, daß es unter allen Umständen aus dem deutschen Bundesstaate nicht ausscheiden, vielmehr seine bisherige Stellung an der Spitze desselben auch künftig behaupten wolle. Gelingt es durch diese Erklärung, Gagerns Programm zu beseitigen, so ist die Nationalversammlung auf dem Meere des Zweifels derart umhergeworfen, daß sie schwerlich ohne fremde Beihilfe den sicheren Hafen finden wird. Der Kampf der nächsten Woche wird ein sehr heißer werden, und alle Parteien werden darin ihre Kräfte aufbieten. Wie es scheint, ist man in Berlin entschlossen, sich ganz passiv zu verhalten und die Beschlüsse ruhig abzuwarten. Findet das preußische Kaisertum hier eine Majorität, so glaube

ich, haben wir Verwicklungen mit Österreich in nahe Aussicht zu nehmen. Das unselige Erbteil unserer Geschichte, innere Zwietracht, kann nur zu leicht noch einmal das Grab unserer Einheit graben.

Der Aufenthalt hier ist in diesem Augenblick weniger angenehm als sonst; alles ist in einer gewissen Spannung und Beklommenheit ohne jenes frische kühne Selbstvertrauen, das den Erfolg verbürgt. Gagern ist fast der einzige, welcher sich gänzlich gleich und von der allgemeinen Abspannung unberührt bleibt.

146. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 7.

Heute wie gestern*) schweift mein Geist umher auf dem Meere der Betrachtung und strebt rückwärts, Erlebtes zu ordnen, vorwärts, Kommendes zu gestalten. Das Menschenleben, wenn es reich und warm ist, wechselt zwischen Schaffen und Begreifen. Zwischen beiden Polen unserer Existenz liegt schwankend in der Mitte der Genuß. Schaue ich zurück, so sehe ich die ganze Nation in der Fülle ihrer Kraft das Ziel bewußt erstreben, das jüngst noch scheu und unklar der voraus geeilte Einzelne sich stellte. Um das politische Werden unseres Volkes trage ich fürder keine Sorge! Zu mächtig ist es eingetreten in die Bewegung, zu klar erfaßt, zu wohl bemessen ist sein Ziel, als daß es scheitern könnte. Deutschland wird die Freiheit im Innern, die Macht nach außen sich erringen. Geistig ist schon das Problem gelöst, ja die Lösung ist bereits unverlierbares Gemeingut geworden. Sehe ich zurück auf die durchlaufene politische Bahn, so muß ich als einzelner es schätzen, daß der Zufall mich mitten in die Bewegung hineingeworfen, mir das Triebwerk der Zukunft in der Nähe erschlossen hat. Für mich ist, geistig betrachtet, diese nahe Zukunft schon Gegenwart, ihre dem blöden Auge noch schwankenden Umrisse treten mir bereits scharf gestaltet hervor, und der Blick überschweift mit Leichtigkeit den Kampfplatz, den das Ringen unseres Volkes in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mit Taten und Schöpfungen zu erfüllen bestimmt ist. Mit dem Auge des Künstlers weile ich auf diesem Bilde, um mich an seiner Fülle, seiner Macht zu laben, — dann

*) Am 6. Januar hatte er seiner Gattin (an die obiger Brief vom 7. Januar gerichtet ist) auch geschrieben, am Dreikönigstag, und ausgeführt: 'Für uns ist der Stern noch nicht aufgegangen, der uns die Stätte zeigen soll, wo der berechtigte Erbe der deutschen Zukunft schlummert. Rings um uns her wie in uns herrscht noch Dunkel und Zweifel, und nur der Glaube steht unumstößlich fest, im Herzen fest wie je ein Glaube: Ein großes deutsches Reich, ein Träger der Kultur und der Sitte wird erstehen, und koste es noch so viele Kämpfe!'

aber ohne Bedauern, ohne Reue aus diesem Tatkreise für längere Zeit zu scheiden. Das Ideal des Jünglings, soweit seine Erkenntnis ihn trug, wird Wirklichkeit werden auf diesem Gebiete. Die großen Gestalten dämmern empor, anderen Geistern sei es vorbehalten, den jungen Dom der Freiheit und der Macht weiter auszubauen.

Das Menschenherz ist unerschöpflich reich. Wendet es in voller Kraft von einem Streben, einem Gehalte sich ab, so taucht schon ein neuer Pfad empor, der sich dem Strebenden, Lebenden darbietet. Vergangenheit und Zukunft fließen dem Beschauenden, Denkenden leise zusammen. Schon ist der neue Pfad gefunden! Die alten Ideale sind zum Leben gestaltet, die alte Geisteswelt ist Wirklichkeit geworden oder wird es werden; wohlan denn mit kühnem Sinn den Kreis des Ideals erweitert, neu geforscht, neu gestrebt einer weiteren Zukunft entgegen! Nur nicht ruhen, denn die geistige Ruhe ist der geistige Tod. Von der Handlung zurück zum Begriff, das ist die organische Entwicklung des geistigen Wesens.

Ist die Freiheit der Bewegung allen errungen, so wird es jetzt gelten, der Freiheit Gehalt zu schaffen, damit die Willkür nicht öde, nicht irre und unbefriedigt bleibe. Erfüllt mit wahrem Gehalte, erfüllt mit geistiger Bildung, mit materieller Schöpfungskraft muß die Freiheit in allen werden, soll sie nicht verdorren und verkümmern. Die hohe Aufgabe der nächsten Zukunft ist die Erziehung der Massen zu größerer geistiger und physischer Gleichheit, damit die Entwicklung der Zukunft eine breitere Basis gewinne, damit neue, ursprünglich frische Kräfte gewonnen werden für den Fortbau am Tempel der Zivilisation.

Das Werdende gestalten,
Gewordenes erhalten,
Was, Menschenkind, willst du noch mehr?

Nur der Blick auf die unendliche Zukunft, auf das unergründliche Meer von Geburt und Tod, das in stillem gleichem Weben der ewige Geist gestaltend überschwebt, erhält dem Leben die junge schöpferische, strebensmutige Frische und bewahrt vor Verknöcherung und Erstarrung. Drum, wie auch die Gebilde des Lebens wechselnd sich nahen, immer kühn und wohlgemut zurück zum nie versiegenden Urquell des Lebens und des Geistes, zum Born der geistigen Freiheit, die der Gestaltung Fülle in sich trägt.

Meine Betrachtungen haben die beiden Pole des menschlich geistigen Seins umschwebt. Zwischen ihnen wallt das Leben auf und ab. Das Schwanken der Gebilde der inneren Welt hat aber seinen festen Anker im Gemüte, die vielgestaltige Pracht der Außenwelt hat in der Schönheit,

in dem Maße ihren Ruhepunkt. Das Gemüt, das Menschenherz, die Liebe, womit es von einem Punkte aus die weite Welt der Erscheinung umfängt und mächtig zu sich heranbannt, das ist die Einheit der beiden Pole des auf- und niederwogenden Lebens. Zum Herzen zurück deutet alles, Äußeres wie Inneres. Zwei Herzen, die vereint sind, lassen in unbewußter Gleichstimmung das Leben auf sich einwirken, sie werden, wenn auch verschieden berührt, nach kurzem Umschwunge wieder zur Einheit sich zurückfinden.

Der Genuß des Lebens liegt in der Freude des Gemütes am Schönen, am Gestalteten. Das Gemüt fühlt sich selig befriedigt in dem Anschauen der schönen Erscheinung, im Empfinden der schönen Natur und Kunstschöpfung. Das Schöne, das Maß in aller Gestalt herauszufühlen, dazu gehört teils Naturanlage, teils geistige Entwicklung. Die Anlage zur Empfindung des Schönen zu kultivieren, den geistigen Blick zu schärfen, das ist die nie aufhörende Aufgabe des Individuums. Der einzelne eignet sich in dieser Weise die Entwicklung der Gesamtheit an und faßt die Kräfte der weiten Welt in sich in einem Brennpunkt zusammen. Mitten im Strudel der politischen Tat, des stürmenden Parteikampfes zieht mich ein unwiderstehlicher Drang hin zu anderen Sphären des Geistes. Die Gegenwart, wie groß sie immer ist, ist zu klein für den rastlosen Geist, die Flügelschläge der Seele weisen in die Ferne. Doch jetzt zurück vom Fluge hinab in die Wirklichkeit, die da Schein ist, nicht Wahrheit.

Heftiger als je lodert die Parteiwut, die engherzige Einseitigkeit auf. Hier Österreich, da Preußen, hier Dynastie, da Volk, hier Katholizismus, da Protestantismus, lauter unversöhnliche Gegensätze —, und wenige Menschen nur, die es tief empfinden, daß die Natur diese Gegensätze bereits in sich überwunden, daß sie ihr Ziel schon über die Parteien hinaus aufgesteckt hat. Kein Österreich, kein Preußen mehr, ein einziges, großes Deutschland — dieses Wort muß und wird Wahrheit werden, und koste es noch so viele Kämpfe. Über das nächste Resultat ist noch kein Urteil möglich, aber ich habe den unbesiegbaren Glauben an die Macht der Wahrheit; sie wird in der freien Diskussion sich Bahn brechen. Schon fühlen die einzelnen Parteien das Bedürfnis, näher zusammenzutreten, sich zu verständigen, sich zu einigen. Mancher geistige Umbildungsprozeß wird in den nächsten Tagen noch vorsichgehen. Alle Klubs halten Sitzung bis in die späte Nacht. Die Traumgebilde werden schwinden vor dem Lichte des Tages.

Wie künstlich auch Schmerling die Fäden der österreichischen Politik spinnt, die Nation hat heute noch Kraft genug, das künstliche Gewebe

zu vernichten. Preußen wird und muß endlich seine Aufgabe erkennen und heraustreten in kühnem Schlachtenmut aus dem mystischen Dunkel. Camphausen reist über zwei Tage mit seinem Bruder nach Berlin und wird dort jetzt gut wirken. Die österreichische Frage kommt Dienstag zur Verhandlung. In vierzehn Tagen wird das Kaisertum begründet, die politische Zukunft Europas für die nächsten zwanzig Jahre entschieden sein.

147. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 8.

Heute ist noch immer die österreichische Frage nicht zur Verhandlung gekommen, und selbst bis Donnerstag (Jan. 11) wird dieselbe noch auf sich warten lassen. Eine ganze Woche geht also in Vorberatungen verloren, die ich besser in Köln als hier zugebracht hätte. Die Aussichten auf eine endliche glückliche Lösung der deutschen Frage sind jedoch im Wachsen begriffen. Mit Gagern ist ein mächtiger neuer Geist in das Reichsministerium eingezogen. Weit entfernt, den Kopf zu beugen, trägt der Titan mit jedem Tag die Stirne höher. Je mehr die Wogen sich um ihn türmen, je kühner und zuversichtlicher schaut der Steuermann in den Sturm; er weiß: er wird, er muß siegen. Gagerns Siegesgewißheit, seine großartige Sicherheit teilt sich sympathetisch allen denen mit, die mit ihm in Berührung treten. Und mit dem frischen Mute wächst die Kraft, die Hindernisse zu besiegen. Jetzt im letzten Momente der Entscheidung muß es sich zeigen, ob das deutsche Volk wahrhaft die Einheit will. Wenn mich nicht alles täuscht, werden wir den Sturm bestehen. Schon regt sich in der ganzen Presse, im Süden wie Norden, ein erhöhtes Leben, schon ist die Einigkeit wiederhergestellt in Kreisen, die noch jüngst feindlich einander gegenüberstanden; ich sage heute mit Gagern: die Feinde unserer Einheit, seien sie in Wien, München, Berlin oder London, sie werden schmählich zu schanden werden. Hat einmal die Nation durch die Nationalversammlung ihren Willen erklärt, hat sie Preußens König als erblichen Kaiser berufen, so glaube ich nicht, daß in Deutschland eine Macht existiert, welche Widerstand zu leisten vermöchte.

Anfangs künftiger Woche beginnt die Diskussion über das Oberhaupt; gegen Ende derselben wird die Entscheidung über das Prinzip: erblich, lebenslänglich oder auf Zeit, fallen. So weit sich die Parteien berechnen lassen, ist für ein erbliches Kaisertum große Aussicht (circa 200 Stimmen), jedoch noch keine absolute Gewißheit da. Jeder Tag bringt übrigens neue Kundgebungen des Volkswillens, geeignet, auf die endliche Entscheidung bedeutend einzuwirken. Mehrere deutsche Kammern haben sich bereits erklärt, andere werden folgen. Volksversammlungen und Vereine treten den Kammern zur Seite, und — was höchst auffallend ist —

bis jetzt wagt noch niemand, sich offen für Österreich zu erklären. Die Nation weiß also im entscheidenden Augenblick doch, was sie will und nicht will. — Camphausen ist nach Berlin abgereist, um auf ein hohes Haupt einzuwirken. Die Berliner haben übrigens in den letzten Tagen sich in etwa gebessert und dankenswerte Gesetze publiziert.

148. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 11.

Hier stehen wir am Vorabend der Entscheidung, deren Resultat nicht mehr zweifelhaft ist. Gagerns Programm wird eine hinreichende Majorität finden, und wenn nicht alles täuscht, werden wir auch das Erbkaisertum noch glücklich durchführen. Dann haben wir unsere Mission erfüllt und dem Parlamente auf Jahrhunderte hinaus ein Denkmal gesetzt. Mein voller Glauben an das Gelingen des großen Werkes ist wieder zurückgekehrt. Jetzt in der Stunde der Entscheidung klärt sich so manches Dunkel auf; der Genius der Nation schreitet so erhaben daher, die unbändigsten, eigenwilligsten Geister sind plötzlich so gefüge; es wird, es muß gelingen. Freilich um einen schönen Traum werden wir durch die Entscheidung ärmer. Das deutsche Weltreich, die einzig und allgewaltig dastehende Germania, wie unser Volk sie ahnungsvoll in seinem Traum geborgen, sie flieht zunächst zurück vom Boden der spröden Wirklichkeit. Das deutsche Weltreich können wir beim Ausschluß Österreichs nicht gründen, aber eine solide, in Europa achtunggebietende Großmacht Deutschland, die werden wir gründen. An die Stelle des schönen, poetischen Traumes tritt die mehr prosaische, aber wahre und lebensvolle Wirklichkeit. Wir fangen in der Politik erst an, praktisch zu werden und uns hübsch nach der Decke zu strecken, das Ausführbare zu gründen. Tun wir das mit nachhaltiger Konsequenz, so werden wir sehr bald unsere nationale Würde dem Auslande gegenüber wiederherstellen und nicht mehr wie bisher das Aschenbrödel im Rate Europas sein.

Ich möchte die sauern Gesichter wohl sehen, die zu der neuesten Wendung unserer Dinge ein gewisser hoher Herr*) in England machen wird. Das Maß in den Beschlüssen des Parlamentes, die politische Reife der Nation, das paßt nicht in den Kram der Diplomatie. So fein auch die Netze gewebt sind, wir werden sie zerreißen! Ist erst die österreichische Frage entschieden, so wird alles noch lichter und klarer werden. Ich sehne mich von Herzen nach dem Ende dieser spannenden Bewegung. Ich werde mich freuen, wenn ich dann beruhigt und befriedigt heimkehren und das Werk der Politik mit einem anderen Ziele vertauschen kann.

*) Der Fürst Metternich ist gemeint.

Hansemann will in Berlin eine große Zeitung begründen und fordert zur Beteiligung an derselben auf.*) Ich bitte, in unserem Kreise gelegentlich zu sagen, daß meiner Meinung nach es sehr geraten, fast Pflicht sei, jenem Projekte Hansemanns die Ausführung zu sichern. Bei einiger Bemühung werden sich in Köln gewiß viele Zeichner finden. Ein solches Journal, wie Hansemann es beabsichtigt, tut dringend not.

149. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 13.

Zwei Tage lang tobt jetzt die parlamentarische Feldschlacht. Schon sind die Köcher mancher tüchtiger Schützen voll giftiger Pfeile geleert, und noch dämmert kaum in der Ferne die Entscheidung. Nie gingen bisher noch die Wogen so hoch, nie schwankte die Masse so ungestüm hin und her, wie gestern und vorgestern; schon das äußere Bild der Versammlung zeigte, daß eine entscheidende Schlacht geschlagen werde über das Schicksal Europas.

Tatsächlich ist und war alles vor der Schlacht entschieden. Das Resultat kann und wird kein anderes sein, als die erbliche Kaiserkrone Preußens, aber jeder Fußbreit Weg wird streitig gemacht, und in alter Machtfülle richtet stolz und würdig sich auf die jahrhundertalte Habsburger Politik. Vergebens! Es ist vorbei mit diesem Geschlecht! Die Zukunft gehört unbestreitbar dem jüngeren, kräftigeren Hause.

Drei Eventualitäten bietet der Geisterkampf, einst vielleicht das großartigste Vorgefecht der modernen Geschichte:

1. ein großes, mitteleuropäisches Weltreich, mit dem Fuße hinanreichend an Asien, mit dem Kopfe vorrückend bis zum fernen Norden. 70 Millionen bilden dieses Reich und beherrschen mit der Macht des Schwertes die Zukunft. Sein Haupt ist der Kaiser von Österreich und Deutschland.

2. ein großes, einiges Deutschland von 48 Millionen. Deutsch-Österreich ist einbegriffen, Habsburg ordnet sich dem deutschen Reiche der Zukunft unter und anerkennt als Kaiser den Hohenzollern.

3. ein praktisch mögliches Deutschland von 36 Millionen, eine europäische Großmacht, stark genug, um auf eigenen Füßen zu stehen, nicht so enorm, um dem Gleichgewicht Europas Gefahr zu drohen. 36 Millionen unter dem Kaiserzepter der Hohenzollern, ein stammverwandtes unvermischtes Volk, sich zur Einheit gestaltend in voller Übereinstimmung der Fürsten und Völker.

*) Es handelt sich um die Konstitutionelle Zeitung (Bergengrün, David Hansemann S. 592); sie erschien zuerst am 27. Februar 1849.

Diese dritte Möglichkeit ist es, die wir wählen und die das künftige Geschick des engeren und weiteren Vaterlandes bestimmt. Die zweite scheitert an dem gerechten Selbstgefühl des Gesamtstaates Österreich. Die erste scheitert in ihrer physisch monströsen Komplexion, die unaufhörlich jede andere Nationalität mit der Gefahr des deutschen Universalreichs bedrohen würde.

Die Alternative, die wir wählen, eröffnet uns ein freies großes Feld der Entwicklung, wir werden nicht absolut, nicht allmächtig, aber wir werden gleichmächtig sein mit den der Zivilisation entgegenstrebenden Nationen Europas, gleichmächtig mit Frankreich und England. Wer fortan den Vorrang haben wird, der wird es dem ihm innewohnenden Geiste, dem Fortschritt seiner moralischen und materiellen Kultur verdanken. Sind wir Deutsche, wie wir so lange es stolz behauptet haben, die Träger des Geistes, reicht unser Wissen und Wollen hinaus über die Grenze unserer Marken, wohlan, dann sind wir auch mit 36 Millionen das erste Volk der Welt, dann sind wir die Träger der Geschichte. Wir sind es dann um so mehr, weil wir friedlich unsere Wege wandeln und durch den Prozeß der Bildung, der Überzeugung die geistige Herrschaft vollbringen, die, wie wir glauben und hoffen, dem germanischen Stamme von Anbeginn her beschieden ist. Die Erscheinungen der letzten Tage, die Erklärungen der Völker und der Fürsten sind gewaltige Zeugnisse für die ungetrübte Ursprünglichkeit des deutschen Geistes. Stolzer und selbstgewisser noch wie bisher rufe ich Dir zu: Wir wollen, wir werden siegen.

150. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 14.

Seit drei Tagen wird mit allen Kräften des Geistes gekämpft in der Paulskirche. Soll Österreich, soll Preußen künftig in Deutschland herrschen? Das ist die große Frage, um die es sich handelt. Gestern hat endlich die Abstimmung für Preußen entschieden. Österreich soll nicht eintreten in den deutschen Bundesstaat, soll fürder uns nicht beirren in unserm Verfassungswerke, wir wollen selbständig und allein unseres Weges wandeln, wollen nicht mehr die Schleppe der österreichischen Hauspolitik tragen. Das ist der Sinn der gestrigen großen Entscheidung. Wir opfern ein Drittel des großen Deutschlands, um endlich die übrigen zwei Drittel kräftig und frei zu gestalten. Mit diesem Votum ist ein entscheidender Schritt geschehen. Von jetzt an habe ich frische Hoffnung, frischen Mut. Völker, die im Gefühle ihrer Kraft freiwillig sich beschränken, die den Lockungen der idealen Sirene entsagen, um mit fester Hand das fest Begrenzte, das Mögliche zu wollen, diese Völker erreichen notwendig in der Politik ihr Ziel.

Unser Schiff hat jetzt den Edelsten, den Besten der Nation an Bord. Mit gewaltiger Hand sitzt Gagern am Steuer und teilt die ungestümen und irr dahinflutenden Wogen. Sein Blick bleibt kühn und heiter, wie hoch auch die See geht, wie heulend auch die Stürme toben! Nur Gagerns Entschiedenheit, seine geistige Schärfe und Klarheit hat gestern den Sieg davongetragen.

Morgen beginnt die Diskussion der Oberhauptsfrage, welche nach etwa drei Tagen wahrscheinlich mit geringer Majorität für einen erblichen Kaiser sich entscheiden wird. Ganz fest steht diese Entscheidung noch nicht. Möglich ist noch ein Kaiser auf Lebenszeit. Wird das erbliche Kaisertum beschlossen, wie ich es hoffe, so ist es unzweifelhaft, daß Friedrich Wilhelm IV. mit großer Majorität zum ersten erblichen Kaiser des neuen Reiches gewählt wird. Dann, aber auch dann erst, ist der Schlund der Revolution für Deutschland geschlossen. und eine neue große Zeit ersteht, in der wir mächtig wieder hineintreten in die Geschichte Europas.

Hoffentlich ist in vierzehn Tagen alles entschieden. Die ungeheure Spannung ermüdet alle Kräfte und läßt sehnlich wünschen, daß wir bald zum glücklichen Ziele kommen.

151. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1849 Januar 15.

Die freundliche Gesinnung, die nach Ihren Mitteilungen das Siegener Land mir neuerdings betätigen will,*) habe ich mit dem verbindlichsten Dank für alle dazu Mitwirkenden anzuerkennen. Die neue preußische Verfassung fordert jedoch für die Mitglieder der ersten Kammer ein Alter von 40 Jahren. Ich besitze daher heute noch nicht die zur Mitgliedschaft nötige Qualifikation. Die österreichische Frage ist vorgestern nach dreitägiger bedeutender Diskussion mit 261 Stimmen gegen 224 für Gagerns Programm entschieden worden. Leider sind die Herren durch Schmerlings Taktik so vortrefflich geleitet, daß der große Sieg unserer Sache nur höchst geringen Nutzen bringt. Wer infolge dieser inhaltschweren Entscheidung darauf gerechnet hat, daß die Herren die Paulskirche verlassen würden, sieht sich schmerzlich getäuscht. Nach wie vor tagen sie mit und machen jeden Fußbreit streitig.

Heute beginnt die Diskussion der Oberhauptsfrage, zu der die österreichische die Einleitung bildete. Der Lage der Parteien nach sind zirka 200 Stimmen für einen erblichen Kaiser, 60 bis 70 Stimmen für

*) Man wollte dort Mevissen für die erste preußische Kammer als Abgeordneten wählen.

einen Wahlkaiser, 70 Österreicher für jede Kombination, die geeignet erscheint, das Zustandekommen des Verfassungswerkes zu hindern 150 bis 160 Stimmen der linken Seite für einen Präsidenten. Das Resultat der ersten Lesung wird lediglich von dem Modus der Abstimmung abhängen. Wird über den Wahlkaiser zuerst abgestimmt, so fallen, nachdem dieser Modus verworfen sein wird, die 60 bis 70 Stimmen dem Erbkaiser zu und schaffen diesem die Majorität. Gagern wird das große Gewicht seiner ausgezeichneten Persönlichkeit für das Erbkaisertum Preußen in die Wagschale legen. Steht erst das Erbkaisertum überhaupt fest, so wird bei der Wahl eine bedeutende Majorität Friedrich Wilhelm IV. als erstem Kaiser des verjüngten Deutschlands nicht fehlen. Alle Vorbereitungen sind von hier aus getroffen, um die vorgängige Zustimmung der deutschen Fürsten zu sichern. Wir müssen jetzt noch einmal in anderer, friedlicher Weise in den höchsten Schichten der Gesellschaft die Bewegungen der Märztage 1848 durchleben. Bald wird das Parlament sich sagen können: Wir haben das unsrige getan; Fürsten Deutschlands, tut ihr das eurige! Meine Hoffnung auf ein Gelingen des großen Werkes ist wesentlich gestiegen. Vielleicht bin ich morgen abend schon im Falle, Ihnen das Resultat der ersten Lesung des Schlußkapitels der Verfassung mitzuteilen.

152. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 Januar 16.

Die österreichisch-preußische Schlacht ist geschlagen. Gestern abend 8 Uhr ergab die namentliche Abstimmung 261 Stimmen für das Programm von Gagern, 224 Stimmen dagegen, also eine Majorität von 37 Stimmen. Wird erwogen, daß die Minorität aus einer Koalition der feindseligsten Parteien, der äußersten Rechten und äußersten Linken besteht, so ist dieses Resultat durchaus befriedigend. Gagern hat mit einer großartigen Rede die gehaltvolle Debatte des gestrigen Tages geschlossen, fast bei jedem Satze von Beifallssturm unterbrochen. Gagerns mächtige Persönlichkeit tritt erst jetzt in voller Größe hervor. Bisher war es die physische Würde, der in den Zügen liegende geistige Adel, welcher unwiderstehlich anzog —, jetzt offenbart sich auch allen unerwartet eine Schärfe und Tiefe der Dialektik, die auch die feinste Diplomatie durch ihre Treue und Wahrheit zu Schanden macht. Deutschland hat heute einen Staatsmann an der Spitze, um den bald alle Staaten des Kontinents uns beneiden werden. Es ist mir wohltuend, diesen Besten der Nation meinen Freund nennen zu können. Auch Beckerath blüht unter Gagerns gewaltiger Influenz wieder auf und entfaltet die Flügel seiner reinen poetischen Seele.

In diesen Tagen mehr wie je möchte ich Dich hier zu meiner Seite haben und mit Dir hingebend mich versenken in die Tiefen großer,

erhabener Geister. Ist es doch, als sei fast über alle ein neuer Frühling aufgebrochen, als seien die verhüllten Knospen urplötzlich aufgebrochen, als klänge aus Waldesdickicht heraus die alte wohlbekannte Götterstimme, die an die Tage der Kindheit, der Unschuld, der Freiheit erinnert. Lang vergessene Gestalten, in den Hintergrund gedrängte Ideale treten neu hervor und begrüßen jauchzend den jungen Tag, an dem für sie die Stunde der Erlösung geschlagen. Die Entwicklung der Geister ist ja nichts als die fortschreitende Befreiung, Herausschälung, Gestaltung jenes tiefen Lebenskernes, jener ursprünglichen Ahnung, die in jede Menschenbrust eingesenkt Blüten treibt, dem Sonnenlicht entgegen, während der Kern unverrückt im Boden haftet. So der Geist im Einzelleben, so die Geschichte im Völkerleben.

153. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 18.

Hier wird noch immer die Debatte über die Oberhauptsfrage fortgesponnen, und sie wird vielleicht morgen noch nicht geschlossen. Das Resultat der Abstimmung ist noch immer ungewiß. Vielseitig wird gehofft, daß Camphausen, der morgen zurückerwartet wird, bestimmte Zusicherungen von Berlin mitbringt, und daß diese zu einer günstigen Entscheidung der Frage noch beitragen werden. Im allgemeinen sind alle Geister nach dem großen Kampf der letzten Woche sehr abgespannt, und der so bedeutungsvollen Debatte fehlt oft Schwung und Tiefe. Der Gang ist schleppend und die Aufmerksamkeit der Hörer sehr gering. Gestern abend war ich bei Gagern en petit comité. Er hat noch immer jene stolze, selbstgewisse Zuversicht, die den Erfolg verbürgt, und wie auch die Würfel in der nächsten Zeit fallen, ich habe die feste Zuversicht, wir werden unter seiner Führung siegen.... Über vierzehn Tage hoffe ich, daß die nächsten und dringendsten Fragen erledigt sein werden.

154. Desgl. Frankfurt, 1849 Januar 20.

Seit gestern ist endlich Camphausen von Berlin zurück, jedoch nicht mit dem gewünschten Resultat. Während wir hier gemessenen Schrittes der Lösung unserer Aufgabe immer näher rücken, kann sich dort weder König noch Ministerium entscheiden. Wahrlich, wenn die deutsche Einheit endlich zustande kommt, so ist gewiß zu sagen, daß Hindernisse aller Art dabei überwunden worden sind. Camphausen will seine Entlassung nehmen, wenn nicht in den nächsten Tagen eine entschiedene Erklärung erfolgt.... Morgen oder übermorgen wird über Erbkaiser oder Wahlkaiser entschieden. Gelingt es uns, den Erbkaiser durchzuführen, so ist die Verfassung in allen wesentlichen Punkten festgestellt, und die ersten folgenden acht Tage werden dann keine entscheidenden Verhandlungen bringen.

155. Desgl. Köln, 1849 Januar 26.

Nachdem in Frankfurt das erbliche Kaisertum keine Majorität in der ersten Lesung erlangt hat, wird dort in den nächsten vierzehn Tagen nichts wesentliches zur Entscheidung kommen. Ich benutze diese Zeit, um mich hier umzusehen und Nötiges beim Bankverein zu ordnen. Trotzdem die Erblichkeit für jetzt zurückgewiesen worden, habe ich noch die Hoffnung, daß dieselbe bei der zweiten Lesung durchgehen wird, wenn bis dahin Preußen sich entschiedener erklärt.

156. Desgl. Frankfurt, 1849 Februar 9.

Vorgestern abend gelangten Overweg und ich gegen 7 Uhr nach Mainz, Claessen und Otto Camphausen waren ausgeblieben. Gestern morgen fand ich hier statt des erwarteten Wahlgesetzes die noch rückständigen Paragraphen der Grundrechte auf der Tagesordnung und bedauerte von ganzem Herzen, unter diesen Umständen nicht noch einige Tage in Köln geblieben zu sein. Heute werden hoffentlich die Grundrechte gründlich absolviert.

Gestern abend war große Soirée bei v. Beckerath, circa 200 Personen. Hauptthema der Unterhaltung war der Inhalt einer neuen österreichischen Note, die Schmerling einstweilen noch in der Tasche hatte, jedoch heute übergeben wird. Wie es heißt, will Österreich nicht ausscheiden, sondern verlangt, daß die Verfassung gänzlich umgearbeitet werde. Eine solche Note käme uns sehr erwünscht, da sie uns die ganze Linke unfehlbar zuführen und so unserem Werke eine große Majorität sichern würde. Heute werden wir näheres hören.

Auf heute mittag bin ich vom Prinzen Adalbert zu einem Diner der Marinekommission für die deutsche Flotte eingeladen, wo preußische und österreichische Politik sich schroff gegenüberstehen werden.

Gestern abend ist Duckwitz sehr in mich gedrungen mit der Bitte, das Marineministerium zu übernehmen. Ein herrliches Anerbieten für eine Landratte, die kaum ein Kriegsschiff gesehen hat.

Wie Du aus diesen wenigen Andeutungen ersiehst, war ich schon gestern nicht gerade untätig, sondern recht in der Arbeit. Drei Stimmen (Bayern) habe ich gestern abend für die Erblichkeit gewonnen, Wiedenmann und Mohl veranlaßt, sofort mit der Handelsgesetzgebung vorzugehen und (im Verein mit Beckerath) Bunsen bestimmt, von hier nochmals nach Berlin zu gehen und den König für die deutsche Frage geschmeidig zu machen... Camphausen hat sich entschlossen, trotz nicht publizierter Grundrechte einstweilen auf seinem Posten zu verharren.

Die preußischen Wahlen fallen zum großen Erstaunen überwiegend konservativ aus. Geht dies so fort, so ist das Land gerettet, und auch die deutsche Sache um einen guten Schritt weiter gerückt.

157. G. Mevissen an D. Hansemann. Frankfurt, 1849 Februar 9.

Wenn die Reichsverfassung am Widerspruche Österreichs, Bayerns, Hannovers und Sachsens scheitert, so sind neue Revolutionen unvermeidlich. So sehr ich mit Ihnen seinerzeit und auch heute noch die Herstellung der materiellen Einheit der Herstellung der formalen vorgezogen hätte, so glaube ich doch, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die wohlverstandenen Interessen Preußens die Hingebung an das Frankfurter Verfassungswerk gebieterisch fordern. Ehe Preußen noch einmal sich die Gelegenheit darbietet, zur wahrhaften Großmacht emporzuwachsen, werden jedenfalls neue und gefährliche Stürme vorhergehen, gefährlicher als ein Grollen Österreichs in diesem Augenblicke für Preußen sein kann.

158. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 Februar 10.

Seit gestern sind wir hier im Besitz der österreichischen Note, die endlich entschieden sagt, daß Österreich weder in den Bundesstaat eintreten, noch uns die Gründung desselben gestatten will. Jetzt wird sich die Nationalversammlung zu entscheiden haben, ob sie bei ihrem Werke beharren oder dasselbe im Stich lassen will. Ich rechne fest darauf, daß uns jetzt die zweifelhaften Geister zufallen und uns helfen werden, wenigstens die Ehre der Versammlung zu retten. Haben wir den Bundesstaat und das erbliche Kaisertum Preußen beschlossen, so müssen wir getrost abwarten, was dann aus unserm Werke werden wird. Große neue Schwierigkeiten werden auch dann nicht fehlen, aber die Nation hat wenigstens etwas, wonach sie streben, eine Form, die sie ausfüllen kann. Die zweite Lesung der Verfassung soll auf den 19. festgestellt werden...

In Preußen sind wir durch den Ausfall der Wahlen weit besser gestellt, als wir hoffen durften. Wahrscheinlich werden die materiellen und geistigen Interessen bei uns einen neuen lebhaften Aufschwung nehmen und so auch mir ein Feld reicher Tätigkeit eröffnen.

159. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Köln. Frankfurt, 1849 Februar 10.

Dahlmann ist nach meiner Überzeugung, die ich mit Freuden wiederholt hier ausspreche, der würdigste und bedeutendste Kandidat, den ich für die Erste Kammer zu bezeichnen wüßte. Er ist bereit, eine auf ihn fallende

Wahl anzunehmen. Wie es scheint, werden die Wahlen für die Zweite Kammer überwiegend rechts ausfallen. Viele eingefleischte Aristokraten des Vereinigten Landtags finden sich dort wieder, und wenn die Wahlen zur Ersten Kammer dementsprechend ausfallen, so wird es bald Not tun, daß Männer wie Camphausen und Dahlmann hinzutreten, um der freisinnig-konservativen Richtung zum Siege zu verhelfen. Beide werden, wie ich vermute, im Zentrum, vielleicht gar im linken Zentrum sich begegnen.

Die neue österreichische Note führt die deutsche Frage einer raschen Entscheidung entgegen. Am 20. d. M. wird die zweite Lesung der Verfassung begonnen und, wie ich hoffe, in acht bis vierzehn Tagen beendet werden. Ich erwarte nach dieser Note mit Zuversicht eine ansehnliche Majorität für ein erbliches König- oder Kaisertum, wenn Preußen den Augenblick benutzt und der frechen österreichischen eine entschiedene und würdige preußische Erklärung entgegensetzt.

160. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 Februar 13.

Die österreichische Perfidie hat heute einen Sieg erfochten und uns, das heißt die alte Majorität, gezwungen, wider unsern Willen das Wahlgesetz auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Wir wollten vor dem Wahlgesetz die zweite Lesung der Verfassung vornehmen, sind jedoch in der Minorität geblieben. Die zur Entscheidung vorliegenden Fragen fordern gebieterisch die Gegenwart aller.... Österreich, Bayern, Ultramontane und Republikaner bieten alles auf, um unser Werk zu zerstören und zu vernichten. Die Entscheidung ist von neuem in hohem Grade zweifelhaft. Ich hoffe, daß Preußen durch eine entschiedene Erklärung rechtzeitig eingreifen wird.

161. Desgl. Köln, 1849 Februar 26.

Im allgemeinen macht sich ein regeres Leben im Geschäftsverkehr bemerkbar, und wenn nicht binnen kurzer Frist auswärtige Verwicklungen eintreten, so werden wir an der stürmischen Bewegung einer Revolution vorbeikommen. Noch sind die Aussichten für eine friedliche Entwicklung günstig, trotz der augenblicklich schlechten Haltung der Paulskirche. Die Debatte über das Wahlgesetz verzögert sich...... Ich sehe diesmal mit Interesse als Unbeteiligter der parlamentarischen Debatte in Berlin entgegen. Ich erwarte von der Kammer sehr Gutes und glaube, daß sie das Gegenstück des ersten Vereinigten Landtags sein wird.

Die Verhandlungen in Frankfurt ziehen sich länger hinaus als mir lieb ist. Ich habe mich jetzt schon halb und halb der Politik wieder

entfremdet und mich mit der mir eigenen Exklusivität dem Bankgeschäft zugewendet. Eine geteilte, halbe Tätigkeit sagt mir nicht zu, entweder ganz das eine oder ganz das andere. Wie die Würfel einmal gefallen sind, werde ich mit Eifer der materiellen Seite des Lebens die Kräfte zuwenden.

162. Desgl. Frankfurt, 1849 März 12.

Ich bin zu guter Stunde hier eingetroffen,*) um nach so langen ungewissen Tagen endlich einen erhebenden Moment der Entscheidung zu sehen. Heute stand das Reichsgericht zur Tagesordnung. Die Verhandlung unterhielt sich bei Beginn der Sitzung über die oktroyierte österreichische Verfassung und über deren Rückwirkung auf die hiesigen Beschlüsse. Gagern beantwortete einige ältere unerhebliche Interpellationen.

Da plötzlich, wie ein Blitz aus heiterer Luft, kündigte der Präsident Simson an, der Abgeordnete und Bundestagsgesandte Welcker wolle einen dringlichen Antrag an das Haus bringen und die Dringlichkeit begründen. Simson verlas darauf mit ruhiger klarer Stimme den einliegenden Antrag.**) Niemand traute seinen Ohren. Von allen Seiten wurde gerufen: Welcher Welcker ist es, der diesen Antrag eingebracht hat? Simson erwiderte: Welcker, der Gesandte für Baden. Die Versammlung war völlig wie vom Schlage betäubt. Nur dumpfes Gemurmel! Nach einer längeren Pause frug der Präsident: Will die Versammlung dem Herrn Welcker gestatten, die Dringlichkeit seines Antrages zu begründen? Die Ermächtigung wurde fast einstimmig erteilt.

Welcker bestieg nun die Tribüne und motivierte seinen Antrag in einer vortrefflichen Philippika. Als er die Tribüne verließ, war die Versammlung in völliger Auflösung. In allen Gängen bildeten sich Gruppen. Niemand war in der Lage, die Tagesordnung weiter zu beraten. Die bis dahin leeren Galerien füllten sich mit einem Zauberschlage. Alle fremden Gesandten erschienen und sandten Kuriere an ihre Höfe. Welcker stürzte in meine Arme mit dem Ausruf: Nun sind wir wieder ausgesöhnt, mein alter Gegner!

Der Moment war schön und groß. Der Präsident hob die Sitzung auf. Durch telegraphische Depesche haben wir sofort die Berliner Kollegen

*) Er war mehrfach nach Frankfurt zurückberufen worden; die Partei mußte alle Glieder sammeln, um die durch den Abfall der Pariser Hofspartei verlorene Majorität wieder zu gewinnen.

**) Der Antrag des bisherigen großdeutschen Gegners von Preußen, K. Th. Welcker, ging bekanntlich dahin, die Beratung über die Reichsverfassung durch eine einzige Abstimmung zu beenden und dem preußischen König die erbliche Kaiserwürde zu übertragen.

Vincke und Genossen hierher berufen, um am entscheidenden Tage mitzuwirken und die Wiedergeburt der Nation, um die sie sich so wohlverdient gemacht, mitzufeiern. Donnerstag oder Freitag wird der Antrag zur Beratung kommen und mit großer Majorität angenommen werden. Wir haben soeben schon beschlossen, daß der Verfassungsausschuß in pleno nebst dem Bureau abgesandt werden soll, in feierlicher Deputation Friedrich Wilhelm IV. die erbliche deutsche Kaiserkrone zu überbringen. Wir wollen doch sehen, ob jemand in Europa den Mut finden wird, Deutschland zu hindern, wenn es einig und entschlossen ist, sich zu konstituieren. Die Wogen gehen hoch. Der letzte Wurf wird gewagt. Möge er ein glücklicher sein und eine Zukunft für Jahrhunderte begründen.

163. Desgl. Frankfurt, 1849 März 13.

Wechselnd wie die Witterung der Jahreszeit sind leider hier auch die politischen Stimmungen und Hoffnungen. Gestern war nach Welckers Antrag alles von frischem Mut beseelt, und, wäre es möglich gewesen, diesen Antrag sofort zur Abstimmung zu bringen, so hätte sich ohne allen Zweifel eine bedeutende Majorität dafür gefunden. Heute hat alles wieder eine andere, nüchterne, kalte Physiognomie. Gestern abend nämlich sind die drei nach Olmütz Abgesandten zurückgekommen mit einer neuen Note des österreichischen Kabinets.

Österreich will jetzt mit seinem ganzen Gebiete einen Bundesstaat mit dem gesamten übrigen Deutschland bilden. Die Vertretung nach außen soll gemeinschaftlich sein: Zolleinheit, Einheit in Münze, Maß, Gewicht, Post und Eisenbahnwesen soll hergestellt werden. Die Reichsregierung soll ein Direktorium leiten, in welchem Österreich den Vorsitz führt. Diese Grundzüge eines chimärischen, durchaus nebulosen Reiches von Mitteleuropa verwirren heute wieder den Leuten die Köpfe. Die ehrlichen unter den Österreichern, die gestern schon zur Niederlegung ihrer Mandate bereit waren, wollen jetzt wieder bleiben und an dem mitteleuropäischen Kolosse mitarbeiten. Ist es Österreich mit seinem Vorschlage Ernst, und ist es nicht vielmehr, wie ich glaube, bloß auf Verzögerung des hiesigen Werkes abgesehen, so würde uns die Annahme eines solchen Projektes in jahrelange europäische Kriege stürzen, denn es ist nicht denkbar, daß eine der andern Großmächte der Bildung eines so kolossalen Reiches ruhig zusehen sollte. Der Welckersche Vorschlag kommt Donnerstag oder Freitag zur Beratung. Ob er jetzt bei dieser neuen Verwicklung Annahme finden wird, ist höchst zweifelhaft. Ich hoffe indessen, daß er durchgehen und die langen unerquicklichen Debatten abschneiden wird. Unter allen Umständen geht das hiesige Werk von jetzt an rasch seiner

Vollendung entgegen, und wenn auch Welckers Antrag nicht durchgeht, werden wir doch in zwei bis drei Wochen fertig. Von der Berliner Kammer wird es dann abhängen, ob das hier geborene Kind ins Leben eingeführt werden wird — schwerlich kann dies ohne Bluttaufe geschehen.

164. Desgl. Frankfurt, 1849 März 15.

Eine Aufregung folgt seit drei Tagen unaufhörlich der andern. In einem Augenblick fast gewisse Aussicht auf Sieg, dann wieder Zweifel, Ungewißheit aller Art. Die Parteien sind fast in Permanenz. Bis in die späte Nacht werden Beratungen gepflogen. Für die Annahme des Welckerschen Vorschlages sind bis jetzt 230 feste Stimmen. Noch 10 Stimmen mehr, und der Sieg ist entschieden. Diese 10 Stimmen sind jedoch schwer zu finden. Schon heute sind zwei von den von Berlin hierher zurückberufenen Mitgliedern, Saucken und Martens, hier eingetroffen. Vincke muß und will in Berlin bleiben. Die Verhandlung ist heute auf übermorgen, Samstag, vertagt worden ein Beschluß kann nicht vor Montag oder Dienstag gefaßt werden: wahrscheinlich werden am Dienstag, den 20. März, die Würfel fallen. Dann kann am 21., am Jahrestage des vorjährigen Aufzuges in Berlin, die Kaiserproklamation erfolgen.

Die Annahme von seiten des Königs ist höchst zweifelhaft. Gegen Saucken hat er sich noch sehr bedenklich ausgesprochen. Ist aber erst der Beschluß hier gefaßt, so wird die Durchführung desselben das Werk der preußischen Kammer sein, und dem Willen der Kammern, davon bin ich überzeugt, wird der König seine persönliche Ansicht zum Opfer bringen. Wie auch die Entscheidung hier fällt, ihre Folgen werden sehr inhaltschwer sein.

Von Osten und Westen sind wir bedroht. Wenige Wochen noch, und vielleicht steht unsere Armee den Russen in Posen und Preußen, den Österreichern in Schlesien gegenüber. Muß aber einmal das Schwert entscheiden, so ist mir das heute lieber wie morgen. Die ewige Ungewißheit lähmt und tötet alle Kräfte mehr als eine blutige Schlacht.

165. Desgl. Frankfurt, 1849 März 16.

Seit Montag (März 12) bin ich wieder hier und diesmal in einem Moment eingetroffen, der an Bedeutung und Aufregung alle früheren hinter sich zurückläßt. Jetzt wo die Entscheidung sich in einen einzigen Moment zusammendrängt, werden auch die Ruhigsten bewegt, und die Gewalt der Dinge tritt mächtig an die einzelnen heran. Jedes Herz wird erbeben in der innersten Tiefe, ehe es in den nächsten Tagen sein verhängnisvolles Ja oder Nein in die Urne des Schicksals wirft. Morgen beginnen die

Beratungen über Welckers Antrag. In den bisherigen Versammlungen haben sich für die Annahme 230 Stimmen fest entschieden, 40 schwankende werden dazu noch in Aussicht genommen. Eine Majorität von 270 wäre unter allen Umständen hinreichend zur Entscheidung. In letzter Zeit treffen jedoch täglich neue Österreicher ein, und nie war bisher die Versammlung so vollzählig. Ich glaube an den Erfolg, weil der Erfolg eine weltgeschichtliche Notwendigkeit ist!

Es ist Plan, am Sonntag (März 18) ausnahmsweise Sitzung zu halten und die Debatte darin zu Ende zu führen. Geschieht dieses, so ist vielleicht schon am Sonntag abend ein deutscher Erbkaiser proklamiert. Im Kaisertum sehe ich die Größe, Zukunft und kulturhistorische Sendung unserer Nation. Dieser eine Name giebt uns eine reiche Geschichte von zwei Jahrtausenden als Angebinde zurück.

Ich werde mich freuen, wenn der große Wurf gelingt, und werde mich stolzer und siegesbewußter fühlen wie je! Der einzelne empfindet in solchen Momenten das Leben der ganzen Nation in sich, und höheres gibt es nicht auf Erden, als die Freiheit und die Ehre eines tüchtigen Volkes in der Brust zu tragen.

166. Desgl. Frankfurt, 1849 März 17.

.... Die heutige Sitzung lieferte das Vorpostengefecht über den Welckerschen Antrag. Morgen ist keine Sitzung. Die Entscheidung wird demnach frühestens Dienstag, 20. März, erfolgen. Wenn nicht neue, unerwartete Gegner auftreten, ist der Sieg entschieden.

167. Eintragung Mevissens in das Frankfurter Parlamentsalbum (S. 87). Frankfurt, 1849 März 18.

Wie unbegrenzt erschien beim Eintritt in die Paulskirche das Feld, was der schaffenden, ordnenden Hand sich darbot! Die deutschen Staaten, alle bis in die innerste Tiefe erschüttert, glichen der weichen Masse, die nur der Hand des Bildners wartet, um sich neu zu gestalten. Leider hat die große Bewegung des Jahres 1848, die die alten Fundamente des deutschen Staatensystems erschütterte, keinen Mann hervorgebracht, mächtig genug, die in Fluß geratenen Elemente neu zu ordnen, groß genug, die mitwirkenden Geister sich zu unterwerfen.

Wenige Tage noch, und die Nationalversammlung des deutschen Volkes wird erproben, ob sie es vermag, dem Vaterlande die neue staatliche Ordnung zu geben. — Noch ist es möglich, daß die Vertretung der Gesamtheit begründet, was kein einzelner zu schaffen vermochte.

Nur ein deutscher Erbkaiser vermag zur Zeit in die Bewegung, welche die Nation durchzittert, Ziel und Maß zu tragen; nur ein Erbkaiser vermag uns die Einheit und die Freiheit, und, als Ausdruck beider, Macht nach außen zu verbürgen; nur ein Erbkaiser vermag im Gefühle eigener Sicherheit und Macht den weit auseinandergehenden streitenden Parteien auf dem Boden einer freien Verfassung gesetzliche Bahnen zum Kampfe zu eröffnen.

Mißlingt der große Wurf, überwiegt der alte Zwiespalt der Stämme die Hingebung an das Ganze, so tritt zu dem alten Elend deutscher Zustände ein neues, ein größeres hinzu — dann wird das deutsche Volk in der Paulskirche den Glauben an sich selber zu Grabe getragen haben.

168. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 März 20.

Noch tobt schwankend und ungewiß der Kampf in der Paulskirche, noch schwankt das Zünglein der Wage hin und her. Drohende Wetterwolken umlagern rings die deutsche Einheit, und dennoch will es nicht Tag werden vor dem verblendeten Auge vieler. v. Würth und Arneth sind als Ehrenmänner gestern aus der Versammlung ausgetreten. Wenn die anderen Österreicher diesem Beispiele nur zum Teile folgen, so ist die Entscheidung nicht mehr zweifelhaft. Morgen wird zur Abstimmung geschritten. Wenn wir siegen und das römische Kaisertum deutscher Nation zu neuer Größe und Herrlichkeit aufrichten, so wird morgen, längstens übermorgen der Donner der Kanonen, das Geläute der Domglocke Dir das Resultat verkünden. Die öffentliche Meinung in Deutschland muß es dem Könige von Preußen durchaus unmöglich machen, abzulehnen. Deshalb sind Festlichkeiten dieses Mal allerorten als notwendiges Ingrediens geboten. In der Paulskirche sind in diesem Augenblick 325 Mitglieder anwesend.

169. Derselbe. Frankfurt, 1849 März 22.

Ehe dieses Blatt in Deine Hände kommt, bringt Dir schon die Kölnische Zeitung die Nachricht: Wir sind abermals geschlagen. Die Hoffnungen des Vaterlandes sind noch einmal durch Österreicher und gesinnungslose Gegner vernichtet.

[illegible] ist der [illegible] zum [illegible] für Österreich [illegible] und der [illegible] des [illegible] Tages. 110 Österreicher, Mann für Mann, haben gegen uns gestimmt.

Gagern und das gesamte Ministerium haben sofort ihre Entlassung eingegeben. Heute wird über den [illegible] Antrag zu dem Welckerschen

Hauptantrage abgestimmt. Nach einem Parteibeschluß von gestern abend sollen sie sämtlich verworfen werden. Ob dies gelingt, ist sehr fraglich.

Die Österreicher und ihre Bundesgenossen, Ultramontane und Radikale, wollen einen Antrag Heckschers, wonach Österreich und Preußen abwechselnd an die Spitze treten sollen auf je drei Jahre, durchsetzen, und vielleicht gelingt ihnen das Manöver. Dann werden wir sofort die Paulskirche unter Protest verlassen. Traurige Verblendung, die die Menschen der Linken, darunter warme, hochschlagende Herzen, verhindert zu erkennen, daß sie die Zukunft des Landes verraten.

170. Desgl. Frankfurt, 1849 März 24.

Seit meinen letzten Zeilen suchen wir in mühsamem Ringen Schritt um Schritt das Terrain wiederzugewinnen, das wir bei der großen und nur zu sehr entscheidenden Verhandlung jüngst verloren haben. Täglich finden jetzt doppelte Sitzungen statt, um die Beratung der Verfassung zu beschleunigen. Im besten Falle werden wir Ende künftiger Woche wieder an dem Punkte stehen, wo wir uns am Mittwoch befanden — an der Wahl des Reichsoberhauptes. Bisher findet die Annahme der einzelnen Verfassungsbestimmungen keine Schwierigkeit, und es ist jedenfalls tröstlich, sich bei jeder Abstimmung jetzt sagen zu können, daß das, was beschlossen wird, definitiv und letztgültig ist.

Meine Hoffnungen auf ein gutes Resultat in der Hauptfrage, in welcher alle anderen sich zusammenfassen, sind sehr herabgestimmt. Ein Kaiser wird wohl gewählt werden, aber höchst wahrscheinlich ein Kaiser auf Zeit — und diesem muß ich meiner Überzeugung nach alle Lebensfähigkeit absprechen. Wie nun die deutsche Politik sich weiter entwickeln wird, wenn unser hiesiges Werk bei Preußen keinen Eingang findet, darüber wird der Krieg Österreichs in Italien wesentlich entscheiden. Werden die Österreicher dort geschlagen, so werden sie Preußen nicht hindern können, sich mit dem übrigen Deutschland zu einer Einheit zu gestalten. Siegen sie, so müssen wir unsere Hoffnung abermals vertagen. Unter allen Umständen kann die Entscheidung nicht lange mehr auf sich warten lassen, und von der Ungewißheit, dem schlimmsten der Übel, werden wir jedenfalls bald erlöst werden.

171. Desgl. Frankfurt, 1849 März 26.

Abermals schaffen wir rüstig an dem unterbrochenen Tagewerke weiter, und schon ist, um Riessers schönes Bild zu gebrauchen, der Stein wieder so weit heraufgerollt, daß am Mittnoch neuerdings und diesmal endgültig über die Frage des erblichen Kaisertums entschieden sein wird.

Die Verfassung ist bis jetzt in allen Teilen so angenommen worden, wie der Verfassungsausschuß sie vorgelegt, mit einziger Ausnahme des vorgeschlagenen absoluten Vetos des Kaisers, welches heute gegen ein Suspensivveto gefallen ist. Das Suspensivveto war der Stein des Anstoßes, woran Welckers Antrag jüngst scheiterte; jetzt, wo dieser aus dem Wege geräumt ist, haben wir neue Aussicht auf Erfolg. Die Lage ist jedoch weit schwieriger, als das erste Mal. Sechs Mitglieder unserer Partei haben uns verlassen, drei neue Österreicher sind eingetreten, es müssen also mindestens 20 Stimmen von der Linken übertreten, wenn wir die Majorität haben sollen. Vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht wird zwischen den Parteien verhandelt. Möge das Ergebnis ein gutes sein.

172. Desgl. Frankfurt, 1849 März 27, abends.

Eben nur in aller Eile die Mitteilung, daß in der heutigen Sitzung die Verfassung endgültig festgesetzt und das erbliche Kaisertum mit 267 gegen 263, also mit einer Majorität von 4 Stimmen, beschlossen worden ist. Morgen um 12 Uhr ist Tagesordnung: Wahl des erblichen deutschen Kaisers. Wenn nicht noch heute Nacht grandiose neue Intriguen von Schmerling angezettelt werden, so ist die Wahl Friedrich Wilhelms IV. gesichert. Die schreckliche kaiserlose Zeit ist dann morgen abend vorbei, und höher mögen dann die deutschen Herzen schlagen.

173. Desgl. Frankfurt, 1849 März 28.

Endlich Sieg der Wahrheit über die Intrigue! Soeben verkündet Glockengeläute und Donner der Kanonen, daß Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen zum deutschen Kaiser erwählt wurde. 248 Mitglieder der Nationalversammlung haben sich der Abstimmung enthalten. Die 248 bestehen aus 116 Österreichern, 102 Mitgliedern der republikanischen Linken, 30 Ultramontanen und Bayern. Der Wahlakt schloß mit einer sehr schönen Rede des Präsidenten Simson. Frankfurt ist in festlicher Bewegung. Morgen wird die Deputation nach Berlin ernannt, und wahrscheinlich werden dann die Sitzungen bis nach Ostern vertagt.

174. Desgl. Frankfurt, 1849 April 12.

Ich bin erst gestern morgen hier eingetroffen und sofort in die Paulskirche eingetreten. Nach einer vorgestern erzielten Verständigung der Parteien hat die Nationalversammlung feierlich erklärt, mit 276 gegen 159 Stimmen, daß sie unerschütterlich an der beschlossenen Verfassung festhalten will. Die Berliner Antwort ist, um Zeit zu gewinnen, einem Ausschusse zum Bericht überwiesen worden. Dieser Ausschuß ver-

sammelt sich noch heute, und heute mittag wird zu erfahren sein, ob derselbe schon am Montag (April 16) oder später erst seinen Bericht einbringen wird. Die Rechte wünscht Verzögerung, die Linke Beschleunigung des Berichtes. Dringt die Rechte durch, so breche ich morgen früh wieder auf und bin morgen abend in Köln, wenn auch nur auf einige Tage. Dringt die Linke durch, so werde ich hier bleiben müssen, um möglichen tollen Beschlüssen nach Kräften vorzubeugen.

Von seiten der deutschen Regierungen ist noch gar nichts geschehen. Camphausen ist noch in Berlin, und der Moment, wo gehandelt werden muß, ist also noch nicht gekommen. Erst wenn die Regierungen sich ausgesprochen haben werden über Annahme, Verwerfung oder Modifikation der Verfassung, können von seiten der Versammlung weitere Schritte geschehen. Die Parteien sämtlich sind fest entschlossen, alles zu wagen, um die Verfassung durchzuführen. Frau von Beckerath ist in Krefeld geblieben, und Beckerath und ich führen nun wieder das alte gemeinschaftliche Leben und suchen nach Kräften Maß und Entschiedenheit zu verpaaren. Der endliche Erfolg steht nicht in unserer Hand. Genug, wenn uns später das Bewußtsein bleibt, redlich und nach Kräften gestritten zu haben.

175. Desgl. Frankfurt, 1849 April 21.

Gestern morgen hier angekommen, höre ich zu meinem Verdruß, daß erst morgen der Antrag der Dreißiger zur Beratung und Entscheidung kommen wird. Die Verzögerung ist durch eine neue Note Camphausens herbeigeführt, in welcher derselbe einige weitere Frist für Preußens Erklärung verlangt. Diese Frist ist um so mehr bewilligt worden, da jetzt, nachdem 52 Österreicher ausgetreten sind, die Majorität des rechten Zentrums wieder in alter Weise hergestellt ist, wenn die Mitglieder sämtlich auf ihrem Posten sind. Voraussichtlich werden die Beschlüsse des Parlamentes den Stempel der Mäßigung, und somit die Gewißheit des endlichen Sieges in sich tragen. Preußen wird, nachdem es bis zuletzt sich gesträubt, sich endlich doch ergeben. Beckerath ist seit Mittwoch (April 18) nach Berlin, um direkt auf den König einzuwirken. Er kehrt wohl Sonntag oder Montag hierher zurück. Ich hoffe, daß er dort vorteilhaft, weniger auf den König als auf die Kammer, einwirken wird. Lange kann der jetzige Zustand der Ungewißheit nicht mehr dauern. Die definitive Erklärung Preußens befreit auch die Reichsversammlung von der Pflicht, noch ferner die Leitung der Dinge in Hand zu halten und macht in einer oder anderer Weise den einzelnen ein ehrenvolles Zurücktreten möglich.

176. Desgl. Frankfurt, 1849 April 22.

Gestern und heute habe ich hier unter fortdauernden Verhandlungen zugebracht, die in ihren Resultaten wenig Gutes versprechen. Von Berlin lauten alle Berichte trübe, und wie es scheint, droht das Verfassungswerk an der Legitimität einer absoluten Krone zu scheitern. Alle Parteien in der Paulskirche wünschen sehnlich das Ende dieser geisttötenden Ungewißheit. Beckerath wird hoffentlich heute noch zurückkehren und irgend eine Entscheidung mitbringen. Camphausen ist schweigsam und passiv wie immer, Claessen [Camphausens Attaché] leidenschaftlich schwarz-weiß, wünscht die Nationalversammlung zum T.... Einstweilen findet noch die Stimme der Vernunft bei den Deputierten Gehör, und wenn nicht neue, aufregende Ereignisse eintreten, so wird die morgen beginnende Debatte zu einem neuen gemäßigten Beschluß führen. Allem Ansehen nach wird die Diskussion mehrere Tage dauern, und schwerlich vor Mittwoch eine Entscheidung erfolgen... Nach den letzten Nachrichten aus Ungarn erwarte ich fast mit Gewißheit den Ausbruch von Bewegungen in Wien.

177. Desgl. Frankfurt, 1849 April 25.

Die Verhandlungen in der Paulskirche dehnen sich länger als ich gehofft habe. Wahrscheinlich wird erst morgen abgestimmt; in diesem Falle komme ich Freitag nachmittag in Köln an. Beckerath wird heute erst von Berlin zurückkommen. Die politischen Aussichten werden trüber und trüber, und wenn die Dinge so fortgehen, wie in den letzten acht Tagen, stehen wir plötzlich in der allertiefsten Reaktion mit Aussicht auf eine nicht lange ausbleibende neue Revolution.

178. Desgl. Frankfurt, 1849 Mai 12.

Auf meiner vorgestrigen Fahrt hierher fand ich alles an den Ufern des Rheines ruhig; von Bingen aufwärts waren im Laufe des Tages Turner und Freischaren in die Pfalz gezogen. In Frankfurt äußerlich keine Spur von Bewegung, zum Schutz gegen allenfallsige Angriffe sehr starke Besatzung. In Mainz schon fand ich die Nachricht, Gagern samt dem Reichsministerium sei zurückgetreten. Der Reichsverweser hat dem Programm Gagerns seine Zustimmung verweigert. Infolge dieser Weigerung und dieses Rücktritts hat die Linke nebst einem Teile des rechten Zentrums (Riesser, Biedermann, Wurm) am Donnerstag (Mai 10) sehr energische Beschlüsse gefaßt und durch eine Deputation den Reichsverweser um sofortige Bildung eines Ministeriums angegangen. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ist ohne alles Resultat geblieben. Erst heute

wird über eine Masse von Anträgen abgestimmt, und nach der hier herrschenden Stimmung wird beschlossen werden, die Vereidung der gesamten bewaffneten Macht anzuordnen.

Alle Blicke sind seit dem Eintreffen der gestrigen Kölnischen Zeitung auf die Entwicklung der Dinge am Niederrhein gerichtet. Ich hoffe, noch heute darüber nähere Nachrichten von Dir zu erhalten. Köln betrachte ich als zurzeit noch nicht gefährdet.

Seit gestern zirkuliert hier das Gerücht, die Ungarn ständen vor Wien! Bestätigt sich heute diese Nachricht, so ist es unvermeidlich, daß überall Sturm losbricht. Für morgen werden vielseitig hier Attacken auf Frankfurt angekündigt. Bei der 8000 Mann starken, hier zusammengezogenen Truppenmasse halte ich ein solches Unternehmen für tollkühn. Die Aufregung der Bevölkerung im Lande ist jedoch hoch genug gestiegen, um auch das Unglaubliche möglich zu machen. Viele preußische Mitglieder haben beschlossen, aus der Nationalversammlung auszutreten. Die rechte Seite des Hauses wird dadurch empfindlich geschwächt, und ohne Zweifel wird sich dieselbe schon heute in der Minorität befinden. Beckerath ist nach Godesberg. Noch hält Gagern fest. Wie lange noch, wissen die Götter. Ich fürchte sehr, die Herren in Berlin werden sich zu spät überzeugen, daß die bewaffnete Macht gegen den Willen eines ganzen Volkes ohnmächtig ist.

179. H. v. Beckerath an G. Mevissen (nach Köln adressiert). Godesberg, 1849 Mai 12.

Er will nach Belgien reisen, ist 'von seiner Vaterstadt (Krefeld), wo der bewaffnete Pöbel herrscht, für jetzt förmlich exiliert. Der Absolutismus, der sich für konstitutionell ausgibt und vielleicht auch hält, kämpft mit der roten Republik, welche die Reichsverfassung transitorisch zu ihrem Panier erhoben hat. Möge der erstere bis zu dem Punkte siegen, wo die Ordnung hergestellt ist, dann muß ein edlerer Feind ihm entgegentreten. Unsere armen Freunde in Frankfurt! Sie können und konnten seit vierzehn Tagen der Sache nur noch durch den Mut der Resignation nützen'.

180. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 Mai 14.

Seit drei Tagen bin ich nebst vielen Freunden fortdauernd in der ungewissen Lage, ob wir noch hier zu bleiben die Pflicht oder nach Hause zu gehen das Recht haben. So lange es uns gelingt, die linke Seite des Hauses vor Übereilung und Tollheit zu bewahren, leisten wir jedenfalls schon dadurch der Sache, der so gefährdeten Ordnung, einen Dienst.

Bis jetzt ist dies gelungen. Frankfurt ist ruhig geblieben trotz aller Bewegung in der Nähe und wird ohne Zweifel auch noch ferner ruhig bleiben.

Seit den übereilten Beschlüssen vom vorigen Donnerstag (Mai 10) hat die Nationalversammlung keine weiteren Beschlüsse von Bedeutung gefaßt. Alles Sinnen, Tag und Nacht, ist jetzt darauf gerichtet, einen Weg zu finden, wodurch Süddeutschland vor der Anarchie bewahrt und eine künftige Verständigung mit Norddeutschland offen behalten werde. Der Reichsverweser will sein Amt niederlegen, zuvor jedoch noch Eröffnungen eines Kommissars von Berlin, welcher heute noch ankommen soll, entgegennehmen. Gagern, der leider schon zu lange hin- und hergeschwankt hat, ist endlich entschlossen, für Süddeutschland die Leitung in die Hand zu nehmen. In welcher Form dies geschehen kann und wird, wird wesentlich von den Berliner Eröffnungen abhängen, binnen wenigen Tagen aber jedenfalls eine Entscheidung erfolgen.

Beckerath hat eine schwere Verantwortlichkeit auf sein Gewissen geladen. Ich schreibe ihm morgen nach Brüssel*), um ihm zu beweisen, daß, wenn auch die politische Stellung eine verschiedene geworden, der Freund ganz derselbe geblieben. Beckeraths Austritt hat den Austritt von noch 60 anderen Mitgliedern nach sich gezogen. Wären diese der konservativen Partei angehörigen Leute noch hier, so hätten wir die alte sichere Majorität. Beschlüsse wie die am vorigen Donnerstag wären nicht gefaßt und dem Lande viel Unheil erspart worden. Am Rhein werden die Erfahrungen, die Elberfeld macht, sehr bald alle Besitzenden auf die Seite der Regierung treiben. Die absolute Monarchie wird der roten Republik vorgezogen werden.

181. Desgl. Frankfurt, 1849 Mai 16.

Soeben trifft der Staatsanzeiger mit der Rückberufungsordre hier ein. Heute nachmittag wird in einer Versammlung der preußischen Deputierten beraten und beschlossen werden, ob dieser Ordre Folge gegeben werden soll oder nicht. Ich teile Dir heute abend oder morgen früh das Resultat mit, wenn ich mich nicht zur Abreise rüste. Der Entschluß wird bei manchem ernsten Manne sehr schwanken. Ich werde der Majorität mich anschließen und so lange mit Gagern gehen, als die Nationalversammlung nicht gänzlich von ihrem Rechtsboden abweicht. Bis jetzt ist dies nach meiner Überzeugung noch nicht geschehen. Heute noch werden definitive Entschlüsse des Reichsverwesers erwartet. Ohne Zweifel wird

*) Mevissen schrieb am 17. Mai an Beckerath. Dieser Brief liegt nicht vor; die Antwort Beckeraths vom 18. Juni vgl. unten Nr. 187.

derselbe abdanken und seine Gewalt in die Hände des Königs von Preußen legen.

182. F. D. Bassermann an G. Mevissen. Berlin 1849 Mai 17.

Verehrter Freund! In den entscheidenden Stunden, die sich seit unserem letzten Gespräch ergeben, drängt es mich, Ihnen zu schreiben.

Der Weg, den wir zur Einheit versucht und versuchen mußten, führt nicht zu ihr. Dem praktischen Staatsmanne muß das, was möglich oder unmöglich ist, entscheidend sein. Auf dem Wege der Nationalversammlung kommen wir im glücklichsten Falle zu zweierlei Verfassung und zweierlei Reichstag. Dies kann nicht unser Ziel sein.

Ein kurzer praktischer Weg wird hier unter den vier mächtigsten deutschen Regierungen wirklich angebahnt. Die Regierungen von 25 Millionen sind einig, Österreich einverstanden, die Anerkennung Europas gesichert: wer wollte, wer sollte da nicht zugreifen, ehe die Gewalt siegt und ihren Sieg mißbraucht. Dazu kommt, daß die Verfassung wirklich gut ist, ja besser als die Frankfurter. In ein paar Tagen wird sie erscheinen.*)

Ich bitte Sie, lassen Sie unter diesen Umständen die Kölnische Zeitung umkehren. Es ist Pflicht, es ist Gewissenssache und nicht inkonsequent, denn wir konnten von jeher ja nur die Einheit wollen, welche ins Leben tritt, nicht eine papierene, und wenn sie auch hundertmal von kleinen Stäätchen beschworen wäre. Zudem bleibt es der Nation immer freigestellt, auch diese seinerzeit anzunehmen oder abzulehnen, sie wird also immer wieder einen Akt der Souveränität üben, einen freien Vertrag schließen, und das ist nichts Unwürdiges. Es drängt mich, Ihnen dies ans Herz zu legen.

183. G. Mevissen, Familienbrief. Frankfurt, 1849 Mai 17.

Gestern, nach Abgang meines Briefes, wurde die Berliner Rückrufsordre im Kasino von den konservativen Preußen beraten und fast einstimmig so aufgefaßt, daß die Ehre es absolut verbiete, einem solchen Befehle eines Kabinets Brandenburg-Manteuffel Folge zu leisten, so fatal und unangenehm dem einzelnen auch das längere Verweilen in einer Versammlung, die allen Halt und alle Würde verloren hat, sein möge. Wir haben demnach die Verbindlichkeit jener Verordnung nicht anerkannt, jedoch zugleich den Moment zum Austritt als gekommen erklärt, sobald die Nationalversammlung vom gesetzlichen Boden abweichen

---

*) Sie wurde am 28. Mai als Entwurf von seiten der preußischen Regierung in Form einer Zirkularnote an die deutschen Regierungen versandt.

würde. Bei der höchst aufgeregten Stimmung steht schon heute oder morgen ein Beschluß zu erwarten, dem Gagern und seine ganze Partei die Rechtsbeständigkeit wird bestreiten müssen. Dann werden wir sofort gemeinsam austreten und der Nation mit einer kurzen rechtfertigenden Erklärung entgegentreten.

Jetzt, wo der Bruch der Nationalversammlung mit Berlin vollständig, ist eine gedeihliche Lösung des Verfassungswerkes hier nicht mehr möglich. Vom Felde friedlicher Verhandlung ab wird die Entscheidung den extremen Gewalten zufallen. Unsere Aufgabe, die der friedlichen Reform, ist, wenn nicht gelöst, doch beendet. Wir können bei dem weiteren Verlaufe nichts als passive Zuschauer abgeben.

Overweg befindet sich hier und ist weit davon entfernt, eine gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung zu wollen. Hoffentlich bringen die nächsten Tage von Berlin aus entschiedene Schritte, namentlich einen Verfassungsentwurf der Könige, damit wenigstens der Argwohn beseitigt wird, als sei es von jener Seite mit einer deutschen Verfassung überhaupt nicht ernst gemeint. Hier in Frankfurt ist bis jetzt alles durchaus ruhig. Wie lange aber die Ruhe noch dauern wird, ist nicht zu wissen. Jeden Augenblick kann hier ein Rückschlag der süddeutschen Bewegung eintreten.

184. Desgl. Frankfurt, 1849 Mai 18.

Seit gestern ist unsere Lage unverändert dieselbe. Dem neuen Reichsministerium ist in der gestrigen Sitzung ein fast einstimmiges Mißtrauensvotum dekretiert worden. Ohne Zweifel wird, wie die Dinge stehen, der Erzherzog diesen Beschluß unberücksichtigt lassen, die Linke aber infolge dessen zur Wahl eines Vollziehungsausschusses schreiten. In der heutigen Sitzung werden Anträge in diesem Sinne zur Verhandlung kommen. Die konservative Partei kann einem ähnlichen Antrage, der offenbar auf revolutionärer Grundlage beruht, nicht beitreten, sie hat aber ebenso wenig ein Recht, die linke Seite des Hauses jetzt noch, wo kein friedlicher Weg zur Lösung der Krise mehr zu finden, länger zu hindern, die ihr geeignet scheinenden revolutionären Mittel zu versuchen; sie muß daher den Platz räumen und den kämpfenden Extremen das Feld überlassen.

Dieser Beschluß ist schon gestern abend unter Zustimmung und Leitung Gagerns gefaßt und wird heute, wenn ein Antrag der Linken durchgeht, zur Ausführung kommen. Ich werde dann wohl Sonntag (Mai 20) von hier abreisen können. Die Ruhe der Stadt ist hier bisher nicht gestört und wird auch schwerlich gestört werden, da dem Ver-

nehmen nach die Linke beabsichtigt, die Nationalversammlung nach Stuttgart zu verlegen.

Die unselige Haltung Preußens führt zunächst eine Spaltung zwischen Süd und Nord, und infolge derselben möglicherweise jahrelangen, inneren Bürgerkrieg und einen allgemeinen Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden in Deutschland herbei. Sehr gespannt bin ich schon auf Nachrichten über Iserlohn und Elberfeld.

Der Absolutismus in Berlin tritt immer greller hervor. Bald wird im ganzen Lande nur noch der Donner der Geschütze mit der Ruhe des Grabes abwechseln. Dem armen Deutschland scheint keine der Wehen, die an anderen Orten der Geburt neuer Staatsformen vorhergegangen sind, erspart zu werden.

Seit gestern ist Oberstleutnant Fischer hier und vergeblich bemüht, sich mit dem Erzherzog über Übertragung der Zentralgewalt auf Preußen zu verständigen. Dumpfe Gerüchte kursieren über einen Sieg der Ungarn über die Russen.

185. Desgl. Frankfurt, 1849 Mai 20.

Meine Hoffnung, schon heute in Köln einzutreffen, wird nur durch die Unschlüssigkeit und Langmütigkeit Gagerns vereitelt. Gestern sind Beschlüsse in der Paulskirche gefaßt, die nach meiner Überzeugung einen Austritt aus derselben vollkommen rechtfertigen. Der Erzherzog soll entlassen, statt seiner ein neuer Reichsstatthalter erwählt werden. Bis in die späte Nacht haben gestern Parteiberatungen stattgefunden, bis jetzt ohne Resultat. Heute morgen werden dieselben fortgesetzt und hoffentlich zu erwünschtem Schlusse geführt werden.

Wird gemeinsamer Austritt beschlossen, so bleibe ich morgen noch hier, um Abschiedsbesuche zu machen und einige sonstige Sachen noch zu ordnen.*)

186. G. Mevissen an G. Mallinckrodt in Siegen. Köln, 1849 Mai 23.

Die letzten Verhandlungen der Nationalversammlung werden vor diesen Zeilen zu Ihren Händen gelangt sein.

Nach langem ausdauerndem Bemühen, den verlorenen Boden der Mäßigung und Besonnenheit wiederzugewinnen, haben endlich die stürmen-

*) Die Austrittserklärung von 65 Mitgliedern des Kasinoklubs, unter ihnen Mevissen, erfolgte und wurde am 21. Mai im Parlament verlesen (ihr Wortlaut in der Deutschen Zeitung vom 21. Mai, Beilage zu Nr. 139).

den Wogen das Wrack überflutet und die deutsche Volksvertretung hart an den Abgrund gedrängt. Heute bei der Heftigkeit, mit welcher die Parteien feindlich sich bekämpfen, bei der maßlosen Bitterkeit, die von oben wie von unten in das Herz des Volkes hineingeträufelt worden, ist eine friedliche Lösung der Wirren kaum noch zu hoffen. Selbst die unverkürzte Annahme der Reichsverfassung vermöchte nicht mehr, die Schäden zu heilen; ja das ihr beigegebene Wahlgesetz würde, bei der heutigen Stimmung der öffentlichen Meinung zur Ausführung gebracht, uns in neue große Gefahren hineinstürzen. Dem besonnenen Vaterlandsfreunde bleibt, wenn er nach ruhiger, gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung gelangt ist, daß er mit Erfolg nicht mehr wirken, wohl aber durch längeres Verweilen die öffentliche Meinung irreführen kann, nichts übrig, als von dem geschaffenen Werke resignierend zurückzutreten und von einer besseren Zukunft die Verwirklichung desselben zu erwarten. Sind auch heute die Aussichten noch trübe — die so tiefe und großartige Erhebung des deutschen Volkes kann dennoch dauernd nur durch Erfüllung ihrer gerechten Erwartungen zum gesetzlich geregelten Maße zurückgeführt werden. Der in Berlin so kühn begonnene Versuch, der Nation durch eine oktroyierte Verfassung gerecht zu werden, droht abermals, wie frühere Versuche, in ähnlicher Weise an dem Widerspruche Bayerns und Österreichs zu scheitern. Jeder weitere mißlungene Versuch der Fürsten, sich über das Verfassungswerk zu einigen, wird klarer und klarer die Wahrheit hervortreten lassen, daß die Nationalversammlung zu keiner Zeit auf dem Wege der Vereinbarung zu irgend einem Ziele hätte gelangen können. Meiner Überzeugung nach werden, wenn die Resultatlosigkeit fürstlicher Versuche hinreichend zutage gekommen sein wird, alle Parteien in Deutschland um die Verfassung vom 28. März sich scharen. Ich betrachte noch heute, wie früher, diese Verfassung als die einzig mögliche endliche Lösung des Konfliktes und bin fest überzeugt, daß dieselbe bei einem oktroyierten guten Wahlgesetze sich durchaus bewähren wird.*)

---

*) Mevissen sendet ihm zur Mitteilung an die Wähler in Siegen eine Abschrift der Austrittserklärung vom 21. Mai nebst einem Schreiben an dieselben, worin er gleichfalls ausspricht: „Ist es auch dem ersten Parlamente deutscher Nation nicht beschieden gewesen, das von ihm geschaffene Verfassungswerk sofort verwirklicht zu sehen, so bleibt doch die Verfassung vom 28. März 1849 das wertvollste Vermächtnis, die Standarte, an welche die teuersten Hoffnungen des Vaterlandes sich knüpfen. Dieselbe wird, darauf baue ich fest, in allen ihren wesentlichen Bestimmungen ins Leben treten, sobald die heute einander bekämpfenden Extreme wie die Schatten vor dem Lichte vor dem klaren, gesunden Sinne unseres Volkes zurückgetreten sein werden."

187. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1849 Juni 18.

Sie haben mir durch Ihren Brief aus Frankfurt v. 17. v. M.*) einen jener angenehmen Eindrücke bereitet, welche während meines Aufenthalts in Belgien meine Verstimmung über die trostlosen deutschen Zustände milderten. Ihrer mir hocherfreulichen Billigung meines Verfahrens haben seitdem die Ereignisse eine nur zu nachdrückliche Bestätigung der Richtigkeit meiner Anschauung beigesellt, und immer kehrt mir die Betrachtung wieder: wie anders wäre, wenn man, statt am 4. Mai einen Reichstag und Wahlen auszuschreiben, nach meinem dringenden Anraten eine Vertagung beschlossen hätte, die Lage der Dinge; wie viel besser stände es um die Sache der Einheit und um die Würde der jetzt in Stuttgart zur Posse herabsinkenden Nationalrepräsentation! Doch Vergangenes zu erörtern und zu beklagen ist in unsrer Zeit nicht Sache der Männer, die ihre Stellung zum Handeln beruft, und zu letzterem ist ja durch die Einladung nach Gotha wieder eine Aufforderung an uns ergangen. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß auch Sie hingehn, und ich schlage Ihnen vor, die Reise zusammen zu machen ...... richten Sie aber Ihre Dispositionen so ein, daß wir Samstag abend oder längstens Sonntag in Gotha eintreffen, denn wenn nicht der Zweck der Versammlung in hohem Grade gefährdet werden soll, so müssen ihr selbst Besprechungen und Verständigungen im engeren Kreise vorangehen. Namentlich wird es sich darum handeln, unsere süddeutschen Freunde zu überzeugen, daß die bei allen Mitgliedern der Nationalversammlung sehr erklärliche Gereiztheit und Verstimmung nicht auf die jetzt zu fassenden Entschlüsse einwirken darf. Ich befürchte mehr als je einen Bruch zwischen Nord und Süd; er wird unvermeidlich, wenn die süddeutschen Blätter, z. B. die 'Deutsche Zeitung', in ihren Anfeindungen gegen Preußen fortfahren. Letzteren bin ich in einem Aufsatze entgegengetreten, welchen Sie in der 'Deutschen Zeitung' selbst, zweite Beilage zu Nr. 160 und 161 unter der Uberschrift 'Über den Preußenhaß' finden, und den ich gern von Ihnen gelesen wissen möchte. Leider würde ich jetzt, nachdem seitdem die Denkschrift als 'authentische Interpretation' erschienen ist und manchen Vorzug des Entwurfs wieder zerstört hat, jenen Standpunkt nicht mehr freudig behaupten können: aber was bleibt in der drangvollen Lage anders übrig, als Anschluß an eine positive Macht?

Von Wichtigkeit wird die Berichterstattung der 'Kölnischen Zeitung' über den Gang der Verhandlungen in Gotha sein. Setzen Sie sich doch mit Brüggemann vor Ihrer Abreise ins Benehmen und wirken dahin, daß

*) Dieser Brief liegt nicht vor, vgl. oben S. 474.

er sich nicht, wie in Frankfurt, radikaler Organe bedient, sondern jemanden nach Gotha sendet, der unter Ihrer Anleitung Artikel für die 'Kölnische Zeitung' abfaßt, oder übernehmen Sie selbst die Berichterstattung.*) Es ist dringend nötig, vermittelst der Presse auf die teils totmatt darnieder liegende, teils krankhaft erregte öffentliche Meinung einzuwirken.

188. G. Mevissen an die Wahlmänner der Kreise Siegen, Olpe und Wittgenstein. Köln, 1850 Februar 5.

Ihre auf mich gefallene Wahl zum Abgeordneten zum Volkshause in Erfurt**) legt zum zweiten Male das ehrenvolle Mandat, das schöne, industriereiche Siegenerland bei der Gründung des einheitlichen Deutschland zu vertreten, in meine Hände. Diese wiederholte Wahl gibt mir einen erfreulichen Beweis der Fortdauer Ihres mir sehr wert gewordenen Vertrauens, wofür ich Ihnen, m. H., meinen herzlichsten Dank ausspreche. Dieselbe ist mir aber auch Bürge Ihrer fortdauernden Übereinstimmung mit jenen Grundsätzen, die mich in Frankfurt mit gleichgesinnten Freunden ein deutsches Reich mit Preußen an der Spitze und unter Ausschluß Österreichs anstreben, die mich in Gotha, der veränderten politischen Lage entsprechend, auch dem enger gesteckten Ziele des Drei-Königsbundes meine Mitwirkung leihen ließen.

Die Leidenschaft der Extreme hat den Bau jenes mächtigen Reiches, wozu das erste deutsche Parlament die damals wild durcheinander wogenden Elemente zusammenfügen wollte, verhindert, aber sie hat weder vermocht, die Sehnsucht der Nation von dem angestrebten Ziele abzulenken, noch hat sie es verhindern können, daß die Einsicht in die unvergänglichen Bedingungen des deutschen Bundesstaates sich weiter und weiter verbreitet. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Ausschlusses Österreichs aus dem Deutschland, das auf konstitutioneller Basis sich zur Einheit gestalten will, jene kostbarste Frucht der Frankfurter Versammlung, ist kaum ein Jahr nach Auflösung des Parlamentes fast zum Gemeingute der Nation geworden!

Die in Erfurt tagenden Vertreter des deutschen Volkes werden, ich hoffe es, der Geschichte des ersten Parlamentes die inhaltschwere Lehre entnehmen, daß in der Politik mehr als auf irgend einem andern Gebiete des Lebens das Wort des Dichters gilt: 'Nur wer den Augenblick ergreift,

---

*) Die 'Kölnische Zeitung' enthält in Nr. 154—158 gute Berichte über die Gothaer Tagung; ob Mevissen an ihnen beteiligt ist, läßt sich nicht ermitteln. Er war vom 24. bis 29. Juni in Gotha anwesend (vgl. Bd. I Kap. 16).

**) Die Wahl war am 31. Januar erfolgt.

das ist der rechte Mann.' Sie werden, den allzu üppigen Strom der Rede zügelnd, rasch die Bahn der Taten betreten, den Verfassungsentwurf der drei Könige in seiner ursprünglichen Form für alle beigetretenen Staaten verbindlich unter Vorbehalt der Revision en bloc annehmen und die Exekutivgewalt des deutschen Bundesstaates sofort ins Leben rufen.

Die materiellen Interessen unseres Vaterlandes fordern dringend den raschen Abschluß des Verfassungswerkes, die Konstituierung einer definitiven Staatsform, und laut mahnend schlägt der Ruf nach Verbesserung und Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse ans Ohr. Die Industrie fordert ein erweitertes Handelsgebiet; der Kindheit entwachsen, will sie im Innern weise Pflege und Schutz, um dann im Gefühle erlangter und gesicherter Beständigkeit den Arm übers Meer zum Tausche der Produkte mit andern Weltteilen hinauszustrecken.

Soweit meine schwachen Kräfte reichen, werde ich dieselben in nächster Zeit ganz diesen großen Fragen, deren Lösung vorzubereiten Ihre Wahl mich mitberufen hat, widmen. Ich lebe der ungeschwächten Überzeugung, daß diese Lösung endlich gelingen, daß ein einiges, mächtiges, freies Deutschland erstehen wird, weil es erstehen muß.

189. H. von Beckerath an G. Mevissen. Berlin, 1850 Februar 19.

Antwort auf Mevissens Brief vom 13. Februar, der von der bevorstehenden gemeinsamen Tätigkeit in Erfurt handelte. 'Auch ich habe mich von Herzen gefreut, daß wir in Erfurt die alte mir so liebe Gewohnheit des Zusammenlebens und -wirkens erneuern werden. Die Aussichten auf ein ersprießliches Resultat mehren sich in demselben Maß, in welchem die Haltung der preußischen Regierung sich befestigt. Der Verfassungsabschluß vom 6. Februar, die Stellung, die der treffliche Mitglieder (Vollpracht, Siebe, Mosle) zählende und von Bodelschwingh gut geleitete Verwaltungsrat sich zu verschaffen gewußt hat, die Entschiedenheit, die beide Kammern stets in der deutschen Frage an den Tag gelegt haben, das sind Momente, die es der Regierung unmöglich machen, von der eingeschlagenen Richtung zurückzutreten, wenn nicht das Parlament in Erfurt die Sache verdirbt und Österreich in die Hand arbeitet. Dies zu verhüten, wird uns trotz der etwas bedenklichen Zusammensetzung des Volkshauses hoffentlich gelingen. Wir werden hier mit Rücksicht auf die an die deutsche Frage sich knüpfenden Eventualitäten das Ministerium ohne Weigerung und unter Hinweisung auf diese Motive mit den geforderten großen Krediten versehen, um Preußen nach außen stark hinzustellen und es in den Stand zu setzen, nötigenfalls mit der Kühnheit des Jahres 1813 zu handeln.

190. G. Mevissen, Familienbrief. Erfurt, 1850 März 19.

Gestern morgen bin ich nach einer etwas verlängerten Fahrt glücklich hier eingetroffen mit Beckerath, Bürgers, Compes und andern, welche sich en route angeschlossen haben. Hier finden wir die Dinge noch alle sehr schwankend. Die größere Zahl der Deputirten ist zwar hier, aber niemand hat bis jetzt einen bestimmten Plan, nach dem vorgegangen werden soll . . . Nach einigen Tagen werden wir uns hier wohl mehr eingebürgert haben. Morgen ist Eröffnung und Wahl eines Alterspräsidenten. Gagern ist noch nicht hier; auch Simson kommt erst heute.

Da die Augustinerkirche noch nicht fertig ist, so findet die Eröffnung im Regierungsgebäude statt. Vergebens habe ich mich bemüht, mir ein Urteil über die wahrscheinliche Dauer der Verhandlungen zu bilden. Alles ist noch so unbestimmt und vage, daß niemand eine Berechnung anzustellen vermag. Bei allen Mitgliedern der Gothaer Partei herrscht die tiefe Überzeugung, daß nur rasches Handeln zu irgend einem Ziele führen kann; so viel an uns gelegen, werden wir auf Beschleunigung hinarbeiten. Dagegen wird von anderer Seite schon eine Vertagung bis nach Ostern beantragt.

191. G. Mevissen, Familienbrief. Erfurt, 1850 März 21.

Gestern hat die Eröffnung des Reichstages mit einer sehr kühlen, rein formellen Botschaft, von Radowitz verlesen, stattgefunden, sowie die Wahl des Alterspräsidenten und der Sekretäre. Daß ich das traurige Geschäft eines der letzteren zu übernehmen genötigt gewesen, wie Du in der Kölner Zeitung vielleicht lesen wirst, beruht auf einem Irrtum. Ich bin glücklicherweise verschont geblieben. Heute konstituieren sich die Bureaus, und die Wahlprüfungen beginnen. Wahrscheinlich tritt nach Beendigung der Wahlprüfungen eine Vertagung ein bis nach Ostern, etwa bis Oster-Mittwoch . . .

Die Stimmung hier ist im allgemeinen gut, und bis jetzt herrscht, wie es scheint, in Berlin gesunde Luft. Die Rede des Königs von Württemberg wird wohl das ihrige dazu tun, um dieser Stimmung Dauer zu geben. Morgen gebe ich Dir näheren Bericht über das Resultat von heute. L. Camphausen und ich verkehren hier ganz freundlich, essen zusammen und tun beide, als ob unter Gottes Sonne gar nichts zwischen uns vorgegangen wäre. Fast alle meine älteren Freunde vom Vereinigten Landtage finden sich hier ein.

192. Bericht G. Mevissens über den Beginn der Erfurter Verhandlungen. Erfurt 1850 März 23.*)

In Volks- und Staatenhaus ziehen allmählich die erwählten Gäste ein, das politische Leben wird rühriger, und Scheidung und Bildung der Parteien hat begonnen. Bis heute sind etwa 170 Mitglieder im Volkshause und 70 Mitglieder im Staatenhause anwesend . . .

Vier verschiedene Parteien sind bis jetzt im Volkshause bestimmt hervorgetreten:

1. Die Partei der 'Kreuzzeitung' und der 'Volkshalle', welche sich dem gemeinsamen Gegner — der deutschen Einheit und Freiheit — gegenüber brüderlich die Hand reichen. Die Anhänger der Kreuzzeitung: Gerlach, Bismarck-Schönhausen, Landrat v. Manteuffel zählen etwa zwanzig Stimmen, ebenso viele Stimmen zählen die Ultramontanen, die Rom zur deutschen Hauptstadt, den Papst zum deutschen Kaiser erheben wollen. Beide Schattierungen sind in dem Parteizwecke, die ganze Verfassung vom 28. Mai zu negieren, durchaus einig und werden denselben mit allen Mitteln anstreben. Zu ihnen gesellen sich vielleicht im Laufe der Verhandlungen noch einige wenige, die einen deutschen Bundesstaat zwar ehrlich wollen, jedoch in der Maiverfassung entweder die Interessen Preußens nicht hinreichend gewahrt oder die Interessen der kleinen Staaten zu sehr beeinträchtigt glauben. Es sind das also spezifisch preußische oder vorwiegend partikularistische Abgeordnete.

2. Die zweite Partei besteht aus ehrlichen Anhängern des Bundesstaates, jedoch von mehr konservativer Färbung, als in den Grundrechten der Nationalversammlung ihren Ausdruck gefunden hat. Diese wollen von allem eine Garantie dafür, daß eine Revision der Verfassung noch durch das jetzt tagende Parlament erfolge, und daß dabei eine Zurückführung der Grundrechte auf das in der beschworenen preußischen Verfassung gegebene Maß stattfinde. Diese Fraktion besteht vorzugsweise aus preußischen Mitgliedern und hat vielfache intime Beziehungen sowohl zu dem jetzigen preußischen Ministerium, als zu höheren, der öffentlichen Besprechung entzogenen Regionen. Sie hält ein Eingehen auf den von ihr bevorworteten Weg für unerläßlich, wenn der künftige Reichsvorstand in Freudigkeit des Herzens die Zügel des Reichs in die Hand nehmen, ja, wenn überhaupt das in der Verfassung vom 28. Mai vorgesehene

*) Mevissens Sekretär W. Schroer war als Korrespondent der Kölnischen Zeitung in Erfurt anwesend. Den obigen, hier im Auszug abgedruckten Artikel schrieb aber Mevissen selbst; er ist (anonym) gedruckt in der Köln. Zeitung vom 26. März (Nr. 73).

eidliche Gelöbnis des Reichsvorstandes auf die Verfassung erfolgen soll. Die nach dem Wortlaute des § 111 der preußischen Verfassung gebotene Übereinstimmung der preußischen und der Reichsverfassung darf ihres Dafürhaltens keine Modifikation der eben erst so mühsam zustande gekommenen preußischen Verfassung bedingen. Weniger klar, als in bezug auf die Tendenz ihrer Bestrebungen, ist diese Partei in bezug auf den Weg, auf welchem sie ihr Ziel anstreben will. Wie ein Alp drückt die Stellung von Sachsen und Hannover auf die Seele dieser armen Leute. Sie möchten um jeden Preis beide den Bundesstaat rechtlich erhalten, und sind sich doch wohl bewußt, daß diese Staaten nur dann rechtlich gebunden sind, wenn die vorgelegte Verfassung ohne die geringste Änderung vom Parlamente angenommen wird. Bis jetzt hat sich noch kein Ausweg aus dem Dilemma der widerstreitenden Zwecke gezeigt. Im weiteren Verlaufe der Parteiverhandlungen wird es jedoch hoffentlich gelingen, eine Form zu finden, welche nach unveränderter Annahme der Reichsverfassung vom 28. Mai die Revision derselben durch das gegenwärtige Parlament sichert. Die Partei, welche an dieser Bedingung absolut festhält, zählt 30 bis 40 Stimmen im Volkshause.

3. Die dritte Partei besteht zurzeit noch aus einem ziemlich chaotischen Häuflein solcher, welche persönlicher Ehrgeiz treibt, unter allen Umständen sich keiner allgemeinen Vernunft, sondern nur ihrer schrankenlosen Eigenliebe unterzuordnen, und wird daher stets ihren sogenannten eigenen Weg, den Weg der Querköpfe, gehen; dann aus solchen, welche trotz der herben Erfahrungen der beiden letzten Jahre das Mögliche und allein Erreichbare noch nicht scharf ins Auge fassen, sondern ihren selbstgeschaffenen Götzen oder ein ferner Zukunft angehörendes Ideal der Gesamtheit oktroyieren wollen. Es ist ein großes Glück, daß diese beiden Fraktionen, die independenten Querköpfe und die den Boden unter den Füßen verlierenden Idealisten, nur mit wenigen Stimmen vertreten sind. Das Scheitern des Frankfurter Verfassungswerkes ist wesentlich die Schuld ähnlicher Geister, im Bunde mit Ultramontanen, Republikanern und Österreichern. Sollte es sich im Laufe der Erfurter Verhandlungen zeigen, daß die Zahl der Querköpfe in gefahrdrohendem Maße wächst, wie dies die bei parlamentarischen Verhandlungen so häufigen und unvermeidlichen Verletzungen der persönlichen Eitelkeit befürchten lassen, so behalten wir uns vor, die Namen solcher Ehrenmänner dem deutschen Volke zur Warnung für künftige Wahlen vorzuführen und einige von ihnen als Apostel der Selbstvergötterung näher zu charakterisieren. Das von Frankfurt aus so wohlbekannte Geschlecht der Piepmeyer ist bis jetzt hier in Erfurt noch

nicht hervorgetreten, sondern wahrscheinlich noch mit Übungen auf der Equilibrierstange und mit Sondierung des Terrains beschäftigt.

4. Die vierte Partei, welche wohl schlechtweg die deutsche genannt werden darf, ist die überwiegend zahlreichste im Parlament; sie zählt im Volkshause heute etwa 90 Stimmen und bildet also von allen anderen Fraktionen unabhängig in den Hauptfragen, welche zunächst zur Entscheidung vorliegen, die Majorität des Hauses. Sie will Annahme der Verfassung und der Additionalakte en bloc, ohne irgend eine Abänderung, einen Vorbehalt oder eine Klausel. Die Frage, ob revidiert werden soll, wann revidiert werden soll, in welchen Formen revidiert werden soll, betrachtet sie für jetzt als eine offene, zur Entscheidung noch nicht reife. Da die Mitglieder dieser Partei in einer späteren Phase in bezug auf die Richtung und den Umfang, in denen die etwaige Revision stattfinden soll, ziemlich weit auseinandergehen dürften, so haben dieselben für jetzt auf neutralem Boden ihr Banner aufgepflanzt und den großen nationalen Zweck, die definitive Begründung des deutschen Bundesstaates, in den Vordergrund gestellt.

Wir dürfen es kühn als ein freudiges Ereignis, als ein gutes Omen für die Zukunft des Reichstages bezeichnen, daß auf diesem Boden sich Männer verschiedener politischer Richtungen und Stellungen, daß sich die Hauptvertreter des vormärzlichen Preußen, die Bodelschwingh, Kühne, Patow, mit den Namen des Vereinigten Landtages, den Camphausen, Beckerath, Auerswald, Schwerin, Vincke, Mevissen und den glänzenden Namen Frankfurts, den Gagern, Dahlmann, Simson, Beseler, Riesser, Bassermann, Mathy zu vereintem patriotischem Wirken zusammengefunden haben. Diese Vereinigung beweist mehr als alles andere, daß die sofortige Herstellung des Bundesstaates ein unabweisbares Bedürfnis für Preußen wie für die übrigen deutschen Staaten geworden, und daß, wie die 'Deutsche Reform' in einem ihrer letzten Artikel sagt, das Erfurter Werk gelingen wird, weil es gelingen muß.

Deutschland mag mit Zuversicht auf Erfurt blicken. Der Hauptfehler der Frankfurter Versammlung, die unergründliche Gründlichkeit der Akten, wird hier, wo wahrhaft eine Elite der Nation sich versammelt findet, vermieden werden. Alles, was aus dem Schoße der Versammlung, was aus der Mitte des Verwaltungsrates, was aus anderen Regionen uns entgegenströmt, flößt uns frohe Hoffnungen für das rasche Gelingen des begonnenen Werkes ein. Die besonnensten und patriotischsten Kräfte sind zur Mitwirkung berufen, und die Lage der äußeren Verhältnisse kettet das Schicksal der Zukunft Preußens unauflöslich fest an das Schicksal des Erfurter Parlamentes. Mögen darum die Blicke derer, denen der

Mut nicht aus der Seele gewichen, sich hierher wenden und mit frischer Teilnahme die sich eröffnenden Debatten begleiten.

193. G. Mevissen, Familienbrief. Erfurt, 1850 März 25.

Seit meinen letzten Zeilen waren wir hier trotz Schnee und winterlicher Kälte in voller Tätigkeit und haben die ersten und wichtigsten Entschließungen nunmehr bereits formuliert. Heute konstituiert sich das Haus definitiv durch die Wahl seines Präsidenten Simson und durch die Wahl der Ausschüsse. Ob nun eine Vertagung für wenige Tage eintreten, und ob diese Tage hinreichen werden, um nach Köln zu eilen, weiß ich nicht . . . (M. brachte die Ostertage in Köln zu, am 3. April war er wieder in Erfurt.)

194. G. Mevissen, desgl. Erfurt, 1850 April 5.

Seit meinen vorgestrigen Zeilen ist hier die Lage der Dinge noch wesentlich dieselbe. Der Ausschuß wird erst nächsten Dienstag Bericht erstatten, und vor Mittwoch werden die Debatten nicht beginnen, wahrscheinlich sogar erst am Donnerstag. Um nicht völlig nutzlos hier zu sein, erörtern wir die Hauptfragen mittlerweile in den Klubs. Die Physiognomie des Parlaments hat in den Ostertagen eine wesentliche Modifikation erlitten. Das Schwanken, die unselige Halbheit der Regierungen teilt sich allmählich den Abgeordneten mit. Die Zahl der Entschiedenen ist zu klein, um einen festen Weg für sich zu gehen. So sind wir denn in eine Bahn geworfen, deren Ende und Ziel niemand zu erkennen vermag.

Wenn unter solchen Umständen dennoch eine Verfassung aus diesem Parlamente hervorgeht, so werden wir sie einzig der Macht der Verhältnisse, gewiß nicht dem Geschicke der leitenden Personen verdanken. Radowitz, so groß in der geistigen Auffassung der Situation, zeigt sich erstaunlich klein in der praktischen Leitung. Er holt die Gedanken von den Sternen herunter, aber versteht es nicht, die Menschen zu einem einigen kräftigen Entschluß zu führen. Dem Überfluß an Einsicht steht der Mangel an energischem Wollen zu Seite.

Meiner Natur ist eine solche Situation der Halbheit im Innersten zuwider, und ich bringe, abgesehen von den schwerwiegenden gemütlichen, jetzt auch geistige Opfer, indem ich an den hiesigen Verhandlungen teilnehme. Hätte ich eine so klägliche Mattherzigkeit der preußischen Regierung nur entfernt geahnt, so würde ich keine Mission hierher angenommen haben. Es ist höchst unerquicklich, eine Elite der tüchtigsten Menschen,

wie sie sich hier versammelt finden, so zu absoluter Tat- und Ratlosigkeit gezwungen zu sehen.

H. Gagern ist sei Dienstag auch hier, körperlich sehr wohl, geistig einer der wenigen noch mutvollen. Am wenigsten von der Situation berührt wird Vincke; ihm geht es vor allem darum, sich darzustellen, sich zu den Dingen getreu zu verhalten. Das Schicksal des großen Ganzen interessiert ihn erst in zweiter Reihe. Er ist eine jener kräftigen, egoistischen Naturen, die durch ihre Kraftfülle stets wohltun, und bei denen an tieferer Stelle der Seele, äußerlich nicht hervortretend, die ideale Sehnsucht ruht.

195. Aus einer Denkschrift G. Mevissens über die politische Lage. Erfurt (1850 April 7—9).*)

Die Notwendigkeit tief eingreifender gesellschaftlicher Reformen — Reformen in den bestehenden Besitz- und Erwerbsverhältnissen — tritt mehr und mehr in den Vordergrund. Mehrere europäische Völker haben den Kreis der politischen Formbildung durchlaufen, andere, wie Deutschland, gehen zwar noch einer letzten gewaltigen politischen Krise entgegen, aber bei allen ist der Vorhang schon soweit aufgerollt, daß der Blick sich von dem äußeren Umrisse der Staaten ab den inneren Bildungsprozessen der Völker zuwendet.

In den politischen Kämpfen der Jahrhunderte ist die Solidarität der europäischen Staaten scharf hervorgetreten. In einem kurzen Zeitraume wurde im Mittelalter in fast allen Staaten Europas das Feudalwesen begründet, ihm zur Seite die Zünfte und Korporationen. In den meisten Staaten bereiteten das 17. und 18. Jahrhundert durch das absolute Königtum

*) Ein Familienbrief Mevissens aus Berlin (wohin er von Erfurt für einige Tage gereist war) vom 10. April erwähnt, daß er in den letzten Tagen in Erfurt an einer längeren für das preußische Ministerium bestimmten Denkschrift gearbeitet habe, die den Beweis zu liefern suche, daß 'nur dann in Deutschland die Monarchie noch erhalten und der Herrschaft der Demokratie ein Damm gesetzt werden kann, wenn die Idee der nationalen Einheit und Macht, sowie der materiellen Entwickelung nach außen ihre Befriedigung findet. Dem Könige fehlt leider, wie ich glaube, Lust und Mut, um Österreich und Rußland so energisch entgegenzutreten, wie das für Preußens Interesse und für Deutschland geboten erscheint'. Ob diese Denkschrift vollendet worden ist, ist nicht festzustellen. Die oben nach dem Konzept abgedruckten Ausführungen bilden jedenfalls einen Teil derselben; vielleicht hat die Stimmung Mevissens über die preußische Politik, wie sie durch die Verhandlungen vom 12. April offenkundig wurde, ihn von der Vollendung abgehalten (vgl. Nr. 197).

den Untergang der Feudaleinrichtungen vor. Die französische Revolution bildete den Abschluß jenes lange wirksamen Zerstörungsprozesses; auch diejenigen Staaten, die dem absoluten Königtume nicht anheimgefallen waren, wo die üppige Vielheit sich nicht zur mächtigen Einheit verdichtet hatte, konnten dem Impulse jenes gewaltigen fait accompli von 1789 nicht widerstehen. Die Stürme des Jahres 1848 senkten die letzten morschen Reste des Feudalwesens in Trümmer. Die Gleichheit Aller, die Lösung aller Zwangsbande in bezug auf Personen wie Eigentum ist die Losung der neuen Zeit.

Die Herrschaft der Massen hat in Europa begonnen; diese Massen aber sind zur Herrschaft nicht vorgebildet, sie haben sich einem auf ihnen lastenden, teils eingebildeten teils wirklichen, Drucke entzogen, und rasch aufeinanderfolgende gewaltsame Revolutionen haben die Zügel der Herrschaft in ihre Hand gelegt. Diese Massen müssen die zum Regieren notwendige Bildung, das zur Erzielung gesellschaftlicher Zwecke unerläßliche Maß der Selbstbeschränkung erst erwerben. Fanatische, hirntolle Tribunen predigen ihre Weisheit und betäuben die gläubigen Geister durch den Wirrwarr ihrer Lehren. Die Massen aber erkennen instinktiv, daß die überlauten Schreier das Rätsel des Tages nicht zu lösen vermögen. Der bunte Wirwarr der Lehren, welche man ihnen vorträgt, macht sie gegen alle Lehre stumpf. Die Massen sind der Worte satt, sie verlangen Taten. Ihr gesunder Instinkt läßt sie den für ihre Bildungsstufe vielleicht einzig richtigen Weg, den Weg der Erkenntnis durch Erfahrung wählen.

Dieselbe Erscheinung wiederholt sich überall, wo die Massen zur Herrschaft gelangt sind.

Zunächst ist das Streben naturgemäß dahin gerichtet, die politische Staatsform den veränderten Zwecken der Gesellschaft entsprechend zu gestalten. Die stabile Feudalgesellschaft mit ihrem festgeschlossenen unveräußerlichen Besitz, mit ihren vom Vater auf den Sohn forterbenden Berufskreisen fand ihren naturgemäßen Ausdruck in der festen, unwandelbaren Erbmonarchie. War doch die absolute Erbmonarchie nichts anderes, als die letzte und höchste Darstellung jenes Feudalwesens selbst, und eben dadurch berufen, dieses Wesen sich so sehr zu assimilieren, daß demselben zu selbständigem Leben kein freier Raum mehr blieb. Wie die Erbmonarchie ihr Fundament, den Feudalismus, der Auflösung zuführte, so führen heute jene gleichberechtigten Massen, die das absolute Königtum großgezogen hat, diese Staatsform unvermeidlich der Auflösung entgegen.

Die Demokratie will sich bewegen, handeln, gestalten. Sie hat den **Trieb der Jugend**; mit kühner Hoffnung, mit üppiger Phantasie stürzt sie

sich in ein Leben, dessen reicher Inhalt, die Überlieferung der Vergangenheit, ihren Blicken verborgen ist. Sie nivelliert, um freien Boden für ihre Experimente zu gewinnen; sie vernichtet schonungslos das Bestehende, weil sie den Wert dieses Bestehenden, seine vielverschlungenen Beziehungen nicht kennt. Über das Maß ihrer Bildung, ihrer Einsicht hinaus kann sie keine Berechtigung zugeben, das Unverstandene ist ihr feindlich, weil sein Bestehen ihren Neubildungen in den Weg tritt.

Die Demokratie schafft sich überall naturnotwendig als die ihrem Wesen entsprechende Staatsform die Republik. Die Republik mit ihren wechselnden Gewalthabern setzt dem Drange nach Bewegung, Zerstörung und Neugestaltung keine Schranke, sie ist auf dem politischen Gebiet der adäquate Ausdruck experimentierender Massen. Ist ein Experiment fehlgeschlagen, so folgt sofort ein anderes, bis endlich die allgemeine Ermattung und Erschlaffung die gleichberechtigte Gesellschaft und mit ihr auch die Staatsform der Herrschaft eines einzelnen, eines Despoten, entgegenführt. Die Demokratie hat ihre Herrschaft in Europa angetreten. Die Februarrepublik Frankreichs ist ihr erstes großartiges Experiment. Weit entfernt, deshalb, weil das erste Experiment schlecht gelungen, zur Monarchie zurückzukehren, wird vielmehr die herrschende Masse in Frankreich das Experiment erneuern, bis es den Bedürfnissen und Zwecken der Masse entpricht. Jeder künftige Präsident wird nur dadurch herrschen können, daß er diese Zwecke und Bedürfnisse zu erkennen und zu befriedigen strebt.

Wie die Revolution von 1789 das formelle Siegel auf die Vernichtung des Feudalismus, so drückt die Republik von 1848 das formelle Siegel auf die Herrschaft der Masse. Diese Masse wird den in ihr vorhandenen Geist und die in ihr vorhandene Lebenskraft, ihren Willen, ihren Tatendrang, ihre Gestaltungslust zur Erscheinung bringen. Das Niveau des ersteren ist weit niedriger als das Niveau des in einer Monarchie, wo die Gebildeteren die Herrschaft handhaben, seiner selbst bewußt gewordenen Geistes. Das Niveau des Willens, der Macht, der Schöpfungskraft dagegen ist in der demokratischen Staatsform weit höher.

Europa wird, wie es dem Impulse des Jahres 1789 gefolgt ist (wenn auch zum großen Teile erst 60 Jahre später), ebenso gewiß dem machtvollen Impulse des fait accompli von 1848 folgen. Vergebens werden die einzelnen dem herrschenden Zeitgeiste noch ferner stehenden, erst neu in die Bewegung eingetretenen Staaten sich diesem Impulse zu entziehen suchen, ihre Kämpfe und Reaktionen gegen den herrschenden Geist sind vergeblich, um so vergeblicher, je friedlicher sich die neue Staatsform in Frankreich entwickeln wird. Wäre es noch notwendig, so

liefert die Ablehnung des deutschen Kaisertums im April 1849 den Beweis, daß die Monarchie jeder Zeugungskraft bar, daß sie bereits tief vom Gefühle ihrer Ohnmacht durchdrungen ist.

Theoretisch kann der bevorstehende Sieg der neuen Staatsform nicht bestritten werden, wie wenig der einzelne sie auch wünschen, wie tief er es auch beklagen mag, daß die höhere Organisation, der reichere Inhalt durch die niedere Organisation und durch den geringeren Gehalt vernichtet werden soll. Klage und Betrachtung ist ohnmächtig gegen die Macht der Tat.

In bezug auf die Zukunft Europas auf dieser theoretischen Erkenntnis fußend, ist es der Zweck der folgenden Zeilen, einige flüchtige Andeutungen zur Beantwortung folgender zwei Hauptfragen der Gegenwart zu geben:

1. Wie wird der Übergang der alten bestehenden Staatsform in eine neue am leichtesten vermittelt? wie wird die alles zerstörende Macht einer Krise so temporiert, daß die Grundpfeiler aller gesellschaftlichen Ordnung nicht der Zerstörung anheimfallen?
2. Welches sind die Zwecke und Bedürfnisse der künftig zur Herrschaft berufenen Masse, und wie kann schon in der Gegenwart die Erreichung derselben auf friedlichem Wege angebahnt werden?

Wenn die Staatsmacht ihren Sitz wechseln, von einer Klasse der Bevölkerung auf eine andere oder auf die Gesamtheit übergehen soll, so wird dieser Übergang da am leichtesten stattfinden, wo die neue Macht bereits in den tieferen Schichten der Gesellschaft und in den niederen Organisationen und Institutionen derselben vorgebildet wird, während in der Spitze noch die alte Macht herrscht. Dieser Entwicklungsprozeß ist demjenigen, welcher Revolutionen erzeugt, direkt entgegengesetzt. Die Revolution entspringt im Haupt des der Bildung seiner Zeit vorgreifenden Denkers. Sein Gedanke findet Apostel und Gläubige — er wird endlich das Schiboleth der tieferen Schichten der Gesellschaft in Augenblicken, wo diese, unzufrieden mit dem Bestehenden, eine Änderung ihrer Lage erstreben, und der unverstandene mysteriöse neue Gedanke ihren Geist, ihre Urteilskraft unterjocht. Die große Masse schreibt in solchen Momenten stets das Wort auf ihre Fahne, das die Gebildeten ihr entgegenrufen. Dadurch, daß die Masse sie, wenn auch ohne Verständnis, ja vielmehr in dem Glauben, nur ihre nächsten Zwecke zu fördern und ihre Lage zu verbessern, adoptiert, wird die neue Idee zur Macht. Wird diese Macht nicht anerkannt, schließt sich das Bestehende strenge gegen sie ab, so macht sie sich in revolutionären Ausbrüchen geltend.

Wird die Macht anerkannt, die Notwendigkeit einer Umbildung des Bestehenden zugegeben, so wird mit Bewußtsein ein Stein nach dem anderen von dem alten Bau losgelöst und durch einen neuen ersetzt werden können. Wenn dann die letzte Säule des Alten sinkt, tritt das Neue vollgestaltet dem Blick entgegen. Die Reform hat in diesem Prozesse die Revolution besiegt.

Um glücklich zu reformieren, ist es vor allem erforderlich, zu erkennen, welche Organisationen und Institutionen der Natur des sich Bahn brechenden neuen Gedankens entsprechen?

Wird die Herrschaft der Massen als unvermeidliches Resultat einer nahen Zukunft vorhergesehen, so liegen in der neuen Macht als wesentliche nach Befriedigung strebende Tendenzen:

1. Gleichberechtigung Aller;

2. Wandelbarkeit der Personen, denen die Macht der Gesellschaft anvertraut wird.

3. Bewaffnete Neutralität nach außen.

4. Steigerung des materiellen Wohlbefindens.

Diese wesentlichen Tendenzen können, solange die alte Macht noch herrscht, rascher und reiner ins Leben eingeführt werden, als nachher, wenn die neue Macht die Herrschaft bereits errungen hat und ihre Leidenschaften der Entwicklung ihrer Prinzipien hemmend in den Weg treten und die freie Forschung der Geister verdüstern.

ad 1. Die Gleichberechtigung wird zunächst formell herbeizuführen sein durch Gleichheit Aller vor dem Gesetze, durch allgemeines Wahlrecht, durch Teilnahme Aller an dem Wahlrechte in Gemeinde, Kreis, Bezirk, Provinz zu den verwaltenden oder richterlichen Ämtern. Der vorstehenden radikalen Tendenz der Massen wird in der Monarchie nur bis zu einem gewissen Grade nachgegeben werden können, ohne zugleich die Existenz dieser Staatsform zu negieren.

Zunächst wird dem Monarchen und den Mitgliedern seines Hauses eine exzeptionelle Stellung eingeräumt werden müssen. Dann wird neben der aus Wahlen hervorgehenden Gesamtvertretung eine andere erbliche zu bilden sein, um mit der Bewegung zugleich eine gewisse notwendige Stabilität zu begründen.

Die Wähler werden in Klassen, je nach dem durch sie vertretenen Besitz abzustufen sein. Die Ausübung richterlicher Funktionen wird an Besitz und Bildung zugleich zu knüpfen sein. Es ist aber gewiß ein Fehler, wenn in einer der Massenherrschaft zueilenden Zeit die in einem revolutionären Sturm bereits erlangte gleiche Teilnahme Aller an dem Wahlrechte nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ beschränkt wird.

Die qualitative Beschränkung ist eine Notwendigkeit, weil ohne sie keine regierungsfähige, sondern nur eine zerstörungsfähige Vertretung aus den Wahlen hervorgehen wird. Die quantitative Beschränkung übt auf das Resultat der Wahlen nur einen höchst unbedeutenden Einfluß, während sie dem Angriffe der Massen den bequemsten Vorwand darbietet. Wird einmal anerkannt, daß die Zukunft den Massen gehört, so muß ihren Tendenzen überall bis an die Grenzen des Möglichen, also so weit als mit der Existenz der Monarchie verträglich, entgegengegangen werden. Gibt es eine Möglichkeit, die Monarchie und mit ihr die bereits erworbene Bildung zu retten, so ist sie nur dann vorhanden, wenn die wesentlichen und berechtigten Zwecke der Massen in der Monarchie ihre Befriedigung finden. Jede befriedigte berechtigte, d. h. mit dem Gemeinwohl der Bürger und der Existenz des Staates verträgliche Forderung der Massen schafft dem Bestehenden Anhänger und entzieht dem Arsenal der Revolutionen eine Waffe. Belgien hat für die Wahrheit dieser Behauptung im Frühjahre 1848 einen bewundernswerten Beweis geliefert. Die Wahrheit, daß neue aus Reformen entsprungene Institutionen zu weiteren Forderungen anregen und eine konsequente Entwicklung und Ausbildung derselben nicht umgangen werden kann, darf anerkannt werden, ohne darum befürchten zu müssen, daß diese Konsequenzen der Monarchie gefährlich werden, wenn nur ursprünglich in den Reformen das richtige Maß gehalten worden ist. Jede über das strenge Maß hinausgehende Reform wird die Mutter falscher Begriffe und gefährlicher Tendenzen.

ad 2. Die zweite Forderung der Massen, Wandelbarkeit der Personen, denen die öffentlichen Ämter anvertraut werden, hat für die monarchische Staatsform in der hier gegebenen Periode derselben eine berechtigte und eine nicht berechtigte Seite. Die Monarchie muß in den Zeiten, die der Massenherrschaft zueilen, zunächst dahin streben, das Gebiet ihrer leitenden Tätigkeit auf das Notwendigste zu beschränken und das, was von niederen Organen selbständig ohne Schaden besorgt werden kann, diesen zu überlassen. Die Gemeinde, Kreise, Bezirke und Provinzen mögen daher ihre Angelegenheiten selbständig ordnen; auch wird es zweckmäßig sein, die materielle Verwaltung des Staates auf das Notwendigste, und namentlich in der Art zu beschränken, daß der Staat überall, wo er direkt verwaltet, nur ganz augenscheinlich gemeinnützige Interessen fördert. Nach dem Vorbilde Englands kann der Bau der Straßen, der Eisenbahnen, der Kanäle füglich den Kreisen, Bezirken und Provinzen, die Einrichtung der Banken, ländlichen und städtischen Kreditinstitute eignen Korporationen überlassen werden. Bis jetzt haben die Regierungen in Deutschland die wesentlichsten Zweige der Produktion teils überwacht, teils direkt geleitet,

und dadurch die Nation der frei und selbständig schaffenden Tätigkeit entwöhnt.

Das Fundament aller modernen Industrie, der Bergbau und das Hüttenwesen, sind bisher fast überall nur aus fiskalischen Gesichtspunkten, nirgend aus dem Gesichtspunkte der zu steigernden nationalen Produktion ins Auge gefaßt worden. Als das zu erstrebende Ziel wird auch auf diesem Gebiete nach dem Vorbilde Englands eine gänzlich freie Bewegung mit Ausschluß aller fiskalischen Zwecke gelten müssen. An die Stelle der zurzeit noch nötigen polizeilichen Überwachung des Grubenbetriebes wird eine zahlreiche Glieder der Nation durchdringende, durch Bergschulen zu fördernde Einsicht in die Erfordernisse desselben treten müssen. Bei gänzlich freier Bewegung, nach hinreichend verbreiteter technischer Vorbildung, wird es wohl noch vorkommen, daß in einzelnen Ausnahmefällen irgendwo eine Grube nicht nach nationalökonomisch richtigen Grundsätzen abgebaut wird; aber der Betrieb des Bergbaues wird zu den Bedürfnissen der jedesmaligen Gegenwart in steten Rapport treten, die Gewohnheit selbständiger Bewegung und der dem Tüchtigen zuteil werdende Gewinn werden ein mächtiger Sporn sein, die Schätze des Bodens in einem höheren Maße aufzuschließen, als dieses heute, wo Einsicht und Tatkraft gleich sehr mangeln, möglich ist. Will oder kann der Fiskus auf seine Einkünfte aus diesem Zweige der Produktion nicht verzichten, so wird anstatt aller anderen mit einer polizeilichen Kontrolle verbundenen Abgaben eine einzige Flächensteuer auf Grund eines Bergkatasters einzuführen sein. Daß dieser Kataster verschiedene Steuerstufen, wie für Heide, Wiese, Ackerland, so für Kohlen, Eisenstein, Blei usw., und in diesen Steuerstufen selbst wieder entsprechende Unterabteilungen enthalten muß, bedarf hier keiner weiteren Ausführung. Die Belehnung der Bergwerke ist gänzlich aufzuheben und in freies Eigentum zu verwandeln. Nur die Form, wie dieses Eigentum erworben, besessen, geteilt, verkauft und mit Schulden belastet werden kann, hat das Gesetz zu bestimmen. Die Bildung großer und mächtiger Korporationen zur Ausbeutung der Schätze des Bodens ist im monarchischen Staate auf diesem wie auf allen übrigen Gebieten der produktiven Tätigkeit unbedingt zu fördern. Jene Korporationen sind konservativer Natur, und die großen Geldmittel, worüber sie verfügen, erlauben ihnen in der Regel die vorteilhafteste Ausbeutung und die höchstmögliche Produktion — zwei in gleichem Grade dem Staatsinteresse entsprechende Resultate.

Wie die gänzliche Freigebung des Bergbaues, so ist auch der allmähliche Übergang sämtlicher, dem Staate noch gehörenden Domänen in Privateigentum zweckmäßig, um unnötigen Reibungen und Konflikten der

Organe der Staatsgewalt mit den Interessen der Staatsbürger vorzubeugen. Die Aufhebung des Salzmonopols resp. die Verwandlung desselben in eine Salzsteuer ist ebenfalls geeignet, den Organismus der Verwaltung zu vereinfachen.

Durch die Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise, Bezirke und Provinzen, und durch die derselben entsprechende Wahl der Verwaltenden auf Zeit, kommt der monarchische Staat einer der wesentlichsten Tendenzen der Masse entgegen. Solange jedoch die Massen ohne alle Vorbildung zu dieser Tätigkeit, ja durch eine lange Vergangenheit alles eigenen Wirkens auf diesen Gebieten entwöhnt sind, erscheint es unerläßlich, daß vorübergehend Organe der Staatsgewalt den gewählten Verwaltern leitend beigegeben werden. In dem neuerdings in Preußen angenommenen Verwaltungssystem entsprechen die Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten in bezug auf einen Teil ihrer amtlichen Funktionen diesen vorübergehenden Zwecken der Staatsgewalt. Nach Verlauf einer Lehrperiode wird zu erwägen sein, ob nicht die ganze Verwaltung dieser Korporationen den gewählten Vertretern übertragen und die Organe der Staatsgewalt auf die wesentlichen Zwecke dieser Gewalt beschränkt werden können.

Auf gleicher Höhe mit dem Staate, weniger wandelbar in ihren Formen als dieser, schreitet die Kirche in der Geschichte daher. Sie fordert ihrer Natur nach die vollkommenste Unabhängigkeit vom Staate in bezug auf ihre Lehre. Dieser Forderung wird der Staat, soweit die Kirche auf geistigem Gebiete sich bewegt, gerecht werden müssen. Seine Zwecke können beschränkt werden auf Gesetzgebung und Überwachung der Handhabung der gegebenen Gesetze über Erwerbung von Liegenschaften für die tote Hand, über das Erfordernis hinreichender Schulvorbildung zu geistlichen Ämtern, Forderung der Toleranz einer Konfession gegen alle anderen und auf die Forderung, daß das religiöse Dogma keine dem Staate, seinen Institutionen oder seinem Sittlichkeitsbegriffe gefährliche oder widersprechende Lehre enthalte.

Gegen die in der absoluten Selbständigkeit der Kirche liegenden Gefahren bieten sich dem Staate zwei Korrektive. Der Staat kann indirekt durch seine Gesetzgebung darauf hinwirken, daß den Gemeinden ein gewisser Einfluß auf die Ernennung der Geistlichen und auf die Verwendung des Kirchenfonds gesichert werde. Er kann die Unabhängigkeit des staatsbürgerlichen Lebens von dem kirchlichen durch entsprechende Institutionen, Zivilehe, Befreiung der Dissenters von Beiträgen zu Kirchenzwecken, herbeiführen. Das gewaltigste Korrektiv gegen Übergriffe der Kirche ist aber die Schule.

Die Schule in ihren zwei Gliederungen, höhere und niedere, ist Sache der Provinzen und Gemeinden unter Mitwirkung des Staates bei den Ernennungen, solange diese erforderlich ist. Die Provinzen und Gemeinden haben die Leitung der Schule nach den vom Staate zu erlassenden gesetzlichen Normen . . . . . (unvollendet).

196. G. Mevissen, Familienbrief. Erfurt, 1850 April 11.

. . . Hier in Erfurt liegt noch alles so schwankend und ungewiß, wie ich es am Sonntag verlassen. Die Politik dieser Zeit bringt wenige freudige, erhebende Momente. Desto mehr sehne ich mich in den engeren sicheren Kreis meiner Familie zurück und lebe, soweit höhere Pflicht es erlaubt, ein auf diesen Kreis beschränktes Leben. Meine sittliche Weltanschauung räumt dem einzelnen keine absolut freie Bestimmung über sich in dieser Beziehung ein. Wer in einer gegebenen Lage von sich weiß oder glaubt, daß er der Gesamtheit nützen könne, ist dieses Opfer der Gesamtheit schuldig. Dieser Gedanke der Pflichterfüllung beruhigt mich, wenn sich die Dinge nicht nach Neigung oder zur Lust gestalten. Seine Pflicht erfüllen, ist in allen Lagen das erste Gebot.

197. G. Mevissen über die am 12. April von seiten der preußischen Regierung und der Kreuzzeitungspartei kundgegebenen politischen Anschauungen und Grundsätze.*) Erfurt 1850 April 12, 13.

1. In der heutigen Sitzung des Volkshauses traten Radowitz und Manteuffel mit den Intentionen der preußischen Regierung, Keller und Stahl mit ihrer philosophischen Polemik gegen die parlamentarische Regierung in Deutschland ungeschminkt hervor. Radowitz und Manteuffel fordern die Revision der Verfassung vor der Annahme derselben en bloc, ohne für diese Forderung irgend einen triftigen Grund anzuführen. Radowitz motiviert seine Forderung durch die veränderte politische Lage und Stimmung im Volke und bei den deutschen Fürsten und Regierungen. Manteuffel entkräftet die Gründe der Freunde der Annahme en bloc durch das schlagende Motiv, daß ja doch das formale Recht nicht die verbündeten Regierungen bei ihrem der Nation gegebenen Worte festzuhalten vermöge, sondern daß in letzter Instanz nur der gute Wille der Regierungen und die relative Macht derselben dafür maßgebend sein werde, ob sie bei dem Bündnisse vom 26. Mai verharren oder sich demselben entziehen würden.

*) Die Ausführungen Mevissens scheinen zur Publikation in einer Zeitung bestimmt gewesen zu sein.

Die Geständnisse der Vertreter der preußischen Regierung enthalten eine für das deutsche Volk traurige, eine dunkle Zukunft drohende Lehre! Der Grundirrtum von Radowitz, welchem wir im weiteren Verlaufe bei Keller und Stahl in höherer Potenz begegnen werden, besteht darin, daß er nur die veränderte Lage und Stimmung sowie den Willen der deutschen Fürsten und Regierungen im Mai 1849 gegen April 1850 ins Auge faßt und den Hauptfaktor der heutigen Staatsmacht, das deutsche Volk, von seiner Betrachtung gänzlich ausschließt.

Wer will es bestreiten, daß die deutschen Fürsten sich vollkommen konsequent bleiben, wenn sie auf ihre Grundanschauung, auf die notwendigen Resultate ihrer Stellung, Bildung und Erziehung, auf den partikularistischen Souveränitätsschwindel zurückgehen — ja daß sie mit psychologischer Notwendigkeit darauf zurückgehen müssen, seitdem die Revolution von 1848, die einen absolut entgegengesetzten Weg einschlug, der Reaktion von 1849—50 gewichen ist. Wie wäre es möglich, daß die Revolution von 1848 plötzlich das Gemüt der Fürsten gänzlich umgewandelt, die alten Menschen zu neuen umgeschaffen hätte! Haben doch die deutschen Fürsten 33 Jahre lang — mit der einzigen edlen Ausnahme des auch deshalb romantisch genannten hochherzigen Friedrich Wilhelm IV. — sich wohl befunden unter dem Dache des Inkompetenzhauses in Frankfurt?! War doch die Fürstensouveränität in den kleinen Staaten während dieser ganzen Periode so reich dotiert mit Geld und Macht; hielt doch der selige Bundestag alle die behagliche Fürstenexistenz störenden Regungen des Volksgeistes mit seiner durchgreifenden Polizei so hübsch im Zaume; war doch die Presse zensiert, die Vereinigung verpönt, waren doch alle öffentlichen richterlichen und verwaltenden Ämter einzig in den Händen der Bureaukratie mit gänzlichem Ausschlusse des Volkes, — und lebte es sich doch in den Schlössern und an den 38 Höfen Deutschlands so friedselig und schön, daß noch heute die Ritter und die Damen des alten Regimes nur mit Tränen in den Augen erzählen von der untergegangenen Herrlichkeit, von den glänzenden Bällen, den höchsten und allerhöchsten Neigungen, Gunstbezeugungen, großmütigen Volksbeglückungsplänen aus der Vogelperspektive usw. usw. Wie sollten sich die deutschen Fürsten, sobald sie von der Tyrannei jener 'verdammten' Volkssouveränität, die sie einen Augenblick lang vom rechten Wege abgeleitet hat, befreit waren, sich nicht zurücksehnen nach der seligen Zeit, wo sie die 38 deutschen Völker so patriarchalisch beglückten und des eigenen Lebens so herzlich froh waren? Es heißt die menschliche Natur verkennen, wenn man glaubt, daß sie je freiwillig des Liebgewordenen, Anerzogenen und Angewöhnten sich entschlüge!

Die Fürsten können im Jahre 1850 den unter der Herrschaft der revolutionären Bewegung im Mai 1849 mit so schwerer Not zur Welt geförderten Entwurf einer deutschen Verfassung nicht mehr frei wollen, sie müßten denn ihrer ganzen Vergangenheit untreu werden. Hatte doch eine Revolution ihnen jenen Entwurf aufgedrungen! Was ist natürlicher, als daß sie in der Periode der Reaktion sich von diesem Zwange befreien?

Freilich, das deutsche Volk hat einmal im Jahre 1848 das patriarchalische Beglückungssystem etwas unsanft berührt — aber „es ist ja vor den Thronen stehen geblieben", und ein Jahr der Angst und Not ist vielleicht nicht zuviel für weitere 30 Jahre der Freude und des Genusses.

Herr von Radowitz in seiner idealen Ehrlichkeit ist freilich die Kassandra der Fürsten. Er hat es ja in seiner jüngsten Rede so schön gesagt, daß dem berechtigten Verlangen der deutschen Nation nach Macht, Einheit und Freiheit genügt werden müsse, so wahr die Sonne am Himmel stehe, wenn nicht bald der Strom einer zweiten Revolution allverheerend die Ufer durchbrechen soll. Aber seit jener Rede sind schon volle 14 Tage vergangen, und 14 Tage Konsequenz in einem Schlusse, gegen den sich das ganze Gemüt des Denkers selbst empört, den der eigene Geist nur widerwillig anerkennt — das ist zu viel verlangt.

Herr von Radowitz war unseres Wissens zuzeiten Lehrer der Mathematik. Es darf daher mit Recht auffallen, daß er sich auf die Berechnung geistiger Kräfte und Neigungen so schlecht versteht. Sein Schluß, daß die deutschen Fürsten im Jahre 1850 eine andere Verfassung als im Jahre 1849 wollen, ist, wie wir sahen, psychologisch ganz richtig. Wenn er aber weiter geht und bei dem deutschen Volke dieselbe Änderung des Willens, wie bei den Fürsten voraussetzt — und nur diese Voraussetzung konnte ihn berechtigen, von einer wirklich geänderten Lage der Dinge zu sprechen —, so ist diese Rechnung grundfalsch. Das deutsche Volk ist in seinem Willen gar nicht so wandelbar, wie Herr von Radowitz glaubt. Das deutsche Volk wollte 30 Jahre lang materielle Einheit und Macht und parlamentarische Regierung. Das Volk war in diesem Verlangen schon vor dem Jahre 1848 so einmütig und klar, daß es im März 1848 gar keiner schweren Kämpfe bedurfte, um die entgegenstehende Minorität zu besiegen.

Das Volk, urplötzlich am Ziele seiner wohlbemessenen Wünsche, hat im Rausche der Bewegung über dieses Ziel hinausgegriffen, seine heißblütigen, jugendlichen Geister haben ein unreifes Ideal in die gelockerte Wirklichkeit hineintragen wollen, und dieses unreife Ideal samt den damit verbundenen rohen Auswüchsen der Leidenschaft und des Egoismus hat

im Jahre 1849 durch die organisierte bewaffnete Macht des Bestehenden bekämpft werden müssen — es ist besiegt worden.

Aber voraussetzen, daß nach den Siegen über die Extreme, die das Volk selbst zuerst in der Paulskirche durch seine Vertreter — durch jene Männer, die die Idee der deutschen Einheit und Freiheit in den Jahren der Ruhe unter schweren Kämpfen mit großer Selbstverleugnung großgezogen hatten — geistig, dann durch sein aus seinen Söhnen gebildetes Heer physisch erfocht, dasselbe Volk geneigt sein sollte, seine edelsten und höchsten Güter, wofür seine besten Kräfte so viele Jahre lang gestrebt und gekämpft haben, feige aufzugeben, befangen vom panischen Schrecken, — diese Voraussetzung scheint uns für den Lehrer der Mathematik und für den Verfasser der „Gespräche über Staat und Kirche" etwas stark.

Das Volk ist ebenso konsequent in seinen Zwecken und Bestrebungen, wie seine Fürsten. Die Bahnen, welche beide wandeln, sind nach ihrer Vergangenheit, nach ihrer Stellung und ihren Interessen leider nur zu oft verschieden. Sie werden eines Tages unvorhergesehen zusammenstoßen, und an jenem Tage wird die überwiegende Macht des Volkes die deutsche Einheit schaffen, wenn die Fürsten nicht mit weiser Selbstverleugnung diesem drohenden Tage des Gerichts zuvorkommen.

Wie Herr von Radowitz die durch seine Brille (was das Herz wünscht, sieht das Auge) sichtbar veränderte politische Lage und Stimmung, so accentuiert Herr von Manteuffel die M a c h t als Bildnerin des politischen Rechtes. Herr von Manteuffel hat zwar unseres Wissens 1847 im Weißen Saale viele verunglückte Reden gehalten — aber damals war er der Ritter aus der Niederlausitz, der Vertreter von Finsterwalde; heute ist er der preußische Minister des Innern, der zur Leitung der Geschicke eines großen Volkes mitberufen ist. Wenige Minister der Vergangenheit und der Gegenwart teilen mit ihm den traurigen Ruhm, an den Grundfesten aller staatlichen und bürgerlichen Ordnung so gewaltig gerüttelt zu haben, wie er in seiner heutigen Rede.

In einer Zeit, die kaum in blutigem Kampfe die Autorität des Rechtes und des Gesetzes hergestellt, die eben erst die falschen Anbeter einer rechtlich zustande gekommenen Reichsverfassung niedergeworfen hat, in einem solchen Augenblicke proklamiert der preußische Minister des Innern, daß die verbündeten deutschen Regierungen nicht durch das formale Recht bei der Verfassung vom 26. Mai festgehalten werden können, daß einzig die Macht, ungestraft wortbrüchig zu werden, über Verharren oder Abfallen entscheide! Soweit ist es also im Jahre des Heils 1850 wieder in Deutschland gekommen, daß die souveräne Fürstenwillkür das heiligste

Recht beugen, die Verträge brechen und der Nation das Brot, wonach sie hungert, vorenthalten kann!

Wie bald wird die staatenbildende und verträgebrechende Fürstenmacht des Herrn von Manteuffel sich als Ohnmacht, als unfähig, Neues zu zeugen und Altes zu erhalten, ausweisen!

Hat doch derselbe Mann noch vor kurzem gesagt: „Recht muß doch Recht bleiben“, und hat doch sein Kollege Schleinitz in der mecklenburgischen Frage erklärt, Preußen achte das Recht höher als die Politik. Welche Widersprüche! Herr von Manteuffel hat mit seiner unglückseligen Schaustellung der deutschen Fürstenmacht vergebens versucht, die feindliche Position anzugreifen, den Anhängern der Annahme der Maiverfassung en bloc den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Eigene Motive zur Begründung seiner Ansicht, daß die Revision der Annahme vorhergehen müsse, hat er nicht angegeben; vielleicht hat er aus Klugheit die wahren Motive verschwiegen und aus Aufrichtigkeit keine falschen geben wollen.

Die verträgebrechende Macht des Herrn von Manteuffel wird bei den Herren Keller und Stahl durch die wissenschaftlichen Theorieen verklärt und systematisiert. Die Macht des Herrn von Manteuffel ist allgemeiner, unbestimmter Natur, sie ist schlechthin Macht, und als solche Schöpferin des Rechtes. Bei den Herren Keller und Stahl ist die absolut berechtigte Macht eine bestimmte, genau bezeichnete — die monarchische. Sie wird bei den beiden frommen Herren kanonisiert und mit dem feierlichen Namen „Autorität“ getauft. Der Fürst ist der Träger aller Autorität, der einzig vollberechtigte Repräsentant seines ganzen Volkes, seine Machtfülle ist unerschöpflich, sie ist an keine Schranken gebunden, alles Bestehende kann sie niederwerfen, alles Werdende hindern, in die Erscheinung zu treten — aus Gründen des öffentlichen Wohles. Die Erkenntnis des öffentlichen Wohles ist ein von Gottes Gnaden der „Autorität“ gegebenes Privilegium, das der Träger dieser Autorität weder übertragen noch teilen kann.

Die „Autorität“ der Herren Keller und Stahl ist die zur Verwirklichung des Rechtes von Gott eingesetzte Macht. Zu allen Zeiten hat es Zweifler an dieser göttlichen Einsetzung, hat es Menschen gegeben, welche an die bestehende Autorität den Anspruch erhoben haben, daß sich die Macht nicht durch vorgebliche Bestimmung des göttlichen Geistes, sondern dadurch, daß sie der allgemeinen Vernunft entspreche, legitimiere.

Die Autorität, wie die Herren Keller und Stahl sie auffassen, ist ihrem innersten Wesen nach eine einige, unteilbare. Sie kann nicht verschiedene Träger, nicht verschiedene Propheten haben, sondern nur einen

einzigen Papst. Die Autorität ist aber im Laufe der Geschichte in doppelter Gestalt hervorgetreten, als weltliche und geistliche. Der Kampf der beiden Autoritäten gegeneinander füllt mehrere Jahrhunderte der deutschen Geschichte. Er hat noch heute keinen Abschluß gefunden, es ist vielmehr nur ein Waffenstillstand geschlossen von zweifelhafter Dauer.

Wenn Herr Stahl sein Glaubensbekenntnis ganz auf die Tribüne hätte tragen wollen, so hätte er die Suprematie der kirchlichen Autorität über die weltliche postulieren müssen. Die Kirche ist die einzige Hüterin der „ewigen Wahrheit", sie spendet davon der weltlichen Macht so viel als dieselbe in einer gegebenen Zeit bedarf, um die Kirche in ihrem hohen Beruf zu schützen, damit diese in Frieden die Lämmer weide und die Schafe schere. Der Schwerpunkt der preußischen und jeder anderen monarchischen Gewalt wäre konsequenterweise in Rom zu suchen, und die unbequemen Forschungen eines Parlamentes wären als frevelhafte Angriffe auf die über alle Zweifel erhabene Autorität zu beseitigen.

Zu aller Zeit war die Autorität von der Macht, der weltlichen oder geistigen, begleitet. Die Vernichtung der Macht war stets zugleich Vernichtung der Autorität.

Die kirchliche Autorität, das absolute Papsttum, wurde in seinem innersten Kerne angegriffen, als die Reformation die Geister von der Autorität der sichtbaren, im Papste ausgedrückten Kirche befreite und die Autorität des Evangeliums der freien Forschung anheimgab, so daß fortan nicht der Buchstabe der Bibel, sondern das selbsttätige geistige Verständnis des Buchstabens den Inhalt der Religion bildete. Die wirkliche Autorität der Reformation war der lebendige Geist der in der Geschichte sich entwickelnden Vernunft. Aus diesem nie versiegenden Quell schöpften die Forschungen der neuen Religion und ihrer Schwester, der Philosophie. Die persönliche Autorität des Papsttums war in die geistige der den Geist beherrschenden sittlichen Idee umgewandelt.

Dem Zwiespalt der kirchlichen folgte der Zwiespalt der weltlichen Autorität. Die persönliche Autorität des Monarchen wurde gebrochen, die Idee des Staates wurde die neue, die Geister beherrschende Autorität. Zur Verwirklichung des Staates wurden alle Kräfte zur Mitwirkung berufen, und nur die Gesamtheit der gegliederten Kräfte sollte entscheiden, was dem Staate fromme und was nicht.

Daß im Staate der Monarch nicht mehr einseitig und allein die entscheidende, ordnende Macht ausübt, trennt das konstitutionelle Regiment von dem absoluten.

Der Zwiespalt in der Kirche ist hervorgetreten, sobald die neue Autorität hinreichende Macht hatte, um der alten im Kampfe entgegen-

zutreten. Auch auf dem weltlichen Gebiete hat die veränderte Stellung der Macht die neue Autorität begründet.

Die Herren Stahl und Keller haben gänzlich übersehen, zu untersuchen, wo die Macht, die unumgängliche Gefährtin jeder Autorität, im allgemeinen, und wo sie insbesondere in diesem Augenblicke in Deutschland liegt. Diese Untersuchung war ihre Aufgabe auf der Tribüne eines deutschen Parlamentes, das berufen ist, die Politik einer großen Nation neu zu begründen. Statt zu untersuchen, wo die Quellen der Autorität in dieser gegebenen Zeit entspringen und lebendig strömen, haben sie es vorgezogen, der Versammlung das selbstgeschaffene Dogma einer alleinseligmachenden Form der Autorität, das Dogma des geistlichen und weltlichen Papsttums, vorzutragen.

Die einzige wirkliche, die Welt beherrschende Macht war zu aller Zeit die den Menschengeist durchdringende und beherrschende Vernunft. Die Vernunft regiert die Völker in der doppelten Form der Erkenntnis und der Religion. Wir werden in einem zweiten Abschnitt prüfen, welche Formen der Regierung der heute lebendigen Vernunft entsprechen, und wie diese Formen sich zu dem Dogma der Herren Keller und Stahl verhalten.

2. Die Vernunft entwickelt sich kontinuierlich in der Geschichte der Menschheit. Der Geist schreitet fort von den im Gedächtnisse aufbewahrten Vorstellungen einzelner Objekte der Außenwelt zur vergleichenden Betrachtung derselben. Die Gegensätze der Erscheinungen der inneren und äußeren Welt werden als Glieder einer höheren Einheit begriffen, und der geistige Prozeß des Begreifens schreitet unaufhaltsam fort, bis der Begriff seine höchste Stufe, die unendliche Vielheit in der Einheit, erreicht hat, um sich von der schwindelnden Höhe des Unendlichen wieder zur Betrachtung und zur tieferen Ergründung des Individuellen in Geist und Welt zurückzuwenden.

Die Erkenntnis allgemeiner Wahrheiten, auf dem Wege geistiger Forschung mühsam und langsam errungen, bleibt zunächst das Eigentum weniger Eingeweihten und Auserlesenen, welche den ganzen geistigen Prozeß in sich erleben und durcharbeiten. Die Lehre bildet einen kleinen Kreis von Jüngern, wie in der Philosophenschule zu Athen, bis ein großes aus dem Quell der Dichtung getränktes Gemüt die trockene Form des spekulativen Erkennens durchbricht und die Erkenntnis zur höheren Form der Kunst erhebt. In den providenziellen Menschen, denen diese große Mission geworden, findet sich Geist und Gemüt, Verstand und Willen harmonisch vereinigt. In ihnen wird die Erkenntnis zur Anschauung, der nackte Gedanke zum reichen Kunstgebilde; sie kleiden die erkannte

Wahrheit in das glänzende Gewand der Poesie und stellen sie als religiöses Dogma den Gläubigen zur Andacht und Verehrung auf.

Alle großen Stifter der Religionen, die Stifter der griechischen Götterlehre, des Christentums, des Mohamedanismus usw., haben die geistigen Errungenschaften ihres Volkes, die großen Wahrheiten ihrer Zeit zum Dogma ausgeprägt und für dieses Dogma unbedingten Glauben gefordert. Jedes religiöse Dogma ist das Produkt eines voraufgegangenen großen geistigen Prozesses. Die großen Massen, deren physische Bedürftigkeit ihnen zu keiner Zeit erlaubte, den schweren und lange dauernden geistigen Prozeß in sich zu erleben, finden in dem religiösen Dogma ihre Befriedigung und in dem in allen Dogmen enthaltenen großen Schatz von sittlichen Wahrheiten ihren sittlichen Halt.

Das religiöse Dogma wird im Laufe der Jahrhunderte zur gegliederten Kirche. Die Priester der Kirche sind die Eingeweihten, mit den geistigen Grundlagen des Dogmas Vertrauten; die Laien bilden die große Masse der mehr oder minder unbedingt der Autorität der Kirche vertrauenden Gläubigen.

Der Religionsstifter hat die Wahrheit im Schmuck der Dichtung, in der reichen Ausstattung der Phantasie den Völkern verkündet; er ist gezwungen, sich der Sprache seiner Zeit, ihres ausgebildeten dichterischen Schmuckes zu bedienen und seine Darstellung den Vorstellungen und der Auffassung seiner Zeit zu nähern. Seinem Zwecke gemäß wird er sich streng auf die bildliche Darstellung weniger großen und allgemeinen Wahrheiten beschränken, aber es dennoch nie ganz vermeiden können, daß seine Darstellung den Stempel seiner Zeit trage, daß dem erkannten Notwendigen und Ewigen sich Zufälliges und Willkürliches beimischt.

Jede Kirche hat in ihrer geschichtlichen Entwicklung notwendig die Tendenz, sich weiter und weiter von dem Quell, woraus sie entsprungen, zu entfernen. Das Dogma erstarrt mehr und mehr, je fester die Kirche äußerlich sich gliedert. Wird die innere Einheit des Dogmas (wie im Katholizismus) auch äußerlich als Einheit (im Papsttum) dargestellt, so wird der Papst der persönliche Ausdruck, der unfehlbare Ausleger des Dogmas, und der ursprünglich dem Dogma gewidmete Glauben wird allmählich auf die zufällige und wechselnde Persönlichkeit des Papstes übertragen. Die priesterliche Hierarchie, schärfer und schärfer von den Laien sich scheidend, hat selten der Versuchung widerstanden, das ursprünglich einfache, der Forschung noch leicht zugängliche Dogma den Blicken der Gläubigen mehr und mehr zu entziehen und den inneren Gottesdienst durch pracht- und kunstreiche äußere Formen zu ersetzen. Der Katholizismus namentlich hat, sobald er zur Macht gelangt war und seine

äußerliche Organisation vollendet hatte, diese äußere Organisation mit derselben Autorität wie die Grundlehren des Evangeliums bekleidet und von seiten der Gläubigen unbedingte Anerkennung und Verzicht auf jedes freie Urteil über dieselben gefordert.

Dem gläubigen Volke verwandelt sich so das ursprünglich lebendige, geistzeugende Wort zur starren, den Geist knechtenden und knechtisch beherrschenden Formel.

Entfernt sich eine Kirche zu weit von ihrem Ursprunge, tritt das Zufällige und Willkürliche zu sehr an die Stelle des Ewigen und Notwendigen, hat die Priesterkaste allmählich selbst die tiefere Erkenntnis des Dogmas verloren, tritt an die Stelle des geistigen Gottesdienstes der äußerliche Götzendienst, so entwickelt sich mit Notwendigkeit in einzelnen hellen und freien, dem Zwang der Autorität widerstrebenden Köpfen die Opposition gegen das Bestehende, und diese Opposition ruht nicht eher, bis sie in einem neuen, höheren, über das Bestehende wesentlich hinausgehenden Dogma Anerkennung und Ausdruck gefunden, oder bis sie, wie in der Reformation, die Form der Kirche zersprengt und das ursprüngliche Dogma, befreit von seinem falschen Beiwerke, sich zurückerobert hat. Der vom Zwange der Autorität erlöste, wieder lebendig und schaffend gewordene Geist der Reformation hat sich vergebens bemüht, seinen reichen, im Laufe vieler Jahrhunderte gewonnenen Gehalt in das Dogma des Evangeliums hineinzusenken. Das notwendige Produkt der Reformation ist die deutsche Philosophie, die in ihren Resultaten mit den Grundwahrheiten des christlichen Dogmas übereinstimmend die Entwicklung derselben im Laufe der Geschichte verfolgt und begreift.

Die einzige wahre und dauernde Macht über den Geist ist die Vernunft, zu ihr führt jede begriffliche Entwicklung schließlich zurück. Jedes Zeitalter entwickelt diese Macht durch die Tendenz zur Geltendmachung, Verlebendigung bestimmter besonderer Wahrheiten und Erkenntnisse. Das gegenwärtige Zeitalter erstrebt auf dem Gebiete des Staates und der Gesellschaft in Europa dieselbe Lösung und Befreiung von den alten, starrgewordenen Formen, welche die Reformation auf dem Gebiete der Kirche erstrebte. Es ist unvermeidlich, daß in der Hitze des Kampfes scheinbar die ganze Errungenschaft der Geschichte, die Grundlagen aller staatlichen Ordnung in Frage gestellt werden, wie in der Fortentwicklung der Reformation alle Wahrheiten des christlichen Dogmas in Frage gestellt wurden. So wenig jedoch die kritische Philosophie diese Wahrheiten umzustoßen vermocht hat, so wenig wird die heutige politische Bewegung die ewigen Pfeiler der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ernstlich gefährden.

Die Herren Stahl und Gerlach stehen in der Politik auf dem Standpunkte des historischen Katholizismus. Der Monarch ist ihnen der Hüter und Ausleger der religiösen Wahrheit. Diese Wahrheit lebendig zu erhalten, ist sein höchstes Recht und seine höchste Pflicht.

Diese Richtung unterscheidet sich von der entgegengesetzten protestantischen nicht dadurch, daß sie die Herrschaft der Wahrheit, der Vernunft im Staate will (denn diese Herrschaft will auch jene), aber sie unterscheidet sich wesentlich dadurch, daß für sie Wahrheit und Vernunft nicht fortschreitend in der Geschichte sich entwickeln, sondern daß sie zu einer bestimmten Zeit ganz und für alle Ewigkeit von Gott im Christentum der Welt offenbart worden sind. Ihre Forschung ist daher ausschließlich rückwärts dem Inhalte des Evangeliums zugewandt, jeder neuen weiteren Entwicklung grundsätzlich feindlich abgewandt.

Es ist durchaus folgerichtig, wenn Stahl und Gerlach die Behütung und Spendung, sowie die Interpretation der Wahrheit dem Monarchen vindizieren, denn da die Wahrheit für sie eine abgeschlossene, offenbarte ist, so ist dieselbe nicht durch den Geist der Gemeinde weiter zu entwickeln, sondern nur durch eine kräftige einheitliche Spitze der Zukunft unversehrt zu erhalten.

Der Widerspruch liegt einzig darin, daß diese Herren sich Protestanten und nicht ultramontane Katholiken nennen. Dem Protestantismus ist zwar das ursprüngliche christliche Dogma höchste Autorität, aber die Auslegung und Erforschung dieses Dogmas ist jedem freigegeben: und da das Evangelium wesentlich nur einfache, große, sittliche Wahrheiten darstellt, so ist dadurch die Freiheit des Geistes ungefährdet; die stockende oder irregegangene Begriffsentwicklung des einzelnen schöpft vielmehr aus dem Born dieses Dogmas stets neue Kräfte, um den Irrtum zu besiegen und die Spekulation zu einem vernünftigen Resultat zu führen. Der Protestant erkennt die religiösen Wahrheiten, so wie er sie auffaßt, als absolute Macht über seinen Geist an, aber er unterwirft sich keiner fremden Auffassung, keiner persönlichen, sondern nur einer geistigen Autorität. Wie in der protestantischen Kirche der Priester nur die religiöse Wahrheit dem einzelnen vermittelt und durch seine Lehre das Verständnis derselben erleichtert, so soll analog der Fürst im Staate die Zwecke des Staates vermitteln, zu einer reineren Auffassung der Idee des Staates anleiten, aber der Geist des Volkes soll selbständig mitwirken zu der Entwicklung des Staates, und die Reibung der Geister soll den Fürsten befähigen, seine Mission in ihrem vollen Umfange zu erfüllen.

198. G. Mevissen an G. Mallinckrodt. Erfurt, 1850 April 14.

Zu Ihrer Wahl zur ersten Kammer meinen herzlichen Glückwunsch! Es tut bei dem sehr konservativen Ergebnis der Wahlen im ganzen dringend not, daß Männer von festem, unbeugsamem Charakter sich in Berlin einfinden, wenn nicht die Reaktion über jedes Maß hinausgreifen und uns auf dem gradesten Wege einer zweiten Revolution entgegenführen soll. Die Stellung, welche Radowitz und Manteuffel hier im Parlamente nehmen, ist unter aller Kritik, ja ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, daß schwerlich je die Regierung einer europäischen Großmacht eine so klägliche Stellung einer Volksvertretung gegenüber eingenommen hat. Die Herren haben ein Bündnis geschlossen und üben daran, wie Vincke mit Recht sagt, das jämmerliche Werk der Penelope, sie trennen bei Nacht was sie bei Tage ineinander geschlungen, und das aus purer Furcht.

Der gestrigen Annahme der Verfassung en bloc im Volkshause wird übermorgen dieselbe Annahme im Staatenhause folgen, Preußen ist dann durch Politik und Ehre gleich sehr gezwungen, diesen ein unlösbares Rechtsverhältnis zwischen 28 deutschen Staaten begründenden Beschlüssen Folge zu geben, die Reichsregierung anzutreten und mit kräftiger Hand die Zügel zu führen.*) Geschieht das nicht, so habe ich die Hoffnung, daß endlich im Volke wie im Heere das schlummernde Ehrgefühl geweckt, daß die einstimmige öffentliche Meinung des Landes der Regierung ein gewaltiges 'Vorwärts' zurufen wird. Geschieht das nicht, nun, dann ist Deutschland zu neuen revolutionären Stürmen und neuen reaktionären Krisen vollkommen reif.

Die hiesigen Verhandlungen werden raschen Schrittes ihrem Ziel entgegeneilen. In 14 Tagen bis 3 Wochen wird Volks- und Staatenhaus mit der Beratung sämtlicher Vorlagen fertig sein. Kommt die preußische Regierung nicht mit neuen unvorherzusehenden Zumutungen, so kann gegen

---

*) Mevissen schrieb einige Tage später über die Situation in Erfurt: 'Die Revision der Vorlagen und die aus derselben hervorgegangenen Vorschläge zur Abänderung legen Zeugnis ab von dem ernsten Streben des Parlaments, der gerechten Forderung Preußens, daß seine kaum nach schweren Kämpfen begründete Verfassung nicht durch die Beschlüsse des Reichstages wesentlichen Modifikationen unterworfen werde, entgegenzukommen, sowie von dem Streben, die der Frankfurter Verfassung entlehnten Grundrechte mit den Erfahrungen der letzten Jahre in Einklang zu bringen und alles daraus zu entfernen, was der staatlichen Ordnung gefährlich erscheinen oder der ferneren gesetzgeberischen Tätigkeit der einzelnen Glieder des Bundesstaates nicht absolut erforderliche Beschränkungen auflegt.'

Mitte Mai das Parlament seine Sitzungen schließen. Die Verhandlungen mit Österreich müssen bis zum 1. Mai, also innerhalb der nächsten 14 Tage, zu irgend einem Ziele führen, wenn nicht der alte Deutsche Bund sich am 1. Mai, dem Tage wo das Interim endet, ohne alle Regierung finden soll.

Die Sprache der beiderseitigen Regierungsorgane wird von Tag zu Tag feindlicher und läßt eher eine Lösung der Wirren durch das Schwert als auf dem Wege friedlicher Verständigung vorhersehen. Eine Lösung wird aber im Laufe des Jahres 1850 entschieden vorbereitet.

Die Kammern in Berlin werden als Hauptaufgabe haben, Preußen bei einer deutschen Politik, bei dem Bunde vom 26. Mai, durch alle gesetzlichen Mittel festzuhalten. Gelingt dies, so ist die deutsche Zukunft gesichert. Inzwischen werden Handel und Gewerbe die schwankende Haltung der preußischen Regierung bald lähmend empfinden, und das Aufblühen der materiellen Interessen wird abermals auf längere Zeit vertagt sein.*)

199. G. Mevissen, Familienbrief. Erfurt, 1850 April 26.

Wir nahen uns hier mit raschem Schritte dem Schlusse der Session und werden voraussichtlich uns am nächsten Dienstage auf unbestimmte Zeit vertagen, bis die 28 Fürsten die Verfassung beraten und die Reichsregierung eingesetzt haben, was vielleicht binnen den nächsten Wochen geschehen, wahrscheinlich aber eine Frist von mehreren Monaten fordern wird. Im ganzen steht die Sache des jungen Bundesstaates gut. Preußen wird vorwärts gehen, und, soviel ich zu sehen vermag, werden die übrigen Staaten treu bleiben.

Mehr und mehr hat hier die Ansicht Raum gewonnen, daß die Wahlen zum Parlamente nicht allein für diesen Reichstag, sondern für vier Jahre gültig sind, und daß demnach die jetzigen Mitglieder sämtliche organischen Gesetze werden zu beschließen haben.

*) In einem Familienbrief von demselben Tage führt Mevissen aus: ‘Ein Resultat ist aber unter allen Umständen gewonnen: das deutsche Volk hat fortan ein völlig unzweifelhaftes Recht auf den Bundesstaat, und es kann nicht mehr zum Bundestage zurückgeführt werden. Die hiesigen Verhandlungen machen im ganzen auf mich einen fast wehmütigen Eindruck. Es sind hier so überaus tüchtige und reiche Kräfte vereint, beseelt vom besten Willen, von der reinsten Hingebung für die Größe und Macht der Nation —, und diese Kräfte werden nicht benutzt, ja sie werden lahmgelegt durch eine Regierung, die sich von Furcht vor dem Auslande beherrschen läßt. Wir müssen in Deutschland wahrhaft übermenschliches Glück haben, wenn diese Dinge gut enden.’

Bei der trefflichen Zusammensetzung der beiden Häuser ist diese Auffassung politisch von der höchsten Bedeutung, und der einzelne wird in diesem Falle seine objektive Neigung der guten Sache zum Opfer bringen müssen. Daß ich bei solchen Aspekten keine Neigung habe, auf irgend eine Wahl zur zweiten Kammer nach Berlin einzugehen, brauche ich Dir wohl nicht zu sagen.*) Ich habe alle desfallsigen Anträge entschieden von der Hand gewiesen und gedenke bei diesem Beschluß zu verbleiben.

200. G. Mevissen über das Erfurter Parlament. (1850 April 29.)

Die Verhandlungen des Erfurter Parlaments haben meines Erachtens ihre einzige wahre Bedeutung darin, daß sie den Weg der Verständigung zwischen der deutschen Nation und den Fürsten noch für eine Zeitlang offen erhalten und jenen Punkt, wo feindliche Richtungen im Gewühl der Leidenschaften zu gar keinem gegenseitigen friedlichen Verständnis mehr gelangen können, in weitere Ferne hinausgeschoben haben.

Die Majorität des Parlaments hatte als einzige Aufgabe, die preußische Politik auf dem durch das Bündnis vom 26. Mai 1849 betretenen Weg zu unterstützen und die Verwirklichung dieser Politik, soviel an ihr lag, anzubahnen. Diese einfache Aufgabe ist durch die Annahme wie durch die Revision von seiten des Parlaments gelöst worden. Durch die Annahme der Verfassung ist der Nation unzweifelhaft eine neue Rechtsbasis legal erworben Preußen und den verbündeten Staaten gegenüber. Den nicht verbündeten Staaten gegenüber wird diese neue Rechtsbasis von Preußen zur Geltung gebracht werden müssen; Preußen wird nur eine solche Rekonstituierung des weiteren Bundes anerkennen können, welche die Union in sich aufzunehmen vermag. Ob Preußen ein absolutes Recht hat, die Umbildung des Bundes von 1815 nach diesem Grundrisse zu fordern, wird vielseitig bestritten werden.

*) Mevissen war damals für die zweite preußische Kammer in den Kreisen Altena, Iserlohn und Hagen vorgeschlagen. — Die Stimmung im Kreis der rheinischen Liberalen gibt ein Brief von G. Mallinckrodt, der am 4. April für Arnsberg in die erste preußische Kammer gewählt worden war, vom 25. April 1850 an Mevissen wieder: . . . 'Wenn man sich nicht so sehr daran hätte gewöhnen müssen, Berlin mit dem allergrößten Mißtrauen anzusehen, so möchte man sich noch einmal versucht fühlen, wenn auch zum letzten Male, an Berliner Ehre und Ehrlichkeit zu glauben. Glaubt man ja so gern, was man wünscht. Werden wir aber wiederum getäuscht, so scheint es mir nicht anders möglich, als daß auch die ruhigsten und besonnensten Leute, die so gern mit der Regierung gingen, sich den entschiedenen Gegnern derselben anschließen. Gott verhüt's!'

Diese Forderung ist jedoch für Preußen zur politischen Notwendigkeit geworden. Preußens Selbständigkeit und Ehre sowie die weitere friedliche Entwicklung der deutschen Zustände sind von dieser Forderung untrennbar.

Preußen hat gegen sich die Eifersucht der vier Großmächte. Diese Eifersucht wird nötigen, den preußischen Bauplan auf das geringste Maß zu beschränken. England und Rußland widersprechen der Ausdehnung des Bundesstaates bis an die Nord- und Ostsee, namentlich der Einverleibung Holsteins, Hannovers und der Hansestädte. Österreich und Frankreich wollen keine Ausdehnung des Bundesstaates auf Baden und die beiden Hessen. Werden diese Ansprüche der Großmächte Preußen gegenüber in vollem Umfange aufrecht erhalten, so sind für Preußen und Deutschland zwei Alternativen gegeben: entweder diese Ansprüche dringen durch, sei es durch ein Einlenken Preußens oder durch den Abfall der betreffenden Staaten, — dann zerfällt der Bundesstaat, und es bleibt ungewiß, ob Preußen zu einer isolierten Stellung gezwungen wird oder ob es mit Österreich sich über die Bildung der Organe des weiteren Bundes zu verständigen vermag. So wahrscheinlich die letzte Eventualität in Wien scheinen mag, so wenig wahrscheinlich erscheint mir dieselbe von dem Standpunkte aus, den Preußen einmal eingenommen hat.

Bleiben die verbündeten Staaten dem Bündnisse treu und geht Preußen ohne Rücksicht auf die Großmächte mit der Bildung des Bundesstaates vorwärts, so ist die Attraktionskraft desselben stark genug, um die noch draußen stehenden deutschen Königreiche bald zu sich heranzuziehen. Diese Ausdehnung des Bundesstaates führt fast mit Notwendigkeit zu einem Konflikte mit Österreich und Rußland. Preußen hat kein vorwiegendes Interesse, diese Ausdehnung des Bundesstaates schon in dem gegenwärtigen Augenblicke anzustreben; sein wohlverstandenes Interesse fordert vielmehr eine Erweiterung seines Einflusses über ein Gebiet, welches ihm durch Religion, Stammverwandtschaft usw. homogen ist, — also über den Norden bis zur Mainlinie.

Wollen die Großmächte aber Preußen diejenigen Konzessionen versagen, die es den veränderten Umständen, der veränderten Auffassung seiner Staatsangehörigen gemäß ansprechen muß, so ist Preußen genötigt, über seine wahren Bedürfnisse hinüberzugreifen und den ganz Deutschland umschließenden Bundesstaat ins Leben zu rufen, indem es sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellt.

Wollte Preußens Regierung einen anderen Weg einschlagen und anstatt eines Bundesstaates ein Großpreußen bilden, so drohen im Innern Deutschlands die größten Gefahren. Unter der scheinbar ruhigen Oberfläche

wühlt der Geist der Revolution mächtiger als je. Preußen hat für die Bildung des Bundesstaates die gesamte altliberale Partei, die Bourgeoisie und alle Erinnerungen einer großen deutschen Vergangenheit zur Seite.*)

201. Aug. Hergenhahn an G. Mevissen. Wiesbaden, 1850 Juni 2.

.... In politischer Beziehung sieht es trübe aus. Der Berliner Kongreß ist so ziemlich resultatlos, und es macht einen peinlichen Eindruck, wenn man in den Konferenzprotokollen liest, wie sich der Vertreter der Großmacht Preußen mit den armseligen Kleinstaaten Mecklenburg-Strelitz und Lippe-Schaumburg herumbeißt und die Insolenzen eines Hassenpflug hinnimmt. Auf diese Weise werden die dynastischen Gelüste nicht überwunden und das Deutsche Reich nicht gegründet. Dennoch verzweifle ich nicht!

---

*) Er sandte gleichzeitig an seinen Wahlkreis Siegen einen Rechenschaftsbericht, in dem er u. a. ausführte: 'Die hohe Aufgabe, das große Werk zu fördern und durchzuführen, geht jetzt, nachdem das Parlament seine Pflicht gegen Fürsten und Volk erfüllt hat, zunächst wieder ausschließlich auf die deutschen Regierungen, und vor allem auf die Regierung des Reichsvorstandes, über. Es gilt jetzt die formelle Rechtsbeständigkeit der Verfassung zur materiellen zu erheben. Die gewählten Vertreter der verschiedenen im Parlamente vereinten deutschen Staaten haben durch ihre Beschlüsse dargetan, daß sie bereit sind, der größeren Einheit Deutschlands, seiner Macht nach Außen, seiner Stärke im Innern die notwendigen und unerläßlichen Opfer zu bringen, sie haben durch die Beschleunigung ihrer Beratung den Beweis geliefert, daß in Deutschland die Zeit der Worte vorüber, daß die politische Einsicht allgemein verbreitet ist, daß das schon so lange dauernde Provisorium einem neuen, festen, öffentlichen Rechte Platz machen muß.

Die Nation hat durch die Beschlüsse ihrer Vertreter den wohlbegründeten Anspruch an die deutschen Fürsten und Regierungen erworben, daß auch sie der Neugestaltung des Vaterlandes freudig Opfer bringen und durch gemeinsames rasches Wirken die Reichsverfassung ins Leben einführen. Vertrauen wir fest darauf, daß dieser Anspruch nicht verkannt, daß die Verheißungen einer sturmbewegten Zeit in Erfüllung gehen werden! Wenn das deutsche Volk im Bunde mit seinen Fürsten dem Gedanken seiner Einheit und Größe unverbrüchlich treu bleibt, so wird die Macht der Verhältnisse die Schwierigkeiten, die sich der Wiedergeburt entgegenstellen, besiegen und ein neues dauerhaftes Band aufrichten. Dann werden die Hoffnungen derer zuschanden werden, die den Zwiespalt der Stämme und die Ohnmacht des Ganzen zu verewigen sich bemühen.'

202. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1850 Juni 14.

Die Politik ist gänzlich faul und trübe. Sieht man zu, was heute geschieht und sich vorbereitet, so ist der Blick in die Zukunft auf diesem Gebiet nur dunkel. Die geträumte deutsche Einheit wird wahrscheinlich noch Ströme Blutes kosten, und wer weiß, ob nicht viele edle Richtungen der Nation dabei schwer leiden. Eine Wiederberufung des Erfurter Parlaments wird mich gegen meinen Wunsch noch einmal in den Kreis hineinziehen, um ihn dann auf längere Zeit definitiv zu verlassen.

203. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1850 Juli 29.

Wird am 30. Juli nach Köln kommen, um mit Mevissen und 'dem einen oder andern unserer Erfurter Leidensgefährten zusammenzukommen und aus dem Zusammensein mit Kollegen und Freunden Trost und innere Widerstandskraft gegen die schauderhaften öffentlichen Zustände zu schöpfen'.*)

204. G. Mevissen, Familienbrief. Köln, 1850 Oktober 12.

Die letzten Tage brachten kriegerische Aussichten und Truppenmärsche die Fülle. Ich glaube dennoch für jetzt nicht an Krieg, weil Österreich im Innern noch zu schwach ist. Die deutsche Frage naht jedoch einem vorläufigen Abschluß, da alle Großmächte die Gefahren der Lage, die ihnen die deutschen Zustände bereiten, nicht länger ertragen wollen und Österreich nötigen werden, seine Forderungen herunterzuschrauben.

*) Am 3. Juli 1850 sandte Max Duncker aus Kiel an Mevissen den Aufruf zur Bildung von Hilfsvereinen für Schleswig-Holstein (vgl. dazu R. Haym, Das Leben Max Dunckers [1891] S. 124ff.). G. Beseler suchte (Greifswald 1850 August 24) Mevissen besonders für die Placierung der Anleihe zu interessieren, welche aufgenommen werden sollte, um Holstein die fernere Tragung der Kriegskosten zu ermöglichen. 'Ich richte die Bitte an Sie, für eine möglichst bedeutende Beteiligung bei dieser Anleihe wirken zu wollen, etwa im Verein mit den Hamburger Häusern, die sich dafür tätig zeigen . . . Ich wende mich in dieser Sache an Sie, weil ich keinen Finanzmann kenne, dessen Verbindungen und Begabungen eine solche Garantie des Gelingens geben, als es der Fall ist, wenn Sie die Sache in die Hand nehmen wollen, und ich bin überzeugt, daß Sie es tun, wenn Sie irgend eine Aussicht auf Erfolg sehen. Wieviel wäre noch zu besprechen, wenn ich die Freude hätte, Sie persönlich zu treffen! Wir stehen vor 1756, aber ohne Friedrich II. Indessen verzweifle ich noch nicht, am wenigsten für die Zukunft. Bewahren Sie mir ein freundliches Andenken.'

205. G. Mevissen, desgl. Köln, 1850 November 4.

Der politische Horizont hat sich einen Augenblick so verdüstert, daß ich in der Tat ernstlich an Kriegsgefahr geglaubt habe. Der Rücktritt von Radowitz usw. läßt aber glauben, daß das Kabinet zum Nachgeben entschlossen ist. Als Finanzmann ist mir diese Wendung erwünscht, als Mensch und Politiker sind meine Empfindungen so bitterer Art, daß ich sie gar nicht dem Papier anvertrauen möchte. Wie es scheint, bedarf Preußen und Deutschland noch einer Schule harter Erfahrungen, bevor es zu einer machtvollen Existenz gelangen wird.

206. H. v. Beckerath an G. Mevissen. Krefeld, 1850 Dezember 11.

Die Angelegenheiten unseres Landes sind, sowohl was die inneren Zustände als was die Beziehungen nach außen betrifft, in eine Krisis geraten, von deren Ausgang niemand auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit etwas vorherzusagen und auch der zu sanguinem Hoffen geneigte nichts Gutes zu erwarten vermag. Es wäre überflüssig, Ihnen meine Empfindungen und Gedanken über diese verhängnisvolle Wendung auszusprechen; wenn man so viel zusammen gelebt und gewirkt hat, wie wir beide, so blickt der eine in des andern Seele, auch ohne daß Worte sie enthüllen. Ich komme daher sofort zu der Bitte, die die eigentliche Veranlassung dieser Zeilen bildet. Wie wir im allgemeinen uns beim Scheiden in Berlin das Wort gegeben haben, mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln der hereinbrechenden Reaktion entgegenzutreten, so erkannten wir es namentlich auch als eine Aufgabe unserer Partei, die von den Gegnern grimmig gehaßte und mit Brutalität verfolgte 'Konstitutionelle Zeitung' aufrecht zu halten.*)

*) Die Zeitung hatte damals 2100 Abonnenten, deckte jedoch die Kosten nicht. Beckerath bittet Mevissen (der der Konstitutionellen Zeitung seit ihrer Begründung im Januar 1849 nahestand), das Blatt durch Übernahme weiterer Aktien zu fördern. 'Duncker hatte halb und halb die Idee, Herrn Kruse — früher bei der Deutschen, jetzt bei der Kölnischen Zeitung — die Redaktion anzutragen. Was halten Sie davon?'.

1851—1859.

Leitende Gedanken im Wirtschaftsleben.

1. Aus einer Denkschrift von G. Mevissen über die in Köln geplante Errichtung der Gesellschaft 'Germania', Lebensversicherungs- und Rentenbank für Deutschland. Köln, 1851 Februar.

Der Geist der Assoziation, dem die großen Schöpfungen der Vergangenheit ihren Ursprung verdanken, treibt in neuerer Zeit vorzugsweise seine Blüten auf dem Gebiete der materiellen Interessen. Durch den Geist der Assoziation wurden die großartigen Schöpfungen der neueren Zeit, die Dampfschiffahrten, die Eisenbahnen, Telegraphen und Wegebauten ins Leben gerufen. Den vereinten Bestrebungen vieler, in der Form der Kollektiv- und Aktiengesellschaften, verdanken die großen Kreditinstitute des Landes, die Bergbaugesellschaften, die Gesellschaften zur Landesmelioration, so wie fast alle großen industriellen Etablissements ihr Dasein. Neben diesen, die Zirkulation und Produktion fördernden Instituten bildet sich in neuerer Zeit fast in allen Staaten Europas eine Gattung von Gesellschaften, welche die Sicherstellung des einzelnen gegen die Gefahren der Elementarkräfte wie gegen die wechselvollen Schicksale des eigenen Lebens und gegen die gefährlichen Schwankungen des eigenen Willens zum Zwecke hat. Zahlreiche Versicherungen gegen Feuers- und Wassergefahr, Vieh- und Hagelversicherungen haben sich in kurzer Zeit gebildet, und wo früher nur wenige Gesellschaften dieser Art einen knapp gemessenen Wirkungskreis fanden, finden jetzt viele ein lohnendes Feld der Tätigkeit.

Die Einsicht in den großen Nutzen dieser Institute, verbunden mit dem steigenden Nationalwohlstand, hat ihnen dieses Feld geöffnet, und während noch vor wenigen Jahren ausländische Versicherungsgesellschaften zahlreiche Verträge in Preußen abschlossen, suchen jetzt die vaterländischen Gesellschaften bereits mit Erfolg ihren Wirkungskreis auf das Ausland auszudehnen.

Eine Art dieser Gattung, und zwar die wohltätigste und weitgreifendste von allen, die Lebensversicherung und die Versicherung von Renten, wurde bisher in Preußen nur in sehr geringem, und auch im übrigen Deutschland bei weitem nicht in dem Maße kultiviert, wie in anderen Staaten Europas, namentlich in England und Frankreich.

Für Preußen war die freie Entwicklung dieses Zweiges durch ein, der in Berlin im Jahre 1836 für diese Zwecke gegründeten Gesellschaft erteiltes Privilegium auf dem Wege der Gesetzgebung gehemmt, und erst das im Laufe dieses Jahres bevorstehende Erlöschen dieses Privilegiums eröffnet dem Unternehmungsgeiste auf diesem Gebiete ein freies Feld.

In manchen Städten der Monarchie ist ohne Zweifel seit längerer Zeit der Blick solcher Personen, deren Beruf die Beschäftigung mit dem Kredit-, Geld- und Versicherungswesen bildet, dem Zeitpunkte zugewendet gewesen, wo die Staatsregierung im Falle sein würde, auf dem beregten Gebiete die Entwicklung freizugeben.

An unserem Platze hatten sich die Herren Mevissen und A. Oppenheim, ersterer schon seit längeren Jahren, mit dem Gedanken der Errichtung einer Lebensversicherungs- und Rentenbank beschäftigt und zu diesem Zwecke von den Statuten, der Organisation, den Tarifen usw. der im In- und Auslande für diesen Zweck bestehenden Institute Kenntnis genommen. Als die Periode näher rückte, in welcher jener Gedanke realisiert werden konnte, wurde von den genannten Herren das Statut einer in Köln zu errichtenden Gesellschaft beraten und entworfen und mit dem Bankhause Rothschild sowie mit dem Präsidenten der Seehandlung vorläufige Rücksprache genommen, um eventuell der zu errichtenden Gesellschaft die nötige Unterstützung und Beteiligung auf dem Geldmarkte zu sichern. In Übereinstimmung mit den genannten sachkundigen Männern erschien es ratsam, die Ordnung der schwebenden großen politischen Fragen sowohl als auch ein nahe bevorstehendes Erlöschen des mehrgedachten Privilegiums abzuwarten, um mit dem Projekte hervorzutreten.

In den letzten Monaten des Jahres 1849 war indessen der Entwurf eines Statuts beendet, und wurde derselbe von den Herren Mevissen und Oppenheim dem Direktor und dem Generalagenten der hiesigen Feuerversicherungsgesellschaft, den Herren Musard und Kalle, mitgeteilt, um in einer Beratung mit diesen, in einem verwandten Zweige des Versicherungswesens erfahrungsreichen Personen die etwaigen Mängel desselben kennen zu lernen und zu verbessern. Dem Herrn Kalle wurde bei dem Schlusse dieser Beratungen gesagt, daß jener Entwurf ins Leben treten solle, sobald die Lage des Geldmarktes dies ratsam erscheinen lassen und das exklusive Privilegium dem Erlöschen nahe sein würde...

Bei der Prüfung der Nützlichkeit der Lebensversicherungs- und Rentenbanken drängt sich zunächst die Tatsache der Betrachtung auf, daß in England beinahe hundert Gesellschaften für diese Zwecke mit einem eigenen Kapitale von mehr als hundert Millionen Talern, in Frankreich achtzehn Gesellschaften mit ebenfalls bedeutendem Kapitale in Tätigkeit sind. Die Tatsache, daß in dem materiell am meisten entwickelten Lande der Welt, in England, so große Kapitalien, so viele tüchtige Kräfte diesem Zweige der Versicherung zugewandt sind, ist an und für sich ein lautes Zeugnis für die doppelte Nützlichkeit dieser Institute, ein Beweis sowohl für die Rentabilität der darin angelegten Kapitalien, wie für die großen Vorteile, welche sie den Versicherten bieten.

Der große Nutzen der Lebens- und Rentenversicherung ist jedoch, auch abgesehen von den dafür laut sprechenden Tatsachen, leicht zu erweisen. Es ist eine jahrtausendalte Erfahrung, daß nur bei festem, gesichertem Besitze oder bei der Aussicht, in einer gewissen Zeit zu einem festen Besitze zu gelangen, die Neigung zum Sparen, zum Vermehren des Besitzes sich kräftig entfaltet, daß mit wachsendem Kapital auch die produktiven Kräfte gleichzeitig wachsen, daß erst bei sicher gestellter materieller Existenz oder bei selbstgeschaffenem Kapital der Unternehmungsgeist den zur Sicherstellung des Erfolges erforderlichen Überblick sowie die den Erfolg verbürgende Besonnenheit, Solidität und Ausdauer gewinnt.

Durch Sparkassen, Lebensversicherungs- und Rentenbanken wird die Möglichkeit geschaffen, das Bewußtsein des Besitzes und Eigentums, die Hoffnung auf künftige reiche Früchte einer augenblicklichen Tätigkeit über alle Klassen der Gesellschaft zu verbreiten.

Der Wirkungskreis der Sparkassen, wie sie bisher tatsächlich sich entwickelt haben, ist auf die besitzlosen Klassen der Bevölkerung berechnet und in der Regel nach oben hin streng abgegrenzt, ja der Teilnahme gänzlich verschlossen. Die Einleger der Sparkassen sind in der Regel in jedem Augenblicke den Wechselfällen des Lebens durch Krankheit, Arbeitsmangel usw. noch unterworfen; sie befinden sich daher nicht in der Lage, für eine längere Zeit auf die Verwendung ihrer Ersparnisse ganz oder teilweise zu verzichten; daher für die Sparkassen die Notwendigkeit, die Kapitalien stets zur Zurücknahme bereit zu halten, daher die Notwendigkeit, die Einlagen auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken, weil große Summen nicht zu einem angemessenen Zinsfuße zu jeder Zeit disponibel gehalten werden können.

Das Institut der Lebensversicherungs- und Rentenbank hat seinen Wirkungskreis vorzugsweise in den Mittelklassen der Gesellschaft. Erst längere Existenz und die allgemeiner verbreitete Einsicht in die großen

Vorteile des Instituts führt demselben allmählich auch die Teilnahme des großen Besitzes zu. Der große Vorteil solcher Institute für den Teil der Bevölkerung, welcher zwar ein sicheres Einkommen zur Deckung der täglichen Ausgaben, jedoch kein angesammeltes Kapital besitzt, wohl aber durch Intelligenz, Fleiß und Sparsamkeit ein solches Kapital zu erwerben hoffen darf, springt in die Augen.

Der Erwerb sowie die Ersparnis vollzieht sich in dieser Sphäre in kleinen Raten, die auf dem allgemeinen Geldmarkte keine nützliche und zugleich sichere Verwendung finden und daher in der Kasse des einzelnen rentlos liegen bleiben, ein totes Kapital. Da der Besitzer diese Ersparnisse bei seiner schon gesicherten Stellung im Leben dauernd zu entbehren vermag, so überliefert er sie mit Vorteil der Lebensversicherungs- oder Rentenbank, welche dadurch, daß sie zu lange dauernder Verwendung überliefert werden, diese bei ihr sich sammelnden Kapitalien zu einem relativ hohen Zinsfuße zu verzinsen vermag. Zinsen und Zinseszinsen wachsen dem sicher angelegten Kapital hinzu, und nach Verlauf einer Reihe von Jahren ist eine ursprünglich geringe Summe durch vorsichtige und rentable Anlage zu einem bedeutenden Kapital oder zu einer ansehnlichen Jahresrente angewachsen. Will der Einleger zugleich noch den Wechselfällen des Schicksals eine Einwirkung auf das Wachstum seiner Einlagen gestatten, so steht es ihm frei, für diese Einwirkung jede beliebige, seinen eigentümlichen Verhältnissen entsprechende Form zu wählen.

Dem Beamten, dem Kaufmanne, dem Ladeninhaber, dem Handwerker, dem Privatmanne eröffnet sich auf diese Weise eine Zukunft, in welcher er sein und der Seinigen Schicksal gesichert, in welcher er die Möglichkeit eines gesteigerten Lebensgenusses gegeben sieht. Im Besitze ersparter hundert Taler eröffnet sich ihm schon eine Aussicht auf den dereinstigen Besitz von tausend Talern und mehr oder einer vielleicht seinem heutigen Kapital entsprechenden Jahresrente. Welche Aussicht kann lockender, welcher Antrieb zum Sparen und zum Erwerben kann stärker sein? Bleibt er selbst der Verwahrer seiner Ersparnisse, wo findet er dann eine gute und sichere Anlage für sein Kapital? Wie kann er sich dann der eigenen Willkür, dem wechselnden Bedarf oder der zuzeiten stärker hervortretenden Neigung zu augenblicklichem Genuß entziehen?

Gegen die Schwankungen des eigenen Willens sichert nur die Überlieferung des ersparten Kapitals an eine unabhängige, an feste Normen gebundene Verwaltung. Werden die Ersparnisse auf diese Weise dem Bereiche der Willkür entzogen, so weckt der Hinblick auf das bereits ersparte Kapital wieder und wieder die Lust zu neuen Ersparnissen.

Die große, für die Kraft und die Macht des heutigen Staates so entscheidende Mittelklasse der Bevölkerung wird durch die allgemeine Verbreitung der Lebensversicherungs- und Rentenbanken jener für die Staatsordnung gefährlichen Eventualität entrückt, die bei jeder eintretenden Krise ihre mühsamen Ersparnisse zu vernichten, die starken Bande des Eigentums und der gesicherten Existenz, die sie an die bestehende Staatsordnung knüpfen, zu zerreißen droht. Ihre stets wachsende Einlage in diese Institute bleibt ihnen, den Wechselfällen unerreichbar, auch wenn die sonstigen Grundlagen ihrer Existenz schwanken; sie behält die Aussicht auf ein dereinstiges Kapital und damit auch auf den Trümmern ihrer gewohnten Existenz noch die Lust und den Mut, das Verlorene durch verstärkte Anstrengungen wieder zu erringen.

Der so gefährliche Rückfall in die Klasse der Besitzlosen und damit, bei einer über diese Sphäre hinaus entwickelten Intelligenz, die völlige Lostrennung von der bestehenden Ordnung des Staates und der Gesellschaft ist durch den Eintritt in diese Institute unmöglich geworden. Selbst für die besitzenden Klassen der Bevölkerung haben Lebensversicherungs- und Rentenbanken ein bedeutendes Interesse. Abgesehen davon, daß diese zunächst dabei interessiert sind, daß der weniger Besitzende sich an die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung fest anschließe und durch eigenes Interesse an diese Ordnung kette, und daß dadurch die große, allem Besitze drohende Gefahr revolutionärer Stürme verringert werde, drohen auch ihnen, wenn auch im geringeren Maße, die Wechselfälle des Lebens, und je weniger Opfer an Genuß es ihnen kostet, sich gegen diese Wechselfälle sicher zu stellen, desto mehr scheinen solche Institute sich ihnen zu empfehlen.

Die Notwendigkeit, im staatlichen Interesse dem Besitze eine Dauer auf mehrere Generationen zu geben, hat in einer früheren Periode für einen großen Teil des Grundbesitzes die Rechtsform des Familien-Fideikommisses begründet. Das heutige Bedürfnis einer Pairie wird verwandte Erscheinungen in seinem Gefolge haben.

Die Lebensversicherungs- und Rentenbank verfolgt denselben Zweck für alle viel oder auch nur wenig besitzenden Staatsbürger in einer den Anschauungen der Gegenwart entsprechenden Form. Vermag sie auch nicht, durch einen einzigen Akt dem Besitze eine Dauer von Jahrhunderten zu verschaffen, so tritt doch vielleicht in einer nicht entfernten Zukunft an die Stelle dieser durch frühere Institutionen gesetzlich geschaffenen Dauer die über alle besitzenden Familien verbreitete Sitte, in diese Institute einzutreten, und vielleicht reproduziert die Sitte annähernd das Ergebnis der Gesetzgebung, ohne die persönliche Freiheit irgend zu beschränken.

Diese allgemeinen Bemerkungen werden, wie wir glauben, genügen, die Überzeugung von dem hohen Nutzen der in Rede stehenden Institute, ja selbst die Wahrheit der Behauptung zu begründen, daß dieselben eines der notwendigsten und unentbehrlichsten Glieder in der Kette der heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen bilden, dessen Entwicklung von Staats wegen nach jeder Richtung gefördert werden muß.

Nachdem wir die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Lebensversicherungs- und Rentenbanken überhaupt vorstehend genügend motiviert zu haben glauben, werden wenige Worte genügen, um darzutun, daß Köln der zweckmäßige Sitz eines solchen Instituts ist. Eine Konzentration dieses Zweiges der Versicherung, wenn sie etwa in der Hauptstadt des Landes mit Agenturen in den Provinzen projektiert werden sollte, wird keinen der Vorteile der Zentralisation, dagegen den sehr großen Nachteil im Gefolge haben, daß ein einziges Institut, und sei es noch so energisch geleitet, nie diejenige Teilnahme und Verbreitung im Lande finden wird, wie sie vielfache, demselben Ziele zugewandte Kräfte herbeiführen. Soll das Ziel einer allgemeinen Teilnahme und Verbreitung erreicht werden, so müssen, wie bei der Feuerversicherung, in jeder Provinz des Staates Lebens- und Rentenversicherungsbanken entstehen. Köln, als Hauptstadt der bevölkerten und industriellen Rheinprovinz, als Sitz zweier Versicherungsgesellschaften, die sich bereits eines sehr ausgedehnten Wirkungskreises erfreuen*), scheint in erster Reihe berufen, der Sitz auch einer Lebensversicherungs- und Rentenbank zu sein, um so mehr, da dieses Institut gerade für industrielle Distrikte das wesentlichste Bedürfnis ist und in diesen Distrikten auch die schnellste und allgemeinste Teilnahme zu erwarten hat.**)

2. Aus der Denkschrift von G. Mevissen zur Begründung eines an die Regierung gerichteten Antrags um Erteilung der Konzession für die in Köln geplante Feuerversicherungsgesellschaft 'Germania'.***) Köln, 1852 Oktober 22.

.... Haben wir vorstehend versucht, die Berechtigung neuer Versicherungsgesellschaften im allgemeinen nachzuweisen, so haben wir zum Schluß der für die heute in Rede stehende 'Germania' sprechenden besonderen Motive zu gedenken.

---

*) Der Feuerversicherungsgesellschaft Colonia und der Transportversicherungsgesellschaft Agrippina (vgl. Bd. I S. 283ff.).

**) Es folgen Einzelausführungen über das vorliegende Projekt.

***) Der Antrag wurde von G. Mevissen in Verbindung mit F. Diergardt (Viersen) und Josua Hasenclever (Remscheid) gestellt.

Dieses Unternehmen verfolgt den doppelten Zweck, eine industrielle Aktienunternehmung mit Aussicht auf Gewinn zu begründen und die Wohltaten des in Aachen für das beschränkte Gebiet des Aachener Regierungsbezirks etablierten 'Aachener Vereins für Arbeitsamkeit' dem gesamten Rheinlande und Westfalen zugänglich zu machen. Die Gründer der neuen Gesellschaft glauben, daß es dringend an der Zeit sei, den in Aachen schon im Jahre 1824 aufgefaßten und mit Ausdauer und Intelligenz ins Leben gerufenen Gedanken, einen Teil des Gewinnes, welchen große, die Gesamtheit der Staatsbürger durch ihre Wirksamkeit umfassende Versicherungsinstitute abwerfen, zur Begründung anderer wohltätiger und tief eingreifender Institute zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu benutzen, wieder aufzunehmen und diesem Gedanken in der Folge eine erweiterte Anwendung zu verschaffen. Dieser Gedanke drängt sich um so stärker auf, je größer und wohltätiger die Resultate des in Aachen gegründeten Vereins sich erweisen und je mehr die Erkenntnis sich verbreitet, daß nur durch organische Institutionen, welche, einmal begründet, durch die arbeitenden Klassen selbst freiwillig alimentiert und erhalten werden, der tiefe Riß, welcher heute die verschiedenen Klassen der Gesellschaft scheidet, überbrückt und die Anhänglichkeit an das Bestehende, die Quelle aller sozialen Ordnung und Sicherheit, neu befestigt werden kann.

Der anliegende, diesem Gedanken entsprungene, durch die zu gründende neue Versicherungsgesellschaft gestützte und getragene Entwurf der Statuten eines 'Rheinisch-Westfälischen Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit'*) ist im wesentlichen dem Aachener Vorbilde nachgebildet, unter denjenigen Änderungen, welche der erweiterte Wirkungskreis des Vereines notwendig gemacht oder welche die bisherigen Erfahrungen als zweckmäßig an die Hand gegeben haben. Zu den letzteren rechnen wir namentlich die Konstituierung einer nur teilweise aus der Wahl einer Generalversammlung hervorgehenden Direktion und die Kreierung eines stetigen kontrollierenden und mit allen Zweigen der Geschäftsführung sich vertraut erhaltenden Verwaltungsrates.

Auch ist der steten Einwirkung der Staatsregierung auf die Kontrolle im Interesse der arbeitenden Klassen ein weiter Spielraum gegeben.

Für Anlage von Fonds sind so sichernde Bestimmungen getroffen, als mit der notwendigen freien und selbständigen Bewegung der Geschäftsführung irgend vereinbar erschienen.

Der projektierte Verein ist jedoch nicht allein auf die Kontrolle der hohen Staatsregierung, sondern in noch höherem Grade auf die kräftige

*) Dieses Statut vom 3. August 1852 liegt gedruckt vor.

Mitwirkung verschiedener Organe der hohen Staatsregierung angewiesen. Das große Ziel, dem schönen Vorbilde von Aachen nachstrebend diesen segensvollen Institutionen eine Verbreitung über das ganze Rheinland und Westfalen zu geben, kann nur erreicht werden, wenn demselben zahlreiche Kräfte sich widmen und wenn die materielle Unterlage, welche das industrielle Institut hoffentlich in nicht ferner Zeit schaffen wird, durch die warme Teilnahme der geistlichen und weltlichen Behörden das vertrauensvolle Entgegenkommen der arbeitenden Klassen gesichert, wenn die Erkenntnis unter diesen Klassen verbreitet wird, daß ein Institut da ist, welches ohne alle Nebenzwecke nur die Beförderung des Wohles derselben sich zur Aufgabe gestellt hat.

Dem zu gründenden Vereine ist durch das Statut der 'Germania' ein Drittel des Reingewinnes solange ausschließlich zugesichert, bis aus diesen Überweisungen ein Fonds von mindestens 50000 Taler sich gebildet haben wird. Von da ab soll außer dem Vereine auch anderen Instituten und Korporationen ein Teil des zu wohltätigen Zwecken bestimmten Gewinndrittels zugewendet werden können. Diese Bestimmungen sind denen des Statutes der Aachen-Münchener Gesellschaft analog und haben sich als in jeder Beziehung zweckmäßig bewährt, da jene Gesellschaft außer dem so staunenswert blühenden von ihr begründeten Vereine heute auch andern höchst gemeinnützigen Zwecken noch namhafte Summen zuzuwenden vermag. In Rücksicht auf die letzteren Zwecke ist die Verbindlichkeit, dem zu bildenden Vereine den mutmaßlichen Gewinn der ersten Zeit ausschließlich zu überweisen, auf eine Summe beschränkt worden, welche ausreichend erscheint, dem Vereine eine solide Basis zu verschaffen; sie wird dann je nach steigendem Umfang und Bedürfnis durch spätere Zuweisungen successive verstärkt werden.

Sollte die hohe Staatsregierung jedoch eine Erhöhung der dem Vereine ausschließlich zuzuwendenden Summen empfehlen, so wird eine solche Modifikation des Statuts bereitwillig Annahme finden.

3. Aus den von G. Mevissen in den Generalversammlungen des A. Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln erstatteten Berichten.

a) Köln, 1853 September 3.

Wenden wir von der speziellen Tätigkeit des Bankvereins den Blick hinüber auf die allgemeine Entwicklung des Verkehrs, so müssen wir das Jahr 1852 als das Jahr des wiedererwachenden Unternehmungsgeistes bezeichnen. Nach dem Vorschritt Frankreichs und Englands haben auch in Deutschland bei beruhigteren politischen Zuständen die Kapitalien wieder

in größerem Maße, als in den Jahren 1848 bis 1851, sich neuen industriellen Schöpfungen zugewandt. Die Direktion des Bankvereins hat es stets als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben betrachtet, mit aufmerksamem Auge die Bedürfnisse und die Mittel der Rheinlande zu beobachten und im geeigneten Momente die Initiative zu gesunden und lebensfähigen großen industriellen Schöpfungen zu ergreifen.

Unter ihrer Mitwirkung trat die durch den Druck der Vorjahre lange niedergehaltene 'Kölnische Rückversicherung' im Jahre 1852 ins Leben. Andere Versicherungsgesellschaften, bestimmt, sehr fühlbare Lücken dieses Zweiges konservativer Tätigkeit in Preußen auszufüllen, wurden projektiert und haben es lebhaft zu beklagen, daß denselben bis heute noch die landesherrliche Genehmigung nicht zuteil geworden.

Im 'Hörder Bergwerks- und Hüttenvereine' wurde die erste Aktiengesellschaft in Rheinland und Westfalen geschaffen, welche die Hebung der noch so wenig entwickelten Eisenproduktion und -Verarbeitung in großartigem Maßstabe und mit großartigen Mitteln zum Zwecke hat. Im 'Kölner Bergwerksverein' wurde eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der so reichhaltigen Kohlenminen des Essener Reviers ins Leben gerufen. Zu gleichem Zwecke wurde ein der Konzession noch entgegensehender 'Alsdorf-Höngener Kohlenverein' begründet.

In der 'Alliance' und in der 'Eschweiler Concordia' traten zwei Aktiengesellschaften zur Produktion von Zink, Blei und Eisen ins Leben.

Auf einem anderen Gebiete der industriellen Tätigkeit war die 'Kölnische Baumwollspinnerei und -Weberei' der Vorläufer eines Aufschwunges, welcher bald durch heimische Produktion den Bedarf des Inlandes in diesem Zweige zu decken verspricht.

Jedem großartigen Unternehmen, das sie bei so sorgfältiger Prüfung als auf soliden Grundlagen beruhend, als wesentliche Bedürfnisse des Landes befriedigend anerkannte, ist die Direktion des Bankvereins mit Sympathie und tätiger Mitwirkung entgegengekommen. Sie ist dabei von dem Grundsatze ausgegangen, daß es die Aufgabe eines großen Bankinstitutes sei, nicht sowohl durch eigene große Beteiligung neue Industriezweige ins Leben zu rufen, als durch die Autorität ihrer auf gründlicher Prüfung und Einsicht beruhenden Empfehlung die Kapitalisten des Landes zu veranlassen, die müßigen Kapitalien solchen Unternehmungen zuzuwenden, welche, richtig projektiert, wirklichen Bedürfnissen entsprechend und mit der Garantie einer sachkundigen Leitung versehen, eine angemessene Rentabilität in Aussicht stellen.

Diesem Grundsatze getreu, ist der Verein als solcher bei allen unter Mitwirkung der Direktion oder einzelner Mitglieder derselben ins Leben

getretenen oder projektierten großen Aktiengesellschaften teils direkt gar nicht, teils nur mit höchst mäßigen Summen beteiligt. Die Mittel des Bankvereins fortdauernd flüssig und zu allen wechselnden Strömungen des industriellen Lebens disponibel zu halten, hat die Direktion stets vorzugsweise als ihre Aufgabe betrachtet und auch durch die Aussicht auf raschen Gewinn sich nicht zu Abweichungen von diesem Grundsatze verleiten lassen.

Die Direktion des Bankvereins hat die Genugtuung, daß in fast allen Fällen, in welchen sie die Initiative ergriffen, bald anderweitige vielfache Nachfolge sowohl das Vorhandensein des Bedürfnisses wie die dadurch gebotene Aussicht auf Rentabilität dokumentiert hat. Der Kölnischen Rückversicherung folgte die Aachener. Den hier projektierten Versicherungsgesellschaften sind den gleichen Zweck verfolgende Versicherungsgesellschaften in kleineren deutschen Staaten sogar durch rasche Konzessionen der betreffenden Regierungen zuvorgekommen. Den für metallurgische Zwecke unter Mitwirkung des Vereins gegründeten Gesellschaften sind im Rheinlande wie in Westfalen vielfache neue Projekte, gleichen Zweck verfolgend, zur Seite getreten. Dem Projekte der Baumwollspinnerei und -Weberei folgten gleiche Projekte in Gladbach, Kaiserslautern und Hannover.

Der Zeitpunkt ist nahe, wo auch die infolge früherer Überspekulation so lange gedrückten Eisenbahnunternehmungen wieder die Aufmerksamkeit der Kapitalisten auf sich ziehen und müßigen Fonds eine solide Anlage darbieten werden. Die Gesellschaft zum Ausbau der Bahn von Köln bis Krefeld, einer Strecke, die durch Billigkeit der Anlage und Belebtheit des Verkehrs eine sehr bedeutende Rente verspricht, hat den Reigen eröffnet. Für keinen Landesteil ist in nächster Zeit die Frage des Eisenbahnbaues von größerer Wichtigkeit, als für die durch anderweitige voreilende Fortschritte in allen ihren Handelsbeziehungen so schwer bedrohte Rheinprovinz. Auch in dieser Frage wird die Direktion des Bankvereins jeder Kombination, welche, neben Aussicht auf Rentabilität, Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes verspricht, ihre tätige Mitwirkung widmen. Wenn auf irgend einem Gebiete, so ist auf diesem für die Rheinlande, und namentlich für deren Metropole Köln, Gefahr im Verzuge. Wir hoffen, daß die hohe Staatsregierung dies anerkennen und der Ausführung von Projekten, welche durch bestehenden Verkehr lebensfähig und für das Erhalten des Bestehenden absolut unentbehrlich sind, die längst nachgesuchte Konzession erteilen und deren Verwirklichung nicht länger von der vorherigen Ausführung von Linien abhängig machen wird, deren innere Rentabilität zweifelhaft ist und die mehr dazu bestimmt sind, Bedürfnisse zu schaffen, als vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen.

Wie im Bau neuer Eisenbahnen, droht unser eigenes Vaterland auch auf einem anderen Gebiete, und zwar in dem wichtigen Zweige der Kreditinstitute, von anderen deutschen Staaten überflügelt zu werden. Schon seit längeren Jahren ist es in Deutschland ein anerkanntes Bedürfnis, daß dem aufstrebenden Unternehmungsgeiste der Nation durch die Schöpfung großartiger Kreditinstitute die Wege geebnet und der steigenden industriellen Bewegung durch die Expansionskraft und Elastizität großer Geldinstitute ein wirksamer Schutz gegen die von den Fortschritten der Industrie unzertrennlichen vorübergehenden Krisen geboten werden müsse. Jeder Blick auf die großen Geldinstitute der industriellen Staaten des Auslandes zeigt das Ungenügende der heimischen Einrichtungen.

Die für die Errichtung von Privatbanken in Preußen gegebenen Normalbestimmungen vom 25. September 1848 bannen jene freie und selbständige Bewegung, deren Geldinstitute vor allem bedürfen, in zu enge Schranken, als daß auf Grundlage dieser Bestimmungen Institute, großartig genug, dem Bedürfnisse zu genügen, hätten ins Leben gerufen werden können. Anträge zur Herstellung einer Hypothekenbank, dieses so dringenden Bedürfnisses der Rheinprovinz, sowie Anträge von seiten des Bankvereins für den Fortbestand der Darlehnskassen und für die eigene Berechtigung des Vereins, bis zu einer gewissen Summe Noten ausgeben zu dürfen, haben zu unserem Bedauern die Zustimmung der hohen Staatsregierung nicht gefunden.

Das vorhandene Bedürfnis, zu dessen Befriedigung in Preußen die Wege verschlossen schienen, hat seine Verwirklichung in anderen deutschen Staaten angestrebt. Die 'Bank für Handel und Industrie' in Darmstadt, die in so kurzer Frist ins Leben getretenen oder ernstlich projektierten Zettelbanken in Braunschweig, Weimar und Frankfurt liefern den Beweis, wie dringend das Bedürfnis großer Kreditinstitute ist und welcher schnellen Anerkennung die auf Befriedigung desselben zielenden Bestrebungen begegnen.

Preußen wird, darauf vertrauen wir, gegen diese Bestrebungen der Nachbarstaaten schließlich nicht zurückbleiben. Im Rheinlande und in Westfalen, wo die industrielle Entwicklung am weitesten gediehen ist und ein weiterer großartiger Aufschwung der Industrie eben jetzt sich vorbereitet, wird die Unzulänglichkeit der bisherigen Kreditinstitute mehr und mehr hervortreten. Der Bankverein ist unseres Erachtens wesentlich mit dazu berufen, mit der steigenden industriellen Entwicklung gleichmäßig Schritt zu halten und durch eigene Aus- und Umbildung den hervortretenden Bedürfnissen zu entsprechen.

b) Köln, 1854 September 20.

Ist es schon im allgemeinen Aufgabe und Resultat großer Bankinstitute, an denjenigen Orten, wo sie ihren Sitz haben, auf die Belebung der Industrie, auf Steigerung der Tätigkeit und des Unternehmungsgeistes durch die flüssigen Kapitalien, die sie zur Benutzung darbieten, kräftig hinzuwirken, so ist durch die Eigentümlichkeit seiner speziellen Interessen diese Aufgabe in erhöhtem Maße dem Bankverein gestellt. In welchem Geiste und mit welchen Mitteln wir die Lösung derselben anstreben, ist in unserem vorjährigen Rechenschaftsberichte entwickelt worden.

Ist auch durch den im Laufe dieses Jahres erfolgten Ausbruch des Krieges zwischen den mächtigsten Staaten Europas ein hoffentlich rasch vorübergehendes Halt der fortschreitenden Weiterentwicklung der im Jahr 1852 und in der ersten Hälfte des Jahres 1853 so üppig emporsprießenden großartigen industriellen Unternehmungen zugerufen worden, so hat doch dieser Bruch des Weltfriedens bis jetzt die zum formellen Abschlusse schon gediehenen Institute in der Entfaltung ihrer Tätigkeit nicht gehemmt; ja, der einmal erwachte Trieb, auf dem Gebiete der Industrie die noch bestehenden Lücken auszufüllen, hat sich als so mächtig erwiesen, daß selbst inmitten der schweren politischen Ungewißheit, welche über Europa schwebt, hin und wieder noch neue Schöpfungen sich Bahn gebrochen haben. Namentlich darf es bei einem allgemeinen Blicke auf die Entwicklung des deutschen Unternehmungsgeistes als eine höchst erfreuliche, den kräftigen Aufschwung des gesamten Deutschlands verbürgende Tatsache bezeichnet werden, daß derselbe, mehr und mehr von dem engen Bande lokaler Beschränkung sich lösend, fast in jedem Kreise des großen gemeinsamen Vaterlandes seine Stätte aufschlägt und auch dort durchdringt, wo lange sich ihm alte Überlieferung und eingewurzelte Abneigung gegen industrielle Schöpfungen entgegengestellt haben. Dieser Gang gleichmäßiger industrieller Entwicklung, der die schroffe Scheidung zwischen Ackerbau- und Industriedistrikten aufhebt und beide Elemente des Nationalwohlstandes zu gegenseitiger Unterstützung enge verbindet, wird Deutschland vor den unleugbaren Gefahren, welche an die maßlose und einseitige industrielle Konzentration sich knüpfen, bewahren.

Die Rheinlande und Westfalen können von dem bereits errungenen Standpunkte aus neidlos und mit freudiger Befriedigung den immer weitere Kreise durchdringenden Aufschwung der deutschen Gewerbtätigkeit erblicken. Während sie in nächster Nähe in dem angesammelten Kapital und der an reichen Erfolgen großgezogenen Spekulation die mächtigen Hebel gesteigerten Fortschrittes auf der betretenen Bahn besitzen, erwachsen

ihnen aus der Steigerung des gesamten Wohlstandes der Nation neue, reiche und gewinnversprechende Beziehungen.

Für Köln, durch seine Lage vorzugsweise berufen, in gleichem Maße den mittel- und süddeutschen Export und Import zu vermitteln, wird die gesteigerte Lebenstätigkeit von Mittel- und Süddeutschland neue Quellen des Handels und der Produktion eröffnen und die Stätte einer reichen und großen Vergangenheit mehr und mehr den Tagen früherer Blüte wieder nähern.

Die zur Erhaltung und Fortbildung der jahrhundertalten Handelsverbindung von Köln mit Mittel- und Süddeutschland seit so langen Jahren projektierten Eisenbahnen auf dem linken und rechten Rheinufer sind im Laufe dieses Jahres in ein Stadium getreten, welches ihre Ausführung zu verbürgen scheint, wenn die politische Krise nicht hindernd und hemmend in den Weg tritt. Für den Ausbau der Bahn von Köln nach Gießen sowie einer stehenden Brücke über den Rhein werden die Unterhandlungen zwischen dem Staate und der Köln-Mindener Bahn, wie wir nicht zweifeln, in Bälde zu einem definitiven Abschlusse gelangen. Zur Übernahme des Baues der Bahn auf dem linken Rheinufer hat die Direktion der Rheinischen Bahn sich bereit erklärt. Wir hoffen, daß die hohe Staatsregierung diesen Modus der Ausführung, welcher, durch Konzentration des Betriebs einer großen Linie in einer Hand, vorzugsweise geeignet erscheint, die großen kommerziellen Interessen der Rheinlande zu fördern, dauernd ihre Zustimmung nicht versagen werde.

Ausfüllung der großen Lücken im deutschen Eisenbahnnetze durch Ausbau der Bahnen auf dem rechten und linken Rheinufer nach Frankfurt und Mainz, fortschreitende großartige Entwicklung der lange zurückgebliebenen metallurgischen Industrie neben gesteigertem Betriebe der Webereien und Spinnereien, das sind die der nächsten Zukunft vorbehaltenen Aufgaben für Rheinland und Westfalen. Die glückliche Lösung derselben, die bei baldiger Wiederherstellung des europäischen Friedens mit Zuversicht erwartet werden darf, wird auf den Bankverkehr in allen seinen Zweigen belebend und fördernd zurückwirken.

Die Gründung einer Zettelbank in Köln, in den engen Schranken der Normativbestimmungen vom 25. September 1848 projektiert, wird dazu mitwirken, den Geldverkehr auf dem hiesigen Platze zu erleichtern und zu steigern.

Auch für den Bankverein wird bald nach hergestelltem Frieden die Frage zur Erwägung sich darbieten, ob nicht im öffentlichen Interesse wie im Interesse der Aktionäre eine Weiterentwicklung des Instituts anzustreben sein wird. Wenn wir der in unserem Statute nicht vorgesehenen

Gründung von Filialen und Agenturen, sowie der Gründung von Kommanditen an dieser Stelle gedenken, so wollen wir heute nur den Punkt, welcher bei einer anzustrebenden Erweiterung zunächst ins Auge zu fassen sein dürfte, bezeichnen.

4. Bericht von G. Mevissen in der ersten Generalversammlung der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt. Darmstadt, 1854 Mai 22.

Die heutige Versammlung bietet uns die längst erwünschte Veranlassung, über Plan, Zweck und Wirkungskreis unseres Institutes Ihnen gegenüber uns auszusprechen, über die zur Ausführung der Zwecke der Bank geschehenen Schritte und über die Resultate der bisherigen Geschäftsführung Ihnen Bericht zu erstatten, sowie den vielfachen Mißverständnissen und falschen Angaben, welche öffentliche Blätter über unser Institut verbreitet haben und zu verbreiten nicht ermüden, berichtigend entgegenzutreten.

Werfen Sie zunächst mit uns einen Blick auf das deutsche Bankwesen vor der Gründung der Bank für Handel und Industrie.

Zettelbanken existierten bis zum Jahre 1853 nur in Berlin, Stettin, München, Leipzig und Dessau, Banken oder Bankhäuser für den täglichen lebendigen Verkehr der Industrie und für die Vermittelung ihrer Beziehungen zum In- und Auslande, Institute, berufen, die Gründung zeitgemäßer großer industrieller Unternehmungen zu fördern und anzuregen, bestanden in größerem Umfange fast nur im preußischen Rheinlande. Das Bankgeschäft der deutschen Börsenplätze beschränkte sich größtenteils auf Operationen in Fonds und Aktien, und nur an wenigen Plätzen wurde der Industrie ein mäßiger Acceptkredit bewilligt.

Die Unzulänglichkeit der in Deutschland bestehenden Bank- und Kreditinstitute war seit Jahren eine von fast allen Organen der öffentlichen Meinung anerkannte, in den Verhandlungen der Parlamente und Kammern niedergelegte, von tausendfachen Vorschlägen zur Abhilfe begleitete Tatsache. Diese Unzulänglichkeit wurde um so fühlbarer, je mehr die deutsche Industrie sich entwickelte, je mehr Produktion und Export stiegen und je mehr mit großartigen Mitteln ausgerüstete Aktiengesellschaften auf den verschiedensten Gebieten der Industrie die dem Bedürfnisse der Gegenwart entsprechende Konzentration der Kapitalien und Kräfte herbeiführten. Der wach gewordene Unternehmungsgeist forderte die Gründung neuer Zettelbanken zur Erweiterung und Erleichterung des industriellen Kredites, zur Verstärkung der der Industrie zu Gebote stehenden materiellen Mittel. Die deutsche Industrie, welche in dem letzten Jahrzehnt ihre

Produktion wie ihr Betriebskapital mehr wie verdoppelte, forderte neue Banken für Handel und Industrie, welchen sie vorübergehend die zu ihrem Betriebe dienenden Kapitalien verzinslich in laufender Rechnung überweisen, oder von welchen sie zur Verstärkung ihres Betriebskapitals vorübergehend Vorschüsse in laufender Rechnung entnehmen konnte.

Das durch Aussicht auf hohe Rente den industriellen Unternehmungen mehr und mehr zugewandte Kapital der Kapitalisten forderte Institute, geeignet und geneigt, sowohl vorübergehend bis zu einer sich darbietenden festeren Anlage das flüssige Kapital mäßig zu verzinsen, wie bei der Anlage selbst mit Einsicht und Zuverlässigkeit zu leiten und durch Rat und Mitwirkung solche industrielle Schöpfungen ins Leben zu rufen, welche, wirklichen und anerkannten Bedürfnissen entsprechend, bei guter Leitung eine angemessene Rentabilität verbürgen.

Das war die Lage des deutschen Bankwesens, das waren die Forderungen der deutschen Industrie am Schlusse des Jahres 1852: allseitig anerkannte Unzulänglichkeit der vorhandenen Geldinstitute, tausendfache Vorschläge zur Abhilfe des anerkannten Bedürfnisses, jedoch kein praktischer Versuch zu dieser Abhilfe.

Die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, auf großartiger Basis unter den Auspizien des im Anfange des Jahres 1853 in Deutschland mächtig angeregten Unternehmungsgeistes und mit wesentlicher, für unentbehrlich erachteter Beihilfe ausländischer Kapitalien gegründet, hatte nach dem Gedanken ihrer Gründer die schöne Aufgabe, in Verbindung und Wechselwirkung mit einer ihr selbständig zur Seite stehenden Zettelbank eine in weitesten Kreisen anerkannte Lücke im deutschen Bankwesen auszufüllen und namentlich der süddeutschen Industrie dieselben Facilitäten zu schaffen, die so kräftig zum Aufschwunge der Industrie in Rheinpreußen mitgewirkt haben.

An die Gründung der Bank für Handel und Industrie haben sich gleicherweise die überschwänglichsten, jeder Möglichkeit der Verwirklichung entbehrenden Erwartungen und die ängstlichsten, durch nichts gerechtfertigten Besorgnisse geknüpft. Die irregeleitete Presse hat in einzelnen Organen einen Warnruf ergehen lassen gegen die Gefahren einer losgebundenen, wilden Spekulation, ohne zu erwägen, daß jedem Bankhause in Europa dieselben Befugnisse zustehen, wie der Bank für Handel und Industrie, und daß jedes Bankhaus wie jedes industrielle Unternehmen überhaupt gegen die Gefahren der nur auf den Moment basierenden, der soliden Unterlage entbehrenden Spekulation, wie gegen Fehlgriffe und gegen Verluste nur geschützt wird durch das Interesse, die Einsicht und Fähigkeit seiner Leiter.

Das Statut der Bank für Handel und Industrie hat die dem einzelnen überall unbestritten zustehenden Rechte einer durch zusammenwirkende Kapitalien und Kräfte gebildeten juristischen Persönlichkeit übertragen. Den Operationen dieser Persönlichkeit ist in den Statuten in vielen Punkten eine Schranke gezogen, wo der einzelne unbeschränkt seinen Willen zur Ausführung bringt. Die Statutmäßigkeit aller Operationen ist der durchgreifenden Kontrolle einer Staatsregierung unterworfen; das Resultat dieser Operationen wird zur Kenntnisnahme für alle, die ein Interesse daran haben, veröffentlicht. Die in dieser Veröffentlichung, in dieser Kontrolle liegenden großen Garantieen werden dauernd, darauf vertrauen wir, gerechte Anerkennung finden. Die Einsicht wird in der Presse wie auf dem Geldmarkte sich Bahn brechen, daß auf dem Gebiete der Industrie mehr wie auf irgend einem anderen die freie Selbstbestimmung die unumgängliche Bedingung des Gelingens bildet. Wir hoffen und erwarten, daß die Presse in allen ihren Organen, besser aufgeklärt über diese Bedingung der Existenz großartiger Unternehmungen und vertrauend auf die Einsicht und auf das Interesse der zunächst Beteiligten, künftig neuen Schöpfungen, wenn dieselben auf dem Felde des Bankwesens eine weitere Befriedigung vorhandener Bedürfnisse anstreben, anerkennend und unterstützend entgegenkommen werde. Für die vielfachen absichtlichen Entstellungen und falschen Gerüchte, deren Zielschiebe die Bank für Handel und Industrie gewesen, haben wir an dieser Stelle kein Wort. Wir werden unverrückt, besonnen und ausdauernd dem Ziele entgegenstreben, das bei der Gründung des Institutes in Aussicht genommen wurde.

Schon heute, noch ganz am Beginne ihrer Laufbahn, gehemmt in ihrer Entwicklung durch die gleich nach ihrer Gründung eingetretene politische Verwicklung, noch des ihr zur Seite gedachten verwandten Institutes entbehrend, hat der durch ihre Gründung gegebene praktische Impuls drei neue Zettelbanken in Braunschweig, Weimar und Frankfurt a. M. ins Leben gerufen und auf dem Gebiete des Bankwesens eine Bewegung geschaffen, von welcher die endliche Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses in verschiedenen Formen und in weitesten deutschen Kreisen erwartet werden darf.

Zur Bezeichnung des Wirkungskreises und der Grenzen unseres Institutes seien uns folgende Bemerkungen gestattet.

Die Bank für Handel und Industrie ist keine Zettelbank, sie hat weder das Privilegium noch die Tendenz, unverzinsliche Noten auszugeben und durch Vermehrung der Zirkulationsmittel die Mittel der Industrie zu verstärken. Die Zettelbanken stehen dem Geschäftskreise der Bank für Handel und Industrie nicht konkurrierend entgegen, sie

bilden vielmehr für diesen Geschäftskreis die notwendige und unentbehrliche Ergänzung. Wir begrüßen daher mit Freude die Zettelbankinstitute, welche der durch die Gründung der Bank für Handel und Industrie gegegebene Impuls in Deutschland hervorgerufen hat. — Die Bank für Handel und Industrie ist nicht, wie es behauptet worden, durch ihr Statut vorzugsweise auf Spekulationen an der Börse angewiesen. Sie hat keineswegs die Aufgabe, der Agiotage Vorschub zu leisten und das Kapital zu unproduktivem Börsenspiel anzuregen. Sie ist vielmehr berufen, durch eigene Beteiligung und durch Anlage fremder Fonds solide und große Unternehmungen zu fördern und nach Kräften durch die auf einem hohen Standpunkte sich darbietende klare Einsicht in die Gesamtlage der deutschen Industrie dazu mitzuwirken, daß Unternehmungsgeist und Kapital in die richtigen, dem Bedürfnisse des Augenblicks entsprechenden Bahnen geleitet werden. Ihre Organe im In- und Auslande sollen den Export und Import und die tausendfachen anderen Beziehungen der deutschen Industrie zum Geldmarkte vermitteln. Sie hat das Recht und die Aufgabe, das Kapital, welches bei dem einen Industriellen zeitweilig disponibel ist, dem anderen, welcher desselben im gleichen Augenblicke bedarf, zuzuführen und durch diesen steten Austausch die industrielle Tätigkeit zu beleben und zu steigern. — Wie bei den großartigen Unternehmungen der Industrie, so ist sie auch berechtigt, bei den großen Schöpfungen und bei den Geldgeschäften der Staaten sich zu beteiligen und das Placement fremder Fonds auch auf diesem Gebiete zu vermitteln. Die Bank für Handel und Industrie ist mit einem Worte ein Bankhaus in erhöhter Potenz, mit großen Fonds ausgerüstet, mit zahlreichen, der Eventualität des Ablebens während der Dauer der Gesellschaft entrückten Organen. Kein toter Buchstabe hat die Grenzen ihrer Wirksamkeit ungebührlich eingeschnürt. Wie der einzelne, so ist sie, die massenhafte Kollektivpersönlichkeit, auf das Maß der eigenen Einsicht, der eigenen Fähigkeit angewiesen. Die Gefahren des großen Bankhauses läuft auch sie, jedoch nicht in vergrößertem, sondern in einem durch statutarische Bestimmungen beschränkteren Maße.

Der großherzoglichen Regierung gebührt der aufrichtigste Dank dafür, daß sie, die bisherigen engen, die freie Entwicklung der deutschen Kräfte auf dem Gebiete des Bankwesens hemmenden Schranken durchbrechend, geglaubt hat, dem gesunden Sinne und dem eigenen Interesse der zunächst Beteiligten vertrauen zu dürfen, daß sie unserem Institute die dem in Aussicht genommenen großen Wirkungskreise entsprechende freie Bewegung gestattet und dasselbe mit den zur Erreichung seiner Zwecke unerläßlichen Rechten ausgestattet hat. Diesem Vertrauen der groß-

herzoglichen Regierung gegenüber ist die Erscheinung lebhaft zu beklagen, daß eine zu ängstliche Bevormundung und Beschränkung, die auf dem Gebiete der Industrie die Erreichung aller großen Zwecke verhindern, in einzelnen Organen der Presse Fürsprecher gefunden haben. Nur der völlige Mangel an jedem Verständnis der dem Verkehre eines großen Bankhauses zugrunde liegenden Bedingungen vermag es zu erklären, wenn in zahlreichen, von den verschiedensten Interessen diktierten Journalartikeln die Freiheit, in einer bestimmten Sphäre zu handeln, dahin aufgefaßt worden ist, daß diese Freiheit die Notwendigkeit, maßlos zu handeln, absolut in sich schließe.

Haben wir es vorstehend versucht, das Feld der Tätigkeit zu bezeichnen, welches bei der Gründung der Bank für Handel und Industrie in Aussicht genommen ist und für dessen fruchtbringende Bebauung der Gesellschaft durch das Statut sehr wertvolle und weitreichende, wohlwollendem Vertrauen entflossene Rechte verliehen wurden, sowie dieses Feld und die Stelle, welche die Bank künftig unter den verschiedenen Geldinstituten Deutschlands einzunehmen berufen ist, gebührend zu begrenzen, so bleibt uns übrig, über diejenigen Schritte zu berichten, welche bisher geschehen sind, um die Bank in Wirksamkeit zu setzen und zur Lösung ihrer vielversprechenden Aufgabe zu befähigen.

Die landesherrliche Konzession der Bank für Handel und Industrie vom 2. April 1853 bestimmt im § 3 der Statuten, daß die Bank in Wirksamkeit tritt, sobald die erste Serie des Aktienkapitals von zehn Millionen Gulden begeben und deren Begebung der großherzoglichen Regierung nachgewiesen sein würde. Dieser Nachweis wurde unterm 10. Mai v. J. erbracht und am gleichen Tage die Verwaltung der Bank definitiv konstituiert. Die Verwaltung hatte nach ihrer definitiven Konstituierung zur ersten Aufgabe, sich in der von ihr einzusetzenden Direktion ein Organ zur Ausführung ihrer Beschlüsse und zur praktischen Leitung der Geschäfte zu schaffen. In den Herren L. Heß und Th. Wendelstadt hat die Verwaltung zwei Direktoren ernannt, welche durch Persönlichkeit wie durch Antecedentien in gleich hohem Maße das Vertrauen der vollen Befähigung zur Lösung der ihnen gestellten Aufgabe erweckten und welche dieses Vertrauen durch die bisherige Geschäftsführung in vollem Maße gerechtfertigt haben.

Von der Überzeugung durchdrungen, daß ein Institut von der Bedeutung der Bank für Handel und Industrie sich nur successive ins Leben einführen, nur successive auf dem Geldmarkte die ihm gebührende Stellung einnehmen und seinen Geschäften solide Ausbreitung geben könne, hat die Verwaltung geglaubt, den gleichen Gang in der Darstellung und Ent-

wicklung der im Statute vorgesehenen Organe der Gesellschaft einhalten zu sollen. Sie hat daher zum Beginn der Geschäfte und für die erste Periode des Instituts die Ernennung von zwei Direktoren für ausreichend erachtet und einem Mitgliede der Verwaltung in Verhinderungsfällen die Stellvertretung eines Mitgliedes der Direktion übertragen. Nachdem in solcher Weise die Direktion gebildet, ein sehr geeignetes Lokal für die Bank in Darmstadt zu mäßigem Preise erworben und auf den Vorschlag der Direktion das erforderliche Personal für die Bureaus ernannt war, wurden die Geschäfte der Bank gegen Juli vorigen Jahres eröffnet.

Ein Rückblick auf die politische Situation Europas zu jener Periode wird ein unbefangenes Urteil über die bisherige Entwicklung dieser Geschäfte an Hand geben.

Gegen Mitte des Jahres 1853 neigte sich die kurze Periode des in der zweiten Hälfte des Jahres 1852 in Deutschland, wie namentlich im Auslande, wieder aufgelebten Unternehmungsgeistes bereits ihrem Ende entgegen. Zwar traten noch vereinzelte, früher vorbereitete, industrielle Unternehmungen an den Börsen von Paris und London hervor, aber schon warf die orientalische Frage ihre dunklen Schlagschatten auf den Geldmarkt, und die Gewißheit, daß in Frankreich und England die Ernte einen bedeutenden Ausfall ergebe, ließ ein Steigen des Zinsfußes und einen Druck auf den Geldmarkt voraussehen. Unter diesen Umständen die Fonds der Bank älteren oder neu zu kreierenden industriellen Unternehmungen zuzuwenden, gegen den Strom schwimmend eine Periode des sinkenden Vertrauens in die Aufrechterhaltung des Friedens und des knapperen Geldmarktes, eine Periode der anderweitig in Anspruch genommenen oder aus Mißtrauen vom Geldmarkte sich entfernenden Kapitalien zu weitgreifenden Operationen an der Börse zu benutzen, — ein solches Verfahren wäre gewiß den Gegnern des neuen Institutes willkommen gewesen, um ihre mit gehässiger Geschäftigkeit über die Operationen desselben systematisch verbreiteten Unwahrheiten und Entstellungen zu rechtfertigen. Die Verwaltung glaubt sich jedoch der vollen Zustimmung der Aktionäre versichert halten zu dürfen, daß sie diesen Weg nicht eingeschlagen, sondern jede gefährliche und schwindelhafte Börsenspekulation, jedes unreife oder der Lage des Geldmarktes nicht entsprechende industrielle Projekt beharrlich von der Hand gewiesen hat.

Die Anlage in Effekten, welche die Verwaltung in geringem Umfange beschlossen, hatte der politischen Lage entsprechend wesentlich den Zweck, eine angemessene Verzinsung eines Teiles der disponibeln Fonds herbeizuführen, und beschränkte sich auf solche Werte, welche von politischen Ereignissen am wenigsten berührt werden.

Die Verbindungen in laufender Rechnung mit der deutschen Industrie wurden eröffnet, die Entwicklung dieser Verbindungen ist jedoch der Natur der Sache nach eine langsame, wenn auch stetig fortschreitende. Wir dürfen jedoch mit vollem Rechte noch im laufenden Jahre einen bedeutenden Aufschwung dieses Geschäftszweiges erwarten.

Das Statut hat für Perioden der Geldfülle und des lebendigen Unternehmungsgeistes das kräftigste Mittel, denselben zu befördern, in die Hand der Bank gelegt durch die Befugnis, außer der Annahme von Geldern in laufender Rechnung auch durch Ausgabe verzinslicher, auf den Inhaber lautender Schuldscheine ihre Fonds zu verstärken und je nach dem Maße der Unternehmungen zu erweitern. Die Verwaltung hat gleich beim Beginn ihrer Wirksamkeit die Ausgabe solcher Scheine beschlossen und vorbereitet. Es wird keiner weiteren Ausführung an dieser Stelle bedürfen, weshalb bis heute die Ausführung dieses Beschlusses noch vertagt und somit eines der zur Erreichung der Zwecke der Bank wirksamsten Mittel nicht benutzt wurde.

Waren durch die politische Lage Europas und durch die Lage des Geldmarktes neue industrielle Schöpfungen oder gewagte Anlagen in Effekten ausgeschlossen, so war es die Aufgabe der Verwaltung, ihre Aufmerksamkeit der Schöpfung solcher Organe zuzuwenden, durch welche die weitere Entwicklung der Bank angebahnt und auf solider Basis eine lukrative Tätigkeit vorbereitet oder eröffnet werden konnte. Zu den wertvollsten und für die künftige Entwicklung wie für die künftige Rentabilität des Institutes am meisten versprechenden Rechten der Bank zählt die Verwaltung das Recht, in allen Staaten des Deutschen Bundes sowie des Auslandes für die Zwecke der Bank Filialen zu errichten oder Kommanditen und Agenturen zu begründen. Die Verwaltung hat von diesem Rechte zuerst Gebrauch gemacht, indem sie die Bank als Associé en commandite bei dem in New-York mit dem 1. Januar d. J. ins Leben getretenen Bankhause G. vom Baur u. Comp. beteiligte.

Die unaufhaltsam steigende deutsche Auswanderung nach Nordamerika und die mit derselben gleichen Schritt haltende Steigerung des Exports und Imports der deutschen Industrie nach und aus diesem Lande, bedeutender als nach irgend einem anderen, lassen lebhafte und gewinngebende Wechselbeziehungen zwischen dem Bankhause in New-York und der Bank für Handel und Industrie mit vollem Rechte erwarten.

Greift diese erste Verwirklichung des für den Bankverkehr so unentbehrlichen wie folgenreichen Grundsatzes der Kommanditen in weite Ferne, so hat vom Tage der Gründung an die Verwaltung lebhaft das Bedürfnis einer geeigneten Vertretung ihrer Interessen an dem in nächster Nähe

gelegenen Börsenplatze Frankfurt empfunden, und es gereicht uns zum Vergnügen, Ihnen heute mitteilen zu können, daß diese Vertretung nunmehr in Wirksamkeit tritt.

Die Eigentümlichkeit der deutschen Zustände bietet keinen Zentralpunkt für den Geldverkehr und die großen industriellen Schöpfungen der deutschen Staaten, wie Frankreich und England denselben in London und Paris besitzen, dar. Jede der Börsen von Frankfurt, Berlin, Hamburg, Leipzig, Augsburg und Köln bildet einen selbständigen und oft ausschließlichen Mittelpunkt für eine Reihe von Unternehmungen, und ein Institut, das die Aufgabe hat, als ein mächtiges Glied in die industrielle und ökonomische Bewegung Deutschlands einzugreifen, vermag dies nur in sehr allmählichem, die Eigentümlichkeit eines jeden Platzes berücksichtigenden Fortschritt.

Die Verwaltung wird successive und ohne Übereilung bemüht sein, der Bank solche Organe in Deutschland, wie in denjenigen ausländischen Staaten, mit denen Deutschland einen lebhaften Geschäftsverkehr unterhält, zu schaffen, welche, soweit als möglich, eine solide und auf gründliche Einsicht gestützte Beteiligung an den verschiedenartigen Unternehmungen der deutschen und ausländischen Börsenplätze verbürgen.

5. Über Wesen, Aufgabe und Rechtsverhältnis der Aktiengesellschaften. Köln, 1856 März.*)

Die Vereinigung von Kapital und geistigen Kräften auf dem Gebiete der Industrie in der Form der Aktiengesellschaft ist mehr und mehr zu einem hervorragenden Moment der Gegenwart geworden, und da unsere Stadt für die Rheinlande und selbst für weitere Kreise als Zentrum der desfallsigen Schöpfungen betrachtet werden darf, so fühlen wir den Beruf, über Wesen, Bedeutung und Grenze der Berechtigung der Aktiengesellschaft einige Bemerkungen vorzutragen.

An der Hand des bereits Gegebenen erscheint es nach Verlauf weniger Jahrzehnte schon heute klar, daß die Aktiengesellschaft sich inmitten der modernen Gesellschaft mit der Gewalt und Raschheit einer Naturkraft entwickelt. Sie springt gleichzeitig als Resultat der Zustände in Europa und Amerika in allen Staaten, welche dem großen Werke des materiellen Fortschritts huldigen, hervor, sie etabliert gewissermaßen die Genossenschaft neu auf den Trümmern einer untergegangenen Periode. Die in ihrer Form vereinigten Kräfte haben im Laufe weniger Jahrzehnte Werke der materiellen Zivilisation geschaffen, vor denen selbst die großen

*) Diese Darlegungen Mevissens befinden sich in dem von ihm verfaßten gedruckten Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1855 S. 16ff.

Werke des Altertums und des Mittelalters zurücktreten müssen. Wie alle naturmäßigen Entfaltungen des Geistes einer bestimmten Periode, hat sie keine fertigen Formen vorgefunden, ihr Recht, die sie betreffende Gesetzgebung ist schwankend, das Maß der der neuen Genossenschaft zugestandenen Berechtigung variiert gewaltig, je nach der Verschiedenheit der Staaten, von dem ängstlichen Mißtrauen, von der peinlichsten Bevormundung jeder ihrer Bewegungen bis zu der vollsten und unbedingtesten Hingebung an ihre schöpferische Macht. Auch der Widerstand, der allen neuen, große Zukunft in sich tragenden Schöpfungen sich an die Ferse heftet, hat nicht gefehlt und fehlt nicht. Aber bis jetzt hat der junge Riese alle seine Gegner überwunden, und jeder Tag breitet seine Macht aus. Da, wo alle Nationen in derselben Richtung sich fast instinktiv bewegen, wo sie gleiche Ziele in gleicher Form zu erreichen streben, ist der Widerstand einer einzigen vergebens; er dauert der Natur der Sache nach nur eine kurze Weile, um einer desto stärkeren Bewegung dem allgemeinen Ziele entgegen Platz zu machen. Wissenschaftliche Forschungen über Wesen, Berechtigung und Grenze der Aktiengesellschaft fehlen unseres Wissens noch fast gänzlich,*) und unseres Erachtens wäre es für den Staat der Intelligenz eine der würdigsten Aufgaben, die neue Form wissenschaftlich zu erforschen, um über ihre Gegenwart und Zukunft, über ihre Einreihung in das Gebiet des Bestehenden, über ihre umbildende und über ihre zersetzende Kraft und über die Grenzen ihrer Vernunft und zweckmäßigen Anwendbarkeit Klarheit zu verbreiten.

Die neuesten Schöpfungen der modernen Zeit, die Eisenbahn- und Dampfschiffahrten, verbunden mit den einer älteren Periode angehörigen Banken und Versicherungsgesellschaften waren es, die zunächst in die Form der Aktiengesellschaft eingegossen wurden. Von diesen Gebieten aus hat sich diese Form successive einer Reihe von Industriezweigen, in denen das Kapital die Hauptrolle, die individuelle Tätigkeit und Fähigkeit die Nebenrolle spielt, bemächtigt und strebt, in der Domäne der Industrie weit und weiter vorzudringen.

Wir stehen an der Schwelle der Zeit, wo die Form der Aktiengesellschaft auch die Kultur des Bodens in ihren Kreis ziehen und die Agrikultur mit der Industrie in den innigsten Rapport setzen wird. Diese neueste Phase der Aktiengesellschaft ist im Keime schon vielfach angedeutet, und ihre Entwicklung harrt nur einer schöpferischen Hand, welche sie auf

*) Vgl. Die Aktiengesellschaften volkswirtschaftlich und politisch beleuchtet (Deutsche Vierteljahrsschrift 1856, IV S. 1ff.); R. v. d. Borght, Statistische Studien über die Bewährung der Aktiengesellschaften (1883).

weite Kreise eines großen Landes anwendet. Das Gebiet der landwirtschaftlichen Melioration der Straßen, Kanäle usw. gehört ihr bereits an, die Mühlenindustrie, die Runkelrübenzucker- und Spiritusfabrik sind bereits in ihren Bereich hineingezogen. Kurze Zeit noch, und weitere Eroberungen auf dem Gebiete der Agrikultur werden notwendig folgen.

Diese Tatsachen fordern dringend dazu auf, die junge Kraft auf ihrem weiteren Wege zu leiten, vor Abwegen zu behüten und sich ihrer, des Zieles klar bewußt, zur Erreichung großer volkswirtschaftlicher Zwecke zu bedienen. Was bisher von den einzelnen europäischen Regierungen der Aktiengesellschaft gegenüber geschehen, beschränkt sich größtenteils auf Repression und Bevormundung, und fast nirgends prävaliert noch der Gedanke einer Leitung von einem höheren Standpunkte aus. In Preußen haben successiv ergangene Verfügungen der Ministerien den formellen Gang der Aktiengesellschaft einer gewissen Regel und Gleichförmigkeit zu unterwerfen gesucht. Die notarielle Beurkundung der Verhandlungen, die Begrenzung des Stimmrechtes, die Form der Aktien usw. ist vorgeschrieben, und durchgängig sind in der neuesten Zeit in fast allen deutschen Staaten Kommissarien der Regierung zur Wahrnehmung des Oberaufsichtsrechtes des Staates bestellt, und diesen Kommissarien sind hin und wieder Befugnisse beigelegt worden, welche, wenn sie auch bis jetzt den Gang der Gesellschaften noch nicht gehemmt haben, doch in einer weiteren Zukunft bedenkliche Konflikte herbeizuführen drohen, weil sie in einzelnen Fällen die Selbständigkeit der Gesellschaft mehr, als unseres Erachtens notwendig, beschränken. Bestimmungen der letzteren Art gehen aus der Anschauung der Staatsregierungen hervor, daß die Aktiengesellschaft möglicherweise zu einer bedenklichen Aktion sich entwickeln könne. Sie sind der Ausdruck des Mißtrauens gegen die neue Erscheinung, deren richtige Einordnung in das Leben der Gegenwart noch nicht überall gefunden worden. An Stelle dieses Mißtrauens möchten wir die Staatsregierungen von dem Bestreben geleitet sehen, die Entwicklung der neuen Form teilnehmend zu begleiten, ihre Ziele ihr vorzuzeichnen und ihre Kraft zum Besten des Staatszweckes zu verwenden. An einer anderen Stelle dieses Berichtes haben wir darauf hingedeutet, daß eine übermäßige Zentralisation der Industrie uns höchst bedenklich, daß eine möglichst gleichmäßige Verbreitung vielartiger industrieller Tätigkeit über weite Kreise uns dem Staatszwecke vorzugsweise entsprechend scheint.

Für diese gleichmäßigere Verbreitung kann die der Form der Aktiengesellschaft bedürfende Spekulation in vielen Fällen als bequemer Hebel benutzt werden. Die bisherigen Verfügungen der Regierungen sind größtenteils durch das Interesse, sei es der bei den Gesellschaften beteiligten

Aktionäre, sei es der mit denselben als dritte in Verkehr tretenden Personen, motiviert. Die Wahl der Mittel zur Erreichung der vorgesteckten Zwecke ist vielleicht nicht überall glücklich gewesen. Im Interesse der Gesellschaften wie im Interesse des Staates erlauben wir uns, einem Hohen Ministerium nachfolgende Bemerkungen zu geneigter Prüfung zu unterbreiten. Die Aktiengesellschaft ist noch zu jung, um schon heute ihre ganze Tragweite, namentlich die aus dem künftigen Zusammenwirken der einzelnen Organismen sich ergebenden Momente, klar erkennen zu lassen. In dieser Unklarheit der Gegenwart liegt unseres Erachtens die dringende Mahnung für den Staat, die Formen selbst nicht über Gebühr zu fixieren, sondern unter allen Umständen an einer leichten Abänderbarkeit der mit landesherrlicher Genehmigung festgestellten ersten Statuten festzuhalten. Eine künftigen Bedürfnissen sich anschmiegende Modifikation der Statuten wird wesentlich erleichtert durch die Begrenzung des Stimmrechtes in einer Hand. Diese Begrenzung selbst ist jedoch heute in allen Statuten, in welchen den Aktien au porteur ein Stimmrecht zugestanden worden, fast illusorisch. Soll dieselbe wirklich werden, so müssen grundsätzlich in allen Statuten zwei Formen von Aktien nebeneinander, Aktien au porteur für das Bedürfnis der Börse und Aktien auf bestimmte Namen für den bleibend sein Kapital der Sache widmenden Kapitalisten, geschaffen und für die Mutation beider Formen bestimmte, voneinander scharf geschiedene Normen gegeben werden. Diese Doppelform wird sich in einer nicht entfernten Zeit schon aus bloßen Zweckmäßigkeitsgründen, der mit der Aufbewahrung der Aktien au porteur verbundenen Gefahr halber, dem Publikum dringend empfehlen. Die Aktien au porteur wären von jedem Stimmrecht und von jeder Einwirkung auf die Leitung der Geschäfte der Gesellschaft auszuschließen und diese lediglich den Inhabern von Namenaktien vorzubehalten. Dagegen wäre jederzeit die Umwandlung der Inhaberaktien in Namenaktien zu gestatten. Die Modalität würde die Aktionäre zum Heil der Sache in zwei Teile, in solche, die auf die Börse spekulieren, und in solche, die ein dauerndes Interesse an der Prosperität der Sache nehmen, trennen und dem Gange der Aktiengesellschaft einen festeren und selbständigeren Charakter geben, als bisher.

Die Wahrung des Oberaufsichtsrechtes des Staates den Aktiengesellschaften gegenüber dürfte am zweckmäßigsten besonderen Personen zu übertragen sein, welchen ausschließlich diese Aufgabe gestellt wäre. Diesen Kommissarien wäre überall die Förderung der Industrie zur ersten Pflicht zu machen, so daß sie nicht nur beaufsichtigend, sondern wesentlich leitend und fördernd den Aktiengesellschaften zur Seite ständen.

Dieselben wären zugleich die natürlichen Träger der industriellen Statistik, deren Zustand heute noch so mangelhaft ist. Aus den statistischen Ergebnissen würden sie, das ganze Gebiet der Industrie von einem Höhepunkte überblickend und in der Erfassung und gesunden Fortentwicklung desselben ihren ausschließlichen Beruf erkennend, mit Leichtigkeit den dem Staatszwecke vorzugsweise entsprechenden Weg der Entwicklung der Staatsregierung andeuten können. Das selbständig begründete Urteil der einzelnen Kommissarien würde dieser die klarste Einsicht in den ganzen Entwicklungsprozeß verschaffen. Das mit der Aktiengesellschaft, sei es als Aktionär beteiligte oder in anderer Eigenschaft mit derselben in Verkehr stehende Publikum ist zum Schutze seiner Interessen vor allem auf eigene Einsicht und eigene Prüfung anzuweisen. Die Kommissarien hätten die Aufgabe, die eigene Einsicht und Prüfung der Lage der Aktiengesellschaften durch umfassende Publikation ihrer Bilanzen und in einzelnen Fällen auch anderer bedeutender Vorgänge im Schoße derselben zu vermitteln, sowie durch Zusammenstellung der Bilanzen der Gesellschaften und durch übersichtliche Darstellung des Ganges einzelner Industriezweige dem Publikum die Momente zu einem selbständigen Urteil überhaupt an die Hand zu geben. Auf diesem Wege würde unseres Erachtens am erfolgreichsten einem in der Regel an unbekannte Größen sich heftenden Schwindel der Börse entgegen- und darauf hingewirkt, daß der Unternehmungsgeist in einzelnen Zweigen nicht zu weit das Maß gegebener Verhältnisse überschreite.

Das eigene Interesse der Beteiligten übt auf dem Gebiete der Industrie überall, wo nur die Mittel zur Begründung eines selbständigen Urteils bequem geboten sind, die beste und durchgreifendste Kritik, und wir halten es der Aufgabe der Kommissarien des Staates entsprechender, durch selbständiges Urteil der Beteiligten als durch irgend eine Intervention des Staates dem von jeder starken Bewegung untrennbaren Extrem entgegenzuwirken. Wir behalten uns vor, in einem künftigen Berichte die der Aktiengesellschaft durch die Natur der Sache gezogenen Grenzen näher zu erörtern.

Für die formelle Kontrolle der Aktiengesellschaften respektive zur Sicherstellung der Interessen des Publikums dürfte sich eine Mitwirkung der Kommissarien des Staates durch Kontrasignatur der Aktiendokumente und Coupons der Gesellschaften empfehlen. Auch dürfte für die älteren Gesellschaften die nachträgliche Veröffentlichung der von denselben für die Aktiendokumente und Coupons adoptierten Form wünschenswert sein, wenn es nicht angemessener erscheint, diese Form der Dokumente noch nachträglich den Statuten einzuverleiben und durch die Gesetzsammlung zu veröffentlichen. Bisher haben nur die Statuten derjenigen Aktien-

gesellschaften, deren Aktien auf jeden Inhaber lauten, in der Gesetzsammlung Aufnahme gefunden. Sowohl zur besseren Übersicht des ganzen vorhandenen Materials, als namentlich auch, weil selbst bei Aktien auf Namen die Coupons in der Regel auf den Inhaber lauten, erscheint eine uneingeschränkte Veröffentlichung durch die Gesetzsammlung dem öffentlichen Interesse entsprechend.

Eine sehr große Ungewißheit herrscht noch zurzeit über das Rechtsverhältnis der im Auslande bestehenden Aktiengesellschaften in ihrem Verkehr mit dem Inlande. Kann eine ausländische Aktiengesellschaft als solche im Inlande Grundeigentum erwerben? Die Tatsache, daß oft Rechtskundige in Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen weit auseinandergehen, deutet darauf hin, daß bei der steigenden Bedeutung der Aktiengesellschaften in den europäischen Staaten, bei der mehr und mehr kosmopolitischen Tendenz, welche der Verkehr überhaupt verfolgt, und bei den an Umfang und Bedeutung wachsenden Verkehrsbeziehungen zwischen den Völkern die juridische Anerkennung der Rechte der unter fremdherrlicher Autorität begründeten Aktiengesellschaften im Inlande durch internationale Verträge gegenseitig zu sichern und festzustellen sein dürfte, wenn nicht aus der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit früh oder spät ein bedenklicher Wirrwarr und große Verletzungen bestehender Interessen sich ergeben sollen.

6. Antrag der Kölner Handelskammer (verfaßt von G. Mevissen) an den Minister A. von der Heydt um Aufhebung der von der Regierung im Hinblick auf die Kriegsaussicht verfügten, die Industrie lähmenden Maßregeln. Köln, 1859 Mai 27.

(Akten der Handelskammer in Köln IV, 5. Konzept.)

Die der Landesvertretung gegenüber seitens der Staatsregierung abgegebene Erklärung, daß schon zurzeit in Rücksicht auf mögliche Kriegseventualitäten die Neubauten an sämtlichen Staatseisenbahnen sowie sonstige öffentliche Bauten sistiert und die dafür geforderten Mittel zur Deckung eventueller Kriegsbedürfnisse reserviert werden sollen, hat in weitesten industriellen Kreisen das Vertrauen aufs tiefste erschüttert und Erscheinungen im Gefolge, wie kaum ein ausgebrochener Krieg sie rechtfertigen würde.

Die dieser Erklärung und der ihr gegebenen Verwirklichung zur Seite gegangene Beschränkung der Lombardgeschäfte seitens der Königlichen Bank und der aus beiden zusammenwirkenden Momenten sowie aus der ungewissen politischen Lage und dem gesteigerten Geldbedarf hervorgehende rapide Rückgang der Kurse aller Papiere setzen die großen Privateisenbahngesell-

schaften in die Unmöglichkeit, sowohl ihre Obligationen zu realisieren wie sich die zum Fortbau erforderlichen Gelder durch Beleihung derselben zu beschaffen. Die gänzliche Einstellung der Arbeiten an der Nahebahn neben Suspension der Zahlung für bereits gelieferte Objekte und die Ungewißheit der rechtzeitigen Zahlung der noch zu liefernden hat ein absolutes Kreditbedürfnis einer Anzahl größerer Etablissements im Gefolge und droht, einzelnen Gesellschaften Stockungen und große finanzielle Bedrängnis herbeizuführen. Das notwendige Resultat dieser successive fast alle Zweige der rheinisch-westfälischen Industrie umfassenden Vernichtung ihrer regulären Unterlagen ist gesteigerte Kreditlosigkeit bei steigendem Kreditbedürfnis, Widerruf aller erteilten und teilweise bereits effektuierten Aufträge, massenhafte Zur-Dispositionsstellung von Waren und dadurch Anhäufung der Warenlager an den Produktionsstätten, und als schließliches, durch die Gesamtheit aller Faktoren erzwungenes Resultat Beschränkung der Arbeit, teilweise oder gänzliche Einstellung der Produktion. Die Eisenindustrie ist bereits mit dem Ausblasen von Hochöfen und der Reduktion ihrer Produktion in gewalztem Eisen auf ein Minimum vorgegangen. Die Spinn- und Webeindustrie ist in rascher Nachfolge begriffen. Der Export stockt, weil ein großer Teil der Fabrikanten sich nicht mehr die Mittel beschaffen kann oder will, um seine Produktion aufrecht zu halten.

Ein Zustand wie der gegenwärtige erscheint uns für die Industrie als der denkbar unheilvollste. Die produktiven Kräfte des Landes sind gelähmt und inaktiv, ohne daß in der Lage des Landes weder nach innen noch nach außen eine solche staats- wie volkswirtschaftlich gleich nachteilige Inaktivität indiziert wäre. Wirft man, im Vergleiche mit unseren deutschen Zuständen, einen Blick auf das mitten im Kriege begriffene und bereits enorme Mittel für den Krieg aufwendende Frankreich, so sehen wir die Industrie in ungestörtem Gange, den Kredit leicht und billig und alle öffentlichen Bauten in erhöhtem Maße von der Regierung und den großen Eisenbahngesellschaften betrieben, dementsprechend an der Fondsbörse seit Ausbruch des Krieges die Kurse der Eisenbahnen und Staatspapiere steigend und eine Anleihe von 500 Millionen Franks effektiv mit staunenswerter Raschheit durch öffentliche Subskription gedeckt. Der Gegensatz der Erscheinungen in Frankreich und Deutschland muß zu dem Glauben führen, daß der in Deutschland betretene Weg der Einschränkung der Arbeit, der Lähmung der industriellen Tätigkeit ein äußerst bedenklicher, ein die Kräfte der Nation schon vor Ausbruch des Krieges aufreibender ist. Schon sind die Kurse preußischer Fonds an der Berliner Börse tief gesunken, und bei der in erschüttertem Vertrauen wurzelnden Abneigung der Kapitalisten, ihre Kapitalien fest anzulegen, dürfte die rasche Negoziierung

und Realisierung einer Staatsanleihe in ansehnlichem Betrage im Inlande wie im Auslande nicht ohne Schwierigkeit sein. Sollte das Vaterland in den Krieg eintreten müssen und zur Führung desselben großer Geldmittel rasch bedürfen, so halten wir die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens, die Erweckung des festen mutigen Glaubens an den Sieg der deutschen Waffen und an die ungestörte Zukunft des deutschen wirtschaftlichen Lebens für absolut geboten, wenn die in der Nation latenten bedeutenden Kapitalkräfte aus den verborgenen Schlupfwinkeln, wohin die Furcht sie geschreckt, hervorgezogen werden sollen. Gelänge das nicht, so wäre Preußen und Deutschland finanziell Frankreich gegenüber in einer so nachteiligen Lage, daß wir nur mit banger Ahnung der Zukunft entgegensehen würden. Blicken wir um uns, so erscheint uns glücklicherweise die Verzweiflung des Moments, die volle Haltlosigkeit der produktiven Kräfte nur als das künstliche Produkt einer überspannten, durch nichts gerechtfertigten Furcht, eines unklaren panischen Schreckens, den die ökonomische Lage des Landes in keiner Weise motiviert.

Noch eben erst hat die Handelskrise des Jahres 1857 die Luft gereinigt und, wenn auch unter empfindlichen Verlusten, die Überproduktion beseitigt und dem Handel strenge Solidität zurückgegeben. Die Kredite sind relativ sowohl auf dem Fondsmarkte wie auf der Produktenbörse und in der Industrie weniger angespannt als in früheren Jahren, und seit Januar, seit dem ersten Auftauchen der Besorgnis eines europäischen Krieges, ist die Vorsicht, welche die erst eben überwundene Handelskrise zurückgelassen hat, noch gesteigert. Möge die hohe Staatsregierung, die gesunde Lage des Landes und das reguläre Maß seiner Produktion ungeschwächt aufrechthaltend, von dem betretenen Wege der kleinmütigen Beschränkung der Arbeit einlenken und dadurch, daß sie der Zukunft vertraut, dem Lande und der Industrie das Vertrauen zu sich selbst zurückgeben!

Wir richten, tiefdurchdrungen von der Überzeugung, daß dadurch die Finanzkräfte des Staates nicht geschmälert, sondern gesteigert, ja einzig aufrecht erhalten werden können, an Euer Exzellenz die Bitte, unverweilt die öffentlichen Bauten im Lande und vor allem die Eisenbahnbauten wieder aufnehmen und mit erhöhter Kraft fortführen lassen zu wollen. Dieser Akt des Staates wird sofort das Vertrauen wieder wecken, die Produktion neu beleben und den heute leblosen Börsen ihre Lebenskraft, das flottante Anlage suchende Kapital der Nation, wiedergeben. Eine längere Lähmung der industriellen Produktion des Landes halten wir für den gefährlichsten Schlag, der den Gesamtinteressen bereitet werden könnte.

Für den Agrikulturstaat ist eine Stockung öffentlicher Arbeiten in politischen Krisen ohne großes Bedenken. Die Arbeitskraft, die den öffent-

lichen Arbeiten und verwandten Zwecken entzogen wird, wendet sich dem Ackerbau zu und findet nützliche und produktive Verwendung. Unter dem Drucke einer partiellen Arbeitsstockung wird die Agrikulturproduktion in ihrem Ertrage gesteigert, während zu gleicher Zeit billiger produziert und bei verringertem Konsum das Inland in erhöhtem Maße zum Export von Agrikulturprodukten befähigt wird. Gerade das Gegenteil findet statt auf dem Gebiete der Industrie. Der Arbeiter der Industrie ist eine Spezialität, die weder zum Ackerbau noch sonst anders als für ihre Spezialität gebraucht werden kann. Steht das industrielle Etablissement still durch Mißtrauen, Mangel an Kapital oder durch das Produkt beider, vorübergehende Beschränkung des Konsums an Manufakten, so hört der dem Etablissement angehörige Arbeiter gänzlich auf, zu produzieren. Er wird nationalwirtschaftlich absolut unproduktiv. Er hört aber darum nicht auf, zu konsumieren, er muß vielmehr von den übrigen produzierenden Kräften mit erhalten werden. Ist die Industrie zum Feiern im großen Umfange genötigt, so fällt der Export, weil Kapital und Unternehmungslust fehlen, um für den Export zu produzieren. Mit dem fallenden Export sinkt die disponible Kapitalkraft des Landes und die Fähigkeit, Kapital zu reproduzieren. Der verringerte Konsum an Industrieerzeugnissen im Inlande bietet kein Äquivalent, denn bei Industrieprodukten ist die Arbeit der bei weitem bedeutendste Faktor. Die mögliche Ersparnis an Rohstoff wird weit überwogen durch den Ausfall an Export. Die Hände, die dem Inlande industrielle Erzeugnisse geschafft hätten, wenn das Vertrauen erhalten worden wäre, sind gänzlich lahm gelegt, und die nicht in Anspruch genommene produktive Arbeitskraft ist für sie wie für das Land rein verloren.

Wie die Verhältnisse in den letzten Wochen unter dem Eindrucke höchst beklagenswerter, weit über das vernünftige Maß hinausgehender Befürchtungen geworden sind, erscheint es für den Augenblick geboten, daß die Staatsregierung nicht allein durch Wiederaufnahme und kräftige Fortführung der eigenen Bauten das sinkende Vertrauen neu belebe, sondern daß sie auch noch durch andere Mittel die große industrielle Gesellschaft in der Lösung ihrer Aufgabe unterstütze.

Der Staatsregierung bieten sich zur Erreichung dieses Zwecks verschiedene Wege dar:

a) Beleihung von Effekten und Waren durch die Königliche Bank;

b) vorübergehende Beleihung von Effekten und Waren durch (auf Grundlage der durch das Gesetz vom 15. April 1848 gegebenen Organisation) neu herzustellende Darlehnskassen;

c) durch Flüssigmachung latenter Kapitalien mittelst Aufhebung oder Suspension der Wuchergesetze.

Wir vermögen von hier aus nicht zu ermessen, inwiefern der Kredit der Bank zurzeit eine noch stärkere Anspannung durch vermehrte Ausgabe von Noten ratsam und ausführbar erscheinen läßt. Nach dem veröffentlichten Status vom 30. April c. hatte die Bank in Umlauf 73546000 Taler gegen 43274000 Taler Barvorrat. Obschon die danach vorhandene Marge noch sehr bedeutend ist, und obschon wir glauben, daß nach einiger Zeit das vielleicht augenblicklich vorhandene Angebot von Diskontpapier wesentlich abnehmen dürfte, so erscheint uns doch die Lage der Bank nicht derart, daß die Reserve derselben, welche der Wollmarkt ohnehin gerade jetzt bedeutend schwächen dürfte, noch füglich durch sehr umfassende Effekten- oder Warenbeleihungen reduziert werden sollte. Namentlich halten wir es für sehr problematisch, ob es der Bank gelingen würde, mit Leichtigkeit eine stärkere Notenzirkulation als die gegenwärtige dauernd zu erhalten. Wir bezweifeln dies um so mehr, als bei stockendem, sich beschränkendem Verkehr die Notenzirkulation in der Regel sich vermindert. Sollte diese in der allgemeinen Lage der deutschen Industrie begründete Verminderung auch für den Augenblick dadurch paralysiert werden, daß zunächst die Noten der Privatbanken der kleinen deutschen Staaten, wie dies schon in so hohem Grade der Fall ist, zurückströmen und jene Verminderung auf sich nehmen, so ist doch bei längerer Dauer der beschränkten Produktion selbst eine Verminderung der Zirkulation über jenes, durch die verminderte Zirkulation der Privatbanken gegebene Maß um so mehr wahrscheinlich, als die preußischen Noten aus Süddeutschland, wo bisher ein ansehnlicher Teil derselben zirkuliert hat, successive unter dem Eindrucke allgemeineren Mißtrauens zurückströmen können.

Da die ganze Geldzirkulation des Landes faktisch in der preußischen Hauptbank kulminiert, so halten wir die Anwendung äußerster Vorsicht für die Operationen dieses Instituts geboten, um dasselbe nicht dem Schatten eines möglichen Mißtrauens auszusetzen. Dürfte diese Vorsicht es untunlich erscheinen lassen, daß die preußische Bank zurzeit ihre Facilität wesentlich ausdehne, so wird sich die zweite Alternative — Wiederherstellung der Darlehnskassen auf Grund und in Gemäßheit des Gesetzes vom 15. April 1848 — in hohem Grade empfehlen*). Die Darlehnskassenscheine in Appoints von 1 und 5 Taler treten, der Kleinheit der Abschnitte wegen, mit den Banknoten nicht in Konkurrenz und werden die Zirkulation derselben nicht wesentlich beeinträchtigen. Sie entsprechen sogar einem im Verkehr vielfach fühlbar gewordenen Bedürfnis nach kleineren Abschnitten Papiergeld. Da die Zirkulation der Kassenanweisungen

*) Vgl. dazu unten S. 553.

des Staates im Jahre 1856 um 15 Millionen Taler in 1 und 5 Talerscheinen vermindert worden ist, so ist eine Wiederinkurssetzung einer gleichen, ja auch einer noch in etwa erhöhten Summe Staatspapiergeld ohne Bedenken, um so mehr, wenn das auszugebende Papier durch die Art seiner Fundierung gegen Mißtrauen des Publikums möglichst gesichert ist und durch seine Uneinlösbarkeit keine direkt zu realisierende Anforderung an die Staatskasse begründet. Sollte im Laufe eines Krieges weder im In- noch im Auslande vorübergehend die Negoziierung einer Anleihe möglich sein, so dürfte sich vielleicht selbst zur Bestreitung der Kriegsbedürfnisse die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen, basierend auf hinterlegte Staatsschuldscheine, empfehlen. In beiden Fällen dürfte, um die Geldzirkulation im Lande vor den gefährlichen Schwankungen, wie Österreichs Valuta sie bietet, zu bewahren, den Darlehnskassenscheinen nur die Annahme an den königlichen Kassen gesichert, denselben jedoch kein Zwangskurs im laufenden Verkehr beigelegt werden. Wir halten uns überzeugt, daß auch unter dieser Modulation Darlehnskassenscheine, in nicht zu großer Summe emittiert, willige Aufnahme im Publikum finden würden.

Die Darlehnskassen, neu aktiviert, werden zunächst den Privateisenbahnen die Fortführung der Bauten in angemessener Ausdehnung durch Beleihung ihrer Effekten zu ermöglichen haben und dadurch anderweit die Eisenindustrie vor bedenklicher Stockung und viele großen industriellen Etablissements gegen erzwungene Zahlungseinstellung schützen. Sie werden auch für andere Industriezweige in den Fällen, wo das Kreditbedürfnis aufs äußerste gestiegen, den Übergang von einer Periode des Friedens in eine mögliche Kriegsperiode zu vermitteln und die industrielle, wohlfundierte Anlage vor Wertvernichtung durch Stockung zu schützen und da, wo es unumgänglich und mit voller Sicherheit möglich, die Betriebskapitalien durch Vorschüsse mit Waren zu ergänzen haben.

Um die Darlehnskassen vor übermäßigem Andrang zu sichern, ist es unseres Erachtens erforderlich, das zurzeit mißtrauische, müßig in den Kasten sich häufende Geld der Kapitalisten aus seinem Versteck hervorzulocken und dem Kapitalmarkt wieder zuzuführen. Dieser Zweck wird erreicht werden einesteils durch Wiederherstellung des Vertrauens, sodann durch Aussicht auf einen dem Risiko und dem augenblicklichen Werte des Geldes entsprechenden Zins. Letzterer wird nur möglich durch die Suspension der Wuchergesetze, und deshalb halten wir diese Suspension für eine notwendige Ergänzung der übrigen vom Augenblick gebotenen Maßregeln.

Um den Zudrang zu den Darlehnskassen möglichst zu verringern, auch für allenfallsige Kapitalausfälle reichliche Reserven zu schaffen, halten wir es für ratsam, die Beleihung auf die Hälfte des Kurs- oder Taxwertes

der Effekten und Waren zu beschränken und den Zinsfuß mindestens auf 6% zu fixieren und je nach Umständen neben diesem Zinsfuße noch eine Provision zu erheben.

Geschieht dies, so werden die Darlehnskassen nur in Fällen der Not benutzt, und das Bestreben der Industriellen, sich anderweitig Kredit und Geld zu verschaffen, wird nicht beeinträchtigt werden. Wir halten uns überzeugt, daß schließlich nur ein sehr mäßiger Gebrauch der Darlehnskassen eintreten wird, und daß zurzeit mehr noch die moralische Mitwirkung wie die materielle von seiten der Staatsregierung der Industrie über die momentan so bedenkliche Periode hinüber zu helfen vermag. Da jedoch Herstellung des Vertrauens die erste und unerläßlichste Anforderung sowohl volks- wie staatswirtschaftlich ist, so beantragen wir, daß die Darlehnskassen bei deren Herstellung, die wir hiermit ehrerbietigst befürworten, mit einem Kapital von 20 Millionen Taler ausgerüstet und autorisiert werden mögen, 10 Millionen Taler in Eintaler- und 10 Millionen Taler in Fünftaler-Darlehnskassenscheinen in Zirkulation zu setzen.

Wir verbinden mit diesem den ferneren Antrag, die Wirksamkeit der Wuchergesetze provisorisch zu suspendieren und durch diese Suspension das disponible Kapital dem Kapitalsuchenden zugänglich zu machen.

Endlich erlauben wir uns noch auszusprechen, daß es uns im hohem Maße nicht allein für die Gegenwart, sondern namentlich im Hinblick auf die Zukunft und auf das bei einem eventuellen Kriege sich voraussichtlich ergebende weitere Geldbedürfnis wünschenswert erscheint, wenn Preußen eine Anleihe von 50 Millionen Taler im Auslande, namentlich in Holland oder England, kontrahieren würde. Wir würden selbst ein Opfer im Kurse für vollkommen gerechtfertigt halten, einesteils um die Mittel des Inlands solange wie möglich in lohnender Produktivität zu erhalten, sodann um preußischen Fonds Eingang an einer der Hauptbörsen Europas zu schaffen und sich dadurch für äußerste Fälle die leichtere Möglichkeit weiterer Anleihen auf fremdem Markte zu sichern.

Von Süddeutschland, das mit österreichischen Papieren überladen ist, kann zurzeit keine wesentliche Beteiligung bei einer preußischen Anleihe erwartet werden, und Norddeutschland wird am vorteilhaftesten seine disponiblen Mittel für die Aufrechterhaltung seiner industriellen Produktion verwenden.

Ew. Exzellenz werden, wir sind davon überzeugt, uns nicht verübeln, wenn wir uns erlaubt haben, vorstehend mit dem Freimute und der Unbefangenheit gewissenhafter Überzeugung diejenigen Anschauungen und Wünsche vorzutragen, welche uns die so ernste Lage an die Hand gibt. Möge Ew. Exzellenz die Wege und Mittel, wie dem um sich

greifenden Mißtrauen gesteuert, der zu plötzlichen und zu weit gehenden Beschränkung der industriellen Produktion vorgebeugt und die Industrie vor einer in ihrer inneren Lage nicht begründeten, massenhaftes Kapital vernichtenden Krise bewahrt werden könne, in hochgeneigte Erwägung nehmen und das, was von seiten des Staates nach Erwägung aller maßgebenden Momente geschehen kann, in möglichst kurzer Frist ins Leben treten lassen. Hat die Arbeitsstockung erst weiter um sich gegriffen, so dürften selbst die heute erbetenen Maßnahmen zu spät kommen, um das Mißtrauen zu beschwichtigen und die zum Gelingen der Maßnahmen des Staates erforderliche Mitwirkung der Kapitalisten zu erlangen.

7. Aus dem von G. Mevissen erstatteten Jahresbericht der Handelskammer zu Köln für 1858.*) Köln, 1859 Juli.

Das Jahr 1858 charakterisiert sich, wie das Jahr 1857, auf dem Gebiete des Handels und der Industrie als ein Jahr der Sammlung, der Vorbereitung zu neuem Schaffen nach vorausgegangenem Sturm. In den ersten Monaten des Jahres vibrierten die Nachwehen der Handelskrise des Jahres 1857 noch heftig fort; das tieferschütterte Vertrauen kehrte nur allmählich wieder, und das durch die Überspekulation allerorten gestörte Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion stellte sich nur nach und nach, und für die verschiedenen Verkehrszweige zu verschiedenen Zeiten, wieder her.

Gegen Mitte des Jahres näherten sich die Beziehungen der deutschen Industrie zu Amerika wieder normalen Verhältnissen, und in der Seide- und Tuchmanufaktur trat für den Export wenn auch kein flotter, doch ein geregelter Gang wieder ein.

Die Baumwollspinnerei war in angespannter Tätigkeit und lohnend, die Baumwollweberei dagegen in verschiedenen Branchen unter einer zu raschen und den Bedarf des Inlandes übersteigenden Entwicklung der produktiven Kräfte leidend.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb herrschte rege Tätigkeit, und wenn auch in einzelnen Distrikten, wie im Siegener Lande und in Remscheid, der Betrieb der Hütten- und Hammerwerke durch Wassermangel empfindlich gelähmt wurde, so war doch im ganzen und großen die Produktion und Verarbeitung von Metallen im Jahre 1858 stärker als in irgend einem Vorjahre.

Auch die Kohlenproduktion weist eine Steigerung gegen das Vorjahr nach, wenn auch keine solche, die den so zahlreich wie rasch ent-

*) Der ganze mit einem reichen Tabellenmaterial ausgestattete Bericht ist gedruckt erschienen (97 S. in 4°).

standenen neuen Tiefbauzechen dauernd lohnenden Absatz in Aussicht stellen könnte.

Die Börsen verharrten unter dem Einflusse der gewaltigen Kapitalabsorbierung der Vorjahre in vollständiger Stagnation.

Neue Unternehmen konnten sich nicht Bahn brechen; die Aktien der älteren industriellen Etablissements konnten keinen Kurs gewinnen, welcher den Übergang aus den Händen der ersten, sehr oft zu schwer belasteten Zeichner in neue, weniger belastete Hände vermittelt hätte.

Fast bei allen industriellen Anlagen trat, wie einst in Belgien, die Insuffizienz des Grundkapitals als ein die Weiterentwicklung lähmender und in vielen Fällen den Bestand und Betrieb gefährdender Faktor hervor. Die Hauptinteressenten der neuen Anlagen, denen die Börse ebenso unzugänglich für Verwertung ihrer Beteiligung wie für Aufnahme von Darlehen unter der Firma der anonymen industriellen Gesellschaften sich erwies, waren in vielen Fällen genötigt, ihren persönlichen Kredit (oft unter weitverzweigter Solidarität der einzelnen) weit über das in ihren finanziellen Verhältnissen begründete Maß hinaus anzuspannen, um den Unternehmungen die zum Fortbetriebe erforderlichen Fonds zuzuführen. Sowohl im Rheinlande wie in Westfalen hat sich in dieser Weise eine unter noch glatter Oberfläche verborgene, nicht unbedenkliche Situation ausgebildet. Ungewöhnlich groß ist die Zahl derer, die tief engagiert, auf eine friedliche und gedeihliche Entwicklung der Industrie und auf wohlwollende Förderung und Schonung ihrer berechtigten Interessen angewiesen sind, wenn sie nicht in ihrer finanziellen Existenz erschüttert, ja zugrunde gerichtet werden sollen.

Einzelne industrielle Gesellschaften hätten sich den Bedrängnissen des Augenblicks durch rechtzeitige Erhöhung ihres Aktienkapitals oder durch rechtzeitige Ausgabe von Prioritätsobligationen entziehen können. Hin und wieder ist den desfallsigen Beschlüssen der Generalversammlungen die Genehmigung der Staatsregierung versagt oder die Ausführung derselben durch die von der Vorverhandlung in Anspruch genommene Zeit vereitelt worden. Da die Ausgabe neuer Aktien nur geeignet ist, die Basis der industriellen Gesellschaft zu stärken und dieselbe in höherem Maße zur Lösung der ihr gestellten Aufgabe zu befähigen, so dürfen wir hoffen, daß der der Periode des Aktienschwindels entstammten, neuen Aktienemissionen abgeneigten Auffassung der Staatsregierung künftig keine Anwendung auf industrielle Gesellschaften mehr werde gegeben werden, da die Aktien derselben, selbst in Perioden des angespannten Unternehmungsgeistes, nur ausnahmsweise Kurs an der Börse gewinnen und daher in der Regel nicht als Unterlage schwindelhafter Operationen dienen können.

Die schwierige Lage, welche einzelnen Industriezweigen, und namentlich der großen Mehrzahl der neubegründeten anonymen Gesellschaften, im Jahre 1858 der natürliche Gang der Entwicklung bereitete, findet sich seit Beginn dieses Jahres gesteigert, zuerst durch lähmende bange Ungewißheit der politischen Situation, sodann durch den wirklichen Ausbruch des Krieges zwischen zwei europäischen Großmächten. Die Opfer, welche die Erhaltung resp. Wiederherstellung des in einer seiner Basen erschütterten europäischen Gleichgewichtes und die Aufrechterhaltung der Machtstellung Deutschlands unserem Vaterlande auferlegen werden, sind zur Stunde, wo Deutschland noch sorgenvoll einer entscheidenden Wendung des diplomatischen Feldzuges harrt, nicht zu bemessen.

Sie werden gebracht werden, und willig gebracht werden, in der festen Überzeugung und in dem festen Vertrauen, daß die deutschen Interessen, und nur diese Interessen, die Politik unseres Vaterlandes diktiert haben und diktieren werden. Die Industrie, die Trägerin der friedlichen internationalen Beziehungen, hält sich allerorten überzeugt, daß die heutige Weltlage weder Eroberungskriege noch lange andauernde Kontinentalkriege überhaupt erträgt; sie rechnet darauf, daß die für die Erhaltung wie für die Herstellung des Friedens wirksamen gewaltigen latenten Kräfte der zivilisierten Nationen gegen eine Politik des Ehrgeizes und der einseitigen Überhebung *einer* Macht sich sofort koalisieren und durch das Gewicht ihrer Vereinigung unwiderstehlich strenges Maßhalten allen zur gebieterischen Pflicht machen werden. Die deutsche Industrie rechnet darauf, daß die deutschen Regierungen, die ihnen zu Gebote stehenden Kräfte würdigend, jeder aggressiven den Frieden Europas bedrohenden Politik fortan wie bisher fernbleiben werden, sowie darauf, daß eine Bedrohung der deutschen Machtstellung sofort die stammverwandte dominierende Seemacht zum wirksamen Verbündeten Deutschlands machen, und daß der Hinblick auf diese drohende Eventualität jedes etwaige aggressive fremde Gelüste im Zaum halten werde.

Die Situation des Augenblicks zeigt klarer, als irgend eine frühere, wie sehr die materielle Entwicklung der Völker ihre politische Macht, und wie sehr ihre politische Macht und Selbständigkeit ihre ungestörte materielle Entwicklung bedingt. Für Deutschland enthält sie eine ernste Mahnung. Die Seeküsten des Vaterlandes entbehren noch zurzeit der schützenden Flotte und sind jeder angreifenden Seemacht fast schutzlos preisgegeben, sofern Preußen und Deutschland sich genötigt sehen sollten, ohne Bündnis mit einer Seemacht in einen Krieg einzutreten.

Nur die fortschreitende materielle Entwicklung des Landes kann dem Staate die Mittel zur Gründung einer bedeutenden Seemacht schaffen.

Diese Entwicklung führt dazu, daß das Eisen und alle übrigen Erfordernisse der modernen Seemacht im Inlande erzeugt werden; sie sichert durch Entwicklung einer die Welt umfassenden Handelsmarine der Flotte die im Kriege erforderliche Bemannung; sie schafft durch den sich bildenden Kapitalreichtum des Volkes dem Staate die Mittel, neben einer achtunggebietenden Landmacht noch große Summen für den Bau der Kriegshäfen wie der Schiffe und für die Unterhaltung der Flotte aufzuwenden. Sehen wir in diesem Augenblick mit Schmerz die Machtmittel unseres Vaterlandes zu Lande der ergänzenden Flotte, deren sie in der Gegenwart und nach den neuesten Fortschritten der Marine mehr als je bedürfen, entbehren, so drängen uns Wahrnehmungen des Augenblicks dazu, auch der anderen Wehrinstitution unseres Vaterlandes, deren Modifikation die seit einem halben Jahrhundert stattgefundene Entwicklung unseres Landes zu gebieten scheint, zu gedenken.

Wir verkennen nicht einen Augenblick die Größe und Schönheit der Idee, welche im Befreiungskriege die ganze Nation zu den Waffen rief und die preußische Wehrverfassung auf die gleiche Wehrhaftigkeit aller Bürger des Staates gründete.

Bei der bedeutenden Entwicklung, welche die Industrie des Landes seit jener Periode erfahren, bei der hohen, ja, vielleicht dezisiven Bedeutung, welche die ungeschwächte Aufrechterhaltung der produktiven Kräfte für die Staaten der Gegenwart hat, drängt sich indes die Frage auf, ob jene, wesentlich auf den einfacheren Verhältnissen des Agrikulturstaates basierende, Wehrverfassung für den Industriestaat nicht Mängel in sich birgt, welche ihre Vorzüge überwiegen; ob sie nicht die freie, unbehinderte Aktion des Staates durch die Schwerfälligkeit der Bewegung und durch die tiefen Störungen im wirtschaftlichen Leben der Nation, welche jede Mobilmachung involviert, namentlich in solchen Fällen hemmt, wo der Staat zu einer offensiven Kriegsführung veranlaßt wäre?

Wir halten uns für verpflichtet, es auszusprechen, daß jede Mobilmachung unseres Heeres den ganzen wirtschaftlichen Organismus unseres Staates im innersten Kerne angreift, daß sie eine gewaltsame Stockung der Produktion und dadurch bei enormem Kapitalverluste relativ geringe finanzielle Leistungsfähigkeit und sich in weiteste Kreise ausbreitende wirtschaftliche Insuffizienz und wirtschaftliches Unbehagen im Gefolge hat.

Wird erwogen, daß alle übrigen Großmächte, mit Ausnahme Preußens, in ihrer Militärverfassung einem Systeme huldigen, welches wesentlich darauf berechnet ist, die produktiven Kräfte der Nation intakt zu lassen, daß dieselben daher, wie heute Frankreichs Beispiel zeigt, die Lasten des Krieges, und namentlich die einer umfassenden Kriegsbereitschaft, ungleich

weniger empfinden als Preußen, daß selbst der einmal ausgebrochene Krieg die regelmäßige Reproduktion des Kapitals dort nicht hindert, und daß durch diese ungestörte Reproduktion jene Staaten zu ungleich längerer, zäherer Ausdauer befähigt werden, so scheint es dringend geboten, die volkswirtschaftlich-politische Wirkung unserer gegenwärtigen Militärverfassung an der Hand der Erfahrungen, welche die Gegenwart bietet, einer umfassenden Prüfung, und diejenigen Bestimmungen dieser Verfassung, welche als mit der materiellen Entwicklung unvereinbar oder dieselbe zu schwer beeinträchtigend und lähmend erkannt werden, entsprechenden Modifikationen zu unterwerfen.

Die politische Krise, welche seit dem Beginne dieses Jahres über Europa hereingebrochen ist, findet zur Freude jedes patriotischen Herzens in Preußen Fürst, Regierung und Volk einiger als je. Wie in der Vertretung des Landes, so lebt durch alle Schichten der Bevölkerung hindurch das volle Vertrauen, daß die Männer, denen die Geschicke Preußens, und damit die dominierende Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands, anvertraut sind, wie in der inneren Politik unseres Landes so auch in seinen Beziehungen nach außen jenen tiefen Sinn für Gerechtigkeit und für sittlich freie materielle und geistige Entwicklung der Nationen zur Geltung zu bringen bemüht sein werden, welche dem Lande und Volke der Intelligenz, mehr als seine politische Organisation und mehr als seine physische Macht, einen schwerwiegenden Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft Europas sichern. —

Bank- und Geldwesen. Das ganze Jahr 1858 hindurch war auf dem Geldmarkte die Nachwirkung der Handelskrise des Jahres 1857 fühlbar. Die Börsenkurse blieben relativ niedrig, das Kapital hielt sich allen neuen inländischen Unternehmungen fern und versagte beharrlich selbst den sichersten preußischen Eisenbahnprioritäten das nach allen früheren Krisen denselben rasch wieder zugewandte Vertrauen. Dagegen dauerte die Fondsanlage in österreichischer Nationalanleihe in erweitertem Umfange fort, und auch namhafte Posten österreichischer Eisenbahnobligationen fanden ihren Weg zu den deutschen Kapitalisten.

Preußische 4½% Staatspapiere blieben zum ungefähren Parikurse fast stabil, während die Kurse der Staatspapiere der kleineren deutschen Staaten, namentlich von Sachsen, Hannover, Baden und Württemberg, diesen Kurs weit überschritten. Der Moment war daher günstig, preußischen Papieren in umfassendem Maße in Süddeutschland Eingang zu verschaffen, und wir können es von unserm Standpunkte aus nur lebhaft bedauern, daß zu einer Zeit, wo den preußischen Eisenbahngesellschaften (wie wir

annehmen müssen, im Interesse des Placements von Staatspapieren) sehr empfindliche und kostspielige Beschränkungen in der Emission von Prioritätsobligationen aufgelegt worden sind, dennoch die zur Vollendung der im Bau begriffenen Staatsbahnen autorisierte Ausgabe von Staatspapieren nicht bewirkt worden ist. Die Stagnation im Kurse und Verkehr in preußischen Staatspapieren, wie sie das ganze Jahr 1858 hindurch fortgedauert hat, halten wir in ihren Folgen für bedenklich, sofern der Staat je in die Lage kommen sollte, in großem Maßstabe an die Finanzkräfte des In- und Auslandes zu appellieren. Die nächste, schon seit längerer Zeit sichtbare und für das Inland mit schweren Verlusten verbundene Folge der Ablenkung des Kapitals von den Effekten des Inlandes ist die Hinwendung desselben zu ausländischen, sehr chanceusen Devisen, welche, wie die österreichische Nationalanleihe, durch hohe Zinsen anlocken, während sie der sicheren Unterlage entbehren.

So sehr wir mit der Staatsregierung wünschen, das Kapital vor allzu großen Chancen und Schwankungen bewahrt, das Spiel der Börse auf ein Minimum beschränkt und die verderbliche Sucht, durch Börsenspiel schnell reich zu werden, von unserem Vaterlande ferngehalten zu sehen, so scheint uns doch das vorschwebende Ziel auf dem bisher in der preußischen Finanzpolitik eingehaltenen Wege nicht erreicht zu werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben vielmehr gezeigt, daß wenige Börsen den chanceusesten Spielpapieren so zugängig sind, wie die Berliner, und daß die zeitweilige Inhibition der Emission solider Eisenbahnpapiere und das Anhalten der Emission der Staatspapiere die Spekulation nicht beseitigt, sondern dieselbe nur den weit weniger soliden ausländischen Papieren zugewandt hat.

In gleicher Weise haben im Jahre 1856, in der Periode des angespannten Unternehmungsgeistes, die der Errichtung eines großen preußischen Kreditinstituts entgegengetretenen Bedenken nur die Errichtung zahlreicher, der gesunden Unterlage oft entbehrender oder doch sehr prekär gestellter Kreditinstitute und Banken in den kleineren deutschen Staaten, und die Begründung zahlreicher, das wirkliche Bedürfnis des Augenblicks weit überschreitender Aktiengesellschaften für Bergbau usw. zur Folge gehabt. Bei der hohen Bedeutung, welche die Finanzpolitik der Staaten in der Gegenwart sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung, wie auf die politische Machtstellung der Völker ausübt, halten wir in einem jeden Staate von Bedeutung es für geboten, daß die Staatsregierung auf die finanzielle Bewegung einen leitenden Einfluß ausübe und, getragen durch höhere Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse, d[illegible] ives oder negatives Verhalten den Kapitalisten

Wir sind hierbei weit entfernt, positivem Zwange auf dem Gebiete der Finanzen irgendwie das Wort zu reden, und halten selbst einen negativen Zwang nur in seltenen Ausnahmefällen und bei ganz besonderen Anlässen, einer dem Extrem sich nähernden Spekulation gegenüber, für gerechtfertigt; aber auch ohne positiven oder negativen Zwang bleibt der Staatsregierung noch ein großes Gebiet freier bestimmender Einwirkung. Die Staatsregierung hat sowohl für die direkt vom Staate zu lösenden materiellen Aufgaben den Moment zu bestimmen, als auch es in der Hand, die Privatindustrie sowohl durch umfassende, von einem hohen allgemeinen Standpunkte aus bewirkte Ermittlungen über die Bedürfnisse der jeweiligen Gegenwart aufzuklären, durch Vorstudien die Wege zur Ausführung zu ebnen, und bei der Konzession der Aktiengesellschaften sowohl auf den Moment des Inslebentretens wie auf die Modalitäten der Lösung der gestellten Aufgabe hinzuwirken.

So wenig wir geneigt sind, der direkten Verwaltung industrieller Etablissements, wie Eisenbahnen, Bergwerke, Salinen, durch den Staat (wie segensreich derselbe auch in der Vergangenheit gewirkt haben mag) in der Gegenwart generell noch das Wort zu reden, so fruchtbar scheint uns die Initiative des Staates, wenn sie zu Vorstudien für die den Staatszwecken am besten dienenden Eisenbahnlinien, wenn sie zur Erschürfung der Schätze des Bodens, zur Projektierung und Anlage von Kanälen usw. ergriffen wird. Dadurch, daß die Staatsregierung selbst umfassende, ihren Zwecken entsprechende Projekte ausarbeiten läßt, setzt sie sich in die Lage, den Moment, industrielle Gesellschaften zur Ausführung dieser Projekte ins Leben treten zu lassen, beliebig zu bestimmen und so der Börse successive und in dem ihr geeignet erscheinenden Maße das Material für die im Frieden sich stets neu ansammelnden Kapitalien zuzuführen, und von ihrem Standpunkte aus mit Nachdruck auf die industrielle und finanzielle Bewegung der Nation anregend oder temperierend zu wirken.

Da wir für Preußen in naher Zukunft die Lösung große Geldmittel fordernder Aufgaben, vor allem die Schöpfung einer Achtung einflößenden, für die industrielle wie für die politische Entwicklung der Nation gleich unentbehrlichen Marine in Ost- und Nordsee in Aussicht nehmen zu sollen glauben, so müssen wir es an dieser Stelle als ein bedeutendes Erschwernis großer finanzieller Operationen bezeichnen, daß die preußischen Staatspapiere, außer in Berlin und in geringem Maße in Hamburg und Frankfurt, an keiner der bedeutenden und tonangebenden Effektenbörsen des Auslandes, Amsterdam, Antwerpen, Brüssel, London oder Paris, regelmäßigen Kurs und Umsatz haben.

Bei der rapiden industriellen Entwicklung des Landes wird Preußen zur Lösung seiner nationalen Aufgabe mindestens vorübergehend darauf hingewiesen sein, die Finanzkräfte des Auslandes neben denen des Inlandes in Anspruch zu nehmen. Vor allen erscheinen uns die holländischen und belgischen Börsenplätze zur Aufnahme preußischer Fonds vorzugsweise geeignet, und der politischen Lage Europas dürfte es in hohem Maße entsprechen, wenn dieselben veranlaßt würden, statt ihre Fonds fortan wie bisher vorzugsweise Österreich zuzuwenden, sich in preußischen Staatspapieren zu interessieren. Bei der trefflichen Finanzlage Preußens und der zweifellosen Solidität der preußischen Papiere halten wir uns überzeugt, daß Holland und Belgien große Summen derselben aufnehmen werden, sobald Preußen den Verkehr in seinen Papieren dadurch erleichtert und dieselben den Kapitalisten zugänglich macht, daß die Zinskupons an einem holländischen und belgischen Börsenplatze zu festem Kurse zahlbar gestellt werden.

Die Fixierung des Kurses wird kein Bedenken haben, sobald diejenigen Stücke, für welche die Erhebung der Zinsen im Auslande gefordert wird, mit einem besonderen Stempel versehen und die betreffenden Erklärungen des Inhabers mindestens drei Monate vor Verfall des nächsten Kupons erfordert werden. Durch diese Abstempelung wird noch zugleich der Zweck erreicht, daß die Stücke vorzugsweise für den Börsenverkehr desjenigen Landes, in welchem die Zinsenerhebung stattfinden soll, fixiert werden. Die früher vielseitig vorhandene Furcht, daß Staatspapiere in Momenten der Krise zu der Börse des Landes, welches sie ausgegeben, en masse zurückströmen und dadurch die Krise wesentlich verschlimmern, ist durch zahlreiche Erfahrungen und namentlich noch durch die Erfahrung, welche die letzten Monate bezüglich der großen Summen in den Händen ausländischer Kapitalisten befindlicher österreichischer Papiere geliefert haben, widerlegt. —

Die Banknotenfrage hat im Jahre 1858 keine Schritte ihrer Lösung entgegen gemacht; die Zirkulation der Noten der preußischen Bank ist successive und namentlich im laufenden Jahre stark gestiegen, während die Zirkulation sowohl der preußischen Privatbanken als auch die der Privatbanken der übrigen deutschen Staaten sehr gesunken ist. Dieser Tatsache gegenüber bleibt dennoch das Bedürfnis der Regulierung der Notenemission, sowohl für Preußen als für die Zollvereinsstaaten, fortbestehen. Die preußischen Privatbanken haben sich wiederholt an die Staatsregierung gewandt mit der Bitte, ihnen solche Modalitäten der Emission zu gewähren, welche es ihnen ermöglichen, das Notenquantum, zu dessen Emission sie berechtigt sind, fortdauernd ohne zu große Opfer in Kurs zu halten.

Die Staatsregierung hat unserer Auffassung nach das Recht und die Pflicht, das Privilegium der Notenemission nur da zu erteilen, wo neben möglichster Sicherheit dem industriellen und allgemeinen Verkehr von Geldinstituten Dienste geleistet werden, welche demselben ohne die Stütze der Notenemission gar nicht oder nur ausnahmsweise und unter eigentümlichen Verhältnissen geboten werden können. Die preußische Hauptbank, welche sich der umfassendsten Privilegien erfreut, leistet solche Dienste durch gleichmäßige niedrige Regulierung des Diskontos und des Lombardes und dadurch, daß sie mittels ihrer zahlreichen Kontore und Agenturen den Inkasso und Geldumlauf an allen Hauptplätzen des Landes in billigster und bequemster Weise vermittelt. Wir erkennen mit Vergnügen an, daß die königliche Hauptbank sowohl in der Handelskrise des Jahres 1857 wie in der eben überstandenen politischen Krise dem Lande die wesentlichsten Dienste mit Umsicht und Liberalität geleistet und sowohl allzu große Angst wie früher wohl vorgekommene plötzliche Kreditbeschränkungen glücklich vermieden hat. Dennoch kann die Hauptbank allein dem Bedürfnisse des Landes nicht genügen. Für einen gewissen Teil des Wechselverkehrs, sowie für die Belehnung industrieller Papiere können die kreierten Privatbanken eine gedeihlichere Wirksamkeit entfalten, als das Hauptgeldinstitut des Landes, weil sie den Personen und Sachen näher stehen und in vielen Fällen selbst da noch Kredit gewähren können, wo die Kreditgewährung der Hauptbank durch statutarisch vorgeschriebene Formen oder durch nicht zu erlangende Detailkenntnis unmöglich oder zu riskant ist.

Auf die Dienste, welche die Privatbanken in dieser Richtung dem Verkehr leisten, stützen dieselben unseres Erachtens mit Recht den Anspruch, daß ihnen solche Modalitäten der Emission gestattet werden, die es erlauben, das Notenquantum, zu dessen Emission sie berechtigt sind, dauernd in Kurs zu halten. Bei der engen, der Emission der Privatbanken gezogenen Grenze kann es unseres Erachtens keinem Bedenken unterliegen, denselben die Emission von Abschnitten von 10 Thlr. für die ganze zu emittierende Summe zu gestatten und zu verfügen, daß die königliche Hauptbank diejenigen Noten der Privatbanken, welche bei derselben einlaufen, in regulären Perioden wieder in Kurs setze, ohne dieselben zur Einlösung zu präsentieren. Für Perioden der Krise mag ein anderes Verfahren eintreten und, innerhalb der vom Standpunkte des Staates als notwendig oder zweckmäßig erkannten Grenze, durch Einwechselung der Noten successive auf eine vorübergehende Verminderung der Zirkulation der Privatbanknoten hingewirkt werden. Wird eine Beschränkung der Zirkulation der Privatbanknoten bei längerer Dauer von Krisen in

Aussicht genommen, so ist damit selbstredend in höherem Grade geboten, die Tätigkeit des Zentralgeldinstituts so zu normieren, daß dasselbe für Fälle der Krisen einer raschen und bedeutenden Expansion fähig ist. Das Bedürfnis einer vorübergehenden Expansion der Kreditgewährung hat in jüngster Zeit die zahlreichen Anträge auf Wiederherstellung der Darlehnskassen hervorgerufen.*) Da die Staatsregierung diese Wiederherstellung aus überwiegenden Gründen abgelehnt hat und demnach voraussichtlich auch bei Wiederkehr kritischer Perioden ablehnen dürfte, so erlauben wir uns, einen anderen Weg zu bezeichnen, auf welchem dem Bedürfnis ohne Emission neuen Staatspapiergeldes genügt werden kann ..... —

Wie Modifikationen der zurzeit bestehenden Modalitäten der Notenemission der preußischen Privatbanken im öffentlichen Interesse geboten erscheinen, um dieselben zu befähigen, diejenigen Dienste dem Verkehr zu leisten, wofür sie kreiert worden sind, so erscheint uns eine Vereinbarung über gegenseitig freie Zirkulation der Noten der unter Staatsautorität kreierten Zettelbanken innerhalb des deutschen Zollvereins als ein unverkennbares Bedürfnis, wenn nicht auf dem Gebiete der Geldzirkulation Schranken aufrechterhalten werden sollen, welche auf anderen Gebieten des Verkehrs durch die Zollvereinsverträge überwunden sind. Wird die freie Zirkulation an die Bedingung der Errichtung von Einlösungskassen in Berlin geknüpft, die das Königreich Sachsen in Leipzig mit Erfolg erprobt hat, so wird weder die Zirkulation der fremden Noten die Zirkulation der preußischen beeinträchtigen, noch würden voraussichtlich aus der freien Zirkulation Gefahren irgend einer Art hervorgehen können. Der heutige Zustand der Dinge, wonach die Zirkulation preußischer Noten in Bayern und anderen Staaten, und die Zirkulation der Noten der Zollvereinsstaaten in Preußen von Verboten betroffen sind, steht in zu schroffem Widerspruch mit dem Geiste des Zollvereins und mit der der preußischen Politik an höchster Stelle gestellten Aufgabe, in Deutschland friedliche, moralische Eroberungen durch Leistung von Diensten und Herbeiführung gesunder Einrichtungen auf dem Gebiete des geistigen und materiellen Lebens zu machen, als daß derselbe zu einer Zeit fortbestehen sollte, wo die Einigung der deutschen Bundeslande mehr denn je nottut. Die deutschen Zettelbanken haben durch ihre Haltung inmitten zweier schweren Krisen den Beweis geliefert, daß sie unter der Leitung solider Verwaltungen allen an sie gemachten Anforderungen ohne Schwierigkeit gerecht werden konnten. Die Erfahrungen der letzten Jahre und eine längere Existenz überhaupt werden die soliden Grundsätze, welchen mit wenigen Ausnahmen

*) Vgl. dazu oben S. 540 ff.

die Leiter deutscher Geldinstitute huldigen, noch stärken, und den in der wechselnden Lage des europäischen Geldmarktes gegebenen verborgenen Gefahren mit Geschick und rechtzeitig auszuweichen lehren. Erwägt man die Tatsache, daß in Deutschland die voraufgegangene langjährige künstliche Hemmung der Banktätigkeit in der Periode der überspannten Spekulation 1854 bis 1856 eine wahre Sturmflut neuer Schöpfungen auf dem Gebiete des Bankwesens gleichzeitig emporgetrieben hat, und daß die leitenden Kräfte für alle neugegründeten Institute erst durch längere Erfahrung zur Lösung ihrer Aufgabe befähigt werden können, so darf man mit Befriedigung auf die unter solchen Umständen erreichten Resultate hinblicken. Werden auch manche der neuen Schöpfungen durch die Ungunst modifizierter Verhältnisse oder infolge ungenügender Leitung wieder verschwinden, so bleiben doch Anhaltspunkte genug übrig zu successivem kräftigem Fortschreiten auf der betretenen Bahn.

In unserer Stadt hat der A. Schaaffhausensche Bankverein seinen Grundsatz, der soliden Industrie den gewährten Kredit im Momente der Krise zu belassen, ja zu steigern, und dadurch ohne Opfer über schwierige Momente hinwegzuhelfen, ungeschwächt auch in den letzten Monaten aufrecht erhalten können, und wir müssen die Wirksamkeit dieses und ähnlicher Institute, die dem regelmäßigen Bankverkehr die sichere Unterlage der in ihren Mitteln und Zwecken stetigen Korporation bieten, als eine die industrielle Entwicklung in hohem Maße fördernde bezeichnen. Wir hoffen daher auch, daß die Staatsregierung den Beschlüssen der Aktionäre jenes Vereins, welche eine Ausdehnung der demselben zu Gebote stehenden Mittel bezwecken, ihre Zustimmung um so weniger versagen werde, als die rasch emporgeblühte Industrie der Rheinlande und Westfalens, namentlich in der Gegenwart, weit umfassendere Kredite als früher bedarf.

Schon in früheren Jahresberichten haben wir für die Rheinlande das bestehende dringende Bedürfnis einer Hypothekenbank hervorgehoben. Die Errichtung eines solchen Instituts würde den Darleihern eine größere Sicherheit, den Anleihern eine sehr wesentliche Ersparung an Kosten gewähren, und verbunden mit obligatorischer Transskription für die Rechtsgültigkeit jeden Wechsels im Grundbesitze diesem Besitze, dem Fundamente aller volkswirtschaftlichen Entwicklung, jene Sicherheit geben, die derselbe heute durch die Mängel der bestehenden Hypothekenverfassung und durch die nicht obligatorische Transskription des Besitzwechsels sehr entbehrt.

Nachdem in den östlichen Provinzen seit fast einem Jahrhundert die landschaftlichen Hypothekenkreditinstitute so segensreich wirken, sollte unseres

Erachtens auch die Rheinprovinz der Wohltat derselben teilhaftig werden. Die abweichenden Modalitäten der Organisation einer Hypothekenbank, welche die große Zersplitterung des Grundbesitzes im Rheinlande fordert, haben wir in unseren früheren Berichten bezeichnet, sowie auf die Notwendigkeit hingewiesen, durch Gewährung einer beschränkten Notenemission das Kapital dem an sich nicht sehr rentablen Unternehmen zuzuwenden. —

Die Silberfrage für Indien und China hat wieder Verhältnisse angenommen, welche in der regelmäßigen, Europa zuströmenden Silberproduktion ihre Befriedigung finden können, ohne den noch kursierenden Silberschatz der europäischen Staaten zu sehr anzugreifen. Für alle Staaten, welche die Goldwährung eingeführt haben, dauert jedoch die Ablösung des zirkulierenden Silbers durch Gold noch ununterbrochen fort. Der Einfluß der noch jährlich steigenden Goldproduktion auf den relativen Wert der beiden Metalle wird erst dann sichtbarer hervortreten können, wenn die Ablösung des Silbers in den Ländern, welche in neuester Zeit zur Goldvaluta übergegangen sind, ihr Ende erreicht haben wird. Die gemäß der neuen Münzkonvention im Zollverein als Handelsmünze auszuprägende Goldkrone hat bis jetzt weder im Inlande noch im Auslande sich Eingang zu verschaffen vermocht. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die seit Geltung des neuen Münzvertrages verflossene Zeit zu kurz ist, um über die Angemessenheit und Einführbarkeit dieser Goldmünze ein definitives Urteil zu fällen, so ist doch die bisherige Erfahrung nur geeignet, uns in der früher wiederholt ausgesprochenen Ansicht zu bestärken, daß der Zollverein, wenn er das Gold als bequemstes Zahlmittel für das Ausland zur Unterstützung der Silberzirkulation, und namentlich behufs leichterer Beschaffung ausreichender Geldzirkulation in Momenten der Krise dem Silber zur Seite, zu einer gewissen Geltung bringen will, dann eine an Gehalt einer der beiden weitverbreiteten Goldmünzen, dem Sovereign oder dem 20-Franksstücke, gleiche Krone ausprägen und dieser durch internationalen Vertrag Kurs zum vollen Werte in England oder Frankreich sichern muß. Auch dürfte sich eine monatliche Fixierung des Wertes der Goldhandelsmünze, statt der im Münzvertrage vorgesehenen sechsmonatlichen, empfehlen.

Eisenbahnen. Das Jahr 1858 brachte dem Rheinlande die Eröffnung der Strecke der Rheinischen Eisenbahn von Rolandseck nach Koblenz, der Strecke der Saarbrücken-Trierer Staatsbahn von Saarbrücken nach Merzig, und der Strecke der Nahe-Bahn von' Bingen nach Kreuznach. Mit Anfang des laufenden Jahres wurde die Strecke der Köln-Gießener Bahn von Köln nach Hennef und die Strecke der Ruhr-Sieg-Bahn von

Hagen nach Letmathe dem Betriebe übergeben. Die Arbeiten auf den übrigen der Rheinischen und Köln-Mindener, sowie der Bergisch-Märkischen, der Nahe- und der Saarbrücken-Trierer Eisenbahn konzessionierten Strecken, sowie der Bau der stehenden Rheinbrücke bei Köln wurden rüstig fortbetrieben und in bezug auf letztere ein Staatsvertrag mit den Rheinuferstaaten abgeschlossen.

Im laufenden Jahre erhoffen wir die Vollendung der Rheinbrücke und der Verbindungsbahn durch Köln, der Rheinbahn von Koblenz nach Bingen, resp. Mainz, sowie die Eröffnung der Nahe-Bahn und der Bahn von Merzig nach Trier, neben der Eröffnung einer weiteren Strecke der Köln-Gießener Bahn.

Die für die volkswirtschaftlichen Interessen in allen Beziehungen so bedenklichen Folgen, welche an eine auch nur vorübergehende Einstellung der Eisenbahnbauten sich knüpfen, haben wir uns erlaubt, in einer besonderen Eingabe näher zu entwickeln.*) Die Eisenbahnbauten sind ein so notwendiges und unumgängliches Glied in der Kette der produktiven Kräfte der Gegenwart geworden, daß ihre Sistierung in weiteren Kreisen aufs tiefste empfunden wird und die industrielle Produktion gerade in den Zweigen lähmt, in welchen Aufrechterhaltung und Förderung derselben aufs dringendste im staatlichen Interesse geboten erscheint. Die politische Lage des Augenblicks macht es den großen Eisenbahngesellschaften vorübergehend sehr schwer, ja fast unmöglich, sich die zum Fortbau erforderlichen Fonds zu beschaffen. Unter diesen Umständen scheint es uns so geboten wie ohne alle Opfer von seiten des Staates ausführbar, daß die Geldinstitute des Staates so lange mit Vorschüssen auf die noch unbegebenen und zurzeit nicht ohne schwere Opfer zu begebenden Prioritätsobligationen ins Mittel treten, bis die Lage des Geldmarktes wieder eine normale, das Placement solider Papiere wieder möglich geworden sein wird.

Für die volks- und staatswirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart stehen die Eisenbahnen den Chausseen mindestens gleichberechtigt zur Seite, und eine Stockung der Eisenbahnbauten hat eine Stockung der zahlreichen, dem Eisenbahnbau und -betriebe dienenden Industriezweige im bedenklichen Gefolge. Die Ereignisse der letzten Monate haben die Bedeutung der Eisenbahnen in militärischer Beziehung in ein so helles Licht gestellt, daß dieselben gewiß in Zukunft unter den Mitteln der Staatsverteidigung eine hervorragende Stelle einnehmen werden.

Die Rheinlande bedürfen, außer den im Bau begriffenen oder doch konzessionierten Strecken, zur Ergänzung des rheinischen Bahnnetzes noch

---

*) Am 27. Mai 1859, vgl. oben Nr. 6 S. 537 ff.

des Ausbaues einer direkten Bahn von Köln nach Elberfeld und einer Bahn von Köln durch die Eifel nach Trier mit Abzweigung nach Koblenz.

Je weiter die Maschen des Netzes der Bergisch-Märkischen Bahn auf dem rechten Rheinufer sich strecken, um so notwendiger und unaufschiebbarer erscheint für dieses zweigreiche Bahnsystem die Ausführung der kurzen Linie von Elberfeld nach Köln, welche jenes System mit der Haupthandelsstadt des Rheines und mit dem Knotenpunkt des linksrheinischen Bahnnetzes in direkteste Verbindung bringt. Die Bedeutung dieser Verbindung wird gewaltig wachsen durch die gegen Schluß dieses Jahres in Aussicht zu nehmende endliche Herstellung des Schienenanschlusses der linksrheinischen an die süddeutschen Bahnen. Wir erlauben uns noch, auf das große Interesse hinzuweisen, welches auch für die Westfälische Staatsbahn sich an die Herstellung der Bahn von Elberfeld nach Köln knüpft. Die Ausführung dieser Linie schafft neben der Richtung über Minden, Hannover, Braunschweig eine zweite ganz selbständige und kürzere Linie von Köln nach Berlin und nach Leipzig, und wird voraussichtlich die bis jetzt unproduktive Westfälische Staatsbahn zu einer rentabeln Anlage machen. Wiederholt geben wir dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß die Bergisch-Märkische Eisenbahn nach hergestelltem Frieden und wieder normal gewordenem Geldmarkte unverweilt die Herstellung der Bahn von Elberfeld nach Köln in die Hand nehmen möge.

Schon in unserem vorjährigen Berichte haben wir die gerechten Ansprüche hervorgehoben, welche der Rheinprovinz für eine Zinsengarantie der Eifelbahn durch den Staat zur Seite stehen. Inzwischen dürfte die große Bedeutung der zu erbauenden Eifelbahn vom militärischen Standpunkte aus mehr in den Vordergrund getreten sein und zu der Hoffnung berechtigen, daß die vereinigten militärischen und volkswirtschaftlichen Interessen die Lücke im Verkehrssystem des linken Rheinufers recht bald zur Ausfüllung bringen werden.

In der letzten Session der Kammern ist der Antrag eingebracht worden, eine Moseltal-Bahn von Trier nach Koblenz, statt der seit längerer Zeit projektierten Eifelbahn, zur Ausführung zu bringen. Wir haben gegen dieses Projekt in einem von uns erforderten Gutachten die großen Vorzüge geltend gemacht, welche in volkswirtschaftlicher und militärischer Beziehung einer direkten Eifelbahn zur Seite stehen. Wir fassen diese Vorzüge kurz dahin zusammen, daß eine Moseltal-Bahn von Koblenz nach Trier bei einer Länge von etwa 23 Meilen etwa 20 Millionen Taler kosten und bei dem zur Seite fließenden Strome, bei mangelndem Mineralreichtume im Bahngebiete und bei dem Umstande, daß dieselbe kein Glied einer großen internationalen Verbindung bildet, weder Aussicht auf einen

bedeutenden Personen-, noch auf einen bedeutenden Güterverkehr haben würde, während sie einen anderen Zweck, die kürzeste Verbindung der Hauptstadt mit dem entferntesten Teile der Rheinlande herzustellen, nicht erfüllt.

Eine Bahn von Köln nach Trier, etwa 25 Meilen lang, mit einer Zweigbahn von einem Punkte dieser Bahn in der Nähe von Stadtkyll aus nach Koblenz (von etwa 12 Meilen Länge) würde voraussichtlich für die 37 Meilen keinen höheren Kostenaufwand erfordern, als eine Moseltal-Bahn für 23 Meilen. Diese Bahn würde dagegen die erzreiche Eifel aufschließen, für Köln die direkteste und für Koblenz eine um höchstens zwei Meilen längere Schienenverbindung mit Trier herstellen und die jetzige Eisenbahnentfernung zwischen Köln (ganz Norddeutschland und Holland) und Marseille um mehr als vierzig Meilen abkürzen, somit ein Hauptglied eines großen internationalen Bahnzuges bilden. Diese Bahn würde die bisher von dem Kommunikationsmittel der Neuzeit fast ganz entblößten Binnenlande des linken Rheinufers von Köln aufwärts, in ungefähr gleicher Entfernung vom Rheine und von der Landesgrenze, in langer Ausdehnung durchschneiden, und so diesem ganzen, heute von der Außenwelt fast abgeschlossenen Binnenlande reiche Quellen des Verkehrs und der industriellen Tätigkeit eröffnen.

Die hohe Staatsregierung dürfte um so mehr Veranlassung haben, einer Eifelbahn die Garantie des Staates mit Vorliebe zuzuwenden, als nur die Eifelgegend auf dem linken Rheinufer bisher den Segen der preußischen Herrschaft noch nicht durch eine rasche Steigerung ihrer materiellen Wohlfahrt empfunden hat. Die politischen Motive, die dafür sprechen, die Landgrenzdistrikte, welche fast überall durch diese ihre Eigenschaft als Grenzdistrikte mehr oder minder in ihrem Verkehrsleben beeinträchtigt sind, durch bequeme Kommunikationen mit dem Inlande in möglichst nahe und vielfache Berührung zu bringen, glauben wir hier nicht weiter ausführen zu sollen.

Die Frage, inwiefern es nicht angemessener wäre, statt der konzessionierten Düren-Schleidener Bahn sofort die Ausführung der ganzen Eifelbahn von Köln nach Trier ins Auge zu fassen, wird schon nach dem Vorgesagten dahin beantwortet werden müssen, daß der ganzen durchgehenden Linie eine große internationale und militärische Bedeutung und die begründete Aussicht auf eine großartige Verkehrsentwicklung zur Seite steht, während eine Bahn von Düren nach Schleiden lediglich der metallurgischen Industrie der Eifel dienen würde. Die Tatsache, daß die Fettkohlen des Indereviers nur in beschränkter Quantität bis jetzt gefördert werden können, und daß dieselben in der Nähe der Förderpunkte in normalen

Perioden einen vollkommen ausreichenden Konsum finden, ja, daß dieselben zeitweilig selbst zur Deckung dieses Konsums nicht ausreichen, hat die Hauptinteressenten der metallurgischen Industrie in der Eifel veranlaßt, einer Bahn von Köln nach Commern, Call und Trier vor einer Bahn von Düren nach Schleiden entschieden den Vorzug zu geben, da die Bahn von Köln aus der Eifel das ganze, an Kohlenlagern unerschöpfliche Becken der Ruhr aufschließt und außerdem für den Versand der Produkte der metallurgischen Industrie die Rheinstraße bedeutend näher rückt, als dies bei einer Bahn von Düren aus der Fall sein würde.

Würde nach ausgeführter Bahn von Düren nach Schleiden auch noch eine Bahn von Commern nach Köln hergestellt, wie dies im Interesse der Industrie der Eifel gewiß aufs dringendste begehrt und schwerlich beharrlich verweigert werden würde, so würde sowohl die finanzielle Existenz der Düren-Schleidener Bahn wie die der Bahn von Köln nach Commern in gleich hohem Maße gefährdet, und vom Standpunkte des Staates aus wäre dann höchst wahrscheinlich abermals eine volks- und staatswirtschaftlich unproduktive und zwecklose Aufwendung eines bedeutenden Kapitals zu beklagen.

Aus denselben Motiven, aus denen wir uns seinerzeit gegen die Anlage einer Bahn von Aachen nach Mastricht als absolut unproduktiv ausgesprochen haben, müssen wir heute uns gegen die Ausführung einer Bahn von Düren nach Schleiden erklären, weil dieselbe vorwiegend berechtigten Interessen hemmend in den Weg treten würde.

Da selbst bei Verlängerung der Düren-Schleidener Bahn bis zur Aachen-Düsseldorfer bei Baal die Entfernung von Commern nach Gladbach und dem Niederrheine nicht kürzer sein würde, als die Entfernung über Köln, ja für Krefeld und alle über Krefeld hinaus gelegenen Teile des linken Rheinufers noch bedeutend länger, so glauben wir es befürworten zu müssen, daß die Staatsregierung die Rheinische Bahn von der Verpflichtung, eine Bahn von Düren nach Schleiden zu bauen, entbinden und derselben Gesellschaft, unter Garantie für die Zinsen des Anlagekapitals, den Bau einer Bahn von Köln durch die Eifel nach Trier übertragen wolle.

Zu unserem lebhaften Bedauern dauert die unnatürliche Verbindung des Betriebes der Köln-Krefelder Bahn mit dem Betriebe der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Bahn noch immer fort, und lähmt dadurch aufs empfindlichste die Entwicklung der Beziehungen zwischen Neuß, Krefeld und Köln. Wird diese Lähmung schon jetzt von den Einwohnern der betreffenden Städte schmerzlich empfunden, so wird dieselbe noch weit unangenehmer werden, sobald nach Herstellung des Zentralbahnhofes in

Köln das Ablassen der Köln-Krefelder Züge von diesem Bahnhofe aus ermöglicht sein wird, unter der Voraussetzung, daß der Betrieb der Köln-Krefelder Bahn mit der Rheinischen verschmolzen werde. Gegen die Mitbenutzung ihres Bahnhofes durch eine selbständige Köln-Krefelder Verwaltung hat die Rheinische Eisenbahn im Interesse eines sicheren und geregelten Betriebes sich verwahrt, und diese Gesellschaft (im Widerspruch mit der eigenen Überzeugung derselben von der Unzulässigkeit der Mitbenutzung) von Oberaufsichts wegen dazu anzuhalten, der Köln-Krefelder die Mitbenutzung des Zentralbahnhofs zu gestatten, dürfte ebensowenig der Billigkeit entsprechen als praktisch zum Ziele führen, da die Köln-Krefelder Gesellschaft schwerlich in der Lage sein dürfte, die bedeutende Entschädigung, welche für diese Mitbenutzung gefordert werden würde, zu gewähren.

Da der Statutnachtrag der Rheinischen Eisenbahngesellschaft die Vereinigung des Köln-Krefelder Unternehmens mit dem Rheinischen vorsieht, da die Aktionäre der Köln-Krefelder Eisenbahn diese Vereinigung in ihrem wohlverstandenen Interesse dringend wünschen, da diese Vereinigung ebenso sehr im öffentlichen Interesse, wie im Interesse der beteiligten Aktionäre geboten erscheint, so erlauben wir uns, Ew. Exzellenz*) gehorsamst zu bitten, die Beseitigung der Hindernisse, welche der betreffenden Verschmelzung etwa noch im Wege stehen, veranlassen zu wollen.

Die gewichtigen Interessen, welche für die Rheinlande an die ungehemmte Vollendung der Rhein-Nahebahn sich knüpfen, sowie die fatale Rückwirkung auf die Haltung der rheinischen Industrie, welche die Einstellung der Arbeiten an der Nahebahn und die Stundung der Regulierung der für die Nahebahn gemachten Lieferungen und Leistungen im Gefolge gehabt hat, haben wir in einer besonderen Eingabe Ew. Excellenz vorzutragen die Ehre gehabt. Es gereicht uns zur lebhaften Befriedigung, daß dem Vernehmen nach die unterbrochenen Arbeiten an der Nahebahn wieder aufgenommen und ihrer Vollendung schleunigst entgegengeführt werden sollen. Zum Schlusse unserer Bemerkungen über das Eisenbahnwesen haben wir noch der bereits einige Jahre hindurch fortdauernden Wahrnehmung zu gedenken, daß in Preußen und in Deutschland überhaupt sich die Eisenbahnunternehmungen nicht mehr der früheren Vorliebe der Kapitalisten erfreuen, daß neue Aktiengesellschaften für Eisenbahnunternehmungen gar nicht ins Leben gerufen werden, und daß selbst die sichersten Prioritätsobligationen der älteren Unternehmungen nur schwer, und gegen frühere Jahre nur zu wesentlich niedrigeren Kursen, an der Börse placiert werden können.

*) Der Bericht ist an den Handelsminister v. d. Heydt gerichtet.

Die Schwierigkeit, neue Unternehmungen zu begründen, mag zunächst darin basieren, daß die großen lohnendsten Verkehrslinien fast überall hergestellt sind, und daß die fortschreitende Entwicklung des Eisenbahnnetzes jetzt die Inangriffnahme von Linien von relativ untergeordneter Bedeutung fordert. Indessen reicht dieser Umstand allein nicht völlig aus zur Erklärung der Abneigung der Kapitalisten. Diese ist, wie wir glauben, wesentlich dadurch mit hervorgerufen, daß von seiten der Staatsregierung den finanziellen Interessen der Eisenbahngesellschaften nicht überall diejenige Berücksichtigung zuteil geworden, welche dieselben als gemeinnützige Anstalten im eminentesten Sinne des Wortes anzusprechen berechtigt erscheinen. Vor allem hat die prinzipiell so höchst bedenkliche progressive Steuer vom Reinertrage der Eisenbahnen das Vertrauen der Kapitalisten in diese Geldanlage erschüttert. Sodann sind namentlich dadurch, daß die Privateisenbahnen zum großen Teil in die Verwaltung des Staates übergegangen sind, hin und wieder kollidierende Interessen entstanden, von welchen eine Gefährdung der Rentabilität der Privateisenbahnen befürchtet wird. Wir glauben grundsätzlich befürworten zu sollen, daß die Verwaltung der Eisenbahnen lediglich der Privatindustrie überlassen werde. Fast alle Staaten, welche vorübergehend dem Systeme der Verwaltung durch den Staat huldigten, sind von diesem Systeme zurückgekommen und haben die Überzeugung gewonnen, daß eine staatliche Verwaltung durch den notwendig weitläufigen Formalismus derselben weniger als die Privatindustrie zum Betriebe der Eisenbahnen geeignet sei.

Die Bedenken, ob Eisenbahnen unter Privatverwaltung staatlichen Interessen in Kriegsfällen usw. die nötige Garantie im Betriebe bieten, sind durch die neuesten Erfahrungen Frankreichs wie Österreichs widerlegt. In beiden Staaten haben die Privatverwaltungen für den Transport großer Truppenmassen usw. gewiß alles geleistet, was nur von Staatsverwaltungen gefordert werden könnte.

Kanäle. In unseren früheren Jahresberichten haben wir die hohe Bedeutung der Herstellung eines Kanals zwischen Rhein, Weser, Elbe und Ostsee wiederholt zur Sprache gebracht und die Notwendigkeit dieser Anlage in nationalökonomischer Beziehung durch die fortschreitende Entwicklung der deutschen Industrie, und namentlich der schwere Massen transportierenden metallurgischen Industrie, motiviert.*) Die von Ew. Excellenz erklärte Bereitwilligkeit, die erforderlichen Vorarbeiten für die angeregte Kanalverbindung fertigen zu lassen, sofern sich eine begründete

*) Vgl. besonders den Jahresbericht der Handelskammer für 1857 S. 13.

Aussicht eröffnen lasse, daß das zur Ausführung erforderliche Kapital durch eine zu diesem Zwecke zu begründende Aktiengesellschaft aufgebracht werden könne, ist uns ein wertvoller Beleg dafür, daß Ew. Excellenz das hohe Interesse, welches die Ausbildung des deutschen Kanalsystems hat, gebührend würdigen und der Prüfung der Frage näher zu treten entschlossen sind. Zu unserem lebhaften Bedauern ist eine Zusicherung, daß Kapitalisten in Deutschland sich bereit finden werden, die Ausführung des großen Werkes in die Hand zu nehmen, zurzeit nicht möglich. Das Kapital wird bei Kanälen, wie bei anderen industriellen Anlagen, sich nur beteiligen, sofern mit hoher Wahrscheinlichkeit eine angemessene Rentabilität der Anlage in Aussicht genommen werden kann. Eine solche Aussicht aber kann für ein Kanalprojekt sich erst eröffnen, nachdem sowohl die Kosten der Anlage, wie der zu erwartende Verkehr möglichst genau ermittelt sein werden. Die Initiative zu den Vorarbeiten dürfte daher von der Eventualität der künftigen Kapitalbeschaffung unabhängig zu ergreifen sein, und wir erlauben uns, unseren desfallsigen vorigjährigen Antrag um so mehr zu erneuern, als die gegenwärtige Lage der Eisen- und Kohlenindustrie in Verbindung mit der Intention der Staatsregierung, die Eisenzölle successive zu ermäßigen, dringender als je auf die Herstellung der billigsten Kommunikationen hinweist.

In Frankreich und in Belgien ist die Herstellung von Kanälen größtenteils durch die Staatsregierung direkt oder unter Zinsengarantie derselben bewirkt worden, und diese Staaten, so wie andere, haben der Ausbildung ihres Kanalsystems sehr große Summen in der Vergangenheit und Gegenwart gewidmet. In Preußen ist seit Friedrich dem Großen die Kanalisation in den Hintergrund getreten. Soll das industrielle Preußen mit den Nachbarstaaten gleichen Schritt halten, so wird dasselbe vor allem in der Entwicklung der Kommunikationsmittel nicht hinter denselben zurückbleiben dürfen. Auch für das politische Preußen ist die Herstellung eines Kanals zwischen Rhein und Ostsee, behufs Entwicklung der deutschen Marine, von hoher Bedeutung.

Wie wenig die Eisenbahnen die Kanäle überflüssig machen, beweist gerade Belgien, das, trotz seines sehr ausgebildeten Eisenbahnnetzes, selbst in den neuesten Gesetzesvorlagen an die Kammern noch ansehnliche Erweiterungen der Kanalisation und die Verwendung namhafter Staatsmittel zu diesem Zwecke in Aussicht nimmt.

Telegraphie. Auf dem Gebiete der Telegraphie haben wir dankend die eingetretene Ermäßigung der Gebühren anzuerkennen. Wir glauben, daß der nunmehr eingetretenen noch eine weitere Ermäßigung, selbst ohne

alle Einbuße für den Fiskus, wird folgen können, da bei niedrigem Tarif der Gebrauch des Telegraphen rasch wächst und dieses neue Gedankenkommunikationsmittel sich um so rascher als ein notwendiges, bald unentbehrlich werdendes Glied im Leben der Gegenwart einbürgert. Wie sehr wir die Leistungen der preußischen Telegraphenverwaltung anerkennen, so hören wir doch nicht auf, unverrückt in der völligen Freigebung der Telegraphie das von der fortschreitenden menschlichen Entwicklung gebotene Ziel zu erblicken.

Solange die Kontinentalstaaten dem Grundsatze der Freiheit auf diesem Gebiete noch nicht huldigen zu dürfen glauben, bleibt eine rasche Vervollständigung und Vervielfältigung der telegraphischen Linien eine gerechte Anforderung, damit die Klagen über verspätetes Eintreffen der Depeschen und dadurch gänzliche Nutzlosigkeit der schönsten Erfindung der Neuzeit beseitigt werden.

Rhein-Oktroi und Reederei. Die linksrheinische Eisenbahn geht im laufenden Jahre ihrer Vollendung entgegen, und bald wird die ununterbrochene Schienenverbindung am Rheine, von seiner Mündung an bis zu seinen Quellen, hergestellt sein. Mit der Herstellung der Schienenverbindung wächst aber die Dringlichkeit, den Strom von den Lasten, die den Verkehr auf seinen Wogen hemmen, endlich zu befreien.

Die Aufhebung der Rheinzölle sowie der Durchfuhrzölle ist eine innig zusammenhängende, seit Jahren vollberechtigte Anforderung, sowohl der Stromanwohner als der gesamten Nation. Sollte das doppelte Ziel nicht anders zu erreichen sein, als durch eine auf dem Wege der Verhandlung möglichst niedrig zu bemessende Entschädigung derjenigen Rheinuferstaaten, welche bei geringen Leistungen für die Instandhaltung der Ufer bisher hohe Intraden aus dem Rheinzolle bezogen, so würden wir selbst diesem Modus, wie für den Sundzoll auch für den Rheinzoll, dringend das Wort reden. Deutschland darf nicht länger ruhig zusehen, wie seine schönsten Ströme veröden, wie der Verkehr von seinen natürlichen Wegen ab, künstlich nach französischen Seehäfen hinübergelenkt, dadurch indirekt die Entwicklung der französischen Marine gefördert, die der deutschen beschränkt wird.

Müssen bei den auf einem völkerrechtlichen Vertrage beruhenden Rheinzöllen Opfer gebracht werden, und muß sich der Zollverein bei Aufhebung der Durchfuhrzölle namhafte Opfer an Einnahmen auferlegen, so erscheint es uns billig, daß die blühenden deutschen Seestädte zu einer angemessenen Partizipation an diesen, wesentlich ihre Interessen fördernden Opfern herangezogen werden, wie wir denn auch für die Schöpfung einer

deutschen Flotte wesentlich mit auf die freudige, ihren reichen Mitteln entsprechende Opferwilligkeit dieser Emporien des deutschen Handels rechnen. Der völlig schutzlose Zustand der Seeküsten und der Mündungen der deutschen Flüsse hat gewiß bei der drohenden Kriegsgefahr der letzten Monate in den Seestädten die Überzeugung begründen müssen, daß kaum Opfer zu schwer sein werden, um die Sicherstellung des in einem halben Jahrhundert mit ausdauerndem deutschem Fleiße Errungenen zu begründen, und nicht bei ausbrechendem Kriege der Willkür eines seemächtigen Feindes schutzlos preisgegeben zu sein.

Der Anregung, dem deutschen Zollverein beizutreten, sind Hamburg wie Bremen und Lübeck bis jetzt nicht entgegen gekommen, sich auf die großen Vorteile, welche die Erhaltung eines freien internationalen Verkehrs in diesen Häfen auch für das deutsche Inland bietet, stützend. Bleibt ihre reiche Bevölkerung in dieser Weise von der indirekten Besteuerung, welche die Nation zum Schutze und zur Entwicklung ihrer Industrie trägt, befreit, so erscheint es desto mehr als Recht und Pflicht, daß die Städte in einem ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Maße zur Wegräumung der den deutschen Verkehr belastenden Schranken, zum Schutze der Küsten und zur Schöpfung einer, als Symbol wieder erstarkter deutscher Macht, die See durchfurchenden deutschen Kriegsflotte beitragen.

Die Handelskrise des Jahres 1857 wie die politische Krise der Gegenwart sind dem weiteren Aufschwunge der deutschen Reederei hemmend entgegengetreten. Dieselbe hat jedoch, soweit die Ungunst der allgemeinen Verhältnisse es gestattete, mit Fleiß und Ausdauer die Lösung ihrer Aufgabe angestrebt, und wir hoffen, daß der hergestellte Frieden bald eine Periode neuen Aufschwunges für diesen wichtigen Zweig der industriellen nationalen Tätigkeit herbeiführen werde.

In fast allen Großstaaten Europas, sowie in Nordamerika, sind die transatlantischen Dampfschiffahrten durch sehr bedeutende Subventionen von seiten der Regierungen unterstützt. Sollten Bremen und Hamburg den Beweis liefern, daß deutscher Fleiß und deutsche Sparsamkeit, selbst ohne Subvention, die Konkurrenz mit dem Auslande für den transatlantischen Transport zu bestehen vermögen, so werden ihre Anstrengungen dem Vaterlande zur höchsten Ehre und der deutschen maritimen Entwicklung zu großem Vorteile gereichen. Sollte aber, den großen Opfern des Auslandes gegenüber, es zur Aufrechthaltung der deutschen Konkurrenz sich geboten zeigen, auch deutscherseits subventionierend einzugreifen, so hoffen und vertrauen wir, daß das heute rüstig auf allen Gebieten dem Fortschritte entgegenstrebende Preußen die Initiative noch rechtzeitig er-

greifen und einer Stockung in der Entwicklung der deutschen transatlantischen Fahrten vorzubeugen bemüht sein werde.

Der deutsch-österreichische Postverein bietet für eine Subvention der transatlantischen Fahrten die bequemste Repartitionsbasis; und die vorzugsweise Benutzung deutscher Seedampfer für die Post, verbunden, wenn erforderlich, mit einem mäßigen Zuschlage zum Seeporto, würden zu einem Teile die für die Subvention erforderlichen Mittel in bequemer Weise gewähren können.

Neben möglichster Unterstützung der transatlantischen Fahrten ist die Entwicklung der deutschen Reederei zunächst auf den Ausbau des deutschen Kanalsystems, auf die kräftige Entfaltung der deutschen Kohlen- und Eisenproduktion angewiesen. Wir wollen dieser Punkte, denen wir an anderer Stelle nähertreten, hier nur gedenken, um auf die enge Zusammengehörigkeit und Verflechtung aller Glieder des materiellen Lebens hinzuweisen.

Mit ernstester Mahnung zur Vervollständigung und Kräftigung seiner Rüstungen zu Lande und zur See sind die letzten Monate an unser Vaterland, an das gesamte Deutschland herangetreten. Auch dem blödesten Auge ist es sichtbar geworden, wie sehr die politische Machtstellung die friedliche Entwicklung und den freien Fortschritt der Nation bedingt, und wie durch das widerstandslose Machtwort eines mit überlegenen Mitteln ausgerüsteten Herrschers die Früchte langjähriger Mühen an einem Tage in Frage gestellt, ja vernichtet werden können.

Unseres Erachtens ist der Schutz Deutschlands zur See die gewichtigste Aufgabe der Gegenwart. Schwer dürfte es sich an unserem Vaterlande rächen, wenn Deutschland in der Aneignung der für den Seekrieg in der Neuzeit so weit fortgeschrittenen Mittel noch länger zurückbleiben sollte. Wir glauben, daß die Industrie auf dem vorgeschrittenen Standpunkte, den sie erreicht, bei den großen Kapitalien, die sie gesammelt und fortschreitender produktiver Tätigkeit zu Gebote gestellt hat, fortan weit ängstlicher, als bisher, ihren Blick auf die auswärtigen deutschen Beziehungen werfen, daß sie sich erst dann beruhigt und zu neuen großartigen Anlagen im Inlande ermutigt finden wird, wenn sie die Überzeugung gewinnt, daß das deutsche Wehrsystem an der Hand der Erfahrung nach seinen beiden Richtungen zu Lande und zur See gleichmäßig ausgebildet wird, und daß es der gleich ernste Wille der Regierungen wie der Regierten ist, kein Opfer zu scheuen, um die deutsche Wehrkraft zu einer die volle Unabhängigkeit der Nation unter allen Umständen sichernden Stärke zu erheben.

Bisher sind stets nur sehr mäßige Mittel für die Begründung einer deutschen Seemacht als erforderlich in Aussicht genommen worden. Wir

vermögen diese Anschauung nicht zu teilen. Ein Blick auf diejenigen Summen, welche andere Seemächte der Seerüstung zuwenden, die Erwägung, daß Deutschland notwendig die Schöpfung einer Flotte zweiten Ranges anstreben muß, wenn die Flotte zur Erreichung politischer Ziele in Ost- und Nordsee befähigen und unter Umständen einen großen Teil der heute, schon bei bloßer Neutralität Rußlands, im Osten festgebannten Landmacht disponibel machen soll, begründet bei uns die Überzeugung, daß es sich um die Aufwendung ganz anderer, als der bisher in Aussicht genommenen Summen handeln wird, wenn das zu erreichende Ziel mit Nachdruck angestrebt und erreicht werden soll. Wie hoch wir aber auch die erforderlichen Mittel veranschlagen, wir leben der Überzeugung, daß die Nation die Fähigkeit und den Willen hat zu diesen Leistungen. Auch würden wir es für vollkommen gerechtfertigt halten, wenn die Aufbringung eines Teiles der erforderlichen Mittel in der Form der Staatsanleihe auf die Zukunft übertragen würde. Wir glauben mit Gewißheit annehmen zu dürfen, daß dem Gefühle gesteigerter nationaler Macht und erhöhter nationaler Sicherheit eine Steigerung aller schaffenden und erhaltenden Kräfte der Nation entspringen, und daß in kurzer Frist in einer wesentlichen Steigerung aller Staatseinnahmen der gesteigerte Wohlstand der Nation seinen Ausdruck finden werde.

Deutschland, und namentlich Preußen, sind jedoch, selbst wenn sie die Zukunft nicht durch eine Anleihe belasten wollen, auch ohne diese Beihilfe in der Lage, um mit freudigem Mute die Lösung der Aufgabe der Gegenwart anzustreben. Handelt es sich für Preußen um die Beschaffung der Geldmittel, so kann selbst ohne neue Anleihen und ohne eine erhebliche Anspannung der Steuerkräfte des Landes durch Veräußerung der jetzt im Besitze und in der Verwaltung des Staates befindlichen Bergwerke und Eisenbahnen ohne alle Schwierigkeit ein Kapital von mehr als 100 Millionen successive, je nach sich ergebendem Bedarf, flüssig gemacht werden. Der Staat würde die direkte Einnahme, welche er gegenwärtig aus diesem Besitze bezieht, sehr bald, bei dem durch den Verzicht des Staates auf den industriellen Betrieb in höherem Maße wachgerufenen Unternehmungsgeiste, in der erhöhten Konsumtions- und Steuerkraft seiner Bürger wiederfinden. (Es folgt ein eingehender Bericht über die Lage der verschiedenen Industrieen in Rheinland-Westfalen.)

1860—1866.

Zur politischen Bewegung in Italien und Deutschland.

a) Briefe über die italienische Einheitsbewegung im Frühjahr 1860.*)

1. 1860 Februar 19, Nizza. Die politische Situation ist im großen Ganzen so unklar und gespannt wie je, mahnt zu größter Vorsicht, erzwingt Inaktivität für kaufmännische Unternehmungen. 'Die grandiosen Anforderungen für den Militärstaat, der in seiner zu schroffen Entwicklung einen schließlichen inneren Konflikt mit dem in seiner Entwicklung fortschreitenden Industrie- und Rechtsstaat droht, werden Eisenbahnbauten und andere produktive Kapitalanlagen für eine Zeitlang notwendig in den Hintergrund drängen, wenn die Kammer auf den vom Ministerium acceptierten Weg eingeht. Bei dem großen Einfluß, den in diesem Augenblick die Persönlichkeit des Regenten auf die Kammerbeschlüsse hat (dessen eigenstes Ideal in der Militärvorlage Befriedigung findet), scheint mir eine Annahme der Regierungsproposition unter gewissen Vorbehalten sehr wahrscheinlich.' Er hofft, daß 'die diesmalige Militärvorlage zu einer verstärkten Aufmerksamkeit auf die Flotte führen wird'.

2. 1860 Februar 23, Nizza. Er hat an F. v. Diergardt soeben ein motiviertes Votum über die Militärvorlage mit der Bitte um Mitteilung an die alten politischen Freunde im Abgeordnetenhaus geschickt.**)

---

*) Die im folgenden auszugsweise wiedergegebenen Briefe Mevissens sind an verschiedene Glieder seiner Familie gerichtet.

**) Dieses Gutachten liegt nicht vor (vgl. dazu unten S. 584). Diergardt erwiderte ihm (Berlin 1860 März 7), er habe Abschrift dem Präsidenten der Militärkommission v. Vincke und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Simson sowie dem Abgeordneten Max Duncker gegeben. 'Simson hat zwar heute eine Rede in der Kommissionssitzung gehalten und sich für die Annahme der Vorlage ausgesprochen. Die Ansichten gehen aber noch sehr auseinander, namentlich wegen des Finanzpunktes. Der alte Finanzveteran Kühne bemerkte vor einigen Tagen in der Kommission, daß die 25% Zuschlag sich nur im

'Ich bin für zweijährige Dienstzeit, Ende der Reserve mit dem 27. statt 28. Jahr, Beseitigung jeder unnützen Übung (der vorgesehenen achttägigen) der Landwehr, für Einverleibung des Gardekorps in die reguläre Armee, für Offizierfähigkeit der Unteroffiziere, für Reengagement und für verbesserte finanzielle Stellung der Reengagierten, der Gefreiten und Unteroffiziere. Dieses mein Programm kostet etwa 6 Millionen Taler weniger, verstärkt noch sehr wesentlich die Kraft des Heeres gegen die Vorlage und läßt von der bisherigen großen Überlastung des industriellen Teiles der Nation noch als letztes Überbleibsel die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung bestehen. Die Berechtigung zur Stellvertretung muß bei dem entschiedenen Widerwillen dagegen in den östlichen Provinzen und auch aus anderen politischen Gründen einer weiteren Zukunft vorbehalten bleiben.'*)

3. 1860 Februar 24, Nizza. 'Wenn Preußen wirklich eine Note an Österreich erlassen hat, wonach es ein Überschreiten des Mincio als eine Kriegsfrage für sich erkennt, so ist die preußische Politik abermals auf der gefährlichsten Fährte und im Begriff, Land und Leute recht tief ins Elend zu rennen. Ich will hoffen, daß den Herren in Berlin doch etwas mehr Bewußtsein beiwohnt, daß sie keine zu selbständiger Entscheidung berufene Großmacht sind. Wie, wenn England damit einverstanden wäre, daß Venedig sich gegen Österreich auflehnt, und Italien sich seines letzten von der Fremdherrschaft noch okkupierten Landesteils tatkräftig annähme, vielleicht sogar unter Mitwirkung Frankreichs, sollen wir dann mit Österreich gegen Frankreich und Italien Krieg führen? Ist uns im vorigen Jahre zu einem solchen Eingreifen die Veranlassung nicht zwingend genug erschienen, so wäre heute eine Intervention bei der finanzieller Anstrengungen kaum fähigen Lage Österreichs und der bedeutend stärker gewordenen italienischen Volkskraft wahrhaft verrückt. Selbst wenn Rußland sich Preußen zugesellt, würden auch die drei Mächte aus einem solchen Kampfe gegen den Geist des Jahrhunderts aller Wahrscheinlichkeit nach mit Schimpf und Schande hervorgehen.

Kriegsfalle rechtfertigen ließen, und schien überhaupt wegen des Finanzpunktes besorgt zu sein. Ihre Ansicht in betreff der zweijährigen Dienstzeit wird vielfältig geteilt. Vom militärischen Standpunkte aus behauptet man aber, daß die drei- resp. vierjährige Dienstzeit durchaus notwendig sei, um eine tüchtige Armee zu bilden. Es ist schade, daß Sie in diesem wichtigen Augenblicke nicht hier sind.'

*) Diergardt war für Zulassung der Stellvertretung für die Reservezeit, also nach der Vollendung der Dienstpflicht im stehenden Heere.

Rußland kann sich zurzeit gar nicht aktiv an einem Kriege beteiligen. Die deutsche Begeisterung für österreichische Interessen in Italien ist vollkommen erloschen, und die Begeisterung für die deutschen Interessen am Mincio schwerlich wachzurufen. Diese Interessen liegen dem Verständnis des Volkes zu fern. In Österreich würde es bei neu ausbrechendem Kriege gewiß auch nicht an inneren Bewegungen in Ungarn usw. fehlen.'

4. 1860 März 2, Nizza. 'Napoleons Rede vom 1. März sichert für Frankreich eine sehr günstige Position. Gelingt es dem Kaiser, sich des Einverständnisses Englands zur Annexion eines Teils von Savoyen zu versichern, so werden die nordischen Mächte wohl oder übel gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Gelingt die Verständigung nicht, so drohen sehr ernstliche Verwicklungen, namentlich wenn im Lauf des Jahres ein Toryministerium ans Ruder kommen sollte.' Preußen muß sehr vorsichtig sein, nur dann aktiv vorgehen, wenn England sich zugleich ernstlich engagieren will.

5. 1860 März 5, Nizza. 'Meines Erachtens gibt es nur eine gedeihliche Lösung der italienischen Frage, dahin, daß England, Preußen und Rußland gemeinsam auf Österreich eindringen und es durch das Gewicht ihres vereinten Rates moralisch nötigen, Venedig mit Ausnahme von Verona, Peschiera und des Gardasees gegen eine starke Geldentschädigung an die zu bildende Großmacht Sardinien resp. Oberitalien abzutreten; das schafft aus Italien einen Freund Deutschlands und ein starkes Bollwerk gegen Frankreich.' Preußens Stelle wünschte M. an der Seite des trotz alles scheinbaren Tobens doch schließlich stets politisch klarsehenden und maßvollen England.

6. 1860 März 6, Nizza. 'Die Politik des Tages ist nicht rosenfarbig und droht mit schweren Gewitterwolken. Europa muß viel Glück haben, wenn der Blitz nicht einschlagen und zünden soll. Dennoch kann aus der heutigen Lage auch eine gesunde und gute Gestaltung der Dinge hervorgehen, wenn namentlich Preußen seine Aufgabe richtig begreift und sich endlich entschließt, in rechter Weise aktive Politik zu machen, statt wie heute die Revue des deux mondes sagt: „d'être le confident muet et inactif de la tragédie".

Preußen muß gegen Österreich für ein einiges Italien, für gänzliche Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes und für die Abtretung des Venetianischen gegen starke Geldentschädigung (mit Ausnahme von

Verona, Peschiera und dem Gardasee) in die Schranken treten. In diesem Falle ist es der aufrichtigen moralischen Mitwirkung Englands und der widerwilligen des kaiserlichen Frankreich gewiß und erreicht im Fluge ein großes, die Welt vor der heftigsten Erschütterung dieses Jahrhunderts bewahrendes Ziel. Italien wird Preußens starke Vormauer gegen künftige Übergriffe Österreichs wie Frankreichs, und an demselben Tage, an welchem der Areopag Europas die neue Großmacht, das einige und einheitliche Italien, konstituiert und den freiheitsmörderischen Metternichschen geographischen Gedanken auf diesem schönen Fleck Erde beseitigt, an demselben Tage wird auch in Deutschland der Ruf nach Einheit unwiderstehlich, und Preußen wird unter dem Zujauchzen Europas an die Spitze des mächtigen, einigen Deutschland geschnellt werden.

Bleibt die preußische Politik noch länger legitim, zaghaft und schwankend wie bisher, so wird sie, statt Englands Sympathie und, wenn erforderlich, materielle Stütze zu haben, tiefer und tiefer in der Achtung Englands sinken und höchst wahrscheinlich durch politische Unfähigkeit einen Weltbrand wie im Anfang des Jahrhunderts herbeiführen. Der Moment wird dann nicht fern sein, wo das legitimitätstrunkene, die wirklichen Kräfte verkennende, sich überschätzende Preußen in einen Konflikt mit Frankreich hineinrennt, mit starker Anwartschaft auf eine zweite Schlacht von Jena. Schon heute sind die drei nordischen Mächte auch koalitioniert durchaus ohnmächtig gegen Frankreich, wenn dies die öffentliche Meinung Europas für sich hat. Nur dann, wenn es diese Meinung und zwar im stärksten Grade nicht nur auf dem Kontinente, sondern auch in England gegen sich hat, ist Frankreich zu besiegen.

Tritt Preußen als Vorkämpfer Italiens auf, so kann es in bezug auf die Abtretung Savoyens an Frankreich ein ernstes Wort mitsprechen und wahrscheinlich ohne Krieg diese Annexion beseitigen, da in diesem Falle Sardinien freie Hand erhält, seine Rechte und die Rechte aller seiner Landesteile zu wahren. Die Annexion an Frankreich entspricht hier in Nizza ganz entschieden den Wünschen des Volkes nicht. In Savoyen mag die Stimmung schwanken, aber wenn Savoyen die Frage gestellt wird: Beharren bei Sardinien — Annexion an die Schweiz — Annexion an Frankreich —, so wird die große Majorität gewiß eine der beiden ersteren Alternativen der letzteren vorziehen.

Gelingt es nicht, Österreich auf dem Wege freundschaftlichen Rates zur Abtretung des Venetianischen gegen Geldentschädigung zu bestimmen, so bleibt Sardinien so lange der unversöhnliche Gegner Österreichs und der Bundesgenosse jeder Macht, die Österreich befeindet, bis der fortan unvermeidlich gewordene italienische Einheitsstaat seine natürliche Grenze

und dadurch das Gefühl seiner inneren und äußeren Sicherheit erlangt haben wird. Ohne das Venetianische ist Sardinien stets einem Handstreiche aus dem Festungsviereck ausgesetzt. Um diesen Handstreich zu parieren, muß es stets eine seine Kräfte zu scharf anspannende Armee auf den Beinen halten und hunderte Millionen zur Einrichtung von Gegenfestungen ausgeben. Während des ziemlich langen Zeitraumes, den der Bau dieser Bollwerke fordern wird, hängt das Damoklesschwert stets über Sardiniens Haupt. Als Gegengewicht gegen das materielle Übergewicht Österreichs hat Sardinien nur die Idee der Volksfreiheit und Volkseinheit. Turin wird also in dieser langen Periode notwendig der Brennpunkt sein, in welchem alle revolutionären und Nationalitäten erweckenden Bestrebungen der europäischen Demokratie sich zentralisieren. Das sardinische Gouvernement, seiner tausendjährigen Geschichte nach das mit den reichsten monarchischen Traditionen und Tendenzen ausgerüstete Gouvernement des Kontinents, wird auf diese Weise zum Fokus der revolutionären Leidenschaft und von Tag zu Tage mehr der Demokratie in die Arme geworfen.

Können die Kabinette Preußens und Rußlands, wenn sie nicht ganz verblendet sind, dazu mitwirken, einem so höchst gefährlichen Zustand der Dinge eine unabsehbare Dauer zu geben, Europa allen Strömungen einer wilden Demagogie auszusetzen?

Der allergewöhnlichste gesunde Menschenverstand diktiert diesen Mächten im eigensten Interesse die stärkste Befürwortung eines starken, in sich ruhenden, gegen Frankreich wie gegen Österreich mit hinreichender Defensivkraft ausgerüsteten Königreichs Italien. Zu meiner großen Freude sehe ich, daß diese banale Wahrheit, die ich schon seit Jahr und Tag predige, auch endlich von seiten des Chefs der Majorität des preußischen Volkshauses, von seiten Binckes, einen beredten Ausdruck gefunden, daß endlich der aristokratische Freiherr den Mut gehabt hat, das Gespenst der Legitimität mit einem kräftigen Hahnenruf aus dem Saale der preußischen Volksvertretung zu verscheuchen. Es ist die höchste Zeit, daß Preußen handelnd in die Regulierung der italienischen Frage eintritt, sonst erwächst daraus unfehlbar für Deutschland das höchste Elend.

Schon jetzt wird es von dem Diktator von Florenz, von Ricasoli, ausgesprochen, daß die italienische Bewegung nicht ruhen könne und nicht ruhen werde, bis das Venetianische erobert und die weltliche Herrschaft des Papstes beseitigt sei. Vollzieht sich die Einverleibung Mittelitaliens in Sardinien, wie ich dies ganz zweifellos halte, in nächster Woche durch Volksbeschluß, so werden die neu annektierten Elemente aufs stärkste zum Kriege mit Österreich drängen, und, um diesen Krieg mit Erfolg zu führen, revolutionäre Bewegungen in Ungarn und in anderen österreichischen Landen

hervorzurufen suchen. Frankreich wird diesem höchst wahrscheinlich im Frühjahr ausbrechenden Kriege passiv zuschauen und bedacht bleiben, sich den Löwenanteil an der Beute, zunächst Savoyen und Nizza und in zweiter Linie Korsika und Elba, zu sichern. Der Anspruch auf diese Inseln wird Englands Eifersucht wachrufen und England dazu treiben, eine neue Koalition des Festlandes gegen Frankreich zu bilden, wenn nötig selbst auf das Legitimitätsprinzip bis zu einem gewissen Punkte gestützt.

Angenommen, diese Koalition siegt, so wird freilich Frankreich für längere Zeit lahmgelegt, aber die heillose Wirtschaft Österreichs und des Papstes in Italien auch neubegründet und dadurch abermals der Boden für künftige Erhebung des unbesiegbaren nationalen italienischen Gedankens bereitet. Eine solche Perspektive ist nicht tröstlich, und weil sie dies nicht ist, wird eine Koalition, welche die neue Knechtung Italiens in ihr Programm aufnimmt (und dies muß sie, um die Mitwirkung Österreichs sich zu sichern) die öffentliche Meinung des gebildeten Teiles Europas gegen sich haben und dadurch wahrscheinlich den kürzeren ziehen. Zieht sie den kürzeren, so würde auf den Trümmern der Koalition höchst wahrscheinlich eine neue Figuration der europäischen Karte sich erheben. Das imperialistische Frankreich, klüger geworden als am Anfange des Jahrhunderts, wird sich Belgien einzuverleiben suchen als Äquivalent gegen ein zum Einheitsstaat umgestaltetes Deutschland. Polen wird in seinen alten Grenzen als Zwischenreich zwischen Preußen und Rußland neu konstituiert werden, die österreichische Monarchie entweder in verschiedene Teile, je nach den Nationalitäten, zerfallen oder nach Abtrennung der italienischen und galizischen Provinzen als sehr geschwächte Großmacht aus der Neugestaltung hervorgehen. Sehr interessant ist im Hinblick auf die Zukunft die vor etwa einem Jahre in Paris erschienene, offenbar unter Napoleons Inspiration entworfene Karte: l'Europe en 1860.

Wie ich sehe, bin ich so recht auf das Gebiet der politischen Konjektur geraten. Es hat mich jedoch gedrängt, die werdende politische Gestaltung, die ich geistig klar vor mir sehe, einmal in Worte zu fassen und als fest umschriebene Zukunftsstudie in einem Momente, wo alles noch der Lösung harrt, objektiv zu fixieren zu Vergleichung und Richtschnur für eine weitere Zukunft.

Daß Preußen sich ohne Englands Mitwirkung in einen übereilten Krieg mit Frankreich stürzen sollte, um die Annexion Savoyens zu verhindern, befürchte ich heute weniger als vor acht Tagen, nachdem es zweifellos geworden, daß Rußland in diese Aktion nicht eintreten würde. Die Behauptung der Kreuzzeitung, daß die Abtretung Savoyens Frankreich zum absoluten Herrn der Geschicke Italiens mache, ist grundfalsch,

denn Italien behält die südlichen Abhänge und damit eine Defensivkraft gegen Frankreich, so stark wie sie nur gewünscht werden kann. Die Offensivkraft ist es lediglich, die ihm durch die Abtretung entzogen wird. Einem wirklichen Einheitsstaat Italien gegenüber halte ich sogar den Anspruch Frankreichs auf Annexion von Savoyen an Frankreich für politisch wohlbegründet.

Was heute mit Recht das höchste Mißtrauen gegen Frankreich weckt, ist sein ganz unzeitiges Drängen und sein unverkennbarer Widerwillen, dem Werden einer wirklichen Großmacht Italien Vorschub zu leisten'.

7. 1860 März 8, Nizza. 'Mit Cavours letzter Note ist der Würfel gefallen — ein für die weitere Entwicklung Europas unendlich folgenschwerer Schritt. Sardinien rüstet bis an die Zähne. Dazu bereitet sich der Bruch mit dem Papsttum in Italien gewaltig vor.' — Beseitigung der weltlichen Macht des Papsttums in Aussicht.

8. 1860 März 12, Nizza. 'Ich fühle mich hier auf Augenblicke wieder in das Jahr 1847 versetzt. Die alte politische Begeisterung wacht wieder auf. Die junge italienische Presse ist meisterhaft geleitet und bewährt den alten Ruf Italiens. Wie weit sind wir in Deutschland in der Presse noch gegen Mailand und Florenz zurück, die doch so jung der Freiheit sich freuen! Ich finde in den diplomatischen Aktenstücken Sardiniens wie in der ganzen Presse sehr viel Maß, sehr viel Takt und die feinste politische Berechnung. Ein gewiegter Staatsmann kann bei dieser Nation seine Studien vervollständigen. Dabei eine ganz kolossale geistige Tätigkeit, die fast an allen Punkten gleichzeitig wie das elektrische Fluidum wirkt. Die Bevölkerung ist geistig sehr erregt, aber in ihrer ganzen Erscheinung sehr würdig, ohne alle Spur wilden demokratischen Spektakels. Der sardinische Staatsmann ist dem großen Mann an der Seine vollständig gewachsen. Ich glaube an eine baldige große Zukunft Italiens, wenn nicht ein feindliches Geschick den jungen Baum, noch bevor er Zweige und Blüten getrieben hat, entwurzelt. Italiens Einheit führt schnurstracks zur Einheit Deutschlands. In diesem Satze liegt der Schlüssel der starken Sympathie meines Geistes mit den Wallungen und Richtungen meines Gemütes.'

9. 1860 März 17, Genua. 'In mir steckt noch immer ungeschwächt jener jugendliche Glaube, jener feurige Enthusiasmus, der mit jedem freien Pulsschlage einer Nation sich identifiziert und nur im allgemeinen Fortschritt die eigene innerste Befriedigung findet. Ich hoffe,

diesen frischen, dem großen Ganzen zugewandten Sinn bis an mein Lebensende zu bewahren, weiß aber auf anderen Fundamenten ruhende Anschauungen vollkommen zu würdigen und zu ehren. Jeder von uns wirkt auf seine Weise und seiner Eigentümlichkeit entsprechend für die Entwicklung des großen Gedankens, der die Schöpfung durchzittert. Mir tut der Anblick des jungen staatlichen Lebens in dem alten und doch so neuen Italien innerlich wohl; ich bleibe auch der Überzeugung, daß Italiens Einheit die Morgenröte der Einheit und neu entstehenden Macht unseres deutschen Vaterlandes sein wird. Jammerschade, daß Preußen die freie Zeit nicht benutzt, der inneren Entwicklung des Landes durch großartige öffentliche Bauten usw. einen rascheren Aufschwung zu geben! Statt dessen wird durch die ganz ungemessenen und ganz haltlosen Forderungen für Militärzwecke das Vertrauen des Landes erschüttert und die schon leidende Industrie mutwillig in einen der Agonie gleichenden Zustand versetzt. Es wäre wahrscheinlich Zeit, endlich in Berlin vom Kaiser Frankreichs zu lernen, wie man die Momente zwischen Krieg und Frieden geschickt ausnutzt und neue materielle Kräfte sammelt.'

10. 1860 März 25, Florenz. 'Hier reichen heute Kunst, Wissenschaft und Liebe zur Freiheit und Humanität in schönem Bunde sich die Hand. Die italienische Bewegung, rein und selbstbewußt, streng bemessen und doch beseelt von glühender Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit, ist großartig und bedeutungsvoll und mahnt mit starken Posaunentönen das leider noch immer in sich so uneinige Deutschland zur Nachfolge. Möchte doch dem deutschen Volke bald ein Cavour und ein Ricasoli und vor allem ein kühner der Zukunft und seinem Lande vertrauender Viktor Emanuel erstehen!' Rüstungen gegen Frankreich: 'Was wird aus Deutschland werden dem klugen und überlegenen Gegner gegenüber, wenn Preußen nicht den Mut findet, kühn an die Spitze der Nation zu treten und statt dem Banner der Legitimität dem Banner der einheitlichen Nationalität zu folgen!... Auch hier ist in den Geschäften eine gewisse Stille, doch ist gar kein Vergleich mit Deutschland möglich, da die Regierung hier alles tut, um den Unternehmungsgeist zu heben und selbst in den Tagen der Krise große Werke des Friedens zu schaffen. Die Einsicht, daß dieser Gang absolut geboten ist, fehlt leider in Berlin, wo man über die engherzigste Auffassung gar nicht hinaus kann. Preußen als Staat braucht Geld und Kredit. Beides wird es nur finden, wenn es sich kühn selbst vertraut und in einem Moment, wo das Vertrauen der Finanzwelt fehlt, große öffentliche Arbeiten von Staats wegen unternimmt, als da sind Eisenbahnen, Kanäle, Seehäfen und Arsenale. Unbegreiflich ist es mir,

daß der Zollverein noch fortdauernd den Rückzoll auf Rübenzucker nicht einführt, also die Entwicklung seiner eigenen Produktion künstlich hemmt. Eine solche Finanzpolitik eines großen Staatskörpers unserer Zeit ist unerhört und zeigt klarer als irgend etwas, daß die Bande der Einheit strammer angezogen werden müssen.'

Am 28. März erlebte Mevissen in Florenz den Einzug Viktor Emanuels, großartige patriotische Kundgebungen, den ersten großen Akt aus Italiens Wiedergeburt. Er besuchte dann Bologna, Mailand, Turin und fand überall Enthusiasmus des Volkes und maßvolle Haltung der politischen Menschen.

11. 1860 April 7, Genua. 'Meine alte Neigung zur Politik ist hier in Italien zwar wieder aufgewacht, aber dennoch finde ich die Situation nicht dazu angetan, um praktisch Ernst zu machen.'

12. 1860 April 11, Nizza. 'Die Schilderung der politischen Lage Preußens durch den Fürsten Hohenzollern ist ganz korrekt. Preußen muß sich entschließen, in allen Fragen der großen europäischen Politik einen ganz selbständigen und voraussichtlich in der Mehrzahl der Fälle von dem Österreichs verschiedenen Weg zu gehen. Preußen muß für die Nationalität und für die freie Entwicklung allüberall kühn in die Schranke treten, dann hat es ganz Deutschland hinter sich, England zum starken Bundesgenossen und Sardinien, die Schweiz und Belgien zur Seite. Gegen ein aufrichtig liberales Preußen wird Frankreich keinen Angriff wagen. Die Times haben in den letzten Tagen die Position des gesamten Deutschland sehr scharf und richtig bezeichnet. Möchten ihre Worte im Norden wie im Süden ein offenes Ohr finden!'

b) Promemoria über den preußischen Verfassungskonflikt, den deutschen Bundesstaat und das zukünftige deutsche Parlament. 1866, Mitte Juli.

Die zwischen der Regierung und der Volksvertretung Preußens schwebende Streitfrage ist meines Erachtens zurzeit keiner definitiven, formellen Lösung fähig. Gibt die Regierung die bisher behauptete Theorie der Verfassungslücke auf, und erkennt sie das Recht der Volksvertretung resp. des einen Faktors derselben, das Budget festzustellen, bevor Ausgaben geleistet werden dürfen, an, so ist die Macht des Hauses der Abgeordneten eine schrankenlose, und die beiden anderen Faktoren der Gesetzgebung sind ohnmächtig.

So wenig wie die Regierung das Recht der Volksvertretung, einseitig in erster und letzter Instanz über das Budget resp. über die zu machenden Ausgaben zu beschließen und durch Verweigerung des Beschlusses ihren Willen in allen anderen Fragen zum Gesetz zu erheben, anerkennen kann, ebensowenig kann die Volksvertretung ihrerseits auf den bisherigen Standpunkt der Regierung hinübertreten und dieser das Recht einräumen, beim Nichtzustandekommen eines Budgetgesetzes einseitig Einnahmen und Ausgaben zu dekretieren.

Das absolute Recht, welches die Volksvertretung beansprucht, findet notwendig seine Schranke in der Tatsache, daß die Existenz des Staates nicht in Frage gestellt werden darf, weil die erforderliche Übereinstimmung zwischen den gesetzgebenden Organen des Verfassungsstaates nicht zu erzielen ist. Die Dispositionen, welche die Regierung in Ermangelung eines Budgetgesetzes trifft, trifft sie nicht sowohl auf Grund der Verfassung, welche von der Voraussetzung ausgeht, daß jährlich auf dem Wege des Kompromisses eine Verständigung über das Budget zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung erzielt werden muß, als in Anwendung des Grundsatzes: salus publica suprema lex! Die Regierung, im Besitze der Macht des Staates, glaubt sich zum Gebrauch dieser Macht gezwungen, weil sie die Sicherheit und Unabhängigkeit, die Existenz des Staates nicht durch den Zwiespalt der Faktoren der verfassungsmäßigen Gesetzgebung in Frage stellen lassen darf.

Die Lösung des Konfliktes in Preußen ist zurzeit deshalb so schwierig, ja fast unmöglich, weil die Staatsregierung das Wagnis, der Volksvertretung vertrauensvoll entgegenzukommen und von der gereifteren Einsicht derselben strengeres Maßhalten und größere Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse zu erwarten, nicht laufen zu dürfen glaubt.

Die Möglichkeit des regelmäßigen Ganges des komplizierten Organismus einer konstitutionellen Verfassung beruht überall auf der Unterstellung, daß die Organe der konstitutionellen Gesetzgebung, dem gemeinsamen Staatszweck dienend, in Lebensfragen des Staates eine Übereinstimmung unter sich auf dem Wege der Verhandlungen und der gegenseitigen Konzessionen erzielen. Ist diese Übereinstimmung in einem bestimmten Falle nicht zu erzielen, so tritt überall an die Stelle des formalen konstitutionellen Rechtes die Macht.

Die erste Voraussetzung der vollen und ununterbrochenen Verwirklichung der konstitutionellen Verfassung ist ein nach außen angemessen abgerundetes, durch Lage und Gehalt vollkommen unabhängiges, mit mehr wie hinreichenden Mitteln zum Schutz seiner Unabhängigkeit nach außen, zur Sicherstellung des ferneren Ganges der Staatsregierung nach

innen ausgerüstetes Staatsgebiet. Die Möglichkeit der wahrhaft konstitutionellen Staatsverfassung ist überall bedingt durch einen in jedem Augenblick unzweifelhaft vorhandenen Überschuß an defensiver Kraft. Der Schwerfälligkeit und Langsamkeit seines komplizierten Organismus wegen wird der konstitutionelle Staat in der Regel bei vorhandener Gleichheit der Kräfte dem zentralisierten absoluten Einheitsstaat gegenüber unterliegen. Preußen kann den bestehenden inneren Verfassungskonflikt gründlich und definitiv nur dann überwinden, nur dann zu einem wirklich konstitutionellen Staat sich entwickeln, wenn es seine politische Machtsphäre über das ganze außerösterreichische Deutschland ausdehnt. Diese Ausdehnung seiner Machtsphäre ist nur in der Form des Bundesstaates mit parlamentarischer Regierung möglich.

Ebenso unausführbar wie die konstitutionelle Verfassung für das isolierte, rings von übermächtigen Nachbarn umgebene, durch den morschen deutschen Bund in keiner Weise geschützte Preußen sich erwiesen hat, ebenso unumgänglich ist die parlamentarische Verfassung mit allen ihren Konsequenzen für das im Bundesstaate geeinigte Deutschland im europäischen wie im deutschen Interesse.

Die parlamentarische Verfassung erscheint geboten vom Standpunkt des europäischen Interesses, weil ein auf dem Territorium des heutigen außerösterreichischen Deutschland sich etablierender absoluter Einheitsstaat bei der Konfiguration dieses Gebietes im Herzen Europas, bei der eminenten militärischen Tüchtigkeit seiner Landbewohner und bei der eminenten Seetüchtigkeit seiner Küstenbewohner, bei der trotz starker Auswanderung dennoch rascher als in den Nachbarstaaten fortschreitenden Vermehrung seiner Bevölkerung, bei der unzweifelhaft sich etablierenden innigen Handels- und politischen Verbindung mit den mächtigen Vereinigten Staaten Nordamerikas, sehr bald an offensiver wie an defensiver Stärke die Nachbarstaaten überragen und dadurch eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichtes um so sicherer herbeiführen würde, als mit der steigenden Macht dieses Einheitsstaates die im Laufe der Jahrhunderte getrennten Glieder des alten deutschen Kaiserreiches, die Niederlande, Jütland, Estland, Livland, Kurland und unter Umständen selbst das Elsaß in den Kreis seiner Attraktionskraft hineingezogen werden würden.

Die konstitutionelle (parlamentarische) Verfassung ist für den außerösterreichischen deutschen Bundesstaat eine innere Notwendigkeit, weil nur mittels derselben die Spitze und Exekutivgewalt dieses deutschen Bundesstaates die erforderliche Macht gewinnen kann, um den Widerstand der dynastischen und partikularen Interessen der deutschen Einzelstaaten zu paralysieren und zu brechen, sowie jene Sympathie und geistige wie

materielle Gemeinschaft der Interessen zwischen dem deutschen Norden und Süden zu begründen, ohne welche im Augenblick der Gefahr, allen Verfassungsbestimmungen des künftigen deutschen Bundesstaates zum Trotz, gar keine reale Garantie für ein rasches und wirksames Zusammenstehen der deutschen Kräfte dem äußeren Feinde gegenüber, sei dieser Rußland, Frankreich oder Österreich, geboten sein wird. Muß für den das ganze außerösterreichische Deutschland umfassenden deutschen Bundesstaat die parlamentarische Verfassung als im europäischen und deutschen Interesse gleich geboten anerkannt werden, so bleibt die Frage zu erwägen:

Kann Norddeutschland bis zum Main als straff organisierter Bundesstaat oder als Einheitsstaat mit absolutem oder nur scheinbar parlamentarischem Regiment konstituiert und regiert werden?

Die Konstituierung eines Bundes- oder Einheitsstaates mit absolutem Regiment bis zum Main, losgelöst von dem bisherigen Bundesverhältnis zu der Staatengruppe Süddeutschlands, erscheint unausführbar, weil der Bundesstaat durch das gemeinsame Widerstreben der dynastischen Interessen und der liberalen Aspirationen der preußischen sowohl wie der nicht preußischen Bevölkerung in bedenklichster Weise in seiner freien Entwicklung gehemmt sein und statt Sympathie steigende Antipathie des Volkes im Gefolge haben würde. Der absolute norddeutsche Einheitsstaat würde der gefährlichen Rückwirkung der in der süddeutschen Staatengruppe herrschenden parlamentarischen Regierung ausgesetzt und kaum von bedenklichen inneren Zuckungen freizuhalten sein. Am Tage der Gefahr würde einem absolut konstituierten Norddeutschland Süddeutschland vielleicht feindlich im Bunde mit einem Nachbarstaate gegenüberstehen, da nur der Volksgeist in Deutschland eine wirksame Schranke gegen Bündnisse mit dem Auslande zu bieten vermag. Die größte Gefahr aber würde drohen nach einer von Norddeutschland und Süddeutschland gemeinsam gegen einen auswärtigen Feind verlorenen Schlacht, da dann die Aspirationen der gesamten Nation im Unmut über die erlittene Niederlage die Schuld derselben der mit der erreichten Entwicklungsstufe nicht im Einklang stehenden politischen Verfassung aufbürden und einer neuen Form der staatlichen Organisation wahrscheinlich mit gänzlicher Vernichtung des Bestehenden sich zuwenden würden.

Wird erwogen, daß schon jetzt in Preußen das Volk nach einer parlamentarischen Regierung mit seinen lebendigsten Kräften hindrängt, so würde, wenn diesem der geistigen und materiellen Entwicklung des Volkes unaufhaltsam entspringenden Drange die Befriedigung noch lange versagt bleiben sollte, die gewaltsame Repression desselben extreme politische Richtungen heraufbeschwören, welche beim Eintritte erschütternder

Konvulsionen in den Nachbarstaaten der Aufrechthaltung des monarchischen Prinzips selbst in Norddeutschland um so gefährlicher werden müssen, als mehr und mehr die innigen Handels- und Familienbeziehungen des gesamten Deutschland zu der dem Zenith ihrer Macht rasch entgegenstrebenden nordamerikanischen Union dem preußischen und deutschen Volke die politische Organisation dieser Vereinigten Staaten als ein verlockendes Vorbild erscheinen lassen werden. Dieses Vorbild erscheint um so verlockender und gefährlicher, als unter gewissen Voraussetzungen dem zentralisierten Frankreich ein offensiv sehr schwacher und höchstens defensiv starker Bund der vereinigten Staaten von Deutschland vorzugsweise konvenieren dürfte.

Muß anerkannt werden, daß ein mit absolutem Regiment konstituiertes Norddeutschland, sei es als Bundesstaat oder als Einheitsstaat, die Freiheit der Entwicklung nach innen und die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit nach außen nicht zu verbürgen vermag, so drängt sich die weitere Frage auf:

Ist Norddeutschland als Einheitsstaat mit wirklich konstitutioneller Verfassung zur Lösung der Aufgabe befähigt?

Die Stärke der geographischen Position und die bei der erreichten Entwicklungsstufe innerhalb dieses Gebietes zu organisierenden Machtmittel dürften zu einer vollen Großmachtstellung nach außen hinreichen, wenn die Kräfte sämtlicher Staaten Norddeutschlands nach Analogie des heutigen Preußens für eine militärische Kraftentfaltung nach außen dienst- und nutzbar gemacht werden können. Straffe militärische und politische Organisation, freiwillige bewußte Hingebung an den Staatszweck von seiten der Bevölkerung und ihrer Vertretung sind im gegebenen Falle die unerläßlichen Voraussetzungen. Nur die vollste Einheit zwischen Regierung und Volksvertretung wird die namentlich in den ersten Jahren, in welchen die bisher selbständigen Staaten mit Preußen noch nicht innerlich verschmolzen, noch durch keine gemeinsamen Kämpfe mit der Monarchie fest zusammengekettet sein werden, sich häufenden Schwierigkeiten glücklich zu überwinden vermögen. Diese Schwierigkeiten werden um so größer sein, da Norddeutschland nach einem decisiven Siege über Österreich und nach gewaltsamer Lösung der bisherigen, die deutsche Entwicklung an Österreich fesselnden Bande, in hohem Maße der lauernden Rache und der im Dunkeln schleichenden diplomatischen Intrigue des besiegten, mit der ihm im Kampfe aufgezwungenen politischen Richtung nach dem slavischen Osten Europas noch nicht ausgesöhnten Kaiserstaates ausgesetzt sein wird.

Den wirksamsten Schutz gegen Österreich wie gegen die gewiß nach einem siegreichen Feldzuge Preußens scharf hervortretende Eifersucht auch

der anderen Großmächte wird für ein bis zum Main sich erstreckendes einheitliches Preußen eine Versöhnung mit den nach einer parlamentarischen Regierung strebenden Volkskräften bieten. Die wirklich konstitutionelle Verfassung sichert Norddeutschland selbst dann eine starke Einwirkung auf Süddeutschland und ein gemeinsames Einstehen Süddeutschlands nach außen, wenn auch ein formell festgestelltes engeres Bundesverhältnis, wenn auch ein gemeinsames Parlament des ganzen außerösterreichischen Deutschland des im Kriege entwickelten zu scharfen Gegensatzes zwischen dem Norden und Süden wegen, oder (was wahrscheinlicher) aus Rücksicht auf die Eifersucht der außerdeutschen Großmächte, einer weiteren Zukunft anheimgestellt bleiben müßte.

Für ein bis zum Main erweitertes Preußen liegt der Schwerpunkt in der Frage: Wird die Volksvertretung dieser Lande politische Einsicht und Hingebung genug haben, um eine das große Ziel der deutschen Nation mit Einsicht und Kraft anstrebende Regierung mit allen Mitteln und Kräften zu unterstützen? Bei dem tiefen Ernst, der zweifellos infolge der gegenwärtigen Kriegsperiode sich aller Gemüter in Norddeutschland bemächtigen wird, bei dem an sich besonnenen, ruhigen Sinn dieser Bevölkerung erscheint ein kühnes Vertrauen auf die wachsende politische Einsicht der Norddeutschen weniger gefährlich als die Fortdauer des bestehenden inneren Konfliktes. Zudem ist während der Dauer des Krieges selbst in bezug auf die künftige Militärorganisation mit der Volksvertretung eine Verständigung gewiß leichter zu erzielen, als nach hergestelltem Frieden, wo der durchschlagende Wert einer stets bereiten, das ganze Volk umfassenden Wehrkraft wieder mehr in den Hintergrund treten wird.

Wird anerkannt, daß sowohl für den das gesamte außerösterreichische Deutschland umfassenden Bundesstaat, wie für den norddeutschen Bundes- oder Einheitsstaat bis zum Main die Durchführung der konstitutionellen Verfassung mit allen ihren Konsequenzen als ein Gebot hoher politischer Zweckmäßigkeit und Klugheit, mit Rücksicht sowohl auf die Beziehungen Preußens zu den europäischen Mächten wie mit Rücksicht auf die notwendige Erweckung des die künftige Organisation tragenden Volksgeistes, erscheint, so wird ein jetzt vor dem Zusammentreten der Kammern von seiten der Staatsregierung gefaßter Beschluß, dem zu berufenden deutschen Parlamente das konstitutionelle Budgetrecht in vollem Maße zu gewähren, mehr wie irgend etwas anderes dazu wirken, den inneren preußischen Konflikt zu mildern und im deutschen Volke die erforderliche Sympathie für das neu zu begründende Verfassungswerk zu wecken. Dem zurzeit in Preußen bestehenden inneren Konflikt kann seine gefährlichste Schärfe benommen, und eine Lösung desselben kann angebahnt resp. herbeigeführt

werden, indem die Krone in einer Proklamation an das Volk oder in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern die tiefere Ursache des ausgebrochenen Konfliktes, die bisherige relative Unzulänglichkeit der preußischen Macht und die dieser Unzulänglichkeit entspringende Notwendigkeit für die Regierung, unter allen Umständen die Existenz und Unabhängigkeit des Staates sicherzustellen, offen bezeichnet und die Unmöglichkeit klarlegt, bei der heutigen Lage des Staates die Entscheidung über das Maß der zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Existenz desselben erforderlichen militärischen Leistungen statt in die Hände der Dynastie, durch deren Walten die preußische Monarchie im Laufe der Jahrhunderte groß geworden und in welcher auch heute das Bewußtsein der ihr obliegenden Fürsorge und Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Macht und Größe Preußens am lebendigsten ist, in die Hände der mit den erforderlichen Machtmitteln weniger vertrauten Volksvertretung zu legen.

Die Krone hat in Vorhersicht des jetzt ausgebrochenen Kampfes auf Leben und Tod um die Zukunft, Macht und Größe Preußens und Deutschlands die Hand nicht bieten dürfen zu bedenklichem Experimentieren auf dem Gebiete der Heeresorganisation, sie hat zum Heile und zur wahrhaften Wehrhaftmachung des Vaterlandes die Reorganisation der Armee zur Durchführung bringen müssen. Sie entnimmt aus der heute unverkennbaren Notwendigkeit, so wie geschehen, die Integrität Preußens zu sichern, die Rechtfertigung des Geschehenen.

Die bisher von der Regierung vertretene Theorie von der Lücke der Verfassung wäre seitens der Krone als eine Theorie der Not und als eine solche, welche auf absolute Geltung und Anerkennung ebensowenig bleibenden Anspruch zu erheben vermöge, wie die seitens der Volksvertretung aufgestellte Theorie des einseitigen absoluten Budgetrechtes, zu bezeichnen.

Der Staatsregierung wäre seitens der Krone mit Rücksicht auf den Ernst des Momentes und mit Rücksicht auf das zur Herstellung eines einigen und mächtigen, von hemmender österreichischer Beeinflussung freien Deutschland erweiterte Ziel Preußens die Aufgabe zuzuweisen, den Einklang der Faktoren der Staatsgewalt herzustellen und behufs dieser Herstellung der Volksvertretung im Vertrauen auf den hingebenden Patriotismus derselben sowohl in bezug auf Anerkennung des Budgetrechtes wie in bezug auf die gesetzlich festzustellenden Grundlagen der künftigen preußisch-deutschen Heeresorganisation soweit entgegenzukommen, als dies mit der unumgänglichen Aufrechthaltung der Machtstellung Preußens und der Krone Preußens irgend vereinbar erscheint.

Der bisherige Standpunkt der Volksvertretung wäre, um dem Geiste der Ausgleichung der Gegensätze Eingang in die weiteren Kreise des

Volkes zu verschaffen, von seiten der Krone als ein formell relativ berechtigter anzuerkennen, mit dieser Anerkennung aber gleichzeitig der Anspruch zu erheben, daß Regierung und Volksvertretung gemeinsam sich über die bestehenden Gegensätze und formellen Rechtsdeduktionen hinaus zu erheben und behufs Lösung derselben mit patriotischer Hingebung gemeinsam die praktische Verwirklichung der großen, jetzt Preußen und Deutschland gestellten Ziele zu erstreben hätten. Um den Willen der Staatsregierung, zu einer Verständigung mit der Volksvertretung die Hand zu bieten, über allen Zweifel hinaus zu dokumentieren, wäre seitens der Staatsregierung

a) auf den Entschluß der Staatsregierung, dem zu berufenden Volkshause des deutschen Parlamentes das unbeschränkte Budgetrecht einzuräumen, hinzuweisen,

b) an den Patriotismus der preußischen Volksvertretung zu appellieren, damit sofort und schon vor Zusammentritt des deutschen Parlamentes eine Verständigung über die Grundlagen der künftigen deutschen Heeresorganisation zwischen Regierung und Volksvertretung in Preußen erzielt werde.

Neben dieser Modalität zur Lösung des inneren Konfliktes dürfte eventuell als eine zweite je nach Umständen sich die sofortige Einräumung des vollen Budgetrechtes an die preußische Volksvertretung empfehlen, mit Rücksicht auf den seitens der Regierung feststehenden Entschluß, dieses Recht dem künftigen deutschen Parlamente unverkürzt zu gewähren.

Die Wahl der einen oder anderen Alternative wird wesentlich von dem Geiste bedingt sein, welcher voraussichtlich in der demnächst zusammentretenden preußischen Volksvertretung dominieren wird. Ist dieser, wie zu hoffen, der Geist der hingebenden Vaterlandsliebe, der Erinnerung an die große Zeit der Freiheitskriege, der richtigen Würdigung der von Preußen jetzt für Preußen und Deutschland angestrebten großen Ziele, welche das Aufgebot der gesamten Staatskraft unabweisbar erheischen, so wird mit der preußischen Volksvertretung wahrscheinlich leicht und rasch eine Verständigung über die Grundlagen der künftigen deutschen Heeresorganisation erzielt werden können. Eine solche Verständigung, beruhend auf einer vorhergegangenen Vereinbarung mit den zu Preußen stehenden deutschen Fürsten, würde vom größten Werte für das deutsche Parlament sein und dasselbe voraussichtlich bestimmen, die mit der preußischen Vertretung vereinbarte Wehrverfassung en bloc für das gesamte Deutschland anzunehmen. Auf durchgreifende Gleichartigkeit der Militärorganisation wird für den norddeutschen Bundes- oder Einheitsstaat nicht verzichtet werden können, wenn nicht die jetzige Misere wiederkehren und

wenn nicht im Momente der Gefahr die außerpreußischen Landesteile Norddeutschlands als wehrlos und zum raschen Aufgebot der gesamten Volkskraft unfähig erfunden werden sollen. Nur eine einheitliche, gleiche militärische Organisation Norddeutschlands wird eine Erleichterung der jetzt auf Preußen ruhenden Militärlasten ermöglichen. Namentlich für den stets möglichen und deshalb scharf ins Auge zu fassenden Fall, daß die Vereinbarung einer deutschen Heeresorganisation mit einem noch unerfahrenen, in politischer Hinsicht nicht gereiften deutschen Parlamente auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen könnte, dürfte es sich empfehlen, sich der Zustimmung der Fürsten Norddeutschlands zu dem preußischen Plane der Organisation des deutschen Heeres zunächst zu vergewissern und diese Organisation ohne allen Verzug in allen Staaten Norddeutschlands zur praktischen Ausführung zu bringen. Dem Parlamente bliebe dann nur die Anerkennung oder gesetzliche Modifikation des bereits faktisch Bestehenden übrig.

Um die erste Unterlage der künftigen Macht, die Heeresorganisation, vor der Einwirkung einer mit dem wirklichen Bedürfnis weniger vertrauten deutschen Volksvertretung zunächst sicherzustellen, wäre in die mit den deutschen Fürsten zu vereinbarenden Grundzüge der künftigen deutschen Bundesverfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß die während des Krieges eingeführte und bewährte Wehrverfassung so lange in Kraft bleiben soll, bis auf verfassungsmäßigem Wege ein dieselbe abänderndes Bundesgesetz zwischen dem Parlamente und der Bundesgewalt vereinbart sein wird. Das Parlament würde in diesem Falle mit dem Beschluß über Annahme der ihm vorzulegenden Grundzüge der künftigen deutschen Bundesverfassung die Grundzüge der deutschen Wehrverfassung zugleich en bloc genehmigen.

Für die Wirkung der Beschlüsse des künftigen deutschen Parlamentes auf das deutsche Volk wird die Frage von großer Bedeutung sein:

An welchem Orte soll das deutsche Parlament zusammentreten?

Muß Preußen zunächst eine straffe einheitliche Organisation von Norddeutschland in Aussicht nehmen, unter vorläufigem Verzicht auf ein engeres politisches Band mit dem deutschen Süden, so wird die größtmögliche Konzentration der Kräfte sowohl in der Regierung wie in der Volksvertretung geboten erscheinen und die Souveränität der norddeutschen Staaten unter allen Umständen einer bedeutend weitergehenden Beschränkung unterliegen müssen, als diese in den Grundzügen der künftigen Bundesverfassung vom 10. Juni d. J. vorgesehen ist. Das norddeutsche Parlament wird in diesem Falle am zweckmäßigsten in Berlin, dem Zentrum des künftigen norddeutschen Bundes- oder Einheitsstaates, sich

versammeln und vorwiegend seine Impulse aus der geistigen Atmosphäre Berlins entnehmen.

Gestattet beim Schluß des Krieges die diplomatische Situation das Festhalten an den Grundzügen der Bundesverfassung vom 10. Juni, also Herstellung eines den Norden und Süden Deutschlands mit Ausschluß Österreichs umfassenden Bundesstaats mit gemeinsamem Parlament, so wird schwerlich eine Berufung dieses Parlaments nach Berlin indiziert sein.

Je nachdem zurzeit diplomatisch die Chancen für die eine oder andere Eventualität günstiger erscheinen, wird der Ort für das jedenfalls wohl zunächst isoliert zu berufende norddeutsche Parlament zu bestimmen sein. Unter allen Umständen werden die Beschlüsse eines zu berufenden Parlamentes einen ganz anderen und maßgebenderen Einfluß auf die Volksstimmung in Süddeutschland und vielleicht auch auf die Diplomatie der Großmächte ausüben, wenn diese Beschlüsse scheinbar ganz frei von vorwiegend preußischer Influenz in einer Stadt gefaßt werden, welche, ohne Preußen anzugehören, durch ihre Hingebung an die deutsche Sache, durch maßvolle, konservative Gesinnung ihrer Einwohner und durch die im gegenwärtigen Konflikte eingenommene Stellung ihrer Regierung den Stempel einer ehrenvollen, vorurteilsfreien geistigen Unabhängigkeit und freier Opferwilligkeit für die Zukunft des großen deutschen Vaterlandes an sich trägt. Als eine solche Stadt wird in erster Linie Braunschweig, in zweiter Gotha bezeichnet werden dürfen. Beide Städte empfehlen sich zudem durch ihre zentrale Lage inmitten des engeren norddeutschen Bundes. Für die Verhandlungen eines in einem schweren, tiefernsten Momente zusammentretenden deutschen Parlaments dürfte es von höherem Werte sein, wenn dieselben der geistigen Strömung der turbulenten, von demokratischem Geiste durchwühlten Massen der Bevölkerung Berlins entzogen würden. Der Ernst der Lage dürfte in einer kleineren Stadt den Geistern rascher und tiefer näher treten und sie geneigter machen zu allen für die Aufrechthaltung und Begründung der preußisch-deutschen Macht und Größe erforderlichen Beschlüssen und Konzessionen.

c) Bemerkungen, die Wehrverfassung des künftigen deutschen Bundesstaates betreffend. 1866, Mitte Juli.

Oberster Grundsatz. Allgemeine Wehrpflicht und Ausbildung aller zum Felddienste körperlich tüchtigen in der Nation vorhandenen Kräfte.

In Preußen werden jetzt bei circa 20 Millionen Einwohner jährlich circa 63000 Mann in den Waffen geübt. Ein Teil der vorhandenen feldtüchtigen Kräfte bleibt noch vom Militärdienste frei und bildet die

Armeereserve. Bei 20 Millionen Einwohnern kann auf Grund militärstatistischer Ermittelungen der jährlich zum Heeresdienste tüchtige Teil der Bevölkerung auf circa 85000 Mann angenommen werden. Werden diese sämtlich in die Armee eingestellt und ausgebildet, so werden die jetzt bestehenden Cadres der preußischen Armee ihren normalen Friedensbestand an Mannschaft ungeschmälert beibehalten können, wenn der Dienst für die Infanterie auf zwei Jahre, für die Spezialwaffen auf drei Jahre normiert wird.

Die gegenwärtige preußische Friedenspräsenz angenommen wie folgt: (nach dem Gothaer Kalender) Infanterie 138511 Mann, Kavallerie 29909 Mann, Artillerie 22136 Mann, Pioniere 4705 Mann, Train 1647 Mann, ergibt sich als Jahresbedarf

für die Infanterie	bei zweijähriger Dienstzeit	69265	Mann
" " Kavallerie	" dreijähriger Dienstzeit	9970	"
" " Artillerie	" " "	7379	"
" " Pioniere	" " "	1568	"
" den Train	" " "	549	"
	zusammen	88731	Mann.

Wird erwogen, daß höchstwahrscheinlich als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges die definitive Einverleibung von Schleswig-Holstein und vielleicht noch einiger der kleinen deutschen Staaten in Preußen in Aussicht genommen werden darf, so wird die Bevölkerung Preußens dadurch sicher bis auf 21, und wahrscheinlich bis auf 22 Millionen Einwohner wachsen und dann unzweifelhaft den jährlichen Bedarf an Mannschaft zur Ausfüllung der bestehenden Cadres in der jetzt vorhandenen Stärke reichlich aufliefern.

Werden die norddeutschen Staaten bis zum Main unter der Vorstandschaft Preußens zu einem engeren Bundesstaate konstituiert, und wird in denselben die gleiche Wehrverfassung wie in Preußen eingeführt, so repräsentieren diese Staaten bei 7½ bis 8 Millionen Einwohnern etwas über ein Drittel der preußischen militärischen Leistungsfähigkeit; die jährliche für den norddeutschen Bundesstaat auszuhebende Mannschaft wird dann auf rund 120000 Mann normiert werden können, während das stehende Heer Norddeutschlands inklusive Offiziere auf circa 285000 Mann sich beziffern würde.

Würde auch dieses stehende Heer im Vergleiche mit

dem stehenden Heere Frankreichs	nach dem Friedensetat	404195 Mann
" " " Österreichs	" " "	285000 "

keineswegs übermäßig hoch erscheinen, so ist doch das Verhältnis der Wehrkraft im Vergleich mit Österreich zugunsten Preußens resp. des

norddeutschen Bundesstaates, wenn berücksichtigt wird, daß Preußen Österreich an rascher Konzentrationsfähigkeit seiner Truppen weit überlegen ist, auch als homogener deutscher Staat im Notfalle seine vom Kriegsschauplatze entfernten Landesteile weit mehr von Truppen entblößen darf, als Österreich. Das anscheinend ungünstige Verhältnis des stehenden Heeres im Vergleich mit Frankreich wird gemildert durch die Tatsache, daß Frankreich im Frieden wie im Kriege circa 100000 Mann seines stehenden Heeres für Algier und seine übrigen Kolonieen braucht.

Von durchschlagender Bedeutung für die relative Wehrkraft der Staaten ist zudem die denselben für den Fall eines Krieges zu Gebote stehende Gesamtzahl ausgebildeter Mannschaften, sofern die Armeeorganisation rechtzeitig und in kürzester Frist die Heranziehung der Kriegsreserve und der Landwehr zu den Fahnen ermöglicht.

In Frankreich beträgt das Kriegsheer, wenn alle nach dem jetzigen System disponiblen und ausgebildeten Kräfte im Kriegsfall successive mobil gemacht werden (nach dem Gothaer Kalender) 757725 Mann, in Österreich 630388 Mann.

Für Norddeutschland bis zum Main würden sich ergeben, wenn die Grundzüge der jetzt reorganisierten preußischen Wehrverfassung im wesentlichen unverändert auf ganz Norddeutschland ausgedehnt werden

für sieben Jahrgänge Linie und Reserve à 120000 Mann jährlich		840000 Mann
ab für Abgang aus diversen Ursachen 10%		84000 „
bleiben		756000 Mann
fünf Jahrgänge Landwehr ersten Aufgebots à 120000	600000	
ab für Abgang 25%	150000	
bleiben	450000	450000 „
zusammen		1206000 Mann

feldtüchtig zur Verfügung.

Außerdem sind noch sieben Jahrgänge der Landwehr zweiten Aufgebots à 120000 Mann pro Jahrgang	840000 Mann
ab für Abgang und wegen Unabkömmlichkeit 50% .	420000 „
bleiben	420000 Mann

zur Besatzung der Festungen für den Notfall disponibel.

Natürlich können sich diese Ziffern in ihrer ganzen Höhe erst ergeben, nachdem 19 Jahre lang die preußische Wehrverfassung für ganz Norddeutschland in Kraft und Wirksamkeit gewesen sein wird.

Für jetzt würde das Ergebnis folgendes sein:

für Preußen sieben Jahrgänge Linie à 63000 Mann		441000 Mann
ab 10%		44100 „
bleiben		396900 Mann
fünf Jahrgänge Landwehr ersten Aufgebots à 42000	210000	
ab 25%	52500	157500 „
für die nord- und mitteldeutschen, dem Bundesstaate angehörigen Staaten 1½% der Bevölkerung von circa 8 Millionen		120000 Mann
exklusive Offiziere		674400 Mann
dazu sieben Jahrgänge Landwehr zweiten Aufgebots		294000 Mann
à 42000 ab 50%		147000 „
bleiben für Preußen		147000 Mann
Armeereserve, auf das norddeutsche Kontingent der Bevölkerung angenommen mit		40000 „
ergibt im ganzen		187000 Mann

zur Besetzung der Festungen usw.

Da, wie die vorstehende Berechnung zeigt, *sehr bald* ein ansehnlicher Überschuß an disponibler Mannschaft zugunsten Norddeutschlands gegenüber den nachbarlichen Großmächten sich ergeben wird, so wird die Aufgabe der neu einzuführenden Wehrverfassung für Norddeutschland dahin zu formulieren sein, unter Festhaltung des an die Spitze gestellten großen und das ganze Wehrsystem durchdringenden Grundgesetzes:

a) eine größere Zahl von Berufssoldaten als bisher an die Fahnen zu fesseln und dadurch der Armee dasjenige, was durch die kürzere Dienstzeit der Infanterie an militärischer Ausbildung und an militärischer Zucht und Disziplin vielleicht verloren geht, durch die festere Geschlossenheit der Cadres zu ersetzen,

b) Fürsorge zu treffen, daß ohne Kosten für den Staat die nötige Anzahl der für den Fall der Mobilmachung erforderlichen Landwehroffiziere stets zur Disposition stehen,

c) daß die namentlich in den industriellen Provinzen jetzt so überaus schwer drückenden, die produktiven Kräfte des Landes in bedenklicher Weise lahmlegenden Bestimmungen der heutigen Militärorganisation so modifiziert werden, daß auch bei ausbrechendem Kriege die produktiven, und in specie die in der Industrie produzierenden Kräfte des Staates die möglichst geringe Beeinträchtigung erleiden.

Zur Erreichung des nach diesen drei Richtungen zu erstrebenden Zieles — wodurch allein Norddeutschland der prekären Situation des heutigen Preußen, bei einem Kriege mit einer Großmacht sofort genötigt zu sein, mit Aufgebot aller seiner Kräfte seine ganze staatliche Existenz auf einen Wurf zu setzen, entzogen werden und freien Spielraum zur Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel auch im Kriege und damit die leichtere Möglichkeit, einen länger dauernden Krieg siegreich zu bestehen, gewinnen kann — dürften sich folgende Bemerkungen und Vorschläge zu einer geneigten eingehenden Prüfung empfehlen.

Vor allem scheint für Preußen der engste Anschluß der Schule an die Wehrverfassung geboten. Die Schule wird durch tüchtigen Turnunterricht in den Elementar- und in den an die Elementarschulen sich anschließenden Arbeiterfortbildungsschulen den jugendlichen Körper stählen und die zur künftigen militärischen Ausbildung erforderliche Körperkraft und Gelenkigkeit vorbereiten müssen.

In den höheren Schulen für die reifere Jugend von 15 bis 16 Jahren ab, an den Universitäten und an den in allen Provinzen zu begründenden polytechnischen Schulen wird dem Turnen das Exerzieren, die Schießübung und die Vorlesung resp. der Unterricht über die Grundlagen der Militärwissenschaft zur Seite zu treten haben. Namentlich wird das eingehendste Verständnis der das ganze Volk umfassenden Wehrverfassung in ihrer ganzen Gliederung, zusammengehend mit tüchtigem Unterricht in der vaterländischen Geschichte und mit Ausbildung des Verständnisses der Bedeutung einer wahrhaft nationalen, tüchtigen militärischen Organisation für die geistige und materielle Zukunft des gesamten Deutschland in den höheren Schulen anzustreben sein.

In den polytechnischen Schulen hätte die theoretische Lehre vom Kriege, verbunden mit der Lehre der gesamten Kriegstechnik, einen besonderen und obligatorischen Gegenstand der Studien zu bilden, und die polytechnische Schule wäre so zu organisieren, daß eine Abteilung derselben zugleich alle Bedingungen einer dem Standpunkt der Gegenwart entsprechenden speziellen Kriegsschule erfüllen würde. Die mit der polytechnischen provinzenweise verbundene Kriegsschule würde zweifelsohne den Überblick und die fachmännische Tüchtigkeit der Lehrer wie der Offizieraspiranten mehr fördern, als die isolierte Offizierschule, und würde zugleich auf den kriegerischen Geist der in der polytechnischen Schule die Ausbildung für andere Berufskreise anstrebenden Jünglinge mächtig einwirken. In den an der See oder an den Mündungen der großen Flüsse etablierten polytechnischen Schulen wären zugleich die für die Kriegsmarine erforderlichen Kenntnisse in den Bereich des speziellen kriegswissenschaft-

lichen Unterrichts hineinzuziehen. Die rasch steigende Zahl der Realschulen erster Ordnung, der Gymnasien und Progymnasien wird ohne Zweifel schon in den letzten Jahren die Zahl der zum einjährigen Dienst berechtigten jungen Männer sehr erheblich gesteigert haben. Die Stiftung einer polytechnischen Schule in jeder Provinz, und in den industriellen Provinzen außerdem die Stiftung von Handelsakademieen im engen Anschluß an die polytechnischen Schulen wird den Kreis der Berechtigten künftig noch ansehnlich erweitern und wesentlich dazu mitwirken, das Heer durch die dem Offizierkorps zu entnehmenden Lehrer der Kriegsschulen mit der fortschreitenden Technik der Gewerbe in fortlaufendem Kontakt zu erhalten und alle neue Erfindungen sofort dem Heerwesen nützlich und zugänglich zu machen.

Sollte dennoch der Kreis der Berechtigten mit Rücksicht auf die durch denselben zu erreichenden Zwecke noch nicht weit genug erscheinen, so wäre in Erwägung zu ziehen, ob fortan nicht an die Absolvierung der Tertia eines Gymnasiums resp. einer höheren Bürgerschule statt an die bisher gesetzliche Absolvierung der Sekunda dieser Schulen das Recht zum Eintritt als einjähriger Freiwilliger in die Armee zu knüpfen wäre. Vielleicht wäre vor dem Eintritt in die Armee oder nach vollendetem einjährigen Militärdienst die Teilnahme auf kurze Zeit an dem Unterricht der militärischen Abteilung der polytechnischen Schulen zu fordern.

Die ausgebildeten einjährigen Freiwilligen würden fortan wie bisher den Stamm zu bilden haben zur Ergänzung der Offiziere der Linie für den Fall der Mobilmachung, wie namentlich für das Offizierkorps der Landwehr. — Ein Teil dieser Offiziere würde gewiß gern freiwillig bei eintretendem Bedürfnisse, sei es zu Übungen der Reserve und der Landwehr im Frieden sei es bei verfügter Kriegsbereitschaft, zuerst und vorzugsweise in den aktiven Dienst eintreten, wenn denselben während der Nichtaktivität ein mäßiger Jahresgehalt zugesichert würde. Der Bezug dieses Gehalts würde, ohne die Staatskasse zu schwer zu belasten, für viele junge Leute nicht bemittelter Eltern, welche in vielen Fällen eine über die materielle Lebensstellung der Familie hinausreichende geistige Bildung sich angeeignet haben, einen sehr wertvollen Zuschuß während der ersten Jahre der in der Regel nicht sofort lohnenden industriellen, kommerziellen, technischen oder Verwaltungskarriere bilden. Wäre auf diese Weise für das Vorhandensein zahlreicher zum Offizier vollkommen ausgebildeter militärischer Kräfte für den Fall eintretenden Bedürfnisses gesorgt, so dürften zur Erleichterung der Militärlast und namentlich zur Erhaltung der produktiven Kräfte in den industriellen Provinzen folgende Einrichtungen in Abänderung der jetzt bestehenden — zu absolut

militärischen, und dem Militärzweck die Erhaltung der ebenso unentbehrlichen Finanzquellen des Staats zu sehr opfernden — gesetzlichen Dispositionen sich empfehlen.

Allen denjenigen, welche als einjährige Freiwillige ihrer Dienstpflicht genügt und die zum Offizier des stehenden Heeres erforderliche praktische und theoretische Qualifikation sich erworben, somit das Offizierpatent in der Armee erlangt hätten, wäre anheimzugeben, gegen eine jährlich zu zahlende, für die Dauer der Unselbständigkeit der betreffenden Person vom Gesetze zu bestimmende, im Falle der Selbständigkeit aber je nach der Klassen- oder Einkommensteuer mit einem festen Minimalsatze zu normierende Abgabe aus dem stehenden Heere sofort nach zurückgelegtem Dienstjahre in die Reserve des Offizierkorps des stehenden Heeres einzutreten. Diese Reserve würde nur bei eintretender Mobilmachung der Armee auf sechs Wochen, behufs Auffrischung der während des einjährigen Dienstes erlangten Qualifikation, zur Dienstübung heranzuziehen und erst dann wirklich zur aktiven Armee einzuberufen sein, wenn die Zahl der anderweitig disponibeln Offiziere für die Cadres der Armee nicht mehr ausreichen sollte. Durch diese Befreiung vom laufenden Dienste, durch das sofort nach absolviertem einen Jahr unbeschränkt eintretende Recht, auszuwandern oder sich im Auslande aufzuhalten, wird allen der Industrie und dem Handel sich widmenden jungen Männern die Möglichkeit gegeben, sich ohne allen Zeitverlust über ihren künftigen Lebensberuf zu entscheiden und sich demselben zu widmen mit der für den Erfolg ihres Strebens erforderlichen Sicherheit, nicht plötzlich und öfter diesem Lebensberuf im Laufe der Lehrzeit wie im praktischen eigenen Erproben und Schaffen entrissen zu werden, um dem Militärstaate zu dienen, es sei denn, daß das Vaterland in Gefahr sei, wo notwendig alle anderen Rücksichten vor der alles dominierenden Pflicht der Vaterlandsverteidigung schweigen müssen. Die öfter wiederkehrenden Übungen der Kriegsreserve und der Landwehr sind mit dem Erwerbsleben namentlich für die höheren Organe desselben sehr schwer zu vereinigen, und bereiten Störungen und Hindernisse, welche sowohl der Einzelne auf seinem Lebenswege wie das Erwerbsleben überhaupt schwer empfindet.

Der Abgabe, welche der zur Offizierreserve herübertretende einjährige Freiwillige bis zum vollendeten 39. Jahre an die Staatskasse zu leisten hätte, würde systematisch eine Abgabe zur Seite zu treten haben, welche der der körperlichen Untüchtigkeit oder Unabkömmlichkeit wegen von der Wehrpflicht gänzlich Befreite jährlich an den Staat zu leisten hätte, und zwar solange er unselbständig ist, direkt oder indirekt durch seine Eltern

oder Dienstherrn mit einem fixierten Minimum, nach seiner selbständigen Etablierung in einem Prozentsatz der von ihm an den Staat zu entrichtenden Klassen- oder Einkommensteuer. Fälle der Dürftigkeit und Fälle der Unabkömmlichkeit wegen Ernährung der Familie würden selbstredend für die Dauer dieser Motive von der Abgabe befreien. Bei der sehr großen Zahl der jährlich in diese Kategorieen fallenden, heute mit relativem Unrecht von der persönlichen Militärlast ganz freien Staatsbürger (bei Ausbildung sämtlicher feldtüchtiger Mannschaften in Norddeutschland bis zum Main jährlich circa 100000 Mann betragend) würde selbst eine sehr mäßig gegriffene Abgabe für den Staat resp. für die Militärzwecke des Staats eine sehr erhebliche Einnahme ergeben, mit der Abgabe der Reserveoffiziere zusammengerechnet wahrscheinlich eine viel höhere Summe, als in Frankreich jährlich der Kasse für die Stellvertretung zufließt.

Außer dem einjährigen Freiwilligen wäre auch jederzeit jedem Wehrmann, welcher die zwei- oder dreijährige Dienstpflicht abgeleistet und im Laufe des späteren Lebens durch persönliche Tüchtigkeit eine Stellung errungen hätte, welche ihm eine Befreiung von den wiederkehrenden militärischen Übungen und überhaupt eine größere Sicherheit vor Wiederberufung zu den Fahnen als besonders wünschenswert und wertvoll erscheinen lassen, zu gestatten, sich zur Ablage des Offiziersexamens zu melden und nach abgelegtem Offiziersexamen und nach praktischer Ausbildung als Offizier in die Offizierreserve hinüberzutreten.

Das Festhalten an der erlangten, zum Offizier befähigenden, allgemeinen wissenschaftlichen neben der besonderen technisch-militärischen Bildung erscheint geboten, einmal der für alle Berechtigten dann völlig gleichen Basis der Berechtigung wegen, sodann, weil die harmonische Ausbildung der beiden Faktoren allgemein menschlicher Tüchtigkeit — die Ausbildung der theoretischen Einsicht und die Ausbildung der speziellen Befähigung und der militärischen Willenskraft — von höchstem Werte erscheinen in einem Staate, der schon seit einem Jahrhundert sich rühmt, zugleich der Militärstaat par excellence und der Staat der Intelligenz zu sein, also die Harmonie dieser vielen unvereinbar scheinenden, oft gegensätzlich entwickelten Faktoren praktisch erzielt zu haben. — Durch die hohe Entwicklung der Technik, durch den komplizierten und reicher gewordenen Organismus des modernen Volks- und Staatslebens überhaupt ist notwendig auch die Militärorganisation viel umfassender und komplizierter als früher geworden. Nicht allein die Spezialwaffen haben eine viel größere Bedeutung als früher erlangt, auch die Handwerkerkompagnieen und die sich an diese füglich anschließenden Kompagnieen für Spezialzwecke, z. B. für Eisenbahn-, Telegraphen- und Schiffsdienst, Bekleidung,

Feldpolizei, Intendantur und Lazarettwesen, sind heute für den Krieg von höherer Bedeutung als früher. Für diese Spezialzwecke werden sehr viele für den Waffendienst nicht absolut felddienstfähige Kräfte mit gutem Nutzen verwendet werden können.

Ist durch die Offiziersreserve ein Hauptübelstand der gegenwärtig bestehenden Militärorganisation gemildert resp. gehoben, so fordert noch ein anderer, bei jeder Mobilmachung der jüngsten Zeit offen zutage getretener weiterer Übelstand im Interesse des Staates und der Erhaltung des ordentlichen Ganges der Staats- und Kommunalverwaltung sowohl wie im Interesse der Sicherstellung der produktiven Kräfte vor tief einwirkenden Störungen dringend Remedur.

Bei jeder Mobilmachung werden sofort und ohne alle Rücksicht auf die völlige, mit den schwersten Einbußen verbundene Lahmlegung der bürgerlichen Ordnung eine Reihe von Organen der Verwaltung, eine große Zahl der Leiter der großen industriellen Produktionen ihrem Berufskreise entrissen, z. B. Bürgermeister, Lehrer, Landräte, Richter, Baumeister, Doktoren, selbständige Leiter oder absolut unabkömmliche Abteilungschefs und Ingenieure der großen industriellen Etablissements usw. Dadurch tritt in dem Leben der Kreise und Gemeinden eine gewaltsame und plötzliche Desorganisation ein, und die für die Finanzkraft des Staates so hochwichtige industrielle Produktion stockt. Tausende von Arbeitern verlieren ihr Brot und fallen dem reichen Fabrikherrn oder der Kommune zur Last. Würden der im Frieden ausgebildeten, komplizierten industriellen Organisation nicht plötzlich in Fabrik und Handel die wesentlichsten, zur Aufrechthaltung ihrer schaffenden Tätigkeit unentbehrlichen Kräfte entrissen, so könnte die Industrie für die Bedürfnisse des Inlandes wie für den Export ungestört fortarbeiten und dadurch den Staat befähigen, auf längere Zeit hinaus selbst einen großen Krieg zu ertragen, ohne zu tiefe Zerrüttung seiner Finanzkräfte und ohne auf Jahrzehnte hinaus den Wohlstand sehr zahlreicher Bewohner untergraben zu sehen. Die Idee der formalen Gleichheit vor dem Gesetze ist da gewiß auf eine gefährliche, das vernünftige Maaß überschreitende Spitze getrieben, wo sie die Quellen des Wohlstandes im Lande verstopft, dem Staate die zur Führung eines großen, länger dauernden Krieges durchaus erforderlichen Mittel entzieht, durch Arbeitslosigkeit den Geist der Vagabondage, das nichtstuende und nichtsschaffende Bummlerwesen großzieht und das Land mit einer zahlreichen, lange nach dem Kriege noch die gesunde Entwicklung des Landes gefährdenden Masse von Proletariern belastet.

Als wirksame Mittel zur Abhülfe dürften folgende in Betracht zu ziehen sein:

Zunächst wären gesetzlich gewisse, heute nicht berücksichtigte, aber Berücksichtigung im Interesse geregelter Aufrechthaltung des bürgerlichen Lebens verdienende Berufskreise schon vor der Mobilmachung der Armeereserve zu überweisen und nur im Falle der äußersten Not zum aktiven Dienst heranzuziehen. Wie weit in dieser Richtung zu gehen ist, wird näherer spezieller Erörterung von Fachkreisen bedürfen. Diejenigen Personen dieser Berufskreise, welche während des Friedens die extraordinäre Zulage als nichtaktive Offiziere bezogen haben, würden der dem Berufe entnommenen Bestimmung zur Reserve ungeachtet dennoch verpflichtet bleiben, sofort in den aktiven Dienst einzutreten.

Bei Verfügung der Kriegsbereitschaft wäre zugleich in jedem Kreise unter Vorsitz des Landrats und unter Zuziehung eines Stabsoffiziers aus den Kreisständen eine Kommission zu bilden, um alle Reklamationen von Kreiseingesessenen wegen Unabkömmlichkeit entgegenzunehmen und diese Reklamationen zu begutachten.

Bei der Mobilmachung der Armee wäre in jedem Regierungsbezirk unter dem Vorsitze des Regierungspräsidenten eine aus Landräten und aus Mitgliedern der Kreisstände am Sitze der Regierung unter Zuziehung von Stabsoffizieren zusammentretende Kommission zu bilden, um sofort in letzter Instanz über alle von der Kreiskommission begutachteten Gesuche wegen Unabkömmlichkeit zu entscheiden resp. die Zurückstellung derjenigen Reklamierenden, deren Reklamationen als begründet anerkannt werden, vom aktiven Dienst solange zu verfügen, als die Bataillone und Schwadronen der Armee noch durch anderweitige Kräfte auf die für den Kriegsfuß normale Sollstärke gebracht werden können. Der Rückgriff auf die Zurückgestellten bliebe jederzeit vorbehalten und hätte die Kommission bei ihrer Entscheidung zugleich die Reihenfolge, innerhalb deren die Zurückgestellten zum aktiven Dienste bei eintretendem Bedarf herangezogen werden sollen, festzustellen, die desfallsige Entscheidung der Reklamanten mitzuteilen und während der Dauer der Mobilmachung monatlich eine Revision der Feststellung mit erneuerter Erwägung und Berücksichtigung der im Laufe des Monats eingelaufenen Reklamationen vorzunehmen.

Um die finanziellen Mittel des Staates möglichst zu vermehren, haben alle diejenigen, welche wegen Unabkömmlichkeit im Interesse der Aufrechthaltung der industriellen Produktion reklamieren, also mit Ausschluß der auf die Pflicht der Ernährung der Familie basierten Reklamationen, während der Dauer der Mobilmachung monatlich an die Staatskasse einen nach der Klassen- oder Einkommensteuer der Betreffenden normierten Betrag einzuzahlen. Im Falle der Unselbständigkeit muß die

Reklamation zugleich vom Fabrikherrn resp. vom Handlungshause, gewerbetreibenden Gutsbesitzer usw., in deren Dienst der Reklamierende steht, befürwortet sein und müssen sich diese bereit erklären, die Zahlung der gesetzlichen Reservesteuer seitens des Reklamanten zu vertreten. Den der Reserve Überwiesenen ist im Interesse der ungestörten Geschäftstätigkeit das Recht, zu Geschäftsreisen ins Ausland zu gehen, unbeschränkt zu belassen.

Da die Mobilmachung keinen Aufschub erleiden darf, so haben die Einberufenen, sofern die Entscheidung der Bezirkskommission nicht rechtzeitig erfolgen kann, in das Heer vorübergehend einzutreten und so lange bei dem betreffenden Truppenteile zu verbleiben, bis die Entscheidung getroffen und für den erforderlichen Ersatz Fürsorge getroffen ist. Die Entscheidung der Bezirkskommission ist jedoch so zu beschleunigen, daß dieselbe längstens innerhalb acht Tagen nach dem zur Mobilmachung ergangenen Befehle erfolgt. Dieselbe ist sofort dem Armeekommando mitzuteilen, damit seitens desselben, wenn möglich, die entsprechenden Verfügungen noch getroffen werden können, bevor eine Heranziehung zum aktiven Dienst stattgefunden hat.

Die Reservesteuer ist monatlich praenumerando zu zahlen. Wird die Zahlung nicht direkt oder indirekt durch den den Wehrmann beschäftigenden Fabrikanten usw. für denselben geleistet, so wird der betreffende Wehrmann unverzüglich dem aktiven Dienste überwiesen, da angenommen werden darf, daß im Falle der Nichtzahlung weder ein überwiegendes Interesse des Staats noch der Industrie in bezug auf mögliche Störung der industriellen Produktion vorwaltet. Durch die den Offizieren und der Armeereserve auferlegte Abgabe an den Staat werden die Mittel gewonnen, um einem Teil der Landeskinder, welche sich zum Soldatenleben besonders berufen fühlen, den erforderlichen Anreiz zum Reengagement zu bieten. Ob dieses Ziel am zweckmäßigsten durch Zahlung eines bestimmten Kapitals (eventuell einer Quote bei Übernahme der Verpflichtung zum Militärdienst und einer zweiten Quote bei Ablauf des vertragsmäßigen Termins) zu erreichen ist, oder durch Erhöhung der regelmäßigen Löhnung, oder in anderer Form, darüber werden die Autoritäten vom Fach zu entscheiden haben. Zur Beseitigung der heute noch bestehenden vielleicht zu schroffen Schranken zwischen Offizier und Unteroffizier und bei der vorhandenen Notwendigkeit, namentlich um ein stärkeres Kontingent von Unteroffizieren usw. für die Armee zu gewinnen, dürfte den Unteroffizieren während des Dienstes in Freistunden in allen Garnisonsorten, wo Kriegsschulen bestehen, der Besuch der Kriegsschulen freizugeben und außerdem denselben jederzeit zu gestatten sein, das theoretische und praktische

Examen als Offizier zu machen und so zum Offizierstande hinüberzutreten. Für die Zeit des Krieges bliebe außerdem das Avancement zum Offizier wegen ganz besonderer Leistungen auf dem Schlachtfelde vorbehalten.

d) Bemerkungen zu den Friedensverhandlungen.

1866 Mitte Juli. Bei den demnächst zu eröffnenden Friedensverhandlungen dürften sich neben anderen folgende zwei Punkte zu eingehender Erwägung empfehlen:

a) Die Einverleibung der Stadt Frankfurt in Preußen erscheint mit Rücksicht auf die bisher von dieser Stadt als Sitz des aufgelösten Bundestags eingenommene Stellung, mit Rücksicht auf die ältere Tradition der Kaiserzeit und auf die so scharf hervortretenden österreichischen Tendenzen der Einwohner in hohem Maße wünschenswert und für längere Jahre eine starke preußische Besatzung in Frankfurt von der Vorsicht geboten. Sollte in näherer oder fernerer Zeit Süddeutschland wieder in die Versuchung geführt werden, statt mit Norddeutschland fest zusammenzustehen, sich an Österreich, oder was wahrscheinlicher und gefährlicher, an Frankreich anzuschließen, so wird die Tendenz der Frankfurter Bevölkerung und der Frankfurter Presse auf den Entschluß Süddeutschlands von größtem Einfluß sein. Bei der in Frankfurt vorherrschenden Gesinnungslosigkeit, verbunden mit starker Hinneigung der Bevölkerung zu wühlerischer und schreisüchtiger Agitation, wird dieses Zentrum des süddeutschen Verkehrs den deutschnationalen und preußischen Zielen nur in geringem Maße zugänglich und unter Umständen denselben sehr gefährlich sein, solange nicht ein inniger Anschluß an Preußen preußische Sympathien bei der Bevölkerung geweckt hat oder die sichtbaren Zeichen preußischer Macht von preußenfeindlichen Manifestationen zurückschrecken.

b) Für die künftige Machtstellung Deutschlands unter preußischer Führung würde die Abtretung von Nordtirol an Bayern von hoher Bedeutung sein. Bayern würde gegen Tirol sein rechts des Mains gelegenes Gebiet an Preußen und die Rheinpfalz an Baden abzutreten veranlaßt werden können, letzteres in der Unterstellung, daß Baden dem Norddeutschen Bundesstaate beitreten und das außerhalb des Norddeutschen Bundes verbleibende Gebiet auf Bayern und Württemberg beschränkt würde. Preußen würde dann freilich der Schutz der gesamten deutschen Grenze gegen Frankreich zufallen, jedoch gleichzeitig auch indirekt die ganz entschiedene Hegemonie über Süddeutschland. Die Überweisung von Nordtirol an Bayern würde, vorausgesetzt daß das gesamte außerösterreichische

Deutschland unter preußischer Führung sich zu einem Bundesstaate konstituiert, eine direkte Verbindung dieses Bundesstaates mit dem Königreich Italien ergeben. Für die materielle Entwicklung des gesamten Deutschland ist diese direkte Verbindung von unschätzbarem Wert. Sie würde die für längere Zeit noch einzige, stets offene und bequeme Eisenbahnverbindung über die Alpen besitzen und schon dadurch die große Route vom Orient nach dem Norden Europas direkt durch Deutschland leiten, auch durch die Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Verbindung über Ancona und Brindisi wesentlich dazu beitragen, den Aktiv- und Passivhandel des Deutschen Bundes mit dem Orient zu beleben und zu entwickeln. Sie würde diesen Handel bei der vollen Übereinstimmung der italienischen und deutschen Handelsinteressen von allen überflüssigen und kostspieligen Verwicklungen, sowie von der Gefahr, durch die feindliche Handelspolitik Österreichs in seiner Entwicklung gehemmt oder völlig gelähmt zu werden, befreien. Weit wichtiger aber als die künftige Blüte der deutsch-orientalischen Handelsbeziehungen erscheint vom Standpunkt der Politik einer deutschen Großmacht aus die direkte, durch kein Zwischenglied gesperrte Verbindung des großen deutschen Bundesstaates mit dem Königreich Italien. Es darf künftig nach hergestellter Einheit Italiens mit höchster Wahrscheinlichkeit ein dauernd inniges politisches Verhältnis dieses Königreichs zu Deutschland vorausgesetzt werden, da Italien sich nach kurzer Frist gewiß der ihm überaus lästigen und seinen berechtigten nationalen Aspirationen widerstrebenden französischen Bevormundung zu entziehen und seine volle Selbständigkeit dadurch, daß es auf den deutschen Bundesstaat sich stützt, sicherzustellen suchen wird. Italien ist handelspolitisch der Konkurrent Frankreichs für sehr wesentliche Industriezweige auf dem deutschen Markt. Politisch wird es der Rival der französischen Herrschaft im Mittelmeer sein. Sollten je die Beziehungen des künftigen deutschen Bundesstaates zu Frankreich ernstlich gefährdet werden, so kann Italien Deutschlands wertvoller Bundesgenosse zu Lande und zur See sein, sobald es direkt an den deutschen Bundesstaat grenzt. Im Hinblick auf die hohe Wahrscheinlichkeit eines solchen Bündnisses bei dem hohen Interesse, welches Italien fortan hat, der Gefahr französischer Übermacht und Herrschaft auf dem Kontinente entgegenzuwirken, wird schon die Aussicht auf ein deutsch-italienisches, gegen Frankreich gerichtetes Bündnis dahin wirken, die französischen Forderungen Deutschland gegenüber in vernünftigen Schranken zu halten und so die Dauer friedlicher und freundlicher Beziehungen der drei Nationen zu sichern.

Die Gefahr eines möglichen Bündnisses Italiens mit Frankreich wird dagegen für Deutschland nicht wesentlich erhöht, auch wenn durch

Einverleibung Tirols Italien fortan direkt an den deutschen Bundesstaat angrenzen wird. Die Bergfeste Tirol wird selbst gegen sehr überlegene Truppenmassen lange Zeit hindurch mit geringen Kräften gehalten werden können und daher voraussichtlich bei der eminenten Schnelligkeit der heutigen militärischen Operationen längst eine Entscheidung Frankreich gegenüber herbeigeführt sein, ehe die italienischen Streitkräfte die Bergpässe bewältigt haben.

1870—1878.

Eisenbahnwesen und wirtschaftliche Krisis.

Aus den in den Generalversammlungen der Rheinischen Eisenbahngesellschaft erstatteten Jahresberichten.

1. 1870 Mai 31. — Wir haben es wiederholt ausgesprochen, daß wir den Verkehr der Rheinlande und Westfalens für groß genug und für hinreichend entwicklungsfähig halten, um die drei bestehenden großen Eisenbahnunternehmungen*) zu alimentieren und allen dreien eine ganz befriedigende Rentabilität des verwendeten Kapitals zu sichern. Ja, mit Rücksicht auf die ungemein rasche Steigerung der Produktion im Ruhrgebiete und mit Rücksicht darauf, daß der rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohleninindustrie auf dem freien Weltmarkt noch eine fast ganz unerschlossene Quelle der Prosperität offen steht, glauben wir, daß für die rheinisch-westfälischen Bahnen die Aussichten für die Zukunft so günstig liegen, wie für die Eisenbahnen irgend einer anderen Provinz unseres Landes. — Wir würden es aber in hohem Maße als volks- und staatswirtschaftlich falsch beklagen, wenn das Bedürfnis der Konkurrenz, welches bald in allen großen Zentren des Verkehrs unwiderstehlich empfunden werden wird, zur Bildung neuer kleiner und deshalb ohnmächtiger, weder dem Interesse der Industrie noch dem Interesse des Staates entsprechender Gesellschaften führen sollte. Es würde in diesem Falle wahrscheinlich auf engem Gebiete eine vorübergehende, künstlich hervorgerufene, extreme Konkurrenz sich, wie in England, durch endliche Verschmelzung der kleinen Gesellschaft mit der großen, also durch gänzliche Beseitigung der Konkurrenz, lösen. Ein solcher Entwicklungsgang würde, wenn, wie in England, feste Prinzipien für die Konzessionierung neuer Linien fehlen und nur die augenblickliche Stimmung der Börse und des Parlaments neue Projekte entweder wie Pilze aus der Erde treiben oder vorübergehend fast gänzlich

*) Die Rheinische, die Köln-Mindener und die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft, von denen die letztere unter staatlicher Verwaltung stand.

zurückhalten würde, in Zeiten der stürmischen Spekulation eine Menge unproduktiver, durch kein wirkliches Bedürfnis gebotener Linien ins Leben rufen, welche, mit besser berechtigten Linien zusammengeworfen, dennoch früher oder später von den Hauptbahnen absorbiert werden müssen, um eine zu lästige und ruinierende Konkurrenz zu beseitigen. —

Wir halten es für ein großes Glück, daß in unserem Vaterlande auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ein gesunderer Gang der Entwicklung vorgewaltet und, wenige Ausnahmen abgerechnet, bisher nur Fusionen von Teilen einer an sich zusammengehörenden Linie herbeigeführt, nirgends aber noch mit Absicht und Bewußtsein das Ziel verfolgt und erreicht hat, Konkurrenzen, welche zur Anspannung der Kräfte, zur Erzielung des Maximums der Leistungen und zum Schutze der freien Disposition der Personen und Güter so segensreich wie notwendig sind, zu beseitigen. Aus diesem entgegengesetzten Entwicklungsgange haben sich in Deutschland nach und nach für die diversen großen Verkehrsgebiete langgestreckte, weitverzweigte konkurrierende Linien in den Händen mächtiger Gesellschaften organisch herausgebildet, welche successive die keiner Selbständigkeit fähigen Mittelglieder in sich aufnehmen, aber keine Fusion anderer zu selbständigem Leben fähigen konkurrierenden Systeme anstreben. Wir würden es in hohem Maße im allseitigen Interesse beklagen, wenn dieser durchaus gesunde Gang der Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens unterbrochen, wenn die Fusionierung großer Konkurrenzlinien mit Zustimmung der Staatsregierung angestrebt werden sollte. Wir halten es vielmehr für die Aufgabe einer gesunden und vorschauenden Eisenbahnpolitik, wenn von Staats wegen der unseres Erachtens falschen Tendenz zur Fusion zum Zwecke der Beseitigung der Konkurrenz dadurch wirksam und entscheidend entgegengetreten wird, daß große Linien unter Staatsverwaltung den von Aktiengesellschaften verwalteten Linien mitbewerbend zur Seite treten. Faktisch sehen wir in Preußen durch glückliche Fügung eine unseres Erachtens durchaus rationelle und die Befähigung zu großer Entwicklung in sich schließende Gruppierung der Eisenbahnlinien teils vollendet, teils in fortschreitendem Werden. Es bedarf nur noch der Fusionierung der Potsdam-Magdeburger Bahn mit der Bergisch-Märkischen, und eine unterbrochene Linie von Staatsbahnen, resp. von unter Verwaltung des Staates stehenden Bahnen, führt von der russischen Grenze bei Eydtkuhnen über Berlin nach der belgischen Grenze bei Herbesthal; von Hamburg, Bremen und Ostfriesland nach Frankfurt a. M., und über Gießen, Frankfurt, Bingen nach der französischen Grenze bei Saarbrücken; von Berlin über Breslau nach der österreichischen Grenze. Die Staatsregierung ist somit schon heute in der Lage, nach allen Richtungen durch

die Macht der eigenen Initiative und des Beispiels anregend und regulierend auf die Privatbahnen zu wirken, berechtigte Konkurrenzbestrebungen zu fördern und extremen entgegenzutreten. Eigene Initiative und Beispiele werden sich wirksamer und fördernder erweisen, als alle Reglements und als selbst schärfste Wahrnehmung des Rechtes der Oberaufsicht und der Normierung der Fahrpläne und Tarife, welche in ihrer praktischen Ausführung leicht über das Ziel hinausschießen und die den Privatbahnen zum Wohle des Ganzen unentbehrliche Freiheit der Bewegung zu sehr einengen. Die Privatbahnen haben unter diesem System gemeinsam mit den Staatsbahnen die Aufgabe, überall die Quellen der Produktion zu erschließen, mit scharfem Auge die bestehenden und werdenden Bedürfnisse ihrer Bahngebiete zu studieren und jedem sich als berechtigt manifestierenden Bedürfnisse der Industrie fördernd entgegenzukommen sowie, wenn möglich, den konkurrierenden Staatsbahnen in der Ökonomie des Betriebes wie in der engen Anschmiegung an die Lokalbedürfnisse einen Schritt voraus zu sein. Sie haben ferner gemeinsam mit den Staatsbahnen die Aufgabe, durch die ihnen zu Gebote stehende Organisation für Bau und Betrieb mit dem möglichst geringen Kostenaufwande diejenigen Zweigbahnen, deren Zweckgemäßheit in ihrem Bahngebiete sich manifestiert, successive herzustellen und dadurch dem mit unnützem und vom volkswirtschaftlichen Standpunkte durchaus ungerechtfertigtem, unproduktivem Kostenaufwand verbundenen Bau kleiner nur scheinbar selbständiger Bahnen vorzubeugen. Erfüllen Staatsbahnen und Privatbahnen nebeneinander und gegenseitig sich anregend und ergänzend die ihnen gestellte Aufgabe, so wird bei diesem System die höchstmögliche Leistung im Interesse der Gesamtheit erzielt werden. Mißversteht einer der Faktoren seine Aufgabe oder waltet bei der Staatsregierung und Volksvertretung die Tendenz vor, die Eisenbahnen in den Händen des Staates zu konzentrieren, so wird unseres Erachtens bald an der Stelle gegenseitiger Anspannung eine Erschlaffung der Kräfte und, und unter dem Druck eines gewaltigen Monopols, wie es bei den in den Händen des Staates konzentrierten Eisenbahnverwaltungen allmählich zur Geltung kommen müßte, eine tiefgreifende Lähmung der schöpferischen Kräfte, überhaupt der energischen Initiative der einzelnen, auf dem Gebiete des Volks- und Staatslebens Platz greifen.

2. 1873 Mai 29. — Soll die Selbstverwaltung der deutschen Privateisenbahnen fortan ungeschmälert erhalten werden, so ist es an der Zeit, die bisherige Organisation des deutschen Eisenbahnvereins in bezug auf die dem Deutschen Reiche angehörigen Eisenbahngesellschaften zu ergänzen resp. zu modifizieren und künftig das bisherige Erfordernis der

freien Übereinstimmung aller Glieder des Vereins für die Gültigkeit eines Vereinsbeschlusses fortfallen zu lassen.

Die deutschen Privateisenbahngesellschaften können und werden nur dann dem lauter und lauter erschallenden Rufe nach Staatsbahnen und nach Verwaltung der Eisenbahnen durch den Staat (welchen Ruf wir für eines der das Gemeinwohl arg bedrohenden Losungsworte der Gegenwart halten) mit Erfolg dauernd widerstehen, wenn sie in der Lösung ihrer Aufgaben nicht hinter den Staatsbahnen zurückbleiben, sondern diese Lösung womöglich im engen Bunde mit denselben anstreben.

Das finanzielle Interesse der Staaten schützt die Privatbahnen dagegen, daß die Verwaltungen der Staatsbahnen, extremen und einseitigen Wünschen und Anschauungen huldigend, die finanzielle Seite zu sehr außer acht lassen und dem steuerzahlenden Publikum zu schwere Opfer zugunsten des verkehrtreibenden Publikums auferlegen werden. Auch die Verwaltungen der Staatsbahnen werden, im Verein mit den Verwaltungen der Privatbahnen und durch gemeinsamen freien Beschluß, zu allen wünschenswerten Neuerungen und Verbesserungen leichter und erfolgreicher die Initiative ergreifen können, als wenn diese Verbesserungen vorzugsweise an den Fortschritt der Gesetzgebung im Deutschen Reiche oder in den Einzelstaaten gebunden werden. —

Für eine Vereinfachung der Tarife und eine leichtere Übersichtlichkeit derselben würde es am wirksamsten sein, wenn das preußische Handelsministerium, nachdem es die Bedingungen und die Grenzen der wünschenswerten Vereinfachung der Klassifikation durch umfassende Erörterungen in seinem Schoße klargestellt haben wird, durch geeignete Organe darauf hinwirkt, daß zunächst die preußischen Eisenbahnverwaltungen einer als so zweckmäßig wie wünschenswert erkannten Reform der divergenten Klassifikation der Güter freiwillig Raum geben. —

Infolge der so überaus günstigen Konjunktur für die Produktion von Kohlen und Eisen sind in den Städten des Ruhrreviers die Preise des Grundeigentums auf eine Höhe emporgeschnellt, welche alle Voranschläge über den Haufen wirft. — Zu diesen enormen Mehrkosten treten um ein Drittel bis zur Hälfte erhöhte Arbeitslöhne und eine entsprechende Verteuerung aller übrigen dem Eisenbahnbau dienenden Materialien.

Wir können an eine lange Dauer so ganz abnormer Verhältnisse nicht glauben, sondern nehmen an, daß, nachdem der Einfluß der französischen Milliarden und der in der gewonnenen politischen Sicherheit wurzelnden fast schrankenlosen Unternehmungslust auf die Entwicklung

der deutschen Industrie erschöpft sein wird, die früheren normalen Verhältnisse sich annähernd, jedoch nicht ganz, wieder herstellen werden.*)

Eine gewisse Steigerung des Wertes des Grundeigentums in den Industriebezirken sowie eine ansehnliche Steigerung der Arbeitslöhne dürfte als dauerndes, die Konkurrenz der deutschen Industrie im Auslande sehr erschwerendes Resultat der plötzlichen Milliardeneinströmung sich ergeben, und bis zur Wiederherstellung eines gesunden Gleichgewichtes der gesellschaftlichen Kräfte dürfte noch manche unerquickliche gewaltsame

*) Auf den Unsegen der französischen Milliarden kam Mevissen in dieser Zeit wiederholt zurück. 'Das Deutsche Reich', schrieb er am 3. Oktober 1873 aus Wien, 'wird noch lange an den Nachwehen der Milliarden leiden, und wir werden uns glücklich schätzen können, wenn wir ohne eine gar zu tiefgehende Krise die Milliardenflut überstehen.' Geradezu unverständlich war ihm die 'naive Selbstgenügsamkeit' des Finanzministers O. Camphausen in dieser Zeit. 'Die Folgen der üblen Verwendung der Milliarden treten scharf hervor. Das Deutsche Reich wird die Sünden des Finanzministers schwer büßen, der die Nation gezwungen hat, ihrer Natur entgegen den Verschwender zu spielen. Es ist unbegreiflich, daß Finanzminister und Volksvertretung eines großen Reiches mit solcher Kurzsichtigkeit, wie geschehen, haben operieren können.' (1873 September 30). 'Mehr Furcht als Österreichs finanzielle Zustände flößen mir die des großen Verschwenders der Milliarden, des Deutschen Reiches, ein. Schon jetzt, noch inmitten der Geldfülle, findet sich die Preußische Bank veranlaßt, den Diskont zu erhöhen, um das Gold im Lande zurückzuhalten — ein Resultat, welches nur durch eine gewaltige Krise, durch ein sehr tiefes Sinken aller Werte herbeigeführt werden kann.' (1874 Oktober 4). — Dem ihm nahe befreundeten Präsidenten der Reichsbank, v. Dechend, äußerte er am 9. August 1876 seine Freude über die glückliche Entwicklung der Reichsbank und fügte hinzu: 'Ist erst der Giroverkehr in der von Ihnen so genial aufgefaßten Weise an allen Hauptplätzen des Reiches ins Leben getreten, so bietet sich als ein weiteres segensreiches Feld für die Tätigkeit der Reichsbank die Zentralisation und Verwaltung der Bestände der Sparkassen, Hilfskassen, Pensionskassen, Versicherungskassen usw. Das mächtige Institut der Reichsbank bietet für die Verwaltung des Sparkassengeldes die sicherste Gewähr, verbunden mit der größten Einsicht und Sachkenntnis, bei der unvermeidlichen, festen Anlage eines großen Teils des Sparkassengeldes in zinstragenden Staats- und anderen Wertpapieren. Die politischen Fehler und Sünden, welche bei Anlage und Verwendung der Milliarden gemacht worden sind, können durch die Zentralisation der Gelderanlage dieser Kassen bei der Reichsbank zu großem Teil wieder gutgemacht werden, wenn statt einer obligatorischen Anlage von Staatspapieren des eigenen Staates (wie das in Frankreich gesetzliche Vorschrift) die Reichsbank die Anlage nach eigenem Ermessen und je nach wechselnder politischer Strömung in fremdem oder Reichspapier bewirken würde.'

Schwankung und Störung unserer Industrie bevorstehen. Die Erfahrung, daß die erhöhten Arbeitslöhne dem Arbeiter, dem die nötige Selbstbeherrschung mangelt, nicht zu dauerndem Vorteile gereichen, und daß dieselben im großen und ganzen nur zu oft nicht zu Ersparnissen und zur Sicherstellung der Zukunft, sondern zu kurzsichtiger Verschwendung und zu einer beschränkten Arbeitsleistung führen, werden der Staatsregierung die Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen und anderer Institutionen nahelegen, selbst wenn diese Einrichtungen von einer gewissen Bevormundung der arbeitenden Klassen unzertrennlich sein sollten. Die ideale Hoffnung, daß die eigene freie Initiative dieser Klassen die ihre Zukunft sichernden Institutionen ins Leben rufen werde, dürfte gerade die Gegenwart, die durch hohe Löhne den Arbeitern scheinbar so günstig ist, als illusorisch erweisen. Zum vernünftigen Gebrauch des Erwerbs gehört die Einsicht in die Notwendigkeit freiwilliger Selbstbeschränkung. Diese Einsicht geht, wenn sie wirklich in einer Periode des Druckes gewonnen sein sollte, bei dem für das tägliche Bedürfnis schaffenden Arbeiter rasch wieder verloren, wenn nicht obligatorische Institutionen diese Einsicht lebendig erhalten. So wenig eine noch so große Börsenkalamität auf lange Dauer hinaus die Börse vor der Wiederkehr des Schwindels bewahrt, sobald dem Schwindel die Schleusen geöffnet werden, so wenig und weniger noch wird es möglich sein, den der eigenen ungenügenden Einsicht überlassenen Arbeiter vor dem ungeeigneten Gebrauch rasch vorübergehender günstiger Konjunkturen zu bewahren. In ersterem Falle ist nach Kräften rechtzeitig auf Verschluß der eröffneten Schleusen, in letzterem auf eine obligatorische Rücklage eines Teiles des Lohnes von seiten der Staatsregierung hinzuwirken (vgl. Bd. I, 705 Anm. 4).

3. 1874 Juni 10. — Die seit der Mitte des Jahres 1873 nach dem übermäßigen Aufschwunge der Spekulation und der Industrie eingetretene intensive Reaktion ist bis heute noch im Fortschreiten begriffen und wird schwerlich schon im laufenden Jahre ganz zum Abschlusse gelangen und einem neuen Aufschwunge die Bahn ebnen.

Der stolze Traum, daß die Verkehrsverhältnisse und die Löhne aller Arbeit im Deutschen Reiche plötzlich eine dauernde, ganz ungemeine, alle bisherigen Verhältnisse weit hinter sich zurücklassende Steigerung erfahren könnten, erweist sich als eine bedauernswerte, alle Interessen der Nation schwer schädigende Illusion. Die in der Periode der Gründungen auf fast allen Gebieten der Industrie maßlos emporgeschnellte industrielle Produktion, bei zu gleicher Zeit sehr gesteigertem Import, hat eine Überproduktion und dadurch ein ungesundes Anschwellen der Warenlager zur

Folge gehabt. Die unvermeidliche Reaktion gegen diese maßlose Überproduktion äußert sich zur Stunde in einer sehr akuten Einschränkung der Produktion, in starker Verminderung des Imports, in einem starken Fallen der Preise und einem Sinken der Löhne.

Leider ist die deutsche wirtschaftliche Bewegung durch die von außen plötzlich eingeströmte Geldfülle und durch die infolge massenhafter Kündigung von Staatsschulden dem Kapitalmarkte zugeführten Kapitalien, welchen sich nicht sofort eine nützliche und gesunde Anlage im Inlande darbot, vielfach in das verderbliche Extrem wilder, der gesunden Basis entbehrender Spekulation hineingeraten, und infolge dieses Extrems werden heute selbst diejenigen Kreise unseres Volkes, welche in der Schwindelperiode dem Schwindel direkt ganz ferngeblieben sind, dennoch von den verderblichen Wirkungen dieses Schwindels erfaßt und in starke Mitleidenschaft gezogen. —

Nach der tollen Schwindelperiode, welche das Deutsche Reich jüngst erlebt hat und die, über Nacht alle naturwüchsigen Verhältnisse umkehrend, der maßlosesten Spekulation und Produktion ein unbegrenztes Feld eröffnete, kann nur eine starke Reaktion auf dem weiten Gebiete des wirtschaftlichen Lebens wieder gesundere Zustände herbeiführen und dem deutschen Volke es wieder zum vollen Bewußtsein bringen, daß nur aus stetiger und fleißiger Arbeit, aus Erziehung und harmonischer Ausbildung aller schaffenden Kräfte wirkliche, dauernde Fortschritte hervorgehen. Die unvermeidliche Reaktion hat nicht allein die wie Seifenblasen aufgeblähten Pilze des Schwindels zum großen Teile wieder weggefegt, sondern leider auch in den Kreisen, welche ihrem Berufe nach aller Spekulation streng fernbleiben müssen, sehr zahlreiche Opfer gefordert. In den Kreisen der Arbeiter hat die Schwindelperiode durch excessiv hohe Löhne die Bedürfnisse weit über das frühere Maß hinaus gesteigert und vielfach demoralisierend gewirkt.

Wie verschwenderisch das deutsche Volk im großen und ganzen in den letzten drei Jahren gelebt hat, dafür weisen die Ein- und Ausfuhrlisten sehr beredte Zahlen auf. Dennoch dürfen wir zuversichtlich hoffen, daß die großen Massen der deutschen Arbeiterbevölkerung, von dem Rausche der jüngsten Vergangenheit, der trügerische Hoffnungen und Erwartungen anregte, ernüchtert, fortan ihren gesunden Kern in freudiger, ausdauernder Arbeit wieder hervorkehren und durch tüchtige Leistungen den deutschen Handel befähigen werden, der gesteigerten Produktionskraft neue Absatzwege durch Export zu eröffnen.

Tritt an die Stelle der sinnlosen Verschwendung und der gehäuften blauen Montage wieder strenge Sparsamkeit und ernste Arbeit, tritt dadurch beschränkter Einfuhr gesteigerte Ausfuhr zur Seite, so werden

in nicht zu langer Frist die Wunden, die die große Krise der Gegenwart geschlagen hat und der nächsten Zukunft noch zu schlagen droht, vernarben und die demoralisierenden Säfte, welche der Schwindel zugeleitet, wieder aus dem Körper des deutschen Volkes ausgeschieden werden. —

Die seit einer Reihe von Jahren in Preußen in bezug auf die Konzessionen neuer Eisenbahnen ohne Widerspruch seitens der Landesvertretung leitend gewesenen Grundsätze, welche in der Anschauung wurzelten: „Es können nicht Eisenbahnen genug im Lande gebaut werden. Wie die Gelder zu den Bauten beschafft, ob die Unternehmungen mehr oder wenig ökonomisch ausgeführt werden, ist Nebensache und Sache der Unternehmer", haben in der großen Krisis des Vorjahres eine empfindliche Korrektur erfahren.

Die Enthüllungen der Eisenbahnuntersuchungskommission[1]) machten die Börse und die Kapitalisten stutzig; die soliden Unternehmungen wurden vielfach ohne Unterscheidung mit den unsoliden in einen Topf geworfen, und die Unrentabilität einiger neu gegründeter oder älterer, im Laufe der Jahre mit neuen mit enormem Kostenaufwande gebauten und dabei nur mäßige Quellen des Verkehrs erschließenden Strecken belasteter Eisenbahngesellschaften warf ihren Schatten auf die Gesamtheit. Mußte noch vor kurzem dem Schwindel und der zu sanguinen Auffassung entgegengetreten und die Unmöglichkeit der Verwirklichung überschwänglicher, auf eine Treibhausblüte der Industrie gestützter Hoffnungen und Erwartungen scharf betont werden, so ist heute dagegen ebenso entschieden vor einer ganz ungerechtfertigten, das gute und das schlechte, das rentable und das unrentable Unternehmen unterschiedslos in einen Topf werfenden Entmutigung zu warnen. Noch heute bieten wie früher die deutschen Eisenbahnen im ganzen und großen eine durchaus solide und rentable Kapitalanlage. Die ganz extraordinären Einflüsse, welche alle Löhne und Materialien vorübergehend weit über daß Maß der dauernd gegebenen Verhältnisse hinaus emporgeschnellt haben, haben ihre Wirkung erschöpft; alles kehrt nach schwerem Rausche wieder in das gewohnte Geleise zurück. Löhne und Materialien sinken wieder auf das Niveau früherer Jahre. Abgesehen von einer als Resultat der Schwindelperiode wohl dauernd bleibenden Erhöhung der festen Gehälter und von einer in dem andauernden Zuströmen der Landbevölkerung zu den Städten begründeten fortdauernden Steigerung des Wertes des Grundeigentums in den Städten, wird die Höhe der Betriebs- und Baukosten künftig wieder vor allem

[1]) Vgl. Band I, Kap. 19; es handelt sich um die durch den Abgeordneten E. Lasker im Februar 1873 angeregte Enquête.

von den größeren oder geringeren Anforderungen der Oberaufsichtsbehörde abhängig sein. Von dieser darf erwartet werden, daß sie die Resultate der letzten Jahre eingehend würdigen und unberechtigte oder für die gegebenen Verhältnisse zu weit gehende Anforderungen der Gemeinden und der Industrie in die gebührenden Schranken zurückweisen wird. Für einen ökonomischen Betrieb halten wir insbesondere eine, wie wir glauben, zunächst durch die kurzatmige exzessive Steigerung der industriellen Produktion hervorgerufene falsche Strömung der Gegenwart für bedenklich, welche dahin zielt, die Lage der unteren Klassen der Arbeiter resp. Beamten finanziell in einem das Maß der dauernd gegebenen Mittel übersteigenden Verhältnisse plötzlich generell zu verbessern. Die Löhne in einem Lande stehen in ihrer Gesamtheit in bestimmten Verhältnissen, welche sich dauernd weder durch eine rasch vorübergehende starke Nachfrage der Industrie nach Arbeitern für einen einzelnen Gewerbszweig, noch durch Verfügungen einer Eisenbahnverwaltung ändern lassen. Wird z. B. der Tagelohn durch eine vorübergehend ungemein starke Nachfrage der Industrie nach Arbeitern, oder der Lohn eines Bahnwärters, Weichenstellers usw. in einem Bahngebiete, wo der Tagelohn in der Regel 12 bis 15 Sgr. beträgt, durch eine dieser Tatsache keine Rechnung tragende Verfügung plötzlich auf 20 bis 30 Sgr. pro Tag erhöht, so ist die notwendige Folge ein Zudrängen der großen Masse zu der industriellen Beschäftigung und zu den Eisenbahnposten. Der Gutsbesitzer, welcher, ohne sich zu ruinieren, dem Vorgange der Industrie oder einer vom grünen Tische aus ergangenen Verfügung einer Eisenbahnverwaltung nicht folgen kann, sieht sich plötzlich von einer großen Zahl seiner Arbeiter verlassen und begegnet bei den bleibenden einer so intensiven Mißstimmung, daß ihm die Lust an seinem Gewerbe, welches doch in Wahrheit das Hauptgewerbe der Nation bildet und welches wichtiger als alle anderen ist, ganz verleidet wird; dauert ein solcher Zustand länger, so ist sein Ruin und eine Öde statt Kulturlandes die unausbleibliche Folge.

Selbst in der gesegneten Rheinprovinz ist es in den letzten Jahren an einigen Orten wahrgenommen worden, daß die dem Ackerbau entzogenen Kräfte sich massenhaft dem Eldorado der Industrie zuwandten, die Preise des Landeigentums und die Pacht sanken, und an einzelnen Stellen sollen früher kultivierte Flächen aus Mangel an Händen vorübergehend wieder kulturlos geblieben sein.

Leider hat nach solchen Vorgängen selbst eine Krise, wie die heutige, keine schnelle Remedur im Gefolge. Der Ackerbauer, welcher einmal zur Industrie übergegangen ist, hat sich ganz neue Bedürfnisse angewöhnt, alle seine alten Lebensgewohnheiten geändert; er kehrt selten oder nie zum

Ackerbau zurück, sondern wandert aus, wenn die industrielle Krise dauert, und sucht in einem fremden Lande eine neue Heimat. Die plötzliche unverhältnismäßige Erhöhung des Lohnes einer bestimmten Klasse der Bevölkerung in einem bestimmten Gewerbe hat zudem nicht eine solidere, fleißigere Arbeit, sondern in der Regel nur eine rasche Demoralisation im Gefolge. Ganz dasselbe Resultat, wie eine mit den Verhältnissen der übrigen Lohnarbeiter nicht harmonierende Steigerung des Gehaltes der Bahnwärter, Weichensteller usw., hat eine übermäßige Verkürzung der Arbeitszeit für diese Beamten. Wenn von 12 Stunden nomineller Tätigkeit dem Bahnwärter oder dem Schaffner usw. so viele Stunden ganz frei bleiben, so ist das Diktat, daß so gestellte Beamten in keinem Falle länger als 12 Stunden Dienst haben sollen, in hohem Maße bedenklich. Die betreffenden Personen gewinnen gegen ihre sonstige Lebensgewohnheit die doppelte freie Zeit, und diese freie Zeit wird nur zu oft dem Wirtshause zugewandt und dadurch die Existenz der Familie und die eigene Moral untergraben. Unserer Überzeugung nach involvieren einzelne der in den letzten Jahren bei diversen Eisenbahnverwaltungen eingetretene generelle Modifikationen in bezug auf Höhe der Gehälter der unteren Beamtenklassen und auf Beschränkung der Dienstzeit behufs Herbeiführung größerer Sicherheit im Betriebe gerade die höchste Gefahr für diese Sicherheit. Es wäre äußerst interessant, wenn die Eisenbahnverwaltungen die Statistik der durch Nachlässigkeit, Trunkenheit usw. im Laufe der letzten fünf Jahre bei den unteren Beamtenklassen verursachten Unglücksfälle und Störungen im Betriebe, zugleich mit den jeweiligen Gehältern dieser Klasse von Arbeitern, zusammenstellen wollten. Es würde, wie wir glauben, aus einer solchen Statistik das vollkommen Illusorische der Steigerung der Sicherheit durch über das Maß der gegebenen Verhältnisse hinausgehende Löhne oder zu sehr verkürzte Arbeitszeit klar erhellen.

Wir glauben, daß die Löhne einer Gegend ein Ganzes bilden und daß die Erhöhung einzelner Kategorien materiell und geistig um so schlechter wirken muß, je weniger die Möglichkeit da ist, sie dauernd aufrecht zu erhalten oder die übrigen Klassen auch derselben teilhaftig zu machen. Der wirkliche Fortschritt, dem auch wir von ganzem Herzen zugetan sind, besteht nicht in einer plötzlichen, gar keine Garantie der Dauer in sich tragenden, sondern in einer harmonischen, allmählichen, langsamen, dauernden Steigerung der Löhne, der Genüsse und häuslichen Einrichtungen, der Fertigkeiten und der Bildung der arbeitenden Klassen. Jedes Extrem rächt auf diesem Felde sich bitter. Die plötzliche Erhöhung der Löhne schlägt in ihr Gegenteil um, weil die Nation nur ein

bestimmtes Maß unter gegebenen Verhältnissen selbst zu konsumieren resp. zu bezahlen vermag und für den Rest ihrer Produktion auf den Export angewiesen ist. Export aber ist nur möglich, wenn besser und billiger als im Auslande produziert wird.

4. 1875 Juni 8. — Die Lage der deutschen Eisenbahnen im allgemeinen, namentlich in den industriereichen westlichen Provinzen, ist zurzeit eine ganz anormale. Während die Rheinische Eisenbahngesellschaft fast 25 Jahre hindurch, mit Ausnahme der Kriegsjahre 1866 und 1870, auf eine reguläre Steigerung ihrer Einnahmen um jährlich circa 10 Prozent rechnen durfte, ergibt schon das Jahr 1874 pro Meile nicht nur keine Steigerung, sondern einen wenn auch in mäßigen Grenzen sich haltenden Rückschritt gegen 1873, und für 1875 geht selbst die Hoffnung nicht auf einen Fortschritt, sondern nur auf Fernhaltung eines weiteren Rückganges pro Meile. —

Nachdem die rascheste Ausbildung des deutschen Eisenbahnsystems in den Jahren 1870 bis 1873 in einem die im Inlande vorhandenen produktiven Kräfte übersteigenden Maße von den Staatsregierungen wie von den Privateisenbahngesellschaften angestrebt und dadurch die Löhne aller Arbeit wie die Preise der meisten Bedürfnisse des Lebens gewaltsam emporgeschnellt wurden, hat seit dem Wiener Krach, seit der vom Hause der Abgeordneten veranlaßten, in weiten Kreisen übertriebene Besorgnisse verbreitenden Eisenbahnenquête und seit den sich unabläßig steigernden Anforderungen des Publikums und der Aufsichtsbehörden an den Bau und Betrieb der Eisenbahnen das Kapital sich von den Eisenbahnunternehmnngen gänzlich abgewandt, und zur Stunde begegnen selbst die notwendigsten Ergänzungen bestehender Netze einer unmotivierten ungünstigen Beurteilung der Börse.

Zahlreiche dem Bedarfe der Eisenbahnen dienende Etablissements wurden neugegründet und dadurch die produktiven Kräfte des deutschen Reiches auf diesem Gebiete unter dem Einflusse der Schwindelperiode 1870 bis 1873 mit hohem Kostenaufwande gegen die Jahre 1868 und 1869 maßlos gesteigert. Diese neugegründeten, sowie die in Mitleidenschaft gezogenen älteren Etablissements finden sich plötzlich einer Situation gegenüber, in welcher die Privateisenbahngesellschaften sich fast nur auf Vollendung der früher in Angriff genommenen Strecken beschränken und in welcher die Staatsregierungen den Bau von Staatsbahnen schon wegen Ermangelung der erforderlichen Vorarbeiten nicht so rasch und in solchem Umfange fördern können, daß dadurch ein Äquivalent gegen die erlahmende Privattätigkeit geboten würde. Namentlich die der

Verarbeitung des Eisens gewidmeten Etablissements finden im Inlande nur für einen Teil ihrer Produktion einen statt Gewinn Verluste bringenden Absatz, und eine durchgreifende Konkurrenz im Auslande, mit Belgien, Frankreich und England, scheitert teils am Mangel alter Verbindungen, teils am Mangel des erforderlichen Kapitals und an der Ungunst der deutschen Produktionsverhältnisse im Vergleiche mit den genannten Staaten. Der trostlosen Gegenwart steht für die dem Bedarfe der Eisenbahnen dienenden Eisenwerke die Aussicht auf eine trübe nahe Zukunft zur Seite.

Durch den unter dem Eindrucke einer ganz anderen Situation vom Reichstage gefaßten Beschluß, vom 1. Januar 1877 ab die Zölle auf diverse Eisenfabrikate ganz aufzuheben, wird der zurzeit für viele dieser Fabrikate noch überlegenen Konkurrenz des Auslandes der inländische Markt ganz erschlossen und das Ausland befähigt werden, den deutschen Markt auszubeuten und die schon so leidende deutsche Industrie an vielen Stellen vorübergehend zum Erliegen zu bringen. Belgien, Frankreich, Italien, Rußland und Amerika haben durch schützende Zölle ihrer Industrie den heimischen Markt gesichert und dieselbe dadurch befähigt, den Überschuß ihrer Produktion zu ungemein niedrigen Preisen ins Ausland zu vertreiben, so oft es gilt, in einer flauen Periode die Produktion der Etablissements auf normaler Höhe zu erhalten. Dem deutschen Produzenten sind diese Staaten durch die Schutzzölle fast verschlossen.

Die kritische Lage, in welcher ein großer Teil der deutschen Eisenindustrie sich bereits zur Stunde durch die den wirklichen Bedarf weit übersteigenden produktiven Kräfte, welche in den Jahren 1870 bis 1873 geschaffen wurden, befindet, wird voraussichtlich bis zum Jahre 1877 ihren mit dem Erliegen zahlreicher Werke endenden Höhepunkt erreichen. Die aus der Überproduktion der Vorjahre notwendig folgende Krise kann nicht umgangen, wohl aber in etwa gemildert werden, wenn jener vom Reichstage unter Voraussetzungen, welchen die heutige Lage schroff widerspricht, gefaßte Beschluß noch rechtzeitig modifiziert, das Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes auf einige Jahre hinausgeschoben und in der Zwischenzeit durch eine eingehende Enquête nochmals reiflich geprüft wird, inwieweit der deutsche Markt ohne großen Nachteil für die Gesamtheit der ausländischen Konkurrenz ohne alle Reziprozität freigegeben werden kann. — Gelingt es dem übermächtigen Auslande, durch größere Kapitalkraft und durch Beherrschung eines weiten, pekuniäre Opfer auf einzelnen Märkten ausgleichenden Absatzgebietes den deutschen Export in engen Grenzen zu halten und selbst eines Teiles des deutschen Marktes sich zu bemächtigen, so bedarf es nach bisherigen Erfahrungen im Deutschen Reiche einer

langen Frist, ehe der Kapitalist sich von den ihm zugefügten harten Schlägen erholt und den Mut zu neuen Unternehmungen gewinnt. In der Zwischenzeit schreitet die Ausbeutung des Inlandes durch das Ausland unaufhaltsam fort.

Die ausnahmsweise niedrigen, die Produktionskosten nicht deckenden Preise, zu welchen vorübergehend ausländische Etablissements den Überschuß ihrer Produktion auf den deutschen Markt werfen, schnellen empor, sowie das Ziel erreicht, die Konkurrenz lahmgelegt und die deutsche Produktion bis unter das Maß des deutschen Bedarfs reduziert ist. Der Vorteil überaus niedriger Preise, dessen sich die deutschen Konsumenten auf kurze Dauer erfreuen, wird mehr wie aufgewogen durch die Steigerung der Preise in den Jahren, in welchen die Produktion der inländischen Industrie, in ihrem Aufschwunge gewaltsam gehemmt, gegen die steigende Nachfrage des heimischen Marktes zurückbleibt. Ein Schwanken von dem Extrem der Überproduktion zum entgegengesetzten Extrem der ungenügenden Produktion wirkt für einzelne Industriezweige um so intensiver und verderblicher, je mehr dieselben vorwiegend nur auf den Markt des eigenen Landes angewiesen sind. Wenn es in Deutschland gerechtes Staunen erweckt, mit welcher Leichtigkeit Frankreich ohne Schädigung, ja unter Förderung seiner produktiven Kräfte die ihm auferlegten fünf Milliarden gezahlt und durch steigenden Export von Bodenerzeugnissen und Manufakten seine Metallzirkulation fortdauernd aufrecht erhalten hat, so fällt bei der großen Elastizität der französischen Industrie und bei der ungemein raschen Wiederansammlung der Kapitalkräfte die Tatsache schwer ins Gewicht, daß Frankreich durch seine beständigere, den inländischen Markt in maßvollen Grenzen schützende Handelspolitik vor den extremen Schwankungen, welche die deutsche Industie periodisch schwer geschädigt haben, mehr bewahrt geblieben ist. In England hat das angehäufte Kapital im Bunde mit dem Welthandel, der großen politischen Macht und der im Laufe langer Jahre erlangten großen Fertigkeit der industriellen Arbeiterbevölkerung die Schwankungen der industriellen Produktion gemildert. Im Vergleich mit Frankreich und Belgien waren die Krisen in den letzten Jahrzehnten in England jedoch weit akuter, und in neuester Zeit haben die zahlreichen Streiks und die infolge derselben starke Auswanderung der industriellen Bevölkerung die Zukunft der englischen Industrie in nicht unbedenklicher Weise gefährdet. Diese Gefahr wird gesteigert durch die übermäßige Entwicklung und Konzentration der Industrie in England und Schottland im Vergleich mit der Entwicklung des Ackerbaues, und im Laufe der Zeit drohen dem heute so blühenden Inselreiche wohl noch zahlreiche soziale Kämpfe und Zuckungen.

Die deutsche Industrie ist im Vergleich mit den übrigen Faktoren des Lebens noch nicht so unverhältnismäßig entwickelt wie in England. Möge die Weisheit der deutschen Reichsregierung und der Staatsregierungen dahin wirken, daß dieselbe in der gegenwärtigen schweren Krise vor allzu extremen Fluktuationen behütet und nach wiederhergestellten normalen Produktionsverhältnissen über alle Teile des Deutschen Reiches, soweit als dies die gegebenen natürlichen Unterlagen erlauben, möglichst gleichmäßig verbreitet werde! Die deutschen Eisenbahngesellschaften können zur Erreichung dieses Zieles sehr wesentlich mitwirken, namentlich dadurch, daß sie durch mäßige Tarife die Ausfuhr von Kohlen und Eisen erleichtern, sowie für Sendungen im Inlande auf weite Entfernungen den deutschen Markt den deutschen Produkten erschließen. —

Wir halten, wie wir dies schon in früheren Jahren entwickelten, das System ausschließlicher Staatsbahnen wie das System ausschließlicher Privatbahnen für eine gedeihliche Entwicklung des Eisenbahnwesens und des Verkehrs im Deutschen Reiche für gleich verderblich.

Bei dem System ausschließlicher Staatsbahnen in einem großen Reiche wird der Betrieb bald erschlaffen und, gestützt von der Omnipotenz des Staates, wird in Bälde eine maßlose Omnipotenz der Eisenbahnbeamten und der Eisenbahnämter fühlbar werden. Selbst da, wo zufällig eine exceptionelle geniale Persönlichkeit eine Zeitlang die Fäden des Verkehrs in mächtiger Hand konzentrieren und dadurch die Schwächen der zu weit ausgedehnten Staatseisenbahnverwaltung verdecken würde, wird der Fortschritt im Eisenbahnbau und -Betrieb stocken, wenn eine solche exceptionelle Persönlichkeit, welche vielleicht für kurze Jahre die Fähigkeit hat, ein so riesiges Unternehmen wie die Eisenbahnen eines großen Staates von einem Zentrum aus zu leiten, vom Schauplatz verschwindet und einem Durchschnittsmenschen Platz macht, dem die riesige Aufgabe bald über den Kopf wächst. Bei der im raschen Wachsen begriffenen Macht der großen parlamentarischen Versammlungen wird zudem die Staatseisenbahnverwaltung sich von Jahr zu Jahr dem bestimmenden Einflusse der politischen Tagesströmungen weniger entziehen können und mehr und mehr verlernen, den Blick lediglich auf die Entwicklung des Verkehrs im Interesse der Gesamtheit zu richten. Schon jetzt tritt in manchen Ländern, in welchen der Betrieb der Eisenbahnen ausschließlich in den Händen des Staates liegt, das Bestreben der Parlamente scharf hervor, mehr und mehr direkt und indirekt in die Verwaltung der Eisenbahnen einzugreifen.

Der Betrieb der Eisenbahnen in einem großen Staate ausschließlich durch Privatgesellschaften hat andere kaum weniger hoch anzuschlagende

Schattenseiten. Die Verwaltungen der Eisenbahnen, von der wirksamen kontrollierenden Konkurrenz der Staatseisenbahnverwaltungen befreit, werden bald sich ihrer zu wenig beschränkten Macht bewußt werden und in einseitige Richtungen hineingeraten. Statt dem Verkehr mit allen Kräften zu dienen und sich seinen wechselnden Bedürfnissen nach Möglichkeit anzupassen, werden sie, in wenige große Verwaltungen konzentriert, sehr bald dem Verkehr gewaltsam Bedingungen diktieren, wie sie dem finanziellen Egoismus der Gesellschaften oder den Launen und den Interessen ihrer leitenden Mitglieder entsprechen. Die in der Regel durch die Macht des Kapitals zur oberen Leitung der großen Eisenbahngesellschaften gelangenden Vertreter mächtiger Geldinstitute und Bankhäuser werden mehr und mehr die Teilnahme an der oberen Eisenbahnverwaltung auf eine fest geschlossene Kaste zu beschränken und diese Verwaltung selbst gewissermaßen zu einem Monopol auszubilden bemüht sein. Die Beschränkung in der Wahl der leitenden Personen wird oft die tüchtigsten Kräfte fernhalten, der enge, nur dem jeweiligen finanziellen Interesse zugewandte Blick die Lösung der den Eisenbahngesellschaften im öffentlichen Interesse obliegenden Aufgaben erschweren.

Das gemischte System der unter wesentlich gleichen Bedingungen konkurrierenden Staats- und Privatbahnen ist unserer Überzeugung nach für das Deutsche Reich dasjenige, welches die größten Leistungen im Bau und Betrieb sichert und gleicherweise gegen Erschlaffung wie gegen Omnipotenz der Staatsverwaltungen und der Privatverwaltungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens schützt. Dieses gemischte System läßt dem Staate die volle Freiheit der befruchtenden Initiative und die Freiheit, die Privattätigkeit auf das jeweilig als zweckmäßig und förderlich anerkannte Maß zu begrenzen. Dasselbe fordert nur, daß die Staatsregierung, auf hoher Warte stehend, in gleichem Maße die berechtigten Interessen der Kapitalisten, welche ihr Kapital den Eisenbahnunternehmungen anvertrauen, und die öffentlichen Interessen, denen die mit diesem Kapital gebauten Bahnen dienen sollen, würdige und stetig dahin wirke, daß die so gefährlichen Extreme im Baue wie im Betriebe möglichst vermieden werden.

5. 1877 Juni 28. — Die für die vaterländische Industrie so bedenkliche, unserer Überzeugung nach mit den Tatsachen nicht im Einklange stehende Anschauung, wonach die Konsumenten dauernd am wohlfeilsten kaufen, wenn die Konkurrenz des Auslandes von jeder Schranke befreit wird, übersieht, daß diese Konkurrenz durch die ihr zu Gebote stehende überlegene Kapitalkraft neben günstigeren Produktionsbedingungen in den

Stand gesetzt wird, in einer Periode der Krise konkurrierende inländische, unter sehr mäßigem Schutze erblühte Industriezweige ganz unproduktiv zu machen und durch Kapitalverluste zum Teil zu ruinieren. Der teilweise Ruin der inländischen Industrie hat in einem solchen Falle für die Konsumenten nach vorübergehendem Sinken eine länger dauernde Steigerung der Preise im Gefolge. Die Differenz zwischen vorübergehend und dauernd niedrigeren Preisen wird sich z. B. bis zur Evidenz ergeben, wenn in der gegenwärtigen Krise ein erheblicher Teil der Eisenwerke der Rheinlande und Westfalens zum Erliegen kommen sollte. Ein mäßiger Schutz würde in Perioden der Krise die ruinierende Konkurrenz des Auslandes erschweren, die Preise vielleicht vorübergehend um ein Geringes verteuern, zugleich aber das Vertrauen in die Zukunft stärken, die gesund situierten Werke in Betrieb erhalten und dieselben befähigen, in einer steigenden Periode den Konsumenten weit niedrigere Preise zu stellen, als das konkurrierende Ausland.

Ein eingehendes Studium der in der Schwindelperiode 1871/74 tatsächlich hervorgetretenen Erscheinungen wird unseres Erachtens als Resultat ergeben, daß während derselben die Preise der Fabrikate der unter mäßigem Schutze emporgeblühten Eisenindustrie im Deutschen Reiche im Durchschnitt nicht höher, sondern eher niedriger gewesen sind, als jene, wofür die betreffenden Fabrikate damals von England, Belgien und Frankreich hätten beschafft werden können.

Die in der Schwindelperiode über das dauernde Bedürfnis hinausgegangene Erweiterung bestehender und Anlage neuer Werke hätte freilich auch beim Fortbestande der mäßigen Eisenzölle eine Krise der Eisenindustrie und auch in einzelnen Fällen eine Aufgabe des Betriebes der unter zu ungünstigen Bedingungen produzierenden Anlagen zur Folge haben müssen. Die unter den gegebenen Umständen unvermeidliche Krise ist jedoch wesentlich verschärft worden durch die im ungeeignetsten Moment ins Leben getretene Aufhebung der Eisenzölle, durch die Freigabe der schrankenlosen Konkurrenz des durch sein Kapital übermächtigen Auslandes und durch die gleichzeitige Ablenkung des Kapitals von dem in den Schwindeljahren von Privatgesellschaften wie vom Staate über das Maß früherer Jahre hinaus so schwunghaft betriebenen Bau von Eisenbahnen. Wir halten dafür, daß der Staat vor allem die möglichste Stabilität und Harmonie seiner produktiven Kräfte anzustreben, extreme Entwicklungen wie plötzliche Erschütterungen einzelner Industriezweige möglichst fernzuhalten, vielmehr auf ruhigen, konstanten Fortschritt und auf eine angemessene Verteilung der industriellen Tätigkeit über die verschiedenen Landesteile unablässig und weit vorausschauend hinzuwirken habe. Der

schrankenlose, passive Freihandel wird nie vermögen, eine harmonische Ausbildung aller vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten in einem Staate zu erzielen. In zu kühnem Vertrauen auf die sich selbst regulierende Harmonie der Welt hat das Laisser faire des Freihandels eine extreme Entwicklung bestimmter Zweige und Richtungen zur notwendigen Folge.

Nach der am 1. Januar d. J. eingetretenen Aufhebung der deutschen Eisenzölle bleibt zunächst den inländischen Werken nur die Hoffnung auf möglichste Förderung und Wiederbelebung der Eisenbahnbauten und die Hoffnung, daß der Konsum von Eisen im Deutschen Reiche rasch steigen, und daß unter dem Einfluß der so ungemein niedrigen Preise Eisenfabrikate in weit ausgedehnterem Maße als bisher zu den verschiedensten Zwecken Verwendung finden werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit darf unseres Erachtens eine solche gesteigerte nützliche Verwendung, außer für Bauzwecke, in Aussicht genommen und von Regierungen und Korporationen kräftig gefördert werden:

a) zum Ersatz der Holzschwellen auf Eisenbahnen durch eiserne Schwellen;

b) zur Anlage von Sekundär- und Pferdebahnen.

Der eiserne Oberbau stellt sich bei den heutigen Eisenpreisen ebenso billig und in manchen Gegenden sogar erheblich billiger, als der Oberbau mit Holzschwellen, und da mehrjährige Erfahrungen auf der nassauischen Staatsbahn ergeben, daß der eiserne Oberbau auch in der Unterhaltung sich niedriger stellt, so wird mit Einführung desselben jetzt gewiß von den verschiedensten Seiten her rasch vorgegangen werden. Das preußische Handelsministerium hat sich dadurch ein Verdienst um die Eisenindustrie erworben, daß es bei den im Bau begriffenen Staatsbahnen vorwiegend eisernen Oberbau angeordnet hat. Die süddeutschen Staatsbahnen sowie die deutschen Privatbahnen werden wohl bald dem guten Beispiel der preußischen Staatsbahnverwaltungen folgen.

Für den Bau und Betrieb von Sekundärbahnen sind in jüngster Zeit erleichternde Normativbestimmungen erlassen worden. In verschiedenen Landesteilen, wo entweder der Bau neuer Chausseen fast den gleichen Aufwand erfordert wie der Bau einer Sekundärbahn, oder wo bereits vorhandene Chausseen breit genug sind, um das Legen von Schienengeleisen für Sekundär- und Pferdebahnen ohne Beeinträchtigung des Verkehrs mit Landfuhrwerk zu gestatten, dürften sich Eisengeleise als sehr praktisch und ökonomisch und zugleich als sehr wertvolle Zubringer für die bestehenden Eisenbahnen erweisen. Wäre heute noch tabula rasa und nach den heute gegebenen Erfahrungen in den industriellen Staaten Europas ein rationelles Eisenbahnnetz neu herzustellen, so würden wahr-

scheinlich in Industriebezirken mit dichter Bevölkerung und großen Massentransporten getrennte Bahnen für den Güter- und für den Personenverkehr angelegt und es dadurch ermöglicht werden, Massengüter billiger als auf den jetzigen kombinierten Bahnen zu transportieren.*) In jenen Landesteilen, wo die vorhandenen Chausseen hinreichende Breite und nur geringe Steigungen haben, kann durch Legen von Schienen auf diesen Chausseen eine Fahrbahn geschaffen werden, welche die Zwecke einer selbständigen Bahn für den Güterverkehr mit dem geringsten Aufwande von Betriebskosten erfüllt und selbst noch die Beförderung von Personen mit einer Schnelligkeit von 15 Kilometer per Stunde gestattet. Für Preußen scheint uns der Moment gekommen, mit der Aufstellung und Ausführung eines ineinandergreifenden Netzes zu bauender Sekundärbahnen und auf vorhandenen Chausseen zu basierender Sekundär- und Pferdebahnen vorzugehen. In den größeren Städten bürgern sich die Pferdebahnen rasch ein, und in Paris findet bereits in ausgedehnterem Maße ein Betrieb bisheriger Pferdebahnen mit Lokomotivkraft statt. Die nächste Zukunft wird hoffentlich erfolgreiche Versuche bringen, durch Vermittelung der Pferdebahnen die Abholung und Zustellung der Güter in den Städten billiger als durch Rollfuhrwerk zu bewirken.

Hoffen wir, daß unsere durch Aufhebung der Eingangszölle in verschiedenen Zweigen von England, Belgien und Frankreich schwer bedrängte Eisenindustrie durch Steigerung des Verbrauchs im Innern in die Lage gesetzt werde, ihre Etablissements in einem Umfange im Betriebe zu erhalten, welcher gestattet, billig zu produzieren und durch Billigkeit und Güte der Produkte der drohenden fatalen Eventualität der Einstellung des Betriebes zu entgehen.

Zur Gesundung des preußischen Eisenbahnwesens und für die so wünschenswerte Wiederbelebung des Baues von Eisenbahnen und Sekundärbahnen durch Aktiengesellschaften halten wir es für unerläßlich, daß möglichst bald über das Projekt der Konzentrierung der Eisenbahnen in den Händen des Staates Preußen an zuständiger Stelle Entscheidung getroffen und mit dem Erwerbe der Privatbahnen energisch vorgegangen oder die Grenze, in welcher die Realisierung dieses Gedankens in Aussicht genommen wird, möglichst scharf bezeichnet werde.**) Zur Stunde hängt der Reichs- resp. Staatseisenbahngedanke wie eine drohende Wolke über den deutschen Privatbahnen, und die weit verbreitete, wenn auch grundlose

*) Vgl. Band I S. 730 Anm. 2.

**) Mevissens Bericht vom 27. Juni 1876 hatte sich eingehend über die Eisenbahnverstaatlichung geäußert (vgl. Bd. I Kap. 19).

Befürchtung, daß die künftige Realisierung des Staatsbahngedankens vorbereitet werden dürfte durch rücksichtslose Geltendmachung der präponderierenden Stellung der Staats- wie der vom Staate verwalteten Bahnen, ist weder geeignet, das Vertrauen, welches die Kapitalisten bisher den Privatbahnen zugewandt haben, ungeschwächt zu erhalten, noch weitere Kapitalien für den Eisenbahnbau flüssig zu machen. Diese Befürchtungen werden genährt, wenn hin und wieder Verwaltungen von Staatsbahnen in einseitiger Rücksicht auf fiskalische Interessen sich berechtigt halten, konkurrierenden Privatbahnen den von ihnen seither über völlig leistungsfähige und oft kürzere Routen bestandenen Verkehr zu entziehen, soweit sie denselben auf Staatsbahnen oder auf Bahnen unter Staatsverwaltung vermitteln können. Würden die Staatsbahnverwaltungen in dieser Richtung allgemein vorgehen, so ist es evident, daß mit wenigen Ausnahmen die Privatbahnen in naher Zukunft wesentlich auf den inneren Verkehr des betreffenden Bahngebietes sich beschränkt finden würden. Die Befürchtungen, welche zurzeit seitens der Kapitalisten an die Intentionen der Staatsregierung sich knüpfen, finden bereits ihren prägnanten Ausdruck in den Kursen der Eisenbahnaktien. Während Geld äußerst flüssig und der Privatdiskont sehr niedrig ist, sind selbst die besten und solide fundierten Eisenbahnaktien sehr tief gesunken, aus Furcht vor den denselben bevorstehenden Eventualitäten.

Der Kampf gegen die Übermacht des Staates ist ein zu ungleicher, als daß das Resultat desselben den Kapitalisten zweifelhaft sein könnte. Die Staatsgewalt hat zweifellos die Macht in der Hand, die Rentabilität fast jeder Privateisenbahn im Laufe der Jahre zu ruinieren. Wie aber wäre es denkbar, daß die Staatsregierung, welche die Privatbahnen zur Förderung des Gemeinwohles in das Leben gerufen hat, den Niedergang derselben durch prädominierende, rücksichtslos das fiskalische Interesse geltend machende Staatsbahnen herbeiführen sollte? Hätte bei Begründung der Eisenbahnen der Kapitalist die Befürchtung gehabt, daß je ein dominierendes Netz von Staatsbahnen den Privatbahnen eine rücksichtslose Konkurrenz machen werde, so würde gewiß das Kapital diesen Anlagen ferngeblieben sein. Es ist in hohem Maße zu beklagen, daß in neuerer Zeit der Glaube in weitere Kreise dringt, daß ein Niedergang der Rente der Privatbahnen erwünscht sein könne, um dieselben zu erwerben oder der Staatsverwaltung zu unterwerfen.

Nichts kann gewiß den Intentionen der Staatsregierung mehr widerstreiten, als dieser des Vertrauens in die gleichwägende Gerechtigkeit ermangelnde Glaube. Mehr als je dürfte heute in den Regionen der Regierung wie der Volksvertretung die klare Erkenntnis vorwalten, daß

die Macht und die dauernde Größe des Staates auf dem Wohlsein seiner Bürger und der wirtschaftlichen Entwicklung aller von Natur gegebenen oder durch den Gewerbfleiß der Vergangenheit eröffneten Quellen des Wohlstandes beruhen. Die irrige Anschauung, daß ein großes Reich dauernd mächtig und wirtschaftlich fortschreitend sein könne, wenn zeitweilig die Finanzen dieses Reiches sich in einem blühenden Zustande befinden, während Besitz und Erwerbsquellen der Bevölkerung leiden und zurückgehen, wird gewiß jedem preußischen Staatsmanne fernliegen. Die schwere wirtschaftliche Krise, welche seit fast vier Jahren auf allen Kulturvölkern mehr oder minder lastet, erheischt dringend, daß dem in der Vergangenheit sauer erworbenen Kapital der wohlwollende Schutz der Regierungen zur Seite stehe, damit dasselbe befähigt bleibe, die wirtschaftliche Tätigkeit des Tages zu befruchten und durch stets sich erneuernde Ansammlung einer verderblichen Stagnation kräftig entgegenzuwirken.

6. 1878 Juni 19. — Die schon so lang andauernden Verluste verringern in bedenklichstem Maße das Betriebskapital der deutschen Industrie und erschweren derselben dadurch den Wettkampf mit dem kapitalreicheren Auslande. Durch die Opfer an Kapital, welche die Fabrikanten sich auferlegen, um den Betrieb ihrer Etablissements so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, wird einstweilen und vorübergehend die Krise in bezug auf die Arbeiter abgeschwächt und das Elend nach unten eingedämmt. Eine Fortsetzung der Kapitalverluste in den Hauptzweigen der deutschen Industrie auf Jahre hinaus ist jedoch nicht mehr möglich. Kommen mehr und mehr deutsche industrielle Etablissements zum Erliegen, so ist steigendes Elend eines Teiles der Arbeiterbevölkerung und infolge dieses Elends eine dasselbe verschärfende Abnahme des inneren Konsums die notwendige Folge. Ob in Voraussicht solcher Zustände es sich wirtschaftlich rechtfertigen läßt, daß die deutschen Lande dem kapitalmächtigeren, sich mehr und mehr gegen deutsche Einfuhr abschließenden Auslande ohne allen resp. ohne ausreichenden Schutz offen bleiben und dadurch dem Auslande das Mittel bieten, durch Absatz der Fabrikate im Deutschen Reiche, wenn auch mit Verlust, seine Werke länger, als dies in dem kapitalärmeren deutschen Lande möglich, in Betrieb zu halten — diese Frage drängt sich heute mit steigender Wucht den Regierungen und den Parlamenten auf. Eine glückliche Lösung dieser Frage wird es der deutschen Sozialdemokratie wesentlich erschweren, das Deutsche Reich zum Versuchsfelde für die praktische Verwirklichung ihrer phantastischen, auf den Umsturz alles Bestehenden zielenden Irrlehren zu machen.

Die Gefahren, welche extreme Überproduktion wie extreme Einschränkung der Produktion und die davon unzertrennlichen Schwankungen in den Grundlagen der materiellen Existenz weiterer Kreise stets im Gefolge haben, werden angesichts der heutigen Zustände im Deutschen Reiche gewiß nicht verkannt werden können. Wenn es auch nie möglich sein wird, nach großen Kriegen, bei großen Fortschritten in der Technik und sonstigen tiefgreifenden Modifikationen des Bestehenden das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion und das Gleichgewicht der industriellen Arbeit in den verschiedenen Zweigen, sowie im Verhältnisse zu den anderen Faktoren der wirtschaftlichen Tätigkeit, ungestört aufrecht zu erhalten, so darf doch kein Staatsmann sich der Einsicht verschließen, daß es eine der wesentlichsten Aufgaben einer jeden Regierung ist, rechtzeitig und weit vorausschauend auf die Zügelung eines alles Maß überschreitenden Fortschrittes in der Produktion wie auf die Hintanhaltung einer erzwungenen maßlosen Einschränkung in der Konsumtion mit den ihr zu Gebote stehenden Kräften hinzuwirken.

Sind extreme Entwicklungen im Völkerleben auch nie ganz zu vermeiden, so sind sie doch durch eine kräftige, ihres Zieles bewußte Leitung der wirtschaftlichen Tätigkeit von oben wirksam einzudämmen. Bis zu einem gewissen Grade hat fast jede Regierung eines großen Reiches die Leitung der ungebundenen Kräfte sowohl durch Lehre wie durch Ausdehnung oder Einschränkung der vom Staate direkt ausgehenden Arbeit und durch Regelung des Geldumlaufs in der Hand.

Möglichste Erhaltung der Harmonie der wirkenden wirtschaftlichen Kräfte, Fernhalten so weit als möglich der Extreme sind große und würdige Aufgaben für die Staatskunst des Deutschen Reiches.

Für die Stetigkeit im wirtschaftlichen Leben eines Volkes ist es von durchschlagender Bedeutung, daß der Konsum eines Landes soweit als möglich durch eigene Produktionen gedeckt, und daß die Einfuhr vom Auslande auf diejenigen Artikel des Konsums beschränkt werde, welche im Inlande entweder gar nicht produziert werden oder selbst nach Jahren der Lehre und nach Entwicklung der Arbeitskraft nicht unter annähernd gleich günstigen Bedingungen wie im Auslande produziert werden können.

Deckt die Industrie eines Landes in weitem Maße den eigenen Bedarf desselben, und steht der Import fremder Produkte und Fabrikate zu der eigenen Produktion in einem günstigen Verhältnisse, so kann eine vorübergehende Stockung nie eine durch Umfang und Dauer bedenklich werdende Ausdehnung gewinnen. Sind dagegen Import oder Export übermäßig entwickelt, so ist doppelte Abhängigkeit von den Störungen auf dem innern wie auf dem fremden Markte die notwendige Folge. Der

schrankenlose internationale Freihandel birgt unter täuschender Oberfläche für das wirtschaftliche Leben der politisch selbständig nebeneinander stehenden Völker und Staaten große Gefahren — Gefahren nicht minder groß für den Staat, in welchem, wie in England, sich einzelne Industriezweige in solchem Übermaße entwickeln, daß sie den ganzen Weltmarkt beherrschen, wie für die Staaten, deren Industrie einem falschen Prinzip zu Liebe in ihrer Entwicklung durch die Übermacht des kapitalmächtigeren, vorausgeeilten Staates zurückgehalten und gehemmt wird. Der Staat, in welchem eine übermäßige industrielle Produktion nicht in Harmonie steht mit den übrigen Zweigen der wirtschaftlichen Tätigkeit, unterliegt schweren Krisen, so oft sein Absatzgebiet durch Krieg, durch Zölle oder durch plötzlich verringerten Konsum in anderen Staaten stark eingeschränkt wird. Beherrscht seine treibhausartig entwickelte Industrie in ihren Hauptzweigen den Weltmarkt, so muß er bestrebt sein, mit allen Mitteln seiner Macht sich diesen Weltmarkt offen zu erhalten.

Nur eine Weltmacht — wie England — kann ein verhältnismäßiges Überwiegen der industriellen Produktion zeitweilig ohne zu große Gefährdung ertragen. Die Fortdauer dieser Macht ist jedoch die unumgängliche Vorbedingung der ungestörten Fortexistenz der englischen Industrie. Ein Staat, welcher in seiner industriellen Entwicklung durch eine übermächtige, schrankenlose Konkurrenz des Auslandes zurückgehalten wird, kann die in ihm schlummernden Kräfte nie zur vollen Geltung bringen — er bleibt wirtschaftlich abhängig von dem übermächtigen Industriestaate. Die Behauptung, daß nur der internationale Freihandel dem Konsumenten es ermögliche, am billigsten zu kaufen, wird sich bei näherer Prüfung und bei Vergleichung der Resultate einer längeren Periode als in vielen Fällen durchaus nicht stichhaltig erweisen.

Eine Enquête über die Preise der in Deutschland unter Zollschutz aufgeblühten Produktion von Eisen und Eisenfabrikaten, Zucker und gröberen Baumwollwaren, verglichen für die letzten 30 Jahre mit den Durchschnittspreisen des englischen Marktes zuzüglich der Fracht und der Spesen des Zwischenhandels, wird unwiderleglich ergeben, daß auf dem deutschen Markte schon seit Jahren Eisen und Eisenfabrikate für einen Teil des deutschen Konsums, Zucker und gröbere Baumwollwaren durchgängig von den inländischen Produzenten billiger angestellt werden, als solche vom Auslande bezogen werden könnten.

Nur für die Periode der Erziehung der Arbeitskräfte und der Ausbildung der Kapitalkraft und der erforderlichen Kommunikation legt ein mäßig gegriffener Schutzzoll dem Konsumenten Opfer auf. Nach dieser Periode regelt die innere Konkurrenz die Preise im Inlande, und die

Tatsache, daß ein Industriezweig exportfähig geworden, liefert stets den Beweis, daß diese Konkurrenz dem Inlande niedrigere Preise sichert, als diejenigen, zu welchen unter anderen Verhältnissen hätte vom Auslande bezogen werden müssen. Wird ein sehr mäßiger Zoll auch dann, nachdem ein Industriezweig bis zu einem regelmäßigen Export sich entwickelt hat, noch aufrechterhalten, so ist dieser formelle Schutz ohne alle Bedeutung für die Preise auf dem inneren Markte, lediglich ein Damm gegen eine Überflutung vom Auslande her in Momenten der Krise. Wir wünschen und hoffen, daß die im Deutschen Reiche auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung demnächst zu treffenden legislativen Entscheidungen der deutschen Industrie eine Periode neuer Blüte erschließen, und daß insbesondere von seiten Preußens es angestrebt werde, in den bis jetzt in industrieller Beziehung zurückgebliebenen östlichen Provinzen des Staates die für dieselben geeignet erscheinenden Industriezweige zu begründen und kräftig zu entwickeln. In einer stetigen alle Provinzen des Reiches möglichst gleichmäßig umfassenden Entwicklung der verschiedenen Zweige der Industrie wird unserer Überzeugung nach eine der wirksamsten Schranken gegen die krankhafte Weiterverbreitung des Gärstoffes sozialer Irrlehren gegeben sein.

7. 1879 Juni 17. — Wir haben in früheren Berichten wiederholt darauf hingewiesen, wie wertvoll und gegen zu häufige und zu starke Krisen Schutz bietend für die Industrie ein gesicherter Markt im Inlande ist, und wie es sich zur Sicherung des Marktes und zur Fernhaltung der Einwirkung fremdländischer Krisen durchaus empfehle, selbst solchen Industriezweigen, welche durch regelmäßigen massenhaften Export den Beweis liefern, daß sie unter regulären Verhältnissen die Konkurrenz des Auslandes nicht zu scheuen haben, durch einen mäßigen Schutzzoll den inneren Markt des Deutschen Reiches auch bei Krisen im Auslande zu sichern. Der Schutzzoll wirkt in solchem Falle keineswegs für die Konsumenten des Inlandes auf die Dauer den Konsum verteuernd, — er wirkt vielmehr nur als Grenzsperre gegen vorübergehende krankhafte Zustände im Auslande. Der gesicherte innere Markt befähigt die rationell geschützte, auf gesunden Grundlagen basierte Industrie zur kräftigsten Entwicklung und zur billigsten Produktion, wie die Runkelrübenzuckerindustrie und selbst die unter dem Schutze der älteren Zollgesetzgebung allmählich erblühte Eisenindustrie im Deutschen Reiche unwiderleglich beweisen. Das Deutsche Reich erfreut sich kraft des diesen Zweigen längere Jahre hindurch gewordenen Schutzes des billigsten Zuckers in Europa und auch in vielen Zweigen der Eisenfabrikation der billigsten Eisenfabrikate.

Selbst die jetzige, so lange andauernde, sich auf das gesamte Gebiet der Eisenfabrikate erstreckende generelle Krise hat es dem mächtigen England noch nicht gestattet, in allen Zweigen des Eisenbahnbedarfs überlegen mit den unter dem Schutze erstarkten deutschen Werken zu konkurrieren; vielmehr hat auch in neuester Zeit bei Submissionen von eisernen Brücken, Rädern und Achsen, Bandagen usw. in den Niederlanden und anderwärts die deutsche Industrie noch vielfach mit Erfolg ihre Stellung mitwerbend gegen England behauptet. In Bessemer-Schienen wie in Gießereiroheisen können dagegen zurzeit die deutschen Werke nur mit Verlust gegen England im Auslande konkurrieren. In beiden Fällen erfreut sich England noch gewisser Vorzüge, welche erst bei auf längere Dauer gesichertem deutschen Markte die deutschen Etablissements sich aneignen können. Dauernde nicht auszugleichende oder aufzuwiegende Vorzüge, welche für das Deutsche Reich ganz unerreichbar sind, bestehen, wenn überhaupt, im Bereiche der Eisenfabrikation und der Textilindustrie nur in seltenen Fällen zugunsten des Auslandes. Die Hauptmomente der Produktion: Billige Herstellungskosten durch hoch gesteigerte Leistungen der Arbeiter und durch vollkommenste maschinelle Einrichtungen, billige Transportkosten und angemessene Organisation der distributiven Tätigkeit, werden sich in den Hauptindustriestaaten Europas, welche sich den inneren Markt durch einen mäßigen Schutz sichern, mehr und mehr ausgleichen. Diese Staaten werden nur solche Fabrikate der Eisen- und Textilindustrie gegeneinander austauschen, für welche in dem einen oder anderen Staate ein Vorsprung durch neue Fabrikationsmethoden oder durch andere oft vorübergehende Momente erzielt worden ist.

Ein großer Export mit Aussicht auf eine gewisse Stetigkeit wird nach diesen Staaten in Massenartikeln nicht zu erzielen sein; derselbe wird vielmehr nur nach Ländern gehen können, denen dauernd die Bedingungen der eigenen Produktion ganz fehlen oder denen sich dauernd andere, lohnendere Produktionszweige zum Austausche darbieten. Für fast alle Erzeugnisse der metallurgischen und der Textilindustrie liegen in England, Frankreich, Belgien, Österreich und Rußland die Verhältnisse so, daß in jedem dieser Staaten, nachdem die Arbeitskräfte ausgebildet, Eisenbahnen und Kanäle ausgebaut und die erforderlichen Betriebskapitalien disponibel gestellt sind, schließlich nur noch mäßige Differenzen in den Herstellungskosten bestehen werden. Nicht diese Staaten Europas, sondern der Süden Europas: Italien, Spanien und Portugal, die Donaufürstentümer und die Türkei, neben den Reichen und Kolonieen der wärmeren Zone, kommen mit Rücksicht auf möglichst gesicherte Dauer für den Export vorwiegend in Betracht. Die Stetigkeit und die Harmonie in Produktion

und Konsumtion wird dann in europäischen Staaten am besten gewahrt sein, wenn jedes Land nach Kräften sich bemüht, zunächst alle diejenigen Industriezweige bei sich einzubürgern und beharrlich auszubilden, für welche die Vorbedingungen in den Schätzen seines Bodens und in seiner bis dahin erreichten Kulturstufe gegeben sind. Unserer Auffassung nach hat jeder Großstaat die Entwicklung seiner Industrie in einer geregelten Aufeinanderfolge anzustreben und dem angestrebten Ziele sein Zollsystem jeweilig anzupassen. Was für den Staat als Gesamtheit dem Auslande gegenüber, gilt in engerer Begrenzung auch für die Provinzen eines und desselben Staates.

Wir halten es für eine sehr unerfreuliche Tatsache, daß in den östlichen Provinzen Preußens die Industrie noch so wenig entwickelt, Ackerbau und Viehzucht zu sehr überwiegend ist. Wir befürworten ohne Anstand die direkte Beihilfe des Staates, um, wie das kleine Belgien es in Flandern mit so großem Erfolge getan hat, in den ackerbautreibenden Provinzen eine entsprechende Industrie, sei es eine Kleinindustrie durch écoles d'apprentissage, sei es eine Großindustrie durch zu gewährende Vorschüsse und Prämien, hervorzurufen und dauernd zu begründen. Speziell für die, große Massen trefflichen Flachses erzeugenden Provinzen West- und Ostpreußen erscheint es uns längst an der Zeit, kräftig auf Begründung und Entwicklung von Flachsspinnereien und Leinenwebereien, diesen Grundlagen aller anderen Branchen der Textilindustrie, hinzuwirken. Eine möglichst gleichmäßig über die verschiedenen Provinzen verteilte Industrie wird einen etwaigen Gegensatz der Interessen der einzelnen Glieder des Staates am wirksamsten mildern und ausgleichen.

Wird erwogen, daß im Laufe der Jahre von seiten des Staates in den östlichen Provinzen zirka 500 bis 600 Millionen Mark zum Baue teilweise sehr wenig rentabler Eisenbahnen verwendet worden sind, so ist es gewiß eine dringende Aufgabe, Quellen der Rentabilität für diese Eisenbahnen zu erschließen. 20 bis 30 Millionen Mark in jenen Provinzen in vorsichtiger Weise verwendet zur Begründung und Entwicklung solcher Industriezweige, für welche die Vorbedingungen entweder bereits vorhanden sind oder durch Fachschulen nach belgischem Muster geschaffen werden können, dürften sich für den Staat in reichster Weise lohnen und wesentlich dazu beitragen, eine größere Übereinstimmung der Interessen der östlichen und der westlichen Provinzen Preußens zu fördern.

Wie wir den deutschen Markt der deutschen Industrie gesichert wünschen, so erachten wir es auch unseren dauernden Interessen nicht widerstreitend, wenn gleicherweise andere Staaten den eigenen Markt ihrer Industrie zu sichern suchen, soweit dieses Ziel durch einen mäßigen

Schutz erreichbar ist. Je reicher die Produktion in den Einzelstaaten entwickelt, je mehr die Konsumtionsfähigkeit durch die Entwicklung der eigenen Produktion gesteigert ist, desto mehr Objekte des Austausches zwischen den Staaten werden sich selbst unter der Herrschaft eines mäßigen Schutzsystems zwanglos darbieten, und zwar darbieten ohne, wie dies unter dem Systeme des absoluten Freihandels unvermeidlich, das einmal erlangte Übergewicht einer industriellen Weltmacht auf Kosten der schwächeren oder in der Entwicklung zurückgebliebenen Staaten und Völker zu verewigen und die freie wirtschaftliche Entwicklung der Völker gewaltsam und widernatürlich zu hemmen.

Auch wenn alle Staaten mit allen Kräften dem Ziele der größten wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit zustreben, bleiben bei der dann generell gesteigerten Konsumtionskraft Artikel genug übrig, in welchen bleibend gegebene natürliche Verhältnisse bezw. ein bleibend oder ein vorübergehend gewonnener bedeutender Vorsprung in den Herstellungskosten den gegenseitigen Austausch motivieren und die Dauer desselben relativ sichern.

Möglichste wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit halten wir für jeden nationalen Kulturstaat für ein unabweisbares Bedürfnis und für ein wesentliches Element des Friedens unter den Staaten. Perioden maßlosen, ungestümen, schwindelhaften Aufschwunges wie tiefgreifende wirtschaftliche Krisen, welche bei zu großem wirtschaftlichen Übergewichte einer zugleich politischen und industriellen Weltmacht unter der Herrschaft des schrankenlosen Freihandels unvermeidlich sind, unterbrechen den geregelten Fortschritt, führen auf dem Wege der Extreme zu erschütternden Konvulsionen und zu einem Auf und Ab in den Erwerbsklassen, welches sozialistischen und nihilistischen, auf den Umsturz des Bestehenden zielenden Bestrebungen den geeignetsten Boden bereitet.

Wir sehen für den nationalen Staat in einem Systeme mäßiger Zölle auf Erzeugnisse fremdländischer Industrie nur ein streng gebotenes Mittel zur Verteidigung seiner wirtschaftlichen Entwicklung und Selbständigkeit. Je gleichmäßiger auf dem ganzen weiten Gebiete der Industrie verteilt der verteidigende Schutz ist, je erstarkter die Wehrfähigkeit der einzelnen Zweige, desto mehr kann successive die angelegte Rüstung erleichtert, desto beweglicher kann sie gemacht werden, desto mehr Stellen, an welchen gar kein Feind zu erwarten ist, können ganz ungeschützt bleiben. Verbürgt an der einen Seite ein genereller mäßiger Schutz der nationalen Arbeit die größte Stetigkeit und ein gesundes Maß der Entwicklung, so bedarf an der anderen Seite die Industrie der freien Luft, des anregenden die Energie steigernden Mitbewerbes.

Wo an die Stelle mäßigen Schutzes zu hohe Zölle oder gar den fremden Mitbetrieb faktisch ganz ausschließende Prohibitivzölle treten, da wird zunächst eine Treibhausindustrie künstlich großgezogen, welche dann im Laufe der Jahre, der frischen Luft und der Triebkraft entbehrend, in ihren Leistungen mehr und mehr sinkt und endlich ganz erstarrt. Das Maß und das Gebiet des Schutzes und das Maß des freien Mitbewerbes je nach den erreichten Stufen und je nach den gegebenen Verhältnissen richtig abzumessen, dies ist die unausgesetzt fortdauernde Aufgabe der leitenden Staatskunst. Nur der den Pulsschlag der Zeit sorgsam erforschende, mit genialem Blicke in die Zukunft ausgerüstete Staatsmann wird auf Grund tief eingehender Studien das Richtige treffen und ermessen können, inwieweit jeweilig zurückgebliebene Industriezweige behufs ihrer gedeihlichen Entwicklung zu schützen sind, und inwieweit für andere, zu rasch fortschreitende, durch erweiterten Mitbewerb die zu rasche Entwickelung eingedämmt werden muß. Ein für die verschiedenartigsten Verhältnisse passendes System des Schutzes oder der freien Bewegung läßt sich gar nicht aufstellen.

Nur scharfe Beobachtung des Lebens und der Wirklichkeit kann das rationelle Maß jeweilig diktieren. Ein rücksichtsloser Doktrinarismus, wie er im Deutschen Reiche im Jahre 1873 und 1877 in intempestivster Weise die gänzliche Aufhebung der Zölle auf Eisenfabrikate dekretierte, wirkt wie ein verheerender Sturm, welcher die Blüten knickt und das weite Feld der Arbeit mit Trümmern bedeckt.

Die heute unwiderstehlich sich bahnbrechende Bewegung für den Schutz der nationalen Arbeit, für Herstellung des alterprobten, mäßigen, das weite Gebiet der Industrie umfassenden Schutzsystems ist das Resultat einer gesunden Reaktion der Nation gegen die einseitigen Auswüchse des auf dem öden Felde der Theorie sich herumtummelnden, dem wirklichen Leben und seinen Bedingungen entfremdeten, die Verwirklichung eines lebensunfähigen Ideals anstrebenden Doktrinarismus. Heute, wo der Sieg des Schutzsystems für die nächste Zeit im Deutschen Reiche entschieden ist, wird es gestattet sein, an dieser Stelle eindringlich zu mahnen, daß ein gesundes Maß in der zurzeit herrschend gewordenen Richtung gewahrt und nicht wieder durch Maßlosigkeit eine Reaktion der entgegengesetzten Richtung mit innerer Berechtigung herbeigeführt werden möge!

Die überspannten Hoffnungen, welche die Industrie hin und wieder an die bevorstehende Umkehr der Zollgesetzgebung knüpft, haben im großen Ganzen keine Aussicht auf rasche sofortige Verwirklichung. Die modifizierte Zollgesetzgebung kann namentlich in den Zweigen, in welchen die Produktionskraft weit über das Maß des regulären inneren Bedarfs

ausgebildet ist und für verlustgebenden Betrieb Absatz im Auslande in einem zu weiten Maße suchen muß, wenn der Betrieb auf voller Höhe erhalten werden soll, keinen durchgreifenden Umschwung zum Besseren rasch herbeiführen. Die Folgen der extremen Steigerung der Produktion, welche insbesondere auch seitens des preußischen Handelsministeriums und der preußischen Landesvertretung in den Schwindeljahren 1871/73 in gänzlicher Verkennung der dauernden Verhältnisse durch überstürzten Eisenbahnbau und durch die indirekt veranlaßte Gründung neuer, den dauernden Bedarf weit überdeckender industriellen Etablissements herbeigeführt wurden, können nur allmählich und nicht ohne schwere Opfer der zu kurzsichtigen Interessenten überwunden werden.

Wir halten es aber nur für eine auf doktrinärem Boden erwachsende Wiederholung jener das Gemeinwohl schwer schädigenden in den Schwindeljahren 1871/73 begangenen Mißgriffe, wenn jetzt in der Presse und anderweitig hin und wieder Stimmen laut werden, welche so recht zur Unzeit auf eine Beschränkung der produktiven Tätigkeit des Staates, auf eine Sistierung oder Beschränkung der öffentlichen Arbeiten, aus ganz falsch verstandener Sparsamkeit hindrängen. Wenn je, so ist es in einer Periode, wie der gegenwärtigen, für den Staat geboten, großartige öffentliche Bauten in Angriff zu nehmen und auszuführen. Alle günstigen Bedingungen dafür sind gegeben: Billige Arbeitslöhne, billige Materialien, ein in harter Schule erwachter Geist durchgreifender Ökonomie in der Ausführung, volle Muße zur Erwägung des für die Gegenwart vorwiegend Gebotenen, Kredit zu den billigsten Bedingungen. Im Deutschen Reiche ist noch Stoff zu großartigen Arbeiten in Fülle. Zahlreiche müßige Hände, welche heute direkt oder indirekt auf Kosten des Reiches und seiner Bewohner ernährt werden, ohne etwas Nützliches zu produzieren, warten nur des Rufes des Meisters, welcher die Zeichen der Zeit versteht und den Mut hat, eine neue Periode frischen Schaffens zu inaugurieren. Die Tätigkeit des Staates und die Privattätigkeit gleichzeitig lahm und die Hände verzweiflungsvoll in den Schoß zu legen, dies ist unseres Erachtens die allerungeeignetste Weise, der großen Krise der Gegenwart wirksam zu begegnen.

Hat die Privattätigkeit in einem zu ungestümen Anlaufe ihr Ziel überrannt und ist auf ihrem Gebiete Apathie und Ermattung eingetreten, so ist für den Staat Aufgabe und Moment da, in die Lücken einzutreten, den Stoß der zu starken Bewegung möglichst zu parieren und das zu tun, was stets und zu aller Zeit die Hauptaufgabe aller Staatskunst sein wird: den schaffenden Kräften die Bahn zur Betätigung zu eröffnen, die Extreme zu bändigen und die Harmonie aller Faktoren des Staatslebens soweit als möglich zu erhalten bezw. herzustellen. Nicht ohne

allen Neid sehen wir auf das benachbarte Frankreich, wo ein genialer Minister inmitten der Krise den Mut hatte, den Ausbau von 16000 km Eisenbahnen neben Erweiterung und Ergänzung der Kanäle und anderer Unternehmungen zu planen und über drei Milliarden für diese Bauten von der Landesvertretung zu fordern. Auch im Deutschen Reiche harren wahrlich noch produktive Arbeiten in Fülle der Ausführung. Schon seit Jahren werden zahlreiche Sekundärbahnen geplant, aber nicht ausgeführt, weil die Anforderungen der Post, des Kriegsministers und des Ministers der öffentlichen Arbeiten noch nicht so normiert sind, daß die Ausführung jener Bahnen damit vereinbar ist. Will der Staat die Sekundärbahnen nicht selbst bauen, so müssen die Bedingungen des Baues und Betriebes so weit erleichtert werden, daß der Bau den Provinzen und Kreisen oder dem Privatkapitale ermöglicht werde.

Gleicherweise ist der Ausbau eines ausgedehnten Kanalnetzes seit Jahren Gegenstand umfassender Pläne und Studien. Wenn je, so scheint jetzt der Moment da zu sein, die Kanalverbindung zwischen Rhein, Weser und Elbe und vor allem den politisch und kommerziell gleich wichtigen Nord-Ostsee-Kanal endlich energisch in Angriff zu nehmen. Auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft wird sich mit Rücksicht auf die zeitweise Stockung der industriellen Tätigkeit ein rascheres Tempo in der Aufforstung öder Flächen, in der Kultivierung der Moore, im Baue von Vorwerken auf zu ausgedehnten Domänen, in energischer Förderung und Unterstützung von Waldkulturgenossenschaften, empfehlen.

Für alle diese Ziele wird die Staatsregierung teils leitend und fördernd, teils direkt mit ihren Mitteln unterstützend eintreten müssen. Daß es an Kapital im Deutschen Reiche zur Lösung der Aufgaben nicht fehlt, dafür liefern die Zinskonversionen älterer Anleihen, die hohen Kurse aller festen Anlagepapiere und selbst die Kurse vieler spekulativen Papiere, wie die wieder rasch bis zu schwindelhafter Höhe hinauftreibende Tendenz der Börse den Beweis. Wird dem müßigen Kapitale keine Gelegenheit zu soliden Anlagen im Inlande geboten, so wird sich dasselbe vorwiegend den ausländischen Staats- und industriellen Papieren zuwenden.

1879.

Handelshochschule.

(Vgl. Band I, S. 832.)

Denkschrift über die Gründung einer Handelshochschule in Köln, zum 11. Juni 1879.

Es ist eine leicht zu konstatierende Tatsache, daß die Chefs der großen deutschen Bankhäuser, der Großhandelshäuser, der großen industriellen Firmen, sowie die Leiter der so zahl- und kapitalreichen deutschen industriellen und kommerziellen Aktiengesellschaften nur in seltenen Fällen die deutschen Universitäten besucht und sich auf denselben jenes Maß der Bildung angeeignet haben, welches von den Jüngern der Wissenschaft, von den Dienern der Religion, von den Doktoren der Medizin und den zahlreichen Beamten im Reiche wie in den einzelnen deutschen Staaten als unerläßlich für ihren Beruf erfordert wird. Die technischen Hochschulen haben eine große Zahl tüchtiger speziell technischer Kräfte ausgebildet, aber nicht in gleichem Maße die die Technik ergänzende Kenntnis der Bedingungen des Verkehrslebens, des Großhandels und der nationalen sowohl wie der speziellen Ökonomie.

Forscht man nach den Ursachen, welche die bezeichneten, im Besitze fast alle anderen Klassen der Gesellschaft überwiegenden, Lebenskreise von dem Besuche der Universitäten zurückhält, so wird sich die Wahrnehmung aufdrängen, daß diese Kreise fürchten, daß der auf unseren Universitäten herrschende Geist ungebundener akademischer Freiheit, die einseitige, fast ausschließlich auf die Entwicklung des Erkennens, ohne Rücksicht auf die praktische Anwendung der erlangten Erkenntnis, zielende Richtung unserer Universitätsstudien mit den Grundsätzen und Anschauungen, wie sie in den kaufmännischen Kreisen herrschen, nicht im Einklange, in manchen Beziehungen selbst in vollster Dissonanz stehen. Der Kaufmann fürchtet, daß sein die Universität besuchender Sohn den Sinn für fleißige ausdauernde Tätigkeit, den Sinn für Sparsamkeit, Pünktlichkeit und Ordnungsliebe verliere und dagegen nur befähigt werde zu einem Dilettantismus

auf dem Gebiete der Wissenschaft, der, ohnmächtig zu eigenem Schaffen, die Freude am Erwerbsleben verkümmere und den hohen Wert der schaffenden Kräfte im Leben der Völker und der Staaten verkenne.

Die Jugend der vorbezeichneten Klassen beschränkt sich daher in der Mehrzahl der Fälle auf die Absolvierung der Sekunda der Gymnasien oder Realschulen behufs Erlangung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienste, und nur eine geringere Zahl erwirbt durch das Abiturientenexamen das Zeugnis der Reife für die Universität. Nach vollendetem 18. oder 19. Jahre treten die Jünglinge von der Schule in die praktische Karriere als Lehrlinge im elterlichen Hause oder in einem anderen Handlungshause einer Großstadt des Inlandes oder Auslandes. Ist das Handlungshaus in derselben Branche tätig, deren Leitung der junge Mann nach vollendeter kaufmännischer Lehre im elterlichen Hause übernehmen soll, so ist die fachmännische Ausbildung in vielen Fällen mit Ablauf der Lehrjahre abgeschlossen. Wird eine umfassendere kaufmännische Bildung seitens der Eltern gewünscht oder für notwendig gehalten, so beschäftigt sich der junge Kaufmann als Volontär oder Kommis nach vollendeten Lehrjahren noch ein oder mehrere Jahre in Handlungshäusern der elterlichen oder verwandten Geschäftsbranchen. Vorwärtsstrebende Naturen suchen in dieser Periode als Autodidakten mit Zuhilfenahme von Privatunterricht ihre Kenntnis fremder Sprachen und ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung weiter zu fördern. Dann folgen in vielen Fällen Reisen ins Ausland, nach Paris und London, nach Nord- oder Südamerika usw. Schon in der Lehrlingsperiode ist der junge Mann zugleich ein Löwe der sogenannten, im reichsten Luxus lebenden und sittlich nicht immer allzustrengen, Gesellschaft. Tritt der junge Mann zwischen dem 21. bis 30. Jahre als Gehilfe oder als Teilhaber in das elterliche oder in ein anderes Geschäft seines Faches, so ist er in einer gewissen Welt wohlerfahren, in manchen Strudel hineingeraten und an vielen Klippen mit größerer oder geringerer Havarie gestrandet, — frühreife Blasiertheit hat den stürmischen Mut der Jugend gedämpft und manchen edlen Keim ertötet. Mit dem nihil admirari in Blick und Wort ist für den Kreis, worin der junge Kaufmann sich jetzt bewegt, der einer soliden, respektive blasierten Zukunft entgegengehende Kaufmann fertig. Der aus einem solchen Vorleben zum Chef eines Großhandelshauses emporgestiegene Mann hat in der Mehrzahl der Fälle, nachdem er sich in den Lehrjahren die Hörner abgelaufen, diejenigen Eigenschaften kultiviert, welche ihm gestatten, ein in festen Geleisen gehendes Geschäft solide und mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben. Zu kühner Initiative, zu frischen, neuen Schöpfungen reichen dagegen die Kräfte selten aus.

Die Stellung des künftigen Chefs des Großhandelshauses ist in Deutschland in der wahrhaft gebildeten Gesellschaft in den meisten Fällen keine innere Befriedigung gebende. Allen denjenigen Personen gegenüber, welche das Reich des Wissens in den Studien der Universität sich weiter erschlossen haben, fühlt sich der junge Kaufmann, dem selbst seine Gymnasialstudien nur noch in sehr abgeblaßter Gestalt gegenwärtig sind, untergeordnet. Er versinkt mehr und mehr in eine einseitige luxuriöse Behäbigkeit, und der Gedanke der Pflicht: wie für die beschränkten eigenen, so auch für die die engen Schranken des Berufs erweiternden und veredelnden allgemeinen Interessen zu wirken — jener Gedanke, der den Besitz allein rechtfertigt —, tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Die Kluft zwischen Besitz und wahrer Bildung wird mit dem fortschreitenden Leben stets weiter, das Bewußtsein der Existenz dieser Kluft bei den begabteren Individuen stets drückender.

Ist dies Bild des Kaufmannslebens in der Gegenwart richtig, so scheint Remedur dringend geboten. Es muß dahin gestrebt werden, Bildung und Besitz harmonisch zu verbinden und die in dem Besitze schlummernden Kräfte in einem höheren Grade, als bisher, dem Gemeinwohle dienstbar zu machen und zugleich das Leben der Besitzenden zu veredeln und zu verschönern.

Da nicht bestritten werden kann, daß die geistige Atmosphäre unserer Universitäten zu sehr der festen Schranken, zu sehr der Anlehnung an die striktesten Bedingungen geregelter Erwerbstätigkeit entbehrt, so wird anerkannt werden müssen, daß zurzeit im Systeme der Unterrichtsanstalten eine Lücke vorhanden ist, deren Ausfüllung im Interesse der einzelnen wie der Gesamtheit dringend geboten erscheint. Die zu lösende Aufgabe geht dahin: eine Bildungsanstalt zu schaffen, welche, die Bedingungen späterer erfolgreicher Tätigkeit auf dem Gebiete des Erwerbslebens in sich aufnehmend und dieselben kultivierend, neben einer gründlichen Fachbildung zugleich die allgemeine menschliche Bildung nach wissenschaftlicher Methode fördert und im Manne des Faches zugleich den fest in sich ruhenden Charakter, den sittlichen, selbstbewußten Menschen, erzieht. Die zu gründende Unterrichtsanstalt muß also geistig und in der Methode des Unterrichts auf gleicher Höhe mit der Universität stehen, im Lehrstoffe vorwiegend die weite Sphäre des Erwerbslebens zum Vorwurf nehmen und bei der Lehre dieses weitverzweigten Stoffes zugleich die eigentümlichen Bedingungen der Erwerbstätigkeit betonen. Gelingt es, dieses große Problem zu lösen, so werden die so ausgebildeten Kräfte nicht allein dem Gemeinwohle dienstbarer, sondern auch für ihre spezielle Aufgabe befähigter, mit einem weiteren Blicke, mit einer erhöhten Kraft des

Schaffens ausgerüstet sein. Die heute bestehende schroffe Trennung der Gesellschaftsklassen wird gemildert oder beseitigt und ein Zusammenwirken aller zu gemeinsamem Ziele wesentlich erleichtert und gefördert.

Vielfach wird geglaubt, daß die Universität diese Aufgabe lösen könne und daß es nur einer Erweiterung ihrer Lehrfächer, einer weiteren Heranziehung von Spezialisten, bedürfe. Diese Auffassung vermag ich nicht zu teilen. Die Universität, dieses höchste Forum des wissenschaftlichen Lebens, darf in der wissenschaftlichen Ausbildung der absolut freien Erkenntnis durch keine Rücksichtnahme auf die praktischen Bedingungen der Verwirklichung der Erkenntnis gehemmt sein. Sie soll den Geist schulen und den Studierenden durch die höchste universelle geistige Entwicklung befähigen, vollkommen selbständig seines künftigen speziellen Wirkungskreises zu walten, sei es als Beamter des Staates, als Theologe, Jurist, Mediziner oder als Lehrer der Jugend. Auf allen diesen Gebieten ist die Erkenntnis die Diagnose, das entscheidende Kriterium der Befähigung. Die schaffende, erwerbende Tätigkeit unterliegt anderen Bedingungen. Auf ihrem Gebiete muß dem Erkennen, dem Wissen, stets die Tat, das Schaffen, zur Seite gehen und die speziellen Bedingungen des Tuns und Schaffens treten hier in den Vordergrund. Die Erkenntnis allein, die Theorie, ist hier nicht fördernd, sondern oft störend; sie gleicht dem Tiere auf öder Heide usw.

Die Erkenntnis hat auf diesem Gebiete nur dann Wert, wenn sie freiwillig in den Dienst der schaffenden Kräfte tritt, den Bedingungen des Erfolgs auf diesem Gebiete sich bewußt und in freiwilliger Selbstbeschränkung unterordnet.

Fleiß und Arbeit sind hier entscheidend; nur rastlose geregelte Tätigkeit, ein unausgesetzt einem, im Verhältnisse zu dem großen Reiche des Wissens enge beschränkten, Ziele zugewandtes Streben verbürgt hier den Erfolg. Die Art der Tätigkeit ist auf diesem Gebiete dem Zwecke untergeordnet.

Wie der Mediziner, der Architekt, der Berg-Eleve usw. überall selbst Hand anlegen dürfen, unbeschadet ihrer hohen wissenschaftlichen Bildung, wenn es gilt, Kranke zu heilen, Arbeiter in bestimmten Handgriffen zu unterweisen, so ist auch für den jungen Kaufmann fast keine Art der Tätigkeit seiner unwürdig, wenn sie zur Erreichung seiner Ziele notwendig oder zweckmäßig ist. Kopieren der Briefe, Verpacken der Waren, Führung der Bücher, sind Tätigkeiten, welche der junge Kaufmann beherrschen muß, um als Prinzipal sein Personal darin anleiten und überwachen zu können. Genaueste Kenntnis der untergeordneten Verrichtungen muß beim Kaufmanne Hand in Hand gehen mit einem freien, scharf prüfenden und wägenden Blicke auf das weite Gebiet des Erwerbes, mit der Kenntnis der Usancen, Gesichtspunkte und Einrichtungen, welche sich im Betriebe

eines Bank- oder Großhandelshauses als Resultat der Erfahrung oder der langjährigen Gewohnheit ausgebildet haben.

Der Student der Universität sieht auf manche unumgänglichen Requisite kaufmännischer Tätigkeit als seiner unwürdig herab, und diese die Atmosphäre der deutschen Universitäten mehr als die der Hochschulen anderer Länder durchdringende geringe Schätzung der auf Schaffen und Erwerb gerichteten Tätigkeit ist eine Hauptursache, weshalb die Universitäten zur Ausbildung der Kaufleute weniger geeignet erscheinen.

Achtung des Berufs, welchem die Kräfte gewidmet werden sollen, ist eine der Vorbedingungen der Lust und Liebe zu diesem Berufe. Soll für den Kaufmann eine höhere Stufe der Bildung, eine Veredelung seiner Erwerbstätigkeit angebahnt werden, so ist es unerläßlich, daß er diese Bildung sich aneignet in einer Sphäre, welche die hohe Bedeutung des Verkehrs, der vermittelnden und materiell schaffenden Tätigkeit vollauf zu würdigen weiß, — welche von der Überzeugung durchdrungen ist, daß auch das höchste geistige Streben, die in sich ruhende sittliche Persönlichkeit, aus dem Boden reichen materiellen Lebens vorzugsweise erblüht.

Die bedenkliche Trennung, welche heute an den meisten Orten zwischen den kaufmännischen Kreisen, dem Kreise der Beamten und den Männern der Wissenschaft obwaltet, kann nur dadurch überwunden und beseitigt werden, daß die Kaufleute, im Besitze einer universellen Bildung, mit dem Gelehrten um die Wette das ihnen durch die Natur ihres Berufs angewiesene spezielle Feld der Tätigkeit und der Forschung beackern, daß sie zur Erweiterung der geographischen, ethnologischen, linguistischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse kräftig mitwirken, — daß sie in praktischer Verwertung der Philosophie und Psychologie mit den Organen der Staatsverwaltung wetteifern und in der Kenntnis des Menschen und der Triebfedern seiner Handlungen wie in der einsichtsvollen Organisation schaffender Tätigkeit die Höhe der erworbenen universellen Bildung praktisch erweisen.

Wird die Fachbildung der Kaufleute auf diesen Standpunkt gehoben, so sind engere Beziehungen zu den mit ihnen gleichem Ziele zustrebenden Klassen der Gesellschaft die sich von selbst ergebende Folge. Der Vorteil wird für beide Teile groß sein. Die Kaufleute werden durch den regen Verkehr mit den Männern der Wissenschaft vor Einseitigkeit und enger Begrenzung behütet, der in den Jahren der Jugend durch Studien angeeignete weite Blick auf das Ganze der Erscheinungen im Leben der Völker wird gefestigt und weiter entwickelt, der spezielle Beruf wird durch dieses Bewußtsein seines engen Zusammenhanges mit allen humanistischen, idealen Bestrebungen veredelt und in die höhere Sphäre des geistigen Lebens erhoben.

Nicht minderer Gewinn aber, als dem Kaufmanne, wird dem Beamten und dem Manne der Wissenschaft aus den gegenseitigen engeren Beziehungen erwachsen. Das ungesunde einseitige Überwiegen einer rein theoretischen, dem wirklichen Leben fernstehenden Bildung und Auffassung wird gemildert; die Erkenntnis der hohen Bedeutung der materiellen Lebenssphäre wird wirksam angebahnt und durch die Erkenntnis der Notwendigkeit der Harmonie beider Lebensrichtungen wird der Blick für das praktisch Ausführbare geschärft und die gefährliche einseitige Überhebung der theoretischen Bildung überwunden.

Die größeren Aufgaben, welche dem deutschen Reiche aus seiner machtvollen Gestaltung erwachsen, können auf dem Gebiete des materiellen Lebens nur dann mit vollem Erfolge gelöst werden, wenn die erreichte hohe politische Stufe auch in der erweiterten Erkenntnis und in den gesteigerten Fähigkeiten der deutschen Kaufleute ihren Ausdruck findet.

Weite neue Gebiete des Schaffens und Erwerbens im In- und Auslande sind durch die selbständige Macht und Organisation des Reiches erschlossen und gesichert. Der deutsche Kaufmann der Zukunft ist berufen, als Pionier der deutschen Kolonisation dafür zu wirken, daß die Verbindungen des deutschen Handels in engem Zusammenhange mit dem politischen und geistigen Leben des Vaterlandes erhalten werden und ihrerseits zu wertvollen Faktoren auch der politischen Macht und der geistigen Entwicklung sich gestalten.

Ist vorstehend in großen Zügen das Bedürfnis einer erhöhten auf der Grundlage universeller Bildung ruhenden Fachbildung der deutschen Kaufleuten sowohl für die Angehörigen des Standes, wie vom Standpunkte des staatlichen Interesses aus begründet, und die Handelsakademie als ein in Zukunft unentbehrliches Glied in der Organisation der deutschen höheren Unterrichtsanstalten nachgewiesen, so ist zunächst der Kreis derjenigen ins Auge zu fassen, für welche die Handelsakademie errichtet werden soll.

Wie die Industriellen den Hauptstamm für die Schüler der polytechnischen Schule, so werden die Inhaber der Bankhäuser und Großhandlungen, die Importeure, Spediteure und Reeder der Seestädte den Hauptstamm für die Schüler einer Handelsakademie liefern. Diesem Stamme zur Seite treten die Söhne der verschiedensten Gesellschaftsklassen, welche sich zu Leitern der so zahlreichen und so wichtige Funktionen des sozialen Lebens umfassenden Aktiengesellschaften ausbilden wollen. Eine Hinweisung auf die Bank-, Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften, auf die sich stets vermehrenden Gesellschaften für Lebens-, Feuer-, Hagel-,

Hypotheken-, Transport- und Unfallversicherung wird genügen, um ermessen zu können, wie groß der Kreis der Leiter von kapitalreichen Aktiengesellschaften ist, denen ernste kaufmännische Fachbildung ein dringendes Bedürfnis. Auch dem künftigen Chef eines großen industriellen Etablissements wird ein Jahreskursus auf der Handelsakademie zur wertvollsten Ergänzung seiner technischen Ausbildung dienen und ihn befähigen, wie den technischen, so auch den kaufmännischen Betrieb mit voller Sachkunde zu leiten.

Gleiches gilt vom Großgrundbesitzer, welcher heute fast überall zugleich industrielle Anlagen betreibt und neben der speziellen landwirtschaftlichen Fachbildung einer kaufmännischen Bildung nicht entbehren kann, wenn alle wirtschaftlichen Interessen seines Besitzes mit Sachkunde ausgenutzt werden sollen.

Aus dem Kreise der Beamten werden vor allem die Aspiranten der Konsulate der fachmännische Ausbildung auf einer Handelsakademie bedürfen; ohne eine solche wird es nur in den seltensten Fällen gelingen, die Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie im Auslande ihrem vollen Umfange nach sachkundig zu vertreten. Den Aspiranten der Konsulate schließen sich enge die Aspiranten der Zollpartie, der Beamtenschaft des Handels- und Finanzministeriums an.

Auch die die gewerblichen Interessen bei den Regierungen wahrnehmenden Räte, die Fabrikinspektoren usw., können ihren Wirkungskreis nur dann ganz ausfüllen, wenn sie sich mit dem Getriebe und den eigentümlichen Bedingungen des Erwerbslebens vertraut gemacht haben. Die Aspiranten der an kaufmännischen Fachschulen und an Handelsakademieen zu errichtenden Lehrstühle werden neben den Universitätsstudien vorzugsweise auf Studien an einer Handelsakademie anzuweisen sein, um die Facultas docendi an diesen Anstalten zu erlangen.

Die Aufzählung dieser verschiedenen einen sehr großen Bruchteil des nationalen Besitzes sowohl wie der volks- und staatswirtschaftlichen Interessen vertretenden Erwerbs- und Beamtenklassen wird genügen, um darzutun, daß es für Handelsakademien so wenig wie für polytechnische Schulen an Schülern im deutschen Reiche fehlen kann, sobald das Bedürfnis der speziellen Ausbildung auf solchen Anstalten in den betreffenden Kreisen zur Anerkennung gelangt ist und sobald die diesem Bedürfnisse entsprechenden Anstalten in den Zentren des Verkehrs ins Leben gerufen sind.

Die Handelsakademieen, einmal eingebürgert, werden dem Besuche der Universitäten nicht allein keinen Abbruch tun, — sie werden vielmehr in den weiten Kreisen der Besitzenden das Bedürfnis einer universellen

Bildung erst wecken und dadurch den Universitäten eine große Masse von Hörern zuführen, welche bisher dieses Bedürfnis wissenschaftlicher Kenntnis und Erkenntnis entweder gar nicht oder nur sporadisch empfunden haben. Auch wird sich in bestimmten Berufskreisen bald der Usus ausbilden, einen Teil der Studienjahre der Handelsakademie, einen anderen der Universität und umgekehrt zu widmen. Ist erst das größte Hindernis einer universellen Bildung der Kaufleute, bei den Chefs der großen Häuser der falsche Glaube besiegt, daß die universelle Bildung die Lust und Liebe zum Erwerbsleben schmälere und die Liebe zur Arbeit, Ordnung und Pünktlichkeit untergrabe, so wird es für die Jugend dieser Klasse zur Ehrensache werden, nicht länger hinter dem Beamtentum usw. auf dem Gebiete der Wissenschaft zurückzubleiben. So gut wie der Techniker heute nach gemachtem Abiturientenexamen noch drei, vier, fünf Jahre Studien an der polytechnischen Schule und der speziellen praktischen Ausbildung in seinem Fache widmet, so gut wird auch der Kaufmann seinen Fachstudien diese Jahre widmen und schon damit die großen Gefahren, welche seiner Zukunft durch ein zu frühes Eintreten in das Leben der Erwerbsgesellschaft drohen, beseitigen.

In dem Kreise der Eltern, deren Söhne vorzugsweise auf die Ausbildung an den Handelsakademieen angewiesen sein werden, sind in einem höheren Maße als in anderen Berufskreisen die Mittel vorhanden, den Söhnen die Jahre der Studien und damit bei ernster Vorbereitung für die Zukunft des Mannes doch zugleich den unverkümmerten Genuß einer frohen Jugend zu gewähren. Es kommt nur darauf an, über das Bedürfniß der universellen und der Fachbildung aufzuklären und darzutun, daß die großen Ziele, welchen das deutsche Volk entgegengeht, nur erreicht werden können, wenn wie auf dem politischen so auch auf dem Gebiete des materiellen Lebens der Blick sich erweitert, die Kräfte sich stählen und zur Lösung der erweiterten Aufgaben befähigen.

Ist vorstehend der Versuch gemacht, das generelle Bedürfnis von Handelsakademien als eine Ergänzung des heutigen Systems des nationalen Unterrichts nachzuweisen und die Berufsklassen speziell zu bezeichnen, welche zu ihrer wissenschaftlichen und fachmännischen Ausbildung zunächst auf die Handelsakademieen angewiesen sein werden, so ergeben sich daraus im wesentlichen der Lehrplan und die Lehrgegenstände der Handelshochschule.

Als Lehrgegenstände dürften zunächst zum Teile bei der Eröffnung sofort aufzunehmen, zum andern Teile successive in einer bestimmten Reihenfolge in den Rahmen einer Handelsakademie einzubeziehen sein:

Buchführung und Korrespondenz.

Französische, Englische, Italienische, Spanische und Russische Sprache.

Produkten- und Fabrikatenkunde, nebst Geschichte der Entwicklung und der Preise der Produkte und der Manufakte und der zu ihrer Herstellung erforderlichen Arbeit.

Statistik, mit besonderer Berücksichtigung der Statistik des Handels.

Lehre der Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft.

Ökonomie der produktiven und distributiven Arbeit.

Finanzwissenschaft, insbesondere Geld- und Papier-Kalkulation.

Bank- und Kreditwesen, Handelsbilanz.

Verkehrswesen: Straßen, Eisenbahnen und Kanäle, Fluß- und Seeschiffahrt.

Versicherungswesen, Münze, Maß und Gewicht.

Handelsgeographie und Handelswege, Geschichte des Handels.

Weltgeschichte und Geschichte des Deutschen Reiches.

Geschichte der Kolonisation, insbesondere der Ackerbau- und Handelskolonieen.

Verwaltungslehre und Lehre von der Organisation der Handelsgesellschaften.

Handels- und Wechselrecht, Seerecht und Recht der Handelsgesellschaften.

Physik und Mathematik.

Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften.

Literatur und Kunstgeschichte.

Diese Andeutungen werden genügen, um darzutun, welch reicher Lehrstoff sich für eine Handelshochschule darbietet. Der Rahmen kann je nach speziellen Wünschen und Bedürfnissen noch erweitert oder auch enger gegriffen werden. Erfahrung und Studium müssen zusammenwirkend hier das richtige Maß an die Hand geben.

Da die Handelshochschule in dem hier angedeuteten Umfange des Lehrstoffes und als die Universität ergänzende Anstalt noch in keinem Staate Europas praktisch ins Leben gerufen worden ist, so erscheint es zunächst geboten, diejenigen Kräfte zur Mitwirkung bei der projektierten Verwirklichung aufzurufen, welche bisher als Lehrer der Volks- und Staatswirtschaft, als Lehrer an Handelsschulen, als Sekretäre an Handelskammern usw., sich betätigt oder welche dem Handel und Verkehre sowie der produktiven industriellen Tätigkeit, oder der Verwaltung von Handels- und industriellen Gesellschaften ihre Studien und Kräfte zugewendet haben.

Um der Idee der Notwendigkeit der Errichtung von Handelshochschulen in weiteren Kreisen Eingang und Verständnis zu schaffen, dürfte

es sich empfehlen, einen Preis auszuschreiben für die beste Lösung folgender Aufgaben:

1. Darstellung und Geschichte der bisher in Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, Italien, England usw. und anderweitig begründeten, einen Teil der Lehrobjekte der projektierten Handelsakademie umfassenden, Handels- oder sonstigen Schulen.
2. Prüfung der Frage, welcher Lehrstoff obligatorisch in den Lehrplan einer Handelsakademie aufzunehmen ist, und in welcher Reihenfolge.
3. Erörterung der besten Methode des Unterrichtes an den Handelshochschulen, insbesondere Prüfung der Frage, welche Lehrgegenstände den freien Vorträgen und welche der Entwicklung in Seminarien zuzuweisen resp. vorzubehalten sein werden.
4. Disziplin der Handelshochschule.
5. Aufstellung von Normallehrplänen auf engerer und auf breiterer Basis.
6. Prüfung der Frage: Sind spezielle Handelsschulen als Vorbereitungsschulen für die Handelsakademie erforderlich oder zweckmäßig, und wie sind dieselben einzurichten?

Register zu Band I und II.

A.

B.

C.

D.

G.

H.

J.

K. vgl. C.

M.

N.

O.

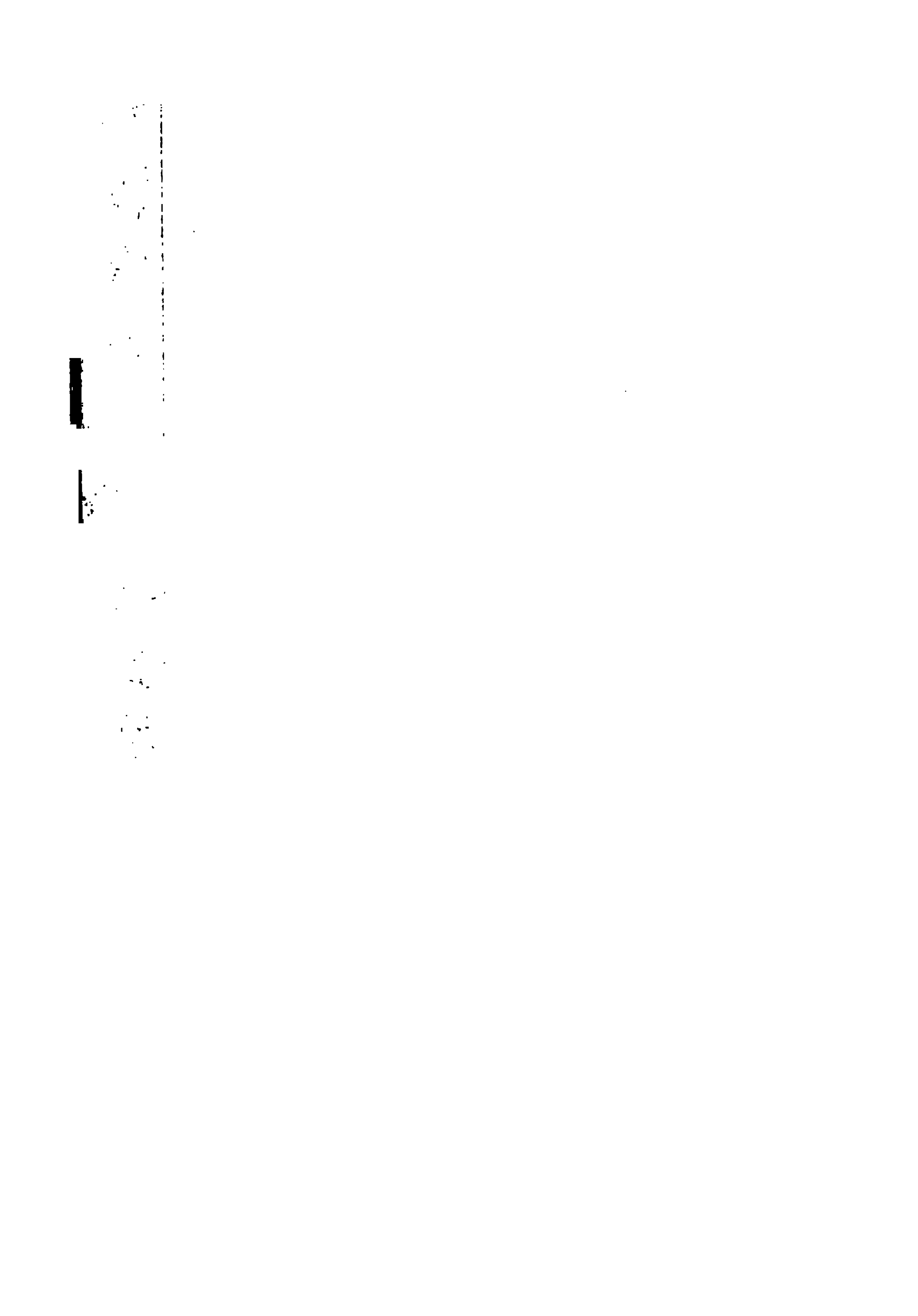
P.

T.

U.

V.

W.





DATE DUE

